630 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1968

(1. Jänner bis 31. Dezember 1968)

Wien 1968

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei

8130 67

II

Inhalt

Seite

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 ..... 1— 5

Anlagen:

I. Bundesvoranschlag für das Jahr 1968 (Ausgaben und Einnahmen):

Kapitel

0 1	Präsidentschaftskanzlei	10— 11
0 2	Bundesgesetzgebung	10— 11
0 3	Verfassungsgerichtshof	10— 11
0 4	Verwaltungsgerichtshof	10— 11
0 6	Rechnungshof	10— 11
1 0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	12— 13
1 1	Inneres	14— 17
1 2	Unterricht	18— 31
1 3	Kunst	32— 37
1 4	Kultus	38— 39
1 5	Soziales	40— 49
1 6	Sozialversicherung	50— 53
2 0	Äußeres	54— 55
3 0	Justiz	56— 57
4 0	Militärische Angelegenheiten	58— 61
5 0	Finanzverwaltung	62— 65
5 1	Kassenverwaltung	66— 67
5 2	Öffentliche Abgaben	68— 73
5 3	Finanzausgleich	74— 75
5 4	Bundesvermögen	76— 83
5 5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	84— 85
5 6	Familienlastenausgleich	86— 87
5 7	Staatsvertrag	88— 89
6 0	Land- und Forstwirtschaft	90—105
6 2	Preisausgleiche	106—109
6 3	Handel, Gewerbe, Industrie	110—113
6 4	Bauten und Technik	114—129
6 5	Verkehr	130—135
6 6	Verstaatlichte Unternehmungen	136—137
7 0	Staatsdruckerei *)	138—139
7 1	Bundestheater *)	140—141
7 2	Bundesapotheken *)	142—143
7 3	Salz (Monopol) *)	144—145
7 4	Glücksspiele (Monopol) *)	146—147
7 5	Branntwein (Monopol) *)	148—149
7 6	Hauptmünzamt *)	150—151
7 7	Österreichische Bundesforste *)	152—153
7 8	Post- und Telegraphenanstalt *)	154—155
7 9	Österreichische Bundesbahnen *)	156—157
8 0	Postsparkassenamt	158—159
90/99	Finanzschuld	160—175

Ia. Zusammenfassung der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung und Unterschiede gegenüber Bundesvoranschlag 1967 ..... 176—179

Ib. Zusammenfassung der außerordentlichen Gebarung ..... 180—181

Ic. Kapitelweise Aufgliederung des Sachaufwandes (Ordentliche und außerordentliche Gebarung) nach Gebarungsgruppen 182—183

Id. Summarische Aufgliederung der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen ..... 184—185

II. Eventualvoranschlag für das Jahr 1968 ..... 188—190

IIa. Kapitelweise Aufgliederung des Eventualvoranschlages (Ordentliche und außerordentliche Gebarung) nach Gebarungsgruppen 191

IIb. Summarische Aufgliederung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben des Eventualvoranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen ..... 192—193

III. Dienstpostenplan (gesondertes Heft).

Anlage zum Bundesvoranschlag:

Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (gesondertes Heft).

*) Geldvoranschlag.

1. Bundesgesetz vom XXXXXXXX 1967, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Als Grundlage der Gebarung des Bundeshaushaltes im Jahre 1968 werden die im beigedruckten Bundesvoranschlag (Anlage I) und Eventualvoranschlag (Anlage II) bezifferten Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen festgesetzt.

Artikel II. (1) Die Zusammenfassung der im beigedruckten Bundesvoranschlag (Anlage I) festgesetzten Ausgaben und Einnahmen ergibt folgende Schlußsummen:

	Millionen Schilling
a) Ordentliche Gebarung:	
Ausgaben	81.177·192
Einnahmen	77.786·919
Abgang ...	3.390·273
b) Außerordentliche Gebarung:	
Ausgaben	3.467·178
Einnahmen	. . . .
Abgang ...	3.467·178
Gesamtgebarungsabgang ...	6.857·451

(2) Falls die Gebarungsentwicklung während des Jahres zu einem höheren Abgang in der ordentlichen Gebarung führen sollte, ist dieser, soweit er nicht durch Mehreinnahmen oder Ersparungen seine Bedeckung finden kann, durch Ausgabenrückstellungen in der ordentlichen Gebarung zu bedecken. Derartige Maßnahmen sind ausschließlich aus Gründen des Zurückbleibens der Einnahmen und der Auswirkung des Ersparungsabstriches im Personalaufwand gegenüber dem Voranschlag zu verfügen.

(3) Die Durchführung der Maßnahmen gemäß Abs. 2 hat durch Rückstellung eines einheitlichen Hundertsatzes der sachlichen Ermessensausgabenansätze der ordentlichen Gebarung zu erfolgen. Ausgenommen sind Ausgaben für Preisstützungen (Kapitel 62); Ausgaben, die im Bundesvoranschlag dahin bezeichnet sind, daß sie nur nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bestritten werden dürfen; der Aufwand für Bildungszulagen und Bewährungshilfe; der Aufwand für Reisegebühren und sonstige Aufwandsentschädigungen; der Aufwand für die im Verwaltungsaufwand veranschlagten Werkverträge und Entgelte an Einzelpersonen für sonstige Werkleistungen; Verpflegsaufwendungen für vom Bund zu verköstigende Personen und die Aufwandskredite der Monopole, Bundesbetriebe und der Österreichischen Bundesbahnen.

(4) Der Abgang der außerordentlichen Gebarung ist zu bedecken durch Mehreinnahmen der außerordentlichen Gebarung oder Ausgabenersparungen der außerordentlichen Gebarung oder aus Erlösen von Kreditoperationen, ferner durch einen allfälligen Überschuß der ordentlichen Gebarung, der nach Inanspruchnahme der im Artikel III Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Ermächtigungen verbleibt.

Artikel II a. (1) Die Zusammenfassung der im beigedruckten Eventualvoranschlag (Anlage II) festgesetzten Ausgaben ergibt folgende Schlußsummen:

	Millionen Schilling
a) Ordentliche Gebarung:	
Ausgaben	1.559·813
b) Außerordentliche Gebarung:	
Ausgaben	829·400
Gesamtgebarungsabgang ...	2.389·213

(2) Die gänzliche oder teilweise Anwendbarkeit des Eventualvoranschlages wird durch ein besonderes Bundesgesetz oder durch besondere Bundesgesetze festgestellt werden, wenn eine zusätzliche Konjunkturbelebung durch den Bund erforderlich ist und es die Lage des Kreditmarktes gestattet.

Artikel III. (1) Wenn von einem Monopol, Bundesbetrieb, den Österreichischen Bundesbahnen oder einem betriebsähnlichen Verwaltungszweig Mehrleistungen erbracht werden, die mit Mehreinnahmen verbunden sind und die durch Rückstellung von veranschlagten Vorhaben nicht verwirklicht werden können, hat der Bundesminister für Finanzen der Bedeckung des sich daraus ergebenden Mehraufwandes in Mehreinnahmen der leistenden Stelle zuzustimmen.

(2) Wenn von einem Monopol, einem Bundesbetrieb, den Österreichischen Bundesbahnen oder einem betriebsähnlichen Verwaltungszweig Mehreinnahmen erbracht werden, kann ferner der Bundesminister für Finanzen auf Antrag die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen der die Mehreinnahmen erbringenden Stelle bewilligen, soweit derartige Investitionen im Bundesfinanzgesetz vorgesehen und die Durchführung dieser Investitionen für die vorgenannten betrieblichen Einrichtungen von solcher wirtschaftlicher Bedeutung ist, daß allgemeine Haushaltsbelange zurückgestellt werden können.

(3) Wenn bei einer Bundesdienststelle zweckgebundene Mehreinnahmen anfallen und von dieser nach Maßgabe der Mehreinnahmen Mehrausgaben zu tätigen sind, hat der Bundesminister für Finanzen der Verwendung der Mehreinnahmen die Zustimmung zu geben.

(4) Der in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Bedeckung von Mehrausgaben in Mehreinnahmen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen nachweisbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 2 sind lediglich solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen im Abs. 2 genannten Betrieb beziehungsweise Verwaltungszweig veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag übersteigen.

(5) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1968:

1. die Zustimmung zu Überschreitungen von Ausgabenansätzen des Sachaufwandes und zu deren Bedeckung innerhalb der Ausgabenansätze desselben Paragraphen nach den folgenden Anordnungen zu geben:

a) Zunächst dürfen Überschreitungen zur Bestreitung von Ausgaben für Anlagen (Investitionen), sodann Überschreitungen zur Bestreitung des Verwaltungsaufwandes und schließlich zur Bestreitung des Zweckaufwandes (ausgenommen Ausgaben für Anlagen) bewilligt werden.

b) Ein einzelner Ausgabenansatz darf insgesamt um nicht mehr als eine Million Schilling oder höchstens um 25 vom Hundert des vorgesehenen Ausgabenbetrages überschritten werden.

c) Zur Bedeckung solcher Überschreitungen sind zunächst Förderungsansätze, sodann Anlagenansätze und schließlich Ansätze für Aufwandskredite (Unterteilungen 8 und 9) heranzuziehen.

d) Förderungsansätze dürfen zur Bedeckung solcher Überschreitungen jedoch höchstens bis zu einem Satz von 25 vom Hundert, Anlagenansätze höchstens bis zu einem Satz von 20 vom Hundert und Ansätze für Aufwandskredite (Unterteilungen 8 und 9) höchstens bis zu einem Satz von 10 vom Hundert des einzelnen vorgesehenen Ausgabenbetrages gekürzt werden.

e) Solchen Überschreitungen darf nur zugestimmt werden, wenn Änderungen in der Dringlichkeit von Ausgaben zu dem jeweiligen Zeitpunkt eine solche Umschichtung innerhalb der Ausgabenansätze desselben Paragraphen erfordern. Eine Änderung in der Dringlichkeit von Ausgaben im Sinne dieser Bestimmung ist gegeben, wenn die Ausübung der Verwaltung auf Grund der Gesetze über den bei einem Ansatz vorgesehenen Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben erfordert und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Ansätzen des gleichen Paragraphen Ausgaben in der zur Bedeckung der Überschreitungen erforderlichen Höhe zurückgestellt werden können.

f) Auf die Ausgabenansätze des Sachaufwandes der Monopole, der Bundesbetriebe und der Österreichischen Bundesbahnen sind die vorstehenden Bestimmungen der lit a) bis e) mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bedeckung solcher Überschreitungen innerhalb der Ausgabenansätze desselben Titels des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 gefunden werden kann und Änderungen in der Dringlichkeit von Ausgaben eine solche Umschichtung innerhalb der Ausgabenansätze desselben Titels erfordern. Eine Änderung in der Dringlichkeit von Ausgaben im Sinne dieser Bestimmung ist gegeben, wenn die Erfüllung der Obliegenheiten eines Monopols, eines Bundesbetriebes oder der Österreichischen Bundesbahnen über den bei einem Ansatz vorgesehenen Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben erfordert und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Ansätzen des gleichen Titels Ausgaben in der zur Bedeckung der Überschreitungen erforderlichen Höhe zurückgestellt werden können;

2. Überschreitungen bei Ansätzen für gesetzliche Verpflichtungen (Unterteilungen 0, 2, 4 und 7) bis zu einem Betrag von 25 vom Hundert des einzelnen Ansatzes zu genehmigen. Die Bedeckung ist durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen sicherzustellen. Die Rückstellung von Ausgaben hat innerhalb jedes Kapitels jeweils in der Reihung des Bundesvoranschlages in erster Linie bei den Ausgabenansätzen des Ermessens, und zwar zunächst bei den Förderungsansätzen (Unterteilungen 5 und 6) bis zu einem Satz von 25 vom Hundert, sodann bei Anlagenansätzen (Unterteilung 3) bis zu einem Satz von 20 vom Hundert und schließlich bei den Aufwandsansätzen (Unterteilungen 8 und 9) bis zu einem Satz von 10 vom Hundert des bei dem einzelnen Ansatz vorgesehenen Ausgabenbetrages, zu erfolgen;

3. Überschreitungen von Ausgabenansätzen bis zum Betrag von 50.000 S zu genehmigen, soweit diese Ausgabenansätze zu Ausgaben für den Verwaltungsaufwand oder für Aufwandskredite ermächtigen und die Bedeckung für eine solche

Überschreitung jedes einzelnen Ansatzes zur Gänze sichergestellt ist. Wenn für eine Mehrzahl von Ansätzen gleichzeitig eine Überschreitung erforderlich wird, eine Bedeckung aber nur für einen Teil sichergestellt werden kann, sind solche Überschreitungen zunächst für Ansätze des Verwaltungsaufwandes, sodann für Ansätze der Aufwandskredite zu genehmigen. Werden für eine Mehrzahl von Ansätzen des Verwaltungsaufwandes oder der Aufwandskredite gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Ansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind.

(6) Die im Jahre 1968 anfallenden Mehreinnahmen aus der Auflösung angelegter Rücklagen dienen zur Bedeckung der sich aus dieser Rücklagenverwendung ergebenden Mehrausgaben. Jahreskreditüberschreitungen, die sich aus der Auflösung von Rücklagen ergeben, sind vom Bundesminister für Finanzen auf Antrag zu genehmigen. Dem Nationalrat hat er hierüber vierteljährlich zu berichten.

(7) Die Ansatzbeträge des Titels 603 „Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Grüner Plan)" sind gegenseitig deckungsfähig, soweit der Mehrbedarf bei einem finanzgesetzlichen Ansatz nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der dem Grünen Plan zugrundeliegenden Gesamtmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen finanzgesetzlichen Ansatz dieses Titels und im Rahmen der Gesamtplanung des Grünen Planes zurückgestellt werden können.

(8) Die Beträge der Ansätze 1/62116 und 1/62166 sind insoweit gegenseitig deckungsfähig, als die Durchführung der Bestimmungen des § 7 b Abs. 4 Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 276/1958 in der geltenden Fassung, dies erfordert. Entsprechendes gilt für die Beträge der Ansätze 1/62516, 1/62526, 1/62546, 1/62556, 1/62566 und 1/62596, soweit dies die Durchführung der Bestimmungen des § 28 Abs. 6 Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 276/1958 in der geltenden Fassung, erfordert.

(9) Die Ansatzbeträge der Titel 642 „Bundesstraßenverwaltung" und 643 „Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen)" sind gegenseitig deckungsfähig, soweit der Mehrbedarf bei einem finanzgesetzlichen Ansatz dieser Titel nicht mehr als 25 vom Hundert beträgt und die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen (einschließlich Autobahnen) erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen finanzgesetzlichen Ansatz dieser Titel und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen einschließlich Autobahnen zurückgestellt werden können. Von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen sind jedoch die Ansatzbeträge 1/64228, 1/64267, 5/64343, 1/64367, 1/64377 und 1/64378.

(10) Die im Bundesvoranschlag bei den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen unter gesonderten zweistelligen Aufgabenbereichs-Kennziffern im Schrägdruck ausgewiesenen Aufgabenbereichs-Teilbeträge sind für statistische Auswertungszwecke vorgesehen und haben daher nicht die Eigenschaft finanzgesetzlicher Ansätze.

Artikel IV. (1) Ausgaben dürfen, auch wenn sie im Bundesvoranschlag (Anlage I) und im Eventualvoranschlag (Anlage II) vorgesehen sind, nur dann geleistet werden, wenn sie zur Erfüllung gesetzlicher oder anderer rechtlicher Pflichten oder zu produktiven Zwecken zwingend notwendig oder zur Fortführung der Verwaltung nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit erforderlich sind.

(2) Für die Gebarung und Verrechnung gelten die Bestimmungen der Artikel 5 und 6 mit Ausnahme der Punkte X und XII des Verwaltungsentlastungsgesetzes (BGBl. Nr. 277/1925 in der Fassung BGBl. Nr. 7/1927), die Bundeshaushaltsverordnung (BGBl. Nr. 118/1926) und die Verordnung der Bundesregierung vom 20. August 1925 (BGBl. Nr. 330/1925).

(3) Die Verfügungsberechtigung über die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1968 den anweisenden Stellen zugewiesenen Ausgabenansätze erlischt mit 31. Dezember 1968. Es können jedoch alle bis 31. Dezember 1968 eingelangten Rechnungen, die sich auf das Jahr 1968 beziehen, noch bis zum Ablauf des Monats Jänner 1969 für das Haushaltsjahr 1968 angewiesen werden. Dasselbe gilt unter den gleichen Voraussetzungen für sonstige bis dahin anerkannte Verbindlichkeiten sowie für die Zuführung zu Rücklagen.

Artikel V. Die Steuern und sonstigen Einnahmen sind nach den bestehenden Vorschriften einzuheben.

Artikel VI. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, namens der Republik Österreich im Finanzjahr 1968:

1. bis zum Betrage (Gegenwert) des Gesamtgebarungsabganges gemäß Artikel II Abs. 1 dieses Bundesgesetzes Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite bei inländischen oder bei ausländischen Gläubigern aufzunehmen,

a) wenn der nominelle Zinsfuß bezogen auf ein Jahr bei Zinsenzahlungen im nachhinein nicht mehr als vier vom Hundert über dem in Zeitpunkt der Kreditaufnahme geltenden Zinsfuß für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 4 des Nationalbankgesetzes, BGBl. Nr. 184/1955) beträgt,

b) wenn die Laufzeit der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites 30 Jahre nicht übersteigt,

c) wenn die prozentuelle Gesamtbelastung für den Bund unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als 9% beträgt:

$$100 \times \left(\text{Zinsfuß gemäß lit. a)} + \frac{\text{Rückzahlungskurs abzüglich Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen}}{\text{mittlere Laufzeit}}\right)$$

Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen

und

d) wenn die Kreditaufnahme in Schillingen, US-Dollar, Französischen Franken, Schweizer Franken, Deutschen Mark, Englischen Pfunden, Belgischen Franken, Holländischen Gulden, Schwedischen Kronen, Italienischen Lire, Kanadischen Dollar oder in Feingold erfolgt.

Eine solche Kreditoperation darf im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 2·7 Milliarden Schilling nicht übersteigen. In Verträgen über Kreditoperationen im Ausland kann vereinbart werden, daß für Verbindlichkeiten der Republik Österreich aus solchen Verträgen Besicherungen mit Bundesvermögen oder Bundeseinnahmen ohne weiteres Zutun der Gläubiger verhältnismäßig in gleicher Weise gewährt werden, als nach Abschluß dieser Verträge solche Besicherungen für andere Verbindlichkeiten der Republik Österreich eingeräumt werden. Der im ersten Satz aufgezeigte Betrag erhöht sich um die Beträge, die sich gemäß Artikel II a aus der durch ein besonderes Bundesgesetz oder durch besondere Bundesgesetze festgestellte Anwendbarkeit des Eventualvoranschlages ergeben;

2. zur vorübergehenden Kassenstärkung kurzfristige Kreditoperationen mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 1968 in einem Ausmaß durchzuführen, daß der jeweilige Stand der Verpflichtungen aus solchen Kreditoperationen den Betrag (Gegenwert) von 3 Milliarden Schilling nicht übersteigt. Die Gebarung aus solchen Kreditoperationen ist in der Anlehensgebarung auszuweisen. Bis 31. Dezember 1968 nicht getilgte Schuldverpflichtungen aus diesen Kreditoperationen sind auf den in Z. 1 genannten Höchstbetrag anzurechnen.

3. Verpflichtungen des Bundes aus Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren

a) durch Hinausschieben der Fälligkeit bei sonst unveränderten Bedingungen zu prolongieren, wenn die jeweils zu prolongierende Verpflichtung im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 500 Millionen Schilling und die neue Laufzeit den Zeitraum von zehn Jahren nicht übersteigt, sich dadurch der Stand der Finanzschuld des Bundes nicht ändert, eine solche Prolongierung vertraglich vorgesehen oder im Interesse einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz gelegen ist oder wenn hiedurch eine Überschreitung des im Bundesfinanzgesetz festgesetzten Gesamtgebarungsabganges vermieden werden kann;

b) zu konvertieren, wenn dies zur Konsolidierung von Verpflichtungen notwendig ist, die Verpflichtung im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 500 Millionen Schilling, die neue Laufzeit den Zeitraum von zehn Jahren und der neu vereinbarte Zinsfuß den in Z. 1 lit. a) bestimmten Höchstzinsfuß und die Gesamtbelastung für den Bund die in Z. 1 lit. c) vorgesehene Gesamtbelastung nicht übersteigt, sich dadurch der Stand der Finanzschuld des Bundes nicht ändert, eine solche Konvertierung im Interesse einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz gelegen ist oder wenn hiedurch eine Überschreitung des im Bundesfinanzgesetz festgesetzten Gesamtgebarungsabganges vermieden werden kann. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden auch Anwendung, wenn in der Person des Gläubigers ein Wechsel eintritt.

Die Verrechnung aus einer solchen Prolongierung oder Konvertierung hat in der Anlehensgebarung zu erfolgen. Die Bestimmungen dieser Ziffer sind auf die Fälle der Z. 2 nicht anzuwenden.

Artikel VII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Jahre 1968 für den Bund:

1. Haftungen für land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bis zu einem Darlehensrahmen von insgesamt 800 Millionen Schilling zu gewährende Investitionskredite zu übernehmen; solche

Haftungen können auch für Kredite übernommen werden, die zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes zusammengeschlossenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie Agrargemeinschaften, land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften und ähnlichen Vereinigungen mit Ausnahme von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gewährt werden; die Haftung darf im Einzelfalle jeweils nur bis zu 50% des aushaftenden Kreditbetrages, bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Eigen- und Pachtbetriebe) mit Einheitswerten bis 50.000 S jeweils jedoch bis zu 60% des aushaftenden Kreditbetrages, keinesfalls für einen höheren Betrag als 50 Millionen Schilling übernommen werden;

2. die Haftung für vom Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben durchzuführende Finanzoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag der Haftungen und die Haftungssumme im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 300 Millionen Schilling nicht übersteigt; einzurechnen in die Gesamt- und Einzelhaftungssumme sind die Zinsen und Kosten;

3. die Haftung für vom Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds zur Deckung seiner Verpflichtungen durchzuführende Finanzoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag der Haftungen und die Haftungssumme im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 400 Millionen Schilling nicht übersteigen; einzurechnen in die Gesamt- oder Einzelhaftungssumme sind die Zinsen und Kosten;

4. die Haftung für vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zur Deckung seiner Verpflichtungen durchzuführende Finanzoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag der Haftungen und die Haftungssumme im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 400 Millionen Schilling nicht übersteigt; einzurechnen in die Gesamt- oder Einzelhaftungssumme sind die Zinsen und Kosten.

(2) 1. Haftungen gemäß Abs. 1 dürfen nur für solche Finanzoperationen übernommen werden, die inhaltlich den Bestimmungen der lit. a) bis d) der Z. 1 des Art. VI entsprechen.

2. Im Falle der Vereinbarung einer vorzeitigen Kündigung der Anleihen, Darlehen oder sonstigen Kredite darf auch bei Kündigung die prozentuelle Gesamtbelastung gemäß lit. c) Z. 1 des Art. VI nicht überschritten werden.

Artikel VIII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1968:

1. in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für einzeln veranschlagte Bauvorhaben eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen;

2. in der Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Anlagen in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung der Bundesbetriebe, Monopole und Österreichischen Bundesbahnen eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.

3. in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile zweckgebundener Einnahmen eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1968 über unbewegliches Bundesvermögen bis zu einem Gesamtwert von 50 Millionen Schilling zu verfügen, falls der Schätzwert des einzelnen Vermögensgegenstandes, bei Belastungen aber der Schätzwert oder der Nennwert der Belastung, entweder den Betrag von 50.000 S nicht übersteigt oder den Betrag von 2·5 Millionen Schilling nicht übersteigt und im letzteren Falle die Verfügung für Siedlungszwecke, für Zwecke der Gebietskörperschaften, des Schul-, Straßen-, Güter- und Seilwege-, Eisenbahn-, Post- oder Wasserbaues, der Wasserversorgung, der Energiewirtschaft, der Verbesserung der Betriebsstruktur in der Land- und Forstwirtschaft oder der Wiederherstellung durch Kriegseinwirkung beschädigter oder zerstörter bundeseigener Wohnhäuser geboten oder notwendig ist, um Kosten oder unvertretbare Verwaltungstätigkeit zu vermeiden.

(2) Die Verfügungsermächtigung umfaßt die Befugnis, unbewegliches Bundesvermögen durch Verkauf oder Tausch zu veräußern oder es mit Baurechten, Pfandrechten, Dienstbarkeiten oder anderen dinglichen Rechten zu belasten. Hiebei ist das Entgelt (Preis, Wert) mindestens mit dem auf Grund der Realschätzordnung (Justizministerialverordnung vom 25. Juli 1897, RGBl. Nr. 175) ermittelten Verkehrswert festzusetzen. Die Verfügungsermächtigung umfaßt ferner die Befugnis, entbehrliche Straßengrundstücke des Bundes durch Schenkung an Gebietskörperschaften zu veräußern, wenn

a) sich diese verpflichten, solche Liegenschaften in das öffentliche Gut zu übertragen, diese als Verkehrflächen zu verwenden und ihre Erhaltungskosten zu übernehmen, oder

b) erstere seinerzeit im Zuge von Straßenbaumaßnahmen Grundstücke dem Bund geschenkt haben und entbehrlich gewordenen Bundesstraßengrund im Höchstausmaß der vormals geschenkten Fläche für ihre Zwecke benötigen,

sofern in beiden Fällen der Schätzwert im Einzelfall 50.000 S nicht übersteigt und durch die Schenkung Kosten oder unvertretbare Verwaltungstätigkeit des Bundes vermieden werden können. Die Verfügungsermächtigung umfaßt weiters die Befugnis, unbewegliches Bundesvermögen unentgeltlich mit Dienstbarkeiten für Zwecke einer Gebietskörperschaft oder für Zwecke der Energiewirtschaft zu belasten, wenn der Schätzwert der Belastung im Einzelfall 10.000 S nicht übersteigt und die Bestellung der Dienstbarkeit im Interesse einer Gebietskörperschaft oder zur Entwicklung und zum Ausbau der Energiewirtschaft erforderlich ist.

(3) Über Verfügungen über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens, deren Wert im Einzelfall den Betrag von 300.000 S übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat vierteljährlich zu berichten.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1968 entbehrliche Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens durch Verkauf oder Tausch zu veräußern oder sie mit Pfandrechten zu belasten, wenn deren Preis ein Tarif bestimmt, in ähnlicher Art allgemein das Entgelt für sie festgelegt ist oder sie einen Börsen-, Marktpreis oder Verkehrswert haben. Ferner ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, bewegliches Bundesvermögen durch Schenkung zu veräußern, wenn es keinen Verkehrswert besitzt oder die Veräußerung notwendig ist, um Kosten oder unvertretbare Verwaltungstätigkeit zu vermeiden.

(2) Von diesen Ermächtigungen sind ausgeschlossen:

a) Verfügungen über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die nach Maßgabe besonderer Gesetze verstaatlicht sind;

b) Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Kapitalgesellschaften, wenn die Beteiligung ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals) übersteigt;

c) Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an anderen Unternehmungen, wenn der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

(3) Übersteigt im Einzelfall der Wert des Vermögens, über das verfügt wird, den Betrag von 5 Millionen Schilling, so bedarf die Verfügung über ein solches Bundesvermögen eines Gesetzes im Sinne des Artikels 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

(4) Über Verfügungen über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, deren Wert im Einzelfall den Betrag von 300.000 S übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat vierteljährlich zu berichten.

Artikel XI. Die Anzahl der Dienstposten für das Jahr 1968 wird durch den Dienstpostenplan 1968 festgesetzt (Anlage III).

Artikel XII. Die Anzahl und Kategorie der im Bereiche der Bundesverwaltung im Jahre 1968 zur Verwendung zugelassenen Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge setzt der eine Anlage des Bundesvoranschlages bildende Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1968 fest.

Artikel XIII. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1968 in Kraft.

Artikel XIV. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der Befugnis der obersten Organe zum Vollzug der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages der Bundesminister für Finanzen betraut.

Gliederung*)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:

Haushalt	Gruppe Kapitel Titel Paragraph	Unterteilung **)	Aufgabenbereich
0	0 0 0 0	0	0 0
	Finanzgesetzlicher Ansatz		

Haushalt	Zuordnungsziffer
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes	1
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes	2
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	5
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	6

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche
11	Erziehung und Unterricht
12	Forschung und Wissenschaft
13	Kunst
14	Kultus
21	Gesundheit
22	Soziale Wohlfahrt
23	Wohnungsbau
32	Straßen
33	Sonstiger Verkehr
34	Land- und Forstwirtschaft
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
37	Öffentliche Dienstleistungen
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
41	Landesverteidigung
42	Staats- und Rechtssicherheit
43	Übrige Hoheitsverwaltung

*) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebenen „Leitfaden für die nach dem neuen Ansatz- und Kontenplan zu erstellenden Druckhefte des Bundesvoranschlages" entnommen werden.

**) Siehe Ausführungen auf Seite 8.

Bei den **Einnahmenansätzen** ist die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0 1	Zweckgebundene Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Zweckgebundene Einnahmen ..
2 3	Zweckgebundene Einnahmen (Vermögensgebarung).	Zweckgebundene Einnahmen (V)
4 5 6	Sonstige Einnahmen (Laufende Einnahmen)....	Laufende Einnahmen.....
7 8 9	Sonstige Einnahmen (Vermögensgebarung).....	Einnahmen (V).....

Bei den **Ausgabenansätzen** ist die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	Laufende Gebarung (L) oder Vermögensgebarung (V)
Personalausgaben:			
0 = Aufwandskredite **(Gesetzliche Verpflichtungen),** Personalaufwand	Personalaufwand	A/G-P	L
Sachausgaben:			
1 = Verwaltungsaufwand	Verwaltungsaufwand.....	V	L
2 = Anlagen **(Gesetzliche Verpflichtungen)** ...	Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen) ...	An/G	V
3 = Anlagen (Ermessenskredite)	Anlagen	An	V
4 = Förderungsausgaben **(Gesetzliche Verpflichtungen)**	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	F/G	L
5 = Förderungsausgaben — Darlehen (Ermessenskredite).....	Förderungsausgaben (D)	F-D	V
6 = Förderungsausgaben — Zuschuß (Ermessenskredite).....	Förderungsausgaben	F	L
7 = Aufwandskredite **(Gesetzliche Verpflichtungen),** Sachaufwand	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	A/G-S	L
8 = Aufwandskredite — Laufende Gebarung (Ermessenskredite).....	Aufwandskredite	A	L
9 = Aufwandskredite — Vermögensgebarung (Ermessenskredite).....	Aufwandskredite (V)	A-V	V

Bundesvoranschlag für das Jahr 1968

(Anlage I)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Ausgaben persönliche	Laufende Ausgaben sachliche	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling					
	0						**Oberste Organe**						
1	**0**	**1**					**Präsidentschaftskanzlei:**						
	0	1	0	0	0	43	Personalaufwand	3·708	.....	.....	3·708	3·352	3·099
	0	1	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·605	.....	1·605	1·856	1·235
	0	1	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·215	0·215	0·354	0·213
	0	1	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·050	0·050	0·050	0·038
	0	1	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·815	.....	0·815	0·758	0·723
	0	1	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	5·770	.....	5·770	6·100	5·839
							Gesamtausgaben 01	3·708	8·190	0·265	12·163	12·470	11·147
1	**0**	**2**					**Bundesgesetzgebung:**						
	0	2	1				Nationalrat:						
	0	2	1	0	0	43	Personalaufwand	11·358	.....	.....	11·358	11·198	8·760
	0	2	1	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	8·693	.....	8·693	5·925	4·583
	0	2	1	0	3	43	Anlagen	.....	.....	[1] 4·800	4·800	5·370	4·885
	0	2	1	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·157	0·157	0·144	0·115
	0	2	1	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	60·736	.....	60·736	55·550	50·102
	0	2	1	0	8		Aufwandskredite	.....	1·628	.....	1·628	3·560	0·315
						21		.....	*0·050*	.....	*0·050*	*0·050*	*0·007*
						43		.....	*1·578*	.....	*1·578*	*3·510*	*0·308*
							Summe 021	11·358	71·057	4·957	87·372	81·747	68·760
	0	2	2				Bundesrat:						
	0	2	2	0	1	43	Verwaltungsaufwand	[2]	0·445	.....	0·445	0·390	0·254
	0	2	2	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	9·510	.....	9·510	9·040	7·042
							Summe 022	.....	9·955	.....	9·955	9·430	7·296
							Gesamtausgaben 02	11·358	81·012	4·957	97·327	91·177	76·056
1	**0**	**3**					**Verfassungsgerichtshof:**						
	0	3	0	0	0	42	Personalaufwand	1·172	.....	.....	1·172	1·050	0·947
	0	3	0	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	0·672	.....	0·672	0·497	0·585
	0	3	0	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·035	0·035	0·185	0·052
	0	3	0	0	5	42	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·030	0·030	0·030	0·005
	0	3	0	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·769	.....	1·769	1·598	1·475
							Gesamtausgaben 03	1·172	2·441	0·065	3·678	3·360	3·064
1	**0**	**4**					**Verwaltungsgerichtshof:**						
	0	4	0	0	0	42	Personalaufwand	14·089	.....	.....	14·089	12·752	11·710
	0	4	0	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	1·098	.....	1·098	0·999	0·958
	0	4	0	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·440	0·440	0·486	0·347
	0	4	0	0	5	42	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·192	0·192	0·154	0·156
							Gesamtausgaben 04	14·089	1·098	0·632	15·819	14·391	13·171
1	**0**	**6**					**Rechnungshof:**						
	0	6	0	0	0	43	Personalaufwand	17·410	.....	.....	17·410	15·959	14·433
	0	6	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	4·660	.....	4·660	5·063	3·630
	0	6	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·370	0·370	0·200	0·227
	0	6	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·240	0·240	0·240	0·200
	0	6	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·725	.....	0·725	0·765	0·655
	0	6	0	0	8	43	Sekretariat der Obersten Rechnungskontrollbehörden	.....	1·000	.....	1·000	1·000	0·476
							Gesamtausgaben 06	17·410	6·385	0·610	24·405	23·227	19·621
							Gesamtausgaben 0	47·737	99·126	6·529	153·392	144·625	123·059

[1]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 3·400 Millionen Schilling steht das Anweisungsrecht dem Bundesministerium für Bauten und Technik zu.

[2]) Personalaufwand beim Ansatz 1/02100 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	0						**Oberste Organe**					
2	**0**	**1**					**Präsidentschaftskanzlei:**					
	0	1	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·004	0·001
	0	1	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·050	0·050	0·045	0·047
							Gesamteinnahmen 01 ...	0·004	0·050	0·054	0·049	0·048
2	**0**	**2**					**Bundesgesetzgebung:**					
	0	2	1				Nationalrat:					
	0	2	1	0	4	43	Laufende Einnahmen	1·710	.....	1·710	1·601	1·476
	0	2	1	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·055	0·055	0·050	0·074
							Summe 021 ...	1·710	0·055	1·765	1·651	1·550
	0	2	2	0	4	43	Bundesrat	0·278	.....	0·278	0·260	0·254
							Gesamteinnahmen 02 ..	1·988	0·055	2·043	1·911	1·804
2	**0**	**3**					**Verfassungsgerichtshof:**					
	0	3	0	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·029	.....	0·029	0·029	0·031
	0	3	0	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	0·011	0·008
							Gesamteinnahmen 03 ..	0·029	0·011	0·040	0·040	0·039
2	**0**	**4**					**Verwaltungsgerichtshof:**					
	0	4	0	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·370	.....	0·370	0·363	0·414
	0	4	0	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·104	0·104	0·102	0·115
							Gesamteinnahmen 04 ...	0·370	0·104	0·474	0·465	0·529
2	**0**	**6**					**Rechnungshof:**					
	0	6	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·012	.....	0·012	0·011	0·010
	0	6	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·180	0·180	0·181	0·206
							Gesamteinnahmen 06 ...	0·012	0·180	0·192	0·192	0·216
							Gesamteinnahmen 0...	2·403	0·400	2·803	2·657	2·636

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	1						**Innenverwaltung**						
1	1	**0**					**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**						
	1	0	0				Bundeskanzleramt:						
	1	0	0	0			Allgemeine Sektionen:						
	1	0	0	0	0	43	Personalaufwand	32·040	.....	.....	32·040	28·770	25·883
	1	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	6·730	.....	6·730	5·858	5·603
	1	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·270	1·270	1·498	1·105
	1	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	1·425	1·425	1·350	1·131
	1	0	0	0	6		Förderungsausgaben	.....	6·040	.....	6·040	8·640	6·024
						38		.....	*0·040*	.....	*0·040*	*0·040*	*0·040*
						43		.....	*6·000*	.....	*6·000*	*8·600*	*5·984*
	1	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	28·380	.....	28·380	20·953	19·497
	1	0	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	34·113	.....	34·113	29·523	24·946
							Summe 1000	32·040	75·263	2·695	109·998	96·592	84·189
	1	0	0	1			Sektion Wirtschaftliche Koordination:						
	1	0	0	1	0	43	Personalaufwand	13·270	.....	.....	13·270	13·910	12·482
	1	0	0	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	2·745	.....	2·745	2·902	2·583
	1	0	0	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·160	0·160	0·340	0·269
	1	0	0	1	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·228	.....	0·228	0·285	0·170
	1	0	0	1	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	7·900	.....	7·900	8·000	6·829
	1	0	0	1	8		Aufwandskredite	.....	0·490	.....	0·490	0·510	0·182
						21		.....	*0·030*	.....	*0·030*	*0·050*	*0·030*
						43		.....	*0·460*	.....	*0·460*	*0·460*	*0·152*
							Summe 1001	13·270	11·363	0·160	24·793	25·947	22·515
	1	0	0	2	8	43	Bundesgesetzblatt [1]	.....	4·000	.....	4·000	3·350	4·013
							Summe 100	45·310	90·626	2·855	138·791	125·889	110·717
	1	0	1				Staatsarchiv und Archivamt:						
	1	0	1	0	0	12	Personalaufwand	9·220	.....	.....	9·220	8·475	7·570
	1	0	1	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	1·171	.....	1·171	1·259	1·073
	1	0	1	0	3	12	Anlagen	.....	.....	0·210	0·210	0·210	0·167
	1	0	1	0	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·018	.....	0·018	0·010	0·010
	1	0	1	0	8	12	Aufwandskredite	.....	0·025	.....	0·025	.....	.....
							Summe 101	9·220	1·214	0·210	10·644	9·954	8·820
	1	0	2				Statistisches Zentralamt:						
	1	0	2	0	0	43	Personalaufwand	57·152	.....	.....	57·152	51·963	41·472
	1	0	2	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	23·234	.....	23·234	22·160	15·300
	1	0	2	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·084	1·084	2·734	2·722
	1	0	2	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	9·500	.....	9·500	6·000	3·116
							Summe 102	57·152	32·734	1·084	90·970	82·857	62·610
							Gesamtausgaben 10	111·682	124·574	4·149	240·405	218·700	182·147

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/1000 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	1						**Innenverwaltung**					
2	**1**	**0**					**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**					
	1	0	0				Bundeskanzleramt:					
	1	0	0	0			Allgemeine Sektionen:					
	1	0	0	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·105	.....	0·105	0·405	0·083
	1	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	2·710	.....	2·710	1·121	1·047
	1	0	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·890	0·890	0·850	0·828
							Summe 1000 ...	2·815	0·890	3·705	2·376	1·958
	1	0	0	1			Sektion Wirtschaftliche Koordination:					
	1	0	0	1	4	43	Laufende Einnahmen	4·700	.....	4·700	4·690	4·494
	1	0	0	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·010	.....
							Summe 1001 ...	4·700	0·010	4·710	4·700	4·494
	1	0	0	2	4	43	Bundesgesetzblatt	4·000	.....	4·000	3·552	3·953
							Summe 100 ...	11·515	0·900	12·415	10·628	10·405
	1	0	1				Staatsarchiv und Archivamt:					
	1	0	1	0	4	12	Laufende Einnahmen	0·022	.....	0·022	0·017	0·022
	1	0	1	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·003	0·002
							Summe 101 ...	0·022	0·002	0·024	0·020	0·024
	1	0	2				Statistisches Zentralamt:					
	1	0	2	0	4	43	Laufende Einnahmen	2·339	.....	2·339	1·500	1·325
	1	0	2	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·010	0·069
							Summe 102 ...	2·339	0·010	2·349	1·510	1·394
							Gesamteinnahmen 10 ...	13·876	0·912	14·788	12·158	11·823

[1] Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/10008 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	1					**Inneres:**						
	1	1	0				Bundesministerium für Inneres:						
	1	1	0	0	0	43	Personalaufwand	79·123	.....	.....	79·123	64·152	59·486
	1	1	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	11·308	.....	11·308	11·150	8·800
	1	1	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	2·364	2·364	2·600	2·600
	1	1	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	26·263	26·263	24·429	15·555
	1	1	0	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·320	.....	0·320	0·400	0·267
	1	1	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·345	.....	0·345	0·345	0·344
	1	1	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	0·950	.....	0·950	0·950	0·947
							Summe 110 ...	79·123	12·923	28·627	120·673	104·026	87·999
	1	1	1				Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand): [1]						
	1	1	1	0			Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
	1	1	1	0	3	43	Anlagen	.....	.....	4·012	4·012	6·390	6·348
	1	1	1	0	8	43	Aufwandskredite	.....	3·080	.....	3·080	1·580	1·377
							Summe 1110 ...	.....	3·080	4·012	7·092	7·970	7·725
	1	1	1	1			Zivilschutz:						
	1	1	1	1	3	41	Anlagen	.....	.....	2·000	2·000	2·000	1·223
	1	1	1	1	6	41	Förderungsausgaben	.....	2·500	.....	2·500	2·500	1·990
	1	1	1	1	8	41	Aufwandskredite	.....	3·195	.....	3·195	3·195	3·368
							Summe 1111 ...	.....	5·695	2·000	7·695	7·695	6·581
	1	1	1	2	7	43	Wahlkosten	.....	4·723	.....	4·723	3·371	3·885
	1	1	1	3			Wanderungswesen:						
	1	1	1	3	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·190	0·190	.....	.....
	1	1	1	3	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·055	.....	0·055	0·258	0·200
	1	1	1	3	8	43	Aufwandskredite	.....	0·007	.....	0·007	0·008	0·004
							Summe 1113 ...	.....	0·062	0·190	0·252	0·266	0·204
	1	1	1	4	3	43	Entminungsdienst	.....	.....	0·400	0·400	0·800	0·521
	1	1	1	5	8	43	Grenzangelegenheiten	.....	0·440	.....	0·440	0·040	0·018
	1	1	1	6			Österreichisches Polizeikontingent für Cypern:						
	1	1	1	6	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·804	.....	0·804	.....	.....
	1	1	1	6	3	43	Anlagen	.....	.....	0·096	0·096	.....	.....
							Summe 1116 ...	.....	0·804	0·096	0·900	.....	.....
							Summe 111 ...	.....	14·804	6·698	21·502	20·142	18·934

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/110 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	1					**Inneres:**					
	1	1	0				Bundesministerium für Inneres:					
	1	1	0	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	1	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·450	.....	0·450	0·350	0·431
	1	1	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	13·015	13·015	11·915	10·359
							Summe 110 ...	0·451	13·015	13·466	12·266	10·790
	1	1	1				Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):					
	1	1	1	0			Flugpolizei und Flugrettungsdienst:					
	1	1	1	0	2	43	Zweckgebundene Einnahmen (V) [2]	.....	0·100	0·100	.....	.....
	1	1	1	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·253	.....	0·253	0·223	0·290
	1	1	1	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·001	0·010
							Summe 1110 ...	0·253	0·103	0·356	0·224	0·300
	1	1	1	1	4	41	Zivilschutz	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	1	1	2	4	43	Wahlkosten	0·021	.....	0·021	0·005	0·125
	1	1	1	3			Wanderungswesen:					
	1	1	1	3	4	22	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·181	0·138
	1	1	1	3	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·190	0·190	.....	.....
							Summe 1113 ...	0·001	0·190	0·191	0·181	0·138
	1	1	1	4			Entminungsdienst:					
	1	1	1	4	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	.....	.....
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·025	.....
							Summe 1114 ...	.....	0·030	0·030	0·025	.....
	1	1	1	5	4	43	Grenzangelegenheiten	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	1	1	6	4	43	Österreichisches Polizeikontingent für Cypern	5·431	.....	5·431	.....	.....
							Summe 111 ...	5·708	0·323	6·031	0·437	0·563

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11008/Post 7682 veranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11103/Post 0403 002 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	1	2				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
	1	1	2	0			Politische Behörden:						
	1	1	2	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·386	.....	0·386	0·386	0·384
	1	1	2	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·340	0·340	0·480	0·153
	1	1	2	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	5·966	.....	5·966	5·323	4·906
							Personalaufwand	.....	.....	.....	[1]	0·361	0·319
							Summe 1120	.....	6·352	0·340	6·692	6·550	5·762
	1	1	2	1	8	43	Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge [2]	.....	3·617	.....	3·617	3·617	3·299
							Summe 112	.....	9·969	0·340	10·309	10·167	9·061
	1	1	3				Bundespolizei						
	1	1	3	0	0	42	Personalaufwand	1.040·620	.....	.....	1.040·620	975·176	930·921
	1	1	3	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	147·122	.....	147·122	134·077	125·721
	1	1	3	0	3	42	Anlagen	.....	.....	20·810	20·810	25·300	21·097
	1	1	3	0	8	42	Aufwandskredite	.....	18·900	.....	18·900	18·900	18·172
							Summe 113	1.040·620	166·022	20·810	1.227·452	1.153·453	1.095·911
	1	1	4				Bundesgendarmerie:						
	1	1	4	0	0	42	Personalaufwand	786·800	.....	.....	786·800	739·530	699·640
	1	1	4	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	166·938	.....	166·938	150·450	135·957
	1	1	4	0	3	42	Anlagen	.....	.....	31·185	31·185	39·500	30·096
	1	1	4	0	8	42	Aufwandskredite	.....	13·535	.....	13·535	13·535	12·454
							Summe 114	786·800	180·473	31·185	998·458	943·015	878·147
	1	1	5				Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber:						
	1	1	5	0			Allgemeine Einrichtungen:						
	1	1	5	0	0	22	Personalaufwand	5·848	.....	.....	5·848	5·723	4·850
	1	1	5	0	3	22	Anlagen	.....	.....	0·357	0·357	0·446	0·246
	1	1	5	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·624	.....	0·624	0·780	0·776
	1	1	5	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·594	.....	0·594	0·598	0·593
	1	1	5	0	8	22	Aufwandskredite	.....	11·072	.....	11·072	13·857	12·994
							Summe 1150	5·848	12·290	0·357	18·495	21·404	19·459
	1	1	5	1			Flüchtlingsanstalten; Betriebsähnlicher Verwaltungszweig:						
	1	1	5	1	0	22	Personalaufwand	4·677	.....	.....	4·677	4·253	3·985
	1	1	5	1	3	22	Anlagen	.....	.....	0·134	0·134	0·105	0·102
	1	1	5	1	8	22	Aufwandskredite	.....	3·062	.....	3·062	2·745	3·029
							Summe 1151	4·677	3·062	0·134	7·873	7·103	7·116
	1	1	5	2			Zweckgebundene Gebarung: [3]						
	1	1	5	2	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·001	.....	0·001	1·802	1·363
	1	1	5	2	8	22	Aufwandskredite	.....	0·001	.....	0·001	0·471	1·299
							Summe 1152	.....	0·002	.....	0·002	2·273	2·662
							Summe 115	10·525	15·354	0·491	26·370	30·780	29·237
							Gesamtausgaben 11	1.917·068	399·545	88·151	2.404·764	2.261·583	2.119·289

[1]) Im BVA 1968 beim Ansatz 1/11207 als Kostenersatz an Länder mitveranschlagt.
[2]) Der Verwaltungsaufwand wird im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
[3]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/1150 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	1	2				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:					
	1	1	2	0			Politische Behörden :					
	1	1	2	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·010	.....	0·010	0·010	0·007
	1	1	2	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·080	0·080	0·080	0·032
							Summe 1120 ...	0·010	0·080	0·090	0·090	0·039
	1	1	2	1			Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:					
	1	1	2	1	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·300	.....	0·300	0·300	0·327
	1	1	2	1	4	43	Sonstige Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	0·010
							Summe 1121 ...	0·301	.....	0·301	0·301	0·337
							Summe 112 ...	0·311	0·080	0·391	0·391	0·376
	1	1	3				Bundespolizei:					
	1	1	3	0	2	42	Zweckgebundene Einnahmen (V) [2]	.....	1·200	1·200	1·000	.....
	1	1	3	0	4	42	Laufende Einnahmen	41·805	.....	41·805	38·840	38·013
	1	1	3	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·015	0·015	0·001	0·799
							Summe 113 ...	41·805	1·215	43·020	39·841	38·812
	1	1	4				Bundesgendarmerie:					
	1	1	4	0	2	42	Zweckgebundene Einnahmen (V) [3]	.....	0·705	0·705	1·400	.....
	1	1	4	0	4	42	Laufende Einnahmen	8·885	.....	8·885	8·800	8·675
	1	1	4	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·001	0·961
							Summe 114 ...	8·885	0·715	9·600	10·201	9·636
	1	1	5				Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber:					
	1	1	5	0			Allgemeine Einrichtungen:					
	1	1	5	0	4	22	Laufende Einnahmen	1·605	.....	1·605	1·604	2·044
	1	1	5	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·323	0·323	0·482	0·432
							Summe 1150 ...	1·605	0·323	1·928	2·086	2·476
	1	1	5	1			Flüchtlingsanstalten; Betriebsähnlicher Verwaltungszweig:					
	1	1	5	1	0	22	Zweckgebundene Einnahmen [4]	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	1	5	1	4	22	Laufende Einnahmen	0·565	.....	0·565	0·560	1·006
	1	1	5	1	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	0·001	.....
							Summe 1151 ...	0·566	0·011	0·577	0·562	1·006
	1	1	5	2	0	22	Zweckgebundene Gebarung	0·002	.....	0·002	2·273	2·288
							Summe 115 ...	2·173	0·334	2·507	4·921	5·770
							Gesamteinnahmen 11 ...	59·333	15·682	75·015	68·057	65·947

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11218 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11303 mitveranschlagt.
[3]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11403 mitveranschlagt.
[4]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11518 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2					**Unterricht:**						
	1	2	0				Bundesministerium für Unterricht:						
	1	2	0	0	0	43	Personalaufwand	38·118	.....	.....	38·118	34·924	29·082
	1	2	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	6·400	.....	6·400	6·244	4·502
	1	2	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·200	1·200	1·740	1·696
	1	2	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	55·700	55·700	50·000	26·193
	1	2	0	0	6	43	Förderungsausgaben	.....	16·200	.....	16·200	15·800	13·947
	1	2	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	3·000	.....	3·000	3·100	0·585
							Summe 120 ...	38·118	25·600	56·900	120·618	111·808	76·005
	1	2	1				Bundesministerium; Förderung von Forschung und Wissenschaft: [1]						
	1	2	1	0			Hochschulische Einrichtungen:						
	1	2	1	0	6	12	Förderungsausgaben	.....	42·654	.....	42·654	53·782	73·568
							12 Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	0·800	1·200
							Summe 1210 ...	.....	42·654	.....	42·654	54·582	74·768
	1	2	1	1			Wissenschaftliche Einrichtungen:						
	1	2	1	1	6	12	Förderungsausgaben	.....	62·620	.....	62·620	38·378	31·375
	1	2	1	2			Privatbibliotheken:						
	1	2	1	2	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·450	.....	0·450	0·400	0·349
	1	2	1	3			Auslandeinrichtungen:						
	1	2	1	3	6	12	Förderungsausgaben	.....	6·700	.....	6·700	.....	.....
	1	2	1	3	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	5·405	.....	5·405	.....	.....
	1	2	1	3	8	12	Aufwandskredite	.....	3·000	.....	3·000	.....	.....
							Summe 1213 ...	.....	15·105	.....	15·105	.....	.....
							Summe 121 ...	.....	120·829	.....	120·829	93·360	106·492
	1	2	2				Bundesministerium; Förderung von Erziehung und Unterricht: [1]						
	1	2	2	0			Allgemein pädagogische Erfordernisse:						
	1	2	2	0	6	11	Förderungsausgaben	.....	1·555	.....	1·555	1·945	1·748
	1	2	2	0	8	11	Aufwandskredite	.....	2·900	.....	2·900	2·500	2·498
							Summe 1220 ...		4·455	.....	4·455	4·445	4·246
	1	2	2	1			Volksbildung:						
	1	2	2	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	18·340	.....	18·340	22·300	21·472
	1	2	2	2			Sportförderung:						
	1	2	2	2	5	11	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·100	0·100	0·100	0·030
	1	2	2	2	6	11	Förderungsausgaben	.....	26·755	.....	26·755	27·655	22·380
							Summe 1222 ...	.....	26·755	0·100	26·855	27·755	22·410
	1	2	2	3			Jugendförderung:						
	1	2	2	3	6	11	Förderungsausgaben	.....	24·260	.....	24·260	29·700	26·950
	1	2	2	4			Auslandeinrichtungen:						
	1	2	2	4	6	11	Förderungsausgaben	.....	1·040	.....	1·040	.....	.....
	1	2	2	4	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·070	.....	0·070	.....	.....
	1	2	2	4	8	11	Aufwandskredite	.....	0·500	.....	0·500	.....	.....
							Summe 1224 ...	.....	1·610	.....	1·610	.....	.....
							Summe 122 ...	.....	75·420	0·100	75·520	84·200	75·078

[1] Verwaltungsaufwand beim Titel 1/120 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2					**Unterricht:**					
	1	2	0				Bundesministerium für Unterricht:					
	1	2	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·250	.....	0·250	0·161	0·215
	1	2	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	37·482	37·482	25·704	19·129
							Summe 120 ...	0·250	37·482	37·732	25·865	19·344
	1	2	1				Bundesministerium; Förderung von Forschung und Wissenschaft:					
	1	2	1	0	4	12	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·002	.....
	1	2	1	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·200	0·200	0·120	0·050
							Summe 121 ...	0·004	0·200	0·204	0·122	0·050
	1	2	2				Bundesministerium; Förderung von Erziehung und Unterricht:					
	1	2	2	0	4	11	Laufende Einnahmen	0·254	.....	0·254	0·202	0·180
	1	2	2	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·068	0·068	0·065	0·062
							Summe 122 ...	0·254	0·068	0·322	0·267	0·242

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	3				Bundesministerium; Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen:						
	1	2	3	0			Hochschulen:						
	1	2	3	0	0	12	Personalaufwand	612·117	.....	.....	612·117	502·542	420·462
	1	2	3	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	87·326	.....	87·326	77·326	75·738
	1	2	3	0	3	12	Anlagen	.....	.....	94·099	94·099	94·845	94·705
	1	2	3	0	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	[1] 435·600	.....	435·600	454·148	348·585
	1	2	3	0	8	12	Aufwandskredite	.....	91·300	.....	91·300	85·661	72·638
							Summe 1230 ...	612·117	614·226	94·099	1.320·442	1.214·522	1.012·128
	1	2	3	1			Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	2	3	1	0	12	Personalaufwand	28·268	.....	.....	28·268	17·742	16·485
	1	2	3	1	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	6·875	.....	6·875	6·048	5·540
	1	2	3	1	3	12	Anlagen	.....	.....	1·200	1·200	0·700	0·470
	1	2	3	1	6	12	Förderungsausgaben	.....	1·200	.....	1·200	1·100	1·249
	1	2	3	1	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	3·300	.....	3·300	4·300	.....
	1	2	3	1	8	12	Aufwandskredite	.....	44·702	.....	44·702	42·824	41·925
							Summe 1231 ...	28·268	56·077	1·200	85·545	72·714	65·669
	1	2	3	2			Wissenschaftliche Anstalten:						
	1	2	3	2	0	12	Personalaufwand	18·000	.....	.....	18·000	16·276	14·237
	1	2	3	2	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	3·400	.....	3·400	3·329	2·912
	1	2	3	2	3	12	Anlagen	.....	.....	2·320	2·320	2·900	2·499
	1	2	3	2	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	33·000	.....	33·000	31·002	19·800
	1	2	3	2	8	12	Aufwandskredite	.....	7·600	.....	7·600	5·600	5·132
							Summe 1232 ...	18·000	44·000	2·320	64·320	59·107	44·580
	1	2	3	3			Bibliotheken:						
	1	2	3	3	0	12	Personalaufwand	36·800	.....	.....	36·800	36·213	29·294
	1	2	3	3	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	4·826	.....	4·826	3·726	3·385
	1	2	3	3	3	12	Anlagen	.....	.....	5·500	5·500	6·500	5·831
	1	2	3	3	8	12	Aufwandskredite	.....	20·212	.....	20·212	20·112	20·030
							Summe 1233 ...	36·800	25·038	5·500	67·338	66·551	58·540
							Summe 123 ...	695·185	739·341	103·119	1.537·645	1.412·894	1.180·917

[1] Hinsichtlich eines Teilbetrages von 130·000 Millionen Schilling steht das Anweisungsrecht dem Bundesministerium für Bauten und Technik zu.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2	3				Bundesministerium; Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen:					
	1	2	3	0			Hochschulen:					
	1	2	3	0	4	12	Laufende Einnahmen	16·977	.....	16·977	8·436	6·654
	1	2	3	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·100	0·100	0·065	0·074
							Summe 1230 ...	16·977	0·100	17·077	8·501	6·728
	1	2	3	1			Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung):					
	1	2	3	1	0	12	Zweckgebundene Einnahmen	85·545	.....	85·545	72·714	71·367
	1	2	3	2			Wissenschaftliche Anstalten:					
	1	2	3	2	4	12	Laufende Einnahmen	0·838	.....	0·838	0·811	0·742
	1	2	3	2	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·001	.....
							Summe 1232 ...	0·838	0·006	0·844	0·812	0·742
	1	2	3	3			Bibliotheken:					
	1	2	3	3	4	12	Laufende Einnahmen	2·305	.....	2·305	2·095	2·132
	1	2	3	3	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·007	0·007	0·005	.....
							Summe 1233 ...	2·305	0·007	2·312	2·100	2·132
							Summe 123 ...	105·665	0·113	105·778	84·127	80·969

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	4				Bundesministerium; Einrichtungen für außerschulische Erziehung: [1])						
	1	2	4	0			Bundesheim- und Sportverwaltung:						
	1	2	4	0	0	11	Personalaufwand	8·000	.....	.....	8·000	8·425	5·858
	1	2	4	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·300	.....	1·300	1·262	2·751
	1	2	4	0	3	11	Anlagen	.....	.....	[2]) 19·920	19·920	19·150	19·620
	1	2	4	0	8	11	Aufwandskredite	.....	2·957	.....	2·957	2·902	1·582
							Summe 1240 ...	8·000	4·257	19·920	32·177	31·739	29·811
	1	2	4	1			Bundessport- und Bundesschullandheime (Zweckgeb. Gebarung): [3])						
	1	2	4	1	0	11	Personalaufwand	7·480	.....	.....	7·480	5·925	5·289
	1	2	4	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	3·200	.....	3·200	2·507	2·163
	1	2	4	1	3	11	Anlagen	.....	.....	0·040	0·040	0·035	0·003
	1	2	4	1	8	11	Aufwandskredite	.....	12·000	.....	12·000	10·602	9·205
							Summe 1241 ..	7·480	15·200	0·040	22·720	19·069	16·660
	1	2	4	2			Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
	1	2	4	2	0	11	Personalaufwand	2·147	.....	.....	2·147	2·099	1·815
	1	2	4	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·160	0·160	0·200	0·196
	1	2	4	2	8	11	Aufwandskredite	.....	15·000	.....	15·000	13·220	10·822
							Summe 1242...	2·147	15·000	0·160	17·307	15·519	12·833
							Summe 124 ...	17·627	34·457	20·120	72·204	66·327	59·304
	1	2	5				(frei)						

[1]) Jugend- und Leibeserziehung.

[2]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 15·000 Millionen Schilling für Bauzwecke steht das Anweisungsrecht dem Bundesministerium für Bauten und Technik zu.

[3]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2	4				Bundesministerium; Einrichtungen für außerschulische Erziehung:[1])					
	1	2	4	0			Bundesheim- und Sportverwaltung:					
	1	2	4	0	4	11	Laufende Einnahmen	0·804	.....	0·804	0·772	5·747
	1	2	4	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·030	0·009
							Summe 1240 ...	0·804	0·030	0·834	0·802	5·756
	1	2	4	1			Bundessport- und Bundesschullandheime (Zweckgeb. Gebarung):[2])					
	1	2	4	1	0	11	Zweckgebundene Einnahmen	22·717	.....	22·717	19·067	16·008
	1	2	4	1	2	11	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·002	.....
							Summe 1241 ...	22·717	0·003	22·720	19·069	16·008
	1	2	4	2			Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:					
	1	2	4	2	4	11	Laufende Einnahmen	11·680	.....	11·680	10·033	7·415
							Summe 124 ...	35·201	0·033	35·234	29·904	29·179
	1	2	5				(frei)					

[1]) Jugend- und Leibeserziehung.
[2]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	6				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
	1	2	6	0			Schulaufsichtsbehörden:						
	1	2	6	0	0	11	Personalaufwand	75·500	.....	.....	75·500	96·660	60·434
	1	2	6	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	11·820	.....	11·820	10·834	10·072
	1	2	6	0	3	11	Anlagen	.....	.....	0·900	0·900	1·950	1·975
	1	2	6	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	3·000	.....	3·000	.....	.....
	1	2	6	0	8	11	Aufwandskredite	.....	1·000	.....	1·000	6·952	1·062
							Summe 1260 ...	75·500	15·820	0·900	92·220	116·396	73·543
	1	2	6	1			Pädagogisch-Psychologischer Dienst:						
	1	2	6	1	0	11	Personalaufwand	5·200	.....	.....	5·200	4·180	3·411
	1	2	6	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·725	.....	0·725	0·667	0·519
	1	2	6	1	8	11	Aufwandskredite	.....	2·190	.....	2·190	2·990	2·036
							Summe 1261...	5·200	2·915	.....	8·115	7·837	5·966
	1	2	6	2			Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen:						
	1	2	6	2	0	11	Personalaufwand	3·800	.....	.....	3·800	3·466	3·027
	1	2	6	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·400	.....	1·400	1·271	1·121
	1	2	6	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·400	0·400	0·400	0·390
	1	2	6	2	8	11	Aufwandskredite	.....	3·850	.....	3·850	3·930	4·003
							Summe 1262 ...	3·800	5·250	0·400	9·450	9·067	8·541
							Summe 126 ...	84·500	23·985	1·300	109·785	133·300	88·050

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2	6				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:					
	1	2	6	0			Schulaufsichtsbehörden:					
	1	2	6	0	4	11	Laufende Einnahmen	17·016	.....	17·016	30·401	0·471
	1	2	6	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·002	0·005
							Summe 1260 ...	17·016	0·004	17·020	30·403	0·476
	1	2	6	1			Pädagogisch-Psychologischer Dienst:					
	1	2	6	1	4	11	Laufende Einnahmen	0·404	.....	0·404	1·202	0·512
	1	2	6	2			Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen:					
	1	2	6	2	4	11	Laufende Einnahmen	2·207	.....	2·207	2·358	1·574
	1	2	6	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·008	0·008	0·002	.....
							Summe 1262 ...	2·207	0·008	2·215	2·360	1·574
							Summe 126 ...	19·627	0·012	19·639	33·965	2·562

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	7				Schulen I: [1]						
	1	2	7	0			Allgemeinbildende Höhere Schulen:						
	1	2	7	0	0	11	Personalaufwand	779·018	.....	.....	779·018	694·600	608·996
	1	2	7	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	43·000	.....	43·000	42·092	43·377
	1	2	7	0	3	11	Anlagen	.....	.....	23·560	23·560	23·200	26·187
	1	2	7	0	6	11	Förderungsausgaben	.....	14·800	.....	14·800	19·487	18·471
	1	2	7	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	18·400	.....	18·400	16·300	9·766
	1	2	7	0	8	11	Aufwandskredite	.....	17·106	.....	17·106	17·106	15·077
							Summe 1270 ...	779·018	93·306	23·560	895·884	812·785	721·874
	1	2	7	1			Bundeserziehungsanstalten:						
	1	2	7	1	0	11	Personalaufwand	28·800	.....	.....	28·800	25·830	21·566
	1	2	7	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	3·500	.....	3·500	3·230	2·877
	1	2	7	1	3	11	Anlagen	.....	.....	1·000	1·000	1·800	1·823
	1	2	7	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·240	.....	0·240	0·300	0·252
	1	2	7	1	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·030	.....	0·030	0·030	.....
	1	2	7	1	8	11	Aufwandskredite	.....	7·200	.....	7·200	6·980	6·182
							Summe 1271 ...	28·800	10·970	1·000	40·770	38·170	32·700
	1	2	7	2			Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute:						
	1	2	7	2	0	11	Personalaufwand	149·100	.....	.....	149·100	81·140	84·629
	1	2	7	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	10·475	.....	10·475	5·475	5·011
	1	2	7	2	3	11	Anlagen	.....	.....	9·500	9·500	2·400	2·293
	1	2	7	2	6	11	Förderungsausgaben	.....	11·360	.....	11·360	13·580	13·315
	1	2	7	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	6·750	.....	6·750	6·750	6·069
	1	2	7	2	8	11	Aufwandskredite	.....	2·694	.....	2·694	2·694	3·206
							Summe 1272 ...	149·100	31·279	9·500	189·879	112·039	114·523
	1	2	7	3			Bildungsanstalten: [2]						
	1	2	7	3	0	11	Personalaufwand	8·800	.....	.....	8·800	15·800	.....
	1	2	7	3	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	3·748	.....	3·748	0·748	.....
	1	2	7	3	3	11	Anlagen	.....	.....	0·870	0·870	0·300	.....
	1	2	7	3	6	11	Förderungsausgaben	.....	1·600	.....	1·600	2·000	.....
	1	2	7	3	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·700	.....	1·700	3·200	.....
	1	2	7	3	8	11	Aufwandskredite	.....	1·273	.....	1·273	1·273	.....
							Summe 1273 ...	8·800	8·321	0·870	17·991	23·321	.....
	1	2	7	4			Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute:						
	1	2	7	4	0	11	Personalaufwand	10·800	.....	.....	10·800	9·430	8·846
	1	2	7	4	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·000	.....	1·000	0·940	0·591
	1	2	7	4	3	11	Anlagen	.....	.....	0·300	0·300	0·900	0·430
	1	2	7	4	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·100	.....	0·100	0·055	0·019
	1	2	7	4	8	11	Aufwandskredite	.....	1·940	.....	1·940	1·835	1·409
							Summe 1274 ...	10·800	3·040	0·300	14·140	13·160	11·295

[1] Allgemeinbildende Schulen, Lehrer- und Erzieherbildung, Bundeskonvikte und Schülerheime, Bundesanstalten für Leibeserziehung.
[2] Im BVA. 1967 und 1966 als „Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2	7				Schulen I: [1]					
	1	2	7	0			Allgemeinbildende Höhere Schulen:					
	1	2	7	0	4	11	Laufende Einnahmen	9·280	.....	9·280	5·885	5·079
	1	2	7	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·040	0·040	0·100	0·018
							Summe 1270 ...	9·280	0·040	9·320	5·985	5·097
	1	2	7	1			Bundeserziehungsanstalten:					
	1	2	7	1	4	11	Laufende Einnahmen	6·714	.....	6·714	6·616	6·325
	1	2	7	1	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	0·002	0·001
							Summe 1271 ...	6·714	0·011	6·725	6·618	6·326
	1	2	7	2			Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute:					
	1	2	7	2	4	11	Laufende Einnahmen	1·688	.....	1·688	1·244	1·293
	1	2	7	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·002	.....
							Summe 1272 ...	1·688	0·004	1·692	1·246	1·293
	1	2	7	3			Bildungsanstalten: [2]					
	1	2	7	3	4	11	Laufende Einnahmen	1·088	.....	1·088	1·100	.....
	1	2	7	3	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·002	.....
							Summe 1273 ...	1·088	0·004	1·092	1·102	.....
	1	2	7	4			Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute:					
	1	2	7	4	4	11	Laufende Einnahmen	1·596	.....	1·596	1·492	1·183
	1	2	7	4	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·002	0·006
							Summe 1274 ...	1·596	0·004	1·600	1·494	1·189

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 26.
[2]) Siehe Fußnote [2]) auf Seite 26.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	7	5			Allgemeinbildende Pflichtschulen:						
	1	2	7	5	0	11	Personalaufwand	3.335·916	.....	.....	3.335·916	2.641·000	2.411·275
	1	2	7	5	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	17·000	.....	17·000	14·000	12·374
	1	2	7	5	6	11	Förderungsausgaben	.....	2·330	.....	2·330	2·930	3·318
	1	2	7	5	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	27·900	.....	27·900	25·800	24·415
	1	2	7	5	8	11	Aufwandskredite	.....	45·500	.....	45·500	44·000	40·454
							Summe 1275 ...	3.335·916	92·730	.....	3.428·646	2.727·730	2.491·836
	1	2	7	6			Bundeskonvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):						
	1	2	7	6	0	11	Personalaufwand	4·400	.....	.....	4·400	4·700	4·393
	1	2	7	6	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·072	.....	0·072	0·046	0·027
	1	2	7	6	3	11	Anlagen	.....	.....	5·000	5·000	2·200	0·882
	1	2	7	6	6	11	Förderungsausgaben	.....	3·975	.....	3·975	3·970	3·821
	1	2	7	6	8	11	Aufwandskredite	.....	0·060	.....	0·060	0·060	0·040
							Summe 1276 ...	4·400	4·107	5·000	13·507	10·976	9·163
	1	2	7	7			Bundeskonvikte (Allgemeinbildende; Zweckgebundene Gebarung):[1]						
	1	2	7	7	0	11	Personalaufwand	6·335	.....	.....	6·335	5·476	5·401
	1	2	7	7	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	2·858	.....	2·858	1·801	1·717
	1	2	7	7	3	11	Anlagen	.....	.....	0·289	0·289	0·270	0·447
	1	2	7	7	8	11	Aufwandskredite	.....	7·138	.....	7·138	7·333	7·282
							Summe 1277 ...	6·335	9·996	0·289	16·620	14·880	14·847
	1	2	7	8			Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
	1	2	7	8	0	11	Personalaufwand	2·100	.....	.....	2·100	3·470	.....
	1	2	7	8	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	3·000	.....	3·000	2·800	.....
	1	2	7	8	3	11	Anlagen	.....	.....	0·350	0·350	0·500	.....
	1	2	7	8	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·350	.....	0·350	0·420	.....
	1	2	7	8	8	11	Aufwandskredite	.....	0·500	.....	0·500	0·500	.....
							Summe 1278 ...	2·100	3·850	0·350	6·300	7·690	.....
							Summe 127 ...	4.325·269	257·599	40·869	4.623·737	3.760·751	3.396·238

[1]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2	7	5			Allgemeinbildende Pflichtschulen:					
	1	2	7	5	4	11	Laufende Einnahmen	2·900	.....	2·900	2·302	1·746
	1	2	7	6			Bundeskonvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):					
	1	2	7	6	4	11	Laufende Einnahmen	0·026	.....	0·026	0·002	0·022
	1	2	7	6	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·001	0·000
							Summe 1276 ...	0·026	0·002	0·028	0·003	0·022
	1	2	7	7			Bundeskonvikte (Allgemeinbildende; Zweckgebundene Gebarung):[1]					
	1	2	7	7	0	11	Zweckgebundene Einnahmen	16·616	.....	16·616	14·880	15·117
	1	2	7	7	2	11	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	.....	.....
							Summe 1277 ...	16·616	0·004	16·620	14·880	15·117
	1	2	7	8			Bundesanstalten für Leibeserziehung:					
	1	2	7	8	4	11	Laufende Einnahmen	0·164	.....	0·164	0·160	.....
	1	2	7	8	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·002	.....
							Summe 1278 ...	0·164	0·004	0·168	0·162	.....
							Summe 127 ...	40·072	0·073	40·145	33·792	30·790

[1]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	8				Schulen II: [1])						
	1	2	8	0			Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
	1	2	8	0	0	11	Personalaufwand	317·000	.....	.....	317·000	264·746	315·731
	1	2	8	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	17·000	.....	17·000	16·200	19·340
	1	2	8	0	3	11	Anlagen	.....	.....	27·000	27·000	25·000	26·628
	1	2	8	0	6	11	Förderungsausgaben	.....	2·600	.....	2·600	2·600	10·637
	1	2	8	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	3·000	.....	3·000	2·725	2·894
	1	2	8	0	8	11	Aufwandskredite	.....	23·160	.....	23·160	26·180	40·219
							Summe 1280 ...	317·000	45·760	27·000	389·760	337·451	415·449
	1	2	8	1			Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe:						
	1	2	8	1	0	11	Personalaufwand	106·000	.....	.....	106·000	126·454	.....
	1	2	8	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	5·500	.....	5·500	4·790	.....
	1	2	8	1	3	11	Anlagen	.....	.....	6·000	6·000	3·500	.....
	1	2	8	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	3·000	.....	3·000	3·800	.....
	1	2	8	1	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	4·000	.....	4·000	0·850	.....
	1	2	8	1	8	11	Aufwandskredite	.....	12·000	.....	12·000	12·700	.....
							Summe 1281 ...	106·000	24·500	6·000	136·500	152·094	.....
	1	2	8	2			Handelsakademien und Handelsschulen:						
	1	2	8	2	0	11	Personalaufwand	130·800	.....	.....	130·800	129·985	96·355
	1	2	8	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	4·060	.....	4·060	3·500	3·198
	1	2	8	2	3	11	Anlagen	.....	.....	4·000	4·000	4·100	4·194
	1	2	8	2	6	11	Förderungsausgaben	.....	6·500	.....	6·500	7·500	7·094
	1	2	8	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·410	.....	1·410	0·922	0·128
	1	2	8	2	8	11	Aufwandskredite	.....	2·030	.....	2·030	2·830	2·594
							Summe 1282 ...	130·800	14·000	4·000	148·800	148·837	113·563
	1	2	8	5			Berufsbildende Pflichtschulen:						
	1	2	8	5	0	11	Personalaufwand	267·833	.....	.....	267·833	226·932	219·868
	1	2	8	5	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·500	.....	1·500	1·400	1·168
	1	2	8	5	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·100	.....	0·100	0·100	0·101
	1	2	8	5	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·100	.....	0·100	.....	.....
	1	2	8	5	8	11	Aufwandskredite	.....	3·400	.....	3·400	3·400	3·144
							Summe 1285 ...	267·833	5·100	.....	272·933	231·832	224·281
	1	2	8	6			Bundeskonvikte und Schülerheime (Berufsbildende):						
	1	2	8	6	0	11	Personalaufwand	1·750	.....	.....	1·750	1·660	.....
	1	2	8	6	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·025	.....	0·025	0·025	.....
	1	2	8	6	3	11	Anlagen	.....	.....	0·800	0·800	1·400	0·919
	1	2	8	6	6	11	Förderungsausgaben	.....	10·600	.....	10·600	9·600	7·083
	1	2	8	6	8	11	Aufwandskredite	.....	0·020	.....	0·020	0·020	0·001
							Summe 1286 ...	1·750	10·645	0·800	13·195	12·705	8·003
	1	2	8	7			Bundeskonvikte (Berufsbildende; Zweckgebundene Gebarung): [2])						
	1	2	8	7	0	11	Personalaufwand	2·968	.....	.....	2·968	1·421	1·350
	1	2	8	7	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·450	.....	0·450	0·428	0·321
	1	2	8	7	3	11	Anlagen	.....	.....	0·125	0·125	0·125	0·030
	1	2	8	7	8	11	Aufwandskredite	.....	3·320	.....	3·320	3·438	3·274
							Summe 1287 ...	2·968	3·770	0·125	6·863	5·412	4·975
							Summe 128 ...	826·351	103·775	37·925	968·051	888·331	766·271
							Gesamtausgaben 12 ...	5.987·050	1.381·006	260·333	7.628·389	6.550·971	5.748·355

[1]) Berufsbildende Schulen (Berufspädagogische Lehranstalten und Institute, höhere und mittlere Schulen, Berufsschulen, Bundeskonvikte und Schülerheime).

[2]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	2	8				Schulen II: [1]					
	1	2	8	0			Technische und gewerbliche Lehranstalten:					
	1	2	8	0	4	11	Laufende Einnahmen	12·519	.....	12·519	11·498	19·352
	1	2	8	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·009	0·009	0·040	0·074
							Summe 1280 ...	12·519	0·009	12·528	11·538	19·426
	1	2	8	1			Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe:					
	1	2	8	1	4	11	Laufende Einnahmen	10·582	.....	10·582	8·443	.....
	1	2	8	1	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·030	.....
							Summe 1281 ...	10·582	0·006	10·588	8·473	.....
	1	2	8	2			Handelsakademien und Handelsschulen:					
	1	2	8	2	4	11	Laufende Einnahmen	2·293	.....	2·293	0·995	2·068
	1	2	8	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·005	0·005	0·005	0·000
							Summe 1282 ...	2·293	0·005	2·298	1·000	2·068
	1	2	8	5			Berufsbildende Pflichtschulen:					
	1	2	8	5	4	11	Laufende Einnahmen	0·628	.....	0·628	0·192	0·527
							Beiträge der Länder zum Personalaufwand	.....	.....	[2]	124·143	112·323
							Summe 1285 ...	0·628	.....	0·628	124·335	112·850
	1	2	8	6			Bundeskonvikte und Schülerheime (Berufsbildende):					
	1	2	8	6	4	11	Laufende Einnahmen	0·006	.....	0·006	0·004	.....
	1	2	8	6	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 1286 ...	0·006	0·001	0·007	0·005	.....
	1	2	8	7			Bundeskonvikte (Berufsbildende; Zweckgebundene Gebarung): [3]					
	1	2	8	7	0	11	Zweckgebundene Einnahmen	6·853	.....	6·853	5·412	4·910
	1	2	8	7	2	11	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	.....	.....
							Summe 1287 ...	6·853	0·010	6·863	5·412	4·910
							Summe 128 ...	32·881	0·031	32·912	150·763	139·254
							Gesamteinnahmen 12 ...	233·954	38·012	271·966	358·805	302·390

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 30.
[2]) Im BVA. 1968 beim Ansatz 2/53014 veranschlagt.
[3]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	3					**Kunst:**						
	1	3	0				Bundesministerium (Kunstaufwendungen und Kunstförderungen):						
	1	3	0	0			Bildende Künste:						
	1	3	0	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	3·200	.....	3·200	5·000	4·871
	1	3	0	0	8	13	Aufwandskredite	.....	1·800	.....	1·800	1·800	1·236
							Summe 1300	.....	5·000	.....	5·000	6·800	6·107
	1	3	0	1			Musik und darstellende Kunst:						
	1	3	0	1	6	13	Förderungsausgaben	.....	53·000	.....	53·000	53·742	50·998
	1	3	0	1	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	15·542	.....	15·542	12·242	12·242
	1	3	0	1	8	13	Aufwandskredite	.....	0·250	.....	0·250	0·250	0·205
							Summe 1301	.....	68·792	.....	68·792	66·234	63·445
	1	3	0	2			Literatur:						
	1	3	0	2	6	13	Förderungsausgaben	.....	4·780	.....	4·780	6·000	4·302
	1	3	0	2	8	13	Aufwandskredite	.....	0·320	.....	0·320	0·290	0·288
							Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	0·002	.....
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·030	0·016
							Summe 1302	.....	5·100	.....	5·100	6·322	4·606
	1	3	0	3			Kunstförderungsbeiträge (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	3	0	3	5	13	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·200	0·200	0·200	0·392
	1	3	0	3	6	13	Förderungsausgaben	.....	13·800	.....	13·800	14·800	14·054
	1	3	0	3	8	13	Aufwandskredite	.....	1·500	.....	1·500	.....	.....
							Summe 1303	.....	15·300	0·200	15·500	15·000	14·446
	1	3	0	5			Ausstellungen des Bundes:						
	1	3	0	5	8	13	Aufwandskredite	.....	2·500	.....	2·500	2·500	4·107
	1	3	0	6			Auslandeinrichtungen:						
	1	3	0	6	6	13	Förderungsausgaben	.....	1·850	.....	1·850	.....	.....
	1	3	0	6	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·090	.....	0·090	.....	.....
	1	3	0	6	8	13	Aufwandskredite	.....	0·340	.....	0·340	.....	.....
							Summe 1306	.....	2·280	.....	2·280	.....	.....
							Förderung aus dem Pferdetotoertrag; Zweckgebundene Gebarung:						
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	0·120	0·099
							Summe 130	.....	98·972	0·200	99·172	96·976	92·810

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	3					**Kunst:**					
	1	3	0				Bundesministerium (Kunstaufwendungen und Kunstförderungen):					
	1	3	0	0			Bildende Künste:					
	1	3	0	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·004	.....
	1	3	0	1			Musik und darstellende Kunst:					
	1	3	0	1	4	13	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·004	0·005
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·100	0·100
							Summe 1301 ...	0·004	.....	0·004	0·104	0·105
	1	3	0	2			Literatur:					
	1	3	0	2	4	13	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·006	0·001
	1	3	0	2	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·004	0·084
							Summe 1302 ...	0·004	0·002	0·006	0·010	0·085
	1	3	0	3			Kunstförderungsbeiträge (Zweckgebundene Gebarung):					
	1	3	0	3	0	13	Zweckgebundene Einnahmen	15·334	.....	15·334	16·343	15·718
							Ab Einhebungskosten	.....	..... [1]	.....	1·400	1·347
							Nettosumme 13030—13031 ...	15·334	.....	15·334	14·943	14·371
	1	3	0	3	2	13	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·166	0·166	0·057	0·097
							Summe 1303 ...	15·334	0·166	15·500	15·000	14·468
	1	3	0	5			Ausstellungen des Bundes:					
	1	3	0	5	4	13	Laufende Einnahmen	0·350	.....	0·350	0·800	0·672
	1	3	0	6			Auslandeinrichtungen:					
	1	3	0	6	4	13	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	.....	.....
							Anteil am Ertrag des Pferdetotos (Zweckgebundene Gebarung):					
							Zweckgebundene Einnahmen	.....	.....	.....	0·120	0·101
							Summe 130 ...	15·700	0·168	15·868	16·038	15·431

[1]) Im BVA. 1968 bei Ansatz 1/13038 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	3	1				(frei)						
	1	3	2				Hofmusikkapelle:						
	1	3	2	0	0	13	Personalaufwand	1·800	.....	.....	1·800	1·967	1·046
	1	3	2	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·665	.....	1·665	1·100	0·704
	1	3	2	0	3	13	Anlagen	.....	.....	0·020	0·020	0·020	0·022
	1	3	2	0	8	13	Aufwandskredite	.....	0·115	.....	0·115	0·255	0·954
							Summe 132 ...	1·800	1·780	0·020	3·600	3·342	2·726
	1	3	3				Museen:						
	1	3	3	0	0	13	Personalaufwand	34·500	.....	.....	34·500	31·556	28·518
	1	3	3	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	9·000	.....	9·000	8·272	7·547
	1	3	3	0	3	13	Anlagen	.....	.....	7·200	7·200	7·166	8·149
	1	3	3	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	1·200	.....	1·200	0·860	0·200
	1	3	3	0	8	13	Aufwandskredite	.....	6·000	.....	6·000	6·000	6·255
							Summe 133 ...	34·500	16·200	7·200	57·900	53·854	50·669
	1	3	4				Bundesdenkmalamt:						
	1	3	4	0	0	13	Personalaufwand	7·250	.....	.....	7·250	7·533	5·872
	1	3	4	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	2·070	.....	2·070	1·495	1·284
	1	3	4	0	3	13	Anlagen	.....	.....	7·360	7·360	2·200	2·199
	1	3	4	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	17·350	.....	17·350	20·000	13·999
	1	3	4	0	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·500	.....	0·500	0·500	0·499
	1	3	4	0	8	13	Aufwandskredite	.....	4·600	.....	4·600	2·045	1·028
							Summe 134 ...	7·250	24·520	7·360	39·130	33·773	24·881
	1	3	5				Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm:						
	1	3	5	0	0	13	Personalaufwand	2·200	.....	.....	2·200	2·106	1·561
	1	3	5	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	0·700	.....	0·700	0·630	0·434
	1	3	5	0	3	13	Anlagen	.....	.....	0·600	0·600	0·758	1·386
	1	3	5	0	5	13	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·100	0·100	0·002	.....
	1	3	5	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	8·052	.....	8·052	10·750	8·999
	1	3	5	0	8	13	Aufwandskredite	.....	6·050	.....	6·050	6·550	6·395
							Summe 135 ...	2·200	14·802	0·700	17·702	20·796	18·775

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	3	1				(frei)					
	1	3	2				Hofmusikkapelle:					
	1	3	2	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·660	.....	0·660	0·622	0·580
	1	3	2	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	.....	.....
							Summe 132 ...	0·660	0·002	0·662	0·622	0·580
	1	3	3				Museen:					
	1	3	3	0	4	13	Laufende Einnahmen	7·571	.....	7·571	6·987	7·170
	1	3	3	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·025	.....
							Summe 133 ...	7·571	0·030	7·601	7·012	7·170
	1	3	4				Bundesdenkmalamt:					
	1	3	4	0	4	13	Laufende Einnahmen	1·144	.....	1·144	1·131	0·341
	1	3	4	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·010	0·008
							Summe 134 ...	1·144	0·020	1·164	1·141	0·349
	1	3	5				Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm:					
	1	3	5	0	4	13	Laufende Einnahmen	4·657	.....	4·657	3·270	2·845
	1	3	5	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·024	0·024	1·004	1·696
							Summe 135 ...	4·657	0·024	4·681	4·274	4·541

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	3	6				Kunstakademien und Kunstschulen:						
	1	3	6	0	0	12	Personalaufwand	58·144	.....	.....	58·144	57·973	44·309
	1	3	6	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	8·560	.....	8·560	7·816	7·054
	1	3	6	0	3	12	Anlagen	.....	.....	6·000	6·000	7·500	5·998
	1	3	6	0	6	12	Förderungsausgaben	.....	3·530	.....	3·530	4·200	5·208
	1	3	6	0	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	30·760	.....	30·760	27·922	26·461
	1	3	6	0	8	12	Aufwandskredite	.....	6·161	.....	6·161	6·161	4·805
							Summe 136 ...	58·144	49·011	6·000	113·155	111·572	93·835
	1	3	7				Kunstakademien und Kunstschulen (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	3	7	0	0	12	Personalaufwand	0·557	.....	.....	0·557	0·498	0·423
	1	3	7	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	0·152	.....	0·152	0·135	0·103
	1	3	7	0	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·010	.....	0·010	0·010	.....
	1	3	7	0	8	12	Aufwandskredite	.....	1·860	.....	1·860	1·510	1·654
							Summe 137 ...	0·557	2·022	.....	2·579	2·153	2·180
	1	3	8				Kulturelle Einrichtungen im Ausland:						
	1	3	8	0			Österreichische Kulturinstitute:						
	1	3	8	0	0	43	Personalaufwand	10·866	.....	.....	10·866	11·899	8·550
	1	3	8	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	9·500	.....	9·500	4·417	4·239
	1	3	8	0	3	43	Anlagen	.....	.....	2·500	2·500	6·650	2·184
	1	3	8	0	6	43	Förderungsausgaben	.....	0·300	.....	0·300	4·260	2·561
	1	3	8	0	8	43	Aufwandskredite	.....	1·000	.....	1·000	3·663	2·359
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	4·495	4·238
							Summe 1380 ...	10·866	10·800	2·500	24·166	35·384	24·131
	1	3	8	1			Vertretungen im Ausland:						
	1	3	8	1	0	43	Personalaufwand	2·000	.....	.....	2·000	.....	.....
	1	3	8	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·220	.....	1·220	.....	.....
	1	3	8	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·150	0·150	.....	.....
	1	3	8	1	8	43	Aufwandskredite	.....	0·150	.....	0·150	.....	.....
							Summe 1381 ...	2·000	1·370	0·150	3·520	[1]	[1] .....
							Summe 138 ...	12·866	12·170	2·650	27·686	35·384	24·131
							Gesamtausgaben 13 ...	117·317	219·477	24·130	360·924	357·850	310·007

[1]) Im BVA. 1967 und 1966 beim Ansatz 1/1380 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	3	6				Kunstakademien und Kunstschulen:					
	1	3	6	0	4	12	Laufende Einnahmen	12·821	.....	12·821	10·589	9·935
	1	3	6	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·022	0·022	0·011	0·000
							Summe 136 ...	12·821	0·022	12·843	10·600	9·935
	1	3	7				Kunstakademien und Kunstschulen (Zweckgebundene Gebarung):					
	1	3	7	0	0	12	Zweckgebundene Einnahmen	2·579	.....	2·579	2·153	2·305
	1	3	8				Kulturelle Einrichtungen im Ausland:					
	1	3	8	0			Österreichische Kulturinstitute:					
	1	3	8	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·602	.....	0·602	0·459	0·324
	1	3	8	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·045	0·046
							Summe 1380 ...	0·602	0·030	0·632	0·504	0·370
	1	3	8	1			Vertretungen im Ausland:					
	1	3	8	1	4	43	Laufende Einnahmen	0·027	.....	0·027	.....	.....
	1	3	8	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	.....	.....
							Summe 1381 ...	0·027	0·003	0·030	[1]	[1] .....
							Summe 138 ...	0·629	0·033	0·662	0·504	0·370
							Gesamteinnahmen 13 ...	45·761	0·299	46·060	42·344	40·681

[1]) Im BVA. 1967 und 1966 beim Ansatz 2/1380 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	4					**Kultus:**						
	1	4	0				Bundesministerium; Leistungen auf Grund gesetzl. Verpflichtungen:						
	1	4	0	0	7	14	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	138·500	.....	138·500	.....	.....
							Ständige Leistungen	.....	.....	.....	.....	132·460	143·823
							Nichtständige Leistungen	.....	.....	.....	.....	3·834	
							Summe 140 ...	.....	138·500	.....	138·500	136·294	143·823
							Gesamtausgaben 14 ...	.....	138·500	.....	138·500	136·294	143·823

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	4					**Kultus:**					
	1	4	0				Bundesministerium; Leistungen auf Grund gesetzl. Verpflichtungen:					
	1	4	0	0	4	14	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·002	.....

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5					**Soziales:**						
	1	5	0				Bundesministerium für soziale Verwaltung:						
	1	5	0	0			Ministerium:						
	1	5	0	0	0	43	Personalaufwand	49·700	.....	.....	49·700	47·380	43·886
	1	5	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	11·214	.....	11·214	8·420	7·759
	1	5	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·857	0·857	0·660	0·810
	1	5	0	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·034	.....	0·034	0·043	0·002
	1	5	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	13·056	.....	13·056	12·800	10·777
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	[1]	2·707	0·355
							Summe 1500	49·700	24·304	0·857	74·861	72·010	63·589
	1	5	0	1			Kriegsblindenfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	5	0	1	3	22	Anlagen	.....	.....	0·003	0·003	.....	.....
	1	5	0	1	8	22	Aufwandskredite	.....	0·148	.....	0·148	0·050	0·082
							Summe 1501	.....	0·148	0·003	0·151	0·050	0·082
	1	5	0	2	7	22	Leibrentnerfonds (Zweckgebundene Gebarung)	.....	0·005	.....	0·005	0·005	0·006
	1	5	0	3			Reservefonds nach dem AlVG. (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	5	0	3	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
	1	5	0	3	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
	1	5	0	3	8	22	Aufwandskredite	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Summe 1503	.....	0·002	0·001	0·003	.....	.....
	1	5	0	4	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	5·070	5·070	4·730	3·982
							Summe 150	49·700	24·459	5·931	80·090	76·795	67·659
	1	5	1				Bundesministerium; Renten- und Entschädigungsleistungen:						
	1	5	1	0	7	22	Kleinrentnerentschädigung	.....	22·600	.....	22·600	24·200	24·417
	1511/1514						Opferfürsorge:						
	1	5	1	1	7	21	Heilfürsorge	.....	6·400	.....	6·400	5·700	5·539
	1	5	1	2	7	22	Versorgungsgebühren	.....	96·000	.....	96·000	90·550	84·090
	1	5	1	3	7	22	Entschädigungen	.....	12·000	.....	12·000	32·000	35·611
	1	5	1	4	6	22	Sonderfürsorge in Notstandsfällen	.....	0·100	.....	0·100	0·100	0·160
							Summe 1511 bis 1514	.....	114·500	.....	114·500	128·350	125·400
							Summe 151	.....	137·100	.....	137·100	152·550	149·817
	1	5	2				(frei)						

[1] Im BVA. 1968 beim Ansatz 1/15001 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	5					**Soziales:**					
	1	5	0				Bundesministerium für soziale Verwaltung:					
	1	5	0	0			Ministerium:					
	1	5	0	0	4		Laufende Einnahmen	0·302	.....	0·302	0·264	0·364
						22		*0·025*	.....	*0·025*	*0·020*	.....
						43		*0·277*	.....	*0·277*	*0·244*	*0·364*
	1	5	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·048	0·048	0·016	0·007
							Summe 1500 ...	0·302	0·048	0·350	0·280	0·371
	1	5	0	1	0	22	Kriegsblindenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	0·030	.....	0·030	0·050	0·089
	1	5	0	2	0	22	Leibrentnerfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	0·005	.....	0·005	0·005	0·005
	1	5	0	3			Reservefonds nach dem AlVG. (Zweckgebundene Einnahmen):					
	1	5	0	3	0	22	Zweckgebundene Einnahmen	57·214	.....	57·214	70·361	146·917
	1	5	0	3	2	22	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	5·567	5·567	1·379	.....
							Summe 1503 ...	57·214	5·567	62·781	71·740	146·917
	1	5	0	4	7	43	Bezugsvorschußersätze	.....	4·080	4·080	3·500	3·159
	1	5	0	5	4	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht	2·300	.....	2·300	2·100	1·936
							Summe 150 ...	59·851	9·695	69·546	77·675	152·477
	1	5	1				Bundesministerium; Renten- und Entschädigungsleistungen:					
	1	5	1	1			Opferfürsorge:					
	1	5	1	1	5	22	Verschiedene Einnahmen	0·051	.....	0·051	0·020	0·153
							Ersatzleistungen auf Grund des Teiles II des Finanzvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland	.....	.....	.....	.....	57·436
							Summe 151 ...	0·051	.....	0·051	0·020	57·589
	1	5	2				(frei)					

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	3				Bundesministerium; Volksgesundheit:						
	1	5	3	0			Krankenanstalten und Krankenpflegewesen:						
	1	5	3	0	4	21	Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz	.....	150·000	.....	150·000	140·000	130·000
	1	5	3	0	6	21	Förderungsausgaben	.....	1·400	.....	1·400	1·400	1·200
							Summe 1530	.....	151·400	.....	151·400	141·400	131·200
	1	5	3	1			Gesundheitsvorsorge:						
	1	5	3	1	6	21	Förderungsausgaben	.....	3·345	.....	3·345	3·340	7·136
	1	5	3	1	7	21	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	45·603	.....	45·603	42·210	34·734
	1	5	3	1	8	21	Aufwandskredite	.....	4·342	.....	4·342	4·382	3·968
							Summe 1531	.....	53·290	.....	53·290	49·932	45·838
	1	5	3	2			Überwachung der Radioaktivität:						
	1	5	3	2	3	21	Anlagen	.....	.....	0·110	0·110	0·020	0·020
	1	5	3	2	8	21	Aufwandskredite	.....	0·030	.....	0·030	0·010	0·007
							Summe 1532	.....	0·030	0·110	0·140	0·030	0·027
	1	5	3	3			Zivilschutz:						
	1	5	3	3	3	41	Anlagen	.....	.....	0·001	0·001	0·001	0·001
	1	5	3	3	6	41	Förderungsausgaben	.....	0·001	.....	0·001	0·002	0·400
	1	5	3	3	8	41	Aufwandskredite	.....	0·001	.....	0·001	0·001	0·011
							Summe 1533	.....	0·002	0·001	0·003	0·004	0·412
	1	5	3	4			Österreichisches Arzneibuch:						
	1	5	3	4	3	21	Anlagen	.....	.....	0·030	0·030	0·037	0·049
	1	5	3	4	8	21	Aufwandskredite	.....	0·067	.....	0·067	0·083	0·031
							Summe 1534	.....	0·067	0·030	0·097	0·120	0·080
							Summe 153	.....	204·789	0·141	204·930	191·486	177·557
	1	5	4				Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:						
	1	5	4	0	6	22	Schülerausspeisung	.....	2·480	.....	2·480	3·100	3·100
	1	5	4	1	6	22	Schulmilchaktion (Zweckgebundene Gebarung)	.....	0·400	.....	0·400	0·835	.....
	1	5	4	2	6	22	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	.....	9·017	.....	9·017	9·017	7·515
							Summe 154	.....	11·897	.....	11·897	12·952	10·615

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	5	3				Bundesministerium; Volksgesundheit:					
	1	5	3	9			Verschiedene Einnahmen:					
	1	5	3	9	0	21	Zweckgebundene Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·042	.....
	1	5	3	9	4	21	Laufende Einnahmen	0·206	.....	0·206	0·204	0·176
	1	5	3	9	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 153 ...	0·208	0·002	0·210	0·248	0·176
	1	5	4				Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:					
	1	5	4	9	4	22	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	0·002

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	5				Einrichtungen der Arbeitsverwaltung (I):						
	1	5	5	0			Landesarbeitsämter:						
	1	5	5	0	0	22	Personalaufwand	181·450	.....	.....	181·450	169·500	160·433
	1	5	5	0	1	22	Verwaltungsaufwand	.....	23·600	.....	23·600	20·850	18·758
	1	5	5	0	3	22	Anlagen	.....	.....	1·250	1·250	1·550	1·394
							Summe 1550 ...	181·450	23·600	1·250	206·300	191·900	180·585
	1	5	5	1			Produktive Arbeitslosenfürsorge:						
	1	5	5	1	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
	1	5	5	1	6	22	Förderungsausgaben	.....	65·999	.....	65·999	66·000	60·391
							Summe 1551 ...	.....	65·999	0·001	66·000	66·000	60·391
	1	5	5	2			Berufsbildende und Schulungs-Maßnahmen:						
	1	5	5	2	3	22	Anlagen	.....	.....	0·010	0·010	.....	.....
	1	5	5	2	6	22	Förderungsausgaben	.....	20·570	.....	20·570	18·600	17·195
	1	5	5	2	8	22	Aufwandskredite	.....	1·420	.....	1·420	.....	.....
							Summe 1552 ...	.....	21·990	0·010	22·000	18·600	17·195
	1	5	5	3			Sonstige Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme:						
	1	5	5	3	3	22	Anlagen	.....	.....	0·057	0·057	.....	.....
	1	5	5	3	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
	1	5	5	3	6	22	Förderungsausgaben	.....	2·539	.....	2·539	5·000	3·898
	1	5	5	3	8	22	Aufwandskredite	.....	2·403	.....	2·403	.....	.....
							Summe 1553 ...	.....	4·942	0·058	5·000	5·000	3·898
	1	5	5	4	7	22	Sonderunterstützung/Kohlenbergbau	.....	20·000	.....	20·000	.....	.....
	1	5	5	5	7	22	Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz	.....	1.020·900	.....	1.020·900	961·900	854·171
	1	5	5	6	7	22	Krankenversicherung für Unterstützungsbezieher	.....	181·100	.....	181·100	169·800	149·766
	1	5	5	7	8	22	Kurzarbeiterunterstützung	.....	3·500	.....	3·500	2·000	1·685
	1	5	5	8	7	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	.....	13·900	.....	13·900	13·200	12·914
	1	5	5	9	8	22	Kostenersatz an die Gemeinden	.....	1·600	.....	1·600	1·400	1·433
							Summe 155 ...	181·450	1.357·531	1·319	1.540·300	1.429·800	1.282·038
	1	5	6				Einrichtungen der Arbeitsverwaltung (II):						
	1	5	6	0	7	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)	.....	105·000	.....	105·000	100·000	84·498
	1	5	6	1	7	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)	.....	1·000	.....	1·000	0·900	0·862
	1	5	6	2	7	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete	.....	0·160	.....	0·160	0·160	0·094
	1	5	6	3	7	22	Ärztliche Untersuchung in Beschäftigung stehender Jugendlicher	.....	7·000	.....	7·000	7·200	5·258
	1	5	6	4	7	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz	.....	0·500	.....	0·500	0·500	0·414
	1	5	6	5	7	22	Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz	.....	33·800	.....	33·800	32·900	30·914
	1	5	6	6	7	22	Kostenersatz für die Einhebung des Sonderbeitrages	.....	0·450	.....	0·450	0·440	0·441
							Summe 156 ...	.....	147·910	.....	147·910	142·100	122·481

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	5	5				Einrichtungen der Arbeitsverwaltung (I):					
	1	5	5	0			Landesarbeitsämter:					
	1	5	5	0	4	22	Laufende Einnahmen	0·160	.....	0·160	0·160	0·184
	1	5	5	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·140	0·140	0·140	0·150
							Summe 1550 ...	0·160	0·140	0·300	0·300	0·334
	1	5	5	1			Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme:					
	1	5	5	1	4	22	Laufende Einnahmen	0·190	.....	0·190	0·200	0·164
	1	5	5	1	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	.....	.....
							Summe 1551 ...	0·190	0·010	0·200	0·200	0·164
	1	5	5	8	0	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (Zweckgebundene Einnahmen)	1.260·000	.....	1.260·000	1.210·000	1.212·099
	1	5	5	9	0	22	ab Überweisung an den Reservefonds nach dem AlVG.	56·900	.....	56·900	70·000	146·905
							Nettosumme 15580—15590 ...	1.203·100	.....	1.203·100	1.140·000	1.065·194
							Summe 155 ...	1.203·450	0·150	1.203·600	1.140·500	1.065·692
	1	5	6				Einrichtungen der Arbeitsverwaltung (II):					
	1	5	6	0			Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe:					
	1	5	6	0	0	22	Zweckgebundene Beiträge	95·000	.....	95·000	88·000	84·204
	1	5	6	0	4	22	Rückersätze	0·050	.....	0·050	0·050	0·046
							Summe 1560 ...	95·050	.....	95·050	88·050	84·250
	1	5	6	2	4	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete	0·020	.....	0·020	0·020	0·024
	1	5	6	5	4	22	Sonderbeitrag nach dem Wohnungsbeihilfengesetz	45·000	.....	45·000	44·000	44·188
							Summe 156 ...	140·070	.....	140·070	132·070	128·462

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	7				Einrichtungen der Kriegsopferversorgung:						
	1	5	7	0			Landesinvalidenämter:						
	1	5	7	0	0	22	Personalaufwand	63·220	.....	.....	63·220	59·083	54·668
	1	5	7	0	1	22	Verwaltungsaufwand	.....	6·426	.....	6·426	6·254	5·742
	1	5	7	0	3	22	Anlagen	.....	.....	0·560	0·560	0·700	0·589
	1	5	7	0	8	22	Aufwandskredite	.....	4·347	.....	4·347	3·606	3·733
							Summe 1570	63·220	10·773	0·560	74·553	69·643	64·732
	1	5	7	1			Kriegsinvalidenhaus Wien:						
	1	5	7	1	0	22	Personalaufwand	1·139	.....	.....	1·139	1·057	0·856
	1	5	7	1	3	22	Anlagen	.....	.....	0·007	0·007	0·009	0·013
	1	5	7	1	8	22	Aufwandskredite	.....	1·194	.....	1·194	1·796	1·512
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	[1]	0·024	0·018
							Summe 1571	1·139	1·194	0·007	2·340	2·886	2·399
	1	5	7	2			Prothesenwerkstätten (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):						
	1	5	7	2	0	22	Personalaufwand	3·084	.....	.....	3·084	2·847	2·439
	1	5	7	2	3	22	Anlagen	.....	.....	0·160	0·160	0·105	0·064
	1	5	7	2	8	22	Aufwandskredite	.....	1·329	.....	1·329	1·212	1·074
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	[2]	0·009	0·005
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	[3]	0·050	.....
							Summe 1572	3·084	1·329	0·160	4·573	4·223	3·582
	1	5	7	3/1	5	7	9 Landesinvalidenämter (Zweckaufwand):						
	1	5	7	3	7	21	Heilfürsorge	.....	30·000	.....	30·000	30·000	28·385
	1	5	7	4	7	22	Berufliche Ausbildung	.....	1·000	.....	1·000	0·650	0·756
	1	5	7	5			Orthopädische Versorgung:						
	1	5	7	5	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·600	.....	0·600	[4]	.....
	1	5	7	5	7	22	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	34·290	.....	34·290	33·000	31·244
							Summe 1575	.....	34·890	.....	34·890	33·000	31·244
	1	5	7	6	7	22	Versorgungsgebühren	.....	1.996·535	.....	1.996·535	1.828·800	1.746·366
	1	5	7	7	7	22	Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen	.....	18·000	.....	18·000	16·170	17·282
	1	5	7	8			Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:						
	1	5	7	8	7		Gesetzliche Leistungen gemäß BGBl. Nr. 218/1964	.....	2·756	.....	2·756	2·290	1·979
						21		.....	*1·965*	.....	*1·965*	*1·610*	*1·493*
						22		.....	*0·791*	.....	*0·791*	*0·680*	*0·486*
	1	5	7	8	8	22	Ermessensleistungen gem. BGBl. Nr. 218/1964 (Fahrtausweise)	.....	0·004	.....	0·004	0·010	0·002
							Summe 1578	.....	2·760	.....	2·760	2·300	1·981
	1	5	7	9			Fürsorge:						
	1	5	7	9	6	22	Sonderfürsorge in Notstandsfällen	.....	0·480	.....	0·480	0·480	0·477
	1	5	7	9	8	22	Pflichtleistungen der Fürsorge (Fahrtausweise)	.....	0·900	.....	0·900	0·921	0·756
							Summe 1579	.....	1·380	.....	1·380	1·401	1·233
							Summe 1573 bis 1579	.....	2.084·565	.....	2.084·565	1.912·321	1.827·247
							Summe 157	67·443	2.097·861	0·727	2.166·031	1.989·073	1.897·960

[1]) Im BVA. 1968 beim Ansatz 1/15718 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA. 1968 beim Ansatz 1/15728 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA. 1968 beim Ansatz 1/15756 veranschlagt.
[4]) Im BVA. 1967 beim Ansatz 1/15726 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	5	7				Einrichtungen der Kriegsopferversorgung:					
	1	5	7	0			Landesinvalidenämter:					
	1	5	7	0	4	22	Laufende Einnahmen	0·064	.....	0·064	0·140	0·158
	1	5	7	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·006	0·012
							Summe 1570 ...	0·064	0·001	0·065	0·146	0·170
	1	5	7	1			Kriegsinvalidenhaus Wien:					
	1	5	7	1	4	22	Laufende Einnahmen	0·501	.....	0·501	1·561	1·275
	1	5	7	1	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	0·000
							Summe 1571 ...	0·501	0·001	0·502	1·562	1·275
	1	5	7	2			Prothesenwerkstätten (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):					
	1	5	7	2	4	22	Laufende Einnahmen	4·572	.....	4·572	3·701	3·314
	1	5	7	2	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 1572 ...	4·572	0·001	4·573	3·702	3·314
	1	5	7	8	4		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz	1·140	.....	1·140	0·850	1·249
						21		*0·860*	.....	*0·860*	*0·547*	*1·249*
						22		*0·280*	.....	*0·280*	*0·303*	
	1	5	7	9	4	22	Sonstige Einnahmen	1·450	.....	1·450	1·508	1·518
							Summe 157 ...	7·727	0·003	7·730	7·768	7·526

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	8				Landesinvalidenämter; Heeresversorgung:						
	1	5	8	0	7	21	Heilfürsorge	.....	0·550	.....	0·550	0·480	0·423
	1	5	8	1	7	22	Berufliche Ausbildung	.....	0·600	.....	0·600	0·500	0·405
	1	5	8	2	7	22	Orthopädische Versorgung	.....	0·100	.....	0·100	0·080	0·044
	1	5	8	3	7	22	Versorgungsgebühren	.....	6·471	.....	6·471	5·610	5·495
	1	5	8	4	7	22	Krankenversicherung der Hinterbliebenen	.....	0·010	.....	0·010	0·010	0·003
	1	5	8	5			Fürsorge:						
	1	5	8	5	6	22	Sonderfürsorge in Notstandsfällen	.....	0·008	.....	0·008	0·010	0·002
	1	5	8	5	8	22	Pflichtleistungen der Fürsorge (Fahrtausweise)	.....	0·005	.....	0·005	0·005	0·000
							Summe 1585	.....	0·013	.....	0·013	0·015	0·002
							Summe 158	.....	7·744	.....	7·744	6·695	6·372
	1	5	9				Verschiedene Dienststellen:						
	1	5	9	0			Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen:						
	1	5	9	0	0	22	Personalaufwand	0·868	.....	.....	0·868	0·805	0·762
	1	5	9	0	1	22	Verwaltungsaufwand	.....	0·470	.....	0·470	0·464	0·443
	1	5	9	0	3	22	Anlagen	.....	.....	0·013	0·013	0·016	.....
							Summe 1590	0·868	0·470	0·013	1·351	1·285	1·205
	1	5	9	2			Arbeitsinspektion:						
	1	5	9	2	0	21	Personalaufwand	26·347	.....	.....	26·347	23·124	20·613
	1	5	9	2	1	21	Verwaltungsaufwand	.....	5·128	.....	5·128	4·421	3·698
	1	5	9	2	3	21	Anlagen	.....	.....	0·277	0·277	0·326	0·355
	1	5	9	2	6	21	Förderungsausgaben	.....	0·020	.....	0·020	0·050	0·050
							Summe 1592	26·347	5·148	0·277	31·772	27·921	24·716
	1	5	9	3			Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten:						
	1	5	9	3	0	21	Personalaufwand	34·374	.....	.....	34·374	28·789	27·308
	1	5	9	3	1	21	Verwaltungsaufwand	.....	1·196	.....	1·196	1·484	1·078
	1	5	9	3	3	21	Anlagen	.....	.....	2·927	2·927	2·318	1·947
	1	5	9	3	8	21	Aufwandskredite	.....	9·415	.....	9·415	7·982	7·264
							Summe 1593	34·374	10·611	2·927	47·912	40·573	37·597
	1	5	9	4			Bundeshebammenlehranstalten:						
	1	5	9	4	0	21	Personalaufwand	0·209	.....	.....	0·209	0·240	0·199
	1	5	9	4	3	21	Anlagen	.....	.....	0·077	0·077	0·097	0·112
	1	5	9	4	7	22	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·130	.....	0·130	0·268	0·062
	1	5	9	4	8	21	Aufwandskredite	.....	2·021	.....	2·021	1·832	1·499
							Summe 1594	0·209	2·151	0·077	2·437	2·437	1·872
	1	5	9	5			Krankenanstalt Bad Ischl (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):						
	1	5	9	5	0	21	Personalaufwand	6·220	.....	.....	6·220	5·810	4·898
	1	5	9	5	3	21	Anlagen	.....	.....	0·209	0·209	0·501	0·371
	1	5	9	5	8	21	Aufwandskredite	.....	3·574	.....	3·574	2·600	2·447
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	[1]	0·372	0·274
							Summe 1595	6·220	3·574	0·209	10·003	9·283	7·990
							Summe 159	68·018	21·954	3·503	93·475	81·499	73·380
							Gesamtausgaben 15	366·611	4.011·245	11·621	4.389·477	4.082·950	3.787·879

[1]) Im BVA. 1968 beim Ansatz 1/15958 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	1	5	8	0	4	22	Landesinvalidenämter; Heeresversorgung	0·001	.....	0·001	0·001	0·000
	1	5	9				Verschiedene Dienststellen:					
	1	5	9	0			Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen:					
	1	5	9	0	4	22	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	0·000
	1	5	9	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 1590	0·001	0·001	0·002	0·002	0·000
	1	5	9	2			Arbeitsinspektion:					
	1	5	9	2	4	21	Laufende Einnahmen	0·809	.....	0·809	0·804	0·843
	1	5	9	2	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·051	0·051	0·055	0·059
							Summe 1592	0·809	0·051	0·860	0·859	0·902
	1	5	9	3			Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten:					
	1	5	9	3	0	21	Zweckgebundene Einnahmen	4·513	.....	4·513	3·977	0·029
	1	5	9	3	4	21	Laufende Einnahmen	11·988	.....	11·988	10·721	16·362
	1	5	9	3	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·002	0·008
							Summe 1593	16·501	0·003	16·504	14·700	16·399
	1	5	9	4			Bundeshebammenlehranstalten:					
	1	5	9	4	4	21	Laufende Einnahmen	0·530	.....	0·530	0·484	0·364
	1	5	9	4	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 1594	0·530	0·002	0·532	0·486	0·364
	1	5	9	5			Krankenanstalt Bad Ischl (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):					
	1	5	9	5	4	21	Laufende Einnahmen	6·432	.....	6·432	5·826	6·909
	1	5	9	5	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·004	0·000
							Summe 1595	6·432	0·004	6·436	5·830	6·909
							Summe 159	24·273	0·061	24·334	21·877	24·574
							Gesamteinnahmen 15	1.435·633	9·911	1.445·544	1.380·161	1.436·498

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	6					**Sozialversicherung:** [1]						
	1	6	0				Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
	1	6	0	0	7	22	PVA. der Arbeiter; Bundesbeitrag	.....	3.010·100	.....	3.010·100	3.047·500	2.344·000
	1	6	0	1	7	22	Land- und Forstw. Sozialversicherungsanstalt; Bundesbeitrag	.....	1.001·200	.....	1.001·200	934·700	817·000
	1	6	0	2	7	22	VA. der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag	.....	124·100	.....	124·100	101·100	88·000
	1	6	0	3	7	22	PVA. der Angestellten; Bundesbeitrag	.....	514·400	.....	514·400	624·600	618·000
	1	6	0	4	7	22	VA. des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag	.....	509·400	.....	509·400	409·500	376·000
	1	6	0	5	7	22	PVA. der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag	.....	377·000	.....	377·000	318·100	260·100
	1	6	0	6	7	22	Überweisung gemäß § 27 (2) GSPVG.	.....	267·600	.....	267·600	262·500	335·097
	1	6	0	7	7	22	Landw. Zuschußrentenversicherungsanstalt; Bundesbeitrag	.....	474·500	.....	474·500	363·000	366·823
							Summe 160	.....	6.278·300	.....	6.278·300	6.061·000	5.205·020
	1	6	1				Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
	1	6	1	0	7	22	PVA. der Arbeiter; Ausgleichszulagen	.....	750·900	.....	750·900	662·500	
	1	6	1	1	7	22	Land- und Forstw. Sozialversicherungsanstalt; Ausgleichszulagen	.....	286·000	.....	286·000	276·500	1.000·579
	1	6	1	2	7	22	VA. der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen	.....	10·300	.....	10·300	9·800	
	1	6	1	3	7	22	PVA. der Angestellten; Ausgleichszulagen	.....	68·800	.....	68·800	67·400	
	1	6	1	4	7	22	VA. des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen	.....	21·000	.....	21·000	29·300	
	1	6	1	5	7	22	PVA. der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen	.....	424·000	.....	424·000	394·800	360·087
							Summe 161	.....	1.561·000	.....	1.561·000	1.440·300	1.360·666
	1	6	2				Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
	1	6	2	0	7	22	Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld	.....	140·000	.....	140·000	120·000	116·443
	1	6	2	1	7	22	Zuschuß nach dem Bauern-Krankenversicherungsgesetz	.....	240·000	.....	240·000	110·000	20·000
	1	6	2	2	7	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger	.....	10·000	.....	10·000	50·000	50·000
							Summe 162	.....	390·000	.....	390·000	280·000	186·443

[1] Personal- und Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/1500 mitveranschlagt.
PVA. = Pensionsversicherungsanstalt.
VA. = Versicherungsanstalt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968			Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	**1**	**6**					**Sozialversicherung:**					
	1	6	0	0	4	22	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	.....	.....	.....	.....	25·458
	1	6	1	0	4	22	Bundesministerium; Ausgleichszulagen	.....	.....	.....	.....	.....
	1	6	2	0	4	22	Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung	.....	.....	.....	.....	.....

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	6	3				Bundesministerium; Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz:						
	1	6	3	0	7	22	Ersatz des WB-Aufwandes der Sozialversicherungsträger	.....	260·500	.....	260·500	280·000	256·000
	1	6	3	1	7	22	Vergütung für die Einhebung des Sonderbeitrages nach dem WBG.	.....	3·500	.....	3·500	3·460	3·274
							Summe 163 ...	.....	264·000	.....	264·000	283·460	259·274
	1	6	4				Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung:						
	1	6	4	0	7	22	Nachversicherungsbeiträge und Überweisungsbeträge	.....	1·300	.....	1·300	1·324	0·827
	1	6	4	1	7	22	Vorschüsse auf ausländische Renten	.....	0·080	.....	0·080	0·130	0·038
							Summe 164 ...	.....	1·380	.....	1·380	1·454	0·865
							Gesamtausgaben 16 ...	.....	8.494·680	.....	8.494·680	8.066·214	7.012·268
							Gesamtausgaben 1 ...	8.499·728	14.769·027	388·384	23.657·139	21.674·562	19.303·768

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968			Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	1	6	3	0	4	22	Bundesministerium; Sonderbeitrag/Wohnungsbeihilfengesetz	350·000	.....	350·000	346·000	327·900
	1	6	4	0	4	22	Bundesministerium; sonstige Rückersätze	0·050	.....	0·050	0·050	0·118
							Gesamteinnahmen 16	350·050	.....	350·050	346·050	353·476
							Gesamteinnahmen 1	2.138·611	64·816	2.203·427	2.207·577	2.210·815

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	2						**Auswärtige Angelegenheiten**						
1	2	**0**					**Äußeres:**						
	2	0	0				Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:						
	2	0	0	0			Ministerium:						
	2	0	0	0	0	43	Personalaufwand	25·071	.....	.....	25·071	25·032	21·769
	2	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	14·000	.....	14·000	10·148	9·424
	2	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·200	1·200	1·300	1·201
	2	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·604	0·604	0·940	0·635
	2	0	0	0	6		Förderungsausgaben	.....	0·712	.....	0·712	0·912	0·676
						11		.....	.....	.....	.....	.....	*0·045*
						43		.....	*0·712*	.....	*0·712*	*0·912*	*0·631*
	2	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	61·335	.....	61·335	45·401	62·620
	2	0	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	11·209	.....	11·209	2·849	2·523
							Summe 2000	25·071	87·256	1·804	114·131	86·582	98·848
	2	0	0	1	8	43	Internationales Diplomatenseminar Klesheim	.....	0·450	.....	0·450	.....	.....
	2	0	0	2	8	43	Presse und Information	.....	2·700	.....	2·700	.....	.....
							Summe 200	25·071	90·406	1·804	117·281	86·582	98·848
	2	0	1				Vertretungsbehörden:						
	2	0	1	0			Dienststellen:						
	2	0	1	0	0	43	Personalaufwand	157·992	.....	.....	157·992	149·400	128·534
	2	0	1	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	62·050	.....	62·050	52·385	51·264
	2	0	1	0	3	43	Anlagen	.....	.....	18·240	18·240	20·300	13·687
	2	0	1	0	5	11	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·320	0·320	.....	.....
	2	0	1	0	6		Förderungsausgaben	.....	0·850	.....	0·850	0·900	0·574
						11		.....	.....	.....	.....	.....	.....
						13		.....	.....	.....	.....	.....	.....
						22		.....	*0·850*	.....	*0·850*	*0·900*	*0·574*
	2	0	1	0	8		Aufwandskredite	.....	12·100	.....	12·100	3·600	2·569
						21		.....	*2·000*	.....	*2·000*	*1·800*	*1·294*
						43		.....	*10·100*	.....	*10·100*	*1·800*	*1·275*
							Summe 2010	157·992	75·000	18·560	251·552	226·585	196·628
	2	0	1	1	3	43	Liegenschaftserwerb	.....	.....	3·000	3·000	7·300	5·868
							Summe 201	157·992	75·000	21·560	254·552	233·885	202·496
	2	0	2				Diplomatische Akademie:						
	2	0	2	0	0	11	Personalaufwand	1·124	.....	.....	1·124	1·055	0·669
	2	0	2	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	2·280	.....	2·280	2·252	2·027
	2	0	2	0	3	11	Anlagen	.....	.....	0·080	0·080	0·300	0·206
	2	0	2	0	5	11	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·030	0·030	.....	.....
	2	0	2	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·010	.....	0·010	0·010	0·003
	2	0	2	0	8	11	Aufwandskredite	.....	0·500	.....	0·500	0·550	0·375
							Summe 202	1·124	2·790	0·110	4·024	4·167	3·280
							Gesamtausgaben 20	184·187	168·196	23·474	375·857	324·634	304·624
							Gesamtausgaben 2	184·187	168·196	23·474	375·857	324·634	304·624

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	2						**Auswärtige Angelegenheiten**					
2	**2**	**0**					**Äußeres:** [1]					
	2	0	0				Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:					
	2	0	0	0			Ministerium:					
	2	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·185	.....	0·185	10·112	7·483
	2	0	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·475	0·475	0·630	0·754
							Summe 200 ...	0·185	0·475	0·660	10·742	8·237
	2	0	1				Vertretungsbehörden:					
	2	0	1	0			Dienststellen:					
	2	0	1	0	4	43	Laufende Einnahmen	2·620	.....	2·620	1·190	1·976
	2	0	1	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·780	0·780	0·700	0·684
							Summe 201 ...	2·620	0·780	3·400	1·890	2·660
	2	0	2	0			Diplomatische Akademie:					
	2	0	2	0	4	11	Laufende Einnahmen	0·805	.....	0·805	1·005	1·025
	2	0	2	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 202 ...	0·805	.....	0·805	1·005	1·025
							Gesamteinnahmen 20 ...	3·610	1·255	4·865	13·637	11·922
							Gesamteinnahmen 2 ...	3·610	1·255	4·865	13·637	11·922

[1]) Die Einnahmen an Konsulargebühren sind bei dem Ansatz 2/525 „Stempel- und Rechtsgebühren" mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	3						**Justizwesen**						
1	3	0					**Justiz:**						
	3	0	0				Bundesministerium für Justiz:						
	3	0	0	0	0	43	Personalaufwand	18·771	.....	.....	18·771	17·002	16·489
	3	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	3·735	.....	3·735	3·227	2·716
	3	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·340	0·340	0·340	0·379
	3	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	8·783	8·783	8·200	6·400
	3	0	0	0	6		Förderungsausgaben	.....	0·120	.....	0·120	0·140	0·074
						21		.....	*0·010*	.....	*0·010*	*0·020*	*0·011*
						43		.....	*0·110*	.....	*0·110*	*0·110*	*0·061*
						12		.....	.....	.....	.....	*0·010*	*0·002*
	3	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·090	.....	0·090	0·075	0·075
	3	0	0	0	8	22	Aufwandskredite	.....	0·305	.....	0·305	0·005	0·003
							Summe 300 ...	18·771	4·250	9·123	32·144	28·989	26·136
	3	0	1				Oberster Gerichtshof:						
	3	0	1	0	0	42	Personalaufwand	18·271	.....	.....	18·271	16·996	16·395
	3	0	1	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	0·996	.....	0·996	0·950	0·914
	3	0	1	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·075	0·075	0·080	0·079
	3	0	1	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·005	.....	0·005	0·005	.....
							Summe 301 ...	18·271	1·001	0·075	19·347	18·031	17·388
	3	0	2				Justizbehörden in den Ländern:						
	3	0	2	0	0	42	Personalaufwand	470·426	.....	.....	470·426	438·113	417·897
	3	0	2	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	118·625	.....	118·625	84·261	81·572
	3	0	2	0	3	42	Anlagen	.....	.....	12·420	12·420	15·521	9·537
	3	0	2	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·134	.....	0·134	0·143	0·079
	3	0	2	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	51·585	.....	51·585	47·454	44·836
	3	0	2	0	8	42	Aufwandskredite	.....	16·865	.....	16·865	15·893	12·673
							Summe 302 ...	470·426	187·209	12·420	670·055	601·385	566·594
	3	0	3				Justizanstalten:						
	3	0	3	0	0	42	Personalaufwand	146·661	.....	.....	146·661	131·045	124·413
	3	0	3	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	30·506	.....	30·506	29·879	26·935
	3	0	3	0	3	42	Anlagen	.....	.....	3·709	3·709	2·960	1·740
	3	0	3	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·900	.....	0·900	0·545	0·925
	3	0	3	0	8		Aufwandskredite	.....	46·350	.....	46·350	40·950	43·001
						22		.....	*3·000*	.....	*3·000*	*2·200*	*1·902*
						42		.....	*43·350*	.....	*43·350*	*38·750*	*41·099*
							Summe 303 ...	146·661	77·756	3·709	228·126	205·379	197·014
	3	0	4				Arbeitsbetriebe (Betriebsähnliche Verwaltungszweige, Zweckgebundene Gebarung):						
	3	0	4	0	0	42	Personalaufwand	7·655	.....	.....	7·655	7·173	6·842
	3	0	4	0	3	42	Anlagen	.....	.....	4·110	4·110	3·600	4·533
	3	0	4	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	2·300	.....	2·300	2·300	2·010
	3	0	4	0	8	42	Aufwandskredite	.....	21·486	.....	21·486	18·296	19·067
							Summe 304 ...	7·655	23·786	4·110	35·551	31·369	32·452
							Gesamtausgaben 30 ...	661·784	294·002	29·437	985·223	885·153	839·584
							Gesamtausgaben 3 ...	661·784	294·002	29·437	985·223	885·153	839·584

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	3						**Justizwesen**					
2	**3**	**0**					**Justiz:**					
	3	0	0				Bundesministerium für Justiz:					
	3	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·108	.....	0·108	0·110	0·112
	3	0	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	4·125	4·125	3·810	3·509
							Summe 300 ...	0·108	4·125	4·233	3·920	3·621
	3	0	1				Oberster Gerichtshof:					
	3	0	1	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·026	.....	0·026	0·036	0·022
	3	0	1	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·012	.....
							Summe 301 ...	0·026	0·010	0·036	0·048	0·022
	3	0	2				Justizbehörden in den Ländern:					
	3	0	2	0	0	42	Zweckgebundene Einnahmen	9·474	.....	[1] 9·474	8·543	8·704
	3	0	2	0	4	42	Laufende Einnahmen	555·099	.....	555·099	517·512	468·712
	3	0	2	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·080	0·080	0·094	0·151
							Summe 302 ...	564·573	0·080	564·653	526·149	477·567
	3	0	3				Justizanstalten:					
	3	0	3	0	0	42	Zweckgebundene Einnahmen	0·800	.....	[2] 0·800	0·450	0·726
	3	0	3	0	4	42	Laufende Einnahmen	1·850	.....	1·850	1·665	1·592
	3	0	3	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·130	0·130	0·260	0·170
							Summe 303 ...	2·650	0·130	2·780	2·375	2·488
	3	0	4				Arbeitsbetriebe (Betriebsähnliche Verwaltungszweige, Zweckgebundene Einnahmen):					
	3	0	4	0	0	42	Zweckgebundene Einnahmen	39·007	.....	39·007	37·458	38·563
	3	0	4	0	2	42	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·080	0·080	0·050	0·087
							Summe 304 ...	39·007	0·080	39·087	37·508	38·650
							Gesamteinnahmen 30 ...	606·364	4·425	610·789	570·000	522·348
							Gesamteinnahmen 3 ...	606·364	4·425	610·789	570·000	522·348

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/30206 Post 7660 und 7680 und 1/30208 Post 5633 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/30306 Post 7681 mitveranschlagt.

	Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Untereilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Ausgaben persönliche	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Ausgaben sachliche	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
									Millionen Schilling					
		4						**Landesverteidigung**						
1		**4**	**0**					**Militärische Angelegenheiten:**						
		4	0	0				Bundesministerium für Landesverteidigung:						
		4	0	0	0	0	41	Personalaufwand	91·381	.....	.....	91·381	81·368	73·006
		4	0	0	0	1	41	Verwaltungsaufwand	.....	10·583	.....	10·583	10·198	10·198
		4	0	0	0	3	41	Anlagen	.....	.....	0·396	0·396	0·495	0·495
		4	0	0	0	5	41	Bezugsvorschüsse	.....	.....	17·444	17·444	16·006	12·139
		4	0	0	0	6	41	Förderungsausgaben	.....	2·871	.....	2·871	3·589	3·430
		4	0	0	0	8	41	Aufwandskredite	.....	0·015	.....	0·015	0·015	0·014
								Summe 400 ...	91·381	13·469	17·840	122·690	111·671	99·282
		4	0	1				Heer und Heeresverwaltung:						
		4	0	1	0	0	41	Personalaufwand	1.210·265	.....	.....	1.210·265	1.086·668	1.042·830
		4	0	1	0	1	41	Verwaltungsaufwand	.....	206·348	.....	206·348	192·088	172·826
		4	0	1	0	3	41	Anlagen	.....	188·359	.....	188·359	247·948	244·213
		4	0	1	0	7		Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	362·444	.....	362·444	322·693	232·538
							21		.....	*17·000*	.....	*17·000*	*13·600*	*13·813*
							22		.....	*105·900*	.....	*105·900*	*103·600*	*76·425*
							41		.....	*239·544*	.....	*239·544*	*205·493*	*142·300*
		4	0	1	0	8	41	Aufwandskredite	.....	1.010·689	.....	1.010·689	1.002·039	959·789
								Summe 401 ...	1.210·265	1.767·840	.....	2.978·105	2.851·436	2.652·196
		4	0	2				Heer und Heeresverwaltung (Mittel des Katastrophenfonds):						
		4	0	2	0	8	41	Beseitigung von Schäden (Zweckgebundene Gebarung)	.....	14·100	.....	14·100	15·000	.....
5		4	0	3				Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung):						
		4	0	3	0			Lieferungen auf Grund von Kreditverträgen aus 1962:						
		4	0	3	0	3	41	Anlagen	.....	0·001	.....	0·001	77·000	79·279
		4	0	3	0	8	41	Aufwandskredite	.....	24·999	.....	24·999	23·000	20·721
								Summe 4030 ...	.....	25·000	.....	25·000	[1] 100·000	100·000
		4	0	3	1			Waffen und Geräte:						
		4	0	3	1	3	41	Anlagen	.....	259·724	.....	259·724	280·000	291·344
		4	0	3	1	8	41	Aufwandskredite	.....	115·276	.....	115·276	120·000	108·656
								Summe 4031 ...	.....	375·000	.....	375·000	400·000	400·000
		4	0	3	2			Katastropheneinsatzgerät:						
		4	0	3	2	3	41	Anlagen	.....	20·000	.....	20·000	20·000	.....
								Waffen und Geräte (Inland):						
								Anlagen	.....	.....	.....	.....	.....	.....
								Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	.....	.....
								Summe ...	.....	.....	.....	.....	.....	.....
								Summe 403 ...	.....	420·000	.....	420·000	520·000	500·000

[1] Gemäß BGBl. Nr. 80/1967.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	4						**Landesverteidigung**					
2	**4**	**0**					**Militärische Angelegenheiten:**					
	4	0	0				Bundesministerium für Landesverteidigung:					
	4	0	0	0	4	41	Laufende Einnahmen	0·045	.....	0·045	0·040	0·027
	4	0	0	0	7	41	Einnahmen (V)	.....	11·105	11·105	8·004	9·607
							Summe 400 ...	0·045	11·105	11·150	8·044	9·634
	4	0	1				Heer und Heeresverwaltung:					
	4	0	1	0	0	41	Zweckgebundene Einnahmen [1]	46·213	.....	46·213	44·634	35·306
	4	0	1	0	4	41	Laufende Einnahmen	12·245	.....	12·245	8·702	7·529
	4	0	1	0	7	41	Einnahmen (V)	.....	2·000	2·000	2·000	1·352
							Summe 401 ...	58·458	2·000	60·458	55·336	44·187
	4	0	2				Heer und Heeresverwaltung (Mittel des Katastrophenfonds):					
	4	0	2	0	0	41	Zweckgebundene Einnahmen zur Beseitigung von Schäden	14·100	.....	14·100	15·000	.....
							Summe 402 ...	14·100	.....	14·100	15·000	.....

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/40103 Post 4663 und 1/40108 Post 4301, 4663, 5901 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	4	0	4				Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut:						
	4	0	4	0	0	12	Personalaufwand	6·597	.....	.....	6·597	5·751	3·723
	4	0	4	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	1·062	.....	1·062	0·979	0·713
	4	0	4	0	3	12	Anlagen	.....	.....	0·263	0·263	0·329	0·279
	4	0	4	0	8	12	Aufwandskredite	.....	0·591	.....	0·591	0·171	0·171
							Summe 404 ...	6·597	1·653	0·263	8·513	7·230	4·886
	4	0	5				Heeres-Land- und -Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig: [1]						
	4	0	5	0	0	34	Personalaufwand	8·108	.....	.....	8·108	8·069	7·569
	4	0	5	0	3	34	Anlagen	.....	.....	0·392	0·392	0·686	1·277
	4	0	5	0	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·184	.....	1·184	1·095	1·009
	4	0	5	0	8	34	Aufwandskredite	.....	5·022	.....	5·022	5·028	4·600
							Summe 405 ...	8·108	6·206	0·392	14·706	14·878	14·455
							Gesamtausgaben 1/40 ...	1.316·351	1.803·268	18·495	3.138·114	3.000·215	2.770·819
							5/40 ...	.....	420·000	.....	420·000	520·000	500·000
							Gesamtausgaben 40 ...	1.316·351	2.223·268	18·495	3.558·114	3.520·215	3.270·819
							Gesamtausgaben 4 ...	1.316·351	2.223·268	18·495	3.558·114	3.520·215	3.270·819

[1]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig, Zweckgebundene Gebarung.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	4	0	4				Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut:					
	4	0	4	0	4	12	Laufende Einnahmen	0·280	.....	0·280	0·180	0·236
	4	0	4	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 404 ...	0·280	.....	0·280	0·180	0·236
	4	0	5				Heeres- Land- und -Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig: [1])					
	4	0	5	0	0	34	Zweckgebundene Einnahmen	13·017	.....	13·017	14·105	13·597
	4	0	5	0	2	34	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·045	0·045	0·035	0·138
							Summe 405 ...	13·017	0·045	13·062	14·140	13·735
							Gesamteinnahmen 40 ...	85·900	13·150	99·050	92·700	67·792
							Gesamteinnahmen 4...	85·900	13·150	99·050	92·700	67·792

[1]) Betriebsähnlicher Verwaltungszweig, Zweckgebundene Einnahmen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5						**Finanzen**						
	5	**0**					**Finanzverwaltung:**						
1	5	0	0				Bundesministerium für Finanzen:						
	5	0	0	0	0	43	Personalaufwand	91·716	.....	.....	91·716	70·230	68·118
	5	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	54·780	.....	54·780	17·478	11·878
	5	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	14·585	14·585	1·635	1·313
	5	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	6·773	.....	6·773	6·860	6·594
	5	0	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	7·915	.....	7·915	14·740	5·102
							Summe 500 ...	91·716	69·468	14·585	175·769	110·943	93·005
	5	0	1				Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand): [1]						
	5	0	1	0	8	43	Münzregal	.....	122·652	.....	122·652	142·655	112·056
	5	0	1	1	7	43	Vergütung an Oesterreichische Nationalbank	.....	52·000	.....	52·000	52·000	7·357
	5	0	1	2	7	43	Prämienkontensparen	.....	30·000	.....	30·000	10·000	.....
	5	0	1	3	7	43	Amtshaftungsentschädigungen	.....	0·300	.....	0·300	0·300	0·096
	5	0	1	4	7	22	Erfüllung von Rückgabeansprüchen	.....	0·100	.....	0·100	0·100	0·083
	5	0	1	5	7	22	Wiedergutmachung an politisch geschädigte Bundesbedienstete	.....	0·200	.....	0·200	0·100	0·019
	5	0	1	6	7	12	Atomprojekte (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	2·900	.....	2·900	3·000	2·681
	5	0	1	7	8	12	Sonstige Atomprojekte	.....	31·000	.....	31·000	6·540	23·440
	5	0	1	8	0	43	Beitrag zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter	39·000	.....	.....	39·000	.....	.....
	5	0	1	9	8	43	Sonstige Aufwendungen	.....	2·480	.....	2·480	3·301	3·556
							Liquidation der ehemaligen IBV (nach Maßgabe der Einnahmen)	.....	.....	.....	.....	.....	27·501
							Annuitätenzahlungen an Verbundgesellschaft (AEW-Entschädigung); Zinsen	.....	.....	.....	.....	.....	0·004
							Summe 501 ...	39·000	241·632	.....	280·632	217·996	176·793
	5	0	2				Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	5	0	2	0	4	34	Hagelversicherung	.....	11·500	.....	11·500	11·000	10·728
	5	0	2	1	4		Versicherungswiederaufbau	.....	0·090	.....	0·090	7·900	7·894
						22		.....	*0·090*	.....	*0·090*	*0·100*	*0·094*
						38		.....	.....	.....	.....	*7·800*	*7·800*
	5	0	2	2	6		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	.....	2·660	.....	2·660	2·600	2·650
						21		.....	*0·700*	.....	*0·700*	*0·900*	*0·979*
						22		.....	*1·960*	.....	*1·960*	*1·700*	*1·671*
	5	0	2	3			Familienpolitische Maßnahmen:						
	5	0	2	3	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·540	.....	0·540	0·585	0·420
							Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	0·090	.....
							Summe 5023 ...	.....	0·540	.....	0·540	0·675	0·420
	5	0	2	5	6	12	Sonstige Atomprojekte	.....	30·000	.....	30·000	39·000	38·460
	5	0	2	6	4	36	Zahlung an die VÖEST	.....	19·000	.....	19·000	19·000	49·416
	5	0	2	7	6	23	Zuschuß für Lagerauflösungsprogramm	.....	5·300	.....	5·300	9·000	10·455
	5	0	2	8	4	37	Schuldübernahme AWG	.....	4·000	.....	4·000	.....	.....
	5	0	2	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	18·530	18·530	16·678	11·751
	5	0	2	9	6	43	Sonstige Förderungen	.....	6·001	.....	6·001	5·700	3·814
							Summe 502 ...	.....	79·091	18·530	97·621	111·553	135·588

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5						**Finanzen**					
2	5	**0**					**Finanzverwaltung:**					
	5	0	0				Bundesministerium für Finanzen:					
	5	0	0	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen	0·100	.....	[1] 0·100	[1] 0·350	0·355
	5	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	5·225	.....	5·225	4·265	4·396
	5	0	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	7·347	7·347	6·981	7·196
							Summe 500 ...	5·325	7·347	12·672	11·596	11·947
	5	0	1				Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):					
	5	0	1	0	4	43	Münzregal	211·570	.....	211·570	290·760	227·907
	5	0	1	3	4	43	Amtshaftungsbeiträge	0·400	.....	0·400	0·400	0·402
	5	0	1	9			Sonstige Einnahmen:					
	5	0	1	9	4	43	Laufende Einnahmen	0·300	.....	0·300	0·300	14·977
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	0·004
							Summe 5019 ...	0·300	.....	0·300	0·300	14·981
							Summe 501 ...	212·270	.....	212·270	291·460	243·290
	5	0	2				Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):					
	5	0	2	0	4	43	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
	5	0	2	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·010	0·010
							Summe 502 ...	.....	.....	.....	0·010	0·010

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/50008 und 1/50296 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	0	3				Bundesministerium für Finanzen (Entwicklungsländer): [1]						
	5	0	3	0	6	36	Zinsenstützung (ÖKB)	.....	10·000	.....	10·000	8·000	0·534
	5	0	3	1	6	38	Förderung des Warenverkehrs	.....	17·500	.....	17·500	17·300	17·412
	5	0	3	2	5	43	Technische Hilfe (D)	.....	.....	0·100	0·100	1·700	0·530
	5	0	3	3	6		Technische Hilfe (Z)	.....	24·700	.....	24·700	43·200	31·415
						11		.....	*10·000*	.....	*10·000*	*17·000*	*14·571*
						22		.....	*7·000*	.....	*7·000*	*2·000*	*8·333*
						34		.....	*4·000*	.....	*4·000*	*12·000*	*0·100*
						36		.....	*3·700*	.....	*3·700*	*10·200*	*5·825*
						21		.....	.....	.....	.....	*2·000*	*2·586*
							Summe 503 ...	.....	52·200	0·100	52·300	70·200	49·891
	5	0	4				Finanzlandesdirektionen:						
	5	0	4	0			Dienststellen:						
	5	0	4	0	0	43	Personalaufwand	1.223·600	.....	.....	1.223·600	1.098·602	1.031·696
	5	0	4	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	[2] 249·681	.....	249·681	222·346	180·874
	5	0	4	0	3	43	Anlagen	.....	.....	[3] 20·200	20·200	17·631	12·022
	5	0	4	0	8	43	Aufwand für besondere Liegenschaften	.....	4·185	.....	4·185	0·160	0·020
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	0·005	.....
							Summe 5040 ...	1.223·600	253·866	20·200	1.497·666	1.338·744	1.224·612
	5	0	4	1	7	22	Ernährungsbeihilfen für Vorfahren, Abfertigungen [4]	.....	0·781	.....	0·781	0·162	0·145
	5	0	4	2	8	43	Anmietung von Beamtenwohnungen [4]	.....	32·880	.....	32·880	28·572	26·338
	5	0	4	3	7	38	Gebarung gemäß § 62 KFG. [4]	.....	4·400	.....	4·400	4·200	4·274
							Summe 504 ...	1.223·600	291·927	20·200	1.535·727	1.371·678	1.255·369
	5	0	5				Finanzprokuratur:						
	5	0	5	0	0	43	Personalaufwand	7·620	.....	.....	7·620	6·664	5·751
	5	0	5	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·106	.....	1·106	0·917	0·634
	5	0	5	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·218	0·218	0·076	0·084
							Summe 505 ...	7·620	1·106	0·218	8·944	7·657	6·469
	5	0	6				Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
	5	0	6	0	0	43	Personalaufwand	3·990	.....	.....	3·990	3·707	3·297
	5	0	6	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·429	.....	0·429	0·353	0·264
	5	0	6	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·050	0·050	0·080	0·024
	5	0	6	0	8	43	Aufwandskredite	.....	0·060	.....	0·060	0·075	0·051
							Summe 506 ...	3·990	0·489	0·050	4·529	4·215	3·636
	5	0	7				Zentralbesoldungsamt:						
	5	0	7	0	0	43	Personalaufwand	39·300	.....	.....	39·300	34·494	29·613
	5	0	7	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	11·067	.....	11·067	4·913	3·416
	5	0	7	0	3	43	Anlagen	.....	.....	9·096	9·096	11·597	5·541
							Summe 507 ...	39·300	11·067	9·096	59·463	51·004	38·570
							Gesamtausgaben 50 ...	1.405·226	746·980	62·779	2.214·985	1.945·246	1.759·321

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
[2]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 18·252 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
[3]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 6·075 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
[4]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5040 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	5	0	3				Bundesministerium für Finanzen (Entwicklungsländer):					
	5	0	3	0	4	43	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
	5	0	3	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	2·500	.....
							Summe 503 ...	.....	.....	.....	2·500	.....
	5	0	4				Finanzlandesdirektionen:					
	5	0	4	0			Dienststellen:					
	5	0	4	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen	0·324	.....	[1] 0·324	[1] 0·312	0·361
	5	0	4	0	4	43	Laufende Einnahmen	30·982	.....	30·982	30·200	30·469
	5	0	4	0	5	43	Einnahmen aus Liegenschaften	0·085	.....	0·085	.....	.....
	5	0	4	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·467	0·467	0·450	0·830
							Summe 5040 ...	31·391	0·467	31·858	30·962	31·660
	5	0	4	2	4	43	Anmietung von Beamtenwohnungen	32·490	.....	32·490	28·170	26·198
	5	0	4	3	4	38	Gebarung gemäß § 62 KFG.	4·400	.....	4·400	4·200	6·232
							Summe 504 ...	68·281	0·467	68·748	63·332	64·090
	5	0	5				Finanzprokuratur:					
	5	0	5	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·674	.....	0·674	0·670	0·969
	5	0	5	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 505 ...	0·674	0·001	0·675	0·671	0·969
	5	0	6				Hauptpunzierungs- und Probieramt:					
	5	0	6	0	4	43	Laufende Einnahmen	8·269	.....	8·269	8·245	8·620
	5	0	6	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·005	0·016
							Summe 506 ...	8·269	0·001	8·270	8·250	8·636
	5	0	7				Zentralbesoldungsamt:					
	5	0	7	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·851	.....	0·851	0·499	0·681
	5	0	7	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	0·003
							Summe 507 ...	0·851	0·001	0·852	0·500	0·684
							Gesamteinnahmen 50 ...	295·670	7·817	303·487	378·319	329·626

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/50401 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	1					**Kassenverwaltung:** [1])						
1	5	1	0				Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
	5	1	0	0	1	43	Staatlicher Postscheckverkehr	.....	86·000	.....	86·000	86·000	77·426
	5	1	0	1	3	43	Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke	.....	.....	60·000	60·000	75·000	46·537
	5	1	0	2	3	43	Marktpflege	.....	.....	44·000	44·000	55·000	33·433
	5	1	0	3	7	43	Kursverluste	.....	25·000	.....	25·000	22·000	15·101
	5	1	0	4	8	43	Effekten- und Geldverkehrskosten	.....	0·555	.....	0·555	1·400	0·170
							Summe 510	.....	111·555	104·000	215·555	239·400	172·667
	5	1	1	0	9	43	Zuführung an Kassenreserve	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	5	1	2				Zuführung an Rücklagen:						
	5	1	2	0	9	43	Baurücklage	.....	.....	.....	.....	.....	.....
5	5	1	2	1	9	43	Baurücklage (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	18·802
1	5	1	2	2	9	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	.....	.....	.....	.....	.....	0·202
5	5	1	2	3	9	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	13·582
1	5	1	2	4	9	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	.....	.....	.....	.....	.....	385·547
5	5	1	2	5	9	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	0·361
							Summe 512	.....	.....	.....	.....	.....	418·494
1	5	1	8	0	0	43	Pauschalvorsorge für Personalausgaben	295·927	.....	.....	295·927	.....	.....
	5	1	9	0	8	43	Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben	.....	1·200	.....	1·200	.....	.....
							Gesamtausgaben 1/51	295·927	112·755	104·000	512·682	239·400	558·416
							5/51	.....	.....	.....	.....	.....	32·745
							Gesamtausgaben 51	295·927	112·755	104·000	512·682	239·400	591·161

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	1					**Kassenverwaltung:**					
2	5	1	0				Effekten- und Geldverkehr des Bundes:					
	5	1	0	1	7	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz	.....	30·010	30·010	25·100	39·612
	5	1	0	2	7	43	Einlösung von UN-Obligationen	.....	0·790	0·790	0·767	0·743
	5	1	0	3	4	43	Kursgewinne	4·000	.....	4·000	3·500	9·510
	5	1	0	4	4	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	5·420	.....	5·420	2·460	6·172
							Summe 510	9·420	30·800	40·220	31·827	56·037
	5	1	1	0	7	43	Entnahme aus der Kassenreserve	.....	.....	.....	.....	.....
	5	1	2				Entnahme aus Rücklagen:					
	5	1	2	0	7	43	Baurücklage	.....	.....	.....	.....	6·818
6	5	1	2	1	7	43	Baurücklage (ao)	.....	.....	.....	.....	17·237
2	5	1	2	2	7	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	.....	.....	.....	.....	0·075
6	5	1	2	3	7	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe (ao)	.....	.....	.....	.....	.....
2	5	1	2	4	7	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	.....	.....	.....	.....	477·597
6	5	1	2	5	7	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (ao)	.....	.....	.....	.....	7·977
							Summe 512	.....	.....	.....	.....	509·704
2	5	1	3				Beiträge:					
	5	1	3	1	4	43	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	101·121
	5	1	9	0	4	43	Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
							Gesamteinnahmen 2/51	9·420	30·800	40·220	31·827	641·648
							6/51	.....	.....	.....	.....	25·214
							Gesamteinnahmen 51	9·420	30·800	40·220	31·827	666·862

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	2					**Öffentliche Abgaben:** [1]						

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5040 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	2					**Öffentliche Abgaben:**					
2	5	2	0				Direkte Steuern:					
	5	2	0	0	4	43	Veranlagte Einkommensteuer	7.600·000	.....	7.600·000	7.200·000	6.357·080
	5	2	0	1	4	43	Lohnsteuer	6.500·000	.....	6.500·000	8.000·000	7.078·850
	5	2	0	2	4	43	Kapitalertragsteuer	110·000	.....	110·000	110·000	106·246
	5	2	0	3	4	43	Körperschaftsteuer	2.640·000	.....	2.640·000	3.200·000	2.549·909
	5	2	0	4	4	43	Gewerbesteuer [1]	2.500·000	.....	2.500·000	2.570·000	2.727·754
	5	2	0	5	4	43	Bundesgewerbesteuer	2.500·000	.....	2.500·000	2.570·000	1.818·506
	5	2	0	6	4	43	Vermögensteuer	900·000	.....	900·000	836·000	743·610
	5	2	0	7	4	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	170·000	.....	170·000	120·000	127·735
	5	2	0	8	4	43	Aufsichtsratsabgabe	33·000	.....	33·000	33·000	31·851
							Sondersteuer vom Vermögen [2]	.....	.....	.....	.....	2·649
							Summe 520 ...	22.953·000	.....	22.953·000	24.639·000	21.544·190
	5	2	1				Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge):					
	5	2	1	2	0	23	Beitrag vom Einkommen [3]	3.033·000	.....	3.033·000	.....	.....
	5	2	1	4	0	23	Wohnbauförderungsbeitrag [3]	675·000	.....	675·000	645·000	635·286
	5	2	1	6	0	23	Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz [3]	48·000	.....	48·000	50·000	44·355
	5	2	1	9	0	43	Beitrag für den Katastrophenfonds [4]	534·000	.....	534·000	540·000	.....
							Beitrag vom Einkommen (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds)	.....	.....	.....	1.851·000	1.609·208
							Beitrag vom Einkommen (Wohnbauförderung der Länder)	.....	.....	.....	832·950	724·144
							Beitrag vom Einkommen (Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen)	.....	.....	.....	555·300	482·763
							Beitrag vom Einkommen (Wasserwirtschaftsfonds)	.....	.....	.....	92·550	80·460
							Summe 521 ...	4.290·000	.....	4.290·000	4.566·800	3.576·216
	5	2	2				Umsatzsteuer samt Zuschlag:					
	5	2	2	0	4	43	Umsatzsteuer	11.770·000	.....	11.770·000	10.700·000	9.939·493
	5	2	2	1	4	43	Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer	5.885·000	.....	5.885·000	5.350·000	4.969·746
							Summe 522 ...	17.655·000	.....	17.655·000	16.050·000	14.909·239

[1]) Diese Einnahmen fließen ausschließlich den Gemeinden zu (siehe Absetzung bei dem Ansatz 2/52814).
[2]) Ab 1967 bei dem Ansatz 2/52704 mitveranschlagt.
[3]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 2/52820 bis 2/52870.
[4]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 2/52890.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	2	5				Stempelmarken:						
	5	2	5	0	1	43	Druckkosten	.....	3·000	.....	3·000	3·000	2·248
	5	2	5	1	7	43	Verschleißgebühren	.....	66·000	.....	66·000	66·000	58·039
							Summe 525 ...	.....	69·000	.....	69·000	69·000	60·287

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	5	2	3				Einfuhrabgaben:					
	5	2	3	0	4	43	Zölle	4.900·000	.....	4.900·000	5.100·000	4.825·140
	5	2	3	1	0	43	Lizenzabgabe (Zweckgebundene Einnahmen) [1]	.....	.....	.....	.....	.....
	5	2	3	2	4	43	Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz	.....	.....	.....	.....	.....
	5	2	3	3	4	43	Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz	.....	.....	.....	.....	.....
	5	2	3	4	4	43	Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz	.....	.....	.....	.....	.....
	5	2	3	5	4	43	Abgabe gemäß Antidumpinggesetz	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 523 ...	4.900·000	.....	4.900·000	5.100·000	4.825·140
	5	2	4				Verbrauchsteuern:					
	5	2	4	0	4	43	Tabaksteuer	3.380·000	.....	3.380·000	3.000·000	2.844·563
	5	2	4	1	4	43	Biersteuer	610·000	.....	610·000	600·000	581·111
	5	2	4	2	4	43	Weinsteuer	96·000	.....	96·000	96·000	89·503
	5	2	4	3	4	43	Mineralölsteuer	930·000	.....	930·000	830·000	772·892
	5	2	4	4	0	32	Bundesmineralölsteuer (Zweckgebundene Einnahmen) [2]	4.200·000	.....	4.200·000	3.810·000	3.332·645
	5	2	4	5	4	43	Branntweinaufschlag	66·000	.....	66·000	60·000	61·778
	5	2	4	6	4	43	Monopolausgleich (Branntwein)	27·000	.....	27·000	24·000	24·740
	5	2	4	7	4	43	Monopolabgabe Salz	.....	.....	.....	.....	0·005
	5	2	4	8	4	43	Schaumweinsteuer	21·000	.....	21·000	18·000	19·836
							Summe 524 ...	9.330·000	.....	9.330·000	8.438·000	7.727·073
	5	2	5				Stempel- und Rechtsgebühren:					
	5	2	5	0	4	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren	700·000	.....	700·000	660·000	644·799
	5	2	5	1	4	43	Rechnungsstempel	3.762·000	.....	3.762·000	2.725·000	2.450·456
	5	2	5	2	4	43	Übrige Gebühren	320·000	.....	320·000	270·000	237·730
							Summe 525 ...	4.782·000	.....	4.782·000	3.655·000	3.332·985
	5	2	6				Verkehrsteuern:					
	5	2	6	0	4	43	Kapitalverkehrsteuern	90·000	.....	90·000	78·000	108·462
	5	2	6	1	4	43	Erbschafts(Schenkungs)steuer	300·000	.....	300·000	280·000	257·838
	5	2	6	2	4	43	Erbschaftssteueräquivalent	340·000	.....	340·000	360·000	287·684
	5	2	6	3	4	43	Grunderwerbsteuer	480·000	.....	480·000	500·000	471·451
	5	2	6	4	4	43	Versicherungssteuer	500·000	.....	500·000	420·000	383·663
	5	2	6	5	4	43	Beförderungssteuer	810·000	.....	810·000	660·000	663·003
	5	2	6	6	4	43	Kraftfahrzeugsteuer	630·000	.....	630·000	570·000	534·173
	5	2	6	7	4	43	Spielbankabgabe	40·000	.....	40·000	36·000	31·660
	5	2	6	8	0	36	Außenhandelsförderungsbeitrag (Zweckgebundene Einnahmen)	268·800	.....	[3] 268·800	[3] 268·800	[3] 268·137
	5	2	6	8	4	43	Außenhandelsförderungsbeitrag	11·200	.....	11·200	11·200	.....
	5	2	6	9	4	43	Bodenwertabgabe	12·000	.....	12·000	12·000	15·553
							Summe 526 ...	3.482·000	.....	3.482·000	3.196·000	3.021·624

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/62166.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/642 und 1/643.
[3]) Korrespondierende Ausgaben:

	1968	1967	1966
		Millionen Schilling	
Verschiedene Ausgabenansätze	10·912	13·612	21·861
Ansatz 1/50306	10·000	8·000	—
Ansatz 1/50316	10·000	9·300	17·412
Ansatz 2/52880	237·888	237·888	228·864

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	2	7	0	1	43	Kosten im Abgaben/Devisen-Straf- und Einbringungsverfahren	.....	3·000	.....	3·000	3·000	1·770
							Gesamtausgaben 52 ...	.....	72·000	.....	72·000	72·000	62·057

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	5	2	7	0	4	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	240·000	.....	240·000	200·000	190·071
							Brutto-Gesamteinnahmen 52 ...	67.632·000	.....	67.632·000	65.844·800	59.126·538
	5	2	8				Ab Überweisungen:					
	5	2	8	0	4	43	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	17.145·000	.....	17.145·000	16.766·000	14.015·343
	5	2	8	1	4	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden [1]	2.500·000	.....	2.500·000	2.570·000	2.736·235
	5	2	8	2	0	23	Beiträge an die Länder für die Wohnbauförderung [1a] [2]	929·710	.....	929·710	.....	.....
	5	2	8	3	0	23	An Wohnhaus-Wiederaufbaufonds [1a] [2]	1.587·600	.....	1.587·600	.....	.....
	5	2	8	4	0	23	An Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds [1a] [2]	273·000	.....	273·000	.....	.....
	5	2	8	5	0	23	Für Wohnbauforschung [1a] [2] [3]	24·378	.....	24·378	.....	.....
	5	2	8	6	0	37	An Wasserwirtschaftsfonds [2]	260·187	.....	260·187	92·550	78·331
	5	2	8	7	0	22	Für Familienlastenausgleich [2] [4]	505·500	.....	505·500	555·300	482·763
	5	2	8	8	0	36	Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer [5]	237·888	.....	237·888	237·888	228·864
	5	2	8	9	0	43	Beitrag an den Katastrophenfonds [6]	534·000	.....	534·000	540·000	.....
							Beitrag vom Einkommen (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds)	.....	.....	.....	1.851·000	1.409·639
							Beitrag vom Einkommen (Wohnbauförderung der Länder)	.....	.....	.....	832·950	704·978
							Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz an den WWF	.....	.....	.....	50·000	46·437
							Wohnbauförderungsbeitrag (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds)	.....	.....	.....	645·000	635·286
							Summe 528 ...	23.997·263	.....	23.997·263	24.140·688	20.337·876
							Netto-Gesamteinnahmen 52 ...	43.634·737	.....	43.634·737	41.704·112	38.788·662

[1] Korrespondierende Einnahmen bei dem Ansatz 2/52044.
[1a] Gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967.
[2] Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 2/52120, 2/52140 und 2/52160.
[3] Überweisung an Ansatz 2/64140.
[4] Überweisung an Ansatz 2/56100.
[5] Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/52680.
[6] Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/52190.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	3					**Finanzausgleich:** [1] [2]						
1	5	3	0				Leistungen an Länder und Gemeinden:						
	5	3	0	0	7	43	Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder	.....	320·000	.....	320·000	317·000	280·412
	5	3	0	1	7	43	Grundsteuerbeihilfen	.....	0·100	.....	0·100	0·400	0·087
	5	3	0	2	7	43	Salinen-Betriebsstättengemeinden	.....	2·000	.....	2·000	2·000	1·347
	5	3	0	3	7	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden	.....	17·000	.....	17·000	17·000	.....
	5	3	0	4	4	43	Theatergemeinden	.....	3·000	.....	3·000	3·000	3·000
	5	3	0	5	7	43	Finanzzuweisungen an Länder gemäß § 3 (2) FAG. 1967	.....	0·100	.....	0·100	..... [2a]	..... [2a]
							Finanzzuweisungen an Bundesbahn- und Post-Betriebsgemeinden	.....	.....	.....	.....	.....	16·831
							Finanzzuweisung für Straßenzwecke an Länder und Gemeinden	.....	.....	.....	.....	.....	75·000
							Summe 530 ...	.....	342·200	.....	342·200	339·400	376·677
	5	3	1	0	7	43	Mittel für den Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds [3]	.....	20·000	.....	20·000	1·000	120·000
	5	3	2				Zweckzuschüsse des Bundes:						
	5	3	2	0	6	43	Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete	.....	37·125	.....	37·125	45·900	36·000
	5	3	2	1	7	11	Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand	.....	50·000	.....	50·000	50·000	.....
	5	3	2	2	6	13	Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden	.....	15·595	.....	15·595	19·000	19·084
							Zweckzuschüsse für Behebung von Hochwasserschäden im Vermögen der Länder und Gemeinden	.....	.....	.....	.....	.....	50·000
							Summe 532 ...	.....	102·720	.....	102·720	114·900	105·084
	5	3	3				Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	5	3	3	0	6	43	Überweisungen an Länder	.....	20·000	.....	20·000	1·000	192·087
	5	3	4				Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	5	3	4	0	6	43	Schäden im Vermögen privater Personen	.....	133·500	.....	133·500	135·000	.....
	5	3	4	1	6	43	Schäden im Vermögen der Länder	.....	26·700	.....	26·700	27·000	.....
	5	3	4	2	6	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden	.....	26·700	.....	26·700	27·000	.....
	5	3	4	3	6	43	Schäden im Vermögen des Bundes [4]	.....	80·100	.....	80·100	81·000	.....
	5	3	4	4	6	43	Vorbeugung gegen künftige Hochwasserschäden [5]	.....	267·000	.....	267·000	270·000	.....
							Summe 534 ...	.....	534·000	.....	534·000	540·000	.....
							Gesamtausgaben 53 ...	.....	1.018·920	.....	1.018·920	996·300	793·812

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5000 mitveranschlagt.

[2]) Ohne Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die bei dem Ansatz 2/52804 veranschlagt sind.

[2a]) Erstmalig im Jahre 1968 veranschlagt.

[3]) Korrespondierende Einnahmen bei dem Ansatz 2/53300.

[4]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 40200, 64201, 78700 und 79700, die wie folgt verausgabt werden: Ansatz 40208, 64228, 78708 und 79708.

[5]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 60890, 64160 und 64421, die wie folgt verausgabt werden: Ansatz 60836, 60858, 60876, 64166, 64428 und 64447.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	3					**Finanzausgleich:**					
2	5	3	0				Beiträge von Ländern und Gemeinden:					
	5	3	0	0	4	11	Zu den Besoldungskosten an allgemeinbildenden Pflichtschulen	338·897	.....	338·897	241·194	.....
	5	3	0	1	4	11	Zu den Besoldungskosten an berufsbildenden Pflichtschulen	136·561	.....	136·561	[1]	[1] .....
	5	3	0	2	4	11	Zu den Besoldungskosten an landwirtschaftlichen Schulen	40·730	.....	40·730	[2]	[2] .....
	5	3	0	3	4	42	Zum Polizeiaufwand	205·000	.....	205·000	232·510	153·368
							Zum Personalaufwand des Allgemeinbildenden Pflichtschulwesens (§ 13 Abs. 1 lit. a) FAG.)	.....	.....	.....	.....	41·752
							Zum Personalaufwand des Allgemeinbildenden Pflichtschulwesens (§ 13 Abs. 1 lit. b) FAG.)	.....	.....	.....	.....	0·070
							Summe 530 ...	721·188	.....	721·188	473·704	195·190
	5	3	1	0	4	43	Rückzahlungen von Ländern	0·250	.....	0·250	0·250	0·751
	5	3	2				(frei)					
	5	3	3				Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds (Zweckgebundene Einnahmen):					
	5	3	3	0	0	43	Dotierung des Fonds [3]	20·000	.....	20·000	1·000	120·000
	5	3	4				Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen):					
	5	3	4	0	0	43	Beiträge [4]	534·000	.....	534·000	540·000	.....
							Gesamteinnahmen 53 ...	1.275·438	.....	1.275·438	1.014·954	315·941

[1]) Beim Ansatz 2/12855 veranschlagt gewesen.
[2]) Beim Ansatz 2/60714 veranschlagt gewesen.
[3]) Überweisung vom Ansatz 1/53107. Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/53306.
[4]) Überweisung vom Ansatz 2/52890. Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/53406 bis 1/53446.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	4					**Bundesvermögen:** [1]						
	5	4	0				Kapitalbeteiligung:						
1	5	4	0	0	3	36	Verstaatlichte Unternehmungen (Mittel des Investitionsfonds)	.....	.....	54·000	54·000	.....	[4] 43·000
	5	4	0	1	3		Verstaatlichte Unternehmungen	.....	.....	145·000	145·000	80·000	[5] 24·700
						23		.....	.....	.....	.....	.....	.....
						36		.....	.....	*145·000*	*145·000*	*80·000*	*24·700*
	5	4	0	2	2	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen [2]	.....	.....	15·000	15·000	15·000	0·041
5	5	4	0	3	2	35	Elektrizitätsförderungsgesetz	.....	.....	300·000	300·000	300·000	299·765
1	5	4	0	4	3	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)	.....	.....	54·400	54·400	68·000	72·116
5	5	4	0	5	2	38	Internationale Finanzinstitutionen	.....	.....	255·252	255·252	187·626	[6] 115·248
1	5	4	0	6	3	33	Flughafenbetriebsgesellschaften	.....	.....	0·001	0·001	39·800	37·387
	5	4	0	8	3		Sonstige Unternehmung (Zweckgebundene Umwandlung) [3]	.....	.....	1·500	1·500	2·000	0·367
						23		.....	.....	*0·270*	*0·270*	*1·500*	*0·367*
						33		.....	.....	*0·730*	*0·730*	*0·500*	.....
						38		.....	.....	*0·500*	*0·500*	.....	.....
5	5	4	0	9	3		Sonstige Unternehmungen	.....	.....	86·850	86·850	63·950	[4] 46·331
						12		.....	.....	.....	.....	*9·100*	*1·600*
						21		.....	.....	*0·450*	*0·450*	*0·500*	*0·842*
						23		.....	.....	*1·600*	*1·600*	*2·700*	.....
						32		.....	.....	*10·000*	*10·000*	.....	*38·790*
						33		.....	.....	*72·500*	*72·500*	*37·500*	.....
						34		.....	.....	*0·250*	*0·250*	*0·150*	*0·098*
						36		.....	.....	.....	.....	*14·000*	*5·001*
						37		.....	.....	*1·000*	*1·000*	.....	.....
						38		.....	.....	*1·050*	*1·050*	.....	.....
							Sonstige Unternehmungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	3·500	1·953
	5	4	1				Summe 540	.....	.....	912·003	912·003	759·876	640·908
							(frei)						

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Titel 1/500 mitveranschlagt, falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, ist der Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5040 mitveranschlagt, und falls Ämter der Landesregierung anweisungsberechtigt sind, wird der Verwaltungsaufwand im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Ländern getragen.
[2]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 77.
[3]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 2/54090 und 2/54262.
[4]) Ordentliche Gebarung.
[5]) Außerordentliche Gebarung.
[6]) Hievon 66·853 Millionen Schilling ordentliche Gebarung.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	**4**					**Bundesvermögen:**					
2	5	4	0				Kapitalbeteiligung (Erträge):					
	5	4	0	0	4	36	Verstaatlichte Industrieunternehmungen [1]	150·000	.....	150·000	200·000	131·480
	5	4	0	1	4	36	ab Überweisung an den Investitionsfonds [1]	101·250	.....	101·250	138·750	98·579
							Nettosumme 5400—5401	48·750	.....	48·750	61·250	32·901
	5	4	0	2	4	36	Überweisung vom Investitionsfonds [2]	79·312	.....	79·312	34·687	67·645
	5	4	0	3	4	38	Verstaatlichte Banken	50·000	.....	50·000	50·000	50·000
	5	4	0	4	4	35	Elektrizitätswirtschaft	10·400	.....	10·400	10·400	10·566
	5	4	0	5	4	38	Internationale Finanzinstitutionen	0·600	.....	0·600	0·600	0·408
	5	4	0	7	4	38	Oesterreichische Nationalbank	330·000	.....	330·000	290·000	288·024
	5	4	0	8	4	38	Austria-Tabakwerke AG. (Tabakmonopol)	36·000	.....	36·000	36·000	36·000
	5	4	0	9	0		Sonstige Unternehmungen (Umwandlung, Zweckgebundene Einnahmen) [3]	2·370	.....	2·370	2·800	1·608
						23		*1·870*	.....	*1·870*	*2·800*	*1·608*
						38		*0·500*	.....	*0·500*	.....	.....
	5	4	0	9	4		Sonstige Unternehmungen	0·650	.....	0·650	2·000	0·594
						33		*0·040*	.....	*0·040*	.....	.....
						36		.....	.....	.....	*2·000*	*0·594*
						37		*0·420*	.....	*0·420*	.....	.....
						38		*0·190*	.....	*0·190*	.....	.....
							Flughafenbetriebsgesellschaften (Zweckgecrndene Einnahmen)	.....	.....	.....	1·800	3·937
							Summe 540	558·082	.....	558·082	489·537	491·683
	5	4	1				Kapitalbeteiligung (Erlöse):					
	5	4	1	0	7	36	Verstaatlichte Unternehmungen (Veräußerungserlöse)	.....	.....	.....	.....	.....
	5	4	1	1	7	36	Verstaatlichte Unternehmungen (Liquidationserlöse)	.....	.....	.....	.....	7·622
	5	4	1	8	7		Sonstige Unternehmungen (Veräußerungserlöse)	.....	12·500	12·500	2·000	13·507
						36		.....	*10·000*	*10·000*	*2·000*	*13·507*
						38		.....	*2·500*	*2·500*	.....	.....
	5	4	1	9	7	36	Sonstige Unternehmungen (Liquidationserlöse)	.....	0·400	0·400	20·400	27·701
							Summe 541	.....	12·900	12·900	22·400	48·830

[1]) Der nach Abzug des Erfordernisses für Entschädigungen verbleibende Ertragsbetrag ist zu 75% zweckgebunden und fließt gemäß BGBl. Nr. 173/1959 dem Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen (2/66000) zu. Die Gesamterträge des Jahres 1968 von 150·000 Millionen Schilling werden daher wie folgt bei den nachstehenden Ansätzen verausgabt bzw. vereinnahmt:

	Mill. S	Verwendungszweck
1/54022	15·000	Entschädigungen
2/54014 (Absetzung)	101·250	Investitionsfonds
2/54004	33·750	25% Bundesanteil

[2]) Überweisung von den Ansätzen 2/66010 und 2/66020 (Absetzung).

[3]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/54083 und 1/54265.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	4	3				Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
	5	4	3	0	3	33	Flughafenbetriebsgesellschaften	.....	.....	41·250	41·250	.....	.....
	5	4	4				(frei)						
1	5	4	5				Einziehungen zum Bundesschatz:						
	5	4	5	0	7	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen	.....	1·184	.....	1·184	1·110	0·431
	5	4	6				Unbewegliches Bundeseigentum:						
	5	4	6	0	1	43	Verwaltungskosten	.....	4·200	.....	4·200	7·700	8·216

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	5	4	3				Beitragsleistungen für Miteigentumsanteilen:					
	5	4	3	0	0	33	Erträge (Zweckgebundene Einnahmen) [3]	2·450	.....	2·450	.....	.....
	5	4	4				(frei)					
2	5	4	5				Einziehungen zum Bundesschatz:					
	5	4	5	0			Verwertung verfallener Vermögenschaften:					
	5	4	5	0	4	43	Erträgnisse	0·010	.....	0·010	0·020	0·013
	5	4	5	0	7	43	Veräußerungserlöse	.....	40·010	40·010	44·510	4·675
							Summe 5450 ...	0·010	40·010	40·020	44·530	4·688
	5	4	5	1	4	43	Sonstige Einziehungen	8·496	.....	8·496	7·000	10·863
							Summe 545 ...	8·506	40·010	48·516	51·530	15·551
	5	4	6				Unbewegliches Bundeseigentum:					
	5	4	6	0			Veräußerungen:					
	5	4	6	0	2	43	Zweckgebundene Einnahmen (V) [1]	.....	27·000	27·000	27·054	39·603
	5	4	6	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	30·550	30·550	27·500	45·420
							Summe 5460 ...	.....	57·550	57·550	54·554	85·023
	5	4	6	1	0	43	Vergütungen gemäß § 30 (3) BHV. (Zweckgebundene Einnahmen) [2]	5·300	.....	5·300	0·300	0·041
	5	4	6	2	4	43	Belastungen	0·100	.....	0·100	0·100	0·252
	5	4	6	3	4	43	Nutzungen	0·019	.....	0·019	4·252	4·045
	5	4	6	4	4	43	Sonstige Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·016
							Summe 546 ...	5·419	57·550	62·969	59·206	89·377

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/64653, 1/64738 und 1/77313.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen der Ressorts, die diese Vergütungen zu leisten haben.
[3]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/54303 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	4	7				Haftungsübernahmen des Bundes:						
	5	4	7	0	7		Zahlungen aus Finanzhaftungen	.....	157·605	.....	157·605	105·705	63·087
						22		.....	*0·500*	.....	*0·500*	.....	.....
						33		.....	*42·500*	.....	*42·500*	*15·700*	*42·611*
						34		.....	*1·000*	.....	*1·000*	*1·000*	.....
						36		.....	*113·605*	.....	*113·605*	*88·305*	*20·476*
						43		.....	.....	.....	.....	*0·200*	.....
	5	4	7	1	7	12	Kernergie, Haftungen gegenüber Dritten	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 547	.....	157·605	.....	157·605	105·705	63·087
	5	4	8				Besondere Zahlungsverpflichtungen:						
	5	4	8	1	9		ERP-Fonds	.....	0·262	1·904	2·166	120·262	0·257
						36		.....	*0·262*	.....	*0·262*	*0·262*	*0·257*
						43		.....	.....	*1·904*	*2·166*	*120·000*	.....
	5	4	8	2	7		Hochwasserschädenfonds	.....	246·200	.....	246·200	194·200	137·397
						32		.....	*49·240*	.....	*49·240*	*38·840*	*27·479*
						33		.....	*24·620*	.....	*24·620*	*19·420*	*13·740*
						34		.....	*172·340*	.....	*172·340*	*135·940*	*96·178*
							Entschädigungsforderungen der Österreichischen Elektrizitätswirtschaft	.....	.....	.....	.....	.....	55·281
							Buchschuld an das ÖPSA	.....	.....	.....	.....	85·000	80·000
							Sonstige Vetpflichtungen	.....	.....	.....	.....	2·700	0·020
							Summe 548	.....	246·462	1·904	248·366	402·162	272·955
							Jauntalbahn	.....	.....	.....	.....	.....	13·931
							Gesamtausgaben 1/54	.....	409·451	420·955	830·406	858·177	843·758
							5/54	.....	.....	694·603	694·603	697·667	499·513
							Gesamtausgaben 54	.....	409·451	1.115·558	1.525·009	1.555·844	1.343·271

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	5	4	7	0	4		Haftungsübernahmen des Bundes	35·350	.....	35·350	30·500	55·985
						22	.....	.....	.....	.....	.....	.....
						33	.....	.....	.....	.....	*1·900*	*3·095*
						34	.....	.....	.....	.....	.....	.....
						36		*35·350*	.....	*35·350*	*28·600*	*38·890*
						43		.....	.....	.....	.....	*14·000*
	5	4	8				Besondere Forderungen:					
	5	4	8	2	4	43	Abfuhren des Hochwasserschädenfonds	36·200	.....	36·200	38·300	38·153
							Entschädigungsforderung an die Elektrizitätswirtschaft	.....	.....	.....	.....	49·545
							Summe 548 ...	36·200	.....	36·200	38·300	87·698
							Gesamteinnahmen 54 ...	682·073	176·543	858·616	811·949	928·178

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	5					**Pensionen (Hoheitsverwaltung):** [1]						
1	5	5	0				Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
	5	5	0	0	7	43	Ruhebezüge	1.470·172	.....	.....	1.470·172	1.355·819	1.265·737
	5	5	0	1	7	43	Versorgungsbezüge	881·880	.....	.....	881·880	802·220	740·392
	5	5	0	2	7	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	25·120	.....	.....	25·120	23·520	20·081
	5	5	0	3	7	43	Dienstgeberbeiträge	53·060	.....	.....	53·060	47·700	44·136
							Summe 550 ...	2.430·232	.....	.....	2.430·232	2.229·259	2.070·346
	5	5	1				Pflichtschul- und Landesmittelschullehrer:						
	5	5	1	0	7	43	Ruhebezüge	835·808	.....	.....	835·808	774·250	717·290
	5	5	1	1	7	43	Versorgungsbezüge	205·069	.....	.....	205·069	188·183	176·214
	5	5	1	2	7	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	3·495	.....	.....	3·495	4·959	3·599
	5	5	1	3	7	43	Dienstgeberbeiträge	23·252	.....	.....	23·252	21·842	19·452
							Summe 551 ...	1.067·624	.....	.....	1.067·624	989·234	916·555
	5	5	2				Sonstige Bedienstete:						
	5	5	2	0	7	43	Ruhebezüge	116·352	.....	.....	116·352	120·064	109·342
	5	5	2	1	7	43	Versorgungsbezüge	23·402	.....	.....	23·402	23·020	20·482
	5	5	2	2	7	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	155·162	.....	.....	155·162	153·207	138·829
	5	5	2	3	7	43	Dienstgeberbeiträge	4·620	.....	.....	4·620	4·620	4·173
							Summe 552 ...	299·536	.....	.....	299·536	300·911	272·826
	5	5	3	0	5	43	Vorschüsse	.....	.....	3·798	3·798	3·520	1·051
	5	5	4	0	7	43	Geldaushilfen	3·798	.....	.....	3·798	3·500	2·084
							Gesamtausgaben 55 ...	3.801·190	.....	3·798	3.804·988	3.526·424	3.262·862

[1]) Verwaltungsaufwand bei den zuständigen Ressorts (insbesondere Kapitel 50) mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	5					**Pensionen (Hoheitsverwaltung):**					
2	5	5	0	0	4	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete	0·780	.....	0·780	0·780	0·707
	5	5	2				Sonstige Beiträge:					
	5	5	2	0	4	43	Beitrag auf Grund des Bonner Regierungsabkommens	76·000	.....	76·000	76·000	76·483
	5	5	2	1	4	43	Beitrag auf Grund des österreichisch-italienischen Protokolles	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Summe 552 ...	76·001	.....	76·001	76·001	76·483
	5	5	3	0	7	43	Vorschußersätze	.....	1·730	1·730	1·766	1·743
	5	5	4				Sonstige Pensionseinnahmen:					
	5	5	4	0	4	43	Pensionsbeiträge	389·000	.....	389·000	339·720	322·981
	5	5	4	1	4	43	Überweisungen von Pensionsträgern	89·838	.....	89·838	72·247	90·472
	5	5	4	2	4	43	Verschiedene Einnahmen	0·112	.....	0·112	0·031	0·058
							Summe 554 ...	478·950	.....	478·950	411·998	413·511
							Gesamteinnahmen 55 ...	555·731	1·730	557·461	490·545	492·444

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	6					**Familienlastenausgleich:** [1]						
1	560/562						Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:						
	5	6	0				Sektion A:						
	5	6	0	0	7	22	Familienbeihilfen [2]	.....	4.200·000	.....	4.200·000	..... [3]	..... [3]
	5	6	1				Sektion B:						
	5	6	1	0	7	22	Familienbeihilfen [4]	.....	2.091·000	.....	2.091·000	..... [5]	..... [5]
	5	6	1	1	7	22	Geburtenbeihilfen	.....	223·000	.....	223·000	..... [6]	..... [6]
							Summe 561 ...	.....	2.314·000	.....	2.314·000	.....	.....
	5	6	2	0	7	22	Überschuß an den Reservefonds [7]	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Summe 560/562 ...	.....	6.514·001	.....	6.514·001	.....	.....
	5	6	3	0	7	22	Rückzahlung an den Reservefonds [8]	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe:						
							Kinderbeihilfen	.....	.....	.....	.....	1.580·000	1.559·254
							Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:						
							Familienbeihilfen	.....	.....	.....	.....	1.480·000	1.426·696
							Ergänzungsbeträge zur Kinderbeihilfe	.....	.....	.....	.....	1.708·000	1.485·330
							Geburtenbeihilfen	.....	.....	.....	.....	71·000	61·946
							Säuglingsbeihilfen	.....	.....	.....	.....	151·000	139·739
							Mütterbeihilfen	.....	.....	.....	.....	670·000	650·618
							Summe ...	.....	.....	.....	.....	4.080·000	3.764·329
							Gesamtausgaben 56 ...	.....	6.514·002	.....	6.514·002	5.660·000	5.323·583

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

[2]) Familienbeihilfen, welche die Dienstgeber und Stellen auszahlen und gemäß § 22 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000, ersetzt erhalten.

[3]) Im BVA. 1966 und 1967 unter 1/56007 Kinderbeihilfen, 1/56117 Ergänzungsbeträge zur Kinderbeihilfe und unter 1/56147 Mütterbeihilfen veranschlagt.

[4]) Familienbeihilfen, welche die Finanzverwaltung über das Österreichische Postsparkassenamt überweisen oder auf dem Abgabenkonto gutbuchen läßt.

[5]) Im BVA. 1966 und 1967 unter 1/56107 Familienbeihilfen und 1/56147 Mütterbeihilfen veranschlagt.

[6]) Im BVA. 1966 und 1967 unter 1/56127 Geburtenbeihilfen und 1/56137 Säuglingsbeihilfen veranschlagt.

[7]) Gemäß § 40 Abs. 4 und 5 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000.

[8]) Gemäß § 40 Abs. 6 und 7 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	6					**Familienlastenausgleich:**					
2	560/562						Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Zweckgeb. Einnahmen):					
	5	6	0				Sektion A:					
	5	6	0	0	0	22	Dienstgeberbeiträge	6.382·000	.....	6.382·000	.....	.....
	5	6	1				Sektion B:					
	5	6	1	0	0	22	Beiträge vom Einkommen [1]	505·500	.....	505·500	.....	.....
	5	6	1	1	0	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	70·000	.....	70·000	.....	.....
	5	6	1	2	0	22	Beiträge der Länder	124·834	.....	124·834	.....	.....
							Summe 561	700·334	.....	700·334	.....	.....
	5	6	2	0	0	22	Ersatz vom Reservefonds [2]	.....	.....	.....	.....	.....
							Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe (Zweckgebundene Einnahmen):					
							Dienstgeberbeiträge (Gesamtaufkommen)	.....	.....	.....	5.620·000	4.964·814
							ab Überschuß [3]	.....	.....	.....	4.040·000	3.405·560
							Nettosumme	.....	.....	.....	1.580·000	1.559·254
							Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Zweckgebundene Einnahmen):					
							Beiträge der Lohnsteuerpflichtigen	.....	.....	.....	240·000	212·505
							Beiträge der übrigen Einkommen (Körperschaft-) steuerpflichtigen	.....	.....	.....	315·300	270·257
							Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	.....	.....	.....	70·000	69·084
							Beiträge der Länder	.....	.....	.....	124·834	124·834
							Überschuß des Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe	.....	.....	.....	4.040·000	3.405·561
							Summe	.....	.....	.....	4.790·134	4.082·241
							Gesamteinnahmen 56	7.082·334	.....	7.082·334	6.370·134	5.641·495

[1]) Beiträge vom Einkommen gemäß BGBl. Nr. 152/1954. Siehe auch die Ansätze 2/52140 und 2/52840.
[2]) Gemäß § 40 Abs. 4 und 5 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000.
[3]) Als „Überschuß des Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe" beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ausgewiesen gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	7					**Staatsvertrag:** [1]						
1	5	7	1				Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:						
	5	7	1	0	7	43	Besatzungsschädengesetz	.....	0·675	.....	0·675	2·500	5·028
	5	7	1	1	7	43	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	.....	1·450	.....	1·450	10·120	8·020
	5	7	1	2	7	43	Sonstiges	.....	1·000	.....	1·000	2·500	0·009
							Summe 571 ...	.....	3·125	.....	3·125	15·120	13·057
	5	7	2				Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:						
	5	7	2	0	7	43	11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	.....	56·000	.....	56·000	60·100	61·655
	5	7	2	2	7	43	Rumänien, BGBl. Nr. 71/1965	.....	32·836	.....	32·836	22·000	2·030
	5	7	2	3	7	43	Ungarn, BGBl. Nr. 293/1967	.....	35·000	.....	35·000	25·000	.....
	5	7	2	4	7	43	Niederlande	.....	5·530	.....	5·530	3·529	.....
	5	7	2	9	7	43	Sonstige Zahlungen	.....	0·050	.....	0·050	.....	0·005
							Bulgarien, BGBl. Nr. 129/1964	.....	.....	.....	.....	2·175	4·786
							Finnland	.....	.....	.....	.....	0·458	.....
							Summe 572 ...	.....	129·416	.....	129·416	113·262	68·476
	5	7	3				Finanz- und Ausgleichsvertrag:						
	5	7	3	0	7	43	Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz	.....	47·554	.....	47·554	108·405	172·487
	5	7	3	1	7	43	Erweiterungsgesetz	.....	0·165	.....	0·165	0·820	19·806
	5	7	3	9	7	43	Sonstige Zahlungen	.....	0·305	.....	0·305	0·100	88·765
							Summe 573 ...	.....	48·024	.....	48·024	109·325	281·058
	5	7	4	0	7	43	Sonstige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag	.....	10·050	.....	10·050	1·500	24·706
	5	7	5				Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
	5	7	5	0	7	37	Liegenschaftsverwaltungen	.....	2·601	.....	2·601	2·600	2·621
5	5	7	5	1	2	37	Liegenschaftsverwaltungen, Instandsetzungskosten	.....	.....	3·404	3·404	.....	.....
1	5	7	5	2	7	43	Abwicklungskosten	.....	3·300	.....	3·300	3·200	0·190
							Summe 575 ...	.....	5·901	3·404	9·305	5·800	2·811
							Kommissionen:						
							Bundesentschädigungskommission	.....	.....	.....	.....	0·973	1·417
							Bundesverteilungskommission	.....	.....	.....	.....	0·650	0·134
							Ständige Kommission, Schiedsgericht	.....	.....	.....	.....	0·162	0·146
							Summe 570 ...	.....	.....	.....	.....[2]	1·785	1·697
							Gesamtausgaben 1/57 ...	.....	196·516	.....	196·516	246·792	391·805
							5/57 ...	.....	.....	3·404	3·404	.....	.....
							Gesamtausgaben 57 ...	.....	196·516	3·404	199·920	246·792	391·805
							Gesamtausgaben 1/5 ...	5.502·343	9.070·624	591·532	15.164·499	13.544·339	12.995·594
							5/5 ...	.....	.....	698·007	698·007	697·667	532·258
							Gesamtausgaben 5 ...	5.502·343	9.070·624	1.289·539	15.862·506	14.242·006	13.527·852

[1]) Verwaltungsaufwand bei den Titeln 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1968 beim Titel 1/500 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	5	7					**Staatsvertrag:**					
2	5	7	1	0	4	43	Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland	0·019	.....	0·019	0·033	0·151
	5	7	2				Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:					
	5	7	2	0	4	43	11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	0·050	.....	0·050	0·141	0·138
	5	7	2	1	0	43	Bulgarien	.....	.....	.....	0·845	2·576
	5	7	2	2	0	43	Rumänien	.....	.....	.....	9·134	12·870
	5	7	2	3	0	43	Ungarn	11·250	.....	11·250	11·250	.....
	5	7	2	4	0	43	Niederlande	.....	.....	.....	.....	.....
	5	7	2	5	0	43	Finnland	.....	.....	.....	.....	.....
	5	7	2	9	4	43	Sonstige Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 572 ...	11·300	.....	11·300	21·370	15·583
	5	7	4	0	4	43	Sonstige Einnahmen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag	0·974	.....	0·974	.....	.....
	5	7	5				Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:					
	5	7	5	0	4	37	Liegenschaftsverwaltungen	3·010	.....	3·010	3·286	3·099
	5	7	5	1	2	43	Zweckgebundene Einnahmen [1]	6·205	.....	6·205	5·000	10·453
	5	7	5	2			Sonstige Einnahmen:					
	5	7	5	2	4	43	Laufende Einnahmen	12·210	.....	12·210	27·620	24·235
	5	7	5	2	7	43	Einnahmen (V)	.....	215·449	215·449	143·397	93·991
							Summe 5752 ...	12·210	215·449	227·659	171·017	118·226
							Summe 575 ...	21·425	215·449	236·874	179·303	131·778
							Kommissionen	.....	.....	.....	.....	.....
							Finanz- und Ausgleichsvertrag	.....	.....	.....	.....	295·719
							Gesamteinnahmen 57 ...	33·718	215·449	249·167	200·706	443·231
							Gesamteinnahmen 2/5 ...	53.569·121	432·339	54.001·460	51.002·546	47.581·225
							6/5 ...	.....	.....	.....	.....	25·214
							Gesamteinnahmen 5 ...	53.569·121	432·339	54.001·460	51.002·546	47.606·439

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/54255, 1/57397 und 1/64738.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6						**Wirtschaft**						
1	**6**	**0**					**Land- und Forstwirtschaft:**						
	6	0	0				Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
	6	0	0	0			Zentralleitung:						
	6	0	0	0	0	43	Personalaufwand	36·591	.....	.....	36·591	32·921	30·288
	6	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	6·781	.....	6·781	7·300	6·600
	6	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·350	0·350	0·380	0·520
	6	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	3·700	3·700	3·911	2·653
	6	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	16·291	.....	16·291	20·277	16·111
	6	0	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	1·799	.....	1·799	0·976	0·717
							Summe 6000	36·591	24·871	4·050	65·512	65·765	56·889
	6	0	0	1	8	43	Futtermittelwesen [1]	.....	0·050	.....	0·050	0·050	0·047
	6	0	0	2	8	43	Saatgutwesen [1]	.....	0·030	.....	0·030	0·030	0·028
	6	0	0	3	8	34	Agrarpolitische Unterlagen [1]	.....	24·395	.....	24·395	18·050	16·411
	6	0	0	4	7	34	Epizootie [1]	.....	7·000	.....	7·000	13·200	11·500
	6	0	0	5			Hydrographischer Dienst: [1]						
	6	0	0	5	3	43	Anlagen	.....	.....	0·468	0·468	0·585	0·775
	6	0	0	5	8	43	Aufwandskredite	.....	3·040	.....	3·040	3·040	3·048
							Summe 6005	.....	3·040	0·468	3·508	3·625	3·823
	6	0	0	6	8	34	Land- und forstwirtschaftliche Sonderaufgaben [1]	.....	3·030	.....	3·030	2·910	2·539
	6	0	0	7			Qualitätskontrolle:						
	6	0	0	7	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·450	.....	1·450	.....	.....
	6	0	0	7	3	43	Anlagen	.....	.....	0·210	0·210	.....	.....
							Summe 6007	.....	1·450	0·210	1·660	.....	.....
							Summe 600	36·591	63·866	4·728	105·185	103·630	91·237

[1] Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6000 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6						**Wirtschaft**					
2	**6**	**0**					**Land- und Forstwirtschaft:**					
	6	0	0				Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:					
	6	0	0	0			Zentralleitung:					
	6	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·344	.....	0·344	0·249	1·003
	6	0	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	4·015	4·015	1·910	2·248
							Summe 6000 ...	0·344	4·015	4·359	2·159	3·251
	6	0	0	1	4	43	Futtermittelwesen	.....	.....	.....	.....	.....
	6	0	0	2	4	43	Saatgutwesen	.....	.....	.....	.....	.....
	6	0	0	3	4	34	Agrarpolitische Unterlagen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	0	0	4			Epizootie:					
	6	0	0	4	4	34	Strafgelder	0·300	.....	0·300	0·300	0·265
	6	0	0	4	5	34	Fleischverkauf	1·400	.....	1·400	0·800	2·408
	6	0	0	4	6	34	Beiträge	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6004 ...	1·700	.....	1·700	1·100	2·673
	6	0	0	5			Hydrographischer Dienst:					
	6	0	0	5	4	43	Laufende Einnahmen	0·070	.....	0·070	0·050	0·111
	6	0	0	5	7	43	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·010	0·010
							Summe 6005 ...	0·070	.....	0·070	0·060	0·121
	6	0	0	6	4	34	Land- und forstwirtschaftliche Sonderaufgaben	0·030	.....	0·030	0·030	0·014
	6	0	0	7			Qualitätskontrolle:					
	6	0	0	7	4	43	Laufende Einnahmen	1·200	.....	1·200	.....	.....
	6	0	0	7	7	43	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6007 ...	1·200	.....	1·200	.....	.....
							Summe 600 ...	3·345	4·015	7·360	3·350	6·059

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	1				Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft): [1]						
	6	0	1	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	.....	97·600	.....	97·600	92·364	90·245
	6	0	1	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	.....	3·700	.....	3·700	34·321	33·321
	6	0	1	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	.....	14·220	.....	14·220	17·500	16·361
	6	0	1	7	6		Sozialpolitische Maßnahmen	.....	5·300	.....	5·300	6·600	6·000
						22		.....	*4·000*	.....	*4·000*	*3·600*	*3·361*
						23		.....	*1·300*	.....	*1·300*	*3·000*	*2·639*
	6	0	1	8	6	34	Kreditpolitische Maßnahmen	.....	18·800	.....	18·800	23·500	25·200
	6	0	1	9	6	34	Sonstige Maßnahmen	.....	207·020	.....	207·020	206·715	190·750
							Summe 601 ...	.....	346·640	.....	346·640	381·000	361·877
	6	0	2				(frei)						
	6	0	3				Bundesministerium (Grüner Plan): [1]						
1	6	0	3	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	.....	48·000	.....	48·000	67·000	46·553
5	6	0	3	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen (ao)	.....	33·000	.....	33·000	37·000	26·794
1	6	0	3	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	.....	178·000	.....	178·000	145·000	104·510
5	6	0	3	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft (ao)	.....	200·000	.....	200·000	196·000	179·756
1	6	0	3	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	.....	20·000	.....	20·000	51·000	45·803
5	6	0	3	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (ao)	.....	23·000	.....	23·000	23·000	6·200
1	6	0	3	7	6	23	Sozialpolitische Maßnahmen	.....	.....	.....	.....	.....	.....
5	6	0	3	7	6	23	Sozialpolitische Maßnahmen (ao)	.....	34·000	.....	34·000	34·000	27·000
1	6	0	3	8	6	34	Kreditpolitische Maßnahmen	.....	60·000	.....	60·000	40·000	6·657
5	6	0	3	8	6	34	Kreditpolitische Maßnahmen (ao)	.....	120·000	.....	120·000	120·000	120·249
1	6	0	3	9			Sonstige Maßnahmen:						
	6	0	3	9	6	34	Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	6	0	3	9	7	34	Bekämpfung der Rinder-Brucellose	.....	3·000	.....	3·000	6·000	6·000
	6	0	3	9	8	12	Forschungs- und Versuchswesen	.....	11·000	.....	11·000	11·000	2·360
							Summe 6039 ...	.....	14·000	.....	14·000	17·000	8·360
							Sonstige Maßnahmen (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 1/603 ...	.....	320·000	.....	320·000	320·000	211·883
							5/603 ...	.....	410·000	.....	410·000	410·000	359·999
							Summe 603 ...	.....	730·000	.....	730·000	730·000	571·882
	6	0	4				(frei)						

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6000 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	0	1				Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft):					
	6	0	1	0	4	34	Laufende Einnahmen	0·430	.....	0·430	0·491	0·498
	6	0	1	0	7	34	Einnahmen (V)	.....	1·780	1·780	2·120	2·628
							Summe 601 ...	0·430	1·780	2·210	2·611	3·126
	6	0	2				(frei)					
	6	0	3	0	4	34	Bundesministerium (Grüner Plan)	.....	.....	.....	.....	0·000
	6	0	4				(frei)					

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	5				Lehr- und Versuchsanstalten:						
	6	0	5	0			Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	5	0	0	11	Personalaufwand	38·358	.....	.....	38·358	33·582	29·183
	6	0	5	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	6·790	.....	6·790	6·680	6.347
	6	0	5	0	3	11	Anlagen	.....	.....	4·500	4·500	6·534	4.087
	6	0	5	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·200	.....	0·200	0·196	0·173
	6	0	5	0	8	11	Aufwandskredite	.....	5·900	.....	5·900	5·650	5·740
							Summe 6050 ...	38·358	12·890	4·500	55·748	52·642	45.530
	6	0	5	1			Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten:						
	6	0	5	1	0	12	Personalaufwand	42·482	.....	.....	42·482	38·071	35.095
	6	0	5	1	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	6·971	.....	6·971	7·050	6·880
	6	0	5	1	3	12	Anlagen	.....	.....	3·120	3·120	3·900	4·703
	6	0	5	1	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·180	.....	0·180	0·140	0·110
	6	0	5	1	8	12	Aufwandskredite	.....	5·800	.....	5·800	4·870	5·589
							Summe 6051 ...	42·482	12·951	3·120	58·553	54·031	52·377
	6	0	5	2			Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	5	2	0	11	Personalaufwand	5·150	.....	.....	5·150	4·756	3·686
	6	0	5	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·016	.....	1·016	0·986	0·962
	6	0	5	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·390	0·390	0·516	0·366
	6	0	5	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·013	.....	0·013	0·010	0·009
	6	0	5	2	8	11	Aufwandskredite	.....	0·239	.....	0·239	0·216	0·207
							Summe 6052 ...	5·150	1·268	0·390	6·808	6·484	5·230

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6	0	5				Lehr- und Versuchsanstalten:					
	6	0	5	0			Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:					
	6	0	5	0	4	11	Laufende Einnahmen	4·009	.....	4·009	3·812	3·532
	6	0	5	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	1·491	1·491	1·269	1·161
							Summe 6050 ...	4·009	1·491	5·500	5·081	4·693
	6	0	5	1			Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten:					
	6	0	5	1	4	12	Laufende Einnahmen	8·329	.....	8·329	7·930	7·590
	6	0	5	1	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·471	0·471	0·570	0·510
							Summe 6051 ...	8·329	0·471	8·800	8·500	8·100
	6	0	5	2			Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:					
	6	0	5	2	4	11	Laufende Einnahmen	0·125	.....	0·125	0·119	0·101
	6	0	5	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	0·005
							Summe 6052 ...	0·125	0·001	0·126	0·120	0·106

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	5	3			Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
	6	0	5	3	0	12	Personalaufwand	15·362	.....	.....	15·362	14·325	12·037
	6	0	5	3	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	6·148	.....	6·148	5·200	4·363
	6	0	5	3	3	12	Anlagen	.....	.....	0·960	0·960	1·200	0·990
	6	0	5	3	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·042	.....	0·042	0·030	0·012
	6	0	5	3	8	12	Aufwandskredite	.....	1·320	.....	1·320	1·320	1·805
							Summe 6053 ...	15·362	7·510	0·960	23·832	22·075	19·207
	6	0	5	4			Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft:						
	6	0	5	4	0	12	Personalaufwand	1·363	.....	.....	1·363	1·217	1·053
	6	0	5	4	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	0·396	.....	0·396	0·490	0·416
	6	0	5	4	3	12	Anlagen	.....	.....	0·180	0·180	0·225	0·196
	6	0	5	4	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·020	.....	0·020	0·060	0·011
	6	0	5	4	8	12	Aufwandskredite	.....	2·200	.....	2·200	2·100	2·016
							Summe 6054 ...	1·363	2·616	0·180	4·159	4·092	3·692
	6	0	5	5			Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft:						
	6	0	5	5	0	34	Personalaufwand	6·593	.....	.....	6·593	6·175	5·555
	6	0	5	5	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·983	.....	0·983	1·280	1·135
	6	0	5	5	3	34	Anlagen	.....	.....	3·600	3·600	4·500	4·646
	6	0	5	5	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·827	.....	0·827	0·700	0·584
	6	0	5	5	8	34	Aufwandskredite	.....	53·507	.....	53·507	46·731	42·199
							Summe 6055 ...	6·593	55·317	3·600	65·510	59·386	54·119
	6	0	5	6			Pferdezuchtanstalten:						
	6	0	5	6	0	34	Personalaufwand	10·113	.....	.....	10·113	9·255	8·182
	6	0	5	6	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·958	.....	0·958	1·020	0·920
	6	0	5	6	3	34	Anlagen	.....	.....	0·928	0·928	1·035	1·034
	6	0	5	6	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·046	.....	0·046	0·071	0·052
	6	0	5	6	8	34	Aufwandskredite	.....	2·855	.....	2·855	2·700	2·499
							Summe 6056 ...	10·113	3·859	0·928	14·900	14·081	12·687
	6	0	5	7			Veterinär-Medizinische Bundesanstalten:						
	6	0	5	7	0	34	Personalaufwand	13·542	.....	.....	13·542	13·182	12·196
	6	0	5	7	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	2·745	.....	2·745	2·639	2·258
	6	0	5	7	3	34	Anlagen	.....	.....	1·362	1·362	1·795	1·189
	6	0	5	7	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·262	.....	0·262	0·211	0·312
	6	0	5	7	8	34	Aufwandskredite	.....	4·984	.....	4·984	4·355	6·300
							Summe 6057 ...	13·542	7·991	1·362	22·895	22·182	22·255
	6	0	5	8			Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten:						
	6	0	5	8	0	12	Personalaufwand	4·755	.....	.....	4·755	4·456	3·806
	6	0	5	8	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	1·236	.....	1·236	1·222	1·065
	6	0	5	8	3	12	Anlagen	.....	.....	1·670	1·670	2·206	0·190
	6	0	5	8	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·041	.....	0·041	0·034	0·054
	6	0	5	8	8	12	Aufwandskredite	.....	0·410	.....	0·410	0·310	0·363
							Summe 6058 ...	4·755	1·687	1·670	8·112	8·228	5·478
							Summe 605 ...	137·718	106·089	16·710	260·517	243·201	220·575

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	0	5	3			Forstliche Bundesversuchsanstalt:					
	6	0	5	3	4	12	Laufende Einnahmen	0·319	.....	0·319	0·430	0·448
	6	0	5	3	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·039	0·039	0·040	0·058
							Summe 6053 ...	0·319	0·039	0·358	0·470	0·506
	6	0	5	4			Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft:					
	6	0	5	4	4	12	Laufende Einnahmen	3·065	.....	3·065	3·050	3·158
	6	0	5	4	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·020	0·004
							Summe 6054 ...	3·065	0·020	3·085	3·070	3·162
	6	0	5	5			Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft:					
	6	0	5	5	4	34	Laufende Einnahmen	59·977	.....	59·977	52·333	48·176
	6	0	5	5	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·431	0·431	0·496	0·499
							Summe 6055 ...	59·977	0·431	60·408	52·829	48·675
	6	0	5	6			Pferdezuchtanstalten:					
	6	0	5	6	4	34	Laufende Einnahmen	1·327	.....	1·327	1·222	1·360
	6	0	5	6	7	34	Einnahmen (V)	.....	1·108	1·108	0·866	1·274
							Summe 6056 ...	1·327	1·108	2·435	2·088	2·634
	6	0	5	7			Veterinär-Medizinische Bundesanstalten:					
	6	0	5	7	4	34	Laufende Einnahmen	10·396	.....	10·396	10·250	12·044
	6	0	5	7	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·122	0·122	0·161	0·227
							Summe 6057 ...	10·396	0·122	10·518	10·411	12·271
	6	0	5	8			Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten:					
	6	0	5	8	4	12	Laufende Einnahmen	0·900	.....	0·900	0·791	1·034
	6	0	5	8	7	12	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·009	0·009
							Summe 6058 ...	0·900	.....	0·900	0·800	1·043
							Summe 605 ...	88·447	3·683	92·130	83·369	81·190

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	6				Internate (Betriebsähnliche Verwaltungszweige, Zweckgeb. Geb.):						
	6	0	6	0			Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	6	0	0	11	Personalaufwand	3·519	.....	.....	3·519	3·030	2·575
	6	0	6	0	3	11	Anlagen	.....	.....	0·004	0·004	0·313	0·342
	6	0	6	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·022	.....	0·022	0·017	0·010
	6	0	6	0	8	11	Aufwandskredite	.....	6·820	.....	6·820	6·460	5·492
							Summe 6060 ...	3·519	6·842	0·004	10·365	9·820	8·419
	6	0	6	2			Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	6	2	0	11	Personalaufwand	0·785	.....	.....	0·785	0·699	0·611
	6	0	6	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·079	0·079	0·097	0·194
	6	0	6	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·012	.....	0·012	0·013	0·002
	6	0	6	2	8	11	Aufwandskredite	.....	1·577	.....	1·577	1·750	1·512
							Summe 6062 ...	0·785	1·589	0·079	2·453	2·559	2·319
	6	0	6	4			Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft:						
	6	0	6	4	0	11	Personalaufwand	0·004	.....	.....	0·004	0·004	.....
	6	0	6	4	3	11	Anlagen	.....	.....	0·008	0·008	0·010	0·005
	6	0	6	4	8	11	Aufwandskredite	.....	0·051	.....	0·051	0·048	0·045
							Summe 6064 ...	0·004	0·051	0·008	0·063	0·062	0·050
	6	0	6	5			Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft:						
	6	0	6	5	0	11	Personalaufwand	0·379	.....	.....	0·379	0·297	0·275
	6	0	6	5	3	11	Anlagen	.....	.....	0·014	0·014	0·010	.....
	6	0	6	5	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·001	.....	0·001	0·005	0·005
	6	0	6	5	8	11	Aufwandskredite	.....	0·335	.....	0·335	0·302	0·358
							Summe 6065 ...	0·379	0·336	0·014	0·729	0·614	0·638
							Summe 606 ...	4·687	8·818	0·105	13·610	13·055	11·426

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	0	6				Internate (Betriebsähnliche Verwaltungszweige, Zweckgeb. Einn.):					
	6	0	6	0	0	11	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	10·365	.....	10·365	9·820	8·507
	6	0	6	2	0	11	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2·453	.....	2·453	2·559	2·232
	6	0	6	4	0	11	Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	0·063	.....	0·063	0·062	0·068
	6	0	6	5	0	11	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	0·729	.....	0·729	0·614	0·661
							Summe 606	13·610	.....	13·610	13·055	11·468

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	7				Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
	6	0	7	0			Schulaufsicht:						
	6	0	7	0	0	11	Personalaufwand	1·715	.....	.....	1·715	1·307	0·733
	6	0	7	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·186	.....	0·186	0·152	0·092
	6	0	7	0	8	11	Aufwandskredite	.....	0·028	.....	0·028	0·028	.....
							Summe 6070 ...	1·715	0·214	.....	1·929	1·487	0·825
	6	0	7	1			Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
	6	0	7	1	0	11	Personalaufwand	77·300	.....	.....	77·300	79·000	63·858
	6	0	7	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	3·452	.....	3·452	2·700	2·269
	6	0	7	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·630	.....	0·630	0·650	1·686
	6	0	7	1	8	11	Aufwandskredite	.....	1·098	.....	1·098	1·098	0·866
							Summe 6071 ...	77·300	5·180	.....	82·480	83·448	68·679
	6	0	7	2			Forstliche Ausbildungsstätten:						
	6	0	7	2	0	34	Personalaufwand	1·527	.....	.....	1·527	1·679	0·993
	6	0	7	2	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·497	.....	0·497	0·470	0·424
	6	0	7	2	3	34	Anlagen	.....	.....	0·120	0·120	0·150	0·107
	6	0	7	2	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·007	.....	0·007	0·002	0·002
	6	0	7	2	8	34	Aufwandskredite	.....	0·173	.....	0·173	0·173	0·155
							Summe 6072 ...	1·527	0·677	0·120	2·324	2·474	1·681
	6	0	7	3			Internat Ossiach (Zweckgeb. Gebarung): [1]						
	6	0	7	3	0	11	Personalaufwand	0·166	.....	.....	0·166	0·170	0·151
	6	0	7	3	3	11	Anlagen	.....	.....	0·052	0·052	0·056	0·043
	6	0	7	3	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·018	.....	0·018	0·020	0·009
	6	0	7	3	8	11	Aufwandskredite	.....	0·409	.....	0·409	0·378	0·361
							Summe 6073 ...	0·166	0·427	0·052	0·645	0·624	0·564
							Summe 607 ...	80·708	6·498	0·172	87·378	88·033	71·749

[1]) Internat der forstlichen Ausbildungsstätten. Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	0	7				Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:					
	6	0	7	0	4	11	Schulaufsicht	.....	.....	.....	.....	.....
	6	0	7	1			Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:					
	6	0	7	1	4	11	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
							Beiträge der Länder zum Personalaufwand	.....	.....	..... [1]	41·365	31·931
							Sonstige Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6071 ...	.....	.....	.....	41·365	31·931
	6	0	7	2			Forstliche Ausbildungsstätten:					
	6	0	7	2	4	34	Laufende Einnahmen	0·061	.....	0·061	0·050	0·050
	6	0	7	2	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	.....	.....
							Summe 6072 ...	0·061	0·011	0·072	0·050	0·050
	6	0	7	3	0	11	Internat Ossiach (Zweckgeb. Einn.) [2]	0·645	.....	0·645	0·624	0·525
							Summe 607 ...	0·706	0·011	0·717	42·039	32·506

[1] Im BVA 1968 beim Ansatz 2/53024 veranschlagt.
[2] Internat der forstlichen Ausbildungsstätten. Betriebsähnlicher Verwaltungszweig.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	8				Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung: [1]						
	6	0	8	0			Wildbachverbauungsdienst:						
	6	0	8	0	0	34	Personalaufwand	21·678	.....	.....	21·678	21·058	18·869
	6	0	8	0	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	2·564	.....	2·564	2·240	2·085
	6	0	8	0	3	34	Anlagen	.....	.....	0·300	0·300	0·260	0·300
							Summe 6080 ...	21·678	2·564	0·300	24·542	23·558	21·254
	6	0	8	1	8	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (Zweckgebundene Gebarung) [2]	.....	0·200	.....	0·200	0·060	0·016
	6	0	8	2			Wildbach- und Lawinenverbauung:						
	6	0	8	2	6	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen [2]	.....	77·220	.....	77·220	77·220	139·852
	6	0	8	2	8	34	Verbauung der Rheinwildbäche [2]	.....	3·000	.....	3·000	3·000	2·500
							Bauaufwand (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	80·500
							Summe 6082 ...	.....	80·220	.....	80·220	80·220	222·852
	6	0	8	3			Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	0	8	3	6	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgeb. Geb.) [2]	.....	109·500	.....	109·500	110·000	.....
	6	0	8	4			Bundesflüsse:						
	6	0	8	4	0	34	Personalaufwand [3]	17·540	.....	.....	17·540	17·540	18·849
	6	0	8	4	8	34	Bauaufwand [3]	.....	180·460	.....	180·460	88·460	132·569
							Bauaufwand (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	58·300
							Summe 6084 ...	17·540	180·460	.....	198·000	106·000	209·718
	6	0	8	5			Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	0	8	5	8	34	Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung)	.....	80·500	.....	80·500	80·000	.....
	6	0	8	6			Konkurrenzgewässer:						
	6	0	8	6	6	34	Bundeszuschüsse	.....	43·120	.....	43·120	43·780	87·500
							Bauaufwand (ao)	.....	.....	.....	.....	.....	56·200
							Gesamtsumme 60866 ...	.....	43·120	.....	43·120	43·780	143·700
	6	0	8	7			Konkurrenzgewässer (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	0	8	7	6	34	Aufwand für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung)	.....	58·000	.....	58·000	60·000	.....
	6	0	8	8	7	34	Internationale wasserwirtschaftliche Vereinbarungen [3]	.....	9·700	.....	9·700	1·060	1·013
							Summe 608 ...	39·218	564·264	0·300	603·782	504·678	598·553
	6	0	9				Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
	6	0	9	0			Grenzbeschaudienst:						
	6	0	9	0	0	43	Personalaufwand	0·519	.....	.....	0·519	0·385	0·298
	6	0	9	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	3·564	.....	3·564	2·740	2·340
	6	0	9	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·050	0·050	0·050	0·044
							Summe 6090 ...	0·519	3·564	0·050	4·133	3·175	2·682
	6	0	9	1			Weinaufsicht:						
	6	0	9	1	0	43	Personalaufwand	0·808	.....	.....	0·808	0·837	0·750
	6	0	9	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·379	.....	0·379	0·296	0·273
	6	0	9	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·010	0·010	0·038	0·037
							Summe 6091 ...	0·808	0·379	0·010	1·197	1·171	1·060

Fußnoten auf Seite 103.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	0	8				Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:					
	6	0	8	0			Wildbachverbauungsdienst:					
	6	0	8	0	4	34	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·001	0·003
	6	0	8	0	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·020	0·016
							Summe 6080 ...	0·002	0·001	0·003	0·021	0·019
	6	0	8	1	0	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (Zweckgebundene Einnahmen)	0·200	.....	0·200	0·060	0·040
	6	0	8	2	4	34	Wildbach- und Lawinenverbauung	.....	.....	.....	.....	.....
	6	0	8	4			Bundesflüsse:					
	6	0	8	4	0	34	Zweckgebundene Einnahmen	70·000	.....	70·000	20·000	42·178
	6	0	8	4	4	34	Laufende Einnahmen	0·060	.....	0·060	0·075	.....
	6	0	8	4	5	34	Nutzungen	1·000	.....	1·000	.....	0·438
							Summe 6084 ...	71·060	.....	71·060	20·075	42·616
	6	0	8	6	4	34	Konkurrenzgewässer	0·001	.....	0·001	.....	0·001
	6	0	8	9	0	34	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	248·000	.....	248·000	250·000	.....
							Summe 608 ...	319·263	0·001	319·264	270·156	42·676
	6	0	9				Sonstige nachgeordnete Dienststellen:					
	6	0	9	0	4	43	Grenzbeschaudienst	12·530	.....	12·530	9·800	9·616
	6	0	9	1			Weinaufsicht:					
	6	0	9	1	4	43	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	0·007
	6	0	9	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·003	0·005
							Summe 6091 ...	0·001	.....	0·001	0·004	0·012

Fußnoten von Seite 102:

[1]) Der Verwaltungsaufwand wird, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6080 mitveranschlagt.

[3]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6000 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	9	3			Bundesgärten:						
	6	0	9	3	0	37	Personalaufwand	17·179	.....	.....	17·179	16·459	15·131
	6	0	9	3	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·798	.....	0·798	2·400	2·072
	6	0	9	3	3	37	Anlagen	.....	.....	0·498	0·498	0·622	1·015
	6	0	9	3	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·215	.....	0·215	0·225	0·169
	6	0	9	3	8	37	Aufwandskredite	.....	3·050	.....	3·050	1·285	1·259
							Summe 6093	17·179	4·063	0·498	21·740	20·991	19·646
	6	0	9	4			Spanische Reitschule:						
	6	0	9	4	0	13	Personalaufwand	2·994	.....	.....	2·994	2·759	1·808
	6	0	9	4	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·229	.....	1·229	1·000	0·895
	6	0	9	4	3	13	Anlagen	.....	.....	0·096	0·096	0·120	0·217
	6	0	9	4	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·380	.....	0·380	0·340	0·340
	6	0	9	4	8	13	Aufwandskredite	.....	0·490	.....	0·490	0·448	0·469
							Summe 6094	2·994	2·099	0·096	5·189	4·667	3·729
	6	0	9	5			Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Verwaltungszweig):						
	6	0	9	5	0	34	Personalaufwand	14·263	.....	.....	14·263	13·951	12·364
	6	0	9	5	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·928	.....	0·928	1·900	1·631
	6	0	9	5	3	34	Anlagen	.....	.....	2·732	2·732	2·717	2·717
	6	0	9	5	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·402	.....	1·402	1·366	1·266
	6	0	9	5	8	34	Aufwandskredite	.....	12·844	.....	12·844	13·597	10·155
							Summe 6095	14·263	15·174	2·732	32·169	33·531	28·133
	6	0	9	6			Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Verwaltungszweig):						
	6	0	9	6	0	34	Personalaufwand	4·214	.....	.....	4·214	3·643	3·586
	6	0	9	6	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·678	.....	0·678	0·650	0·537
	6	0	9	6	3	34	Anlagen	.....	.....	0·648	0·648	0·735	0·630
	6	0	9	6	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·944	.....	0·944	0·750	0·593
	6	0	9	6	8	34	Aufwandskredite	.....	0·699	.....	0·699	0·699	0·597
							Summe 6096	4·214	2·321	0·648	7·183	6·477	5·943
	6	0	9	7			Bundesforstgärten (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):						
	6	0	9	7	0	34	Personalaufwand	6·379	.....	.....	6·379	7·378	12·088
	6	0	9	7	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·731	.....	0·731	0·783	1·246
	6	0	9	7	3	34	Anlagen	.....	.....	0·120	0·120	0·211	0·671
	6	0	9	7	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·146	.....	0·146	0·155	0·226
	6	0	9	7	8	34	Aufwandskredite	.....	1·056	.....	1·056	1·172	1·894
							Summe 6097	6·379	1·933	0·120	8·432	9·699	16·125
	6	0	9	8			Bauhöfe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig): [1]						
	6	0	9	8	3	34	Anlagen	.....	.....	0·480	0·480	1·650	4·650
	6	0	9	9			Bauhöfe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig, Zweckgeb. Geb.): [1]						
	6	0	9	9	0	34	Personalaufwand	8·520	.....	.....	8·520	6·113	6·416
	6	0	9	9	3	34	Anlagen	.....	.....	25·620	25·620	25·282	31·688
	6	0	9	9	8	34	Aufwandskredite	.....	8·985	.....	8·985	7·132	7·681
							Summe 6099	8·520	8·985	25·620	43·125	38·527	45·745
							Summe 609	54·876	38·518	30·254	123·648	119·888	127·713
							Gesamtausgaben 1/60	353·798	1.454·693	52·269	1.860·760	1.773·485	1.500·013
							5/60	.....	410·000	.....	410·000	410·000	554·999
							Gesamtausgaben 60	353·798	1.864·693	52·269	2.270·760	2.183·485	2.055·012

[1]) Der Verwaltungsaufwand wird, soweit es sich nicht um Bauhöfe der Wildbach- und Lawinenverbauung und für Grenzgewässer handelt, von den Bundesländern getragen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	0	9	3			Bundesgärten:					
	6	0	9	3	4	37	Laufende Einnahmen	4·350	.....	4·350	4·258	3·655
	6	0	9	3	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·012	0·005
							Summe 6093 ...	4·350	0·020	4·370	4·270	3·660
	6	0	9	4			Spanische Reitschule:					
	6	0	9	4	4	13	Laufende Einnahmen	4·300	.....	4·300	3·700	3·665
	6	0	9	4	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·250	0·250	0·151	0·293
							Summe 6094 ...	4·300	0·250	4·550	3·851	3·958
	6	0	9	5			Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Verwaltungszweig):					
	6	0	9	5	4	34	Laufende Einnahmen	26·777	.....	26·777	28·303	24·435
	6	0	9	5	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·095	0·095	0·086	0·252
							Summe 6095 ...	26·777	0·095	26·872	28·389	24·687
	6	0	9	6			Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Verwaltungszweig):					
	6	0	9	6	4	34	Laufende Einnahmen	5·013	.....	5·013	5·047	5·309
	6	0	9	6	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·055	0·055	0·011	0·006
							Summe 6096 ...	5·013	0·055	5·068	5·058	5·315
	6	0	9	7			Bundesforstgärten (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):					
	6	0	9	7	4	34	Laufende Einnahmen	7·570	.....	7·570	8·210	10·887
	6	0	9	7	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·040	0·040	0·010	0·044
							Summe 6097 ...	7·570	0·040	7·610	8·220	10·931
	6	0	9	8			Bauhöfe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):					
	6	0	9	8	4	34	Laufende Einnahmen	0·037	.....	0·037	0·052	0·060
	6	0	9	8	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·390	0·390	1·406	1·519
							Summe 6098 ...	0·037	0·390	0·427	1·458	1·579
	6	0	9	9			Bauhöfe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig, Zweckgeb. Einn.): [1]					
	6	0	9	9	0	34	Zweckgebundene Einnahmen	41·905	.....	41·905	37·209	38·159
	6	0	9	9	2	34	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	1·220	1·220	1·279	2·940
							Summe 6099 ...	41·905	1·220	43·125	38·488	41·099
							Summe 609 ...	102·483	2·070	104·553	99·538	100·857
							Gesamteinnahmen 60 ...	528·284	11·560	539·844	514·118	277·882

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/60990, 60993 und 60998.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	**2**					**Preisausgleiche:** *)						
1	6	2	0				Brotgetreidepreisausgleich: [1]						
	6	2	0	0	6	22	Preisausgleichsmaßnahmen	.....	381·000	.....	381·000	381·000	619·695
	6	2	0	2	6	22	Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgeb. Einn. (Importausgleich)	.....	.....	.....	.....	.....	0·500
							Summe 620	.....	381·000	.....	381·000	381·000	620·195
	6	2	1				Milchpreisausgleich:						
	6	2	1	0	6	22	Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch [1]	.....	958·500	.....	958·500	747·000	1.319·443
	6	2	1	1	6	22	Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch aus zweckgeb. Einnahmen [1]	.....	123·700	.....	123·700	113·000	169·966
	6	2	1	2	4	22	Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds [2]	.....	397·343	.....	397·343	300·000	294·857
	6	2	1	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen [1]	.....	176·300	.....	176·300	184·000	125·475
							Summe 621	.....	1.655·843	.....	1.655·843	1.344·000	1.909·741

*) Preisausgleichsmaßnahmen (§§ 0 bis 2). Zuwendungen an die Wirtschaft (§§ 3 bis 9). Lagerungskosten und Transportkostenausgleiche zählen zu den Preisausgleichsmaßnahmen, Kosten von Exportstützungsmaßnahmen zählen zu den Absatz- und Verwertungsmaßnahmen.

[1] und [2]): Das Anweisungsrecht steht zu dem Bundesministerium für
[1]) Land- und Forstwirtschaft;
[2]) Finanzen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6	**2**					**Preisausgleiche:**					
2	6	2	0				Brotgetreidepreisausgleich: [1]					
	6	2	0	0	4	22	Rückersätze	90·000	.....	90·000	220·000	5·406
	6	2	0	1	4	34	Verschiedene Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·924
	6	2	0	2	0	22	Zweckgebundene Importausgleiche [2]	.....	.....	.....	.....	5·274
							Summe 620 ...	90·000	.....	90·000	220·000	11·604
	6	2	1				Milchpreisausgleich: [1]					
	6	2	1	2	0	34	Zweckgebundene Einnahmen gemäß § 7 b MOG [3]	288·000	.....	288·000	285·000	284·966
	6	2	1	6	0	34	Zweckgebundene Importausgleiche [4]	12·000	.....	12·000	12·000	10·135
							Summe 621 ...	300·000	.....	300·000	297·000	295·101

[1]) Das Anweisungsrecht steht dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu.
[2]) bis [4]): Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen der ordentlichen Gebarung:
[2]) 62026;
[3]) 62116 und 62166 (überwiegend);
[4]) 62116 und 62166.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	2	2				Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten: [1]						
	6	2	2	0	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen (Lagerungskosten)	.....	22·800	.....	22·800	4·000	4·000
	6	2	2	2	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen (Lagerungskosten aus zweckgeb. Einn.)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	6	2	2	6	6		Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	.....	59·750	.....	59·750	21·500	37·649
						34		.....	*38·250*	.....	*38·250*	.....	*1·000*
						34	(aus zweckgebundenen Einnahmen)	.....	*21·500*	.....	*21·500*	*21·500*	*36·649*
							Summe 622	.....	82·550	.....	82·550	25·500	41·649
	6	2	3				Zuckerpreisausgleich: [1]						
	6	2	3	2	6	38	Frachtenausgleich aus zweckgebundenen Einnahmen	.....	37·800	.....	37·800	37·800	37·020
	6	2	5				Futtermittelpreisausgleich: [1]						
	6	2	5	0	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen	.....	31·000	.....	31·000	20·200	31·050
	6	2	5	1	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen	.....	40·000	.....	40·000		12·300
	6	2	5	2	6	34	Transportkostenausgleichsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	68·000	.....	68·000		149·940
	6	2	5	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	20·000	.....	20·000	202·000	
	6	2	5	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebsw. aus zweckgeb. Einnahmen	.....	.....	.....	.....		101·506
	6	2	5	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	17·500	.....	17·500		
	6	2	5	9	6	34	Sonstige Maßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	15·000	.....	15·000		
							Summe 625	.....	191·500	.....	191·500	222·200	294·796
	6	2	6				Düngemittelpreisausgleich: [1]						
	6	2	6	0	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen	.....	163·750	.....	163·750	327·585	297·585
							Summe 620 bis 626	.....	2.512·443	.....	2.512·443	2.338·085	3.200·986
	6	2	8				Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft: [2]						
	6	2	8	2	6	38	Transportkostenausgleichsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	13·500	.....	13·500	9·500	10·986
							Gesamtausgaben 62	.....	2.525·943	.....	2.525·943	2.347·585	3.211·972

[1] und [2]: Das Anweisungsrecht steht zu dem Bundesministerium für
[1] Land- und Forstwirtschaft;
[2] Handel, Gewerbe und Industrie.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	2	2				Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten: [1]					
	6	2	2	2	0	34	Zweckgebundene Importausgleiche [4]	21·500	.....	21·500	19·000	28·113
	6	2	3				Zuckerpreisausgleich: [1]					
	6	2	3	2	0	22	Zweckgebundener Frachtenausgleich	37·800	.....	37·800	37·800	38·248
	6	2	5				Futtermittelpreisausgleich: [1]					
	6	2	5	0	4	34	Rückersätze	.....	.....	.....	.....	3·493
	6	2	5	2	0	34	Zweckgebundene Importausgleiche [5]	160·500	.....	160·500	202·000	262·726
							Summe 625	160·500	.....	160·500	202·000	266·219
	6	2	6				Düngemittelpreisausgleich: [1]					
	6	2	6	0	4	34	Rückersätze	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 620 bis 626	609·800	.....	609·800	775·800	639·285
	6	2	8				Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft: [2]					
	6	2	8	2	0	38	Zweckgebundene Transportkostenausgleiche	13·500	.....	13·500	9·500	8·849
	6	2	9	0	4	36	Abschöpfungsbeträge gemäß § 3 a Preisregelungsgesetz [3]	.....	.....	.....	.....	.....
							Gesamteinnahmen 62	623·300	.....	623·300	785·300	648·134

[1] bis [3]: Das Anweisungsrecht steht zu dem Bundesministerium für
[1] Land- und Forstwirtschaft;
[2] Handel, Gewerbe und Industrie;
[3] Finanzen.

[4] und [5]: Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz
[4] 62226 und 62266;
[5] 62516, 62526, 62546, 62556, 62566 und 62596.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	3					**Handel, Gewerbe, Industrie:**						
1	6	3	0				Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie:						
	6	3	0	0			Zentralleitung:						
	6	3	0	0	0	43	Personalaufwand	48·890	.....	.....	48·890	48·234	60·692
	6	3	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	11·300	.....	11·300	13·370	11·557
	6	3	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·610	0·610	0·764	0·717
	6	3	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	6·980	.....	6·980	6·681	5·009
	6	3	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	8·500	.....	8·500	0·200	0·074
							Summe 6300 ...	48·890	26·780	0·610	76·280	69·249	78·049
	6	3	0	1			Außenstelle:						
	6	3	0	1	0	43	Personalaufwand	7·840	.....	.....	7·840	7·936	7·589
	6	3	0	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	2·076	.....	2·076	2·150	2·272
	6	3	0	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·040	0·040	0·100	0·029
							Summe 6301 ...	7·840	2·076	0·040	9·956	10·186	9·890
	6	3	0	2	8	41	Wirtschaftliche Landesverteidigung [1]	.....	0·100	.....	0·100	5·400	1·000
							Summe 630 ...	56·730	28·956	0·650	86·336	84·835	88·939
	6	3	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	6	3	1	0	6	38	Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung"	.....	[2] 37·200	.....	37·200	31·996	31·246
	6	3	1	1			Fremdenverkehr:						
	6	3	1	1	6	38	Förderungsausgaben	.....	24·700	.....	24·700	33·113	21·060
	6	3	1	1	8	38	Aufwandskredite	.....	2·800	.....	2·800	16·200	11·096
							Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6311 ...	.....	27·500	.....	27·500	49·313	32·756
	6	3	1	2			Export:						
	6	3	1	2	6	36	Förderungsausgaben	.....	0·250	.....	0·250	0·500	0·616
	6	3	1	2	8	36	Aufwandskredite	.....	0·450	.....	0·450	0·300	0·184
							Summe 6312 ...	.....	0·700	.....	0·700	0·800	0·800
	6	3	1	3			Messen und Ausstellungen:						
	6	3	1	3	6	36	Förderungsausgaben	.....	0·001	.....	0·001	18·620	26·125
							Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6313 ...	.....	0·001	.....	0·001	18·620	26·125
	6	3	1	4			Bergbau:						
	6	3	1	4	6	36	Förderungsausgaben	.....	80·000	.....	80·000	43·875	48·875
							Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6314 ...	.....	80·000	.....	80·000	43·875	48·875

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
[2]) Verpflichtung nach dem Syndikatsvertrag.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6	**3**					**Handel, Gewerbe, Industrie:**					
2	6	3	0				Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie:					
	6	3	0	0			Zentralleitung:					
	6	3	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·213	.....	0·213	0·203	0·403
	6	3	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·005	0·005	0·007	0·007
							Summe 6300 ...	0·213	0·005	0·218	0·210	0·410
	6	3	0	1			Außenstelle:					
	6	3	0	1	4	43	Laufende Einnahmen	0·059	.....	0·059	0·057	0·098
	6	3	0	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·005	0·005	0·005	0·010
							Summe 6301 ...	0·059	0·005	0·064	0·062	0·108
							Summe 630 ...	0·272	0·010	0·282	0·272	0·581
	6	3	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
	6	3	1	1			Fremdenverkehr:					
	6	3	1	1	4	38	Laufende Einnahmen	2·621	.....	2·621	1·400	2·293
	6	3	1	1	7	38	Einnahmen (V)	.....	4·848	4·848	3·422	4·884
							Summe 6311 ...	2·621	4·848	7·469	4·822	7·177
	6	3	1	2	4	36	Export	.....	.....	.....	.....	0·123
	6	3	1	3			Messen und Ausstellungen:					
	6	3	1	3	4	36	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·009
	6	3	1	3	7	36	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6313 ...	.....	.....	.....	.....	0·009
	6	3	1	4			Bergbau:					
	6	3	1	4	4	36	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
	6	3	1	4	7	36	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6314 ...	.....	.....	.....	.....	.....

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	3	1	5			Gewerbliche/industrielle Wirtschaft einschl. Zweckforschung:						
	6	3	1	5	5		Förderungsausgaben (D)	.....	.....	20·000	20·000	24·000	27·085
						12		.....	.....	.....	.....	.....	.....
						36		.....	.....	*20·000*	*20·000*	*24·000*	*27·085*
	6	3	1	5	6		Förderungsausgaben	.....	53·300	.....	53·300	73·430	57·508
						12		.....	*15·550*	.....	*15·550*	*12·430*	*12·205*
						36		.....	*37·750*	.....	*37·750*	*61·000*	*45·303*
	6	3	1	5	8		Aufwandskredite	.....	0·450	.....	0·450	1·325	1·017
						12		.....	*0·200*	.....	*0·200*	*0·570*	*0·529*
						36		.....	*0·250*	.....	*0·250*	*0·755*	*0·488*
							Summe 6315 ...	.....	53·750	20·000	73·750	98·755	85·610
	6	3	1	6			Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
	6	3	1	6	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	1·192	1·192	1·090	4·301
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6316 ...	.....	.....	1·192	1·192	1·090	4·301
							Summe 631 ...	.....	199·151	21·192	220·343	244·449	229·713
	6	3	2				Einrichtungen des Patentwesens:						
	6	3	2	0			Österreichisches Patentamt:						
	6	3	2	0	0	36	Personalaufwand	21·200	.....	.....	21·200	20·770	18·816
	6	3	2	0	1	36	Verwaltungsaufwand	.....	3·232	.....	3·232	3·040	2·789
	6	3	2	0	3	36	Anlagen	.....	.....	0·424	0·424	0·530	0·810
	6	3	2	0	7	36	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	8·650	.....	8·650	8·650	7·149
	6	3	2	0	8	36	Aufwandskredite	.....	0·030	.....	0·030	0·030	0·028
							Summe 6320 ...	21·200	11·912	0·424	33·536	33·020	29·592
	6	3	2	1	7	36	Oberster Patent- und Markensenat [1]	.....	0·230	.....	0·230	0·210	0·203
							Summe 632 ...	21·200	12·142	0·424	33·766	33·230	29·795
	6	3	3				Bergbehörden:						
	6	3	3	0	0	43	Personalaufwand	4·000	.....	.....	4·000	3·943	3·314
	6	3	3	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·986	.....	0·986	0·961	0·840
	6	3	3	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·088	0·088	0·108	0·131
	6	3	3	0	8	43	Aufwandskredite	.....	0·026	.....	0·026	0·020	0·017
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 633...	4·000	1·012	0·088	5·100	5·032	4·302
	6	3	4				Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge: [2]						
	6	3	4	0	0	33	Personalaufwand	2·730	.....	.....	2·730	*2·460*	*2·130*
	6	3	4	0	1	33	Verwaltungsaufwand	.....	0·549	.....	0·549	*0·469*	*0·385*
	6	3	4	0	3	33	Anlagen	.....	.....	0·244	0·244	*0·080*	*0·067*
	6	3	4	0	8	33	Aufwandskredite	.....	0·046	.....	0·046	*0·058*	*0·050*
							Summe 634...	2·730	0·595	0·244	3·569	*3·067*	*2·632*
							Gesamtausgaben 63...	84·660	241·856	22·598	349·114	367·546	352·749

[1]) Allgemeiner Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6320 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1967 und 1966 beim Ansatz 1/6404 als „Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	3	1	5			Gewerbliche/industrielle Wirtschaft einschl. Zweckforschung:					
	6	3	1	5	4		Laufende Einnahmen	2·000	.....	2·000	2·000	1·983
						12		.....	.....	.....	.....	.....
						36		*2·000*	.....	*2·000*	*2·000*	*1·983*
	6	3	1	5	7		Einnahmen (V)	.....	18·100	18·100	17·000	18·110
						12		.....	.....	.....	.....	.....
						36		.....	*18·100*	*18·100*	*17·000*	*18·110*
							Summe 6315 ...	2·000	18·100	20·100	19·000	20·093
	6	3	1	6	7	43	Bezugsvorschußersätze	.....	0·640	0·640	0·430	3·040
							Beiträge für Österr. Fremdenverkehrswerbung; zweckgeb. Einn.	.....	.....	.....	14·256	13·506
							Summe 631 ...	4·621	23·588	28·209	38·508	43·948
	6	3	2				Einrichtungen des Patentwesens:					
	6	3	2	0			Österreichisches Patentamt:					
	6	3	2	0	4	36	Patent- und Markengebühren	55·000	.....	55·000	50·200	45·338
	6	3	2	0	5	36	Sonstige laufende Einnahmen	1·400	.....	1·400	1·300	1·674
	6	3	2	0	7	36	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	0·009
							Summe 632 ...	56·400	.....	56·400	51·500	47·021
	6	3	3				Bergbehörden:					
	6	3	3	0	4	43	Montangebühren	240·650	.....	240·650	250·000	248·814
	6	3	3	0	5	43	Sonstige laufende Einnahmen	0·255	.....	0·255	0·253	0·283
	6	3	3	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·025	0·026
							Summe 633 ...	240·905	0·020	240·925	250·278	249·123
	6	3	4				Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge: [1]					
	6	3	4	0	4	33	Laufende Einnahmen	4·000	.....	4·000	*0·200*	*0·170*
	6	3	4	0	7	33	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 634 ...	4·000	.....	4·000	*0·200*	*0·170*
							Gesamteinnahmen 63 ...	306·198	23·618	329·816	340·558	340·610

[1]) Im BVA 1967 und 1966 beim Ansatz 2/6404 als „Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge" veranschlagt gewesen.

	Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
									Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
									persönliche	sachliche				
									Millionen Schilling					
		6	4					**Bauten und Technik:**						
1		6	4	0				Bundesministerium für Bauten und Technik:						
		6	4	0	0			Zentralleitung:						
		6	4	0	0	0	43	Personalaufwand	44·000	.....	.....	44·000	39·105	17·341
		6	4	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	6·930	.....	6·930	9·600	2·365
		6	4	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·590	0·590	0·590	0·431
		6	4	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·393	.....	0·393	0·365	0·085
								Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·030	.....
								Summe 6400	44·000	7·323	0·590	51·913	49·690	20·222
		6	4	0	1			Bundesmobilienverwaltung:						
		6	4	0	1	0	37	Personalaufwand	2·660	.....	.....	2·660	2·455	2·202
		6	4	0	1	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·364	.....	0·364	0·353	0·352
		6	4	0	1	3	37	Anlagen	.....	.....	0·216	0·216	0·270	0·269
		6	4	0	1	8	37	Aufwandskredite	.....	0·560	.....	0·560	0·560	0·518
								Summe 6401	2·660	0·924	0·216	3·800	3·638	3·341
		6	4	0	2			Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal:						
		6	4	0	2	0	12	Personalaufwand	15·300	.....	.....	15·300	13·415	11·220
		6	4	0	2	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	2·120	.....	2·120	1·850	1·698
		6	4	0	2	3	12	Anlagen	.....	.....	10·400	10·400	13·000	10·074
		6	4	0	2	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·800	.....	0·800	0·800	.....
		6	4	0	2	8	12	Aufwandskredite	.....	14·050	.....	14·050	13·750	13·679
								Summe 6402	15·300	16·970	10·400	42·670	42·815	36·671
		6	4	0	3			Beschußämter:						
		6	4	0	3	0	43	Personalaufwand	0·600	.....	.....	0·600	0·541	0·434
		6	4	0	3	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·143	.....	0·143	0·097	0·072
		6	4	0	3	3	43	Anlagen	.....	.....	0·091	0·091	0·114	0·073
		6	4	0	3	8	43	Aufwandskredite	.....	0·183	.....	0·183	0·195	0·210
								Summe 6403	0·600	0·326	0·091	1·017	0·947	0·789
		6	4	0	4			Technisches Museum:						
		6	4	0	4	0	13	Personalaufwand	3·900	.....	.....	3·900	3·508	2·840
		6	4	0	4	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	0·823	.....	0·823	0·818	0·765
		6	4	0	4	3	13	Anlagen	.....	.....	0·400	0·400	0·375	0·272
		6	4	0	4	8	13	Aufwandskredite	.....	0·250	.....	0·250	0·180	0·167
								Summe 6404	3·900	1·073	0·400	5·373	4·881	4·044
		6	4	0	9	8	41	Zivilschutzmaßnahmen	.....	0·120	.....	0·120	0·120	0·068
								Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge: [1]						
								Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	2·460	2·130
								Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	0·469	0·385
								Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·080	0·067
								Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·058	0·050
								Summe	.....	.....	.....	.....	3·067	2·632
								Summe 640	66·460	26·736	11·697	104·893	105·158	67·767

[1]) Im BVA 1968 beim Ansatz 1/634 als „Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge" veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6	4					**Bauten und Technik:**					
2	6	4	0				Bundesministerium für Bauten und Technik:					
	6	4	0	0			Zentralleitung:					
	6	4	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	12·568	.....	12·568	9·072	10·235
	6	4	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·032	0·032	0·008	.....
							Summe 6400 ...	12·568	0·032	12·600	9·080	10·235
	6	4	0	1			Bundesmobilienverwaltung:					
	6	4	0	1	4	37	Laufende Einnahmen	0·371	.....	0·371	0·405	0·370
	6	4	0	1	7	37	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	0·003
							Summe 6401 ...	0·371	.....	0·371	0·405	0·373
	6	4	0	2			Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal:					
	6	4	0	2	0	12	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·820	.....	0·820	0·900	0·911
	6	4	0	2	4	12	Laufende Einnahmen	28·640	.....	28·640	28·051	21·845
	6	4	0	2	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·040	0·040	0·049	0·010
							Summe 6402 ...	29·460	0·040	29·500	29·000	22·766
	6	4	0	3			Beschußämter:					
	6	4	0	3	4	43	Laufende Einnahmen	0·216	.....	0·216	0·185	0·200
	6	4	0	3	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 6403 ...	0·216	0·002	0·218	0·187	0·200
	6	4	0	4			Technisches Museum:					
	6	4	0	4	0	13	Zweckgebundene Einnahmen [2]	0·012	.....	0·012	0·012	0·008
	6	4	0	4	4	13	Laufende Einnahmen	0·208	.....	0·208	0·208	0·168
	6	4	0	4	7	13	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6404 ...	0·220	.....	0·220	0·220	0·176
							Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge: [3]					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·200	0·170
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe ...	.....	.....	.....	0·200	0·170
							Summe 640 ...	42·835	0·074	42·909	39·092	33·920

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/64023 und 5/64763 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64043 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1968 beim Ansatz 2/634 als „Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge" veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	6410/6411						Wohnungsbau:						
	6	4	1	0	4	23	Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds (Zinsen) [2]	.....	129·232	.....	129·232	122·000	76·675
	6	4	1	1	4	23	Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds (Tilgung) [2]	.....	65·000	.....	65·000	10·000	.....
	6	4	1	1	6	23	Beiträge gemäß § 4 (1 a) Wohnbauförderungsgesetz 1968	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Summe 6410/6411 ...	.....	194·233	.....	194·233	132·000	76·675
	6	4	1	2			Sonstige Wohnungsfürsorge:						
	6	4	1	2	6	23	Förderungsausgaben	.....	0·484	.....	0·484	0·637	0·245
	6	4	1	2	7	23	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·150	.....	0·150	0·160	0·063
	6	4	1	2	9	23	Aufwandskredite (Vermögensgebarung)	.....	.....	0·160	0·160	.....	.....
							Summe 6412 ...	.....	0·634	0·160	0·794	0·797	0·308
	6	4	1	3	6	37	Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds	.....	20·000	.....	20·000	20·000	27·550
	6	4	1	4			Bauforschung:						
	6	4	1	4	6	23	Förderungsausgaben	.....	[4] 25·377	.....	[4] 25·377	0·500	.....
	6	4	1	4	8	23	Aufwandskredite	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Summe 6414 ...	.....	25·378	.....	25·378	0·500	.....
	6	4	1	5	6	33	Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz)	.....	2·424	.....	2·424	3·030	1·030
	6	4	1	6	6	33	Wasserbau — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Geb.)	.....	12·000	.....	12·000	12·000	.....
	6	4	1	7			Technisches Versuchswesen:						
	6	4	1	7	6	12	Förderungsausgaben	.....	9·000	.....	9·000	7·200	.....
	6	4	1	7	8	12	Aufwandskredite	.....	0·100	.....	0·100	0·300	.....
							Förderungsausgaben (D)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6417 ...	.....	9·100	.....	9·100	7·500	.....
	6	4	1	8			Energiewirtschaft und Elektrotechnik:						
	6	4	1	8	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·046	.....	0·046	0·046	0·042
	6	4	1	8	8	12	Aufwandskredite	.....	0·054	.....	0·054	0·054	0·052
							Summe 6418 ...	.....	0·100	.....	0·100	0·100	0·094
	6	4	1	9			Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
	6	4	1	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	5·960	5·960	5·802	[3] .....
	6	4	1	9	6	43	Förderungsausgaben	.....	0·080	.....	0·080	0·100	.....
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6419 ...	.....	0·080	5·960	6·040	5·902	.....
							Summe 641 ...	.....	263·949	6·120	270·069	181·829	105·657

[1] Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 mitveranschlagt.
[2] Siehe Fußnote auf Seite 117.
[3] Siehe Ansatz 1/63165.
[4] Hievon 24,378.000 S nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Ansatz 2/64140.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	4	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
	6	4	1	0	4	23	Wohnbaufonds	.....	.....	.....	.....	.....
	6	4	1	2			Wohnungsfürsorge:					
	6	4	1	2	4	23	Laufende Einnahmen	0·069	.....	0·069	0·080	0·087
	6	4	1	2	7	23	Einnahmen (V)	.....	4·014	4·014	3·695	4·517
							Summe 6412 ...	0·069	4·014	4·083	3·775	4·604
	6	4	1	3	4	37	Wasserwirtschaftsfonds	.....	.....	.....	.....	.....
	6	4	1	4			Bauforschung:					
	6	4	1	4	0	23	Zweckgebundene Beiträge für die Wohnbauforschung [1]	24·378	.....	24·378	.....	.....
	6	4	1	4	4	23	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6414 ...	24·378	.....	24·378	.....	.....
	6	4	1	5	4	33	Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz)	.....	.....	.....	.....	.....
	6	4	1	6	0	33	Wasserbau — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Einn.) [2]	12·000	.....	12·000	12·000	.....
	6	4	1	7			Technisches Versuchswesen:					
	6	4	1	7	4	12	Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	.....
	6	4	1	7	7	12	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6417 ...	.....	.....	.....	.....	.....
	6	4	1	8	4	12	Energiewirtschaft und Elektrotechnik	.....	.....	.....	.....	.....
	6	4	1	9	7	43	Bezugsvorschußersätze	.....	2·440	2·440	2·170	[3] .....
							Summe 641 ...	36·447	6·454	42·901	17·945	4·604

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64146 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64166.
[3]) Siehe Ansatz 2/63167.

Fußnote zu Seite 116:

[2]) Insgesamt werden für die Förderung des Wohnungsbaues und für die Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen folgende Bundesmittel aufgewendet:

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Schilling		
Beitrag an die Länder für die Wohnbauförderung	929·7	832·9	705·0
Wohnbauforschung gemäß WBFG. 1968	24·4	.....	.....
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds:			
Beitrag zum Anleihedienst	81·4	61·5	38·4
Restbeiträge gemäß WBFG. 1968	1.587·6	.....	.....
Beitrag vom Einkommen	.....	1.665·9	1.268·7
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	.....	50·0	46·4
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds:			
Beitrag zum Anleihedienst	112·8	70·5	38·3
Restbeiträge gemäß WBFG. 1968	273·0	.....	.....
Beitrag aus Konversionsdarlehen	0·5	0·5	0·5
Wohnbauförderungsbeitrag	.....	580·5	571·8
Wohnungsbau (Summe) ...	3.009·4	3.261·8	2.669·1
Wasserwirtschaftsfonds:			
Anteil von der Wohnbauförderung der Länder	260·2	92·6	78·3
Bundesbeitrag	20·0	20·0	27·6
Beitrag vom Einkommen, Anteil vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds	.....	185·1	140·9
Anteil am Wohnbauförderungsbeitrag	.....	64·5	63·5
(Summe) ...	280·2	362·2	310·3
Bundesbeitrag: Eventualvoranschlag	34·0	.....	.....
Wasserwirtschaftsfonds (Summe) ...	314·2	362·2	310·3
Gesamtsumme ...	3.323·6	3.624·0	2.979·4

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	2				Bundesstraßenverwaltung: [1] [2]						
	6	4	2	1	8	32	Erhaltung	.....	517·000	.....	517·000	275·000	266·668
	6	4	2	2	8	32	Erhaltung — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Geb.)	.....	15·000	.....	15·000	15·000	.....
	6	4	2	3	3	32	Ausbau (Anlagen)	.....	.....	2.159·100	2.159·100	2.069·000	1.763·017
	6	4	2	3	8	32	Ausbau (Aufwendungen)	.....	119·500	.....	119·500	.....	.....
	6	4	2	5	3	32	Geräte, Fahrzeuge und Amtsausstattung	.....	.....	67·800	67·800	55·000	45·417
	6	4	2	6	7	32	Bundesbeiträge	.....	88·900	.....	88·900	65·000	25·823
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	210·000	204·665
							Summe 642 ...	.....	740·400	2.226·900	2.967·300	2.689·000	2.305·590
	6	4	3				Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen): [1] [2]						
	6	4	3	1	8	32	Erhaltung	.....	50·000	.....	50·000	31·500	40·010
	6	4	3	3	3	32	Ausbau (Anlagen)	.....	.....	1.170·000	1.170·000	1.116·100	902·868
	6	4	3	3	8	32	Ausbau (Aufwendungen)	.....	90·520	.....	90·520	.....	.....
5	6	4	3	4	3	32	Ausbau (ao)	.....	.....	0·001	0·001	200·000	175·000
1	6	4	3	5	3	32	Geräte, Fahrzeuge und Amtsausstattung	.....	.....	4·600	4·600	11·400	4·415
	6	4	3	6	7	32	Bundesbeiträge	.....	0·030	.....	0·030	.....	.....
	6	4	3	7			Autobahneigene Wohngebäude:						
	6	4	3	7	7	32	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·650	.....	0·650	0·410	0·466
	6	4	3	7	8	32	Aufwandskredite	.....	0·580	.....	0·580	0·580	0·388
							Summe 6437 ...	.....	1·230	.....	1·230	0·990	0·854
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	42·800	.....
							Summe 643 ...	.....	141·780	1.174·601	1.316·381	1.402·790	1.123·147

[1] Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2] Ausgaben der ordentlichen Gebarung, ausgenommen die Ansätze für autobahneigene Wohngebäude (1/6437), nach Maßgabe der Eingänge der Bundesmineralölsteuer (Ansatz 2/52440) und der zweckgebundenen Einnahmen bei den Ansätzen 2/642 und 2/643.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	4	2				Bundesstraßenverwaltung:					
	6	4	2	0	0	32	Zweckgebundene Einnahmen [1]	64·600	.....	64·600	63·500	75·720
	6	4	2	0	1	32	Zweckgebundene Einnahmen — Mittel des Katastrophenfonds [2]	15·000	.....	15·000	15·000	.....
	6	4	2	0	2	32	Zweckgebundene Einnahmen (V) [1]	.....	2·300	2·300	1·500	1·362
	6	4	2	0	4	32	Laufende Einnahmen	4·400	.....	4·400	3·100	3·462
	6	4	2	0	7	32	Einnahmen (V)	.....	0·600	0·600	0·400	0·687
							Summe 642 ...	84·000	2·900	86·900	83·500	81·231
	6	4	3				Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen):					
	6	4	3	0	0	32	Zweckgebundene Einnahmen [3]	0·550	.....	0·550	0·800	0·853
	6	4	3	0	4	32	Laufende Einnahmen	2·000	.....	2·000	0·500	2·187
	6	4	3	0	7	32	Einnahmen (V)	.....	0·050	0·050	0·200	0·586
							Summe 643 ...	2·550	0·050	2·600	1·500	3·626

[1] Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/642 mitveranschlagt.
[2] Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64228 veranschlagt.
[3] Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/643 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	4				Wasserbauverwaltung: [1]						
	6	4	4	0			Bundesstrombauamt:						
	6	4	4	0	0	33	Personalaufwand	55·000	.....	.....	55·000	50·849	48·088
	6	4	4	0	1	33	Verwaltungsaufwand	.....	4·890	.....	4·890	4·107	3·883
	6	4	4	0	3	33	Anlagen	.....	.....	0·136	0·136	0·170	0·153
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	[2]	0·490	0·478
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	[3]	0·015	0·014
							Summe 6440 ...	55·000	4·890	0·136	60·026	55·631	52·616
	6	4	4	1			Wasserbauten:						
	6	4	4	1	3	33	Anlagen	.....	.....	5·176	5·176	6·470	6·471
	6	4	4	1	7	33	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·700	.....	0·700	.....	.....
	6	4	4	1	8	33	Aufwandskredite	.....	14·626	.....	14·626	12·426	24·657
							Summe 6441 ...	.....	15·326	5·176	20·502	18·896	31·128
	6	4	4	2			Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	4	4	2	8	33	Vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung)	.....	4·000	.....	4·000	4·000	.....
	6	4	4	3	7	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	.....	4·000	.....	4·000	4·000	4·000
	6	4	4	4	7	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (Zweckgebundene Gebarung)	.....	3·000	.....	3·000	4·000	.....
							Kostenersatz an die Donaukraftwerke AG.	.....	.....	.....	.....	14·000	53.132
							Summe 644 ...	55·000	31·216	5·312	91·528	100·527	140·876

[1]) Verwaltungsaufwand, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
[2]) Im BVA 1968 bei den Ansätzen 1/64401 und 1/64417 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1968 beim Ansatz 1/64401 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	4	4				Wasserbauverwaltung:					
	6	4	4	0			Bundesstrombauamt:					
	6	4	4	0	4	33	Laufende Einnahmen	0·950	.....	0·950	0·970	0·865
	6	4	4	0	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·020	0·006
							Summe 6440 ...	0·950	0·020	0·970	0·990	0·871
	6	4	4	1			Wasserbauten:					
	6	4	4	1	4	33	Laufende Einnahmen	11·560	.....	11·560	6·310	7·889
	6	4	4	1	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·035	0·035	1·000	0·008
							Zweckgebundene Einnahmen	.....	.....	.....	.....	5·381
							Summe 6441 ...	11·560	0·035	11·595	7·310	13·278
	6	4	4	2			Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds):					
	6	4	4	2	1	33	Zweckgebundene Einnahmen für vorbeugende Maßnahmen [1]	7·000	.....	7·000	8·000	.....
							Summe 644 ...	19·510	0·055	19·565	16·300	14·149

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/64428 und 1/64447 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	5				Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und versch. Einrichtungen):						
	6	4	5	0			Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung:						
	6	4	5	0	0	37	Personalaufwand	188·710	.....	.....	188·710	180·951	160·074
	6	4	5	0	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	21·915	.....	21·915	20·150	18·275
	6	4	5	0	3	37	Anlagen	.....	.....	1·912	1·912	1·390	1·384
	6	4	5	0	8	37	Aufwandskredite	.....	9·500	.....	9·500	8·440	7·823
							Summe 6450...	188·710	31·415	1·912	222·037	210·931	187·556
	6	4	5	1			Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):						
	6	4	5	1	0	37	Personalaufwand	4·450	.....	.....	4·450	4·105	3·832
	6	4	5	1	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·296	.....	0·296	0·300	0·255
	6	4	5	1	3	37	Anlagen	.....	.....	0·200	0·200	0·200	0·208
	6	4	5	1	8	37	Aufwandskredite	.....	4·280	.....	4·280	4·100	3·864
							Summe 6451...	4·450	4·576	0·200	9·226	8·705	8·159
	6	4	5	2			Kurheime und Bäder (Betriebsähnliche Verwaltungszweige):						
	6	4	5	2	0		Personalaufwand	3·100	.....	.....	3·100	3·090	2·163
						21		*1·852*	.....	.....	*1·852*	*1·850*	*1·353*
						37		*1·248*	.....	.....	*1·248*	*1·240*	*0·810*
	6	4	5	2	1		Verwaltungsaufwand	.....	0·150	.....	0·150	0·153	0·088
						21		.....	*0·102*	.....	*0·102*	*0·102*	*0·057*
						37		.....	*0·048*	.....	*0·048*	*0·051*	*0·031*
	6	4	5	2	3		Anlagen	.....	.....	0·150	0·150	0·150	0·029
						21		.....	.....	*0·120*	*0·120*	*0·130*	*0·025*
						37		.....	.....	*0·030*	*0·030*	*0·020*	*0·004*
	6	4	5	2	7		Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)..	.....	0·066	.....	0·066	0·060	0·059
						21		.....	*0·060*	.....	*0·060*	*0·052*	*0·055*
						37		.....	*0·006*	.....	*0·006*	*0·008*	*0·004*
	6	4	5	2	8		Aufwandskredite	.....	2·334	.....	2·334	2·351	1·454
						21		.....	*2·170*	.....	*2·170*	*2·186*	*1·352*
						37		.....	*0·164*	.....	*0·164*	*0·165*	*0·102*
							Summe 6452...	3·100	2·550	0·150	5·800	5·804	3·793
	6	4	5	3			Regierungsgebäude:						
	6	4	5	3	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	9·600	.....	9·600	[1]	[1] .....
							Summe 645...	196·260	48·141	2·262	246·663	225·440	199·508

[1]) Im BVA 1967 und 1966 bei 4 Ministerien mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	4	5				Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und versch. Einrichtungen):					
	6	4	5	0			Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung:					
	6	4	5	0	0	37	Zweckgebundene Einnahmen [1]	4·700	.....	4·700	3·655	4·574
	6	4	5	0	4	37	Laufende Einnahmen	18·490	.....	18·490	9·157	8·293
	6	4	5	0	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·072	0·072	0·040	0·035
							Summe 6450 ...	23·190	0·072	23·262	12·852	12·902
	6	4	5	1			Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig):					
	6	4	5	1	0	37	Zweckgebundene Einnahmen [2]	0·400	.....	0·400	0·400	0·534
	6	4	5	1	4	37	Laufende Einnahmen	8·170	.....	8·170	7·456	4.933
	6	4	5	1	7	37	Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6451 ...	8·570	.....	8·570	7·856	5·467
	6	4	5	2			Kurheime und Bäder (Betriebsähnliche Verwaltungszweige):					
	6	4	5	2	4		Laufende Einnahmen	5·797	.....	5·797	5·801	4·109
						21		*4·302*	.....	*4·302*	*4·318*	*3·234*
						37		*1·495*	.....	*1·495*	*1·483*	*0·875*
	6	4	5	2	7		Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	0·000
						21		.....	*0·002*	*0·002*	*0·002*	.....
						37		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	*0·000*
							Summe 6452...	5·797	0·003	5·800	5·804	4·109
							Summe 645...	37·557	0·075	37·632	26·512	22·478

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6450 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6451 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	6				Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung): [1] [2]						
	6	4	6	0			Betriebskosten und Hauserfordernisse:						
	6	4	6	0	0	37	Personalaufwand	5·600	.....	.....	5·600	5·300	3·077
	6	4	6	0	3	37	Anlagen	.....	.....	0·600	0·600	.....	.....
	6	4	6	0	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	65·200	.....	65·200	61·300	55·391
	6	4	6	0	8	37	Aufwandskredite	.....	22·000	.....	22·000	22·500	19·977
							Summe 6460	5·600	87·200	0·600	93·400	89·100	78·445
5	6	4	6	1	3	11	Ankäufe für Schulen der Unterrichtsverwaltung	.....	.....	58·000	58·000	45·000	59·454
	6	4	6	3	3	41	Liegenschaftsankäufe für das Bundesheer	.....	.....	17·250	17·250	18·000	18·364
	6	4	6	6	3	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe (ao)	.....	.....	30·000	30·000	51·000	35·696
	6	4	6	7	3	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	.....	.....	59·650	59·650	49·650	5·348
1	6	4	6	8	3	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege	.....	.....	25·000	25·000	22·000	38·649
							Sonstige Liegenschaftsankäufe	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 646	5·600	87·200	190·500	283·300	274·750	235·956

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2]) Weitere Kredite für Liegenschaftsankäufe sind im Bundesvoranschlag 1968 im Bereiche der Hoheitsverwaltung bei folgenden finanzgesetzlichen Ansätzen veranschlagt bzw. mitveranschlagt:

13603 Österreichische Kulturinstitute,
20113 Äußeres; Vertretungsbehörden,
60993 Bauhof- und Maschinenbewirtschaftung,
64233 Ausbau der Bundesstraßen,
1/64333 Ausbau der Autobahnen,
5/64343 Ausbau der Autobahnen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968			Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	6	4	6	0	4	43	Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)...	51·930	.....	51·930	.....	.....

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	4	7				Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung): [1]						
1	6	4	7	0	8	43	Überweisungen an die Länder gem. § 1 (3) FAG. 1967	.....	5·839	.....	5·839	.....	.....
	6	4	7	1			Schulen der Unterrichtsverwaltung:						
1	6	4	7	1	8	11	Laufende Instandhaltung	.....	50·360	.....	50·360	52·000	56·962
5	6	4	7	1	3	11	Aufholbedarf	.....	.....	150·900	150·900	205·000	199·415
							Summe 6471	.....	50·360	150·900	201·260	257·000	256·377
	6	4	7	2			Museen, Schlösser, Palais und ähnliche Kulturbauten:						
1	6	4	7	2	8	13	Laufende Instandhaltung	.....	46·000	.....	46·000	46·000	38·573
							Aufholbedarf	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6472	.....	46·000	.....	46·000	46·000	38·573
	6	4	7	3			Bauten für die Landesverteidigung:						
1	6	4	7	3	8	41	Laufende Instandhaltung	.....	[2] 115·250	.....	115·250	[2] 115·250	90·247
							Aufholbedarf	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6473	.....	115·250	.....	115·250	115·250	90·247
	6	4	7	5			Sonstige Bundesgebäude (BGV. I):						
1	6	4	7	5	8	43	Laufende Instandhaltung	.....	111·200	.....	111·200	139·400	147·794
5	6	4	7	5	3	43	Aufholbedarf	.....	.....	4·000	4·000	4·000	.....
							Summe 6475	.....	111·200	4·000	115·200	143·400	147·794
	6	4	7	6			Sonstige Bundesgebäude (BGV. II):						
1	6	4	7	6	8	43	Laufende Instandhaltung	.....	26·600	.....	26·600	.....	.....
5	6	4	7	6	3	12	Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal [3]	.....	.....	23·370	23·370	23·370	11·933
							Summe 6476	.....	26·600	23·370	49·970	23·370	11·933
1	6	4	7	7	8	43	Baumaßnahmen für Einmietungen der Bundesdienststellen	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Zivilschutzmaßnahmen	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 647	.....	355·250	178·270	533·520	585·020	544·924

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2]) Hievon 27,000.000 Schilling nach Maßgabe der Einnahmen beim Ansatz 2/54602 und 3,000.000 Schilling nach Maßgabe der Einnahmen beim Ansatz 2/57512.

[3]) 6. Teilbetrag (§ 10 Abs. 2 BHV.).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	4	7				Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung):					
	6	4	7	0	0	37	Zweckgebundene Einnahmen[1]	0·020	.....	0·020	.....	.....
	6	4	7	0	4	37	Laufende Einnahmen	0·550	.....	0·550	57·010	56·704
	6	4	7	0	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·850	0·850	1·090	0·865
							Summe 647...	0·570	0·850	1·420	58·100	57·569

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/647 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	4	8				Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten) [1]:						
5	6	4	8	0	8	43	Überweisungen an die Länder gemäß § 1 (3) FAG 1967	.....	15·600	.....	15·600	.....	.....
	6	4	8	1	3	11	Schulen der Unterrichtsverwaltung	.....	.....	355·000	355·000	315·000	284·361
	6	4	8	3	3	41	Bauten für die Landesverteidigung	.....	.....	105·000	105·000	105·000	110·039
	6	4	8	4	3	34	Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	.....	.....	38·500	38·500	37·000	29·988
	6	4	8	5	3		Sonstige Bundesbauten	.....	.....	135·400	135·400	113·500	144·972
						23		.....	.....	*28·500*	*28·500*	*28·500*	[2] *18·778*
						43		.....	.....	*106·900*	*106·900*	*85·000*	*126·194*
	6	4	8	6	3	43	Amtssitz internationaler Organisationen Donaupark	.....	.....	8·000	8·000	.....	.....
							Zivilschutzmaßnahmen	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	0·500	.....
							Summe 648...	.....	15·600	641·900	657·500	571·000	569·360
1	6	4	9				Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
	6	4	9	0			Einrichtungen des Eichwesens:						
	6	4	9	0	0	43	Personalaufwand	20·500	.....	.....	20·500	17·510	16·621
	6	4	9	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	2·582	.....	2·582	2·355	2·148
	6	4	9	0	3	43	Anlagen	.....	.....	2·200	2·200	1·640	1·636
	6	4	9	0	8	43	Aufwandskredite	.....	3·900	.....	3·900	3·200	2·995
							Summe 6490...	20·500	6·482	2·200	29·182	24·705	23·400
	6	4	9	1			Einrichtungen des Vermessungswesens:						
	6	4	9	1	0	43	Personalaufwand	139·300	.....	.....	139·300	127·696	116·747
	6	4	9	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	8·980	.....	8·980	7·800	7·699
	6	4	9	1	3	43	Anlagen	.....	.....	3·512	3·512	4·390	5·504
	6	4	9	1	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·900	.....	0·900	0·900	0·760
	6	4	9	1	8	43	Aufwandskredite	.....	23·470	.....	23·470	21·410	17·057
							Summe 6491...	139·300	33·350	3·512	176·162	162·196	147·767
							Summe 649...	159·800	39·832	5·712	205·344	186·901	171·167
							Gesamtausgaben 1/64...	483·120	1.734·504	3.458·203	5.675·827	5.155·895	4.408·160
							5/64...	.....	15·600	985·071	1.000·671	1.166·520	1.055·792
							Gesamtausgaben 64...	483·120	1.750·104	4.443·274	6.676·498	6.322·415	5.463·952

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 126.
[2]) Ordentliche Gebarung.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	4	8				Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten):					
	6	4	8	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [1]	24·800	.....	24·800	.....	6·818
	6	4	8	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·499	.....	0·499	0·499	1·018
	6	4	8	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 648 ...	25·299	0·001	25·300	0·500	7·836
	6	4	9				Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:					
	6	4	9	0			Einrichtungen des Eichwesens:					
	6	4	9	0	4	43	Laufende Einnahmen	31·472	.....	31·472	29·950	24·314
	6	4	9	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·028	0·028	0·050	0·036
							Summe 6490 ...	31·472	0·028	31·500	30·000	24·350
	6	4	9	1			Einrichtungen des Vermessungswesens:					
	6	4	9	1	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [2]	.....	.....	.....	.....	1·129
	6	4	9	1	4	43	Laufende Einnahmen	15·196	.....	15·196	15·108	13·336
	6	4	9	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·040	0·040	0·050	0·037
							Summe 6491 ...	15·196	0·040	15·236	15·158	14·502
							Summe 649 ...	46·668	0·068	46·736	45·158	38·852
							Gesamteinnahmen 64 ...	347·366	10·527	357·893	288·607	264·265

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Titel 5/648 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6491 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	5					**Verkehr:**						
1	6	5	0				Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen:						
	6	5	0	0			Zentralleitung:						
	6	5	0	0	0	43	Personalaufwand	23·492	.....	.....	23·492	17·447	15·898
	6	5	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	8·814	.....	8·814	4·744	4·438
	6	5	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·434	0·434	0·262	0·243
	6	5	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·533	.....	1·533	1·588	1·205
	6	5	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	3·633	.....	3·633	3·633	3·264
							Summe 6500 ...	23·492	13·980	0·434	37·906	27·674	25·048
	6	5	0	1			Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung:						
	6	5	0	1	0	43	Personalaufwand	36·541	.....	.....	36·541	32·611	28·744
	6	5	0	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·980	.....	1·980	2·010	1·665
	6	5	0	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·200	0·200	0·180	0·084
							Summe 6501 ...	36·541	1·980	0·200	38·721	34·801	30·493
	6	5	0	2			Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen:						
	6	5	0	2	0	43	Personalaufwand	92·836	.....	.....	92·836	86·916	80·412
	6	5	0	2	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	5·204	.....	5·204	5·054	4·830
	6	5	0	2	3	43	Anlagen	.....	.....	0·387	0·387	.....	.....
							Summe 6502 ...	92·836	5·204	0·387	98·427	91·970	85·242
							Sektion verstaatlichte Unternehmungen:						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....[1]	8·504	8·474
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....[1]	3·325	2·138
							Anlagen	.....	.....	.....	.....[1]	0·280	0·188
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....[2]	4·430	2·217
							Summe	.....	.....	.....	.....	16·539	13·017
							Summe 650 ...	152·869	21·164	1·021	179·084	170·984	153·800
	6	5	1				Bundesministerium (Zweckaufwand):[3]						
	6	5	1	0	8	33	Schiffahrt[4]	.....	[5] 85·000	.....	85·000	20·000	20·000
	6	5	1	1	8	33	Allgemeiner Verkehr	.....	5·374	.....	5·374	4·574	4·574
	6	5	1	2			Elektrizitätswirtschaft:						
	6	5	1	2	7	35	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·010	.....	0·010	0·010	0·001
	6	5	1	2	8	35	Aufwandskredite	.....	1·967	.....	1·967	1·817	1·861
							Summe 6512 ...	.....	1·977	.....	1·977	1·827	1·862
	6	5	1	3			Zivilschutz (Elektrizitätswirtschaft):						
	6	5	1	3	3	41	Anlagen	.....	.....	0·001	0·001	0·001	0·002
	6	5	1	3	8	41	Aufwandskredite	.....	0·003	.....	0·003	0·001	0·099
							Summe 6513 ...	.....	0·003	0·001	0·004	0·002	0·101
	6	5	1	4	3	41	Zivilschutz (Post- und Telegraphenanstalt)	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	6	5	1	5	3	41	Zivilschutz (Österreichische Bundesbahnen)	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	6	5	1	6	8	36	Verstaatlichte Unternehmungen	.....	3·000	.....	3·000	.....[6]	.....[6]
							Summe 651 ...	.....	95·354	0·003	95·357	26·405	26·537

[1]) Im BVA 1968 beim Ansatz 1/6500 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1968 beim Ansatz 1/65168 veranschlagt.
[3]) Verwaltungsaufwand bei dem Titel 1/650 mitveranschlagt.
[4]) Im BVA 1967 und 1966 als „Kostenbeitrag an die Donaukraftwerke AG." veranschlagt gewesen.
[5]) 3. Teilbetrag (§ 10 Abs. 2 BHV.).
[6]) Im BVA 1967 und 1966 bei dem Ansatz 1/65038 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6	5					**Verkehr:**					
2	6	5	0				Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen:					
	6	5	0	0			Zentralleitung:					
	6	5	0	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen[1]	.....	.....	.....	0·001	.....
	6	5	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·781	.....	0·781	0·086	0·059
	6	5	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·037	0·037	0·020	0·002
							Summe 6500 ...	0·781	0·037	0·818	0·107	0·061
	6	5	0	1			Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung:					
	6	5	0	1	4	43	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	0	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6501 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
	6	5	0	2			Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen:					
	6	5	0	2	4	43	Laufende Einnahmen	0·499	.....	0·499	0·499	0·419
	6	5	0	2	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6502 ...	0·499	0·001	0·500	0·500	0·419
							Sektion Verstaatlichte Unternehmungen					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·009	0·031
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·020	0·085
							Summe ...	.....	.....	.....[2]	0·029	0·116
							Summe 650 ...	1·281	0·039	1·320	0·638	0·596
	6	5	1				Bundesministerium (Zweckaufwand):					
	6	5	1	1	4	33	Allgemeiner Verkehr	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	1	2			Elektrizitätswirtschaft:					
	6	5	1	2	0	35	Zweckgebundene Einnahmen[3]	.....	.....	.....	0·002	0·080
	6	5	1	2	4	35	Laufende Einnahmen	0·030	.....	0·030	0·028	0·062
							Summe 6512 ...	0·030	.....	0·030	0·030	0·142
							Summe 651 ...	0·031	.....	0·031	0·031	0·142

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/65007 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1968 bei dem Ansatz 1/6500 mitveranschlagt.
[3]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/65128 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	5	2				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	6	5	2	0			Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten (Zweckg. Geb.):						
	6	5	2	0	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·300	0·300	0·250	0·327
	6	5	2	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·400	.....	0·400	0·450	0·370
							Summe 6520	.....	0·400	0·300	0·700	0·700	0·697
	6	5	2	1	6	33	Länden- und Hafeneinrichtungen	.....	2·954	.....	2·954	3·692	3·692
	6	5	2	2	6	33	Sonstige Schiffahrt	.....	0·044	.....	0·044	13·305	1·335
	6	5	2	3	6	33	Zivilluftfahrt	.....	2·432	.....	2·432	3·040	5·488
	6	5	2	4	6	33	Allgemeiner Verkehr	.....	1·863	.....	1·863	2·329	2·329
	6	5	2	5			Elektrizitätswirtschaft:						
	6	5	2	5	5	35	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	5·967	5·967	6·750	3·130
	6	5	2	5	6	35	Förderungsausgaben	.....	0·450	.....	0·450	0·021	0·091
							Summe 6525	.....	0·450	5·967	6·417	6·771	3·221
	6	5	2	6			Unterstützung nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen:						
	6	5	2	6	4	33	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	27·217	.....	27·217	26·000	21·892
	6	5	2	6	6	33	Förderungsausgaben	.....	21·750	.....	21·750	1·823	1·823
							Summe 6526	.....	48·967	.....	48·967	27·823	23·715
	6	5	2	7	6		Verstaatlichte Unternehmungen	.....	10·900	.....	10·900	0·980	1·432
						22		.....	*0·300*	.....	*0·300*	*0·980*	*0·977*
						33		.....	*10·600*	.....	*10·600*	.....	*0·455*
	6	5	2	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	3·092	3·092	2·612	2·166
							Summe 652	.....	68·010	9·359	77·369	61·252	44·075

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/650 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	5	2				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
	6	5	2	0			Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten (Zweckgeb. Einn.):					
	6	5	2	0	0	33	Zweckgebundene Einnahmen	0·400	.....	0·400	0·400	0·252
	6	5	2	0	2	33	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·300	0·300	0·300	0·262
							Summe 6520 ...	0·400	0·300	0·700	0·700	0·514
	6	5	2	1	4	33	Länden- und Hafeneinrichtungen	1·600	.....	1·600	1·401	1·410
	6	5	2	2			Sonstige Schiffahrt:					
	6	5	2	2	4	33	Laufende Einnahmen	0·011	.....	0·011	0·011	0·011
	6	5	2	2	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·086	0·086	0·086	0·087
							Summe 6522 ...	0·011	0·086	0·097	0·097	0·098
	6	5	2	3			Zivilluftfahrt:					
	6	5	2	3	4	33	Laufende Einnahmen	0·009	.....	0·009	0·008	0·008
	6	5	2	3	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·021	0·021	0·023	0·022
							Summe 6523 ...	0·009	0·021	0·030	0·031	0·030
	6	5	2	4			Allgemeiner Verkehr:					
	6	5	2	4	4	33	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	2	4	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6524 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
	6	5	2	5			Elektrizitätswirtschaft:					
	6	5	2	5	4	35	Laufende Einnahmen	0·166	.....	0·166	0·193	0·084
	6	5	2	5	7	35	Einnahmen (V)	.....	0·764	0·764	0·863	0·317
							Summe 6525 ...	0·166	0·764	0·930	1·056	0·401
	6	5	2	9	7	43	Bezugsvorschußersätze	.....	1·821	1·821	1·720	1·550
							Summe 652 ...	2·187	2·993	5·180	5·007	4·003

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	5	3				Zivilluftfahrteinrichtungen:						
	6	5	3	0			Bundesamt für Zivilluftfahrt:						
	6	5	3	0	0	33	Personalaufwand	72·956	.....	.....	72·956	58·254	40·624
	6	5	3	0	1	33	Verwaltungsaufwand	.....	15·711	.....	15·711	12·510	11·810
	6	5	3	0	3	33	Anlagen	.....	.....	56·790	56·790	65·987	31·989
	6	5	3	0	8	33	Aufwandskredite	.....	28·020	.....	28·020	22·020	16·720
							Summe 6530 ...	72·956	43·731	56·790	173·477	158·771	101·143
	6	5	3	1	3	41	Zivilschutz	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 653 ...	72·956	43·731	56·791	173·478	158·772	101·143
	6	5	4				Dienststellen der Schiffahrtspolizei:						
	6	5	4	0	0	43	Personalaufwand	3·420	.....	.....	3·420	3·063	2·838
	6	5	4	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·818	.....	0·818	0·693	0·633
	6	5	4	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·470	1·470	1·838	2·188
	6	5	4	0	8	43	Aufwandskredite	.....	3·364	.....	3·364	3·115	2·765
							Summe 654 ...	3·420	4·182	1·470	9·072	8·709	8·424
							Gesamtausgaben 65 ...	229·245	232·441	68·644	530·330	426·122	333·979

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	6	5	3				Zivilluftfahrteinrichtungen:					
	6	5	3	0			Bundesamt für Zivilluftfahrt:					
	6	5	3	0	4	33	Laufende Einnahmen	0·846	.....	0·846	0·747	0·375
	6	5	3	0	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·031	0·031	0·040	0·012
							Summe 653 ...	0·846	0·031	0·877	0·787	0·387
	6	5	4				Dienststellen der Schiffahrtspolizei:					
	6	5	4	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·065	.....	0·065	0·065	0·309
	6	5	4	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·003	0·013
							Summe 654 ...	0·065	0·001	0·066	0·068	0·322
							Gesamteinnahmen 65 ...	4·410	3·064	7·474	6·531	5·450

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	**6**					**Verstaatlichte Unternehmungen:**						
1	6	6	0				Investitionsfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	6	6	0	0	5	36	Darlehen	.....	.....	81·623	81·623	102·000	49·000
							Zuschüsse	.....	.....	.....	.....	3·803	6·332
							Sonstiges	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Gesamtausgaben 66 ...	.....	.....	81·623	81·623	105·803	55·332
							Gesamtausgaben 1/6 ...	1.150·823	6.189·437	3.683·337	11.023·597	10.176·436	9.862·205
							5/6 ...	.....	425·600	985·071	1.410·671	1.576·520	1.610·791
							Gesamtausgaben 6...	1.150·823	6.615·037	4.668·408	12.434·268	11.752·956	11.472·996

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	6	**6**					**Verstaatlichte Unternehmungen:**					
2	6	6	0				Investitionsfonds (Zweckgebundene Einnahmen):					
	6	6	0	0	0	36	Anteil gemäß BGBl. Nr. 173/1959 (§ 4 Abs. 1) [1]	101·250	.....	101·250	138·750	98·580
	6	6	0	1	0	36	ab Überweisung an „Bundesvermögen" für Kapitalaufstockung [2]	54·000	.....	54·000	.....	43·000
	6	6	0	2	0	36	ab Sonstige Überweisung an „Bundesvermögen" [2]	25·312	.....	25·312	34·687	24·645
							Nettosumme 66000—66010/66020 ...	21·938	.....	21·938	104·063	30·935
	6	6	0	3	0	36	Zinsen für Darlehen	1·630	.....	1·630	0·960	0·181
	6	6	0	4	0	36	Sonstige Einnahmen	.....	.....	.....	.....	4·875
	6	6	0	5	2	36	Kapitalsrückzahlung für Umwandlung in Kapitalbeteiligungen	.....	54·000	54·000	.....	4·000
	6	6	0	6	2	36	Sonstige Kapitalsrückzahlung	.....	4·055	4·055	0·780	0·290
							Gesamteinnahmen 66 ...	23·568	58·055	81·623	105·803	40·281
							Gesamteinnahmen 6...	1.833·126	106·824	1.939·950	2.040·917	1.576·623

[1]) Überrechnung vom Ansatz 2/54014.
[2]) Überrechnung auf Ansatz 2/54034.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	7						**Bundesbetriebe**						
1	7	0					**Staatsdruckerei:**						
	7	0	2				Personalaufwand:						
	7	0	2	0	0	37	Aktivitätsaufwand	76·038	.....	.....	76·038	65·127	67·995
	7	0	2	1	0	37	Pensionsaufwand	22·845	.....	.....	22·845	20·575	19·518
							Summe 702 ...	98·883	.....	.....	98·883	85·702	87·513
	7	0	3				Sachaufwand:						
	7	0	3	1	3	37	Anlagen	.....	.....	21·103	21·103	20·129	18·439
	7	0	3	2	5	37	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·847	0·847	0·750	0·201
	7	0	3	4	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	21·924	.....	21·924	9·920	18·765
	7	0	3	6	8	37	Sonstige Aufwandskredite	.....	61·461	.....	61·461	50·730	49·756
						37	Regieaufwand	.....	.....	.....	.....	2·750	2·493
							Summe 703 ...	.....	83·385	21·950	105·335	84·279	89·654
							Gesamtausgaben 70 ...	98·883	83·385	21·950	204·218	169·981	177·167

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	7						**Bundesbetriebe:**					
2	**7**	**0**					**Staatsdruckerei:**					
	7	0	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	0	2	0	4	37	Laufende Einnahmen	0·430	.....	0·430	0·627	0·395
	7	0	2	1	7	37	Einnahmen (V)	.....	1·351	1·351	0·606	0·486
							Summe 702 ...	0·430	1·351	1·781	1·233	0·881
	7	0	3	0	4	37	Erzeugung und Verschleiß	175·290	.....	175·290	145·500	129·984
	7	0	4	0	4	37	Wiener Zeitung	20·150	.....	20·150	18·700	15·411
	7	0	5	0	4	37	Pensions- und Provisionsbeiträge	0·458	.....	0·458	0·397	0·435
							Gesamteinnahmen 70 ...	196·328	1·351	197·679	165·830	146·711

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	204·218	169·981	177·167
Betriebseinnahmen	197·679	165·830	146·711
Kassamäßiger Betriebsabgang	6·539	4·151	30·456

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bunde rechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	1					**Bundestheater:**						
	7	1	0				Bundestheaterverwaltung:						
	7	1	0	0	0	13	Personalaufwand (Aktivitätsaufwand)	5·600	.....	.....	5·600	5·080	5·215
	7	1	0	1			Sachaufwand:						
	7	1	0	1	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·184	.....	1·184	1·178	1·153
	7	1	0	1	3	13	Anlagen	.....	.....	0·180	0·180	0·225	0·085
	7	1	0	1	5	13	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·100	0·100	0·100	0·044
							Summe 7101 ...	.....	1·184	0·280	1·464	1·503	1·282
							Summe 710 ...	5·600	1·184	0·280	7·064	6·583	6·497
	712/713						Betriebe:						
	7	1	2				Personalaufwand:						
	7	1	2	0	0	13	Aktivitätsaufwand	286·259	.....	.....	286·259	263·303	243·013
	7	1	2	1	0	13	Pensionsaufwand	65·900	.....	.....	65·900	61·600	49·751
							Summe 712 ...	352·159	.....	.....	352·159	324·903	292·764
	7	1	3				Sachaufwand:						
	7	1	3	1	3	13	Anlagen	.....	.....	[1] 8·516	8·516	21·312	19·678
	7	1	3	2	5	13	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·750	0·750	0·750	0·662
	7	1	3	4	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·050	.....	0·050	0·050	0·036
	7	1	3	5	8	13	Regieaufwand	.....	47·282	.....	47·282	46·206	46·650
	7	1	3	6	8	13	Sonstige Aufwandskredite	.....	[2] 25·662	.....	25·662	36·831	16·705
							Summe 713 ...	.....	72·994	9·266	82·260	105·149	83·731
							Summe 712/713 ...	352·159	72·994	9·266	434·419	430·052	376·495
							Gesamtausgaben 71 ...	357·759	74·178	9·546	441·483	436·635	382·992

[1]) und [2]): Das Anweisungsrecht steht dem Bundesministerium für Bauten und Technik hinsichtlich nachstehender Teilbeträge zu:
zu [1]): 6,620.000 Schilling,
zu [2]): 4,000.000 Schilling.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	1					**Bundestheater:**					
	7	1	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	1	2	0	4	13	Laufende Einnahmen	1·705	.....	1·705	1·705	2·092
	7	1	2	1	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·570	0·570	0·570	0·597
							Summe 712 ...	1·705	0·570	2·275	2·275	2·689
	7	1	3	0	4	13	Tageseinnahmen	112·875	.....	112·875	100·903	101·494
	7	1	5	0	4	13	Pensions- und Provisionsbeiträge	11·650	.....	11·650	10·450	11·231
							Gesamteinnahmen 71 ...	126·230	0·570	126·800	113·628	115·414

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	441·483	436·635	382·992
Betriebseinnahmen	126·800	113·628	115·414
Kassamäßiger Betriebsabgang	314·683	323·007	267·578

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	2					**Bundesapotheken:**						
	7	2	2				Personalaufwand:						
	7	2	2	0	0	38	Aktivitätsaufwand	2·367	.....	.....	2·367	2·149	1·916
	7	2	2	1	0	38	Pensionsaufwand	0·428	.....	.....	0·428	0·400	0·363
							Summe 722 ...	2·795	.....	.....	2·795	2·549	2·279
	7	2	3				Sachaufwand:						
	7	2	3	1	3	38	Anlagen	.....	.....	0·026	0·026	0·008	.....
	7	2	3	2	5	38	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·030	0·030	0·030	.....
	7	2	3	4	7	38	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·685	.....	0·685	0·606	0·634
	7	2	3	6	8	38	Sonstige Aufwandskredite	.....	3·709	.....	3·709	3·739	3·481
							Summe 723 ...	.....	4·394	0·056	4·450	4·383	4·115
							Gesamtausgaben 72 ...	2·795	4·394	0·056	7·245	6·932	6·394

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	2					**Bundesapotheken:**					
	7	2	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	2	2	0	4	38	Laufende Einnahmen	0·926	.....	0·926	0·920	0·711
	7	2	2	1	7	38	Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·005	0·008
							Summe 722 ...	0·926	0·006	0·932	0·925	0·719
	7	2	3	0	4	38	Warenverkauf [1]	6·571	.....	6·571	6·370	6·177
							Gesamteinnahmen 72 ...	7·497	0·006	7·503	7·295	6·896

[1]) Im BVA 1967 und 1966 als „Erzeugung und Verkauf" veranschlagt gewesen.

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	7·245	6·932	6·394
Betriebseinnahmen	7·503	7·295	6·896
Kassamäßiger Betriebsüberschuß	0·258	0·363	0·502

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	3					**Salz (Monopol):** [1]						
	7	3	2				Personalaufwand:						
	7	3	2	0	0	36	Aktivitätsaufwand	71·284	.....	.....	71·284	70·234	66·905
	7	3	2	1	0	36	Pensionsaufwand	45·770	.....	.....	45·770	39·924	38·516
							Summe 732 ...	117·054	.....	.....	117·054	110·158	105·421
	7	3	3				Sachaufwand:						
	7	3	3	1	3	36	Anlagen	.....	.....	21·480	21·480	25·000	22·536
	7	3	3	2	5	36	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·955	0·955	0·919	0·624
	7	3	3	3	6	36	Förderungsausgaben	.....	0·404	.....	0·404	0·405	0·391
	7	3	3	4	7	36	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	15·250	.....	15·250	14·180	13·724
	7	3	3	5	8	36	Regieaufwand	.....	1·350	.....	1·350	1·350	1·452
	7	3	3	6	8	36	Sonstige Aufwandskredite	.....	61·890	.....	61·890	63·371	60·806
	7	3	3	7	8	36	Zweckgebundener Aufwand für Berg- und Hüttenbesuche	.....	3·200	.....	3·200	3·200	3·820
							Summe 733 ...	.....	82·094	22·435	104·529	108·425	103·353
							Gesamtausgaben 73 ...	117·054	82·094	22·435	221·583	218·583	208·774

[1]) Einschließlich Personenseilbahn Hallstatt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	**7**	**3**					**Salz (Monopol):** [1]					
	7	3	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	3	2	0	4	36	Laufende Einnahmen	2·132	.....	2·132	1·660	2·121
	7	3	2	1	7	36	Einnahmen (V)	.....	1·024	1·024	1·133	2·089
							Summe 732 ...	2·132	1·024	3·156	2·793	4·210
	7	3	3	0	0	36	Zweckgebundene Einnahmen [2]	3·600	.....	3·600	3·600	3·962
	7	3	4	0	4	36	Produktenverschleiß	201·200	.....	201·200	199·660	200·789
	7	3	5	0	4	36	Pensions-, Provisions- und Krankenfürsorgebeiträge ...	4·560	.....	4·560	4·262	4·123
							Gesamteinnahmen 73 ...	211·492	1·024	212·516	210·315	213·084

[1]) Einschließlich Personenseilbahn Hallstatt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/73336 und 1/73378 mitveranschlagt.

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	221·583	218·583	208·774
Betriebseinnahmen	212·516	210·315	213·084
Kassamäßiger Monopolsertrag .	*9·067*	*8·268*	4·310

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	4					**Glücksspiele (Monopol):**						
	7	4	2				Personalaufwand:						
	7	4	2	0	0	37	Aktivitätsaufwand	6·176	.....	.....	6·176	5·627	5·219
	7	4	2	1	0	37	Pensionsaufwand	2·620	.....	.....	2·620	2·620	2·277
							Summe 742 ...	8·796	.....	.....	8·796	7·912	7·496
	743/748						Sachaufwand:						
	7	4	3				Allgemeiner Aufwand:						
	7	4	3	1	3	37	Anlagen	.....	.....	0·922	0·922	1·090	1·184
	7	4	3	2	5	37	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·081	0·081	0·074	0·040
	7	4	3	4	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	2·358	.....	2·358	2·030	2·063
	7	4	3	5	8	37	Regieaufwand	.....	24·699	.....	24·699	18·256	17·951
							Summe 743 ...	.....	27·057	1·003	28·060	21·450	21·238
	7	4	8				Besonderer Aufwand:						
	7	4	8	0	7	37	Zahlenlotto (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	34·860	.....	34·860	30·500	32·092
	7	4	8	0	8	37	Zahlenlotto	.....	20·440	.....	20·440	17·900	18·126
	7	4	8	1	7	37	Klassenlotterie (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	151·739	.....	151·739	125·775	136·762
	7	4	8	1	8	37	Klassenlotterie	.....	46·448	.....	46·448	38·760	40·167
	7	4	8	2	7	37	Sporttoto (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	122·120	.....	122·120	106·640	108·431
	7	4	8	2	8	37	Sporttoto	.....	15·167	.....	15·167	12·824	13·130
							Pferdetoto (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·800	1·021
							Pferdetoto	.....	.....	.....	.....	0·096	0·143
							Summe 748 ...	.....	390·774	.....	390·774	333·295	349·872
							Summe 743 und 748 ...	.....	417·831	1·003	418·834	354·745	371·110
							Gesamtausgaben 74 ...	8·796	417·831	1·003	427·630	362·657	378·606

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	4					**Glücksspiele (Monopol):**					
	7	4	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	4	2	0	4	37	Laufende Einnahmen	5·127	.....	5·127	3·978	4·448
	7	4	2	1	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·022	0·029
							Summe 742 ...	5·127	0·030	5·157	4·000	4·477
	7	4	3	0	2	37	Verwaltungskostenbeiträge (Zweckgebundene Einnahmen) [1]	.....	1·000	1·000	1·000	1·000
	7	4	5	0	4	37	Pensionsbeiträge	0·220	.....	0·220	0·150	0·215
	7	4	8	0	4	37	Zahlenlotto	81·120	.....	81·120	71·200	76·557
	7	4	8	1	4	37	Klassenlotterie	232·242	.....	232·242	193·520	207·266
	7	4	8	2	4	37	Sporttoto	172·300	.....	172·300	145·663	149·055
							Pferdetoto	.....	.....	.....	1·111	1·631
							Gesamteinnahmen 74 ...	491·009	1·030	492·039	416·644	440·201

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 74313 Post 0424 und Ansatz 1/74358 Post 6181 mitveranschlagt.

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	427·630	362·657	378·606
Betriebseinnahmen [1])	492·039	416·644	440·201
Kassamäßiger Monopolsertrag [2])	64·409	53·987	61·595

[1]) Überdies fließen der Finanzverwaltung im Jahre 1968 an 25prozentigen Gebühren von den Gewinnen im Zahlenlotto sowie an Einsatzgebühr und gestaffelter Gewinstgebühr aus dem Sport- und Pferdetotobetrieb 30·273 Millionen Schilling, an 25prozentigen Gebühren von Geldtreffern bei Geld- und gemischten Lotterien bzw. von den nicht in Geld bestehenden Haupttreffern von Wertlotterien, soweit sie in Bargeld abgelöst werden, ferner an Gebühren nach § 33 TP 17 Ziffer 7 lit. a des Gebührengesetzes 1957 von Ausspielungen 1 Million Schilling, daher in Summe 31·273 Millionen Schilling zu, welche beim Ansatz 2/525 mitveranschlagt sind.

	Mill. S
[2]) Kassamäßiger Monopolsertrag	64·445
hiezu: beim Titel 2/525 veranschlagte Gebühren	31·273
Summe...	95·718
für Sportverbände verwendete Erträge	45·300
Gesamtertrag...	141·018

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	5					**Branntwein (Monopol):**						
	7	5	2				Personalaufwand:						
	7	5	2	0	0	38	Aktivitätsaufwand	3·913	.....	.....	3·913	3·769	3·379
	7	5	2	1	0	38	Pensionsaufwand	0·150	.....	.....	0·150	0·074	0·073
							Summe 752 ...	4·063	.....	.....	4·063	3·843	3·452
	7	5	3				Sachaufwand:						
	7	5	3	1	3	38	Anlagen	.....	.....	1·980	1·980	1·980	1·536
	7	5	3	2	5	38	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·049	0·049	0·047	0·030
	7	5	3	4	7	38	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) [1]	.....	60·941	.....	60·941	33·545	32·598
	7	5	3	5	8	38	Regieaufwand	.....	0·619	.....	0·619	0·530	0·487
	7	5	3	6	8	38	Sonstige Aufwandskredite	.....	167·188	.....	167·188	151·543	141·160
							Summe 753 ...	.....	228·748	2·029	230·777	187·645	175·811
							Gesamtausgaben 75 ...	4·063	228·748	2·029	234·840	191·488	179·263

[1]) Im BVA 1967 und 1966 als „Öffentliche Abgaben" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	5					**Branntwein (Monopol):**					
	7	5	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	5	2	0	4	38	Laufende Einnahmen	0·936	.....	0·936	0·866	0·899
	7	5	2	1	7	38	Einnahmen (V)	.....	0·093	0·093	0·234	0·173
							Summe 752 ...	0·936	0·093	1·029	1·100	1·072
	7	5	3	0	4	38	Branntweinverkaufserlöse	686·310	.....	686·310	663·270	640·629
							ab Umsatzvergütungen an Großabnehmer	.....	.....	[1]	25·270	23·781
							Summe ...	686·310	.....	686·310	638·000	616·848
							Gesamteinnahmen 75 ...	687·246	0·093	687·339	639·100	617·920

[1]) Im BVA 1968 beim Ansatz 1/75347 mitveranschlagt.

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	234·840	191·488	179·263
Betriebseinnahmen	687·339	639·100	617·920
Kassamäßiger Monopolsertrag	452·499	447·612	438·657

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	6					**Hauptmünzamt:**						
	7	6	2				Personalaufwand:						
	7	6	2	0	0	37	Aktivitätsaufwand	13·556	.....	.....	13·556	12·835	11·451
	7	6	2	1	0	37	Pensionsaufwand	2·985	.....	.....	2·985	2·747	2·591
							Summe 762 ...	16·541	.....	.....	16·541	15·582	14·042
	7	6	3				Sachaufwand:						
	7	6	3	1	3	37	Anlagen	.....	.....	1·763	1·763	1·331	1·331
	7	6	3	2	5	37	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·161	0·161	0·146	0·029
	7	6	3	4	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·611	.....	0·611	0·619	0·505
	7	6	3	5	8	37	Regieaufwand	.....	8·532	.....	8·532	5·890	5·565
	7	6	3	6	8	37	Besondere Betriebskosten	.....	124·121	.....	124·121	142·580	117·270
	7	6	3	7	8	37	Erhaltungskosten durch Dritte	.....	0·666	.....	0·666	0·666	0·348
							Summe 763 ...	.....	133·930	1·924	135·854	151·232	125·048
							Gesamtausgaben 76 ...	16·541	133·930	1·924	152·395	166·814	139·090

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	6					**Hauptmünzamt:**					
	7	6	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	6	2	0	4	37	Laufende Einnahmen	0·383	.....	0·383	0·332	0·371
	7	6	2	0	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·018	0·018	0·016	0·010
							Summe 762 ...	0·383	0·018	0·401	0·348	0·381
	7	6	3	0	4	37	Gebühren und Erlöse	42·970	.....	42·970	33·000	43·284
	7	6	4	0	4	37	Ersätze für Ausmünzungen für Rechnung des Bundes	121·902	.....	121·902	141·905	111·619
	7	6	5	0	4	37	Pensions- und Provisionsbeiträge	0·188	.....	0·188	0·156	0·157
	7	6	6	0	4	37	Übrige Betriebseinnahmen	15·512	.....	15·512	12·520	9·352
							Gesamteinnahmen 76 ...	180·955	0·018	180·973	187·929	164·793

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	152·395	166·814	139·090
Betriebseinnahmen	180·973	187·929	164·793
Kassamäßiger Betriebsüberschuß	28·578	21·115	25·703

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	7					**Österreichische Bundesforste:**						
	772/773						Forstbetriebe:						
	7	7	2				Personalaufwand:						
	7	7	2	0	0	34	Aktivitätsaufwand	396·602	.....	.....	396·602	365·650	352·065
	7	7	2	1	0	34	Pensionsaufwand	55·104	.....	.....	55·104	51·618	49·663
							Summe 772 ...	451·706	.....	.....	451·706	417·268	401·728
	7	7	3				Sachaufwand:						
	7	7	3	0	3	34	Anlagen (Zweckgebundene Gebarung)	.....	.....	10·000	10·000	11·000	11·246
	7	7	3	1	3	34	Sonstige Anlagen	.....	.....	64·090	64·090	55·112	56·744
	7	7	3	2	5	34	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	7·055	7·055	7·181	3·664
	7	7	3	3	6	34	Förderungsausgaben	.....	1·180	.....	1·180	0·470	0·417
	7	7	3	4	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	45·363	.....	45·363	52·471	51·100
	7	7	3	5	8	34	Regieaufwand	.....	12·792	.....	12·792	10·430	9·023
	7	7	3	6	8	34	Aufwandskredite	.....	113·334	.....	113·334	74·335	120·844
							Aufwandskredite (V)	.....	.....	.....	[1]	1·000	3·868
							Summe 773 ...	.....	172·669	81·145	253·814	211·999	256·906
							Summe 772/773 ...	451·706	172·669	81·145	705·520	629·267	658·634
	774/775						Kurhaus Goisern:						
	7	7	4	0	0	38	Personalaufwand (Aktivitätsaufwand)	3·598	.....	.....	3·598	3·536	3·318
	7	7	5				Sachaufwand:						
	7	7	5	1	3	38	Anlagen	.....	.....	1·500	1·500	1·000	0·431
	7	7	5	2	5	38	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·064	0·064	0·065	.....
	7	7	5	4	7	38	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·434	.....	0·434	0·480	0·279
	7	7	5	6	8	38	Aufwandskredite	.....	3·548	.....	3·548	3·448	3·405
							Summe 775 ...	.....	3·982	1·564	5·546	4·993	4·115
							Summe 774/775 ...	3·598	3·982	1·564	9·144	8·529	7·433
							Gesamtausgaben 77 ...	455·304	176·651	82·709	714·664	637·796	666·067

[1] Im BVA 1968 beim Ansatz 1/77368 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	7					**Österreichische Bundesforste:**					
	772/773						Forstbetriebe:					
	7	7	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	7	2	1	4	34	Laufende Einnahmen	658·612	.....	658·612	33·887	37·673
	7	7	2	2	7	34	Einnahmen (V)	.....	2·595	2·595	2·404	2·165
							Summe 772 ...	658·612	2·595	661·207	36·291	39·838
	7	7	3				Übrige Einnahmen:					
	7	7	3	0	0	34	Vergütungen (Zwekgebundene Einnahmen) [1]	.....	1·000	1·000	.....	.....
	7	7	3	0	2	34	Grundverkäufe (Zweckgebundene Einnahmen) [2]	.....	10·000	10·000	12·000	9·430
	7	7	3	5	4	34	Pensionsbeiträge	0·349	.....	0·349	0·277	0·344
							Holznutzung	.....	.....	..... [3]	533·844	588·236
							Schnittholzerlöse	.....	.....	..... [3]	55·508	41·804
							Fertigungserlöse	.....	.....	..... [3]	7·116	6·534
							Nebenwirtschaften	.....	.....	..... [3]	5·884	7·356
							Summe 773 ...	0·349	11·000	11·349	614·629	653·704
							Summe 772/773 ...	658·961	13·595	672·556	650·920	693·542
	774/775						Kurhaus Goisern:					
	7	7	4				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	7	4	1	4	38	Laufende Einnahmen	7·720	.....	7·720	0·191	0·188
	7	7	4	2	7	38	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·016	0·002
							Summe 774 ...	7·720	0·004	7·724	0·207	0·190
	7	7	5				Übrige Einnahmen:					
	7	7	5	5	4	38	Pensionsbeiträge	0·001	.....	0·001	0·002	0·001
						38	Kurhausbetrieb	.....	.....	..... [4]	7·139	6·601
						38	Bergliftbetrieb	.....	.....	..... [4]	0·524	0·433
							Summe 775 ...	0·001	.....	0·001	7·665	7·035
							Summe 774/775 ...	7·721	0·004	7·725	7·872	7·225
							Gesamteinnahmen 77 ...	666·682	13·599	680·281	658·792	700·767

[1]) Im BVA 1967 und 1966 beim Ansatz 2/77302 mitveranschlagt gewesen. Korrespondierende Ausgaben bei Ansätzen verschiedener Ressorts.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/77303 veranschlagt.
[3]) Im BVA 1968 beim Ansatz 2/77214 mitveranschlagt.
[4]) Im BVA 1968 beim Ansatz 2/77414 mitveranschlagt.

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	714·664	637·796	666·067
Betriebseinnahmen	680·281	658·792	700·767
Kassamäßiger Betriebsüberschuß	.....	20·996	34·700
Kassamäßiger Betriebsabgang	34·383	.....	.....

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	8					**Post- und Telegraphenanstalt:**						
	7	8	2				Personalaufwand:						
	7	8	2	0	0	33	Aktivitätsaufwand	2.962·066	.....	.....	2.962·066	2.709·307	2.646·831
	7	8	2	1	0	33	Pensionsaufwand	1.108·049	.....	.....	1.108·049	1.006·336	974·905
							Summe 782 ...	4.070·115	.....	.....	4.070·115	3.715·643	3.621·736
	783/784/787						Sachaufwand:						
	7	8	3	0	3	33	Fernmeldeanlagen	.....	.....	100·730	100·730	51·000	95·005
	7	8	3	1	3	33	Sonstige Anlagen	.....	.....	118·978	118·978	148·793	121·221
	7	8	3	2	5	33	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	57·248	57·248	53·595	28·103
	7	8	3	3	6	33	Förderungsausgaben	.....	0·108	.....	0·108	0·135	**0·119**
	7	8	3	4	7		Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	345·479	.....	345·479	869·371	833·542
						33		.....	*345·479*	.....	*345·479*	*318·235*	*313·472*
						13 [1]		.....	.....	.....	.....	*551·136*	*520·070*
	7	8	3	5	8	33	Regieaufwand	.....	573·834	.....	573·834	444·896	368·327
	7	8	3	6	8	33	Sonstige Aufwandskredite	.....	506·172	.....	506·172	507·322	431·690
							Summe 783 ...	.....	1.425·593	276·956	1.702·549	2.075·112	1.878·007
	7	8	4	0	3	33	Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren [2]	.....	.....	1.058·000	1.058·000	1.163·000	561·510
	7	8	7	0	8	33	Aufwandskredite — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Geb.)	.....	1·000	.....	1·000	1·000	.....
							Gesamtausgaben 78 ...	4.070·115	1.426·593	1.334·956	6.831·664	6.954·755	6.061·253

[1]) Überweisung an die „Österreichische Rundfunk", Gesellschaft m. b. H., und zwar

	Mill. S	
	BVA 1967	BRA 1966
Rundfunkgebühren	143·136	143·111
Fernsehrundfunkgebühren	408·000	376·959
Summe...	551·136	520·070

[2]) Auf Grund des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 225/1967, erfolgt ab dem Jahre 1965 die Finanzierung der Ausgaben für die Automatisierung des Fernsprechnetzes aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	8					**Post- und Telegraphenanstalt:**					
	7	8	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	8	2	0	4	33	Laufende Einnahmen	211·569	.....	211·569	128·048	126·848
	7	8	2	1	7	33	Einnahmen (V)	.....	34·334	34·334	36·064	25·211
							Summe 782 ...	211·569	34·334	245·903	164·112	152·059
	7	8	3				Gebühren: [1]					
	7	8	3	0	4	33	Gebühren/Post	2.590·000	.....	2.590·000	2.560·000	1.908·771
	7	8	3	1	4	33	Gebühren/Telegraph	82·000	.....	82·000	79·200	68·174
	7	8	3	2	4	33	Gebühren/Fernschreiber	210·000	.....	210·000	206·000	171·785
	7	8	3	3			Fernsprecher:					
	7	8	3	3	0	33	Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher [2]	1.058·000	.....	1.058·000	1.163·000	450·344
	7	8	3	3	4	33	Sonstige Gebühren/Fernsprecher	2.000·000	.....	2.000·000	1.680·000	1.680.000
							Summe 7833 ...	3.058·000	.....	3.058·000	2.843·000	2·130.344
	7	8	3	4	4	33	Gebühren/Funk	189·000	.....	189·000	66·833	56·347
							Rundfunk:					
							Zweckgebundene	.....	.....	.....	143·136	142·766
							Sonstige	.....	.....	.....	35·784	35·691
							Summe ...	.....	.....	.....	178·920	178·457
							Fernsehrundfunk:					
							Zweckgbundene	.....	.....	.....	408·000	375·001
							Sonstige	.....	.....	.....	102·000	93·750
							Summe ...	.....	.....	.....	510·000	468·751
							Summe 783 ...	6.129·000	.....	6.129·000	6.443·953	4.982·629
	7	8	4	0	4	33	Postauto [1]	355·000	.....	355·000	370·000	314·490
	7	8	5	0	4	33	Pensionsbeiträge	120·841	.....	120·841	108·783	108·151
	7	8	6	0	4	33	Vergütung seitens des Postsparkassenamtes	148·319	.....	148·319	142·787	134·898
	7	8	7	0	0	33	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	1·000	.....	1·000	1·000	.....
							Gesamteinnahmen 78 ...	6.965·729	34·334	7.000·063	7.230·635	5.692·227

[1]) Für die „Rückzahlung von Gebühren" sind beim Ansatz 1/7 8347 Post 7296, 7297 und 7298 folgende Beträge ausgewiesen:

	1968	1967	1966
	Millionen Schilling		
Fernmeldedienst	52·290	35·943	40·284
Postautodienst	0·200	0·100	0·172
Postdienst	42·000	30·500	29·732
Summe...	94·490	66·543	70·188

[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/78403.

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	6.831·664	6.954·755	6.061·253
Betriebseinnahmen	7.000·063	7.230·635	5.692·227
Kassamäßiger Betriebsüberschuß.	168·399	275·880	.....
Kassamäßiger Betriebsabgang.	.....	.....	369·026

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	7	9					**Österreichische Bundesbahnen:**						
1	7	9	2				Personalaufwand:						
	7	9	2	0	0	33	Aktivitätsaufwand	4.838·683	.....	.....	4.838·683	4.511·380	[1] 4.298·310
	7	9	2	1	0	33	Pensionsaufwand	3.093·720	.....	.....	3.093·720	2.866·100	2.617·410
							Summe 792 ...	7.932·403	.....	.....	7.932·403	7.377·480	6.915·720
	793/797						Sachaufwand:						
	7	9	3	1	3	33	Anlagen	.....	.....	699·000	699·000	849·334	645·396
	7	9	3	2	5	33	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	91·676	91·676	87·605	24·353
	7	9	3	3	6	33	Förderungsausgaben	.....	0·086	.....	0·086	0·108	0·108
	7	9	3	4	7	33	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	931·600	.....	931·600	1.000·327	805·314
	7	9	3	5	8	33	Regieaufwand	.....	406·080	.....	406·080	337·335	[1] 325·755
	7	9	3	6	8	33	Sonstige Aufwandskredite	.....	1.283·032	.....	1.283·032	1.169·832	1.170·352
	7	9	3	8	9	33	Erhöhung der Materialvorräte	.....	.....	0·001	0·001	0·001	0·058
							Aufwandskredite (V)	.....	.....	.....	.....	113·200	101·881
							Summe 793 ...	.....	2.620·798	790·677	3.411·475	3.557·742	3.073·217
	7	9	7	0	8	33	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)	.....	50·000	.....	50·000	50·000	.....
							Summe 793/797 ...	.....	2.670·798	790·677	3.461·475	3.607·742	3.073·217
							Summe 792/793/797 ...	7.932·403	2.670·798	790·677	11.393·878	10.985·222	9.988·937
5	7	9	9				Außerordentliche Gebarung:						
	7	9	9	0	3	33	Elektrifizierung	.....	.....	359·998	359·998	403·500	309·180
	7	9	9	1	3	33	Schnellbahn	.....	.....	0·001	0·001	.....	98·155
	7	9	9	2	3	33	Fahrpark und sonstige Investitionen	.....	.....	578·500	578·500	503·000	218·276
	7	9	9	3	3	33	Tauerntunnel	.....	.....	0·001	0·001	1·000	0·876
							Summe 799 ...	.....	.....	938·500	938·500	907·500	626·487
							Gesamtausgaben 1/79 ...	7.932·403	2.670·798	790·677	11.393·878	10.985·222	9.988·937
							Gesamtausgaben 5/79 ...	.....	.....	938·500	938·500	907·500	626·487
							Gesamtausgaben 79 ...	7.932·403	2.670·798	1.729·177	12.332·378	11.892·722	10.615·424
							Gesamtausgaben 1/7 ...	13.063·713	5.298·602	2.267·285	20.629·600	20.130·863	18.159·555
							5/7 ...	.....	.....	938·500	938·500	907·500	655·475
							Gesamtausgaben 7 ...	13.063·713	5.298·602	3.205·785	21.568·100	21.038·363	18.815·030

[1] Hievon wurden 28·988 Millionen Schilling in der außerordentlichen Gebarung verrechnet.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	7	9					**Österreichische Bundesbahnen:**					
	7	9	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	9	2	0	0	33	Zweckgebundene Einnahmen[1]	5·100	.....	5·100	6·100	22·383
	7	9	2	1	2	33	Zweckgebundene Einnahmen (V)[2]	.....	1·000	1·000	1·000	2·563
	7	9	2	2	4	33	Laufende Einnahmen	737·500	.....	737·500	528·720	489·691
	7	9	2	3	7	33	Einnahmen (V)	.....	31·400	31·400	217·820	210·850
							Summe 792 ...	742·600	32·400	775·000	753·640	725·487
	7	9	3	0	4	33	Personenverkehrseinnahmen	2.110·000	.....	2.110·000	2.280·000	1.894·011
	7	9	4	0	4	33	Güterverkehrseinnahmen	5.250·000	.....	5.250·000	5.329·360	4.911·095
	7	9	6	0	7	33	Verminderung der Materialvorräte	.....	30·000	30·000	50·000	.....
	7	9	7	0	0	33	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	50·000	.....	50·000	50·000	.....
	7	9	8	0	0	33	Schnellbahn	.....	.....	.....	.....	.....
							Gesamteinnahmen 79 ...	8.152·600	62·400	8.215·000	8.463·000	7.530·593
							Gesamteinnahmen 7 ...	17.685·768	114·425	17.800·193	18.093·168	15.628·606

Kassamäßiger Saldo

	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	11.393·878	10.985·222	9.988·937
Betriebseinnahmen	8.215·000	8.463·000	7.530·593
Kassamäßiger Betriebsabgang	3.178·878	2.522·222	2.458·344
Außerordentliche Gebarung	938.500	907·500	626·487
Kassamäßiger Gesamtabgang	4.117·378	3.429·722	3.084·831

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei 79313, 79923 und 96717 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei 79313 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	**8**						**Postsparkassenamt**						
	8	**0**					**Postsparkassenamt:**						
	8	0	0				Personalaufwand:						
	8	0	0	0	0	38	Aktivitätsaufwand	107·870	.....	.....	107·870	94·366	83·490
	8	0	0	1	0	38	Pensionsaufwand	63·858	.....	.....	63·858	56·188	53·573
							Summe 800	171·728	.....	.....	171·728	150·554	137·063
	8	0	1	0	1	38	Verwaltungsaufwand	.....	12·627	.....	12·627	72·415	62·646
	8	0	2	0	3	38	Anlagen	.....	.....	7·221	7·221	10·059	2·026
	8	0	3	0	5	38	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	1·262	1·262	1·168	0·295
	8	0	4	0	7	38	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	326·705	.....	326·705	315·371	286·508
	8	0	5	0	8	38	Aufwandskredite	.....	6·951	.....	6·951	1·883	1·236
							Gesamtausgaben 80	171·728	426·283	8·483	606·494	551·450	489·774
							Gesamtausgaben 8	171·728	426·283	8·483	606·494	551·450	489·774

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
	8						**Postsparkassenamt**					
2	**8**	**0**					**Postsparkassenamt:**					
	8	0	0	0	4	38	Laufende Einnahmen	637·369	.....	637·369	571·105	564·835
	8	0	0	1	7	38	Einnahmen (V)	.....	0·300	0·300	0·320	0·342
							Gesamteinnahmen 80	637·369	0·300	637·669	571·425	565·177
							Gesamteinnahmen 8	637·369	0·300	637·669	571·425	565·177

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	9						**Finanzschuld:** [1]						
1	**9**	**0**					**Schulden aus Anleihen Österreichs vor 1938:**						
	9	0	0				4½%-Internationale Bundesanleihe 1930:						
	9	0	0	0	7	43	Verzinsung	.....	4·722	.....	4·722	5·452	5·192
	9	0	0	1	7	43	Tilgung	.....	.....	7·773	7·773	7·823	11·467
	9	0	0	2	7	43	Aufgeld	.....	0·069	.....	0·069	0·073	0·086
							Summe 900 ...	.....	4·791	7·773	12·564	13·348	16·745
	9	0	1				Schuld an die Garantiestaaten der Bundesanleihen 1933 und 1934:						
	9	0	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	7·000	7·000	7·000	7·000
	9	0	2				4½%-Garantierte österreichische Konversionsanleihe 1934:						
	9	0	2	0	7	43	Verzinsung	.....	12·663	.....	12·663	13·320	13·960
	9	0	2	1	7	43	Tilgung	.....	.....	15·733	15·733	21·078	14·439
							Summe 902 ...	.....	12·663	15·733	28·396	34·398	28·399
	9	0	3				Sonstige Auslandschulden:						
	9	0	3	0	7	43	Verzinsung	.....	0·001	.....	0·001	0·001	0·000
	9	0	3	1	7	43	Tilgung	.....	.....	1·500	1·500	1·500	0·477
							Summe 903 ...	.....	0·001	1·500	1·501	1·501	0·477
	9	0	4				Inlandschulden:						
	9	0	4	0	7	43	Verzinsung	.....	0·200	.....	0·200	0·005	0·000
	9	0	4	1	7	43	Tilgung	.....	.....	0·020	0·020	0·001	0·000
							Summe 904 ...	.....	0·200	0·020	0·220	0·006	0·000
							Gesamtausgaben 90 ...	.....	17·655	32·026	49·681	56·253	52·621

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/500 mitveranschlagt.
Paragraph 0 und 2: Laufende Ausgaben für Verzinsung (Treffer u. ä.).
1 und 4: Ausgaben der Vermögensgebarung für Tilgung.
3: Sonstige laufende Ausgaben (z. B. Spesen).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968			Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
	9						**Finanzschuld:**					
2	9	0	0	0	4	43	**Schulden aus Anleihen Österreichs vor 1938**	.....	.....	.....	0·001	0·000

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	91/92						**Finanzschulden seit 1945 (Ausland):**						
	9	1	0				3% (4%)-1. Kredit der Export-Import-Bank:						
	9	1	0	0	7	43	Verzinsung	.....	1·102	.....	1·102	1·200	0·964
	9	1	0	1	7	43	Tilgung	.....	.....	2·677	2·677	2·371	2·074
							Summe 910 ...	.....	1·102	2·677	3·779	3·571	3·038
	9	1	1				3% (4%)-2. Kredit der Export-Import-Bank:						
	9	1	1	0	7	43	Verzinsung	.....	14·585	.....	14·585	14·692	11·085
	9	1	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	3·010	3·010	2·555	2·113
							Summe 911 ...	.....	14·585	3·010	17·595	17·247	13·198
	9	1	2				3% (4%)-3. Kredit der Export-Import-Bank:						
	9	1	2	0	7	43	Verzinsung	.....	9·645	.....	9·645	9·696	7·301
	9	1	2	1	7	43	Tilgung	.....	.....	1·502	1·502	1·197	0·901
							Summe 912 ...	.....	9·645	1·502	11·147	10·893	8·202
	9	1	3				$4^{7}/_{8}$%-Schweizer Regierungskredit 1957:						
	9	1	3	0	7	43	Verzinsung	.....	7·806	.....	7·806	9·156	10·443
	9	1	3	1	7	43	Tilgung	.....	.....	29·038	29·038	27·688	26·400
							Summe 913 ...	.....	7·806	29·038	36·844	36·844	36·843
	9	1	4				5½%-Dollar-Anleihe 1958:						
	9	1	4	0	7	43	Verzinsung	.....	17·780	.....	17·780	20·734	23·687
	9	1	4	1	7	43	Tilgung	.....	.....	53·706	53·706	53·706	53·706
							Summe 914 ...	.....	17·780	53·706	71·486	74·440	77·393
	9	1	5				5¼% (6%)-US-Kredite 1961/II:						
	9	1	5	0	7	43	Verzinsung	.....	4·179	.....	4·179	6·197	9·830
	9	1	5	1	7	43	Tilgung	.....	.....	33·825	33·825	33·825	69·197
							Summe 915 ...	.....	4·179	33·825	38·004	40·022	79·027
	9	1	6				5%-Schweizer-Franken-Anleihe 1961:						
	9	1	6	0	7	43	Verzinsung	.....	14·950	.....	14·950	14·950	14·900
	9	1	7				Darlehen der Bundesrepublik Deutschland 1961:						
	9	1	7	1	7	43	Tilgung	.....	.....	3·377	3·377	2·926	1·945

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968			Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	91/92						**Finanzschulden seit 1945 (Ausland)**					
	9	1	3				$4^{7}/_{8}$%-Schweizer Regierungskredit 1957:					
	9	1	3	0	4	33	Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen zur Verzinsung	14·897	.....	14·897	14·897	14·897

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	9	1	8				US-Kredite 1962/II:						
	9	1	8	0	7	43	Verzinsung	.....	10·404	.....	10·404	16·300	5·585
	9	1	8	1	7	43	Tilgung	.....	.....	121·613	121·613	121·613	121·612
							Summe 918	.....	10·404	121·613	132·017	137·913	127·197
	9	1	9				6%-Dollar-Anleihe 1964:						
	9	1	9	0	7	43	Verzinsung	.....	27·886	.....	27·886	27·886	27·886
	9	2	0				6³/₄%-Dollar-Anleihe 1967:						
	9	2	0	0	7	43	Verzinsung	.....	39·215	.....	39·215	.....	.....
	9	2	8				Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite:[1]						
	9	2	8	0	7	43	Verzinsung	.....	125·756	.....	125·756	16·653	.....
	9	2	8	1	7	43	Tilgung	.....	.....	337·006	337·006	8·372	.....
							Summe 928	.....	125·756	337·006	462·762	25·025	.....
	9	2	9				Sonstige Kredite:						
	9	2	9	0	7	43	Verzinsung	.....	62·902	.....	62·902	.....	.....
							5%-US-Kredite 1963:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	.....	14·111
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	.....	335·660
							Summe	.....	.....	.....	.....	.....	349·771
							5%-US-Kommerzbank-Kredit 1963:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	.....	3·461
							2⅜%-Surplus-Kredit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	0·215	0·202
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	5·986	2·500
							Summe	.....	.....	.....	.....	6·201	2·702
							5¼%-US-Kredite 1962/I:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	2·758	8·207
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	105·346	102·247
							Summe	.....	.....	.....	.....	108·104	110·454
							2·8%-Italienischer Warenkredit 1962:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	0·242	0·568
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	17·381	17·381
							Summe	.....	.....	.....	.....	17·623	17·949
							6½%-Konvertierter US-Kredit 1963:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	4·476	.....
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	103·280	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....	107·756	.....
							5%-US-Kommerzbank-Kredit 1964:						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	3·820	8·153
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	129·100	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....	132·920	8·153
							Gesamtausgaben 91/92	.....	336·210	585·754	921·964	764·321	882·119

[1]) Im BVA. 1967 als „Warenkredite 1966" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
							US-Kredite 1962/II:					
							Rückverrechnung der Treuhandzahlungen	.....	.....	.....	.....	56·433
							Gesamteinnahmen 91/92	14·897	.....	14·897	14·897	71·330

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Untereinteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	93/98						**Finanzschulden seit 1945 (Inland)**						
	9	3	0				Restforderungen gemäß § 14 WSchG.:						
	9	3	0	0	7	43	Verzinsung	.....	20·238	.....	20·238	14·062	0·470
	9	3	0	1	7	43	Tilgung	.....	.....	15·000	15·000	15·000	1·552
							Summe 930	.....	20·238	15·000	35·238	29·062	2·022
	9	3	1				2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I[1])						
	9	3	1	0	7	43	Verzinsung	.....	11·589	.....	11·589	11·558	10·766
	9	3	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
							Summe 931	.....	11·589	0·001	11·590	11·558	10·766
	9	3	2				2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II[2])						
	9	3	2	0	7	43	Verzinsung	.....	32·895	.....	32·895	32·160	29·886
	9	3	2	1	7	43	Tilgung	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
							Summe 932	.....	32·895	0·001	32·896	32·160	29·886
	9	3	3				2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank [3])						
	9	3	3	0	7	43	Verzinsung	.....	62·254	.....	62·254	61·481	62·196
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	71·375	.....
							Summe 933	.....	62·254	.....	62·254	132·856	62·196
	9	3	4				3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen:						
	9	3	4	0	7	43	Verzinsung	.....	6·044	.....	6·044	7·219	7·583
	9	3	4	1	7	43	Tilgung	.....	.....	27·659	27·659	27·659	34·178
							Summe 934	.....	6·044	27·659	33·703	34·878	41·761
	9	3	5				4%-Bundesschuldverschreibungen (Versicherungswiederaufbau)						
	9	3	5	0	7	43	Verzinsung	.....	0·134	.....	0·134	0·540	0·828
	9	3	5	1	7	43	Tilgung	.....	.....	7·125	7·125	7·276	10·216
							Summe 935	.....	0·134	7·125	7·259	7·816	11·044
							2%-Verpflichtungen des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank (BGBl. Nr. 245/1948 und 67/1950):						
							Verzinsung	.....	.....	.....	.....	.....	0·468
							Tilgung	.....	.....	.....	.....	.....	37·052
							Summe	.....	.....	.....	.....	.....	37·520

[1]) Kredit für Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[2]) Kredit zur Einlösung der zugunsten internationaler Finanzinstitutionen begebenen Bundesschatzscheine, einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[3]) Einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	93/98						**Finanzschulden seit 1945 (Inland):**					
	9	3	4				Beiträge und Abführen der Kreditinstitute (Rekonstruktion):					
	9	3	4	0	4	43	Beiträge gemäß § 6 (4)	20·000	.....	20·000	20·000	20·000
	9	3	4	1	4	43	Abführen gemäß § 7	25·000	.....	25·000	25·000	29·953
	9	3	4	2	4	43	Abführen gemäß § 8 (1)	0·500	.....	0·500	0·500	1·909
	9	3	4	3	4	43	Abführen gemäß § 8 (2)	1·000	.....	1·000	1·000	.....
	9	3	4	4	4	43	Abführen gemäß § 8 (4)	0·150	.....	0·150	0·150	0·160
							Summe 934...	46·650	.....	46·650	46·650	52·022
	9	3	5				Beiträge der Versicherungsanstalten (Versicherungswiederaufbau):					
	9	3	5	0	4	43	Beiträge gemäß § 24 (2)	0·879	.....	0·879	0·879	0·879

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	9	4	0				5%-Aufbauanleihe 1949:						
	9	4	0	0	7	43	Verzinsung	.....	6·664	.....	6·664	7·443	8·185
	9	4	0	1	7	43	Tilgung	.....	.....	16·368	16·368	15·588	14·846
							Summe 940 ...	.....	6·664	16·368	23·032	23·031	23·031
	9	4	1				Anteil des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953:						
	9	4	1	0	7	43	Verzinsung	.....	4·217	.....	4·217	4·619	5·019
	9	4	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	7·751	7·751	7·751	7·417
	9	4	1	2	7	43	Treffer	.....	0·465	.....	0·465	0·507	0·549
							Summe 941 ...	.....	4·682	7·751	12·433	12·877	12·985
	9	4	2				6½%-Investitionsanleihe 1956:						
	9	4	2	0	7	43	Verzinsung	.....	10·400	.....	10·400	13·000	15·600
	9	4	2	1	7	43	Tilgung	.....	.....	40·000	40·000	40·000	40·000
							Summe 942 ...	.....	10·400	40·000	50·400	53·000	55·600
	9	4	3				6½%-Salzburger Festspielhausanleihe:						
	9	4	3	0	7	43	Verzinsung	.....	1·138	.....	1·138	1·365	1·593
	9	4	3	1	7	43	Tilgung	.....	.....	3·500	3·500	3·500	3·500
							Summe 943 ...	.....	1·138	3·500	4·638	4·865	5·093
	9	4	4				7%-Verkehrsanleihe 1957:						
	9	4	4	0	7	43	Verzinsung	.....	6·125	.....	6·125	7·350	8·575
	9	4	4	1	7	43	Tilgung	.....	.....	17·500	17·500	17·500	17·500
							Summe 944 ...	.....	6·125	17·500	23·625	24·850	26·075
	9	4	5				7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B):						
	9	4	5	0	7	43	Verzinsung	.....	18·900	.....	18·900	22·400	25·900
	9	4	5	1	7	43	Tilgung	.....	.....	50·000	50·000	50·000	50·000
							Summe 945 ...	.....	18·900	50·000	68·900	72·400	75·900
	9	4	6				6%-Trefferanleihe 1958:						
	9	4	6	0	7	43	Verzinsung	.....	3·300	.....	3·300	3·900	4·500
	9	4	6	1	7	43	Tilgung	.....	.....	10·000	10·000	10·000	10·000
	9	4	6	2	7	43	Treffer	.....	0·700	.....	0·700	0·700	0·700
							Summe 946 ...	.....	4·000	10·000	14·000	14·600	15·200
	9	4	7				Schnellbahn-Kredite:						
	9	4	7	0	7	43	Verzinsung	.....	2·188	.....	2·188	6·988	10·481
	9	4	7	1	7	43	Tilgung	.....	.....	70·000	70·000	95·000	95·000
							Summe 947 ...	.....	2·188	70·000	72·188	101·988	105·481
	9	4	8				7%-Investitionsanleihe 1958/II:						
	9	4	8	0	7	43	Verzinsung	.....	18·900	.....	18·900	22·050	25·200
	9	4	8	1	7	43	Tilgung	.....	.....	45·000	45·000	45·000	45·000
							Summe 948 ...	.....	18·900	45·000	63·900	67·050	70·200

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	9	4	3				6½%-Salzburger Festspielhausanleihe:					
	9	4	3	0	4	13	Beiträge für Verzinsung	0·374	.....	0·374	0·449	0·526
	9	4	3	1	7	13	Beiträge für Tilgung	.....	1·155	1·155	1·155	1·155
							Summe 943 ...	0·374	1·155	1·529	1·604	1·681
	9	4	5				7%-Investitionsanleihe 1958/I (B):					
	9	4	5	0	4	13	Beiträge für Verzinsung	0·508	.....	0·508	0·600	0·693
	9	4	5	1	7	13	Beiträge für Tilgung	.....	1·320	1·320	1·320	1·320
							Summe 945 ...	0·508	1·320	1·828	1·920	2·013
							Beiträge für den Schnellbahnkredit 1961:					
							Beiträge der Gemeinde Wien für Verzinsung	.....	.....	.....	1·218	1·828

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	9	4	9				Bundes-Losanleihe 1958:						
	9	4	9	1	7	43	Tilgung	.....	.....	50·000	50·000	.....	.....
	9	4	9	2	7	43	Treffer	.....	3·500	.....	3·500	3·500	3·500
							Summe 949 ...	.....	3·500	50·000	53·500	3·500	3·500
	9	5	0				7%-Bundesanleihe 1959:						
	9	5	0	0	7	43	Verzinsung	.....	96·600	.....	96·600	105·000	113·400
	9	5	0	1	7	43	Tilgung	.....	.....	120·000	120·000	120·000	120·000
							Summe 950 ...	.....	96·600	120·000	216·600	225·000	233·400
	9	5	1				6%-Bundesanleihe 1959:						
	9	5	1	0	7	43	Verzinsung	.....	3·600	.....	3·600	6·000	8·400
	9	5	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	40·000	40·000	40·000	40·000
							Summe 951 ...	.....	3·600	40·000	43·600	46·000	48·400
	9	5	2				6¼%-Bundesanleihe 1959:						
	9	5	2	0	7	43	Verzinsung	.....	52·501	.....	52·501	60·001	67·501
	9	5	2	1	7	43	Tilgung	.....	.....	120·000	120·000	120·000	120·000
							Summe 952 ...	.....	52·501	120·000	172·501	180·001	187·501
	9	5	3				7%-Bundesanleihe 1960:						
	9	5	3	0	7	43	Verzinsung	.....	70·000	.....	70·000	78·750	87·500
	9	5	3	1	7	43	Tilgung	.....	.....	125·000	125·000	125·000	125·000
							Summe 953 ...	.....	70·000	125·000	195·000	203·750	212·500
	9	5	4				Verschiedene Baukredite:						
	9	5	4	0	7	43	Verzinsung	.....	1·021	.....	1·021	1·163	0·849
	9	5	4	1	7	43	Tilgung	.....	.....	3·186	3·186	5·136	5·019
							Summe 954 ...	.....	1·021	3·186	4·207	6·299	5·868
	9	5	5				7%-Bundesanleihe 1961:						
	9	5	5	0	7	43	Verzinsung	.....	29·750	.....	29·750	33·250	35·000
	9	5	5	1	7	43	Tilgung	.....	.....	50·000	50·000	50·000	.....
							Summe 955 ...	.....	29·750	50·000	79·750	83·250	35·000
	9	5	6				Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten:						
	9	5	6	0	7	43	Verzinsung	.....	23·759	.....	23·759	27·984	23·025
	9	5	7				7%-Bundesanleihe 1962:						
	9	5	7	0	7	43	Verzinsung	.....	40·320	.....	40·320	42·000	42·000
	9	5	7	1	7	43	Tilgung	.....	.....	48·000	48·000	.....	.....
							Summe 957 ...	.....	40·320	48·000	88·320	42·000	42·000
	9	5	8				6¾%-Schnellbahnanleihe 1962:						
	9	5	8	0	7	43	Verzinsung	.....	5·063	.....	5·063	6·750	8·438
	9	5	8	1	7	43	Tilgung	.....	.....	25·000	25·000	25·000	25·000
							Summe 958 ...	.....	5·063	25·000	30·063	31·750	33·438

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	9	5	0				7%-Bundesanleihe 1959:					
	9	5	0	0	4	13	Beiträge für Verzinsung	0·600	.....	0·600	0·693	0·785
	9	5	0	1	7	13	Beiträge für Tilgung	.....	1·320	1·320	1·320	1·320
							Summe 950 ...	0·600	1·320	1·920	2·013	2·105
	9	5	8				6¾%-Schnellbahnanleihe 1962:					
	9	5	8	0	4	33	Beiträge der Gemeinde Wien für Verzinsung	2·531	.....	2·531	3·375	4·219

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	9	5	9				6%-Bundesobligationen 1962:						
	9	5	9	0	7	43	Verzinsung	.....	16·800	.....	16·800	19·200	21·600
	9	5	9	1	7	43	Tilgung	.....	.....	40·000	40·000	40·000	40·000
							Summe 959 ...	.....	16·800	40·000	56·800	59·200	61·600
	9	6	0				6¾%-Bundesanleihe 1963:						
	9	6	0	0	7	43	Verzinsung	.....	50·625	.....	50·625	50·625	50·625
	9	6	1				6½%-Bundesanleihe 1963 (A+B):						
	9	6	1	0	7	43	Verzinsung	.....	74·485	.....	74·485	81·250	81·250
	9	6	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	104·210	104·210	104·210	.....
							Summe 961 ...	.....	74·485	104·210	178·695	185·460	81·250
	9	6	2				6¼%-Bundesobligationen 1963:						
	9	6	2	0	7	43	Verzinsung	.....	17·500	.....	17·500	19·688	21·875
	9	6	2	1	7	43	Tilgung	.....	.....	35·000	35·000	35·000	35·000
							Summe 962 ...	.....	17·500	35·000	52·500	54·688	56·875
	9	6	3				6¼%-Darlehen der Verbundgesellschaft 1963:						
	9	6	3	0	7	43	Verzinsung	.....	9·375	.....	9·375	9·375	9·375
	9	6	4				6%-Bundesanleihe 1964:						
	9	6	4	0	7	43	Verzinsung	.....	74·751	.....	74·751	78·000	78·000
	9	6	4	1	7	43	Tilgung	.....	.....	108·370	108·370	.....	.....
							Summe 964...	.....	74·751	108·370	183·121	78·000	78·000
	9	6	5				6%-Konversionsanleihe 1964:						
	9	6	5	0	7	43	Verzinsung	.....	57·000	.....	57·000	60·000	60·000
	9	6	5	1	7	43	Tilgung	.....	.....	100·000	100·000	.....	.....
							Summe 965...	.....	57·000	100·000	157·000	60·000	60·000
	9	6	6				6%-Bundesanleihe 1964/II:						
	9	6	6	0	7	43	Verzinsung	.....	60·000	.....	60·000	60·000	60·000
	9	6	6	1	7	43	Tilgung	.....	.....	83·340	83·340	.....	.....
							Summe 966...	.....	60·000	83·340	143·340	60·000	60·000
	9	6	7				Darlehen für bahneigene Wohnhausanlagen:						
	9	6	7	1	7	43	Tilgung	.....	.....	2·200	2·200	1·754	0·942
	9	6	8				6%-Bundesanleihe 1965:						
	9	6	8	0	7	43	Verzinsung	.....	90·000	.....	90·000	90·000	90·000
	9	6	9				6%-Bundesanleihe 1965/II:						
	9	6	9	0	7	43	Verzinsung	.....	48·000	.....	48·000	48·000	51·334
	9	7	0				6%-Bundesanleihe 1966:						
	9	7	0	0	7	43	Verzinsung	.....	48·000	.....	48·000	48·000	.....
	9	7	1				6%-Bundesanleihe 1966/II:						
	9	7	1	0	7	43	Verzinsung	.....	42·000	.....	42·000	42·000	.....
	9	7	1	1	7	43	Tilgung	.....	.....	50·000	50·000	.....	.....
							Summe 971...	.....	42·000	50·000	92·000	42·000	.....
	9	7	2				6⅜%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966:						
	9	7	2	0	7	43	Verzinsung	.....	10·456	.....	10·456	20·532	.....

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968			Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968				Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	9	7	3				6%-Investitionsanleihe 1967:						
	9	7	3	0	7	43	Verzinsung	.....	47·735	.....	47·735	.....	.....
	9	7	3	1	7	43	Tilgung	.....	.....	53·380	53·380	.....	.....
							Summe 973	.....	47·735	53·380	101·115	.....	.....
	9	7	4				6⅜%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967:						
	9	7	4	0	7	43	Verzinsung	.....	16·875	.....	16·875	.....	.....
	9	7	5				6%-Bundesanleihe 1967:						
	9	7	5	0	7	43	Verzinsung	.....	60·000	.....	60·000	.....	.....
	9	8	7				Einlösung fälliger Schuldverschreibungen vor Verjährung:						
	9	8	7	0	7	43	Verzinsung	.....	0·001	.....	0·001	.....	.....
	9	8	7	1	7	43	Tilgung	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
							Summe 987	.....	0·001	0·001	0·002	.....	.....
	9	8	8	0	7	43	Sonstiger Zinsenaufwand	.....	5·000	.....	5·000	2·000	1·894
	9	8	9				Bundesschatzscheine und sonstige Verpflichtungen:						
	9	8	9	0	7	43	Verzinsung	.....	317·021	.....	317·021	213·329	109·757
	9	8	9	1	7	43	Tilgung	.....	.....	944·000	944·000	1.061·600	819·500
							Summe 989	.....	317·021	944·000	1.261·021	1.274·929	929·257
							Gesamtausgaben 93/98	.....	1.577·889	2.411·592	3.989·481	3.557·088	2·940·544
	9	9					**Sonstige Ausgaben:**						
	9	9	6	0	7	43	Pauschalvorsorge für Verzinsung	.....	160·000	.....	160·000	42·500	26·460
	9	9	7	1	7	43	Pauschalvorsorge für Tilgung	.....	.....	0·001	0·001	.....	103·280
	9	9	8	3	7	43	Begebungskosten	.....	314·050	.....	314·050	130·125	91·204
	9	9	9	3	7	43	Sonstiger Aufwand für den Schuldendienst	.....	8·100	.....	8·100	5·300	5·018
							Gesamtausgaben 99	.....	482·150	0·001	482·151	177·925	225·962
							Gesamtausgaben 9	.....	2.413·904	3.029·373	5.443·277	4.555·587	4.101·246
							Gesamtausgaben 1/0 bis 9	30.598·394	40.532·469	10.046·329	81.177·192	74.987·864	68.960·065
							5/0 bis 9	.....	845·600	2.621·578	3.467·178	3.701·687	3.298·524
							Gesamtausgaben 0 bis 9	30.598.394	41.378·069	12.667·907	84.644·370	78.689·551	72.258·589

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1968 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
								Millionen Schilling				
2	9	8	8				Beiträge für Zinsen:					
	9	8	8	0	4	33	Beiträge der Post- und Telegraphenanstalt für Verzinsung	80·000	.....	80·000	80·000	88·000
	9	8	8	1	4	33	Beiträge der Österreichischen Bundesbahnen für Verzinsung	245·103	.....	245·103	245·103	145·103
	9	8	8	2	4	43	Sonstige Zinsenrückersätze	0·100	.....	0·100	0·010	0·698
							Summe 988	325·203	.....	325·203	325·113	233·801
							Gesamteinnahmen 93 bis 98	376·745	3·795	380·540	382·772	298·548
	9	9					**Sonstige Einnahmen:**					
	9	9	0	0	4	43	Beiträge und Verwaltungseinnahmen	0·036	.....	0·036	0·036	2·961
	9	9	0	0	7	43	Rückersetzte Ausgaben aus dem Vorjahr	.....	91·240	91·240	.....	.....
							Summe 990	0·036	91·240	91·276	0·036	2·961
							Gesamteinnahmen 9	391·678	95·035	486·713	397·706	372·839
							Gesamteinnahmen 2/0 bis 9	76.953·950	832·969	77.786·919	74.992·333	68.537·919
							6/0 bis 9	.....	.....	.....	.....	25·214
							Gesamteinnahmen 0 bis 9	76.953·950	832·969	77.786·919	74.992·333	68.563·133

Anlage I a

Gesamt (Anlagen Bundesvoranschlag 1968, Zusammenfassung der

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung	Ordentliche Gebarung: persönliche	sachliche Ausgaben: Laufende Ausgaben	sachliche Ausgaben: Vermögensgebarung	sachliche Ausgaben: Summe	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Zeile
			Bruttogebarung in Millionen Schilling						
0	1	Präsidentschaftskanzlei	3·708	8·190	0·265	8·455	12·163	0·004	1
	2	Bundesgesetzgebung	11·358	81·012	4·957	85·969	97·327	1·988	2
	3	Verfassungsgerichtshof	1·172	2·441	0·065	2·506	3·678	0·029	3
	4	Verwaltungsgerichtshof	14·089	1·098	0·632	1·730	15·819	0·370	4
	6	Rechnungshof	17·410	6·385	0·610	6·995	24·405	0·012	5
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	111·682	124·574	4·149	128·723	240·405	13·876	6
	1	Inneres	1.917·068	399·545	88·151	487·696	2.404·764	59·333	7
	2	Unterricht	5.987·050	1.381·006	260·333	1.641·339	7.628·389	233·954	8
	3	Kunst	117·317	219·477	24·130	243·607	360·924	45·761	9
	4	Kultus	. . . . .	138·500	. . . . .	138·500	138·500	0·004	10
	5	Soziales	366·611	4.011·245	11·621	4.022·866	4.389·477	1.435·633	11
	6	Sozialversicherung	. . . . .	8.494·680	. . . . .	8.494·680	8.494·680	350·050	12
2	0	Äußeres	184·187	168·196	23·474	191·670	375·857	3·610	13
3	0	Justiz	661·784	294·002	29·437	323·439	985·223	606·364	14
4	0	Militärische Angelegenheiten	1.316·351	1.803·268	18·495	1.821·763	3.138·114	85·900	15
5	0	Finanzverwaltung	1.405·226	746·980	62·779	809·759	2.214·985	295·670	16
	1	Kassenverwaltung	295·927	112·755	104·000	216·755	512·682	9·420	17
	2	Öffentliche Abgaben	. . . . .	72·000	. . . . .	72·000	72·000	43.634·737	18
	3	Finanzausgleich	. . . . .	1.018·920	. . . . .	1.018·920	1.018·920	1.275·438	19
	4	Bundesvermögen	. . . . .	409·451	420·955	830·406	830·406	682·073	20
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	3.801·190	. . . . .	3·798	3·798	3.804·988	555·731	21
	6	Familienlastenausgleich	. . . . .	6.514·002	. . . . .	6.514·002	6.514·002	7.082·334	22
	7	Staatsvertrag	. . . . .	196·516	. . . . .	196·516	196·516	33·718	23
6	0	Land- und Forstwirtschaft	353·798	1.454·693	52·269	1.506·962	1.860·760	528·284	24
	2	Preisausgleiche	. . . . .	2.525·943	. . . . .	2.525·943	2.525·943	623·300	25
	3	Handel, Gewerbe, Industrie	84·660	241·856	22·598	264·454	349·114	306·198	26
	4	Bauten und Technik	483·120	1.734·504	3.458·203	5.192·707	5.675·827	347·366	27
	5	Verkehr	229·245	232·441	68·644	301·085	530·330	4·410	28
	6	Verstaatlichte Unternehmungen	. . . . .	. . . . .	81·623	81·623	81·623	23·568	29
7	0	Staatsdruckerei	98·883	83·385	21·950	105·335	204·218	196·328	30
	1	Bundestheater	357·759	74·178	9·546	83·724	441·483	126·230	31
	2	Bundesapotheken	2·795	4·394	0·056	4·450	7·245	7·497	32
	3	Salz (Monopol)	117·054	82·094	22·435	104·529	221·583	211·492	33
	4	Glücksspiele (Monopol)	8·796	417·831	1·003	418·834	427·630	491·009	34
	5	Branntwein (Monopol)	4·063	228·748	2·029	230·777	234·840	687·246	35
	6	Hauptmünzamt	16·541	133·930	1·924	135·854	152·395	180·955	36
	7	Österreichische Bundesforste	455·304	176·651	82·709	259·360	714·664	666·682	37
	8	Post- und Telegraphenanstalt	4.070·115	1.426·593	1.334·956	2.761·549	6.831·664	6.965·729	38
	9	Österreichische Bundesbahnen	7.932·403	2.670·798	790·677	3.461·475	11.393·878	8.152·600	39
8	0	Postsparkassenamt	171·728	426·283	8·483	434·766	606·494	637·369	40
9		Finanzschuld	. . . . .	2.413·904	3.029·373	5.443·277	5.443·277	391·678	41
		Kapitel 01 bis 99 (Summe)	[1] 30.598·394	40.532·469	10.046·329	50.578·798	81.177·192	76.953·950	42

[1] Aktivitätsaufwand . . . . . 22.257·135 Millionen Schilling.
Pensionsaufwand . . . . . 8.341·259 Millionen Schilling.

Anlage Ia

übersichten

Ia bis Id)

ordentlichen und außerordentlichen Gebarung

Zeile	Ordentliche Gebarung			Außerordentliche Gebarung						Gesamtabgang (—), -überschuß (+)
	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	Abgang (—), Überschuß (+)	Laufende sachliche Ausgaben	Vermögensgebarung (Ausgaben)	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	
	Bruttogebarung in Millionen Schilling									
1	0·050	0·054	— 12·109	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 12·109
2	0·055	2·043	— 95·284	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 95·284
3	0·011	0·040	— 3·638	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3·368
4	0·104	0·474	— 15·345	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 15·345
5	0·180	0·192	— 24·213	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 24·213
6	0·912	14·788	— 225·617	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 225·617
7	15·682	75·015	— 2.329·749	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2.329·749
8	38·012	271·966	— 7.356·423	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 7.356·423
9	0·299	46·060	— 314·864	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 314·864
10	. . . . .	0·004	— 138·496	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 138·496
11	9·911	1.445·544	— 2.943·933	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2.943·933
12	. . . . .	350·050	— 8.144·630	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 8.144·630
13	1·255	4·865	— 370·992	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 370·992
14	4·425	610·789	— 374·434	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 374·434
15	13·150	99·050	— 3.039·064	420·000	. . . . .	420·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3.459·064
16	7·817	303·487	— 1.911·498	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.911·498
17	30·800	40·220	— 472·462	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 472·462
18	. . . . .	43.634·737	+43.562·737	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 43.562·737
19	. . . . .	1.275·438	+ 256·518	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 256·518
20	176·543	858·616	+ 28·210	. . . . .	694·603	694·603	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 666·393
21	1·730	557·461	— 3.247·527	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3.247·527
22	. . . . .	7.082·334	+ 568·332	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 568·332
23	215·449	249·167	+ 52·651	. . . . .	3·404	3·404	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 49·247
24	11·560	539·844	— 1.320·916	410·000	. . . . .	410·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.730·916
25	. . . . .	623·300	— 1.902·643	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.902·643
26	23·618	329·816	— 19·298	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 19·298
27	10·527	357·893	— 5.317·934	15·600	985·071	1.000·671	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 6.318·605
28	3·064	7·474	— 522·856	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 522·856
29	58·055	81·623	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
30	1·351	197·679	— 6·539	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 6·539
31	0·570	126·800	— 314·683	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 314·683
32	0·006	7·503	+ 0·258	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 0·258
33	1·024	212·516	— 9·067	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 9·067
34	1·030	492·039	+ 64·409	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 64·409
35	0·093	687·339	+ 452·499	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 452·499
36	0·018	180·973	+ 28·578	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 28·578
37	13·599	680·281	— 34·383	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 34·383
38	34·334	7.000·063	+ 168·399	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 168·399
39	62·400	8.215·000	— 3.178·878	. . . . .	938·500	938·500	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 4.117·378
40	0·300	637·669	+ 31·175	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 31·175
41	95·035	486·713	— 4.956·564	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 4.956·564
42	832·969	77.786·919	— 3.390·273	845·600	2.621·578	3.467·178	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 6.857·451

Anlage I a
(Fortsetzung)

Unterschiede des Bundesvoranschlages 1968

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung	Ordentliche Gebarung: persönliche Ausgaben – Laufende Ausgaben	Ordentliche Gebarung: sachliche Ausgaben – Laufende Ausgaben	Ordentliche Gebarung: sachliche Ausgaben – Vermögensgebarung	Ordentliche Gebarung: sachliche Ausgaben – Summe	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Zeile
			Bruttogebarung in Millionen Schilling						
0	1	Präsidentschaftskanzlei	+ 0·356	— 0·524	— 0·139	— 0·663	— 0·307	. . . . .	1
	2	Bundesgesetzgebung	+ 0·160	+ 6·547	— 0·557	+ 5·990	+ 6·150	+ 0·127	2
	3	Verfassungsgerichtshof	+ 0·122	+ 0·346	— 0·150	+ 0·196	+ 0·318	. . . . .	3
	4	Verwaltungsgerichtshof	+ 1·337	+ 0·099	— 0·008	+ 0·091	+ 1·428	+ 0·007	4
	6	Rechnungshof	+ 1·451	— 0·443	+ 0·170	— 0·273	+ 1·178	+ 0·001	5
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	+ 8·564	+ 15·124	— 1·983	+ 13·141	+ 21·705	+ 2·591	6
	1	Inneres	+ 127·873	+ 29·207	— 13·899	+ 15·308	+ 143·181	+ 6·157	7
	2	Unterricht	+ 1.025·954	+ 36·146	+ 15·318	+ 51·464	+ 1.077·418	— 98·668	8
	3	Kunst	+ 3·785	— 0·343	— 0·368	— 0·711	+ 3·074	+ 4·673	9
	4	Kultus	. . . . .	+ 2·206	. . . . .	+ 2·206	+ 2·206	+ 0·002	10
	5	Soziales	+ 27·976	+ 278·000	+ 0·551	+ 278·551	+ 306·527	+ 60·581	11
	6	Sozialversicherung	. . . . .	+ 428·466	. . . . .	+ 428·466	+ 428·466	+ 4·000	12
2	0	Äußeres	+ 8·700	+ 49·189	— 6·666	+ 42·523	+ 51·223	— 8·697	13
3	0	Justiz	+ 51·455	+ 49·879	— 1·264	+ 48·615	+ 100·070	+ 40·590	14
4	0	Militärische Angelegenheiten	+ 134·495	+ 2·425	+ 0·979	+ 3·404	+ 137·899	+ 3·239	15
5	0	Finanzverwaltung	+ 191·529	+ 64·918	+ 13·292	+ 78·210	+ 269·739	— 72·701	16
	1	Kassenverwaltung	+ 295·927	+ 3·355	— 26·000	— 22·645	+ 273·282	+ 3·460	17
	2	Öffentliche Abgaben	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 1.930·625	18
	3	Finanzausgleich	. . . . .	+ 22·620	. . . . .	+ 22·620	+ 22·620	+ 260·484	19
	4	Bundesvermögen	. . . . .	+ 294·936	— 322·707	— 27·771	— 27·771	+ 75·059	20
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	+ 278·286	. . . . .	+ 0·278	+ 0·278	+ 278·564	+ 66·952	21
	6	Familienlastenausgleich	. . . . .	+ 854·002	. . . . .	+ 854·002	+ 854·002	+ 712·200	22
	7	Staatsvertrag	. . . . .	— 50·276	. . . . .	— 50·276	— 50·276	— 23·591	23
6	0	Land- und Forstwirtschaft	+ 19·549	+ 74·565	— 6·839	+ 67·726	+ 87·275	+ 24·616	24
	2	Preisausgleiche	. . . . .	+ 178·358	. . . . .	+ 178·358	+ 178·358	— 162·000	25
	3	Handel, Gewerbe, Industrie	+ 3·777	— 18·215	— 3·994	— 22·209	— 18·432	— 13·471	26
	4	Bauten und Technik	— 221·165	+ 601·035	+ 140·062	+ 741·097	+ 519·932	+ 69·037	27
	5	Verkehr	+ 22·450	+ 91·277	— 9·519	+ 81·758	+ 104·208	+ 0·957	28
	6	Verstaatlichte Unternehmungen	. . . . .	— 3·803	— 20·377	— 24·180	— 24·180	— 81·455	29
7	0	Staatsdruckerei	+ 13·181	+ 19·985	+ 1·071	+ 21·056	+ 34·237	+ 31·104	30
	1	Bundestheater	+ 27·776	— 10·087	— 12·841	— 22·928	+ 4·848	+ 13·172	31
	2	Bundesapotheken	+ 0·246	+ 0·049	+ 0·018	+ 0·067	+ 0·313	+ 0·207	32
	3	Salz (Monopol)	+ 6·896	— 0·412	— 3·484	— 3·896	+ 3·000	+ 2·310	33
	4	Glücksspiele (Monopol)	+ 0·884	+ 64·250	— 0·161	+ 64·089	+ 64·973	+ 75·387	34
	5	Branntwein (Monopol)	+ 0·220	+ 43·130	+ 0·002	+ 43·132	+ 43·352	+ 48·380	35
	6	Hauptmünzamt	+ 0·959	— 15·825	+ 0·447	— 15·378	— 14·419	— 6·958	36
	7	Österreichische Bundesforste	+ 34·500	+ 35·017	+ 7·351	+ 42·368	+ 76·868	+ 22·310	37
	8	Post- und Telegraphenanstalt	+ 354·472	— 396·131	— 81·432	— 477·563	— 123·091	— 228·842	38
	9	Österreichische Bundesbahnen	+ 554·923	+ 113·196	— 259·463	— 146·267	+ 408·656	— 41·580	39
8	0	Postsparkassenamt	+ 21·174	+ 36·614	— 2·744	+ 33·870	+ 55·044	+ 66·264	40
9		Finanzschuld	. . . . .	+ 644·414	+ 243·276	+ 887·690	+ 887·690	— 2·233	41
		Kapitel 01 bis 99 (Summe)	[1])+ 2.997·812	+ 3.543·296	— 351·780	+ 3.191·516	+ 6.189·328	+ 2.784·296	42

[1]) Aktivitätsaufwand .....+ 2.287·304 Millionen Schilling.
Pensionsaufwand .....+ 710·508 Millionen Schilling.

gegenüber Bundesvoranschlag 1967

Anlage Ia

(Fortsetzung)

Zeile	Ordentliche Gebarung			Außerordentliche Gebarung						Gesamtgebarung
	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	günstiger (+) ungünstiger (—)	Laufende sachliche Ausgaben	Vermögensgebarung (Ausgaben)	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	günstiger (+) ungünstiger (—)
	Bruttogebarung in Millionen Schilling									
1	+ 0·005	+ 0·005	+ 0·312	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 0·312
2	+ 0·005	+ 0·132	— 6·018	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 6·018
3	. . . . .	. . . . .	— 0·318	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 0·318
4	+ 0·002	+ 0·009	— 1·419	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1·419
5	— 0·001	. . . . .	— 1·178	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1·178
6	+ 0·039	+ 2·630	— 19·075	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 19·075
7	+ 0·801	+ 6·958	— 136·223	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 136·223
8	+ 11·829	— 86·839	— 1.164·257	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.164·257
9	— 0·957	+ 3·716	+ 0·642	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 0·642
10	. . . . .	+ 0·002	— 2·204	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2·204
11	+ 4·802	+ 65·383	— 241·144	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 241·144
12	. . . . .	+ 4·000	— 424·466	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 424·466
13	— 0·075	— 8·772	— 59·995	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 59·995
14	+ 0·199	+ 40·789	— 59·281	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 59·281
15	+ 3·111	+ 6·350	— 131·549	— 100·000	. . . . .	— 100·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 31·549
16	— 2·131	— 74·832	— 344·571	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 344·571
17	+ 4·933	+ 8·393	— 264·889	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 264·889
18	. . . . .	+ 1.930·625	+ 1.930·625	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 1.930·625
19	. . . . .	+ 260·484	+ 237·864	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 237·864
20	— 28·392	+ 46·667	+ 74·438	. . . . .	— 3·064	— 3·064	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 77·502
21	— 0·036	+ 66·916	— 211·648	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 211·648
22	. . . . .	+ 712·200	— 141·802	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 141·802
23	+ 72·052	+ 48·461	+ 98·737	. . . . .	+ 3·404	+ 3·404	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 95·333
24	+ 1·110	+ 25·726	— 61·549	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 61·549
25	. . . . .	— 162·000	— 340·358	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 340·358
26	+ 2·729	— 10·742	+ 7·690	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 7·690
27	+ 0·249	+ 69·286	— 450·646	+ 15·600	— 181·449	— 165·849	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 284·797
28	— 0·014	+ 0·943	— 103·265	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 103·265
29	+ 57·275	— 24·180	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
30	+ 0·745	+ 31·849	— 2·388	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2·388
31	. . . . .	+ 13·172	+ 8·324	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 8·324
32	+ 0·001	+ 0·208	— 0·105	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 0·105
33	— 0·109	+ 2·201	— 0·799	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 0·799
34	+ 0·008	+ 75·395	+ 10·422	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 10·422
35	— 0·141	+ 48·239	+ 4·887	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 4·887
36	+ 0·002	— 6·956	+ 7·463	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 7·463
37	— 0·821	+ 21·489	— 55·379	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 55·379
38	— 1·730	— 230·572	— 107·481	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 107·481
39	— 206·420	— 248·000	— 656·656	. . . . .	+ 31·000	+ 31·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 687·656
40	— 0·020	+ 66·244	+ 11·200	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 11·200
41	+ 91·240	+ 89·007	— 798·683	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 798·683
42	+ 10·290	+ 2.794·586	— 3.394·742	— 84·400	— 150·109	— 234·509	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3.160·233

Anlage Ib

Zusammenfassung der außerordentlichen Gebarung

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
							Millionen Schilling		
5	4					**Landesverteidigung**			
	4	0				**Militärische Angelegenheiten:**			
	4	0	3			Heer und Heeresverwaltung:			
	4	0	3	0		Lieferungen auf Grund von Kreditverträgen aus 1962:			
	4	0	3	0	3	Anlagen	0·001	77·000	79·279
	4	0	3	0	8	Aufwandskredite	24·999	23·000	20·721
	4	0	3	1		Waffen und Geräte (Ausland):			
	4	0	3	1	3	Anlagen	259·724	280·000	291·344
	4	0	3	1	8	Aufwandskredite	115·276	120·000	108·656
	4	0	3	2		Katastropheneinsatzgerät:			
	4	0	3	2	3	Anlagen	20·000	20·000	. . . . .
						Gesamtausgaben 40...	420·000	520·000	500·000
	5					**Finanzen**			
	5	1				**Kassenverwaltung:**			
	5	1	2			Zuführung an Rücklagen:			
	5	1	2	1	9	Baurücklage	. . . . .	. . . . .	18·802
	5	1	2	3	9	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	. . . . .	. . . . .	13·582
	5	1	2	5	9	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	. . . . .	. . . . .	0·361
						Gesamtausgaben 51...	. . . . .	. . . . .	32·745
	5	4				**Bundesvermögen:**			
	5	4	0			Kapitalbeteiligung:			
	5	4	0	3	2	Elektrizitätsförderungsgesetz	300·000	300·000	299·765
	5	4	0	5	2	Internationale Finanzinstitutionen	255·252	187·626	48·395
	5	4	0	9	3	Sonstige Unternehmungen	86·850	63·950	. . . . .
	5	4	2			Bundesdarlehen:			
	5	4	2	0	5	Verstaatlichte Unternehmungen	31·700	116·590	124·700
	5	4	2	7	5	Sonstige Unternehmungen	0·001	0·001	. . . . .
	5	4	2	9	5	Sonstige	20·800	26·000	. . . . .
						Verstaatlichte Unternehmungen	. . . . .	. . . . .	24·700
						Sonstige Unternehmungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	. . . . .	3·500	1·953
						Gesamtausgaben 54...	694·603	697·667	499·513
	5	7				**Staatsvertrag:**			
	5	7	5			Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:			
	5	7	5	1	2	Liegenschaftsverwaltungen, Instandsetzungskosten	3·404	. . . . .	. . . . .
	6					**Wirtschaft**			
	6	0				**Land- und Forstwirtschaft:**			
	6	0	3			Bundesministerium (Grüner Plan):			
	6	0	3	4	6	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	33·000	37·000	26·794
	6	0	3	5	6	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	200·000	196·000	179·756
	6	0	3	6	6	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	23·000	23·000	6·200
	6	0	3	7	6	Sozialpolitische Maßnahmen	34·000	34·000	27·000
	6	0	3	8	6	Kreditpolitische Maßnahmen	120·000	120·000	120·249
						Wildbach- und Lawinenverbauung (Bauaufwand)	. . . . .	. . . . .	80·500
						Bundesflüsse (Bauaufwand)	. . . . .	. . . . .	58·300
						Konkurrenzgewässer (Bauaufwand)	. . . . .	. . . . .	56·200
						Gesamtausgaben 60...	410·000	410·000	554·999

Anlage Ib

(Fortsetzung)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Bundesrechnungsabschluß 1966
							Millionen Schilling		
5	6	4				**Bauten und Technik:**			
	6	4	3			Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen):			
	6	4	3	4	3	Ausbau	0·001	200·000	175·000
	6	4	6			Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung):			
	6	4	6	1	3	Ankäufe für Schulen der Unterrichtsverwaltung	58·000	45·000	59·454
	6	4	6	3	3	Liegenschaftsankäufe für das Bundesheer	17·250	18·000	18·364
	6	4	6	6	3	Sonstige Liegenschaftsankäufe	30·000	51·000	35·696
	6	4	6	7	3	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	59·650	49·650	5·348
	6	4	7			Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung):			
	6	4	7	1		Schulen der Unterrichtsverwaltung:			
	6	4	7	1	3	Aufholbedarf	150·900	205·000	199·415
	6	4	7	5		Sonstige Bundesgebäude (BGV. I):			
	6	4	7	5	3	Aufholbedarf	4·000	4·000	. . . . .
	6	4	7	6		Sonstige Bundesgebäude (BGV. II):			
	6	4	7	6	3	Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	23·370	23·370	11·933
	6	4	8			Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten):			
	6	4	8	0	8	Überweisungen an die Länder gemäß § 1 (3) FAG 1967	15·600	. . . . .	. . . . .
	6	4	8	1	3	Schulen der Unterrichtsverwaltung	355·000	315·000	284·361
	6	4	8	3	3	Bauten für die Landesverteidigung	105·000	105·000	110·039
	6	4	8	4	3	Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	38·500	37·000	29·988
	6	4	8	5	3	Sonstige Bundesbauten	135·400	113·500	126·194
	6	4	8	6	3	Amtssitz internationaler Organisationen Donaupark	8·000	. . . . .	. . . . .
						Gesamtausgaben 64...	1.000·671	1.166·520	1.055·792
	7					**Bundesbetriebe**			
	7	9				**Österreichische Bundesbahnen:**			
	7	9	9			Außerordentliche Gebarung:			
	7	9	9	0	3	Elektrifizierung	359·998	403·500	330·819
	7	9	9	1	3	Schnellbahn	0·001	. . . . .	100·049
	7	9	9	2	3	Fahrpark und sonstige Investitionen	578·500	503·000	223·731
	7	9	9	3	3	Tauerntunnel	0·001	1·000	0·876
						Gesamtausgaben 79...	938·500	907·500	655·475
						Außerordentliche Ausgaben (Summe).	3.467·178	3.701·687	3.298·524
						Einnahmen			
6	5					**Finanzen**			
	5	1				**Kassenverwaltung:**			
	5	1	2			Entnahme aus Rücklagen:			
	5	1	2	1	7	Baurücklage	. . . . .	. . . . .	17·237
	5	1	2	3	7	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	. . . . .	. . . . .	. . . . .
	5	1	2	5	7	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	. . . . .	. . . . .	7·977
						Außerordentliche Einnahmen (Summe)	. . . . .	. . . . .	25·214

Anlage Ic

Kapitelweise Aufgliederung des Sachaufwandes (Ordentliche und Außerordentliche Gebarung) nach einzelnen Gebarungsgruppen

Gruppe	Kapitel	Gebarungsgruppen → / Ordentliche Gebarung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Summe
				Anlagen		Förderungsausgaben			Aufwandskredite			
			Verwaltungsaufwand	Gesetzliche Verpflichtungen	Ermessenskredite	Gesetzliche Verpflichtungen	Darlehen-	Zuschuß-	Gesetzliche Verpflichtungen	Laufende Gebarung-	Vermögensgebarung-	
							Ermessenskredite			Ermessenskredite		
			Millionen Schilling									
0	1	Präsidentschaftskanzlei	1·605	. . . . .	0·215	. . . . .	0·050	. . . . .	0·815	5·770	. . . . .	8·455
	2	Bundesgesetzgebung	9·138	. . . . .	4·800	. . . . .	0·157	. . . . .	70·246	1·628	. . . . .	85·969
	3	Verfassungsgerichtshof	0·672	. . . . .	0·035	. . . . .	0·030	. . . . .	1·769	. . . . .	. . . . .	2·506
	4	Verwaltungsgerichtshof	1·098	. . . . .	0·440	. . . . .	0·192	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1·730
	6	Rechnungshof	4·660	. . . . .	0·370	. . . . .	0·240	. . . . .	0·725	1·000	. . . . .	6·995
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	33·880	. . . . .	2·724	. . . . .	1·425	6·286	45·780	38·628	. . . . .	128·723
	1	Inneres	326·558	. . . . .	61·698	. . . . .	26·453	3·500	11·628	57·859	. . . . .	487·696
	2	Unterricht	240·460	. . . . .	204·533	. . . . .	55·800	259·329	543·665	337·552	. . . . .	1.641·339
	3	Kunst	32·867	. . . . .	23·830	. . . . .	0·300	107·062	46·902	32·646	. . . . .	243·607
	4	Kultus	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	138·500	. . . . .	. . . . .	138·500
	5	Soziales	48·034	. . . . .	6·548	150·000	5·073	106·994	3.669·916	36·301	. . . . .	4.022·866
	6	Sozialversicherung	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	8.494·680	. . . . .	. . . . .	8.494·680
2	0	Äußeres	78·330	. . . . .	22·520	. . . . .	0·954	1·562	61·345	26·959	. . . . .	191·670
3	0	Justiz	153·862	. . . . .	20·654	. . . . .	8·783	1·154	53·980	85·006	. . . . .	323·439
4	0	Militärische Angelegenheiten	217·993	. . . . .	189·410	. . . . .	17·444	2·871	363·628	1.030·417	. . . . .	1.821·763
5	0	Finanzverwaltung	317·063	. . . . .	44·149	34·590	18·630	96·701	97·454	201·172	. . . . .	809·759
	1	Kassenverwaltung	86·000	. . . . .	104·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	25·000	1·755	. . . . .	216·755
	2	Öffentliche Abgaben	6·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	66·000	. . . . .	. . . . .	72·000
	3	Finanzausgleich	. . . . .	. . . . .	. . . . .	3·000	. . . . .	606·720	409·200	. . . . .	. . . . .	1.018·920
	4	Bundesvermögen	4·200	15·000	296·151	. . . . .	107·900	. . . . .	404·989	. . . . .	2·166	830·406
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	3·798	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	3·798
	6	Familienlastenausgleich	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	6.514·002	. . . . .	. . . . .	6.514·002
	7	Staatsvertrag	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	196·516	. . . . .	. . . . .	196·516

www.parlament.gv.at

Anlage 1c (Fortsetzung).

Gruppe	Kapitel	Gebarungsgruppen → / Ordentliche Gebarung (Fortsetzung)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Summe
			Verwaltungsaufwand	Anlagen: Gesetzliche Verpflichtungen	Anlagen: Ermessenskredite	Förderungsausgaben: Gesetzliche Verpflichtungen	Förderungsausgaben: Darlehen – Ermessenskredite	Förderungsausgaben: Zuschuß – Ermessenskredite	Aufwandskredite: Gesetzliche Verpflichtungen	Aufwandskredite: Laufende Gebarung – Ermessenskredite	Aufwandskredite: Vermögensgebarung – Ermessenskredite	
			Millionen Schilling									
6	0	Land- und Forstwirtschaft	50·480	. . . . .	48·569	. . . . .	3·700	941·110	40·769	422·334	. . . . .	1.506·962
	2	Preisausgleiche	. . . . .	. . . . .	. . . . .	397·343	. . . . .	2.128·600	. . . . .	. . . . .	. . . . .	2.525·943
	3	Handel, Gewerbe, Industrie	18·143	. . . . .	1·406	. . . . .	21·192	195·451	15·860	12·402	. . . . .	264·454
	4	Bauten und Technik	58·793	. . . . .	3.452·083	194·232	5·960	69·412	164·789	1.247·278	0·160	5.192·707
	5	Verkehr	32·527	. . . . .	59·285	27·217	9·359	40·793	1·543	130·361	. . . . .	301·085
	6	Verstaatlichte Unternehmungen	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	81·623	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	81·623
7	0	Staatsdruckerei	. . . . .	. . . . .	21·103	. . . . .	0·847	. . . . .	21·924	61·461	. . . . .	105·335
	1	Bundestheater	1·184	. . . . .	8·696	. . . . .	0·850	. . . . .	0·050	72·944	. . . . .	83·724
	2	Bundesapotheken	. . . . .	. . . . .	0·026	. . . . .	0·030	. . . . .	0·685	3·709	. . . . .	4·450
	3	Salz (Monopol)	. . . . .	. . . . .	21·480	. . . . .	0·955	0·404	15·250	66·440	. . . . .	104·529
	4	Glücksspiele (Monopol)	. . . . .	. . . . .	0·922	. . . . .	0·081	. . . . .	311·077	106·754	. . . . .	418·834
	5	Branntwein (Monopol)	. . . . .	. . . . .	1·980	. . . . .	0·049	. . . . .	60·941	167·807	. . . . .	230·777
	6	Hauptmünzamt	. . . . .	. . . . .	1·763	. . . . .	0·161	. . . . .	0·611	133·319	. . . . .	135·854
	7	Österreichische Bundesforste	. . . . .	. . . . .	75·590	. . . . .	7·119	1·180	45·797	129·674	. . . . .	259·360
	8	Post- und Telegraphenanstalt	. . . . .	. . . . .	1.277·708	. . . . .	57·248	0·108	345·479	1.081·006	. . . . .	2.761·549
	9	Österreichische Bundesbahnen	. . . . .	. . . . .	699·000	. . . . .	91·676	0·086	931·600	1.739·112	0·001	3.461·475
8	0	Postsparkassenamt	92·627	. . . . .	7·221	. . . . .	1·262	. . . . .	326·705	6·951	. . . . .	434·766
9		Finanzschuld	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	5.443·277	. . . . .	. . . . .	5.443·277
		Ordentliche Gebarung (Summe)	1.816·174	15·000	6.658·909	806·382	529·341	4.569·323	28.943·097	7.238·245	2·327	50.578·798
		Außerordentliche Gebarung										
4	0	Militärische Angelegenheiten	. . . . .	. . . . .	279·725	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	140·275	. . . . .	420·000
5	4	Bundesvermögen	. . . . .	555·252	86·850	. . . . .	52·501	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	694·603
	7	Staatsvertrag	. . . . .	3·404	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	3·404
6	0	Land- und Forstwirtschaft	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	410·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	410·000
	4	Bauten und Technik	. . . . .	. . . . .	985·071	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	15·600	. . . . .	1.000·671
7	9	Österreichische Bundesbahnen	. . . . .	. . . . .	938·500	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	938·500
		Außerordentliche Gebarung (Summe)	. . . . .	558·656	2.290·146	. . . . .	52·501	410·000	. . . . .	155·875	. . . . .	3.467·178

www.parlament.gv.at

Anlage I d

Summarische Aufgliederung der ordentlichen und außer-

Unterteilung	Gebarungsgruppen [1]	Aufgabenbereich [1] 11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb
		Millionen Schilling						
	Personalaufwand							
0	A/G—P	5.382·247	848·965	410·403	—	69·002	260·286	—
	Sachaufwand							
1	V	145·357	130·243	16·671	—	6·426	30·496	—
2	An/G	—	—	—	—	—	—	—
3	An	692·611	125·922	24·372	—	4·200	2·551	30·370
4	F/G	—	—	—	—	150·000	397·433	194·232
5	F—D	3·730	—	1·150	—	—	0·493	90·151
6	F	140·135	172·596	118·827	—	5·475	1.581·912	66·462
7	A/G—S	116·566	473·654	16·472	138·500	101·578	18.688·505	0·150
8	A	235·055	241·585	143·159	—	23·649	34·291	0·001
9	A—V	—	—	—	—	—	—	0·160
	1 bis 9 (Summe) [2]	1.333·454	1.144·000	320·651	138·500	291·328	20.735·681	381·526
	0 bis 9 (Summe)	6.715·701	1.992·965	731·054	138·500	360·330	20.995·967	381·526
	Einnahmen	665·126	164·351	166·823	0·004	29·706	8.976·319	51·706

[1] Erläuterung der Kennziffern und Kurzbezeichnungen siehe Seite 7.

[2] **Hievon ao. Ausgaben:**

2	An/G	—	—	—	—	—	—	—
3	An	587·270	—	—	—	0·450	—	30·100
5	F—D	—	—	—	—	—	—	0·001
6	F	—	—	—	—	—	—	34·000
8	A	—	—	—	—	—	—	—
	Summe	587·270	—	—	—	0·450	—	64·101

Anlage I d

ordentlichen Gebarung nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich [1]										
32 St	33 Vk	34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	Zusammen
Millionen Schilling										
—	12.133·204	564·183	—	138·254	344·067	182·184	1.301·646	2.485·694	6.478·259	30.598·394
—	21·150	10·084	—	3·232	23·421	92·627	216·931	465·957	653·579	1.816·174
—	—	—	300·000	15·000	3·404	255·252	—	—	—	573·656
3.411·501	3.151·685	149·142	54·400	220·904	28·244	12·277	592·735	72·784	375·357	8.949·055
—	27·217	11·500	—	19·000	—	4·000	—	—	3·000	806·382
4·000	155·974	7·155	5·967	137·278	1·089	22·205	17·444	0·222	134·984	581·842
—	54·261	1.930·460	0·450	132·105	20·000	130·740	5·372	—	620·528	4.979·323
138·820	1.351·899	243·221	0·010	137·734	401·634	393·165	239·544	55·659	6.445·986	28.943·097
792·600	2.957·184	504·806	1·967	70·170	341·088	184·815	1.283·748	114·136	465·866	7.394·120
—	0·001	—	—	0·262	—	—	—	—	1·904	2·327
4.346·921	7.719·371	2.856·368	362·794	735·685	818·880	1.095·081	2.355·774	708·758	8.701·204	54.045·976
4.346·921	19.852·575	3.420·551	362·794	873·939	1.162·947	1.277·265	3.657·420	3.194·452	15.179·463	84.644·370
4.293·500	15.599·736	1.647·458	11·360	643·028	913·610	1.793·147	85·709	864·690	41.880·646	77.786·919
—	—	—	300·000	—	3·404	255·252	—	—	—	558·656
10·001	1.070·650	38·750	—	—	1·000	1·050	401·975	—	148·900	2.290·146
—	—	—	—	31·700	—	20·800	—	—	—	52·501
—	—	376·000	—	—	—	—	—	—	—	410·000
—	—	—	—	—	—	—	140·275	—	15·600	155·875
10·001	1.070·650	414·750	300·000	31·700	4·404	277·102	542·250	—	164·500	3.467·178

Eventualvorschlag für das Jahr 1968

(Anlage II)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Ausgaben	Vermögensgebarung	Summe
								Millionen Schilling		
	1	0					**Bundeskanzleramt mit Dienststellen**			
1	1	0	0	0	3	43	Bundeskanzleramt — Allgemeine Sektionen; Anlagen	.....	0·250	0·250
	1	1					**Inneres**			
	1	1	0	0	3	43	Bundesministerium für Inneres; Anlagen	.....	1·240	1·240
	1	1	1	0	3	43	Flugpolizei; Anlagen	.....	1·250	1·250
	1	1	1	1	3	41	Zivilschutz; Anlagen	.....	10·000	10·000
	1	1	2	0	3	43	Politische Behörden; Anlagen	.....	0·140	0·140
	1	1	3	0	3	42	Bundespolizei; Anlagen	.....	4·860	4·860
	1	1	4	0	3	42	Bundesgendarmerie; Anlagen	.....	7·620	7·620
	1	1	5	0	3	22	Flüchtlingsfürsorge; Anlagen	.....	0·140	0·140
	1	1	5	1	3	22	Flüchtlingsanstalten; Anlagen	.....	0·250	0·250
							Gesamtausgaben 11...	.....	25·500	25·500
	1	2					**Unterricht**			
	1	2	1	0	6	12	Hochschulen; Förderungsausgaben	10·000	.....	10·000
	1	2	1	2	6	12	Wissenschaftliche Einrichtungen; Förderungsausgaben	12·000	.....	12·000
	1	2	2	1	6	11	Volksbildung; Förderungsausgaben	3·300	.....	3·300
	1	2	2	3	6	11	Jugendförderung; Förderungsausgaben	3·080	.....	3·080
	1	2	3	0	3	12	Hochschulen; Anlagen	.....	16·000	16·000
	1	2	3	2	3	12	Wissenschaftliche Anstalten; Anlagen	.....	1·580	1·580
	1	2	3	3	3	12	Bibliotheken; Anlagen	.....	1·000	1·000
	1	2	7	0	3	11	Allgemeinbildende Höhere Schulen; Anlagen	.....	10·000	10·000
	1	2	7	0	6	11	Allgemeinbildende Höhere Schulen; Förderungsausgaben	4·800	.....	4·800
	1	2	7	2	3	11	Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute; Anlagen	.....	2·000	2·000
	1	2	7	2	6	11	Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute; Förderungsausgaben	14·140	.....	14·140
	1	2	7	3	3	11	Bildungsanstalten; Anlagen	.....	1·000	1·000
	1	2	7	6	3	11	Bundeskonvikte und Schülerheime; Anlagen	.....	3·000	3·000
	1	2	8	0	3	11	Technische und gewerbliche Lehranstalten; Anlagen	.....	5·000	5·000
	1	2	8	1	3	11	Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe; Anlagen	.....	3·000	3·000
	1	2	8	2	3	11	Handelsakademien und Handelsschulen; Anlagen	.....	0·800	0·800
							Gesamtausgaben 12...	47·320	43·380	90·700
	1	3					**Kunst**			
	1	3	0	1	6	13	Musik und darstellende Kunst; Förderungsausgaben	10·000	.....	10·000
	1	3	3	0	3	13	Museen; Anlagen	.....	4·287	4·287
	1	3	4	0	6	13	Bundesdenkmalamt; Förderungsausgaben	11·360	.....	11·360
	1	3	5	0	6	13	Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm; Förderungsausgaben	4·400	.....	4·400
	1	3	6	0	3	12	Kunstakademien und Kunstschulen; Anlagen	.....	8·000	8·000
	1	3	6	0	6	12	Kunstakademien und Kunstschulen; Förderungsausgaben	0·300	.....	0·300
							Gesamtausgaben 13...	26·060	12·287	38·347
	1	5					**Soziales**			
	1	5	5	1	5	22	Produktive Arbeitslosenfürsorge; Förderungsausgaben (D)	.....	5·000	5·000
	1	5	5	1	6	22	Produktive Arbeitslosenfürsorge; Förderungsausgaben	10·000	.....	10·000
	1	5	5	2	6	22	Berufsbildende und Schulungs-Maßnahmen; Förderungsausgaben	48·000	.....	48·000
	1	5	5	2	8	22	Berufsbildende und Schulungs-Maßnahmen; Aufwandskredite	2·000	.....	2·000
	1	5	5	3	5	22	Sonstige Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme; Förderungsausgaben (D)	.....	5·000	5·000
	1	5	5	3	6	22	Sonstige Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme; Förderungsausgaben	30·000	.....	30·000
							Gesamtausgaben 15...	90·000	10·000	100·000
	2	0					**Äußeres**			
	2	0	0	0	3	43	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten; Anlagen	.....	0·300	0·300
	3	0					**Justiz**			
	3	0	2	0	3	42	Justizbehörden in den Ländern; Anlagen	.....	3·000	3·000
	3	0	3	0	3	42	Justizanstalten; Anlagen	.....	1·000	1·000
							Gesamtausgaben 30...	.....	4·000	4·000

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Ausgaben	Vermögensgebarung	Summe
								Millionen Schilling		
	4	0					**Militärische Angelegenheiten**			
1	4	0	1	0	3	41	Heer und Heeresverwaltung; Anlagen	29·600	.....	29·600
	4	0	1	0	8	41	Heer und Heeresverwaltung; Aufwandskredite	20·000	.....	20·000
5	4	0	3	1	3	41	Waffen und Geräte; Anlagen	137·400	.....	137·400
	4	0	3	1	8	41	Waffen und Geräte; Aufwandskredite	13·000	.....	13·000
							Gesamtausgaben 1/40...	49·600	.....	49·600
							5/40...	150·400	.....	150·400
							Gesamtausgaben 40...	200·000	.....	200·000
	5	0					**Finanzverwaltung**			
1	5	0	4	0	3	43	Finanzlandesdirektionen; Anlagen	.....	4·638	4·638
	5	3					**Finanzausgleich**			
	5	3	2	0	6	43	Zweckzuschüsse des Bundes; Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete	8·775	.....	8·775
	5	4					**Bundesvermögen**			
	5	4	0	1	3	36	Kapitalbeteiligung; Verstaatlichte Unternehmungen	.....	116·000	116·000
5	5	4	0	9	3	33	Kapitalbeteiligung; sonstige Unternehmungen	.....	65·000	65·000
	5	4	2	0	5	36	Bundesdarlehen; Verstaatlichte Unternehmungen	.....	40·000	40·000
							Gesamtausgaben 1/54...	.....	116·000	116·000
							5/54...	.....	105·000	105·000
							Gesamtausgaben 54...	.....	221·000	221·000
	6	0					**Land- und Forstwirtschaft**			
1	6	0	0	5	3	43	Hydrographischer Dienst; Anlagen	.....	0·866	0·866
	6	0	1	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	36·000	.....	36·000
	6	0	1	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	10·000	.....	10·000
	6	0	1	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	10·000	.....	10·000
	6	0	3	4	6	34	Grüner Plan; Verbesserung der Produktionsgrundlagen	35·000	.....	35·000
	6	0	3	5	6	34	Grüner Plan; Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	70·000	.....	70·000
	6	0	3	6	6	34	Grüner Plan; Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	60·000	.....	60·000
	6	0	3	9	8	12	Grüner Plan, Forschungs- und Versuchswesen	5·000	.....	5·000
	6	0	5	0	3	11	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Anlagen	.....	0·500	0·500
	6	0	5	1	3	12	Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten; Anlagen	.....	1·880	1·880
	6	0	5	2	3	11	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Anlagen	.....	0·264	0·264
	6	0	5	3	3	12	Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt; Anlagen	.....	0·300	0·300
	6	0	5	5	3	34	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft; Anlagen	.....	0·400	0·400
	6	0	5	6	3	34	Pferdezuchtanstalten; Anlagen	.....	0·500	0·500
	6	0	5	7	3	34	Veterinärmedizinische Bundesanstalten; Anlagen	.....	0·200	0·200
	6	0	5	8	3	12	Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten; Anlagen	.....	0·300	0·300
	6	0	7	2	3	34	Forstliche Ausbildungsstätten; Anlagen	.....	0·200	0·200
	6	0	8	0	3	34	Wildbachverbauungsdienst; Anlagen	.....	0·300	0·300
	6	0	8	2	6	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen	112·000	.....	112·000
	6	0	8	4	8	34	Bundesflüsse; Bauaufwand	58·000	.....	58·000
	6	0	8	6	6	34	Bundeszuschüsse für Konkurrenzgewässer	80·000	.....	80·000
	6	0	9	3	3	37	Bundesgärten; Anlagen	.....	0·150	0·150
	6	0	9	6	3	34	Forstwirtschaftliche Betriebe; Anlagen	.....	0·200	0·200
							Gesamtausgaben 60...	476·000	6·060	482·060
	6	3					**Handel, Gewerbe, Industrie**			
	6	3	1	5	6		Gewerbliche/industrielle Wirtschaft einschließlich Zweckforschung; Förderungsausgaben	17·000	.....	17·000
						12		*8·000*	.....	*8·000*
						36		*9·000*	.....	*9·000*
							Gesamtausgaben 63...	17·000	.....	17·000

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1968 Laufende Ausgaben	Vermögensgebarung	Summe
								Millionen Schilling		
	6	4					**Bauten und Technik**			
1	6	4	0	2	3	12	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal; Anlagen	.....	2·600	2·600
	6	4	1	3	6	37	Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds	34·000	.....	34·000
	6	4	1	5	6	33	Wasserbau; Förderungsausgaben	0·606	.....	0·606
	6	4	1	7	6	12	Technisches Versuchswesen; Förderungsausgaben	4·800	.....	4·800
5	6	4	3	4	3	32	Autobahnen; Ausbau	.....	300·000	300·000
1	6	4	4	1	3	33	Wasserbauten; Anlagen	.....	2·588	2·588
	6	4	5	0	3	37	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung; Anlagen	.....	0·556	0·556
5	6	4	6	1	3	11	Ankäufe für Schulen der Unterrichtsverwaltung	.....	50·000	50·000
	6	4	6	3	3	41	Liegenschaftsankäufe für das Bundesheer	.....	2·000	2·000
	6	4	6	6	3	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe	.....	10·000	10·000
	6	4	6	7	3	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	.....	50·000	50·000
	6	4	7	2	3	13	Museen, Schlösser, Palais und ähnliche Kulturbauten; Aufholbedarf	.....	30·000	30·000
	6	4	7	5	3	43	Sonstige Bundesgebäude; Aufholbedarf	.....	20·000	20·000
	6	4	7	6	3	12	Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	.....	7·000	7·000
	6	4	8	1	3	11	Schulen der Unterrichtsverwaltung	.....	73·000	73·000
	6	4	8	3	3	41	Bauten für die Landesverteidigung	.....	14·000	14·000
	6	4	8	4	3	34	Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	.....	8·000	8·000
	6	4	8	5	3	43	Sonstige Bundesbauten	.....	10·000	10·000
1	6	4	9	1	3	43	Einrichtungen des Vermessungswesens; Anlagen	.....	1·000	1·000
							Gesamtausgaben 1/64	39·406	6·744	46·150
							5/64	.....	574·000	574·000
							Gesamtausgaben 64	39·406	580·744	620·150
	6	5					**Verkehr**			
	6	5	3	0	3	33	Bundesamt für Zivilluftfahrt; Anlagen	.....	10·000	10·000
	7	0					**Staatsdruckerei**			
	7	0	3	1	3	37	Anlagen	.....	8·000	8·000
	7	1					**Bundestheater**			
	7	1	0	1	3	13	Bundestheaterverwaltung; Anlagen	.....	0·036	0·036
	7	1	3	1	3	13	Betriebe; Anlagen	.....	10·540	10·540
							Gesamtausgaben 71	.....	10·576	10·576
	7	7					**Österreichische Bundesforste**			
	7	7	3	1	3	34	Forstbetriebe; Anlagen	.....	10·000	10·000
	7	8					**Post- und Telegraphenanstalt**			
	7	8	3	0	3	33	Fernmeldeanlagen	.....	20·400	20·400
	7	8	3	1	3	33	Sonstige Anlagen	.....	59·517	59·517
							Gesamtausgaben 78	.....	79·917	79·917
	7	9					**Österreichische Bundesbahnen**			
	7	9	3	1	3	33	Anlagen	.....	338·000	338·000
	9						**Finanzschuld**			
	9	9	6	0	7	43	Pauschalvorsorge für Verzinsung	60·000	.....	60·000
	9	9	8	3	7	43	Begebungskosten	60·000	.....	60·000
							Gesamtausgaben 9	120·000	.....	120·000
							Gesamtausgaben 1/0 bis 9	874·161	685·652	1.559·813
							5/0 bis 9	150·400	679·000	829·400
							Gesamtausgaben 0 bis 9	1.024·561	1.364·652	2.389·213

Anlage II a

Kapitelweise Aufgliederung des Eventualvoranschlages (Ordentliche und Außerordentliche Gebarung) nach einzelnen Gebarungsgruppen

Gruppe	Kapitel	Gebarungsgruppen → / Ordentliche Gebarung	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Summe
			Verwaltungsaufwand	Anlagen		Förderungsausgaben			Aufwandskredite			
				Gesetzliche Verpflichtungen	Ermessenskredite	Gesetzliche Verpflichtungen	Darlehen-	Zuschuß-	Gesetzliche Verpflichtungen	Laufende Gebarung	Vermögensgebarung	
							Ermessenskredite			Ermessenskredite		
			Millionen Schilling									
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen			0·250							0·250
	1	Inneres			25·500							25·500
	2	Unterricht			43·380			47·320				90·700
	3	Kunst			12·287			26·060				38·347
	5	Soziales					10·000	88·000		2·000		100·000
2	0	Äußeres			0·300							0·300
3	0	Justiz			4·000							4·000
4	0	Militärische Angelegenheiten			29·600					20·000		49·600
5	0	Finanzverwaltung			4·638							4·638
	3	Finanzausgleich						8·775				8·775
	4	Bundesvermögen			116·000							116·000
6	0	Land- und Forstwirtschaft			6·060			413·000		63·000		482·060
	3	Handel, Gewerbe, Industrie						17·000				17·000
	4	Bauten und Technik			6·744			39·406				46·150
	5	Verkehr			10·000							10·000
7	0	Staatsdruckerei			8·000							8·000
	1	Bundestheater			10·576							10·576
	7	Österreichische Bundesforste			10·000							10·000
	8	Post- und Telegraphenanstalt			79·917							79·917
	9	Österreichische Bundesbahnen			338·000							338·000
9		Finanzschuld							120·000			120.000
		Ordentliche Gebarung (Summe)			705·252		10·000	639·561	120·000	85·000		1.559·813
		Außerordentliche Gebarung										
4	0	Militärische Angelegenheiten			137·400					13·000		150·400
5	4	Bundesvermögen			65·000		40·000					105·000
6	4	Bauten und Technik			574·000							574·000
		Außerordentliche Gebarung (Summe)			776·400		40·000			13·000		829·400

www.parlament.gv.at

Anlage II b

Summarische Aufgliederung der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung

Unterteilung	Gebarungsgruppen [1]	Aufgabenbereich [1] 11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb
		Millionen Schilling						
	Sachaufwand							
1	V	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
2	An/G	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
3	An	148·564	38·660	44·863	. . . . .	. . . . .	0·390	. . . . .
4	F/G	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
5	F—D	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	10·000	. . . . .
6	F	25·320	35·100	25·760	. . . . .	. . . . .	88·000	. . . . .
7	A/G—S	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
8	A	. . . . .	5·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	2·000	. . . . .
9	A—V	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
	1 bis 9 (Summe) [2]	173·884	78·760	70·623	. . . . .	. . . . .	100·390	. . . . .

[1] Erläuterung der Kennziffern der Aufgabenbereiche und der Kurzbezeichnungen der Gebarungsgruppen siehe Seite 7/8.

[2] **Hievon ao. Ausgaben:**

3	An	123·000	7·000	30·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
5	F—D	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
8	A	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
	Summe	123·000	7·000	30·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .

Anlage II b

des Eventualvoranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich [1]										
32 St	33 Vk	34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	Zusammen
Millionen Schilling										
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
300·000	545·505	19·800	. . . . .	116·000	8·706	. . . . .	193·000	16·480	49·684	1.481·652
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	40·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	50·000
. . . . .	0·606	413·000	. . . . .	9·000	34·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	8·775	639·561
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	120·000	120·000
. . . . .	. . . . .	58·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	33·000	. . . . .	. . . . .	98·000
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
300·000	546·111	490·800	. . . . .	165·000	42·706	. . . . .	226·000	16·480	178·459	2.389·213
300·000	115·000	8·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	153·400	. . . . .	40·000	776·400
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	40·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	40·000
. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	13·000	. . . . .	. . . . .	13·000
300·000	115·000	8·000	. . . . .	40·000	. . . . .	. . . . .	166·400	. . . . .	40·000	829·400

Zu 630 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Dienstpostenplan

für das Jahr 1968

Wien 1968

Österreichische Staatsdruckerei

1532 67

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Dienstpostenplanes

(1) Der Dienstpostenplan enthält das Dienstpostenverzeichnis und eine Aufstellung über die Dienstposten der Österreichischen Bundesbahnen.

(2) Unter Dienstposten für Vertragsbedienstete der Kategorie A sind solche für ganzjährig vollbeschäftigte, und der Kategorie B solche für saison- und teilbeschäftigte zu verstehen. Für die Vertragsbediensteten der Kategorie B sind die Dienstposten mit der auf ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete umgerechneten Anzahl festgesetzt. Auf Rechnung eines Dienstpostens für Vertragsbedienstete der Kategorie B können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß der auf den vorgesehenen Posten entfallende Kredit nicht überschritten wird.

2. Besetzung von Dienstposten über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand

(1) Ist weder im Dienstpostenverzeichnis noch nach Punkt 3 Abs. 6 ein Dienstposten vorgesehen, so ist für die Aufnahme von Vertragsbediensteten die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich. Der Antrag ist vom zuständigen Bundesministerium im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen zu stellen. Die Zustimmung der Bundesregierung ist nicht erforderlich für die Aufnahme von Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I, Entlohnungsgruppe e, und des Entlohnungsschemas II, Entlohnungsgruppe p 6, die in dringlichen Fällen einer unvorhergesehenen Dienstverhinderung eines Bediensteten als Ersatz für diesen eingestellt werden müssen.

(2) Durch die Bestimmung des Abs. 1 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabeansätzen nicht berührt.

(3) Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Artikel 30 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz zustehenden Rechte auf dem Gebiete der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten seiner Kanzlei bleiben unberührt.

(4) In einem Personalstand, in dem ein vom Dienst freigestelltes Mitglied eines Organs der Gesetzgebung oder ein vom Dienst freigestelltes oberstes Organ der Vollziehung einen Dienstposten innehat, kann für die Dauer der Dienstfreistellung ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 6 gilt sinngemäß.

(5) Für einen Bundesbediensteten, der

a) zu Lasten eines freien Dienstpostens zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,

b) sich in einem Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,

c) ordentlichen Präsenzdienst leistet oder

d) zu einer Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,

kann für die Dauer der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes oder der Heranziehung nach lit. d unter Bindung seines Dienstpostens ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 6 und 7 gilt sinngemäß.

3. Bindung von Dienstposten

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Dienstposten der Verwendungsgruppe A, B, C, D, P 1, P 2, P 3, P 4, P 5, L 1, L 2, W 1, W 2, H 1 und H 2 mit Bundesbeamten der nächstniedrigeren Verwendungsgruppe oder im gleichen Dienstzweig mit Bundesbeamten einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) besetzt werden.

(2) Freie Dienstposten in einem Dienstzweig der Verwendungsgruppe D und E können mit Bundesbeamten der Verwendungsgruppen P 4 bis P 6 besetzt werden.

(3) Freie Dienstposten einer Standesgruppe können im gleichen Personalstand mit Richtern einer niedrigeren Standesgruppe besetzt werden.

(4) Die Bestimmung des Abs. 3 gilt sinngemäß für staatsanwaltschaftliche Beamte.

(5) Freie Dienstposten der Verwendungsgruppe H 1 können durch in Ausbildung für die Verwendungsgruppe H 1 stehende Heeresangehörige der Verwendungsgruppe H 2 besetzt werden. Freie Dienstposten der Verwendungsgruppe H 2 können mit zeitverpflichteten Soldaten der Verwendungsgruppe H 3 und H 4 besetzt werden. Freie Dienstposten der Verwendungsgruppe H 3 können mit zeitverpflichteten Soldaten der Verwendungsgruppe H 4 besetzt werden.

(6) Freie Dienstposten für Bundesbeamte der allgemeinen Verwaltung, für Bundesbeamte in handwerklicher Verwendung und Lehrer können mit Vertragsbediensteten zur Versehung gleichartiger oder niedrigerer Dienste besetzt werden. Ferner können freie Dienstposten für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, I L, II und II L mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe des betreffenden Entlohnungsschemas besetzt werden.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter einer Bundesdienststelle zur Dienstleistung zugeteilt und trägt der Bund die Kosten des Personalaufwandes, so ist für die Dauer der Dienstzuteilung ein der dienstrechtlichen Stellung des Bediensteten entsprechender Dienstposten gebunden.

4. Umwandlung von Dienstposten

(1) Ein freier Dienstposten kann vom zuständigen Bundesministerium im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen in einen Dienstposten der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) einer niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

(2) Das Bundeskanzleramt kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen im Falle einer Änderung der Dienstpostenorganisation den Dienstpostenplan den Organisationsänderungen anpassen.

5. Personalreserve

(1) Die Personalreserve enthält Dienstposten, die vom Bundeskanzleramt einzelnen Personalständen über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Dienstposten zugewiesen werden können. Für jeden derart über den Stand in einer höheren Dienstklasse (Dienststufe) besetzten Dienstposten hat ein Dienstposten einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) im gleichen Dienstzweig und Personalstand unbesetzt zu bleiben.

(2) Ein in einem Personalstand frei werdender Dienstposten einer Dienstklasse (Dienststufe), für den aus der Personalreserve ein Dienstposten zugewiesen ist, gilt als Dienstposten der Personalreserve, solange in dieser Dienstklasse (Dienststufe) im gleichen Dienstzweig der tatsächliche Stand den systemisierten Stand im Dienstpostenverzeichnis übersteigt.

(3) Die Zahl der Dienstposten in der Personalreserve erhöht sich um die Zahl von Dienstposten, die durch ein vom Dienst freigestelltes Mitglied eines Organs der Gesetzgebung oder ein vom Dienst freigestelltes oberstes Organ der Vollziehung besetzt sind. Hat ein vom Dienst freigestelltes Mitglied eines Organs der Gesetzgebung oder ein vom Dienst freigestelltes oberstes Organ der Vollziehung seinen Dienst als Beamter wiederaufgenommen oder seine Funktion beendet, so entfällt diese Erhöhung in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Personalstand ein Dienstposten der gleichen Art frei wird.

II. Dienstpostenverzeichnis

A. Dienstposten

für die Bundesbediensteten der unmittelbaren Bundesverwaltung

Oberste Organe

Präsidentschaftskanzlei

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Präsidentschaftskanzlei			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Kabinettsdirektor	IX	1	
Kabinettsvizedirektor	VIII	1	
Kabinettsrat	VII	1	
Kabinettssekretär	VI	1	
Kabinettssekretär	V		
Kabinettskommissär	IV		
Kabinettskommissär	III		
		4	
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Ministerialrat	VIII	1	
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		4	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor	V	—	1
Kanzleidirektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	7	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		7	
Dienst der Kuriere in der Präsidentschaftskanzlei (Verwendungsgruppe D)			
Erster Kurier	IV	1	
Zweiter Kurier	III—I	2	
Zweiter Kurier			
Zweiter Kurier			
		3	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	5	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		5	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Summe...		35	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Präsidentschaftskanzlei	1	—	1	1	—	3

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Präsidentschaftskanzlei	—	—	1	1	4	—	6

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesgesetzgebung — Nationalrat			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Parlamentsdirektor	IX	1	
Parlamentsvizedirektor	VIII	2	
Parlamentsrat	VIII	2	
Parlamentsrat	VII	4	2
Parlamentssekretär	VI	4 [1]	
Parlamentssekretär	V		
Parlamentskommisär	IV		
Parlamentskommisär	III		
		13 [1]	
Höherer Stenographendienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Oberrat	VII	4	3
Rat	VI	12	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		17	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	7	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		7	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	8	
Oberaufseher			
		8	
Maschinisten in Dampf- und elektrischen Betrieben (Verwendungsgruppe D)			
Obermaschinist	III—I	1	
Maschinist			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	21	
Amtsgehilfe			
		21	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	4	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		4	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		95	

[1]) Dazu 1 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	1	1	—	11	20	33

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	—	1	4	—	2	11	18

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	2	—	—	—	—	2

Verfassungsgerichtshof

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verfassungsgerichtshof			
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionsrat	VII	1	
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	2	
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		3	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I		
Kontrollor		—	
Adjunkt			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Summe...		7	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verfassungsgerichtshof	2	—	2	4	—	8

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Verfassungsgerichtshof	—	—	1	—	—	3	4

Verwaltungsgerichtshof

Bezeichnung	Standesgruppe (Dienstklasse)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsgerichtshof			
Richter			
Präsident	8	1	
Vizepräsident	7	1	
Senatspräsident	6	7	
Hofrat	6 b	13	
Hofrat	5	15[1]	
		37[1]	
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionsrat	VII	3	
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	3	
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		6	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	2	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor, Fachinspektor	V	1	
Kanzleidirektor	IV	2	
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	

[1]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 2 Dienstposten.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	7	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		7	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	6	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		6	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		67	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verwaltungsgerichtshof	—	—	—	12	3	15

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Verwaltungsgerichtshof	—	—	1	1	1	7	10

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verwaltungsgerichtshof	—	—	—	2	—	2

Rechnungshof

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungshof			
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	23	2
Sektionsrat	VII	11	
Ministerialsekretär	VI	27	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		63	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	12	
Wirklicher Amtsrat	VI	9	
Amtssekretär	V	35	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		56	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor	IV	2	
Oberkontrollor	III—I	8	
Kontrollor			
Adjunkt			
		11	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		10	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	6	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		6	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Summe...		148	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Rechnungshof	—	—	—	3	1	4

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Rechnungshof	—	—	1	1	—	6	8

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Rechnungshof	—	—	—	2	—	2

Innenverwaltung

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundeskanzleramt			
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	6	9
Sektionsrat	VII	10	
Ministerialsekretär	VI	26	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		44 [1][2]	
Höherer Ministerialdienst (Pressedienst) (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	1	
Ministerialrat	VIII	2	1
Sektionsrat	VII	2	
Ministerialsekretär	VI	7	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		12	
Höherer Redaktionsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Chefredakteur	VIII	—	1
Chefredakteur	VII	4	2
Redaktionsrat	VI	14	
Redakteur 1. Klasse	V		
Redakteur 2. Klasse	IV		
Redakteur 2. Klasse	III		
		18	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Rechnungssekretär	V	45	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		47	
Gehobener Redaktionsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Redaktionssekretär	V	6	
Redaktionsoberrevident	IV—III		
Redaktionsrevident	III		
Redaktionsassistent	II		
		6	

[1]) Dazu 1 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.
[2]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können 4 Beamte des rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	3	1
Wirklicher Amtsrat	VI	3	3
Amtssekretär	V	36	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		42	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	—	3
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	9
Oberkontrollor	III—I	20	
Kontrollor			
Adjunkt			
		25	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	8
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	34	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		34	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	3	
Oberaufseher			
		3	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	23	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		23	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	4	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		4	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	4	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		4	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	7	
Offizial			
Adjunkt			
		7	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	6	
		6	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	3	
		3	
Summe...		281	
Zentralleitung — Sektion Wirtschaftliche Koordination			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	1	
Ministerialrat	VIII	7	5
Sektionsrat	VII	8	
Ministerialsekretär	VI	15	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		31[1]	
Höherer Dolmetscher- und Übersetzungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	—	1
Rat	VI	4	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		4	

[1]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können 6 Beamte des Höheren Wirtschaftsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Dolmetscher- und Übersetzungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Amtssekretär	V	9	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		12	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	6
Oberkontrollor	III—I	17	
Kontrollor			
Adjunkt			
		18	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	7	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		7	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	1	
Oberaufseher			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	4	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		4	
Summe...		80	
Staatsarchiv			
Höherer Archivdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	IX	—	
Wirklicher Hofrat	VIII	4	
Oberstaatsarchivar	VII	5	2
Staatsarchivar 1. Klasse	VI	13	
Staatsarchivar 1. Klasse	V		
Staatsarchivar 2. Klasse	IV		
Staatsarchivar 2. Klasse	III		
		22	

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	—	1
Administrationsrat	VI	2	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		2	
Gehobener Fachdienst an Archiven (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	2
Archivsekretär	V	14	
Archivoberrevident	IV—III		
Archivrevident	III		
Archivassistent	II		
		16	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor	III—I	4	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	IV	3	
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	8	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		8	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	9	
Oberaufseher			
		9	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	4	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		4	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Summe...		74	
Statistisches Zentralamt			
Höherer statistischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	2	
Oberrat	VII	7	
Rat	VI	23	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		33	
Gehobener statistischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	2	
Wirklicher Amtsrat	VI	7	
Sekretär	V	40	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Assistent	II		
		49	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Statistischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	8	10
Oberkontrollor	III—I	47	
Kontrollor			
Adjunkt			
		55	

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Einfacher, statistischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial	III—I	17	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		17	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	4	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	7	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		7	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	5	
		5	
Summe		176	
Gesamtsumme		611	

Bundeskanzleramt

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen	19	11	4	82	20	136
Zentralleitung — Sektion Wirtschaftliche Koordination	12	8	8	20	1	49
Staatsarchiv	2	5	1	21	—	29
Statistisches Zentralamt	12	59	180	440	14	705
Zusammen	45	83	193	563	35	919

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen	—	—	15	6	3	29	53
Zentralleitung — Sektion Wirtschaftliche Koordination	—	—	3	—	—	7	10
Staatsarchiv	—	—	1	1	4	14	20
Statistisches Zentralamt	—	—	3	2	—	24	29
Zusammen	—	—	22	9	7	74	112

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen	1	—	—	—	—	1
Statistisches Zentralamt	—	10	—	129	—	139
Zusammen	1	10	—	129	—	140

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen	—	—	—	—	—	2	2	—
Statistisches Zentralamt	—	—	—	—	—	19	19	—
Zusammen	—	—	—	—	—	21	21	—

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Inneres			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	12	13
Sektionsrat	VII	17	9
Ministerialsekretär	VI	50	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		81 [1]	
Höherer landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberlandwirtschaftsrat	VII	—	1
Landwirtschaftsrat	VI	1	
Landwirtschaftsoberkommissär	V		
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		1	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Kustos 1. Klasse	VI	6	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		6	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	2	7
Rechnungssekretär	V	26	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		29	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	1
Technischer Inspektor	V	3	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	2	4
Wirklicher Amtsrat	VI	7	26
Amtssekretär	V	120	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		129	

[1]) Auf Rechnung von freien Dienstposten des Höheren Ministerialdienstes können 2 Beamte des rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	5	4
Technischer Oberkontrollor	III—I	27	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		32	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	10	28
Oberkontrollor	III—I	53	
Kontrollor			
Adjunkt			
		64	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	2	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	19
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	75	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		75	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	12	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		12	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	8	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		8	

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	19	
Offizial			
Adjunkt			
		19	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	2	
Werkstättenobermanipulant			
		2	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	6	
Werkstättengehilfe			
		6	
Summe...		473	
Bundespolizei			
Rechtskundiger Dienst bei den Bundespolizeibehörden (Verwendungsgruppe A)			
Polizeipräsident	IX	1	
Polizeivizepräsident	VIII	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	26	2
Oberpolizeirat	VII	76	
Polizeirat	VI		
Polizeioberkommissär	V	208	
Polizeikommissär	IV		
Polizeikommissär	III		
		312 [1]	
Amtsärztlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Chefarzt	VIII	1	
Chefarzt	VII	2	
Chefarztstellvertreter	VII	1	
Polizeiobersanitätsrat	VII	6	18
Polizeisanitätsrat	VI		
Polizeisanitätsoberkommissär	V	48	
Polizeisanitätskommissär	IV		
Polizeisanitätskommissär	III		
		58	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI		
Wirtschaftsoberkommissär	V	2	
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		3	

[1]) Dazu 10 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	11	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		12	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	7	2
Wirklicher Amtsrat	VI	53	2
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	302	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		362	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		1	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	—	—	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	70	55
Oberkontrollor	III—I	404	
Kontrollor			
Adjunkt			
		474	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	5
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	418	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		418 [2])	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	125	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		125	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	20	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		20	

[2]) Hievon 20 Dienstposten für die Überstellung exekutivdienstuntauglicher Wachebeamter vorenthalten.

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	35	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		35	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	20	
Werkstättenobermanipulant			
		20	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	25	
Werkstättenmanipulant			
		25	
Sicherheitswachdienst			
Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Polizeigeneral	VIII	—	1
Polizeioberst	VII	13	
Polizeioberstleutnant	VI	27	18
Polizeimajor	V		
Polizeirittmeister, Polizeioberleutnant, Polizeileutnant	IV—III	153	
Polizeirittmeister, Polizeioberleutnant, Polizeileutnant	III—II		
		193	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Polizeigruppeninspektor	IV (3)	87	
Polizeibezirksinspektor	III—I (2)	528	
Polizeirevierinspektor	III—I (1)	1535	
		2150	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Polizeirayonsinspektor	III—I	8056	
Polizeioberwachmann, Oberaufseher			
Polizeiwachmann, Aufseher			
		10399	
Kriminaldienst			
Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Kriminaloberst	VII	6	
Kriminaloberstleutnant	VI	12	10
Kriminalmajor	V		
Kriminalhauptmann, Kriminaloberleutnant, Kriminalleutnant	IV—III	87	
Kriminalhauptmann, Kriminaloberleutnant, Kriminalleutnant	III—II		
		105	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Kriminalgruppeninspektor	IV (3)	30	
Kriminalbezirksinspektor	III—I (2)	259	
Kriminalrevierinspektor	III—I (1)	676	
		965	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Kriminalrayonsinspektor	III—I	1080	
Kriminalbeamter			
Kriminalbeamter			
		2150	
Summe...		14424	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesgendarmerie			
Gendarmeriedienst			
Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Gendarmeriegeneral	VIII	1	2
Gendarmerieoberst	VII	15	
Gendarmerieoberstleutnant	VI	28	12
Gendarmeriemajor	V		
Gendarmerierittmeister, Gendarmerieoberleutnant, Gendarmerieleutnant	IV—III	161	
Gendarmerierittmeister, Gendarmerieoberleutnant, Gendarmerieleutnant	III—II		
		205	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Gendarmeriekontrollinspektor	IV (3)	112	
Gendarmeriebezirksinspektor	III—I (2)	614	
Gendarmerierevierinspektor	III—I (1)	2467	
		3193	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Gendarmerierayonsinspektor	III—I	7242	
Gendarmeriepatrouillenleiter			
Gendarm			
		10640	
Dienst der Ärzte in Anstalten und bei Ämtern des Bundes (Verwendungsgruppe A)			
Amtsarzt	VI—III	1	
		1	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	11	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		11	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	7	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		7	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		10662	
Gesamtsumme...		25559	

Bundesministerium für Inneres

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	2	11	10	164	8	195
Bundespolizei	20	21	9	806	—	856
Bundesgendarmerie	—	1	2	47	—	50
Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber — Allgemeine Einrichtungen	1	15	15	20	—	51
Flüchtlingsanstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	3	6	15	7	—	31
Zusammen...	26	54	51	1044	8	1183

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber — Allgemeine Einrichtungen	—	1	—	1
Zusammen...	—	1	—	1

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	1	9	5	4	35	54
Bundespolizei	—	16	37	7	14	374	448
Bundesgendarmerie	5	15	38	22	31	161	272
Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber — Allgemeine Einrichtungen	1	3	10	6	5	12	37
Flüchtlingsanstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	2	8	6	10	26	52
Zusammen...	6	37	102	46	64	608	863

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Bundespolizei	3	—	—	—	—	3

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Bundespolizei	—	—	—	—	—	180	180	—
Bundesgendarmerie	—	—	1	—	4	301	306 [1]	166 [2]
Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber — allg. Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen ...	—	—	1	—	4	481	486	166

[1]) Auf Rechnung freier Dienstposten können Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften aufgenommen werden.
[2]) Auf Rechnung freier Dienstposten können auch Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II in der Entlohnungsgruppe p 6 aufgenommen werden

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Unterricht			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	4	2
Ministerialrat	VIII	16	32
Sektionsrat	VII	38	
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	45	
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		103	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	6	1
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	15	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		22	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	1
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	34	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		43	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	9
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	14	
Adjunkt			
		20	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	21	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		21	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart			
Amtswart	III—I	16	
Amtsgehilfe			
		16	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial			
Offizial	III—I	2	
Adjunkt			
		2	
Summe...		227	
Hochschulen			
Hochschullehrer			
Ordentlicher Professor		731	
Außerordentlicher Professor		125	
Oberassistent, Oberarzt, Hochschulassistent, Assistenzarzt		3261	
		4117	
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		5	
Fachvorstand		—	
Professor		34	
(Verwendungsgruppe L2 HS)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		10	
(Verwendungsgruppe L2 V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		2	
Übungshauptkindergärtnerin, Übungsoberkindergärtnerin, Übungskindergärtnerin		1	
		52	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	1	2
Administrationsrat	VI		
Oberkommissär	V	14	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		15	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Staatsarchäologe 1. Klasse, Oberassistent	VII	1	33
Staatsarchäologe 1. Klasse, Oberassistent	VI		
Staatsarchäologe 2. Klasse, Oberassistent	V	134	
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		135	
Dienst der Apotheker (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VII	—	1
Direktor	VI		
Oberprovisor	V	2	
Provisor	IV		
Provisor	III		
		2	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer landwirtschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberlandwirtschaftsrat	VII	—	1
Landwirtschaftsrat	VI	3	
Landwirtschaftsoberkommissär	V		
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		3	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Baurat	VI	2	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		2	
Gehobener Gartenfachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Gartenoberverwalter	VII	—	1
Gartenoberverwalter	VI	—	
Gartenoberverwalter	V	2	
Gartenverwalter	IV—III		
Gartenrevident	III		
Gartenassistent	II		
		2	
Medizinisch-technische Assistentinnen			
(Verwendungsgruppe B)			
Mediz.-techn. Oberassistentin	VI	—	2
Mediz.-techn. Oberassistentin	V	35	
Mediz.-techn. Assistentin	IV		
Mediz.-techn. Assistentin	III		
Mediz.-techn. Assistentin	II		
		35	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Technischer Präparator 1. Klasse, Sekretär	V	5	
Technischer Präparator 1. Klasse, Oberrevident	IV—III		
Technischer Präparator 2. Klasse, Revident	III		
Adjunkt	II		
		5	
Quästurs- und Kassendienst, Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Quästor, Quästursdirektor	VI	2	2
Quästor, Rechnungssekretär	V	34	
QuästursObRev, RechnObRev	IV—III		
QuästursRev, RechnRev	III		
QuästursAssist, RechnAssist	II		
		36	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	14	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		14	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	2	2
Amtssekretär	V	26	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		28	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	15	26
Technischer Oberkontrollor	III—I	71	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		86	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	6
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	8
Oberkontrollor	III—I	50	
Kontrollor			
Adjunkt			
		55	
Gärtner in selbständiger Verwendung			
(Verwendungsgruppe D)			
Obergartenmeister	IV	—	4
Gartenmeister	III—I	13	
Obergärtner			
Gärtner			
		13	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberlaborant, Oberaufseher, Oberpräparator	IV	—	6
Oberlaborant, Oberaufseher, Oberpräparator	III—I	55	
Oberlaborant, Oberaufseher, Oberpräparator			
		55	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Maschinisten in Dampf- und elektrischen Betrieben (Verwendungsgruppe D)			
Obermaschinist	IV	—	1
Obermaschinist	III—I	1	
Obermaschinist			
Maschinist			
		1	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	8
Technischer Oberoffizial	III—I	99	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		99	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	6
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	73	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		73	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Laborant, Präparator, Gartenwart, Wirtschaftsgehilfe, Portier	III—I	95	
Amtswart, Aufseher, Laborant, Präparator, Gartenwart, Wirtschaftsgehilfe, Portier			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Laboratoriumsgehilfe, Hilfspräparator, Gartengehilfe, Portier			
		95	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	8	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		8	
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	14	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		14	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	14	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		14	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	20	
Werkstättenobermanipulant			
		20	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	14	
		14	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	4	
		4	
Summe...		5004	
Wissenschaftliche Anstalten			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	2
Direktor, Kustos 1. Klasse, Observator 1. Klasse, Chefgeologe	VII	3	17
Kustos 1. Klasse, Observator 1. Klasse, Chefgeologe	VI	53	
Kustos 2. Klasse, Observator 2. Klasse, Geologe	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		56	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Sekretär	V	7	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Adjunkt	II		
		7	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	3
Technischer Inspektor	V	22	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		22	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	10
Technischer Oberkontrollor	III—I	24	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		24	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	IV	—	1
Oberaufseher	III—I	3	
Oberaufseher			
		3	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	16	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		16	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker, Aufseher, Laborant	III—I	3	
Amtswart, Kraftwagenlenker, Aufseher, Laborant			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker, Hilfsaufseher, Laboratoriumsgehilfe			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		139	
Bibliotheksdienst			
Höherer Bibliotheksdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	IX	—	1
Wirklicher Hofrat	VIII	2	9
Oberstaatsbibliothekar	VII	14	23
Staatsbibliothekar 1. Klasse	VI	102	
Staatsbibliothekar 1. Klasse	V		
Staatsbibliothekar 2. Klasse	IV		
Staatsbibliothekar 2. Klasse	III		
		118	
Gehobener Fachdienst an Bibliotheken (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	3	15
Bibliothekssekretär	V	119	
Bibliotheksoberrevident	IV—III		
Bibliotheksrevident	III		
Bibliotheksassistent	II		
		122	
Summe...		240	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bibliotheken			
Akademisch gebildete Restauratoren			
(Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Restaurator	VI	1	
Akademischer Restaurator	V		
Akademischer Restaurator	IV		
Akademischer Restaurator	III		
		1	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VII	—	2
Oberassistent	VI	3	
Oberassistent	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		3	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten			
(Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	3	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Adjunkt	II		
		3	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	2	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	7	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		7	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	10	
Kontrollor			
Adjunkt			
		10	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	IV	—	5
Oberaufseher	III—I	36	
Oberaufseher			
		36	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	17	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		17	
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker, Aufseher	III—I	15	
Amtswart, Kraftwagenlenker, Aufseher			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker, Hilfsaufseher			
		15	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	1	
		1	
Summe		100	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundes-Heim- und -Sportverwaltung			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		3	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VII	—	2
Oberassistent	VI	3	
Oberassistent	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		3	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	2	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V	12	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		12	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	4	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		4	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		27	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Außerschulische Jugenderziehung			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		5	
(Verwendungsgruppe L 2 V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		4	
		9	
Summe...		9	
Schulaufsichtsbehörden			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes			
a) Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten, Volks-, Haupt- und Sonderschulen:			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinspektor		30	
(Verwendungsgruppe S 3)			
Bezirksschulinspektor		117	
b) Berufspädagogische Lehranstalten, und berufsbildende mittlere und höhere Schulen:			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinspektor		16	
c) Berufsschulen:			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinspektor		9	
(Verwendungsgruppe S 2)			
Berufsschulinspektor		16	
		188	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst bei den Schulbehörden des Bundes in den Ländern:			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	7	
Oberregierungsrat	VII	6	
Landesregierungsrat	VI	22	
Regierungsoberkommissär	V		
Regierungskommissär	IV		
Regierungskommissär	III		
		35	
Höherer pädagogisch-administrativer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberregierungsrat	VII	4	
Landesregierungsrat	VI	16	
Regierungsoberkommissär	V		
Regierungskommissär	IV		
Regierungskommissär	III		
		20	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener pädagogisch-administrativer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	4	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	101	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		105	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	21	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		30	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	9	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	80	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		89	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	9	
Oberkontrollor	III—I	67	
Kontrollor			
Adjunkt			
		76	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	92	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		92	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	13	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		13	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	4	
		4	
Summe...		653	
Pädagogisch-Psychologischer Dienst			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		12	
Summe...		12	
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		1	
Professor		17	
(Verwendungsgruppe L 2 V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		1	
		20	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Kustos 1. Klasse	VI	1	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		1	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	1	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant		1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Summe...		24	
Allgemeinbildende Höhere Schulen			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		181	
Erziehungsleiter		1	
Professor		6239	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		76	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		18	
		6515	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	33	
Adjunkt			
		33	
Schulwarte, Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Amtswart, Aufseher			
Schulwart, Amtswart, Aufseher	III—I	81	
Schulgehilfe, Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		81	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant		79	
Werkstättenmanipulant			
		79	
Summe...		6708	
Bundeserziehungsanstalten			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		4	
Direktor-Stellvertreter		3	
Erziehungsleiter		4	
Professor		162	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		13	
		186	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	5	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	
Dienst der dipl. Oberpflegerinnen			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberpflegerin 2. Klasse			
Oberpflegerin 2. Klasse	III—I	3	
Oberpflegerin 2. Klasse			
		3	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	3	
Adjunkt			
		3	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	2	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		2	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Wirtschaftsgehilfe, Aufseher, Portier	III—I	7	
Schulwart, Wirtschaftsgehilfe, Aufseher, Portier			
Schulgehilfe, Wirtschaftsgehilfe, Portier			
		7	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	9	
Werkstättenobermanipulant			
		9	
Summe...		218	
Pädagogische Akademien und Institute, musisch-pädagogische Realgymnasien			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		41	
Fachvorstand		9	
Professor		872	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		—	
(Verwendungsgruppe L 2 HS, V)			
Übungsschulhauptlehrer, Übungsschuloberlehrer, Übungsschullehrer		113	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer ...		10	
		1045	

Bazeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2 [1]	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	6	
Oberkontrollor	III—I		
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Gartenmeister	III—I	2	
Obergärtner			
Gärtner			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Gartenwart	III—I	20	
Schulwart, Gartenwart			
Schulgehilfe, Gartengehilfe			
		20	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	6	
		6	
Summe...		1081	
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		11	
Professor		80	
(Verwendungsgruppe L 2)			
Direktor		2	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer u. Übungskindergärtnerinnen		50	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptkindergärtnerin, Oberkindergärtnerin, Kindergärtnerin		25	
		168	

[1] Auf Rechnung dieses Dienstzweiges können Beamte des Rechnungsdienstes aufgenommen werden.

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Summe...		169	
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		2	
Professor		17	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		34	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		17	
		70	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Dienst der diplomierten Oberpflegerinnen (Verwendungsgruppe C)			
Oberpflegerin 2. Klasse	III—I	1	
Oberpflegerin 2. Klasse			
Oberpflegerin 2. Klasse			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte, Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Amtswart, Kraftwagenlenker, Aufseher	III—I	4	
Schulwart, Amtswart, Kraftwagenlenker, Aufseher			
Schulgehilfe, Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker, Hilfsaufseher			
		4	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant. Werkstättenobermanipulant	III—I	3	
		3	
Summe...		81	
Bundesanstalten für Leibeserziehung.			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		10	
(Verwendungsgruppe L 2 V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		11	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Adjunkt			
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker	III—I	1	
Amtswart, Kraftwagenlenker			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker			
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		18	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technische und gewerbliche Lehranstalten			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		39	
Fachvorstand		79	
Professor		1387	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Direktor		—	
Fachvorstand		4	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		930	
		2439	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Kustos 1. Klasse	VI	5	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		5	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Adjunkt	II		
		2	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Rechnungssekretär	V	4	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		4	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V	20	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		20	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	V	—	1
Kanzleidirektor	IV	1	3
Oberkontrollor	III—I	16	
Kontrollor			
Adjunkt			
		17	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberlaborant	IV	—	1
Oberaufseher, Oberlaborant	III—I	10	
Oberaufseher, Oberlaborant			
		10	
Maschinisten in Dampf- und elektrischen Betrieben (Verwendungsgruppe D)			
Obermaschinist	III—I	1	
Obermaschinist			
Maschinist			
		1	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	14	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		14	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	21	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		21	
Werkmeister (Verwendungsgruppe D)			
Oberwerkmeister	III—I	1	
Werkmeister			
Werkmeister			
		1	
Schulwarte, Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Laborant, Portier	III—I	44	
Schulwart, Laborant, Portier			
Schulgehilfe, Laboratoriumsgehilfe, Portier			
		44	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	2	
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	4	
		4	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	11	
		11	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	3	
		3	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant Werkstättenmanipulant	III—I	24	
		24	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant Werkstättengehilfe	III—I	2	
		2	
Summe...		2629	
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		22	
Fachvorstand		1	
Professor		282	
(Verwendungsgruppe L 2)			
Direktor		31	
Fachvorstand		24	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		759	
		1119	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	2	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	3	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor Kontrollor Adjunkt	III—I	4	
		4	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist	III—I	2	
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Amtswart, Aufseher Schulwart, Amtswart, Aufseher Schulgehilfe, Amtsgehilfe, Hilfsaufseher	III—I	3	
		3	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant Werkstättenmanipulant	III—I	11	
		11	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant Werkstättenmanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		1145	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Handelsakademien und Handelsschulen			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		57	
Professor		997	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		160	
		1214	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor, Kontrollor, Adjunkt	III—I	2	
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial, Offizial, Kanzleioffizial, Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist	III—I	2	
		2	
Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Schulwart, Schulgehilfe	III—I	6	
		6	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	2	
		2	
Summe...		1226	
Museen			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	5	2
Direktor, Kustos 1. Klasse	VII	7	14
Kustos 1. Klasse	VI		
Kustos 2. Klasse	V	57	
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		69	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Akademisch gebildete Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Restaurator	VI	3	
Akademischer Restaurator	V		
Akademischer Restaurator	IV		
Akademischer Restaurator	III		
		3	
Gehobener Fachdienst an Museen und Sammlungen (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Technischer Restaurator 1. Klasse, Technischer Präparator 1. Klasse, Sekretär	V	12	
Technischer Restaurator 1. Klasse, Technischer Präparator 1. Klasse, Oberrevident	IV—III		
Technischer Restaurator 2. Klasse, Technischer Präparator 2. Klasse, Revident	III		
Adjunkt	II		
		12	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V	8	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		8	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	—	13
Technischer Oberkontrollor, Technischer Kontrollor, Technischer Adjunkt	III—I	25	
		25	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	3
Oberkontrollor, Kontrollor, Adjunkt	III—I	4	
		4	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberpräparator	IV	—	5
Oberaufseher, Oberpräparator, Oberaufseher, Oberpräparator	III—I	27	
		27	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	
Technischer Oberoffizial, Technischer Offizial, Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes	III—I	25	
		25	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial, Offizial, Kanzleioffizial, Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist	III—I	10	
		10	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Präparator, Portier, Amtswart, Aufseher, Präparator, Portier, Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfspräparator, Portier	III—I	51	
		51	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur, Offizial, Monteur, Adjunkt, Monteur	III—I	7	
		7	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	2	
		2	
Summe...		244	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesdenkmalamt			
Höherer Dienst (Beamte des fachlichen Dienstes) (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	VIII	1	
Oberstaatskonservator	VII	2	7
Staatskonservator 1. Klasse, Staatskonservator 2. Klasse, Wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftlicher Assistent	VI, V, IV, III	22	
		25	
Höherer Dienst (Rechtskundige Beamte) (Verwendungsgruppe A)			
Administrationsrat, Oberkommissär, Kommissär, Kommissär	VI, V, IV, III	1	
		1	
Akademisch gebildete Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Restaurator	VII	—	2
Akademischer Restaurator, Akademischer Restaurator, Akademischer Restaurator, Akademischer Restaurator	VI, V, IV, III	3	
		3	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V		
Oberrevident	IV—III	1	
Revident	III		
Adjunkt	I		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	3	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	2
Technischer Oberkontrollor, Technischer Kontrollor, Technischer Adjunkt	III—I	5	
		5	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberpräparator	III—I	2	
Oberpräparator			
		2	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzlejoberoffizial	III—I	6	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		6	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Präparator	III—I	2	
Amtswart, Präparator			
Amtsgehilfe, Hilfspräparator			
		2	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		52	
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 2 B)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Kustos 1. Klasse	VI	3	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		3	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		1	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffiziel, Kanzlejoberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
Kanzlist			
		1	
Summe...		10	
Kunstakademien und Kunstschulen			
Hochschullehrer			
Ordentlicher Professor		47	
Außerordentlicher Professor		78	
Oberassistent, Hochschulassistent		7	
		132	

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		112	
(Verwendungsgruppe L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		113	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	—	3
Administrationsrat	VI	4	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		4	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Kustos 1. Klasse	VI	2	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		2	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten			
(Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Adjunkt	II		
		2	
Quästurs- und Kassendienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Quästor	V	5	
Quästursoberrevident	IV—III		
Quästursrevident	III		
Quästursassistent	II		
		5	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	5
Oberkontrollor	III—I	9	
Kontrollor			
Adjunkt			
		9	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	1	
Oberaufseher			
		1	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	8	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		8	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	8	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		8	
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Portier, Oberschulwart	III—I	30	
Amtswart, Aufseher, Portier, Schulwart			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Portier, Schulgehilfe			
		30	
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	

Bundesministerium für Unterricht

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	2	
		2	
Summe...		321	
Österreichische Kulturinstitute			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		1	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	2
Direktor	VII	—	
Rat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	22	
		22	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	V IV—III III II	4	
		4	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor Kontrollor Adjunkt	III—I	1	
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist	III—I	3	
		3	
Summe...		31	
Gesamtsumme...		20.368	

Bundesministerium für Unterricht

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	10[1])	23	6	72	3	114[1])
Hochschulen	60[8])	528	149	762	218	1.717
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	2	25	16	36	10	89
Wissenschaftliche Anstalten	31[2])	12	9	27	5[3])	84[4])
Bibliotheksdienst	29[5])	111[6])	—	—	—	140[7])
Bibliotheken	1	4[9])	11	43	73	132
Bundes-Heim- und -Sportverwaltung	—	19	1	10	11	41
Bundessportheime und Bundesschullandheime — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	8	4	13
Außerschulische Jugenderziehung	1	3	—	—	—	4
Schulaufsichtsbehörden	—	31	11	149	14	205
Pädagogisch-psychologischer Dienst	—	1	—	7	—	8
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	3	4	3	8	2	20
Allgemeinbildende Höhere Schulen	—	—	92	—	203	295
Bundeserziehungsanstalten	—	—	8	13	11	32
Pädagogische Akademien und Institute, Musisch-pädagogische Realgymnasien	—	8	16	12	17	53
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	—	5	—	5
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	—	8	7	11	26
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	2	11	10	4	27
Bundesanstalten für Leibeserziehung	—	—	2	6	1	9
Technische und gewerbliche Lehranstalten	2	161	24	82	75	344
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	7	8	19	22	56
Handelsakademien und Handelsschulen	—	27	8	2	12	49
Bundeskonvikte (Berufsbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	1	3	1	—	5
Hofmusikkapelle	—	1	—	—	1	2
Museen	26	12	6	52	135	231
Bundesdenkmalamt	15	10	5	8	6	44
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	1	2	3	5	2	13
Kunstakademien und Kunstschulen	3	4	6	35	50	98
Kunstakademien und Kunstschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	1	—	—	—	1
Österreichische Kulturinstitute	4	6	—	8	4	22
Zusammen...	188	1003	407	1387	894	3879

Hievon für die Zeit vorübergehenden Bedarfes [1]) 2, [2]) 6, [3]) 2, [4]) 8, [5]) 4, [6]) 15, [7]) 19, [8]) 1, [9]) 2 Dienstposten.

Bundesministerium für Unterricht

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L					
Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	l 1	l 2	l 3		
Hochschulen	15	8	2	25	50
Allgemeinbildende Höhere Schulen	188	25	7	220	—
Bundeserziehungsanstalten	14	1	—	15	—
Pädagogische Akademien und Institute, Musisch pädagogische Realgymnasien	110	25	6	141	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	11	7	5	23	—
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	4	6	9	19	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	5	3	—	8	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	5	5	—	10	—
Handelsakademien und Handelsschulen	4	3	—	7	—
Kunstakademien und Kunstschulen	—	—	—	—	84
Zusammen...	356	83	29	468	134

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II									
Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Zentralleitung	—	1	6	1	—	4	12	—	—
Hochschulen	5	68	161	20	58	375	687	—	29
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	2	2	1	2	8	15	—	—
Wissenschaftliche Anstalten	—	—	2	—	3	6	11	—	1
Bibliotheken	1	2	1	—	2	22	28	—	—
Bundes-Heim- und -Sportverwaltung	—	—	5	7	—	—	12	—	—
Bundessport und Schullandheime — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	3	10	23	9	45	—	—
Schulaufsichtsbehörden	—	—	1	1	1	12	15	—	—
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	—	—	—	1	—	2	3	—	—
Allgemeinbildende Höhere Schulen	—	—	—	16	16	233	265	—	—
Bundeserziehungsanstalten	—	2	9	11	26	56	104	—	—
Pädagogische Akademien und Institute, musisch pädagogische Realgymnasien	—	—	1	9	2	28	40	—	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	—	2	1	6	9	—	—
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	—	6	4	2	10	22	—	—
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	3	4	1	112	120	—	—
Bundesanstalten für Leibeserziehung	—	—	—	—	—	3	3	—	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	—	17	63	41	16	118	255	—	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	—	6	9	2	66	83	—	—
Handelsakademien und Handelsschulen	—	—	—	1	1	24	26	—	—
Bundeskonvikte (Berufsbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	2	2	3	35	42	—	—
Museen	—	1	9	—	2	28	40	—	—
Bundesdenkmalamt	—	2	1	—	—	—	3	—	—
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	—	—	2	2	1	1	6	—	—
Kunstakademien und Kunstschulen	1	—	5	2	—	24	32	—	—
Zusammen...	7	95	288	144	162	1182	1878	—	30

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Hochschulen	—	29	—	15	—	44	—
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	2	3	2	1	—	8	—
Wissenschaftliche Anstalten	—	—	1	—	—	1	—
Bibliotheksdienst	2	5	—	—	—	7	—
Bibliotheken	—	—	—	2	3	5	—
Bundes-Heim- und -Sportverwaltung	1	19	16	—	—	36	—
Bundessportheime und Bundesschullandheime — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	2	—	1	3	—
Ausserschulische Jugenderziehung	—	12	—	—	—	12	—
Schulaufsichtsbehörden	3	1	—	8	—	12	5
Allgemeinbildende Höhere Schulen	—	—	20	—	—	20	98
Bundeserziehungsanstalten	—	—	—	—	—	—	3
Pädagogische Akademien und Institute, bzw. Musisch-pädagogische Realgymnasien	—	—	1	1	—	2	13
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	—	2	—	2	4
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	—	—	—	—	—	1
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	1	—	1	—
Bundesanstalten für Leibeserziehung	—	—	—	1	—	1	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1	1	—	4	—	6	22
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	—	—	1	—	1	8
Handelsakademien und Handelsschulen	—	—	1	—	—	1	16
Bundeskonvikte (Berufsbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	1	—	1	—
Hofmusikkapelle	—	1	—	—	—	1	6
Museen	—	3	—	—	—	3	—
Bundesdenkmalamt	1	—	—	—	—	1	—
Kunstakademien und Kunstschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	—	1	—	—	1	—
Österreichische Kulturinstitute	—	—	—	1	5	6	—
Zusammen...	10	74	44	38	9	175	176

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	l 1	l 2	l 3		
Hochschulen	—	—	2	2	100
Hochschulen — zweckgebundene Gebarung	13	25	—	38	70
Allgemeinbildende Höhere Schulen	60	12	8	80	—
Bundeserziehungsanstalten	4	3	—	7	—
Pädagogische Akademien und Institute, bzw. Musisch-pädagogische Realgymnasien	18	4	—	22	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	8	3	—	11	—
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	1	—	—	1	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	35	21	—	56	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	23	28	—	51	—
Handelsakademien und Handelsschulen	29	7	—	36	—
Kunstakademien und Kunstschulen	—	—	—	—	50
Zusammen...	191	103	10	304	220

Bundesministerium für Unterricht

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Zentralleitung	—	—	—	—	—	1	1	—
Hochschulen	—	—	1	—	2	19	22	7
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	—	1	—	—	1	2	—
Wissenschaftliche Anstalten	—	—	—	—	—	—	—	1
Bibliotheken	—	—	—	—	—	2	2	1
Bundessportheime und Bundesschullandheime — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	4	65	69	—
Schulaufsichtsbehörden	—	—	—	—	—	6	6	—
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	—	—	—	—	—	6	6	—
Allgemeinbildende Höhere Schulen	—	—	—	—	1	96	97	—
Bundeserziehungsanstalten	—	—	—	—	1	—	1	—
Pädagogische Akademien und Institute, Musisch pädagogische Realgymnasien	—	—	—	—	—	8	8	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	—	—	—	2	2	—
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	1	—	1	2	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	—	—	—	—	—	22	22	1
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	—	—	—	—	6	6	—
Handelsakademien und Handelsschulen	—	—	—	—	—	8	8	—
Bundeskonvikte (Berufsbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	1	—	1	2	—
Kunstakademien und Kunstschulen	—	—	—	—	—	13	13	1
Zusammen	—	—	2	2	8	257	269	11

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Soziales			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	4	2
Ministerialrat	VIII	25	19
Sektionsrat	VII	37	6
Ministerialsekretär	VI	70	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		136	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirtschaftsrat	VI	2	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	IIII		
		2	
Gehobener Arbeitsinspektionsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Assistent	II		
		2	
Gehobener Fachdienst bei den Arbeitsämtern (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Sekretär	V	1	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Assistent	II		
		3	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	6	
Rechnungssekretär	V	35	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		42	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	3	6
Wirklicher Amtsrat	VI	15	14
Amtssekretär	V	87	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		105	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	4
Fachinspektor	V	—	10
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	6	
Oberkontrollor	III—I	19	
Kontrollor			
Adjunkt			
		26	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	57	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		57	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	16	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		16	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		394	
Landesarbeitsämter			
Höherer Dienst bei den Arbeitsämtern (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	4	1
Oberrat	VII	12	4
Rat	VI	35	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		51	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer Dienst der Berufsberatung (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	4	9
Rat	VI	56	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		60	
Dienst der Ärzte in Anstalten und bei Ämtern des Bundes (Verwendungsgruppe A)			
Chefarzt	VII	—	3
Chefarzt, Amtsarzt, Anstaltsarzt	VI	3	
Amtsarzt, Anstaltsarzt	V		
Amtsarzt, Anstaltsarzt	IV		
Amtsarzt, Anstaltsarzt	III		
		3	
Gehobener Fachdienst bei den Arbeitsämtern (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	3	7
Wirklicher Amtsrat	VI	50	62
Sekretär	V	570	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Assistent	II		
		623	
Fachdienst der Arbeitsvermittlung (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	4
Fachinspektor	IV	100	221
Oberkontrollor	III—I	782	
Oberadjunkt			
Adjunkt			
		882	
Mittlerer Dienst der Arbeitsvermittlung (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial	III—I	237	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		237	
Allgemeiner Hilfsdient, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	20	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		20	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	26	
Offizial			
Adjunkt			
		26	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	1	
		1	
Summe...		1904	
Landesinvalidenämter			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	2
Oberadministrationsrat	VII	5	6
Administrationsrat	VI	47	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		53	
Dienst der Ärzte in Anstalten und bei Ämtern des Bundes (Verwendungsgruppe A)			
Chefarzt	VII	1	1
Chefarzt, Amtsarzt, Anstaltsarzt	VI	4	
Amtsarzt, Anstaltsarzt	V		
Amtsarzt, Anstaltsarzt	IV		
Amtsarzt, Anstaltsarzt	III		
		5	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	1
Wirklicher Amtsrat	VI	5	19
Rechnungssekretär	V	127	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		133	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	3	17
Amtssekretär	V	161	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		164	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	13	63
Oberkontrollor	III—I	131	
Kontrollor			
Adjunkt			
		144	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	111	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		111	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	19	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		19	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		631	
Kriegsinvalidenhaus Wien			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Oberverwalter	V		
Verwalter	IV—III	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Summe...		2	
Prothesenwerkstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Oberverwalter	V		
Verwalter	IV—III	2	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor-Fachinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Summe...		5	
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen			
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Summe...		1	
Arbeitsinspektion			
Höherer Arbeitsinspektionsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	8
Oberbaurat	VII	17	7
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	55	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		73	
Dienst der Ärzte in Anstalten und bei Ämtern des Bundes (Verwendungsgruppe A)			
Chefarzt	VII	—	2
Chefarzt, Amtsarzt, Anstaltsarzt	VI		
Amtsarzt, Anstaltsarzt	V	4	
Amtsarzt, Anstaltsarzt	IV		
Amtsarzt, Anstaltsarzt	III		
		4	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Arbeitsinspektionsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	3	3
Sekretär	V		
Oberrevident	IV—III	74	
Revident	III		
Assistent	II		
		77	
Arbeitsinspektionsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	1	3
Oberkontrollor	III—I	36	
Kontrollor			
Adjunkt			
		37	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	22	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		22	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	2	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		2	
Summe...		216	
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten			
Höherer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	1	20
Direktor, Vorstand	VII	10	
Direktor, Vorstand	VI	61	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		72	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Amtssekretär	V	7	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		7	
Gehobener Fachdienst an wissenschaftlichen Anstalten			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Sekretär	V	18	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Adjunkt	II		
		18	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	3	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		3	
Medizinisch-technische Assistentinnen			
(Verwendungsgruppe B)			
Med.-techn. Oberassistentin	V	17	
Med.-techn. Assistentin	IV		
Med.-techn. Assistentin	III		
Med.-techn. Assistentin	II		
		17	
Lebensmittelrevisoren			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	3
Oberkontrollor	III—I	7	
Kontrollor			
Adjunkt			
		7	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	9	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		9	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Adjunkt			
		5	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	6	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		6	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	13	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		13	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberlaborant	III—I	5	
Oberlaborant			
		5	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	4	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		4	
Summe...		166	
Bundeshebammenlehranstalten			
Dienst der dipl. Oberpflegerinnen (Verwendungsgruppe C)			
Oberpflegerin 2. Kl.	III—I	2	
Oberpflegerin 2. Kl.			
Oberpflegerin 2. Kl.			
		2	
Summe...		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Krankenanstalt Bad Ischl — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig			
Ärzte in Sanitätsanstalten (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VII	1	
Vorstand	VI	4	
Vorstand	V		
Sekundararzt	IV		
Sekundararzt	III		
		5	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Dienst der dipl. Oberpflegerinnen (Verwendungsgruppe C)			
Oberpflegerin 2. Kl.	III—I	8	
Oberpflegerin 2. Kl.			
Oberpflegerin 2. Kl.			
		8	
Summe...		14	
Gesamtsumme...		3335	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	17	31	3	125	21	197
Landesarbeitsämter	29	78	217	485	21	830
Landesinvalidenämter	—	109	3	127	20	259
Kriegsinvalidenhaus Wien	—	—	4	1	1	6
Prothesenwerkstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	4	—	5
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen	—	6	—	2	1	9
Arbeitsinspektion	25	26	—	31	—	82
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten	34	78	17	71	3	203
Bundeshebammenlehranstalten	—	—	1	—	—	1
Krankenanstalt Bad Ischl — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	5	3	35	—	—	43
Zusammen...	110	331	281	846	67	1635

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Zentralleitung	—	—	1	—	—	1	2	—
Landesarbeitsämter	—	—	43	2	10	26	81	—
Landesinvalidenämter	—	—	3	3	—	8	14	—
Kriegsinvalidenhaus Wien	—	—	—	1	1	2	4	—
Prothesenwerkstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	32
Arbeitsinspektion	—	—	16	—	—	1	17	—
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten	—	—	8	29	30	3	70	—
Krankenanstalt Bad Ischl — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	1	1	3	8	17	8	38	—
Zusammen...	1	1	74	43	58	49	226	32

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Zentralleitung	—	—	—	2	—	2	—
Landesarbeitsämter	—	—	1	14	—	15	—
Landesinvalidenämter	18	—	—	—	—	18	—
Arbeitsinspektion	—	—	—	1	—	1	—
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten	4	3	—	2	—	9	—
Krankenanstalt Bad Ischl — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	1	—	1	—	—	2	—
Zusammen...	23	3	2	19	—	47	—

Bundesministerium für soziale Verwaltung

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Landesarbeitsämter	—	—	—	—	7	96	103	—
Landesinvalidenämter	—	—	—	—	2	11	13	—
Kriegsinvalidenhaus	—	—	—	—	—	—	—	—
Prothesenwerkstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	2	2	—
Arbeitsinspektion	—	—	—	—	—	8	8	—
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten	—	—	—	2	2	—	4	—
Krankenanstalt Bad Ischl — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	1	1	—
Zusammen...	—	—	—	2	11	118	131	—

Auswärtige Angelegenheiten

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Auswärtige Angelegenheiten			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Ministerialrat	VIII	2	
Sektionsrat	VII	1	1
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	3	
Ministerialkommissär	IV—III		
		6	
Höherer auswärtiger Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter	IX	5	
Außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Legationsrat 1. Klasse, Generalkonsul 1. Klasse	VIII	44	33
Legationsrat 2. Klasse, Generalkonsul 2. Klasse	VII	46	
Legationssekretär 1. Klasse, Konsul 1. Klasse, Generalkonsul 3. Klasse	VI		
Legationssekretär 2. Klasse, Konsul 2. Klasse	V	143	
Legationssekretär 3. Klasse, Vizekonsul	IV		
Legationssekretär 3. Klasse, Vizekonsul, Attaché	III		
		238	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	5	2
Wirklicher Amtsrat	VI	16	3
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	120	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		141	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	3
Kanzleidirektor	IV	4	6
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	20	
Adjunkt			
		25	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	36	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		36	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart			
Amtswart	III—I	29	
Amtsgehilfe			
		29	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial			
Offizial	III—I	11	
Adjunkt			
		11	
Summe...		486	
Diplomatische Akademie			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	I		
		1	
Summe...		1	
Gesamtsumme...		487	

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Auswärtige Angelegenheiten	12	23	15	330	67	447
Diplomatische Akademie	2	—	—	3	2	7
Zusammen	14	23	15	333	69	454

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Auswärtige Angelegenheiten	—	—	56	—	—	75	131
Diplomatische Akademie	—	1	1	2	3	4	11
Zusammen	—	1	57	2	3	79	142

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Auswärtige Angelegenheiten	—	1	—	11	1	13

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Auswärtige Angelegenheiten	—	—	1	—	—	29	30

Justizwesen

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Justiz			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	7	20
Sektionsrat	VII	9	2
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	35	
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		53[1]	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	3
Wirklicher Amtsrat	VI	2	2
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	8	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		10	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		3	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	5
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		10	
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker	III—I	4	
Amtswart, Kraftwagenlenker			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker			
		4	
Summe...		80	

[1]) Dazu 17 zugeteilte Richter und Staatsanwälte.

Bezeichnung	Standesgruppe (Dienstklasse)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Oberster Gerichtshof			
Richter			
Präsident	8	1	
Vizepräsident	7	2	
Senatspräsident	6	9	
Hofrat	6b	16	
Hofrat	5	23	
Präsidialsekretär	4	1	
Sekretär	3	3	
Sekretär	2	2	
		57	
Generalprokuratur			
Staatsanwaltschaftliche Beamte			
Generalprokurator	7	1	
Erster Generalanwalt	6	1[2])	
Generalanwalt	6b	3	
Generalanwalt	5	5[3])	
		12	
Gehobener Fachdienst in der Gerichtskanzlei (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Justizsekretär	V		
Justizoberrevident	IV—III	2	
Justizrevident	III		
Justizassistent	II		
		4	
Fachdienst bei Gericht (Verwendungsgruppe C)			
Justizinspektor	IV	—	2
Justizoberkontrollor	III—I	5	
Justizkontrollor			
Justizadjunkt			
		5	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	4	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	2	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		2	
Summe...		84	

[2]),[3]) Dazu 1 DP. für den vorübergehenden Bedarf.

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Standesgruppe	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Justizbehörden in den Ländern			
Richter			
Präsident des Oberlandesgerichtes	7	4	
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz, Vizepräsident des Oberlandesgerichtes, Senatsvorsitzender des Oberlandesgerichtes	6b	17	
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz, Vizepräsident des Oberlandesgerichtes, Senatsvorsitzender des Oberlandesgerichtes	5	42	
Rat des Oberlandesgerichtes, Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz, Senatsvorsitzender des Gerichtshofes I. Instanz	5b	92	
a) Rat des Oberlandesgerichtes, Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	4	59	
b) Senatsvorsitzender des Gerichtshofes I. Instanz, Vorsteher des Bezirksgerichtes, Bezirksrichter		390	
a) Senatsvorsitzender des Gerichtshofes I. Instanz, Präsidialsekretär des Oberlandesgerichtes	3	146	
b) Vorsteher des Bezirksgerichtes, Rat des Gerichtshofes I. Instanz, Bezirksrichter		87	
Vorsteher des Bezirksgerichtes, Rat des Gerichtshofes I. Instanz, Bezirksrichter	2	221	
Richter	1	247	
Richteramtsanwärter		132	
		1437	
Staatsanwaltschaftliche Beamte			
Oberstaatsanwalt, Leitender Erster Staatsanwalt in Wien, Graz, Linz und Innsbruck	6b	6	
Oberstaatsanwalt, Leitender Erster Staatsanwalt	5	3	
Erster Oberstaatsanwaltstellvertreter, Erster Staatsanwalt, Oberstaatsanwaltstellvertreter	5b	20	
a) Erster Oberstaatsanwaltstellvertreter, Erster Staatsanwalt, Oberstaatsanwaltstellvertreter	4	44	
b) Staatsanwalt		6	
Oberstaatsanwaltstellvertreter, Staatsanwalt	3	42	
Staatsanwalt	2	27	
		148	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	3	1
Wirklicher Amtsrat	VI	16	4
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	66	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		85	
Gehobener Fachdienst in der Gerichtskanzlei (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	13	
Wirklicher Amtsrat	VI	128	33
Justizsekretär	V		
Justizoberrevident	IV—III	741	
Justizrevident	III		
Justizassistent	II		
		882	
Fachdienst bei Gericht (Verwendungsgruppe C)			
Justizinspektor	V	3	21
Justizinspektor	IV	165	25
Justizoberkontrollor	III—I	703	
Justizkontrollor			
Justizadjunkt			
		871	
Verhandlungsschriftführer in Strafsachen (Verwendungsgruppe C)			
Justizoberkontrollor	III—I	32	
Justizkontrollor			
Justizadjunkt			
		32	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	12	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	597	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		609	
Vollstreckungsdienst und Gefangenenaufsichtsdienst bei Bezirksgerichten (Verwendungsgruppe D)			
Vollstreckungsoberoffizial	IV	14	4
Vollstreckungs(Gefangenenaufsichts)-oberoffizial	III—I	401	
Vollstreckungs(Gefangenenaufsichts)-offizial			
Vollstreckungs(Gefangenenaufsichts)-adjunkt, Vollstrecker, Gefangenenaufseher			
		415	

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	117	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		117	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	7	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		7	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	13	
Offizial			
Adjunkt			
		13	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	11	
Werkstättenobermanipulant			
		11	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	20	
Werkstättengehilfe			
		20	
Summe...		4649	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Justizanstalten			
Höherer Dienst in Justizanstalten (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat, Geistlicher Rektor, Obersanitätsrat	VII	2	1
Rat, Geistlicher Rektor, Sanitätsrat	VI	32	
Oberkommissär, Geistlicher Rektor, Sanitätsoberkommissär	V		
Kommissär, Geistlicher Rektor, Sanitätskommissär	IV		
Kommissär, Geistlicher Rektor, Sanitätskommissär	III		
		34	
Sozialer Betreuungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	38	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Assistent	II		
		38	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Adjunkt			
		4	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	6	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		6	

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Maschinisten in Dampf- und elektrischen Betrieben			
(Verwendungsgruppe D)			
Obermaschinist	III—I	3	
Obermaschinist			
Maschinist			
		3	
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 2 B)			
Direktor		1	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		15	
		16	
Maschinisten			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Justizwachdienst und Dienst der Jugenderzieher			
Leitende Beamte			
(Verwendungsgruppe W 1)			
Justizwachoberst (Oberdirektor)	VII	3	
Justizwachoberstleutnant (Direktor)	VI	15	
Justizwachmajor (Oberpräfekt 1. Kl.), Justizwachhauptmann, Justizwachoberleutnant, Justizwachleutnant (Oberpräfekt 2. Kl.)	V—III	62	
Justizwachhauptmann, Justizwachoberleutnant, Justizwachleutnant, (Präfekt)	III—II		
		80	
Dienstführende Beamte			
(Verwendungsgruppe W 2)			
Justizwachgruppeninspektor, Obererzieher	IV (3)	12	
Justizwachinspektor, Obererzieher	III—I (2)	60	
Justizwachoberkontrollor, Obererzieher	III—I (1)	373	
		445	
Eingeteilte Beamte			
(Verwendungsgruppe W 3)			
Justizwachkontrollor, Erzieher	III—I	1703	
Justizoberwachmann, Erzieher			
Justizwachmann, Erzieher			
		2228	
Summe...		2334	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Verwaltungszweige			
Gehobener landwirtschaftlicher Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsinspektor	V	1	
Landwirtschaftsoberrevident	IV—III		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		1	
Wirtschaftsführer			
(Verwendungsgruppe C)			
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	2	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		2	
Mittlerer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Wirtschaftsoberoffizial	III—I	1	
Wirtschaftsoffizial			
Oberwirtschafter, Wirtschafter			
		1	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	2	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		2	
Summe...		6	
Gesamtsumme...		7153	

Bundesministerium für Justiz

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	—	—	30	—	30
Oberster Gerichtshof	—	—	1	16	—	17
Justizbehörden in den Ländern	8	94	90	1084	35	1311
Justizanstalten	2	6	7	20	—	35
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Verwaltungszweige	1	—	1	11	—	13
Zusammen	11	100	99	1161	35	1406

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	6	—	—	—	6
Oberster Gerichtshof	—	—	4	—	—	—	4
Justizbehörden in den Ländern	—	3	28	19	15	141	206
Justizanstalten	—	—	1	4	—	1	6
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Verwaltungszweige	—	—	4	3	1	—	8
Zusammen	—	3	43	26	16	142	230

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Justizbehörden in den Ländern	—	—	—	65	—	65
Justizanstalten	1	—	—	—	—	1
Zusammen	1	—	—	65	—	66

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Justizanstalten	—	4	—	4

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Justizbehörden in den Ländern	—	—	—	17	—	226	243

Landesverteidigung

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Landesverteidigung			
Zentralleitung und Amt für Wehrtechnik			
Höherer Ministerialdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	—	1
Ministerialrat	VIII	5	
Sektionsrat	VII	10	1
Ministerialsekretär	VI	11	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		26	
Höherer landwirtschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberlandwirtschaftsrat	VIII	—	1
Oberlandwirtschaftsrat	VII	1	
Landwirtschaftsrat	VI	—	
Landwirtschaftsoberkommissär	V		
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		1	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Heereschefingenieur	IX	—	1
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbaurat	VII	4	
Baurat	VI	15	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		20	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberadministrationsrat	VII	3	
Administrationsrat	VI	23	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		26	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Observator 1. Klasse, Oberassistent	VII	6	
Observator 1. Klasse, Oberassistent	VI	7	
Observator 2. Klasse, Oberassistent	V		
Wissenschaftlicher Assistent, Oberassistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		13	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	4	
Technischer Inspektor	V	20	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		24	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	5	
Rechnungssekretär	V	63	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		69	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	15	
Amtssekretär	V	88	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		104	
Fachdienst in der Heeresverwaltung			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	10	
Kontrollor			
Adjunkt			
		10	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	4	9
Technischer Oberkontrollor	III—I	24	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		28	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	10	26
Oberkontrollor	III—I	49	
Kontrollor			
Adjunkt			
		60	

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	8	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		8	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	3	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	79	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		82	
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker	III—I	18	
Amtswart, Kraftwagenlenker			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker			
		18	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	23	
Offizial			
Adjunkt			
		23	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	2	
Werkstättenobermanipulant			
		2	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	10	
Werkstättengehilfe			
		10	
Summe...		530	
Militärpersonen			
Offiziere des Generalstabsdienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
General der Infanterie (Artillerie)	IX	3	3
Brigadier	VIII	33	
Oberst	VII	48	
Oberstleutnant	VI		
Major	V	54	
Hauptmann	IV		
		138	
Offiziere des Intendanzdienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
General-Intendant	IX	—	1
Brigadier-Intendant	VIII	4	
Oberst-Intendant	VII	20	
Oberstleutnant-Intendant	VI		
Major-Intendant	V	25	
Hauptmann-Intendant	IV		
		49[1]	
Offiziere des militärmedizinischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
Brigadierarzt	VIII	2	
Oberstarzt, Oberstveterinär, Oberstapotheker	VII	31	
Oberstleutnantarzt, Oberstleutnantveterinär, Oberstleutnantapotheker	VI		
Majorarzt, Majorveterinär, Majorapotheker	V		
Hauptmannarzt, Hauptmannveterinär, Hauptmannapotheker	IV	70	
Oberleutnantarzt, Oberleutnantveterinär, Oberleutnantapotheker	III		
		103	

[1]) Auf Rechnung von freien Dienstposten dieses Dienstzweiges können 5 Beamte des rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Offiziere des Militärseelsorgedienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
Militärdekan	VIII	—	1
Militärdekan	VII	3	
Militärsuperior, Militäroberpfarrer	VI	17	
Militäroberkurat	V		
Militärkurat	IV		
Militärkaplan	III		
		20	
Offiziere des höheren militärtechnischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
Brigadier-Ingenieur	VIII	7	3
Oberst	VII	17	
Oberstleutnant	VI	28	
Major	V		
Hauptmann	IV		
Oberleutnant, Leutnant	III		
		52	
Musikoffiziere (Verwendungsgruppe H 2)			
Militär-Kapellmeister	VI	1	1
Militär-Kapellmeister	V	9	
Militär-Kapellmeister	IV		
Militär-Kapellmeister	III—II		
		10	
Offiziere des technischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Oberst	VII	7	
Oberstleutnant	VI	38	
Major 1. Klasse	V	116	
Major 2. Klasse, Hauptmann 1. Klasse	IV		
Hauptmann 2. Klasse, Oberleutnant, Leutnant	III—II		
		161	
Offiziere des Truppendienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Brigadier	VIII	—	6
Oberst	VII	80	
Oberstleutnant	VI	201	
Major 1. Klasse	V	1425	
Major 2. Klasse, Hauptmann 1. Klasse	IV		
Hauptmann 2. Klasse, Oberleutnant, Leutnant	III—II		
		1706	
Offiziere des Verwaltungsdienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Oberst	VII	7	4
Oberstleutnant	VI	4	
		11	

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Offiziere des Wirtschaftsdienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Oberst	VII	7	
Oberstleutnant	VI	54	
Major 1. Klasse	V	170	
Major 2. Klasse, Hauptmann 1. Klasse	IV		
Hauptmann 2. Klasse, Oberleutnant, Leutnant	III—II		
		231	
Beschlagunteroffiziere (Verwendungsgruppe H 3)			
Beschlagstabswachtmeister	7	2	
Beschlagoberwachtmeister	6		
Beschlagwachtmeister	5		
		2	
Feld(Luft)zeugunteroffiziere (Verwendungsgruppe H 3)			
Stabswachtmeister des Feld(Luft)zeugdienstes	7	2	
Oberwachtmeister des Feld(Luft)zeugdienstes	6		
Wachtmeister des Feld(Luft)zeugdienstes	5		
		2	
Kanzleiunteroffiziere (Verwendungsgruppe H 3)			
Kanzleistabswachtmeister	7	148	
Kanzleioberwachtmeister	6		
Kanzleiwachtmeister	5		
		148	
Unteroffiziere des lufttechnischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 3)			
Stabswachtmeister des lufttechnischen Dienstes	7	40	
Oberwachtmeister des lufttechnischen Dienstes	6		
Wachtmeister des lufttechnischen Dienstes	5		
		40	
Musikunteroffiziere (Verwendungsgruppe H 3)			
Musikstabswachtmeister	7	20	
Musikoberwachtmeister	6		
Musikwachtmeister	5		
		20	

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienststufe	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Sanitätsunteroffiziere			
(Verwendungsgruppe H 3)			
Sanitätsstabswachtmeister	7	40	
Sanitätsoberwachtmeister	6		
Sanitätswachtmeister	5		
		40	
Technische Unteroffiziere			
(Verwendungsgruppe H 3)			
Zeugsstabswachtmeister	7	150	
Zeugsoberwachtmeister	6		
Zeugswachtmeister	5		
		150	
Truppenunteroffiziere			
(Verwendungsgruppe H 3)			
Stabswachtmeister, Stabsfeuerwerker	7	1132	
Oberwachtmeister, Oberfeuerwerker	6		
Wachtmeister, Feuerwerker	5		
		1132	
Wirtschaftsunteroffiziere			
(Verwendungsgruppe H 3)			
Wirtschaftsstabswachtmeister	7	195	
Wirtschaftsoberwachtmeister	6		
Wirtschaftswachtmeister	5		
		195	
Summe der DP der VerwGrp. H 3		1729	
Chargen und Wehrmänner			
(Verwendungsgruppe H 4)			
Zugsführer	4	2450	
Korporal	3		
Gefreiter, Vormeister	2		
Schütze, Jäger, Feldjäger, Panzerschütze, Panzerjäger, Panzergrenadier, Fliegersoldat, Funker, Kanonier, Pionier, Luftschutzpionier, Sanitätssoldat, Feldzeugsoldat, Luftzeugsoldat	1		
		2450	
Summe		6660	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Heeresverwaltung			
Höherer forsttechnischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	—	1
Forstrat	VI	1	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		1	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Baurat	VI	24	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		24	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Observator 1. Klasse	VII	2	1
Observator 1. Klasse	VI	4	
Observator 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		6	
Gehobener landwirtschaftlicher Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsinspektor	V	1	
Landwirtschaftsoberrevident	IV—III		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		1	
Gehobener Flugsicherungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Inspektor, Flugverkehrskontrollor	V	7	
Oberrevident, Flugverkehrskontrolloberrevident	IV		
Revident, Flugverkehrskontrollrevident	III		
Assistent, Flugverkehrskontrollassistent	II		
		7	
Gehobener Dienst der Heeresverwaltung			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat, Technischer Oberinspektor	VII	4	
Wirklicher Amtsrat, Technischer Oberinspektor	VI	4	
Sekretär, Technischer Inspektor	V	6	
Oberrevident, Technischer Oberrevident	IV—III		
Revident, Technischer Revident	III		
Assistent, Technischer Assistent	II		
		14	

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Medizinisch-technische Assistentinnen			
(Verwendungsgruppe B)			
Med.-techn. Oberassistentin	V	2	
Med.-techn. Assistentin	IV		
Med.-techn. Assistentin	III		
Med.-techn. Assistentin	II		
		2	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Rechnungssekretär	V	76	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		78	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	3	6
Technischer Inspektor	V	77	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		80	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	6	
Amtssekretär	V	131	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		137	
Fachdienst in der Heeresverwaltung			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	22
Oberkontrollor	III—I	1960	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1960 [1)2)]	
Dienst der dipl. Oberpflegerinnen			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberpflegerin 2. Kl.	III—I	45	
Oberpflegerin 2. Kl.			
Oberpflegerin 2. Kl.			
		45 [1)]	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	39	94
Technischer Oberkontrollor	III—I	957	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		996 [1)2)]	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	48	132
Oberkontrollor	III—I	1832	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1880 [1)2)]	
Mittlerer Dienst in der Heeresverwaltung			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	2170	
Offizial			
Adjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes			
		2170 [2)]	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	3
Technischer Oberoffizial	III—I	439	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		439 [2)]	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	2	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2652	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		2654 [2)]	

[1)] Zu Lasten von freien Dienstposten dieser Dienstzweige können Beamte in Dienstzweigen der Verwendungsgruppe D ernannt werden.

[2)] Von der Gesamtsumme der Dienstposten der Verwendungsgruppe C, „Fachdienst in der Heeresverwaltung", „Technischer Fachdienst" und „Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst", der Verwendungsgruppe D, „Mittlerer Dienst in der Heeresverwaltung", „Mittlerer technischer Dienst" und „Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst", der Verwendungsgruppe E, „Allgemeiner Hilfsdienst" und der Entlohnungsgruppe c, d, e und p 1 bis p 6 der Heeresverwaltung können bis 8800 Dienstposten mit Bediensteten, welche zur Ausübung einer UO-Funktion gemäß § 11 des Wehrgesetzes herangezogen sind, besetzt oder von zvS. der Verwendungsgruppe H 3 gebunden werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Präparator, Kraftwagenlenker	III—I	92	
Amtswart, Aufseher, Präparator, Kraftwagenlenker			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfspräparator, Kraftwagenlenker			
		92[1]	
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 2 HS)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		33	
		33	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	100	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		100	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	100	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		100	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	200	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		200	
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	200	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		200	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1061	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1061	

[1]) Zu Lasten von freien Dienstposten dieser Dienstzweige können Beamte in Dienstzweigen der Verwendungsgruppe D ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Führer von Spezialfahrzeugen im Baudienst			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	70	
Offizial			
Adjunkt			
		70	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	300	
Offizial			
Adjunkt			
		300	
Maschinisten			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Sprengmeister			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	228	
		228	
Straßenwärter			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Oberoffizial	III—I	12	
Offizial			
Adjunkt			
		12	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	80	
		80	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	200	
		200	
Summe...		13179	

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Heeresgeschichtliches Museum			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	
Direktor	VII	1	
Kustos 1. Klasse	VII	—	
Kustos 1. Klasse	VI	10	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		11	
Akademisch gebildete Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Restaurator	VI	1	
Akademischer Restaurator	V		
Akademischer Restaurator	IV		
Akademischer Restaurator	III		
		1	
Gehobener Fachdienst an Museen (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Restaurator 1. Klasse	V	1	
Technischer Restaurator 1. Klasse	IV—III		
Technischer Restaurator 2. Klasse	III		
Adjunkt	II		
		1	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	3	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		3	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberpräparator	III—I	3	
Oberaufseher, Oberpräparator			
		3	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	3	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		3	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	4	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Präparator	III—I	5	
Amtswart, Aufseher, Präparator			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfspräparator			
		5	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	7	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		7	

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	2	
Werkstättengehilfe			
		2	
Summe...		51	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig			
Höherer forsttechnischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	1	
Forstrat	VI	—	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		1	
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	V	—	2
Oberförster	IV	2	
Oberförster	III—I	—	
Förster			
Forstadjunkt			
		2	
Summe...		3	
Gesamtsumme...		20423	

Bundesministerium für Landesverteidigung

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Zentralleitung und Amt für Wehrtechnik	9	21	16	356	15	417	—
Heeresverwaltung	17	57	135 [1]	535 [1]	45 [1]	789	—
Heeresgeschichtliches Museum	1	3	—	12	21	37	—
Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	27
Zusammen...	27	81	151	903	81	1243	27

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Zentralleitung und Amt für Wehrtechnik	—	2	1	—	1	20	24	—
Heeresverwaltung	50 [1]	200 [1]	360 [1]	60 [1]	20 [1]	263 [1]	953 [1]	—
Heeresgeschichtliches Museum	—	1	2	—	—	3	6	—
Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	70
Zusammen...	50	203	363	60	21	286	983	70

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
Heeresverwaltung	—	—	—	20	—	20	22

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Heeresverwaltung	—	—	—	—	30	20	50	—
Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	45
Zusammen...	—	—	—	—	30	20	50	45

[1]) Von der Gesamtsumme der Dienstposten der Verwendungsgruppe C, „Fachdienst in der Heeresverwaltung", „Technischer Fachdienst" und „Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst", der Verwendungsgruppe D, „Mittlerer Dienst in der Heeresverwaltung", „Mittlerer technischer Dienst", und „Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst" der Verwendungsgruppe E, „Allgemeiner Hilfsdienst", und der Entlohnungsgruppen c, d, e und p 1 bis p 6 der Heeresverwaltung können bis zu 8800 Dienstposten mit Bediensteten, welche zur Ausübung einer UO-Funktion gemäß § 11 des Wehrgesetzes herangezogen sind, besetzt werden.

Finanzen

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Finanzen			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	5	1
Ministerialrat	VIII	36	62
Sektionsrat	VII	50	
Ministerialsekretär	VI	101	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		192[1]	
Höherer Betriebsprüfungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	5
Oberfinanzrat	VII	1	
Finanzrat	VI	7	
Finanzoberkommissär	V		
Finanzkommissär	IV		
Finanzkommissär	III		
		9	
Höherer landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberlandwirtschaftsrat	VIII	—	1
Oberlandwirtschaftsrat	VII	1	
Landwirtschaftsrat	VI	—	
Landwirtschaftsoberkommissär	V		
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		1	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberbaurat	VII	1	
Baurat	VI	—	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		1	
Höherer technischer Finanzdienst und höherer Bodenschätzungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	2
Technischer Oberfinanzrat	VII	1	3
Technischer Finanzrat	VI	2	
Technischer Finanzoberkommissär	V		
Technischer Finanzkommissär	IV		
Technischer Finanzkommissär	III		
		3	

[1]) Dazu 6 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	2	2
Wirklicher Amtsrat	VI	6	3
Rechnungssekretär	V	45	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		53	
Kassendienst (Verwendungsgruppe B)			
Zentralkassendirektor	VII	—	1
Kassendirektor	VI	1	2
Hauptkassier	V	9	
Kassenoberrevident	IV—III		
Kassenrevident	III		
Kassenassistent	II		
		10	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	4	19
Wirklicher Amtsrat	VI	15	7
Amtssekretär	V	90	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		109	
Zolldienst (Verwendungsgruppe B)			
Zolldirektor	VII	3	3
Wirklicher Amtsrat	VI	5	
Zollamtmann	V	13	
Zolloberrevident	IV—III		
Zollrevident	III		
Zollassistent	II		
		21	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor, Fachinspektor	V	1	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	12	22
Oberkontrollor	III—I	40	
Kontrollor			
Adjunkt			
		53	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	8
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	83	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		83	

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker Amtswart, Kraftwagenlenker Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker	III—I	37	
		37	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	1	
		1	
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	6	
		6	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	10	
		10	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	6	
		6	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	3	
		3	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	15	
		15	
Summe...		621	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Finanzlandesdirektionen			
Höherer Finanzdienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	3	1
Präsident	VIII	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	81	16
Oberfinanzrat	VII	190	
Finanzrat Finanzoberkommissär Finanzkommissär Finanzkommissär	VI V IV III	354	
		629	
Höherer Betriebsprüfungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	8	4
Oberfinanzrat	VII	50	
Finanzrat Finanzoberkommissär Finanzkommissär Finanzkommissär	VI V IV III	90	
		148	
Höherer technischer Finanzdienst und höherer Bodenschätzungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	
Technischer Oberfinanzrat	VII	17	
Technischer Finanzrat Technischer Finanzoberkommissär Technischer Finanzkommissär Technischer Finanzkommissär	VI V IV III	45	
		64	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Administrationsrat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	5	
		5	
Bemessungs- und Kassendienst und Bodenschätzungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	50	29
Wirklicher Amtsrat	VI	547	
Finanzsekretär Finanzoberrevident Finanzrevident Finanzassistent	V IV—III III II	2327	
		2924	

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Betriebsprüfungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	7	1
Wirklicher Amtsrat	VI	66	
Finanzsekretär	V		
Finanzoberrevident	IV—III	383	
Finanzrevident	III		
Finanzassistent	II		
		456	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	14	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		15	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	6	1
Wirklicher Amtsrat	VI	32	7
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	125	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		163	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	4	1
Wirklicher Amtsrat	VI	13	2
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	60	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		77	
Zolldienst (Verwendungsgruppe B)			
Zolldirektor	VII	24	1
Wirklicher Amtsrat	VI	129	
Zollamtmann	V		
Zolloberrevident	IV—III	880	
Zollrevident	III		
Zollassistent	II		
		1033	
Bemessungs- und Kassenhilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	38	22
Fachinspektor	IV	614	133
Oberkontrollor	III—I	1440	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2092	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Steueraufsichtsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberinspektor	V	50	17
Inspektor	IV	238	17
Oberkontrollor	III—I	430	
Kontrollor			
Adjunkt			
		718	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	1	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	2	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		3	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	7	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	46	21
Oberkontrollor	III—I	120	
Kontrollor			
Adjunkt			
		173	
Verwaltungsdienst Zoll (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	4	3
Fachinspektor	IV	112	41
Oberkontrollor	III—I	470	
Kontrollor			
Adjunkt			
		586	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	56
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	802	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		802	
Steuereintreibungsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Steuerexekutionsoberoffizial	IV	—	20
Steuerexekutionsoberoffizial	III—I	177	
Steuerexekutionsoffizial			
Steuerexekutionsadjunkt, Steuerexekutor			
		177	

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Dienst der Zollmeister (Verwendungsgruppe D)			
Oberzollmeister	IV	—	1
Oberzollmeister	III—I	10	
Zollmeister			
		10	
Hilfsdienst beim Zollverfahren (Verwendungsgruppe E)			
Oberzollwart	III—I	32	
Zollwart			
Zollgehilfe			
		32	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	145	
Amtsgehilfe			
		145	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	6	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		6	
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	2	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	9	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		9	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	4	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		4	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	25	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		25	

Bezeichnung	Dienstklasse (-stufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	34	
Offizial			
Adjunkt			
		34	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	28	
		28	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	30	
		30	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	72	
		72	
Zollwachdienst Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Zollwachoberst	VII	5	
Zollwachoberstleutnant	VI	10	
Zollwachmajor	V		
Zollwachtmeister, Zollwachoberleutnant, Zollwachleutnant	IV—III	80	
Zollwachtmeister, Zollwachoberleutnant, Zollwachleutnant	III—II		
		95	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Zollwachgruppeninspektor	IV (3)	55	
Zollwachinspektor	III—I (2)	246	
Zollwachoberkontrollor	III—I (1)	699	
		1000	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Zollwachkontrollor	III—I	2613[1])	
Zollwachoberrevisor			
Zollwachrevisor			
		3708	
Summe...		14171	

[1]) Der Stand an Zollwachbeamten der Verwendungsgruppe W 3 kann auf Rechnung von freien Dienstposten des Steueraufsichtsdienstes und des Verwaltungsdienstes überschritten werden.

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Finanzprokuratur			
Finanzprokuratursdienst (Verwendungsgruppe A)			
Prokuraturspräsident	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	5	5
Oberprokuratursrat	VII	6	
Prokuratursrat	VI		
Prokuratursoberkommissär	V	27	
Prokuraturskommissär	IV		
Prokuraturskommissär	III		
		39	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	V	—	1
Kanzleidirektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Adjunkt			
		5	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	5	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		5	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	2	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		2	
Summe...		52	
Hauptpunzierungs- und Probieramt			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbergrat	VII	6	6
Bergrat	VI		
Oberwardein	V	7	-
Wardein	IV		
Wardein	III		
		14	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	3	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	1	4
Technischer Oberkontrollor	III—I	12	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		13	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	8	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		8	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	1	
Amtsgehilfe			
		1	
Summe...		41	
Zentralbesoldungsamt			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	
Oberadministrationsrat	VII	2	
Administrationsrat	VI	4	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		8	

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	2	
Wirklicher Amtsrat	VI	31	
Rechnungssekretär	V	220	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		253	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Amtssekretär	V	18	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		27	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	—	3
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	11	
Oberkontrollor	III—I	36	
Kontrollor			
Adjunkt			
		47	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	19	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungsdienstes, Kanzlist			
		19	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	12	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		12	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		369	
Gesamtsumme...		15254	

Bundesministerium für Finanzen

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	7	8	18	138	24	195 [1]
Finanzlandesdirektionen	54	285	1349	943	61	2692
Finanzprokuratur	1	—	2	23	2	28
Hauptpunzierungs- und Probieramt	—	—	—	7	—	7
Zentralbesoldungsamt	—	65	16	77	4	162
Zusammen...	62	358	1385	1188	91	3084 [1]

[1] Dazu 7 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	—	—	—	46	46
Finanzlandesdirektionen	1	2	26	17	7	209	262
Finanzprokuratur	—	—	1	—	—	3	4
Zentralbesoldungsamt	—	—	—	—	3	18	21
Zusammen...	1	2	27	17	10	276	333

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Finanzlandesdirektionen	1	11	8	15	—	35
Finanzprokuratur	2	—	—	—	—	2
Zentralbesoldungsamt	—	—	—	1	—	1
Zusammen...	3	11	8	16	—	38

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Finanzlandesdirektionen	—	—	—	—	2	333	335	35
Finanzprokuratur	—	—	—	—	—	1	1	—
Hauptpunzierungs- und Probieramt	—	—	—	—	—	2	2	—
Zusammen...	—	—	—	—	2	336	338	35

Wirtschaft

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Land- und Forstwirtschaft			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	1
Ministerialrat	VIII	28	23
Sektionsrat	VII	40	
Ministerialsekretär	VI	61	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		132 [1]	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirtschaftsrat	VI	3	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		3	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	1
Wirklicher Amtsrat	VI	2	1
Rechnungssekretär	V	30	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		33	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	2	6
Amtssekretär	V	39	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		42	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	2	2
Technischer Inspektor	V	6	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		8	

[1] Auf Rechnung von freien Dienstposten können 4 Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	11
Oberkontrollor	III—I	23	
Kontrollor			
Adjunkt			
		28	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	33	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		33	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	10	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		10	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		294	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		10	
Direktorstellvertreter		4	
Professor		62	
(Verwendungsgruppe L 2 B, HS, V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		35	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		4	
		115	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Vorstand	VII	—	5
Direktor, Vorstand	VI	26	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		26	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	9	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		9	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	1
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Gehobener landwirtschaftlicher Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsinspektor	V	1	
Landwirtschaftsoberrevident	IV—III		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		1	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	2	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	4	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungsdienstes, Kanzlist			
		4	
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Gartenmeister	III—I	5	
Obergärtner			
Gärtner			
		5	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberlaborant, Oberpräparator	IV	—	1
Oberlaborant, Oberpräparator	III—I	1	
Oberlaborant, Oberpräparator			
		1	
Schulwarte, Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Wirtschaftsgehilfe, Amtswart	III—I	2	
Schulwart, Wirtschaftsgehilfe, Amtswart			
Schulgehilfe, Wirtschaftsgehilfe, Amtsgehilfe			
		2	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		176	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	4	1
Direktor, Vorstand	VII	10	14
Direktor, Vorstand	VI	86	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		100	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Amtssekretär	V	4	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		4	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	42	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		42	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	2
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	6
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	13	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		13	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Gartenmeister	III—I	3	
Obergärtner			
Gärtner			
		3	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	5	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		5	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	9	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		9	
Mittlerer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Wirtschaftsoberoffizial	III—I	1	
Wirtschaftsoffizial			
Oberwirtschafter, Wirtschafter			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Wirtschaftsgehilfe, Amtswart	III—I	1	
Wirtschaftsgehilfe, Amtswart			
Wirtschaftsgehilfe, Amtsgehilfe			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	1	
Werkstättengehilfe			
		1	
Summe...		192	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		3	
Professor		8	
(Verwendungsgruppe L 2 V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		6	
		17	
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	—	1
Forstrat	VI	1	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Summe...		20	
Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	1
Direktor	VII	2	4
Vorstand	VI	41	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		43	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	4	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		4	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	IV	—	1
Oberförster	III—I	10	
Förster			
Forstadjunkt			
		10	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	2	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		2	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Gartenmeister	III—I	1	
Obergärtner			
Gärtner			
		1	
Mittlerer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Wirtschaftsoberoffizial	IV	—	1
Wirtschaftsoberoffizial	III—I	1	
Wirtschaftsoffizial			
Oberwirtschafter, Wirtschafter			
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberlaborant	III—I	1	
Oberlaborant			
		1	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Summe...		68	
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft			
Höherer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Vorstand	VI	2	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		2	
Summe...		2	
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft			
Höherer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	1
Direktor, Vorstand	VII	—	1
Direktor, Vorstand	VI	7	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		7	
Höherer landwirtschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Landwirtschaftsrat	VI	1	
Landwirtschaftsoberkommissär	V		
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		1	
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Wirtschaftsführer			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	2
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	3	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		3	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberlaborant	IV	—	1
Oberaufseher, Oberlaborant	III—I	1	
Oberaufseher, Oberlaborant			
		1	
Summe...		14	
Pferdezuchtanstalten			
Dienst der Tierärzte			
(Verwendungsgruppe A)			
Gestütsoberveterinärrat	VII	1	1
Gestütsveterinärrat	VI	4	
Gestütsveterinäroberkommissär	V		
Gestütsveterinärkommissär	IV		
Gestütsveterinärkommissär	III		
		5	
Dienst der pferdezuchtkundigen Beamten			
(Verwendungsgruppe B)			
Gestütsoberinspektor	VII	—	1
Gestütsoberinspektor	VI	—	
Gestütsinspektor	V	1	
Gestütsoberrevident	IV—III		
Gestütsrevident	III		
Gestütsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	1	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		1	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		2	
Mittlerer Wirtschaftsdienst und Gestütswirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Wirtschaftsoberoffizial, Obergestütsmeister	IV	—	4
Wirtschaftsoberoffizial, Obergestütsmeister	III—I	16	
Wirtschaftsoffizial, Gestütsmeister			
Oberwirtschafter, Wirtschafter, Gestütsmeister			
		16	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Wirtschaftsgehilfe	III—I	2	
Wirtschaftsgehilfe			
Wirtschaftsgehilfe			
		2	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	22	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		22	
Summe...		54	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Veterinär-Medizinische Bundesanstalten			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	2
Direktor, Vorstand	VII	2	2
Direktor, Vorstand	VI		
Oberkommissär	V	29	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		31	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	7	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		7	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	2	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		3	
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	2	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	3	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		3	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	3
Technischer Oberoffizial	III—I	7	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		7	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberlaborant	III—I	1	
Oberlaborant			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker	III—I	1	
Amtswart, Kraftwagenlenker			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		58	
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten			
Höherer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Vorstand	VIII	—	2
Direktor, Vorstand	VII	—	3
Direktor, Vorstand	VI	17	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		17	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	9	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		9	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberlaborant	III—I	1	
Oberlaborant			
		1	
Summe...		33	
Schulaufsicht für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes Landwirtschaftliche Schulen			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinspektor		3	
(Verwendungsgruppe S 2)			
Berufsschulinspektor		8	
		11	
Summe...		11	
Forstliche Ausbildungsstätten			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktoren		1	
Professor		2	
(Verwendungsgruppe L 2 V)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		4	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		2	
		9	
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	III—I	1	
Förster			
Forstadjunkt			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Summe...		11	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wildbachverbauungsdienst			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	4
Oberforstrat	VII	13	3
Forstrat	VI		
Forstoberkommissär	V	75	
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		90	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	4	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		4	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	2
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	17	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		17	
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	V	—	1
Oberförster	IV	—	
Oberförster	III—I	2	
Förster			
Forstadjunkt			
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	16	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		16	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	5
Oberkontrollor	III—I	22	
Kontrollor			
Adjunkt			
		22	
Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Kanzleioffizial			
Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		10	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		162	
Weinaufsicht			
Gehobener landwirtschaftlicher Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Kellereioberinspektor	VII	—	
Kellereioberinspektor	VI	1	2
Kellereioberinspektor	V		
Kellereiinspektor 1. Klasse	IV	7	
Kellereiinspektor 1. Klasse	III		
Kellereiinspektor 2. Klasse	II		
		8	
Summe...		8	
Bundesgärten			
Gehobener Gartenfachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Gartenoberverwalter	VII	—	3
Gartenoberverwalter	VI	1	
Gartenoberverwalter	V		
Gartenverwalter	IV—III	8	
Gartenrevident	III		
Gartenassistent	II		
		9	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Obergartenmeister	IV	—	11
Gartenmeister	III—I	26	
Obergärtner			
Gärtner			
		26	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	IV	—	
Oberaufseher	III—I	9	
Oberaufseher			
		9	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Gartenwart, Wirtschaftsgehilfe	III—I	3	
Amtsgehilfe, Gartengehilfe, Wirtschaftsgehilfe			
		3	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	19	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		19	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	6	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		6	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	6	
Offizial			
Adjunkt			
		6	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	3	
Werkstättenobermanipulant			
		3	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		89	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Spanische Reitschule Dienst der pferdezuchtkundigen Beamten (Verwendungsgruppe B)			
Gestütsoberinspektor	VII	—	
Gestütsoberinspektor	VI	1	
Gestütsinspektor	V		
Gestütsoberrevident	IV—III	1	
Gestütsrevident	III		
Gestütsassistent	II		
		2	
Dienst des Oberbereiters (Verwendungsgruppe C)			
Oberbereiter	V	1	
Oberbereiter	IV	1	
Oberbereiter	III—I	7	
Oberbereiter			
		9	
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	1	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		1	
Mittlerer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Bereiter 1. Klasse	III—I	2	
Bereiter 2. Klasse			
Bereiter 2. Klasse			
		2	
Summe...		14	
Landwirtschaftliche Betriebe Höherer landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Landwirtschaftsrat	VI	3	
Landwirtschaftsoberkommissär	V		
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		3	
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	—	1
Forstrat	VI	1	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		1	
Gehobener landwirtschaftlicher Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsinspektor	V	4	
Landwirtschaftsoberrevident	IV—III		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		4	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	IV	—	2
Oberförster	III—I	5	
Förster			
Forstadjunkt			
		5	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	2	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	3	
Amtsgehilfe			
		3	
Summe...		21	
Forstwirtschaftliche Betriebe			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	—	1
Forstrat	VI	2	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	III—I	6	
Förster			
Forstadjunkt			
		6	
Summe...		8	
Bundesforstgärten			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	—	1
Forstrat	VI	3	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	IV	—	1
Oberförster	III—I	5	
Förster			
Forstadjunkt			
		5	
Summe...		9	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnliche Verwaltung			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Summe...		1	
Gesamtsumme...		1245	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	8	24	8	79	3	122
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	8	13	10	23	—	54
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	25	46	54	98	—	223
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	1	5	3	—	9
Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt	21	23	30	42	—	116
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	4	—	2	1	—	7
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	1	2	9	14	—	26
Pferdezuchtanstalten	—	1	4	6	—	11
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	3	13	16	46	—	78
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	4	4	10	13	—	31
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	3	3	—	—	6
Internate für forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	4	—	—	4
Internate für Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	2	—	2
Forstliche Ausbildungsstätten	—	—	1	1	—	2
Internate für forstliche Ausbildungsstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	1	—	1
Wildbachverbauungsdienst	15	7	66	25	—	113
Grenzbeschaudienst	5	—	—	—	—	5
Weinaufsicht	—	2	—	—	—	2
Bundesgärten	—	—	2	5	6	13
Spanische Reitschule	—	1	4	5	—	10
Landwirtschaftliche Betriebe	4	4	13	11	3	35
Forstwirtschaftliche Betriebe	1	—	10	6	—	17
Bundesforstgärten	—	1	8	4	—	13
Zusammen...	99	145	259	385	12	900

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	29	26	3	58
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	11	9	—	20
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	1	1	—	2
Schulaufsicht für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen	12	—	—	12
Forstliche Ausbildungsstätten	1	1	—	2
Zusammen...	54	37	3	94

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Zentralleitung	—	—	3	1	1	3	8	—	—
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	1	11	30	21	25	21	109	60	—
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	4	38	57	32	14	46	191	18	—
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	—	7	2	1	5	15	—	—
Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt	—	3	10	6	1	4	24	12	—
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	1	1	5	2	—	2	11	—	1
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	2	6	9	12	11	5	45	14	1
Pferdezuchtanstalten	—	—	4	—	—	2	6	86	—
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	5	3	11	18	30	26	93	—	—
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	—	2	4	3	2	2	13	—	—
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	3	5	8	10	47	73	—	—
Internate für forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	3	3	8	15	—	—
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	—	1	4	6	—	—
Forstliche Ausbildungsstätten	—	5	1	3	—	—	9	4	—
Internate für forstliche Ausbildungsstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	—	3	—	4	—	—
Wildbachverbauungsdienst	—	2	4	—	1	4	11	—	—
Bundesgärten	3	18	49	12	74	31	187	—	33
Spanische Reitschule	—	—	1	—	14	—	15	—	5
Landwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	153	2
Forstwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	43	4
Bundesforstgärten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	6	—
Bauhöfe — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—		—	68	—
Zusammen...	16	92	203	123	191	210	835	464	46

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	1	—	—	—	—	1
Zusammen...	1	—	—	—	—	1

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	22	8	1	31
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2	3	—	5
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	5	3	—	8
Forstliche Ausbildungsstätten	1	—	—	1
Zusammen...	30	14	1	45

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	—	—	—	—	1	1	32
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	—	—	—	—	—	11	11	51
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	—	—	—	—	1	1	3
Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt	—	—	—	—	—	1	1	22
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	—	—	—	—	—	1	1	—
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—
Pferdezuchtanstalten	—	—	—	—	—	—	—	11
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	—	—	—	—	—	1	1	—
Internatle für landwirtschaftliche Bundeslehranstaten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	2
Internate für forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	4
Internate für Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	1
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	1
Internate für forstliche Ausbildungsstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	2
Wildbachverbauungsdienst	—	—	—	—	—	1	1	—
Wildbach- und Lawinenverbauung	—	—	—	—	—	—	—	1871
Bundesgärten	—	—	—	—	—	1	1	11
Spanische Reitschule	—	—	—	—	—	—	—	1
Landwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	113
Forstwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	8
Bundesforstgärten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	—	—	205
Zusammen...	—	—	—	—	—	18	18	2338

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Handel, Gewerbe und Industrie			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	2
Ministerialrat	VIII	25	36
Sektionsrat	VII	23	2
Ministerialsekretär	VI	86	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		137	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI	4	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		5	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	2	6
Rechnungssekretär	V	27	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		30	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	2	5
Wirklicher Amtsrat	VI	3	8
Amtssekretär	V	32	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		37	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	2	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	6
Oberkontrollor	III—I	25	
Kontrollor			
Adjunkt			
		31	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	47	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		47	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	14	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		14	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		307	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Außenstelle			
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI		
Wirtschaftsoberkommissär	V	—	
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		1	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	1	
Administrationsrat	VI		
Oberkommissär	V	—	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsrat	VI	2	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	6	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		8	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	7	
Kontrollor			
Adjunkt			
		8	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	8	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes			
Kanzlist			
		8	
Summe		26	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Österreichisches Patentamt			
Rechtskundiger Dienst und höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Vizepräsident	VIII	2	
Vorsitzender Rat	VIII	18	
Rat	VII	14	20
Ratssekretär	VI		
Oberkommissär	V	95	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		130	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	7	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		8	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	11	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		12	
Registerführer im Patentamt			
(Verwendungsgruppe C)			
Registervorsteher	V	—	1
Registervorsteher	IV	10	
Oberkontrollor	III—I	24	
Kontrollor			
Adjunkt			
		34	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Adjunkt			
		3	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	25	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		25	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	2	
Oberaufseher			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher	III—I	12	
Amtswart, Aufseher			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		12	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		227	
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberbaurat	VII	1	
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	2	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	3	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		4	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	6	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		6	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	—	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	2	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberwerkführer	IV	—	1
Oberwerkführer	III—I	1	
Oberwerkführer			
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		20	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bergbehörden			
Höherer bergbehördlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	2
Regierungsoberbergrat	VII	5	
Regierungsbergrat	VI	12	
Regierungsbergoberkommissär	V		
Regierungsbergkommissär	IV		
Regierungsbergkommissär	III		
		19	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Bergbehördlicher Inspektionsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Bergrevierinspektor	V	—	1
Bergoberkontrollor	III—I	2	
Bergkontrollor			
Bergadjunkt			
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Adjunkt			
		7	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		10	
Summe...		39	
Gesamtsumme...		619	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	12	16	—	152	14	194
Außenstelle	3	10	38	35	—	86
Österreichisches Patentamt	—	—	—	20	3	23
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	1	1	5	17	—	24
Bergbehörden	4	—	—	11	—	15
Zusammen...	20	27	43	235	17	342

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	19	—	—	1	20
Außenstelle	—	—	4	1	1	8	14
Österreichisches Patentamt	—	—	2	1	1	8	12
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	—	—	—	—	3	—	3
Bergbehörden	—	—	3	—	—	—	3
Zusammen...	—	—	28	2	5	17	52

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Außenstelle	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Bergbehörden	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Zusammen...	—	—	—	—	—	3	3	—	—

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bauten und Technik			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	19	28
Sektionsrat	VII	37	
Ministerialsekretär	VI	65	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		123	
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberwirtschaftsrat	VII	—	
Wirtschaftsrat	VI	1	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		1	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	7
Oberbaurat	VII	2	3
Baurat	VI	15	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		17	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	2	2
Rechnungssekretär	V	18	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		20	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	4
Wirklicher Amtsrat	VI	3	1
Amtssekretär	V	31	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		34	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	1	
Technischer Oberinspektor	VI	2	7
Technischer Inspektor	V	18	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		21	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	4	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		4	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	—	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	7
Oberkontrollor	III—I	15	
Kontrollor			
Adjunkt			
		19	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	33	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		33	
Allgemeiner Hilfsdienst, Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Kraftwagenlenker	III—I	2	
Amtswart, Kraftwagenlenker			
Amtsgehilfe, Kraftwagenlenker			
		2	
Summe...		274	
Bundesmobilienverwaltung			
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VII	—	
Oberassistent	VI	1	
Oberassistent	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		1	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	2	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	2	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberwerkführer	IV	—	
Oberaufseher, Oberwerkführer	III—I	2	
Oberaufseher, Oberwerkführer			
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		16	
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberbaurat	VII	2	2
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	10	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		12	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	3	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	3	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	8	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		8	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Summe...		34	
Beschußämter			
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		1	
Summe...		7	
Technisches Museum für Industrie und Gewerbe in Wien			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	
Direktor	VII	1	
Vizedirektor	VII	1	
Kustos 1. Klasse	VI	6	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		8	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Fachdienst an Museen (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	1	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Adjunkt	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	2
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		3	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	2	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher	III—I	2	
Oberaufseher			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Portier	III—I	2	
Amtswart, Aufseher, Portier			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Portier...			
		2	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	5	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		5	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		30	
Bundesstrombauamt			
Höherer Baudienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	2
Regierungsoberbaurat	VII	7	
Regierungsbaurat	VI	12	
Regierungsbauoberkommissär	V		
Regierungsbaukommissär	IV		
Regierungsbaukommissär	III		
		20	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Baurat	VI	2	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		2	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberadministrationsrat	VII	1	
Administrationsrat	VI	2	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		3	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Rechnungssekretär	V	10	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		11	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	7	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		7	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	1	1
Technischer Inspektor	V	19	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		20	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	6
Technischer Oberkontrollor	III—I	11	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		11	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	1	5
Oberkontrollor	III—I	17	
Kontrollor			
Adjunkt			
		18	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	5	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		5	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	5	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		5	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Leitende Facharbeiter in der Wasserbauverwaltung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	10	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		10	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	10	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		10	
Spezialarbeiter der Wasserbauverwaltung (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial	III—I	20	
Offizial			
Adjunkt			
		20	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	40	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		40	
Führer von Spezialfahrzeugen im Baudienst (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Granselmeister (Schleppsteuermann der Wasserbauverwaltung) (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	10	
Offizial			
Adjunkt			
		10	
Sprengmeister (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Taucher der Wasserbauverwaltung (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	27	
Werkstättenobermanipulant			
		27	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	5	
Werkstättenmanipulant			
		5	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	10	
Werkstättengehilfe			
		10	
Summe...		262	
Bundesbaudienst Wien			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Baudirektor, Wirklicher Hofrat	VIII	3	3
Oberbaurat	VII	15	
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	24	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		42	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Administrationsrat	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	5	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	14	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		20	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	5	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	14	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		19	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	1	1
Technischer Oberinspektor	VI	11	7
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	49	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		61	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	2	2
Oberkontrollor	III—I	13	
Kontrollor			
Adjunkt			
		15	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	14	12
Technischer Oberkontrollor	III—I	60	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		74	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	26	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		26	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Werkmeister			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberwerkmeister	III—I	2	
Werkmeister			
Werkmeister			
		2	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	8	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		8	
Maschinisten in Dampf- und elektrischen Betrieben			
(Verwendungsgruppe D)			
Obermaschinist	IV	—	1
Obermaschinist	III—I	8	
Obermaschinist			
Maschinist			
		8	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberwerkführer	IV	—	1
Oberaufseher, Oberwerkführer	III—I	8	
Oberaufseher, Oberwerkführer			
		8	
Bau und Gebäudeaufsichtsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial	III—I	24	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		24	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Portier, Werkführer	III—I	9	
Amtswart, Aufseher, Portier, Werkführer			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Portier, Hilfswerkführer			
		9	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	6	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		6	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	5	
		5	
Schichtführer in Hochdruckkesselanlagen (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	6	
		6	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	14	
		14	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	4	
		4	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant Werkstättenobermanipulant	III—I	5	
		5	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant Werkstättenmanipulant	III—I	3	
		3	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant Werkstättengehilfe	III—I	2	
		2	
Summe...		363	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	2	
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	VI V IV—III III II	— 2	1
		2	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor Kontrollor Adjunkt	III—I	1	
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist	III—I	1	
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberwerkführer Oberaufseher, Oberwerkführer Oberaufseher, Oberwerkführer	IV III—I	— 15	1
		15	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Tierwärter, Portier, Werkführer Amtswart, Aufseher, Tierwärter, Portier, Werkführer Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Tiergartengehilfe, Portier, Hilfswerkführer	III—I	1	
		1	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	4	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		4	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	13	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		13	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	2	
Werkstättenobermanipulant			
		2	
Summe...		41	
Bundesgebäudeverwaltungen II			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Baudirektor, Wirklicher Hofrat	VIII	2	2
Oberbaurat	VII	7	
Baurat	VI	23	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		32	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	—	
Administrationsrat	VI	2	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		2	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V	5	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		6	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	11	
Amtssekretär	V	34	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		45	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	1	
Technischer Oberinspektor	VI	28	
Technischer Inspektor	V	88	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		117	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	15	11
Technischer Oberkontrollor	III—I	70	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		85	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	—	3
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	2	23
Oberkontrollor	III—I	50	
Kontrollor			
Adjunkt			
		52	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	61	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		61	
Werkmeister			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberwerkmeister	IV	—	1
Oberwerkmeister	III—I	3	
Werkmeister			
Werkmeister			
		3	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	25	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		25	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberwerkführer	III—I	12	
Oberaufseher, Oberwerkführer			
		12	
Bau- und Gebäudeaufsichtsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	8
Oberoffizial	III—I	115	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		115	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Aufseher, Portier, Werkführer	III—I	8	
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Portier, Hilfswerkführer			
		8	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	5	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		5	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	5	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		5	
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	13	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		13	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Schichtführer in Hochdruckkesselanlagen			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	87	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		87	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Maschinisten			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	16	
Werkstättenobermanipulant			
		16	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	10	
Werkstättenmanipulant			
		10	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	4	
Werkstättengehilfe			
		4	
Summe...		715	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Verwaltungszweige			
Bau- und Gebäudeaufsichtsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberaufseher, Oberwerkführer	IV	—	1
Oberaufseher, Oberwerkführer	III—I	1	
Oberaufseher, Oberwerkführer			
		1	
Summe...		2	
Bundesamt- für Eich- und Vermessungswesen			
a) Amtsleitung			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberrat	VII	1	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	—	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		3	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	1	
Administrationsrat	VI		
Oberkommissär	V	6	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		7	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	4	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	19	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		23	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	6	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		7	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	—	
Technischer Oberinspektor	VI	—	1
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	4	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		4	
Kartographisch-geodätischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	V	—	
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor			
Technischer Kontrollor	III—I	1	
Technischer Adjunkt			
		1	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	1
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	7	
Adjunkt			
		8	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	9	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		9	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial			
Technischer Offizial	III—I	1	
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		1	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	3	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		3	
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		72	
b) Eichwesen			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Oberrat	VII	7	2
Rat	VI		
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV	15	
Kommissär	III		
		23	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	1	3
Technischer Oberinspektor	VI	13	4
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	81	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		95	
Fachlicher Eichdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	V	—	2
Technischer Fachinspektor	IV	4	6
Technischer Oberkontrollor	III—I	24	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		28	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		5	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	9	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungsdienstes, Kanzlist			
		9	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	12	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		12	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	5	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		5	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	9	
Offizial			
Adjunkt			
		9	
Summe...		192	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
c) Vermessungswesen			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	13	4
Oberrat	VII	81	47
Rat	VI		
Oberkommissär	V	144	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		238	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	2	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	3	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	2	
Technischer Oberinspektor	VI	60	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV—III	283	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		345	
Grundkatasterführer			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	V	1	4
Technischer Fachinspektor	IV	39	
Technischer Oberkontrollor	III—I	210	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		250	
Kartographisch-geodätischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	V	—	4
Technischer Fachinspektor	IV	39	10
Technischer Oberkontrollor	III—I	180	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		219	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		3	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	2
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	2	
Adjunkt			
		2	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	3	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		3	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	32	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		32	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	3	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	12	
Werkstättenobermanipulant			
		12	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	3	
Werkstättenmanipulant			
		3	
Summe...		1125	
Gesamtsumme...		3133	

Bundesministerium für Bauten und Technik

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	12	20	12	99	11	154
Bundesmobilienverwaltung	—	—	—	3	—	3
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	24	25	31	16	—	96
Beschußämter	—	1	—	1	—	2
Technisches Museum	—	3	—	5	2	10
Bundesstrombauamt	4	13	67	34	4	122
Bundesbaudienst Wien	5	26	25	151	29	236
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	2	19	—	21
Bundesgebäudeverwaltung II	1	27	42	247	8	325
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Verwaltungszweige	—	1	—	—	—	1
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Amtsleitung	—	6	7	12	3	28
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	3	16	17	11	3	50
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	4	100	170	60	7	341
Zusammen...	53	238	373	658	67	1.389

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Bundesmobilienverwaltung	1	8	14	3	1	—	27	—
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	5	27	24	1	6	3	66	—
Technisches Museum	—	1	7	—	5	7	20	—
Bundesstrombauamt	28	70	198	40	59	23	418	—
Bundesbaudienst Wien	8	21	120	36	20	32	237	—
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	2	—	7	10	—
Bundesgebäudeverwaltungen II	8	73	423	138	320	94	1056	—
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Verwaltungszweige	—	—	1	—	1	1	3	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Amtsleitung	—	—	5	1	—	13	19	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	—	4	18	1	—	2	25	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	—	4	20	12	7	20	63	22
Zusammen...	50	208	831	234	419	202	1944	22

Bundesministerium für Bauten und Technik

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	1	3	—	—	—	4
Bundesbaudienst Wien	—	4	—	6	—	10
Bundesgebäudeverwaltungen II	—	—	—	2	—	2
Kurheime und Bäder — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	2	—	2
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Amtsleitung	—	—	—	1	—	1
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	—	—	—	1	—	1
Zusammen...	1	7	—	12	—	20

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Beschußämter	—	—	—	—	—	1	1	—
Technisches Museum	—	—	1	—	—	—	1	—
Bundesstrombauamt	—	—	1	2	3	7	13	—
Bundesbaudienst Wien	—	—	—	2	11	10	23	—
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	—	—	—	2	2	—
Bundesgebäudeverwaltungen II	—	—	—	4	25	21	50	1
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Verwaltungszweige	—	—	4	6	4	20	34	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	—	—	—	—	—	1	1	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	—	—	—	—	—	99	99	—
Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)	—	—	—	—	—	—	—	166
Zusammen...	—	—	6	14	43	161	224	167

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2 [1]	9
Ministerialrat	VIII	13 [2]	
Sektionsrat	VII	14 [3]	
Ministerialsekretär	VI	38 [4]	[5]
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		67	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Baurat	VI	1	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		1	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirtschaftsrat	VI	2	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			2
Wirklicher Amtsrat	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	4	
Amtssekretär	V	21	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		25 [6]	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Rechnungssekretär	V	7	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungasssistent	II		
		9	
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	1	1
Technischer Inspektor	V	5	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		6	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	—	1
Kanzleidirektor	IV	1	6
Oberkontrollor	III—I	20	
Kontrollor			
Adjunkt			
		21 [7]	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	14	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		14	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	7	
Amtsgehilfe			
		7 [8]	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		179	
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	IX	1	
Sektionschef	IX	1	2
Ministerialrat	VIII	22	13
Sektionsrat	VII	24	
Ministerialsekretär	VI	24	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		72	

[1]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.
[2]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 5 Dienstposten.
[3]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 4 Dienstposten.
[4]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 3 Dienstposten.
[5]) Auf Rechnung freier Dienstposten können 2 Beamte des Dienstzweiges „Rechtskundiger Verwaltungsdienst" ernannt werden.
[6]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 8 Dienstposten.
[7]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfss 1 Dienstposten.
[8]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	6	4
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	19	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		26	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	5	14
Wirklicher Amtsrat	VI	28	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	48	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		81	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		1	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	6
Oberkontrollor	III—I	15	
Kontrollor			
Adjunkt			
		20	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	60	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		60	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	25	
Amtsgehilfe			
		25	
Summe...		285	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Ministerialrat	VIII	1	
		1	
Summe...		1	
Bundesamt für Zivilluftfahrt			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	—	
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbaurat	VII	1	
Baurat	VI	4	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		6	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberadministrationsrat	VII	1	1
Administrationsrat	VI	5	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		6	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VIII	—	1
Observator 1. Klasse	VII	1	9
Observator 1. Klasse	VI	21	
Observator 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		22	
Gehobener Flugsicherungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Oberinspektor, Flugverkehrsoberkontrollor	VII	—	1
Oberinspektor, Flugverkehrsoberkontrollor	VI	10	
Inspektor, Flugverkehrskontrollor	V	110	
Oberrevident, Flugverkehrskontrolloberrevident	IV—III		
Revident, Flugverkehrskontrollrevident	III		
Assistent, Flugverkehrskontrollassistent	II		
		120	

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	1	1
Technischer Oberinspektor	VI	9	4
Technischer Inspektor	V	90	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		100	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	11	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		12	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	10	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		10	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Adjunkt			
		2	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	7	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		7	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	5	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	6	
Offizial			
Adjunkt			
		6	
Summe...		296	
Schiffahrtspolizei			
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	2	3
Fachinspektor	IV	7	
Technischer Oberkontrollor	III—I	13	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		22	
Strommeister (Verwendungsgruppe D)			
Oberstrommeister	IV	—	2
Oberstrommeister	III—I	6	
Strommeister			
		6	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Summe...		32	
Gesamtsumme...		793	

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	1	2	5	32	6	46
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	17	—	17
Bundesamt für Zivilluftfahrt	10	285	35	111	1	442
Schiffahrtspolizei	—	—	—	4	—	4
Zusammen...	11	287	40	164	7	509

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	1	1	4	1	2	9	18
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	—	—	11	11
Bundeamt für Zivielluftfahrt	1	3	18	—	3	10	35
Schiffahrtspolizei	—	1	5	6	5	—	17
Zusammen...	2	5	27	7	10	30	81

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	—	—	14	14

Postsparkassenamt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Postsparkassenamt			
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Gouverneur	IX	1	
Vizegouverneur	VIII	1	
Direktor	VIII	2	
Direktorstellvertreter	VII	2	1
Direktionsrat	VI	3	
Direktionsoberkommissär	V		
Direktionskommissär	IV		
Direktionskommissär	III		
		9	
Gehobener Fachdienst (Verwendungsgruppe B)			
Zentralinspektor	VII	7	1
Wirklicher Amtsrat	VI	39	
Sekretär	V	184	
Oberrevident	IV—III		
Revident	III		
Assistent	II		
		230	
Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	6
Fachinspektor	IV	140	53
Oberkontrollor	III—I	370	
Kontrollor			
Adjunkt			
		510	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	4
Technischer Oberkontrollor	III—I	4	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		4	
Mittlerer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	26	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		26	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart, Werkführer	III—I	40	
Amtswart, Werkführer			
Amtsgehilfe, Hilfswerkführer			
		40	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	5	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		5	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	2	
Werkstättengehilfe			
		2	
Summe...		834	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Postsparkassenamt	—	—	170	475	40	685

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgrupe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Postsparkassenamt	—	7	7	1	2	33	50	8

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Postsparkassenamt	—	—	—	92	—	92	—

Bundesbetriebe

Staatsdruckerei

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wiener-Zeitung			
Höherer Redaktionsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Chefredakteur	VIII	1	
Chefredakteur	VII	—	
Redaktionsrat	VI	3	
Redakteur 1. Klasse	V		
Redakteur 2. Klasse	IV		
Redakteur 2. Klasse	III		
		4	
Summe...		4	
Staatsdruckerei			
Höherer Verwaltungsdienst und höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	IX	—	1
Direktor	VIII	1	
Oberdirektionsrat	VII	1	
Direktionsrat	VI	2	
Direktionsoberkommissär	V		
Direktionskommissär	IV		
Direktionskommissär	III		
		4	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Rechnungssekretär	V	12	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		14	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Betriebsleiter	VII	1	
Technischer Oberinspektor	VI	3	1
Technischer Inspektor	V	24	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		28	
Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberinspektor	V	1	1
Inspektor	IV	4	6
Oberkontrollor	III—I	21	
Kontrollor			
Adjunkt			
		26	
Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor	IV	1	2
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	17	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		17	
Summe...		100	
Gesamtsumme...		104	

Staatsdruckerei

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Wiener-Zeitung	7	—	—	—	—	7
Staatsdruckerei	1	11	38	49	—	99
	8	11	38	49	—	106

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Staatsdruckerei	—	—	—	—	—	—	—	833	76

Bundestheater

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundestheater			
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV—III	9	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		10	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV—III	8	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		9	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	2	8
Oberkontrollor	III—I	16	
Kontrollor			
Adjunkt			
		18	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	8	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		8	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	4	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		4	
Summe...		49	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach Bühnenvertrag
Bundestheater	1	6	13	17	2	39	1016

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Bundestheater	—	—	—	—	—	—	—	1363

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach Bühnenvertrag
Bundestheater	—	—	—	—	—	—	—

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Bundestheater	—	—	—	—	—	—	—	236

Bundesapotheken

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt	Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesapotheken							
Gehobener Verwaltungsdienst							
(Verwendungsgruppe B)							
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1				
Amtssekretär	V						
Amtsoberrevident	IV—III	1					
Amtsrevident	III						
Amtsassistent	II						
		1					
Summe...		1					

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Bundesapotheken	—	2	1	7	—	10	9

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Bundesapotheken	—	—	—	—	4	—	4

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Bundesapotheken	—	—	—	—	—	—	2

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Bundesapotheken	—	—	—	—	—	1	1

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Salz (Monopol)			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberadministrationsrat	VII	—	1
Administrationsrat	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		3	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Oberbergrat	VII	4	
Bergrat	VI	7	
Bergoberkommissär	V		
Bergkommissär	IV		
Bergkommissär	III		
		12	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Rechnungssekretär	V	8	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		10	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V	8	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		9	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	12	14
Technischer Oberkontrollor	III—I	34	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		46	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	7
Oberkontrollor	III—I	17	
Kontrollor			
Adjunkt			
		18	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	1	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	11	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		12	
Berg- und Hüttenmeister			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberbergmeister, Oberhüttenmeister	IV	—	1
Oberbergmeister, Oberhüttenmeister	III—I	2	
Bergmeister, Hüttenmeister			
Bergmeister, Hüttenmeister			
		2	
Summe...		114	
Glücksspiele (Monopol)			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Oberadministrationsrat	VII	1	
Administrationsrat	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		3	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	8	2
Rechnungssekretär	V	39	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		48	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Adjunkt			
		5	

www.parlament.gv.at

Monopole

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	6	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		6	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		64	
Gesamtsumme...		178	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe
Salz (Monopol)	1	2	31	28	—	62
Glücksspiele (Monopol)	—	3	6	6	—	15
Branntwein (Monopol)	—	25	1	18	—	44
Zusammen...	1	30	38	52	—	121

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
Salz (Monopol)	—	—	—	—	—	—	—	893
Glücksspiele (Monopol)	—	—	1	—	—	—	1	—
Branntwein (Monopol)	—	1	1	2	12	3	19	—
Zusammen...	—	1	2	2	12	3	20	893

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe
Salz (Monopol)	4	—	—	—	—	4
Zusammen...	4	—	—	—	—	4

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe
Branntwein (Monopol)	—	—	—	—	—	4	4

Hauptmünzamt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Hauptmünzamt			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbergrat	VII	2	1
Bergrat	VI	3	
Obermünzwardein	V		
Münzwardein	IV		
Münzwardein	III		
		6	
Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Rechnungssekretär	V	5	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		6	
Graveurdienst (Verwendungsgruppe B)			
Chefgraveur	VI	1	
Obergraveur 1. Klasse	V	1	
Obergraveur 2. Klasse	IV—III		
Obergraveur 2. Klasse	III		
Graveur	II		
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	2	
Technischer Oberkontrollor	III—I	10	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		12	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Adjunkt			
		5	
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	4	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		4	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	4	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		4	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	5	
Werkstättenobermanipulant			
		5	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	9	
Werkstättenmanipulant			
		9	
Summe...		55	

Hauptmünzamt

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Hauptmünzamt	—	—	8	13	—	21

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Hauptmünzamt	2	13	9	30	38	3	95

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Hauptmünzamt.....	—	—	—	—	—	—	—	60

Österreichische Bundesforste

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Österreichische Bundesforste			
a) Generaldirektion			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	3	
Oberforstrat	VII	—	
		3	
b) Forstverwaltungen			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	1	
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	V	2	
Oberförster	IV	—	
Oberförster	III—I	—	
Förster			
Forstadjunkt			
		2	
Summe...		6	

A. Vertragsangestellte der Österreichischen Bundesforste

Unterteilung	Stand in der Verwendungsgruppe A	B	C	D	—	Summe	Forstadjunkten	Forstzöglinge
Generaldirektion	73	41	19	62	—	195	—	—
Forstverwaltungen	123	—	719	287	—	1129	70	20
Sägewerke	2	2	8	8	—	20	—	—
Kurhaus Goisern	—	1	—	3	—	4	—	—
Zusammen...	198	44	746	360	—	1348	70	20

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe
Forstverwaltungen	—	—	—	—	2	2
Zusammen...	—	—	—	—	2	2

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe
Generaldirektion	1	6	—	—	—	—	7
Forstverwaltungen	—	6	—	—	—	—	6
Zusammen...	1	12	—	—	—	—	13

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Generaldirektion	—	—	—	—	—	4	4	7
Forstverwaltungen	—	—	—	—	—	—	—	5149
Sägewerke	—	—	—	—	—	—	—	258
Kurhaus Goisern	—	—	—	—	—	68	68	—
Zusammen...	—	—	—	—	—	72	72	5414

Post- und Telegraphenanstalt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Post- und Telegraphenanstalt			
Höherer Verwaltungs- und höherer technischer Dienst im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung			
(Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Präsident	VIII	4	
Wirklicher Hofrat	VIII	27	1
Oberpostrat, Oberbaurat	VII	92	7
Postrat, Baurat	VI	195	
Postoberkommissäre, Bauoberkommissär	V		
Postkommissär, Baukommissär	IV		
Postkommissär, Baukommissär	III		
		319	
Höherer Dienst und höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Vorstand des Laboratoriums, Baurat	VI	3	
Oberkommissär, Bauoberkommissär	V		
Kommissär, Baukommissär	IV		
Kommissär, Baukommissär	III		
		3	
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	—	
Wirtschaftsrat	VI	5	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		5	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Kustos 1. Klasse	VI	2	
Kustos 2. Klasse	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		2	
Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	5	7
Wirklicher Amtsrat	VI	110	20
Rechnungssekretär	V	641	
Rechnungsoberrevident	IV—III		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		756	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor, Wirklicher Amtsrat	VII	21	17
Amtsdirektor, Oberinspektor, Wirklicher Amtsrat	VI	599	
Amtsoberverwalter, Inspektor, Amtssekretär	V	5010	
Amtsverwalter, Oberrevident, Amtsoberrevident	IV—III		
Revident, Amtsrevident	III		
Assistent, Amtsassistent	II		
		5630	
Gehobener technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	10	1
Technischer Inspektor	V	36	
Technischer Oberrevident	IV—III		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		46	
Gehobener Bau- und Erhaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor, Telegraphenoberinspektor, Wirklicher Amtsrat	VII	18	18
Amtsdirektor, Telegraphenoberinspektor, Wirklicher Amtsrat	VI	240	70
Telegrapheninspektor, Amtssekretär	V	1302	
Telegraphen(Amts)oberrevident	IV—III		
Telegraphen(Amts)revident	III		
Telegraphen(Amts)assistent	II		
		1560	
Garage- und Werkmeister im Postautodienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	24
Fachinspektor	IV	125	31
Postoberwerkmeister	III—I	200	
Postwerkmeister			
Postwerkmeister			
		325	
Fachlicher Bau- und Erhaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	
Fachinspektor	IV	595	231
Telegraphenoberwerkmeister	III—I	2053	
Telegraphenwerkmeister			
Telegraphenwerkmeister			
		2648	

Post- und Telegraphenanstalt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Verkehrsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberpostmeister, Fachinspektor	V	—	
Oberpostmeister, Fachinspektor	IV	1003	472
Postmeister, Post- und Telegraphenoberkontrollor	III—I	4140	
Post- und Telegraphenkontrollor			
Post- und Telegraphenadjunkt			
		5143	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	3	
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Adjunkt			
		6	
Maschinenfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	V	—	
Fachinspektor	IV	54	19
Maschinenoberwerkmeister	III—I	130	
Maschinenwerkmeister			
Maschinenwerkmeister			
		184	
Verwaltungsdienst und Rechnungshilfsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	40	67
Oberkontrollor	III—I	187	
Kontrollor			
Adjunkt			
		227	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	145	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		145	
Mittlerer Verkehrsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Postoberadjunkt	III—I	11813	
Postoberadjunkt			
Postadjunkt, Postexpeditor			
		11813	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Bau- und Erhaltungsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Telegraphenoberadjunkt	III—I	2356	
Telegraphenoberadjunkt			
Telegraphenadjunkt, Telegraphenmonteur			
		2356	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt, Beamter des mittleren technischen Dienstes			
		1	
Mittlerer Werkstättendienst (Verwendungsgruppe D)			
Werkstättenoberadjunkt	III—I	53	
Werkstättenoberadjunkt			
Werkstättenadjunkt, Werkstättenmonteur			
		53	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Amtswart	III—I	138	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		138	
Bau- und Erhaltungshilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Telegraphenobermanipulant	III—I	173	
Telegraphenmanipulant, Telegraphengehilfe			
Telegraphenmanipulant, Telegraphengehilfe			
		173	
Verkehrshilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Postobermanipulant	III—I	160	
Postmanipulant, Postgehilfe			
Postmanipulant, Postgehilfe			
		160	
Einfacher Werkstättendienst (Verwendungsgruppe E)			
Werkstättenobermanipulant	III—I	4	
Werkstättenmanipulant, Werkstättengehilfe			
Werkstättenmanipulant, Werkstättengehilfe			
		4	

Post- und Telegraphenanstalt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	93	
		93	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	3	
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	243	
		243	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	181	
		181	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	139	
		139	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	55	
		55	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	86	
		86	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	52	
		52	
Summe...		32549	

Post- und Telegraphenanstalt

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Post- und Telegraphenanstalt	—	1330	2980	8360	1160	13.830

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Post- und Telegraphenanstalt	8	267	369	139	169	1063	2015	930

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Post- und Telegraphenanstalt	—	—	1070	1157	381	2608

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Post- und Telegraphenanstalt	—	—	—	—	—	539	539	14

Tabakregie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Tabakregie			
Höherer Verwaltungs- und höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	4	6
Oberdirektionsrat	VII	5	
Direktionsrat	VI		
Direktionsoberkommissär	V	—	
Direktionskommissär	IV		
Direktionskommissär	III		
		9	
Gehobener Verwaltungs- und Betriebsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Zentralinspektor	VII	11	3
Oberinspektor	VI	11	4
Inspektor	V		
Oberrevident	IV—III	5	
Revident	III		
Assistent	II		
		27	
Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Adjunkt			
		1	
Verwaltungshilfsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		1	
Summe...		38	

B. Personalreserve

a) Allgemeine Verwaltung

Für die Dienstzweige in den Verwendungsgruppen	Zahl der Dienstposten in den Dienstklassen					
	IX	VIII	VII	VI	V	IV
A[1])	20 (5)	510 (180)	850 (720)	—	—	—
B	—	—	260	2400	—	—
C	—	—	—	—	275	3500
D	—	—	—	—	—	350

[1]) Die Zahl in der Klammer bestimmt die Dienstposten, die nicht für den höheren Ministerialdienst vorbehalten sind.

b) Wachebeamte

Verwendungsgruppe	In der Dienstklasse (Dienststufe)	Sicherheitswachdienst	Kriminaldienst	Gendarmeriedienst	Justizwachdienst	Zollwachdienst
W 1	VIII	1	—	2	—	—
	VII	5	2	4	5	3
	VI	32	20	40	15	15
W 2	IV	1511	679	1750	354	735
	3	17	9	24	4	10
	2	60	21	81	23	20

c) Militärpersonen

Für die Dienstzweige in den Verwendungsgruppen	Zahl der Dienstposten in den Dienstklassen			
	IX	VIII	VII	VI
H 1	4	32	47	—
H 2	—	8	57	172

C. Dienstposten

für die Bundesbediensteten der mittelbaren Bundesverwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand
Sanitätsdienst		
Amt der Kärntner Landesregierung		
Amtsärztlicher Dienst		
(Verwendungsgruppe A)		
Bezirksobersanitätsrat	VII	1
		1
Summe...		1
Gesamtsumme...		1
Bundesbaudienst		
Amt der oberösterreichischen Landesregierung		
Facharbeiter als Vorarbeiter		
(Verwendungsgruppe P 2)		
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	1
		1
Straßenwärter in besonderer Verwendung		
(Verwendungsgruppe P 3)		
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	3
		3
Kraftwagenlenker		
(Verwendungsgruppe P 3)		
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1
		1
Führer von Spezialfahrzeugen im Baudienst		
(Verwendungsgruppe P 3)		
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1
		1
Straßenwärter		
(Verwendungsgruppe P 4)		
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	6
		6
Summe...		12

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand
Amt der Salzburger Landesregierung		
Facharbeiter als Vorarbeiter		
(Verwendungsgruppe P 2)		
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	1
		1
Straßenwärter in besonderer Verwendung		
(Verwendungsgruppe P 3)		
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1
		1
Straßenwärter		
(Verwendungsgruppe P 4)		
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	3
		3
Summe...		5
Amt der Kärntner Landesregierung		
Höherer Baudienst		
(Verwendungsgruppe A)		
Wirklicher Hofrat	VIII	—
Regierungsoberbaurat	VII	1
Regierungsbaurat	VI	
Regierungsbauoberkommissär	V	2
Regierungsbaukommissär	IV	
Regierungsbaukommissär	III	
		3
Kanzleidienst		
(Verwendungsgruppe D)		
Kanzleioberoffizial Kanzleioffizial Kanzleiadjunkt, Kanzlist	III—I	1
		1
Summe...		4
Gesamtsumme...		21

B. Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften

Unterteilung	Summe
Gebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)	
Amt der burgenländischen Landesregierung	1
Amt der Kärntner Landesregierung	3
Amt der O. Ö. Landesregierung.....	4
Amt der Salzburger Landesregierung.....	3
Amt der Steiermärkischen Landesregierung.....	7
Summe...	18

D. Personalreserve

Für die Dienstzweige in den Verwendungsgruppen	Zahl der Dienstposten in den Dienstklassen					
	IX	VIII	VII	VI	V	IV
A	—	1	2	—	—	—
C	—	—	—	—	1	1
D	—	—	—	—	—	3

Dienstzweig	Bundesbahnbeamte: Dienstposten der Gehaltsgruppe											
	X	IX b	IXa	VIII	VII b	VII a	VI b	VIa	V b	V a	IV—I	Summe
Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen (Ansatz 65020)	56	120	130	108	104	67	36	1	20	21	61	724
Betrieb (Ansatz 79200)												
Zentraldienst	8	57	104	342	621	574	382	40	201	204	702	3.235
Bau- und Bahnerhaltungsdienst	—	25	37	39	116	153	282	—	188	24	9.061	9.925
Sicherungs- und Fernmeldedienst	—	7	7	23	60	76	46	153	183	19	2.006	2.580
Bahnhof- und Zugbegleitdienst	—	—	17	63	202	490	1.290	695	1.626	1.287	19.732	25.402
Zugförderungs- und Werkstättendienst	—	19	32	66	97	131	338	1.245	2.883	55	14.458	19.324
Schiffahrtsdienst	—	—	1	—	—	—	1	3	3	—	37	45
Elektrobetriebs- und Kraftwerksdienst	—	7	9	16	33	77	57	16	39	44	1.464	1.762
Elektrifizierung	—	7	10	29	38	39	17	—	7	2	41	190
Vorratslagerdienst	—	—	—	5	6	21	28	—	25	9	656	750
Kraftwagendienst	2	5	10	14	19	21	38	14	88	39	1.635	1.885
Summe:	10	127	227	597	1.192	1.582	2.479	2.166	5.243	1.683	49.792	65.098

Sonstiges Personal

Dienstzweig	A. Vollbeschäftigte Bedienstete	B. Saison- oder teilbeschäftigte Bedienstete
Generaldirektion der Österr. Bundesbahnen, Vertragsbedienstete	10	32
Betrieb		
Bahnärzte	—	62
Pauschalbedienstete	—	1.833
Lohnbedienstete	—	10.508
Lehrlinge	810	—
Summe	810	12.403

Bundesbahnen

Vertragsbedienstete: Dienstposten der Gehaltsgruppe										Lohnbedienstete (NB-Dilo)	Gesamtsumme ständiges Personal
IX b	IX a	VIII	VII b	VII a	VI b	VI a	V b	V a	Summe		
—	3	6	4	1	—	—	1	—	15	2	741
—	2	2	6	2	6	4	8	—	30	48	3.313
—	—	1	—	6	37	—	—	9	53	166	10.144
—	—	—	—	—	—	—	4	—	4	31	2.615
—	—	—	—	—	—	—	135	—	135	134	25.671
—	—	2	1	—	40	—	26	—	69	147	19.540
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45
—	—	2	—	—	10	—	5	—	17	7	1.786
—	—	1	—	—	1	—	—	—	2	4	196
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	762
—	—	—	2	—	2	—	5	1	10	28	1.923
—	2	8	9	8	96	4	183	10	320	577	65.995

Zusammenstellung

	Bundesbahnbeamte	Vertragsbedienstete	Lohnbedienstete	Sonstige Bedienstete		Gesamtsumme
				vollbeschäftigt	saison- oder teilbeschäftigt	
Generaldirektion	724 *)	15	2	10	32	783 [1])
Betrieb.....	65.098	320 **)	577	810	12.403	79.208
Zusammen....	65.822	335	579	820	12.435	79.991

[1]) Außerdem ist 1 Bundesbeamter bei der Generaldirektion vorgesehen.
*) Hievon 13 DP für den Ansatz 65000 gebunden.
**) Außerdem 2 DP für einen Vertrag gebunden.

Erläuternde Bemerkungen

zum

Dienstpostenplan 1968

Abschnitt I.

Dem Bundesfinanzgesetz 1968 ist als Anlage III der Dienstpostenplan angeschlossen, der einen Allgemeinen Teil, das Dienstpostenverzeichnis und eine Aufstellung über die Dienstposten der Österreichischen Bundesbahnen enthält.

Der **Allgemeine Teil** enthält Bestimmungen über die Gliederung des Dienstpostenplanes (Punkt 1), die Besetzung von Dienstposten über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand (Punkt 2), die Bindung und die Umwandlung von Dienstposten (Punkte 3 und 4) sowie die Personalreserve (Punkt 5).

Im **Dienstpostenverzeichnis** ist die Zahl der Dienstposten für die Bundesbediensteten der unmittelbaren und mittelbaren Bundesverwaltung festgesetzt, und zwar getrennt für Beamte, für Vertragsbedienstete, deren Dienstverhältnis sich nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 richtet, für solche, deren Dienstverhältnis durch Kollektivvertrag, durch Bühnendienstverträge oder nach anderen Rechtsvorschriften geregelt ist, für Lehrlinge, für Zöglinge und für Forstadjunkten.

Das Dienstpostenverzeichnis unterscheidet hinsichtlich der Vertragsbediensteten Dienstposten „der Kategorie A", das sind solche für ganzjährig Vollbeschäftigte, und „der Kategorie B", das sind solche für saison- und teilbeschäftigte Bedienstete. Für die Vertragsbediensteten der Kategorie B sind die Dienstposten mit der auf ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete umgerechneten Anzahl festgesetzt. Der Dienstpostenplan ermächtigt die Ressorts, Vertragsbedienstete der Kategorie B im Rahmen des Jahreskredites in einer der Vollbeschäftigungsanzahl entsprechenden Anzahl zu verwenden.

Die Zahl der **Dienstposten für die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen** ist — außerhalb des Dienstpostenverzeichnisses — getrennt für Bundesbahnbeamte und Vertragsbedienstete (Lohnbedienstete und sonstige Bedienstete) festgesetzt.

Abschnitt II.

Gegenüber dem Vorjahr treten in formaler Hinsicht folgende Änderungen ein:

a) Im Allgemeinen Teil zum Dienstpostenplan die Ermöglichung der Aufnahme eines Vertragsbediensteten über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand für einen Beamten, der sich in einem Karenzurlaub befindet oder zu Dienstleistungen im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, herangezogen wird (Pkt. 2 Abs. 5), die Erwähnung der Beamten in handwerklicher Verwendung (Pkt. 3 Abs. 1, 2 und 6) und die Ergänzung der Bestimmungen über die Personalreserve, insbesondere durch Anführung der Dienststufen für Wachebeamte (Pkt. 5). Überdies wurde im Pkt. 2 Abs. 5 lit. d der Fall der Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich berücksichtigt; eine finanzielle Mehrbelastung durch die Aufnahme einer Ersatzkraft tritt nicht ein, da die Bezüge des für diese Funktion herangezogenen Bundesbediensteten der Republik Österreich regelmäßig refundiert werden.

b) Die im Dienstpostenplan 1967 im Gesetzesteil aufgelassene Spalte „Über den Stand aus der Personalreserve besetzte Dienstposten" wurde entsprechend dem Wunsch des Nationalrates wieder aufgenommen. Die im Vorjahr neu eingeführte Anlage B 3 zu den Erläuternden Bemerkungen des Dientspostenplanes, die eine Übersicht über die bis zum 1. August 1967 vorgenommenen Zuweisungen von Dienstposten aus der Personalreserve enthält, wird zum besseren Einblick in die Verwaltungspraxis weiterhin beibehalten.

c) Den Erläuternden Bemerkungen zum Dienstpostenplan 1968 ist nun erstmals auch eine Übersicht über die im Bereiche der einzelnen Ressorts systemisierten Dienstposten getrennt nach Verwendungsgruppe angeschlossen (summarische Ermittlung der Zahl der Dienstposten für Akademiker, für Maturanten, für Fachdienstkräfte und Hilfskräfte — Anlage E).

In materieller Hinsicht wird folgendes hervorgehoben:

Bei der Erstellung des Dienstpostenplanes wurde auf Grund der im Bundes-Finanzgesetz 1967 enthaltenen 1%igen Kürzung der Personal-

www.parlament.gv.at

kredite von den Ressorts verlangt, eine ebensolche Senkung des Personalstandes bei der Antragstellung für den Dienstpostenplan 1968 zu berücksichtigen.

Diese von der Bundesregierung angestrebte Postenverminderung ist für weite Bereiche der Bundesverwaltung vorgesehen; einem personellen Mehrerfordernis in einzelnen Zweigen eines Ressorts wurde nur soweit Rechnung getragen als im selben Ressort durch Postenkürzungen in anderen Zweigen ein entsprechender Ausgleich gewährleistet ist und der Gesamteinsparungserfolg im Ressort dadurch nicht geschmälert wurde.

Nicht erreichbar war die angestrebte Postenverminderung im Bereich der Schulverwaltung, beim Betrieb „Post und Telegraphenanstalt" und bei den Justizanstalten; nicht voll erreichbar war die angestrebte Postenverminderung im Bereiche des Bundesministeriums für Inneres bzgl. der Wachebeamten und im Bereiche des Bundesministeriums für Landesverteidigung bzgl. der Militärpersonen.

Im Bereiche der Unterrichtsverwaltung ist in Einzelbereichen eine Postenvermehrung vorgesehen; solche Postenvermehrungen stehen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Hochschulen sowie in Durchführung der neuen Schulgesetzgebung (Klassenvermehrungen, Lehrstundenverpflichtung, Subventionierung von Privatschulen und Verbundlichung von Privatschulen bzw. Neuerrichtung von Schulen bzw. Schulgebäuden).

Im Bereiche der Post- und Telegraphenanstalt konnte zwar die gewünschte 1%ige Dienstpostenverminderung nicht erzielt, jedoch die beantragte Postenvermehrung vermieden werden.

Die Vermehrung der Dienstposten bei den Justizanstalten erscheint durch die Neuerrichtung der Landesgerichtlichen Gefangenhäuser in Eisenstadt und Innsbruck sowie der neuen Strafanstalt in Gerasdorf begründet.

Gegenüber dem Vorjahr ist im Dienstpostenplan 1968 eine Verminderung der Dienstposten um 620 vorgesehen.

Die Personalstände des Bundes gliedern sich in den einzelnen Verwaltungszweigen wie folgt:

Verwaltungszweig	Dienstpostenplan 1967	Dienstpostenplan 1968	Prozent des Gesamtstandes
Zentralverwaltung	6.206	6.209	2·23
Bundesverwaltung einschließlich Bundesbaudienst (nachgeordnete Dienststellen)	33.652	33.331	12·00
Sicherheitswesen	27.548	27.367	9·85
Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	9.116	9.099	3·27
Unterrichtswesen und Kultur	30.125	31.468	11·33
Heerwesen	21.825	21.673	7·80
Auswärtige Angelegenheiten	1.137	1.126	0·41
Bundesbetriebe und Monopole	148.826	147.542	53·11
Summe der Dienstposten...	278.435	277.815	100·00%
Landesbedienstete (-lehrer) und sonstige Bedienstete, deren Bezüge der Bund trägt	50.583	51.909	
Summe...	329.018	329.724	

Abschnitt III.

Den **Anlagen A, B_1 und B_2** sind auch die Anzahl der sonstigen Bediensteten, deren Aufwand im Jahre 1968 vom Bund getragen wird und daher der Veranschlagung im Bundesvoranschlag zugrunde zu legen war, zu entnehmen.

Es sind dies:

	1967	1968
a) Landeslehrer	45.181	47.078.

(Nach Art. IV des Bundesverfassungsgesetzes vom 18. Juli 1962, BGBl. Nr. 215, trägt der Bund bis zu einer anderweitigen Regelung durch Bundesgesetz die Kosten der Besoldung der Lehrer für öffentliche Pflichtschulen und nach dem Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz, BGBl. Nr. 88/1948, auch die Kosten der Besoldung der Lehrer der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen unbeschadet der gemäß Art. I § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 97, in der Fassung des Finanzausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 2 bestehenden Beitragspflicht der Länder.)

	1967	1968
b) Landesbedienstete	5.402	4.831

(Neben dem hier aufgezeigten Personalaufwand erbringt der Bund unter den im Art. I § 1 Abs 2 des Finanzausgleichsge-

setzes 1967, BGBl. Nr. 2, enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben erwachsen.)

Abschnitt IV.

Außer dem Aufwand für die unter II. aufgezeigten Dienstpostenvermehrungen im Bereiche des Bundes wird der Bund überdies Personalmehrkosten für 1897 Landeslehrer (im Jahre 1967 45.181 — im Jahre 1968 47.078) zu tragen haben.

Abschnitt V.

Um im Dienstpostenplan 1969 eine 1 %ige Senkung der Personalstände zu gewährleisten, wurde bereits im Bundesvoranschlag 1968 bei den Krediten des Personalaufwandes eine 1 %ige Kürzung vorgenommen.

Abschnitt VI.

Zur Erläuterung der Entwicklung der Personalstände sowie der Aufgliederung nach den einzelnen Verwaltungszweigen und der in Aussicht genommenen Personalvermehrungen bei den einzelnen Dienstzweigen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die **Anlage A** enthält eine Zusammenstellung der für das Jahr 1968 vorgesehenen Dienstposten, getrennt nach den einzelnen Ressortbereichen.

Die **Anlagen B_1 und B_2** enthalten eine Detail übersicht zum Dienstpostenplan 1968 (Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts — Gegenüberstellung zum Dienstpostenplan 1967).

Die **Anlage B_3** enthält eine Übersicht über die den einzelnen Ressorts bis zum 1. August 1967 aus der Personalreserve zugewiesenen Dienstposten; die im Dienstpostenverzeichnis enthaltene Spalte „Aus der Personalreserve besetzt" bezieht sich ebenfalls auf diesen Zeitpunkt.

Die **Anlage C** enthält eine Übersicht über die Entwicklung des Personalstandes beziehungsweise des Dienstpostenplanes in den Jahren 1938, 1947, 1948, 1954, 1959, 1961, 1963, 1965, 1967 und 1968.

Die **Anlage D** enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Personalstände in den einzelnen Verwaltungszweigen (anteilsmäßige Aufgliederung der Dienstposten).

Die **Anlage E** enthält eine Übersicht zum Dienstpostenplan 1968 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Personalstände der einzelnen Ressorts.

Dienstpostenplan für das Jahr 1968

Zusammenstellung

(6) **Dienstpostenplan für das Jahr 1968 (Zusammenstellung)**

	Oberste Organe					Innenverwaltung		
	Präsidentschaftskanzlei	Bundesgesetzgebung — Nationalrat	Verfassungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	Rechnungshof	Bundeskanzleramt	Bundesministerium für Inneres	Bundesministerium für Unterricht
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allg. Verwaltung	30	82	7	27	146	573	2.230	2.672
Beamte in handwerklicher Verwendung	5	13	—	1	2	38	140	271
Richter	—	—	—	39	—	—	—	—
Staatsanwaltschaftliche Beamte	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochschullehrer	—	—	—	—	—	—	—	4.249
Bundeslehrer	—	—	—	—	—	—	—	12.978
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	—	—	—	—	—	—	—	188
Wachebeamte	—	—	—	—	—	—	23.189	—
Angehörige des Bundesheeres	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertragsbedienstete Entl. Sch. I	3	33	8	15	4	919	1.183	3.879
Vertragsbedienstete Entl. Sch. IL	—	—	—	—	—	—	1	468
Vertragsbedienstete Entl. Sch. II	6	18	4	10	8	112	863	1.878
Kollektivvertrag	—	—	—	—	—	—	—	—
nach anderen Rechtsvorschriften	—	—	—	—	—	—	—	174
Lehrlinge	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. I teilbesch.	—	2	—	2	2	140	3	175
Vertr. Bed. Entl. Sch. II/L teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	304
Vertr. Bed. Entl. Sch. II teilbesch.	—	—	—	—	—	21	486	269
Kollektivvertrag teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	—
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.	—	—	—	—	—	—	166	407
Summe A	44	148	19	94	162	1.803	28.261	27.912
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allg. Verwaltung	—	—	—	—	—	104	—	49
Beamte in handwerklicher Verwendung	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. I.	—	—	—	—	—	106	—	1.055
Vertr. Bed. Entl. Sch. II	—	—	—	—	—	—	—	1.363
Kollektivvertrag	—	—	—	—	—	833	—	—
nach anderen Rechtsvorschriften	—	—	—	—	—	—	—	—
Lehrlinge	—	—	—	—	—	76	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. I teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. II teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	—
Kollektivvertrag teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	236
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe B	—	—	—	—	—	1.119	—	2.703
Summen A und B								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	35	95	7	67	148	715	25.559	20.407
Vertragsbedienstete	9	51	12	25	12	2.046	2.047	8.817
Vertragsbedienstete teilbesch.	—	2	—	2	2	161	655	1.391
Zusammen	44	148	19	94	162	2.922	28.261	30.615

Dienstpostenplan für das Jahr 1968 (Zusammenstellung) (7)

Bundesministerium für soziale Verwaltung	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Bundesministerium für Justiz	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesministerium für Finanzen	Wirtschaft				Postsparkassenamt	Zusammen
					Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	Bundesministerium für Bauten und Technik	Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen		
3.300	476	3.196	11.116	11.289	1.011	613	2.695	779	819	41.061
35	11	58	2.614	257	81	6	438	14	15	3.999
—	—	1.495	—	—	—	—	—	—	—	1.534
—	—	160	—	—	—	—	—	—	—	160
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.249
—	—	16	33	—	142	—	—	—	—	13.169
—	—	—	—	—	11	—	—	—	—	199
—	—	2.228	—	3.708	—	—	—	—	—	29.125
—	—	—	6.660	—	—	—	—	—	—	6.660
1.635	454	1.406	1.243	3.091	900	342	1.389	509	685	17.698
—	—	—	—	—	94	—	—	—	—	563
226	142	230	983	333	835	52	1.944	81	50	7.775
32	—	—	97	—	464	—	—	—	—	593
—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	182
—	—	—	—	—	46	—	22	—	—	68
47	13	66	20	38	1	—	20	—	92	621
—	—	4	—	—	45	—	—	—	—	353
131	30	243	50	338	18	3	224	14	—	1.827
—	—	—	45	—	2.338	—	—	—	—	2.383
—	—	—	22	35	—	—	167	—	—	797
5.406	1.126	9.102	22.883	19.089	5.986	1.016	6.899	1.397	1.669	133.016
1	—	—	—	246	6	—	—	31.697	—	32.103
—	—	—	—	25	—	—	—	852	—	877
10	—	—	—	142	2	—	—	13.830	—	15.145
4	—	—	—	115	13	—	—	2.015	—	3.510
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	833
9	—	—	—	893	1.348	—	—	—	—	2.326
—	—	—	—	—	90	—	—	930	—	1.020
—	—	—	—	4	—	—	—	2.608	—	2.612
2	—	—	—	4	72	—	—	539	—	617
—	—	—	—	60	5.414	—	—	—	—	5.710
1	—	—	—	—	—	—	—	14	—	15
27	—	—	—	1.489	6.945	—	—	52.485	—	64.768
3.336	487	7.153	20.423	15.525	1.251	619	3.133	33.342	834	133.136
1.916	596	1.636	2.323	4.574	3.792	394	3.355	17.365	743	49.713
181	43	313	137	479	7.888	3	411	3.175	92	14.935
5.433	1.126	9.102	22.883	20.578	12.931	1.016	6.899	53.882	1.669	197.784

(8) **Dienstpostenplan für das Jahr 1968 (Zusammenstellung)**

	Oberste Organe					Innenverwaltung		
	Präsidentschaftskanzlei	Bundesgesetzgebung — Nationalrat	Verfassungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	Rechnungshof	Bundeskanzleramt	Bundesministerium für Inneres	Bundesministerium für Unterricht
Übertrag Summen A und B								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	35	95	7	67	148	715	25.559	20.407
Vertragsbedienstete.....	9	51	12	25	12	2.046	2.047	8.817
Vertragsbedienstete teilbesch.....	—	2	—	2	2	161	655	1.391
Zusammen...	44	148	19	94	162	2.922	28.261	30.615
C. Bundesbedienstete der mittelbaren Bundesverwaltung								
Beamte der Allg Verwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertragsbedienstete.....	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe C...	—	—	—	—	—	—	—	—
D. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbahnbedienstete	—	—	—	—	—	—	—	—
Lehrlinge	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbahnbedienstete teilbesch. ..	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe D...	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbedienstete								
Gesamtzahl der Dienstposten der öffentlich-rechtlichen Bediensteten ..	35	95	7	67	148	715	25.559	20.407
Gesamtzahl der Dienstposten der Vertragsbediensteten	9	53	12	27	14	2.207	2.702	10.208
Summe ..	44	148	19	94	162	2.922	28.261	30.615
Bundesbahnen:								
Bundesbahnbeamte	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbahnbedienstete	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe...	—	—	—	—	—	—	—	—
Dienstpostenplan Insgesamt	44	148	19	94	162	2.922	28.261	30.615
Im Bundesvoranschlag veranschlagte sonstige Bedienstete deren Bezüge der Bund trägt.								
Landeslehrer	—	—	—	—	—	—	—	46.062
Landesbedienstete	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe...	—	—	—	—	—	—	—	46.062
Bundesbedienstete	44	148	19	94	162	2.922	28.261	30.615
Sonstige Bedienstete	—	—	—	—	—	—	—	46.062
	44	148	19	94	162	2.922	28.261	76.677

Dienstpostenplan für das Jahr 1968 (Zusammenstellung) (9)

Bundesministerium für soziale Verwaltung	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Bundesministerium für Justiz	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesministerium für Finanzen	Wirtschaft				Postsparkassenamt	Zusammen
					Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	Bundesministerium für Bauten und Technik	Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen		
3.336	487	7.153	20.423	15.525	1.251	619	3.133	33.342	834	133.136
1.916	596	1.636	2.323	4.574	3.792	394	3.355	17.365	743	49.713
181	43	313	137	479	7.888	3	411	3.175	92	14.935
5.433	1.126	9.102	22.883	20.578	12.931	1.016	6.899	53.882	1.669	197.784
1	—	—	—	—	—	—	21	—	—	22
—	—	—	—	—	—	—	18	—	—	18
1	—	—	—	—	—	—	39	—	—	40
—	—	—	—	—	—	—	—	65.822	—	65.822
—	—	—	—	—	—	—	—	924	—	924
—	—	—	—	—	—	—	—	810	—	810
—	—	—	—	—	—	—	—	12.435	—	12.666
—	—	—	—	—	—	—	—	79.991	—	79.824
3.337	487	7.153	20.423	15.525	1.251	619	3.154	33.342	834	133.158
2.097	639	1.949	2.460	5.053	11.680	397	3.784	20.540	835	64.666
5.434	1.126	9.102	22.883	20.578	12.931	1.016	6.938	53.882	1.669	197.824
—	—	—	—	—	—	—	—	65.822	—	65.822
—	—	—	—	—	—	—	—	14.169	—	14.169
—	—	—	—	—	—	—	—	79.991	—	79.991
5.434	1.126	9.102	22.883	20.578	12.931	1.016	6.938	133.873	1.669	277.815
—	—	—	—	—	1.016	—	—	—	—	47.078
—	—	—	—	—	1.139	—	3.692	—	—	4.831
—	—	—	—	—	2.155	—	3.692	—	—	51.909
5.434	1.126	9.102	22.883	20.578	12.931	1.016	6.938	133.873	1.669	277.815
—	—	—	—	—	2.155	—	3.692	—	—	51.909
5.434	1.126	9.102	22.883	20.578	15.086	1.016	10.630	133.873	1.669	329.724

www.parlament.gv.at

Anlage B_1

Übersicht zum Dienstpostenplan 1968 (Gesamtüberblick)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Präsidentschaftskanzlei	35	9	—	44	35	9	—	44	—	—	—	—
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	94	51	10	155	95	51	2	148	+ 1	—	— 8	— 7
Verfassungsgerichtshof	7	12	—	19	7	8	4	19	—	— 4	+ 4	—
Verwaltungsgerichtshof	67	26	2	95	67	25	2	94	—	— 1	—	— 1
Rechnungshof	146	17	—	163	148	12	2	162	+ 2	— 5	+ 2	— 1
Bundeskanzleramt	593	1.017	220	1.830	611	1.031	161	1.803	+ 18	+ 14	— 59	— 27
Inneres	25.570	2.214	667	28.451	25.559	2.047	655	28.261	— 11	— 167	— 12	— 190
Unterricht	18.805	6.664	1.097	26.566	20.368	6.389	1.155	27.912	+ 1.563	— 275	+ 58	+ 1.346
Soziale Verwaltung	3.328	1.954	185	5.467	3.335	1.893	178	5.406	+ 7	— 61	— 7	— 61
Auswärtige Angelegenheiten	470	630	37	1.137	487	596	43	1.126	+ 17	— 34	+ 6	— 11
Justiz	7.017	1.810	289	9.116	7.153	1.636	313	9.102	+ 136	— 174	+ 24	— 14
Landesverteidigung	17.788	5.095	150	23.033	20.423	2.323	137	22.883	+ 2.635	— 2.772	— 13	— 150
Finanzen	14.985	3.731	520	19.236	15.254	3.424	411	19.089	+ 269	— 307	— 109	— 147
Land- und Forstwirtschaft	1.224	2.339	2.484	6.047	1.245	2.339	2.402	5.986	+ 21	—	— 82	— 61
Handel, Gewerbe und Industrie	586	425	2	1.013	619	394	3	1.016	+ 33	— 31	+ 1	+ 3
Bauten und Technik	2.748	3.833	402	6.983	3.133	3.355	411	6.899	+ 385	— 478	+ 9	— 84
Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen	804	599	14	1.417	793	590	14	1.397	— 11	— 9	—	— 20
Postsparkassenamt	834	776	67	1.677	834	743	92	1.669	—	— 33	+ 25	— 8
Summe	95.101	31.202	6.146	132.449	100.166	26.865	5.985	133.016	+ 5.065	— 4.337	— 161	+ 567
Bundesbetriebe (Monopole)	32.487	23.438	9.217	65.142	32.980	22.834	8.954	64.768	+ 493	— 604	— 263	— 374
Mittelbare Bundesverwaltung	27	—	18	45	22	—	18	40	— 5	—	—	— 5
Bundesbahnen	65.922	2.758	12.119	80.799	65.822	1.734	12.435	79.991	— 100	— 1.024	+ 316	— 808
Dienstpostenplan (Gesamtsumme)	193.537	57.398	27.500	278.435	198.990	51.433	27.392	277.815	+ 5.453	— 5.965	— 108	— 620
Landesbedienstete und sonstige Bedienstete, deren Dienstbezüge der Bund trägt:												
Landesbedienstete	8	4.202	1.192	5.402	—	3.640	1.191	4.831	— 8	— 562	— 1	— 571
Landeslehrer	39.898	1.568	3.715	45.181	41.362	1.478	4.238	47.078	+ 1.464	— 90	+ 523	+ 1.897
Summe	39.906	5.770	4.907	50.583	41.362	5.118	5.429	51.909	+ 1.456	— 652	+ 522	+ 1.326

Anlage B_2

Übersicht zum Dienstpostenplan 1968 (Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Präsidentschaftskanzlei	35	9	—	44	35	9	—	44	—	—	—	—
Bundesgesetzgebung-Nationalrat	94	51	10	155	95	51	2	148	+ 1	—	— 8	— 7
Verfassungsgerichtshof	7	12	—	19	7	8	4	19	—	— 4	+ 4	—
Verwaltungsgerichtshof	67	26	2	95	67	25	2	94	—	— 1	—	— 1
Rechnungshof	146	17	—	163	148	12	2	162	+ 2	— 5	+ 2	— 1
Bundeskanzleramt												
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen	276	176	3	455	281	189	3	473	+ 5	+ 13	—	+ 18
Zentralleitung — Wirtschaftliche Koordination	81	64	—	145	80	59	—	139	— 1	— 5	—	— 6
Staatsarchiv	72	51	—	123	74	49	—	123	+ 2	— 2	—	—
Statistisches Zentralamt	164	726	217	1.107	176	734	158	1.068	+ 12	+ 8	— 59	— 39
Summe...	593	1.017	220	1.830	611	1.031	161	1.803	+ 18	+ 14	— 59	— 27
Inneres												
Zentralleitung	452	270	—	722	473	249	—	722	+ 21	— 21	—	—
Bundespolizei	14.456	1.440	188	16.084	14.424	1.304	183	15.911	— 32	— 136	— 5	— 173
Bundesgendarmerie	10.662	323	479	11.464	10.662	322	472	11.456	—	— 1	— 7	— 8
Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber — Allgemeine Einrichtungen	—	98	—	98	—	89	—	89	—	— 9	—	— 9
Flüchtlingsanstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	83	—	83	—	83	—	83	—	—	—	—
Summe...	25.570	2.214	667	28.451	25.559	2.047	655	28.261	— 11	— 167	— 12	— 190
Unterricht												
Zentralleitung	217	124	1	342	227	126	1	354	+ 10	+ 2	—	+ 12
Hochschulen	4.417	2.366	169	6.952	5.004	2.508	175	7.687	+ 587	+ 142	+ 6	+ 735
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	104	118	222	—	104	118	222	—	—	—	—
Wissenschaftliche Anstalten	137	87	2	226	139	96	2	237	+ 2	+ 9	—	+ 11
Bibliotheksdienst	239	124	7	370	240	140	7	387	+ 1	+ 16	—	+ 17
Bibliotheken	98	159	9	266	100	160	8	268	+ 2	+ 1	— 1	+ 2
Bundes- Heim- und Sportverwaltung	24	51	29	104	27	53	36	116	+ 3	+ 2	+ 7	+ 12
Bundessport- und Schullandheime — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	52	72	124	—	58	72	130	—	+ 6	—	+ 6
Außerschulische Jugenderziehung	9	1	15	25	9	4	12	25	—	+ 3	— 3	—

www.parlament.gv.at

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Schulaufsichtsbehörden	643	231	24	898	653	220	23	896	+ 10	— 11	— 1	— 2
Pädagogisch-Psychologischer Dienst	12	—	—	12	12	8	—	20	—	+ 8	—	+ 8
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	21	24	6	51	24	23	6	53	+ 3	— 1	—	+ 2
Allgemeinbildende Höhere Schulen	6.319	1.135	284	7.738	6.708	780	295	7.783	+ 389	— 355	+ 11	+ 45
Bundeserziehungsanstalten	199	155	12	366	218	151	11	380	+ 19	— 4	— 1	+ 14
Pädagogische Akademien und Institute, Lehrerbildungsanstalten bzw. Musisch-pädagogische Realgymnasien	758	203	36	997	1.081	234	45	1.360	+ 323	+ 31	+ 9	+ 363
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	178	69	16	263	169	37	19	225	— 9	— 32	+ 3	— 38
Blinden- und Taubstummeninstitute	80	68	2	150	81	67	2	150	+ 1	— 1	—	—
Bundesanstalten für Leibeserziehung	14	13	1	28	18	12	1	31	+ 4	— 1	—	+ 3
Technische und gewerbliche Lehranstalten	2.528	673	110	3.311	2.629	607	107	3.343	+ 101	— 66	— 3	+ 32
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	1.128	159	60	1.347	1.145	149	66	1.360	+ 17	— 10	+ 6	+ 13
Handelsakademien und Handelsschulen	1.168	120	42	1.330	1.226	82	61	1.369	+ 58	— 38	+ 19	+ 39
Museen	239	276	3	518	244	271	3	518	+ 5	— 5	—	—
Bundesdenkmalamt	49	48	1	98	52	47	1	100	+ 3	— 1	—	+ 2
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	9	17	—	26	10	19	—	29	+ 1	+ 2	—	+ 3
Kunstakademien und Kunstschulen	293	205	58	556	321	214	64	599	+ 28	+ 9	+ 6	+ 43
Österreichische Kulturinstitute	26	22	6	54	31	22	6	59	+ 5	—	—	+ 5
Hofmusikkapelle	—	2	7	9	—	2	7	9	—	—	—	—
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	134	3	137	—	147	3	150	—	+ 13	—	+ 13
Bundeskonvikte (Berufsbildende) — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	41	3	44	—	47	3	50	—	+ 6	—	+ 6
Kunstakademien und Kunstschulen — Zweckgebundene Einnahmen	—	1	1	2	—	1	1	2	—	—	—	—
Summe	18.805	6.664	1.097	26.566	20.368	6.389	1.155	27.912	+ 1.563	— 275	+ 58	+ 1.346
Soziale Verwaltung												
Zentralleitung	384	217	2	603	394	199	2	595	+ 10	— 18	—	— 8
Landesarbeitsämter und Arbeitsämter	1.906	920	123	2.949	1.904	911	118	2.933	— 2	— 9	— 5	— 16
Landesinvalidenämter	631	285	32	948	631	273	31	935	—	— 12	— 1	— 13
Kriegsinvalidenhaus Wien	3	16	1	20	2	10	—	12	— 1	— 6	— 1	— 8
Prothesenwerkstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	5	37	2	44	5	37	2	44	—	—	—	—
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen	1	9	—	10	1	9	—	10	—	—	—	—
Arbeitsinspektion	216	107	9	332	216	99	9	324	—	— 8	—	— 8

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten	166	279	13	458	166	273	13	452	—	— 6	—	— 6
Bundeshebammenlehranstalten	2	1	—	3	2	1	—	3	—	—	—	—
Krankenanstalt Bad Ischl — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	14	83	3	100	14	81	3	98	—	— 2	—	— 2
Summe...	3.328	1.954	185	5.467	3.335	1.893	178	5.406	+ 7	— 61	— 7	— 61
Auswärtige Angelegenheiten	470	630	37	1.137	487	596	43	1.126	+ 17	— 34	+ 6	— 11
Justiz												
Zentralleitung	78	36	—	114	80	36	—	116	+ 2	—	—	+ 2
Oberster Gerichtshof	82	22	—	104	84	21	—	105	+ 2	— 1	—	+ 1
Justizbehörden	4.575	1.708	285	6.568	4.649	1.517	308	6.474	+ 74	— 191	+ 23	— 94
Justizanstalten	2.278	21	4	2.303	2.334	41	5	2.380	+ 56	+ 20	+ 1	+ 77
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Verwaltung	4	23	—	27	6	21	—	27	+ 2	— 2	—	—
Summe...	7.017	1.810	289	9.116	7.153	1.636	313	9.102	+ 136	— 174	+ 24	— 14
Landesverteidigung												
Zentralleitung	457	484	—	941	530	441	—	971	+ 73	— 43	—	+ 30
Militärpersonen	6.967	—	—	6.967	6.660	—	—	6.660	— 307	—	—	— 307
Heeresverwaltung	10.324	4.444	90	14.858	13.179	1.742	92	15.013	+ 2.855	— 2.702	+ 2	+ 155
Heeresgeschichtliches Museum	38	58	—	96	51	43	—	94	+ 13	— 15	—	— 2
Heeres-Land-und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	2	109	60	171	3	97	45	145	+ 1	— 12	— 15	— 26
Summe...	17.788	5.095	150	23.033	20.423	2.323	137	22.883	+ 2.635	— 2.772	— 13	— 150
Finanzen												
Zentralleitung	571	282	—	853	621	248	—	869	+ 50	— 34	—	+ 16
Finanzlandesdirektionen	13.957	3.223	512	17.692	14.171	2.954	405	17.530	+ 214	— 269	— 107	— 162
Finanzprokuratur	52	31	5	88	52	32	3	87	—	+ 1	— 2	— 1
Hauptpunzierungs- und Probieramt	41	7	2	50	41	7	2	50	—	—	—	—
Zentralbesoldungsamt	364	188	1	553	369	183	1	553	+ 5	— 5	—	—
Summe...	14.985	3.731	520	19.236	15.254	3.424	411	19.089	+ 269	— 307	— 109	— 147

www.parlament.gv.at

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Land- und Forstwirtschaft												
Zentralleitung	283	125	—	408	294	130	—	424	+ 11	+ 5	—	+ 16
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	171	287	64	522	176	281	64	521	+ 5	— 6	—	— 1
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	187	416	76	679	192	432	62	686	+ 5	+ 16	— 14	+ 7
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	20	44	9	73	20	44	9	73	—	—	—	—
Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt	66	154	23	243	68	152	23	243	+ 2	— 2	—	—
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	2	19	1	22	2	19	1	22	—	—	—	—
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	14	81	8	103	14	88	8	110	—	+ 7	—	+ 7
Pferdezuchtanstalten	54	110	11	175	54	103	11	168	—	— 7	—	— 7
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	58	171	2	231	58	171	—	229	—	—	— 2	— 2
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	30	44	2	76	33	44	2	79	+ 3	—	—	+ 3
Schulaufsicht für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen	11	12	—	23	11	12	—	23	—	—	—	—
Forstliche Ausbildungsstätten	11	17	1	29	11	17	1	29	—	—	—	—
Wildbachverbauungsdienst	159	127	1	287	162	124	1	287	+ 3	— 3	—	—
Weinaufsicht	8	2	—	10	8	2	—	10	—	—	—	—
Bundesgärten	97	243	12	352	89	233	12	334	— 8	— 10	—	— 18
Spanische Reitschule	14	27	1	42	14	30	1	45	—	+ 3	—	+ 3
Landwirtschaftliche Betriebe	21	191	120	332	21	190	113	324	—	— 1	— 7	— 8
Forstwirtschaftliche Betriebe	8	64	8	80	8	64	8	80	—	—	—	—
Bundesforstgärten	10	20	242	272	9	19	205	233	— 1	— 1	— 37	— 39
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	80	2	82	1	79	2	82	+ 1	— 1	—	—
Internate für forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	19	4	23	—	19	4	23	—	—	—	—
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	8	1	9	—	8	1	9	—	—	—	—
Internate für forstliche Ausbildungsstätten — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	5	2	7	—	5	2	7	—	—	—	—
Internate für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	—	—	1	1	—	—	1	1	—	—	—	—
Grenzbeschaudienst	—	5	—	5	—	5	—	5	—	—	—	—
Bauhöfe — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig		68	—	68	—	68	—	68	—	—	—	—
Wildbach- und Lawinenverbauung	—	—	1.893	1.893	—	—	1.871	1.871	—	—	— 22	— 22
Summe	1.224	2.339	2.484	6.047	1.245	2.339	2.402	5.986	+ 21	—	— 82	— 61

www.parlament.gv.at

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Handel, Gewerbe und Industrie												
Zentralleitung	310	249	—	559	307	214	—	521	— 3	— 35	—	— 38
Außenstelle	14	123	1	138	26	100	1	127	+ 12	— 23	—	— 11
Österreichisches Patentamt	223	35	—	258	227	35	—	262	+ 4	—	—	+ 4
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	—	—	—	—	20	27	1	48	+ 20	+ 27	+ 1	+ 48
Bergbehörden	39	18	1	58	39	18	1	58	—	—	—	—
Summe...	586	425	2	1.013	619	394	3	1.016	+ 33	— 31	+ 1	+ 3
Bauten und Technik												
Zentralleitung	251	142	—	393	274	154	—	428	+ 23	+ 12	—	+ 35
Bundesmobilienverwaltung	12	34	—	46	16	30	—	46	+ 4	— 4	—	—
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	34	153	4	191	34	162	4	200	—	+ 9	—	+ 9
Beschußämter	7	2	1	10	7	2	1	10	—	—	—	—
Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge	20	27	1	48	—	—	—	—	— 20	— 27	— 1	— 48
Technisches Museum	23	38	—	61	30	30	1	61	+ 7	— 8	+ 1	—
Bundesstrombauamt	97	711	13	821	262	540	13	815	+ 165	— 171	—	— 6
Bundesbaudienst Wien	355	494	33	882	363	473	33	869	+ 8	— 21	—	— 13
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	29	43	2	74	41	31	2	74	+ 12	— 12	—	—
Bundesgebäudeverwaltungen II	562	1.584	43	2.189	715	1.381	53	2.149	+ 153	— 203	+ 10	— 40
Kurheime und Bäder — Betriebsähnlicher Verwaltungszweig	2	4	36	42	2	4	36	42	—	—	—	—
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:												
a) Amtsleitung	66	55	—	121	72	47	1	120	+ 6	— 8	+ 1	— 1
b) Eichwesen	179	91	1	271	192	75	1	268	+ 13	— 16	—	— 3
c) Vermessungswesen	1.111	455	102	1.668	1.125	426	100	1.651	+ 14	— 29	— 2	— 17
Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)	—	—	166	166	—	—	166	166	—	—	—	—
Summe...	2.748	3.833	402	6.983	3.133	3.355	411	6.899	+ 385	— 478	+ 9	— 84

www.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen												
Zentralleitung	126	68	—	194	179	64	—	243	+ 53	— 4	—	+ 49
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	285	31	14	330	285	28	14	327	—	— 3	—	— 3
Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen	1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—
Sektion — Verstaatlichte Unternehmungen	73	42	—	115	—	—	—	—	— 73	— 42	—	— 115
Bundesamt für Zivilluftfahrt	290	433	—	723	296	477	—	773	+ 6	+ 44	—	+ 50
Schiffahrtspolizei	29	25	—	54	32	21	—	53	+ 3	— 4	—	— 1
Summe...	804	599	14	1.417	793	590	14	1.397	— 11	— 9	—	— 20
Postsparkassenamt	834	776	67	1.677	834	743	92	1.669	—	— 33	+ 25	— 8
Bundesbetriebe (Monopole):												
Staatsdruckerei	105	1.025	—	1.130	104	1.015	—	1.119	— 1	— 10	—	— 11
Bundestheater	50	2.417	236	2.703	49	2.418	236	2.703	— 1	+ 1	—	—
Bundesapotheken	1	24	2	27	1	23	3	27	—	— 1	+ 1	—
Salz (Monopol)	120	1.009	4	1.133	114	955	4	1.073	— 6	— 54	—	— 60
Glücksspiele (Monopol)	65	16	—	81	64	16	—	80	— 1	—	—	— 1
Branntwein (Monopol)	—	64	4	68	—	63	4	67	—	— 1	—	— 1
Hauptmünzamt	30	143	60	233	55	116	60	231	+ 25	— 27	—	— 2
Österreichische Bundesforste	11	1.447	5.779	7.237	6	1.453	5.486	6.945	— 5	+ 6	— 293	— 292
Post- und Telegraphenanstalt	32.060	17.293	3.132	52.485	32.549	16.775	3.161	52.485	+ 489	— 518	+ 29	—
Österreichische Tabakregie	45	—	—	45	38	—	—	38	— 7	—	—	— 7
Summe...	32.487	23.438	9.217	65.142	32.980	22.834	8.954	64.768	+ 493	— 604	— 263	— 374
Mittelbare Bundesverwaltung												
Inneres	2	—	—	2	—	—	—	—	— 2	—	—	— 2
Soziale Verwaltung	1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—
Bauten und Technik	24	—	18	42	21	—	18	39	— 3	—	—	— 3
Summe...	27	—	18	45	22	—	18	40	— 5	—	—	— 5
Österr. Bundesbahnen	65.922	2.758	12.119	80.799	65.822	1.734	12.435	79.991	— 100	— 1.024	+ 316	— 808

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1967				Dienstpostenplan 1968				Unterschied gegenüber 1967			
	Beamte	Vertragsbedienstete		Summe	Beamte	Vertragsbedienstete		Summe	Beamte	Vertragsbedienstete		Summe
		A	B			A	B			A	B	
	Anzahl der Dienstposten											
Landesbedienstete und sonstige Bedienstete, deren Dienstbezüge der Bund trägt												
Landesbedienstete bei Kapitel 11 „Inneres“	8	—	—	8	—	—	—	—	— 8	—	—	— 8
Landeslehrer bei Kapitel 12 „Unterricht“	39.268	1.395	3.473	44.136	40.723	1.310	4.029	46.062	+ 1.455	— 85	+ 556	+ 1.926
Landeslehrer bei Kapitel 60 „Land- und Forstwirtschaft“	630	173	242	1.045	639	168	209	1.016	+ 9	— 5	— 33	— 29
Landesbedienstete bei Kapitel 60 „Land- und Forstwirtschaft“	—	83	1.056	1.139	—	832	1.056	1.139	—	—	—	—
Landesbedienstete bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“	—	4.119	136	4.255	—	3.557	135	3.692	—	— 562	— 1	— 563
Summe	39.906	5.770	4.907	50.583	41.362	5.118	5.429	51.909	+ 1.456	— 652	+ 522	+ 1.326

www.parlament.gv.at

(18) Personalreserve

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Personalreserve)

Anlage B_3

Stand 1. August 1967

Verwaltungsbereich	Personalreserve		Über den Stand aus der Personalreserve zugewiesene Dienstposten								
			A (H 1)			B (W 1, H 2)		C (W 2)		W 2		D
			IX	VIII	VII	VII	VI	V	IV	3	2	IV
Präsidentschaftskanzlei	Allgemeine Verwaltung		—	—	—	1	—	1	—	—	—	2
Bundesgesetzgebung-Nationalrat	Allgemeine Verwaltung		—	1	3	—	—	—	—	—	—	—
Verfassungsgerichtshof	Allgemeine Verwaltung		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verwaltungsgerichtshof	Allgemeine Verwaltung		—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
Rechnungshof	Allgemeine Verwaltung		1	5	—	1	—	—	—	—	—	—
Bundeskanzleramt	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	—	15	3	1	6	3	15	—	—	9
		sonstige Dienststellen	1	1	3	—	2	1	10	—	—	2
Inneres	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	13	11	4	37	4	34	—	—	20
		sonstige Dienststellen	—	5	22	2	3	—	65	—	—	5
	Wachebeamte		—	—	—	3(VIII) 5	37	—	2.516	—	—	—
Unterricht	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	34	—	1	12	1	12	—	—	2
		sonstige Dienststellen	1	17	108	6	47	13	100	—	—	43
Soziale Verwaltung	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	19	13	6	15	3	9	—	—	2
		sonstige Dienststellen	—	11	49	7	108	6	325	—	—	4
Auswärtige Angelegenheiten	Allgemeine Verwaltung		1	32	—	1	5	3	8	—	—	2
Justiz	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	20	2	3	2	—	2	—	—	5
		sonstige Dienststellen	—	—	1	6	54	20	74	—	—	7
	Wachebeamten		—	—	—	3	—	—	247	—	—	—
Landesverteidigung	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	3	10	1	7	1	30	—	—	1
		sonstige Dienststellen	—	—	3	—	7	3	247	—	—	5
	Militärpersonen		4	5	15	6(VIII) 8	1	—	—	—	—	—
Finanzen	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	69	—	25	13	1	21	—	—	9
		sonstige Dienststellen	1	33	16	37	111	57	481	—	—	81
	Wachebeamte		—	—	—	2	6	—	605	—	—	—
Land- und Forstwirtschaft	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	23	—	3	9	1	10	—	—	2
		sonstige Dienststellen	—	10	40	4	8	3	31	—	—	22
Handel, Gewerbe und Industrie	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	38	3	6	14	1	7	—	—	1
		sonstige Dienststellen	—	2	21	—	—	2	—	—	—	1
Bauten und Technik	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	36	13	6	12	1	8	—	—	2
		sonstige Dienststellen	—	14	51	11	38	14	100	—	—	23
Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	34	4	15	7	2	14	—	—	1
		sonstige Dienststellen	—	14	26	44	140	26	954	—	—	2
Mittelbare Bundesverwaltung	Allgemeine Verwaltung		—	1	—	—	—	—	—	—	—	—

Entwicklung des Personalstandes bzw. des Dienstpostenplanes in den Jahren 1938, 1947, 1948, 1954, 1959, 1961, 1963, 1965, 1967 und 1968

	Dienstpostenstände der Bundesbediensteten in den Jahren										Unterschied gegenüber 1967
	1938	1947	1948	1954	1959*)	1961	1963	1965	1967	1968	
A: Bundesverwaltung.											
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	20.691	20.392	20.551	22.416	32.630	33.124	35.787	35.827	41.042	41.061	+ 19
Beamte in handwerklicher Verwendung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.999	+ 3.999
Richter	1.460	1.251	1.251	1.394	1.409	1.484	1.485	1.488	1.535	1.534	— 1
Staatsanwaltschaftliche Beamte	120	123	123	123	131	140	149	155	157	160	+ 3
Hochschullehrer	1.011	1.035	1.039	1.062	1.385	1.517	2.417	2.989	3.727	4.249	+ 522
Bundeslehrer	3.606	3.896	4.215	4.644	6.732	7.200	7.976	11.082	12.299	13.169	+ 870
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	118	137	138	153	179	184	185	191	199	199	—
Wachebeamte	21.147	28.944	29.108	29.447	29.253	29.207	29.392	29.544	29.175	29.125	— 50
Angehörige des Bundesheeres	*28.351*	—	—	—	8.175	11.345	10.667	11.176	6.967	6.660	— 307
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I	4.758	12.643	13.873	12.937	17.274	17.455	16.096	17.290	17.969	17.698	— 271
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I L			1.232	1.708	2.143	2.255	2.701	762	1.091	563	— 528
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II				5.080	11.583	10.372	10.466	11.104	11.282	7.775	— 3.507
Kollektivvertrag					818	576	577	606	614	593	— 21
nach anderen Rechtsvorschriften					754	733	50	175	167	182	+ 15
Lehrlinge					97	91	81	71	79	68	— 11
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I teilbesch.	*14.670*	*16.353*	*17.609*	*14.179*	244	871	647	470	626	621	— 5
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II L teilbesch.					576	540	304	409	339	353	+ 14
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II teilbesch.					1.356	1.586	1.634	1.618	1.838	1.827	— 11
Kollektivvertrag teilbesch.					3.249	2.905	2.865	2.974	2.463	2.383	— 80
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.					136	521	482	694	880	797	— 83
Summe A	*95.932*	*84.774*	*89.139*	*93.143*	118.124	122.086	123.961	128.625	132.449	133.016	+ 567
B. Bundesbetriebe (Monopole).											
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	21.910	20.282	17.484	27.059	28.831	28.784	30.180	30.614	32.487	32.103	— 384
Beamte in handwerklicher Verwendung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	877	+ 877
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I	2.808	9.333	10.414	6.644	7.464	10.095	13.468	15.177	15.702	15.145	— 557
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II				3.912	4.024	5.036	1.773	1.868	3.540	3.510	— 30
Kollektivvertrag					1.901	1.941	2.166	2.208	835	833	— 2
nach anderen Rechtsvorschriften					3.345	3.346	3.415	3.376	2.299	2.326	+ 27
Lehrlinge					712	712	862	972	1.062	1.020	— 42
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I teilbesch.	*13.405*	*22.996*	*22.815*	*13.770*	2.037	2.260	2.398	2.573	2.652	2.612	— 40
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II teilbesch.					677	366	485	512	548	617	— 69
Kollektivvertrag teilbesch.					6.607	6.527	6.209	6.219	6.003	5.710	— 293
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.					6	7	2	—	14	15	+ 1
Forstzöglinge					65	165	—	15	—	—	—
Summe B	*38.123*	*52.611*	*50.713*	*51.385*	55.669	59.239	60.958	63.534	65.142	64.768	— 374

\+ Erhöhungen
— Verminderungen
} gegenüber dem Jahre 1967

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die in den Dienstpostenplänen der früheren Jahre nicht ausgewiesen wurden, ist in Kursivschrift dargestellt.

www.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at

Entwicklung des Personalstandes bzw. des Dienstpostenplanes in den Jahren 1938, 1947, 1948, 1954, 1959, 1961, 1963, 1965, 1967 und 1968

	Dienstpostenstände der Bundesbediensteten in den Jahren										Unterschied gegenüber 1967
	1938	1947	1948	1954	1959*)	1961	1963	1965	1967	1968	
Summe A und B:											
Öffentlich-rechtliche Bedienstete . . .	*98.414*	76.060	73.909	86.298	108.725	112.965	118.238	123.066	127.588	133.136	+ 5.548
Vertragsbedienstete	*35.641*	*61.325*	*65.943*	*58.230*	65.068	68.360	66.681	69.093	70.003	64.648	— 5.355
Zusammen .	*134.055*	*137.385*	*139.852*	*144.528*	173.793	181.325	184.919	192.159	197.591	197.784	+ 193
C. Bundesbedienstete der mittelbaren Bundesverwaltung.											
Beamte der Allgemeinen Verwaltung . .	3.309	2.210	2.168	467	179	144	124	51	27	22	— 5
Vertragsbedienstete	228	1.627	1.976	—	—	—	—	18	18	18	—
Summe C .	3.537	3.837	4.144	467	179	144	124	69	45	40	— 5
D. Bundesbahnen.											
Bundesbahnbeamte	*49.996*	*34.546*	*65.045*	*63.126*	62.890	64.880	65.440	65.903	65.922	65.822	— 100
Bundesbahnbedienstete	*7.200*	*366*	*469*	*6.612*	6.047	3.620	2.968	2.270	1.968	924	— 1.044
Lehrlinge	—	—	—	—	270	995	935	975	790	810	+ 20
Bundesbahnbedienstete teilbesch. . . .	*7.230*	*49.888*	*15.246*	*4.485*	10.358	11.912	11.791	11.846	12.119	12.435	+ 316
Summe D .	*64.426*	*84.800*	*80.760*	*74.223*	79.565	81.407	81.134	80.994	80.799	79.991	— 808
Bundesbedienstete.											
Gesamtzahl der Dienstposten											
für öffentlich-rechtliche Bedienstete . .	*101.723*	*78.270*	*76.077*	*86.765*	108.904	112.342	118.362	123.117	127.615	133.158	+ 5.543
für Vertragsbedienstete	*35.869*	*62.952*	*67.919*	*58.230*	65.068	69.127	66.681	69.111	70.021	64.666	— 5.355
für Bundesbahnbeamte und für Bundesbahnbedienstete	*64.426*	*84.800*	*80.760*	*74.223*	79.565	81.407	81.134	80.994	80.799	79.991	— 808
Gesamtsumme A—D .	*202.018*	*226.022*	*224.756*	*219.218*	253.537	262.876	266.177	273.222	278.435	277.815	— 620

\+ Erhöhungen
— Verminderungen } gegenüber dem Jahre 1967

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die in den Dienstpostenplänen der früheren Jahre nicht ausgewiesen wurden, ist in Kursivschrift dargestellt.

www.parlament.gv.at

Anlage D

Übersicht

über die Entwicklung der Personalstände in den einzelnen Verwaltungszweigen

Verwaltungszweig	1959	1960	1961	1963	1965	1967	1968	% *)	Differenz gegenüber 1967	
Zentralverwaltung	5.469	5.615	5.654	5.764	6.050	6.206	6.209	2·23	+ 3	
Bundesverwaltung einschließlich Bundesbaudienst (nachgeordnete Dienststellen)	32.628	32.515	32.788	32.570	33.315	33.652	33.331	12·00	— 321	
Sicherheitswesen	27.869	27.864	27.854	27.835	27.816	27.548	27.367	9·85	— 181	
Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	7.934	8.394	8.849	9.033	9.116	9.099	3·27	— 17	
Unterrichtswesen und Kultur	20.011	20.671	21.347	23.430	26.411	30.125	31.468	11·33	+ 1.343	
Heerwesen	20.177	20.173	21.812	21.468	21.775	21.825	21.673	7·80	— 152	
Auswärtige Angelegenheiten	803	899	940	964	1.086	1.137	1.126	0·41	— 11	
Bundesbetriebe und Monopole	138.668	142.467	144.087	144.997	147.736	148.826	147.542	53·11	— 1.284	
Summe der DP. I.	253.538	258.038	262.816	266.177	273.222	278.435	277.815	100·00%	— 620	
Landesbedienstete (-lehrer) und sonstige Bedienstete, deren Bezüge der Bund trägt	38.938	40.227	40.873	41.790	46.701	50.583	51.909		+ 1.326	
Summe	292.476	298.265	303.749	307.967	319.923	329.018	329.724		+ 706	

*) Anteil am Gesamtpersonalstand ohne „Landesbedienstete (-lehrer) und sonstige Bedienstete, deren Bezüge der Bund trägt", nach Hundertsatz.

(22)

Übersicht über die nach Verwendungsgruppen auf-

	Oberste Organe					Innenverwaltung		
	Präsidentschaftskanzlei	Bundesgesetzgebung — Nationalrat	Verfassungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	Rechnungshof	Bundeskanzleramt	Bundesministerium für Inneres	Bundesministerium für Unterricht
Beamte (Angestellte) der Verwendungs(Entlohnungs)-Gruppen								
A (a)	6	34	5	6	63	228	498	823
B (b)	4	8	—	2	56	317	589	1.696
C (c)	7	7	3	6	11	372	624	847
D (d)	11	27	6	21	15	712	1.550	1.988
E (e)	5	41	1	9	7	73	152	1.295
Beamte in handwerklicher Verwendung (Arbeiter) der Verwendungs(Entlohnungs)-Gruppen								
P 1—P 6 (p 1—p 6)	11	31	4	11	10	171	1.003	2.149
Richter (einschließlich Richteramtsanwärter)	—	—	—	39	—	—	—	—
Staatsanwälte	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochschullehrer								
o. Professoren	—	—	—	—	—	—	—	778
ao. Professoren	—	—	—	—	—	—	—	203
Assistenten (Vertragsassistenten)	—	—	—	—	—	—	—	3.268
Lehrer (Vertragslehrer) der Verwendungs(Entlohnungs)-Gruppen								
L 1 (l 1)	—	—	—	—	—	—	1	11.237
L 2 (l 2)	—	—	—	—	—	—	—	2.403
L 3 (l 3)	—	—	—	—	—	—	—	110
Beamte des Schulaufsichtsdienstes der Verwendungsgruppen								
S 1	—	—	—	—	—	—	—	55
S 2	—	—	—	—	—	—	—	16
S 3	—	—	—	—	—	—	—	117
Wachebeamte der Verwendungsgruppen								
W 1	—	—	—	—	—	—	503	—
W 2	—	—	—	—	—	—	6.308	—
W 3	—	—	—	—	—	—	16.378	—
Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten der Verwendungsgruppen								
H 1	—	—	—	—	—	—	—	—
H 2	—	—	—	—	—	—	—	—
H 3	—	—	—	—	—	—	—	—
H 4	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertragsangestellte der österreichischen Bundesforste (einschließlich Forstadjunkte und Forstzöglinge)	—	—	—	—	—	—	—	—
Saison- und teilbeschäftigte Vertragsbedienstete (Kategorie B)	—	—	—	—	—	140	489	444
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kollektivvertrag)	—	—	—	—	—	833	166	3.186
Lehrlinge	—	—	—	—	—	76	—	—
Summe ...	44	148	19	94	162	2.922	28.261	30.615

gegliederten Personalstände der einzelnen Ressorts

Anlage E

Bundesministerium für soziale Verwaltung	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Bundesministerium für Justiz	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesministerium für Finanzen	Wirtschaft				Postsparkassenamt	Zusammen
					Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	Bundesministerium für Bauten und Technik	Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen		
574	258	98	157	1.215	570	316	590	530	9	5.980
1.532	165	1.122	604	5.638	362	130	1.122	9.996	230	23.573
1.406	40	1.016	5.136	5.208	423	135	1.189	11.630	684	28.744
1.305	369	2.209	6.266	2.386	528	331	1.083	22.984	501	42.292
129	98	158	196	321	36	43	100	1.675	80	4.419
265	153	288	3.597	730	929	58	2.382	2.962	65	14.819
—	—	1.494	—	—	—	—	—	—	—	1.533
—	—	160	—	—	—	—	—	—	—	160
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	778
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	203
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.268
—	—	—	—	—	174	—	—	—	—	11.412
—	—	16	33	—	97	—	—	—	—	2.549
—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	120
—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	58
—	—	—	—	—	8	—	—	—	—	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	117
—	—	80	—	95	—	—	—	—	—	678
—	—	445	—	1.000	—	—	—	—	—	7.753
—	—	1.703	—	2.613	—	—	—	—	—	20.694
—	—	—	362	—	—	—	—	—	—	362
—	—	—	2.119	—	—	—	—	—	—	2.119
—	—	—	1.729	—	—	—	—	—	—	1.729
—	—	—	2.450	—	—	—	—	—	—	2.450
—	—	—	—	—	1.438	—	—	—	—	1.438
181	43	313	70	384	91	3	244	3.161	92	5.655
41	—	—	164	988	8.216	—	167	14	8	13.783
—	—	—	—	—	46	—	22	930	—	1.074
5.433	1.126	9.102	22.883	20.578	12.931	1.016	6.899	53.882	1.669	197.784

Zu 630 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

Anlage zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1968

Systemisierungsplan

der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1968

Wien 1968
Österreichische Staatsdruckerei

9131 67

Inhalt

Seite

Allgemeiner Teil ..... 320—321

Anlage A:

1. Verzeichnis der systemisierten Kraftfahrzeuge ..... 322—330
2. Verzeichnis der systemisierten Luftfahrzeuge 331
3. Verzeichnis der systemisierten Wasserfahrzeuge 332

4. Anmerkungen
   - zum Verzeichnis der systemisierten Kraftfahrzeuge ..... 333—345
   - zum Verzeichnis der systemisierten Luftfahrzeuge 346
   - zum Verzeichnis der systemisierten Wasserfahrzeuge 346

1. (1) Der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes setzt die Anzahl und Kategorie der im Bereiche der Bundesverwaltung im Jahre 1968 zur Verwendung zugelassenen Fahrzeuge fest (Anlage A).

(2) Die Fahrzeuge der Heeresverwaltung und des Heeres sind grundsätzlich in den Systemisierungsplan nicht einbezogen. Das Bundesministerium für Landesverteidigung ist ermächtigt, aus Ersparungsgründen an Stelle von militärischen Führungsfahrzeugen handelsübliche Kraftfahrzeuge einzustellen.

(3) Weiters sind im Systemisierungsplan jene Kraftfahrzeuge des Bundes nicht enthalten, die bundesfremden Stellen zur Verfügung gestellt sind und deren Aufwand von diesen Stellen getragen wird. In den Anmerkungen zum Verzeichnis der systemisierten Kraftfahrzeuge sind aber diese bundeseigenen Fahrzeuge dargestellt.

2. Vorhandene Fahrzeuge eines Verwaltungsbereiches, die über den im Systemisierungsplan vorgesehenen Stand hinausgehen, sind sofort stillzulegen.

3. Aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorien II und III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Fahrzeuge des Systemisierungsplanes für das Jahr 1968 entsprechen, können im Jahre 1968 im gleichen Verwaltungsbereich weiter verwendet werden, wenn ihre sofortige Veräußerung unwirtschaftlich wäre.

4. Bei vorübergehendem Bedarf eines Kraftfahrzeuges bei einer Dienststelle oder an Stelle eines nicht einsatzfähigen Fahrzeuges kann ein systemisiertes Kraftfahrzeug statt bei der im Systemisierungsplan vorgesehenen Stelle bei einer anderen Dienststelle eingesetzt werden.

5. (1) Tritt im Laufe des Jahres 1968 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Kraftfahrzeuges bei einer Dienststelle des Bundes auf, so kann mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen, wenn ein systemisiertes Kraftfahrzeug einer anderen Dienststelle des gleichen oder auch anderen Ressortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht zur Verfügung gestellt werden kann, ein gegenüber dem Systemisierungsplan zusätzliches Kraftfahrzeug in Dienst gestellt werden, sofern seitens des betreffenden Ressorts die finanzielle Bedekkung der Anschaffung und des Betriebes des Kraftfahrzeuges sichergestellt wird. Das Bundesministerium für Finanzen hat über die Zulassung zusätzlicher Kraftfahrzeuge dem Nationalrat zumindest einmal im Jahre zu berichten.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 sind sinngemäß auch bei Luft- und Wasserfahrzeugen anzuwenden.

6. (1) An Stelle eines systemisierten Kraftfahrzeuges kann ein Kraftfahrzeug einer niedrigeren Kategorie gehalten werden. Als Reihenfolge der Kategorien gilt:

1. Personenkraftwagen Kategorie III,
2. „ „ II,
3. „ „ I,
4. „ „ 0,
5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke,
6. Krafträder über 125 ccm mit Beiwagen,
7. Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen,
8. Krafträder bis einschließlich 125 ccm,

oder

1. Lastkraftwagen,
2. Spezialfahrzeuge.

(2) Zu den „Personenkraftwagen Kategorie III zählen die Dienstkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates, den Vorsitzenden des Bundesrates, den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes, die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre und die Landeshauptmänner. Außerdem ist je ein Fahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen, sowie für die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung im Hinblick darauf, daß deren Generaldirektor für fünf Jahre zum Präsidenten des Exekutivrates des Weltpostvereines (CE) gewählt wurde.

(3) „Personenkraftwagen Kategorie II" sind solche Fahrzeuge, die auch repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung zu erfüllen haben.

(4) Die Dienstkraftwagen der Bundesverwaltung werden je nach Fassungsvermögen als „Personenkraftwagen Kategorie I" oder als „Personenkraftwagen Kategorie 0 (Kleinstwagen)" bezeichnet.

(5) Zu den „Fahrzeugen für betriebliche Zwecke" sind folgende Kraftfahrzeuge zu zählen:

a) Kombinationskraftwagen laut § 2 Z. 6 des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBl. Nr. 267, das sind mehrspurige Kraftfahrzeuge, die zur wahlweisen Beförderung von Personen oder Gütern eingerichtet sind;

b) Kleinlastkraftwagen bis zu einer Nutzlast von einschließlich 1000 kg;

c) Personenkraftwagen, die für betriebliche Zwecke dienen und als solche gekennzeichnet sind, wobei aber Streifen(Patrouillen)wagen auf Grund ihrer Sonderausstattung nicht einer zusätzlichen Kennzeichnung bedürfen.

(6) „Krafträder mit Beiwagen" werden aus Gesundheitsgründen nur mehr in den Bereichen der Verwaltung benützt, in denen die Erfüllung der jeweiligen Verwaltungsaufgaben durch den Einsatz von Personenkraftwagen nicht gewährleistet wäre. Lastenroller sind ohne Rücksicht auf ihr Hubvolumen bei dieser Kategorie zu systemisieren.

(7) Als Spezialfahrzeuge kommen Fahrzeuge in Betracht, die für einen bestimmten Zweck gebaut (zum Beispiel Laboratoriumswagen, Röntgenwagen, Elektrokarren), zum Straßenverkehr geeignet und für den Transport von Personen und Gütern zugelassen sind, ferner Omnibusse und Zugmaschinen verschiedener Art (Traktoren, Radschlepper usw.). Hingegen sind reine Maschinen, die allerdings für den Selbsttransport geeignet sind, nicht aufzunehmen.

7. Ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten kann nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Benützung eines bundeseigenen Fahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten erforderlich ist und das privateigene Fahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

1. Verzeichnis der systemisierten Kraftfahrzeuge

Anlage A

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
01001	**Präsidentschaftskanzlei**	. . .	. . .	. . .	5 [1]	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
02	**Bundesgesetzgebung:**												
02101	Nationalrat	. . .	. . .	. . .	7	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
02201	Bundesrat [2]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	. . .
	Kapitel 02 (Summe)	. . .	. . .	. . .	7	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
03001	**Verfassungsgerichtshof**	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
04001	**Verwaltungsgerichtshof**	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
06001	**Rechnungshof**	. . .	. . .	1	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**												
10001	Bundeskanzleramt	. . .	2	2	8 [3]	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	13	13
10011	Sektion Wirtschaftliche Koordination	. . .		1 [4]		. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
10201	Statistisches Zentralamt	. . .	. . .	1	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
	Kapitel 10 (Summe)	. . .		14		2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	16	16

Anmerkungen siehe Seite 333.

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
11	**Inneres:**												
11001	Bundesministerium für Inneres	. . .	4	10	3	13	. . . .	. . . .	. . . .	3	8	41	39
11161	Österreichisches Polizeikontingent für Zypern	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	. . .
11201	Politische Behörden	. . .	. . .	. . .	8 [6]	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	8	8
11301	Bundespolizei	. . .	68	17	. . .	365	. . . .	235	. . . .	27	202	914	888
11401	Bundesgendarmerie	. . .	53	8	. . .	997	5	327	. . . .	15	521	1.926	1.852
115	Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber:												
11508	Allgemeine Einrichtungen [7]	. . .	1	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	6	6
11518	Flüchtlingsanstalten (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig) [8]	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	2	. . . .	4	4
	Kapitel 11 (Summe)	. . .	126	35	11	1.380	5	562	. . . .	48	733	2.900	2.797
	Hievon für Zwecke des Zivilschutzes	. . .	. . .	. . .	. . .	*141*	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	*76*	*217*	*192*

Anmerkungen siehe Seite 333.

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
12	**Unterricht:**												
12001	Bundesministerium für Unterricht	. . .	. . .	4	1	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	6	5
12301	Hochschulen [9])	. . .	1	2	. . .	17	. . . .	. . . .	3	1	15	39	35
12311	Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung) [10])	. . .	3	. . .	. . .	7	. . . .	. . . .	1	2	5	18	15
12321	Wissenschaftliche Anstalten [11])	. . .	2	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
12331	Bibliotheken [12])	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
12401	Bundesheim- und Sportverwaltung	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	3	3
12411	Bundessport- und Bundesschullandheime [13])	. . .	. . .	. . .	. . .	13	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	13	13
12601	Schulaufsichtsbehörden	. . .	2[14])	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
12621	Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	. . .	. . .	. . .	. . .	2[15])	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
12711	Bundeserziehungsanstalten [16])	. . .	. . .	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
12771	Bundeskonvikte (Allgemeinbildende) *)	. . .	. . .	. . .	. . .	1[17])	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
12801	Technische und gewerbliche Lehranstalten [18])	. . .	. . .	. . .	. . .	8	. . . .	. . . .	. . . .	7	3	18	18
12811	Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe [19])	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	1
12871	Bundeskonvikte (Berufsbildende) [20])*)	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 12 (Summe)	. . .	8	6	1	57	. . . .	. . . .	4	11	25	112	104
13	**Kunst:**												
13301	Museen [21])	. . .	. . .	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	4	4
13401	Bundesdenkmalamt	. . .	5	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	8	8
13501	Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	. . .	1	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	3	2
13601	Kunstakademien und Kunstschulen [22])	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
13801	Österreichische Kulturinstitute [24])	. . .	2	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	1	. . . .	. . . .	6	6
	Kapitel 13 (Summe)	. . .	8	. . .	. . .	10	. . . .	. . . .	1	2	1	22	21

*) Ansätze mit dem Zusatz „Zweckgebundene Gebarung".

Anmerkungen siehe Seite 333 bis 335.

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
15	**Soziales:**												
15001	Bundesministerium für soziale Verwaltung	. . .	1	4	3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	8	8
15501	Landesarbeitsämter[25])	. . .	. . .	7	. . .	122	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	6	135	135
15921	Arbeitsinspektion	. . .	15[27])	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	15	16
15931	Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten[26])	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	9	9
15951	Krankenanstalt Bad Ischl (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 15 (Summe)	. . .	16	11	3	125	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	13	168	169
20	**Äußeres:**												
20001	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	. . .	. . .	3	3[28])	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
201	Vertretungsbehörden:												
20101	Dienststellen	. . .		60[29])		. . . .	. . . .	. . . .	. . .	1[30])	. . . .	61	61
20201	Diplomatische Akademie	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 20 (Summe)	. . .		66		2	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	69	69
30	**Justiz:**												
30001	Bundesministerium für Justiz	. . .	. . .	4	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	6	6
30101	Oberster Gerichtshof	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
30201	Justizbehörden in den Ländern[31])	. . .	10	14	. . .	6	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	30	29
30301	Justizanstalten[32])	. . .	. . .	. . .	. . .	30	. . . .	1	. . . .	14	2	47	44
30408	Arbeitsbetriebe (Betriebsähnliche Verwaltungszweige)[33])	1	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	1	2	4	22	32	29
	Kapitel 30 (Summe)	1	10	18	3	38	. . . .	2	2	18	24	116	109

Anmerkungen siehe Seite 335 bis 337.

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
40	**Militärische Angelegenheiten:**												
40001	Bundesministerium für Landesverteidigung	. . .	18	9	3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	30	30
40101	Heer und Heeresverwaltung [34]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	. . .
40508	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig *)	. . .	1	. . .	. . .	4	. . . .	12	3	4	7	31	30
	Kapitel 40 (Summe)	. . .	19	9	3	4	. . . .	12	3	4	7	61	60
50	**Finanzverwaltung:**												
50001	Bundesministerium für Finanzen	. . .	2	3	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	7	7
50401	Finanzlandesdirektionen [35] **)	9	35	8	. . .	250	. . . .	1	. . . .	9	8	320	327
50501	Finanzprokuratur	. . .	. . .	1	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . .
50601	Hauptpunzierungs- und Probieramt	. . .	1	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 50 (Summe)	9	38	12	1	250	. . . .	1	. . . .	10	8	329	335

*) (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)
**) Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates.
Anmerkungen siehe Seite 337.

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
60	**Land- und Forstwirtschaft:**												
60001	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft [36])	. . .	6	4	2	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	15	12
60501 } 60508	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten [37])	. . .	. . .	. . .	. . .	16	. . . .	. . . .	2	1	18	37	37
60511 } 60518	Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten [38])	. . .	3	. . .	. . .	24	. . . .	. . . .	. . . .	4	24	55	53
60521 } 60528	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten [39])	. . .	. . .	. . .	. . .	7	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
60531 } 60538	Forstliche Bundesversuchsanstalt	. . .	1	1	. . .	17	. . . .	2	1	1	2	25	25
60541 } 60548	Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	. . .	. . .	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	2	. . . .	6	6
60551 } 60558	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft [41])	. . .	1	. . .	. . .	2	. . . .	1	. . . .	2	6	12	12
60561 } 60568	Pferdezuchtanstalten [42])	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	1	. . . .	. . . .	8	10	10
60571 } 60578	Veterinär-Medizinische Bundesanstalten [43])	. . .	. . .	. . .	. . .	6	. . . .	. . . .	. . . .	6	2	14	14
60581 } 60588	Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten [44])	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	4	4
60721 } 60728	Forstliche Ausbildungsstätten [45])	. . .	1	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
60801	Wildbachverbauungsdienst [46])	. . .	. . .	7	. . .	. . . .	. . . .	2	3	. . . .	. . . .	12	16
60911	Weinaufsicht [47])	. . .	3	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
60931 } 60938	Bundesgärten [48])	. . .	1	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	. . . .	7	5	16	15
60951 } 60958	Landwirtschaftliche Betriebe [49]) *)	. . .	. . .	. . .	. . .	6	. . . .	4	2	3	60	75	75
60961 } 60968	Forstwirtschaftliche Betriebe [50]) *)	. . .	2	. . .	. . .	3	. . . .	1	. . . .	2	5	13	13
60971 } 60978	Bundesforstgärten [51]) *)	. . .	. . .	. . .	. . .	6	. . . .	2	. . . .	2	11	21	23
60998	Bauhöfe [52]) *)	. . .	. . .	. . .	. . .	97	. . . .	. . . .	. . . .	40	36	173	168
	Kapitel 60 (Summe)	. . .	18	12	2	200	. . . .	13	8	70	180	503	498

*) Ansätze mit dem Zusatz „Betriebsähnlicher Verwaltungszweig"

Anmerkungen siehe Seite 337 bis 341.

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	**Bezeichnung**	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
63	**Handel, Gewerbe, Industrie:**												
630	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie:												
63001	Zentralleitung	. . .	. . .	9	2	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	13	13
63011	Außenstelle [53])	. . .	. . .	1	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
63201	Österreichisches Patentamt	. . .	. . .	1	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
63301	Bergbehörden [54])	. . .	7	1	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	8	8
63401	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	. . .	1	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	3	. [54a])
	Kapitel 63 (Summe)	. . .	8	12	2	3	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	27	24

Anmerkungen siehe Seite 341.

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
64	**Bauten und Technik:**												
640	Bundesministerium für Bauten und Technik:												
64001	Zentralleitung	. . .	. . .	5	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
64011	Bundesmobilienverwaltung	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	2	2
64021	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	. . .	. . .	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	6	6
642	Bundesstraßenverwaltung:												
64218	Erhaltung [55]	. . .	. . .	. . .	. . .	146	. . . .	3	. . . .	589	195	933	882
643	Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen):												
64318	Erhaltung [56]	. . .	. . .	. . .	. . .	35	. . . .	3	. . . .	78	21	137	129
644	Wasserbauverwaltung:												
64401	Bundesstrombauamt [58]	. . .	. . .	2	. . .	11	. . . .	6	. . . .	. . . .	. . . .	19	20
64418	Wasserbauten [59]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	13	3	16	15
645	Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und versch. Einrichtungen):												
64501	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung [60]	7	9	5	. . .	38	. . . .	1	11	25	5	101	101
64511	Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	3	5	5
64528	Kurheime und Bäder (Betriebsähnliche Verwaltungszweige) [61]	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
64901	Einrichtungen des Eichwesens [62]	. . .	. . .	1	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	11	19	36	36
64911	Einrichtungen des Vermessungswesens [63]	. . .	. . .	3	. . .	41	. . . .	. . . .	. . . .	3	1	48	46
	Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge [54a]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	3
	Erhaltung (Projektierung und Bauleitung) [57]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	126
	Kapitel 64 (Summe)	7	9	16	2	283	. . . .	13	11	722	248	1.311	1.379

Anmerkungen siehe Seite 341 bis 343.

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Krafträder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1968	Summe 1967
		Kategorie					über 125 ccm		bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	0	I	II	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge											
65	**Verkehr:**												
650	Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen:												
65001	Zentralleitung	. . .	. . .	10	2	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	13	12
65011	Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	. . .	1	9	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	11	11
65021	Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen	. . .	. . .	9	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	2	1	13	13
65301	Bundesamt für Zivilluftfahrt [65])	. . .	. . .	2	. . .	22	. . . .	. . . .	6	1	16	47	43
65401	Dienststellen der Schiffahrtspolizei [64])	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	. . . .	. . . .	3	23
	Sektion verstaatlichte Unternehmungen	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	5
	Kapitel 65 (Summe)	. . .	1	30	3	24	. . . .	. . . .	9	3	17	87	107
70368	**Staatsdruckerei**	. . .	1	1	. . .	4	. . . .	. . . .	1	4	. . . .	11	10
71011 bis 71358	**Bundestheater**	. . .	. . .	4	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	7 [66])	16	16
73358	**Salz (Monopol)** [67])	. . .	1	1	. . .	. . . .	. . . .	2	2	17	11	34	35
74358	**Glücksspiele (Monopol)**	. . .	1	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
75358	**Branntwein (Monopol)**	. . .	. . .	1	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
76358	**Hauptmünzamt**	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	. . . .	2	2
77368 bis 77568	**Österreichische Bundesforste** [68])	. . .	. . .	8	. . .	105	1	66	21	88	163	452	344
78358 bis 78368	**Post- und Telegraphenanstalt** [69])	20	11	7	. . .	1.766	23	158	752	285	2.535	5.557	5.482
79358	**Österreichische Bundesbahnen** [70])	7	27	12	. . .	169	2	3	6	127	757	1.110	1.079
80101	**Postsparkassenamt**	. . .	1	1	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
	Kapitel 01 bis 80 (Summe)	44	305	203	58	4.423	31	832	820	1.418	4.730	12.654	12.617
				610								+ 61	+ 61
				+ 61*)								12.925	12.678
				Sa... 671									

Anmerkungen siehe Seite 344 und 345.

*) Bundeskanzleramt und Äußeres.

www.parlament.gv.at

2. Verzeichnis der systemisierten Luftfahrzeuge

Ansatz des Bundesvoranschlages		Segelflugzeuge		Motorflugzeuge				Hubschrauber bis Abflug-gewicht 2000 kg	Summe 1968	Summe 1967
		Sitzplatzklassen [1])		Gewichtsklassen [2])						
Ansatz	Bezeichnung	a	b	A	B	C	D—F			
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge								
11	**Inneres:**									
110	Bundesministerium für Inneres:									
11108	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	—	2	7 [3])	—	—	—	9	18	19
	Hievon für Zwecke des Zivilschutzes	—	—	*1*	—	—	—	—	*1*	*1*
12	**Unterricht:**									
12411	Bundessport- und Bundesschullandheime (Zweckgebundene Gebarung) [4])	9	5	3	—	—	—	—	17	17
64	**Bauten und Technik:**									
64918	Einrichtungen des Vermessungswesens	—	—	—	—	1	—	—	1	1
65	**Verkehr:**									
65008	Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen	—	—	1	—	—	—	—	1	1
65308	Bundesamt für Zivilluftfahrt	—	—	1	—	1	1	1	4	4
	Kapitel 65 (Summe)	—	—	2	—	1	1	1	5	5
	Kapitel 01 bis 80 (Summe)	9	7	12	—	2	1	10	41	42

Anmerkungen siehe Seite 346.

www.parlament.gv.at

3. Verzeichnis der systemisierten Wasserfahrzeuge

Ansatz des Bundesvoranschlages		Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb [1]					Summe 1968	Summe 1967
Ansatz	Bezeichnung	Passagier- und Transportschiffe	Spezialwasserfahrzeuge	Innenbord-	Außenbord-	Boote, Zillen, u. ä. mit Außenbordmotor		
				Motorboote				
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge						
11	**Inneres:**							
11308	Bundespolizei [2]	—	—	8	3	16	27	27
11408	Bundesgendarmerie [3]	—	—	19	29	—	48	48
	Kapitel 11 (Summe)	—	—	27	32	16	75	75
12	**Unterricht:**							
12321	Wissenschaftliche Anstalten [4]	—	—	—	—	2	2	1
12808	Technische und gewerbliche Lehranstalten [5]	—	—	—	—	1	1	1
	Kapitel 12 (Summe)	—	—	—	—	3	3	2
50	**Finanzverwaltung:**							
50401	Finanzlandesdirektionen [6]	—	—	9	8	4	21	21
60	**Land- und Forstwirtschaft:**							
60541	Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	—	—	5	5	—	10	10
60581	Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	—	—	—	1	—	1	1
60721	Forstliche Ausbildungsstätten	—	—	—	—	1	1	1
60998	Bauhöfe	—	—	—	1	—	1	1
	Kapitel 60 (Summe)	—	—	5	7	1	13	13
64	**Bauten und Technik:**							
64418	Wasserbauten [7]	—	36	1	—	24	61	61
65	**Verkehr:**							
65401	Dienststellen der Schiffahrtspolizei	—	16 [8]	1	—	29	46	45
77368	**Österreichische Bundesforste**	—	—	—	—	12	12	12
79368	**Österreichische Bundesbahnen**	12	—	—	—	—	12	12
	Kapitel 01 bis 80 (Summe)	12	52	43	47	89	243	241

Anmerkungen siehe Seite 346.

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

4. Anmerkungen zum Verzeichnis der systemisierten Kraftfahrzeuge

[1]) Hievon 3 Fahrzeuge für offizielle repräsentative Zwecke.

[2]) Der jeweilige Vorsitzende erhält statt der Zurverfügungstellung eines Dienstwagens eine Entschädigung, da halbjährlich ein Wechsel im Vorsitz des Bundesrates eintritt und der Vorsitzende sich nicht ständig in Wien aufhält. Von der Systemisierung eines Dienstwagens für diese Zwecke wird daher derzeit abgesehen.

[3]) Hievon stehen 4 Fahrzeuge nur für offizielle repräsentative Zwecke der Bundesregierung zur Verfügung.

[4]) Ein Fahrzeug bei der Österreichischen Delegation bei der OECD in Paris. Hinsichtlich der Kategorie ist bei Anschaffungen jeweils vom Bundeskanzleramt das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen.

[5]) (frei).

[6]) Für die Landeshauptmänner (ohne Wien).

[7]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesministerium für Inneres	1	—	—	—
Flüchtlingslager Traiskirchen einschließlich Transitlager (Schubstation) und Auswanderungsstelle	—	2	1	1
Flüchtlingsheim Reichenau	—	1	—	—
Zusammen...	1	3	1	1

[8]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen
Flüchtlingsheilstätte Thalham	1	1
Fürsorgeheim Bad Kreuzen	1	1
Zusammen...	2	2

[9]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Universität Wien	—	1	2	—	—	2*)
Technische Hochschule Wien	1	1	2	—	—	—
Österreichisches Archäologisches Institut Athen	—	—	1	—	—	—
Atominstitut	—	—	1	—	—	—
Tierärztliche Hochschule Wien	—	—	1	—	—	2
Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der Tierärztlichen Hochschule	—	—	—	3	—	7
Hochschule für Bodenkultur Wien	—	—	1	—	1	—
Versuchsgut Großenzersdorf der Hochschule für Bodenkultur Wien	—	—	—	—	—	4
Hochschule für Welthandel	—	—	1	—	—	—
Technische Hochschule Graz	—	—	1	—	—	—
Montanistische Hochschule Leoben	—	—	3	—	—	—
Universität Graz	—	—	1	—	—	—
Universität Innsbruck	—	—	1	—	—	—
Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Linz	—	—	1	—	—	—
Universitätssternwarte	—	—	1	—	—	—
Zusammen...	1	2	17	3	1	15

*) Autobusse.

[10]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
I. Chirurgische Universitätsklinik der Universität Wien	—	1	—	—	—
Anatomisches Institut der Universität Wien	—	1	—	—	—
Archäologisches Institut der Universität Wien	—	—	—	—	4*)
Institut für Obst- und Gartenbau der Hochschule für Bodenkultur Wien	—	1	—	—	1*)
Institut für Waldbau der Hochschule für Bodenkultur Wien	1	—	—	—	—
Institut für mechanische Technologie II und Betriebstechnik der Technischen Hochschule Wien	1**)	—	—	—	—
Technische Versuchs- und Forschungsanstalt der Technischen Hochschule Wien	1	—	—	1	—
Technische Hochschule Graz	—	2	1	1	—
Universität Graz	—	1	—	—	—
Institut für Verbrennungskraftmaschinen	—	1	—	—	—
Zusammen...	3	7	1	2	5

*) Traktoren.
**) Dient auch als Unterrichtsbehelf.

[11]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Geologische Bundesanstalt	1	1
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	1	—
Zusammen...	2	1

[12]) Für die Österreichische Nationalbibliothek.

[13]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Bundessportschulen:	
Hintermoos	1
Obertraun	1
Schielleiten	1
Spitzerberg	2
Bundessportheime:	
Obergurgl	1
Faakersee	1
Bundesschullandheime:	
Josefsberg/Niederösterreich	1
Mariazell	1
Raach bei Gloggnitz	1
Radstadt	1
Sankt Christoph/Arlberg	1
Saalbach	1
Zusammen...	13

[14]) Für den Stadtschulrat Wien und für den Landesschulrat für Salzburg.

[15]) Für den bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten für Niederösterreich und für das Volksbildungsheim in St. Wolfgang je 1 Fahrzeug für betriebliche Zwecke.

[16]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Bundeserziehungsanstalten:	
Graz-Liebenau	1
Schloß Traunsee/Altmünster	1
Saalfelden	1
Zusammen...	3

[17]) 1 Fahrzeug für die Expositur des Bundeskonviktes Wien II und Wien XIII.

[18]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Omnibusse	Traktoren
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling	1	2*)	—	1
Höhere technische und Berufspädagogische Bundeslehranstalt Wien IX	1*)	1	1	—
Bundesfachschule für Holzbearbeitung Hallstatt	1	—	—	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Krems	—	1*)	1	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Salzburg	—	1*)	—	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Steyr	2	1*)	—	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Graz	—	1*)	—	—
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck	1*)	—	—	—
Bundesfachschule für Textilindustrie Dornbirn	1	—	—	—
Fachschule für Technik Wien	1	—	—	—
Zusammen...	8	7	2	1

*) Dient auch als Unterrichtsbehelf.

[19]) Bundesfachschule für wirtschaftliche Frauenberufe Türnitz.

[20]) Für die Expositur des Bundeskonviktes der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Krems.

[21]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen
Kunsthistorisches Museum	1	1
Naturhistorisches Museum	1	—
Graphische Sammlung Albertina	1	—
Zusammen...	3	1

[22]) (frei).

[23]) Für die Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien.

[24]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

Österreichisches Kulturinstitut in	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder bis einschl. 125 ccm
London	1	—	—
Rom	—	1	1
Kairo	—	2	—
Warschau	1	—	—
Zusammen...	2	3	1

[25]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Spezialfahrzeuge
Bereich Landesarbeitsamt Wien	1	4	1
„ „ Niederösterreich	1	36	1
„ „ Oberösterreich	1	23	1
„ „ Salzburg	1	7	—
„ „ Tirol	1	10	—
„ „ Vorarlberg	—	2	1
„ „ Steiermark	1	22	1
„ „ Kärnten	1	10	—
„ „ Burgenland	—	8	1
Zusammen...	7	122	6

[26]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

		Spezialfahrzeuge	
	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Laboratoriumswagen	Sonstige
Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalt:			
Wien	1	1	—
Linz	—	1	—
Klagenfurt	—	1*)	—
Innsbruck	—	1*)	—
Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen	—	—	1
Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung:			
Wien	—	—	1
Graz	—	1*)	—
Innsbruck	1	—	—
Zusammen...	2	5	2

*) Diese Fahrzeuge werden im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.

[27]) 3 Fahrzeuge für die Arbeitsinspektion Wien und je 1 Fahrzeug für die Arbeitsinspektorate in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck, Bregenz und Eisenstadt.

[28]) Diese 3 Fahrzeuge dienen auch für offizielle Repräsentationszwecke.

[29]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt: je 1 Fahrzeug für die diplomatischen Vertretungsbehörden in Addis Abeba, Algier, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogota, Bonn, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, New Delhi, Den Haag, Djakarta, Djidda, Dublin, Helsinki, Kabul, Kairo, Karachi, Kopenhagen, Lagos, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Mexiko, Moskau, Nairobi, Oslo, Ottawa, Paris, Prag, Pretoria, Rabat, Rio de Janeiro, Rom, Rom-Vatikan, Santiago de Chile, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Tunis, Warschau, Washington und 1 Fahrzeug für die Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York. Ferner je 1 Fahrzeug für die Ständige Delegation Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf sowie für die Vertretung Österreichs beim Europarat in Straßburg, 1 Fahrzeug für die Österreichische Delegation in Berlin, 1 Fahrzeug für das österreichische Generalkonsulat in Hongkong und 1 Fahrzeug für eine weitere Vertretungsbehörde. Hinsichtlich der Kategorie ist bei Anschaffungen jeweils vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen.

[30]) Für die Botschaft in Moskau.

[31]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Oberlandesgerichte: Wien	1	1	2
Graz	—	1	1
Linz	—	1	1
Innsbruck	—	1	1
Gerichtshöfe I. Instanz:			
Landesgerichte für Zivilrechtssachen: Wien	—	1	—
Graz	—	1	—
Landesgerichte für Strafsachen: Wien	—	1	—
Graz	—	1	—
Übrige Landesgerichte in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck, Feldkirch und Eisenstadt je 1 Personenkraftwagen	—	6	—
Jugendgerichtshof Wien	1	—	1
Kreisgerichte in St. Pölten, Wiener Neustadt, Leoben, Korneuburg, Krems, Wels, Ried im Innkreis und Steyr je 1 Personenkraftwagen	8	—	—
Zusammen...	10	14	6

[32]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Lastkraftwagen	Gefangenentransportwagen	Schneeräumgeräte
12 Gerichtshofgefängnisse (Wien I und II, Wr. Neustadt, St. Pölten, Graz, Klagenfurt, Leoben, Linz, Salzburg, Wels, Innsbruck, Feldkirch, Eisenstadt, Krems)	19	1	6	1	1
Strafanstalten: (Stein, Garsten, Graz, Schwarzau, Gerasdorf)	6	—	5	—	—
Sonderanstalt Mittersteig	1	—	—	—	—
Arbeitshäuser: (Suben, Göllersdorf, Lankowitz)	3	—	2	—	—
Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige in Kaiser-Ebersdorf	1	—	1	—	—
Zusammen...	30	1	14	1	1

[33]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie 0	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Traktoren
Ökonomien:						
Schwarzau	—	—	1	—	—	3
Gerasdorf	—	—	—	1	—	1
Rottenstein	1	—	—	—	—	3
Erlenhof	—	—	—	—	—	1
Gurhof und Mautern	—	—	—	—	—	2
Münchendorf	—	1	—	1	—	4
Eder- und Karlgut	—	—	—	—	—	1
Sonnberg	—	—	—	—	—	1
Lankowitz	—	—	—	—	—	2
Göllersdorf	—	—	—	—	—	1
Unterstrassergut	—	—	—	—	—	1
Fürtrag...	1	1	1	2	—	20

	Personenkraftwagen Kategorie 0	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Traktoren
Übertrag...	1	1	1	2	—	20
Arbeitsbetriebe:						
Ziegelwerk Innsbruck	—	—	—	—	2	1
Lager Asten	—	—	—	—	1	1
Stein	—	—	—	—	1	—
Hirtenberg	—	1	—	—	—	—
Zusammen...	1	2	1	2	4	22

[34]) Im Sinne der Ermächtigung der Ziffer 1 Abs. 2 des „Allgemeinen Teiles" (Seite 320) können im Jahre 1968 an Stelle von 160 militärischen Führungsfahrzeugen auch handelsübliche Kraftfahrzeuge eingestellt werden.

[35]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen der Kategorie 0	Personenkraftwagen der Kategorie I	Personenkraftwagen der Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Zollwachegeneralinspektorat	—	—	—	150	—	2	8
Finanzlandesdirektion für:							
Wien, Niederösterreich und Burgenland	9	10	1	38	—	2	—
Oberösterreich	—	—	1	20	1	1	—
Salzburg	—	3	1	5	—	1	—
Steiermark	—	7	2	22	—	1	—
Kärnten	—	9	1	3	—	1	—
Tirol	—	2	1	9	—	1	—
Vorarlberg	—	4	1	3	—	—	—
Zusammen...	9	35	8	250	1	9	8

[36]) Außer den für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft systemisierten Fahrzeugen sind im Bereich der Ämter der Landesregierungen die nachstehend angeführten bundeseigenen Fahrzeuge eingesetzt, deren Aufwand von den Ländern getragen wird und die gemäß Abs. 3 der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles" (siehe Seite 320) nicht systemisiert wurden:

Für Zwecke der agrarischen Operationen:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Amt der Landesregierung für:	
Burgenland	1
Steiermark	2
Tirol	2
Zusammen...	5

Für den forstpolitischen Dienst:	Personenkraftwagen Kategorie I
Landesforstinspektion für:	
Oberösterreich	4
Steiermark	5
Burgenland	1
Tirol	6
Kärnten	4
Zusammen...	20

Für den hydrographischen Dienst:	Spezialfahrzeuge
Amt der Landesregierung für:	
Kärnten	1
Niederösterreich	1
Salzburg	1
Steiermark	1
Tirol	1
Oberösterreich	1
Zusammen...	6

[37]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum in Weinzierl	1	—	—	1
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg	2	—	1	4
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Sitzenberg	1	1	—	1
Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels	3	—	—	2
Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen in Wien Ober-St. Veit	2	—	—	—
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für ländliche Hauswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb	1	—	—	2
Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Bienenkunde in Wien	2	—	—	—
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien	1	1	—	—
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Elmberg/Oberösterreich	1	—	—	1
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe Marsonerhof in Kematen/Tirol	1	—	—	2
Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Ursprung/Elixhausen	1	—	—	3
Zusammen...	16	2	1	18

[38]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Landwirtschaftlich-chemische Bundes-Versuchsanstalt in Wien	1	5	1	3
Landwirtschaftlich-chemische Bundes-Versuchsanstalt in Linz	—	3	—	—
Bundesanstalt für Pflanzenbau und Samenprüfung in Wien	—	7	1	7*)
Bundesanstalt für Pflanzenschutz in Wien	1	2	1	2
Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein mit Wirtschaftsbetrieb	—	4	1	5*)
Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg	1	3	—	7*)
Zusammen...	3	24	4	24

*) Traktoren.

[39]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Bundesförsterschule in Ort/Gmunden	1
Bundesförsterschule in Bruck an der Mur	1
Bundesförsterschule in Waidhofen an der Ybbs	1
Bundesförsterschule Gainfarn	4
Zusammen...	7

[40]) leer.

[41]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Milchwirtschaft in Wolfpassing mit Molkerei- und Wirtschaftsbetrieb	1	1	1	—	6*)
Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Hartkäserei in Rotholz mit Sennerei- und Molkereibetrieb	—	1	—	2	—
Zusammen...	1	2	1	2	6

*) Traktoren.

[42]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Spezialfahrzeuge	
			Traktoren	Sonstige
Bundesgestüt Piber	1	1	7	—
Bundeshengstenstallamt Stadl	—	—	—	1
Zusammen...	1	1	7	1

[43]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Last-kraftwagen	Spezial-fahrzeuge
Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Wien-Mödling	1	1	—
Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf	1	4	1
Bundesanstalt für veterinär-medizinische Untersuchungen in:			
Graz	1	1	—
Linz	1	—	—
Innsbruck	—	—	1
Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere in Wels	2	—	—
Zusammen...	6	6	2

[44]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Spezial-fahrzeuge
Bundesversuchsanstalt für Kulturtechnik und technische Bodenkunde in Petzenkirchen	1	1
Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung in Wien	1	1
Zusammen...	2	2

[45]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen-kraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Forstliche Ausbildungsstätte in:		
Ossiach	1	2
Ort/Gmunden	—	1
Waidhofen an der Ybbs	—	1
Zusammen...	1	4

[46]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Krafträder bis einschl. 125 ccm
Forsttechnische Abteilungen für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion für:			
Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien	1	—	—
Oberösterreich in Linz	1	2	2
Salzburg in Salzburg	1	—	—
Steiermark in Graz	1	—	1
Kärnten in Villach	1	—	—
Tirol in Innsbruck	1	—	—
Vorarlberg in Bregenz	1	—	—
Zusammen...	7	2	3

[47]) Je 1 Personenkraftwagen für die Tätigkeitsgebiete:
I (Wien 1., 6., 7., 8. und 9. Bezirk sowie die politischen Bezirke Hollabrunn, Korneuburg und Mistelbach).
II (Wien 2., 11., 20., 21. und 22. Bezirk sowie die politischen Bezirke Bruck a. d. Leitha, Gänserndorf und ein Teil des politischen Bezirkes Wien-Umgebung).
III (Wien 16. bis 19. Bezirk, die Großgemeinde Klosterneuburg sowie die politischen Bezirke Gmünd, Horn, Krems [Stadt und Land], Tulln, Waidhofen a. d. Thaya und Zwettl).

[48]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Traktoren
Verwaltung der Bundesgärten in Wien-Schönbrunn	1	2	5	4
Verwaltung der Bundesgärten in Innsbruck	—	1	2	1
Zusammen	1	3	7	5

[49]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Traktoren
Bundesversuchswirtschaft Wieselburg an der Erlauf	2	—	1	1	20
Bundesversuchswirtschaft Fuchsenbigl im Marchfeld	1	—	1	—	14
Bundesgut Königshof bei Bruck an der Leitha	3	4	—	2	22
Bundesgut Fohlenhof bei Wr. Neustadt	—	—	—	—	4
Zusammen	6	4	2	3	60

[50]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge: Traktoren	Spezialfahrzeuge: Sonstige
Bundeslehr- und Versuchsforst in Merkenstein	1	1	1	2	—	2
Bundeslehr- und Versuchsforst Lahnhube	1	1	—	—	—	1
Bundeslehr- und Versuchsforst Ulmerfeld	—	1	—	—	—	1
Bundeslehr- und Versuchsforst Kollerhube	—	—	—	—	—	1
Zusammen	2	3	1	2	—	5

[51]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge: Traktoren	Spezialfahrzeuge: Sonstige
Bundesforstgärten:					
Niederösterreich	2	1	1	2	3
Salzburg	1	1	—	1	—
Kärnten	3	—	1	2	3
Zusammen	6	2	2	5	6

[52]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge: Traktoren	Spezialfahrzeuge: Sonstige
Forsttechnische Abteilungen für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion für:				
Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien	5	4	3	2
Oberösterreich in Linz	8	6	1	8
Salzburg in Salzburg	16	5	—	3
Steiermark in Graz	14	7	—	2
Kärnten in Villach	18	6	—	7
Tirol in Innsbruck	22	9	—	6
Vorarlberg in Bregenz	10	1	1	2
Bauhöfe für Schutz- und Regulierungsbauten (Grenzgewässer)	4	2	—	1
Zusammen	97	40	5	31

Außer diesen für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft systemisierten Fahrzeugen sind bei den Ämtern der Landesregierungen und bei den Landwirtschaftskammern die nachstehend angeführten bundeseigenen Fahrzeuge eingesetzt, deren Aufwand von diesen Stellen getragen wird und die gemäß Absatz 3 der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles" (siehe Seite 320) nicht systemisiert wurden.

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge: Traktoren	Spezialfahrzeuge: Sonstige
Bauhöfe für Forstaufschließungsbauten bei den Landesforstinspektionen für: *)						
Niederösterreich	1	—	—	—	4	—
Salzburg	1	—	—	—	—	—
Tirol	3	—	—	—	—	—
Steiermark	3	—	—	—	—	—
Zusammen...	8	—	—	—	4	—
Bauhöfe für Forstaufschließungsbauten bei den Landwirtschaftskammern für: *)						
Kärnten	2	—	—	1	—	—
Salzburg	1	—	—	1	—	—
Zusammen...	3	—	—	2	—	—
Bauhöfe für Schutz- und Regulierungsbauten bei den Ämtern der Landesregierung für: *)						
Burgenland	1	—	—	1	—	—
Kärnten	5	2	2	6	1	—
Oberösterreich	7	—	—	6	—	2
Salzburg	8	1	2	6	—	—
Steiermark	4	—	—	5	1	—
Tirol	5	—	—	6	—	2
Zusammen...	30	3	4	30	2	4
Gesamtsumme...	41	3	4	32	6	4
					10	

*) Diese Bauhöfe stehen in der Verwaltung der Länder bzw. Landwirtschaftskammern, die auch die Betriebskosten in ihrer Gebarung ausweisen. Hingegen erfolgen die Wiederanschaffungen aus den Amortisationsquoten des Bundes.

[53]) Dieser Kraftwagen ist im Falle der Auflösung der Außenstelle einzuziehen.

[54]) Je ein Personenkraftwagen der Kategorie I für die Berghauptmannschaften Wien I, Wien II, Graz, Leoben, Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck sowie ein Personenkraftwagen der Kategorie II für die Berghauptmannschaft Wien II.

[54a]) Im BVA. 1967 beim Ansatz 64041, ab BVA. 1968 beim Ansatz 63401 als „Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge" veranschlagt bzw. systemisiert.

[55]) Die systemisierten Fahrzeuge, deren Aufwand die Budgetmittel belastet, verteilen sich wie folgt:

Bundesstraßenverwaltungen:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge (Zugmaschinen)	Selbstfahrende Spezial-Schneeräumgeräte
Burgenland	4	—	35	2	3
Kärnten	38	3	94	20	10
Niederösterreich	15	—	150	5	24
Oberösterreich	19	—	93	28	5
Salzburg	9	—	34	4	7
Steiermark	24	—	106	9	14
Tirol	37	—	65	20	26
Vorarlberg	—	—	12	5	13
Zusammen...	146	3	589	93	102
				195	

Außerdem sind im Bereiche der Bundesstraßenverwaltung folgende bundeseigene Fahrzeuge vorhanden, deren Aufwand von den Ländern getragen wird und die gemäß Absatz 3 der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles" (siehe Seite 320) nicht systemisiert wurden:

Bundesstraßenverwaltungen:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Krafträder bis einschl. 125 ccm
Burgenland	—	—	—
Kärnten	—	1	1
Niederösterreich	—	—	—
Oberösterreich	—	—	—
Salzburg	—	—	1
Steiermark	—	—	1
Tirol	2	1	—
Vorarlberg	—	—	—
Zusammen...	2	2	3

[56]) Die systemisierten Fahrzeuge, deren Aufwand die Budgetmittel belastet, verteilen sich wie folgt:

Bundesstraßenverwaltungen:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Last-kraftwagen	Spezial-fahrzeuge
Niederösterreich	20	—	41	11
Oberösterreich	10	3	22	7
Salzburg	3	—	9	2
Tirol	2	—	6	1
Zusammen ...	35	3	78	21

[57]) Außerdem sind im Bereiche der Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen) folgende bundeseigene Fahrzeuge vorhanden, die vor dem Inkrafttreten des Finanzausgleichsgesetzes 1967 am 1. Jänner 1967 für Projektierung und Bauleitung angeschafft wurden, deren Aufwand von den Ländern getragen wird und die gemäß Absatz 3 der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles" (siehe Seite 320) nicht systemisiert wurden:

	Personen-kraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen	Spezial-fahrzeuge
Gesamtes Bundesgebiet	50	30	25	21

[58]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt: *)

	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiwagen
Bundesstrombauamt und Betriebsbauleitung in Wien	2	1	2
Strombauleitung Aschach	—	2	1
„ Linz	—	1	—
„ Grein	—	1	1
„ Ybbs	—	1	—
„ Krems	—	1	1
„ Greifenstein	—	1	—
„ Deutsch-Altenburg	—	1	—
Marchbauleitung	—	2	1
Zusammen ...	2	11	6

*) Siehe auch Fußnote [59]).

[59]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt: *)

	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesstrombauamt und Betriebsbauleitung in Wien	3	—
Strombauleitung Aschach	2	1
„ Linz	1	—
„ Grein	—	—
„ Ybbs	1	1
„ Krems	1	—
„ Greifenstein	2	—
„ Deutsch-Altenburg	3	—
Marchbauleitung	—	1
Zusammen...	13	3

*) Siehe auch Fußnote [58]).

[60]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie 0	Kategorie I	Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesgebäudeverwaltung I Wien	—	2	2	4	—	—	8	—
Bundesgebäudeverwaltung II:								
Wien	3	1	1	10	—	5	7	1
Linz	1	—	—	6	—	1	2	—
Salzburg	1	1	1	7	—	1	3	—
Graz	1	1	1	3	1	—	1	1
Klagenfurt	1	2	—	3	—	1	2	—
Innsbruck	—	2	—	3	—	1	2	1
Schloßhauptmannschaft Schönbrunn	—	—	—	2	—	2	—	1
Burghauptmannschaft Wien	—	—	—	—	—	—	—	1
Zusammen...	7	9	5	38	1	11	25	5

[61]) Für das Kurhaus Semmering.

[62]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, Gruppe Eichwesen	1	2	1	9
Eichamt Wien	—	1	—	2
Eichämter Niederösterreich	—	1	3	—
Eichämter Oberösterreich	—	—	2	4
Eichämter Salzburg	—	—	1	1
Eichämter Tirol/Vorarlberg	—	1	1	1
Eichämter Steiermark	—	—	2	1
Eichämter Kärnten	—	—	1	1
Zusammen...	1	5	11	19

[63]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:				
Präsidium	1	1	—	—
Gruppe K:				
Leitung	1	—	—	—
Abteilung K 1	—	15	2	—
„ K 2	—	1	—	—
„ K 3	—	5	—	—
„ K 4	—	—	—	1
„ K 9	—	1	—	—
Inspektorat für Niederösterreich und Burgenland	—	3	—	—
Inspektorat für Oberösterreich und Salzburg	—	3	—	—
Inspektorat für Steiermark und Kärnten	—	3	—	—
Inspektorat für Tirol und Vorarlberg	—	2	—	—
Gruppe L:				
Leitung	1	—	—	—
Abteilung L A	—	—	1	—
„ L 1	—	5	—	—
„ L 2	—	2	—	—
Zusammen...	3	41	3	1

[64]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Krafträder bis einschl. 125 ccm
Wien:	
Prater	1
Niederösterreich:	
Persenbeug	1
Oberösterreich:	
Linz	1
Zusammen...	3

[65]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesamt für Zivilluftfahrt	2	1	—	—	—
Flughafen in					
Schwechat (Wien)	—	7	1	1	9
Hörsching (Oberösterreich)	—	3	1	—	1
Salzburg (Salzburg)	—	3	1	—	1
Thalerhof (Steiermark)	—	2	1	—	2
Innsbruck-Kranebitten (Tirol)	—	3	1	—	1
Klagenfurt-Annabichl (Kärnten)	—	3	1	—	2
Zusammen...	2	22	6	1	16

[66]) Zugmaschinen.

[67]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I	Personenkraftwagen Kategorie II	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Traktoren	Elektrokarren
Generaldirektion	—	1	—	—	—	—	—
Salinenverwaltungen:							
Hallein	1	—	—	—	1	2	2
Bad Ischl	—	—	—	1	1	—	—
Bad Aussee	—	—	1	1	5	1	—
Hallstatt	—	—	—	—	4	2	1
Hall/Tirol	—	—	—	—	4	—	—
Ebensee	—	—	1	—	2	2	1
Zusammen...	1	1	2	2	17	7	4
							11

[68]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm mit Beiw.	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Forstbetriebe:							
Generaldirektion	8	2	—	2	1	—	—
Forstverwaltungen in							
Wien	—	3	—	—	—	13	5
Niederösterreich	—	13	—	12	5	5	35
Burgenland	—	1	—	2	—	—	—
Oberösterreich	—	20	1	13	5	40	40
Salzburg	—	20	—	13	2	5	10
Steiermark	—	20	—	14	6	14	44
Kärnten	—	4	—	—	—	—	3
Tirol	—	18	—	10	1	3	17
Vorarlberg	—	1	—	—	—	—	—
Sägewerk in Neuberg	—	1	—	—	—	4	1
Waidhofen	—	1	—	—	1	—	2
Gußwerk	—	1	—	—	—	4	2
Summe (Forstbetriebe) ...	8	105	1	66	21	88	159
Kurhaus Goisern	—	—	—	—	—	—	4
Zusammen ...	8	105	1	66	21	88	163*)

*) Hievon 28 Großschlepper, 32 Unimog, 61 VW-Autobusse, 42 Traktoren.

[69]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie 0	I	II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm mit Beiw.	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Direktionsbereich Wien	4	2	2	581	8	27	305	86	695
„ Linz	4	3	1	308	1	16	108	48	430
„ Graz	3	2	1	309	14	76	159	45	387
„ Klagenfurt	4	1	2	184	—	17	132	28	330
„ Innsbruck	3	2	1	223	—	10	16	46	428
Inspektoratsbereich Salzburg	2	1	—	161	—	12	32	32	265
Zusammen...	20	11	7	1.766	23	158	752	285*)	2.535**)

*) Ohne Zugmaschinen und Tankwagen.
**) Hievon 1758 Omnibusse, 487 Paketkraftwagen, 27 Zugmaschinen, 17 Tankwagen, 117 Elektrokarren, 44 Dieselkarren und 85 Lastkraftwagen mit Spezialaufbau.

[70]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie 0	I	II	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Krafträder über 125 ccm mit Beiw.	Krafträder über 125 ccm ohne Beiw.	Krafträder bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Ämter und Außendienststellen der Generaldirektion	—	2	1	29	—	1	2	14	27
Bundesbahndirektion Wien	1	1	2	1	—	—	—	1	—
Außendienststellen der BB.-Dion Wien	—	—	—	17	—	—	1	1	10
Bundesbahndirektion Linz	—	—	2	—	—	—	—	—	—
Außendienststellen der BB.-Dion Linz	1	—	—	10	—	1	—	3	9
Bundesbahndirektion Innsbruck	1	—	2	—	—	—	—	—	—
Außendienststellen der BB.-Dion Innsbruck	—	—	—	6	—	—	—	1	9
Bundesbahndirektion Villach	2	—	2	1	—	—	—	—	—
Außendienststellen der BB.-Dion Villach	—	—	—	11	1	—	—	1	2
Elektrodienst	—	1	1	—	—	—	—	—	—
Außendienststellen des Elektro-Betriebsdienstes	2	5	—	60	1	1	2	9	18
Außendienststellen des Elektro-Baudienstes *).	—	1	—	14	—	—	—	4	—
Kraftwagendienst	—	3	1	1	—	—	—	—	2
Außendienststellen des Kraftwagendienstes	—	11	—	15	—	—	1	91	680
Werkstätte und Unfallreserve	—	3	1	4	—	—	—	2	—
Zusammen...	7	27	12	169 ***)	2	3	6	127	757**)

*) Systemisierung nur für die Dauer der Elektrifizierung.
**) Hievon 45 Zugmaschinen, 634 Omnibusse, 21 Dieselkarren, 25 E-Karren und 32 Sonderfahrzeuge.
***) Hievon 7 Fahrzeuge für Zivilschutz.

Anmerkungen

zum Verzeichnis der systemisierten Luftfahrzeuge

[1]) Sitzplatzklassen: a = einsitzige Segelflugzeuge
b = zweisitzige Segelflugzeuge.

[2]) Gewichtsklassen gemäß § 4 Abs. 3 lit. a der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV.), BGBl. Nr. 219/1958:
einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2000 kg (Gewichtsklasse A),
einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2000 kg bis 5700 kg (Gewichtsklasse B),
mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5700 kg (Gewichtsklasse C),
ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5700 kg bis 14.000 kg (Gewichtsklasse D),
mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14.000 kg bis 20.000 kg (Gewichtsklasse E) und
mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20.000 kg (Gewichtsklasse F).

[3]) Zweisitzige Flugzeuge.

[4]) Für die Bundessportschule Spitzerberg.

zum Verzeichnis der systemisierten Wasserfahrzeuge

[1]) Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM*)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prahme, Plätten	222
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord-Motorboote Außenbord-Motorboote	Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Verwaltung der beweglichen Sachen bei Bundesdienststellen (Inventar- und Materialrichtlinien).

[2]) Strom- und Seepolizei.

[3]) Der Einsatz dieser Fahrzeuge erfolgt auf Flüssen und Seen.

[4]) Für die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

[5]) Für die Bundesfachschule für Holzbearbeitung in Hallstatt.

[6]) Die Fahrzeuge unterstehen dem Zollwachegeneralinspektorat im Bundesministerium für Finanzen.

[7]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Spezialwasserfahrzeuge			Motorboote (Innenbord)	Boote mit Außenbordmotor
	Zugschiffe		Bagger		
	unter 200 PS	über 200 PS			
Donau	16	6 *)	11 **)	—	24
March—Thaya	3	—	—	1 ***)	—
Zusammen...	19	6	11	1	24

*) 5 Schleppschiffe und 1 Steintransportschiff.

**) Großbagger (Selbstfahrer) 2
Schutenentleerer (Selbstfahrer) 2
Kleinbagger 7

***) Bereisungsboot.

[8]) 9 Schleppschiffe und 7 Sturmboote. Außerdem 11 Prahmen (Anlegepontons) und 8 Schleppboote (Ankerplätten).

Zu 630 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

Erläuterungen

zum

Bundesfinanzgesetz

1968

Wien 1968
Österreichische Staatsdruckerei

9132 67

Inhalt

Seite

Abschnitt I: Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich:

Entwicklung im Jahre 1967 . . . . . 6— 8
Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Jahres 1967 . . . . . 8—10
Vorschau auf 1968 . . . . . 10—11
Ziele der künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik . . . . . 11—12

Abschnitt II: Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte (1959 bis 1968) . . . . . 13—14
Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften und des Bundes (1959 bis 1966) . . . . 14—15
Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors (1959 bis 1968) . . . . . 15—16
Volkseinkommen, Brutto-Nationalprodukt, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1959 bis 1968) . . . . . 16—18
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1959 bis 1968) . 19—21
Öffentliche Vermögensrechnung (1959 bis 1968) . . . . . 21—22
Bruttoinvestitionen (1959 bis 1968) . . . . . 22—23
Öffentliches Sparen (1959 bis 1966) 23

Abschnitt III: Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesvoranschlag 24
Bundesrechnungsabschluß 24

Abschnitt IV: Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushalts- und Anlehensgebarung, Ordentliche und außerordentliche Gebarung . . . . . 25—26
Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967 . . . . . 26—27
Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes 27
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen) . . . . . 27—28
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) . . . . . 28—31
Neuer Kontenplan für die Bundesverwaltung . . . . . 31—32
Laufende Gebarung und Vermögensgebarung 32
Betriebsähnliche Verwaltungszweige 32
Mehrjährige Vorhaben . . . . . 32—33
Zweckgebundene Einnahmen 33
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 33
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe 33
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte) 33
Ausländische Zahlungsmittel 34

Abschnitt V: Bundesgebarung der Vorjahre:

Gebarung 1945 bis 1968 . . . . . 35—36
Rechnungsabschluß 1966 . . . . . 36—38
Voranschlag 1967 . . . . . 38—39

Abschnitt Va: Budgetvorschau für die Jahre 1967 bis 1970 . . . . . 40—41

Abschnitt Vb: Aufwendungen des Bundes für soziale Wohlfahrt:

Ausgaben für „Soziale Wohlfahrt" 42
Verteilung der Aufwendungen 42
Finanzierung . . . . . 42—43
Die Aufwendungen im einzelnen (Sozialversicherung, Familienlastenausgleich, Kriegsopferversorgung, Heeres- und Opferfürsorge) . . . . . 43—47

Abschnitt Vc: Die österreichische Finanzschuld und deren Struktur:

Allgemeines 48
Kreditoperationen im Jahre 1966 49
Struktur und Entwicklung der österreichischen Finanzschuld . . . . . 50—52

Abschnitt VI: Bundeshaushaltsrecht und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 . . . . . 53—54

Abschnitt VII: Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1968:

Hauptüberblick 1968, Steigerungssätze und Aufgabenstellung . . . . . 55—57
Änderungen in der Höhe der Gebarungsgruppen (1968 gegenüber 1967) . . . . . 58—60
Gebarungsunterschiede (1968 gegenüber 1967) . . . . . 61—62
Laufende Gebarung und Vermögensgebarung (1968) 62
Starrheit des Bundeshaushaltes (1966 bis 1968) 63
Investitionen und Investitionsförderung (1966 bis 1968) 64
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1967 und 1968) . . . . . 65—66
Bereinigte Budgetgebarung (1966 bis 1968) . . . . . 66—68

Abschnitt VIII: Erläuterungen der Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes 1968 sowie Vergleiche mit den Gebarungsziffern der Jahre 1967 und 1966:

Seite

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei 69
„ 02: Bundesgesetzgebung 70
„ 03: Verfassungsgerichtshof 71
„ 04: Verwaltungsgerichtshof 72
„ 06: Rechnungshof 73
„ 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen . . . . . 74— 76
„ 11: Inneres . . . . . 77— 81
„ 12: Unterricht . . . . . 82—107
Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer (Beitrag der Unterrichtsverwaltung) 89
„ 13: Kunst . . . . . 108—115
„ 14: Kultus 116
„ 15: Soziales . . . . . 117—130
„ 16: Sozialversicherung . . . . . 131—134
„ 20: Äußeres . . . . . 135—137
„ 30: Justiz . . . . . 138—141
„ 40: Militärische Angelegenheiten . . . . . 142—145
„ 50: Finanzverwaltung . . . . . 146—155
„ 51: Kassenverwaltung . . . . . 156—159
„ 52: Öffentliche Abgaben; sachlicher Überblick (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis u. ä.) 160—170
Öffentliche Abgaben (Allgemeines) . . . . . 171—175
Übersicht über die im Budget 1968 veranschlagten Ertragsanteile . . . . . 175—176
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes (1937, 1958 bis 1968) . . . . . 177—181
„ 53: Finanzausgleich . . . . . 182—186
„ 54: Bundesvermögen (Allgemeines) . . . . . 187—203
Kapitalsbeteiligungen des Bundes im Jahre 1966 . . . . . 191—192
Erträge der Anteilsrechte des Bundes im Jahre 1966 . . . . . 192—193
Kapitalsbeteiligungen des Bundes (Nominalwert, Reinvermögen—1966) 194
Bundesdarlehen (Veränderungen im Jahre 1966) . . . . . 196—197
Haftungen des Bundes . . . . . 199—202
„ 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines) . . . . . 204—206
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien (1962 bis 1966 und 1968) 206
„ 56: Familienlastenausgleich . . . . . 207—209
„ 57: Staatsvertrag . . . . . 210—213
„ 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines) . . . . . 214—235
Grüner Plan . . . . . 226—227
„ 62: Preisausgleiche (Preisstützungen) . . . . . 236—241
„ 63: Handel, Gewerbe, Industrie . . . . . 242—248
„ 64: Bauten und Technik (Allgemeines) . . . . . 249—276
Aufwendungen für den Ausbau der Bundesstraßen (1965 bis 1968) . . . . . 260—266
„ 65: Verkehr . . . . . 277—281
„ 66: Verstaatlichte Unternehmungen:
Allgemeines . . . . . 282—288
Investitionsfonds für verstaatliche Unternehmungen 288
Darlehensgebarung 289
„ 70: Staatsdruckerei 290
„ 71: Bundestheater 291
„ 72: Bundesapotheken 292
„ 73: Salz (Monopol) 293
„ 74: Glücksspiele (Monopol) 294
„ 75: Branntwein (Monopol) . . . . . 295—296
„ 76: Hauptmünzamt 297
„ 77: Österreichische Bundesforste . . . . . 298—301
„ 78: Post- und Telegraphenanstalt (Allgemeines) . . . . . 302—308
Fernsprechbetriebsinvestitionsgesetz 302, 308
„ 79: Österreichische Bundesbahnen . . . . . 309—312
„ 80: Postsparkassenamt . . . . . 313—314
„ 90} Finanzschuld (Allgemeines) . . . . . 315—321
„ 99} Entwicklung aller Finanzschulden der Republik Österreich (1956 bis 1967) . . . . . 322—328

Abschnitt I

Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

1. Entwicklung im Jahre 1967

Das Bruttonationalprodukt der österreichischen Wirtschaft erreichte 1966 260·5 Milliarden Schilling. Es war nominell um 8% und real (zu Preisen von 1954) um 4·3% höher als 1965. Das Wirtschaftswachstum war damit stärker als im Jahre 1965, in dem das Sozialprodukt real um 2·4% zugenommen hatte; es überschritt damit auch knapp den Durchschnittswert der Jahre 1960 bis 1966 von 4·2%. Der Leistungszuwachs war vor allem deshalb größer als 1965, weil die Landwirtschaft den witterungsbedingten Rückschlag teilweise aufholte. Ohne Land- und Forstwirtschaft wuchs das Bruttonationalprodukt 1966 real mit 4·2% etwa gleichstark wie 1965, obwohl verschiedene Zweige der gewerblichen Wirtschaft aus den günstigen Witterungsbedingungen und den reichen Ernten des Jahres 1966 Nutzen zogen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs unterschied sich 1966 damit vielfach von der erheblichen Konjunkturverflachung und teilweisen Wirtschaftsstagnation in verschiedenen westeuropäischen Ländern. Geht man von dem langfristigen Wachstumsziel der OECD aus, jährlich das Bruttonationalprodukt der Mitgliedstaaten um 4% auszuweiten, so lag der OECD-Durchschnitt 1965 mit 4·4% darüber, 1966 aber mit 3·8% darunter. In einigen OECD-Ländern kam es infolge des Konjunkturrückganges zu einer erheblichen Erhöhung der Arbeitslosenrate, zu bedeutenden Produktionseinschränkungen und zu sozialen und wirtschaftlichen Spannungen. Trotz der starken Außenwirtschaftsverflechtung Österreichs blieb unser Land von diesen wirtschaftlichen Folgen im wesentlichen verschont. Allerdings wirkte sich der internationale Konjunkturrückgang bereits im 2. Halbjahr 1966 in abgeschwächter Form auch auf das österreichische Wirtschaftswachstum aus.

Im Zeitpunkt der Budgeterstellung 1967 war eine verläßliche Konjunkturprognose für 1967 außerordentlich schwierig. Die Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung konnte keine eindeutigen Hinweise auf eine grundlegende Änderung der internationalen Konjunktur aufzeigen. Die Prognose basierte entsprechend dem mittelfristigen Trend des potentiellen Wachstums auf einer realen Wachstumsrate von etwa 4% und einer nominellen Zunahme um 8%. Angesichts der ungewissen allgemeinen Konjunkturlage wurde daher bewußt ein wachstumsförderndes Budget für das Jahr 1967 erstellt, das insbesondere durch Verminderung öffentlicher Konsumausgaben und durch Tariferhöhungen bei Bahn und Post eine 22%ige Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Investitionen und für investitionsfördernde Maßnahmen vorsah. Dieser Investitionsstoß aus dem Budget 1967, der ungeachtet der erheblich verringerten Einnahmen das ganze Jahr aufrechterhalten wurde, konnte die Konjunkturabschwächung im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich mildern.

Nach der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu schließen, wird das Jahr 1967 in Westeuropa das zweite Jahr relativ langsamen Wirtschaftswachstums sein. Dabei weisen die einzelnen OECD-Mitgliedstaaten beträchtliche Unterschiede in den Wachstumsraten auf. In der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien lag die industrielle Produktion im 1. Halbjahr 1967 rund 2% bzw. 5% unter der von 1966. In Belgien, Frankreich und den Niederlanden betrug die Wachstumsrate zur Jahresmitte 1967 etwa 1% bis 1·5%. Eine Ausnahme bilden lediglich Italien und Norwegen mit weit höheren Zuwachsraten (9·5% bzw. 5·5%).

Im 1. Halbjahr 1967 trat auch in Österreich deutlich eine Konjunkturverflachung ein. Die bei der Budgeterstellung 1967 erwartete Wachstumsrate von 4% konnte daher nicht erreicht werden. Die österreichische Wirtschaft befindet sich, ähnlich wie die Wirtschaft der meisten westlichen Länder, seit Monaten in einem Wellental der Konjunktur. Durch die Konjunkturabschwächung, die zunehmende Diskriminierung der österreichischen Exporte auf den ausländischen Märkten und die seit einigen Jahren im Vergleich zu anderen Ländern rascher steigenden Produktionskosten traten bisher verdeckte Strukturschwächen in wichtigen Bereichen der österreichischen Wirtschaft zutage. Dagegen hielten sich die Exporte

trotz der abgeschwächten Konjunktur im Ausland verhältnismäßig gut. Im Fremdenverkehr trat dagegen ein Rückschlag ein. Die mäßige Binnenkonjunktur führte zu einer Stagnation der Importe, wodurch sich insgesamt das Handelsbilanzpassivum im 1. Halbjahr um 1·4 Milliarden Schilling verminderte. Auf dem Arbeitsmarkt machte sich bisher die Konjunkturabschwächung nicht besonders bemerkbar. Vor allem in der Hochsaison waren die Arbeitskräfte knapp, sodaß die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte gegenüber 1966 um mehr als ein Viertel anstieg. Die Arbeitslosenrate dürfte 1967 mit etwa 2·6% den Stand des Jahres 1966 nicht überschreiten. Die Masseneinkommen waren im 1. Halbjahr netto um 9% höher als im Vorjahr.

Die Ausrüstungsinvestitionen lagen im 1. Halbjahr um 1·8% über dem Stand 1966, wobei hauptsächlich die beträchtlich vermehrten öffentlichen Aufträge belebend wirkten. Besonders deutlich war dies in den strukturell schwachen Bereichen der Elektro-, Fahrzeug- und Maschinenindustrie bemerkbar. In der Bauwirtschaft war im 1. Halbjahr 1967 die reale Leistung um 0·7% schwächer als ein Jahr vorher, doch dürfte im 2. Halbjahr 1967 eine erhebliche Verbesserung der Baukonjunktur zu erwarten sein. Für den privaten Konsum wurde für 1967 insgesamt mit einer Zuwachsrate von 3·5% gerechnet, das ist weniger als 1966. Teilweise ist dies eine Folge der Verringerung der Konsumausgaben durch den Abbau der Preisstützungen bei Brotgetreide und Milch ab 1. Jänner 1967. Im Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 1968 wurde insgesamt für das Jahr 1967 eine Wachstumsrate von real 2% erwartet.

2. Preise und Löhne

In vielen westlichen Industriestaaten hat im Jahre 1967 die Steigerungsrate für die Verbraucherpreise konjunkturbedingt erheblich nachgelassen. In Österreich, Italien, Norwegen, Schweden und der Schweiz liegen die Verbraucherpreise höher als 1966. In den ersten acht Monaten des Jahres 1967 lag der Verbraucherpreisindex um 3·9% über dem Vorjahrsstand. Die Preissteigerungsrate im Jahre 1967 entspricht damit fast der durchschnittlichen Jahrespreissteigerungsrate der Sechziger Jahre von 3·8%. Im Zusammenhang mit einer erheblichen Umschichtung des öffentlichen Konsums zugunsten der Finanzierung vermehrter öffentlicher Investitionen durch Erhöhungen der Bahn- und Posttarife, Telephongebühren sowie dem teilweisen Wegfall der Preisstützungen ergab sich eine Erhöhung des Verbraucherpreisindex um rund 1% zum Jahresbeginn 1967. Schaltet man diese Erhöhung aus, so betrug die Preissteigerungsrate ungefähr nur 2·9%. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Verbraucherpreise waren die Auswirkungen der Lohnwelle des Jahres 1966 und eine Erhöhung der Preise verschiedener amtlich preisgeregelter Waren im Zusammenhang mit dem Stützungsabbau und der Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe. Der Preisdruck bei den Importwaren konnte diese Steigerungen aber nicht kompensieren.

Die zunehmende Verwendung von Gasöl für private Heizzwecke ließ es auch im Interesse eines starken Absatzes der inländischen Gasölproduktion angezeigt erscheinen, durch eine kräftige Senkung der Bundesmineralölsteuer den Verbraucherpreis von Gasöl zu verbilligen. Dies erfolgte durch das Gasölverbilligungsgesetz. Außerdem hat das Bundesministerium für Finanzen zur Dämpfung saisonaler Preiserhöhungen bei Eiern und anderen Produkten zeitlich begrenzte Zollsenkungen auch im Jahre 1967 durchgeführt.

Die Masseneinkommen waren im 1. Halbjahr 1967 netto um 9% höher als im Vorjahr. Obwohl sich die Tarifpartner seit Jahresbeginn 1967 zurückhaltend zeigten, blieb die Lohnexpansion nur knapp unter der Rekordhöhe von 1966 von 9·5% und überstieg damit weit den Produktivitätszuwachs der Gesamtwirtschaft. Dadurch haben die Arbeitskosten weiter zugenommen. Nicht nur die Wettbewerbssituation vieler Branchen hat sich im In- und Ausland verschlechtert, sondern die verringerten Erträge beeinträchtigen vor allem die Investitionsfinanzierung in einer Zeit, in der die österreichische Wirtschaft rasch und gezielt umfangreiche Investitionen zur Rationalisierung ihrer Betriebe und zur Steigerung ihrer Produktivität vornehmen sollte, um auf dem Inlands- und Weltmarkt bestehen zu können.

3. Kredit und Währung

Die Entwicklung der österreichischen Zahlungsbilanz im Jahre 1966 war durch ein überaus starkes Anwachsen des Handelsbilanzdefizits gekennzeichnet. Demgegenüber hielten sich die Überschüsse der Dienstleistungsbilanz und der Bilanz der Unentgeltlichen Leistungen ungefähr auf dem Niveau der Jahre 1964 und 1965. Die Steigerungsrate der Nettoeinnahmen aus dem Fremdenverkehr, die in den Jahren 1964 und 1965 noch 22·8% bzw. 8·9% betragen hatte, verminderte sich im Jahre 1966 auf nur 1%. Das Defizit der Leistungsbilanz stieg demzufolge im Berichtsjahr auf 4·91 Milliarden Schilling, was gegenüber dem positiven Abschluß der Leistungsbilanz im Jahre 1965 besonders bemerkenswert war. Das Passivum des langfristigen Kapitalverkehrs von 1965 wandelte sich in einen Überschuß von 0·9 Milliarden Schilling. Insgesamt haben sich die gesamten Währungsreserven Österreichs 1966 nur um 1·74 Milliarden Schilling vermindert, weil die Entwicklung des kurzfristigen Kapitalverkehrs und die statistischen Differenzen beträchtlich aktivierend auf die Gesamtzahlungsbilanz wirkten.

Im Jahre 1967 erfuhr die Entwicklung der Zahlungsbilanz eine wesentliche Änderung. Bereits das 1. Halbjahr ließ deutlich eine erhebliche Aktivierungstendenz erkennen. Dieser Umschwung zeigt sich auffallend in der Handelsbilanz, deren Passivum konjunkturbedingt um rund 1·5 Milliarden Schilling zurückging. Diese starke Verminderung des Handelsbilanzdefizits resultiert aus einer Zunahme der Exporte um 7% und einer gleichzeitigen Stagnation der Importe, die gegenüber der Vergleichsperiode 1966 um 0·5% abgenommen haben. In der Dienstleistungsbilanz sind im 1. Halbjahr 1967 keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Der zweite entscheidende Faktor für die Umkehr in der österreichischen Zahlungsbilanzentwicklung liegt bei den Kapitalbewegungen. Infolge höherer Kreditaufnahmen im Ausland durch Bund, Industrie und sonstige Wirtschaftszweige ergab sich im 1. Halbjahr 1967 im langfristigen Kapitalverkehr ein Überschuß von 2·29 Milliarden Schilling, während im 1. Halbjahr 1966 ein Defizit von 162 Millionen Schilling ausgewiesen wurde. Erstmals seit dem Jahre 1964 gab es daher wiederum eine aktive Zahlungsbilanz. Bei Anhalten dieser Entwicklung ist für das gesamte Jahr 1967 mit einem Zahlungsbilanzüberschuß von etwa 2 Milliarden Schilling zu rechnen.

Die aktive Zahlungsbilanz führte zu einer erheblichen Liquiditätsverbesserung des inländischen Kreditapparates. Einen Teil dieser Liquiditätsvermehrung veranlagte der Kreditapparat kurzfristig im Ausland. Der Kreditbedarf der inländischen Wirtschaft konnte im wesentlichen ohne Schwierigkeiten bedeckt werden. Die Spar- und Termineinlagen haben im 1. Halbjahr 1967 um 4·35 Milliarden Schilling zugenommen, was jedoch eine etwas niedrigere Zuwachsrate gegenüber der vorjährigen Vergleichsperiode bedeutet. Die im 1. Halbjahr 1967 von der Oesterreichischen Nationalbank getroffenen geld- und kreditpolitischen Maßnahmen, wie die Senkung der Mindesteinlagensätze um einen Prozentpunkt, die Herabsetzung der Bankrate um 1/4%, Offenmarktoperationen und erleichterte Lombardkonditionen, haben die Liquidität des Kreditapparates verstärkt. Der Kreditapparat war daher in der Lage, relativ leicht Bundesschatzscheine und andere Wertpapiere öffentlicher Gebietskörperschaften zu übernehmen.

Im 1. Halbjahr 1967 wurden am inländischen Kapitalmarkt Anleihen im Gesamtnominale von 2·18 Milliarden Schilling zur Zeichnung aufgelegt, von denen 250 Millionen Schilling auf Fremdwährungsanleihen entfielen. Die Bruttoinanspruchnahme des Kapitalmarktes war nur um 177 Millionen Schilling höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den Emissionen wurden 55% von der Kundschaft des Kreditapparates aufgenommen. Die Kreditunternehmungen haben etwa 40% im Portefeuille behalten. Trotz der außerordentlich angespannten Finanzierung des Bundeshaushaltes hat damit der Bund auch im Jahre 1967 eine möglichst kapitalmarktschonende Staatsschuldenpolitik betrieben. Die Rücksichtnahme auf den hohen Finanzierungsbedarf der heimischen Wirtschaft legte es nahe, den Bedarf des Bundes an mittel- und langfristigen Mittel vorwiegend im Ausland zu decken. Der Bund hat im Jahre 1967 fast 2·2 Milliarden Schilling aus dem Ausland hereingenommen und damit erheblich zur Aktivierung der Zahlungsbilanz beigetragen.

Die Schonung des Kapitalmarktes durch den Bund hat sich auch günstig auf das heimische Zinsniveau ausgewirkt. Die Rendite der Schillinganleihen betrug im gewogenen Durchschnitt 7·24% und war damit bei unveränderter Nominalverzinsung nur wenig höher als im Jahre 1966 (7·04%). Österreich konnte im Gegensatz zu vielen westlichen Industriestaaten seine Nominalzinssätze trotz vermehrter Inanspruchnahme des inländischen Geld- und Kapitalmarktes stabil halten. Das bringt der österreichischen Wirtschaft auch einen Kostenvorteil, insbesondere im Export und bei der Finanzierung der Investitionen. Die sinkenden Erträge zwingen die Wirtschaft, mehr als bisher ihre Betriebsmittel und vor allem ihre Investitionen durch Fremdkapital zu finanzieren; die Anforderungen an den Kreditapparat sind daher erheblich. Die Bundesregierung hat durch eine vermehrte Freigabe der ERP-Fondsmittel für die Bereitstellung langfristiger und billiger Investitionskredite vorgesorgt. Die von der Oesterreichischen Nationalbank getroffenen Lockerungsmaßnahmen bezwecken eine Förderung des Wirtschaftswachstums und dienten damit der Koordinierung der bewußt wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

4. Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Jahres 1967

Auf längere Sicht ist die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums der beste Garant für einen stabilen Geldwert. Das seit mehreren Jahren auch in Österreich bestehende Mißverhältnis zwischen der Ausweitung des öffentlichen und privaten Konsums und den gesamten Investitionen hat die Bundesregierung veranlaßt, eine konsequente Politik der Wachstumsförderung zu verfolgen und damit der österreichischen Volkswirtschaft für die nahe und ferne Zukunft neue Wachstumsimpulse zu geben.

Die Bundesregierung verfolgt dabei ein umfassendes Konzept, um langfristig den bestmöglichen Einsatz der vorhandenen knappen Arbeitskräfte und des Kapitals zu erreichen. Die Maßnahmen bestehen vor allem in der Förderung von Bildung und Forschung, der Erschließung

aller vorhandenen Wachstumsreserven, der Steigerung der Produktivität der gesamten österreichischen Volkswirtschaft sowie der Beseitigung ständiger Defizitquellen im öffentlichen und privaten Bereich. Im Jahre 1967 war die Bundesregierung bemüht, konsequent die in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 aufgestellten Ziele der Wachstumsförderung weiter zu realisieren. Den bereits im Jahre 1966 verabschiedeten Wachstumsgesetzen, die eine Förderung der Direktinvestitionen und des langfristigen privaten Sparens zum Ziele haben, wurden 1967 weitere bedeutende Wirtschaftsgesetze hinzugefügt. Angesichts der außerordentlich starken Außenwirtschaftsverflechtung Österreichs kommt vor allem der Förderung des Exportes überragende gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu. 1966 haben die Exporte ein Ausmaß in der Höhe von rund 17% des Bruttonationalproduktes erreicht. Das Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1967 ermöglicht die Bereitstellung ausreichender langfristiger Finanzierungsmittel für Exporte zu konkurrenzfähigen Kreditkosten. Durch die Abänderung des Ausfuhrförderungsgesetzes 1964 wurde der Haftungsrahmen von 6·5 Milliarden Schilling auf 13 Milliarden Schilling erhöht und dadurch eine wesentliche Erweiterung der Exportförderungsmaßnahmen erreicht.

Die rasante technische und wirtschaftliche Entwicklung erfordert in Zukunft von allen Bürgern unseres Landes eine intensive Vorbildung und Schulung. Die Bundesregierung hat daher im Budget 1967 bewußt den Bereichen Unterricht, Bildung und Forschung einen Vorrang gegeben. Nach der Verabschiedung des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes im Jahre 1966 wurden moderne Rechtsvorschriften für das Studium wichtiger wissenschaftlicher Disziplinen erlassen. Im Herbst 1967 konnte der Studienbetrieb der ersten nach dem Jahre 1945 gegründeten Hochschule, der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Linz, begonnen werden. Eine wesentliche Verbesserung für Studierende aus kinderreichen Familien und für auswärtige Studenten brachte das Studienbeihilfengesetz 1967. Da zwischen der Leistungskraft der Wirtschaft und dem technischen Fortschritt ein enger Zusammenhang besteht, muß einer der Hauptansatzpunkte jeder Wachstumspolitik die Förderung der Forschung sein. Das Forschungsförderungsgesetz sieht zu diesem Zweck eine umfassende Verbesserung der allgemeinen Forschungsförderung und angewandter Forschung einschließlich vermehrten Austausches der Forschungsergebnisse vor.

Die im Jahre 1967 durchgeführten Investitionsprogramme bei Bahn und Post haben wesentlich zur Kapazitätsauslastung verschiedener Zweige der österreichischen Investitionsgüterindustrie beigetragen. Auf Grund der Abänderung des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes 1964 wird bis Ende 1971 die Automatisierung des Fernsprechnetzes in ganz Österreich abgeschlossen sein und jährlich der Anschluß von 60.000 neuen Teilnehmern ermöglicht werden. In diesem Gesetz wurde der Rahmen von ursprünglich 3·7 Milliarden Schilling auf 10·9 Milliarden Schilling aufgestockt.

Durch das Österreichische Industrieverwaltungs-Gesellschaftsgesetz (ÖIG.-Gesetz) wurde die gesetzliche Voraussetzung für die Realisierung der in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 angekündigten dauerhaften Lösung der schwierigen Probleme der verstaatlichten Industrie zur Reorganisation und Konzentration dieses wichtigen österreichischen Wirtschaftszweiges geschaffen. Durch das ÖIG-Gesetz wird der Grundsatz der Trennung von Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung verwirklicht.

Jede wachsende Wirtschaft benötigt zusätzliche Energie. Die Energiekosten stellen eine wesentliche Komponente für die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft dar. Es wird in Zukunft mehr als bisher notwendig sein, möglichst billige Energie ausreichend aufzubringen. Dies kann nur im Rahmen eines umfassenden, marktwirtschaftlich orientierten und den Entwicklungstendenzen der modernen Industriestaaten entsprechenden Energiekonzepts gewährleistet werden. Die Vorbereitungen für die Erstellung eines alle inländischen Energieträger einschließlich die Atomenergie umfassenden Energieplanes sind weit fortgeschritten. Die Teilberichte über Kohle, Erdöl und Erdgas sind fertiggestellt. Auf Grund des Teilberichtes über Kohle wurde mit Hilfe kräftig aufgestockter Bergbauförderungsmittel im Jahre 1967 die Braunkohlenförderung um rund 500.000 t gesenkt. Die unwirtschaftlich gewordenen Kohlenbergbaubetriebe in Tauchen und Höflein an der Hohen Wand wurden stillgelegt. Die dabei freigesetzten Bergarbeiter konnten ohne große Schwierigkeiten wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert oder aber der vorzeitigen Vollrente teilhaftig werden, da die Wiedereinführung von über 55 Jahre alten Bergarbeitern in den Arbeitsprozeß auf große Schwierigkeiten stößt. Das beim Bundeskanzleramt bestehende Arbeitskomitee für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Kohlenbergbaugebieten konnte bisher sehr gute Erfolge erzielen. Im Zusammenwirken mit den einzenen Landesregierungen wurden bisher 1800 Arbeitspätze geschaffen, von denen über 1000 für Bergarbeiter geeignet sind.

Nach den Bestimmungen des ERP-Fonds-Gesetzes ist das jeweilige Jahresprogramm des ERP-Fonds unter Bedachtnahme auf die Währungslage und den vordringlichen Investitionsbedarf der österreichischen Wirtschaft, der auch nach seinen volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu beurteilen ist, festzustellen. Da im Jahresprogramm

1966/67 die bereits beim ERP-Fonds eingereichten Kreditanträge die für den Sektor Industrie und Gewerbe vorhandenen ERP-Mittel ausgeschöpft haben, die Konjunkturabschwächung und der zunehmende internationale Konkurrenzdruck aber zusätzliche Investitionen erforderten, hat die Bundesregierung einer Ergänzung des Jahresprogramms 1966/67 des ERP-Fonds, insbesondere durch Aufstockung der für Investitionskredite vorgesehenen ERP-Mittel um 200 Millionen Schilling, im April ihre Genehmigung erteilt. Außerdem wurden für das ERP-Jahresprogramm 1967/68 neue Richtlinien erlassen, die die ausschließliche Verwendung der bereitgestellten Mittel für Strukturanpassungen und die Vorbereitung der österreichischen Wirtschaft auf die zunehmende wirtschaftliche Integration Europas vorsehen.

Das seit mehr als 30 Jahren in Geltung stehende Einkommensteuergesetz wurde in der Frühjahrssession des Nationalrates einer grundlegenden Reform unterzogen. Das Gesetz war seit der Austrifizierung des deutschen Einkommensteuerrechtes im Jahre 1954 mehr als zwanzigmal novelliert worden, doch haben diese zahlreichen Änderungen den Rechtsstoff unübersichtlich werden lassen. Abgesehen von der Vereinheitlichung der einkommensteuerlichen Rechtsvorschriften, verhilft das Einkommensteuergesetz 1967 der Steuergerechtigkeit, vor allem gegenüber den Familien, zum Durchbruch. Durch die Senkung des Einkommensteuertarifes konnte eine leistungsgerechtere und somit leistungsfördernde Besteuerung erreicht werden. Ferner soll die Ein kommensteuerreform eine vermehrte Spartätigkeit herbeiführen. Im Hinblick auf das schwächer gewordene Wirtschaftswachstum wurde durch die Senkung der Einkommensteuer ab 1. Oktober 1967 auch eine Erhöhung der Masseneinkommen bewirkt und dadurch ein Impuls für ein vermehrtes Wirtschaftswachstum gegeben.

Die Regierungserklärung vom 20. April 1966 sieht als eines der wesentlichsten Ziele auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft die Schaffung von modernen und familiengerechten Wohnungen zu finanziell erschwinglichen Bedingungen vor. Die Verteilung der für den Wohnbau bestimmten öffentlichen Mittel wird nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 nach sozialen Gesichtspunkten, das heißt unter Berücksichtigung von Familiengröße und Familieneinkommen, erfolgen und die Vereinheitlichung der verschiedenen öffentlichen Wohnbauförderungen bringen. Die Wohnbauförderungsgesetze führen einen neuen Zuteilungsschlüssel für die Verteilung der Bundesmittel an die Länder ein und versachlichen die Erlangung neuer Wohnungen im Rahmen eines aufgelockerten Wohnungsmarktes. Dagegen dient das Mietrechtsänderungsgesetz bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Kündigungsschutzes und ohne eine generelle Erhöhung der Mietzinse für Altwohnungen der dringend notwendig gewordenen Reform der Wohnungswirtschaft auf dem Sektor des Althausbestandes.

Es ist das Ziel der Sozialpolitik der Bundesregierung, vor allem den sozial bedürftigen Personen eine ausreichende Sicherung ihres Lebensunterhaltes zu garantieren. Die Bundesregierung hat durch die Einbeziehung aller Selbständigen aus Gewerbe, Handel und Landwirtschaft in die gesetzliche Krankenversicherung das im Regierungsprogramm aufgestellte Ziel im Jahre 1967 im wesentlichen erreicht. Des weiteren wurden noch in der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung weitere Verbesserungen vorgenommen. Im Anschluß an die Dynamisierung der Pensionen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, Gewerblichen Selbständigen-Versicherungspensionsgesetz und dem Landwirtschaftlichen Renten- und Zuschußversicherungsgesetz wurden auch die Renten der Kriegsopfer sowie die Ausgleichszulagen der Kleinrentner an die Kaufkraftveränderungen angepaßt. Im Zusammenhang mit dem teilweisen Abbau der Milch- und Brotgetreidepreisstützungen wurde den Familien und den sozial schlechtergestellten Personen die durch den Preisstützungsabbau entstandene Mehrbelastung durch eine Erhöhung der Kinderbeihilfe und Familienbeihilfe um 20 Schilling je Kind sowie Erhöhung der Ausgleichszulagen im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes sowie durch die Gewährung einer Teuerungszulage im Bereich der Leistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung und einer Abänderung und Ergänzung des Kleinrentengesetzes voll abgegolten. Ab 1. Jänner 1968 werden neuerlich die Familien- und Kinderbeihilfen erhöht. Das neue Familienlastenausgleichsgesetz wird für die Familie eine Erhöhung der Familienbeihilfen von je 20 Schilling für das 1. und 2. Kind und von 30 Schilling ab dem 3. Kind bringen; damit werden, nachdem bereits zu Beginn dieses Jahres die Kinder- und Familienbeihilfen um 20 Schilling pro Kind erhöht wurden, die Familienbeihilfen bei vierzehnmaliger Auszahlung im Jahre nunmehr monatlich für ein Kind 200 Schilling, für zwei Kinder 460 Schilling, für drei Kinder 855 Schilling und für vier Kinder 1145 Schilling betragen. Darüber hinaus sieht das neue Familienlastenausgleichsgesetz auch eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens für die Eltern und auch für die Finanzverwaltung vor.

5. Vorschau auf 1968

Der uneinheitliche Ablauf der Konjunktur in Westeuropa hat zu einer starken Unsicherheit in der Beurteilung der Konjunkturerwartungen geführt. Die autonome Konjunkturpolitik orientiert sich naturgemäß in erster Linie am jeweiligen

Stand der nationalen Konjunktur. Die starke außenwirtschaftliche Verflechtung Österreichs erschwert aber besonders eine verläßliche Prognose, zumal sich die zur Jahreswende 1966/67 in den meisten Ländern erstellten Prognosen für das Jahr 1967 als mehr oder minder unzutreffend erwiesen haben.

Die derzeit verfügbaren Daten über die österreichische Wirtschaftsentwicklung deuten darauf hin, daß sich die Konjunktur auf niedrigem Niveau stabilisiert hat und in den nächsten Monaten, gefördert und unterstützt durch massive wirtschaftspolitische Maßnahmen der Bundesregierung und eine darauf abgestimmte koordinierte Notenbankpolitik, zusammen mit einem konjunkturgerechten Verhalten der Sozialpartner zu einem neuen Wirtschaftsaufschwung führen wird. Der Zeitpunkt für diese Tendenzumkehr kann gegenwärtig nur in weiten Grenzen markiert werden. Eine aussagekräftige Prognose über den Konjunkturverlauf 1968 wird daher erst zur Jahreswende 1967/68 möglich sein.

In dieser schwierigen Situation, die durch den unabhängig von der allgemeinen Konjunkturentwicklung immer schärfer werdenden Wettbewerb auf den ausländischen Märkten besonders beeinflußt wird, kann sich die Prognose nur auf Bandbreiten beschränken. Im Sommer 1967 hat die bis dahin fallende Tendenz der Zuwachsrate der Bruttoinvestitionen eine gewisse Umkehr erfahren. Nach dem Investitionstest des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung sind in den nächsten Monaten wieder steigende private Investitionen zu erwarten. Da das Budget 1968 konjunkturkonform als massives Wachstumsinstrument eingesetzt werden wird, dürfte das österreichische Bruttonationalprodukt bei einem koordinierten konjunkturpolitischen Vorgehen und Zusammenwirken aller Beteiligten 1968 zwischen 3% und 4% real wachsen. Da Österreich den Großteil seiner Exporte mit Industriestaaten abwickelt, die vor ähnlichen konjunkturellen Anpassungen stehen, wird die österreichische Exportwirtschaft und auch der Fremdenverkehr sehr wesentlich von der internationalen Wirtschaftsentwicklung beeinflußt werden. Je früher und stärker im Ausland ein neuer nachhaltiger Konjunkturaufschwung einsetzt, umso günstiger wird dies auf das österreichische Wirtschaftsgeschehen wirken. Das Eventualbudget 1968 zielt bewußt in diese Richtung. Es sieht die Durchführung konkreter, rasch wirksamer Investitionen bei den Bundesbetrieben und einzelnen Ressorts vor, wobei die Freigabe je nach Konjunkturlage und Aufbringung der erforderlichen Mittel im In- und Ausland über Antrag der Bundesregierung vom Nationalrat genehmigt wird. Das Eventualbudget wird bei einem Konjunkturaufschwung leichter das Zurückspulen auf niedrigere Ansätze im kommenden Budget ermöglichen.

Die Masseneinkommen dürften bei zurückhaltender Lohn- und Einkommenspolitik im Jahre 1968 um etwa 7% zunehmen. Der private Konsum dürfte dabei um etwa 4% bis 5% wachsen. Das Ausmaß der Preisentwicklung wird dabei in erster Linie von einem verantwortungsbewußten Verhalten der Sozialpartner, aber auch von der Entwicklung der internationalen Preise abhängen. Das reale gesamtwirtschaftliche Wachstum wird daher vor allem durch die künftige Gestaltung der Einkommenspolitik entscheidend beeinflußt werden.

6. Ziele der künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die zentrale Aufgabe der österreichischen Finanz- und Wirtschaftspolitik ist die Förderung eines befriedigenden wirtschaftlichen Wachstums bei möglichst hohem Beschäftigtenstand und möglichst gesichertem Geldwert. Die Konjunkturverflachung hat die Ursachen der längerfristigen Wachstumsverlangsamung der österreichischen Wirtschaft deutlich gezeigt. Eine entscheidende Voraussetzung für eine konzeptive Wachstumspolitik ist die Harmonisierung des Wirtschaftswachstums mit der Entwicklung der Einkommen, was auf Dauer nur durch ein koordiniertes Zusammenwirken von Bundesregierung und Sozialpartner möglich ist. Denn ohne Dämpfung des seit Jahren anhaltenden Kostenauftriebes ist ein nachhaltiger neuer Konjunkturaufschwung nicht zu erwarten. Es wird daher notwendig sein, in Zukunft eine gesamtwirtschaftlich orientierte Einkommenspolitik zu verfolgen und diese durch einen funktionsfähigen Wettbewerb zu stützen.

Das Budget 1968 wird bewußt in den Dienst einer expansiven Wachstumspolitik gestellt. Die Budgetpolitik wird dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Wiederbelebung der Konjunktur leisten und der stark außenhandelsorientierten österreichischen Volkswirtschaft helfen, dem immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb erfolgreich zu begegnen. Die kräftige Expansion des Budgets 1968 wird die bereits im Budget 1967 ausgelösten expansiven Impulse verstärken. Im Gegensatz zu den privaten Investitionen werden die öffentlichen Investitionsausgaben, vor allem aber die Ausgaben des öffentlichen Konsums, größtenteils im Inland wirksam. Sie beeinflussen daher unmittelbar und relativ rasch das Wirtschaftsgeschehen im Inland.

Der Voranschlag 1968 und das Eventualbudget sind konsequent auf eine längerfristig konzipierte Finanzpolitik ausgerichtet. Mit dieser Politik soll der Bedarf an öffentlichen Einrichtungen besser befriedigt, das Wachstum gefördert, die Vollbeschäftigung erhalten und die sozialen Funktionen des Staatshaushaltes erfüllt werden. Die bereits

bei den Österreichischen Bundesbahnen und durch das Fernsprech-Betriebsinvestitionsgesetz begonnenen mehrjährigen Investitionsvorhaben werden in Zukunft durch das Investitionsprogramm des Bundes intensiviert werden.

Ein weiterer Schritt von der Budgetvorschau zum Budgetkonzept wird die Erstellung eines längerfristigen Investitionsprogramms des Bundes sein. Die Bundesregierung hat nun in ihrem letzten Ministerrat vor dem Sommer, unmittelbar nach Befassung mit der längerfristigen Budgetvorschau, die Grundsätze für ein solches längerfristiges Investitionsprogramm genehmigt. Damit werden für Parlament und Bundesregierung die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen erleichtert und deren längerfristige Auswirkungen auf Budget und Wirtschaftswachstum deutlicher. Ein Investitionsprogramm, das sämtliche Investitionen erfaßt, müßte auf die Konjunkturlage und die budgetären Möglichkeiten des Zeitraumes abgestimmt sein. Weil diese nicht mit genügender Sicherheit prognostiziert werden können, muß auf ein solches Programm verzichtet werden. Statt dessen wird es sich um ein Minimalprogramm handeln müssen, das auch bei einer Konjunkturlage, die eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben verlangt, durchgehalten werden kann. Ausgangsbasis für ein längerfristiges Investitionsprogramm ist die Budgetvorschau 1967 bis 1970. Sie ist insbesondere die Basis zur Schätzung der für bestimmte Investitionen zweckgebundenen Einnahmen. Diese auf einer längerfristigen Budgetvorschau beruhende Finanzpolitik ermöglicht eine gesamtwirtschaftlich vernünftige Rangordnung und die etappenweise Aufbringung der erforderlichen hohen finanziellen Mittel. Für die Unternehmungen hat eine solche längerfristige Budgetpolitik überdies den großen Vorteil, daß sie ihre Geschäfte und vor allem ihre Investitionspläne auf mehrjährige öffentliche Großaufträge abstellen können.

Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 20. April 1966 ausdrücklich festgestellt, daß für die Republik Österreich ein verstärktes und von inflationistischen Tendenzen möglichst verschontes Wirtschaftswachstum entscheidend ist. Ohne klare Rangordnung der staatlichen Ausgaben im Rahmen eines längerfristigen Budgetkonzepts kann der dauernden Überforderung des Staatshaushaltes und der daraus erwachsenden Gefährdung der Kaufkraft des Schillings von der Budgetseite her nicht entgegengewirkt werden. Die neuerliche starke Ausweitung des Budgetrahmens und die Aufstellung eines Eventualbudgets erfolgten ausschließlich unter Bedachtnahme auf die gegenwärtige Konjunkturlage und die voraussichtliche Ergiebigkeit des Geld- und Kapitalmarktes. Aus dieser Erkenntnis wird der Bund 1968 seinen hohen Finanzierungsbedarf daher zu einem großen Teil im Ausland decken müssen, um der Privatwirtschaft die Finanzierung über den inländischen Kapitalmarkt offenzuhalten. Auch darf dabei nicht übersehen werden, daß der Budgetabgang des Jahres 1968 im Verhältnis zum gesamten Budgetrahmen verhältnismäßig geringer ist als im Rezessionsjahr 1958, wo das Gesamtdefizit des Bundeshaushaltes bei einem Gesamtbudgetrahmen von knapp 41 Milliarden Schilling rund 5·5 Milliarden Schilling betrug.

Das Instrumentarium der modernen Konjunkturpolitik ist sehr vielfältig, doch fallen die einzelnen Instrumente und die daraus abzuleitenden Maßnahmen in die Zuständigkeit verschiedener Bundesministerien, der Oesterreichischen Nationalbank, der Kammern und sonstigen Organisationen der Sozialpartner. Die im In- und Ausland in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrungen haben deutlich gezeigt, wie wichtig und notwendig ein koordiniertes Vorgehen aller für die Wirtschaftsentwicklung Verantwortlichen ist. Das Budget 1968 bildet eine wesentliche Grundlage für eine solche konzeptive und koordinierte Wirtschaftspolitik.

Abschnitt II

Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*)

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Haushalt der Bundesregierung noch die Haushalte der neun Bundesländer auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1 a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

Bruttoausgaben	Betrag in Milliarden Schilling									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	[1]	[1]	[1]	[1]	[1]	[1]	[1]	[6]	[6]	
Bund [2]	42·1	46·2	51·4	55·0	59·1	62·7	66·7	72·3	[5] 80·0	86·0
Länder (ohne Wien)	5·9	6·3	7·3	8·3	9·0	10·6	11·8	13·0	14·0	
Gemeinden (ohne Wien)	7·1	7·9	8·7	9·9	10·9	12·2	13·8	14·6	15·5	
Wien (Land und Gemeinde)	5·2	5·3	6·6	7·0	7·4	7·9	8·9	9·5	10·3	
Gemeindeverbände [7]	0·6	0·6	0·7	0·8	0·8	0·9	1·0	1·1	1·2	
Öffentliche Fonds [8]	2·7	3·4	3·6	3·8	4·4	4·5	5·8	5·5	5·8	
Kammern als Standesvertretungen [9]	1·5	1·6	1·7	2·0	2·3	2·6	2·8	3·0	3·2	
Sozialversicherungsträger	12·8	13·7	16·5	18·9	21·0	23·3	26·4	29·3	32·0	
Öffentlicher Sektor (Summe)	77·9	85·0	96·5	105·7	114·9	124·7	137·2	148·3	162·0	

*) Die Erfolgsziffern werden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, die Schätzungsziffern vom Institut für Wirtschaftsforschung zur Verfügung gestellt.

Außerdem siehe: Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen. Herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur österreichischen Statistik".

[1]) Gebarungserfolg laut Rechnungsabschluß.

[2]) Budget- und Anlehensgebarung des Bundes, letztere ohne die in Ausgabe und Einnahme gleichhohen Beträge aus der Prolongierung und Umwandlung von Bundesschatzscheinen, Krediten u. ä. während des Jahres; außerdem Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft.

[3]) und [4]) (frei).

[5]) Die Voranschlagziffern des Bundes (Budgetgebarung) betrugen:

	Mrd. S
Ausgaben	78·6
Einnahmen	75·0

[6]) Schätzung.

[7]) Erfaßt sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Bezirksfürsorgeverbände sowie ab 1959 die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

[8]) Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Ausgleichstaxfonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds (ab 1. 7. 1962), Getreideausgleichsfonds, Hochwasserschädenfonds, Kriegsopferfonds, Land- und forstwirtschaftlicher Wiederaufbaufonds (bis 1961), Massafonds der Bundesgendarmerie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds, Polizeimassafonds, Viehverkehrsfonds, Wasserwirtschaftsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbaufonds.

[9]) Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Börsekammer (ab 1961), Ingenieurkammern (4), Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Kammern für Arbeiter und Angestellte (Kammertag und 9 Kammern in den

(zu Übersicht)

Bruttoausgaben	Anteil in v. H.									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Bund [4] [2]	54·0	54·4	53·3	52·0	51·5	50·3	48·6	48·8	49·4	
Länder (ohne Wien)	7·6	7·4	7·6	7·8	7·8	8·5	8·7	8·8	8·6	
Gemeinden (ohne Wien)	9·1	9·3	9·0	9·4	9·4	9·8	10·1	9·8	9·6	
Wien (Land und Gemeinde)	6·7	6·2	6·8	6·6	6·5	6·3	6·5	6·4	6·3	
Gemeindeverbände [7]	0·8	0·7	0·7	0·8	0·7	0·7	0·7	0·7	0·7	
Öffentliche Fonds [8]	3·5	4·0	3·7	3·6	3·8	3·6	4·2	3·7	3·6	
Kammern als Standesvertretungen [9]	1·9	1·9	1·8	1·9	2·0	2·1	2·0	2·0	2·0	
Sozialversicherungsträger	16·4	16·1	17·1	17·9	18·3	18·7	19·2	19·8	19·8	
Öffentlicher Sektor (Summe)	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	

Übersicht 1

Bruttoeinnahmen	Betrag in Milliarden Schilling									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Bund [2] [4]	42·3 [1]	46·5 [1]	51·7 [1]	55·2 [1]	58·8 [1]	62·9 [1]	66·4 [1]	72·0 [6]	[5] 80·0 [6]	86·0
Länder (ohne Wien)	5·9	6·3	7·3	8·4	9·0	10·5	11·8	13·0	14·0	
Gemeinden (ohne Wien)	7·5	8·3	9·2	10·4	11·4	12·8	14·5	15·2	16·0	
Wien (Land und Gemeinde)	5·2	5·3	6·6	7·0	7·4	7·8	8·9	9·5	10·3	
Gemeindeverbände [7]	0·6	0·7	0·8	0·8	0·9	1·0	1·1	1·2	1·3	
Öffentliche Fonds [8]	2·7	3·1	4·1	4·4	4·9	4·7	5·6	5·8	6·1	
Kammern als Standesvertretungen [9]	1·6	1·7	2·0	2·2	2·5	2·8	3·1	3·2	3·4	
Sozialversicherungsträger	12·6	14·2	17·1	18·9	20·9	23·4	27·4	30·5	33·9	
Öffentlicher Sektor (Summe)	78·4	86·1	98·8	107·3	115·8	125·9	138·8	150·4	165·0	

Bruttoeinnahmen	Anteil in v. H.									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Bund [2] [4]	54·0	54·0	52·3	51·4	50·8	50·0	47·8	47·9	48·5	
Länder (ohne Wien)	7·5	7·3	7·4	7·8	7·8	8·3	8·5	8·6	8·5	
Gemeinden (ohne Wien)	9·6	9·6	9·3	9·7	9·9	10·2	10·4	10·1	9·7	
Wien (Land und Gemeinde)	6·6	6·2	6·7	6·5	6·4	6·2	6·4	6·3	6·2	
Gemeindeverbände [7]	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	
Öffentliche Fonds [8]	3·4	3·6	4·2	4·1	4·2	3·7	4·0	3·9	3·7	
Kammern als Standesvertretungen [9]	2·0	2·0	2·0	2·1	2·1	2·2	2·3	2·1	2·1	
Sozialversicherungsträger	16·1	16·5	17·3	17·6	18·0	18·6	19·8	20·3	20·5	
Öffentlicher Sektor (Summe)	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	

Fußnoten [1] bis [9] auf Seite 13.

Finanzbedarf

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

a) Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — „Durchlauferposten" [10] — und
b) Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abfall, verbleiben die Ausgaben (der Finanzbedarf) und die Einnahmen der öffentlichen Haushalte Österreichs.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben des öffentlichen Sektors aber noch geringer. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt.

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern für die Jahre 1959 bis 1966.

Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Rechtsanwaltskammern (sieben), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

[10] Siehe Fußnote [3] auf Seite 68.

Übersicht 2

	Körperschaften, die dem öffentlichen Recht zugehören							
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	77·9	85·0	96·5	105·7	114·9	124·7	137·2	148·3
ab: Vergütungen innerhalb der einzelnen Träger des öffentlichen Rechtes	4·9	4·9	6·7	7·1	7·3	5·1	6·0	6·5
Überweisungen zwischen den einzelnen Trägern des öffentlichen Rechtes	4·8	5·9	7·4	8·2	9·6	9·9	11·1	12·0
verbleibt Finanzbedarf	68·2	74·2	82·4	90·4	98·0	109·7	120·1	129·8
hievon: Finanzbedarf ohne Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften [11])	58·2	63·4	70·5	77·8	84·7	95·6	105·4	114·0
Brutto-Nationalprodukt [12])	143·3	161·3	177·5	188·3	202·8	222·8	241·7	260·5
Volkseinkommen [13])	110·8	125·0	136·7	143·7	154·9	169·4	182·9	196·1

Übersicht 2a

	Bundesgebarung [14])							
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	42·1	46·2	51·4	55·0	59·1	62·7	66·7	72·3
ab: Vergütungen innerhalb der einzelnen Träger des öffentlichen Rechtes	2·2	2·2	3·3	3·2	3·4	0·6	0·3	0·2 [15])
Überweisungen an andere Träger des öffentlichen Rechtes	3·0	3·6	4·9	5·5	6·6	7·5	8·3	9·0
verbleibt Finanzbedarf	36·9	40·4	43·2	46·3	49·1	54·6	58·1	63·1
hievon: Finanzbedarf ohne Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes [11])	27·2	29·9	31·6	33·9	36·0	40·7	43·8	47·5
Brutto-Nationalprodukt [12])	143·3	161·3	177·5	188·3	202·8	222·8	241·7	260·5
Volkseinkommen [13])	110·8	125·0	136·7	143·7	154·9	169·4	182·9	196·1

Öffentlicher Sektor und Bundeshaushalt [16])

Von den Bruttoausgaben der öffentlichen Haushalte entfallen etwas mehr als die Hälfte auf den Bundeshaushalt. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der bereinigten Ausgaben des öffentlichen Sektors der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Über den Einnahmenrahmen des Bundeshaushaltes hinaus werden aber auch noch öffentliche Abgaben in Höhe von weiteren rund 24 Milliarden Schilling von Bundesbehörden eingehoben und an Gebietskörperschaften beziehungsweise sonstige Träger des öffentlichen Rechtes (Fonds und Kammern) weitergeleitet. Aus diesen Hinweisen geht deutlich die dominierende Stellung des Bundeshaushaltes im öffentlichen Sektor hervor.

Aus den Übersichten 1, 1 a und 2 ist dies deutlich erkennbar.

Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen [17]) betragen die im Bundeshaushalt ausgewiesenen rund zwei Drittel.

[11]) Ausgeschieden sind die Ausgaben der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige, soweit sie aus erwerbswirtschaftlichen Einnahmen bedeckt werden konnten.

[12]) Gegenwert der in Österreich erzeugten Sachgüter und bereitge-(er)stellten Dienstleistungen.

[13]) Das Volkseinkommen entspricht der Summe der Entgelte, die für die Teilnahme am Produktionsprozeß der entsprechenden Wirtschaftsperiode gezahlt werden. Diese Summe ist gleichzusetzen mit der Gesamtsumme der Löhne und Gehälter, der Einkommen der Selbständigen (aus Besitz und Unternehmung), der unverteilten Gewinne (der Körperschaften) sowie der Einkommen der öffentlichen Verwaltung (aus Besitz und Unternehmung).

[14]) Ordentliche und außerordentliche Gebarung sowie einschließlich Anlehensgebarung, aber ohne „Öffentliche Fonds" mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[15]) Erläuterungen und ziffernmäßige Übersicht hinsichtlich der Durchlauferposten des Bundes siehe Seite 67/68.

[16]) Ohne „Öffentliche Fonds" mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[17]) In der Statistik des Volkseinkommens nach internationalen Begriffen zählen zu den „Steuern" nicht nur die im Bundeshaushalt als „Öffentliche Abgaben" bezeichneten Einnahmen, sondern alle Zwangsbeiträge, zu deren Einhebung ein öffentlicher Haushalt berechtigt ist.

Diese Größenordnung ist derart, daß aus dem Abgabenaufkommen des Bundes weitestgehend auch Erkenntnisse über die jeweilige Wirtschaftslage und -entwicklung gewonnen werden können. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Übersicht 3

Indirekte und direkte Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965[18])	1966[18])	1967[18])	1968[18])
	Milliarden Schilling									
[19])										
Bund	30·1	33·9	40·2	43·3	46·9	52·4	57·3	63·9	67·5	71·0
Länder	0·1	0·1	0·1	0·2	0·2	0·2	0·2	0·2	0·2	0·2
Gemeinden	1·9	2·1	2·3	2·4	2·6	2·8	3·2	3·5	3·8	4·0
Kammerumlagen	0·8	0·9	0·9	1·0	1·1	1·2	1·3	1·3	1·4	1·4
Sozialversicherungsbeiträge	9·7	10·5	12·6	14·1	15·2	17·0	19·8	21·6	23·8	26·0
Fondsbeiträge	1·6	1·7	1·8	2·0	2·2	2·6	2·9	3·1	3·4	3·6
Steuern (Summe)	44·2	49·2	57·9	63·0	68·2	76·2	84·7	93·6	100·1	106·2
Brutto-Nationalprodukt in Milld. S	143·3	161·3	177·5	188·3	202·8	222·8	241·7	260·5	276·8	296·0
Steuern in % des Brutto-Nationalproduktes	30·8	30·5	32·6	33·5	33·6	34·2	35·0	35·9	36·2	35·9

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der gesamten Steuereinnahmen zum Sozialprodukt. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß.

Übersicht 4

	Steigerung			
	der Steuern [20])		des Brutto-Nationalproduktes	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%
1959 gegenüber 1958	1·8	4·2	6·6	4·8
1960 „ 1959	5·0	11·3	18·0	12·6
1961 „ 1960	8·7	17·7	16·2	10·0
1962 „ 1961	5·1	8·8	10·8	6·1
1963 „ 1962	5·2	8·3	14·5	7·7
1964 „ 1963	8·0	11·7	20·0	9·9
1965 [21]) „ 1964	8·5	11·2	18·9	8·5
1966 [21]) „ 1965	8·9	10·5	18·8	7·8
1967 [21]) „ 1966	6·5	6·9	16·3	6·3
1968 [21]) „ 1967	6·1	6·1	19·2	6·9

Die Bundesgebarung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [22])

Der öffentliche Sektor ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und anderseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten

[18]) Schätzung.

[19]) In dieser Übersicht sind die Eingänge aus den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen bei den Rechtsträgern ausgewiesen, von denen sie eingehoben und in deren Haushalt sie entsprechend nachgewiesen werden. Diese Darstellung gibt daher nicht Auskunft über die im Wege des Finanzausgleiches oder sonstiger gesetzlicher Regelungen den einzelnen Trägern öffentlichen Rechtes zukommenden Anteile dieser Steuern und steuerähnlichen Einnahmen.

[20]) Siehe Übersicht 3.

[21]) Schätzung.

[22]) Siehe hiezu die Publikationen der „Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen": „Das Volkseinkommen", Wien 1952; „Volkswirtschaftliche Buchführung", Wien 1953, und „Der öffentliche Haushalt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung", Wien 1956, im Druck- und Kommissionsverlag Carl Ueberreuter, Wien IX, Alser Straße 24.

öffentlichen Haushalte und des Bundessektors zur Darstellung gebracht. Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes (Postsparkassenamt, Monopole, Bundesbetriebe und Bundesbahnen) nur deren Netto-Ergebnisse berücksichtigt, u. zw. die an die Bundesverwaltung überwiesenen Erträge unter den Bundeseinnahmen und die Zuwendungen an die vorgenannten Verwaltungszweige für laufende Zwecke (Verlustdeckung) oder für Investitionen unter den Bundesausgaben.

Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Die Summe aller Sachgüter und Dienstleistungen, die der Volkswirtschaft aus der einheimischen Produktion einschließlich der Importe und abzüglich der Exporte für die Verwendung im Inland zu Verfügung stehen, stellt das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen dar. Über seine Zusammensetzung und Höhe gibt die Übersicht 5 Aufschluß.

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom öffentlichen Sektor und im speziellen vom Bundessektor für sich selbst verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Monopol- und Bundesbetriebe sowie Bundesbahnen) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds [23]) sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

Übersicht 5

	1959 [27])	1960 [27])	1961 [27])	1962 [27])	1963 [27])	1964 [27])	1965 [27])	1966 [28])	1967 [28])	1968 [28])
	Milliarden Schilling									
Volkseinkommen	110·8	125·0	136·7	143·7	154·9	169·4	182·9	196·1	207·4	221·7
Abschreibungen	14·4	15·9	17·6	20·1	22·0	24·0	26·4	28·5	30·6	32·7
Indirekte Steuern	20·3	23·0	26·2	28·3	30·3	33·7	37·0	40·7	43·1	46·1
Subventionen	— 2·2	— 2·6	— 3·0	— 3·8	— 4·4	— 4·3	— 4·6	— 4·8	— 4·3	— 4·5
Brutto-Nationalprodukt zu Marktpreisen	143·3	161·3	177·5	188·3	202·8	222·8	241·7	260·5	276·8	296·0
Zahlungsbilanz:										
Defizit	—	2·2	0·8	—	0·2	0·5	1·9	6·2	4·2	—
Überschuß	— 0·9	—	—	— 0·5	—	—	—	—	—	—
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	142·4	163·5	178·3	187·8	203·0	223·3	243·6	266·7	281·0	296·0

Auf Grund der nachfolgenden Übersicht 6 werden vom Bundessektor selbst nur rund 7% für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für 1·5% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten öffentlichen Sektor betragen die analogen Prozentsätze rund 14% bzw. rund 5%.

[23]) Siehe Fußnote [6]) auf Seite 13.

[24]) bis [26]): (frei).

[27]) Beilage zum Februarheft 1967 der Statistischen Nachrichten bzw. „Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1965" (mit Korrekturen der Jahre 1963 und 1964), Beilage Nr. 82 zu den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 40. Jahrgang, Februar 1967.

[28]) Schätzung unter Mitwirkung des Institutes für Wirtschaftsforschung.

www.parlament.gv.at

Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Übersicht 6

	Betrag in Milliarden Schilling									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	[29] 1965	[29] 1966	[29] 1967	[29] 1968
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen . .	142·4	163·5	178·3	187·8	203·0	223·3	243·6	266·7	281·0	296·0
Verwendung durch:										
Bundessektor:										
Konsumausgaben [30]	9·8	10·2	10·9	11·2	12·7	14·4	15·4	16·9	18·3	19·4
Bruttoinvestitionen [31]	2·3	2·6	2·9	2·7	2·9	3·3	3·5	3·7	4·2	4·2
Bundessektor (Summe) .	12·1	12·8	13·8	13·9	15·6	17·7	18·9	20·6	22·5	23·6
Übriger öffentlicher Sektor:										
Konsumausgaben [30]	9·8	10·6	11·7	12·7	14·1	15·5	17·2	19·0	20·5	21·8
Bruttoinvestitionen [31]	3·8	4·3	4·9	5·6	6·3	7·3	8·3	9·3	10·2	10·8
Übriger öffentlicher Sektor (Summe) .	13·6	14·9	16·6	18·3	20·4	22·8	25·5	28·3	30·7	32·6
Privater Sektor:										
Konsumausgaben [30]	88·9	96·6	105·4	115·2	125·0	133·8	145·6	155·7	166·6	178·3
Bruttoinvestitionen [31]	26·3	31·4	36·1	37·8	40·4	45·2	50·7	56·5	59·0	64·3
Privater Sektor (Summe) .	115·2	128·0	141·5	153·0	165·4	179·0	196·3	212·2	225·6	242·6
Lagerbewegung und statistische Differenz . . .	+1·5	+7·8	+6·4	+2·6	+1·6	+3·8	+2·9	+5·6	+ 2·2	—2·8

	Anteil in v. H.									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen . .	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0
Verwendung durch:										
Bundessektor:										
Konsumausgaben [30]	6·9	6·2	6·1	6·0	6·3	6·4	6·3	6·3	6·5	6·6
Bruttoinvestitionen [31]	1·6	1·6	1·6	1·4	1·4	1·5	1·4	1·4	1·5	1·4
Bundessektor (Summe) .	8·5	7·8	7·7	7·4	7·7	7·9	7·7	7·7	8·0	8·0
Übriger öffentlicher Sektor:										
Konsumausgaben [30]	6·9	6·5	6·6	6·7	6·9	6·9	7·1	7·1	7·3	7·4
Bruttoinvestitionen [31]	2·7	2·6	2·7	3·0	3·1	3·3	3·4	3·5	3·6	3·6
Übriger öffentlicher Sektor (Summe) .	9·6	9·1	9·3	9·7	10·0	10·2	10·5	10·6	10·9	11·0
Privater Sektor:										
Konsumausgaben [30]	62·4	59·1	59·1	61·4	61·6	59·9	59·8	58·4	59·3	60·2
Bruttoinvestitionen [31]	18·5	19·2	20·3	20·1	19·9	20·2	20·8	21·2	21·0	21·7
Privater Sektor (Summe) .	80·9	78·3	79·4	81·5	81·5	80·1	80·6	79·6	80·3	81·9
Lagerbewegung und statistische Differenz . . .	+ 1·0	+ 4·8	+ 3·6	+1·4	+0·8	+1·8	+ 1·2	+ 2·1	+ 0·8	— 0·9

[29]) Siehe Fußnote [18]) auf Seite 16.
[30]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 17.
[31]) Inländische Brutto-Vermögensbildung.

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen werden von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von rund 50% für eigene Konsum- und (Brutto-)-Investitionsausgaben (ohne Investitionsförderung) verbraucht. Die restlichen 50% werden, wie die nachfolgende Übersicht 8 zeigt, neu verteilt, u. zw., im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Übersicht 7

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	1959		1960		1961		1962		1963	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)
	Milliarden Schilling									
Indirekte Steuern	20·4	14·6	23·0	16·3	26·2	18·5	28·2	19·9	30·3	21·3
Direkte Steuern der privaten Haushalte	11·9	7·5	13·0	7·8	15·4	9·0	16·9	9·9	19·1	11·6
Sozialversicherungsbeiträge [32])	9·0	—	9·8	—	11·6	—	13·1	—	14·1	—
Direkte Steuern von Kapitalgesellschaften	2·9	2·3	3·4	2·7	4·7	3·7	4·8	3·8	4·7	3·7
Laufende Transferzahlungen aus dem Ausland	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·9	0·9	0·0	0·0
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	0·8	0·5	1·4	0·9	1·9	1·5	1·7	1·2	1·8	1·2
Laufende öffentliche Einnahmen (Summe)	45·1	25·0	50·7	27·8	59·9	32·8	65·6	35·7	70·0	37·8

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	1964		1965 [33])		1966 [33])		1967 [33])		1968 [33])	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor*)	Insgesamt	Hievon Bundessektor*)	Insgesamt	Hievon Bundessektor*)	Insgesamt	Hievon Bundessektor*)
	Milliarden Schilling									
Indirekte Steuern	33·7	23·8	37·0	25·8	40·7	28·6	43·1	30·0	46·1	32·1
Direkte Steuern der privaten Haushalte	21·5	12·7	23·9	14·4	27·5	16·7	30·2	18·5	31·0	19·0
Sozialversicherungsbeiträge [32])	15·8	—	18·5	—	20·2	—	22·3	—	24·4	—
Direkte Steuern von Kapitalgesellschaften	5·1	4·2	5·4	4·3	5·2	4·2	5·1	4·1	5·0	4·0
Laufende Transferzahlungen aus dem Ausland	0·6	0·6	0·6	0·6	0·5	0·5	0·1	0·1	0·1	0·1
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	1·5	0·8	1·5	0·8	1·9	0·9	2·3	1·2	2·5	1·3
Laufende öffentliche Einnahmen (Summe)	78·2	42·0	86·9	45·9	96·0	50·9	103·1	53·9	109·1	56·5

[32]) Ohne Unfallversicherungsbeiträge (werden als indirekte Steuern behandelt).

[33]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 17.

*) Dem Bundessektor verbleibende Einnahmen.

20 **Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung**

Übersicht 8

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung	Betrag in Milliarden Schilling									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965 [33])	1966 [33])	1967 [33])	1968 [34])
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	45·1	50·7	59·9	65·6	70·0	78·2	86·9	96·0	103·1	109·1
Verwendung für:										
Öffentliche Konsumausgaben	19·6	20·8	22·5	23·9	26·8	29·9	32·6	35·9	38·8	41·5
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	15·3	16·2	18·7	22·3	24·7	27·2	29·7	32·3	35·5	38·3
Subventionen	2·2	2·6	3·0	3·8	4·3	4·3	4·6	4·8	4·3	4·5
Zinsen für Schulden	1·0	1·3	1·5	1·6	1·7	1·8	2·1	2·3	2·5	2·8
an das Ausland	0·1	0·1	0·1	0·1	0·4	0·4	0·4	0·4	0·1	0·1
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen, Investitionsförderung, Sonstiges	6·9	9·7	14·1	13·9	12·1	14·6	17·5	20·3	21·9	21·9

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung	Anteil in v. H.									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0
Verwendung für:										
Öffentliche Konsumausgaben	43·5	41·0	37·6	36·4	38·3	38·2	37·5	37·4	37·6	38·0
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	33·9	32·0	31·2	34·0	35·3	34·8	34·2	33·6	34·4	35·1
Subventionen	4·9	5·1	5·0	5·8	6·1	5·5	5·3	5·0	4·2	4·1
Zinsen für Schulden	2·2	2·6	2·5	2·4	2·4	2·3	2·4	2·4	2·4	2·6
an das Ausland	0·2	0·2	0·2	0·2	0·6	0·5	0·5	0·4	0·1	0·1
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen, Investitionsförderung, Sonstiges	15·3	19·1	23·5	21·2	17·3	18·7	20·1	21·2	21·3	20·1

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden, wie der nachstehenden Übersicht 9 entnommen werden kann, ähnlich wie die Einnahmen der gesamten öffentlichen Rechtsträger verwendet, und zwar rund 50% für eigene Konsum- und Investitionsausgaben, der Rest im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die große Steuerbelastung des österreichischen Nationalproduktes erklärt sich vielmehr zum Teil daraus, daß die Transferzahlungen an private Haushalte sowie die Subventionen eine sehr große Rolle spielen.

[34]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 17.

Laufende Einnahmen des Bundessektors und deren Verwendung — Öffentliche Vermögensrechnung

Übersicht 9

Laufende Einnahmen des Bundessektors und deren Verwendung	Betrag in Milliarden Schilling									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965 [35])	1966 [35])	1967 [35])	1968 [35])
Laufende Einnahmen des Bundessektors . .	25·0	27·8	32·8	35·7	37·8	42·0	45·9	50·9	53·9	56·5
Verwendung durch:										
Öffentliche Konsumausgaben	9·8	10·2	10·8	11·4	12·7	14·5	15·4	17·0	18·4	19·7
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	6·7	6·6	7·1	8·6	9·3	10·1	10·6	11·0	12·0	13·0
Subventionen	2·0	2·3	2·8	3·6	3·9	3·9	4·2	4·4	3·8	4·0
Zinsen für Schulden	0·9	1·1	1·2	1·3	1·3	1·4	1·5	1·7	1·9	2·1
an das Ausland	0·1	0·1	0·1	0·1	0·4	0·4	0·4	0·4	0·1	0·1
an andere öffentliche Körperschaften (netto)	2·0	2·3	3·5	3·9	4·9	5·6	6·2	7·6	8·8	9·0
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen	3·5	5·2	7·3	6·8	5·3	6·1	7·6	8·8	8·9	8·6
Investitionsförderung										
Sonstiges										

Laufende Einnahmen des Bundessektors und deren Verwendung	Anteil in v. H.									
	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
Laufende Einnahmen des Bundessektors . .	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0
Verwendung durch:										
Öffentliche Konsumausgaben	39·2	36·7	32·9	31·9	33·6	34·6	33·5	33·4	34·1	34·9
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	26·8	23·7	21·6	24·1	24·6	24·0	23·1	21·6	22·3	23·0
Subventionen	8·0	8·3	8·5	10·1	10·3	9·3	9·2	8·6	7·1	7·1
Zinsen für Schulden	3·6	3·9	3·7	3·6	3·4	3·3	3·3	3·4	3·5	3·7
an das Ausland	0·4	0·4	0·3	0·3	1·1	1·0	0·9	0·8	0·2	0·2
an andere öffentliche Körperschaften (netto)	8·0	8·3	10·7	10·9	13·0	13·3	13·5	14·9	16·3	15·9
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen	14·0	18·7	22·3	19·1	14·0	14·5	16·5	17·3	16·5	15·2
Investitionsförderung										
Sonstiges										

Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor.

In den Übersichten 8 und 9 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen" ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Die Einnahmen aus dem Öffentlichen Sparen betrugen bis einschließlich 1960 etwa die Hälfte, ab 1961 etwa zwei Drittel der Gesamteinnahmen der Öffentlichen Vermögensrechnung. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 10:

[35]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 14.

22 Zusammensetzung der öffentlichen Vermögensrechnung — Bruttoinvestitionen

Übersicht 10

Zusammensetzung der öffentlichen Vermögensrechnung	1959		1960		1961		1962		1963	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor
	Milliarden Schilling									
Ausgaben										
Bruttoinvestitionen	6·1	2·3	6·9	2·6	7·8	2·9	8·3	2·7	9·2	2·9
Erwerb bestehender Vermögenswerte (netto)	0·7	0·3	1·0	0·5	1·4	0·8	1·5	0·5	1·3	0·6
Kapitaltransfers [36]	2·4	1·8	2·3	1·7	2·7	2·0	2·8	1·7	3·3	2·4
Gewährung von Darlehen [36]	4·3	2·5	3·9	2·4	4·3	2·1	4·5	2·3	4·6	2·6
Tilgung von Schulden	1·5	1·2	2·6	2·1	3·7	3·2	3·1	2·6	2·4	1·8
Ablöselieferung an das Ausland	1·0	1·0	1·0	1·0	0·7	0·7	0·3	0·3	0·3	0·3
Kapitaltransfers an andere öffentliche Körperschaften (netto)	—	0·4	—	0·4	—	0·5	—	0·7	—	0·5
Nettoveränderung an Bankguthaben und Kassenbeständen	+ 0·1	+ 0·0	+ 0·2	— 0·3	+ 2·1	+ 0·7	+ 0·8	— 0·1	+ 0·2	+ 0·2
Ausgaben (Summe)	16·1	9·5	17·9	10·4	22·7	12·9	21·3	10·7	21·4	11·3
Einnahmen										
Öffentliches Sparen	6·9	3·5	9·7	5·2	14·1	7·3	13·9	6·8	12·1	5·3
Abschreibungen	1·1	0·3	1·2	0·3	1·2	0·3	1·4	0·3	1·6	0·4
Kapitaltransfers	0·4	0·4	0·2	0·2	0·2	0·2	0·4	0·3	0·2	0·2
Rückzahlung von Darlehen	1·1	0·7	1·2	0·7	2·3	1·8	1·3	0·6	1·4	0·8
Aufnahme von Schulden	6·6	4·6	6·0	4·5	4·9	3·2	4·9	3·5	6·1	4·4
Veränderung der Zahlungs- und Anweisungsrückstände (netto)	0·0	0·0	— 0·4	— 0·5	0·0	+ 0·1	— 0·6	— 0·8	0·0	+ 0·2
Einnahmen (Summe)	16·1	9·5	17·9	10·4	22·7	12·9	21·3	10·7	21·4	11·3

Zusammensetzung der öffentlichen Vermögensrechnung	1964		1965 [37]		1966 [37]		1967 [37]		1968 [37]	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor
	Milliarden Schilling									
Ausgaben:										
Bruttoinvestitionen	10·6	3·3	11·8	3·5	13·0	3·7	14·4	4·2	15·0	4·2
Erwerb bestehender Vermögenswerte (netto)	2·7	1·9	1·6	0·9	1·7	0·9	2·0	1·2		
Kapitaltransfers [36]	3·3	2·0	3·1	1·6	3·3	1·7	3·7	2·0		
Gewährung von Darlehen [36]	5·7	3·1	7·4	4·1	7·5	4·0	8·0	4·5		
Tilgung von Schulden	2·7	2·2	5·0	3·6	4·0	3·3	4·4	3·6		
Kapitaltransfers an andere öffentliche Körperschaften (netto)	—	0·7	—	0·9	—	1·0	—	1·1		
Nettoveränderung an Bankguthaben und Kassenbeständen (Saldo)	+ 0·5	+ 0·0	+ 0·9	— 0·3	+ 2·1	+ 0·5	+ 2·6	+ 1·0		
Ausgaben (Summe)	25·5	13·2	29·8	14·3	31·6	15·1	35·1	17·6		
Einnahmen:										
Öffentliches Sparen	14·6	6·1	17·5	7·6	20·3	8·8	21·9	8·9	21·9	8·6
Abschreibungen	1·6	0·4	1·9	0·5	2·0	0·5	2·2	0·5	2·4	0·6
Kapitaltransfers	0·2	0·2	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1		
Rückzahlung von Darlehen	1·4	0·7	2·4	1·4	2·1	1·3	2·4	1·5		
Aufnahme von Schulden	7·1	5·3	7·4	4·8	6·6	4·4	8·5	6·6		
Veränderung der Zahlungs- und Anweisungsrückstände (netto)	+ 0·6	+ 0·5	+ 0·5	— 0·1	+ 0·5	0·0	·	·		
Einnahmen (Summe)	25·5	13·2	29·8	14·3	31·6	15·1	35·1	17·6		

[36]) Insbesondere für Investitionsförderung.

[37]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 17.

Bruttoinvestitionen

Die Bruttoinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 11

	1959	1960	1961	1962	1963
	Milliarden Schilling				
Bruttoinvestitionen [38]) des öffentlichen Sektors [39])	6·1	6·9	7·8	8·3	9·2
privaten Sektors	26·3	31·4	36·1	37·8	40·1
Zusammen	32·4	38·3	43·9	46·1	49·3
Hievon Bundessektor [39])	2·3	2·6	2·9	2·7	2·9

	1964 [40])	1965 [40])	1966 [40])	1967 [40])	1968 [40])
	Milliarden Schilling				
Bruttoinvestitionen [38]) des öffentlichen Sektors [39])	10·6	11·8	13·0	14·4	15·0
privaten Sektors	45·2	50·7	56·5	59·0	64·3
Zusammen	55·8	62·5	69·5	73·4	79·3
Hievon Bundessektor [39])	3·3	3·5	3·7	4·2	4·2

Finanziert werden die Bruttoinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen", dem analogen „Privaten Sparen", aus den unverteilten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierungen), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland. Derzeit stellen die Abschreibungen fast 40% der Finanzierungsquellen dar, während der Rest auf das Sparen und die unverteilten Gewinne entfällt. Hinsichtlich der restlichen 60% der Finanzierungsseite ist in den letzten Jahren eine starke Verschiebung innerhalb der Gruppen Öffentliches Sparen, Ersparnisse der privaten Haushalte und unverteilte Gewinne der Körperschaften festzustellen.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betrugen:

Übersicht 12

	1959		1960		1961		1962	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	6·9	32·8	9·7	33·7	14·1	43·4	13·9	45·0
Ersparungen der privaten Haushalte	7·3	34·8	10·1	35·1	12·6	38·8	9·8	31·7
Unverteilte Gewinne der Kapitalsgesellschaften (Selbstfinanzierung)	6·8	32·4	9·0	31·2	5·8	17·8	7·2	23·3
Zusammen	21·0	100·0	28·8	100·0	32·5	100·0	30·9	100·0
Hievon Bund	3·5	16·7	5·2	18·1	7·3	22·5	6·8	22·0

	1963		1964 [41])		1965 [41])		1966 [41])	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	12·1	41·0	14·6	40·0	17·5	45·5	20·3	48·7
Ersparungen der privaten Haushalte	10·5	35·6	14·6	40·0	13·8	35·8	15·4	36·9
Unverteilte Gewinne der Kapitalsgesellschaften (Selbstfinanzierung)	6·9	23·4	7·3	20·0	7·2	18·7	6·0	14·4
Zusammen	29·5	100·0	36·5	100·0	38·5	100·0	41·7	100·0
Hievon Bund	5·3	18·5	6·0	17·3	7·6	17·4	8·8	12·4

Wie die Tabelle zeigt, ist der Anteil des „Öffentlichen Sparens" in Österreich sehr erheblich. Nur in wenigen Ländern spielt das Zwangssparen als Mittel der Investitionsfinanzierung eine gleichbedeutende Rolle wie in Österreich.

[38]) Siehe auch die Übersicht 6 auf Seite 18.
[39]) Nur Hoheitsverwaltung.
[40]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 17.
[41]) Vorläufige Schätzung.

Abschnitt III

Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes

Bundesvoranschlag

Laut Artikel 51 Absatz 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes hat die jeweilige Bundesregierung dem Nationalrat, als der für die Bewilligung des Bundesvoranschlages allein (ohne Mitbeteiligung des Bundesrates) zuständigen gesetzgebenden Körperschaft, einen Voranschlag über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des nächsten Kalender(Finanz)jahres vorzulegen, und zwar bis spätestens zehn Wochen vor Beginn des nächsten Kalenderjahres. Die Erstellung des Voranschlages obliegt dem Bundesminister für Finanzen.

Das vom Nationalrat genehmigte Bundesfinanzgesetz, das als Bestandteil den Bundesvoranschlag neben einer Reihe anderer Anlagen (u. a. Dienstpostenplan und Systemisierungsplan der Kraft-, Wasser- und Luftfahrzeuge des Bundes) umfaßt, wird sodann im Bundesgesetzblatt kundgemacht.

Gemäß BGBl. Nr. 155/1961 wurde dem Art. 51 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Bestimmung angefügt, daß der Inhalt des Bundesvoranschlages vor Beginn der Beratung im Nationalrat nicht veröffentlicht werden darf.

Bundesrechnungsabschluß

Der Bundesrechnungsabschluß wird vom Rechnungshof auf Grund der von den einzelnen anweisenden Stellen des Bundes zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse verfaßt. Laut Artikel 121 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes hat der Rechnungshof die Bundesrechnung bis spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres dem Nationalrat vorzulegen. Der Inhalt des Bundesrechnungsabschlusses darf nicht vor Beginn der Beratung im Nationalrat veröffentlicht werden [1]). Der Nationalrat genehmigt den Bundesrechnungsabschluß. Der diesbezügliche Beschluß wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, während der Bundesrechnungsabschluß selbst als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes [2]) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

[1]) Siehe BGBl. Nr. 155/1961 Art. I Ziffer 4.
[2]) Anschrift: Wien, I., Annagasse 5.

Abschnitt IV
Gliederung des Bundesvoranschlages

Wirksame und unwirksame Gebarung

Die Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen wirksamer und unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam" ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam". Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Ansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind [1]). Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit solche die haushaltsrechtlichen Vorschriften vorsehen, zur wirksamen Gebarung. Die wirksame Gebarung umfaßt die Haushalts- [2]) und die Anlehensgebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushalts- und Anlehensgebarung

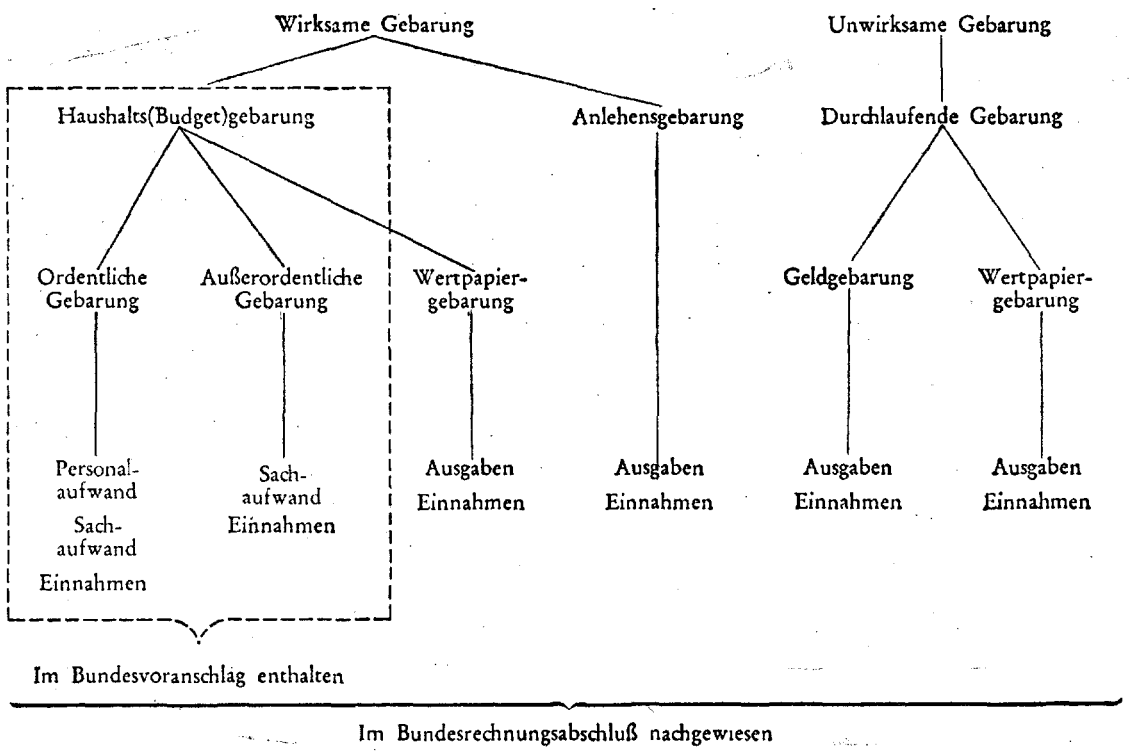
Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.

Daneben gibt es nach den österreichischen Haushaltsvorschriften noch eine sogenannte Anlehensgebarung, in der Anleiheerlöse und ähnliche, in Sondergesetzen festgelegte Gebarungen verrechnet werden, die aber keinen Gegenstand der Veranschlagung bildet. Im Bundesrechnungsabschluß scheint hingegen die Anlehensgebarung auf.

[1]) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

[2]) Auch Budgetgebarung genannt.

Gebarung bei Bundesdienststellen



Ordentliche und außerordentliche Gebarung

Zu den ordentlichen Gebarungen gehören nach den österreichischen Haushaltsvorschriften ausnahmslos solche Ausgaben und Einnahmen, die der Art nach im Bundeshaushalt regelmäßig oder in kürzeren Zeitabschnitten wiederkehren.

Als außerordentliche Gebarungen sind Ausgaben und Einnahmen nur dann zu behandeln, wenn sie der Art nach im Bundeshaushalt nur vereinzelt vorkommen oder der Höhe nach den normalen Wirtschaftsrahmen erheblich überschreiten. Dies trifft insbesondere für die den normalen Wirtschaftsrahmen erheblich übersteigenden größeren Investitionen der Verwaltung des Bundes zu. Außerdem ist die gesonderte Darstellung dieser Investitionen in der außerordentlichen Gebarung zweckmäßig, weil diese aus laufenden Einnahmen nicht zur Gänze bedeckt werden können und daher die Finanzierung aus den Erlösen von Kreditoperationen notwendig ist. **Die Bedeckung von Investitionen durch Kreditoperationen läßt sich auch wirtschaftlich vertreten, da ihnen eine wertvermehrende und produktivitätssteigernde Wirkung für das Bundesvermögen zukommt.**

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend numerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind.

Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese herkömmliche institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Im Jahre 1954 hat daher erstmalig das Bundesministerium für Finanzen alle Gebarungen, die zur Schaffung neuer Anlagevermögen des Bundes und die der Förderung der Wirtschaft dienen, in eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen erfaßt. Weiters wurden die Ausgaben des Zweckaufwandes, soweit deren Leistungspflicht durch den Bund dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich feststeht, unter eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen zur Darstellung gebracht, um einen Überblick über die bei gleichbleibender Gesetzeslage unbeeinflußbaren Ausgaben zu erlangen.

Im Jahre 1956 hatte sich das Bundesministerium für Finanzen entschlossen, neben der bereits durchgeführten Kennzeichnung der finanzgesetzlichen Ansätze nach wirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten, auch noch die Zugehörigkeit dieser Gebarung zu den Aufgabenbereichen Erziehung und Kultur sowie Wohlfahrt und Wirtschaft erkenntlich zu machen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Arbeiten an der Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes [3]) wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre. In dem Entwurf für ein neues Organisationsschema der Bundesverrechnung wurde auf die besondere Bedeutung der Auswahl und des Einsatzes der Organisationsmittel hingewiesen. Der in Aussicht genommene Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen ließ daher die Frage der Neugliederung des Bundesvoranschlages und der Aufstellung eines Kontenplanes, der eine noch umfassendere und zeitnähere Auswertung der Verrechnungsdaten als bisher gestattet, aktuell werden.

Der beabsichtigte Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingt, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch numerierten System erstellt werden müssen.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch numerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan (derzeit: Postenverzeichnis benannt) hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken [4]):

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Laufende Ausgaben bzw. Einnahmen		Vermögensgebarung	Summe
								Personalaufwand [5])	Sachaufwand [5])		
								Millionen Schilling			
	Finanzgesetzlicher Ansatz										

[3]) Siehe Seite 53/54.

[4]) Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für die nach dem neuen Ansatz- und Kontenplan zu erstellenden Druckhefte des Bundesvoranschlages", herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, 15. Februar 1967.

[5]) Die Untergliederung in Personal- und Sachaufwand entfällt bei den Laufenden Einnahmen.

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages in eine ordentliche und eine außerordentliche Gebarung wird jedem Ansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungsziffer	(Kurzbezeichnung)
Ausgaben der ordentlichen Gebarung	1	A
Einnahmen der ordentlichen Gebarung	2	E
Ausgaben der außerordentlichen Gebarung	5	Ao
Einnahmen der außerordentlichen Gebarung	6	Eo

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
		Oberste Organe:
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	6	Rechnungshof
1		**Innenverwaltung:**
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht
	3	Kunst
	4	Kultus
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
2		**Auswärtige Angelegenheiten:**
	0	Äußeres
3		**Justizwesen:**
	0	Justiz
4		**Landesverteidigung:**
	0	Militärische Angelegenheiten
5		**Finanzen:**
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	6	Familienlastenausgleich
	7	Staatsvertrag
6		**Wirtschaft:**
	0	Land- und Forstwirtschaft
	2	Preisausgleiche
	3	Handel, Gewerbe, Industrie
	4	Bauten und Technik
	5	Verkehr
	6	Verstaatlichte Unternehmungen
7		**Bundesbetriebe:**
	0	Staatsdruckerei
	1	Bundestheater
	2	Bundesapotheken
	3	Salz (Monopol)
	4	Glücksspiele (Monopol)
	5	Branntwein (Monopol)
	6	Hauptmünzamt
	7	Österreichische Bundesforste
	8	Post- und Telegraphenanstalt
	9	Österreichische Bundesbahnen
8	0	**Postsparkassenamt**
9		**Finanzschuld**

Die übrigen Dekaden der finanzgesetzlichen Ansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen.

Dekade „Unterteilung"

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung gesteuert:

Bei den **Ausgabenansätzen** ist die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Gebarungsgruppe	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
Personalausgaben:		
0 = Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalaufwand	Personalaufwand	A/G-P
Sachausgaben:		
1 = Verwaltungsaufwand	Verwaltungsaufwand	V
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessenskredite)	Anlagen	An
4 = Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	F/G

Gebarungsgruppe	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
5 = Förderungsausgaben — Darlehen (Ermessenskredite)	Förderungsausgaben (D)	F-D
6 = Förderungsausgaben — Zuschuß (Ermessenskredite)	Förderungsausgaben	F
7 = Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachaufwand	Aufwandkredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwandskredite — Laufende Gebarung (Ermessenskredite)	Aufwandskredite	A
9 = Aufwandskredite — Vermögensgebarung (Ermessenskredite)	Aufwandskredite (V)	A-V

Bei den **Einnahmenansätzen** ist die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0, 1 Zweckgebundene Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Zweckgebundene Einnahmen	ZL
2, 3 Zweckgebundene Einnahmen (Vermögensgebarung)	Zweckgebundene Einnahmen (V)	ZV
4, 5, 6 Sonstige Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Laufende Einnahmen	L
7, 8, 9 Sonstige Einnahmen (Vermögensgebarung)	Einnahmen (V)	V

Als „Verwaltungsaufwand" ist der Amtssachaufwand der Hoheitsverwaltung laut starrem Postenverzeichnis veranschlagt.

Als „Anlagen" sind die Ausgaben des Zweckaufwandes [einschließlich der Ersatzanschaffungen [6])] bezeichnet, durch die im Vermögen des Bundes eine Umschichtung von Geldwerten in Sachwerte eintritt [7]).

Unter „Förderungsausgaben" sind Darlehen und Zuschüsse an Dritte zur Erfüllung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und sportlicher Aufgaben veranschlagt [8]).

Unter „Aufwandskredite" sind alle Kredite des Zweckaufwandes veranschlagt, soweit sie keine Kredite für Anlagen oder Förderungsausgaben darstellen.

Eine kapitelweise Aufgliederung des gesamten Sachaufwandes nach Gebarungsgruppen enthält die Beilage I c des Bundesfinanzgesetzes.

[6]) Die Gebarungssummen der Anlagen-Kredite sind nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

[7]) Ausgenommen sind die sogenannten „kurzlebigen Wirtschaftsgüter" (Vermögenswerte, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer höchstens 2000 S beträgt), die bei den Aufwandskrediten mitveranschlagt werden (Bagatellgüter).

[8]) Im Bundesvoranschlag 1960 wurde erstmals ersichtlich gemacht, ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungsausgaben (Förderungszuwendungen) handelt. Ab 1968 ist diese Aufgliederung aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte) ersichtlich.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessenskredite

Bei den Gebarungsgruppen sind jeweils die Kredite auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen erforderlichen Krediten veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen" sind die Ausgaben veranschlagt, deren Leistungspflicht durch den Bund dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt ist. Beiträge auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen oder an internationale Institutionen, weiters öffentliche Abgaben sind den „Gesetzlichen Verpflichtungen" gleichgesetzt.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessenskredite dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessenskrediten zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Aufgabenbereich (funktionelle Gliederung der Ausgaben und Einnahmen)

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen. Ursprünglich umfaßte die Gliederung nur 4 und später 11 Aufgabenbereiche. Die Einnahmen wurden im Voranschlag 1967 erstmalig funktionell zugeordnet.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht	EU
12	Forschung und Wissenschaft	FW
13	Kunst	Kn
14	Kultus	Kl
21	Gesundheit	Gh
22	Soziale Wohlfahrt	SW
23	Wohnungsbau	Wb
32	Straßen	St
33	Sonstiger Verkehr	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	PD
41	Landesverteidigung	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der finanzgesetzlichen Ansatz-Kennziffer (siehe Art. III Abs. 10 des Bundesfinanzgesetzes).

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können sein die unmittelbaren Ausgaben für Hoheits- und Betriebsverwaltungen des Bundes, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilserwerbungen an Unternehmungen u. ähnl. handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesbehörden ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie z. B. auch die baulicher Natur.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht" (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Hochschulen, wissenschaftliche Anstalten und Kunstakademien), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft" (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für wissenschaftliche Hochschulen, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst" (Kn) zählen die Aufgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandsbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus" (Kl) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit" (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten und zur Erhaltung der Gesundheit dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt" (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen aus der Arbeitslosenversicherung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (u. a. auch gewisse Preisstützungen), ferner Ausgaben für Soldaten- und Kriegsopferversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronische bzw. unheilbar Erkankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau" (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen" (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr" (Vk) sind erfaßt alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft" (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch einzubeziehen Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft" (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen" auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschl. Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe" (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungsweise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen (ÖD) zählen Einrichtungen wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen u. ähnl. oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen" (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung" (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (z. B. Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit" (SR) gelangen zur Nachweisung die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereiche Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung" (Hv) umfaßt die Ausgaben

für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (z. B. Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof),

für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie z. B. Eich- und Vermessungswesen,

für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgewidmete Mittel für bestimmte Bereiche handelt,

für den Schuldendienst des Bundes,

für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen,

für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und

für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind gleichfalls in diesem Bereich nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatzgliederung, das sind die finanzgesetzlichen Ansätze, hervorgeht und die Untergliederung eines finanzgesetzlichen Ansatzes in verschiedene Aufgabenbereiche besondere Schwierigkeiten bereitet.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 1968 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits [9]) und funktionellen Gesichtspunkten anderseits sowie deren Kombinierung enthält die Anlage I d des Bundesfinanzgesetzes, Seite 184/185. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 1968 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

[9]) Siehe Seite 27.

Neuer Kontenplan für die Bundesverwaltung ab 1968

Die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (siehe Seite 26) sind auf Grund haushaltsrechtlicher Bestimmungen in Posten unterzugliedern. Für das im Bundeshaushaltsrecht vorgesehene Postenschema wurde für Zwecke der elektronischen Budgetdatenverarbeitung ein Kontenplan erstellt, der Konten für die im Sinne des Bundeshaushaltsrechtes zu bildenden Voranschlagsposten beinhaltet.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und der Postengliederung des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

Kontenplan

Kontenklasse (Kla) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	0••• [10])	
Kontengruppe (Gru) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	•0••	
Kontenuntergruppe (Ugr) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	••0•	
Postenstelle (Pst) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	•••0	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	0000	•••
Konto-Kennzifferuntergliederung = Konto-Untergliederung (Kug)	••••	000

Postengliederung

Post-Nummer der Voranschlagspost (VP)

Post-Untergliederung (Pug)

Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

[10]) Aus den Kontenklassen ist die laufende Gebarung und die Vermögensgebarung wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben Kontenklasse	Einnahmen Kontenklasse
Laufende Gebarung	4—7	8
Vermögensgebarung	0—3	0—3

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt die Gliederung des ÖKW-Kontenrahmens [11]) sowie haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögensrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der finanzgesetzlichen Ansätze sind zumindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystemes und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung finanzgesetzlicher Ansätze zu verfeinern und die Numerierung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Laufende Gebarung und Vermögensgebarung

Im Bundesvoranschlag 1960 wurden erstmals die laufenden Einnahmen (Ausgaben) von den Einnahmen (Ausgaben) der Vermögensgebarung getrennt. Laufende Einnahmen und Ausgaben sind solche, die endgültig das Vermögen des Bundes vermehren oder vermindern (vermögensändernd), Einnahmen und Ausgaben der Vermögensgebarung solche, die die Zusammensetzung des Vermögens des Bundes beeinflussen (vermögensumschichtend) [12]).

Betriebsähnliche Verwaltungszweige

Im Bundesvoranschlag 1955 wurden erstmals die Verwaltungszweige der ordentlichen Gebarung besonders hervorgehoben, die einen betriebsähnlichen Charakter aufweisen. Betriebsähnliche Verwaltungszweige sind Einrichtungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Sie werden wie Betriebe geführt, unterscheiden sich von diesen aber dadurch, daß eine Einnahmengewinnung nur insoweit erfolgt, als dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird.

Die Gebarung der betriebsähnlichen Verwaltungszweige wird von der übrigen Gebarung getrennt bei den einzelnen Kapiteln, und zwar in der Regel in eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen gesondert ausgewiesen. In Beilagen zu diesen finanzgesetzlichen Ansätzen werden in den Teilheften die Ausgaben und Einnahmen der einzelnen betriebsähnlichen Einrichtungen weiter aufgegliedert.

Vorhaben, deren Durchführung die Kredite des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind allen Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen oder Verrechnungsposten gesondert veranschlagt.

Seit 1958 sieht das Bundesfinanzgesetz vor, daß nicht in Anspruch genommene Jahreskreditteile von einzeln veranschlagten Bauvorhaben am Jahresende einer Baurücklage zwecks Verwendung im nächstfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

---

[11]) Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (ÖKW): Der Einheitskontenrahmen für die österreichische Wirtschaft. ÖKW-Veröffentlichung Nr. 24, Österreichischer Gewerbeverlag, Wien I.

[12]) In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung ist die Vermögensgebarung vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung" zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den laufenden Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu der Vermögensgebarung.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Ab 1962 sind Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Kredite des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Auf Grund von Sondergesetzen beziehungsweise des Bundesfinanzgesetzes dürfen gewisse Einnahmen nur für bestimmte Ausgaben Verwendung finden. Seit 1965 sieht das Bundesfinanzgesetz vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zugeführt werden können.

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die institutionelle Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesfinanzgesetzes, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Ansätze und anderseits durch den für die Postengliederung der finanzgesetzlichen Ansätze maßgeblichen Kontenplan. Hiebei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

In dem Bewußtsein, daß die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe eine entsprechende Beweglichkeit der Gebarung erfordert, und unter Bedachtnahme auf die Interessen des gesamten Bundeshaushalts sowie unter Berücksichtigung der Haushaltsvorschriften des Bundes wurden erstmalig für das Finanzjahr 1962 nachfolgende Maßnahmen vorgesehen, die eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe ermöglichen:

1. Aufnahme einer Bestimmung in das Bundesfinanzgesetz, durch die das Bundesministerium für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen.

2. Aufnahme einer Bestimmung in das Bundesfinanzgesetz, wonach in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Jahreskreditteile von Anlagenkrediten der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung eine Rücklage zur Verwendung im nächstfolgenden Verwaltungsjahr gebildet werden kann.

3. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleiche innerhalb der Monatszuweisungen für den Sachaufwand ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen.

4. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbrauchter Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an das Bundesministerium für Finanzen.

Bruttoprinzip

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes sind ungekürzt, das ist mit dem Gesamtbruttobetrage, veranschlagt. Bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" sind die den Ländern, den Gemeinden und der Stadt Wien zukommenden Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie weitere auf Grund gesetzlicher Bestimmungen an Gebietskörperschaften, öffentliche Fonds und Kammern zu überweisende Anteile öffentlicher Abgaben abgesetzt, so daß in der Schlußsumme des Kapitels 52 nur der dem Bunde verbleibende Ertrag der öffentlichen Abgaben aufscheint.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages 1968 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1967 und die Erfolgsziffern des Jahres 1966 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften", in denen die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages nach Posten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Verrechnungsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

www.parlament.gv.at

Ausländische Zahlungsmittel

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, sind sie bei den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen nach dem Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1966, Zl. 329.640-15 a/66 (sowie der mit Zl. 302.546-, 305.158-, 307.990- und 309.181-15 a/67 erfolgten Abänderungen), mit nachstehenden Kassenwerten veranschlagt: [13])

	Schilling
100 Afghani	40·00
100 Ägyptische Pfund	3.300·00
100 Angolanische Escudos	75·00
100 Argentinische Pesos	7·35
100 Äthiopische Dollar	1.000·00
100 Australische Dollar	2.875·00
100 Belgische Francs	52·00
100 Bolivianische Pesos	220·00
100 Brasilianische Cruzeiros Novo	950·00
100 Britische Pfund-Sterling	7.220·00
100 Bulgarische Lewa	875·00
100 Chilenische Escudos	490·00
100 Dänische Kronen	374·00
100 Deutsche Mark	649·00
100 Ekuadorianische Sucres	140·00
100 Finnische Mark	803·00
100 Francs der afrikanischen Währungsunion	10·50
100 Französische Francs	525·00
100 Griechische Drachmen	86·00
100 Hongkong Dollar	450·00
100 Indische Rupien	275·00
100 Neue Indonesische Rupiahs	25·00
100 Irakische Dinar	7.000·00
100 Iranische Rial	34·00
100 Irische Pfund	7.220·00
100 Isländische Kronen	60·00
100 Israelische Pfund	750·00
100 Italienische Lire	4·15
100 Japanische Yen	7·00
100 Jordanische Dinar	7.220·00
100 Neue Jugoslawische Dinar	180·00
100 Kambodschanische Riel	50·00
100 Kanadische Dollar	2.400·00
100 Kolumbianische Pesos	150·00
100 Libanesische Pfund	850·00
100 Marokkanische Dirhams	480·00
100 Mexikanische Pesos	210·00
100 Mongolische Tugrik	645·00
100 Niederländische Gulden	714·00
100 Nigerische Pfund	7.220·00
100 Norwegische Kronen	361·00
100 Ostafrikanische Shilling	350·00
100 Pakistanische Rupien	340·00
100 Paraguayische Guarani	21·00
100 Peruanische Soles	95·00
100 Polnische Zloty	26·00
100 Portugiesische Escudos	90·00
100 Rumänische Lei	75·00
100 Saudiarabische Riyal	580·00
100 Schwedische Kronen	500·00
100 Schweizer Franken	598·00
100 Sowjetrussische Rubel	700·00
100 Spanische Pesetas	43·00
100 Südafrikanische Rand	3.500·00
100 Südkoreanische Won	9·50
100 Syrische Pfund	650·00
100 Thailändische Bahts	130·00
100 Tschechoslowakische Kronen	70·00
100 Tunesische Dinar	3.800·00
100 Türkische Pfund	225·00
100 Ungarische Forint	55·00
100 Uruguayische Pesos	30·00
100 US-Dollar	2.582·00
100 Venezolanische Bolivars	580·00
100 Zambische Pfund	7.000·00
100 Zypriotische Pfund	7.220·00
1 kg Gold	28.993·00

[13]) Stand 1. April 1966.

Kurswerte

Die Verrechnung (Abstattung) der in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Ausgaben erfolgt grundsätzlich bei den betreffenden finanzgesetzlichen Ansätzen zum jeweiligen Kurswert zuzüglich der damit verbundenen Spesen, die Verrechnung der Einnahmen in der Regel zum Kurswert abzüglich der Spesen.

Kassenwert

Ausgenommen hievon sind ausländische Zahlungsmittel, die auf Grund besonderer Vorschriften von den Zahlungspflichtigen unmittelbar bei Bundeskassen eingezahlt beziehungsweise von Bundeskassen unmittelbar an die Empfangsberechtigten ausgezahlt werden; diese Gebarungen werden von den Kassen zum Kassenwert verrechnet, desgleichen Zahlungen in ausländischer Währung, die über für bestimmte Bundesdienststellen eröffnete Fremdwährungskonten abgewickelt werden (Erlaß des Bundesministeriums für Finanzen vom 16. Juni 1956, Z. 84.523-15 A; Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung Nr. 208/1956).

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Ausgleichsteuer), der Umsatzsteuervergütungen, der Verkehrsteuern und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 5 Abs. 1 sechster und siebenter Satz sowie des § 6 Abs. 4 des Umsatzsteuergesetzes 1959, BGBl. Nr. 300/1958, § 9 Wertzollgesetz 1955, BGBl. Nr. 60, und § 5 Abs. 5 Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zum jeweils Monatsersten für bestimmte ausländische Währungen Zollwertkurse festgesetzt.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse zur Ermittlung der in Schilling ausgedrückten Zollschuld und für die Barsicherstellung fest (Zollentrichtungskurse).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung", die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung" verlautbart.

Abschnitt V

Bundesgebarung der Vorjahre

Für die Jahre 1945 bis 1966 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, während den Ausführungen für die Jahre 1967 und 1968 die Voranschlagsziffern zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund 8 Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahre 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes. Die Größenordnung der Budgeteinnahmen liegt seit 1953 annähernd bei 30% des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1968

In den Jahren seit 1958 stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Im Jahre 1961 konnte durch entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen das Gesamt-Budgetdefizit auf 0·9 Milliarden Schilling gesenkt werden. Der Staatsschuldenstand blieb am Ende dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Bei der Budgeterstellung für das Jahr 1962 wurde, da keine unmittelbare Änderung der konjunkturellen Situation angenommen werden konnte, ein wirtschaftlich ausgeglichenes Budget als Minimalforderung zu verwirklichen versucht. Hiebei wurde davon ausgegangen, daß der Gesamtabgang, im wesentlichen den Ausgaben der außerordentlichen Gebarung entsprechend, nicht höher sein soll als die im Voranschlag für Schuldentilgung vorgesehenen Beträge. Diesem Grundsatz konnte bei der Durchführung des Budgets im wesentlichen Rechnung getragen werden. Außerdem gelang es das erstemal seit Bestehen der Zweiten Republik, den vorgesehenen Budgetrahmen einzuhalten.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt werden.

Die Schwierigkeiten einer verläßlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren ausschlaggebend für Überlegungen, die Bundeshaushalte ab 1965 konjunkturpolitisch nicht zu überfordern. Daneben wurde als erstrebenswertes Ziel für die Budgets ein Gesamtdefizit in Höhe des Aufwandes für die Tilgung der Finanzschuld des Bundes angesehen, das als währungspolitisch neutral betrachtet werden kann.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung ab 1958 können den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

für das Jahr	Erläuterungen Seite	Einzelheiten über
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59 Voranschlag 1960
1962	23—25	Erfolg 1960 Voranschlag 1961
1963	22—24	Erfolg 1961 Voranschlag 1962
1964	22—24	Erfolg 1962 Voranschlag 1963
1965	23—26	Erfolg 1963 Voranschlag 1964
1966	26—29	Erfolg 1964 Voranschlag 1965
1967	32—35	Erfolg 1965 Voranschlag 1966
1968	36—39	Erfolg 1966 Voranschlag 1967

Rechnungsabschluß 1966

Das Jahr 1966 brachte mit einer Erhöhung des realen Sozialproduktes von 4·4% eine befriedigende Wachstumsrate, mit einer Steigerung der Verbraucherpreise von 2·2% die geringste Preissteigerung seit 1960 und mit einem Zuwachs von 7·3% die stärkste Erhöhung der realen Kaufkraft der Masseneinkommen seit 1961. Zu diesem wirtschaftlichen Erfolg hat auch die Budgetpolitik des Jahres 1966 beigetragen. Der Bundeshaushalt 1966 war auf die Kaufkrafterhaltung und eine der Konjunktur angepaßte Förderung der öffentlichen Investitionen ausgerichtet.

Das Budgetdefizit ist gegenüber dem Jahre 1965 praktisch gleichgeblieben, es hielt sich im Vergleich zum Nachfragezuwachs der Gesamtwirtschaft in engen Grenzen. Auch der Zuwachs der Budgetausgaben und -einnahmen entsprach etwa dem Zuwachs des nominellen Bruttosozialproduktes. Die Einnahmen wichen nur um 0·4% von den Erwartungen ab. Zum erstenmal seit Jahren waren keine Bindungen von Ausgaben notwendig. Die Verwaltung der Staatsschulden stand ebenso wie 1965 im Dienste der Konjunkturpolitik. Der Stand der Auslandschulden wurde um 0·7 Milliarden Schilling verringert, die Zunahme der gesamten Staatsschuld blieb weit hinter der Zunahme des Budgets zurück.

Die konjunkturpolitischen Ziele des Bundeshaushaltes konnten erreicht werden, obwohl im ersten Halbjahr noch mit den Ansätzen des Voranschlages von 1965 budgetiert werden mußte und erst im zweiten Halbjahr der im Juni 1966 beschlossene Voranschlag für das gesamte Jahr 1966 in Kraft trat.

Die Wirkungen des Bundeshaushaltes 1966 auf die Nachfragestruktur und auf die Liquidität der Wirtschaft lassen sich auf Grund des vorläufigen Gebarungserfolges beurteilen:

	Rechnungsabschluß 1965	Rechnungsabschluß 1966	Veränderung	
	in Mrd. S		in Mrd. S	in %
Einnahmen	62·7	68·5	5·8	9·2
Ausgaben	66·6	72·2	5·6	8·4
Abgang	3·9	3·7	—0·2	—
davon Schuldentilgungen und Auslandtransaktionen	3·4	3·0	—0·4	—
Im Inland wirksamer Abgang	0·5	0·7	+0·2	—

Der formelle Abgang des Bundeshaushaltes von 3·7 Milliarden Schilling (gegen 3·9 im Vorjahr) läßt nur beschränkte Rückschlüsse zu, weil darin Schuldentilgungen und Transaktionen mit dem Ausland enthalten sind, die die heimische Nachfrage und Liquidität nur mittelbar beeinflussen. Scheidet man die Schuldentilgungen und Transaktionen mit dem Ausland aus, dann verbleibt ein im Inland nachfragewirksamer Budgetabgang von rund 0·7 Milliarden Schilling, nur um rund 0·2 Milliarden Schilling mehr als im Jahre 1965. Damit ist die laufende Verringerung des inlandswirksamen Defizits seit 1963 erstmals zum Stillstand gekommen. Im Jahre 1963 hatte dieses Defizit noch 2·6 Milliarden Schilling be-

tragen und 1964 1·7 Milliarden Schilling. Bezieht man in diese Rechnung auch die außerbudgetären Finanzierungen für die Telephonautomatisierung, den Straßenbau und sonstige Auftragserteilungen von 1·3 Milliarden Schilling ein, dann betrug das inlandswirksame Defizit im Jahre 1966 2 Milliarden Schilling gegenüber 1·8 Milliarden Schilling im Jahre vorher. Die geringfügige Erhöhung ist angesichts der Konjunkturabschwächung, die sich im zweiten Halbjahr 1966 bemerkbar machte, gerechtfertigt. Auch im Verhältnis zum Wachstum des Bruttonationalproduktes um 18·8 Milliarden Schilling im Jahre 1966 ist der Budgetabgang gering.

Die im Budget ausgewiesenen Gesamtausgaben waren 1966 um 8·4% und die ausgewiesenen Gesamteinnahmen um 9·2% höher als 1965. Führt man ähnliche Korrekturen wie bei der Defizitberechnung durch, so sind die im Inland nachfragewirksamen Ausgaben und Einnahmen des Bundes um 9% gestiegen, nur wenig mehr als das nominelle Bruttonationalprodukt (+8%) und ebenso stark wie die Gesamtnachfrage.

Im Bundeshaushalt 1966 war es — vor allem wegen der Gültigkeit des Budgetprovisoriums im ersten Halbjahr — noch nicht möglich, eine entscheidende Umschichtung zugunsten der wachstumsfördernden Investitionen zu erzielen. Dieser Schritt gelang erst im Voranschlag 1967. Trotzdem konnten die gesamten investitionsfördernden Maßnahmen von 14·2 Milliarden Schilling im Jahre 1965 um rund eine halbe Milliarde Schilling auf 14·8 Milliarden Schilling erhöht werden.

	1965	1966
	Mrd. S	
Eigeninvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung)	7·3	7·6
Bauten und Ausrüstung für die Landesverteidigung aus Inlandsmitteln	0·5	0·6
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft:		
Wohnungsbau und Wasserwirtschaft aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen	2·8	2·9
Sonstige Bereiche (einschließlich Kapitalaufstockung)	2·3	2·4
Auftragserteilungen im Rahmen des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes, des E-Loks- und Güterwagenbeschaffungsprogrammes und von Straßenbauvorhaben	1·3	1·3

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 72·2 Milliarden Schilling entfielen im Jahre 1966 auf den Personalaufwand 25 Milliarden Schilling (35%) und auf den Sachaufwand (ordentliche und außerordentliche Gebarung) 47 Milliarden Schilling (65%). Vom Sachaufwand wurden 7·8 Milliarden Schilling bei der Gebarungsgruppe „Anlagen" für die Herstellung und Anschaffung von Vermögenswerten, 6·5 Milliarden Schilling für Förderungsausgaben und 32·7 Milliarden Schilling für Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen verausgabt. Die bei den Personalansätzen und bei den Gebarungsgruppen „Gesetzliche Verpflichtungen" verrechneten Ausgaben betrugen 52 Milliarden Schilling.

Von den Ressortausgaben sind größenordnungsmäßig gesehen folgende von besonderer Bedeutung: Unterricht und Kunst 6·0 Milliarden Schilling (Vorjahr 5·6); Soziale Verwaltung 10·8 Milliarden Schilling (9·4), hievon die Titel „Sozialversicherung" 7·0 (5·7), „Arbeitslosenversicherung" 1·3 (1·3) und „Kriegsopfer- und Heeresversorgung" 1·9 (1·9); Finanzen 18·5 (18·1), hievon **Kinder- und Familienbeihilfenfonds 5·3** (5·1), Finanzschuld 4·1 (4·2) und Pensionen der Hoheitsverwaltung 3·3 (3·0); Land- und Forstwirtschaft 2·1 (1·9); Handel, Gewerbe und Industrie sowie Bauten und Technik 5·4 (5·0); Landesverteidigung (einschließlich Bauten und Ausrüstung) 3·5 (2·9); Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen 17·0 (15·8), hievon Post- und Telegraphenanstalt 6·1 (5·3) und Bundesbahnen 10·6 (10·3); Preisstützungen 3·2 (2·9).

Bei den Ansätzen für Preisausgleiche stehen den Ausgaben von 3·2 Milliarden Schilling (1965: 2·9) zweckgebundene Einnahmen von 629 Millionen Schilling (1965: 523) aus Ausgleichsbeträgen des Marktordnungsgesetzes beziehungsweise Import- und Frachtenausgleichsbeträgen des Lebensmittelbewirtschaftungs- und Preisregelungsgesetzes gegenüber. Ausgegeben wurden (Vorjahrserfolge in Klammer): für Verbilligungsmaßnahmen 2·6 Milliarden Schilling (2·3), u. zw. für Brotgetreide 620 Millionen Schilling (571), Milch 1489 Millionen Schilling (1331), Futtermittel 193 Millionen Schilling (106) und Düngemittel 298 Millionen Schilling (268); für Förderungsmaßnahmen nach dem Marktordnungsgesetz 232 Millionen Schilling (217); für Überweisungen an den Milchwirtschaftsfonds als Zuschuß zum Gebarungsabgang 295 Millionen Schilling (293) und an den Viehverkehrsfonds 33 Millionen Schilling (23).

Die Gesamteinnahmen des Bundes im Jahre 1966 betrugen 68·5 Milliarden Schilling gegenüber 62·7 Milliarden Schilling im Jahre 1965. Sie wichen nur um 0·4% von den veranschlagten Einnahmen ab. Die Schätzung der Einnahmen war dadurch erleichtert, daß bei Erstellung des Voranschlages 1966 schon die Einnahmen der ersten Monate bekannt waren.

Von den gesamten Einnahmen entfielen 38·8 Milliarden Schilling oder 56·6% (34·9 Milliarden Schilling oder 55·7%) auf die dem Bunde verbleibenden Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben. Weiters erbrachten abgabenähnliche Einnahmen 7·8 (6·9) Milliarden Schilling oder

11·4 (11·0) %; hiezu zählen insbesondere die Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe 5·0 (4·4) und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge 1·2 (1·2) Milliarden Schilling.

Die Betriebseinnahmen erhöhten sich von 14·8 auf 15·6 Milliarden Schilling im Jahre 1966, das sind 22·8 (Vorjahr 23·6) % der Gesamteinnahmen; hievon entfallen auf die Österreichischen Bundesbahnen 7·5 (7·1), die Post- und Telegraphenanstalt 5·7 (5·3), die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols 0·6 (0·6) und die Österreichischen Bundesforste 0·7 (0·6) Milliarden Schilling.

Die übrigen Einnahmen, hauptsächlich Kostenersätze und Verwaltungseinnahmen, beliefen sich im Jahre 1966 auf 6·3 (Vorjahr 6·1) Milliarden Schilling, das sind 9·2 (9·7) % der Gesamteinnahmen.

Die Brutto-Einnahmen an öffentlichen Abgaben erreichten 59·1 Milliarden Schilling, nach Überweisung der Abgaben-Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden und andere Rechtsträger verblieben dem Bund Netto-Einnahmen von 38·8 Milliarden Schilling. Sowohl die Brutto- als auch die Netto-Einnahmen waren um 11·2% höher als im Jahre 1965. Von den direkten Steuern erbrachte die Lohnsteuer 23% höhere Erträge, die Vermögensteuer 11%. Die veranlagte Einkommensteuer brachte 11% mehr, die Körperschaftsteuer um 5% weniger als im Vorjahr. Dafür waren vor allem die gewinnmindernden Auswirkungen der kräftigen Lohnerhöhungen und die ungünstige Ertragslage einiger Großunternehmen maßgebend. Die gleichen Ursachen beeinträchtigten auch das Aufkommen der Gewerbesteuer (+7%).

Der stark wachsende Konsum führte zu Mehreinnahmen bei den Verbrauchssteuern und Zöllen. Von den Verbrauchssteuern erbrachte vor allem die Mineralölsteuer Mehrerträge, sodaß das Gesamtaufkommen um 18% zunahm. Die starke Zunahme der Importe ließ die Zolleinnahmen um 13% wachsen. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer wuchsen mit 9% ebenso stark wie die Gesamtnachfrage der Wirtschaft.

Die Staatsschuldenpolitik war bis gegen Ende des Jahres 1966 bestrebt, die Liquiditätsausweitung in Grenzen zu halten und den inländischen Kapitalmarkt zu schonen. Um eine anti-zyklische Wirkung zu erzielen, wurde der Stand der Auslandsschulden um 0·7 Milliarden Schilling verringert. Der Schatzscheinmarkt wurde mit netto 0·7 Milliarden Schilling in Anspruch genommen, der Anleihemarkt mit netto 0·8 Milliarden Schilling. Die gesamte Staatsschuld stieg von 28·3 Milliarden Schilling um eine Milliarde Schilling auf 29·3 Milliarden Schilling. Auch im Jahre 1965 war die Staatsschuld um eine Milliarde Schilling gestiegen.

Der Zunahme der Staatsschulden von einer Milliarde Schilling im Jahre 1966 stehen rund 0·2 Milliarden Schilling Tilgungen von Schulden gegenüber, die nicht als Staatsschulden zählen. Die Ausweitung der Finanzschulden (ohne Verwaltungsschulden) geht vor allem auf Schuldaufnahmen im Zusammenhang mit den Hochwasserschäden zurück.

Durch Haftungsübernahmen hat der Bund vor allem den Export und Investitionen gefördert. Der Stand der Bundeshaftungen ist von 20·0 Milliarden Schilling zu Ende 1965 um 2·8 Milliarden Schilling auf 22·8 Milliarden Schilling zu Ende 1966 gewachsen. Von der Zunahme der Haftungen entfallen 1·3 Milliarden Schilling auf die Ausfuhrförderung, 0·7 Milliarden Schilling auf Energieanleihen, 0·5 Milliarden Schilling auf Straßenbauunternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, und 0·3 Milliarden Schilling auf Anleihen der Wohnbaufonds.

Voranschlag 1967

Bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1967 waren folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Die Bedeckung für die im folgenden angeführten Mehrausgaben war sicherzustellen, und zwar im wesentlichen

a) für die Mehrerfordernisse aus dem Anwachsen bereits bestandener gesetzlicher Verpflichtungen in Höhe von netto rund 2·4 Milliarden Schilling (größeren Mehrerfordernissen bei Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, Kriegsopferversorgung, Familienbeihilfenfonds, Zahlungen für den Hochwasserschädenfonds, Finanzschuld, Post und Bahn, Landesverteidigung und Bauten stehen größere Mindererfordernisse bei Finanzausgleich und Staatsvertrag gegenüber);

b) für einen höheren Personalaufwand von rund 1·9 Milliarden Schilling (generelle Bezugserhöhung für die aktiven Bediensteten und Pensionisten ab 1. Juni 1966 um 6% und ab 1. Jänner 1967 um 2½%, sonstige Bezugs- und Nebengebührenregelungen, sowie Vermehrung der Dienstposten bei den Bundesbediensteten um 1484 und bei den Landeslehrern, deren Bezüge der Bund trägt, um 332);

c) für Mehrausgaben von rund 2·1 Milliarden Schilling aus zweckgebundenen Einnahmen (insbesondere aus Fernsprechgebühren gemäß Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz, aus der Bundesmineralölsteuer für den Straßenbau und aus dem Beitrag vom Einkommen und Vermögen für den Katastrophenfonds);

d) für die Mehrausgaben aus der Budgetierung von 500 [1]) Millionen Schilling für Waffen- und Gerätekäufe der Landesverteidigung

[1]) BVA. 1967 in der Fassung der 1. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1967, BGBl. Nr. 80.

im Ausland, für die bisher nur im Wege einer Überschreitungsermächtigung vorgesorgt gewesen war;

e) für unabweisliche zur Fortführung der Hoheits- und Betriebsverwaltung erforderliche sachliche Mehrausgaben in Höhe von rund 400 Millionen Schilling.

2. Das Ausmaß der wachstumsnotwendigen Investitionen des Budgets aufrechtzuerhalten bzw. entsprechend auszuweiten.

3. Die erste Etappe des Abbaues von Preisstützungen in einem Ausmaß von rund 900 Millionen Schilling zwecks Freimachung von Budgetmitteln für wachstumsfördernde Ausgaben in Angriff zu nehmen.

4. Die Möglichkeiten zur Herstellung eines währungspolitisch neutralen Budgets ins Auge zu fassen.

Für die **erste Aufgabe** (Bedeckung von Mehrausgaben von rund 7·3 Milliarden Schilling) und die **zweite Aufgabe** (Finanzierung von zusätzlichen Investitionen von rund 1·4 Milliarden Schilling) boten sich an Mehreinnahmen von 4·1 Milliarden Schilling bei den öffentlichen Abgaben (hievon 2·7 Milliarden Schilling bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" und 0·5 Milliarden Schilling Beitrag vom Einkommen und Vermögen für den Katastrophenfonds), 2·3 Milliarden Schilling aus höheren Betriebseinnahmen der Post und Bahn, zum größten Teil aus Tariferhöhungen, 0·3 Milliarden Schilling aus sonstigen Bundeseinnahmen, weiters 0·8 Milliarden Schilling aus Ausgabenersparungen bei den Preisstützungen (Abbau rund 700 und Verminderung des Zuschusses zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds rd. 100 Mill. S) und 1·2 Milliarden Schilling aus Erlösen von Kreditoperationen, da die höheren Tilgungszahlungen der Finanzschuld des Bundes und diesen gleichzusetzenden Verpflichtungen sowie die Auslandskäufe der Landesverteidigung für das Jahr 1967 eine Ausweitung des Budgetabganges in diesem Ausmaß zuließen.

Die Lösung der **dritten Aufgabe** führte zur Verminderung der Preisstützungsbeträge für Brotgetreide und Milch um rund 0·7 Milliarden Schilling und auf der Einnahmenseite zu Mehreinnahmen von rund 0·2 Milliarden Schilling aus der Abschöpfung von Preisgewinnen der Lagerbestände zum 31. Dezember 1966.

Als erstrebenswert für das Budget 1967 im Sinne der **vierten Aufgabe** wurde ein Gesamtdefizit von rund 3·7 Milliarden Schilling angesehen, in welchen Höhe sich der Aufwand für die Tilgungen der Finanzschuld des Bundes und für die Waffen- und Gerätekäufe der Landesverteidigung im Ausland bewegt.

Abschnitt Va

Die Budgetvorschau des Bundesministeriums für Finanzen für die Jahre 1967 bis 1970

Allgemeines

Die Veröffentlichung dieser Budgetvorschau ist bereits in der Budgetrede am 17. Oktober 1966 von Finanzminister Dr. Schmitz angekündigt worden. Damit wurde auch einem Teil des Entschließungsantrages des Finanz- und Budgetausschusses vom 17. November 1966 entsprochen, der am 15. Dezember 1966 vom Nationalrat einstimmig angenommen wurde. Der Entschließungsantrag lautete: „Der Nationalrat ersucht den Bundesminister für Finanzen, ehebaldigst einen Bericht über die voraussichtliche Entwicklung des Bundeshaushaltes in den Jahren 1967 bis 1970 sowie ein auf eine derartige Vorschau gegründetes Budgetkonzept vorzulegen."

Die vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau 1965 bis 1968 [1]) wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Über die Ziele, angewendeten Methoden und Schlußfolgerungen der Vorschau gibt der Einleitungsbericht zu jener Vorschau ausführlich Rechenschaft. Es wird deshalb nur die Weiterentwicklung seit der Veröffentlichung der letzten Vorschau behandelt, im übrigen wird auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen.

Die erste Budgetvorschau diente als Grundlage für wichtige budgetpolitische Entscheidungen. Für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse wurden bereits die Unterlagen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Auch für die budgetpolitischen Entscheidungen im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 wurde die Budgetvorschau in revidierter Form herangezogen. Die Verzögerung bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1966 durch Neuwahlen und Regierungsumbildung und damit auch die verkürzte Zeitspanne für die Erstellung des Voranschlages 1967 ließen es nicht zu, die im Bundesministerium für Finanzen ausgearbeiteten Revisionen der Budgetvorschau zu veröffentlichen. In Zukunft wird eine jährliche Publikation der Revisionen angestrebt.

[1]) Siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, Seite 30/31.

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau sind auch in anderen Ländern die Arbeiten an ähnlichen Projekten weiter fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974" erarbeitet und für die Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Verbesserung der ersten Vorausschätzung vorgenommen. Die ausländischen Arbeiten auf diesem Gebiet sind vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert worden.

Die Grundsätze der bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewendeten Methoden haben sich bewährt. In einigen Fällen sind bei der neuen Budgetvorschau Änderungen vorgenommen worden, die vor allem auf die Stellungnahme des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Budgetvorschau 1965 bis 1968 zurückgehen.

Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalproduktes. Diese Vorausschau für die Jahre bis 1970 wurde vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert.

Während die Vorschau des Institutes für die vorhergehende Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4% pro Jahr rechnete und keine Konjunkturschwankungen prognostizierte, rechnet die neue Vorschau zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4% im Vorhersagezeitraum, enthält aber außerdem eine Konjunkturprognose. Für das Jahr 1968 wird mit einer Wachstumsrate von 3% gerechnet, für 1969 mit 5½% und für 1970 mit einem „normalen" Wachstum von etwa 4%.

Die erste Budgetvorschau war zu konstanten Preisen erstellt worden. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat in seiner Stellungnahme empfohlen, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen mit einer Vorausschätzung von Steigerungen des allgemeinen Preisniveaus zu erstellen, um den Informationswert der Vorschau zu vergrößern. Es wurde deshalb eine Variante der Vorschau errechnet, die mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus von jährlich 2% rechnet.

Erstellung

Sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenschätzungen wurden grundsätzlich nach der gleichen Methode wie bei der ersten Budgetvorschau vorgenommen. Sie enthalten keine zukünftigen Entscheidungen, mit Ausnahme jener Gesetzentwürfe, die bereits dem Nationalrat zur Behandlung vorgelegt worden sind. Dazu gehören: Die Erbschafts- und Schenkungssteuernovelle sowie die Tabaksteuernovelle. Außerdem liegt der Entwurf eines Zwischenzeitengesetzes vor und ist eine Erhöhung der Kinder- bzw. Familienbeihilfen um 20 Schilling, ab dem 3. Kind um 30 Schilling pro Monat ab 1. Jänner 1968 vorgesehen.

Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß es sich um eine Prognose und nicht um ein Budgetkonzept handelt. Die in der Vorschau versuchten Prognosen basieren auf Annahmen, die keine politische Absichtserklärung darstellen, sondern lediglich die notwendigen Vorausschätzungen ermöglichen sollen, ohne daß damit die jährliche im Rahmen der Erstellung des Bundesvoranschlages notwendigen Entscheidungen von Regierung und Parlament präjudiziert werden. Es handelt sich also weder um eine Aussage darüber, was sein wird, noch was eintreffen soll, sondern lediglich um Schätzungen für den Fall der Verwirklichung der ihnen zugrundegelegten Annahmen.

Die längerfristige Budgetvorschau für die Jahre 1967 bis 1970 wurde am 25. Juli 1967 dem Ministerrat vorgelegt und am 28. Juli 1967 dem Parlament übermittelt.

Gesamtübersicht (Ergebnis)

Das zusammengefaßte Ergebnis der Vorschau ergibt folgendes Bild:

Bundesvoranschlag 1967 und Budgetvorschau 1968 bis 1970

	Bundesvoranschlag 1967	Vorschau 1968		Vorschau 1969		Vorschau 1970	
		Insgesamt	Unterschiede gegenüber 1967	Insgesamt	Unterschiede gegenüber 1968	Insgesamt	Unterschiede gegenüber 1969
	Millionen Schilling						
Ausgaben (ordentliche und außerordentliche Gebarung):							
1. Personalaufwand	27.601	30.041	+ 2.440	30.626	+ 585	31.001	+ 375
2. Sachaufwand:							
Gesetzliche Verpflichtungen*)	27.900	30.600	+ 2.700	32.442	+ 1.842	33.121	+ 679
Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen .	6.736	7.155	+ 419	7.921	+ 766	8.788	+ 867
Ermessenskredite	16.451	16.868	+ 417	17.091	+ 223	17.238	+ 147
Sachaufwand (Summe) .	51.087	54.623	+ 3.536	57.454	+ 2.831	59.147	+ 1.693
Ausgaben (Summe) .	78.688	84.664	+ 5.976	88.080	+ 3.416	90.148	+ 2.068
Einnahmen	74.994	75.861	+ 867	79.108	+ 3.247	82.260	+ 3.152
Abgang	3.694	8.803	+ 5.109	8.972	+ 169	7.888	— 1.084
Finanzschuldentilgungen . . .	*2.785*	*2.998*	+ *213*	*3.616*	+ *618*	*3.106*	— *510*

*) Einschließlich Tilgungen der Finanzschuld.

Abschnitt V b
Aufwendungen des Bundes für soziale Wohlfahrt

1. Ausgaben für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt"

Die Ausgaben des Bundes für den Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt" haben im Jahre 1967 beim Sachaufwand 18.868·3 Millionen Schilling und damit 31·31% der wirksamen Ausgaben im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erreicht.

Damit stellt die „Soziale Wohlfahrt" unter den 17 Aufgabenbereichen, die im Rahmen des Bundeshaushaltes unterschieden werden können, den höchstdotierten Sektor dar.

Über 90% des Sachaufwandes für die „Soziale Wohlfahrt" bilden „Gesetzliche Verpflichtungen", die wesentlich zur Starrheit [1]) der Bundesgebarung beitragen. Innerhalb der Gruppe der „Gesetzlichen Verpflichtungen" zeigen die Ausgaben für die „Soziale Wohlfahrt" eine steigende Tendenz.

2. Verteilung der Aufwendungen

Die Transferzahlungen an private Haushalte und an Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie Preisstützungen beanspruchen den weitaus größten Teil der für den Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt" vorgesehenen finanziellen Mittel. Doch werden die Preisstützungen in diesem Abschnitt nicht weiter behandelt.

Die bedeutendsten Ausgabenpositionen für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt" entfallen im einzelnen auf die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung (einschließlich Ausgleichszulagen), auf den Familienlastenausgleich, auf die Leistungen für die Kriegsopfer- und Heeresversorgung sowie auf die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung. Diese Reihenfolge ist seit mehreren Jahren unverändert geblieben. Der Bundesvoranschlag 1967 zeigte folgende Verteilung der Ausgaben:

	Mill. S	
a) Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen		87·2
b) Laufende Transferzahlungen:		
Zuwendungen an private Haushalte		8.650·4
Familienlastenausgleich	5.660·0	
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	1.851·1	
Arbeitslosenversicherung	1.139·3	
Zuwendungen an Körperschaften des öffentlichen Rechtes		8.421·6
Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung	8.113·5	
Überweisungen an den Milchwirtschaftsfonds	300·0	
Überweisungen an Gebietskörperschaften	8·1	
Laufende Zuwendungen an die Wirtschaft		110·5
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	100·0	
Sonstige Zuwendungen	10·5	
Preisstützungen für Brotgetreide und Milch		1.241·0
Sonstige Beihilfen und Unterstützungen		284·9
Laufende Transfers insgesamt		18.708·4
c) Ausgaben der Vermögensgebarung		72·7
Gesamtaufwendungen für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt"		18.868·3

[1]) Siehe Seite 63.

3. Finanzierung

Nur die Ausgaben im Rahmen des Familienlastenausgleiches, der Arbeitslosenversicherung sowie der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe werden überwiegend aus eigenen, zweckgebundenen Einnahmen finanziert. In diesen Ausgabenbereichen tritt der Bund notfalls in Vorlage, indem er Vorschüsse zur Deckung der gesetzlich festgelegten Aufwendungen zur Verfügung stellt. Diese Vorschüsse müssen aus Überschüssen der folgenden Jahre zurückerstattet werden.

Familienlastenausgleich und Arbeitslosenversicherung haben in den vergangenen Jahren eine gegenläufige Entwicklung genommen. Die Leistungsverbesserungen gemäß den Novellen 1960, 1961, 1962, 1963, 1965 und 1966 zum Familienlastenausgleichsgesetz machten es notwendig, in den Jahren 1962 bis 1965 auf die bis 1962 angesammelten finanziellen Reserven zurückzugreifen, womit der Familienlastenausgleichsfonds seither beträchtlich unter seinem Reservesoll geblieben ist.

Die finanzielle Bedeckung für die übrigen Ausgabenbereiche der „Sozialen Wohlfahrt" muß aus den allgemeinen Einnahmen des Bundeshaushaltes gefunden werden. Deren Entwicklung ist daher für eine allfällige Aufstockung der Ausgaben für die „Soziale Wohlfahrt" von ausschlaggebender Bedeutung.

In den kommenden Jahren werden, bedingt durch die steigenden Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung, die Aufwendungen für das Kapitel „Sozialversicherung" wohl absolut als auch relativ im Rahmen des Bundeshaushaltes am stärksten zunehmen und damit auch den Großteil der Einnahmenzuschüsse für sich beanspruchen.

4. Die Aufwendungen im einzelnen

4.1 Beiträge des Bundes zur Sozialversicherung

4.11 Allgemeines

Der Anteil der Ausgaben für Zwecke der sozialen Sicherheit — gemessen am Bruttonationalprodukt — ist in Österreich im Vergleich zu anderen Staaten überdurchschnittlich hoch.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung haben vor allem die Ausgaben der Pensionsversicherung den stärksten Anstieg erfahren. Zu dieser Entwicklung haben demographische Faktoren, eine Ausweitung der Altersversicherung auf andere Bevölkerungsgruppen sowie Leistungsverbesserungen beigetragen. Der Bund hat den Trägern der Pensionsversicherung absolut und relativ steigende Zuschüsse geleistet.

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundeszuschüsse erfolgt ist, waren nach Kriegsende mehreren Änderungen unterworfen. 1945 war der Bund gezwungen, den Sozialversicherungsträgern sofortige finanzielle Hilfe zu leisten. 1949 hat der Bund auf die Rückzahlung dieser Vorschüsse verzichtet. Die Leistungen des Bundes wurden ab dem 1. Juli 1949 auf eine systematische Basis gestellt. Die Finanzierung seitens des Bundes erfolgte nach einem bestimmten festen Hundertsatz des Pensionsaufwandes. Die Beitragssätze des Bundes wurden mehrmals geändert und konnten dank des wirtschaftlichen Aufschwunges und der steigenden Beschäftigung ab dem Jahre 1953 etwas gesenkt werden.

	Beitragssatz
1. Juli 1949 bis 30. Juni 1951	25%
1. Juli 1951 bis 31. Dezember 1953 ..	30%
1954	25%
1955	20%

Das Inkrafttreten des ASVG.[2]) brachte für die Pensionsversicherung der Unselbständigen das System der begrenzten Ausfallshaftung, wobei der Bund die eigenen Einnahmen der Versicherungsträger (1958 bis 1960 95% des Beitragsaufkommens zuzüglich 7% des letztjährigen Reinvermögens) auf 110% des Leistungsaufwandes aufstockte. Den Versicherungsträgern sollte damit ein Anreiz zur sparsamen Gebarung und die Möglichkeit zur Bildung kleiner finanzieller Reserven gegeben werden.

Ab dem Jahre 1961 sind als Provisorium feste Bundesbeiträge, deren Höhe jeweils durch Novellen zum ASVG. festgesetzt wurde, gewährt worden.

Die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung erhält Bundesbeiträge in Höhe von 100% der Eigenleistungen der Landwirtschaft. Der gewerblichen Pensionsversicherung der Selbständigen wurden 6% des Gewerbesteueraufkommens überwiesen sowie eine im Gesetz limitierte Ausfallshaftung zuerkannt.

4.12 Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung

In verschiedenen Novellen zum ASVG. und später auch zum GSPVG.[3]) war der Versuch

[2]) Allgemeines Sozialversicherungsgesetz.
[3]) Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz.

unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuellere Aufwertung der Altrenten der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Ruhegenüsse, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen. Diese Vorgangsweise erforderte gleichzeitig immer eine Erhöhung des Bundeszuschusses.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Rentendynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Gesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallsversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Auf Grund eines Gutachtens des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung beim Bundesministerium für soziale Verwaltung muß bis zum 31. Mai jeden Jahres eine Entscheidung darüber getroffen werden, welcher Faktor für die jährliche Pensionsanpassung herangezogen werden soll. Der Beirat stützt sich dabei auf eine Richtzahl für jedes Kalenderjahr. Die Richtzahlen für 1967 und 1968 betragen 1·081 bzw. 1·064. Sie werden durch Teilung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage des zweitvorangegangenen Jahres durch jene des drittvorangegangenen Jahres ermittelt.

Dem Beirat steht eine vom Bundesministerium für soziale Verwaltung vorgelegte Gebarungsvorschau der Pensionsversicherungsträger für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung.

Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung.

4.131 Die Entwicklung der Pensionsversicherung der Unselbständigen nach dem ASVG.

Wie im Beiratsgutachten vom 26. Mai 1967 ausgeführt, ergibt sich die Entwicklung der wichtigsten Gebarungsposition, des Pensionsaufwandes, aus den personellen Abgangs- und Zuwachsraten in Verbindung mit den entsprechenden Durchschnittswerten der Pensionen, die ihrerseits von der Größe der Anpassungsfaktoren auf Grund der Pensionsdynamik abhängen.

Die finanziellen Entwicklungen der Pensionsversicherung werden in erster Linie charakterisiert durch die Höhe des in den einzelnen Kalenderjahren nicht gedeckten Aufwandes. Letzterer stellt die Differenz zwischen den Gesamtausgaben und den Gesamteinnahmen ohne Berücksichtigung des Bundesbeitrages dar.

Die voraussichtlichen Ergebnisse werden die bei der Erstellung des Pensionsanpassungsgesetzes für das Jahr 1966 durchgeführten Schätzungen übertreffen. Die Ursache liegt in der günstigeren Wirtschaftsentwicklung, die vor allem in der Höhe der Beiträge der Pflichtversicherten ihren sichtbaren Ausdruck findet. Die ursprünglich für 1966 erwartete durchschnittliche Beitragsgrundlage in Höhe von 3148 Schilling monatlich hat tatsächlich 3342 Schilling, d. s. um 6·2% mehr, erreicht. Bei der Ausarbeitung des Beiratsgutachtens 1967 konnte daher die günstigere wirtschaftliche Entwicklung schon weitgehend berücksichtigt werden.

Gebarungsziffern der Pensionsversicherung nach dem ASVG.

	1. 1. 1962	1. 5. 1963	1. 1. 1964	1. 5. 1965	1. 1. 1966	1. 1. 1967
Arbeiter						
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	4.800	4.800	4.800	5.400	5.850	6.300
Beiträge in % der Beitragsgrundlage:						
Dienstgeber	9·00	9·25	9·50	10·00	10·00	10·25
Dienstnehmer	7·00	7·25	7·50	8·00	8·00	8·25
Zusammen	16·00	16·50	17·00	18·00	18·00	18·50
Angestellte						
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	4.800	4.800	4.800	5.400	5.850	6.300
Beiträge in % der Beitragsgrundlage:						
Dienstgeber	7·00	7·25	8·00	8·00	8·00	8·50
Dienstnehmer	6·50	6·75	8·00	7·50	8·50	8·00
Zusammen	13·50	14·00	16·00	15·50	15·50	16·50

Die voraussichtliche Entwicklung des Pensionsaufwandes nach dem ASVG. (Gutachten 1967 und 1968) im Vergleich zu den Schätzziffern des Pensionsanpassungsgesetzes zeigt die nachfolgende Übersicht:

	Pensionsaufwand			Bundesbeitrag	durchschnittliche Beitragsgrundlage
	PAG. [4])	Gutachten 1967	Gutachten 1968		
	Millionen Schilling				Schilling
1967	16.124	16.875	16.860	5.118	3.576
1968	17.575	18.973	18.674	5.860	3.826
1969	18.999	21.238	20.582	6.556	4.094
1970	20.424	23.636	22.641	7.456	4.381
1971	.	.	24.873	8.185	4.688

[4]) Pensionsanpassungsgesetz.

Aus der vorletzten Spalte der vorstehenden Tabelle ist klar erkennbar, in welchem bedeutenden Ausmaß Mittel des Bundes, und zwar als gesetzliche Verpflichtung für die Finanzierung von Pensionszahlungen, herangezogen werden müssen.

4.132 Pensionsversicherung der Selbständigen nach dem GSPVG.

Für die Pensionsversicherung der Selbständigen werden die gleichen Richtzahlen wie für die Pensionsversicherung nach dem ASVG. angewendet. Es wurden daher die gleichen Anpassungsfaktoren zugrunde gelegt.

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Gebarung der Pensionsversicherung nach dem GSPVG. hat sich der Beirat entschlossen, seinem Gutachten nur Berechnungen über die voraussichtliche Gebarung, die der Pensionsversicherung nach dem ASVG. nachgebildet sind, zugrundezulegen.

Auch im Bereich der Pensionsversicherung nach dem GSPVG. spiegelt das vorläufige Gebarungsergebnis 1966 die günstigere Wirtschaftsentwicklung wider. Letztere beeinflußt wohl nicht den Mehrertrag der Versicherungsanstalt, sondern verringert den Bedarf an Bundesmitteln.

Die voraussichtliche Entwicklung des Pensionsaufwandes nach dem GSPVG. wird den Werten des Pensionsanpassungsgesetzes und des Gutachtens 1967 gegenübergestellt:

	Pensionsaufwand			Bundesbeitrag [5])	durchschnittliche Beitragsgrundlage
	PAG.	Gutachten 1967	Gutachten 1968		
	Millionen Schilling				Schilling
1967	1.124	1.120	1.116	546	3.142
1968	1.297	1.301	1.291	677	3.362
1969	1.473	1.491	1.473	810	3.597
1970	1.651	1.687	1.679	965	3.849
1971	.	.	1.905	1.131	4.118

[5]) Für die Pensionsversicherung nach dem GSPVG. ist außer dem Bundesbeitrag die Überweisung eines Betrages aus dem Gewerbesteueraufkommen, der die Einnahmen auf 101·5% der Ausgaben aufstockt, vorgesehen. Dieser Betrag ist in den in der vorletzten Spalte der vorstehenden Tabelle ausgewiesenen Bundesbeiträgen bereits enthalten.

4.133 Zusammenfassung

Die Kostentragung für die Ausgleichszulagen nach dem ASVG. und dem GSPVG. hat der Bund seit dem Jahre 1959 durch das Finanzausgleichsgesetz übernommen. Damit werden die Leistungen der Pensionsversicherung, die unter der Höhe des jeweiligen Richtsatzes liegen, auf diesen angehoben.

Das Beiratsgutachten stellt fest, daß eine von der Richtzahl nach unten abweichende Empfehlung für den Anpassungsfaktor nicht erwogen wurde, da trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage weiterhin mit einer Vollbeschäftigung gerechnet werden kann.

Die Wahl der Richtzahl als Anpassungsfaktor auch für das Jahr 1968 stellt nicht nur eine Kaufkraftsicherung für die Pensionsbezieher dar, sondern darüberhinaus auch eine Teilnahme am steigenden Volkseinkommen. Folgende Übersicht macht dies deutlich.

	Erhöhung der Pensionen um	Erhöhung des Index der Verbraucherpreise
1966	7·0 %	2·2 %
1967	8·1 %	4·0 bis 4·5 % (Schätzung)
1968	6·4 %	3·0 bis 3·5 % (Schätzung)

Die Festsetzung des Anpassungsfaktors 1968 in der Höhe der Richtzahl wird also sicherstellen, daß neben der Abgeltung der Preiserhöhungen auch in den beiden vorangegangenen Jahren eine fühlbare reale Kaufkraftsteigerung der Pensionen eintritt.

4.2 Familienlastenausgleich

Der Nationalrat hat den ersten Schritt zur Anbahnung eines allgemeinen Familienlastenausgleiches mit der Beschlußfassung am 15. Dezember 1954 über das Bundesgesetz, betreffend die Herbeiführung eines Familienlastenausgleiches durch Gewährung von Beihilfen zur Familienförderung und betreffend die Abänderung des Kinderbeihilfengesetzes (Familienlastenausgleichsgesetz), getan.

Der Ausgleich der Familienlasten hat zwischen denjenigen zu erfolgen, die die Lasten im Interesse der gesamten Gesellschaft tragen, und jenen, die solche Lasten nicht zu tragen haben, jedoch bewußt oder unbewußt daraus Nutzen ziehen, daß es andere für sie tun.

Während der letzten Jahrzehnte hatte sich diese Erkenntnis in allen Kulturstaaten durchgesetzt. Der Ausgleich der Familienlasten muß, um keine sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Störungen zu verursachen, schrittweise erfolgen.

Die Gewährung der Beihilfen ergänzt den auf dem Gebiete des Einkommensteuerrechtes vorgesehenen Kinderfreibetrag. Die in der Besteuerung der Familienerhalter in höheren Einkommenstufen stärker zum Ausdruck kommende Entlastung gegenüber den Kinderlosen dient zur Ermöglichung der standesgemäßen Erziehung und Erhaltung der Kinder. Dieses Zusammenspiel zwischen den Ausgleichszahlungen (Beihilfen) und der Steuerpolitik ist notwendig, damit diese familienpolitischen Maßnahmen nicht novellierend wirken und den Grundsatz des Leistungslohnes beziehungsweise des Leistungsertrages nicht beeinträchtigen.

Der damit eingeführte Familienlastenausgleich ist in der Folge durch oftmalige Novellierungen des Familienlastenausgleichsgesetzes ausgebaut worden, wodurch der Familienlastenausgleich zwar zu einem festen Bestandteil der Sozialordnung geworden ist, aber auf sehr unübersichtlich gewordenen Rechtsgrundlagen beruht.

Durch das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 [6]) wurde die gesamte Materie des Familienlastenausgleichsrechtes neu und übersichtlich geordnet. An Stelle der bisherigen laufenden Beihilfen, das sind die Kinderbeihilfe und der Ergänzungsbetrag einerseits, die Familienbeihilfe anderseits sowie die zu diesen Beihilfen gewährte Mütterbeihilfe, wird eine einzige Beihilfe, die Familienbeihilfe, treten, die betragsmäßig höher sein wird als die bisherigen Beihilfen zusammen.

Durch die für die laufende Beihilfe gewählte Bezeichnung „Familienbeihilfe" soll bereits zum Ausdruck kommen, daß es sich bei dieser Beihilfe nicht allein um eine Kinderbeihilfe handelt, sondern daß darin auch noch ein — bisher in der Form der Mütterbeihilfe gewährter — Zuschlag für Mütter in Mehrkinderfamilien enthalten ist. Die Geburten- und Säuglingsbeihilfe wird künftig einheitlich als „Geburtenbeihilfe" ausgezahlt werden. Das Verfahren wird sowohl für die Parteien als auch für die Verwaltung wesentlich vereinfacht.

Generell werden ab 1. Jänner 1968 die laufenden Beihilfen für das 1. und 2. Kind monatlich um je 20 Schilling und für jedes weitere Kind um monatlich je 30 Schilling erhöht.

Die Familienbeihilfen werden somit ab 1. Jänner 1968 bei 14maliger Auszahlung im Jahr monatlich für ein Kind 200 Schilling, für zwei Kinder 460 Schilling, für drei Kinder 855 Schilling, für vier Kinder 1.145 Schilling und für fünf Kinder 1.465 Schilling betragen. Ab dem sechsten Kind werden je Kind weitere 320 Schilling monatlich ausgezahlt.

Die laufende jährliche Beihilfengebarung wird über einen einzigen (an Stelle von zwei) Ausgleichsfonds abgewickelt werden, der als Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bezeichnet wird und dem keine Rechtspersönlichkeit zukommen soll. Die Überschüsse — die bisherigen und die zukünftigen — werden jedoch einem Reservefonds für Familienbeihilfen zugewiesen werden, der eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, wodurch eine Trennung der Mittel dieses Reservefonds von dem Bundesvermögen ermöglicht und gewährleistet wird.

Bei großjährigen Kindern wurde die für die Beihilfengewährung maßgebende Altersgrenze vom vollendeten 25. Lebensjahr auf das vollendete 27. Lebensjahr hinaufgesetzt. Weiters soll bei großjährigen haushaltszugehörigen Kindern der bisher erforderliche Nachweis der überwiegenden Kostentragung entfallen.

Die Aufwendungen im Rahmen des Familienlastenausgleiches sind von 1955 mit 1.639 Millionen Schilling auf 5.660 Millionen Schilling im Jahre 1967 gewachsen. Dieser Anstieg ist überwiegend auf die sukzessive Verbesserung der Leistungen zurückzuführen. Neben einer in mehreren Etappen erfolgten Steigerung der Kinder- und Familienbeihilfen, zuletzt am 1. Jänner 1967 mit je 20 Schilling, sind seit 1956 eine Geburtenbeihilfe sowie seit 1961 eine Säuglings- und eine Mütterbeihilfe eingeführt worden.

4.3 Kriegsopferversorgung, Heeres- und Opferfürsorge

Die Kosten für die Kriegsopferversorgung — dem drittgrößten Leistungszweig des Aufgabenbereiches „Soziale Wohlfahrt" — trägt ausschließlich der Bund. Mehr als 90% des Gesamtaufwandes entfällt auf Renten und rentenähnliche Leistungen, die an Hinterbliebene und Be-

[6]) Vom Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates im Juni 1967 bereits beschlossen. Die Verabschiedung durch den Nationalrat wird in der Sitzung vom 25. Oktober 1967 erfolgen.

schädigte gewährt werden. Die Zahl der Rentner hat seit 1953 um rund ein Drittel abgenommen. Die derzeit gewährten rund 300.000 Kriegsopferrenten werden gemäß einer Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung bis zum Jahre 1972 auf rund 262.000 zurückgehen, der Rückgang wird dabei absolut und relativ schwächer als im letzten Jahrzehnt sein.

Ab 1. Juli 1967 wurden neben den rund 300.000 Kriegsopferrenten 8.300 Opferfürsorgerenten in die Pensionsdynamik einbezogen. Ab diesem Zeitpunkt werden diese Renten um 8·1% und ab 1. Jänner 1968 neuerlich um 6·4% erhöht.

Neben der laufenden Dynamisierung der Bezüge trifft die Novelle zum Kriegsopferversorgungsgesetz zahlreiche weitere Verbesserungen: Einführung einer Schwerstbeschädigtenzulage, Erhöhung der Zusatzrente für Beschädigte und Witwen, Einführung eines Hilflosenzuschusses für Schwerbeschädigte und Hinterbliebene sowie eine Neubewertung des landwirtschaftlichen Einkommens bei der Bemessung der Kriegsopferrenten.

Auf dem Gebiet der Opferfürsorge wurde neben der Einbeziehung in die Pensionsdynamik ein Härteausgleich eingeführt. Diese Maßnahme ermöglicht in Hinkunft in besonderen Fällen trotz des Fehlens eines Rechtsanspruches eine Gewährung von Leistungen der Opferfürsorge. Zahlreiche Verbesserungen der Neuregelung für die Kriegsopferrenten sind in das Leistungsrecht der Opferfürsorgerenten übernommen worden.

Jene Verbesserungen, die für die Kriegsopfer eingeführt wurden, sind auch im Heeresversorgungsgesetz enthalten.

Abschnitt V c

Die österreichische Finanzschuld und deren Struktur

In den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1967 wurde im Abschnitt V c (Seite 43 ff.) unter dem Titel „Die österreichische Finanzschuld und deren Struktur" eine eingehende Darstellung über die österreichische Finanzschuld gegeben, wobei von dem Stand am 31. Dezember 1965 ausgegangen wurde.

Auch in den Jahren 1966/67 wurde die konjunkturgerechte und zahlungsbilanzkonforme Staatsschuldenpolitik fortgesetzt. Das Jahr 1966 stand unter dem Gesichtspunkt einer währungsneutralen Staatsschuldenpolitik, wobei das angestrebte Ziel, die Schuldenaufnahme annähernd den Schuldentilgungen anzupassen, weitgehend erreicht wurde. So hat sich im Jahre 1966 die nicht fällige Finanzschuld gegenüber dem Stand Ende 1965 nur um 1.000·2 Millionen Schilling erhöht, wobei zu bemerken ist, daß von dieser Erhöhung 400 Millionen Schilling durch die Hochwasserkatastrophen der Jahre 1965/66 bedingt waren und 500 Millionen Schilling auf inlandsunwirksame Auslandskredite für Lieferungen an Heeresmaterial entfielen.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz besonders seit dem 2. Halbjahr 1966 veranlaßte den Bund, verstärkt seine Kapitalbedürfnisse im Ausland zu decken. Während in den Vorjahren die starke Aktivierung der Zahlungsbilanz aus währungspolitischen Gründen eine Hereinnahme von Auslandsgeldern und damit eine Vermehrung des inländischen Gesamtumlaufes unzweckmäßig machte, bestanden keinerlei Bedenken mehr, angesichts des eingetretenen Umschwungs in der Zahlungsbilanz in Richtung einer Passivierung die Kapitalbedürfnisse des Bundes in größerem Ausmaß aus dem Ausland zu decken. Gleichzeitig wurde damit auch das Ziel verfolgt, den inländischen Kapitalmarkt zu schonen und für andere inländische Emittenten weitgehend frei zu halten. Von einer gesamten Beanspruchung des Kapitalmarktes im Jahre 1966 von 6.135 Millionen Schilling entfielen auf Anleihen des Bundes 1.500 Millionen Schilling und auf solche der Wohnbaufonds 300 Millionen Schilling.

Durch diese vorsichtige Politik des Bundes auf dem Kapitalmarkt ist es gelungen, den Kapitalmarktzinssatz von 6% zu erhalten, was im Vergleich zu den großen Zinssteigerungen im Ausland als bemerkenswert anzusehen ist. Diese Schuldenpolitik des Bundes wurde dadurch unterstützt, daß auch die Notenbank gegen Ende des Jahres 1966, als sich die Schwächeanzeichen in der österreichischen Wirtschaft und die Anspannungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt stärker bemerkbar machten, währungspolitische Lockerungsmaßnahmen durch vorübergehende Senkung der Mindestreservenverpflichtung und eine verstärkte Offenmarktpolitik im Interesse einer Verflüssigung des Marktes vornahm.

Auch im Jahre 1967 wurde die konjunktur- und zahlungsbilanzorientierte Staatsschuldenpolitik in verstärktem Maße fortgesetzt. Um bei den bestehenden Verlangsamungstendenzen der österreichischen Wirtschaft das Investitionsvolumen des Bundes möglichst aufrechterhalten zu können, wurden die im Bundesfinanzgesetz 1967 gegebenen Kreditermächtigungen bereits in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 fast restlos ausgeschöpft. Dabei wurde im Interesse einer Verflüssigung des Kreditapparates und um den inländischen Kapitalmarkt möglichst zu schonen, verstärkt auf die Möglichkeit von Auslandsfinanzierungen gegriffen. Bis Mitte Oktober 1967 hat der Bund im Inland lediglich eine Bundesanleihe im Umfang von Nominale 800 Millionen Schilling und Anleihen der Wohnbaufonds im Nominale von 200 Millionen Schilling begeben, während der Rest des mit rund 3.800 Millionen Schilling veranschlagten Budgetabgangs überwiegend durch ausländische Kreditoperationen bedeckt wurde. Von anderen Emittenten wurde der inländische Kapitalmarkt bis Mitte Oktober 1967 durch Anleihen im Ausmaße von rund 1.540 Millionen Schilling in Anspruch genommen.

Die Entwicklung der Finanzschuld des Bundes im Jahre 1966 ist tieferstehend dargestellt.

1. Gesamtübersicht

	Mill. S
Die nichtfällige Finanzschuld betrug	
Ende 1965	28.276·7
und Ende 1966	29.276·9
sie hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um	1.000·2
erhöht.	

2. Kreditoperationen im Jahr 1966

2.1 Gesetzliche Kreditermächtigungen

	Mill. S	Mill. S
Art. VI Z. 1 des Finanzgesetzes für das Jahr 1966 (präliminierter Gesamtabgang)		2.537·6
Art. VI Z. 1 letzter Satz, und zwar im Sinne Art. III Abs. 5 Z. 3 für Hochwasserschäden 1965	200·0	
im Sinne Art. III Abs. 5 Z. 2 für das Heer	500·0	700·0
Art. VI Z. 1 a (1. Novelle zum Finanzgesetz 1966, BGBl. 209) für Hochwasserschäden 1966		400·0
Gesamtermächtigung		3.637·6

2.2 Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen

Die gesetzlichen Kreditermächtigungen wurden in Anspruch genommen

	Mill. S	Mill. S
durch die Begebung von zwei öffentlichen Anleihen im Inland in Höhe von insgesamt	1.500·0	
durch die Begebung von Bundesschatzscheinen	1.227·0	
durch die Aufnahme von Versicherungsdarlehen	160·9	
durch die Aufnahme von drei Auslandskrediten	345·3	
durch die Restausnützung zweier ausländischer Heereskredite aus dem Jahr 1962	100·0	
durch sonstige Restausnützungen bzw. Erhöhungen	2·8	3.336·0

	Mill. S
Die im Finanzgesetz 1966 erteilten Kreditermächtigungen wurden somit um	301·6
unterschritten.	
Zu den auf Grund der finanzgesetzlichen Ermächtigungen durchgeführten Kreditoperationen von	3.336·0
kommen weitere Schulderhöhungen, und zwar:	
Weltbank und IDA (Internationale Entwicklungsorganisation), Schatzscheine gemäß 3. Schatzscheingesetz	246·5
Weiterausnützung des DM-Kredites auf Grund des Finanz- und Ausgleichsvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland (BGBl. Nr. 283/1962)	8·8
Gesamte Schulderhöhung	3.591·3
Dem gegenüber stehen Tilgungen von	2.591·1
daher Nettoerhöhung	1.000·2

Im Inland wurden zwei Anleihen, und zwar im Frühjahr 800 Millionen Schilling und im Herbst 700 Millionen Schilling begeben.

Im Hinblick auf das allgemeine Kosten-Niveau im In- und Auslande mußten Zugeständnisse im Begebungskurs und bei der Herbstanleihe auch Zugeständnisse im Rückzahlungskurs gemacht werden. Während bei der Frühjahrsanleihe eine Herabsetzung des Begebungskurses von 98% (Kurs Ende 1965) auf 97% genügte, mußte bei der Herbstanleihe der Begebungskurs auf 96% herabgesetzt und der Rückzahlungskurs in 3 Staffeln von 100% über 101% auf 102% erhöht werden. Die 15jährige Laufzeit konnte bei beiden Anleihen erhalten bleiben; die tilgungsfreie Zeit mußte jedoch bei der Herbstanleihe von bisher 3 Jahren auf 1 Jahr reduziert werden.

Von den zur Teilbedeckung des Budgetabganges 1966 begebenen Bundesschatzscheinen von zusammen 1.227·0 Millionen Schilling konnten 827·0 Millionen Schilling mit einer dreijährigen Laufzeit (Zinsfuß 5 bis 5 3/4%) und 400 Millionen Schilling nur mit einer dreimonatigen Laufzeit (Zinsfuß 2 1/4%) ausgestattet werden.

Bei den auf dem Versicherungssektor aufgenommenen Darlehen (161 Millionen Schilling) mußte ein nomineller Zinsfuß von 6 3/4% gezahlt werden; je nach Laufzeit von 10 und 15 Jahren betrug der Zuzählungskurs 98 1/2 bzw. 98%.

Zur Finanzierung von Waffen- und Gerätelieferungen für das Heer wurden

ein 18monatiger Schatzwechselkredit über 2.500 Millionen Lire (103·75 Millionen Schilling),

ein 18monatiger Schatzwechselkredit über 23·2 Millionen sfrcs (138·3 Millionen Schilling) und

ein 15monatiger Schatzwechselkredit über 4 Millionen $ (103·3 Millionen Schilling) aufgenommen.

Die im Jahr 1962 in den USA und Italien abgeschlossenen Heereslieferungs- bzw. Kreditverträge wurden mit weiteren 100 Millionen Schilling im Jahr 1966 ausgenützt.

Gemäß dem 3. Schatzscheingesetz (BGBl. Nr. 159/1948) wurden im Zuge der Erhöhung der Beitragsleistungen auf Sicht fällige Bundesschatzscheine

für die Weltbank im Betrage von	202·87
und für die IDA im Betrage von	43·68
zusammen	246·55

begeben.

www.parlament.gv.at

	Mill. S
Im Zuge der Einlösung von gemäß dem 3. Schatzscheingesetz begebenen Bundesschatzscheinen wurden im Jahr 1966 für den Internationalen Währungsfonds	48·4
und für die IDA	31·4
zusammen ...	79·8

eingelöst bzw. in einem gleichhohen Betrag die Oesterreichische Nationalbank in Anspruch genommen.

An Konversionen fanden drei Fälle statt, und zwar wurden zwei mittelfristige US-Kommerzbank-Kredite aus den Jahren 1963 und 1964 von je 5 Millionen $ aus den Erlösen der Begebung von Bundesschatzscheinen vorzeitig rückgezahlt bzw. dadurch in Schilling-Schulden umgewandelt. Die hiefür zur Begebung gelangten Bundesschatzscheine von je 129·1 Millionen Schilling konnten in einem Falle mit einer 3jährigen Laufzeit und in dem anderen Falle nur mit einer 4monatigen Laufzeit ausgestattet werden.

Weiters wurden 200 Millionen Schilling dreimonatige Bundesschatzscheine in dreijährige Bundesschatzscheine umgewandelt.

3. Struktur und Entwicklung der österreichischen Finanzschuld

3.1 Auslandsschuld

	Mill. S
Die Auslandsschuld betrug Ende 1966	3.680·3,
wovon auf die alte Auslandsschuld (vor 1938)	511·6
und auf die Auslandsschuld der 2. Republik	3.168·7
entfielen.	
Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Auslandsschuld netto um	676·8
vermindert.	

Diese Nettoverminderung ergibt sich aus Schuldtilgungen:

	Mill. S		
haushaltsmäßig (bar)	872·7		
im Zuge von Konvertierungen in Bundesschatzscheine	258·2	—	1.130·9
aus Schulderhöhungen:			
Restausnützung Heereskredite 1962	100·0		
3 neue mittelfristige Heereskredite	345·3		
aus Finanz- und Ausgleichsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland	8·8	+	454·1
Nettoverminderung...			676·8

	Mill. S
Die Auslandsschuld per Ende 1966 besteht aus titrierten Schulden (Anleihen und Schatzwechsel) im Betrage von	1.902·8
und nicht titrierten Schulden (Schuldscheindarlehen)	1.777·5

Hinsichtlich der Laufzeiten der verschiedenen Auslandsschulden sind 465·1 Millionen Schilling als mittelfristig (bis 5 Jahre) und 3.215·2 Millionen Schilling als langfristig (über 5 Jahre) zu bezeichnen.

702·8 Millionen Schilling der Auslandsschuld sind als sogenannte Sonderschulden zu bezeichnen, also als Schulden, die nicht zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen wurden. Es handelt sich hier um eine kleine Restschuld von rund 6 Millionen Schilling aus einem Nachkriegskredit der USA zum Ankauf von Überschußgütern und um rund 641·1 Millionen Schilling sogenannter SAC (Surplus Agricultural Commodities)-Kredite, die aus dem Erlös der in Österreich abverkauften landwirtschaftlichen Überschußgüter aus den USA an Österreich zur Weitergabe an die österreichische Wirtschaft (Aufbaukredite an die österreichische Wirtschaft) von der Export-Import Bank gewährt wurden. Die restlichen 55·7 Millionen Schilling betreffen Kredite der Bundesrepublik Deutschland auf Grund des Finanz- und Ausgleichsvertrages vom 27. November 1961, BGBl. Nr. 283/1962. Diese Kredite sind für die Errichtung von Wohnungen für Flüchtlinge deutscher Staatsangehörigkeit im Rahmen des Lagerauflösungsprogrammes des Bundesministeriums für Inneres bestimmt.

Dagegen sind 2.977·5 Millionen Schilling als kommerzielle Auslandsschulden zu bezeichnen, also Schulden, die in den vergangenen Jahren zur Teilfinanzierung der Budgetabgänge aufgenommen wurden.

Die Auslandsschuld gliedert sich in folgende Fremdwährungsbeträge:

$	93,229.110'06
£	4,764.745'2
Lire	3.297,721.232'00
sfrcs	113,156.780'25
sKr	3,802.460'42
ffrcs	3,388.942'00
Belgische Franken	9,268.095'35
hfl	529.249'74
DM	8,621.932'39
Peseten	11,534.682'86
Kč (alt)	22,000.000'00
Dänische Kronen	224.305'32

3.11 Entwicklung der Auslandschuld seit 1958

	Höhe in Mill. S	Anteil an der gesamten Finanzschuld des Bundes in %	% des Brutto-Nationalproduktes
Ende 1958	2.444·0	15·34	1·79
Ende 1959	2.260·3	11·43	1·57
Ende 1960	2.328·0	10·43	1·44
Ende 1961	3.218·0	14·40	1·81
Ende 1962	3.682·8	16·00	1·96
Ende 1963	4.156·8	16·59	2·05
Ende 1964	4.992·5	18·28	2·24
Ende 1965	4.357·1	15·41	1·80
Ende 1966	3.680·3	12·57	1·41

3.2 Inlandschuld

			Mill. S
Die Inlandschuld betrug Ende 1966			25.596·6
Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich netto um... erhöht.			1.677·0
Diese Nettoerhöhung ergibt sich aus planmäßigen und veranschlagten Tilgungen	1.396·3		
aus außerplanmäßigen Tilgungen	300·0		
aus sonstigen Tilgungen..	22·1	—	1.718·4
aus folgenden Schulderhöhungen:			
zwei öffentliche Anleihen.	1.500·0		
Versicherungsdarlehen ...	160·9		
Bundesschatzscheine ...	1.227·0		
Weltbank- und IDA-Bundesschatzscheine	246·5		
Sonstige Schulderhöhungen	2·8		
Konversionen (Auslandschuld in Inlandschuld bzw. in Bundesschatzscheine)	258·2	+	3.395·4
		Nettoerhöhung...	1.677·0

Die Inlandschuld per Ende 1966 bestand aus titrierten Schulden im Betrage von ..... Mill. S 19.476·6

hievon Anleihen ..... 16.287·4

Bundesschatzscheine ..... 3.189·2

und nicht titrierten Schulden im Betrage von ..... 6.120·0

Hinsichtlich der Laufzeiten der verschiedenen Inlandanleihen (einschließlich der Bundesschatzscheine) sind

529·1 Mill. S als kurzfristig (nur Bundesschatzscheine),

2.660·1 Mill. S als mittelfristig (nur Bundesschatzscheine),

22.407·4 Mill. S als langfristig

zu bezeichnen.

5.716·3 Millionen Schilling sind als Sonderschulden und 19.880·1 Millionen Schilling sind als kommerzielle Inlandschulden zu bezeichnen.

Zu den Sonderschulden gehören:

	Mill. S
Die Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank im Betrage von	3.059·1
Die 2%igen Kredite der Oesterreichischen Nationalbank für Beitragsleistungen bei internationalen Finanzinstitutionen (Barzahlungen und Einlösung von Schatzscheinen) .	2.065·8
Restforderungen gemäß § 14 WSchG.	49·4
3%ige Rekonstruktionsschuldverschreibungen	229·1
4%ige Bundesschuldverschreibungen, begeben auf Grund des Versicherungswiederaufbaugesetzes	14·5
Schatzscheine, begeben auf Grund des 3. Schatzscheingesetzes (Internationale Finanzinstitutionen)	298·4.

Die Bundesschatzscheine per Ende 1966 im Betrage von 3.189·2 Millionen Schilling gliedern sich in

2.032·6 Mill. S 3jährige Bundesschatzscheine,
329·1 Mill. S 2jährige Bundesschatzscheine,
129·1 Mill. S 4monatige Bundesschatzscheine,
400·0 Mill. S 3monatige Bundesschatzscheine,
298·4 Mill. S auf Sicht fällige Bundesschatzscheine (Internationale Finanzinstitutionen).

3.21 Entwicklung der Inlandschuld seit 1958

	Höhe in Mill. S	Anteil an der gesamten Finanzschuld des Bundes in %	% des Brutto-Nationalproduktes
Ende 1958	13.188·5	84·37	9·65
Ende 1959	17.523·3	88·57	12·23
Ende 1960	19.986·4	89·57	12·39
Ende 1961	19.130·5	85·60	10·78
Ende 1962	19.334·6	84·00	10·27
Ende 1963	20.905·2	83·41	10·31
Ende 1964	22.316·5	81·72	10·02
Ende 1965	23.919·6	84·59	9·90
Ende 1966	25.596·4	87·43	9·83

3.3 Zusammenfassende Daten der Gesamtschuld

		Mill. S
Auslandschuld:		
Anleihen und Schatzwechsel	1.902·8	
Schuldscheindarlehen	1.777·5	3.680·3
Inlandschuld:		
Anleihen	16.287·4	
Bundesschatzscheine	3.189·2	
Schuldscheindarlehen und Sonstiges.....	6.120·0	25.596·6
	Gesamtschuld...	29.276·9

	Mill. S
Die Gesamtschuld gliedert sich:	
in titrierte Schulden	21.379·4
und in nicht titrierte Schulden	7.897·5
oder in	
Sonderschulden	6.419·1
kommerzielle Schulden	22.857·8

Hinsichtlich der (Ursprungs-) Laufzeiten besteht die Gesamtschuld aus

529·1 Mill. S kurzfristige (bis 1 Jahr) Schulden,

3.125·2 Mill. S mittelfristige (bis 5 Jahre) Schulden,

25.622·6 Mill. S langfristige (über 5 Jahre) Schulden.

3.4 Entwicklung der Gesamtschuld seit 1958

	Höhe in Mill. S	% des Brutto-National-produktes
1958	15.632·5	11·44
1959	19.783·7	13·80
1960	22.314·4	13·83
1961	22.348·5	12·59
1962	23.017·4	12·23
1963	25.062·1	12·36
1964	27.309·0	12·26
1965	28.276·7	11·70
1966	29.276·9	11·24

Abschnitt VI
Bundeshaushaltsrecht und Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Allgemeines

Das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 stützt sich vor allem auf die durch Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Bundes-Verfassungsgesetz umrissenen verfassungsmäßigen Grundlagen und trägt überdies jenen Auslegungen, die diese Bestimmungen durch die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 19. Dezember 1962, G 1/2, Slg. Nr. 4340, und vom 10. Dezember 1966, G 22/66-9, erfahren haben, Rechnung.

Besonderes

Zu Artikel II Absätze 2 bis 4

In Ergänzung der auf den verfassungsmäßigen Grundlagen und der auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, beruhenden Möglichkeiten können zur Erzielung des Haushaltsausgleiches in der ordentlichen Gebarung in den Grenzen der Bestimmungen des Art. II Absätze 2 und 3 vom Finanzminister Ersparungsmaßnahmen (Ausgabenrückstellungen) verfügt werden.

Ein Abgang in der ordentlichen Gebarung kann im Verlaufe des Finanzjahres gegebenenfalls durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen eintreten.

Solche Mehrausgaben bedürfen nach der geltenden Rechtslage der Genehmigung des Nationalrates, soweit nicht im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 besondere Bestimmungen (Art. III) vorgesehen sind.

Die Bestimmungen des Art. II Abs. 4 umgrenzen die für die Bedeckung des Abganges in der außerordentlichen Gebarung bestehenden Möglichkeiten.

Zu Artikel II a

In Anbetracht der unbefriedigenden Entwicklung der privaten Investitionstätigkeit wurde zur allfällig erforderlichen Ankurbelung der österreichischen Wirtschaft ein Eventualvoranschlag erstellt, der einerseits die vorgenommenen Kürzungen bei den Anlagen und Förderungsausgaben, darüber hinaus aber noch beträchtliche zusätzliche Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungen vorsieht.

Der Eventualvoranschlag stellt ein konjunkturpolitisches Instrument dar, das nur insoweit eingesetzt werden soll, als dies im Laufe des Jahres 1968 im Interesse einer zusätzlichen Konjunkturbelebung durch den Bund erforderlich erscheint und es die Lage des Kreditmarktes gestattet.

Ob und inwieweit dieser Eventualvoranschlag bei Zutreffen der im Abs. 2 aufgestellten Voraussetzungen tatsächlich angewendet werden soll, bleibt einer gesonderten Beschlußfassung des Nationalrates vorbehalten.

Zu Artikel III

Dieser Artikel regelt zunächst die Verwendung bestimmter im Jahre 1968 anfallenden Mehreinnahmen und stellt jene Voraussetzungen auf, bei deren Vorliegen der Bundesminister für Finanzen ermächtigt sein soll, der Überschreitung bestimmter Ausgabenansätze zuzustimmen.

Schließlich enthält dieser Artikel noch Vorschriften über die gegenseitige Deckungsfähigkeit bestimmter — in engem sachlichen Zusammenhang stehenden — Ansatzbeträge.

Zu Artikel IV

Die im Abs. 3 enthaltene Regelung stellt lediglich eine Verrechnungsvorschrift für den Folgemonat nach Ablauf des Finanzjahres dar und steht daher im Sinne des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 10. Dezember 1966, G 22/66-9, nicht in Widerspruch zu dem im Art. 51 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz festgelegten Grundsatz der Jährlichkeit.

Zu Artikel VI

Zur Klarstellung von Begriffen, die in der im Abs. 1 lit. c neu aufgestellten Formel verwendet werden, sei bemerkt, daß bei Kreditoperationen mit verschiedenen Rückzahlungskursen jener Rückzahlungskurs der Berechnung zugrunde zu legen ist, der in die mittlere Laufzeit fällt. Für die Berechnung der mittleren Laufzeit ist folgende branchenmäßig übliche Formel anzuwenden:

$$\frac{1 + \text{tilgungsfreie Zeit} + \text{Gesamtlaufzeit}}{2}$$

Der „Nettoerlös" ergibt sich aus dem Abzug der Begebungskosten (Emissionsverlust und Provisionen) vom Nominalbetrag.

Zu Artikel VII

Die im Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 vorgesehen gewesene Übernahme der Haftung für die Erste Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ist einem Sondergesetz vorbehalten. Für die Aufnahme der im Bundesfinanzgesetz 1967 vorgesehen gewesenen Bestimmung, betreffend die Übernahme von Verpflichtungen zur Schad- und Klagloshaltung auf dem Kernenergiesektor, besteht derzeit keine Notwendigkeit mehr.

Neu hinzugekommen ist die in der Z. 2 vorgesehene Haftungsübernahme für den Wasserwirtschaftsfonds.

Sowohl in diesem Falle als auch bei den in Z. 3 und 4 vorgesehenen Haftungsübernahmen zugunsten des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sowie des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind nunmehr in die Gesamt- oder Einzelhaftungssummen auch die Zinsen und Kosten einzurechnen.

Sonstige Artikel

Vorstehend nicht erwähnte Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1968 sind, von ihrer Beziehung auf das Jahr 1968 abgesehen, gegenüber dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 inhaltlich nicht geändert worden.

Bundeshaushaltsrecht

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen des Rechnungshofes hat das Bundesministerium für Finanzen noch im Jahre 1967 den Entwurf eines Bundeshaushaltsgesetzes fertiggestellt. Dieser Entwurf versucht, die bewährten Einrichtungen des geltenden Haushaltsrechtes, die bei den seinerzeitigen Verhandlungen über die Neuordnung des Bundeshaushaltswesens gewonnenen Gedanken, weiter die aus der Automatisierung des Rechnungswesens sich ergebenden Notwendigkeiten und sonstigen Ansprüche der Gegenwart und Zukunft genügende Erfordernisse insoweit zu berücksichtigen, als dies bei den gegebenen, eingangs bezogenen verfassungsmäßigen Grundlagen in einem materiellen Bundesgesetz möglich ist.

Im Zeitpunkt der Abfassung dieser Erläuterungen ist das übliche Begutachtungsverfahren hinsichtlich dieses Gesetzentwurfes bereits abgeschlossen und kann sohin damit gerechnet werden, daß der in Rede stehende Entwurf in Kürze der verfassungsmäßigen Behandlung zugeführt wird.

Abschnitt VII

Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1968

Das Bundesfinanzgesetz 1968 weist nachstehende Schlußsummen aus, die gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1967 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	1968 Bundesvoranschlag	1968 Eventualvoranschlag	1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967 *)	Unterschied gegenüber 1967 1968 (nur Bundesvoranschlag) Mill. S	%	1968 (mit Eventualvoranschlag) Mill. S	%
	Mill. S							
Ordentliche Gebarung:								
Ausgaben	81.177	1.560	82.737	74.988	+ 6.189	+ 8·3	+ 7.749	+ 10·3
Einnahmen	77.787	—	77.787	74.992	+ 2.795	+ 3·7	+ 2.795	+ 3·7
Abgang	3.390	1.560	4.950	—	+ 3.394		+ 4.954	
Überschuß	—	—	—	4	—		—	
Außerordentliche Gebarung:								
Ausgaben	3.467	829	4.296	3.701	— 234	— 6·3	+ 595	+ 16·1
Einnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—
Abgang	3.467	829	4.296	3.701	— 234		+ 595	
Gesamtgebarungsabgang	6.857	2.389	9.246	3.697	+ 3.160		+ 5.549	

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Steigerungssätze einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1968	Bundesvoranschlag 1967	Unterschied BVA. 1968 gegenüber BVA. 1967	
	Milliarden Schilling		Milld. S	%
A. Öffentliche Abgaben: [1]				
Direkte [2]	13·7	14·6	— 0·9	— 6·2
Indirekte [3]	29·9	27·1	+ 2·8	+ 10·3
Summe A	43·6	41·7	+ 1·9	+ 4·6
B. Abgabenähnliche Einnahmen [4]	9·4	8·5	+ 0·9	+ 10·6
C. Sonstige Einnahmen:				
Monopole	1·4	1·3	+ 0·1	+ 7·7
Post- und Telegraphenanstalt	7·0	7·2	— 0·2	— 2·8
Österreichische Bundesbahnen	8·2	8·5	— 0·3	— 3·5
Übrige Bundesbetriebe	1·2	1·1	+ 0·1	+ 9·1
Übrige Hoheitsverwaltung	7·0	6·7	+ 0·3	+ 4·5
Summe C	24·8	24·8	—	—
Einnahmen (Summe)	77·8	75·0	+ 2·8	+ 3·7
ab: Zahlungen aus dem Ausland, die die nachfrageunwirksamen Ausgaben vermindern:				
Beitragsleistung auf Grund des Bonner Regierungsabkommens [5]	0·08	0·08	—	—
Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter [6]	0·00	0·00	—	—
Einnahmen aus Vermögensverträgen [7]	0·01	0·02	—0·01	—100·0
Verbleibende Einnahmen	77·71	74·90	+2·81	+ 3·8

*) In der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

[1]) Kapitel 52.

[2]) Titel 520 und 521, weiters Ansatz 52614, 52624, 52694 und zwei Drittel von Titel 527, abzüglich der entsprechenden Überweisungen des Titels 528.

[3]) Titel 522 bis 527 abzüglich der in der Fußnote [2]) angeführten Ansätze sowie abzüglich der entsprechenden Überweisungen des Titels 528.

[4]) Ansatz 13030/Post 8441, 15004/Post 8442, 15580, 15600, 15654, 16304, 56000, 56100, 56110, 56120, 62020, 62120, 62160, 62220, 62320, 62520, 62820, 62904.

[5]) Ansatz 55204.

[6]) Ansatz 15784.

[7]) Ansatz 57210, 57220, 57230, 57240, 57250.

	1968 Bundesvoranschlag	1968 Eventual-voranschlag	1968 Summe	Bundesvoranschlag 1967 *)	Unterschied gegenüber 1967 1968 (nur Bundesvoranschlag) Milld. S	1968 (nur Bundesvoranschlag) %	1968 (mit Eventualvoranschlag) Milld. S	1968 (mit Eventualvoranschlag) %
	Milliarden Schilling							
Ausgaben (ordentliche und außerordentliche Gebarung):								
A. Hoheitsverwaltung (Gruppe 0 bis 6)	57·0	1·8	58·8	52·5	+ 4·5	+ 8·6	+ 6·3	+12·0
B. Betriebsverwaltung (Gruppe 7):								
Monopole	0·9	—	0·9	0·8	+ 0·1	+ 12·5	+ 0·1	+ 12·5
Post- und Telegraphenanstalt	6·8	0·1	6·9	6·9	— 0·1	— 1·4	—	—
Österreichische Bundesbahnen	12·3	0·4	12·7	11·9	+ 0·4	+ 3·4	+ 0·8	+ 6·7
Übrige Bundesbetriebe	1·5	0·0	1·5	1·4	+ 0·1	+ 7·1	+ 0·1	+ 7·1
Summe B...	21·5	0·5	22·0	21·0	+ 0·5	+ 2·4	+ 1·0	+ 4·8
C. Postsparkassenamt (Gruppe 8)	0·6	—	0·6	0·6	—	—	—	—
D. Finanzschuld (Gruppe 9)	5·5	0·1	5·6	4·6	+ 0·9	+ 19·6	+ 1·0	+ 21·7
Ausgaben (Summe)...	84·6	2·4	87·0	78·7	+ 5·9	+ 7·5	+ 8·3	+ 10·5
ab: Nachfrageunwirksame Ausgaben:								
Internationale Finanzinstitutionen [8])	0·26	—	0·26	0·19	+ 0·07	+ 36·8	+ 0·07	+ 36·8
Käufe der Landesverteidigung im Ausland [9])	—	0·10	0·10	0·50	— 0·50	—100·0	— 0·40	— 80·0
Beiträge an internationale Institutionen und sonstige Überweisungen an das Ausland [10])	0·15	—	0·15	0·13	+ 0·02	+ 15·4	+ 0·02	+ 15·4
Tilgungszahlungen der Finanzschuldenverwaltung [11])	3·03	—	3·03	2·79	+ 0·24	+ 8·6	+ 0·24	+ 8·6
Sonstige Tilgungszahlungen [12])	0·37	—	0·37	0·41	— 0·04	— 9·8	— 0·04	— 9·8
Verbleiben Ausgaben...	80·79	2·30	83·09	74·68	+ 6·11		+ 8·41	
Inlandswirksames Defizit...	3·08	2·30	5·38	—	+ 3·30		+ 5·60	
Inlandswirksamer Überschuß...	—	—	—	0·22				

*) In der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

[8]) Ansatz 5/54052.

[9]) Ansatz 4030 und 4031.

[10]) Siehe volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundesvoranschlages, Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz, Beilage O4: Position 14.1 und 14.2.

[11]) Gruppe 9/Vermögensgebarung.

[12]) Titel 547 (netto), Ansatz 54809 (nur 1967), 54819, 54827 (nur Tilgung), 64114.

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditinstitute verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringernde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditinstitute, Kapitalsammelstellen, Unternehmen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger. Die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland veranlagt werden. Die Aufnahme von Anleihen und Krediten des Bundes wird nach dem Voranschlag etwa ebenso groß sein wie die Tilgungszahlungen. Von den Tilgungszahlungen dürfte also weder eine restriktive noch eine expansive Wirkung auf die Nachfrage ausgehen.

Aufgabenstellung

Bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1968 waren folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Die Bedeckung für die nachfolgend angeführten Mehrausgaben war sicherzustellen, und zwar im wesentlichen

a) für einen höheren Personalaufwand von rund 3 Milliarden Schilling,
b) für die Mehrerfordernisse aus dem Anwachsen bereits bestandener gesetzlicher Verpflichtungen von rund 2·4 Milliarden Schilling und
c) für unabweisliche, zur Fortführung der Hoheits- und Betriebsverwaltung erforderliche Mehrausgaben des Sachaufwandes von rund 0·6 Milliarden Schilling.

Nähere Daten über die Zusammensetzung dieser Mehrausgaben enthält der nachfolgende Abschnitt „Änderungen in der Betragshöhe der Gebarungsgruppen".

2. Mit Rücksicht auf die konjunkturelle Situation war das Ausmaß der Investitionsausgaben aufrechtzuerhalten bzw. auszuweiten.

Für die Bedeckung der Mehrausgaben von rund 6 Milliarden Schilling boten sich durch die auch noch 1968 zu erwartende ungünstige Wirtschaftsentwicklung bedingt nur Mehreinnahmen von rund 1 Milliarde Schilling (hievon Familienlastenausgleich 0·7 Milliarden Schilling) an. Für rund 1·8 Milliarden Schilling mußten durch gesetzliche Maßnahmen neue Einnahmen auf dem Sektor der öffentlichen Abgaben geschaffen werden. Die Bedeckung der restlichen 3·2 Milliarden Schilling wird in Erlösen aus Kreditoperationen gefunden, da in gleicher Höhe der Budgetabgang eine Ausweitung erfuhr.

Von den neuen gesetzlichen Maßnahmen auf dem Abgabensektor sind unter anderem folgende Nettobeträge für den Bund zu erwarten:

	Mill. S
Erhöhung des Rechnungsstempels von $^3/_4$% auf 1%	800
Erhöhung der Ausgleichsteuer	600
Tabaksteuer	110

Für Investitionsausgaben und Investitionsförderung sind im Bundesvoranschlag 1968 rund 15·2 Milliarden Schilling (voraussichtlicher Erfolg 1967: rund 16 Milliarden Schilling) und im Eventualvoranschlag rund 2·2 Milliarden Schilling enthalten.

Änderungen in der Betragshöhe der Gebarungsgruppen

Über die wesentlichen Veränderungen auf der Ausgabenseite zwischen den einzelnen Gebarungsgruppen gibt die nachstehende Übersicht Auskunft.

58 **Änderungen in der Betragshöhe der Gebarungsgruppen — Unterschiede gegenüber 1967**

Kennziffer	Gebarungsgruppen	Bundesvoranschlag (ohne Eventualvoranschlag) 1968 ordentliche Gebarung	1968 außerordentliche Gebarung	1967 [1] ordentliche Gebarung	1967 [1] außerordentliche Gebarung	Unterschied BVA. 1968 gegen BVA. 1967 [2] ordentliche und außerordentliche Gebarung Mill. S	%
		Millionen Schilling					
0	**Personalaufwand**	30.598	—	27.600	—	+ 2.998	+ 10·9
	Sachaufwand:						
1	Verwaltungsaufwand	1.816	—	1.572	—	+ 244	+ 15·5
	Anlagen:						
2	Gesetzliche Verpflichtungen.	15	559	15	491	+ 68	+ 13·4
3	Ermessenskredite	6.659	2.290	6.754	2.515	— 320	— 3·4
	Förderungsausgaben:						
4	Gesetzliche Verpflichtungen.	806	—	639	—	+ 167	+ 26·1
5	Darlehen	530	52	566	143	— 127	— 17·9
6	Sonstige Ermessenskredite..	4.569	410	4.585	410	— 16	— 0·3
	Aufwandskredite:						
7	Gesetzliche Verpflichtungen.	28.943	—	26.753	—	+ 2.190	+ 8·2
8	Laufende Gebarung — Ermessenskredite	7.239	156	6.181	143	+ 1.071	+ 16·9
9	Vermögensgebarung — Ermessenskredite	2	—	322	—	— 320	— 99·4
	Sachaufwand (Summe) ..	50.579	3.467	47.387	3.702	+ 2.957	+ 5·8
	Gesamtausgaben (Summe) ..	81.177	3.467	74.987	3.702	+ 5.955	+ 7·6
		84.644		78.689			

Kennziffer	Gebarungsgruppen	Bundesvoranschlag (einschl. Eventualvoranschlag) 1968 ordentliche Gebarung	1968 außerordentliche Gebarung	1967 [1] ordentliche Gebarung	1967 [1] außerordentliche Gebarung	Unterschied BVA. 1968 gegen BVA. 1967 ordentliche und außerordentliche Gebarung Mill. S	%
		Millionen Schilling					
0	**Personalaufwand**	30.598	—	27.600	—	+ 2.998	+ 10·9
	Sachaufwand:						
1	Verwaltungsaufwand	1.816	—	1.572	—	+ 244	+ 15·5
	Anlagen:						
2	Gesetzliche Verpflichtungen.	15	559	15	491	+ 68	+ 13·4
3	Ermessenskredite	7.364	3.066	6.754	2.515	+ 1.161	+ 12·5
	Förderungsausgaben:						
4	Gesetzliche Verpflichtungen.	806	—	639	—	+ 167	+ 26·1
5	Darlehen	540	92	566	143	— 77	— 10·9
6	Sonstige Ermessenskredite..	5.209	410	4.585	410	+ 624	+ 12·5
	Aufwandskredite:						
7	Gesetzliche Verpflichtungen.	29.063	—	26.753	—	+ 2.310	+ 8·6
8	Laufende Gebarung — Ermessenskredite	7.324	169	6.181	143	+ 1.169	+ 18·5
9	Vermögensgebarung — Ermessenskredite	2	—	322	—	— 320	— 99·4
	Sachaufwand (Summe)...	52.139	4.296	47.387	3.702	+ 5.346	+ 10·5
	Gesamtausgaben (Summe)...	82.737	4.296	74.987	3.702	+ 8.344	+ 10·6
		87.033		78.689			

[1]) In der Fassung der 1. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1967, BGBl. Nr. 80.
[2]) Siehe die Erläuterungen auf Seite 59/60.

Nachstehend sind die Unterschiede zwischen den Ausgaben des Bundesvoranschlages 1968 (ohne Eventualvoranschlag) und denen des Bundesvoranschlages 1967 kurz erläutert:

Personalaufwand

Die Mehrausgaben von rund 3·0 Milliarden Schilling sind auf die ganzjährige Auswirkung der mit 1. August 1967 erfolgten Bezugserhöhung für die aktiven Bediensteten und Pensionisten (+ 1.830 Millionen Schilling), auf die Pauschalvorsorge für eine Bezugserhöhung (Besoldungsreform) im Jahre 1968 (+ 296 Millionen Schilling), auf die Einbeziehung der pragmatischen Bediensteten in die gesetzliche Pflicht-Unfallversicherung (+ 50 Millionen Schilling), auf einen höheren Bedarf auf Grund des Pensionsgesetzes (+ 30 Millionen Schilling) und für Mehrleistungsvergütungen im Bereich des Unterrichtsressorts (+ 268 Millionen Schilling) sowie auf sonstige Maßnahmen (+ 627 Millionen Schilling) zurückzuführen.

Weiters verursachte eine Vermehrung der Dienstposten im Unterrichtsressort um 1.346 Bundesbedienstete und 1926 Landesbedienstete Mehrausgaben von 268 Millionen Schilling.

Demgegenüber ergeben sich Minderausgaben aus der Überstellung des im Vorjahr bei der Bundesstraßenverwaltung im Personalaufwand veranschlagten Aufwandes für Bedienstete auf den Sachaufwand (— 217 Millionen Schilling) sowie aus einer Personalverringerung bei den übrigen Ressorts um 1966 Dienstposten für Bundesbedienstete und um 600 Dienstposten für Landesbedienstete (— 154 Millionen Schilling).

Verwaltungsaufwand

Die höheren sachlichen Verwaltungsaufwendungen sind bei sämtlichen Verwaltungszweigen zu verzeichnen und im wesentlichen auf Erhöhung der Reise- und Nebengebühren sowie auf verschiedene Preiserhöhungen zurückzuführen.

Anlagen

Die Mehrausgaben bei den gesetzlichen Verpflichtungen ergeben sich bei der Beteiligung des Bundes an internationalen Finanzinstitutionen, da im Jahre 1968 mit größeren Aufrufen zur Beitragsleistung zu rechnen ist.

Die Anlagen — Ermessenskredite verminderten sich im Bereich Inneres (— 16 Millionen Schilling), beim Effekten- und Geldverkehr des Bundes (— 26 Millionen Schilling), bei der Landesverteidigung (— 157 Millionen Schilling), im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik (—32 Millionen Schilling, und zwar: Bundesstraßenverwaltung — 49, Gebäudeerhaltung — 54, Bundeshochbau einschließlich Schulen der Unterrichtsverwaltung + 62, Übrige + 9), bei den Bundestheatern (— 13 Millionen Schilling), bei der Post- und Telegraphenanstalt (— 85 Millionen Schilling) sowie bei den Österreichischen Bundesbahnen (— 119 Millionen Schilling).

Diesen Minderausgaben stehen Mehrausgaben beim Kapitel „Bundesvermögen" (+ 129 Millionen Schilling Kapitalbeteiligung gegenüber.

Förderungsausgaben

Die Mehrausgaben bei den Förderungsausgaben — Gesetzliche Verpflichtungen sind auf einen höheren Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds (+ 97 Millionen Schilling), auf Mehrausgaben beim Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz (+ 10 Millionen Schilling) sowie bei den Beiträgen zum Anleihedienst der Wohnbaufonds (+ 62 Millionen Schilling) zurückzuführen.

Bei den Förderungsausgaben — Darlehen ergeben sich die Minderausgaben bei den Bundesdarlehen (— 119 Millionen Schilling) und bei den Darlehen des Investitionsfonds (— 20 Millionen Schilling), denen Mehrausgaben bei den Ansätzen für Bezugsvorschüsse gegenüberstehen.

Die Förderungsausgaben — Zuschüsse verminderten sich beim Finanzausgleich durch die Überstellung der Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand von den „Förderungsausgaben" auf „Aufwandskredite — Gesetzliche Verpflichtungen" um 50 Millionen Schilling. Weitere Minderausgaben ergaben sich bei der Finanzverwaltung (— 29 Millionen Schilling), bei der Land- und Forstwirtschaft (— 35 Millionen Schilling) und beim Unterrichtsressort (— 10 Millionen Schilling). Diesen Minderausgaben stehen Mehrausgaben bei den Preisausgleichen (+ 81 Millionen Schilling) und beim Bundesministerium für Bauten und Technik (+ 26 Millionen Schilling, fast ausschließlich nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen für die Bauforschung) gegenüber.

Aufwandskredite

Die Steigerung der gesetzlichen Verpflichtungen ist bei den Aufwandskrediten wie in den Vorjahren überaus hoch. Bei der Finanzschuld beträgt diese 888 Millionen Schilling. Auf die soziale Verwaltung entfallen 686 Millionen Schilling, und zwar im wesentlichen beim Kapitel „Sozialversicherung" um 428, für Einrichtungen der Arbeitsverwaltung um 96 und für Einrichtungen der Kriegsopferversorgung um 170 Millionen Schilling mehr als 1967. Die Ausgaben des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen erhöhten sich um 854 Millionen Schilling. Für Zahlungen an den Hochwasserschädenfonds und für Zahlungen aus Finanzhaftungen mußten um je 52 Millionen Schilling mehr veranschlagt wer-

den. Außerdem haben sich noch bei Äußeres (+ 16 Millionen Schilling), bei der Landesverteidigung (+ 40 Millionen Schilling), bei den Bauten (+ 27 Millionen Schilling), beim Postsparkassenamt (+ 11 Millionen Schilling), bei der Finanzverwaltung (+ 31 Millionen Schilling), beim Finanzausgleich (+ 72 Millionen Schilling, hievon 50 Millionen Schilling durch Überstellung der Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand von den „Förderungsausgaben" auf „Aufwandskredite — Gesetzliche Verpflichtungen"), bei der Staatsdruckerei (+ 12 Millionen Schilling), beim Glücksspielmonopol (+ 45 Millionen Schilling) und beim Branntweinmonopol (+ 27 Millionen Schilling) die gesetzlichen Verpflichtungen wesentlich erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen wesentliche Minderausgaben bei der Post- und Telegraphenanstalt (— 524 Millionen Schilling), bei den Österreichischen Bundesbahnen (— 69 Millionen Schilling) sowie bei den Leistungen auf Grund des Staatsvertrages (— 48 Millionen Schilling) gegenüber.

Die Mehrausgaben bei den sonstigen Aufwandskrediten (Ermessenskrediten) ergeben sich bei Äußeres (+ 20 Millionen Schilling), bei Justiz (+ 10 Millionen Schilling), bei der Land- und Forstwirtschaft (+ 112 Millionen Schilling, hievon 92 Millionen Schilling für Bundesflüsse), bei Bauten und Technik (+ 480 Millionen Schilling, hauptsächlich nach Maßgabe zweckgebundener Eingänge an Bundesmineralölsteuer, hievon 253 Millionen Schilling Überstellung des Aufwandes für Bedienstete aus dem Personalaufwand), bei Verkehr (+ 71 Millionen Schilling), bei der Post- und Telegraphenanstalt (+ 128 Millionen Schilling), bei den Österreichischen Bundesbahnen (+ 69 Millionen Schilling), sowie bei den übrigen Bundesbetrieben (+ 57 Millionen Schilling). Den Mehrausgaben stehen wesentliche Minderausgaben beim Kapitel „Bundesvermögen" (— 118 Millionen Schilling Zahlung an den ERP-Fonds und — 85 Millionen Schilling Buchschuld an das ÖPSA) gegenüber.

Unterschiede der Gebarung 1968 gegenüber 1967

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1968 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1967 hervorgehoben:

A. Ordentliche Gebarung.

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1968	Unterschied gegen 1967
	Mill. S	
Öffentliche Abgaben:		
Direkte Steuern	22.953·0	— 1.686·0
Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge)	4.290·0	— 276·8
Umsatzsteuer samt Zuschlag	17.655·0	+ 1.605·0
Zölle	4.900·0	— 200·0
Tabaksteuer	3.380·0	+ 380·0
Übrige Verbrauchsteuern	5.950·0	+ 512·0
Stempel- und Rechtsgebühren	4.782·0	+ 1.127·0
Verkehrsteuern	3.482·0	+ 286·0
Übrige Einnahmen	240·0	+ 40·0
Zusammen	67.632·0	+ 1.787·2
Ab: Überweisungen an Länder und Gemeinden sowie an Fonds und Kammern	23.997·3	— 143·4
Verbleiben	43.634·7	+ 1.930·6
Unterricht	272·0	— 86·8[1]
Soziales:		
Einrichtungen der Arbeitsverwaltung	1.343·7	+ 71·1
Reservefonds nach dem AlVG.	62·8	— 8·9
Übrige Einnahmen	39·0	+ 3·1
Justiz	610·8	+ 40·8
Militärische Angelegenheiten	99·1	+ 6·4
Münzregal	211·6	— 79·2
Finanzausgleich:		
Beiträge von Ländern und Gemeinden zum Personalaufwand des Allgemeinbildenden Pflichtschulwesens	338·9	+ 97·7
Beiträge von Ländern und Gemeinden zum Personalaufwand des berufsbildenden Schulwesens	136·6	+ 136·6
Beiträge von Ländern und Gemeinden zum Personalaufwand des landwirtschaftlichen Schulwesens	40·7	+ 40·7
Katastrophenfonds, BGBl. Nr. 207/1966	534·0	— 6·0
Übrige Gebarung	225·2	— 8·6
Bundesvermögen:		
Kapitalbeteiligung (Erträge): [2]		
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	330·0	+ 40·0
Sonstige Erträge	228·1	+ 28·6
Kapitalbeteiligung (Erlöse)	12·9	— 9·5
Bundesdarlehen:		
Umwandlung in Kapital	16·4	+ 1·2
Sonstige Rückzahlungen	85·7	— 19·6
Fürtrag	48.222·2	+ 2.178·2

[1]) Überstellung auf „Finanzausgleich".
[2]) Industrie, Banken und E-Wirtschaft.

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1968	Unterschied gegenüber 1967
	Mill. S	
Übertrag	48.222·2	+ 2.178·2
Unbewegliches Bundeseigentum, Veräußerungen	57·6	+ 3·0
Übrige Gebarung	127·9	+ 3·0
Pensionen (Hoheitsverwaltung):		
Pensionsbeiträge	389·0	+ 49·3
Übrige Einnahmen	168·5	+ 17·7
Familienlastenausgleich	7.082·3	+ 712·2
Staatsvertrag:		
Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	236·9	+ 57·6
Übrige Gebarung	12·3	— 9·1
Land- und Forstwirtschaft:		
Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung; Mittel des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen	248·0	— 2·0
Übrige Gebarung	291·8	+ 27·7
Preisausgleiche:		
Brotgetreidepreisausgleich	90·0	— 130·0
Milchpreisausgleich	300·0	+ 3·0
Futtermittelpreisausgleich	160·5	— 41·5
Übrige Gebarung	72·8	+ 6·5
Montangebühren	240·7	— 9·3
Bauten und Technik	357·9	+ 69·3
Verstaatlichte Unternehmungen	81·6	— 24·2
Glücksspiele (Monopol)	492·0	+ 75·4
Österreichische Bundesforste	680·3	+ 21·5
Post- und Telegraphenanstalt	7.000·1	— 230·5
Österreichische Bundesbahnen	8.215·0	— 248·0
Übrige Bundesbetriebe	1.412·8	+ 88·7
Postsparkassenamt	637·7	+ 66·3
Finanzschuld	486·7	+ 89·0
Übrige Einnahmen	722·3	+ 20·8
Summe	77.786·9	+ 2.794·6
Ausgaben: [3])		
Inneres:		
Polizei und Gendarmerie	2.226·0	+ 129·5
Übrige Gebarung	178·8	+ 13·7
Unterricht	7.628·4	+ 1.077·4
Kunst	360·9	+ 3·0
Kultus	138·5	+ 2·2
Soziales:		
Einrichtungen der Arbeitsverwaltung	1.688·2	+ 116·3
Landesinvalidenämter	2.084·6	+ 172·3
Übrige Gebarung	616·7	+ 18·0
Sozialversicherung	8.494·7	+ 428·5
Äußeres	375·9	+ 51·3
Justiz	985·2	+ 100·0
Militärische Angelegenheiten	3.138·1	+ 137·9
Finanzverwaltung:		
Bundesministerium f. Finanzen einschl. elektronische Datenverarbeitungsanlagen	175·8	+ 64·4
Münzregal	122·7	— 20·0
Beitrag zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter	39·0	+ 39·0
Finanzlandesdirektionen	1.497·7	+ [4]) 159·0
Übrige Gebarung	379·8	+ 27·4
Fürtrag	30.131·0	+ 2.519·9

[3]) Einschließlich Personalaufwand.
[4]) Hievon Personalaufwand: 125·0 Millionen Schilling

Unterschiede der Gebarung 1968 gegenüber 1967 (Ansätze) — Laufende Gebarung/Vermögensgebarung

Ausgaben:[1])	Bundesvoranschlag 1968	Unterschied gegenüber 1967
	Mill. S	
Übertrag...	30.131·0	+ 2.519·9
Kassenverwaltung:		
Effekten- und Geldverkehr ...	215·6	— 23·8
Pauschalvorsorge für Personalausgaben.....	295·9	+ 295·9
Übrige Gebarung.....	1·2	+ 1·2
Finanzausgleich:		
Katastrophenfonds nach BGBl. Nr. 207/1966.....	534·0	— 6·0
Übrige Gebarung	484·9	+ 28·6
Bundesvermögen:		
Kapitalbeteiligung:		
Verstaatl. Unternehmungen (Mittel des Investitionsfonds)	54·0	+ 54·0
Verstaatl. Unternehmungen	145·0	+ 65·0
Umwandlung aus Darlehen, Gewinnausschüttungen und Zinsen	1·5	— 0·5
Übrige Ausgaben	69·4	— 53·4
Bundesdarlehen	107·9	— 28·8
Haftungsübernahmen	157·6	+ 51·9
Überweisung an ERP-Fonds ...	1·9	— 118·4
Aufwand für Hochwasserschädenfonds	246·2	+ 52·0
Übrige Gebarung	46·9	— 49·6
Pensionen (Hoheitsverwaltung)..	3.805·0	+ 278·6
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	6.514·0	+ 854·0
Staatsvertrag	199·9	— 46·9
Land- und Forstwirtschaft	1.860·8	+ 87·3
Preisausgleiche.....	2.525·9	+ 178·3
Handel, Gewerbe, Industrie....	349·1	— 18·4
Bauten und Technik:		
Straßenbau	4.283·7	+ 391·9
Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds.....	194·2	+ 62·2
Übrige Gebarung	1.197·9	+ 65·8
Verkehr	530·3	+ 104·2
Verstaatlichte Unternehmungen .	81·6	— 24·2
Glücksspiele (Monopol)	427·6	+ 64·9
Österreichische Bundesforste	714·7	+ 76·9
Post- und Telegraphenanstalt	6.831·7	— 123·1
Österreichische Bundesbahnen ...	11.393·9	+ 408·7
Übrige Bundesbetriebe	1.261·7	+ 71·3
Postsparkassenamt	606·5	+ 55·0
Finanzschuld	5.443·3	+ 887·7
Übrige Ausgaben	462·4	+ 27·1
Summe...	81.177·2	+ 6.189·3

[1]) Einschließlich Personalaufwand.

B. Außerordentliche Gebarung.

Ausgaben:	Bundesvoranschlag 1968	Unterschied gegen 1967*)
	Mill. S	
Militärische Angelegenheiten	420·0	— 100·0
Bundesvermögen:		
Kapitalbeteilung des Bundes:		
Elektrizitätsförderungsgesetz	300·0	—
Internationale Finanzinstitutionen . . .	255·3	+ 67·7
Sonstige Unternehmungen	86·9	+ 19·4
Bundesdarlehen an verstaatlichte Unternehmungen	31·7	— 84·9
Sonstige	20·7	— 5·3
Staatsvertrag:		
Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte . . .	3·4	+ 3·4
Land- und Forstwirtschaft	410·0	—
Bauten und Technik:		
Bundesstraßen (Autobahnen)	—	— 200·0
Bundeshochbau	657·5	+ 87·0
Bundesgebäudeerhaltung .	178·3	— 54·0
Erwerb von Liegenschaften	164·9	+ 1·2
Österreichische Bundesbahnen	938·5	+ 31·0
Summe . .	3.467·2	— 234·5

Laufende Gebarung Vermögensgebarung[1])

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in laufende Gebarung und Vermögensgebarung bewirkt folgendes Bild:

	Ordentliche Gebarung	Ao. Gebarung	Summe
	Mill. S		
Laufende Einnahmen .	76.954	—	76.954
abzüglich laufende Ausgaben	71.131	846	71.977
Verbleiben für Vermögensgebarungen . . .	5.823	— 846	4.977
hiezu Einnahmen der Vermögensgebarung .	833	—	833
Summe .	6.656	— 846	5.810
Ausgaben der Vermögensgebarung	10.046	2.621	12.667
Bedarf an Bedeckungsmitteln für Ausgaben der Vermögensgebarung	3.390	3.467	6.857

Von den laufenden Einnahmen des Bundes werden demnach ungefähr 6% für Vermögensgebarungen verwendet.

[1]) Einschließlich Personalaufwand.

*) In der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Der Heranziehung der Haushaltsmittel für konjunkturpolitische Maßnahmen ist durch die weitgehende Starrheit des Budgets eine Grenze gesetzt. Rund 85% der Haushaltsausgaben sind unantastbar, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Ordentliche und außerordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag 1968		Bundesvoranschlag 1967 *)		Bundesrechnungsabschluß 1966	
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%
Gesetzliche Verpflichtungen: [1]						
Anlagen	574	0·7	506	0·6	417	0·6
Förderungsausgaben	806	0·9	639	0·8	1.914	2·6
Aufwandskredite	28.943	34·2	26.753	34·0	24.393	33·8
Zwischensumme I	30.323	35·8	27.898	35·4	26.724	37·0
Personalaufwand	30.598	36·1	27.601	35·1	25.357	35·1
Verwaltungsaufwand im engeren Sinn [1]	1.816	2·2	1.572	2·0	1.400	1·9
Zwischensumme II	62.737	74·1	57.071	72·5	53.481	74·0
Ausgaben für Bundesstraßen aus zweckgebundenen Einnahmen [2]	4.194	5·0	3.891	5·0	3.402	4·7
Sachaufwand der Bundesbetriebe in der ordentlichen Gebarung [3]	5.832	6·9	5.813	7·4	4.690	6·5
Zwischensumme III	72.763	86·0	66.775	84·9	61.573	85·2
Zuführung an Rücklagen	—	—	—	—	418	0·6
Übrige Gebarung [4]	11.881	14·0	11.915	15·1	10.268	14·2
Gesamtgebarung (Summe)	84.644	100·0	78.690	100·0	72.259	100·0

*) In der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

[1]) Siehe Anlage I c zum Bundesfinanzgesetz.

[2]) Soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

[3]) Soweit nicht in vorstehend angeführten Gebarungsgruppen bereits enthalten. Der größte Teil dieser Ausgaben ist zur Fortführung des Betriebes und zur Erzielung der Einnahmen erforderlich, daher nur bedingt kürzbar.

[4]) Auch diese Ausgaben sind bis zu einem gewissen Grad starr, da daraus der Zweckaufwand für Schulen, für die Exekutive, für den Hochbau u. a. m., zum Teil auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Zweckwidmung von Einnahmen, getätigt werden muß.

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Bruttoinvestitionen des Bundes, für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind. Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die Ausgabengrößen:

	1968 [1] Budesvoranschlag	1968 [1] Eventualvoranschlag	Summe	1967 [1]	1966 [2]
			Mlld. S		
Eigeninvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung) [3] . .	8·9	1·1	10·0	9·3	7·6
Bauten und Ausrüstung (einschließlich Instandhaltung) für die Landesverteidigung aus Inlandmitteln [4]	0·7	0·2	0·9	0·8	0·6
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft:					
Wohnungsbau und Wasserwirtschaft aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen [5] . .	3·1	—	3·1	3·2	2·9
Sonstige Bereiche (einschl. Kapitalaufstokkung) [6]	2·5	0·9	3·4	2·7	2·4
	15·2	2·2	17·4 [7]	16·0 [7]	13·5 [7]

Die für Investitionszwecke im Jahre 1968 zur Verfügung stehenden Beträge des Bundesbudgets werden voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen und Instandhaltung	Investitionsförderung: Zuschüsse	Investitionsförderung: Darlehen	Investitionsförderung: Kapitalbeteiligung	Zusammen
		Milliarden Schilling				
11	Erziehung und Unterricht	0·77	0·12	0·00	—	0·89
12	Forschung und Wissenschaft	0·19	0·31	—	—	0·50
13	Kunst	0·12	0·03	—	—	0·15
21	Gesundheit	0·01	0·00	—	0·00	0·01
22	Soziale Wohlfahrt	0·00	0·15	0·01	—	0·16
23	Wohnungsbau	0·03	3·21	0·09	0·00	3·33
32	Straßen	3·57	0·03	0·00	0·01	3·61
33	Sonstiger Verkehr	4·14	0·04	0·05	0·14	4·37
34	Land- und Forstwirtschaft	0·51	1·13	0·00	0·00	1·64
35	Energiewirtschaft	—	—	0·01	0·35	0·36
36	Industrie und Bergbau	0·02	0·01	0·17	0·33	0·53
37	Öffentliche Dienstleistungen	0·06	0·06	—	0·00	0·12
38	Private Dienstleistungen	0·02	—	0·00	0·00	0·02
41	Landesverteidigung	0·90	—	—	—	0·90
42	Staats- und Rechtssicherheit	0·12	—	—	—	0·12
43	Übrige Hoheitsverwaltung	0·43	0·19	0·00	0·00	0·62
	Summe ...	10·89	5·28	0·33	0·83	17·33
				6·44		

[1]) Voranschlag bzw. Schätzung.

[2]) Bundesrechnungsabschluß.

[3]) Siehe Beilage O6 der Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe).

[4]) Ansatz 1/40103, 1/40108 (nur Instandhaltung), 5/40313 (abzüglich 100 Mill. S Beschaffungen im Ausland), 5/4032, 1/64738 und 5/64833.

[5]) Siehe Fußnote [3]) auf Seite 25 des Teilheftes Kapitel 64 (ohne Beiträge zum Anleihedienst bzw. Bundesbeitrag).

[6]) Investitionsförderung: siehe Beilage O6 der Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz. Kapitalaufstockung: Ansatz 540 (ohne Ansatz 1/54022, 5/54052 und 1/54083).

[7]) Ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministeriums für Finanzen.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebarungsgruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die nachstehende Übersicht zeigt die wichtigsten Daten:

Kennziffer	Ordentliche und außerordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag (ohne Eventualvoranschlag)								
		Personalaufwand	Sachaufwand				Ausgaben (Summe)		Einnahmen	
			Verwaltungsaufwand	Anlagen	Förderungsausgaben	Aufwandskredite	1968	1967 *)	1968	1967
		Milliarden Schilling								
	Aufgabenbereiche:									
11	Erziehung und Unterricht	5.382·2	145·4	692·6	143·9	351·6	6.715·7	5.778·8	665·1	551·1
12	Forschung und Wissenschaft	849·0	130·3	125·9	172·6	715·2	1.993·0	1.853·9	164·4	139·1
13	Kunst	410·4	16·6	24·4	120·0	159·6	731·0	724·9	166·8	152·3
14	Kultus	—	—	—	—	138·5	138·5	136·3	0·0	0·0
	11 bis 14 (Summe)	6.641·6	292·3	842·9	436·5	1.364·9	9.578·2	8.493·9	996·3	842·5
21	Gesundheit	69·0	6·4	4·2	155·5	125·2	360·3	332·4	29·7	27·0
22	Soziale Wohlfahrt	260·3	30·5	2·6	1.979·8	18.722·8	20.996·0	19.111·6	8.976·3	8.330·5
23	Wohnungsbau	—	—	30·4	350·8	0·3	381·5	327·9	51·7	28·0
	21 bis 23 (Summe)	329·3	36·9	37·2	2.486·1	18.848·3	21.737·8	19.771·9	9.057·7	8.385·5
32	Straßen	—	—	3.411·5	4·0	931·4	4.346·9	4.143·1	4.293·5	3.898·5
33	Sonstiger Verkehr	12.133·2	21·2	3.151·7	237·4	4.309·1	19.852·6	19.409·6	15.599·7	16.073·9
34	Land- u. Forstwirtschaft	564·2	10·1	149·2	1.949·1	748·0	3.420·6	3.465·0	1.647·5	1.604·0
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	—	—	354·4	6·4	2·0	362·8	376·6	11·4	11·5
36	Industrie und Gewerbe (einschl. Bergbau)	138·2	3·2	235·9	288·4	208·2	873·9	852·0	643·0	642·5
37	Öffentl. Dienstleistungen	344·1	23·4	31·6	21·1	742·7	1.162·9	1.608·4	913·6	1.430·1
38	Private Dienstleistungen (einschl. Handel)	182·2	92·6	267·5	157·0	578·0	1.277·3	579·2	1.793·2	1.081·0
	32 bis 38 (Summe)	13.361·9	150·5	7.601·8	2.663·4	7.519·4	31.297·0	30.433·9	24.901·9	24.741·5
41	Landesverteidigung	1.301·7	216·9	592·7	22·8	1.523·3	3.657·4	3.632·4	85·7	78·4
42	Staats- und Rechtssicherheit	2.485·7	466·0	72·8	0·2	169·8	3.194·5	2.967·5	864·7	849·1
43	Übrige Hoheitsverwaltung	6.478·2	653·6	375·4	758·5	6.913·8	15.179·5	13.389·9	41.880·6	40.095·3
	41 bis 43 (Summe)	10.265·6	1.336·5	1.040·9	781·5	8.606·9	22.031·4	19.989·8	42.831·0	41.022·8
	Gesammtsumme	30.598·4	1.816·2	9.522·8	6.367·5	36.339·5	84.644·4	78.689·5	77.786·9	74.992·3

*) In der Fassung der Finanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

www.parlament.gv.at

Kennziffer	Ordentliche und außerordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag (mit Eventualvoranschlag)								
		Personalaufwand	Sachaufwand				Ausgaben (Summe)		Einnahmen	
			Verwaltungsaufwand	Anlagen	Förderungsausgaben	Aufwandskredite	1968	1967 *	1968	1967
		Milliarden Schilling								
	Aufgabenbereiche:									
11	Erziehung und Unterricht	5.382·2	145·4	841·2	169·2	351·6	6.889·6	5.778·8	665·1	551·1
12	Forschung und Wissenschaft	849·0	130·3	164·6	207·7	720·2	2.071·8	1.853·9	164·4	139·1
13	Kunst	410·4	16·6	69·2	145·8	159·6	801·6	724·9	166·8	152·3
14	Kultus	—	—	—	—	138·5	138·5	136·3	0·0	0·0
	11 bis 14 (Summe)	6.641·6	292·3	1.075·0	522·7	1.369·9	9.901·5	8.493·9	996·3	842·5
21	Gesundheit	69·0	6·4	4·2	155·5	125·2	360·3	332·4	29·7	27·0
22	Soziale Wohlfahrt	260·3	30·5	3·0	2.077·8	18.724·8	21.096·4	19.111·6	8.976·3	8.330·5
23	Wohnungsbau	—	—	30·4	350·8	0·3	381·5	327·9	51·7	28·0
	21 bis 23 (Summe)	329·3	36·9	37·6	2.584·1	18.850·3	21.838·2	19.771·9	9.057·7	8.385·5
32	Straßen	—	—	3.711·5	4·0	931·4	4.646·9	4.143·1	4.293·5	3.898·5
33	Sonstiger Verkehr	12.133·2	21·2	3.697·2	238·0	4.309·1	20.398·7	19.409·6	15.599·7	16.073·9
34	Land- u. Forstwirtschaft	564·2	10·1	169·0	2.362·1	806·0	3.911·4	3.465·0	1.647·5	1.604·0
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	—	—	354·4	6·4	2·0	362·8	376·6	11·4	11·5
36	Industrie und Gewerbe (einschl. Bergbau)	138·2	3·2	351·9	337·4	208·2	1.038·9	852·0	643·0	642·5
37	Öffentl. Dienstleistungen	344·1	23·4	40·3	55·1	742·7	1.205·6	1.608·4	913·6	1.430·1
38	Private Dienstleistungen (einschl. Handel)	182·2	92·6	267·5	157·0	578·0	1.277·3	579·2	1.793·2	1.081·0
	32 bis 38 (Summe)	13.361·9	150·5	8.591·8	3.160·0	7.577·4	32.841·6	30.433·9	24.901·9	24.741·5
41	Landesverteidigung	1.301·7	216·9	785·7	22·8	1.556·3	3.883·4	3.632·4	85·7	78·4
42	Staats- und Rechtssicherheit	2.485·7	466·0	89·3	0·2	169·8	3.211·0	2.967·5	864·7	849·1
43	Übrige Hoheitsverwaltung	6.478·2	653·6	425·0	767·3	7.033·8	15.357·9	13.389·9	41.880·6	40.095·3
	41 bis 43 (Summe)	10.265·6	1.336·5	1.300·0	790·3	8.759·9	22.452·3	19.989·8	42.831·0	41.022.8
	Gesamtsumme	30.598·4	1.816·2	11.004·4	7.057·1	36.557·5	87.033·6	78.689·5	77.786·9	74.992·3

*) In der Fassung der Finanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

Bereinigte Budgetgebarung Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen [1]), Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf

[1]) Diese betrieblichen Einrichtungen, wie z. B. Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, Salinen, Post- und Telegraphenanstalt, Bundesforste oder Österreichische Bundesbahnen, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe [1]) des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zum Beispiel Erlöse aus dem Salzverkauf, Postgebühren, Verkehrseinnahmen der Bundesbahn) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlauferposten") vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlages gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung kann dem Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit" und „Bilanzklarheit" nicht entraten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Neuregelung

Anläßlich der parlamentarischen Behandlung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1963 faßte der Nationalrat eine Entschließung, wonach Doppelveranschlagungen bei den Verwaltungsfonds (Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen) in den Entwürfen der Bundesfinanzgesetze ab 1964 beseitigt werden sollen.

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch der Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde erstmalig im Bundesvoranschlag 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt. Demnach werden die bisher auf der Ausgabenseite veranschlagten Durchlauferposten nur mehr auf der Einnahmenseite als Absetzungen von Einnahmenbeträgen in Vorspalten — sichtbar und bruttomäßig — ausgewiesen.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Bruttonationalproduktes beziehungsweise Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte beziehungsweise im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlauferposten" in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Neuregelung saldiert sind.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe [1]) des Bundes sowie das Postsparkassenamt nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-) Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlauferposten") ausgeschieden [1]).

Aus der nachstehenden Übersicht sind die bereinigten Budgetgebarungen der Jahre 1966 bis 1968 sowie die Einnahmen ersichtlich, die dem Bunde tatsächlich von auswärts zufließen und von den Bundesdienststellen für die ihnen derzeit übertragenen Aufgaben in Anspruch genommen werden:

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 66.

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 66.

Bundesvoranschläge: Ordentliche und außerordentliche Gebarung. Bundesrechnungsabschluß: Einschließlich der nicht veranschlagten Anlehensgebarung.	Bundesvoranschlag 1968 **)		Bundesvoranschlag 1967 †)		Bundesrechnungsabschluß 1966	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
Gesamtgebarung (brutto)	84.644	77.787	78.689	74.992	*) 72.258	*) 68.563
Abgang		6.857		3.697		3.695
Bereinigte Bundesgebarung.						
Gruppe 0 bis 6 und 9	62.470	59.349	57.100	56.328	52.949	52.335
hiezu: Überschuß des Postsparkassenamtes		31		20		75
Monopolerträgnisse [1b])		517		502		534
Überschuß des Hauptmünzamtes		29		21		26
der Bundesapotheken		0		0		1
der Post- u. Telegr.-Anstalt		168		276	[1a]) 369	0
Abgang der Staatsdruckerei	6		4		30	
der Bundestheater	315		323		268	
des Salzmonopols	9		8		—	
der Bundesforste	34			[10]) 21		[10]) 35
der Bundesbahnen	4.117		3.430		3.085	
Zwischensumme I [2])	66.951	60.094	60.865	57.168	56.701	53.006
ab: „Durchlauferposten" [3])	[4])	[4])				
1. Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds	20	20	1	1	120	120
2. Katastrophenfonds-Gebarung des Bundes	347	347	351	351	.....	.....
3. Kosten des Münzregals	122	122	143	143	112	112
4. Haftungsübernahmen des Bundes; Rückersätze	7	7	9	9	10	10
5. Abrechnungsreste aus der Preisausgleichsgebarung	.....	.....	.....	.....	9	9
6. Sonstige	..... [6])	..... [6])	..... [6])	..... [6])	..... [6])	..... [6])
Durchlauferposten (Summe)	496	496	504	504	251	251
hiezu: Anlehensgebarung	.....	.....	.....	.....	22	3.434
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung [7])	66.455	59.598	60.361	56.664	56.472	56.189
Abgang		6.857		3.697		283
Brutto-Nationalprodukt (BNP)	[8]) 296.000		[8]) 276.800		260.500	
Bereinigte Budgetausgaben in % des BNP	22·5		21·8		21·7	

*) Ohne Anlehensgebarung.

**) Ohne Eventualvoranschlag.

[1]) Siehe z. B. Beilage O1 auf Seite 442 der Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1967.

†) In der Fassung der Bundesfinanzgesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 80.

[1a]) Abgang.

[1b]) 1967 und 1968 ohne Salzmonopol.

[10]) Überschuß.

[2]) Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

[3]) Ausgaben- und Einnahmenbeträge, die zufolge haushaltsrechtlicher und sonstiger Vorschriften von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen sind und daher nur Durchlauferposten darstellen, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben sind.

Nicht ausgewiesen als Durchlauferposten wurden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 (1967/1968) als Einnahmen aufscheinen, sowie insbesondere Zahlungen der Bundesdienststellen für Leistungen von Betrieben und betriebsähnlichen Einrichtungen (z. B. Leistungen der Post, Bahn und Staatsdruckerei, des Postsparkassenamtes, der Arbeitsbetriebe in der Justizverwaltung).

[4]) Die Gebarungen der Durchlauferposten werden im Jahre 1968 bei folgenden Ansätzen verrechnet:

	Ausgaben	Einnahmen
1.	53306 und 53406 bis 53446	53300
2.	53436 und 53446	53400
3.	50108	76404
4.	54707	54704
5.	62...	62...

[5]) Nur Verrechnungsposten.

[6]) Neben den ausgewiesenen, betragsmäßig ins Gewicht fallenden Gebarungen gibt es noch eine Anzahl von weiteren Durchlauferposten, deren Erfassung Mehrarbeit verursachen würde, die in keinem Verhältnis zum Aussagewert der Postensumme steht.

[7]) Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

[8]) Schätzung.

Abschnitt VIII

Erläuterungen der Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1968 sowie Vergleiche mit den Voranschlags(Gebarungs)ziffern der Jahre 1967 (1966)

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	3·1	8·0	11·1	0·0
1967**)	3·4	9·1	12·5	0·0
1968**)	3·7	8·5	12·2	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Die höheren Sachaufwendungen im Voranschlag 1967 sind überwiegend durch die Aufwendungen für offizielle Staatsbesuche bedingt, demgegenüber werden im Jahre 1968 diese Aufwendungen geringer sein.

Bezüge

Die Bezüge des Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz, BGBl. Nr. 57/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 273/1956 und 16/1962 geregelt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Aufgaben

Der Wirkungskreis des Bundespräsidenten ist in Artikel 65 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 geregelt.

Ehrenzeichenkanzlei

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei. Die bei der Verleihung von Ehrenzeichen zu entrichtenden Verwaltungsabgaben regelt die Verordnung BGBl. Nr. 198/1956.

Das Statut für das Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich enthält die Verordnung BGBl. Nr. 54/1953 in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 199/1954 und 197/1956. Das Statut für das Österreichische Ehrenzeichen (Ehrenkreuz) für Wissenschaft und Kunst ist aus der Verordnung BGBl. Nr. 180/1956 zu ersehen.

Für Orden und Ehrenzeichen sind beim Ansatz 01008 0·89 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Titel 020 Nationalrat

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	8·8	60·0	68·8	1·5
1967**)	11·2	70·6	81·8	1·6
1968**)	11·4	75·9	87·3	1·7

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1967 ist auf die Erhöhung der Bezüge für die Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der vermehrte Sachaufwand ist im wesentlichen durch die Intensivierung der parlamentarischen Tätigkeit und die Erhöhung der Entschädigungen der Abgeordneten zum Nationalrat im Zusammenhang mit den Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Gesetzliche Grundlagen

Die Entschädigungen der Mitglieder des Nationalrates sind im Bundesgesetz vom 29. Feber 1956, BGBl. Nr. 57, in der Fassung BGBl. Nr. 273/1956, 16/1962 und 194/1966, geregelt.

Die Beiträge zum Personal- und Sachaufwand der Parlamentarischen Klubs sind durch BGBl. Nr. 286/1963, in der Fassung BGBl. Nr. 108/1966 und 50/1967 geregelt.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemäß Artikel 24 Bundes-Verfassungsgesetz gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzesändernden Inhaltes sind, berufen und hat das Interpellations- und Resolutionsrecht. Ferner bedarf die Festsetzung von Eisenbahntarifen, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren und Preisen von Monopolgegenständen sowie von Bezügen der in Betrieben des Bundes ständig beschäftigten Personen der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates. Schließlich bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates. Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Als Beitrag zur Interparlamentarischen Union, die ihren Sitz in Genf hat und der die Parlamente zahlreicher europäischer und außereuropäischer Staaten angehören, ist bei den gesetzlichen Verpflichtungen ein Betrag von 30.000 Schilling veranschlagt.

Zur Bestreitung der mit der Teilnahme österreichischer Parlamentarier an den Arbeiten der IPU verbundenen Kosten ist ein Betrag von 400.000 Schilling vorgesehen.

Titel 021 Bundesrat

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	—	7·3	7·3	0·3
1967 **)	—	9·4	9·4	0·3
1968 **)	—	10·0	10·0	0·3

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben ab 1967 sind im wesentlichen auf die Erhöhung der Entschädigungen der Mitglieder des Bundesrates im Zusammenhang mit den Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Aufwand

Bei diesem Titel wird lediglich der Sachaufwand veranschlagt, der den Bundesrat im besonderen betrifft. Die übrigen Sachaufwendungen werden ebenso wie der gesamte Personalaufwand beim Titel 020 mitveranschlagt.

Entschädigung der Mitglieder

Für die Entschädigungen und laufenden Zuwendungen für Mitglieder des Bundesrates gelten dieselben gesetzlichen Bestimmungen wie für Mitglieder des Nationalrates.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemäß Artikel 24 Bundes-Verfassungsgesetz gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Einspruchserhebung zu den vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüssen mit Ausnahme der in Art. 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzesändernden Inhaltes sind, zu.

*) Bundesrechnungsabschluß
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	0·9	2·2	3·1	0·0
1967**)	1·1	2·3	3·4	0·0
1968**)	1·2	2·5	3·7	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ist auf die Bezugserhöhung für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand ist im wesentlichen durch den steigenden Aktenanfall und die dadurch bedingte längere Dauer der Verhandlungsperioden verursacht.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes fußt auf den Artikeln 126a und 137 bis 148 [1]) des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und auf folgenden einschlägigen Verfassungsgesetzen, Gesetzen, Verordnungen und Kundmachungen:

Verfassungsgerichtshofgesetz 1953, BGBl. Nr. 85/1953, in der Fassung BGBl. Nr. 11/1955, BGBl. Nr. 171/1956, BGBl. Nr. 18/1958, BGBl. Nr. 185/1964 und BGBl. Nr. 297/1964, Unvereinbarkeitsgesetz, BGBl. Nr. 294/1925 (Novelle: BGBl. Nr. 100/1931) und Kundmachung des Bundeskanzleramtes, betreffend die Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Letzte Novellierung: BGBl. Nr. 212/1964.

Aufgaben

Die Aufgaben des Verfassungsgerichtshofes sind sehr vielseitig. Er entscheidet

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder oder Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde erledigt werden können,

über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Staatsverträgen oder die Gesetzmäßigkeit von Verordnungen,

nach Erschöpfung des Instanzenzuges über Beschwerden wegen Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte der Parteien,

über die Anfechtung von Wahlen in die allgemeinen Vertretungskörper und in die Kammern sowie über Anträge auf Erklärung von Mandatsverlusten,

über Ministeranklagen,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten (auch zwischen sich selbst und dem Verwaltungsgerichtshof) sowie zwischen Bund und Ländern und Ländern untereinander,

bei Meinungsverschiedenheiten über die Einschaubefugnisse des Rechnungshofes.

Auf Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung hat der Verfassungsgerichtshof festzustellen, ob ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt.

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	11·7	1·5	13·2	0·5
1967**)	12·8	1·6	14·4	0·5
1968**)	14·1	1·7	15·8	0·5

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1967 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand seit 1967 ist im wesentlichen durch Einrichtungskosten im Zusammenhang mit der Generalsanierung des Gebäudes bedingt.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofes sind Artikel 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und folgende einschlägige Bundesgesetze, beziehungsweise sonstige Normen maßgebend:

Bundesverfassungsgesetz vom 9. Oktober 1946 über die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, BGBl. Nr. 211, in der Fassung der Bundesverfassungsgesetze vom 12. Juli 1962, BGBl. Nr. 205, und vom 18. Juli 1962, BGBl. Nr. 215, sowie des Bundesverfassungsgesetzes vom 15. Juli 1964, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz neuerlich abgeändert wird, BGBl. Nr. 212, Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965, BGBl. Nr. 2, einschließlich der Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 4. Jänner 1965, BGBl. Nr. 4, die Bundesgesetze vom 1. Februar 1946 und vom 10. Dezember 1947, womit Bestimmungen über die Altersgrenze der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes getroffen werden, BGBl. Nr. 57/1946 und Nr. 13/1948, sowie die Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 9. März 1965, betreffend die Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Ihm obliegt gemäß Artikel 130 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Entscheidung über Beschwerden — mit Ausnahme der in Artikel 133 des Bundes-Verfassungsgesetzes angeführten Angelegenheiten —, mit denen Rechtswidrigkeit von Bescheiden der Verwaltungsbehörden oder Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden behauptet wird.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 06 Rechnungshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	14·4	5·2	19·6	0·2
1967**)	16·0	7·2	23·2	0·2
1968**)	17·4	7·0	24·4	0·2

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1967 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Die Mehrausgaben im Sachaufwand ab Voranschlag 1967 sind im wesentlichen durch eine intensivere Einschautätigkeit bedingt.

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Bezüge des Präsidenten und Vizepräsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 29. Feber 1956, BGBl. Nr. 57, in der Fassung BGBl. Nr. 273/1956 und 16/1962 geregelt.

Der Vizepräsident des Rechnungshofes ist in den Bezügen gemäß § 21 des Rechnungshofgesetzes 1948 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 22. Juli 1959, BGBl. Nr. 179, den Staatssekretären gleichgestellt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Gesetzliche Grundlagen

Der Rechnungshof übt seine Tätigkeit auf Grund des Bundesgesetzes vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, aus.

Die Funktion des Vizepräsidenten des Rechnungshofes wurde mit Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 171/1959, geschaffen.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung der gesamten Wirtschaft des Bundes und der Gebarung des selbständigen Wirkungskreises der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mehr als 20.000 Einwohnern) sowie der Gebarung der Träger der Sozialversicherung.

Der Rechnungshof hat auch die Gebarung jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellte Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu erstellen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Die Kosten für das „Ständige Internationale Sekretariat der obersten Rechnungskontrollbehörden", mit dessen ständiger Führung der österreichische Rechnungshof vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut wurde, werden seit 1965 unter einem gesonderten Ansatz veranschlagt.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Titel 100 Bundeskanzleramt

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	38·4	72·3	110·7	10·4
1967 **)	42·7	83·2	125·9	10·6
1968 **)	45·3	93·5	138·8	12·4

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, im Jahre 1968 außerdem auf die Veranschlagung der Entschädigungen für Nebentätigkeit, welche bisher im Sachaufwand verrechnet wurden, zurückzuführen.

Die wesentlichsten Unterschiede beim Sachaufwand sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

	1966*)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Bezugsvorschüsse	1·1	1·4	1·4
Sondermaßnahmen der Bundesregierung	6·0	8·6	6·0
Ruhe- und Versorgungsgenüsse gemäß BGBl. Nr. 16/1962	5·7	6·3	6·6
Amtssitzabkommen IAEA	6·2	6·7	6·5
Amtssitzabkommen UNIDO	—	—	7·4
Repräsentationsausgaben	2·8	2·2	2·7
Österreichischer Nationalfeiertag	—	—	1·7
Austria Wochenschau	1·0	2·0	2·0
Kurzwellenfunk	10·4	11·8	10·0
Bundespressedienst	8·5	10·9	15·4
Bundesgesetzblatt	4·0	3·4	4·0
Übrige Gebarung	26·6	29·9	29·8
Summe	72·3	83·2	93·5

Die unterschiedlichen Einnahmen sind im wesentlichen bedingt durch die Beiträge gemäß BGBl. Nr. 16/1962, § 5, durch die gegenüber den Vorjahren verminderten zweckgebundenen Beiträge zur Amerikawerbung des Bundespressedienstes und durch geringere Erlöse aus dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes. Erstmals sind die Beiträge der Gemeinde Wien zu den Kosten des provisorischen Amtssitzes der UNIDO veranschlagt.

Ansatz 1000 Allgemeine Sektionen

Der Voranschlag umfaßt beim Ansatz 1000 „Allgemeine Sektionen" die Gebarung des Bundeskanzleramtes mit Ausnahme der gesondert veranschlagten Gebarung der Sektion „Wirtschaftliche Koordination" (Ansatz 1001) und der Gebarung aus der Herausgabe des Bundesgesetzblattes (Ansatz 10028).

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Förderungsausgaben

Die „Förderungsausgaben" in der Höhe von 6·04 Millionen Schilling betreffen eine Vorsorge für Sondermaßnahmen der Bundesregierung (6·00 Millionen Schilling) und eine Subvention für den Österreichischen Presseklub (0·04 Millionen Schilling).

Gesetzliche Verpflichtungen

Die bei den gesetzlichen Verpflichtungen veranschlagten Entschädigungen des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers, der Bundesminister und der Staatssekretäre in der Höhe von 7·24 Millionen Schilling sind im Bundesgesetz über die Bezüge der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, bestimmter oberster Organe der Vollziehung und des Präsidenten des Rechnungshofes, BGBl. Nr. 57/1956 [2]), geregelt.

Weiters ist für die Verpflichtungen der Bundesregierung aus dem Amtssitzabkommen (BGBl. Nr. 82/1958) mit der Internationalen Atomenergie-Agentur mit einem Betrag von 6·54 Millionen Schilling vorgesorgt (Ergänzende Vereinbarung: BGBl. Nr. 40/1965).

Für die Verpflichtung der Bundesregierung aus dem Amtssitzabkommen (BGBl. Nr. 245/1967) mit der „Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung" ist erstmalig ein Betrag von 7·44 Millionen Schilling veranschlagt.

Schließlich sind hier auch noch die Ruhebezüge und Versorgungsgenüsse gemäß BGBl. Nr. 16/1962 für ehemalige Präsidenten des Rechnungshofes, Landeshauptmänner und Mitglieder der Bundesregierung bzw. deren Angehörige und die Ruhe- und Versorgungsgenüsse an ehemalige Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes bzw. deren Angehörige gemäß BGBl. Nr. 297/1964 veranschlagt.

Sonstige Aufwandskredite

In den unter „Sonstige Aufwandskredite" vorgesehenen 34·11 Millionen Schilling ist der Aufwand für den Bundespressedienst in Höhe von 15·35 Millionen Schilling, der Aufwand für die Repräsentationsausgaben der Bundesregierung mit 2·70 Millionen Schilling, die Kosten der Veranstaltungen aus Anlaß des Österreichischen Nationalfeiertages 1968 in der Höhe von 1·70 Millionen Schilling, ein vertragliches Entgelt für Leistungen der Austria-Wochenschau-Ges. m. b. H. unverändert mit 2·00 Millionen Schilling, eine Entschädigung für den Nachrichtendienst des Kurzwellenfunks in Höhe von 10·0 Millionen Schilling, die Abonnementgebühr an die Austria Presse Agentur unverändert mit 2·21 Millionen Schilling und ebenfalls unverändert 0·15 Millionen Schilling für die Bibliothekserfordernisse der Administrativen Bibliothek im Bundeskanzleramt enthalten.

[1]) und [3]) (frei).
[2]) In der Fassung BGBl. Nr. 16/1962.

Die Administrative Bibliothek wurde im Jahre 1849 beim Innenministerium gegründet und ressortiert seit 1923 zum Bundeskanzleramt. Sie ist die Amtsbibliothek des Bundeskanzleramtes, steht jedoch auch allen anderen Wiener Behörden zur Verfügung. Sie enthält vor allem Gesetzessammlungen und verwaltungswissenschaftliche Werke. Sie hat ebenso wie die Nationalbibliothek und die Wiener Universitätsbibliothek Anspruch auf ein Pflichtexemplar [4]) von jedem in Österreich erscheinenden Buch.

Der Aufwand für den Bundespressedienst betrifft unter anderem Propagandaaktionen im Ausland (Allgemeine Österreichwerbung und Amerikawerbung), die vom Bundeskanzleramt (Bundespressedienst) durchgeführt werden. Die den Vertretungsbehörden im Ausland für allgemeine Informationszwecke zugewiesenen Kredite sind bei Kapitel 20 veranschlagt. Für das Jahr 1968 sind auch Ausgaben aus Anlaß des 50. Jahrestages der Wiederkehr des Entstehens der Republik Österreich veranschlagt.

Im Eventualvoranschlag ist für technische Einrichtungen bei den Anlagen mit einem Betrag von 250.000 Schilling vorgesorgt.

Ansatz 1001 Sektion Wirtschaftliche Koordination

Bei diesem Ansatz wird der Aufwand der Sektion für wirtschaftliche Koordination im Bundeskanzleramt (Sektion V) einschließlich der Österreichischen Delegation bei der OECD [5]) in Paris veranschlagt.

Die Abteilung 11 b dieser Sektion übt die Funktion der Geschäftsführung des auf Grund des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, am 1. Juli 1962 errichteten und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten ERP-Fonds aus. Die daraus dem Bund erwachsenden Kosten werden gemäß § 23, Abs. 1, des vorgenannten Gesetzes ersetzt und beim Ansatz 2/10014 vereinnahmt.

Förderungsausgaben

Der bei den Förderungsausgaben dieses Ansatzes veranschlagte Betrag setzt sich aus dem Beitrag Österreichs zu den IAEA-Stipendien (0·21 Millionen Schilling) und dem Beitrag Österreichs für die im Rahmen der OECD durchzuführenden technischen und wissenschaftlichen nationalen Projekte (0·02 Millionen Schilling) zusammen.

Laut den von der OECD für die vorerwähnten Projekte aufgestellten Durchführungsrichtlinien ist die Beteiligung zumindest eines zweiten Landes Voraussetzung. Die Finanzierung erfolgt in der Weise, daß 50% der Projektkosten aus den von amerikanischer Seite der OECD zur Verfügung gestellten Mitteln bestritten werden und die restlichen 50% von den beteiligten Staaten zu tragen sind. Zahlungen aus diesem Titel werden in der Regel in Form von Subventionen an Forschungsanstalten, Hochschulinstitute, gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen, wirtschaftliche Unternehmen, aber auch an Einzelpersonen im In- und Ausland geleistet.

Gesetzliche Verpflichtungen

Unter den gesetzlichen Verpflichtungen ist ausschließlich der Mitgliedsbeitrag Österreichs zur OECD [5]) veranschlagt. Er wurde auf Grund des im Zeitpunkt der Budgeterstellung für Österreich maßgebenden prozentmäßigen Kostenanteils an den einzelnen Budgetgruppen dieser Organisationen errechnet.

Sonstige Aufwandskredite

Für Leistungen im Rahmen des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie (BGBl. Nr. 57/1960 in der Fassung BGBl. Nr. 15/1967) wurden 0·46 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Kosten werden von den Leistungsempfängern dem Bund zur Gänze ersetzt und beim Ansatz 2/10014 vereinnahmt. Weiters sind für den Aufwand des Bundes für die Krankenversicherung der im Ausland verwendeten Bediensteten 0·03 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 10028 Bundesgesetzblatt

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben, die mit der Herausgabe und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes zusammenhängen, veranschlagt. Der Druck und Vertrieb des Bundesgesetzblattes erfolgt durch die Österreichische Staatsdruckerei.

Das Bundesgesetz vom 7. Dezember 1920 BGBl. Nr. 33 [6]), enthält die entsprechenden Bestimmungen über das Bundesgesetzblatt.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	7·6	1·2	8·8	0·0
1967 **)	8·5	1·5	10·0	0·0
1968 **)	9·2	1·4	10·6	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist durch Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, ab 1968 außerdem durch die erstmalige Veranschlagung von Dienstgeberbeiträgen zum Kinderbeihilfenfonds bedingt.

Die Unterschiede im Sachaufwand sind fast ausschließlich auf den verschiedenen Umfang der Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs zurückzuführen.

[4]) Gemäß BGBl. Nr. 218/1922.

[5]) OECD = Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[6]) In der derzeit geltenden Fassung.

Ailgemeines

Das Österreichische Staatsarchiv besteht aus fünf Abteilungen, dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv, dem Allgemeinen Verwaltungsarchiv, dem Finanz- und Hofkammerarchiv, dem Verkehrsarchiv und dem früheren Kriegsarchiv. Nähere Einzelheiten siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1967, Seite 72.

Die Archive der mittelbaren Bundesverwaltung in den Ländern werden ab 1948 nach dem Finanzausgleich von den Ländern erhalten.

Örtlich und persönlich beim Österreichischen Staatsarchiv wird das Archivamt geführt, das das Denkmalschutzgesetz hinsichtlich der Archivalien vollzieht. Es hat seine rechtliche Grundlage in den Bestimmungen des Kulturgüterschutzgesetzes, StGBl. Nr. 90/1918, § 13, in der Fassung BGBl. Nr. 282/1958 sowie des Denkmalschutzgesetzes, BGBl. Nr. 533/1923, § 7, Abs. 2, letzter Satz, und § 16, in der Fassung der EGVG.-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, Art. 3.

Förderungsausgaben

Für die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind, ist ein Betrag von 0·01 Millionen Schilling vorgesehen.

Sonstige Aufwandskredite

Für die dem Archivamt obliegende behördliche Tätigkeit ist zur Durchführung von Sicherungsmaßnahmen bei in privatem Eigentum stehenden Archivalien ein Betrag von 0·03 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 102 Statistisches Zentralamt

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	41·5	21·1	62·6	1·4
1967 **)	52·0	30·9	82·9	1·5
1968 **)	57·1	33·8	90·9	2·3

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, im Jahre 1967 auch auf Personalvermehrungen und im Jahre 1968 auf die erstmalige Veranschlagung von Dienstgeberbeiträgen zum Kinderbeihilfenfonds zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ab 1967 ist hauptsächlich auf die Betriebskosten eines neu angemieteten Gebäudes und die Vorsorge für Zahlungen gemäß BGBl. Nr. 91/1965, § 7 Abs. 7, zurückzuführen, ab 1967 überdies auf die erstmalige Durchführung von kurzfristigen periodischen Stichprobenerhebungen (Mikrozensus).

Beim Mikrozensus war im Jahre 1967 eine Erhebung vorgesehen, für das Jahr 1968 sind vier vierteljährliche Erhebungen in Aussicht genommen. Weitere Mehrausgaben ergeben sich bei den Druckkosten für Veröffentlichungen, bei der Honorierung der Berichterstatter für die Agrarstatistiken und an Versandkosten für statistisches Erhebungsmaterial.

Die Zunahme der Einnahmen ergibt sich aus dem Verkauf statistischer Veröffentlichungen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Aufgaben

Für die Tätigkeit des Statistischen Zentralamtes sind folgende Gesetze und Verordnungen maßgebend: BGBl. Nr. 11/1947, 21/1947, 40/1948, 159/1950, 52/1951, 28/1953, 130/1954, 223/1955, 137/1958, 188/1958, 215/1958, 54/1963, 91/1965 (Bundesstatistikgesetz), 3/1966, 5/1966, 12/1966 und 31/1966. Im Statistischen Zentralamt werden zentral die meisten Zweige der Statistik bearbeitet, insbesondere auch die Außenhandelsstatistik, die Agrarstatistik, die Finanzstatistik, die Wohnbaustatistik, die gewerbliche Produktionsstatistik und die Statistik des Volkseinkommens.

Statistische Erhebungen besonderer Art

Neben den laufenden Arbeiten werden jeweils auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen statistische Erhebungen besonderer Art durchgeführt. Im Jahre 1968 werden die statistische Erhebung in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben gemäß BGBl. Nr. 130/1954 und die Steuerstatistiken weitergeführt.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der einzelnen „Statistischen Erhebungen besonderer Art" betragen:

	Personalaufwand	Sachaufwand [7])	Summe
	Mill. S		
Nichtlandwirtschaftliche Betriebszählung [8])	5·3	6·2	11·5
Steuerstatistiken	3·0	5·6	8·6

Gesetzliche Verpflichtungen

Gemäß BGBl. Nr. 91/1965, § 7 Abs. 7, hat der Bund den Gemeinden auf Antrag die ihnen bei der Mitwirkung an statistischen Erhebungen entstehenden Kosten in Form eines Pauschalbetrages abzufinden.

Handelsstatistische Gebühren

Für Anmeldungen zum Zwecke der amtlichen Handelsstatistik sind Gebühren in Bundesstempelmarken auf Grund des Gebührengesetzes, BGBl. Nr. 267/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 137/1958, 115/1963 und 87/1965 zu entrichten. Diese werden bei dem Ansatz 2/525 „Stempel- und Rechtsgebühren" verrechnet. Die Höhe der Gebühr ist im Abschnitt IV des Handelsstatistischen Gesetzes, BGBl. Nr. 137/1958 und den Bundesgesetzen BGBl. Nr. 115/1963 und 87/1965 geregelt; dieser Abschnitt ergänzt das Gebührengesetz (BGBl. Nr. 267/1957) und wurde im § 14 als Tarifpost 16 eingebaut.

[7]) Aufgliederung nach Jahren siehe Teilheft zum Kapitel 10, Beilage C.
[8]) Verordnung: BGBl. Nr. 283/1964.

Kapitel 11 Inneres

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	59·5	28·5	88·0	10·8
1967**)	64·1	39·9	104·0	12·3
1968**)	79·1	41·6	120·7	13·5

Der Voranschlag umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums für Inneres (Zentralstelle) einschließlich der Gebarung aus Bezugsvorschüssen.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ergibt sich ab 1967 aus den Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten, ab 1968 weiters aus der erstmaligen Veranschlagung der Bezüge der Angehörigen des Österreichischen UN-Polizeikontingentes für Cypern bei der Zentralleitung. 1966 und 1967 wurden die Bezüge der Angehörigen des Kontingentes bei den Ansätzen der Bundespolizei und Bundesgendarmerie mitverrechnet.

Beim Sachaufwand entstanden im Jahre 1967 gegenüber 1966 Mehraufwendungen im Verwaltungsaufwand. 1968 ergeben sich weitere Erhöhungen im Verwaltungsaufwand durch die Erhöhung der Reisegebühren und der Porto- und Telephonkosten sowie durch den höheren Ansatz für Bezugsvorschüsse infolge der Bezugserhöhungen. Bei den Anlagen ergeben sich gegenüber den Vorjahren keine wesentlichen Änderungen. Im Eventualvoranschlag sind Anlagenkredite in der Höhe von 1,240.000 Schilling vorgesehen, die zur Fortführung der technischen Ausrüstung der Staatspolizei und Kriminalpolizei bestimmt sind.

Förderungsausgaben

Im Rahmen des Sachaufwandes sind 1968 Förderungszuwendungen in Höhe von 320.000 S vorgesehen.

Gesetzliche Verpflichtungen

Bei diesem Ansatz sind die Beiträge Österreichs zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol, 329.000 S) und zur Internationalen Zivilstandskommission (16.000 S) veranschlagt.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	18·9	0·56
1967**)	20·2	0·44
1968**)	21·5	6·03

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1966*)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	7·7	8·0	7·1
Zivilschutz: [1])			
Bereich Inneres	6·5	7·7 [2])	7·7 [2])
Vorsorge für alle Ressorts	—		
Wahlkosten	3·9	3·4	4·7
Wanderungswesen	0·2	0·2	0·2
Entminungsdienst [3])	0·5	0·8	0·4
Grenzangelegenheiten	0·1	0·1	0·5
Österreichisches Polizeikontingent für Cypern	— [3a])	— [3a])	0·9
Summe	18·9	20·2	21·5

Unterschiede der Gebarung

Bei der Flugpolizei und dem Flugrettungsdienst sind die Anlagenbeträge gegenüber 1967 niedriger, es wurden jedoch im Eventualvoranschlag bei diesem Ansatz 1,250.000 Schilling vorgesehen. Die höheren Aufwendungen bei den Aufwandskrediten sind vor allem darauf zurückzuführen, daß an den Luftfahrzeugen mehr Kontrollen anfallen.

Beim Zivilschutz bleiben die Ausgaben gegenüber 1967 bei allen drei Ansätzen unverändert. Im Eventualvoranschlag sind Anlagenbeträge in der Höhe von zehn Millionen Schilling vorgesehen.

Bei den Wahlkosten ist das höhere Erfordernis 1968 dadurch bedingt, daß vor allem mehr Wählerevidenzkosten als in den Vergleichsjahren zu ersetzen sein werden.

Die Minderaufwendungen für die Anlagen des Entminungsdienstes sind darauf zurückzuführen, daß vorläufig infolge verschiedener Umstände die Arbeiten zur Räumung der Giftgasgranaten in Groß Mittel noch nicht in vollem Umfange durchgeführt werden können.

Die Mehrausgaben bei den Grenzangelegenheiten im Jahre 1968 gegenüber 1967 um 400.000 Schilling sind zur Anbringung von Warntafeln an der Staatsgrenze vorgesehen.

Die Verrechnung des Sachaufwandes für das Österreichische Polizeikontingent für Cypern erfolgte 1966 und 1967 im Rahmen der Ansätze der Titel 113 und 114. Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind die Sachaufwandskredite für dieses Kontingent im Voranschlag 1968 getrennt veranschlagt.

[1]) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Ansatz 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt aber, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesminsteriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten bei den Ressortkapiteln.
[2]) Vergleichbarer Erfolgsbetrag 1966: 7·4 Mill. S.
[3]) Nur Vorsorge für Anlagen.
[3a]) Bei den Ansätzen der Bundespolizei und Bundesgendarmerie mitveranschlagt.

Die Steigerung der Einnahmen ist im wesentlichen auf die erstmalig bei Kapitel 11 veranschlagten Rückersätze der Vereinten Nationen für das Österreichische Polizeikontingent für Cypern zurückzuführen. 1966 und 1967 wurden die Kostenersätze bei Kapitel 20 verrechnet.

Ansatz 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Unter „Flugpolizei" ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits- und ordnungspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst" hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 9 Hubschrauber, 7 Motorflugzeuge (6 Einsatzflugzeuge, 1 Schulflugzeug), 2 Segelflugzeuge, 1 Segelflugzeugschleppwinde und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die fünf Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof und Flughafen Klagenfurt/Wörthersee verteilt.

Ansatz 1111 Zivilschutz

Der für 1968 vorgesehene Betrag von 7,695.000 Schilling ist der Gesamtbetrag für alle mit Zivilschutzangelegenheiten befaßten Ressorts, ausgenommen jedoch das Bundesministerium für Bauten und Technik.

Im Bereiche des Bundesministeriums für Inneres soll die Ausrüstung der Strahlenspürtrupps mit Kraftfahrzeugen und technischen Geräten weiter fortgesetzt werden. Weiters sind ebenso wie in den Jahren 1966 und 1967 Förderungsmaßnahmen vorgesehen. Mit den bei den Aufwandskrediten veranschlagten Beträgen soll im Bereiche des Bundesministeriums für Inneres hauptsächlich die Kurs- und Lehrtätigkeit fortgesetzt werden.

Ansatz 11127 Wahlkosten

Der Ausgabenansatz ist für Ersätze an Gemeinden gemäß § 108 der Nationalratswahlordnung 1962, BGBl. Nr. 246 in der Fassung BGBl. Nr. 70/1967, gemäß § 24 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1962, BGBl. Nr. 247, gemäß § 12 des Wählerevidenzgesetzes 1960, BGBl. Nr. 243, sowie gemäß des Volksbegehrengesetzes 1963, BGBl. Nr. 197, und des Volksabstimmungsgesetzes 1962, BGBl. Nr. 248, vorgesehen. Außerdem sind die Ausgaben für die Bestreitung der Kosten der Hauptwahlbehörde für Nationalratswahlen [4]) und die Wahl des Bundespräsidenten [5]) sowie für Kosten auf Grund des Volkszählungsgesetzes 1950, BGBl. Nr. 159, veranschlagt.

Ansatz 1113 Wanderungswesen

Für das Wanderungswesen ist laut Art. 10 Abs. (1) Z. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes der Bund zuständig.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben werden vornehmlich Ausgaben für die Rückführung bedürftiger Österreicher aus dem Ausland nach Österreich sowie die Kosten für die Südtiroler Optantenkommission veranschlagt. Für diese Ausgaben sowie für die Auswandererfürsorge sind insgesamt 55.000 Schilling vorgesehen. Hiezu kommen noch 190.000 Schilling, die für Darlehen an heimzubefördernde Österreicher bestimmt sind.

Aufwandskredite

Der Ansatz von 7000 S dient der Beschaffung und Auswertung von Informationen über die Verhältnisse in jenen Ländern, welche für eine Auswanderung in Frage kommen.

Einnahmen

Hier sind die Rückzahlungen der Darlehen für Heimbeförderungskosten veranschlagt.

Ansatz 11143 Entminungsdienst

Dem Entminungsdienst obliegt die Bergung und allfällige Vernichtung von Kriegsmunition aller Art, die über der Erde, in der Erde und in Gewässern vorgefunden wird.

Im Bundesgebiet verfügt der Entminungsdienst über Einsatzkommandos in Wien (Zentrale für Wien, Niederösterreich und das nördliche Burgenland), Graz (für Steiermark, Kärnten und das südliche Burgenland) und Linz (für Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg).

Ansatz 11158 Grenzangelegenheiten

Die Ausgaben dieses Ansatzes dienen im Sinne des Art. 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Kenntlichmachung der Staatsgrenze für die Allgemeinheit.

Ansatz 1116 Österreichisches Polizeikontingent für Cypern

Österreich wirkt an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen auf der Insel Cypern unter anderem durch die Beistellung eines Polizeikontingentes mit. Das Kontingent besteht aus leitenden, dienstführenden und eingeteilten Sicherheitswache- und Gendarmeriebeamten. Derzeit beträgt der Stand des Kontingentes 45 Mann.

[4]) Letzte Wahl des Nationalrats am 6. März 1966.
[5]) Letzte Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1965 (BGBl. Nr. 36/1965).

Die Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland zur Hilfeleistung auf Ersuchen internationaler Organisationen wurde mit Bundes-Verfassungsgesetz vom 30. Juni 1965, BGBl. Nr. 173, geregelt. Das Abkommen mit den Vereinten Nationen über die Entsendung von Einheiten nach Cypern ist am 28. Februar 1966 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 60/1966).

Titel 112 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	0·3	8·8	9·1	0·4
1967**)	0·4	9·8	10·2	0·4
1968**)	—[5a])	10·3	10·3	0·4

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung im Sachaufwand gegenüber 1966 und 1967 ist auf die erstmalige Veranschlagung der an die Länder für die Kraftwagenlenker der Landeshauptmänner zu leistenden Ersätze (bisher verrechnet im Personalaufwand) und auf die Erhöhung der Entschädigungen der Landeshauptmänner und der 1. Landeshauptmannstellvertreter, entsprechend den Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, zurückzuführen. Die Anlagen, die ausschließlich zur Beschaffung von Dienstwagen für Landeshauptmänner dienen, sind 1968 um 140.000 Schilling niedriger veranschlagt als 1967. Dieser Betrag ist jedoch im Eventualvoranschlag vorgesehen.

Ansatz 1120 Politische Behörden

Beim Ansatz 1120 sind die Bezüge der Landeshauptmänner und 80 v. H. der Bezüge ihrer Ersten Stellvertreter sowie die Kosten ihrer Dienstwagen und Kraftwagenlenker und die allfälligen Entschädigungen für die nicht beigestellten Dienstwohnungen veranschlagt, die gemäß § 13 des Bundesgesetzes über die Bezüge der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, bestimmter oberster Organe der Vollziehung und des Präsidenten des Rechnungshofes, BGBl. Nr. 57/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 16/1962, der Bund zu tragen hat.

Bei diesem Ansatz werden auch die Einnahmen aus Verfallserlösen und Strafen im Devisenstrafverfahren, soweit sie aus der Tätigkeit der politischen Behörden gemäß Devisengesetz 1946, BGBl. Nr. 162, anfallen, verrechnet. Die voraussichtliche Höhe dieser Einnahmen ist im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht abschätzbar.

Ansatz 11218 Kriegsgräberfürsorge

Die Aufgaben der Kriegsgräberfürsorge werden von den Ämtern der Landesregierungen wahrgenommen. Die Ausgaben betreffen die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des ersten und des zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ.-, Anhalte- und Arbeitslager. Außerdem sind hier Beträge zur Errichtung eines Museums im Öffentlichen Denkmal Mauthausen vorgesehen.

Auf die Bundesgesetze über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem ersten und zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948, und über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, sowie auf Artikel 19 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, wird verwiesen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[5a]) Die Verrechnung erfolgt ab 1968 im Sachaufwand als Kostenersatz an Länder.

Titel 113 Bundespolizei

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *) ...	930·9	165·0	1.095·9	38·8
1967**) ...	975·2	178·3	1.153·5	39·8
1968**) ...	1.040·6	186·8	1.227·4	43·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes im Bundesvoranschlag 1967 und 1968 ergibt sich aus den Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten sowie aus der Erhöhung der Dienst- und Wachdienstzulagen.

1967 ergaben sich im Sachaufwand Mehraufwendungen durch die Erhöhung des Massapauschales, den Ausbau des Fernmeldenetzes und durch die Einrichtung von Großraumwachzimmern. 1968 ergeben sich weitere Mehraufwendungen durch die Erhöhung der Reisegebühren, der Porto- und Telephonkosten und des Massapauschales. Die Anlagenbeträge für 1968 sind gegenüber 1967 um 4,860.000 Schilling geringer. Dieser Betrag ist jedoch im Eventualvoranschlag vorgesehen und dient vornehmlich zur Anschaffung von Fernmeldeeinrichtungen.

Die präliminierten Einnahmen im Voranschlag 1967 entsprechen im wesentlichen dem tatsächlichen Aufkommen an Verwaltungsstrafgeldern, Bundes-Überwachungsgebühren und Erlösen aus dem Verkauf von Kennzeichentafeln für Kraftfahrzeuge. Die Einnahmen zeigen eine steigende Tendenz.

Aufgaben

In den wichtigeren Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen. Der Wirkungsbereich dieser Bundespolizeibehörden richtet sich nach den von der Bundesregierung gemäß Artikel 102, Absatz 6 Bundesverfassungsgesetz erlassenen Verordnungen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Organisation [6])

Die Übertragung der in den selbständigen Vollziehungsbereich der Gemeinden fallenden Angelegenheiten der örtlichen Sicherheitspolizei an die Bundespolizeibehörden erfolgte durch Verordnungen der Landesregierungen. Die Gemeinden haben hiefür dem Bund gemäß § 4 des Finanzausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 2, Beiträge zu entrichten, die im Bundesvoranschlag 1968 bei Kapitel 53 veranschlagt sind.

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 7 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt und Eisenstadt sowie in 7 Bundespolizeikommissariate: Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 28 Grenzpolizeistellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern und in Wien (zusammen 9).

Einnahmen

Die Einnahmen an Verwaltungsstrafen und Verfallserlösen ergeben sich vor allem auf Grund des Verwaltungsstrafgesetzes 1925, BGBl. Nr. 275 [7]), ferner auf Grund des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1925, BGBl. Nr. 274 [7]), des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1925, BGBl. Nr. 276 [7]), und des Devisengesetzes 1946, BGBl. Nr. 162. Die Kommissionsgebühren werden auf Grund der Bundeskommissionsgebührenverordnung 1954, BGBl. Nr. 102, die Überwachungsgebühren auf Grund des Bundes-Überwachungsgebührengesetzes, BGBl. Nr. 214/1964 [8]), eingehoben.

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizeimassafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	24·1
Sonstiges	0·1
Zusammen ...	24·2

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Mill. S
Beschaffung von Massasorten	23·4
Fondsaufwand	0·2
Zuführung an Rücklagen	0·6
Zusammen ...	24·2

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen)	0·003
Sonstiges	0·374
Zusammen ...	0·377

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Mill. S
Unterstützungen	0·081
Zuführung an Rücklagen	0·296
Zusammen ...	0·377

Titel 114 Bundesgendarmerie

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	699·6	178·5	878·1	9·6
1967**)	739·5	203·5	943·0	10·2
1968**)	786·8	211·7	998·5	9·6

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist in den Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete und in der Erhöhung der Dienst- und Wachdienstzulagen begründet.

1967 ergaben sich im Sachaufwand auch Mehraufwendungen im Verwaltungsaufwand durch die Erweiterung des Funkpatrouillendienstes und die erhöhten Betriebs- und Instandsetzungskosten für Kraftfahrzeuge. 1968 ergeben sich weitere Mehraufwendungen durch die Erhöhung der Reisegebühren, der Porto- und Telephonkosten, des Massapauschales und durch höhere Mietzinse. Die notwendige Verbesserung der technischen Ausstattung wird fortgesetzt. Der im Eventualvoranschlag vorgesehene Betrag von 7,620.000 Schilling wird vorwiegend für Anschaffungen auf dem Fernmeldesektor verwendet.

Der Rückgang an Einnahmen im Jahre 1968 ist durch die verminderte Aussonderung von beweglichem Bundesvermögen und durch geringere Kücheneinnahmen bedingt.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen. Sie wurde auf Grund des § 20 des Behördenüberleitungsgesetzes 1945, StGBl. Nr. 94, und der 2. Behördenüberleitungsgesetznovelle 1946, BGBl. Nr. 64, als bewaffneter Wachkörper eingerichtet.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden (mit 40 Gendarmerieabteilungskommanden, 10 Technischen Gendar-

[6]) Siehe BGBl. Nr. 266 bis 277/1960 und 69/1961.
[7]) Wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 172/1950.
[8]) Verordnung: BGBl. Nr. 113/1965.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

merieabteilungen, 8 Schulabteilungen, 8 Gendarmerieverkehrsabteilungen, 8 Gendarmerieerhebungsabteilungen, 9 Gendarmerieerhebungsexposituren), 88 Bezirksgendarmeriekommanden, 1223 Gendarmerieposten, Gendarmerieexposituren und Grenzkontrollstellen, 1 Gendarmeriezentralschule und 1 Gendarmeriebeschaffungsamt.

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	22·7
Entnahmen aus Rücklagen	2·2
Sonstiges	0·3
Zusammen ...	25·2

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Mill. S
Beschaffung von Massasorten	24·8
Fondsaufwand	0·4
Zusammen ...	25·2

Titel 115 Einrichtungen für Vertriebene und Asylwerber

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	8·8	20·4	29·2	5·8
1967**)	10·0	20·8	30·8	4·9
1968**)	10·5	15·9	26·4	2·5

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben im Personalaufwand in den Jahren 1967 und 1968 sind auf die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der Minderbedarf für 1968 im Sachaufwand ist durch den Entfall der Gebarung des österreichischen Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen Wien infolge Zuerkennung der Rechtspersönlichkeit sowie durch Verminderung der Ersätze von Fürsorgekosten an Gemeindeverbände zu erklären. Preiserhöhungen wurden mit 800.000 Schilling berücksichtigt, ebenso wurde ein Betrag von 2,500.000 Schilling als Zweckzuschüsse an Länder gemäß § 18 (1) Z. 3 Finanzausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 2, veranschlagt.

Die Mindereinnahmen im Jahre 1968 gegenüber den Vorjahren sind, ebenso wie bei den Ausgaben, durch den Entfall der Gebarung des österreichischen Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen sowie durch die immer schwieriger werdende Arbeitsvermittlung der Flüchtlinge begründet.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Im einzelnen teilen sich die Ausgaben wie folgt auf:

	1966*)	1967**)	1968**)
	Mill. S		
Allgemeine Einrichtungen	19·4	21·4	18·5
Flüchtlingsanstalten	7·1	7·1	7·9
Zweckgebundene Gebarung	2·7	2·3	—
Summe	29·2	30·8	26·4

Förderungsausgaben

Es ist die Leistung eines Beitrages von 624.000 Schilling zu den Programmen des UN-Flüchtlingshochkommissars vorgesehen.

Beiträge

Die Beitragsquote zum Administrativaufwand des ICEM (Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung) wurde für Österreich für 1967 mit 0·86% festgesetzt. Für 1968 wurde daher ein Betrag von 594.000 Schilling vorgesehen.

Ausgaben nach Maßgabe der Einnahmen (Zweckgebundene Gebarung)

Für Unterstützungsleistungen und für Zweckzuführungen von Spenden sind Ausgabeposten von je 1000 Schilling vorgesehen.

Einnahmen

Die in den Lagern untergebrachten Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Kost und Quartier zu entrichten.

Für internationale Beiträge und Spenden sind Einnahmeposten von insgesamt 2000 Schilling vorgesehen.

Lager und Insassen

Die Zahl der Lager und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1965	1966	1967
Lager	3	2	2
Insassen	850	980	970

Anstalten

Im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung werden vom Bundesministerium für Inneres die Pflegeanstalt für chronisch Kranke in Thalham und das Fürsorgeheim Kreuzen, beide in Oberösterreich, geführt.

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt in diesen Anstalten untergebrachten Personen betrug:

1965	195
1966	160
1967	140

Anlagen

Außer den bei den Ansätzen 11503 und 11513 vorgesehenen Beträgen in der Höhe von 491.000 Schilling sind im Eventualvoranschlag 390.000 Schilling veranschlagt. Der im Eventualvoranschlag vorgesehene Betrag ist vor allem für Nachschaffungen an Einrichtungsgegenständen in den Flüchtlingslagern und Flüchtlingsanstalten bestimmt.

Kapitel 12 Unterricht

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1966 *)	29·1	46·9	76·0	19·3
1967**)	34·9	76·9	111·8	25·9
1968**)	38·1	82·5	120·6	37·7

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist auf die gesetzlich festgesetzten Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ergibt sich beim Verwaltungsaufwand durch den Ausbau der kulturellen Auslandsbeziehungen, bei der allgemeinen Kulturförderung, sowie bei den Aufwandskrediten (Mädchen- und Frauenbildung bzw. Familiengemeinschaften).

Die Steigerung der Einnahmen ist bedingt durch höhere Einnahmen bei den Bezugsvorschußersätzen.

Verwaltungsaufwand

Trotz der bedeutsamen finanziellen Auswirkungen der Hochschulreform und des Ausbaues der kulturellen Auslandsbeziehungen ist das Unterrichtsressort für den Bereich der Zentralleitung bestrebt, mit nahezu den gleichen Ausgabenansätzen wie im Bundesvoranschlag für 1967 das Auslangen zu finden.

Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden.

Förderungsausgaben

Die Förderungsausgaben betreffen Ansätze für „Allgemeine Kulturförderung", für die „Geistige Landesverteidigung", sowie für die Posten „Mädchen- und Frauenbildung" und „Familiengemeinschaft". Hingegen ist die bisherige Post „Erziehungshilfe" nunmehr beim Ansatz 1224 „Auslandeinrichtungen" veranschlagt.

Aufwandskredite

Darunter fallen die Aufwendungen für Informations- und Pressedienst, für die Geistige Landesverteidigung, die Standort- und Schulentwicklungsplanung sowie die neu eröffneten Posten für Mädchen- und Frauenbildung.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 121 Bundesministerium; Förderung von Forschung und Wissenschaft

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	120·8	0·1
1967**)	93·4	0·1
1968**)	120·8	0·2

Unterschiede gegenüber den Vorjahren

Die höheren Ausgaben im Jahre 1966 und im Voranschlag 1968 sind bedingt durch erhöhte Förderungstätigkeit.

Hochschulen

Als Förderungsausgaben freiwilliger Natur sind Beträge veranschlagt für:

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen;

Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft und an private Vereine, für die studentische Krankenhilfe der Österreichischen Hochschülerschaft, zur Anschaffung von Lehrmitteln durch die Österreichische Hochschülerschaft und zur Unterstützung der Ausländerbetreuung der Österreichischen Hochschülerschaft und anderer Vereinigungen sowie für studentische Aufgaben kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art und ähnliches;

den Neubau von Studentenheimen und Mensen, Ausbau und Renovierung von bestehenden Studentenheimen und Mensen, die von der Österreichischen Hochschülerschaft oder von privaten Vereinen verwaltet werden.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 10 Millionen Schilling für Studentenheime und Mensen vorgesehen.

Österreichische Hochschülerschaft

Die Österreichische Hochschülerschaft als Körperschaft öffentlichen Rechtes (Selbstverwaltungskörper) wird als Ganzes nicht subventioniert; als Subventionswerber treten die Ausschüsse auf.

Linzer Hochschulfonds

Dieser wurde mit BGBl. Nr. 189/1962 errichtet. Auf Grund der Vereinbarung zwischen Bund und Fonds hat das Bundesministerium für Unterricht die Hälfte der Errichtungskosten der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz zu tragen. Die Jahreshöhe ist mit 20 Millionen Schilling limitiert.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt	20
Von anderen Gebietskörperschaften	25
Sonstiges	0
Zusammen	45

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Bau- und Einrichtungskosten	40
Laufender Aufwand	5
Zusammen	45

Wissenschaftliche Einrichtungen

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, die eine Körperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit darstellt, wird eine Subvention gewährt (siehe BGBl. Nr. 569/1921 in der Fassung BGBl. Nr. 115/1947).[1])

Daneben erhalten die für die Errichtung von Forschungsschwerpunkten notwendigen Akademie-Institute (Institut für Hochenergiephysik, Institut für Molekularbiologie, Institut für vergleichende Verhaltensforschung) gesonderte Subventionen für die Durchführung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.

Sonstige Förderungen

Die Förderungsbeiträge für wissenschaftliche Einrichtungen fließen teils namentlich in der Postenbezeichnung genannten Institutionen zu, teils werden sie Subventionswerbern für Einzelvorhaben gewährt. Die Förderungsbeiträge sind freiwilliger Natur und kommen für die Tätigkeit wissenschaftlicher Vereine, für Kongresse, Studienreisen, und für Druckkostenzuschüsse für wissenschaftliche Werke in Betracht.

Der an die Stelle der Forschungsstiftung getretene „Fonds für wissenschaftliche Forschung"[2]) wird mit 32 Millionen Schilling veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 12 Millionen Schilling für verschiedene Förderungsmaßnahmen vorgesehen.

Privatbibliotheken

Als Förderungsausgaben freiwilliger Natur sind Beträge veranschlagt für die Vereinigung österreichischer Bibliothekare, die Teßmann-Bibliothek in Bozen u. ä.

[1]) Weitere Einzelheiten siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1965, Seite 92.

[2]) Eine Regierungsvorlage zur Errichtung dieses Fonds ist in Vorbereitung.

Auslandeinrichtungen

Gebarung

Der Ansatz wurde infolge der in den abgelaufenen Jahren erfolgten Ausweitung der kulturellen Auslandverpflichtungen neu geschaffen. Er beinhaltet vor allem Gebarungen aus den Ansätzen „Hochschulen" und „Wissenschaftliche Anstalten".

Förderungsausgaben

Vom Bundesministerium für Unterricht ständig geförderte Institutionen:

Österreichisches Ost- und Südosteuropainstitut, Komitee für Internationalen Studienaustausch, Hammer-Purgstall-Gesellschaft, Forschungs- und Kulturstelle der Österreicher aus dem Donau-, Sudeten- und Karpatenraum, Institut für Österreichkunde, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen, Forschungsinstitut für den Donauraum sowie sonstige kleinere Förderungen kulturpolitisch interessanter Organisationen.

Weiters werden Stipendien an österreichische Studenten und absolvierte Akademiker für Spezialstudien in Ländern, mit denen kein Austauschprogramm besteht sowie an Auslandsösterreicher und an ausländische Akademiker für Spezialstudien und Forschungsarbeiten in Österreich gewährt. Außerdem werden gefördert: Vortragstätigkeit österreichischer Gelehrter und Lektoren im Ausland; internationales Historikertreffen anläßlich der 50-Jahr-Feier der Republik Österreich.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Vorsorge für Hochschullehrer — und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Internationale Beitragsleistungen

Internationales Sozialwissenschaftliches Koordinations- und Dokumentationszentrum in Wien (siehe BGBl. Nr. 337/1963).

Kulturfonds des Europarates (Beitrittserklärung Österreichs zum Europarat: BGBl. Nr. 121/1956).

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational Scientific and Cultural Organisation, UNESCO) (Beitragsleistung: BGBl. 49/1959).

Weltorganisation für Meteorologie (WMO) (Beitragsleistung: Art. 24 BGBl. Nr. 64/1958).

UNESCO-Aktion „Nubische Denkmäler" (Verpflichtung bis 1969).

Internationaler Akademikerverband.

Stiftung Celestina, Schweiz.

Aufwandskredite

Hier sind Kosten für Tagungen und Seminare veranschlagt.

Titel 122 Bundesministerium; Förderung von Erziehung und Unterricht

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	73·1	0·2
1967 **)	84·2	0·3
1968 **)	75·5	0·3

Unterschiede der Gebarung

Die höhere Vorsorge im Jahre 1967 ist bedingt durch erhöhte Förderungstätigkeit. Die Verminderung im Jahre 1968 ergibt sich aus der Zurückstellung verschiedener Förderungsprojekte.

Allgemein-pädagogische Erfordernisse

Förderungsausgaben

Zu den vom Bundesministerium für Unterricht zentral wahrzunehmenden pädagogischen Aufgaben gehören auch die Approbationen der Lehrbücher und Lehrmittel einschließlich der audiovisuellen Hilfsmittel, die Förderung sonstiger zusätzlicher Bildungseinrichtungen (z. B. Theater der Jugend) und allgemeinerziehlicher Aktionen (wie Verkehrserziehung, Sparerziehung), die Mitarbeit in internationalen Organisationen (z. B. Europarat, OECD) auf dem Gebiete von Unterricht und Erziehung; ferner die Förderung aller Maßnahmen, die einer Intensivierung der staatsbürgerlichen Erziehung dienen.

Zuschüsse werden gewährt für

die Herausgabe von neuen Lehrbüchern, die durch die neuen Lehrpläne in größerem Ausmaß erforderlich sind, sofern sie nur mit einem kleinen Abnehmerkreis zu rechnen haben, insbesondere die Herausgabe von Lehrbüchern für die sprachlichen Minderheiten;

die notwendige Neuauflage und besondere Ausstattung von Lehrbüchern;

die Herausgabe von Publikationen zur Information der Lehrer über die Medienerziehung und die audio-visuellen Hilfsmittel;

das Theater der Jugend und die Österreichische Länderbühne;

die Herausgabe einschlägiger Zeitschriften, Broschüren und Bücher durch andere Stellen als Bundesdienststellen, die Intensivierung der Verkehrserziehung.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Aufwandskredite

Die Aufwandskredite dienen für folgende im allgemeinen Interesse gelegene Maßnahmen:

Teilnahme österreichischer Fachleute (sofern sie keine Bundesbediensteten sind) an internationalen Tagungen und Veranstaltungen;

Veranstaltungen verschiedenster Art (z. B. Arbeitstagungen, Ausstellungen, Filmvorführungen), Bücherankauf und ähnliches zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung und des Unterrichts aus Zeitgeschichte, besonders auch Durchführung des „Nationalfeiertages";

Veranstaltung von Arbeitstagungen und Mitarbeit bei internationalen Projekten im Rahmen des Europarates und der OECD;

Information der österreichischen Auslandsvertretungen und ausländischer Stellen (Ministerien, Hochschulen, Institute u. dgl.) über das österreichische Schulwesen und die pädagogische Bewegung in Österreich durch Ankauf und Versendung entsprechender Druckwerke u. ä.;

Austausch pädagogischer Fachliteratur und Lehrbücher aller Schulgattungen mit pädagogisch interessierten ausländischen Partnern;

Schülerbriefwechsel österreichischer Schüler mit Schülern eines fremdsprachigen Auslandes, dessen Sprache Lehrgegenstand an österreichischen Schulen ist.

Außerdem sind noch veranschlagt:

Die Gebarung aus der Herausgabe von Verordnungsblättern der Landesschulräte bzw. des Stadtschulrates in Wien;

die Einnahmen an Begutachtungsbeiträgen sowie die Ausgaben an Begutachtungshonoraren bei Durchführung der Lehrbücherapprobation (Fachkommissionen).

Volksbildung

Aus den Förderungsausgaben werden Subventionen für Volkshochschulen, Bildungswerke, Bildungsheime, Volksbüchereien und ähnliche volksbildnerische Einrichtungen gewährt. Es sind dies Ausgaben, die nicht auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruhen.

Aus den Leistungsberichten der großen Verbände der österreichischen Erwachsenenbildung können nachstehende Zahlen zur Veranschaulichung der Arbeit dieser Einrichtungen angeführt werden:

Verband österreichischer Volkshochschulen:

Im Arbeitsjahr 1965/66 führten die Volkshochschulen in acht Bundesländern 12.383 Kurse mit 262.648 Hörern und 13.163 Einzelveranstaltungen mit 1,690.437 Besuchern durch.

Ring österreichischer Bildungswerke:

Auch die im Ring österreichischer Bildungswerke zusammengefaßten Einrichtungen konnten im Laufe des letzten Jahres ihr Veranstaltungsprogramm weiter intensivieren.

Volksbüchereiwesen:

Seit Jahren werden vom Bund namhafte Beträge für die Subventionierung der Volksbüchereien flüssiggemacht:

1964	2,490.700 S
1965	2,520.300 S
1966	2,839.200 S

Darüber hinaus werden verschiedenen Volksbildungseinrichtungen Subventionsmittel des Bundes für die Anschaffung von volksbildnerisch wertvollen Büchern gewährt. Dem Bildungsreferat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, dem Österreichischen Borromäuswerk und zahlreichen anderen Einrichtungen wurden in den letzten Jahren folgende Beträge zur Verfügung gestellt:

1964	1,130.000 S
1965	1,270.000 S
1966	1,604.000 S

Aus dem Leistungsbericht des Verbandes österreichische Volksbüchereien, der im Jahre 1966 mit einem Betrag von 750.000 S subventioniert wurde, können folgende Daten entnommen werden:

Der Verband österreichischer Volksbüchereien betreut 3059 Volksbüchereien mit einer Gesamtbändeanzahl von 3,523.700. Die Gesamtzahl der Entlehnungen betrug in diesem Zeitabschnitt 9,063.312.

Weiters gelangen durch den Bund alljährlich zu Lasten dieses Ansatzes Förderungspreise für besonders hervorragende Arbeiten auf dem Gebiete der Volksbildung zur Verleihung. So wurden auch im Jahr 1966 wieder sechs Förderungspreise für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung verliehen.

Die Teilnehmer der Bauernburschen- und Bauernmädchenkurse im Bundesstaatlichen Volksbildungsheim St. Wolfgang stammen meist aus kleinbäuerlichen Verhältnissen oder sind die Kinder landwirtschaftlicher Arbeiter. Diesen wird die Kursteilnahme durch eine entsprechende Förderung ermöglicht.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 3·3 Millionen Schilling für verschiedene Volksbildungseinrichtungen vorgesehen.

Sportförderung

Die Zuwendungen kommen besonders der Förderung der sportlichen Ausbildung der Jugend, der Förderung der außerschulischen Leibeserziehung, den Lehrgängen der Sportverbände in den Bundesländern, der Förderung internationaler Sportgroßveranstaltungen, dem Sportübungsstättenbau und dem Pferderenn- und Flugsport zugute.

Jugendförderung

Die Förderung der Jugendgemeinschaften, des Österreichischen Bundesjugendringes (Österreichischer Bundesjugendplan), der Jugendherbergsorganisationen des österreichischen Institutes für Jugendkunde [3]), des Österreichischen Institutes für Kinder-, Jugend- und Volksliteratur und anderer Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung werden aus diesem Ansatz finanziert. Außerdem sind die Investitionsmittel des Österreichischen Bundesjugendplanes für die Förderung des österreichischen Jugendherbergswesens (Österreichischer Jugendherbergsverband und Österreichisches Jugendherbergswerk) veranschlagt. Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen finden hier die Bedeckung.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 3·080 Millionen Schilling für Jugendheime und den Bundesjugendplan vorgesehen.

Auslandeinrichtungen

Förderungsausgaben

Der Ansatz wurde infolge der in den abgelaufenen Jahren erfolgten Ausweitung der kulturellen Auslandverpflichtungen neue geschaffen. Er beeinhaltet vor allem Gebarungen aus den Ansätzen „Bundesministerium für Unterricht" und „Allgemeinbildende Höhere Schulen".

Aus den Förderungsausgaben werden Subventionen gewährt für:

„Österreichische Schulen im Ausland" Österreichisches St. Georgs-Kolleg in Istanbul, Instituto Austriaco Guatemalteco u. a.;

Austausch von Schülern, Klassen und Jugendorganisationen mit dem Ausland;

Ferienaufenthalt bedürftiger ausländischer Kinder in Österreich;

Studienbeihilfen, Schülerunterstützungen und „Erziehungshilfe".

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

(Internationale Beitragsleistungen)

Internationales Erziehungsbüro in Genf.

Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz ist vorgesorgt für: Austausch von Assistenten, Lehramtskandidaten, Schülergruppen, Klassen und Jugendorganisationen.

Vorsorge zur Begleichung von restlichen Kosten aus der im November 1967 stattgefundenen UNESCO-Europäische Unterrichtsministerkonferenz.

---

[3]) Institutionen auf Vereinsbasis.

Titel 123 Bundesministerium; Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen

Ansatz 1230 Hochschulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	420·4	591·7	1.012·1	6·7
1967 **)	502·5	712·0	1.214·5	8·5
1968 **)	612·1	708·3	1.320·4	17·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 ist ab 1967 im wesentlichen durch die Vorsorge für zusätzliche Dienstposten für Hochschulprofessoren und -assistenten sowie sonstige wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Bedienstete, weiters durch Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt.

Die Herabsetzung des Sachaufwandes ergibt sich vor allem durch Verminderung der Gesetzlichen Verpflichtungen.

Die Einnahmensteigerung ergibt sich aus der Veranschlagung der Refundierung des Aufwandes der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz durch den Linzer Hochschulfonds (siehe auch BGBl. Nr. 189/1962), ist jedoch keine echte, da die entsprechenden Aufwendungen des Bundes bei den Ausgabenkrediten durch erhöhte Budgetierung ihren Niederschlag finden mußten.

Anlagen

Hier sind die Investitionskredite (Einrichtung und apparative Ausstattung) für die Hochschulen veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Klinischer Mehraufwand

Der Bund ersetzt gemäß §§ 55 und 56 des Krankenanstaltengesetzes den Mehraufwand, der sich bei Krankenanstalten aus der Verwendung für Unterrichtszwecke der medizinischen Fakultäten ergibt. Diese Kostenersätze betragen:

	Insgesamt	hievon für Neubauten
	Mill. S	
1966 *)	241·0	145·2
1967 **)	314·1	214·1
1968 **)	295·1	192·1

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Im Gesamtausgabenbetrag sind Beiträge für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses (der Universitätskliniken) in Wien, der Chirurgischen und Kinderkliniken in Graz und Innsbruck enthalten. Der Aufwand für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird je zur Hälfte von der Stadt Wien und dem Bunde getragen. Zu den Klinikneubauten in Graz und Innsbruck leistet der Bund einen Beitrag von 40%.

Gesundenuntersuchung

Für die im Allgemeinen Hochschulstudiengesetz § 6, Abs. 2, lit. e, BGBl. Nr. 177/1966, vorgesehene Gesundenuntersuchung der Hochschüler wurde ein Betrag von 3·5 Millionen Schilling veranschlagt.

Studienbeihilfengesetz

Zur Bedeckung des Aufwandes des Bundesgesetzes über die Gewährung von Studienbeihilfen an Hochschüler (Studienbeihilfengesetz) sind für das Jahr 1968 115 Millionen Schilling vorgesehen.

Remunerationen

22 Millionen Schilling sind für die Remunerationen für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende gemäß § 23 des Hochschultaxengesetzes vorgesehen.

Aufwandskredite

Hier sind in erster Linie die Regieaufwendungen der Hochschulen, die aus Unterricht und Forschung entspringen, veranschlagt. Neben der dringenden Investition in Form von Anlagekrediten, die in immer höherem Ausmaß nötig sind, um das wissenschaftliche Niveau zu halten, stellen diese Aufwendungen einen wesentlichen Faktor zur Aufrechterhaltung des Hochschulbetriebes dar. Wichtige Schwerpunkte im Unterricht und in der Forschung sind in gesonderten Posten dargestellt. Darüber hinaus sind Kredite für Veranstaltungen repräsentativen Charakters, wie Tagungen, Jubiläumsfeiern von Hochschulen und sportliche Veranstaltungen ebenfalls hier veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 16·0 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

Wesentliche gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966.

Hochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 154/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 92/1959, 188/1962, 195/1965 und 180/1966.

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962.

Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 102/1953, in der Fassung BGBl. Nr. 156/1961, 73/1962, 117/1963, 316/1963, 157/1964, 167/1965, 113/1966 und 240/1967.

Prüfungstaxenverordnung, BGBl. Nr. 142/1953, 17/1963, 271/1965 und 103/1967.

Übungs- und Institutstaxenverordnung, BGBl. Nr. 143/1953.

Verordnung über die Taxen, die für die Ausstellung von Bestätigungen, Duplikaten und Abschriften an den wissenschaftlichen Hochschulen zu entrichten sind, BGBl. Nr. 144/1953.

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, 2. Teil, Hauptstück D (betr. Kostenersätze für den klinischen Mehraufwand).

Hochschulassistentengesetz 1962, BGBl. Nr. 216/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 261/1963, 315/1963, 156/1964, 166/1965, 112/1966, 72/1967 und 239/1967.

Studienbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 249/1963 und 19/1967.

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studieneinrichtungen, BGBl. Nr. 179/1966.

Personal

Folgende Dienstposten sind für die Hochschulen vorgesehen:

	1965	1966	1967	1968
Hochschulprofessoren:				
ordentliche	539	588	654	731
außerordentliche ...	119	135	143	125
Hochschulassistenten .	2393	2569	2960	3410
Summe .	3051	3292	3757	4266

Hochschulen

Hier ist die Gebarung folgender Hochschulen veranschlagt: [5])

1. Universität Wien (mit fünf Fakultäten).

2. Technische Hochschule in Wien (mit drei Fakultäten).

3. Hochschule für Bodenkultur in Wien.

4. Tierärztliche Hochschule in Wien (mit Angliederung eines Tierspitales).

5. Hochschule für Welthandel in Wien.

6. Universität in Graz (mit vier Fakultäten).

7. Technische Hochschule in Graz (mit drei Fakultäten).

8. Montanistische Hochschule in Leoben.

9. Universität in Salzburg (mit drei Fakultäten).

10. Universität in Innsbruck (mit fünf Fakultäten).

11. Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz (mit drei Fakultäten).

Hörerzahlen, Dienstposten

Hinsichtlich Hörerzahlen und Dienstposten für Hochschulprofessoren gibt die Übersicht auf Seite 88 Aufklärung.

Ausländische Hörer

Über die Anzahl der ausländischen Hörer an den österreichischen Hochschulen und die vom österreichischen Staat für diese Hörer aufgewendeten Staatsmittel gibt die Übersicht auf Seite 89 Auskunft.

Ansatz 1231 Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	16·5	49·2	65·7	71·4
1967**)	17·7	55·0	72·7	72·7
1968**)	28·2	57·3	85·5	85·5

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die höheren Einnahmen ab dem Jahre 1967 werden angenommen, da die ständig steigende Hörerzahl eine stärkere Inanspruchnahme der Hochschuleinrichtungen mit zweckgebundener Einnahmengebarung gemäß Hochschul-Organisationsgesetz erwarten läßt; durch die Zweckbindung dieser Einnahmen erhöht sich auch die Ausgabenseite. Das Ansteigen des Personalaufwandes ist auch durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind Beträge für Stipendien und Studienunterstützungen veranschlagt.

Gebarung

Gemäß BGBl. Nr. 102/1953 stehen gewisse Anteile an Kollegien- und Unterrichtsgeldern, Prüfungstaxen und Taxen für die Verleihung akademischer Grade den Hochschullehrkräften zu.

[4]) (frei)

[5]) Weitere Einzelheiten über die Hochschulen siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1965, Seite 89 ff.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

Übersicht zu Seite 87, rechte Spalte, Zeile 13

	Hörerzahl [1]) im Wintersemester 1966/67 nach Fakultäten						Verteilung der Dienstposten für Hochschulprofessoren [2]) nach Fakultäten											
	Katholisch-theologische	Evangelisch-theologische	Rechts- und staatswissen-schaftliche	Medizinische	Philo-sophische	Summe	Katholisch-theologische		Evangelisch-theologische		Rechts- und staatswissen-schaftliche		Medizinische		Philo-sophische		Summe	
							o.	ao.	o.	ao.	o.	ao.	o.	ao.	o.	ao.	o.	ao.
Universität Wien	261	57	4.277	4.118	9.530	18.243	10	3	7	. .	29	4	36	7	79	44	161	58
Universität Graz	186	. . . .	1.991	1.478	2.513	6.168	12	. .	. .	. .	19	4	20	2	48	6	99	12
Universität Innsbruck	512	. . . .	1.887	1.666	2.108	6.173	11	3	. .	. .	18	7	21	8	53	2	103	20
Universität Salzburg	191	. . . .	287	. . . .	744	1.222	9	4	. .	. .	14	2	. .	. .	32	2	55	8
Summe	1.150	57	8.442	7.262	14.895	31.806	42	10	7	. .	80	17	77	17	212	54	418	98
	Naturwissenschaftliche		Bau-ingenieur-wesen und Architektur	Maschinenwesen und Elektrotechnik														
Technische Hochschule Wien	1.835		2.339	2.743		6.917	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	81	6
Technische Hochschule Graz	332		2.149	1.712		4.193	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	53	4
Montanistische Hochschule Leoben	. . . . .		. . .	. . . . .		799	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	25	. .
Hochschule für Bodenkultur Wien	. . . . .		. . . .	. . . . .		1.429	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	22	12
Tierärztliche Hochschule Wien	. . . . .		. . . .	. . . . .		313	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	18	1
Hochschule für Welthandel Wien	. . . . .		. . . .	. . . . .		4.018	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	17	12
Hochschule für Sozial- und Wirtschafts-wissenschaften Linz	. . . . .		. . . .	. . . . .		598	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	. .	20	10
Summe	. . . . .		. . . .	. . . . .		50.073	42	10	7	. .	80	17	77	17	212	54	654	143

[1]) Über die Hörerzahl im Wintersemester 1937/1938 und in den Jahren nach 1945 geben die Erläuterungen der Vorjahre Auskunft (z. B. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1961 Seite 71 ff.).

[2]) o. = ordentliche Hochschulprofessoren. ao. = außerordentliche Hochschulprofessoren. Über die Dienstposten der Vorjahre siehe Fußnote [1]).

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer; Beitrag der Unterrichtsverwaltung im Hinblick auf die ausländischen Studierenden

		Hörer	Aufwand pro Jahr in Mill. S [1])
Im Wintersemester 1966/67 inskribierten an den wissenschaftlichen Hochschulen in Österreich .		50.073	rd. 500
Hievon a) ordentliche ausländische Hörer		9.297	rd. 130
1579 Griechen 146 Ungarn 172 Türken 80 Jugoslawen 4524 Hörer aus anderen europäischen Staaten 288 Hörer aus der Vereinigten Arabischen Republik 77 Sonstige Hörer aus Afrika 2076 Hörer aus Asien 70 Hörer aus Süd- und Mittelamerika 175 Hörer aus den Verein. Staaten v. Amerika 6 Australier 104 Hörer aus sonstigen Staaten und staatenlose Hörer	hievon 4178 [2]) aus Entwicklungsländern		
b) außerordentliche Hörer und Gasthörer (hievon etwa 240 aus Entwicklungsländern). . .		772	

[1]) Schätzungsweise Ermittlung unter Zugrundelegung der im Bundesvoranschlag 1967 für Hochschulzwecke vorgesehenen Ausgabenbeträge.

[2]) Auf diese Hörer aus den Entwicklungsländern entfällt bei Zugrundelegung der Beträge des Bundesvoranschlages 1967 ein Aufwand des österreichischen Staates von rund 100 Millionen Schilling pro Jahr oder bei einer angenommenen Durchschnittsdauer des Studiums dieser Hörer von rund 10 Semestern ein Aufwand von rund 500 Millionen Schilling.

Die Aufwandsbeiträge der Studierenden, Matrikelgelder und Inskriptionsgebühren sowie verschiedene Taxen sind gemäß dem Hochschultaxengesetz (BGBl. Nr. 102/1953) ausschließlich für Unterrichts- und Amtserfordernisse bzw. als Zuschuß zum Sachaufwand von Hochschuleinrichtungen zu verwenden.

Außerdem sind auch die Erlöse aus Stiftungen und aus Beiträgen Dritter (Spenden) zweckgebunden und finden nur für den Widmungszweck Verwendung.

Nachstehenden Hochschul- und sonstigen Einrichtungen werden ihre Einnahmen, insbesondere die aus ihrer Gutachtertätigkeit, zur Gänze zur Verfügung gestellt:

Radiumstation der Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Wien.

Universitäts-Zahnklinik in Wien.

Zahnklinik der Medizinischen Fakultät der Universität Innsbruck.

Tierspital der Tierärztlichen Hochschule in Wien.

5 Versuchsanstalten (an der Technischen Hochschule Wien: die Technische Versuchs- und Forschungsanstalt und die Versuchsanstalt für Brennstoffe, Feuerungsanlagen und Gastechnik; an der Technischen Hochschule Graz: die Technische Versuchs- und Forschungsanstalt, die Versuchs- und Forschungsanstalt für Hochspannungstechnik und die Versuchs- und Forschungsanstalt für Papier- und Zellstofftechnik).

Ansatz 1232 Wissenschaftliche Anstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	14·2	30·4	44·6	0·7
1967 **)	16·3	42·8	59·1	0·8
1968 **)	18·0	46·3	64·3	0·8

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ab dem Jahre 1967 ist durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie durch Personalvermehrung bedingt.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ab dem Jahre 1967 betrifft insbesondere die Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen).

Institutionen

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben für folgende wissenschaftliche Institutionen veranschlagt [6]):

1. Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien.

2. Geologische Bundesanstalt in Wien.

Beitragszahlungen

Gemäß BGBl. Nr. 41/1960 leistet Österreich einen Beitrag für die Europäische Organisation für Kernphysikalische Forschung (Convention Européenne pour la Recherche nucléaire, CERN). Er beträgt im Jahre 1968 32·9 Millionen Schilling.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[6]) **Weitere Einzelheiten siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1965, Seite 92.**

Sonstiger Aufwand

Unter diesem Ansatz ist der Regieaufwand für die Beteiligung an internationalen Vorhaben, wie die Hydrologische Dekade [6a]) und das Internationale biologische Programm, veranschlagt. Weiters werden hier die Kreditmittel für Untersuchungen zur Errichtung eines 300 GeV-Beschleunigers in Göpfritz aufgebracht. Um den Zuschlag dieses Projektes bewirbt sich Österreich bei der CERN.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 1·580 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

Ansatz 1233 Bibliotheken

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *).....	29·3	29·2	58·5	2·1
1967 **).....	36·2	30·3	66·5	2·1
1968 **).....	36·8	30·5	67·3	2·3

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab dem Jahre 1967 ist bedingt durch die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten. Weiters ist eine Vermehrung von Dienstposten vorgesehen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ab dem Jahre 1967 betrifft insbesondere die Aufwandskredite.

Bibliotheken

Im einzelnen ist hinsichtlich der hier veranschlagten Bibliotheken zu bemerken:

1. Österreichische Nationalbibliothek. Sie wurde 1526 gegründet und besteht aus sieben Sammlungen: 1. der Druckschriftensammlung (1,897.049 Bände, Stand 31. Dezember 1966), 2. der Handschriftensammlung (65.370 Handschriften), 3. der Musiksammlung, 4. der Kartensammlung, 5. der Papyrussammlung, 6. der Porträtsammlung und dem Bildarchiv sowie 7. der Theatersammlung.

Der Österreichischen Nationalbibliothek ist auch ein Mikrofilmlaboratorium und das Internationale Esperanto-Museum angegliedert.

2. Bundesstaatliche Studienbibliotheken. Sie bestehen in Klagenfurt und Linz; sie dienen der Bildung und Forschung in den beiden Landeshauptstädten.

Neben zahlreichen anderen Objekten hat die Studienbibliothek Klagenfurt 156.726 und die Studienbibliothek Linz 164.494 Bände Druckschriften.

3. Universitätsbibliotheken in Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg. Sie bilden einen Bestandteil der betreffenden Universität, haben aber eine selbständige Stellung im Rahmen der Universitätsorganisationen (siehe § 61 Hochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 154/1955). Neben zahlreichen anderen Objekten hat die Universitätsbibliothek Wien 1,577.956, die Universitätsbibliothek Graz 658.827, die Universitätsbibliothek Innsbruck 660.450 und die Universitätsbibliothek Salzburg 256.509 Bände Druckschriften.

4. Die Bibliothek der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz hat im Laufe des Jahres 1965 ihre Tätigkeit aufgenommen. Gemäß § 3 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes über den Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962, ist der Aufwand für das wissenschaftliche Personal vom Bund zu tragen, der Aufwand für das sonstige Personal zunächst aus Bundesmitteln zu bestreiten und vom Linzer Hochschulfonds halbjährlich zu ersetzen. Die Bibliothek hat 20.847 Bände Druckschriften (Stand am 31. Dezember 1965).

5. Die Studienbibliotheken der übrigen Hochschulen haben dieselbe Stellung wie die Universitätsbibliotheken. Die Bibliothek der Technischen Hochschule Wien hat 304.687, die Bibliothek der Technischen Hochschule Graz 91.181, die Bibliothek der Montanistischen Hochschule in Leoben 69.928, die Bibliothek der Hochschule für Bodenkultur 123.162, die Bibliothek der Tierärztlichen Hochschule 44.688 und die Bibliothek der Hochschule für Welthandel 153.467 Bände Druckschriften.

Der Bibliothek der Technischen Hochschule Wien ist das „Dokumentationszentrum für Wirtschaft und Technik" angeschlossen.

6. Ebenfalls einbezogen ist im Hinblick auf ihren Umfang und ihre Bedeutung die Zentralbibliothek der Physikalischen Institute der Universität Wien. Diese ist eine im raschen Ausbau begriffene Spezialbibliothek, die insbesondere reiches Zeitschriften- und Dokumentationsmaterial auf dem Gebiete der Atomenergie besitzt.

7. Die Österreichische Phonothek, die seit ihrer Gründung im Jahre 1959 behelfsmäßig in Räumen der Österreichischen Nationalbibliothek untergebracht war, konnte im Jahre 1966 den Betrieb in eigenen Räumen aufnehmen. Ihre Aufgabe ist die Sammlung zeitgeschichtlicher Dokumente auf Schallträgern. Die Bestände umfassen rund 6000 Schallplatten und über 600 Tonbänder. Letztere enthalten zum überwiegenden Teil seit 1965 gemachte Eigenaufnahmen zeitgeschichtlicher und kultureller Ereignisse.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[6a]) Hiefür ist außerdem auch beim Kapitel 60, „Land- und Forstwirtschaft", vorgesorgt.

Institutionen

Die Abteilung Porträtsammlung und Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek besitzt 426.420 photographische Negative österreichischer Motive, 419.436 Porträts, 38.676 sonstige Objektive und 117.349 Bücher.

Das Mikrofilmlaboratorium der Österreichischen Nationalbibliothek verfertigt Mikrokopien sowie sonstige photographische Reproduktionen von Sammlungsgegenständen der Nationalbibliothek und auch anderer Bibliotheken für künstlerische, publizistische und insbesondere wissenschaftliche Zwecke.

Das Dokumentationszentrum für Technik und Wirtschaft an der Bibliothek der Technischen Hochschule Wien hat die Aufgabe, aus den an der Bibliothek vorhandenen 1121 Zeitschriften wichtige Veröffentlichungen in einem eigenen Katalog nachzuweisen und hiedurch die möglichst rasche Benützung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse zu ermöglichen. Im Jahre 1966 wurden 14.451 Artikel bearbeitet. Daneben wurden 19.759 Mikrofilme, 34.899 Photokopien und 201.539 Lichtpausen angefertigt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind eine Million Schilling für Anlagen vorgesehen.

Titel 124 Bundesministerium; Einrichtungen für außerschulische Erziehung

Ansatz 1240 Bundesheim- und Sportverwaltung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	5·9	23·9	29·8	5·8
1967 **)	8·4	23·3	31·7	0·8
1968 **)	8·0	24·2	32·2	0·8

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes 1967 ist durch Personalvermehrung sowie durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt. Die geringfügige Verminderung im Personalaufwand des Jahres 1968 ergibt sich trotz Berücksichtigung der Bezugserhöhung infolge Besetzung verschiedener Dienstposten durch dienstjüngere Bedienstete.

Die Erhöhung des Sachaufwandes 1968 ergibt sich durch den Ausbau des Bundessportzentrums Wien-Südstadt, des Bundessportheimes Faakersee sowie den Neubau des Bundessportheimes Kitzsteinhorn und des Bundessport- und Jugendheimes Wien-Gaßmannstraße.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Gebarung

Veranschlagt sind der Aufwand der Bundesheim- und Sportverwaltung, die Kosten für die Errichtung und Einrichtung von Sportheimen, Sportschulen und Sportplätzen, Bundesspielplätze und Bundesschullandheime, der Aufwand für das „Haus des Sportes" sowie für die Erhaltung der Sportstätten der Olympischen Winterspiele 1964 in Innsbruck, ferner für Bundessportrat und Bundessportfachrat, für Sportarchiv und Sportliteratur, Sportbildarchiv, Sportwerbe- und Ausstellungsmaterial.

Der Bundesheim- und Sportverwaltung obliegt auch die Verwaltung der Sportplätze der offenen Tür in Wien.

Bundesspielplätze

Für den Bereich des Stadtschulrates für Wien bestehen derzeit 7 Bundesspielplätze und zwar: Birkenwiese und Wasserwiese im Prater, Jahnwiese, Schloßwiese, Auwiese und Sportwiese im Augarten und ein Spielplatz in der Schönbrunner Schloßstraße.

Die Verwaltung obliegt einer dem Bundesministerium für Unterricht direkt unterstellten Verwaltungsstelle (Bundesheim- und Sportverwaltung). Diese hebt auch die Benützungsgebühren von den Vereinen und Verbänden, denen die Bundesspielplätze in den Abendstunden zur Verfügung gestellt werden, ein.

Ansatz 1241 Bundessport- und Bundesschullandheime (Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	5·3	11·4	16·7	16·0
1967 **)	5·9	13·2	19·1	19·1
1968 **)	7·5	15·2	22·7	22·7

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben und -einnahmen dieses betriebsähnlichen Verwaltungszweiges sind im wesentlichen auf die Intensivierung des Lehrgangsbetriebes zurückzuführen.

Die Höhe der Ausgaben richtet sich nach den zweckgebundenen Einnahmen des laufenden Jahres.

Institutionen

Derzeit bestehen folgende Bundessportheime und Sportübungsstätten:

Bundessportschule Obertraun in Oberösterreich.
Bundessportschule Schielleiten in Steiermark.
Bundessportheim Obergurgl und Alpine Forschungsstelle der Universität Innsbruck (Tirol).
Bundessportschule Hintermoos in Salzburg.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Bundessportheim Wien, III., Blattgasse 6.
Bundesstadion und Kunsteisstadion Graz-Liebenau in Steiermark.
Bundessportschule Spitzerberg in Niederösterreich.
Bundessportheim Faakersee in Kärnten.
Bundessportheim Kitzsteinhorn.
Bundessportzentrum Wien-Südstadt.

Die oben angeführten Bundessportheime und Sportübungsstätten werden von der Bundesheim- und Sportverwaltung verwaltet.

Das mit 1. Juli 1967 in das Eigentum des Bundes und in die Verwaltung der Bundesheim- und Sportverwaltung übergegangene Bundessportzentrum Wien-Südstadt wird in mehreren Stufen ausgebaut. Die Planung für ein Bundessport- und Jugendheim Wien-Gaßmanngasse ist abgeschlossen. Das hochalpine Bundessportheim am Kitzsteinhorn ist im Bau.

Diese Einrichtungen dienen für die Aus- und Fortbildung der Jugend und der Mitglieder der Sportverbände in den einzelnen Sportzweigen.

Die Bundessportheime wurden in den Jahren 1964 bis 1966 wie folgt ausgenützt:

Heim	1964	1965	1966
Obertraun	34.639	36.571	37.464
Hofgastein [6b])	6.149	5.634	6.256
Schielleiten	22.713	24.627	27.058
Obergurgl	21.648	21.345	18.055
Hintermoos	26.570	28.174	25.058
Blattgasse	20.118	21.427	21.258
Spitzerberg	5.381	4.333	5.002
Faakersee	5.662	5.423	5.722
	142.880	147.534	145.873

Bundesschullandheime

Es bestehen derzeit 6 Heime: Josefsberg und Raach am Hochgebirge in Niederösterreich, Mariazell [7]) in der Steiermark, Schloß Tandalier bei Radstadt, Saalbach-Hinterglemm in Salzburg und Sankt Christoph am Arlberg in Tirol.

Die Bundesschullandheime dienen der Durchführung besonderer Schulveranstaltungen aller Schultypen (Schulschikurse, Schullandwochen, Landschulwochen) und der Lehrerfortbildung. In der Ferienzeit werden die Heime für Abhaltung von Schülererholungsaktionen benützt.

Die Gebarung aus der Verwaltung von Unterkünften, die für die Durchführung der Schulschikurse angemietet werden müssen, ist gleichfalls bei diesem Ansatz mitveranschlagt.

Die Bundesschullandheime wurden in den Jahren 1964 bis 1966 wie folgt ausgenützt:

Heim	1964	1965	1966
Mariazell	[7])	[7])	9.431
Josefsberg	10.849	10.507	11.393
Raach am Hochgebirge	[8])2.988	12.518	9.934
Radstadt	15.239	16.969	15.681
Saalbach	17.032	19.639	18.296
St. Christoph am Arlberg	17.117	17.356	16.954
	63.225	76.989	81.689

Ansatz 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	1·8	11·0	12·8	7·4
1967 **)	2·1	13·4	15·5	10·0
1968 **)	2·1	15·2	17·3	11·7

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt. Der höhere Sachaufwand ist durch Erweiterung der „Wien-Aktion" bedingt.

Gebarung

Die Ausgaben dieses Ansatzes dienen Zwecken der außerschulischen Jugenderziehung, die ein breites Tätigkeitsfeld von der staatsbürgerlichen Erziehung über die Notstandsprobleme der jungen Generation bis zu den verschiedenen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung umfaßt.

Aufwandskredite

Die Durchführung der Jugendaktionen des Bundesministeriums für Unterricht, so zum Beispiel die staatsbürgerliche Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen" [9]), das Österreichische Jugendsingen sowie verschiedene Lehrgänge für praktische Jugendarbeit, Jugendliteratur und Jugendfilmkurse, Kampf gegen Schmutz und Schund, die Österreichischen Staatspreise für Kleinkinderbücher, Kinder- und Jugendliteratur, sowie für journalistische Leistungen im Interesse der Jugend werden hier veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[6b]) Das Heim Hofgastein wurde ab 15. April 1967 aufgelassen.
[7]) Seit Herbst 1960 wegen Neubaues außer Betrieb. Die Wiederaufnahme des Betriebes erfolgte am 4. Juli 1966.
[8]) Wegen Umbauarbeiten eingeschränkter Betrieb.
[9]) Im Schuljahr 1966/67 besuchten im Rahmen dieser Aktion 948 Gruppen mit 27.345 Jugendlichen die Bundeshauptstadt.

Jugendschriftenkommission

Die Österreichische Jugendschriftenkommission setzt sich aus Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht, der einzelnen Landesschulbehörden, der Österreichischen Jugendvereinigungen, des Österreichischen Büchereiverbandes, des Verbandes der Österreichischen Buch-, Kunst-, Musikalien-, Zeitungs- und Zeitschriftenhändler, des Österreichischen Schriftstellerverbandes, des Wiener Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia", des Österreichischen P.E.N.-Clubs, des Österreichischen Buchklubs der Jugend und schließlich aus Persönlichkeiten, die sich um die Förderung der Jugendliteratur besonders verdient gemacht haben, zusammen. Sie hat die Aufgabe, der Jugend guten Lesestoff zugänglich zu machen und die Verbreitung minderwertiger Druckwerke möglichst zu verhindern.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

Ansatz 1260 Schulaufsichtsbehörden

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	60·4	13·1	73·5	0·5
1967 **)	96·7	19·7	116·4	30·4
1968 **)	75·5	16·7	92·2	17·0

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1967 ist durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und durch Personalvermehrungen bedingt. Die Verminderung des Personalaufwandes, des Sachaufwandes sowie der Einnahmen im Jahre 1968 ergeben sich durch den Wegfall der Forderungsrückstände gemäß dem Schulaufsichtsgesetz.

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962.

Organisation

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulaufsicht und Schulverwaltung aus. Im Rahmen der Landesschulräte und der Bezirksschulräte sind nach Artikel 81 a Abs. 3 lit. a Bundes-Verfassungsgesetz Kollegien einzurichten.

Aufgaben

Die unmittelbare Schulaufsicht führen die Schulaufsichtsbehörden durch die Landesschulinspektoren, Bezirksschulinspektoren und Berufsschulinspektoren, die zu einer periodischen Inspektion und Visitation der einzelnen Schulen verpflichtet sind. Außerdem sind für die Inspektion bestimmter Fächer eigene Fachinspektoren bestellt.

Personal

1968 werden 55 Landesschulinspektoren, 121 Bezirksschulinspektoren, 16 Berufsschulinspektoren in Verwendung sein.

Ansatz 1261 Pädagogisch-Psychologischer Dienst

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	3·4	2·6	6·0	0·5
1967 **)	4·2	3·6	7·8	1·2
1968 **)	5·2	2·9	8·1	0·4

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Der höhere Personalaufwand ist durch Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und durch Vermehrung der Dienstposten bedingt.

Die Verminderung der Einnahmen und des Sachaufwandes im Jahre 1968 ergibt sich aus dem Wegfall von Aufnahmeuntersuchungen.

Aufwandskredite

Das Kerngebiet der Arbeit umfaßt die Maßnahmen zur Bereitstellung des als Lehrmittel und Unterrichtsmittel in Verwendung stehenden berufskundlichen Materials (Schrifttum- und Anschauungsmittel), das insbesondere auch als Lesestoff zur Berufsorientierung im Polytechnischen Lehrgang Verwendung finden wird, die Durchführung berufskundlicher Führungen und Maturantenwochen, die Vorbereitung und Durchführung von Eignungsuntersuchungen und Aufnahmsverfahren sowie die Heranbildung von geeigneten Lehrern an allgemeinbildenden Pflicht- und allgemeinbildenden Höheren Schulen als Ausbildungs- beziehungsweise Studienberater.

Ansatz 1262 Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	3·0	5·5	8·5	1·6
1967 **)	3·5	5·6	9·1	2·4
1968 **)	3·8	5·6	9·4	2·2

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist durch Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Organisation

Die allgemeinen Angelegenheiten der Kulturpflege und gegenwartsnahen Volksbildung werden im Bundesministerium für Unterricht bearbeitet. Dem Bundesministerium für Unterricht sind auf dem Gebiete des Volksbildungswesens die Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten in den einzelnen Bundesländern nachgeordnet. Die Gebarung der nachgeordneten Dienststellen (Bundesstaatliche Volksbildungsreferenten) mit ihren Buchberatungsstellen ist auch hier veranschlagt.

Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz werden die Kosten der zentralen Veranstaltungen des Bundesministeriums für Unterricht veranschlagt (z. B. die Kurse zur Schulung der Volksbibliothekare, die Kunstseminare über Fragen der Musik- und Kunsterziehung). Besonders ist hier auf das Seminar über die Aufgaben der Geisteswissenschaften in der Erwachsenenbildung hinzuweisen, das Österreich unter den Auspizien des Europarates für dessen Mitgliedstaaten durchgeführt hat. Weiters werden aus diesen Mitteln Veranstaltungen der Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten, die der Ausbildung und Weiterbildung von Volksbildnern und Volksbibliothekaren dienen, sowie Seminare und Tagungen im Bundesstaatlichen Volksbildungsheim St. Wolfgang mitfinanziert.

Auch der Ausbau der volksbildnerischen Fachbücherei und die Kosten für die Hand- und Wanderbüchereien der Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten einschließlich der „Schriftenreihe zur Volksbildung" belasten diesen Ansatz. In dieser Schriftenreihe sind bisher 15 Bände erschienen.

Die Volksbüchereien wenden sich in immer größerem Maße an die Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten um Rat und Hilfe bei der Auswahl und beim Ankauf von Büchern, insbesondere aber auch von Büchereimaterialien (Karteimaterial, Auswahlkatalogen, Einbanddeckeln usw.). Die Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten kommen diesen Wünschen auf freiwilliger Basis soweit als möglich nach und unterstützen die oft sehr kleinen Volksbüchereien in ihrer Arbeit.

Bundesstaatliches Volksbildungsheim St. Wolfgang

Im Bundesstaatlichen Volksbildungsheim Sankt Wolfgang finden alljährlich zwei dreimonatige Kurse für Bauernburschen und Bauernmädchen statt. In diesen Kursen wird besonders auf einen nachschulischen Bildungserwerb unter dem Aspekt volksbildnerischer und staatsbürgerlicher Erziehung Wert gelegt. Während der übrigen Zeit finden im Bundesstaatlichen Volksbildungsheim volksbildnerische Veranstaltungen verschiedenster Art statt. Neben den Veranstaltungen von Volksbildungsorganisationen sind vor allem die heimeigenen Veranstaltungen zu nennen, die der Schulung beziehungsweise Heranbildung von Erwachsenenbildnern dienen. So wird im Jahre 1968 wieder ein Seminar für die Mitgliedstaaten des Europarates durchgeführt werden. Weitere Veranstaltungen galten dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Volksbildner und damit auch ihrer eigenen Weiterbildung auf methodischem Gebiet. Dieses Ziel verfolgte auch das Seminar über Grundfragen der Erwachsenenbildung, welches in diesem Heim veranstaltet wurde. Eine weitere Studienwoche vereinte die Volksbibliothekare zu Schulungszwecken im dortigen Heim. Außerdem finden während der Sommermonate die Kurse der „Sommerhochschule der Universität Wien"[10] in diesem Heim statt.

Titel 127 Schulen I[11]

Ansatz 1270 Allgemeinbildende Höhere Schulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)....	609·0	112·9	721·9	5·1
1967 **)....	694·6	118·2	812·8	6·0
1968 **)....	779·0	116·9	895·9	9·3

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ergibt sich ab 1967 einerseits aus einer Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten, anderseits infolge der Vermehrung der Schülerzahl aus einer erforderlichen Personalvermehrung. Auch die infolge der Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes 1962 (BGBl. Nr. 242/1962) erforderliche Senkung der Klassenschülerzahl, die Eröffnung der Oberstufenformen sowie die Einrichtung von Assistenzen in den Fächern der modernen Fremdsprachen, Leibesübungen, Zeichnen und Handarbeit macht die Erhöhung der Lehrerdienstposten nötig.

Die Verminderung beim Sachaufwand im Jahre 1968 ergibt sich u. a. durch Zurückstellung von Förderungsprojekten. Das ziffernmäßige Bild zeigt:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Privatschulgesetz	9·0	10·0	11·0
Übriger Sachaufwand	103·9	108·2	105·9
Summe .	112·9	118·2	116·9

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[10]) Institution auf Vereinsbasis.
[11]) Allgemeinbildende Schulen, Lehrer- und Erzieherbildung, Bundeskonvikte und Schülerheime, Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die höheren Einnahmen ergeben sich aus den Prüfungsgebühren und den Einnahmen der Tagesschulheime.

Begriffe

Öffentliche allgemeinbildende Höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B.-VG. sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Mädchen, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Musisch-pädagogische Realgymnasien und Gymnasien und Realgymnasien für Berufstätige, sowie die an den angeführten Schulen auslaufenden Mittelschulformen. Mit Beginn des Schuljahres 1963/64 wurde die 1. Klasse des Gymnasiums, des Realgymnasiums, des Wirtschaftskundlichen Realgymnasiums für Mädchen und der Sonderformen der allgemeinbildenden Höheren Schulen (Musisch-pädagogisches Realgymnasium) nach dem Schulorganisationsgesetz eröffnet.

Mit Beginn des Schuljahres 1967/68 werden die 5. Klassen der allgemeinbildenden Höheren Schulen eröffnet. Die Gymnasien gliedern sich in humanistische, neusprachliche und realistische auf, die Realgymnasien, außer den wirtschaftskundlichen für Mädchen, in naturwissenschaftliche und mathematische.

Anzahl

Die Zahl der öffentlichen allgemeinbildenden Höheren Schulen (ohne Bundeserziehungsanstalten) und deren Schüler ist folgende:

Schuljahr	Schulen	Schüler
1965/66	148 [12])	71.203
1966/67	148	71.203
1967/68 [13])	149	82.902

Ausstattung

An den meisten allgemeinbildenden Höheren Schulen des Bundes besteht noch ein Nachholbedarf an Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln, da die Kreditmittel nicht ausreichen, allen modernen Ansprüchen Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus fällt in das Jahr 1968 die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Lehrmittelsammlungen und Lehrerbibliotheken für die Neubauten des Bundesgymnasiums Neunkirchen, des 3. Bundesgymnasiums Linz, des Bundesgymnasiums Vöcklabruck, des Bundesgymnasiums Ried im Innkreis, des Bundesgymnasiums Oberpullendorf und voraussichtlich des Bundesgymnasiums Gmünd.

Förderungsausgaben

Unter anderem sind Beträge vorgesehen:

für Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen (an bedürftige und würdige Mittelschüler in 1400 bis 1600 Einzelstipendien zum Betrage von je 1400 S, in einzelnen Fällen auch darüber), weiters werden Beträge in verschiedener Höhe für die Teilnahme an Ferienaktionen für erholungsbedürftige Schüler und Schülerinnen gewidmet,

für besondere Lehranstalten.

Für den Ausbau und für Modernisierungen sind Beträge vorgesehen:

für das öffentliche Gymnasium der Stiftung „Theresianische Akademie", einen Schulversuch, der eine weitgehende finanzielle Förderung durch den Bund erfährt,

für den Neubau des privaten Werkschulheimes Felbertal in Strub bei Ebenau/Salzburg,

sowie Baukostenzuschüsse für den Ausbau privater Schulen im Rahmen des 9. Schuljahres.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer, die Prüfungskommissionen und die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt.

Aufwandskredite

Finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für den weiteren Ausbau beziehungsweise die Fortführung kultureller Aktionen für die Schuljugend der allgemeinbildenden Höheren Schulen im Rahmen der Schule vorgesehen.

Von den im Rahmen des Aufwandes für die allgemeinbildenden Höheren Schulen veranschlagten Gebarungen sind außerdem noch besonders erwähnenswert:

[12]) Außerdem 5 Exposituren.
[13]) Aufgliederung nach Schultypen und Bundesländern siehe untenstehende Übersicht.

Schultypen	Wien	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Burgenland	zus.
Allgemeinbildende Höhere Schulen	51	26	17	7	19	7	8	5	3	143
Bundesrealgymnasium an der Militärakademie	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Aufbaugymnasien	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Gymnasien für Berufstätige . .	1	—	1	1	1	—	—	—	—	4
Summe (1967/68) .	52	28	18	8	20	7	8	5	3	149
Gesamtschülerzahl im Schuljahr 1967/68	26.485	15.010	10.410	3.615	12.176	5.940	3.900	2.850	2.516	82.902

Durch die Einführung der neuen Lehrpläne ist eine Intensivierung der Lehrerfortbildung auf allen Gebieten erforderlich; damit im Zusammenhang stehen höhere Ausgaben für die Seminare für Berufspraxis an höheren Schulen, für Reisekosten u. ä.

Die aus den Schulgesetzen und den Lehrplänen ableitbaren didaktisch-methodischen Grundsätze erfordern einen stärkeren Einsatz von Lehrmitteln, insbesondere audio-visuelle Geräte.

Erfordernisse der Leibeserziehung

Für den notwendigen Aufwand der Leibeserziehung an den Schulen sind Mittel für Errichtung, Einrichtung und Ausgestaltung von Übungsstätten (Turnsäle und Spielplätze), für Beschaffung und Instandhaltung von Turn- und Spielgeräten, Durchführung von Lehrgängen auf dem Gebiete der Leibeserziehung für die Lehrerschaft und Durchführung jugendgemäßer Wettkämpfe erforderlich.

Da ein Großteil der Turnsäle der Altgebäude den neuzeitlichen Anforderungen der Gesundheitserziehung nicht entspricht, ist deren gerätemäßige Ausstattung und vor allem die Einrichtung der unbedingt notwendigen Waschräume vordringlich.

Tagesschulheime

Tagesschulheime sind Einrichtungen an allgemeinbildenden Höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler außerhalb der Unterrichtszeit zu beaufsichtigen und zu betreuen. Derzeit bestehen an insgesamt 20 allgemeinbildenden Höheren Schulen Tagesschulheime, davon 15 in Wien, 2 in Niederösterreich, 1 in Oberösterreich, 1 in der Steiermark und 1 in Vorarlberg.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 14·8 Millionen Schilling einerseits für Anlagen, andererseits aber für Förderungsausgaben, wie Werkschulheim Felbertal, Theresianische Akademie und sonstige Baukostenzuschüsse, vorgesehen.

Ansatz 1271 Bundeserziehungsanstalten

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	21·6	11·1	32·7	6·3
1967 **)	25·8	12·4	38·2	6·6
1968 **)	28·8	12·0	40·8	6·7

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Zunahme beim Personalaufwand ab 1967 ist durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und eine Personalvermehrung wegen Erhöhung der Gesamtklassenzahl bedingt.

Der höhere Sachaufwand ab 1967 ist auf eine Erhöhung der Verpflegsausgaben, sowie auf Ergänzung der Einrichtungsgegenstände zurückzuführen. Die Verminderung im Jahre 1968 ergibt sich durch die Rückstellung von Ausgaben für Anlagen.

Begriff

Bundeserziehungsanstalten sind vom Bund erhaltene allgemeinbildende Höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Aufgaben

Die Bundeserziehungsanstalten sind für begabte Kinder, vor allem solche, die unter einem Schul-, Erziehungs- oder wirtschaftlichen Notstand leiden, und dienen insbesondere auch der Förderung der begabten Landjugend, die sonst keine Möglichkeit hätte, sich einem Studium an einer allgemeinbildenden Höheren Schule zu widmen.

Anstalten

Im Schuljahr 1967/68 sind folgende 4 Anstalten in Betrieb: für Knaben in Liebenau (1. bis 8. Klasse) und in Saalfelden (1. bis 8. Klasse), für Mädchen auf Schloß Traunsee bei Gmunden (1., 2., 3., 5., 6. und 8. Klasse) und in Wien III, Boerhaavegasse 15 (1. bis 8. Klasse).

Die Zahl der Klassen und der Schüler ist folgende:

Schuljahr	Klasse	Schüler
1965/66	49	1.158
1966/67	52	1.220
1967/68	52	1.260

Förderungsausgaben

Im wesentlichen ist nur für Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen vorgesorgt.

Ansatz 1272 Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	84·6	29·9	114·5	1·3
1967 **)	81·1	30·9	112·0	1·2
1968 **)	149·1	40·8	189·9	1·7

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

Im Zuge der durch die Schulgesetze 1962 eingeleiteten Reform der Lehrerbildung werden ab 1. September 1968 in acht Bundesländern Pädagogische Akademien (PA) des Bundes, in fünf Bundesländern private Pädagogische Akademien und im Burgenland auf Grund des Vertrages vom 26. Oktober 1966 zwischen dem Bund und der Diözese Eisenstadt eine private Pädagogische Akademie als Stiftung geführt. Im Schuljahr 1967/68 werden die mit 1. September 1966 begonnenen Schulversuche der Pädagogischen Akademien des Bundes in Wien und der Erzdiözese in Wien weitergeführt (voraussichtlich 440 Studierende, davon 95 an privaten Pädagogischen Akademien). An Lehrerinnenbildungsanstalten werden im Schuljahr 1967/68 in allen Bundesländern mit Ausnahme Wiens Maturantenlehrgänge geführt. Der Aufbau der Musisch-pädagogischen Realgymnasien (MpRg) wird im Schuljahr 1967/68 durch Führung der 9. Klassen abgeschlossen.

Unterschiede der Gebarung

Das Ansteigen beim Personalaufwand ergibt sich aus der Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und auf Grund der erstmaligen Führung der Pädagogischen Akademien, der Personalvermehrung an den Musisch-pädagogischen Realgymnasien durch Führung der 9. Klassen und Schulgründungen. Auch die infolge der Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes 1962 erforderliche Senkung der Klassenschülerzahl macht die Erhöhung der Lehrerdienstposten nötig. Bei der Budgeterstellung für das Jahr 1967 war die Schätzung des voraussichtlichen Aufwandes aus diesen Umstellungen nur bedingt möglich.

Die Steigerung des Sachaufwandes ist durch die höheren Ausgaben des Verwaltungsaufwandes sowie der Anlageansätze bedingt.

Begriff

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß Schulorganisationsgesetz 1962 die Aufgabe, in vier Semestern, aufbauend auf dem Bildungsgut einer Höheren Schule, Volksschullehrer heranzubilden. Jeder Pädagogischen Akademie ist eine Übungsschule eingegliedert.

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß Schulorganisationsgesetz 1962 der Fortbildung der Lehrer, zur Vorbereitung auf die Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen und die Lehramtsprüfungen für Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgänge sowie der pädagogischen Tatsachenforschung.

Die mitveranschlagten Musisch-pädagogischen Realgymnasien (9. bis 13. Schulstufe) dienen in erster Linie der Vorbereitung auf den Besuch der Pädagogischen Akademien und der Vorbereitung auf Sozialberufe sowie der Vorbereitung auf das Hochschulstudium.

Anzahl

Im Schuljahr 1967/68 wird in Wien eine Pädagogische Akademie des Bundes und eine private als Schulversuch geführt und ab 1. September 1968 zusätzlich sieben Pädagogische Akademien des Bundes, eine Pädagogische Akademie als Stiftung (wobei deren Lehrerpersonalaufwand zur Gänze vom Bund zu tragen ist) und fünf private Pädagogische Akademien (bei diesen ist 60 v. H. des Lehrerpersonalaufwandes vom Bund zu tragen). Schätzungsweise werden im Studienjahr 1968/69 insgesamt 2300 Studierende der Pädagogischen Akademien erwartet (davon 600 an den privaten Pädagogischen Akademien).

Das Pädagogische Institut in Linz ist eine Einrichtung des Bundes.

Die Pädagogischen Institute in Wien, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Salzburg, sowie das Institut für Lehrerfortbildung beim Landesschulrat für Niederösterreich sind Einrichtungen der Bundesländer. Sie arbeiten nach den Intentionen des Bundesministeriums für Unterricht und sind daher weitgehend zu fördern.

Die Zahl der Bundes-Lehrer(innen)bildungsanstalten, der Musisch-pädagogischen Realgymnasien und deren Schüler beträgt:

1964/65: 14 (davon 5 Doppelanstalten) und 9 selbständige Musisch-pädagogische Realgymnasien mit 6.050 Schülern.

1965/66: 14 auslaufende Bundeslehrer(innen)bildungsanstalten (davon 5 Doppelanstalten) mit 2.505 Schülern.
24 Musisch-pädagogischen Bundesrealgymnasien mit 4.632 Schülern.

1966/67: 14 auslaufende Bundeslehrer(innen)bildungsanstalten (davon 5 Doppelanstalten) mit nur 5. Jahrgängen und 845 Schülern sowie Maturantenlehrgänge mit 1.086 Schülern. 15 selbständige Musisch-pädagogische Realgymnasien des Bundes und 14 an Bundes-Lehrerbildungsanstalten angeschlossene Musisch-pädagogische Realgymnasien mit 6.596 Schülern.

Im Schuljahr 1967/68 werden weiterhin Maturantenlehrgänge und 51 Musisch-pädagogische Realgymnasien mit voraussichtlich 11.400 Schülern geführt.

Verwaltungsaufwand

Die meisten Pädagogischen Akademien müssen in zugemieteten Räumen untergebracht werden, sodaß entsprechende Beträge für Mieten zu veranschlagen sind.

Anlagen

In den meisten Musisch-pädagogischen Realgymnasien sind für die zusätzlichen Klassen entsprechende Einrichtungsgegenstände und Unterrichtsmittel anzuschaffen. Für die Pädagogischen

Akademien sind die Kanzleieinrichtungen, die Einrichtung der Unterrichtsräume und der Großteil der Lehrmittel anzuschaffen.

Förderungsausgaben

Für die Studierenden an Musisch-pädagogischen Realgymnasien ist die Fortführung und Erweiterung der Studienbeihilfenaktionen unerläßlich. Die Studierenden an Pädagogischen Akademien und Maturantenlehrgängen sollen im gleichen Ausmaße wie die Hochschüler durch das Studienbeihilfengesetz (BGBl. Nr. 249/1963 und BGBl. Nr. 19/1967) gefördert werden. Finanzielle Ausgaben sind auch für verschiedene kulturelle, sportliche, soziale und pädagogische Aktionen der Studentenschaft an Pädagogischen Akademien einzuplanen.

Weiters sind hier die Förderungsausgaben für die Pädagogischen Institute der Bundesländer präliminiert.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Prüfungskommissionen und die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt. Außerdem ist hier für die Entlohnung der Lehrbeauftragten und Gastvortragenden an den Pädagogischen Akademien vorzusorgen.

Aufwandskredite

Die neuen Aufgaben, die den künftigen Lehrerbildner an der Pädagogischen Akademie erwarten, erfordern besondere Vorkehrungen für seine fachliche Fort- und Weiterbildung.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 16·1 Millionen Schilling für Anlagen wie für Förderungsausgaben (Sonstige Baukostenzuschüsse) vorgesehen.

Ansatz 1273 Bildungsanstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1967 **)	15·8	7·5	23·3	1·1
1968 **)	8·8	9·2	18·0	1·1

Allgemeines

Die mit den Lehrer(innen)bildungsanstalten verbundenen Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen und Arbeitslehrerinnen wurden aus schulorganisatorischen Gründen verselbständigt und sind ab 1967 unter diesem gesonderten Ansatz veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Die Verminderung des Personalaufwandes des Jahres 1968 ergibt sich trotz Berücksichtigung der Bezugserhöhung infolge Verminderung des Personalstandes, sowie durch Besetzung verschiedener Dienstposten durch dienstjüngere Bedienstete.

Im Sachaufwand wurde für die Anmietung neuer Räume vorgesorgt.

Begriff

Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen, Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen und Bildungsanstalten für Erzieher dienen im Sinne der §§ 86, 94 und 102 des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 142/1962, zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Erziehern.

Anzahl

1966/67: 17 Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, 13 Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen und 2 Bildungsanstalten für Erzieher mit insgesamt 3.037 Studierenden gegenüber 2.370 Studierenden im Schuljahr 1965/66.

Anlagen

In den meisten Bildungsanstalten sind für zusätzliche Klassen (Ausbau zu Vollanstalten und Führung von Parallelklassen angesichts des großen Mangels an Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erziehern) entsprechende Einrichtungsgegenstände und Unterrichtsmittel anzuschaffen.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind eine Million Schilling für Anlagen vorgesehen.

Förderungsausgaben

Um begabten Studierenden aus wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten das Studium für den Lehrer- und Erzieherberuf zu ermöglichen, sind Förderungsausgaben insbesondere zur Deckung der Internatskosten — Sitz der Bildungsanstalten zumeist in den Landeshauptstädten — erforderlich.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Prüfungskommissionen und die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt.

Aufwandskredite

Die einheitliche und zeitgemäße Ausbildung der Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher setzt eine Intensivierung der fachlichen Fort- und Weiterbildung der Lehrerbildner voraus.

**) Bundesvoranschlag. In den Vorjahren bei anderen Ansätzen mitveranschlagt gewesen.

Ansatz 1274 Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute

	Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen
		aufwand		
			Mill. S	
1966 *)	8·8	2·5	11·3	1·2
1967 **)	9·4	3·8	13·2	1·5
1968 **)	10·8	3·3	14·1	1·6

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Steigerung beim Personalaufwand ergibt sich aus Erhöhungen der Bezüge der Bundesbediensteten.

Der höhere Sachaufwand ab 1967 dient u. a. notwendig gewordenen Neuanschaffungen. Im Jahre 1968 wurden weitere Neuanschaffungen zurückgestellt.

Anstalten

Unter „Blinden- und Taubstummeninstitute" werden die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den „Sonderschulen für Blinde und Taubstumme" in Wien verstanden.

Anzahl

Die Zöglingszahlen betrugen im Bundesinstitut für

	Blinde	Taubstumme
1965/66	82	208
1966/67	85	210
1967/68 [14])	97	203

Ausstattung

a) Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien II. Im Schuljahr 1967/68 ist für die Ausgestaltung des Blindengartens Vorsorge zu treffen. Weiters sind Schreibmaschinen zu erneuern und Blinden-Stenographiermaschinen anzuschaffen, das Anschauungsmaterial für den Unterricht zu ergänzen und die Einrichtung der Schlafsäle zu vervollständigen.

b) Bundes-Taubstummeninstitut Wien XIII. Im Schuljahr 1967/68 wird die Ergänzung und Modernisierung der Lehr- und Lernmittelausstattungen fortgesetzt und die Einrichtung der Aufenthalts- und Schlafräume erneuert. Weiters sind Nachschaffungen von Küchengeräten und Maschinen sowie die Anschaffung von Wintersportgeräten notwendig.

Weitere Planungen

Im Schuljahr 1967/68 wurden fünf Versuchsklassen für Kinder mit Hörresten geführt. Durch Verwendung moderner elektro-akustischer Hörhilfen werden Methoden zur Ausnutzung der minimalen Hörreste für den Sprachaufbau entwickelt und erprobt. Für die neue Hörerziehungsklasse ist die Anschaffung einer zweiten Vielhöreranlage in Aussicht genommen. Der Anlage einer „Hörbücherei" für das Bundes-Blindenerziehungsinstitut ist besonderes Augenmerk zu schenken.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beiträge für Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen sowie für schul- und erziehungsfördernde Aktionen.

Die Zeitschriften der Selbsthilfeverbände sowie die Fürsorgeorganisationen sind ebenfalls finanziell zu unterstützen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[14]) Schätzung nach Anmeldungen.

Ansatz 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen

	Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen
	aufwand			
			Mill. S	
1966 *)	2.411·3	80·6	2.491·9	1·7
1967 **)	2.641·0	86·7	2.727·7	2·3
1968 **)	3.335·9	92·7	3.428·6	2·9

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ist auf die Erhöhung der Lehrerzahl auf Grund der steigenden Schülerzahlen und auf Erhöhungen der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Die Steigerung des Sachaufwandes ist insbesondere bei den gesetzlichen Verpflichtungen durch die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren bedingt. Das ziffernmäßige Bild zeigt die nachfolgende Übersicht:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Zahlungen gemäß § 19 Privatschulgesetz	24·4	25·0	27·0
Übriger Sachaufwand	56·2	61·7	65·7
	80·6	86·7	92·7

Gebarung

Veranschlagt ist der gesamte Personalaufwand für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen und die Polytechnischen Lehrgänge. Der Sachaufwand mit Ausnahme der Reise- und Übersiedlungsgebühren wird von den Gemeinden beziehungsweise den Bundesländern getragen. Derzeit trägt der Bund gemäß Art. IV des Bundesverfassungsgesetzes vom 18. Juli 1962, BGBl. Nr. 215, die Kosten der Besoldung (Aktivitäts- und Pensionsaufwand). Im Rahmen des Finanzausgleiches vergüten die Länder dem Bund 10% der Besoldungskosten der unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen (siehe § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1967) [14a]).

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[14a]) Verrechnung bei Kapitel 53.

Anzahl

Die Zahl der öffentlichen Schulen, deren Klassen und Schüler ist folgende:

	Schuljahr		
	1965/66	1966/67	1967/68
Volksschulen	4.285	4.180	4.082
Hauptschulen	802	829	862
Sonderschulen	147	148	164
Polytechnischer Lehrgang	—	70	100
Insgesamt	5.234	5.227	5.208
Klassen	26.099	28.253	29.250
Volksschüler	559.636	576.525	583.032
Hauptschüler	195.681	215.525	234.082
Sonderschüler	23.667	24.848	26.052
Schüler des Polytechnischen Lehrganges	—	31.833	30.100
Insgesamt	778.984	848.731	873.266

Förderungsausgaben

Die Förderungsbeträge sind für Privatschulen, Kinder- und Schülerheime und verschiedene schul- und erziehungsfördernde Aktionen vorgesehen.

Um begabten Schülern aus abgelegenen Gebieten den Besuch der Hauptschule und des Polytechnischen Lehrganges, Geschädigten den Besuch einer Sonderschule und Schülern die Teilnahme an Schikursen u. dgl. zu erleichtern, sind Schülerunterstützungen für Fahrtkosten oder Internatsaufenthalte und Verpflegskostenzuschüsse erforderlich.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die den Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen und Sonderschulen sowie für die Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt.

Fachliche Fortbildung

Die Schulgesetze 1962 und die neuen Lehrpläne, die Errichtung der Polytechnischen Lehrgänge, die weitere Umbildung der gesamten pädagogischen Situation und das Auftreten neuer Anforderungen an das Schulwesen machen die Einrichtung von zusätzlichen Fortbildungsveranstaltungen notwendig, die größtenteils während der Hauptferien durchgeführt werden. An diesen Kursen und Tagungen nehmen jährlich rund 10.000 Lehrer teil.

Ansatz 1276 Bundeskonvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1966 *)	4·4	4·8	9·2	0·0
1967**)	4·7	6·3	11·0	0·0
1968**)	4·4	9·1	13·5	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die geringfügige Verminderung im Personalaufwand des Jahres 1968 ergibt sich trotz Berücksichtigung der Bezugserhöhung infolge Besetzung verschiedener Dienstposten durch dienstjüngere Bedienstete.

Der höhere Sachaufwand ab 1967 wird durch die Fertigstellung von Schulbauten, im Jahre 1968 des Neubaues des Bundeskonviktes in Lienz und des Bundeskonviktes in Oberschützen (Unterkunftstrakt der Mädchen) erforderlich.

Gebarung

Die Gebarung der Bundeskonvikte hat im wesentlichen betriebsähnlichen Charakter. Die Höhe der Ausgaben richtet sich daher grundsätzlich nach den zweckgebundenen Einnahmen. Die zweckgebundene Gebarung wird gesondert veranschlagt (Ansatz 1277). Im normalen Aufwand (Ansatz 1276) sind nur jene Ausgaben veranschlagt, die die einzelnen Bundeskonvikte aus ihren eigenen Einnahmen nicht bestreiten können (d. s. Personalaufwand für Konviktsleiter und Erzieher, Sachaufwand für Erstausstattung bzw. Erneuerung von Einrichtungsgegenständen).

Begriff

Bundeskonvikte sind staatliche Erziehungsheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Anstalten

Im Jahre 1968 stehen insgesamt 13 Bundeskonvikte in Betrieb, von denen 10 zu allgemeinbildenden höheren Schulen, 3 zu Musisch-pädagogischen Realgymnasien in Verbindung stehen.

Förderungsausgaben

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Gewährung von Studienbeihilfen an bedürftige Konviktszöglinge sowie der Förderung und Unterstützung der privaten Konvikte, Internate und Schülerheime.

Außerdem sind diverse Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind drei Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1277 Bundeskonvikte (Allgemeinbildende; Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	5·4	9·4	14·8	15·1
1967 **)	5·5	9·4	14·9	14·9
1968 **)	6·3	10·3	16·6	16·6

Unterschiede der Gebarung

Die Höhe der laufenden Gebarung der Bundeskonvikte richtet sich grundsätzlich nach deren zweckgebundene Einnahmen.

Die Mehrausgaben im Personalaufwand sind durch Bezugserhöhungen, der steigende Sachaufwand durch Kostensteigerungen bedingt.

Anstalten

Im Jahre 1968 stehen insgesamt 13 Bundeskonvikte (BK.) in Betrieb, und zwar

in Wien:

BK. für Knaben in Wien II mit Dependance in Wien XIII (in Verbindung mit einer allgemeinbildenden Höheren Schule).

In Niederösterreich:

BK. für Mädchen in Krems (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium für Mädchen und Wirtschaftskundlichem Realgymnasium für Mädchen in Krems),

BK. III für Knaben in Krems (in Verbindung mit dem Musisch-pädagogischen Realgymnasium in Krems),

BK. für Knaben in Horn (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium Horn),

BK. für Mädchen in Horn (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium Horn),

BK.St. Pölten (in Verbindung mit dem Musisch-pädagogischen Bundesrealgymnasium St. Pölten),

BK. Waidhofen a. d. Thaya (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium u. -Realgymnasium Waidhofen a. d. Thaya),

BK. für Knaben in Waidhofen a. d. Ybbs (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium und -Realgymnasium in Waidhofen a. d. Ybbs),

BK. für Mädchen in Waidhofen a. d. Ybbs (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium und -Realgymnasium in Waidhofen a. d. Ybbs),

BK. Wiener Neustadt (in Verbindung mit dem Musisch-pädagogischen Bundesrealgymnasium Wiener Neustadt).

In Tirol:

BK. Lienz (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium und -Realgymnasium Lienz).

In Burgenland:

BK. Eisenstadt (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium und -Realgymnasium Eisenstadt),

BK. Oberschützen (in Verbindung mit dem Bundes-Gymnasium und -Realgymnasium Oberschützen).

Zusammenfassung:

	Insgesamt	Hievon in Verbindung mit eine(r)m: allgemeinbildenden Höheren Schule	Musisch-pädagogischen Realgymnasium
	Anzahl der Anstalten		
Wien	1	1	—
Niederösterreich..	9	6	3
Tirol	1	1	—
Burgenland	2	2	—
Summe	13	10	3

Ansatz 1278 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1967**) ...	3·5	4·2	7·7	0·2
1968**) ...	2·1	4·2	6·3	0·2

Allgemeines

Die Gebarung dieser Anstalten war bis 1966 bei zwei finanzgesetzlichen Ansätzen veranschlagt. Unter Berücksichtigung der institutionellen Neugliederung des Bundesvoranschlages wurde 1967 erstmals ein eigener Ansatz vorgesehen.

Es sind sämtliche Erfordernisse der Bundesanstalten für Leibeserziehung in Wien, Graz und Innsbruck veranschlagt, soferne es sich nicht um reine Angelegenheiten der Institute für Leibeserziehung der Universitäten Wien, Graz und Innsbruck handelt, die weiterhin im Rahmen der Hochschulkredite berücksichtigt sind.

Unterschiede der Gebarung

Da eine Trennung der die Bundesanstalten für Leibeserziehung betreffenden Ausgaben von der übrigen bisherigen Gebarung kaum möglich ist, stehen keine Vergleichsziffern aus dem Bundesrechnungsabschluß 1966 zur Verfügung.

Im Jahre 1967 wurden diese Anstalten erstmals als eigener Ansatz geführt, daher wurde der Personalaufwand leicht überhöht veranschlagt.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind Beträge für Studienbeihilfen an die Hörer der staatlichen Sportlehrerausbildung und der staatlichen Schilehrerausbildung veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesvoranschlag. In den Vorjahren bei anderen Ansätzen mitveranschlagt gewesen.

Ferner sind finanzielle Zuwendungen für die im Auftrage des Bundesministeriums für Unterricht herausgegebene und im In- und Ausland allseits anerkannte Fachzeitschrift „Leibesübungen und Leibeserziehung" und für Fachbände der Schriftenreihe dieser Zeitschrift notwendig.

Titel 128 Schulen II [15])

Ansatz 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)....	313·3	98·2	411·5	18·8
1967 **)....	264·8	72·7	337·5	11·5
1968 **)....	317·0	72·8	398·8	12·5

Unterschiede der Gebarung

Die höheren Ausgaben und Einnahmen im Jahre 1966 sind dadurch bedingt, daß die bis 1966 hier einbezogen gewesene Gebarung der Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe ab 1967 bei einem eigenen Ansatz (1281) veranschlagt wird.

Die Steigerung des Personalaufwandes von 1967 auf 1968 ergibt sich aus Erhöhungen der Bezüge der Bundesbediensteten und aus Personalvermehrungen.

Der Sachaufwand ist bedingt durch die Entwicklung des berufsbildenden Schulwesens insbesondere im Zuge der Schulgesetzgebung 1962 und des damit verbundenen notwendigen Schulbauprogramms. Zwei große im Bau befindliche berufsbildende Lehranstalten (Höhere technische Lehranstalt Pinkafeld, Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Wien XIV) benötigen erhebliche Budgetmittel für die Einrichtung. Außerdem wird bestehender Schulraum erweitert: auch er ist mit neuem Inventar zu versorgen und erfordert zusätzliche Betriebskosten. Die rasante technische Entwicklung und die sichtbar werdende Umstellung der Wirtschaft auf die Automation machen die Anschaffung immer kostspieligerer Maschinen notwendig, um eine zeit- und wirtschaftsnahe Ausbildung an den technischen und gewerblichen Lehranstalten zu gewährleisten. Ferner macht sich der allgemeine Anstieg der Preise auf dem Holz- und Metallsektor besonders in den werkstättenbetonten berufsbildenden Lehranstalten bemerkbar.

Anstalten

Hier ist die Gebarung folgender Lehranstalten veranschlagt:

1. Höhere technische und gewerbliche Lehranstalten, inklusive der zugehörigen Versuchsanstalten. Sie sind fünfjährig mit Reifeprüfung.
2. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen.
3. Sonderformen der höheren und mittleren berufsbildenden Lehranstalten nach dem Schulorganisationsgesetz.
4. Berufspädagogische Lehranstalt.

Seit 1. September 1963 werden die unter 1. bis 4. genannten Lehranstalten aufbauend nach den Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes (BGBl. Nr. 242/1962) geführt.

Seit Inkrafttreten der Kompetenzänderungen gemäß BGBl. Nr. 70/1966 wird die Gebarung der Bundesfach- und Handelsschule Wien V hier verrechnet.

Die Studienrichtungen der technischen und gewerblichen Lehranstalten sind mannigfaltig. Sie umfassen höhere Abteilungen für Maschinenbau, Gießereitechnik, Betriebstechnik, Kunststofftechnik, Elektrotechnik, Hochfrequenz- und Nachrichtentechnik, Elektrische Nachrichtentechnik und Elektronik, Silikattechnik, Hochbau, Tiefbau, Weberei und Spinnerei, Wirkerei und Strickerei, Textilchemie, Reproduktions- und Drucktechnik, Holztechnik, Möbelbau, technische Chemie, Gerbereichemie und Ledertechnik, Biochemie und Schädlingsbekämpfung; ferner zahlreiche technische, gewerbliche und kunstgewerbliche Fachschulen, Meisterklassen, Abiturientenkurse etc.

Die Fachschule für Uhrmacher in Karlstein ist mit der Bundesberufsschule für Uhrmacher verbunden.

Als Zentralanstalten gemäß § 3, Abs. 4 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl. 240/1962, unterstehen dem Bundesministerium für Unterricht unmittelbar:

1. die Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V,
2. die Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Wien XIV,
3. das Technologische Gewerbemuseum (Höhere Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt und Berufspädagogische Bundeslehranstalt) Wien IX,
4. die Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII.

Nachfolgende Lehranstalten sind unmittelbar mit einer Versuchsanstalt verbunden, was auch in der Anstaltsbezeichnung zum Ausdruck kommt: Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie in Wien V, Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt in Wien XIV, Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt und Berufspädagogi-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[15]) Berufsbildende Schulen (berufspädagogische Lehranstalten und Institute, höhere und mittlere Schulen, Berufsschulen, Bundeskonvikte und Schülerheime).

sche Bundeslehranstalt (TGM) in Wien IX [16]), Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie in Wien XVII [17]); ferner: Die Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt in Wien I (Bodentechnisches Laboratorium), Mödling (Holzindustrie), Villach (Baustoffprüfungsstelle), Salzburg (Chemisch-Technische Prüfstelle), Innsbruck (Baustoffe) und Graz-Gösting.

Die Berufspädagogische Bundeslehranstalt in Wien XXIII wird als Expositur des TGM Wien IX geführt.

Die Übernahme der Höheren Technischen Lehranstalt Waidhofen an der Ybbs in die Bundesverwaltung ist beabsichtigt.

Anzahl

Zahl der staatlichen Anstalten und deren Schüler:

	Schuljahr 1965/66	1966/67	1967/68
Anstalten ..	26	28	29
Schüler	20.500 rd.	17.503 rd.	19.984

Nach Ländern geordnet für 1967/68:

	Techn. u. gew. Lehranstalten
Wien	8
Niederösterreich	6
Oberösterreich	3
Salzburg	2
Steiermark	3
Kärnten	2
Tirol	2
Vorarlberg	2
Burgenland	1 [18])
	29

und zwar:

Wien
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Wien I, Schellinggasse 13.
Höhere technische Bundeslehranstalt, Wien IV, Argentinierstraße 11.
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie, Wien V, Spengergasse 20.
Bundesfach- und Handelsschule, Wien V, Geigergasse 9.
Technologisches Gewerbemuseum (Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt und Berufspädagogische Bundeslehranstalt), Wien IX, Währigerstraße 59.
Höhere technische Bundeslehranstalt, Wien X, Pernerstorfergasse 81.
Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Wien XIV, Leyserstraße 6.
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie, Wien XVII, Rosensteingasse 79.

Niederösterreich
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Mödling, Technikerstraße 1—5.
Höhere technische Bundeslehranstalt, Wr. Neustadt, Herzog Leopold-Straße 32.
Höhere technische Bundeslehranstalt, St. Pölten, Herzogenburger Straße 69.
Höhere technische Bundeslehranstalt, Krems a. d. Donau, Alauntalstraße.
Bundesfachschule und Bundesberufsschule für Uhrmacher, Karlstein a. d. Thaya.
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Waidhofen/Ybbs.

Oberösterreich
Höhere technische Bundeslehranstalt, Linz, Goethestraße 17.
Höhere technische Bundeslehranstalt, Steyr, Schlüsselhofgasse 63.
Bundesfachschule für Holzbearbeitung, Hallstatt.

Salzburg
Höhere technische Bundeslehranstalt, Salzburg, Rudolfskai 42.
Bundesfachschule für Holz-, Stein- und Metallbearbeitung, Hallein, Burgfried 170.

Steiermark
Höhere technische Bundeslehranstalt, Graz, Ortweinplatz 1.
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Graz-Gösting, Ibererstraße 15—19.
Höhere technische Bundeslehranstalt, Kapfenberg.

Kärnten
Höhere technische Bundeslehranstalt, Klagenfurt, Jessernigstraße 2.
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Villach, Richard Wagner-Straße 8.

Tirol
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Innsbruck, Anichstraße 26—28.
Bundesfachschule für Metallbearbeitung, Fulpmes.

Vorarlberg
Höhere technische Bundeslehranstalt, Bregenz, Reichsstraße 4.
Bundesfachschule für Textilindustrie, Dornbirn.

Burgenland
Höhere technische Bundeslehranstalt, Pinkafeld.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beträge für Studienbeihilfen, Schülerunterstützungen und sonstige Förderungszuwendungen.

Außerdem sind diverse Baukostenzuschüsse veranschlagt.

[16]) 11 Versuchsanstalten, u. zw. für Papierprüfung, Elektrotechnik, Maschinenmaterial, Baustoffe, Radiotechnik, Chemisch-Technische Materialuntersuchungen und Materialschutz, Arbeits- und Kraftmaschinen, Werkzeuemaschinen, Werkzeuge und Betriebstechnik, Wärmg- und Schalltechnik, Heizung und Lüftung sowie Röntgentechnik.

[17]) 3 Versuchsanstalten, u. zw. für Chemie, Lederindustrie und Schädlingsbekämpfung.

[18]) Neubau der HTBLA Pinkafeld. Eröffnung im Schuljahr 1967/68.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer und die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 5·0 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

Ansatz 1281 Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1967**) ...	126·5	25·6	152·1	8·5
1968**) ...	106·0	30·5	136·5	10·6

Unterschiede der Gebarung

Der Ansatz für die Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe wurde im Voranschlag 1967 erstmalig vorgesehen; die diesbezügliche Gebarung war bis zu diesem Zeitpunkt im Ansatz „Gewerbliches Bildungswesen" enthalten.

Die Herabsetzung des Personalaufwandes ergibt sich durch eine Verminderung der Dienstposten.

Der steigende Sachaufwand ist bedingt durch die Entwicklung der Anstalten insbesondere im Zuge der Schulgesetzgebung 1962 und des damit verbundenen notwendigen Schulbauprogramms. Die im Bau befindliche „Berufspädagogische Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe Wien XIX" benötigt erhebliche Budgetmittel für die Einrichtung. Außerdem wird bestehender Schulraum erweitert: Auch er ist mit neuem Inventar zu versorgen und erfordert zusätzliche Betriebskosten.

Anstalten

Hier ist die Gebarung folgender Lehranstalten veranschlagt:

1. Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe. Sie sind fünfjährig mit Reifeprüfung.
2. Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe.
3. Berufspädagogische Lehranstalten.

Seit 1. September 1963 werden die unter 1. bis 3. genannten Lehranstalten aufbauend nach den Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962, geführt.

Anzahl

Zahl der Staatlichen Anstalten und deren Schüler:

	Schuljahr 1965/66	1966/67	1967/68
Anstalten ..	14	14	14
Schüler	rd. 5.000	5.161	5.810

**) Bundesvoranschlag. In den Vorjahren bei anderen Ansätzen mitveranschlagt gewesen.

Nach Ländern geordnet für 1967/68:

Wien:

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe Wien IV.

Bundesfachschule für Bekleidungsgewerbe Wien IX.

Berufspädagogische Bundeslehranstalt für Bekleidungsgewerbe Wien XVI.

Berufspädagogische Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe Wien XIX.

Niederösterreich:

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Bekleidungsgewerbe Baden/Wien.

Bundesfachschule für wirtschaftliche Frauenberufe Türnitz.

Oberösterreich:

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Bekleidungsgewerbe Linz/Donau.

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Bekleidungsgewerbe Bad Ischl.

Dazu Exposituren: Ebensee, Bad Aussee und Ried/St. Wolfgang.

Salzburg:

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Damenkleidermacher Salzburg.

Steiermark:

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Bekleidungsgewerbe Graz.

Bundesfachschule für wirtschaftliche Frauenberufe Krieglach.

Kärnten:

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Damenkleidermacher Klagenfurt.

Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Damenkleidermacher Villach.

Tirol:

Berufspädagogische Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Damenkleidermacher Innsbruck.

Dazu Expositur: Imst.

Vorarlberg: Keine Anstalt.

Burgenland: Keine Anstalt.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beträge für Studienbeihilfen, Schülerunterstützungen und sonstige Förderungszuwendungen. Außerdem sind diverse Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer und die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 3·0 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

Ansatz 1282 Handelsakademien und Handelsschulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1966 *)	96·4	17·2	113·6	2·1
1967 **)	130·0	18·8	148·8	1·0
1968 **)	130·8	18·0	148·8	2·3

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf Personalvermehrung und Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand ab 1967 ist im wesentlichen durch einen Mehrbedarf im Verwaltungsaufwand sowie einer notwendigen Erhöhung der Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) bedingt. Die Verminderung im Jahre 1968 ergibt sich aus der Zurückstellung verschiedener Förderungsprojekte.

Anstalten

Bei diesem Ansatz wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt [19]). Es gibt derzeit 12 Bundes-Handelsakademien und 14 Bundes-Handelsschulen, zusammen 26 Bundesanstalten, sowie 20 Handelsakademien und 58 Handelsschulen, zusammen 78 Anstalten der Länder, Gemeinden usw. Die Gesamtzahl der Anstalten beträgt 104. Die Handelsakademien und Handelsschulen für Berufstätige (im Gebäude bestehender Handelsakademien) wurden nur gesondert ausgewiesen, wenn sie eigene Schulerhalter oder selbständige Direktionen haben. Die an der Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie bestehende Höhere Abteilung textil-kaufmännischer Richtung (Textil-Handelsakademie) und die Fachschule textil-kaufmännischer Richtung (Textil-Handelsschule) sowie die 1957 gegründete Abteilung für Bürotechnik wurden bei den gewerblichen Lehranstalten mitgerechnet.

Zahl der Anstalten und deren Schüler:

Schuljahr	Anstalten	Schüler
1965/66	97	18.074
1966/67	100	rd. 20.000
1967/68	104	20.846

In diesen Zahlen sind die Hörer der hochschulähnlich organisierten Abiturientenkurse (für Maturanten mit Hochschulberechtigung), die an den Handelsakademien geführt werden, eingeschlossen.

Daneben gibt es noch zahlreiche Handelsschulen, Büro- und Verwaltungsschulen, Stenotypistenschulen und Schulen für fremdsprachliche Handelskorrespondenz und Stenographie, Sekretärschulen und Werbefachschulen, die derzeit noch kein Öffentlichkeitsrecht besitzen.

Bei den Bundesanstalten trägt der Bund den gesamten Aufwand, bei den übrigen teilweise den Personalaufwand. Die Abschlußzeugnisse der mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten sind mit Gewerbeberechtigungen verbunden. Das Reifezeugnis der Handelsakademien berechtigt den Inhaber u. a. zum Studium an der Hochschule für Welthandel und unter gewissen Bedingungen zum Studium an den rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten und an der Hochschule für Bodenkultur. Die neue Hochschulberechtigungsverordnung wird die Möglichkeiten für den Besuch aller Hochschulen aufzeigen. Die Handelsschulen dienen der mittleren, die Handelsakademien der höheren kaufmännischen Berufsbildung für alle Zweige der Wirtschaft sowie der Erlangung einer gründlichen Allgemeinbildung.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beträge für Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen und sonstige Förderungszuwendungen.

Außerdem sind diverse Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer sowie die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren und die Unterhaltsbeiträge gemäß § 19 Abs. 3 des Privatschulgesetzes BGBl. Nr. 244/1962, veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 0·8 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[19]) Die Handelsakademie des österreichischen („Avusturya") St. Georgs-Kollegs in Istanbul ist als österreichische Handelsakademie zu bezeichnen, wird jedoch in der obigen Ziffernangabe nicht berücksichtigt.

Ansatz 1285 Berufsbildende Pflichtschulen [20])

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	219·9	4·4	224·3	112·8
1967 **)	226·9	4·9	231·8	124·3
1968 **)	267·8	5·1	272·9	0·6

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand und Sachaufwand ab 1967 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und auf die hohen Kosten der Lehrerfortbildung zurückzuführen.

Die Steigerung der Einnahmen im Jahre 1967 ist durch die Erhöhung des Personalaufwandes und der damit verbundenen 50%igen Refundierung der Ausgaben für den Personalaufwand durch die Bundesländer sowie durch Zahlungen der Länder für die in Vorjahren vorschußweise vom Bund getätigten Ausgaben bedingt. Die Verminderung der Einnahmen 1968 ergibt sich dadurch, daß die Beiträge der Länder zum Personalaufwand beim Ansatz 2/53014 veranschlagt werden.

Begriff

Die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen haben die Aufgabe, die Ausbildung der in einem gewerblichen (einschließlich kaufmännischen) Lehrverhältnis oder in einem auf Grund gesetzlicher Vorschriften diesem gleichzuhaltenden Ausbildungsverhältnis stehenden Personen durch einen berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht zu ergänzen und zu fördern. Die Berufsschulpflicht ist durch den Besuch einer der Fachrichtung des Lehr(Ausbildungs)verhältnisses entsprechenden fachlichen Berufsschule mit Jahres- oder Saisonunterricht oder mit lehrgangsmäßigem Unterricht zu erfüllen; sie beginnt mit dem Eintritt in ein gewerbliches (einschließlich kaufmännisches) Lehrverhältnis oder in ein auf Grund gesetzlicher Vorschriften diesem gleichzuhaltendes Ausbildungsverhältnis und dauert bis zum Ende des Lehr(Ausbildungs)verhältnisses. Auf Grund des § 28 des Bundesgesetzes vom 25. Juli 1962 über die Schulpflicht (Schulpflichtgesetz), BGBl. Nr. 241/1962, besteht im Bundesland Vorarlberg — bis zu einer anderweitigen Regelung durch Bundesgesetz — für alle schulentlassenen Mädchen, die in keinem Lehrverhältnis stehen oder keine weiterführende Schule besuchen, die Verpflichtung zum Besuche der hauswirtschaftlichen Berufsschule nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes.

Aufwand

Die Kosten der Besoldung der Berufsschullehrer werden gemäß Art. IV des Bundesverfassungsgesetzes vom 18. Juli 1962, BGBl. Nr. 215, vom Bunde getragen, doch werden davon von den Ländern gemäß Art. I § 3 (1) 1. Halbsatz des Finanzausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 2, 50 v. H. ersetzt [20a]). Der übrige Personalaufwand (z. B. Schulwarte) und der Sachaufwand werden im Grunde der als Ausführungsgesetze der Bundesländer zum Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz, BGBl. Nr. 163/1955, erlassenen Landesgesetze von den durch das betreffende Landesgesetz berufenen gesetzlichen Schulerhaltern (Länder- bzw. Gemeindeverbände oder Gemeinden) getragen.

Für die notwendige Fortbildung der Lehrer sind bei diesem Ansatz ebenfalls Mittel vorgesehen.

Anzahl

Die Zahl der Berufsschulen und deren Schüler ist folgende:

Schuljahr	Schulen	Schüler
1965/1966	286	154.290
1966/1967	279	125.205
1967/1968	280	124.778

Das Absinken der Zahl der Berufsschulen und deren Schüler ist nur vorübergehend und durch den Beginn des Polytechnischen Lehrganges im Schuljahr 1966/67 bedingt.

Ansatz 1286 Bundeskonvikte und Schülerheime (Berufsbildende)

	Personal-Aufwand	Sach-Aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	—	8·0	8·0	—
1967 **)	1·7	11·0	12·7	0·0
1968 **)	1·8	11·4	13·2	0·0

Allgemeines

Die Gebarung der Bundeskonvikte hat im wesentlichen betriebsähnlichen Charakter. Die Höhe der Ausgaben richtet sich daher grundsätzlich nach den zweckgebundenen Einnahmen. Die zweckgebundene Gebarung wird gesondert veranschlagt (Ansatz 1287). Im normalen Aufwand (Ansatz 1286) sind nur jene Ausgaben veran-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[20]) Hinsichtlich der Bundes-Berufsschule für Uhrmacher siehe die Ausführungen beim Ansatz 1280.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[20a]) Siehe Ansatz 2/53014.

schlagt, die die einzelnen Bundeskonvikte aus ihren eigenen Einnahmen nicht bestreiten können (d. s. Personalaufwand für Konviktsleiter und Erzieher, Sachaufwand für Erstausstattung bzw. Erneuerung von Einrichtungsgegenständen).

Unterschiede der Gebarung

Im Jahre 1966 waren Teile der Gebarung noch beim Ansatz „Bundeskonvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)" (Ansatz 1276) mitveranschlagt. Erst im Jahre 1967 erfolgte eine konsequente Trennung nach Einrichtungen für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen.

Die Mehrausgaben im Personalaufwand sind durch Bezugserhöhungen, der steigende Sachaufwand durch Kostensteigerungen bedingt.

Begriff

Bundeskonvikte sind staatliche Erziehungsheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Anstalten

Im Jahre 1968 stehen insgesamt 4 Bundeskonvikte in Betrieb, von denen 1 zu einer Handelsakademie und 3 zu Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten in Verbindung stehen.

Förderungsausgaben

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Gewährung von Studienbeihilfen an bedürftige Konviktszöglinge sowie der Förderung und Unterstützung der privaten Konvikte, Internate und Schülerheime. Außerdem sind diverse Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Ansatz 1287 Bundeskonvikte (Berufsbildende; Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	1·4	3·6	5·0	4·9
1967 **)	1·4	4·0	5·4	5·4
1968 **)	3·0	3·9	6·9	6·9

Allgemeines

Diese Konvikte sind betriebsähnliche Verwaltungszweige (siehe auch „Allgemeines" beim Ansatz 1286).

Unterschiede der Gebarung

Die Höhe der laufenden Gebarung der Bundeskonvikte richtet sich grundsätzlich nach deren zweckgebundenen Einnahmen.

Die Mehrausgaben im Personalaufwand des Voranschlages 1968 sind durch Bezugserhöhungen bedingt.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1968 ist durch Einsparungen bei den Aufwandskrediten gegeben.

Anstalten

Im Jahre 1968 stehen insgesamt 4 Bundeskonvikte (BK.) in Betrieb, u. zw.

in Niederösterreich:

BK. I für Knaben in Krems (in Verbindung mit der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Krems),

BK. II für Knaben in Krems (in Verbindung mit der Bundes-Handelsakademie Krems),

BK. St. Pölten (in Verbindung mit der Höheren Technischen Bundeslehranstalt St. Pölten),

In Kärnten:

BK. Klagenfurt (in Verbindung mit der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Klagenfurt).

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 13 Kunst

Titel 130 Bundesministerium (Kunstaufwendungen und Kunstförderungen)

Ansatz 1300 Bildende Künste

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	6·1	—
1967 **)	6·8	0·0
1968 **)	5·0	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die steigenden Ausgaben im Jahre 1967 sind durch Aufstockungen des Künstlerhilfefonds bedingt.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1968 ergibt sich durch die Zurückstellung verschiedener Förderungsprojekte.

Förderungsausgaben

An Förderungsmaßnahmen sind vorgesehen:

1. Die Förderung der bedeutenden Vereinigungen bildender Künstler in Österreich.

2. Die Gewährung von Zuschüssen an österreichische Institutionen für die Beteiligung an repräsentativen internationalen Ausstellungen sowie für die Durchführung repräsentativer Ausstellungen in Ländern, die kulturpolitisch von besonderer Bedeutung sind.

3. Die Gewährung von Zuschüssen für die Veranstaltung repräsentativer Auslandsausstellungen im Inland.

4. Die Verleihung der Staatspreise.

5. Die Ankäufe und Aufträge des Bundesministeriums für Unterricht.

6. Die Nachwuchsförderung sowie — auch bei reiferen Künstlern — die Gewährung von Arbeits- und Reisestipendien, die für ihr Schaffen von besonderer Bedeutung sind.

Aufwandskredite

Die 4. GSPVG.-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960, sieht vor, daß Zahlungen, die von einer Einrichtung zur wirtschaftlichen Selbsthilfe auf Grund einer Vereinbarung mit der Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft geleistet werden, auf den Beitrag der Pflichtversicherten anzurechnen sind. Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche „Künstlerhilfe-Fonds" solche Zahlungen in der Höhe von 50 v. H. der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtung an die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. In Fortführung der bis zur 4. GSPVG.-Novelle bestandenen gesetzlichen Verpflichtung des Bundes (§ 27 Abs. 2 GSPVG. in der Fassung des Künstler-Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 157/1958) leistet der Bund nunmehr an den Fonds Beiträge, die den Fonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Pensionsversicherungsanstalt einzuhalten.

Außerdem sind die Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendungen veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1301 Musik und darstellende Kunst

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	63·4	0·1
1967 **)	66·2	0·1
1968 **)	68·8	0·0

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Sachaufwand ist durch die Notwendigkeit zusätzlicher Förderungsbeiträge verursacht.

Förderungsausgaben

Die Förderungsausgaben betreffen Subventionen auf dem Gebiete der Musik und darstellenden Kunst, insbesondere an die Privattheater, Musikvereinigungen, Orchester und sonstige Vorhaben (unter anderem auch an die burgenländischen Festspiele). Weiters sind bei der Kreditpost „Theaterbauten" Bundesbeiträge für Theater- und Konzerthausbauten in verschiedenen Bundesländern vorgesehen.

Weiter gewährt das Bundesministerium für Unterricht folgende Staatspreise:

Großer Österreichischer Staatspreis [1]),

Staatspreise auf Grund von Wettbewerben (bisher: „Förderungspreise"),

Joseph Marx-Preis.

Bezüglich Nachwuchsförderung, Reise- und Arbeitsstipendien gilt das gleiche wie bei der bildenden Kunst (Ansatz 1300).

Salzburger Festspielfonds

Als gesetzliche Verpflichtung ist der Bundesbeitrag für den Salzburger Festspielfonds mit 15,542.000 Schilling veranschlagt; nach dem Bundesgesetz vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 147, ist der Bund verpflichtet, 40 v. H. des Abganges zu übernehmen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Dient der Auszeichnung des gesamten bisherigen Lebenswerkes hervorragender österreichischer Künstler aller Kulturbereiche.

Ehrengaben

Die Ehrengaben an verdiente Künstler sind als Aufwandskredite veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 10·0 Millionen Schilling als Förderungsausgaben vorgesehen.

Ansatz 1302 Literatur

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	4·6	0·1
1967 **)	6·3	0·0
1968 **)	5·1	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgabensteigerung im Jahre 1967 ist durch eine bessere Dotierung der Förderungsansätze bedingt. Im Jahre 1968 mußten verschiedene Förderungsprojekte zurückgestellt werden.

Förderungsausgaben

An Förderungsmaßnahmen sind vorgesehen:

1. Druckkostenbeiträge und Buchankäufe, durch die die öffentliche Hand die Herausgabe wertvoller, aber schwer absetzbarer Werke ermöglicht.
2. Reise- und Arbeitsstipendien, die für Dichter und Schriftsteller von ganz besonderer Bedeutung sind; Nachwuchsförderung.
3. Gewährung von Zuschüssen zur Werbung für österreichische Literatur im Ausland.
4. Staatspreise für Literatur.
5. Subventionen für literarische Vereinigungen.

Aufwandskredite

Hier sind Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendungen veranschlagt.

Ansatz 1303 Kunstförderungsbeiträge (Zweckgebundene Gebarung)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	14·4	14·5
1967 **)	15·0	15·0
1968 **)	15·5	15·5

Allgemeines

Als Einnahmen werden die Kunstförderungsbeiträge der Rundfunkteilnehmer, die in der Höhe einer monatlichen Rundfunkteilnehmergebühr [2]) eingehoben werden (bis einschließlich 1967 nach Abzug der Einhebungskosten) veranschlagt. Diese Einnahmen werden gemäß BGBl. Nr. 131/1950 für Zwecke der allgemeinen Kunstförderung (Förderung der bildenden Künste, der Musik und der darstellenden Kunst, der Literatur, des Musealwesens, der Denkmalpflege, des Kunstschulwesens und des Filmwesens) verwendet. Zur Beratung des Bundesministeriums für Unterricht über die Verwendung der Kunstförderungsbeiträge ist ein Beirat eingesetzt.

Die Förderung erfolgt zum Teil auch durch Gewährung von zinsenlosen Darlehen, deren Gebarung gleichfalls bei diesem Ansatz zur Verrechnung gelangt.

Unterschiede der Gebarung

Die höhere Gebarung im Jahre 1967 ist durch den Zuwachs bei den Rundfunkteilnehmern bedingt. Ab 1968 werden die Einhebungskosten nicht mehr von den Einnahmen abgesetzt, sondern als Aufwandskredite auf der Ausgabenseite veranschlagt, woraus sich die weitere Gebarungserhöhung im Voranschlag 1968 erklärt.

Ansatz 1305 Ausstellungen des Bundes

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	4·1	0·7
1967 **)	2·5	0·8
1968 **)	2·5	0·3

Gebarung

Hier sind die Kosten der vom Bundesministerium für Unterricht veranstalteten Ausstellungen veranschlagt. Im Jahre 1968 ist u. a. für folgende Ausstellungen vorgesorgt: Biennale Venedig, Hallstattkultur und Schieleausstellung.

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Gebarung ist durch die Anzahl und die Eigenart der jeweils durchgeführten Veranstaltungen bedingt.

Ansatz 1306 Auslandeinrichtungen

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1968 **)	2·3	0·0

Gebarung

Der Ansatz wurde wegen der in den abgelaufenen Jahren erfolgten Ausweitung der zwischenstaatlichen Kulturbeziehungen neu geschaffen.

Förderungsausgaben

Subventionierung von außenkulturpolitisch wichtigen Ausstellungen, Gastspielreisen und Filmwochen, des Kulturzentrums „Österreich-Haus", des Internationalen Musikzentrums zur Gründung des „Internationalen Audiovisuellen Institutes für Musik, Tanz und Theater (IMDT)",

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Derzeit 7 Schilling. Gesetzliche Regelung in Bearbeitung.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

der Anglo-Austro-Society, des Österreich-Lateinamerika-Institutes und der Österreichischen Musikschule in Kabul.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Beiträge auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Internationale Beitragsleistungen

Büro des internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und der Kunst (Bureau de l'Union International pour la Protection des Œuvres Littéraires et Artistiques) (Beitrittserklärung: BGBl. Nr. 183/1953).

Internationales Studienzentrum für die Erhaltung und Restaurierung von Kulturgut (International Centre for the Study of the Preservation and Restoration of Cultural Property) in Rom (Beitrittserklärung BGBl. Nr. 202/1961).

Aufwandskredite

Ankauf von Büchern, Schallplatten und Bildmaterial über Österreich für die Verteilung an Interessenten zum Zwecke einer Kulturwerbung im Ausland. Teile dieser Agenden wurden bisher vom Bundespressedienst wahrgenommen.

Ankauf und Versendung von Publikationen im Rahmen der 50-Jahr-Feier der Republik Österreich.

Titel 132 Hofmusikkapelle

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	1·0	1·7	2·7	0·6
1967 **)	1·9	1·4	3·3	0·6
1968 **)	1·8	1·8	3·6	0·6

Allgemeines

Ihr obliegt die Pflege der Kirchenmusik unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Tonkunst; insbesondere ist ihr die traditionsgemäße Pflege der Renaissance-, der Barock-, der klassischen und der romantischen Kirchenmusik anvertraut. Sie besorgt die Kirchenmusik in der Wiener Hofburgkapelle und veranstaltet kirchenmusikalische Konzerte in Wien und in den anderen Bundesländern sowie im Auslande. Das künstlerische Personal ist aus dem Stand des Staatsopernorchesters und des Staatsopernchores entnommen. Die Sopran- und Altstimmen werden von den Wiener Sängerknaben bestritten. Die Hofmusikkapelle ist eine dem Bundesministerium für Unterricht unmittelbar nachgeordnete Dienststelle.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand im Jahre 1967 ist bedingt durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie durch geringfügige Personalvermehrung. Die geringfügige Verminderung im Personalaufwand des Jahres 1968 ergibt sich infolge Besetzung verschiedener Dienstposten durch dienstjüngere Bedienstete.

Die unterschiedliche Höhe des Sachaufwandes ist hauptsächlich durch den unterschiedlichen Umfang der eigenen Veranstaltungen bedingt.

Titel 133 Museen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	28·5	22·2	50·7	7·2
1967 **)	31·6	22·3	53·9	7·0
1968 **)	34·5	23·4	57·9	7·6

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ab 1967 ergibt sich durch Umwandlung von Dienstposten und durch die Erhöhung der Bezüge.

Die Sachaufwandskredite erhöhen sich durch Fortführung der Anschaffung von mechanischen Sicherheitseinrichtungen und durch Erweiterung der Sammlungen.

Gebarung

Im Personalaufwand sind auch die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde, dessen Inventar dem „Verein für Volkskunde" gehört, enthalten.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der nachstehend genannten Museen erforderliche Aufwand veranschlagt:

Kunsthistorisches Museum,
Naturhistorisches Museum,
Museum für Völkerkunde,
Österreichische Galerie,
Graphische Sammlung „Albertina",
Österreichisches Museum für angewandte Kunst,
Museum des 20. Jahrhunderts.

Nähere Einzelheiten über diese Museen enthalten die Erläuterungen der Vorjahre (z. B. Bundesfinanzgesetz 1961, Seite 90/91, und 1962, Seite 98).

Anlagen

Neben den notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernissen sind vor allem Ausgaben für Anschaffung, Herstellung und Ausbau von Sammlungen sowie die Einrichtung von mechanischen Sicherheitsvorkehrungen vorgesehen. Be-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

sondere Bedeutung wird dem Ausbau der Bibliothekseinrichtung des Kunsthistorischen Museums beigemessen.

Förderungsausgaben

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen (z. B. Heimat-, Vereinsmuseen), die nicht dem Bunde gehören, unterstützt.

Erstmalig wird bei diesem Ansatz der Aufwand für das Freilichtmuseum Graz veranschlagt.

Aufwandskredite

Neben den Kosten des wissenschaftlichen Betriebes sind Aufwendungen für das Österreichische Museum für Volkskunde veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 4·3 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

Titel 134 Bundesdenkmalamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	5·9	19·0	24·9	0·3
1967 **)	7·5	26·3	33·8	1·1
1968 **)	7·2	31·9	39·1	1·2

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand im Jahre 1967 ergibt sich durch Umwandlung von Dienstposten und durch die Erhöhung der Bezüge. Die geringfügige Verminderung im Personalaufwand des Jahres 1968 ergibt sich trotz Berücksichtigung der Bezugserhöhung infolge Besetzung verschiedener Dienstposten durch dienstjüngere Bedienstete.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist insbesondere durch die Erhöhung der Anlagen gegeben.

Gebarung

Die gesetzliche Grundlage ergibt sich aus:

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBl. Nr. 90, in der Fassung BGBl. Nr. 282/1958;

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, in der Fassung BGBl. Nr. 92/1959.

Das Bundesdenkmalamt in Wien hat als Zentralbehörde die Aufgabe, die Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet (durch Landeskonservatoren in den Landeshauptstädten) wahrzunehmen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb des Bundesdenkmalamtes erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben den notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernissen sind vor allem Ausgaben für die Wiederherstellung von bundeseigenen Kunstdenkmälern sowie für den Zivilschutz der Kulturgüter vorgesehen.

Förderungsausgaben

Aus den Förderungsbeträgen werden Subventionen zur Wiederherstellung von Kunstdenkmälern, die sich nicht im Eigentum des Bundes befinden, gewährt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Veranschlagung auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut im Falle eines bewaffneten Konfliktes, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwandskredite

Es sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten sowie für die Drucklegung von Publikationen veranschlagt.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 11·4 Millionen Schilling als Förderungsausgaben (Baukostenzuschüsse) vorgesehen.

Titel 135 Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	1·6	17·2	18·8	4·5
1967 **)	2·1	18·7	20·8	4·3
1968 **)	2·2	15·5	17·7	4·7

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben beim Personalaufwand ab 1967 sind durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Der steigende Sachaufwand für das Jahr 1967 war für audiovisuelle Unterrichtsmittel, Anlagen und Förderungen vorgesehen. Für 1968 wurden diese Ausgaben eingeschränkt.

Gebarung

Der Bundesstaatlichen Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm in Wien IX, Sensengasse 3, bzw. der Abteilung „Wissenschaftlicher Film" in Wien VI, Webgasse 2 a, obliegt die Beschaffung von Geräten, Unterrichtsfilmen und Lichtbildergruppen, teilweise auch die Herstellung audiovisueller Unterrichtsmittel (insbesondere auch

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

wissenschaftlicher Filme) und deren Verteilung im Wege der in den einzelnen Bundesländern als Landesdienststellen (für Wien und Burgenland eine gemeinsame Landesbildstelle) bestehenden 8 Landesbildstellen (und der diesen unterstehenden 93 Bezirksbildstellen) an die Schulen und die Unterstützung der einschlägigen volksbildnerischen Arbeit.

Für die Vorführung von Filmen und Lichtbildern stehen in der Sensengasse und in der „Albertina" je ein Vorführungssaal mit entsprechenden Projektionsgeräten, für die Ausführung der technischen Arbeiten Räumlichkeiten bisher in Wien I, Hanuschgasse 3 (Übersiedlung nach Wien VII, Neustiftgasse 95—99, zur künftigen Unterbringung aller Abteilungen der Hauptstelle geeignet), zur Verfügung.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben den schon bisher für Einrichtungserfordernisse vorgesehenen Beträgen sind auch wieder Ausgaben zum Ausbau der bundeseigenen Filmsammlungen in Aussicht genommen.

Förderungsausgaben

Die Förderungsbeiträge sind freiwilliger Natur und als Subventionen für die Kulturfilmproduktion, den wissenschaftlichen, den Kinder- bzw. Jugendfilm sowie den künstlerischen Film und Förderungen des Film- und Lichtbildwesens allgemein, insbesondere eine Reihe von Vereinigungen mit einschlägigem Vereinszweck, bestimmt.

Aufwandskredite

Im Rahmen dieser Ausgabenbeträge sind insbesondere Ausgaben für die „Filmberichterstattung", über die wichtigsten Aktivitäten des Ressorts für Dokumentationszwecke als anschaulicher Nachweis für Vorführungen im Fernsehen, bei den Kulturinstituten usw. vorgesehen.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 4·4 Millionen Schilling für Förderungsausgaben vorgesehen.

Titel 136 Kunstakademien und Kunstschulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	44·3	49·5	93·8	9·9
1967 **)	58·0	53·6	111·6	10·6
1968 **)	58·1	55·0	113·1	12·8

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand ist auf Personalvermehrung und die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der steigende Sachaufwand ist auf Mehranforderungen im Verwaltungsaufwand, auf die Erhöhung der Beträge für die Remunerationen für Lehrbeauftragte und auf die Notwendigkeit zurückzuführen, für drei neubezogene Gebäude die erforderliche Einrichtung anzuschaffen.

Die steigenden Einnahmen sind bedingt durch höhere Ausgaben für die Akademien in Salzburg und Graz und demzufolge höhere Beitragsleistungen der Gebietskörperschaften.

Die Remunerationen für Lehrbeauftragte und die Gewährung von Stipendien an inländische Studierende — diese auf Grund des Studienförderungsgesetzes — fallen unter die gesetzlichen Verpflichtungen.

Gesetzliche Grundlagen

Kunstakademiegesetz, BGBl. Nr. 168/1948, in der Fassung BGBl. Nr. 61/1953, 177/1954, 160/1958, 268/1961, 190/1962, 117/1963, 317/1963, 158/1964, 128/1965, 114/1966 und 241/1967;

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 237/1955, betrifft die Akademie der bildenden Künste in Wien;

Organisationsstatut der Akademie für angewandte Kunst in Wien, BGBl. Nr. 241/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 17/1956;

Organisationsstatut der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien, BGBl. Nr. 240/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 2/1956 und 84/1966;

Organisationsstatut der Akademie für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg, BGBl. Nr. 3/1956;

Organisationsstatut der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz, BGBl. Nr. 262/1964;

Dienstordnung für Vertragslehrer und Lehrbeauftragte an den Kunstakademien, BGBl. Nr. 144/1959, 39/1962, 241/1963, 339/1963, 181/1964, 139/1965 und 132/1966.

Förderungsausgaben

An Förderungsmaßnahmen sind vorgesehen:

Die Gewährung von Stipendien — insbesondere an ausländische Studierende —, außerordentlichen Studienbeihilfen und Abgangspreisen an die Studierenden aller Akademien, ferner von Subventionen für die Erhaltung von Musikschulen und für die Errichtung von Studentenheimen. Diese Zuwendungen erfolgen wie bisher auf freiwilliger Basis.

Eventualvoranschlag

Im Eventualvoranschlag sind 8·3 Millionen Schilling vornehmlich für Anlagen, aber auch für Förderungsausgaben vorgesehen.

Personal

Folgende Dienstposten sind 1968 für die Kunstakademien und Kunstschulen vorgesehen:

Hochschulprofessoren:	
ordentliche	47
außerordentliche	78
Hochschulassistenten	7
Bundeslehrer L 1	112
Bundeslehrer L 2	1
Vertragslehrer	134
Summe	379

Kunstakademien

Zu den einzelnen Kunstakademien ist zu bemerken:

1. Akademie der bildenden Künste in Wien. An ihr werden folgende Fächer gelehrt: Malerei, Graphik, Bildhauerei, Medailleurkunst, Architektur, Bühnenbildnerei, Konservierung und Technologie, Kunsterziehung.

Die Hörerzahlen [3]) betrugen in den Wintersemestern:

1964/65	612
1965/66	552
1966/67	496

2. Akademie für angewandte Kunst in Wien. Folgende Fächer werden gelehrt: Malerei, Graphik und Gebrauchsgraphik, Schrift- und Buchgestaltung, Bildhauerei, Architektur, Bühnenbildnerei und Raumgestaltung, Kunsthandwerk und industrielle Formgebung, Mode und Textilarbeiten.

Die Hörerzahlen [4]) betrugen in den Wintersemestern:

1964/65	446
1965/66	493
1966/67	509

3. Akademie für Musik und darstellende Kunst in Wien. Sie umfaßt Abteilungen für: Musiktheorie und Kapellmeisterausbildung, Tasteninstrumente, Saiteninstrumente, Blasinstrumente und Schlagwerk, Sologesang und Opernausbildung, Musikerziehung, Kirchenmusik, Tanz, Schauspiel und Regie („Max Reinhardt-Seminar" in Schönbrunn), Film und Fernsehen. Außerdem wird ein Sonderlehrgang für „Musiktherapie" sowie ein Musical-Sonderlehrgang geführt.

Die Hörerzahlen [4]) betrugen in den Wintersemestern:

1964/65	1755
1965/66	1821
1966/67	1735

[3]) Ordentliche und außerordentliche Hörer sowie Gasthörer.

[4]) Ordentliche und außerordentliche Hörer sowie Gasthörer und Kunstschüler.

4. Akademie für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg. Sie umfaßt Abteilungen für: Kapellmeisterausbildung, Tasteninstrumente, Saiteninstrumente, Blasinstrumente und Schlagwerk, Oper, Solo- und Chorgesang, Musiktheorie und Musikgeschichte, Musikerziehung, Kirchenmusik, Tanz und Rhythmik, Schauspiel und Regie. Außerdem ist der Akademie das sogenannte „Orff-Institut" angeschlossen. Derzeit leisten das Land und die Stadt Salzburg auf Grund von Verträgen an den Bund einen Beitrag von je einem Sechstel des Gebarungsabganges.

Die Hörerzahlen [4]) betrugen in den Wintersemestern:

1964/65	804
1965/66	951
1966/67	999

5. Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz. Das Steiermärkische Landeskonservatorium in Graz, aus einer Musikschule des 1814 gegründeten Musikvereines für Steiermark hervorgegangen, ist mit Wirksamkeit vom 1. Juni 1963 zu einer staatlichen Kunstakademie mit der Bezeichnung „Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz" erhoben worden. Diese neue Akademie vermittelt im wesentlichen dieselben Fächer wie die Musikakademien in Wien und Salzburg. Das Land Steiermark hat sich vertraglich zur Leistung eines Beitrages von einem Drittel des Gebarungsabganges verpflichtet.

Die Höhrerzahlen [4]) betrugen im Wintersemester

1964/65	546
1965/66	719
1966/67	558

Titel 137 Kunstakademien und Kunstschulen (Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	0·4	1·8	2·2	2·3
1967**)	0·5	1·7	2·2	2·2
1968**)	0·6	2·0	2·6	2·6

Unterschiede der Gebarung

Die höheren Ausgaben und Einnahmen des Voranschlages 1968 sind durch das Ansteigen des Akademie- und Kunstschulen-Besuches bedingt.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[4]) Ordentliche und außerordentliche Hörer sowie Gasthörer und Kunstschüler.

Gebarung

Gemäß der Erlässe des Bundesministeriums für Unterricht, ZZl. 42.447/1947, 11.474—II/5/1950 und 2.215—II/5/1947, stehen Anteile der Kollegien- und Unterrichtsgelder sowie gewisse Taxen den Hochschulkräften zu.

Die Aufwandsbeiträge der Studierenden sind auf Grund des Erlasses des Bundesministeriums für Unterricht, Zl. 41.696—II/5/1956, anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse zu verwenden.

Außerdem sind die Einnahmen aus Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen (Sommerakademie und andere) sowie aus der Versuchsanstalt der Akademie für angewandte Kunst zweckgebunden.

Titel 138 Kulturelle Einrichtungen im Ausland
Ansatz 1380 Österreichische Kulturinstitute

	Personal-	Sach-	Einnahmen
	aufwand		Summe
			Mill. S
1966 *)	8·5	15·6	24·1 0·4
1967 **)	11·9	23·5	35·4 0·5
1968 **)	10·9	13·3	24·2 0·6

Unterschiede der Gebarung

Im Jahre 1966 und 1967 war die Gebarung der Österreichischen Kulturinstitute und der die kulturellen Belange im Ausland wahrnehmenden Vertretungen gemeinsam beim Ansatz „Österreichische Kulturinstitute" veranschlagt gewesen. Durch die gesonderte Veranschlagung der „Vertretungen im Ausland" (Ansatz 1381) ergeben sich Minderausgaben im Jahre 1968 beim Ansatz 1380.

Der Personalaufwand ist steigend durch Erhöhung der Auslandsbezüge und Personalvermehrungen infolge Intensivierung der kulturellen Auslandbeziehungen sowie durch die Kompetenzentflechtung (BGBl. Nr. 70/1966) und durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten.

Die Mehrausgaben im Verwaltungsaufwand dienen der Neugründung von Kulturinstituten sowie der Intensivierung der Auslandskulturarbeit.

Förderungsausgaben

Stipendien, die weder bei Forschung und Wissenschaft noch bei Erziehung und Unterricht oder bei der Kunst zu verrechnen sind.

Aufwandkredite

Durchführung von Veranstaltungen, Vorträgen und Tagungen in den Kulturinstituten.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kulturinstitute

Kulturinstitut Rom

Das 1949 wiedererrichtete Kulturinstitut in Rom hat die allgemeinen kulturellen Aufgaben Österreichs in Italien wahrzunehmen und darüber hinaus die Aufgaben des österreichischen Historischen Institutes (1881) fortzuführen.

Kulturinstitut Paris

1962 wurde das 1954 in Paris errichtete Centre Culturel Autrichien, der immer wachsenden Arbeit entsprechend, in ein österreichisches Kulturinstitut umgewandelt und ist in ein eigenes Haus übersiedelt, das auch einen Trakt für Studentenzimmer umfaßt.

Kulturinstitut London

In Durchführung des britisch-österreichischen Kulturabkommens wurde 1956 ein Kulturinstitut in London errichtet, dem die entsprechenden Aufgaben zufallen.

Kulturinstitut New York

1963 wurde nach Abschluß der Bauarbeiten die Eröffnung eines Kulturinstitutes in New York in einem eigenem Haus vorgenommen, das an Stelle des seit 1956 arbeitenden Kulturreferates trat und der Vertiefung der beiderseitigen kulturellen Beziehungen dient.

Kulturinstitute Vorderer Orient

Die Kulturinstitute in Kairo und Teheran arbeiten im vollen Umfang. Den Schwerpunkt bilden die Vorberatung der aus diesen Ländern kommenden Studenten in Österreich und die Durchführung der mit diesen Ländern vereinbarten Kulturprogramme.

Kulturreferat Istanbul

In Istanbul wurde 1963 ein eigenes Kulturreferat errichtet. Hier gilt das besondere Interesse dem Ausbau der schon vorhandenen intensiven Kulturbeziehungen zur Türkei, sowie Weiterbetreuung der Absolventen des St. Georgs-Kollegs und Abhaltung von Deutschkursen im türkischen Rundfunk.

Kulturinstitut Warschau

Das Kulturinstitut wurde im März 1965 eröffnet und läuft, auf Wunsch der polnischen Behörden, unter der Bezeichnung „Österreichische Lesehalle". Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt auf literarischem Gebiet.

Lesehalle Zagreb

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, wurde die bisher vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

betreute Lesehalle mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1967 dem Bundesministerium für Unterricht angegliedert. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt auf literarischem Gebiet und Vortragstätigkeit.

Ansatz 1381 Vertretungen im Ausland

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1968 **)	2·0	1·5	3·5	0·0

**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

Im Sinne des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, obliegt es dem Bundesministerium für Unterricht, im Hinblick auf eine weitere Intensivierung der kulturpolitischen Auslandbeziehungen bei österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland Kulturattachés zu bestellen.

Gebarung

Da bei diesem neuen Ansatz keine Vergleichsziffern zum Vorjahr vorhanden sind, wurde als Basis der Umfang und die Aktivität der Österreichischen Kulturinstitute herangezogen. Bei diesem Ansatz wurde auch der ständige Vertreter Österreichs bei der UNESCO in Paris und die UNESCO-Kommission in Wien veranschlagt.

Kapitel 14 Kultus

Titel 140 Bundesministerium; Leistungen auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	143·8	—
1967 **)	136·3	0·0
1968 **)	138·5	0·0

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 20. Dezember 1955, womit Bestimmungen zur Durchführung des Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, hinsichtlich kirchlicher Vermögensrechte getroffen werden, BGBl. Nr. 269, in der geltenden Fassung;

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960;

Bundesgesetz vom 6. Juli 1961 über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182;

Bundesgesetz vom 26. Oktober 1960 über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221;

Bundesgesetz vom 26. Oktober 1960 über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222;

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, betreffend die Erhebung der Apostolischen Administratur Innsbruck-Feldkirch zu einer Diözese, BGBl. Nr. 227/1964.

Bundesgesetz vom 8. Feber 1967 über eine Bundesleistung an die Evangelische Superintendenz A. B. Salzburg und Tirol, BGBl. Nr. 120/1967.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Gebarung

Die Staatsleistungen für Kultuszwecke gehen auf Entschädigungsmaßnahmen im Grund des Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

In dem vorgesehenen Gesamtbetrag ist für die wiederkehrenden und für die einmaligen Zahlungen an die katholische, die evangelische Kirche A. und HB., die altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft vorgesorgt. Es handelt sich durchwegs um Leistungen auf Grund von gesetzlichen Verpflichtungen auf Grund der oben angeführten Gesetze bzw. konkordatären Verträge.

Der Globalbetrag der ständigen (wiederkehrenden) Leistungen in der Höhe von 138·0 Millionen Schilling teilt sich einerseits in einen fixen Sachbeitrag, andererseits in einen Beitrag für Personalleistungen an insgesamt 1358 Bedienstete der Religionsgemeinschaften, wobei die Republik Österreich gesetzlich verpflichtet ist, bei einer allgemeinen Steigerung der Bezüge, diese aus vorliegender Post zusätzlich zu leisten.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Ansatzes für ständige Leistungen gegenüber dem Vorjahr von 132·5 auf 138·0 Millionen Schilling ist in der Erhöhung der Bezüge begründet.

Der bei den nichtständigen Leistungen vorgesehene Betrag von 0·5 (Vorjahr 3·8) Millionen Schilling bildet die letzte Rate der Bundesdotation für die 1966 errichtete evangelische Superintendenz Salzburg-Tirol.

Kapitel 15 Soziales

Titel 150 Bundesministerium für soziale Verwaltung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	43·9	23·8	67·7	152·5
1967 **)	47·4	29·4	76·8	77·7
1968 **)	49·7	30·4	80·1	69·5

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist ausschließlich durch Bezugserhöhungen bedingt. Das Ansteigen des Sachaufwandes ergibt sich — abgesehen von den infolge der allgemeinen Teuerung zunehmenden Verwaltungskosten — im wesentlichen aus höheren Beitragsleistungen an internationale Organisationen (insbesondere Internationale Arbeitsorganisation und Weltgesundheitsorganisation sowie aus Sonderaufwendungen aus Anlaß der 50-Jahr-Feiern der Republik Österreich bzw. der Sozialen Verwaltung und aus der Errichtung einer Kommission zur Kodifizierung des österreichischen Arbeitsrechtes.

Die unterschiedliche Entwicklung bei den Einnahmen ist im wesentlichen auf den jeweiligen Gebarungsüberschuß der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen.

Obereinigungsamt

Beim Ansatz 1/15001 sind auch die Aufwendungen für das Obereinigungsamt mitberücksichtigt.

Förderungsausgaben

Die hier veranschlagten Förderungsausgaben betreffen vorwiegend Reisekostenvergütungen an UNO-Stipendiaten und Austauschbesucher aus dem Kreise der Sozialarbeiter.

Gesetzliche Verpflichtungen

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen" erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen.

Kriegsblindenfonds

Der Kriegsblindenfonds ist ein Verwaltungsfonds zur Fürsorge für Kriegsblinde, dem Mieteinnahmen und freiwillige Zuwendungen zufließen.

Leibrentnerfonds

Der Leibrentnerfonds ist gleichfalls ein Verwaltungsfonds und hat die Aufgabe, solchen Personen (derzeit 38), die bis zum 31. Dezember 1918 gegen eine zur Zeit des Vertragsabschlusses zum Betrieb der Lebensversicherung in Österreich zugelassene Versicherungsanstalt aus einem Lebensversicherungsvertrag Anspruch auf eine auf Kronen lautende flüssige Leibrente oder aus einem Leibrentenversicherungsvertrag Anspruch auf eine auf Kronen lautende aufgeschobene Leibrente erworben haben, Ausgleichsrenten zu gewähren. Die Bestreitung dieser Ausgleichsrenten erfolgt aus einem Fonds, der aus Beiträgen der im österreichischen Bundesgebiet die Lebensversicherung betreibenden Versicherungsanstalten gespeist wird. Der Leibrentnerfonds wurde auf Grund des Gesetzes BGBl. Nr. 6/1927 errichtet.

Reservefonds nach dem AlVG.

Die gesetzliche Grundlage für den Reservefonds ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, BGBl. Nr. 199, §§ 64 und 65.

Die Gebarung des Reservefonds zeigt folgendes Bild:

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	—	146·9
1967 **)	—	71·7
1968 **)	0·0	62·8

Die Einnahmen des Reservefonds bestehen neben dem Gebarungsüberschuß der Arbeitslosenversicherung aus den Rückzahlungen von aus Mitteln der Produktiven Arbeitslosenfürsorge gewährten Darlehen sowie aus der ersten Rückzahlungsrate des gemäß Artikel V Absatz 2 des Bundesfinanzgesetzes 1962 an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gewährten Darlehens und aus den Geldstrafen; der Gebarungsüberschuß ist infolge des höheren Leistungsaufwandes gegenüber dem Voranschlag 1967 und gegenüber dem Erfolg 1966 wesentlich geringer.

Bundesaufsicht in Angelegenheiten der Sozialen Verwaltung

Träger der Sozialversicherung

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für soziale Verwaltung auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG. (BGBl. Nr. 189/1955), des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes — GSPVG. (BGBl. Nr. 292/1957), des Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetzes — LZVG. (BGBl. Nr. 293/1957), des Bauern-Krankenversicherungsgesetzes — B-KVG. (BGBl. Nr. 219/1965), des Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetzes — GSKVG. (BGBl. Nr. 167/1966) und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes —

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

B-KUVG. (BGBl. Nr. 200/1967) ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Derzeit werden beaufsichtigt:

I. Versicherungsträger nach dem ASVG.

A. Krankenversicherungsträger.

Je eine Gebietskrankenkasse in den einzelnen Bundesländern.

Je eine Landwirtschaftskrankenkasse in den einzelnen Bundesländern.

Betriebskrankenkassen:

Österreichische Staatsdruckerei,
Austria Tabakwerke AG.,
Wiener Verkehrsbetriebe,
Semperit Gummiwerke AG.,
Neusiedler AG. für Papierfabrikation,
Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Hütte Donawitz,
Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Werk Zeltweg,
Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Hütte Kindberg,
Gebr. Böhler & Co.,
Fa. Johann Pengg.

Sonstige Krankenversicherungsträger:

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen,
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues.

B. Unfallversicherungsträger.

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (Hauptstelle und Landesstelle Wien sowie je eine Landesstelle in Linz, Graz und Salzburg),

Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt (Hauptstelle und Landesstelle Wien sowie je eine Landesstelle in Linz, Graz, Salzburg und Klagenfurt),

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen,
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates.

C. Pensionsversicherungsträger.

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten,

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter (Hauptstelle und Landesstelle Wien sowie je eine Landesstelle in Linz, Graz und Salzburg),

Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt,

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen,
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues,
Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates.

D. Zuschußkassen.

Pensionsinstitut der österreichischen Privatbahnen,
Pensionsinstitut der Linzer Elektrizitäts- und Straßenbahn AG.

E. Verbände.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

II. Versicherungsträger nach dem GSPVG.

Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (Hauptstelle Wien und Außenstellen in jedem Bundesland).

III. Versicherungsträger nach dem LZVG.

Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsanstalt (Hauptstelle Wien, zugleich als Außenstelle für Wien, Niederösterreich und Burgenland, und Außenstellen in Linz, Graz, Salzburg und Klagenfurt).

IV. Versicherungsträger nach dem B-KVG.

Österreichische Bauernkrankenkasse (Hauptstelle und Landeskassen für jedes Bundesland).

V. Versicherungsträger nach dem GSKVG.

Je eine Gewerbliche Selbständigenkrankenkasse für Wien, Niederösterreich/Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten,
Selbständigenkrankenkasse des Fremdenverkehrs für Wien, Niederösterreich und Burgenland,
Selbständigenkrankenkasse des Handels,
Verband der Gewerblichen Selbständigenkrankenkassen.

VI. Versicherungsträger nach dem B-KUVG. (Kranken- und Unfallversicherung).

Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (Hauptgeschäfts- und Landesgeschäftsstelle Wien sowie je eine Landesgeschäftsstelle in Linz, Graz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck und Bregenz).

Die Kosten der von der Aufsichtsbehörde angeordneten Maßnahmen belasten den Versicherungsträger. Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden sonstigen Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen. Deren Höhe bestimmt das Bundesministerium für soziale Verwaltung nach Anhörung der Versicherungsträger (des Hauptverbandes). Die von den Versicherungsträgern zu entrichtende Aufsichtsgebühr beträgt zur Zeit 0·000085% (das sind 8·5 Groschen für je 1000 S) der tatsächlich vereinnahmten Sozialversicherungsbeiträge und der Überweisungen aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer.

Bauarbeiter-Urlaubskasse

Gemäß § 12 der Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 114/1946, in der derzeit geltenden Fassung, zum Bauarbeiter-Urlaubsgesetz, BGBl. Nr. 81/1946 (wiederverlautbart unter BGBl. Nr. 128/1957), in der derzeit geltenden Fassung, ist mit der obersten Aufsicht über die Urlaubskasse der Arbeiter in der Bauwirtschaft der Bundesminister für soziale Verwaltung betraut.

Titel 151 Bundesministerium; Renten- und Entschädigungsleistungen

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	149·8	57·6
1967 **)	152·6	0·0
1968 **)	137·1	0·1

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Entwicklung bei den Ausgaben ist im wesentlichen auf die jeweiligen Erfordernisse für „Entschädigungen" zurückzuführen.

Die Verminderung der Einnahmen gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 ist darauf zurückzuführen, daß keine Ersatzleistungen auf Grund des Teiles II des Finanzvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland mehr fällig sind.

Ansatz 1/15107 Kleinrentnerentschädigung

Gesetzliche Grundlagen und Gebarung

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden natürlichen Rückgang der Zahl der Empfänger von Entschädigungen nach dem Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929 [1]), in der derzeit geltenden Fassung, würden im Jahre 1968 für die Zahlung der laufenden Entschädigungen 16·6 Millionen Schilling [2]) ausreichen. Im Hinblick auf das hohe Alter und die Pflegebedürftigkeit der Rentenbezieher wurde mit einem Betrag von 1·2 Millionen Schilling für Leistungsverbesserungen vorgesorgt. Damit ergibt sich ein Rentenaufwand von 17·8 Millionen Schilling.

Für die Krankenversicherungsbeiträge, die auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, BGBl. Nr. 90/1962 [3]), zur Gänze aus Bundesmitteln getragen werden, ist ein Betrag von 1·8 Millionen Schilling erforderlich.

Außerordentliche Hilfeleistung wird derzeit rund 2800 besonders bedürftigen Kleinrentnern sechsmal jährlich in der Höhe von je 200 S gewährt; infolge des natürlichen Abganges wird sich die Anzahl auf voraussichtlich 2500 verringern, der Aufwand auf 3·0 Millionen Schilling.

Für Zwecke der Kleinrentnerentschädigung ergibt sich daher ein Gesamterfordernis von 22·6 Millionen Schilling.

Am 30. Juni 1965 bezogen 3401, am 30. Juni 1966 2891 und am 30. Juni 1967 2451 Personen Renten aus der Kleinrentnerentschädigung.

Ansatz 1511/1514 Opferfürsorge

Gesetzliche Grundlage

Diese Leistungen werden auf Grund des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung der 19. Opferfürsorgegesetz-Novelle, BGBl. Nr. 259/1967, erbracht.

Ansatz 1/15117 Heilfürsorge

Der Ansatz berücksichtigt die steigenden Verpflegskosten und Medikamentenpreise.

Ansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Von dem mit 96·000 Millionen Schilling [4]) veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

62·510 Mill. S auf Rentengebühren für Opfer,
32·310 Mill. S auf Rentengebühren für Hinterbliebene,
0·150 Mill. S auf Abfertigungen,
0·450 Mill. S auf Sterbegeld,
0·580 Mill. S auf sonstige Ausgaben.

Am 30. Juni 1967 hat der Stand der Rentenbezieher 7947 (5054 Opfer und 2893 Hinterbliebene) betragen.

Der Mehraufwand von 5·450 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag 1967 ergibt sich aus der Neuregelung der Rentenfürsorge durch die 19. Opferfürsorgegesetz-Novelle und die Dynamisierung aller Rentenleistungen.

Ansatz 1/15137 Entschädigungen

Für Haftentschädigungen, Entschädigungen für Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden wurde auf Grund der von den mit der Durchführung des Opferfürsorgegesetzes in erster Instanz betrauten Ämtern der Landesregierungen übermittelten Daten ein Betrag von 12 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Differenz gegenüber dem Gebarungserfolg 1966 ist darauf zurückzuführen, daß die Opferfürsorgegesetz-Novellen, mit welchen diese Leistungen geschaffen bzw. verbessert wurden (12., 16. und 17. OFG.-Novelle), bereits zum größeren Teil durchgeführt sind.

Ansatz 1/15146 Sonderfürsorge in Notstandsfällen

Für Unterstützungen an in Not geratene Personen, die im Sinne des Opferfürsorgegesetzes begünstigt sind, wird im Bundesvoranschlag 1968 ein Betrag von 100.000 S bereitgestellt.

Titel 153 Bundesministerium; Volksgesundheit

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	191·5	0·2
1967 **)	294·9	0·2
1968 **)	204·9	0·2

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Sachaufwand ist einerseits auf den steigenden Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz und andererseits auf die

[1]) Letzte Änderung BGBl. Nr. 10/1967.

[2]) Einschließlich eines Aufwandes für 1 Kinderbeihilfe und Ergänzungsbetrag zur Kinderbeihilfe im Gesamtbetrage von 2520 S.

[3]) In der derzeit geltenden Fassung.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[4]) Hievon 1·9 Millionen Schilling für 640 Kinderbeihilfen und Ergänzungsbeträge zur Kinderbeihilfe sowie 0·260 Millionen Schilling für 140 Mütterbeihilfen.

im Jahre 1968 durchzuführende Poliomyelitis-Auffrischungsimpfung zurückzuführen, wie aus nachstehender Übersicht zu ersehen ist:

	1966*)	1967**) Mill. S	1968**)
Krankenanstaltengesetz	130·0	140·0	150·0
Tuberkulosehilfe-Verordnung	33·2	40·0	37·0
Polioschutzimpfungsgesetz	1·1	1·6	8·0
Zivilschutz	0·4	0·0[6])	0·0[6])
Sonstige Ausgaben	12·9	9·9	9·9
Summe	177·6	191·5	204·9

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBl. Nr. 94/1945 [7]);

Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1945, in der Fassung BGBl. Nr. 131/1964 [7]);

Bundesgesetz über Schutzimpfungen gegen Pocken, BGBl. Nr. 156/1948 [7]);

Verordnung vom 22. November 1948, BGBl. Nr. 7/1949, über Schutzimpfungen gegen Pocken, in der Fassung BGBl. Nr. 263/1949 und BGBl. Nr. 134/1960 [7]);

Bundesgesetz über Schutzimpfungen gegen Tuberkulose, BGBl. Nr. 89/1949 [7]);

Lebensmittelgesetz 1951, BGBl. Nr. 239, in der Fassung des Art. IX der II. Strafgesetznovelle 1952, BGBl. Nr. 160 und 245/1960 und BGBl. Nr. 235/1966 [7]);

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, in der Fassung BGBl. Nr. 185/1961 und BGBl. Nr. 116/1967 [7]);

Reichssanitätsgesetz vom 30. April 1870, RGBl. Nr. 68;

Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, in der Fassung BGBl. Nr. 54/1946;

Gesetz vom 3. Juli 1934 über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens, RGBl. I S. 531;

1. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 6. Februar 1935, RGBl. I S. 177 (Gesetzblatt für das Land Österreich — GBl. f. Ö. — Nr. 686/1938);
2. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (Dienstordnung — Allgemeiner Teil) vom 22. Februar 1935, RGBl. I S. 215 (GBl. f. Ö. Nr. 686/1938);
3. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (Dienstordnung für die Gesundheitsämter — Besonderer Teil) vom 30. März 1935, RGBl. I S. 327 (GBl. f. Ö. Nr. 686/1938);

Schulseuchenerlaß vom 30. April 1942, RMBliV. 1942, S. 951 [7]);

Tuberkulosehilfe, Verordnung vom 8. September 1942, DRGBl. I S. 549;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1958;

Bundesgesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte, BGBl. Nr. 272/1958 [7]);

Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, in der Fassung BGBl. Nr. 56/1965;

Arzneibuchverordnung, BGBl. Nr. 229/1960, in der Fassung BGBl. Nr. 111/1964;

Spezialitätenordnung, BGBl. Nr. 99/1947, in der Fassung BGBl. Nr. 126/1952 [7]);

Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, in der Fassung BGBl. Nr. 150/1964 [7]);

Verordnung, betreffend die Durchführung des Bundesgesetzes über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 71/1961, in der Fassung BGBl. Nr. 274/1963 [7]).

Ansatz 1/1530 Krankenanstalten und -pflegewesen

Beim Ansatz 1/15304 ist für die vom Bund auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957, zu leistenden Zweckzuschüsse vorgesorgt. Diese betragen gemäß § 57 KAG. pro Verpflegstag 10% der für die betreffende Krankenanstalt amtlich festgesetzten Pflegegebühr der niedrigsten Gebührenklasse, höchstens jedoch 18·75% des gesamten Betriebsabganges.

Der beim Ansatz 1/15306 vorgesehene Betrag betrifft Subventionen an notleidende Krankenanstalten, deren Kostenträger private Organisationen und Vereinigungen, nicht aber öffentlich-rechtliche Körperschaften sind. Es handelt sich hiebei um Unterstützungsmaßnahmen, wie unter anderem für Erweiterungsbauten, Modernisierung und Ausgestaltung, die nicht gemäß § 57 des Krankenanstaltengesetzes gedeckt sind.

Ansatz 1/1531 Gesundheitsvorsorge

Da die Säuglingssterblichkeit in Österreich noch immer über jener zahlreicher europäischer Staaten liegt, werden auch im Jahre 1968 die Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit fortgesetzt werden müssen. Es ist daher in Aussicht genommen, wieder einen Inkubator für eine Frühgeborenenstation anzuschaffen. Hiezu wäre jedoch zu bemerken, daß in den kommenden Jahren das Schwergewicht nicht mehr auf den

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[5]) frei.
[6]) Verrechnungsansätze. Siehe auch Erläuterungen zum Ansatz 1111 (Zivilschutz), Seite 78.
[7]) Auch gesetzliche Grundlage beim Ansatz 159.

[7]) Auch gesetzliche Grundlage beim Ansatz 159.

Ankauf zusätzlicher Inkubatoren liegen wird, sondern es wird getrachtet werden müssen, die ohnehin sehr knappe Ausrüstung der Frühgeborenenstationen durch den Ersatz von nicht mehr entsprechenden Inkubatoren aufrecht zu erhalten.

Im übrigen sind die Ausgabenbeträge zur Unterstützung medizinischer Gesellschaften, Vereinigungen und Organisationen sowie sonstiger Einrichtungen, die auf dem Gebiete der Volksgesundheit tätig und förderungswürdig sowie förderungsbedürftig sind, vorgesehen.

Für den in Vollziehung der Verordnung über die Tuberkulosehilfe vom 8. September 1942 entstehenden Aufwand wurde ein Betrag von 37 Millionen Schilling veranschlagt.

Desgleichen mußten die Mittel zur Deckung von Ersatzansprüchen gemäß § 14 lit. c des Bundesgesetzes über Schutzimpfungen gegen Pocken, BGBl. Nr. 156/1948, und zur Deckung von Kosten, die dem Bund bei allfälliger Einschleppung von Pockenfällen im internationalen Reiseverkehr erwachsen können, veranschlagt werden. In Verfolg des mit dem Neurologischen Institut der Universität Wien getroffenen Übereinkommens wurden auch wieder die Mittel zur Auswertung des Untersuchungsmaterials von Personen, die angeblich nach der Pockenschutzimpfung verstorben sind, berücksichtigt. Durch den einwandfreien Nachweis, daß der Tod nicht auf die Impfung zurückzuführen ist, werden dem Bund nennenswerte Ausgaben für die Zahlung von Ersatzansprüchen erspart.

Im Jahre 1968 wird außer der Impfaktion für den neu hinzugekommenen Geburtsjahrgang eine Auffrischungsimpfung gegen Poliomyelitis durchgeführt werden. Untersuchungen des Viruslabors der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Wien über den Immunitätszustand der Bevölkerung gegen Poliomyelitis haben ergeben, daß die Durchführung der 1. Wiederimpfungsaktion im Jahre 1968 erforderlich sein wird. Auf Grund dieser Untersuchungen sollen alle jene Personen, die an den Impfaktionen 1961/62 und 1963/64 teilgenommen haben, der Wiederimpfung unterzogen werden. Gemäß § 11 Abs. 2 des Bundesgesetzes vom 28. November 1960, BGBl. Nr. 244, hat der Bund die Kosten für den Impfstoff der Personen bis zum 21. Lebensjahr zu tragen. Von den bei den genannten Impfaktionen Erfaßten werden 1968 rund 1,600.000 Personen das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Jede dieser Personen soll eine einmalige Impfstoffgabe einer trivalenten Polio-Oralvakzine erhalten. Der Aufwand für die Bereitstellung des hiefür erforderlichen Impfstoffes wird sich auf 7,235.000 Schilling belaufen.

Im übrigen umfaßt der Ansatz 1/15317 „Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)" die Leistungen des Bundes nach dem Epidemie-, Tuberkuloseimpf-, Geschlechtskrankheiten- und Lebensmittelgesetz.

Die Bestrebungen der einzelnen Bundesländer, eine intensive Durchimpfung der Bevölkerung gegen Diphtherie—Tetanus—Pertussis zu erreichen, sollen wieder unterstützt werden. Dadurch soll ein Impfschutz von den niedrigsten Jahrgängen an gegeben sein und die Möglichkeit bestehen, die erforderlichen Nachimpfungen zur Aufrechterhaltung des Impfschutzes zeitgerecht durchführen zu können. Für den hiefür erforderlichen Impfstoff mußte ein Betrag von 2,285.000 Schilling bereitgestellt werden.

Die Aktion zur Bekämpfung der Zahnkaries durch Verabreichung von Fluortabletten wird auch im Jahre 1968 fortgesetzt werden, wobei wieder 6000 Kinder pro Bundesland und ein erweiterter Kreis von Schwangeren und Säuglingen in die Aktion einbezogen werden sollen.

Auf dem Gebiete der Gesundheitserziehung, die, wie bereits mehrmals ausgeführt wurde, einen wesentlichen Bestandteil der modernen gesundheitspolitischen Maßnahmen darstellt, werden im Jahre 1968 wieder jene Aufklärungen erfolgen müssen, die der Bevölkerung die Bedeutung dieser gesundheitspolitischen Maßnahmen nahebringen und so die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie deren Durchführung aufgeschlossen gegenübersteht. Es werden dies der Ankauf von Filmen und eine Plakataktion über den Alkoholmißbrauch sowie die Herstellung eines Erste-Hilfe-Filmes sein.

Ein wichtiges Erfordernis für die Maßnahmen der Krebsbekämpfung stellt eine entsprechende Statistik dar. Die in Österreich eingeführte Krebsmeldung erfolgt nach wie vor auf freiwilliger Basis und konnte daher bisher nur einen ungenügenden Erfassungsgrad erzielen. Bis zum Inkrafttreten eines Krebsmeldegesetzes müssen jedoch die statistischen Arbeiten in der bisherigen Form fortgesetzt werden. Der Aufwand hiefür wird ungefähr 200.000 Schilling betragen.

Neben diesen Aufwendungen beinhaltet der Ansatz 1/15318 noch die Erfordernisse für eine entsprechende Fortbildung von Ärzten und Sanitätspersonal, für die medizinischen Veröffentlichungen, für die Ausgaben für den Obersten Sanitätsrat, die Strahlenschutzkommission, die Balneologische Kommission, den Lebensmittelbeirat, den Alkoholbeirat, für die Ersätze an nichtbundesstaatliche Untersuchungsanstalten sowie für die Herausgabe des Österreichischen und Europäischen Lebensmittelbuches. Zum Aufwand für das Europäische Lebensmittelbuch wäre noch zu bemerken, daß im Hinblick darauf, daß Österreich im Jahre 1968 noch den Koordinatorposten der europäischen Region des Codex Alimentarius innehat, wieder eine Tagung des Koordinationskomitees in Wien stattfinden wird.

Ansatz 1/1532 Überwachung der Radioaktivität

In den vergangenen Jahren wurden für das österreichische Überwachungsnetz für Umweltradioaktivität Apparaturen für die Meßstellen in Wien, Graz, Linz, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz angeschafft. Da sich jedoch in Salzburg nur ein den heutigen Anforderungen der Meßtechnik nicht mehr entsprechendes Gerät befindet und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung die Sorge für die Funktionsfähigkeit des österreichischen Überwachungsnetzes obliegt, mußten für das Jahr 1968 die entsprechenden Mittel für die Errichtung eines modernen Meßplatzes in Salzburg vorgesehen werden. Außerdem wurde für die Anschaffung von Zählrohren und Filterpapier sowie die Instandhaltung der bestehenden und durch ihre hohe Empfindlichkeit sehr reparaturanfälligen Geräte Vorsorge getroffen.

Ansatz 1/1533 Zivilschutz

Die Mittel für den gesamten Zivilschutz sind beim Ansatz 1/1111 veranschlagt. Für die Verrechnung des Aufwandes aus den vom Ressort „Soziale Verwaltung" zu treffenden Zivilschutzmaßnahmen wurden jedoch Verrechnungsansätze belassen.

Ansatz 1/1534 Österreichisches Arzneibuch

Neben den für den laufenden Betrieb des Laboratoriums der Arzneibuchkommission benötigten Beträgen mußte für das Jahr 1968 für die weitere apparative und einrichtungsmäßige Ausgestaltung des Laboratoriums Vorsorge getroffen werden.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	10·6	0·0
1967 **)	13·0	0·0
1968 **)	11·9	0·0

Ansatz 1/15406 Schülerausspeisung

Die seit 17 Jahren durchgeführte österreichische Schülerausspeisung wird im Jahre 1968 rund 14·5 Millionen Essensportionen an bedürftige Kinder in Schulen und Heimen — bzw. für einen bis Juni 1968 begrenzten Zeitraum auch in Kindergärten — verabreichen.

Neben den vom Bund beizustellenden Geldmitteln — weitere Beiträge des Milchwirtschaftsfonds (siehe auch die Erläuterungen zum Ansatz 1/15416) werden im Jahre 1968 nicht mehr einfließen — werden beachtliche Zuschüsse der Bundesländer, der teilnehmenden Gemeinden und der Eltern zur Durchführung dieser Aktion dienen.

Ansatz 1/15416 Schulmilchaktion

Die vom Kuratorium des Milchwirtschaftsfonds gemäß dem Beschluß des Ministerrates vom 4. November 1952 bereitgestellten Geldmittel dienen, zweckgebunden, dem Ankauf von Frischmilch im Rahmen der Schülerausspeisung. Bei diesem Ansatz stehen nur mehr Rücklagen aus den Vorjahren zur Verfügung.

Ansatz 1/15426 Sonstige Fürsorgemaßnahmen

Dieser Ansatz umfaßt zum größten Teil Subventionen zur Förderung von Fürsorge- bzw. Betreuungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, insbesondere auf dem Gebiet der Erholungsfürsorge. Ein weiterer Teil dieser Förderungsmittel ist zur Subventionierung von Einrichtungen zugunsten bedürftiger alter oder behinderter Menschen bestimmt, vor allem für die Errichtung und den Betrieb von Heimen und Rehabilitationseinrichtungen.

Die von den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege im ganzen Bundesgebiet geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen leisten eine äußerst wertvolle, vielseitige und umfangreiche Arbeit und stellen eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen dar. Ihre Arbeit muß angesichts der Krisenerscheinungen, die sich im Verhalten der Jugendlichen zeigen, verstärkt werden. Durch zweckmäßigen Einsatz von Subventionsmitteln des Bundes sollen die einzelnen, in der freiwilligen Wohlfahrtspflege tätigen Organisationen in die Lage versetzt werden, Heime und Erholungsstätten für die Jugend neu zu schaffen oder bestehende so auszugestalten, daß sie auch in den kommenden Jahren allen Bedürftigen die Erholung oder Betreuung bieten, die sie benötigen, um tüchtige und wertvolle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu werden.

Im Rahmen dieses Förderungsansatzes werden auch zu den Transportkosten für US-Überschußgüter und zu den UNICEF-Transitfrachtkosten Beiträge gewährt.

Titel 155 Einrichtungen der Arbeitsverwaltung (I)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	160·4	1.121·6	1.282·0	1.065·7
1967 **)	169·5	1.260·3	1.429·8	1.140·5
1968 **)	181·4	1.358·9	1.540·3	1.203·6

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1967 ist im wesentlichen durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der Sachaufwand ist gegenüber dem Voranschlag 1967 um 98·6 Millionen Schilling höher. Diese Erhöhung ist im wesentlichen auf den Mehraufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung 90·3 Millionen Schilling) infolge höherer Durchschnittssätze und einer geringfügig erhöhten Zahl von Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebeziehern sowie der erstmals zu veranschlagenden Kosten für die „Sonderunterstützung/Kohlenbergbau" zurückzuführen. Vor allem wegen der vollen Auswirkung der Erhöhung der Bahn- und Posttarife und der Reisegebühren mußten auch für die Landesarbeitsämter Verwaltungsmehraufwendungen (2·5 Millionen Schilling) veranschlagt werden.

Der Sachaufwand ist auch gegenüber dem Erfolg 1966 um 237·3 Millionen Schilling höher. Von diesen Mehraufwendungen entfällt ebenfalls der größte Teil auf die wesentlich höheren Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung 218·1 Millionen Schilling) und auf die arbeitsmarktpolitischen Förderungsmaßnahmen (13·3 Millionen Schilling).

Die Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen sind wegen der zu erwartenden Steigerung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage infolge höherer Löhne mit 1260 Millionen Schilling, d. i. gegenüber dem Voranschlag 1967 um 50 Millionen Schilling und gegenüber dem Erfolg 1966 um rund 48 Millionen Schilling höher, veranschlagt.

Gesetzliche Grundlagen

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, BGBl. Nr. 199, in der jeweils geltenden Fassung;

Verordnungen über die Arbeitslosenversicherungspflicht von Arbeitern in der Landwirtschaft, BGBl. Nr. 87/1953 und 99/1957;

Verordnungen über die Arbeitslosenversicherungspflicht weiblicher Hausgehilfen, BGBl. Nr. 233/1949 und 135/1956;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung an im Kohlenbergbau beschäftigte Personen im Falle ihrer Arbeitslosigkeit, BGBl. Nr. 117/1967 und 262/1967.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/1550 Landesarbeitsämter

Die Durchführung sämtlicher Agenden der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitslosenversicherung einschließlich des Karenzurlaubsgeldes und der Sonderunterstützung für im Kohlenbergbau beschäftigte Personen im Falle ihrer Arbeitslosigkeit sowie aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, der Arbeitsmarktbeobachtung und der Schlechtwetterentschädigung obliegt 9 Landesarbeitsämtern, 98 Arbeitsämtern und 28 Arbeitsamtszweigstellen mit einem Personalstand von 2933 Bediensteten.

Diese Dienstbehörden und Dienststellen verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt:

Bundesland	Landesarbeitsämter	Arbeitsämter	Arbeitsamtszweigstellen
Burgenland	1	6	1
Kärnten	1	8	—
Niederösterreich	1	26	11
Oberösterreich	1	14	5
Salzburg	1	5	1
Steiermark	1	15	8
Tirol	1	8	1
Vorarlberg	1	4	1
Wien	1	12	—
Summe	9	98	28

Die Erhöhung des Verwaltungsaufwandes ist vor allem auf die erheblichen Preissteigerungen, im besonderen für Dienstleistungen (Reinigungsanstalten) und auf die volle Auswirkung der erhöhten Post- und Bahntarife sowie auf die erhöhten Reisegebühren zurückzuführen. Eine weitere Belastung des Verwaltungsaufwandes ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Arbeitsqualität des Personals durch eingehende Schulung zu verbessern.

Ansatz 1/1551 Produktive Arbeitslosenfürsorge

Die Mittel für die Produktive Arbeitslosenfürsorge (PAF) sind im Hinblick auf die allgemeine Konjunkturabflachung, sich bereits zeigende strukturelle Schwächen und regionale Schwierigkeiten der Wirtschaft erforderlich, um einer sonst auftretenden größeren Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können.

Der im Eventualvoranschlag vorgesehene Betrag von 15 Millionen Schilling ist für finanzielle Beihilfen zur Verbesserung der lokalen Infrastruktur und für sonstige Maßnahmen im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bestimmt.

Ansatz 1/1552 Berufsbildende und Schulungsmaßnahmen

Die Erhöhung ist vor allem darin begründet, daß unter Berücksichtigung der im Gang befindlichen allgemeinen Strukturveränderungen es notwendig sein wird, Nach- und Umschulungsmaßnahmen in erhöhtem Maße durchzuführen, um die Mobilität der Arbeitskräfte zu verbessern und die Anpassung an die gegebenen neuen Arbeitsbedingungen zu erleichtern. Darüber hinaus ist es im Hinblick auf die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung erforderlich, die Beihilfensätze entsprechend zu erhöhen und den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen.

Die Nachziehung der Einkommenfreigrenzen für Jugendliche aus der Landwirtschaft macht eine Erhöhung der Mittel für Ausbildungsbeihilfen um 3 Millionen Schilling notwendig.

Außerdem sind im Eventualvoranschlag 50 Millionen Schilling vorgesehen. Sie sind im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für den erhöhten Einsatz von Berufsbildenden und Schulungsmaßnahmen zum Zwecke der Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte erforderlich.

Ansatz 1/1553 Sonstige Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme

Die hier veranschlagten Beträge sind für Berufsaufklärung, ärztliche Untersuchungen, Information und Werbung, Maßnahmen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen und Fahrkostenersätze bestimmt.

Durch die im Fluß befindlichen Strukturänderungen kommt der Berufsaufklärung eine erhöhte Bedeutung zu, so daß in vermehrtem Ausmaß berufsaufklärendes Material den Eltern und Schulabgängern zur Verfügung gestellt werden muß.

Auch die Werbung und Information gewinnt in immer stärkerem Ausmaß Bedeutung, da durch die vereinzelt auftretenden Konjunktur- und Strukturschwierigkeiten eine Umschichtung von Arbeitskräften erforderlich wird und einer Fluktuation nur durch entsprechende Information und Werbung der Arbeitsmarktverwaltung entgegengewirkt werden kann. Ferner ist es trotz der teilweisen Konjunkturschwierigkeiten immer noch erforderlich, für bestimmte Wirtschaftszweige Arbeitskraftreserven zu mobilisieren, da der Um- und Nachschulung von seiten der Arbeitskräfte Grenzen gesetzt sind. Vor allem die Werbung für weniger gefragte Berufszweige, besonders für das Dienstleistungsgewerbe, wird nach wie vor erforderlich sein.

Ein weiteres großes Aufgabengebiet der Arbeitsmarktverwaltung sind die Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen. Die Beratung von Interessenten von Betriebsneugründungen sowie die Arbeitsmarktforschung mit der Erfassung der vorhandenen Arbeitskraftreserven sind für die Umstruktuierungsprobleme größerer Regionen und für eine Verhinderung künftiger strukturgefährdeter Räume oder Wirtschaftszweige besonders wichtig.

Für Maßnahmen zur Erleichterung der Betriebsumstellung sind zwecks Vermeidung von Arbeitslosigkeit und damit zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung im Eventualvoranschlag 35 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 1/15547 Sonderunterstützung/Kohlenbergbau

Angenommen wurden 500 Anspruchsberechtigte, die eine monatliche Sonderunterstützung von durchschnittlich 2700 S und zwei Sonderzahlungen erhalten. Der Ansatz beinhaltet auch die Krankenversicherungsbeiträge.

Ansatz 1/15557 Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 48.000 Bezieher von Arbeitslosengeld und 9000 Bezieher von Notstandshilfe. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 14.280 S pro Jahr (1190 S monatlich), die durchschnittliche Notstandshilfe mit 10.080 S pro Jahr (840 S monatlich), jeweils einschließlich der Teuerungszulagen veranschlagt. Der Ansatz für das Karenzurlaubsgeld entspricht einem Durchschnittsbetrag von 8160 S pro Jahr (680 S monatlich) für 30.000 Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt.

Ansatz 1/15567 Krankenversicherung für Unterstützungsbezieher

Für die Krankenversicherung der unterstützten Arbeitslosen wurden rund 7·3 v. H. des doppelten Unterstützungsaufwandes (siehe den Ansatz 1/15557) veranschlagt. Der für den 50%igen Ersatz des Aufwandes an Wochengeld für Arbeitslose erforderliche Betrag mußte wegen der zu erwartenden Mehranforderungen der Krankenversicherungsträger erhöht werden.

Ansatz 1/15578 Kurzarbeiterunterstützung

Der veranschlagte Betrag entspricht einer Kurzarbeiterunterstützung bei einem Ausfall von etwa 10 Arbeitsstunden pro Woche für rund 1400 Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt.

Ansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rund 1·1 v. H. der mit 1260 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (siehe Ansatz 2/15580).

Ansatz 1/15598 Kostenersatz an die Gemeinden

Der Ansatz berücksichtigt die Kosten des Verwaltungsmehraufwandes, der Gemeinden für ihre Mitwirkung bei der Durchführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gemäß § 55 AlVG. 1958 vergütet wird.

Ansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag beträgt 2 v. H. der für die Krankenversicherung geltenden Beitragsgrundlage, wobei diese nur bis zu einem Höchstbetrag von 100 S kalendertäglich (3000 S monatlich) zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden 1,875.000

für den Fall der Arbeitslosigkeit Versicherte mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 2815 S monatlich zugrunde gelegt.

Die Verrechnung erfolgt wie nachstehend aufgezeigt:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (brutto)	1.212·1	1.210·0	1.260·0
2/15590 ab: Überweisung an den Reservefonds nach dem AlVG . .	146·9	70·0	56·9
verbleiben .	1.065·2	1.140·0	1.203·1

Titel 156 Einrichtungen der Arbeitsverwaltung (II)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	122·5	128·5
1967 **)	142·1 [8])	132·1
1968 **)	147·9	140·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1967 ist durch die Lohnentwicklung im Baugewerbe bedingt; der größere Unterschied gegenüber dem Erfolg 1966 ist im wesentlichen auf den in diesem Jahr geringeren Aufwand an Schlechtwetterentschädigung infolge günstiger Witterungsverhältnisse zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, in der Fassung der Gesetze BGBl. Nr. 284/1963 und 314/1964;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 22/1964;

Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 146/1948;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 76/1957, in der derzeit geltenden Fassung;

Wohnungsbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 229/1951, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 320/1961.

Im einzelnen ist zu bemerken:

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[8]) Der gemäß § 12 Abs. 1 des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes 1957 vom Bund vorschußweise bestrittene Aufwand des Jahres 1962 steht noch mit einem Betrag von 14·2 Millionen Schilling zur Refundierung offen.

[9]) (frei)

Ansatz 1/1560, 1/1561 und 2/1560 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Veranschlagt ist der Aufwand an Schlechtwetterentschädigung zuzüglich eines Pauschalbetrages als Abgeltung für die während der Zeit des Arbeitsausfalles von den Dienstgebern geleisteten Sozialabgaben. Der Ansatz beinhaltet auch den Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung für die Einhebung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages. Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt derzeit 1·2 v. H. des Arbeitsverdienstes, wobei dieser jedoch nur bis zu der im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz in der Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage (§ 45 Abs. 1 lit. b ASVG.) zu berücksichtigen ist. Die im Jahre 1968 aus dem Schlechtwetterentschädigungsbeitrag zu erwartenden Einnahmen können mit rund 95 Millionen Schilling angenommen werden.

Ansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Ansatz 1/15637 Ärztliche Untersuchung in Beschäftigung stehender Jugendlicher

Der Ansatz dient zur Deckung der vom Bund zu tragenden Kosten der ärztlichen Untersuchung Jugendlicher, die nach § 25 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 146/1948, und § 7 Abs. 2 des Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetzes, BGBl. Nr. 235/1962, durchzuführen sind.

Das Mehrerfordernis gegenüber dem Erfolg 1966 ist durch die höheren Untersuchungskosten bedingt.

Ansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Ansatz 1/15657 Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz

Hier ist der Aufwand an Wohnungsbeihilfen für Arbeitslose während des Bezuges von Arbeitslosengeld, während der Wartezeit und während des Bezuges von Notstandshilfe sowie für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld veranschlagt.

Die Unterschiede zwischen dem Erfolg 1966 und den veranschlagten Ausgaben in den Jahren 1967 und 1968 stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zahl der Unterstützungsbezieher in diesen Jahren.

Ansatz 1/15747 Berufliche Ausbildung

Davon:

Ansatz 1/15667 Kostenersatz für die Einhebung des Sonderbeitrages

Der Ansatz sieht den anteilmäßigen Kostenersatz an die Krankenversicherungsträger für die Einhebung des auf die Arbeitslosenversicherung entfallenden Anteiles von 45 Millionen Schilling an dem besonderen Beitrag gemäß § 12 des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen, BGBl. Nr. 229/1951, vor (siehe auch die Erläuterungen zum Ansatz 1/163).

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsopferversorgung

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	58·0	1.840·0	1.898·0	7·5
1967 **)	63·0	1.926·1	1.989·1	7·8
1968 **)	67·4	2.098·6	2.166·0	7·7

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1967 ist im wesentlichen durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der Verwaltungsaufwand der Landesinvalidenämter ist dem voraussichtlich höheren Bedarf angepaßt worden. Das Mehrerfordernis bei den Anlagen der Bundesstaatlichen Prothesenwerkstätten berücksichtigt notwendige Anschaffungen, während das Mehrerfordernis bei den Aufwandskrediten der Landesinvalidenämter den steigenden Kosten der ärztlichen Begutachtung und der zu erwartenden steigenden Zahl der Berufungen infolge der Auswirkungen der letzten Novelle zum KOVG. 1957 und bei den Aufwandskrediten der Prothesenwerkstätten den ständig steigenden Preisen, insbesondere durch die fortschreitende technische Entwicklung auf dem Gebiete der Prothetik, sowie der vermehrten Auslieferung von bioelektrischen Fremdkraftprothesen Rechnung trägt.

Die Ansätze für berufliche Ausbildung, orthopädische Versorgung, die Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen und den Aufwand aus der Durchführung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über die Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter mußten gleichfalls dem voraussichtlich höheren Bedarf angepaßt werden.

Das Mehrerfordernis bei den Versorgungsgebühren berücksichtigt die Auswirkungen der Novelle zum KOVG. 1957 vom 30. Juni 1967, BGBl. Nr. 258, insofern, als für die Einführung einer Schwerstbeschädigtenzulage und einer Hilflosenzulage, für die Erhöhung der Zusatzrenten für Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 bis 60 v. H., die Gleichziehung der Zusatzrenten für Witwen, die Verlängerung der Zahlung der Kinderzulagen und Waisenbezüge bei Studium um ein Jahr, die Regelung des land- und forstwirtschaftlichen Einkommens und für die jährliche Anpassung (Rentendynamik) aller Leistungen um 6·4 v. H. für 1968 vorgesorgt werden mußte.

Gesetzliche Grundlagen

Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG.) 1957, BGBl. Nr. 152, in seiner gegenwärtigen Fassung; [10])

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964.

Ämter, Anstalten und Werkstätten

Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, Kriegsinvalidenhaus in Wien, Bundesstaatliche Prothesenwerkstätte in Wien;
Landesinvalidenamt für Oberösterreich in Linz, Bundesstaatliche Prothesenwerkstätte in Linz;
Landesinvalidenamt für Salzburg in Salzburg;
Landesinvalidenamt für Steiermark in Graz;
Landesinvalidenamt für Kärnten in Klagenfurt;
Landesinvalidenamt für Tirol in Innsbruck;
Landesinvalidenamt für Vorarlberg in Bregenz.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/1570 Landesinvalidenämter

Dieser Ansatz umfaßt die Veranschlagung des Personal- und Verwaltungsaufwandes, der Aufwandskredite und der Ausgaben für Anlagen aller Landesinvalidenämter.

Ansatz 1/1571 Kriegsinvalidenhaus Wien

Für den Voranschlag 1968 wurde ein Stand von durchschnittlich 35 Pfleglingen angenommen.

Ansatz 1/1572 Prothesenwerkstätten

Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten bestehen in Wien und Linz. Beide gliedern sich in je eine Mechaniker- und Bandagistenwerkstätte. Der Linzer Werkstätte ist noch eine kleine Schuhmacherwerkstätte für die Erzeugung orthopädischer Schuhe angeschlossen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[10]) Novelliert gemäß BGBl. Nr. 172 und 261/1957, 289/1959, 319/1961, 218/1962, 256 und 282/1963, 202 und 305/1964, 83/1965, 7, 258 und 272/1967.
[11]) (frei)

Ansatz 1573/1579 Landesinvalidenämter (Zweckaufwand)

Ansatz 1/15737 Heilfürsorge

Hier ist für die notwendige Behandlung in Krankenanstalten, Heilstätten und ähnlichen Einrichtungen, für Badekuren in verschiedenen Heilbädern Österreichs, ferner für ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Beistellung von Heilmitteln und Heilbehelfen finanziell vorgesorgt.

Ansatz 1/15747 Berufliche Ausbildung

Nach den bisherigen Erfahrungen kann für 1968 mit durchschnittlich 24 Umschulungsfällen im Monat und einem monatlichen Durchschnittsaufwand von 3000 Schilling je Umschulungsfall (Rentenaufwand, Ausgaben für Krankenversicherung der Umschüler, Ausbildungskosten und Kosten für Lehrbehelfe) gerechnet werden.

Ansatz 1/1575 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit oder die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 90 v. H. und 100 v. H. haben Anspruch auf orthopädische Versorgung auch für Körperschäden, die mit der Dienstbeschädigung in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen. Unter bestimmten Voraussetzungen haben auch Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 v. H. bis 80 v. H. Anspruch auf orthopädische Versorgung.

Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Der beim Ansatz 1/15756 veranschlagte Betrag ist für die Förderung der Entwicklung von Fremdkraftprothesen bestimmt.

Ansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Von dem mit 1.996·535 [12]) Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

846·667 Mill. S auf Rentengebühren für Beschädigte,
1.135·193 Mill. S auf Rentengebühren für Hinterbliebene,
8·300 Mill. S auf Sterbegeld,
6·300 Mill. S auf Abfertigung von Witwenrenten,
0·050 Mill. S auf Abfertigung beziehungsweise Umwandlung von Renten zur Existenzgründung,
0·025 Mill. S. auf Hilfeleistungen an Spätheimkehrer.

Übersicht über den Stand der Versorgungsgebührenempfänger:

Versorgungsgebührenempfänger	Stand 30. Juni 1965	30. Juni 1966	30. Juni 1967
Insgesamt	313.663	305.153	298·805
Davon:			
Kriegsbeschädigte .	144.253	140.561	137.517
Witwen	105.646	103.920	102.555
Waisen	8.719	7.500	6.663
Eltern	55.045	53.172	52.070

Ansatz 1/15777 Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen

Die Zahl der krankenversicherten Kriegshinterbliebenen hat betragen:

	Stand 30. Juni 1965	30. Juni 1966	30. Juni 1967
Hauptversicherte	46.994	35.257	31.243
Zusatzversicherte	4.719	2.204	1.617
Summe .	51.713	37.461	32.860

§ 73 KOVG. 1957 in der derzeit geltenden Fassung sieht einen monatlichen Versicherungsbeitrag von 54 S für Hauptversicherte und von 11 S für Zusatzversicherte vor. Der Bund hat von dem Beitrag für Hauptversicherte 36 S sowie den gesamten Beitrag für Zusatzversicherte zu tragen.

Das starke Absinken der Zahl der Versicherten im Jahre 1966 ist auf die Auswirkungen des Bauern-Krankenversicherungsgesetzes zurückzuführen.

Durch die Auswirkungen der letzten Bauern-Krankenversicherungsgesetz-Novelle werden schätzungsweise 9000 Hauptversicherte und 2000 Zusatzversicherte wieder in die Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen zurückgeführt werden. Der dadurch entstehende Mehraufwand ist berücksichtigt worden.

Ansatz 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des am 1. September 1964 in Kraft getretenen Gegenseitigkeitsvertrages, BGBl. Nr. 218/1964, betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung und berufliche Ausbildung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 1,960.000 S veranschlagt; für den Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in Deutschland wurde mit 800.000 S vorgesorgt.

[12]) Hievon 37·5 Millionen Schilling für 12.740 Kinderbeihilfen und Ergänzungsbeträge zur Kinderbeihilfe sowie 4·8 Millionen Schilling für 3130 Mütterbeihilfen.

Ansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Nach Artikel 11 des Gegenseitigkeitsvertrages erstatten die Vertragsstaaten einander den Aufwand, der sich aus der Durchführung des Vertrages ergibt. Für 1968 wurde ein Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland an Österreich in der Höhe von 1,140.000 S angenommen.

Ansatz 1/1579 Fürsorge

Der beim Ansatz 1/15796 vorgesehene Kredit dient zur Gewährung von Sonderfürsorgeleistungen in Notstandsfällen. Es handelt sich um freiwillige Förderungsbeiträge.

Die beim Ansatz 1/15798 veranschlagten Entschädigungen an die Österreichischen Bundesbahnen für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen an Kriegsbeschädigte [13]) sind Pflichtleistungen. Nach den Meldungen der Landesinvalidenämter wurden im Jahre 1966 ausgegeben:

6.064 Fahrtausweise für Beschädigte o h n e Begleitperson und

1.995 Fahrtausweise für Beschädigte m i t Begleitperson.

Der Veranschlagung für 1968 liegen 6200 einfache Fahrtausweise (zu 90 S; hievon Bundesbeitrag 46 S) und 2100 Fahrtausweise für Beschädigte mit Begleitperson (zu 160 S; hievon Bundesbeitrag 116 S) zugrunde.

Dem Aufwand von 900.000 S stehen Einnahmen (Beiträge der Kriegsbeschädigten) in der Höhe von 382.000 S gegenüber.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Invalideneinstellungsgesetzes 1953, BGBl. Nr. 21, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 55/1958.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Invalideneinstellungsgesetz 1953 und dem Opferfürsorgegesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgnissen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge der nach dem Invalideneinstellungsgesetz begünstigten Personen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Invaliden sowie für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz versorgungsberechtigten Personen und deren Kinder zu verwenden.

Der Ausgleichstaxfonds wird vom Bundesministerium für soziale Verwaltung unter Mitwirkung eines Beirates verwaltet, in dem außer den organisierten Kriegsbeschädigten und den sonstigen begünstigten Personen auch die gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer und Dienstgeber vertreten sind. Die nähere Zusammensetzung des Beirates wird durch Verordnung bestimmt.

Dem Fonds fließen keine Mittel aus dem Bundeshaushalt zu.

Kriegsopferfonds

Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960.

Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Personen, die als Beschädigte oder Witwen einen Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz haben.

Der Kriegsopferfonds ist eine juristische Person und wird vom Bundesministerium für soziale Verwaltung verwaltet. Dieses hat vor seinen Verfügungen in Angelegenheiten des Fonds einen Beirat anzuhören.

Die Mittel des Fonds sind zur Gewährung zinsenfreier Darlehen an Beschädigte oder Witwen, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, zu verwenden.

Dem Fonds fließen keine Mittel aus dem Bundeshaushalt zu.

Titel 158 Landesinvalidenämter; Heeresversorgung

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	6·4	0·0
1967 **)	6·7	0·0
1968 **)	7·7	0·0

Gesetzliche Grundlage

Heeresversorgungsgesetz — HVG., BGBl. Nr. 27/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 306/1964, 84 und 336/1965, 9/1967, 260/1967 und 273/1967.

Aufwertungsfaktoren, Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage, BGBl. Nr. 232/1966.

Ansatz 1/15807 Heilfürsorge

Hier wird für die notwendige Behandlung in Krankenanstalten, Heilstätten und ähnlichen Einrichtungen, für Badekuren in verschiedenen Heilbädern Österreichs, ferner für ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Beistellung von Heilmitteln und Heilbehelfen finanziell vorgesorgt.

Ansatz 1/15817 Berufliche Ausbildung

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschä-

[13]) Siehe Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 7. März 1951, Zl. IV-29.170-15/1951.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

digten in das Erwerbsleben, wenn die Maßnahmen der Heilfürsorge und der orthopädischen Versorgung zur Erreichung dieses Zweckes nicht genügen.

Ansatz 1/15827 Orthopädische Versorgung

Bei diesem Ansatz sind die Kosten der Ausstattung der Beschädigten mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln, deren Wiederherstellung und Erneuerung veranschlagt. Die orthopädische Versorgung dient zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der durch Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit, zur Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung.

Ansatz 1/15837 Versorgungsgebühren

Von dem mit 6·471 [14]) Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen
5·830 Mill. S auf Rentengebühren für Beschädigte,
0·370 Mill. S auf Rentengebühren für Hinterbliebene,
0·021 Mill. S auf Sterbegeld,
0·200 Mill. S auf Abfertigung von Witwenrenten,
0·050 Mill. S auf Rentenumwandlung.

Mit 30. Juni 1967 wurden 399 Personen (365 Beschädigte, 6 Witwen, 15 Waisen und 13 Eltern) nach dem HVG. versorgt.

Ansatz 1/15847 Krankenversicherung der Hinterbliebenen

Gemäß § 51 Abs. 1 HVG. erhalten die Versicherten für ihre Person die Mindestleistung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Gemäß § 51 Abs. 2 HVG. werden Mehrleistungen für Heilbehelfe, soweit diese über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen, ferner für künstlichen Zahnersatz, für Hilfsmittel gegen Verunstaltung gewährt sowie die Verpflegskosten bei längerer Anstaltspflege ersetzt. Über die Anträge wird bescheidmäßig im Instanzenzuge entschieden.

Ansatz 1/1585 Fürsorge

Der beim Ansatz 1/15856 vorgesehene Betrag dient zur Gewährung von Sonderfürsorgeleistungen in Notstandsfällen. Es handelt sich um freiwillige Förderungsbeiträge.

Die beim Ansatz 1/15858 veranschlagten Entschädigungen an die Österreichischen Bundesbahnen für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen an die Beschädigten sind Pflichtleistungen.

[14]) Hievon 26.600 S für 10 Kinderbeihilfen und Ergänzungsbeträge zur Kinderbeihilfe sowie 2500 S für 4 Mütterbeihilfen.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen

	Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen
	aufwand		Mill. S	
1966 *).....	53·8	19·6	73·4	24·6
1967 **).....	58·8	22·7	81·5	21·9
1968 **).....	68·0	25·5	93·5	24·3

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1967 ist im wesentlichen durch Bezugserhöhungen bedingt.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist vorwiegend auf die steigenden Verwaltungs- bzw. Betriebskosten zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen [15])

Kollektivvertragsgesetz, BGBl. Nr. 76/1947, in der derzeit geltenden Fassung;

Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961;

Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 135/1954;

Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 176/1960;

Arbeitsinspektionsgesetz 1956, BGBl. Nr. 147;

Hebammengesetz 1963, BGBl. Nr. 3/1964;

Bundesgesetz, betreffend die Führung einer Bundesstaatlichen Krankenanstalt für Neurochirurgie in Bad Ischl, BGBl. Nr. 304/1960.

Ansatz 1/1590 Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen

Organisation

Anzahl der Ämter:

14 Einigungsämter, und zwar 1 in Wien, 5 in Niederösterreich, 2 in Steiermark und je 1 in den übrigen Bundesländern;

5 Heimarbeitskommissionen, und zwar 4 in Wien und 1 in Vorarlberg.

Gebarung

Hinsichtlich der Einigungsämter sind veranschlagt: die Aufwandsentschädigungen für die Vorsitzenden, deren Stellvertreter und die Kanzleibediensteten; die Entschädigungen der Mitglieder und Ersatzmänner sowie der Sachverständigen, ferner noch andere sachliche Verwaltungsaufwendungen.

Die Kanzleigeschäfte der Einigungsämter werden von den Kanzleien der am gleichen Ort befindlichen Arbeitsgerichte besorgt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[15]) Siehe auch Fußnote [7]) auf Seite 120.

Der Aufwand für die Heimarbeitskommissionen besteht aus persönlichen und sachlichen Verwaltungsausgaben in annähernd gleicher Höhe wie in den Vorjahren.

Ansatz 1/1592 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 147, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Dienstnehmer (Lehrlinge) wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, und zwar: 8 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich, während das Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten hinsichtlich der Ingenieurbauten das gesamte Gebiet von Niederösterreich zu betreuen hat) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt.

Förderungsausgaben

Der Ansatz für Förderungsausgaben dient vor allem der Förderung von Untersuchungen der durch die fortschreitende technische Entwicklung auftretenden neuen Probleme des Dienstnehmerschutzes auf technischem, arbeitsmedizinischem und arbeitsphysiologischem Gebiet sowie sonstiger einschlägiger Maßnahmen im Interesse des Dienstnehmerschutzes.

Ansatz 1/1593 Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten

Dieser Ansatz umfaßt die Veranschlagung des Personal- und Sachaufwandes für die bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck, die Lebensmitteluntersuchungsanstalten in Wien, Linz, Graz und Innsbruck und 5 weitere Untersuchungsanstalten in Wien.

Dazu ist zu bemerken, daß auch für das Jahr 1968 bei den Untersuchungsanstalten der bundesstaatlichen Sanitätsverwaltung wieder jene apparative Ausrüstung berücksichtigt werden mußte, die erforderlich ist, um die Anstalten in die Lage zu versetzen, mit den modernen Untersuchungsmethoden Schritt halten und die immer wieder neu hinzukommenden Aufgaben bewältigen zu können. Außerdem ist es durch den heutigen Stand der Technik und die durch den akuten Personalmangel immer notwendiger werdenden Rationalisierungsmaßnahmen fast unerläßlich geworden, die Anstalten auch mit Geräten auszustatten, die eine solche Rationalisierung möglich machen. So werden im Jahre 1968 zwei bereits durch ihre hohe Reparaturanfälligkeit unwirtschaftlich gewordene Geräte durch neue, moderne Apparate ersetzt werden müssen. Es handelt sich hiebei um das Infrarot-Spektralphotometer an der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen und den Gaschromatographen an der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Graz.

Für die Sanierung der von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien im Gebäude Kinderspitalgasse 15 benützten Räume und der damit zusammenhängenden ersten Etappe der Einrichtung mußte ebenfalls Vorsorge getroffen werden. Diese Vorsorge für das Jahr 1968 erscheint umso notwendiger, als in diesem Jahr die baulichen Veränderungen für die Neugestaltung des Hygieneinstitutes der Universität Wien vorgenommen werden sollen und es daher absolut unwirtschaftlich wäre, nicht auch gleichzeitig die im gleichen Gebäude von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien benützten Räume instandzusetzen und mit den Labormöbeln zu versehen.

Zu den für den laufenden Betrieb der eingangs genannten 15 Anstalten vorgesehenen Mitteln wird noch bemerkt, daß die Intensivierung der Untersuchungstätigkeit und die Bewältigung neuer Aufgaben sowie der Fortschritt der Wissenschaft mit seinen ständig neuen Untersuchungsmethoden auch höhere Betriebskosten erfordert.

Ansatz 1/1594 Bundeshebammenlehranstalten

Der Bund unterhält derzeit je eine Hebammenlehranstalt in Graz und Innsbruck in Verbindung mit der Universitätsklinik, eine Anstalt in Wien in Verbindung mit der Semmelweis-Frauenklinik sowie je eine Anstalt in Linz, Salzburg und Klagenfurt in Verbindung mit den in diesen Landeshauptstädten befindlichen Landeskrankenhäusern.

Die veranschlagten Kredite sind einerseits zur Ergänzung der Lehrmittel und zur besseren Ausstattung der Internatsräume und anderseits zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes, zur Durchführung von Wiederholungskursen für praktizierende Hebammen sowie für die Anschaffung von Hebammentagebüchern und Geburtsausweisen bestimmt.

Für den Ersatz der Portospesen für die durch die Hebammen gemäß § 1 Abs. 6 des Hebammengesetzes zu erstattenden Geburtsanzeigen wurde ein Betrag von 60.000 Schilling und für die gemäß § 11 Abs. 5 des Hebammengesetzes zu leistende Entschädigung für den entstehenden Ausfall an Berufseinkommen für die an den Fortbildungskursen teilnehmenden Hebammen ein Betrag von 70.000 Schilling vorgesehen.

Ansatz 1/1595 Krankenanstalt Bad Ischl

Bei diesem Ansatz wurden der Personal- und Sachaufwand für die Bundesstaatliche öffentliche Krankenanstalt für Neurochirurgie in Bad Ischl veranschlagt.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Gesamtgebarung

Die Gesamtgebarung des Kapitels 16 zeigt für die Jahre 1966 (Erfolg), 1967 und 1968 (Voranschlag) folgendes Bild:

Ausgaben:	7.012·3,	8.066·2,	8.494·7
			Millionen Schilling
Einnahmen:	353·5,	346·1,	350·1
			Millionen Schilling

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1968 gegenüber den Vorjahren ist neben der natürlichen Zunahme der Pensionslast im wesentlichen auf die Pensionsanpassung durch das Pensionsanpassungsgesetz und auf den ab 1968 wirksam werdenden höheren Bundesbeitrag zur Bauernkrankenversicherung zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG.), BGBl. Nr. 189/1955, in der derzeit geltenden Fassung (20. Novelle), BGBl. Nr. 201/1967;

Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz (GSPVG.), BGBl. Nr. 292/1957, in der derzeit geltenden Fassung (16. Novelle), BGBl. Nr. 68/1967;

Gewerbliches Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz (GSKVG.), BGBl. Nr. 167/1966;

Landwirtschaftliches Zuschußrentenversicherungsgesetz (LZVG.), BGBl. Nr. 293/1957, in der derzeit geltenden Fassung (10. Novelle), BGBl. Nr. 69/1967;

Pensionsanpassungsgesetz (PAG.), BGBl. Nr. 96/1965 (für 1968 Richtzahl und Anpassungsfaktor je 1·064 gemäß BGBl. Nr. 174 und 210/1967);

Bundesgesetz betreffend Erhöhung von Richtsätzen für die Gewährung von Ausgleichszulagen, BGBl. Nr. 5/1967;

Finanzausgleichsgesetz 1967 (FAG. 1967), BGBl. Nr. 2;

Bauern-Krankenversicherungsgesetz (B.-KVG.), BGBl. Nr. 219/1965, in der derzeit geltenden Fassung, BGBl. Nr. 256/1967;

Wohnungsbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 229/1951, in der derzeit geltenden Fassung, BGBl. Nr. 320/1961;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG.), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung BGBl. Nr. 114/1962;

Außerdem wurde eine geplante Abänderung des Wohnungsbeihilfengesetzes berücksichtigt (siehe Erläuterungen zu Titel 163).

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	5.205·0	25·5
1967 **)	6.061·0	—
1968 **)	6.278·3	—

Unterschiede der Gebarung

Auf Grund des PAG. wird der Bundesbeitrag sowohl nach dem ASVG. als auch nach dem GSPVG. mit einem Hundertsatz des Gesamtaufwandes bestimmt. Dieser Hundertsatz beträgt 25·5 v. H. für das Jahr 1966, 26·5 v. H. für das Jahr 1967 und 27·5 v. H. für das Jahr 1968. Die Erhöhung des Bundesbeitrages nach dem LZVG. im Jahre 1968 gegenüber 1967 ist auf die Erhöhung der Versichertenbeiträge und der Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zurückzuführen.

Bei den im Jahre 1966 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um Rückzahlungen von zuviel erhaltenen Bundesbeitragsvorschüssen durch Pensionsversicherungsträger. Für 1967 und 1968 ist mit solchen Rückzahlungen voraussichtlich nicht zu rechnen.

Aufwand

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG. leistet der Bund nach § 80 Abs. 1 ASVG. für das Jahr 1968 einen Beitrag in der Höhe von 27·5 v. H. der Summe des Aufwandes aller Träger, ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen und die Wohnungsbeihilfen. Von diesem Beitrag des Bundes erhält jeder Träger zunächst nach § 80 Abs. 3 ASVG. einen Betrag in der Höhe des bei ihm ermittelten Fehlbetrages. Fehlbetrag ist jener Betrag, um den 101 v. H. des dem Träger erwachsenden Aufwandes (ausgenommen die Ausgleichszulagen und die Wohnungsbeihilfen) die Einnahmen (ausgenommen den Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen) übersteigen. Der verbleibende Restbetrag an Bundesbeitrag ist nach § 80 Abs. 4 ASVG. auf die einzelnen Träger im Verhältnis ihres Aufwandes (ausgenommen die Ausgleichszulagen und die Wohnungsbeihilfen) aufzuteilen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSPVG. leistet der Bund nach § 27 Abs. 1 GSPVG. für das Jahr 1968 einen Beitrag in der Höhe von 27·5 v. H. des Aufwandes, ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen. Nach

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

§ 27 Abs. 2 GSPVG. hat der Bund vom Aufkommen an Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer jenen Betrag an die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft zu überweisen, um den 101·5 v. H. des Aufwandes (ausgenommen die Ausgleichszulagen) die Einnahmen (einschließlich Bundesbeitrag nach § 27 Abs. 1 GSPVG., jedoch ausgenommen die Ersätze für die Ausgleichszulagen) übersteigen.

Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Bundes enthalten die Ansätze des Titels 160 für die Pensionsversicherung nach dem ASVG. und GSPVG. nur eine teilweise Bevorschussung der gebundenen Rücklage. Die Restbeträge auf den gebührenden Bundesbeitrag 1968 werden die betroffenen Versicherungsträger im Jahre 1969 nach Vorlage der Abrechnungen erhalten.

Zur landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung hat der Bund gemäß § 25 LZVG. für jedes Geschäftsjahr als Beitrag zu leisten:

1. 198 v. H. des erzielten Aufkommens nach dem Bundesgesetz über eine Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960;

2. einen Betrag in der Höhe der Beiträge, die für die Pflichtversicherten nach § 19 und zur Weiterversicherung nach § 24 Abs. 1 LZVG. eingezahlt worden sind.

In den geplanten Novellen zum ASVG. sind insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen:

nur im Jahre 1968 eine Überweisung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt im Betrage von 195 Millionen Schilling an die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und von 5 Millionen Schilling an die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues;

der für 1968 nach § 80 Abs. 1 ASVG. errechnete Bundesbeitrag wird um den Betrag von 200 Millionen Schilling gekürzt;

nur im Jahre 1968 eine Reduktion des Zuschusses zum Ausgleichsfonds von 50 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling; die Ruhensbestimmungen werden in der Form gemildert, daß bestimmte in § 94 ASVG. vorgesehene Grenzbeträge erhöht werden.

In den geplanten Novellen zum GSPVG. und LZVG. soll analog dem ASVG. dieselbe Milderung der Ruhensbestimmungen Platz greifen.

Berechnungsgrundlagen:

Beim Ansatz 1/16007 Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an zuerkannten Pensionen	614.300
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1,273.000
	Mill. S
Aufwand ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	12.138·0
Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	9.411·0
Gesamter Bundesbeitrag für 1968	3.297·5
Davon Bevorschussung im Jahre 1968	3.010·1

Beim Ansatz 1/16017 Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an zuerkannten Pensionen	92.800
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	64.000
	Mill. S
Aufwand ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	1.340·0
Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	370·0
Gesamter Bundesbeitrag für 1968	1.033·0
Davon Bevorschussung im Jahre 1968	1.001·2

Beim Ansatz 1/16027 Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an zuerkannten Pensionen	15.150
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	21.500
	Mill. S
Aufwand ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	285·0
Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	167·5
Gesamter Bundesbeitrag für 1968	130·8
Davon Bevorschussung im Jahre 1968	124·1

Beim Ansatz 1/16037 Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an zuerkannten Pensionen	216.800
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	683.000
	Mill. S
Aufwand ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	674·2
Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	6.393·0
Gesamter Bundesbeitrag für 1968	6.750·0
Davon Bevorschussung im Jahre 1968	514·4

Beim Ansatz 1/16047 Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an zuerkannten Pensionen	30.600
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	23.500
	Mill. S
Aufwand ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	811·0
Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	320·5
Gesamter Bundesbeitrag für 1968	528·6
Davon Bevorschussung im Jahre 1968	509·4

Beim Ansatz 1/16057 Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an zuerkannten Pensionen	97.900
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	205.000
	Mill. S
Aufwand ohne Ausgleichszulagen	1.371·0
Bundesbeitrag	377·0

Beim Ansatz 1/16067 Überweisung gemäß § 27 (2) GSPVG.

	Mill. S
101·5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen	1.391·6
ab: Einnahmen einschließlich Bundesbeitrag nach § 27 Abs. 1 GSPVG., jedoch ohne Ersätze für Ausgleichszulagen	1.104·0
Überweisung vom Aufkommen an Gewerbesteuer für 1968	287·6
Davon Bevorschussung im Jahre 1968	267·6

Beim Ansatz 1/16077 Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsanstalt; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an pflichtversicherten Selbständigen	235.000
Durchschnittlicher Stand an pflichtversicherten Familienangehörigen	40.000
	Mill. S
Bundesbeitrag (198 v. H. des Aufkommens an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 100 v. H. der für die Versicherten eingegangenen Beiträge)	474·5

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

	Sachaufwand Mill. S
1966 *)	1.360·7
1967 **)	1.440·3
1968 **)	1.561·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1968 gegenüber den Vorjahren ist vor allem auf die Richtsatzerhöhungen, zum Teil auch auf die Zunahme der Zahl der Ausgleichszulagenempfänger zurückzuführen. Bei der Ermittlung der Ansätze wurde auch auf eine beabsichtigte Änderung der Refundierungsmodalitäten Bedacht genommen.

Aufwand

Auf Grund des Artikels I des Finanzausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 2, übernimmt der Bund die Kostentragung der im § 299 Abs. 1 ASVG. und § 97 Abs. 1 GSPVG. vorgesehenen Verpflichtung der Länder zum Ersatz des Aufwandes an Ausgleichszulagen.

Nach den Bestimmungen des PAG. und des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1966, BGBl. Nr. 5/1967, beträgt der Richtsatz ab 1. Jänner 1968:

	Schilling
a) für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	1.136
b) für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer)pension	1.136
c) für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
1. bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	425
falls beide Elternteile verstorben sind	639
2. nach Vollendung des 24. Lebensjahres	754
falls beide Elternteile verstorben sind	1.136

Der Richtsatz nach lit. a erhöht sich für die Ehegattin (den erwerbsunfähigen Ehegatten) um 442 S und für jedes Kind um 123 S.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

	Sachaufwand Mill. S.
1966 *)	186·4
1967 **)	280·0
1968 **)	390·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1968 gegenüber den Vorjahren ist vor allem auf die unterschiedlichen Bestimmungen des Bundesbeitrages zur Bauernkrankenversicherung zurückzuführen.

Aufwand

Auf Grund des § 168 ASVG. hat der Bund den Trägern der Krankenversicherung 50 v. H. des Aufwandes an Wochengeld zu ersetzen.

Nach § 18 Abs. 2 B.-KVG. hat der Bund für das Jahr 1968 einen Beitrag in der Höhe der Summe der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 17 zu leisten.

Gemäß § 447 a Abs. 3 ASVG. in der geplanten Sonderfassung für das Jahr 1968 beträgt der Beitrag des Bundes zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger 10 Millionen Schilling.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Berechnungsgrundlagen:

Beim Ansatz 1/16207 Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld

Die Berechnung des Aufwandes erfolgte auf Grund der bisherigen Abrechnungen unter Berücksichtigung der steigenden Tendenz. Für das Jahr 1968 wurde dieser Aufwand mit 140·0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim Ansatz 1/16217 Zuschuß nach dem Bauern-Krankenversicherungsgesetz

Der Bundesbeitrag ist gleich der Summe der in diesem Geschäftsjahr eingehenden Versicherungsbeiträge nach § 17 B.-KVG. (260 Millionen Schilling; davon Bevorschussung im Jahre 1968 240 Millionen Schilling).

Titel 163 Bundesministerium; Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz bzw. Sonderbeitrag/Wohnungsbeihilfengesetz

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	259·3	327·9
1967 **)	283·5	346·0
1968 **)	264·0	350·0

Unterschiede der Gebarung

Die Verringerung der Ausgaben 1968 gegenüber dem Jahre 1967 ist dadurch bedingt, daß im Jahre 1967 ein Abrechnungsrest des Jahres 1966 zu veranschlagen war.

Die Erhöhung der auf die Sozialversicherungsträger entfallenden Anteile an den Eingängen nach § 12 Abs. 1 Wohnungsbeihilfengesetz im Jahre 1968 gegenüber den Vorjahren ist auf die durch die Wirtschaftsentwicklung bedingte Steigerung der Beitragsgrundlagen zurückzuführen.

Aufwand

Nach § 12 Abs. 1 des Wohnungsbeihilfengesetzes haben die Dienstgeber zur Deckung des Aufwandes für die Wohnungsbeihilfen einen Sonderbeitrag von 0·75 v. H. der für die Krankenversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage, höchstens jedoch von 2400 S monatlich, zu leisten. Nach § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes erhalten die Träger der Krankenversicherung zur Abgeltung der Einhebungskosten eine Vergütung von 1 v. H. der abgeführten Beiträge.

Nach der geplanten Abänderung des Wohnungsbeihilfengesetzes sind aus den Eingängen an Sonderbeiträgen (Ansatz 2/16304) den Sozialversicherungsträgern die Aufwendungen für Wohnungsbeihilfen zu ersetzen. Diese Aufwendungen wurden für 1968 mit 260·5 Millionen Schilling veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung bzw. sonstige Rückersätze

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	0·9	0·1
1967 **)	1·5	0·1
1968 **)	1·4	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1968 gegenüber 1966 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Zahl und die Berechnungsgrundlagen der Nachversicherungsfälle gemäß § 531 ASVG. angestiegen sind.

Der Unterschied in den Einnahmen 1968 gegenüber 1966 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Rückflüsse von Vorschüssen auf ausländische Renten wesentlich geringer sein werden.

Ansatz 1/16407 Nachversicherungsbeiträge und Überweisungsbeträge

Gemäß § 531 ASVG., in der derzeit geltenden Fassung, hat der Bund in jenen Fällen, in denen reichsdeutsche Dienststellen als Dienstgeber Nachversicherungsbeiträge und Überweisungsbeträge nach § 308 bzw. 311 ASVG. zu leisten hätten, bis zur zwischenstaatlichen Regelung diese Zahlungen vorschußweise auf Rechnung des Zahlungspflichtigen zu entrichten.

Die Höhe der Belastung des Bundes im Jahre 1968 wurde auf Grund von Erhebungen bei den in Betracht kommenden Sozialversicherungsträgern und öffentlichen Stellen unter Berücksichtigung des bisherigen Aufwandes geschätzt.

Ansatz 1/16417 Vorschüsse auf ausländische Renten

Nach § 18 des ARÜG. können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung nach vorheriger Zustimmung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen gewähren. Der Aufwand an Vorschüssen und der die Versicherungsträger belastende Aufwand für die Krankenversicherung der Vorschußempfänger ist den Versicherungsträgern vom Bund zu ersetzen.

Nach § 21 des ARÜG. sowie den Erlässen II-115.553-11/62 und II-125.403-11/62 können bis zur Gewährung eines Vorschusses nach § 18 bzw. einer Leistung nach dem ARÜG. die Vorschüsse nach der bisherigen Regelung gegen Refundierung aus Bundesmitteln weitergezahlt werden.

Für 1968 wurde mit 11 Vorschußfällen gerechnet; der durchschnittliche Monatsaufwand einschließlich der Nebenkosten wurde mit rund 520 S pro Fall angenommen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 20 Äußeres

Titel 200 Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Einnahmen Summe	
		Mill. S		
1966 *)	21·8	77·0	98·8	8·2
1967 **)	25·0	61·6	86·6	10·7
1968 **)	25·1	92·2	117·3	0·7

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die wesentlichsten Unterschiede ergeben sich bei den nachstehend näher erläuterten Positionen wie folgt:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Internationale Beitragszahlungen	62·6	45·4	61·3
Personalaufwand	21·8	25·0	25·1
Übrige Gebarung	14·4	16·2	30·9
Summe	98·8	86·6	117·3

Die Erhöhung es Personalaufwandes ab 1967 ist auf Bezugserhöhungen zurückzuführen.

Der gegenüber 1966 geringere Sachaufwand im Voranschlag 1967 ist bei den Beitragszahlungen Österreichs zu internationalen Organisationen zu verzeichnen. Die Erhöhung im Sachaufwand des Jahres 1968 ist insbesondere durch erhöhte Beitragszahlungen an internationale Organisationen und die Vorsorge für in Wien stattfindende internationale Konferenzen bedingt.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet. Seine Zuständigkeit richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70.

Einnahmen

Da die Kostenersätze der UNO für das österreichische Zypernkontingent ab 1968 beim Bundesministerium für Inneres bzw. beim Bundesministerium für Landesverteidigung in Einnahme verrechnet werden, vermindern sich die Einnahmen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten um rund 10 Millionen Schilling.

Anlagen

Im Jahre 1968 ist lediglich ein Austausch von zwei Kraftfahrzeugen vorgesehen (1967: drei), wodurch sich gegenüber 1967 ein Mindererfordernis um 0·100 Millionen Schilling ergibt.

Im Eventualvoranschlag ist mit einem Betrag von 300.000 Schilling für notwendige Amtseinrichtungen vorgesorgt.

Stipendienfonds

Der Stipendienfonds der Diplomatischen Akademie, ein Fonds mit Rechtspersönlichkeit, wurde mit stiftungsbehördlicher Genehmigung mit Wirkung vom 17. Dezember 1964 errichtet.

Der Fonds hat ein Stammkapital von 100.000 Schilling und wird durch freiwillige Beiträge öffentlich-rechtlicher Körperschaften und privater Organisationen bzw. Personen dotiert.

Im Jahre 1967 sind ihm an Beiträgen rund 1,000.000 Schilling zugeflossen; das Kuratorium hat für das Studienjahr 1967/68 30 Stipendien an bedürftige und würdige Hörer der Diplomatischen Akademie (mit österreichischer und ausländischer Staatsangehörigkeit) verliehen.

Dies bedeutet für drei Studiensemester eine Belastung von rund 1·1 Millionen Schilling.

Internationale Beitragszahlungen

Der für internationale Beitragszahlungen Österreichs vorgesehene Kredit von 61,335.000 S gliedert sich wie folgt:

	Schilling
Beitrag zur IAEA [1]) (Beitrittsjahr 1958, BGBl. Nr. 23/1958, 1967: 1,351.000 S)	1,550.000
Beitrag zum Budget der UN (Beitrittsjahr 1956, BGBl. Nr. 120/1956, 1967: 14,770.000 S)	17,300.000
Beitrag zum UNDP [2]) (früher UN-Technische Hilfe und Sonderfonds der UN, 1967: 17,431.000 S)	32,000.000
Beiträge für internationale Hilfsmaßnahmen (1967: 260.000 S)	260.000
Beiträge für UN-Sonderaktionen (1967: 4,000.000 S)	5,000.000
Beitrag zum Europarat (Beitrittsjahr 1956, BGBl. Nr. 121/1956, 1967: 4,145.000 S)	4,584.000
Beitrag zur Donaukommission (Beitrittsjahr 1960, BGBl. Nr. 40/1960, 1967: 500.000 S)	500.000
Beitrag zum ständigen Schiedshof (Beitrittsjahr 1913, RGBl. Nr. 177/1913, 1967: 11.000 S)	11.000
Beitrag zum Trustfonds für Südafrika	130.000
Insgesamt	61,335.000

Beitragsquoten

Die Beitragsquote Österreichs zu den Kosten der Vereinten Nationen wurde in der XX. Gene-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[1]) IAEA = International Atomic Energy Agency.
[2]) UNDP = United Nations Development Programme.

ralversammlung vom 21. Dezember 1965 auf Grund des Nationaleinkommens mit 0·53 von Hundert des Gesamtbudgets der Vereinten Nationen festgesetzt, und zwar rückwirkend mit 1. Jänner 1965.

Der Mehrbedarf gegenüber 1967 von 15·934 Millionen Schilling ist vor allem auf die höheren Beiträge zum Budget der UN, zum UNDP, zur IAEA und den erstmaligen Beitrag zum Trustfonds für Südafrika zurückzuführen.

Aufwandskredite

Der Mehraufwand von 8·360 Millionen Schilling ist vor allem durch die Abhaltung von internationalen Konferenzen in Wien bedingt.

Internationales Diplomatenseminar Klesheim

Die Kosten für das Internationale Diplomatenseminar Klesheim werden 1968 erstmals bei einem eigenen Ansatz veranschlagt. Die voraussichtlichen Kosten für diese Veranstaltung werden sich auf 0·450 Millionen Schilling belaufen.

Presse und Information

Bei diesem Ansatz werden 1968 nicht nur die bisher beim Ansatz 1/20008, Post 35 „Dokumentation und Information" verrechneten Kosten (1967: 0·8 Millionen Schilling), sondern auch sämtliche Ausgaben des bisherigen Ansatzes für „Ausgaben für Information und Werbung im Auslande" (1967: 1/20108, Post 30 = 1·8 Millionen Schilling) verrechnet. Der Mehrbedarf von 0·100 Millionen Schilling ist vor allem auf die Notwendigkeit verstärkter Informationsarbeit in der spanischen Welt und im Fernen Osten zurückzuführen.

Titel 201 Vertretungsbehörden

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	128·5	74·0	202·5	2·7
1967 **)	149·4	84·5	233·9	1·9
1968 **)	158·0	96·5	254·5	3·4

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 ist neben der Erhöhung der Inlandsbezüge auf Bezugserhöhungen infolge erhöhter Lebenshaltungskosten im Ausland zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist vor allem auf den Mehrbedarf für Mieten sowie für Übersiedlungen und Reisekosten infolge von Preissteigerungen im Ausland zurückzuführen.

Anlagen

Für 1968 wurden für den Austausch von Personenkraftwagen, für sonstige Kraftfahrzeuge, für sonstige Amtsausstattung und für im Bau befindliche Anlagen insgesamt 18·240 Millionen Schilling präliminiert. Für das Bauvorhaben in Brasilia wurden 2·0 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezugsvorschüsse

Die Bezugsvorschüsse für die im Ausland verwendeten Bediensteten waren bisher beim Ansatz 1/20005 mitveranschlagt.

Förderungszuwendungen

Die hier veranschlagten 0·850 Millionen Schilling sind für Auslandsösterreicher, davon 0·350 Millionen Schilling für Unterstützungen, vorgesehen.

Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz sind 1968 erstmals auch die Ausgaben für die „Instandhaltung von Hochbauten" (3 Millionen Schilling) und für Kursverluste (7 Millionen Schilling) veranschlagt.

Liegenschaftserwerb

Für den Ankauf von preisgünstig angebotenen Hochbauten bzw. unbebauten Liegenschaften für die Vertretungsbehörden wurden für 1968 3·0 Millionen Schilling veranschlagt.

Dienststellen im Ausland

Derzeit bestehen 72 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 54 diplomatische, 14 konsularische und 4 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden sind in folgenden Orten eingerichtet: Addis Abeba, Algier, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogotá, Bonn, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, New Delhi, Den Haag, Djakarta, Djedda, Dublin, Helsinki, Kabul, Kairo, Karachi, Kopenhagen, Lagos, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Mexico, Moskau, Nairobi, Oslo, Ottawa, Paris, Prag, Pretoria, Rabat, Rio de Janeiro, Rom, Santiago de Chile, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Tunis, Vatikan, Warschau und Washington.

In New York besteht die Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Straßburg die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat, in Genf die Ständige Vertretung Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen und bei den Spezialorganisationen und in Berlin eine Österreichische Delegation.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Agram, Chikago, Düs-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

seldorf, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Laibach, Mailand, München, New York, Preßburg, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1968 rund 150 Honorarkonsulate amtieren.

In New York besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

Einnahmen

Die Erhöhung gegenüber 1967 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß 1968 die Kursgewinne erstmals bei den Ressorts zu veranschlagen waren.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 178/1952 (Durchführungsverordnung hiezu BGBl. Nr. 227/1952) erhoben, in Stempelmarken entrichtet und an die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland überwiesen.

Titel 202 Diplomatische Akademie

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	0·7	2·6	3·3	1·0
1967 **)	1·1	3·1	4·2	1·0
1968 **)	1·1	2·9	4·0	0·8

Österreich besaß bis zum Jahre 1938 die bekannte Konsularakademie. Das Bundesministerium für Finanzen wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 200/1962, ermächtigt, der Stiftung „Theresianische Akademie" für den Wiederaufbau und für die Einrichtung des ihr gehörenden und im Zuge der Kriegshandlungen zerstörten Konsulartraktes Wien IV, Favoritenstraße 15, entsprechende Mittel unentgeltlich zuzuwenden.

Nach Beendigung der Wiederaufbauarbeiten wurde im Jahre 1964 in diesem Objekt eine „Diplomatische Akademie", welche die Spezialschulung des Nachwuchses für den diplomatischen Dienst nach Absolvierung des Hochschulstudiums zur Aufgabe hat, eröffnet.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 ist durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der höhere Sachaufwand im Voranschlag 1967 ist vor allem durch die im Zusammenhang mit der Professoren- und Tutorenentschädigung entstehenden Mehrausgaben, ferner durch die Anschaffung von Mikro- und Makrofilmen für Archivbestände und durch die Einführung von Kursen während der Ferienmonate, die mit Aufwendungen für Verpflegung verbunden sein werden, bedingt. Die Verminderung des Sachaufwandes für 1968 ist auf ein geringes Anlageerfordernis zurückzuführen.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen aus Schulgeldern,

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 30 Justiz

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	16·5	9·6	26·1	3·6
1967 **)	17·0	12·0	29·0	3·9
1968 **)	18·8	13·3	32·1	4·2

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand in den Jahren 1967 und 1968 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ab dem Jahre 1967 ergibt sich aus höheren Verwaltungsaufwendungen.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

Internationale Beitragszahlungen

Die Verpflichtung zur Beitragszahlung ergibt sich aus der Teilnahme Österreichs an folgenden internationalen Institutionen:

Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (Beitritt auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 15. Juni 1954).

Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechtes in Rom (Beitritt auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 11. Mai 1948).

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind Zuschüsse für die Herausgabe einschlägiger Zeitschriften, Broschüren und Bücher sowie Subventionen an Vereinigungen, deren Tätigkeit im Interesse der Justizverwaltung liegt, veranschlagt.

Aufwandskredite

Hier ist mit einem Betrag von 300.000 Schilling für ein Presserechtssymposium vorgesorgt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	16·4	1·0	17·4	0·0
1967 **)	17·0	1·0	18·0	0·0
1968 **)	18·3	1·0	19·3	0·0

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand in den Jahren 1967 und 1968 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen (Art. 92 Abs. 1 Bundesverfassungsgesetz). Ihm obliegt auch die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission, das Kartellobergericht und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Generalprokuratur

Der Aufgabenbereich der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof umfaßt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes (Strafprozeßordnung 1960, BGBl. Nr. 98) sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	417·9	148·7	566·6	477·6
1967 **)	438·1	163·3	601·4	526·1
1968 **)	470·4	199·7	670·1	564·7

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis in den Jahren 1967 und 1968 beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der erhöhte Sachaufwand im Jahre 1967 ist hauptsächlich auf die Erhöhung des Entgeltes für Rechtspraktikanten und staatsanwaltschaftliche Funktionäre entsprechend der Bezugsregelung für die Bundesbediensteten sowie auf erhöhte Aufwendungen für die Rechtspflege und auf die erstmalige Vorsorge auf Grund der Pressegesetznovelle 1966, BGBl. Nr. 104, zurückzuführen.

Das Mehrerfordernis beim Sachaufwand im Jahre 1968 gründet sich auf die Erhöhung des Entgeltes für Rechtspraktikanten und staatsanwaltschaftliche Funktionäre entsprechend der Bezugsregelung für die Bundesbediensteten, vor allem aber auf den mit der Erhöhung der Post- und Reisegebühren verbundenen Mehraufwand.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Im Eventualvoranschlag ist bei den Anlagen für dringenden Nachholbedarf der Gerichte mit einem Betrag von 3·0 Millionen Schilling vorgesorgt.

Die Einnahmensteigerung gegenüber dem Jahre 1967 berücksichtigt die Erhöhung der Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Judikatur in Zivilrechts- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Die Justizschule in Schwechat dient zur Ausbildung des richterlichen und nichtrichterlichen Nachwuchses.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

4 Oberlandesgerichte (Wien, Graz, Linz, Innsbruck),
4 Oberstaatsanwaltschaften (ebendort),
20 Gerichtshöfe I. Instanz,
17 Staatsanwaltschaften,
229 Bezirksgerichte,
61 Arbeitsgerichte.

Gesetzliche Grundlagen

Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren, BGBl. Nr. 289/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 119/1963,

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962,

Gerichtskostenmarkenverordnung, BGBl. Nr. 77/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 246/1963,

Gebührenanspruchsgesetz (Wiederverlautbarung), BGBl. Nr. 179/1965, in der Fassung BGBl. Nr. 124/1966 und 262/1966,

Zehr- und Ganggelderverordnung 1947, BGBl. Nr. 229, in der Fassung BGBl. Nr. 8/1948 und 146/1964,

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, in der Fassung BGBl. Nr. 118/1963 und 155/1965,

Bundesgesetz über die Erhöhung der Wertgrenzen und Geldstrafen in den Strafgesetzen, BGBl. Nr. 175/1963,

Pauschalvergütung für die Tätigkeit von Rechtsanwälten als Armenvertreter in gerichtlichen Verfahren, BGBl. Nr. 66/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 101/1965,

ASVG., BGBl. Nr. 189/1955 (Soziale Schiedsgerichte),

Pressegesetznovelle 1966, BGBl. Nr. 104.

Fonds nach § 7 StPO.

Den bei den Strafgerichten nach § 7 Strafprozeßordnung 1960, BGBl. Nr. 98, gebildeten Fonds fließen die von den Gerichten verhängten Ordnungsgeldstrafen zu.

Von den Präsidenten der Gerichtshöfe I. Instanz beziehungsweise von den Vorstehern der Bezirksgerichte werden diese Gelder nach Anhörung des Leiters der Gefangenhausverwaltung zur Unterstützung bedürftiger Gefangener verwendet oder einem Sträflingsfürsorgeverein oder dem Gefangenenunterstützungsfonds [1]) überwiesen.

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage für Gefangene bei den Bezirksgerichten, deren Gefangenhäuser nicht von Justizanstalten verwaltet werden, zeigt die folgende Übersicht:

1964	1965	1966	1967 [2])	1968 [2])
139.274	155.000	106.185	130.000	120.000

Die Abnahme der Verpflegstage für Gefangene bei den Bezirksgerichten hängt mit häufigeren Einweisungen in die Justizanstalten und mit der Übernahme der Verwaltung von bezirksgerichtlichen Gefangenhäusern durch die Justizanstalten zusammen.

Titel 303 Justizanstalten

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1966 *)....	124·4	72·6	197·0	2·5
1967 **)....	131·0	74·3	205·3	2·4
1968 **)....	146·7	81·4	228·1	2·8

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis in den Jahren 1967 und 1968 beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten, im Jahre 1968 auch auf Personalvermehrungen und auf die erstmalige Veranschlagung des Dienstgeberbeitrages zum Kinderbeihilfenfonds zurückzuführen.

Der gegenüber den Vorjahren erhöhte Sachaufwand ist auf die notwendige Einrichtung mehrerer Gefängnisneubauten (Landesgerichtliches Gefangenenhaus Eisenstadt und Jugendstrafanstalt Gerasdorf) und auf sonstige mit den Erfordernissen eines zeitgemäßen Strafvollzuges verbundene, unbedingt notwendige Aufwendungen zurückzuführen.

Im Eventualvoranschlag ist bei den Anlagen für dringenden Nachholbedarf der Justizanstalten mit einem Betrag von einer Million Schilling vorgesorgt.

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Siehe Ansatz 303.
[2]) Der Veranschlagung zugrunde gelegte Verpflegstage.

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft, Arbeitshausanhaltungen und die Erziehung von verwahrlosten Jugendlichen in Anstalten für Erziehungsbedürftige.

Der Justizwachschule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Die Bewährungshilfe (§§ 17 bis 21 Jugendgerichtsgesetz 1961, BGBl. Nr. 278) betreut vorzeitig entlassene Jugendliche, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

18 Gerichtshofgefängnisse,

3 Männerstrafanstalten (Stein, Garsten und Graz),

1 Frauenstrafanstalt (Schwarzau),

8 Anstalten mit beschränkter Sicherheit in Verbindung mit Arbeitsbetrieben,

1 Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige (Burschen) in Kaiser-Ebersdorf,

1 Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige (Mädchen) in Wr. Neudorf, die vom Orden vom Guten Hirten betrieben wird. Das Bundesministerium für Justiz leistet per Kopf und Tag für die untergebrachten Zöglinge einen Erziehungsbeitrag,

3 Arbeitshäuser, und zwar in Göllersdorf, Maria-Lankowitz und Suben,

1 Heilstätte für die an Tbc erkrankten Gefangenen (Wilhelmshöhe),

1 Sonderanstalt (Mittersteig) für die wegen ihrer psychischen Auffälligkeiten für den normalen Strafvollzug ungeeigneten Strafgefangenen;

1 Sonderanstalt (Oberfucha) für männliche Erstbestrafte mit längeren Freiheitsstrafen;

1 Jugendstrafanstalt in Gerasdorf und das Gerichtshofgefängnis in Eisenstadt sind derzeit im Bau.

Förderungsausgaben, Unterstützungsfonds für Gefangene usw.

Unter den Förderungsausgaben sind der Unterstützungsfonds für Gefangene, Arbeitshausinsassen und Zöglinge, Subventionen für Sträflingsfürsorgevereine, sowie sonstige Subventionen veranschlagt.

Dem Unterstützungsfonds fließen freiwillige Rücklässe von zur Entlassung kommenden Gefangenen, Arbeitshausinsassen und Zöglingen, Zuschläge zur Arbeitsbelohnung, Zuschüsse aus Strafgeldern des Fonds gemäß § 7 StPO. [3]), Spenden und sonstige Zuwendungen als zweckgebundene Einnahmen zu. Der Fonds wird zu dem Zwecke unterhalten, um bedürftigen Gefangenen während der Haft den Briefverkehr mit Angehörigen zu ermöglichen, Fahrtkosten anläßlich der Enthaftung zu bestreiten und für die erste Zeit der wiedergewonnenen Freiheit eine ordentliche Lebensführung zu ermöglichen.

Die Subventionen für private Sträflingsfürsorgevereine dienen in erster Linie dazu, diesen Vereinigungen die weitere Betreuung entlassener Gefangener zu ermöglichen.

Massafonds der Justizwache

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwachdienst und Dienst der Jugenderzieher" zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	4·2
Sonstiges	0·0
Zusammen ...	4·2

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Beschaffung von Massasorten	4·1
Fondsaufwand	0·1
Zusammen ...	4·2

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten und den unter ihrer Verwaltung stehenden bezirksgerichtlichen Gefangenhäusern beträgt:

	1963	1964	1965	1966	1967 [4])	1968 [4])
Gefangene und Arbeitshausinsassen	2,981.995	2,976.991	2,790.071	2,870.871	3,100.000	3,250.000
Zöglinge:						
männlich	96.968	94.238	96.880	92.252	100.000	100.000
weiblich	30.374	28.791	32.296	30.187	32.000	32.000
Summe ...	3,109.337	3,100.020	2,919.247	2,993.310	3,232.000	3,382.000

Hinsichtlich der Verpflegstage für Gefangene bei den Bezirksgerichten siehe die Ausführungen zu Titel 302.

[3]) Siehe Titel 302.
[4]) Der Veranschlagung zugrunde gelegte Verpflegstage.

Titel 304 Arbeitsbetriebe (Betriebsähnliche Verwaltungszweige)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)....	6·8	25·6	32·4	38·6
1967 **)....	7·2	24·2	31·4	37·5
1968 **)....	7·7	27·9	35·6	39·1

Allgemeines

Die Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen des laufenden Jahres, die zweckgebunden sind, und der zweckgebundenen Einnahmenüberschüsse aus dem Vorjahr getätigt werden.

Aus den zweckgebundenen Einnahmen werden neben den laufenden Aufwendungen auch bauliche Maßnahmen finanziert, die dem Ausbau der Arbeitsbetriebe und der Intensivierung des Arbeitseinsatzes der Insassen dienen (Werkstättengebäude, Betriebsräume).

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis in den Jahren 1967 und 1968 beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten, im Jahre 1968 auch auf die erstmalige Veranschlagung des Dienstgeberbeitrages zum Kinderbeihilfenfonds zurückzuführen.

Der erhöhte Sachaufwand ist auf die beabsichtigte Neu- und Ersatzbeschaffung des Maschinenparks in den Arbeitsbetrieben der Justizanstalten und insbesondere auch auf die weitere Modernisierung des Ziegelwerkes in Innsbruck zurückzuführen.

Bei den Einnahmen des Jahres 1968 wurde die voraussichtliche Entwicklung 1967 berücksichtigt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Bauliche Investitionen

Die Verrechnung der aus den zweckgebundenen Einnahmen des Titels 304 finanzierten baulichen Investitionen, und zwar weiterer Ausbau des landesgerichtlichen Gefangenhauses Innsbruck und der Jugendstrafanstalt Gerasdorf sowie die Errichtung eines Werkstättengebäudes in der Zweiganstalt Sonnberg, erfolgt auf Grund der institutionellen Gliederung des Budgets bei einem Ansatz des Bundesministeriums für Bauten und Technik, und zwar bis 1966 beim Kapitel 21 Titel 8 § 1 Unterteilung 1, ab 1967 beim Ansatz 5/64853.

Aufgaben

In den Arbeitsbetrieben werden die Gefangenen, Arbeitshausinsassen und Zöglinge mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten die Gefangenen, Arbeitshausinsassen und Zöglinge hiebei eine Berufsausbildung, sofern diese nicht vorhanden ist, um sie nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben zurückführen zu können.

Eine ganz besondere Sorgfalt wird auf die Berufsausbildung der Jugendlichen angewendet. Die zu diesem Zweck geschaffenen Lehrwerkstätten arbeiten gleichzeitig für den Bedarf der Justizanstalten.

Organisation

Der Umfang der Arbeitsbetriebe ist je nach Bedarf, Auftrag und Absatzmöglichkeit verschieden. An größeren auf betriebswirtschaftlicher Basis geführten Arbeitsbetrieben bestehen: Das Ziegelwerk in Innsbruck, die Korbflechterei in Suben, der Kunstgewerbebetrieb, die Kuverterzeugung und die Druckerei in Stein und mehrere größere Landwirtschaftsbetriebe, wie die Ökonomien Schwarzau, Gerasdorf, Volkersdorf, Rottenstein und Gurhof, weiters die Ökonomiebetriebe in Sonnberg, Göllersdorf, Lankowitz und Suben sowie die landwirtschaftliche Lehrabteilung in Münchendorf.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	...73·0	26·3	99·3	9·6
1967**)	...81·4	30·3	111·7	8·0
1968**)	...91·4	31·3	122·7	11·2

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist auf die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten im Jahre 1967 zurückzuführen. Weiters wurde die Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung erhöht. Die Einführung neuer, bzw. Erhöhung bestehender Nebengebühren ist die Begründung für die höher angesetzten Mehrleistungsvergütungen. Das Mehrerfordernis gegenüber dem Jahre 1966 ist ebenfalls in der Bezugserhöhung, in der Neufestsetzung der Höchstbemessungsgrundlage in der Sozialversicherung und durch den Nebengebührensektor begründet.

Im Verwaltungsaufwand waren gegenüber 1966 und 1967 Mehrerfordernisse bei Dienstreisen auf Grund der Novelle zur Reisegebührenvorschrift 1955 (BGBl. Nr. 158/1967) und bei „Leistungen der Post" auf Grund der erhöhten Posttarife und der Tarife nach der Fernmeldegebührenverordnung 1966 (BGBl. Nr. 277/1966) anzusetzen. Der Mehraufwand bei den Amtseinrichtungen ergibt sich aus der geplanten Übersiedlung einzelner Abteilungen der Zentralstelle.

Die höheren Einnahmen im Jahre 1968 gegenüber 1967 sind im wesentlichen auf höhere Einnahmen aus Bezugsvorschußersätzen zurückzuführen.

Förderungszuwendungen

Die veranschlagten Mittel für „Förderungsausgaben" sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Fliegerausbildung von Reservisten, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinen und zur Unterstützung von Vereinigungen gedacht, die sich mit der geistigen Landesverteidigung als Teil der umfassenden Landesverteidigung befassen.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	1.042·8	1.609·4	2.652·2	44·2
1967**)	1.086·6	1.764·8	2.851·4	55·3
1968**)	1.210·3	1.767·8	2.978·1	60·5

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist auf die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten im Jahre 1967 zurückzuführen. Weiters wurde die Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung erhöht. Die Einführung neuer bzw. Erhöhung bestehender Nebengebühren ist die Begründung für die höher angesetzten Mehrleistungsvergütungen.

Im Verwaltungsaufwand waren die Mehrerfordernisse bei Dienstreisen auf Grund der Novelle zur Reisegebührenvorschrift 1955 (BGBl. Nr. 158/1967), bei Aufwandsentschädigungen auf Grund von Erhöhung bestehender bzw. Einführung neuer Nebengebühren, bei „Energiebezügen" auf Grund erhöhter Tarife und bei „Leistungen der Post" auf Grund der erhöhten Posttarife und der Tarife nach der Fernmeldegebührenverordnung 1966 anzusetzen.

Die Dotierung der Post „Versicherungen" erfolgt im Jahre 1968 erstmals im Verwaltungsaufwand. In den Vorjahren waren diese Kreditmittel bei den einzelnen Zweckposten der Aufwandskredite veranschlagt.

Für Gedenkfeiern anläßlich der 50. Wiederkehr der Entstehung der Republik Österreich wurden 120.000 Schilling vorgesehen.

Die Erhöhung gegenüber dem Erfolg 1966 ist in den erhöhten Sätzen der Reisegebührenvorschrift 1955, in den Tariferhöhungen und in den Mietzinsvorauszahlungen, die 1966 bei den Aufwandskrediten verrechnet wurden, begründet.

Im Eventualvoranschlag (Anlagen) sind für weitere Anschaffungen 29,600.000 Schilling vorgesehen.

Bei den Aufwandskrediten (Gesetzliche Verpflichtungen) ist der Mehraufwand bei „Krankenfürsorge für Wehrpflichtige" im höheren Durchschnittsstand an Wehrpflichtigen und in der Erhöhung der Krankenhauskosten ab 1967 begründet.

Nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1956, BGBl. Nr. 153/1956, über den sozialversicherungsrechtlichen Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen ist durch das Ressort derzeit für jeden Familienangehörigen ein Pauschalbetrag von 40 Schilling je Monat an den Versicherungsträger zu zahlen. Eine geplante Novellierung, die diesen Betrag auf 80 Schilling erhöht und darüber hinaus auch für Familienangehörige von Präsenzdienern, die nach dem Bauern-Krankenversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 219/1965, versichert sind, einen Pauschalbetrag von 25 Schilling je Monat vorsieht, begründet die erhöhte Dotierung der Post „Krankenfürsorge für Angehörige von Wehrpflichtigen".

Da mit einem höheren Durchschnittsstand an Wehrpflichtigen im Jahre 1968 gerechnet wird, war die Post „Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe" höher zu dotieren.

Durch die natürliche Verminderung der Anzahl der Tapferkeitsmedaillenbesitzer konnte die Dotierung der entsprechenden Post verringert werden.

Auf Grund der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1966, BGBl. Nr. 12/1967, war für die Kosten der Bestattung und Überführung für Ablebensfälle unter den Wehrpflichtigen in einer gesonderten Post vorzusorgen.

Für den höheren Durchschnittsstand an Wehrpflichtigen und für die erhöhte Anzahl von zu Inspektionen und Instruktionen einzuberufenden Reservisten mußten die Taggelder, die Gebühren für die Zeit von Dienstfreistellungen und die Entschädigungen für Inspektionen und Instruktionen höher veranschlagt werden.

Der Mehraufwand an Taggeldern gegenüber 1966 beruht auf den neuen Sätzen, die gemäß BGBl. Nr. 12/1967 ab 1. Jänner 1967 gelten und für den erhöhten Durchschnittsstand berechnet wurden. Die erhöhten Gebühren für die Zeit von Dienstfreistellungen gegenüber 1966 sind ebenfalls auf den erhöhten Durchschnittsstand zurückzuführen.

Bei den Aufwandskrediten führt ein langjähriger Nachholbedarf unter Berücksichtigung der steigenden Preise zu dem vorgesehenen Mehraufwand. Weiters sind zusätzliche Mittel für „Verpflegung" und für „Munition" vorgesehen. Für Feierlichkeiten zur 50. Wiederkehr der Entstehung der Republik Österreich wurde unter der Post „Verpflegung" mit 400.000 Schilling vorgesorgt.

Im Eventualvoranschlag wurden weitere Aufwandskredite in Höhe von 20 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen

Gemäß § 9 des Heeresgebührengesetzes, BGBl. Nr. 152/1956, wurde das Tageskostgeld mit Wirkung vom 1. Jänner 1967 mit 16·50 Schilling festgesetzt. Dementsprechend sind auch die Kostgeldbeiträge für die verschiedenen Personenkreise, die an der Truppenverpflegung teilnehmen, erhöht worden. Aus dieser Maßnahme resultieren die höheren Einnahmen bei der Post „Verpflegungsgeldersatz".

Die Erhöhung der Post „Sonstige Einnahmen" trägt den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Mai 1967, BGBl. Nr. 181/1967 (Organhaftpflichtgesetz), Rechnung.

Familienunterhalt, Mietzinsbeihilfe

Für die Angehörigen der Wehrpflichtigen ist durch Zahlung von Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe (gemäß BGBl. Nr. 152/1956) sowie für entsprechende Krankenfürsorge (gemäß BGBl. Nr. 153/1956) vorgesorgt. Die Bemessungsgrundlage für den Familienunterhalt beträgt je nach dem Nettoeinkommen des Wehrpflichtigen 1800 Schilling bis höchstens 5400 Schilling. Für die Ehefrau werden 50%, für jede andere zum Haushalt des Wehrpflichtigen gehörige Person 10%, für andere unterhaltsberechtigte Personen höchstens 15% der Bemessungsgrundlage veranschlagt. Der Familienunterhalt darf 80% der Bemessungsgrundlage nicht übersteigen. Ein während des Präsenzdienstes dem Wehrpflichtigen verbleibendes Nettoeinkommen vermindert diese Höchstgrenze.

Tapferkeitsmedaillen-Zulagen

An Besitzer von Tapferkeitsmedaillen werden gemäß dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz derzeit folgende Zulagen gezahlt:

	S monatlich
Für die goldene Tapferkeitsmedaille	200
Für die silberne Tapferkeitsmedaille 1. Klasse	100
Für die silberne Tapferkeitsmedaille 2. Klasse	50

Ferner wird auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 266/1966 ab 1. Jänner 1967 an Personen, die zum Tragen des Militär-Maria Theresien-Ordens berechtigt sind und die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, ein Ehrensold von monatlich 1200 Schilling gezahlt.

Taggeld

Gemäß § 4 des Heeresgebührengesetzes betrug das Taggeld im Jahre 1966 für Wehrmänner, Chargen und Unteroffiziere des ordentlichen Präsenzdienstes 8 Schilling, hingegen für Wehrmänner, Chargen und Unteroffiziere, die einen verlängerten ordentlichen Präsenzdienst leisten, 18 Schilling. Ab 1. Jänner 1967 erhöhten sich diese Sätze gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 12/1967 auf 12 Schilling bzw. 28 Schilling.

Gesetzliche Grundlagen

Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes in Angelegenheiten der Landesverteidigung, BGBl. Nr. 142/1955;

Wehrgesetz, BGBl. Nr. 181/1955 in der Fassung BGBl. Nr. 310/1960, 221/1962 und 185/1966;

Heeres-Dienstzweigeverordnung, BGBl. Nr. 205/1955 in der Fassung BGBl. Nr. 234/1960, 71/1963 und 143/1965;

Geschäftsordnung des Landesverteidigungsrates, BGBl. Nr. 5/1956;

Dienstzweigeverordnung, BGBl. Nr. 164/1948 in der Fassung BGBl. Nr. 59/1963 und 142/1965;

Errichtung eines Bundesministeriums für Landesverteidigung, BGBl. Nr. 134/1956;

Verlängerter ordentlicher Präsenzdienst im Bundesheer, BGBl. Nr. 142/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 257/1958 und 271/1963;

Heeresdisziplinargesetz, BGBl. Nr. 151/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 264/1957 und 234/1965;

Heeresgebührengesetz, BGBl. Nr. 152/1956 (maßgebend für die Zweckausgaben wie Verpflegung, Taggeld, Krankenversicherung usw.) in der Fassung BGBl. Nr. 140/1957, 116/1962, 185/1966 und 12/1967;

Sozialversicherungsrechtlicher Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen, BGBl. Nr. 153/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 297/1960, 325/1963 und 170/1966;

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, BGBl. Nr. 154/1956;

Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957 (Festlegung der Zuständigkeit für den Bereich der Militärluftfahrt);

Heereskraftfahrgesetz 1958, BGBl. Nr. 52/1958;

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146/1962 in der Fassung BGBl. Nr. 197/1964, 196/1965 und 266/1966;

EGVG.[1])-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959 (betr. Ergänzungskommandos);

Errichtung von Ergänzungskommanden, BGBl. Nr. 229/1964 und 272/1965.

Militärluftfahrt - Personalverordnung, BGBl. Nr. 97/1960 und 251/1965;

Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen, BGBl. Nr. 311/1960, in der Fassung BGBl. Nr. 185/1966;

Militärluftfahrzeugkennzeichen-Verordnung, BGBl. Nr. 173/1961;

Bundesheerdienstzeichen, BGBl. Nr. 202/1963;

Wehrdiensterinnerungsmedaille, BGBl. Nr. 203/1963;

Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland, BGBl. Nr. 233/1965 [2]);

Bundesgesetz über militärische Sperrgebiete, BGBl. Nr. 204/1965;

Verordnung über die Einrichtung von Militärkommanden und deren Außenstellen, BGBl. Nr. 189/1966;

Bundesgesetz über Militärische Munitionslager, BGBl. Nr. 197/1967.

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (Mittel des Katastrophenfonds)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1967**)	15·0	15·0
1968**)	14·1	14·1

Die Landesverteidigung soll im Jahre 1968 aus Mitteln des Katastrophenfonds, BGBl. Nr. 207/1966, 14·1 Millionen Schilling zur Beseitigung von im Einsatz entstandenen Schäden erhalten.

Titel 403 Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung)

	Sachaufwand Mill. S
1966 *)	500·0
1967**)	520·0 [3])
1968**)	420·0

1966 wurden mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen für Waffen- und Gerätelieferungen auf Grund ausländischer Kreditgeschäfte 500 Millionen Schilling verausgabt.

1967 waren für amerikanische Waffen und Geräte 100 Millionen Schilling veranschlagt, während für Waffen- und Gerätekäufe aus anderen Ländern 400 Millionen Schilling vorgesehen waren. Für Katastropheneinsatzgerät waren 20 Millionen Schilling eingesetzt.

1968 sind für die amerikanischen Lieferungen 25 Millionen Schilling, für andere Waffen- und Gerätekäufe 375 Millionen Schilling und für Katastropheneinsatzgerät 20 Millionen Schilling vorgesehen.

Im Eventualvoranschlag sind für Anlagen 137·4 Millionen Schilling und für Aufwendungen 13 Millionen Schilling vorgesehen.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	3·7	1·2	4·9	0·2
1967**)	5·7	1·5	7·2	0·2
1968**)	6·6	1·9	8·5	0·3

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist auf die Bezugserhöhung der Bundesbediensteten sowie auf die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung zurückzuführen.

Für eine Gedenkausstellung anläßlich der 50. Wiederkehr der Entstehung der Republik Österreich wurden 500.000 Schilling veranschlagt, wodurch der Sachaufwand für das Jahr 1968 höher veranschlagt ist.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen.
[2]) Siehe auch BGBl. Nr. 60/1966.
[3]) 420 Millionen Schilling gemäß BGBl. Nr. 1/1967 und 100 Millionen Schilling gemäß BGBl. Nr. 80/1967.

Allgemeines

Das Heeresgeschichtliche Museum (aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervorgegangen) wurde nach modernen Erfordernissen neu aufgestellt. Das Aufbauprogramm enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden die historischen Probleme mit kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und bedeutsamen Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt. In der nunmehr eingegliederten Militärwissenschaftlichen Abteilung werden alle militärwissenschaftlichen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)...	7·6	6·9	14·5	13·7
1967 **)...	8·1	6·8	14·9	14·1
1968 **)...	8·1	6·6	14·7	13·1

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes 1967 ist durch Änderung der Kollektivverträge bedingt.

Die Mindereinnahmen im Voranschlag 1968 resultieren aus der Post „Forstwirtschaft". Ursache ist der allgemeine Holzpreisverfall, ein Umstand, der gerade auf den Preis von Splitterholz drückt, das in Allentsteig besonders stark anfällt.

Zur Deckung des Gebarungsabganges, der durch den allgemeinen Holzpreisverfall begründet ist, werden die vorhandenen Einnahmenrücklagen des Betriebes aus den Vorjahren herangezogen.

Gebarung

Die Ansätze des Titels 405 sind für die Verrechnung der Gebarung des auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig-Döllersheim eingerichteten betriebsähnlichen Verwaltungszweiges Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig vorgesehen. Die Einnahmen dieses Betriebes sind für dessen Aufgabenerfüllung zweckgebunden.

Die landwirtschaftliche Abteilung des Betriebes Allentsteig hat die Aufgabe, alle einschlägigen Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw. durchzuführen. Ein wichtiges Arbeitsgebiet ist die Rekultivierung der der Landwirtschaft entzogenen Grundstücke des Truppenübungsplatzes.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflege, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

www.parlament.gv.at

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	68·1	24·9	93·0	11·9
1967 **)	70·2	40·7	110·9	11·6
1968 **)	91·7	84·1	175·8	12·7

Gebarung

Bei diesem Ansatz ist neben den Ausgaben und Einnahmen des Ministeriums auch der Aufwand für den Bundesschätzungs- [2]) und Bewertungsbeirat [3]) mitveranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand ab 1967 ist durch Erhöhungen der Bezüge und Nebengebühren der Bundesbediensteten gegeben. Der voraussichtliche Gebarungserfolg im Jahre 1967 ist mit 73·5 Millionen Schilling anzunehmen. Im Voranschlag 1968 sind außerdem 2·5 Millionen Schilling für Sonderverträge (Programmierer der elektronischen Datenverarbeitung) und 2·6 Millionen Schilling für Entschädigungen gemäß § 25 Gehaltsgesetz 1956 vorgesehen; letztere waren bisher im Sachaufwand mitveranschlagt gewesen für Zwecke der kreditpolitischen Bundesaufsicht und der Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung, sowie zur Wahrung der Interessen des Bundes bei Unternehmungen durch Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen.

Die Steigerung des Sachaufwandes von 1966 auf 1967 ist im wesentlichen auf die Vorarbeiten zur Umstellung der Haushalts- und Abgabenverrechnung des Bundes auf elektronische Datenverarbeitung (8·3 Millionen Schilling), auf Instandsetzungsarbeiten in den historischen Prunkräumen des Ministeriums (+ 1·9 Millionen Schilling) sowie auf Nebengebührenregelungen zurückzuführen.

Die weitere Steigerung des Sachaufwandes im Voranschlag 1968 ist fast zur Gänze auf Anschaffungs-, Anschluß- und Betriebskosten aus der Umstellung der Haushalts- und Abgabenverrechnung auf elektronische Datenverarbeitung zurückzuführen. Insgesamt sind im Jahre 1968 rund 49·9 Millionen Schilling erforderlich. Bei den Anlagen wurde für die zentrale Anschaffung der Fernschreiber und Fernschreibeinrichtungen vorgesorgt, die bei den an die Datenverarbeitungsanlagen anzuschließenden Dienststellen erforderlich sind. Die weit fortgeschrittenen Vorbereitungsmaßnahmen lassen für 1968 den Beginn der Umstellung der Haushalts- und Abgabenverrechnung auf die elektronische Datenverarbeitung und den schrittweisen Anschluß der einzelnen Dienststellen an die beiden Datenverarbeitungsanlagen erwarten. Es mußte daher beim Ansatz Verwaltungsaufwand für den Mietaufwand (2 Datenverarbeitungsanlagen und Fernschreibleitungen, 23·5 Millionen Schilling), für die Anschlußkosten der Post (Fernschreibsondernetze 5·1 Millionen Schilling), sowie für die Anlauf-, Betriebs- und Instandhaltungskosten (rund 8·8 Millionen Schilling) vorgesorgt werden.

Bundesaufsicht

Die Kosten der Kreditpolitischen Bundesaufsicht, der Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung und die Ausgaben für Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen bei Unternehmungen zur Wahrung der Interessen des Bundes sind im Personal- und Verwaltungsaufwand mitveranschlagt, wobei die den Bundesbediensteten gewährten Entschädigungen im Personalaufwand vorgesehen sind. Im einzelnen ist hiezu zu bemerken:

Das Bundesministerium für Finanzen übt die kreditpolitische Bundesaufsicht über Kreditunternehmungen, Börsen und Spielbanken auf Grund der nachstehenden gesetzlichen Bestimmungen aus:

Nationalbankgesetz 1955, BGBl. Nr. 184.
Ges. m. b. H.-Gesetz, RGBl. Nr. 58/1906 (§ 103).
Girozentralegesetz, BGBl. Nr. 146/1958.
Hypothekenbankgesetz, DRGBl. I S. 375/1899, in der Fassung des DRGBl. I S. 97/1926, 491/1927 und 108/1930.

Investmentfondsgesetz BGBl. Nr. 192/1963 (§ 2).
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962 (§§ 21 und 29).
Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, DRGBl. I S. 492/1927. RGBl. Nr. 67/1875 (§§ 1 und 4).

Der Aufwand für die Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung wird gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 134/1953 mit $^9/_{10}$ von den Versicherungsunternehmungen erstattet.

Zur Wahrung der Interessen des Bundes an Unternehmungen, an denen er beteiligt ist, oder aus anderen berücksichtigungswürdigen Gründen entsendet der Bund Bundesbedienstete in die

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) (frei).
[2]) Bodenschätzungsgesetz vom 16. Oktober 1934, DeutschesRGBl. Nr. I S. 1050, § 5.
[3]) Bewertungsgesetz 1955, BGBl. Nr. 148, § 41.

Organe verschiedener Unternehmungen. Die von diesen Unternehmungen für die Tätigkeit vorgenannter Bundesbediensteter zu leistenden Entgelte (Tantiemen) sind an den Bund abzuführen. Der Bund gewährt den Bundesbediensteten für diese Nebentätigkeit Entschädigungen gemäß § 25 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956.

Internationale Beitragszahlungen

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institutionen:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955: im Jahre 1968 250.000 Schilling (1967: 340.000).

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS — International Social Security Association, ISSA), Genf; Beitragsleistung auf Grund des 1957 erfolgten Beitrittes derzeit rund 20.000 Schilling im Jahr.

Aufwandskredite

Die hier mitveranschlagten Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Raumplanung beziehen sich auf alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrage von Bundesdienststellen leisten. Außerdem ist hier der Mitgliedsbeitrag für die Gesellschaft für das öffentliche Haushaltswesen, für das Institut für Raumplanung und für die Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin veranschlagt. Weiters ist hier für die Erhaltung der historischen Prunkräume im Bundesministerium für Finanzen (Prinz Eugen-Palais) (3·0 Millionen Schilling) und für Kosten aus der Bundesvermögensverwaltung (u. a. 6·5 Millionen Schilling vom Bund zu zahlende Kapitalertragsteuer für die Dividende der Austria Tabakwerke A.G.) vorgesorgt.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	176·8	243·3
1967 **)	218·0	291·5
1968 **)	280·6	212·3

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Beim Titel 501 werden folgende Ausgaben verrechnet:

§	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
0 Münzregal	112·1	142·7	122·6
1 Vergütung an Oesterr. Nationalbank	7·4	52·0	52·0
2 Prämienkontensparen	—	10·0	30·0
3 Amtshaftungsentschädigungen	0·1	0·3	0·3
4 Erfüllung von Rückgabeansprüchen	0·1	0·1	0·1
5 Wiedergutmachung an politisch geschädigte Bundesbedienstete.....	0·0	0·1	0·2
6/7 Atomprojekte	26·1	9·5	33·9
8 Beitrag zur Unfallversicherung öffentlich Bedienstetet.....	—	—	39·0
9 Sonstige Aufwendungen	3·6	3·3	2·5
Liquidation der ehem. IBV ...	27·5	—	—
Annuitätenzahlungen an Verbundgesellschaft (AEW-Entschädigung); Zinsen	0·0	—	—
Summe...	176·8	218·0	280·6

Von den Einnahmen sind nur folgende Beträge von Bedeutung:

§	1966*)	1967**) Mill. S	1968**)
0 Münzregal	227·9	290·8	211·6
1 Amtshaftungsbeiträge	0·4	0·4	0·4
9 Sonstige Einnahmen	15·0	0·3	0·3
Summe...	243·3	291·5	212·3

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 5010 Münzregal

Gebarung 1968

Die Ausgaben beinhalten den Ersatz der Kosten der Ausmünzungen an das Hauptmünzamt, das sind 121·9 Millionen Schilling, und 0·8 Millionen Schilling für die zur Einziehung gelangenden Münzen. Der Betrag von 121·9 Millionen Schilling scheint beim Hauptmünzamt als Einnahme auf.

Die Einnahmen betreffen den Gegenwert der vom Hauptmünzamt laut Prägeprogramm 1968 auszuprägenden Scheidemünzen der Schillingwährung.

Unterschiede der Gebarung

Da das laufende Prägeprogramm im wesentlichen abgeschlossen ist, bewirken nur mehr die jährlichen Silbermünzenausgaben zu 25 S und 50 S größere Gebarungen. Die Nettoeinnahmen aus dem Münzregal betragen: 1966 115·9, 1967

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

148·1 und 1968 88·9 Millionen Schilling. Der Münzgewinn im Jahre 1968 ist ebenfalls im wesentlichen auf die geplante Ausgabe weiterer 25-S- und 50-S-Silbermünzen zurückzuführen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Materialkosten erheblich gestiegen sind. Die nachstehende Übersicht gibt über die Belastung des Bundeshaushaltes Auskunft:

	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968**)
Einziehung von Scheidemünzen: [4])			
Zahlung an die Nationalbank [4])	0·4	0·8	0·8
Kostenersatz vom Hauptmünzamt für eingezogene Münzsorten	0·1	0·0	0·0
Ausprägung von Scheidemünzen:			
Kostenersatz an das Hauptmünzamt . .	111·6	141·9	121·9
Gegenwert der ausgeprägten Scheidemünzen [4])	227·8	290·7	211·5

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 1 des Scheidemünzengesetzes 1963, BGBl. Nr. 178, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 154/1967, ist das Bundesministerium für Finanzen ermächtigt, Münzen aus unedlen Metallen und Silbermünzen bis zum Betrag von 450 Schilling je Kopf der Bevölkerung auszuprägen und in den Verkehr zu setzen.

Unter Zugrundelegung der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt verlautbarten Bevölkerungsziffern dürfen somit derartige Scheidemünzen im Gesamtnennbetrag von 3.264,750.000 Schilling in Umlauf gesetzt werden. Am 30. April 1967 hat der Nennbetrag der im Umlauf befindlichen Münzen 2.435,709.000 Schilling betragen.

Prägeprogramm 1968

Für das Jahr 1968 ist die Ausprägung von 8,300.000 Stück Scheidemünzen aus Silber im Gesamtnennbetrag von 170,500.000 Schilling vorgesehen. Weiters sollen 89,200.000 Stück Scheidemünzen aus unedlen Metallen im Gesamtnennbetrag von 41,042.000 Schilling ausgeprägt und in den Verkehr gesetzt werden.

Ansatz 50117 Vergütung an Oesterreichische Nationalbank

Gemäß BGBl. Nr. 203/1965 ist der Oesterreichischen Nationalbank eine Vergütung in Höhe von 2% pro Jahr für die von ihr gemäß leg. cit. dem Internationalen Währungsfonds zur Verfügung gestellten Goldmengen und Schillingbeträge zu gewähren (siehe auch die Erläuterungen auf Seite 177/178 „Internationaler Währungsfonds").

Ansatz 50127 Prämienkontensparen

Gemäß § 4 Abs. 1 des Prämiensparförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 143/1962, vergütet der Bund die Hälfte der von den Kreditunternehmungen an die Prämienkontensparer geleisteten Sparprämien. Im Jahre 1967 gelangten erstmalig Sparprämien zur Auszahlung. Für 1968 wurde hiefür ein Betrag von 30 Millionen Schilling präliminiert.

Gemäß den §§ 7 und 8 des eingangs genannten Gesetzes kann der Bund die Ausfallsbürgschaft für Kredite, die Kreditunternehmungen an Sparer unter gewissen Voraussetzungen gewähren, übernehmen. Gemäß § 8 sind solche Haftungsübernahmen des Bundes bereits ab dem Jahre 1965 in bescheidenem Ausmaß erfolgt. Haftungsübernahmen des Bundes gemäß § 7 erfolgten ab Mitte 1967.

Ansatz 1/50137 Amtshaftungsentschädigungen und 2/50134 Amtshaftungsbeiträge

Als Ausgaben sind allfällige, vom Bund auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) an Geschädigte zu zahlende Entschädigungen, als Einnahmen die Beiträge derjenigen Bediensteten, die infolge ihrer Beitragsleistung von der Rückersatzpflicht befreit sind, sowie die Rückersätze veranschlagt.

Ansatz 50147 Erfüllung von Rückgabeansprüchen

Der für 1968 veranschlagte Betrag dient wie in den Vorjahren zur Erfüllung von Rückgabe- und Regreßansprüchen auf Grund der Rückgabegesetze, insbesondere für Verpflichtungen gemäß BGBl. Nr. 208/1949. Die Abgeltung dieser Ansprüche erfolgt in Rentenform auf Lebensdauer der Berechtigten.

Ansatz 50157 Wiedergutmachung an politisch geschädigte Bundesbedienstete

Diese Entschädigungen werden auf Grund des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 181/1952 in der Fassung BGBl. Nr. 110/1953, 117/1961 und 21/1964 geleistet.

Im Jahre 1968 werden, bedingt durch die am 31. Dezember 1966 abgelaufene Antragsfrist, voraussichtlich nur mehr rund 0·2 Millionen Schilling verausgabt werden.

Die Anzahl der abgewickelten Entschädigungsfälle betrug bis einschließlich 1966: 7520.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[4]) Die ausgeprägten Scheidemünzen werden vom Staat der Oesterreichischen Nationalbank übergeben, die den Gegenwert in die Staatskasse überweist. Bei der Einziehung von Scheidemünzen vollzieht sich der umgekehrte Vorgang.

Ansatz 50167 und 50178 Atomprojekte

a) Dragon

Bei dem Ansatz 50167 „Atomprojekte (Gesetzliche Verpflichtungen)" handelt es sich um die Beiträge Österreichs zu einem Forschungsprojekt auf dem Gebiet der friedlichen Anwendung der Atomenergie, das von den OECD-Staaten aus Gründen der Kostenersparnis gemeinsam durchgeführt wird (Hochtemperatur-Reaktor mit Gaskühlung in Winfrith, England, sogenanntes Projekt „Dragon").

Auf Grund der Beitragsleistungen ist Österreich berechtigt, Österreicher zum Studium und zur Weiterbildung zu diesen Reaktoren zu entsenden. Außerdem stehen Österreich die Ergebnisse dieser Forschungsstätten zur Auswertung zur Verfügung.

b) Betriebskostenzuschuß an ÖSGAE

Außerdem ist für die vom Bund zu tragenden Betriebskosten der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie Ges. m. b. H. (Reaktorzentrum in Seibersdorf) beim Ansatz 50178 „Sonstige Atomprojekte" vorgesorgt. Nach den einschlägigen Verträgen leisten alle Gesellschafter mit Ausnahme des Bundes in den Jahren 1967 bis 1971 jährliche Kostenbeiträge in der Höhe ihrer übernommenen Stammanteile, d. s. rund 3·2 Millionen Schilling. Das Bundesministerium für Unterricht bezahlt als Entgelt für die Benützung des Reaktorzentrums durch die Hochschulen zu Lasten des Ansatzes 1/12308 jährlich 15 Millionen Schilling.

Die restlichen Betriebskosten werden vom Bundesministerium für Finanzen getragen und betragen für 1968 etwa 31 Millionen Schilling.

Ansatz 50180 Beitrag zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter

Durch das Bundesgesetz vom 31. Mai 1967 über die Kranken- und Unfallversicherung öffentlich Bediensteter, BGBl. Nr. 200, wurde für die öffentlich Bediensteten, die nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen Anspruch auf Leistungen bei einem Dienstunfall oder einer Berufskrankheit haben, eine Unfallversicherung eingeführt. Dieses Bundesgesetz ist mit 1. Juli 1967 in Kraft getreten.

Fortsetzung Seite 155

Ansatz 50198 Sonstige Aufwendungen

Für die Abwicklung der SAC-Kredite [5]) stehen den eingeschalteten Kreditunternehmungen sowie der Oesterreichischen Nationalbank als Treuhänder des Bundes von den eingehenden Zinsen Anteile von je einem halben Prozent vertraglich als Dienstleistungsentgelt zu. Für das Jahr 1968 wurden 2·5 Millionen Schilling hiefür veranschlagt.

Ansatz 2/5019 Sonstige Einnahmen

Der höhere Erfolg des Jahres 1966 ist auf verschiedene nicht regelmäßig eingehende und daher nicht vorausschätzbare Einnahmen zurückzuführen.

Die im Voranschlag 1967 und 1968 vorgesehenen Beträge werden aus Pönalzinsen auf Grund der mit den Kreditunternehmungen geschlossenen Kreditkontrollabkommen erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	135·6	0·0
1967 **)	111·6	0·0
1968 **)	97·6	—

Beim Titel 502 werden folgende Ausgaben verrechnet:

§		1966*)	1967**)	1968**)
			Mill. S	
0	Hagelversicherung	10·7	11·0	11·5
1	Versicherungswiederaufbau ..	7·9	7·9	0·1
2	Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	2·7	2·6	2·7
3	Familienpolitische Maßnahmen	0·4	0·7	0·5
5	Sonstige Atomprojekte.....	38·5	39·0	30·0
6	Zahlung an die VÖEST	49·4	19·0	19·0
7	Zuschuß für Lagerauflösungsprogramm	10·5	9·0	5·3
8	Schuldübernahme AWG.....	—	—	4·0
9	Bezugsvorschüsse	11·7	16·7	18·5
9	Sonstige Förderungen.....	3·8	5·7	6·0
	Summe...	135·6	111·6	97·6

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 50204 Hagelversicherung

Das Hagelversicherungs - Förderungsgesetz (BGBl. Nr. 64/1955 in der Fassung BGBl. Nr. 186/1961 und 289/1963) bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Bundesmitteln eine Beihilfe gewährt wird, die ausschließlich zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

[5]) SAC = Surplus Agricultural Commodities. Aus den Gegenwerten von Überschußgütern die seinerzeit der Republik Österreich übereignet wurden, waren Kredite im Wege des Bundeshaushaltes gewährt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 50214 Versicherungswiederaufbau

Hilfsfonds für Phönixpensionisten

Gemäß § 21 des Versicherungswiederaufbaugesetzes, BGBl. Nr. 185/1955, sind dem Hilfsfonds für ehemalige Pensionisten der Lebensversicherungsgesellschaft „Phönix" für die von ihm nach Maßgabe der Satzung zu gewährenden Unterstützungen, für seine Abwicklungskosten und für seine Verbindlichkeiten laufend die erforderlichen Mittel bis zu einem Gesamtbetrag von 3 Millionen Schilling in barem zur Verfügung zu stellen. Hievon wurde bis 31. Dezember 1966 ein Teilbetrag von 2,372.947 Schilling in Anspruch genommen. Im Jahre 1966 wurden hiefür 94.000 Schilling verausgabt.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Beitrag des Bundes	0·090

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Unterstützungen	0·088
Fondsaufwand	0·002
Zusammen ...	0·090

Sonstiges

In den Vorjahren war außerdem für Zahlungen auf Grund des Versicherungswiederaufbaugesetzes (VWG) BGBl. Nr. 185/1955 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 61/1962 vorgesorgt worden. Das VWG. sah vor, daß die Versicherungsunternehmungen, die am 1. Jänner 1962 einen Anspruch auf die Vergütung künftiger Mehrleistungen hatten, für diese vom Bund eine einmalige Abfindung in der Höhe von insgesamt 46·8 Millionen Schilling erhalten. Die letzte Jahresrate dieser Abfindungen wurde im Jahre 1967 gezahlt.

Ansatz 50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (z. B. Ausbildungsbeihilfen, Beihilfe zur Erhaltung und den Betrieb von Erholungsheimen, Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt insbesondere in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Ansatz 5023 Familienpolitische Maßnahmen

Dem Finanzressort stehen wichtige Zuständigkeiten im Bereich der Familienpolitik, vor allem auf dem Gebiete des Familienlastenausgleiches und der Familienbesteuerung, zu.

Aus dem Ansatz „Familienpolitische Maßnahmen" werden Förderungsbeträge an Familienverbände und sonstige Institutionen gewährt, die in Angelegenheiten der Familienpolitik, welche teilweise zur Finanzverwaltung ressortieren, tätig werden.

Ansatz 50256 Sonstige Atomprojekte

In den Jahren 1962 bis 1967 wurden der ÖSGAE rund 155 Millionen Schilling als Investitionszuschuß gewährt. Für 1968 ist wie in den Jahren 1965 bis 1967 ein Investitionskostenzuschuß von 30 Millionen Schilling vorgesehen.

Alle Zuwendungen, die der Bund der ÖSGAE in einem höheren Ausmaße leistet als die übrigen Gesellschafter, werden in der Bilanz als eigene Rücklagengruppe („B") ausgewiesen. Die Generalversammlung wird jeweils bei Beschlußfassung über die Bilanz den Beschluß fassen, daß im Falle einer Liquidation der ÖSGAE vor der anteilmäßigen Aufteilung des Vermögens diese Beträge der Republik Österreich bevorzugt rückzuerstatten sind.

In den Vorjahren waren bei diesem Ansatz weitere Beträge veranschlagt gewesen, u. zw. hauptsächlich für die Abdeckung jener Kosten, die nicht durch die eigentlichen Betriebskostenzuschüsse abgedeckt werden konnten.

Ansatz 50264 Zahlung an die VÖEST

Bei diesem Ansatz ist im Voranschlag 1968 gemäß BGBl. Nr. 53/1967 für Zahlungen an die Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG. (VÖEST) ein Betrag von 19 Millionen Schilling als zweite Teilzahlung auf die Gesamtsumme von rund 74 Millionen Schilling, die die VÖEST seinerzeit der inzwischen in Liquidation getretenen Steinkohlenbergbau Grünbach Ges. m. b. H. als Darlehen zur Verfügung stellte, vorgesehen.

Im Jahre 1966 war bei dem als „Zahlungen nach dem 1. Verstaatlichungs-Organisationsgesetz" bezeichnet gewesenen Ansatz ein Betrag für die VÖEST gemäß § 3 Abs. 1 des 1. Verstaatlichungsorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 208/1963, veranschlagt worden.

Ansatz 50276 Zuschuß für Lagerauflösungsprogramm

Mit Rücksicht auf die kurze Zeitspanne, innerhalb der das Flüchtlings-Lagerauflösungsprogramm verwirklicht wurde, war eine Vorfinanzierung mit Hilfe von Kapitalmarktkrediten erforderlich. Die Finanzierungsmittel wurden mit den auch beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds üblichen Bedingungen (2% Annuität bei 1% Zinsen) den gemeinnützigen Bauträgern zur Verfügung gestellt. Diese Annuität wird auch in die Mietenberechnung einbezogen. Hingegen kann die über

1% hinausgehende Verzinsung der Zwischenkredite in der Miete nicht berücksichtigt werden, da diese sonst untragbar hoch würde.

Diese in den Mieten nicht gedeckten Zwischenkreditzinsen und die im Zusammenhang mit der Abwicklung des Lagerauflösungsprogrammes entstehenden **Verwaltungskosten wurden bis 1966** aus den von den USA aus der sogenannten „Maisspende" beigestellten Spendenmitteln gedeckt. Infolge Erschöpfung dieser Spendenmittel werden ab 1967 die Zuschüsse aus Budgetmitteln getragen.

Ansatz 50284 Schuldübernahme AWG

Im Rahmen der Sanierung der Austria Wochenschau Ges. m. b. H. (AWG) soll durch ein im Herbst 1967 einzubringendes Sanierungsgesetz die Übernahme eines Teiles der Schulden der AWG durch den Bund erfolgen. Für die Zahlungen aus dieser Schuldübernahme wurde vorsorglich ein Betrag von 4 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 50295 Bezugsvorschüsse

Gebarung

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher **Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden. Für die Wohnraumbeschaffung werden im Einzelfall Vorschüsse bis zum Betrage von 30.000 S gewährt.**

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Für Bezugsvorschüsse für aktive Bedienstete werden 1·5 v. H. der Dienstbezüge bereitgestellt. Die Höhe der veranschlagten Mittel richtet sich daher nach den in den einzelnen Jahren bei den Personalaufwandansätzen des Kapitels 50 „Finanzverwaltung" vorgesehenen Beträgen.

Ansatz 50296 Sonstige Förderungen

An Förderungszuwendungen sind u. a. Beiträge an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung für den Neubau des Institutsgebäudes (3 Millionen Schilling) und für dessen Institut für Ostwirtschaft (800.000 Schilling), an das Österreichische Produktivitätszentrum (1·6 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht (250.000 Schilling), an das Österreichische College (160.000 Schilling), an den Compaß-Verlag und an die Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin vorgesehen.

Weiters wurde für die Verausgabung des für Wiederaufbauzwecke zweckgebundenen Erlöses aus der Sonderpostmarkenserie „Wiederaufbau Österreichs", über den laut Regierungsbeschluß der Bundesminister für Finanzen verfügungsberechtigt ist, vorgesorgt.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen (Entwicklungsländer)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	49·9	—
1967 **)	70·2	2·5
1968 **)	52·3	—

Ansatz 50306 Zinsenstützung (ÖKB)

Nach wie vor besteht die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auf dem Wege der Zinsenstützungsaktion zu stärken. Das Erfordernis an Zinsenstützungsbeträgen für das Jahr 1968 wird im wesentlichen **durch die in den Vorjahren übernommenen Garantien bestimmt. Das Erfordernis an Zinsenstützungsbeträgen** beläuft sich im Jahre 1968 nach Berechnung auf 10 Millionen Schilling. Da es sich **hier um die Erfüllung bereits in den Vorjahren eingegangener Verpflichtungen handelt, mußte der Betrag in voller Höhe in den Voranschlag** aufgenommen werden. Die Bedeckung erfolgt durch einen Teil der Außenhandelsförderungsbeiträge.[6])

Ansatz 50316 Förderung des Warenverkehrs

Der hier veranschlagte Betrag von 17·5 Millionen Schilling ist für die Erstellung von Marktstudien, Feasibility reports, Planungs- und Beratungsunterlagen bestimmt. Durch diese Ausgaben soll der österreichischen Exportwirtschaft die Chance eröffnet werden, Lieferungsaufträge der Entwicklungsstaaten zu erhalten, die aus eigenen Mitteln nicht in der Lage sind, die Forschungs- und Planungsarbeiten, die für die Durchführung größerer Investitionen erforderlich sind, durchzuführen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben wird ein Teilbetrag von 10 Millionen Schilling aus den Außenhandelsförderungsbeiträgen [6]) herangezogen.

Ansatz 50325 Technische Hilfe (D)

Der hier veranschlagte Betrag soll zur Gewährung von Darlehen für die Durchführung von Entwicklungshilfeprojekten verwendet werden. Es handelt sich hiebei um die Förderung von Projekten, bei denen die Projektsträger Eigenmittel in höherem Ausmaß einsetzen. Da die Mittel wieder an den Bund zurückfließen, ist diese Art der Entwicklungshilfe vom Standpunkt des Bundesschatzes besonders günstig.

Ansatz 50336 Technische Hilfe (Z)

Der hier veranschlagte Betrag dient sowohl für die Finanzierung der bereits angelaufenen als auch der zu erwartenden neuen Projekte.

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[6]) Siehe Ansatz 2/52684.

Die einzelnen Projekte werden vom Interministeriellen Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer geprüft. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die technische Hilfe jene Form der Hilfeleistung, bei der die vorgesehenen Mittel mit der größtmöglichen Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden können.

Titel 504 Finanzlandesdirektionen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	1.031·7	223·7	1.255·4	64·1
1967 **)	1.098·6	273·1	1.371·7	63·3
1968 **)	1.223·6	312·1	1.535·7	68·7

Bei Titel 504 werden folgende Ausgaben verrechnet:

§	1966*)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
0 Dienststellen	1.224·6	1.338·7	1.497·6
1 Ernährungsbeihilfen für Vorfahren—Abfertigungen	0·1	0·2	0·8
2 Anmietung von Beamtenwohnungen	26·4	28·6	32·9
3 Gebarung gemäß § 62 KFG.	4·3	4·2	4·4
Summe...	1.255·4	1.371·7	1.535·7

Die Einnahmen zeigen folgendes Bild:

0 Dienststellen	31·7	30·9	31·8
2 Anmietung von Beamtenwohnungen	26·2	28·2	32·5
3 Gebarung gemäß § 62 KFG.	6·2	4·2	4·4
Summe...	64·1	63·3	68·7

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ab 1967 ist durch Erhöhungen der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt.

Die Steigerung des Sachaufwandes ist im wesentlichen beim Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen zu verzeichnen; sie ist durch das allgemeine Wirtschaftswachstum beeinflußt.

Die höheren Einnahmen im Voranschlag 1968 sind durch die größere Anzahl von angemieteten Objekten für Beamtenwohnungen bedingt.

Im einzelnen ist noch zu bemerken:

Ansatz 5040 Dienststellen

Aufwand

Beim Sachaufwand sind die höheren Ausgaben im Jahre 1967 vor allem durch eine weitere Steigerung der Hausbeschautätigkeit im Zusammenhang mit Importen und Exporten bedingt. Weiters wirkten sich die im Laufe des Jahres 1967 eingetretenen Preis- und Tariferhöhungen ausgabenvermehrend aus.

Im Voranschlag 1968 wurde auf die Erhöhung des Mietaufwandes (Anmietungen und Adaptierungen als Ersatz für Neubauten), auf die Ausstattung mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen sowie auf die Ersatznachschaffungen im Zuge des Motorisierungsprogrammes (Zollwache) Bedacht genommen.

Im Eventualvoranschlag wurde ein Betrag von 4·638 Millionen Schilling vorgesehen.

Beim Ansatz 1/50408 werden die Verwaltungskosten (Betriebs- und Instandsetzungskosten) für die bis zu ihrer Veräußerung in Obhut der Finanzverwaltung stehenden Liegenschaften veranschlagt. Es handelt sich hiebei um Liegenschaften, die gemäß § 760 ABGB. auf Grund des Dosag-Abkommens (BGBl. Nr. 176/1964) bzw. gemäß § 24 VvG. (BGBl. Nr. 213/1947) der Republik Österreich zugefallen sind. Die Kosten der für 1968 erforderlichen Instandsetzungen finden zum Teil in der bereits vereinnahmten 5jährigen Mietzinsreserve Deckung.

Die entsprechenden Einnahmen aus diesen Liegenschaftsverwaltungen werden beim Einnahmeansatz 2/50405 verrechnet.

Organisation

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von sieben Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), 86 Finanzämtern, 173 Zollämtern und Zollzweigstellen, 28 Zollwachabteilungsinspektoraten, 330 Zollwachabteilungen, 142 Steueraufsichtsstellen und verschiedenen sonstigen Dienststellen besorgt. Diesbezüglich siehe auch BGBl. Nr. 149/1954 (in der Fassung BGBl. Nr. 12/1955).

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Auszahlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe, die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 [7]), die Durchführung des Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetzes, die Vermögenssicherung, die Liegenschaftsverwaltung und die Erhebung verschiedener Kammerumlagen.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich in der Finanzschule Wien.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[7]) BGBl. Nr. 000/1967.

Ansatz 50417 Ernährungsbeihilfen für Vorfahren — Abfertigungen

Personen, die vor dem 1. Jänner 1950 Anspruch auf Ernährungsbeihilfe für Vorfahren (Verwandte und Verschwägerte in aufsteigender gerader Linie) erworben hatten und seither die Voraussetzungen nach den Bestimmungen des Ernährungsbeihilfengesetzes BGBl. Nr. 217/1948, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 83/1949, noch erfüllten, blieb dieser Anspruch gewahrt (§ 14 Abs. 2 des Kinderbeihilfengesetzes BGBl. Nr. 31/1950, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 18/1955).

Gemäß § 48 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000/1967, erhalten diese Empfänger von Ernährungsbeihilfen eine Abfertigung.

Die Höhe der Abfertigung beträgt für Vorfahren der

Geburtsjahrgänge	Schilling
1892 und früher	3.600
1893 bis einschließlich 1902	5.400
1903 bis einschließlich 1912	7.920
1913 und später	10.800

Für den Anspruch auf Abfertigungen kommen voraussichtlich 190 Empfänger von Ernährungsbeihilfen in Betracht. Der Aufwand wird insgesamt 781.000 Schilling betragen.

Ansatz 50428 Anmietung von Beamtenwohnungen

Von der Finanzverwaltung werden Wohnobjekte oder Einzelwohnungen angemietet. Der dadurch zur Verfügung stehende Wohnraum wird Bediensteten der gesamten Bundesverwaltung (ohne Post- und Bahnverwaltung, die eigene Wohnobjekte errichten) gegen entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der angemieteten Wohnungen wird im Jahre 1968 7350 betragen.

Infolge zahlreicher Neuanmietungen zeigt diese Gebarung noch immer eine steigende Tendenz. Der Unterschied zwischen Ausgaben und Einnahmen ist auf den auf die Mieter nicht überwälzbaren Vergebührungsaufwand für die mit der Anmietung in Zusammenhang stehenden Verträge zurückzuführen.

Ansatz 50437 Gebarung gemäß § 62 KFG.

Der § 62 des Kraftfahrgesetzes (KFG.) 1967, BGBl. Nr. 267, ist mit 1. Jänner 1968 in Kraft getreten. Er ermöglicht, daß Kraftfahrzeuge und Anhänger mit ausländischem Kennzeichen in Österreich zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen bei jeder Einreise ohne „grüne Karte" durch Bezahlung von jeweils 40 S an das Zollamt gegen Aushändigung eines Vordruckes (des Fremdenverkehrs wegen vereinfachter Vertragsabschluß) zu versichern sind. 90 v. H. dieser beim Ansatz 2/5043 einzunehmenden Beträge werden über den gleichen Ausgabenansatz dem Verband der Versicherungsanstalten Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 v. H. dieser Beträge entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Titel 505 Finanzprokuratur

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	5·8	0·7	6·5	1·0
1967**)	6·7	1·0	7·7	0·7
1968**)	7·6	1·3	8·9	0·7

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis in den Jahren 1967 und 1968 beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie auf die Beitragspflicht zum Kinderbeihilfenausgleichsfonds zurückzuführen.

Die Steigerung beim Sachaufwand im Bundesvoranschlag 1968 gegenüber dem Jahre 1967 ist im wesentlichen durch ein höheres Erfordernis infolge der Gebührenerhöhung bei den Reise- und Telephongebühren zurückzuführen. Bei den Anlagen ist die Anschaffung eines Kraftfahrzeuges mitveranschlagt.

Aufgaben

Die Wirksamkeit der Prokuratoren in den österreichischen Ländern wird schon im Anfange des 15. Jahrhunderts festgestellt. In neuerer Zeit ergangene Dienstinstruktionen datieren vom 16. Feber 1855, RGBl. Nr. 34, und vom 9. März 1898, RGBl. Nr. 41. Nach Aufhebung im Jahre 1939 wurde die Prokuratur mit Gesetz vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94 (§ 30), wieder errichtet. Nach dem Gesetz vom 12. September 1945, StGBl. Nr. 172 (Prokuraturgesetz), novelliert durch das Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 154, ist die Prokuratur berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, ferner Stiftungen, soweit es sich um ihre Konstituierung oder um die Einbringung des gestifteten Vermögens zum Zwecke der Konstituierung handelt, und die öffentlichen Pfarrarmeninstitute zu vertreten. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokuratur im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes vorgesehen.

Auf Grund dieser Ermächtigung wurde die Vertretungsbefugnis durch mehrere „Prokuraturs-verordnungen" ausgedehnt, von denen folgende noch aktuell sind: BGBl. Nr. 94/1948 (Theresianische Akademie), BGBl. Nr. 165/1951 (Austria Tabakwerke AG. vormals Österreichische Tabakregie), BGBl. Nr. 18/1953 (Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst) und BGBl. Nr. 88/1961 (Österreichische Akademie der Wissenschaften).

Eine Reihe von gesetzlichen Sonderbestimmungen ergänzt den Aufgabenbereich der Prokuratur, die in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964 auf Seite 130, rechte Spalte, 3. Absatz, nachgelesen werden können; dazu tritt noch die Pressegesetznovelle 1966, BGBl. Nr. 104, mit welcher der Finanzprokuratur eine Mitwirkung an dem Entschädigungsverfahren wie bei der Durchführung des Amtshaftungsgesetzes zugeteilt wurde.

Die Prokuratur ist ferner allgemein berufen, zum Schutze öffentlicher Interessen vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokuratur die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Zum Einschreiten der Prokuratur vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten bedarf sie keines Nachweises ihrer Vollmacht. Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Patentgerichtshof und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

Titel 506 Hauptpunzierungs- und Probieramt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	3·3	0·3	3·6	8·6
1967 **)	3·7	0·5	4·2	8·3
1968 **)	4·0	0·5	4·5	8·3

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ab 1967 ist durch Bezugserhöhungen bedingt.

Die Steigerung des Sachaufwandes ab 1967 ist auf höhere Umsätze zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

a) Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 184/1965;

b) Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 212/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 232/1965.

Organisation

Veranschlagt ist der Aufwand des Hauptpunzierungs- und Probieramtes mit den ihm unterstellten Punzierungsämtern Wien (I) und Wien (II), Linz samt Punzierungsstätte Salzburg, Graz samt Punzierungsstätte Klagenfurt und Innsbruck samt Punzierungsstätte Feldkirch, wobei das Punzierungsamt Linz noch Amtstage in Wels abhält. Diese nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Im Jahre 1966 wurden 3,503.567 Stück Schmuckgegenstände aus Edelmetall im Gewichte von 22.840·831 Kilogramm und 63.694 Uhren aus Edelmetall geprüft und punziert.

Titel 507 Zentralbesoldungsamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	29·6	9·0	38·6	0·7
1967 **)	34·5	16·5	51·0	0·5
1968 **)	39·3	20·2	59·5	0·9

Aufgaben

Das Zentralbesoldungsamt (ZBA) untersteht gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 186/1964, dem Bundesministerium für Finanzen. Ihm obliegt die Zahlung und Verrechnung der im Dienstrecht der Bundesbediensteten vorgesehenen Geldleistungen sowie der vom Bundespräsidenten gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse. Hievon sind ausgenommen Geldleistungen für Bedienstete und nach Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung sowie für Bedienstete des Dienststandes im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung, und die Reisegebühren und Entschädigungen für Nebentätigkeiten.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Das Zentralbesoldungsamt ist gegenwärtig für rund 174.000 Personen bezugszuständig; **hievon entfallen rund 69.000 auf Empfänger von** Ruhe(Versorgungs)genüssen. Ab dem Jahre 1968 werden dem Zentralbesoldungsamt auch die Auszahlung der Kriegsopfer-Versorgungsgebühren und Aufgaben der Haushaltsverrechnung übertragen werden.

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ab 1967 ist auf **Bezugserhöhungen zurückzuführen.**

Die Steigerung im Sachaufwand 1967 ist hauptsächlich auf die Veranschlagung der Restzahlung für eine neue Datenverarbeitungsanlage und damit in Zusammenhang stehende Ausgaben zurückzuführen.

Die Steigerung im Sachaufwand 1968 ist hauptsächlich durch die Vorsorge für den Material- und Energieverbrauch bedingt, der aus dem künftigen Betrieb der Datenverarbeitungsanlage für die Haushaltsverrechnung und aus der geplanten Auszahlung und Verrechnung der Kriegsopferversorgungs- und Opferfürsorgerenten sowie der Kleinrentnerentschädigungen resultiert, sowie auf die ab 1. Jänner 1967 erhöhten Post- und Telephongebühren zurückzuführen.

Fortsetzung zu Seite 149 (Ansatz 1/50180):

§ 25 dieses Bundesgesetzes bestimmt, daß die Mittel zur Bestreitung der Aufwendungen der Unfallversicherung durch Beiträge der Dienstgeber aufgebracht werden, die auf der Grundlage der Summe der Gehälter zu bemessen sind. Auf diese Beiträge sind beginnend ab 1. Jänner 1968 monatliche Vorschüsse in der Höhe eines Zwölftels des voraussichtlichen Jahresbeitrages zu leisten.

Die Mittel, die der Bund für jene Bediensteten aufzuwenden hat, die den Personalständen der Bundesbetriebe und Monopole angehören, sind bei den entsprechenden Ansätzen der Bundesbetriebe und Monopole veranschlagt. Die Mittel für alle übrigen Bundesbediensteten und für die Landesbediensteten, für die der Bund die Kosten der Besoldung trägt, sind beim vorliegenden Ansatz veranschlagt.

Der im Bundesvoranschlag 1968 vorgesehene Betrag von 39 Millionen Schilling ist zur Bestreitung der Aufwendungen der Unfallversicherung erforderlich, die in der Zeit vom 1. Juli 1967 bis 31. Dezember 1968 anfallen.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	172·7	56·0
1967 **)	239·4	31·8
1968 **)	215·6	40·2

Beim Titel 510 werden folgende Gebarungen verrechnet:

§	Ausgaben	1966*)	1967**)	1968**)
			Mill. S	
0	Staatlicher Postscheckverkehr	77·4	86·0	86·0
1	Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke	46·6	75·0	60·0
2	Marktpflege	33·4	55·0	44·0
3	Kursverluste	15·1	22·0	25·0
4	Effekten- und Geldverkehrskosten	0·2	1·4	0·6
	Summe.	172·7	239·4	215·6
	Einnahmen			
1	Entnahmen aus dem Bundesbesitz	39·6	25·1	30·0
2	Einlösung von UN-Obligationen	0·7	0·8	0·8
3	Kursgewinne	9·5	3·5	4·0
4	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	6·2	2·4	5·4
	Summe.	56·0	31·8	40·2

Ansatz 51001 Staatlicher Postscheckverkehr

Die Kosten des staatlichen Postscheckverkehrs setzen sich zusammen:

1. Aus den Auszahlungs-, Buchungs- und Drucksortengebühren des Postsparkassenamtes für die über die Postscheckkonten der Hoheitsverwaltung, der Bundesbetriebe und betriebsähnlichen Verwaltungszweige des Bundes mit Ausnahme der Österreichischen Bundesbahnen abgewickelten Zahlungen;

2. aus den auf den Bund übernommenen Postzustellgebühren für Kriegsopferversorgungs- und Opferfürsorgerenten, Kleinrentnerentschädigungen sowie Pensionszahlungen der Hoheitsverwaltung;

3. aus sonstigen Zahlungen an das Postsparkassenamt.

Unterschiede der Gebarung

Die höhere Veranschlagung im Jahre 1967 und 1968 gegenüber 1966 ist darauf zurückzuführen, daß einerseits der Gesamtumsatz der über die staatlichen Postscheckkonten abgewickelten Zahlungen eine weitere Steigerung erfahren hat, anderseits die sonstigen Zahlungen an das Postsparkassenamt für die Besorgung des staatlichen Postscheckverkehrs im Jahre 1966 infolge von Ausgabenrückstellung nicht in der veranschlagten Höhe in Anspruch genommen werden konnte.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/51013 Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke bzw. Ansatz 2/51017 Entnahme aus dem Bundesbesitz

Ansatz 1/51023 Marktpflege

Die Beträge für den Erwerb von Schuldverschreibungen des Bundes werden vornehmlich im Rahmen der Vorsorgen zur Erfüllung der planmäßigen Tilgungsquoten bei den einzelnen Anleihen, soweit freie Rückkäufe nach den Anleihebedingungen möglich sind, beziehungsweise in dem Maße als Verkaufsangebote auf dem Markte vorliegen, in Anspruch genommen. Die erworbenen Schuldverschreibungen werden beim Ansatz 1/51013 mit ihrem Nennwert verrechnet, während ein sich bei den Ankäufen etwa ergebender Kursgewinn beim Ansatz 2/51034 zur Verbuchung gelangt.

Im Zeitpunkt der Heranziehung der vorerwähnten Effekten für Tilgungszwecke wird deren Gegenwert (Nominalwert) als Erlös beim Ansatz 2/51017 in Empfang und bei dem zuständigen Ansatz der Gruppe 9 „Finanzschuld" als Tilgung in Ausgabe verrechnet.

Beim Ansatz Marktpflege fallen ähnlich wie beim Ansatz 1/51013 Ausgaben aus dem Erwerb von Schuldverschreibungen des Bundes an; der Erwerb dient aber nicht unmittelbaren Tilgungszwecken, sondern Kursstützungen und Interventionen.

Die sich im Zusammenhang mit diesem Erwerb ergebenden Verrechnungen im Bundeshaushalt sind, vom Ausgabenansatz abgesehen, die gleichen wie bei den Ausgaben zu Lasten des Ansatzes 1/51013.

Gebarung 1968

Für Tilgungskäufe bei in- und ausländischen Bundesanleihen, die sich bereits im Tilgungsstadium befinden, wurden 60 Millionen Schilling, für Kursstützungen (Marktpflege) 44 Millionen Schilling veranschlagt.

Gebarung 1966 und 1967

Im Jahre 1966 wurden von den insgesamt veranschlagten 90 Millionen Schilling rund 80 Millionen Schilling in Anspruch genommen.

Für das Jahr 1967 wurden für Tilgungskäufe 75 Millionen Schilling und für Kursstützungen 55 Millionen Schilling veranschlagt, weil entsprechend der Lage auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt mit höheren Tilgungskäufen und auch mit erhöhten Interventionen zu rechnen ist.

Ansatz 2/51027 Einlösung von UN-Obligationen

Bei diesem Ansatz ist der Betrag veranschlagt, der sich aus der tilgungsplanmäßigen Einlösung der im Jahre 1962 von der UN durch den Bund erworbenen und sich derzeit im Bundesbesitz befindlichen UN-Obligationen ergibt.

Ansatz 5103 Kursverluste (-gewinne)

Bei diesen Ansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln [gegenüber dem Kassenwert [1])] beziehungsweise aus dem Erwerb von Effekten für Tilgungszwecke [2]) (gegenüber dem Nominalwert) veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Die für das Jahr 1966 ausgewiesene Netto-Ausgabe von 5·6 Millionen Schilling ist überwiegend auf den Zinsen- und Tilgungsdienst für Fremdwährungsschulden zurückzuführen.

Der für das Jahr 1967 veranschlagte Nettokursverlust in der Höhe von 18·5 Millionen Schilling wird hinsichtlich eines Betrages von 15·5 Millionen Schilling bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln und hinsichtlich eines Betrages von 3·0 Millionen Schilling aus Offenmarktoperationen erwartet.

Der für das Jahr 1968 erwartete Netto-Kursverlust in der Höhe von 21·0 Millionen Schilling ist hinsichtlich eines Betrages von 18·0 Millionen Schilling überwiegend auf Kursverluste bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln und hinsichtlich eines Betrages von 3·0 Millionen Schilling auf Kursverluste aus Offenmarktoperationen zurückzuführen.

Gemäß § 54 Nationalbankgesetz 1955, BGBl. Nr. 184, kann die Oesterreichische Nationalbank zur Regelung des Geldmarktes auf dem freien Markt verschiedene Wertpapiere kaufen und verkaufen. Die am Ende eines Geschäftsjahres aus solchen Geschäften per Saldo sich ergebenden Gewinne oder Verluste sind dem Bund gutzuschreiben oder anzulasten. Für das Jahr 1968 wird mit Offenmarktoperationen im Umfang von rund 100 Millionen Schilling gerechnet, die Verluste in der Höhe von rund 4 Millionen Schilling, welchen Gewinne von rund 1 Million Schilling gegenüberstehen könnten, erwarten lassen.

Ansatz 1/51048 Effekten- und Geldverkehrskosten und 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (z. B. Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Fremdwährungsbeträgen) anfallen, sind diese bei diesem Ansatz zu verrechnen.

Zinsen aus Effekten

Die Zinseneinnahmen aus im Bundesbesitz befindlichen Effekten (hauptsächlich Bundesschuldverschreibungen) können jeweils nur geschätzt werden, weil diese Einnahmen von den jeweiligen Beständen abhängen. Je nach Marktlage oder Tilgungserfordernissen ändern sich diese Bestände; sie sind daher auch keine festbleibenden Vermögensteile des Bundes.

Der Erfolg des Jahres 1966 betrug 4·3 Millionen Schilling; für das Jahr 1967 wurde für Zinseneingänge ein Betrag von rund 1·5 Millionen Schilling präliminiert, für das Jahr 1968 ein Betrag von rund 3·9 Millionen Schilling.

Titel 511 Zuführung an bzw. Entnahme aus der Kassenreserve

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	—	—
1967 **)	—	—
1968 **)	—	—

Für den Fall, daß sich ein effektiver kassamäßiger Überschuß aus der Gesamtgebarung des Bundeshaushaltes ergeben sollte, ist der Titel 511 als Verrechnungsstelle vorgesehen.

Titel 512 Zuführung an bzw. Entnahme aus Rücklagen

	Ordentliche Gebarung		Außerordentliche Gebarung	
	Sachaufwand	Einnahmen	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	385·7	484·5	32·8	25·2
1967 **)	—	—	—	—
1968 **)	—	—	—	—

Die Gebarung des Titels 512 gliedert sich wie folgt auf:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **
	Mill. S		
Baurücklage:			
ordentliche Gebarung	—	—	—
außerordentliche Gebarung	18·8	—	—
Anlagenrücklage der Bundesbetriebe:			
ordentliche Gebarung	0·2	—	—
außerordentliche Gebarung	13·6	—	—
Zweckgebundene Einnahmenrücklage:			
ordentliche Gebarung	385·5	—	—
außerordentliche Gebarung	0·4	—	—
Summe	418·5	—	—

[1]) Siehe Seite 34.
[2]) Siehe Ansatz 51013.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen	1966 *)	1967*) Mill. S	1968 **)
Baurücklage:			
ordentliche Gebarung	6·8	—	—
außerordentliche Gebarung	17·2	—	—
Anlagenrücklage der Bundesbetriebe:			
ordentliche Gebarung	0·1	—	—
außerordentliche Gebarung	—	—	—
Zweckgebundene Einnahmenrücklage:			
ordentliche Gebarung	477·6	—	—
außerordentliche Gebarung	8·0	—	—
Summe	509·7	—	—

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 5120/5121 Baurücklage

Im Artikel VIII Z. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1968 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für einzeln veranschlagte Bauvorhaben eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Haushaltsgebarung	Durchlaufende Gebarung
laufendes	Ausgabe: Ansätze 1/5120/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Ansätze 2/5120/5121	Ausgabe: rückgestellter Erlag
	Ausgabe: z. B. Kapitel 64 „Bauten und Technik"	—

Ansatz 5122/5123 Anlagenrücklage der Bundesbetriebe

Im Artikel VIII Z. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1968 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Anlagen der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung der Gruppe 7 „Bundesbetriebe" eine **Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung** vorzunehmen. Diese Ermächtigung dient wie einige andere Maßnahmen der Erleichterung und Kommerzialisierung der Betriebsführung der staatlichen Betriebe.

Im Bundesvoranschlag 1968 sind für die Rücklagenzuführung entsprechende Verrechnungsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei den Baurücklagen.

Ansatz 5124/5125 Zweckgebundene Einnahmenrücklage

Im Artikel VIII Z. 3 des Bundesfinanzgesetzes 1968 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile zweckgebundener Einnahmen früherer Jahre eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.

Im Bundesvoranschlag 1968 sind für die Rücklagenzuführung entsprechende Verrechnungsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei den Baurücklagen.

Gebarung 1958 bis 1966

In den Jahren 1958 bis 1966 wurden Ausgaben- bzw. zweckgebundene Einnahmenreste folgender Verwaltungszweige Rücklagen zugeführt:

	1958	1959	1960	1961[3])	1962	1963[4])	1964	1965	1966
					Mill. S				
Hochbau (Neubauten)	20·1	31·9	38·5	9·4	36·0	216·6	3·9 [5])	2·1 [5])	0·9 [5])
Bundesgebäudeverwaltung	—	2·2	—	—	8·5	14·1	21·6 [6])	18·4 [7])	17·9 [5])
Bauten der Bundestheater	—	—	—	1·1	—	—	—	—	—
Wasserbauverwaltung	—	—	—	0·7	1·2	—	—	—	—
Bauten für die Landesverteidigung	—	—	—	—	0·7	8·2	8·5 [5])	5·0 [5])	—
Sonstige	—	—	—	—	—	7·3	7·3	1·5	—
Anlagen der Bundesbahnen	—	—	—	41·0	35·0[5])	—	—	—	13·6 [5])
Anlagen der Bundesforste	—	—	—	—	0·4	—	—	0·0	0·1
Anlagen der Bundesapotheken	—	—	—	—	—	—	0·1	—	—
Anlagen der Glücksspiele	—	—	—	—	—	—	—	0·1	0·1
Anlagen des Branntweinmonopols	—	—	—	—	—	—	—	—	0·0
Nicht verbrauchte zweckgebundene Einnahmen	—	—	—	—	—	—	—	584·6 [8])	385·9 [9])

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[3]) Hievon 43·7 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung.

[4]) Hievon 231·6 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung.

[5]) Außerordentliche Gebarung.

[6]) Hievon 15·6 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung.

[7]) Hievon 10·1 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung.

[8]) Hievon 8·0 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung.

[9]) Hievon 0·4 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung.

Titel 2/513 Beiträge

	Einnahmen Mill. S
1966 *)	101·1
1967**)	—
1968**)	—

In den Vorjahren wurde hier ein Beitrag laut Österreichisch-Deutschem Finanz- und Ausgleichs**vertrag verrechnet; der letzte Beitrag aus diesem Vertrag war 1966 fällig.**

Ab Voranschlag 1967 dient dieser Ansatz für **die Verrechnung von sonstigen anfallenden Beiträgen, die bzw. deren Höhe im Zeitpunkt der Veranschlagung nicht voraussehbar bzw. abschätzbar sind.**

Titel 1/518 Pauschalvorsorge für Personalausgaben

	Personalaufwand Mill S
1966 *)	—
1967 **)	—
1968 **)	295·9

Im Jahre 1966 waren neben 35 Millionen Schilling für eine gesetzliche Pflicht-Unfallversicherung für die pragmatischen Bediensteten weitere 1.050 Millionen Schilling für sonstige Besoldungsverbesserungen pauschal vorgesehen gewesen. Die Verrechnung erfolgte jedoch bei den einzelnen Ansätzen der Ressorts.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Die Pauschalvorsorge im Voranschlag 1968 soll das Wirksamwerden des neuen Gehaltsgesetzes im Jahre 1968 ermöglichen. Nach den Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes war der 1. Oktober 1968 als Wirksamkeitsbeginn vereinbart. Dieses Wirksamwerden hätte die Bereitstellung von 615 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag 1968 erfordert. Im Bundesvoranschlag 1968 ist hiefür jedoch nur ein Betrag von 296 Millionen Schilling vorgesehen. Der zusätzlich erforderliche Betrag von rund 320 Millionen Schilling muß durch effektive Einsparungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Personalaufwandes sichergestellt werden.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	—	—
1967**)	—	—
1968**)	1·2	—

Die Höhe der bei diesem Titel zu erwartenden Ausgaben und Einnahmen ist schwer abschätzbar.

Der veranschlagte Betrag ist für die Auszahlung von Beträgen vorgesehen, die in Vorjahren inkameriert worden waren.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben [1] [2]

Sachlicher Überblick

Vor der Erläuterung der für die einzelnen öffentlichen Abgaben veranschlagten Beträge wird nachstehend ein sachlicher Überblick über diese gegeben:

Titel 520 Direkte Steuern

Einkommensteuer

Die Einkommensteuer [3] ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Für die Bemessung der Einkommensteuer werden die Steuerpflichtigen in zwei Steuergruppen eingereiht. In die Steuergruppe A gehören die Unverheirateten, solange sie das 43. Lebensjahr (für die Kalenderjahre 1967 und 1968) bzw. das 44. Lebensjahr (für die Kalenderjahre 1969 und 1970) noch nicht vollendet haben; in die Steuergruppe B gehören alle anderen Steuerpflichtigen. Zur Berücksichtigung der Aufwendungen für Kinder werden Kinderfreibeträge gewährt, die für die jeweils ersten beiden Kinder je 7000 Schilling, ab dem dritten Kind je 8000 Schilling jährlich betragen. Erzielt nur ein Ehegatte (Lebensgefährte) Einkünfte aus Erwerbstätigkeit oder übersteigen derartige Einkünfte bei dem anderen Ehegatten (Lebensgefährten) nicht 3000 Schilling im Kalenderjahr, dann wird vom Einkommen ein Alleinverdienerfreibetrag abgezogen. Beide Freibeträge (Kinderfreibeträge und Alleinverdienerfreibetrag) erhöhen das im Tarif vorgesehene steuerliche Existenzminimum. Die Höhe der Einkommensteuer bemißt sich nach einem für die Steuergruppe B festgesetzten Staffeltarif. Der Steuersatz beginnt mit 8 v. H. des Mehrbetrages über 12.000 Schilling und nähert sich asymptotisch dem Satz von 47 v. H. bei Einkommen über 2 Millionen Schilling. Der Steuersatz der Steuergruppe A beträgt bis zu einem Einkommen von 39.000 Schilling das 1,45fache der Einkommensteuer der Steuergruppe B; für Mehrbeträge über 39.000 Schilling sind die um 7 Schilling je 100 Schilling der Mehrbeträge vermehrten Steuersätze der Steuergruppe B anzuwenden. Die Einkommensteuer der Steuergruppe A darf aber 52 v. H. des Einkommens nicht übersteigen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf inländische Kapitalerträge (Kapitalertragsteuer).

Lohnsteuer

Die Lohnsteuer wird nach dem Taglohn und nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt abzuführen.

Kapitalertragsteuer

Die Kapitalertragsteuer wird insbesondere erhoben von inländischen Kapitalerträgen, und zwar von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen (insbesondere Aktiengesellschaften und Ges. m. b. H.) sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 15 v. H. beziehungsweise 17·65 v. H. bei Übernahme der Steuer durch den Schuldner (Unternehmen) von den vollen Kapitalerträgen.

Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer [4] ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt bei einem Einkommen bis 100.000 Schilling 24 v. H. und steigert sich bis auf 44 v. H. bei einem Einkommen von über 1,000.000 Schilling.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer [5] ist eine bundesgesetzlich geregelte Gemeindesteuer, der jeder stehende Gewerbebetrieb und Wandergewerbe-

---

[1] Wegen „Bundesverwaltungsabgaben" siehe die Ausführungen auf Seite 174 unter „Verwaltungsabgaben".

[2] Die Bestimmungen des Abgabenänderungsgesetzes 1967, die voraussichtlich ab 1. Jänner 1968 in Kraft treten werden, sind noch nicht berücksichtigt, da derzeit das Begutachtungsverfahren über diesen Gesetzentwurf noch nicht abgeschlossen ist.

[3] Siehe Einkommensteuergesetz 1967, BGBl Nr. 268.

[4] Körperschaftsteuergesetz 1966, BGBl. Nr. 156.

[5] Siehe Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, Gewerbesteueränderungsgesetz 1954, BGBl. Nr. 191, Steueränderungsgesetz 1955, BGBl. Nr. 59, Gewerbesteueränderungsgesetz 1959, BGBl. Nr. 303, Kundmachung BGBl. Nr. 11/1961, § 320 Abs. 3 lit. c Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, Kundmachungen 266/1963 und 265/1964, Gewerbesteueränderungsgesetz 1966, BGBl. Nr. 160.

betriebe, soweit sie im Inland betrieben werden, unterliegen. Besteuerungsgrundlagen sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital und daneben wahlweise die Lohnsumme. Bei der Berechnung der Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und vom Gewerbekapital wird von einem einheitlichen Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Zusammenrechnung der Steuermeßbeträge, die sich nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital ergeben, gebildet wird. Die Steuermeßbeträge ergeben sich durch Anwendung eines Hundertsatzes (Steuermeßzahl) auf den Gewerbeertrag und eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf das Gewerbekapital. Von diesem so gebildeten einheitlichen Steuermeßbetrag wird die Gewerbesteuer durch Anwendung des Hebesatzes (Hundertsatzes des Meßbetrages) von 150 v. H. [6]) errechnet. Von der Bundesfinanzverwaltung wird nur die Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und vom Gewerbekapital für die Gemeinden eingehoben.

Bundesgewerbesteuer

Außerdem wird nach den gleichen Grundsätzen wie die Gewerbesteuer der Gemeinden eine Bundesgewerbesteuer (ausschließliche Bundesabgabe) im Ausmaß von 150 v. H. des einheitlichen Steuermeßbetrages erhoben [6]).

Lohnsummensteuer

Für die Lohnsummensteuer ist Besteuerungsgrundlage die Lohnsumme, die in jedem Kalendermonat an die Arbeitnehmer der in der Gemeinde befindlichen Betriebsstätte gezahlt worden ist. Die Lohnsummensteuer wird von den hiezu berechtigten Gemeinden eingehoben. Ihr Ertrag fließt den Gemeinden zu. Die Berechnung erfolgt ähnlich der Gewerbesteuer durch Festsetzung eines Steuermeßbetrages (Steuermeßzahl 2 v. T. der Lohnsumme), auf den der jeweilige Hebesatz der hebeberechtigten Gemeinde angewendet wird. Die Lohnsummensteuer ist keine Bundeseinnahme und ist daher im Bundesvoranschlag nicht vorgesehen. Sie wird hier nur wegen der Vollständigkeit und wegen ihres Zusammenhanges mit der Gewerbesteuer nach dem Ertrag und dem Kapital erwähnt.

Vermögensteuer

Der Vermögensteuer [7]) unterliegt das Gesamtvermögen beziehungsweise das Inlandsvermögen, das nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes [8]) ermittelt wird.

Bei der Festsetzung der Vermögensteuer für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen sind ab 1. Jänner 1963 Freibeträge in Höhe von 60.000 S vorgesehen [9]).

Die Vermögensteuer beträgt 5 v. T. des steuerpflichtigen Vermögens.

Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben", BGBl. Nr. 166/1960, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 52/1967, wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die ab 1. Jänner 1968 mit 310 v. H. des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

Aufsichtsratsabgabe

Aufsichtsratsabgabe [10]). Vergütungen jeder Art, die den Aufsichtsratsmitgliedern von Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechtes, bei denen die Gesellschafter nicht als Unternehmer anzusehen sind, für die Überwachung der Geschäftsführung gewährt werden, sind abgabepflichtig. Die Abgabe beträgt 30 v. H., wenn der Empfänger die Abgabe selbst trägt, und 42·857 v. H., wenn das Unternehmen die Abgabe übernimmt.

Titel 521 Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge)

Beitrag vom Einkommen

Zur Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen [11]) und zur Familienförderung (Familienlastenausgleich) wird von allen einkommensteuerpflichtigen natürlichen und körperschaftsteuerpflichtigen juristischen Personen durch die Finanzämter ein Beitrag [12]) (vom Einkommen) erhoben, der 18 v. H. der Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer beträgt. Ab 1. Jänner 1968 werden

[6]) Finanzausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 2.

[7]) Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, in der Fassung der Vermögensteuergesetznovelle 1957, BGBl. Nr. 33.

[8]) Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 145/1963, und der Bewertungsgesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 181.

[9]) Gemäß Budgetsanierungsgesetz 1963, Artikel II, BGBl. Nr. 83.

[10]) Gesetz vom 28. März 1934, DRGBl. I S. 523, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 109/1946.

[11]) Bundesgesetz BGBl. Nr. 280/1967.

[12]) BGBl. Nr. 152/1954.

15/18 der eingehobenen Beiträge für die Wohnbauförderung 1968 (Überweisung an die Länder) und 3/18 zur Familienförderung (Überweisung an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen) verwendet.

Vom obenangeführten Beitrag werden, soweit er für Zwecke der Wohnbauförderung 1968 zufließt, 10% abgezweigt und dem Wasserwirtschaftsfonds [13]) überwiesen.

Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz

Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz [14]) haben Eigentümer von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Hypothekargläubiger zu leisten. Die Leistungspflicht trifft Eigentümer von bebauten Grundstücken, soweit diese nicht durch Kriegseinwirkung beschädigt oder zerstört sind. Der Beitrag beträgt bei bebauten Grundstücken für Wohnungen und Geschäftsräume, deren Mietzinsbildung nach dem Mietengesetz erfolgt, jährlich 10 Groschen je Krone des Jahresmietzinses für 1914, für bebaute und unbebaute Grundstücke jährlich 2 bis 5 v. T. des maßgebenden Einheitswertes (das ist entweder der zum 1. Jänner 1955 geltende Einheitswert oder 30% des für das betreffende Jahr geltenden Einheitswertes), wenn dieser 50.000 Schilling übersteigt. Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. **Nr. 153/1966 sind die Beiträge seit 31. 12. 1962 erstarrt. Die Beiträge der Hypothekargläubiger** betragen 50 v. H. der zum 1. Juni 1948 noch aushaftenden Forderung, wenn die zur Sicherstellung **dienenden Wohnhäuser vor dem 1. Juli 1966 mit** Fondshilfe wiederhergestellt wurden, beziehungsweise **5 v. H. der vor dem 1. Juli 1966 vereinnahmten** Kapital- und Zinsbeträge in allen anderen **Fällen. Die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz werden ab 1. Juli 1950 erhoben.** Sie fließen ab 1. Jänner 1968 dem Bund zu und werden den Ländern zur Wohnbauförderung zugeteilt (siehe BGBl. Nr. 280/1967).

Wohnbauförderungsbeitrag

Zur Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen ist ein Wohnbauförderungsbeitrag [15]) zu leisten, der ab 1. Jänner 1968 der Wohnbauförderung 1968 zufließt. Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3, Abs. 1, des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

a) der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 v. T. der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) beziehungsweise, wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;

b) der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 v. T. des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 v. T. der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten. Der Dienstgeber hat den Beitrag des Dienstnehmers (Heimarbeiters) bei Zahlung des Entgeltes einzubehalten und ihn zusammen mit seinem eigenen Beitrag an den Träger der gesetzlichen Kranken(Pensions)versicherung weiterzuleiten. Dieser hat den Beitrag an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds abzuführen.

Beitrag vom Einkommen und vom Vermögen für den Katastrophenfonds

Neben dem Beitrag vom Einkommen (siehe Seite 161) wird für die Kalenderjahre 1967 bis 1970 ein Beitrag vom Einkommen und vom Vermögen zur Schaffung der Mittel für den Katastrophenfonds [15a]) von allen einkommensteuerpflichtigen, körperschaftsteuerpflichtigen und vermögensteuerpflichtigen Personen durch die Finanzämter erhoben, der 3 v. H. der Einkommen-, Lohn- Kapitalertrag-, Körperschaft- und Vermögensteuer beträgt.

---

[13]) BGBl. Nr. 310/1964.

[14]) Bundesgesetz BGBl. Nr. 130/1948 in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 26/1951, 228/1951, 106/1952, 116/1953, 117/1953, 154/1954, 156/1955, 154/1958, 153/1966 und 280/1967.

[15]) BGBl. Nr. 13/1952, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 155/1954, BGBl. Nr. 164/1956, BGBl. Nr. 91/1960 und BGBl. Nr. 285/1963.

[15a]) Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966.

Titel 522 Umsatzsteuer samt Zuschlag

Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer[16]) ist eine Steuer auf den gesamten wirtschaftlichen Verkehr und umfaßt grundsätzlich jeden Umsatz in jeder Wirtschaftsstufe. Gegenstand der Umsatzsteuer sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch und die Einfuhr von Waren im Sinne des Zollgesetzes in das Zollgebiet (Ausgleichsteuer).

Der allgemeine Steuersatz beträgt 3 v. H. Die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer bildet in der Regel das Entgelt. Die Steuer ermäßigt sich auf 2·3 v. H. für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der Lebensmitteleinzelhändler, der Gemischtwarenhändler mit Lebensmitteleinzelhandel, der Milch-, Obst-, Gemüse- und Süßwareneinzelhändler, Fleischer und Pferdefleischer sowie für die Küchenumsätze im Gast- und Schankgewerbe, wenn der Gesamtumsatz im letzten vorangegangenen Kalenderjahr 750.000 Schilling nicht überstiegen hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 1 v. H. für die Lieferungen und den Eigenverbrauch von Gegenständen, die innerhalb eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes im Inland erzeugt werden, soweit der Erzeuger die Gegenstände im Rahmen seines Unternehmens liefert, sowie für Umsätze von Getreide, Mehl, Schrot oder Kleie aus Getreide und von daraus hergestellten Backwaren, von Grieß aus Getreide ohne Nährmittelzusatz, ferner von zum unmittelbaren Genuß geeigneten Speiseölen, von Margarine und sonstigen Kunstspeisefetten, von raffiniertem, zum unmittelbaren Genuß geeigneten Zucker sowie von Milch und Erzeugnissen aus Milch mit Ausnahme von Schlagobers, Trockenmilch und Kondensmilch. Die Steuer ermäßigt sich gleichfalls auf 1 v. H. für die Lieferungen von Gegenständen im Großhandel, soweit der Unternehmer die Gegenstände erworben und weder bearbeitet noch verarbeitet hat.

Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer und Rechnungsstempelpauschale

Zu den Sätzen der Umsatzsteuer (Ausgleichsteuer) wird ein Bundeszuschlag[17]) von 50 v. H. eingehoben. Außerdem ist an Stelle des Rechnungsstempels[18]) bis auf weiteres von allen Umsatzsteuerpflichtigen ein Zuschlag zur Umsatzsteuer (ohne 50%igen Bundeszuschlag) in der Höhe von 30 v. H. zu entrichten. Dieser Zuschlag, der zugleich mit der Umsatzsteuer zu entrichten ist, darf bei Umsätzen nach § 7 Abs. 2 Ziffer 1 UStG. 0·2 v. H. und bei allen übrigen Umsätzen 0·75 v. H. der Umsätze nicht übersteigen. Die Steuersätze einschließlich der Zuschläge betragen somit

a) bei Umsätzen nach § 7 Abs. 2 Z. 1 lit. a und b UStG. ..... 1·7 v. H.,

b) bei Umsätzen nach § 7 Abs. 2 Z. 2 und Abs. 5 sowie § 8 Abs. 14 UStG. ..... 1·8 v. H.,

c) bei Umsätzen nach § 7 Abs. 3 UStG. ..... 4·14 v. H.,

d) bei allen übrigen Umsätzen .. 5·25 v. H.

Die Ausgleichsteuer bei der Einfuhr beträgt bei den Gegenständen der Gruppe 1 der Anlage E des Umsatzsteuergesetzes (Budgetsanierungsgesetz)[19]) ..... 1·8 v. H.,

im Regelfall ..... 5·25 v. H.,

bei den Gegenständen der Gruppe 2 der Anlage E des Umsatzsteuergesetzes[19]) ..... 6·75 v. H.

und bei den Gegenständen der Gruppe 3 der Anlage E des Umsatzsteuergesetzes[19]) ..... 8·25 v. H.

Der Ertrag des Rechnungsstempelpauschales ist bei dem Ansatz 2/52514 veranschlagt.

Umsatzsteuervergütung

Bei Warenexporten nach dem Ausland wird die Vorbelastung dieser Waren mit Umsatzsteuer vergütet. Bezüglich der Umsatzsteuervergütung für exportierte Waren unterscheidet das Umsatzsteuergesetz die Ausfuhrhändlervergütung und die Ausfuhrvergütung.

Ausfuhrvergütung

Anspruch auf Ausfuhrvergütung hat grundsätzlich sowohl der exportierende Erzeuger als auch der Ausfuhrhändler. Durch die Ausfuhrvergütung soll die Umsatzsteuer einschließlich der Zuschläge vergütet werden, die auf der Lieferung oder der Einfuhr der Bestandteile, Zu-

[16]) Siehe Umsatzsteuergesetz 1959, BGBl. Nr. 300/1958, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 302/1959, BGBl. Nr. 170/1961, BGBl. Nr. 92/1962, BGBl. Nr. 168/1962, BGBl. Nr. 57/1963, BGBl. Nr. 83/1963, BGBl. Nr. 133/1964, Artikel II, BGBl. Nr. 188/1964, BGBl. Nr. 290/1964, BGBl. Nr. 214/1965 und BGBl. Nr. 148/1966.

[17]) Steueränderungsgesetz 1949, BGBl. Nr. 132.

[18]) Siehe § 37 des Gebührengesetzes 1957, BGBl. Nr. 267.

[19]) BGBl. Nr. 83/1963, BGBl. Nr. 188/1964, BGBl. Nr. 290/1964, BGBl. Nr. 214/1965 und BGBl. Nr. 148/1966.

behörteile und Hilfsstoffe lastet, welche bei der Erzeugung der Gegenstände verwendet worden sind.

Die Ausfuhrvergütung einschließlich der Zuschläge beträgt
für Gegenstände der Gruppe 1 ..... 0·85 v. H.,
für Gegenstände der Gruppe 2 ..... 2·55 v. H.,
für Gegenstände der Gruppe 3 ..... 4·08 v. H.,
für Gegenstände der Gruppe 4 ..... 5·78 v. H.,
für Gegenstände der Gruppe 5 ..... 7·14 v. H.,
für Gegenstände der Gruppe 6 ..... 8·5 v. H.
des Entgeltes für die ausgeführten Gegenstände frei österreichische Grenze.

Ausfuhrhändlervergütung

Die Ausfuhrhändlervergütung, welche nur dem exportierenden Händler, nicht aber dem Erzeuger zusteht, verfolgt den Zweck, die Umsatzsteuer einschließlich der Zuschläge, die auf der Lieferung des Erzeugers an den exportierenden Händler lastet (letzter Inlandsumsatz), bzw. die Ausgleichsteuer zu vergüten. Der Normalsatz der Ausfuhrhändlervergütung einschließlich der Zuschläge beträgt derzeit 4·83 v. H. und für die in § 7 Abs. 2 Z. 1 lit. b UStG. angeführten Nahrungsmittel 1·564 v. H. des Entgeltes für die ausgeführten Gegenstände frei österreichische Grenze. Die Ausgleichsteuer ist mit dem Betrag zu vergüten, der nachweislich entrichtet worden ist.

Titel 523 Einfuhrabgaben

Zölle [20])

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach näherer Anordnung des Zolltarifs [21]) erhoben (Einfuhrzölle). Die im Zolltarif festgesetzten allgemeinen Zölle können durch Verträge mit anderen Staaten ermäßigt oder aufgehoben werden (Vertragszölle) [22]). Die Zölle werden nach dem Wert [23]), nach dem Gewicht [24]) oder nach der Stückzahl der Waren bemessen.

Die Gewichts- und Stückzollsätze sind in der Schillingwährung festgelegt. Die Höhe der Schilling-Zollsätze und der im Zolltarif festgelegten Zollwerte beruht auf der vom Internationalen Währungsfonds im Einvernehmen mit der österreichischen Bundesregierung mit Wirksamkeit vom 4. Mai 1953 mit 0·0341796 Gramm Feingold festgelegten Parität des Schillings.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Ausgleichsteuer (Umsatzsteuer), Verbrauchsteuern und die Monopolabgaben sowie der Außenhandelsförderungsbeitrag und die handelsstatistische Anmeldegebühr nach den hiefür geltenden Vorschriften (letztere nach dem Gebührengesetz) zu erheben.

Für Waren aus den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation [27]) (EFTA; Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz einschließlich Liechtenstein, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland; Finnland ist der EFTA assoziiert) [28]) werden unter bestimmten Voraussetzungen (Ursprung, Herkunft, Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) ab 31. Dezember 1966 keine Zölle mehr erhoben [29]). Von dieser Zollsenkung sind die meisten Waren der Kapitel 1 bis 24 des Zolltarifes ausgenommen.

Lizenzabgabe [30])

Die Lizenzabgabe ist eine ausschließlich zur Förderung des Milchabsatzes zu verwendende ausschließliche Bundesabgabe, die jedoch erst dann eingehoben werden kann, wenn der Bundesminister für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates dies durch Verordnung bestimmt.

---

[20]) Siehe auch das Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1955), BGBl. Nr. 129, in der Fassung BGBl. Nr. 142/1957 und BGBl. Nr. 68/1959, sowie die Zollgesetz-Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 181/1957, in der geltenden Fassung.

[21]) Bundesgesetz über die Einführung eines neuen Zolltarifes (Zolltarifgesetz 1958), BGBl. Nr. 74, in der Fassung von fünf Zolltarifnovellen, BGBl. Nr. 169/1961, 123/1963, 278/1964, 107/1966 und 49/1967. Die Systematik des Zolltarifes 1958 baut auf der sogenannten „Brüsseler Nomenklatur 1955" auf, welche in der Konvention über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife (BGBl. Nr. 103/1960) niedergelegt ist.

[22]) Im Rahmen des multilateralen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) hat Österreich seit 1951 den Vertragsstaaten zahlreiche Zollkonzessionen eingeräumt. Die den Beitritt Österreichs zum GATT betreffende Kundmachung wurde im Bundesgesetzblatt vom 10. Dezember 1951 unter Nr. 254 verlautbart. Die seither erfolgten Ergänzungen und Novellierungen zum GATT einschließlich der Konzessionslisten wurden in der Folge im Bundesgesetzblatt laufend veröffentlicht.

[23]) Bundesgesetz über die Wertverzollung (Wertzollgesetz 1955), BGBl. Nr. 60. Die Definition des Zollwertes beruht auf der sogenannten „Brüsseler Begriffsbestimmung des Zollwertes", die in der Konvention über den Zollwert von Waren (BGBl. Nr. 225/1955) niedergelegt ist.

[24]) Bundesgesetz über die Verzollung nach dem Gewicht (Taragesetz), BGBl. Nr. 130/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 191/1963.

[25]) und [26]): (frei).

[27]) Das Übereinkommen zur Errichtung der EFTA wurde im BGBl. Nr. 100/1960 verlautbart; seine Abänderungen und Ergänzungen (Ratsbeschlüsse) wurden in der Folge laufend im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

[28]) Das Übereinkommen zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA und der Republik Finnland wurde im BGBl. Nr. 193/1961 verlautbart; seine Abänderungen und Ergänzungen (Beschlüsse des Gemeinsamen Rates) wurden in der Folge laufend im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

[29]) BGBl. Nr. 220/1963.

[30]) BGBl. Nr. 283/1958.

Sie kann nur eingeführt werden, soweit dies zur Förderung des Milchabsatzes nötig und mit den allgemeinen produktionspolitischen Erfordernissen vereinbar ist. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, bestimmt das Bundesministerium für Finanzen nach Einholung von Gutachten der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft, für Handel und Wiederaufbau sowie für Inneres.

Die Lizenzabgabe kann nur bei der Einfuhr bestimmter eiweißhältiger Futtermittel, wie z. B. Blutmehl, Fleischmehl und Ölkuchen, erhoben werden, und zwar bis zu 100 S je 100 kg des Verzollungsgewichtes.

Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz [30a])

Bei der Einfuhr von Waren der Zolltarifnummern 12.04 A, 17.01, 17.02 D bis G, 17.03 und 17.05 wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe ein Abschöpfungsbetrag erhoben.

Die für die Berechnung des Abschöpfungsbetrages im Einzelfall maßgeblichen Abschöpfungssätze werden durch Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht. Wird für eine Ware kein Abschöpfungssatz im Verordnungswege festgesetzt, so ist für diese der nach Maßgabe der zolltarifarischen Bestimmungen vorgesehene allgemeine oder vertragsmäßige Einfuhrzoll zu erheben.

Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gemäß Stärkegesetz [30b])

Bei der Einfuhr von Stärke und Stärkemehl der Zolltarifnummer 11.08 wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe ein Abschöpfungsbetrag erhoben.

Bei der Einfuhr von Waren nach Zolltarifnummern 17.02 A, 19.04, 38.19 C 1 und 39.06 C 2 b wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe eine Ausgleichsabgabe erhoben.

Die Ausgleichsabgabe setzt sich aus einem festen Teilbetrag (Schutzelement) der 20 v. H. des Zollwertes der eingeführten Ware beträgt, und aus einem beweglichen Teilbetrag, der nach Warenhauptgruppen auf Grund des Stärkeeinsatzes festzulegen ist zusammen.

Die für die Berechnung des Abschöpfungsbetrages bzw. der Ausgleichsabgabe im Einzelfall maßgeblichen Abschöpfungssätze bzw. die beweglichen Teilbeträge der Ausgleichsabgabe (variable Komponente), werden durch Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht.

Wird für eine Ware kein Abschöpfungssatz bzw. kein beweglicher Teilbetrag im Verordnungswege festgesetzt, so ist für diese der nach Maßgabe der zolltarifarischen Bestimmungen vorgesehene allgemeine oder vertragsmäßige Einfuhrzoll zu erheben.

Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz [30c])

Bei der Einfuhr von Waren der Zolltarifnummern 17.04, 18.06 und 19.08, weiters von Waren ex Zolltarifnummer 20.05 Konfitüren, Gelees, Marmeladen, Fruchtmus und Fruchtpasten, eingekocht, mit Zuckerzusatz, sowie von Waren ex Zolltarifnummer 23.07 (Futtermittelzubereitungen, auch mit Melasse oder Zucker versetzt; Futtermittelzusätze) mit einem Zuckergehalt von 20 v. H. oder mehr des Gewichtes wird derzeit an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe eine Ausgleichsabgabe erhoben.

Weiters besteht die Möglichkeit, die in einer Anlage zum Ausgleichsabgabegesetz angeführten Waren bei Vorliegen der im Gesetz im einzelnen näher umschriebenen Voraussetzungen im Verordnungswege zusätzlich in die Ausgleichsabgaberegelung einzubeziehen.

Die Ausgleichsabgabe setzt sich aus einem festen Teilbetrag (Schutzelement), der je nach Warenart derzeit 20 bis 25% des Zollwertes der eingeführten Ware beträgt, und aus einem beweglichen Teilbetrag, der nach Warenhauptgruppen auf Grund von Durchschnittsrezepturen der für die Herstellung der Ware üblicherweise benötigten Mengen von Zucker, Getreide, Getreidemehl, Stärke, Stärkemehl, Stärkezucker und Milch festzulegen ist, zusammen. Die für die Berechnung der Ausgleichsabgaben im Einzelfall maßgeblichen beweglichen Teilbeträge (variable Komponente) werden durch Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht.

Wird für eine Ware kein beweglicher Teilbetrag im Verordnungsweg festgesetzt, so ist für diese der nach Maßgabe der zolltarifarischen Bestimmungen vorgesehene allgemeine oder vertragsmäßige Einfuhrzoll zu erheben.

[30a]) Bundesgesetz über die Erhebung eines Abschöpfungsbetrages bei der Einfuhr von Zuckerrüben, Melasse und Zucker (Zuckergesetz), BGBl. Nr. 217/1967.

[30b]) Bundesgesetz über die Erhebung eines Abschöpfungsbetrages und einer Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Stärke und von Stärkeprodukten (Stärkegesetz), BGBl. Nr. 218/1967.

[30c]) Bundesgesetz über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe (Ausgleichsabgabegesetz), BGBl. Nr. 219/1967.

Abgabe gemäß Antidumpinggesetz

Nach dem Antidumpinggesetz 1967 [30d]) wird bei bestimmten Waren, die in Verordnungen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie [30e]) kundzumachen sind, eine Abgabe in Höhe des jeweiligen Unterschiedsbetrages zwischen dem Einfuhrpreis, frei österreichische Grenze, unverzollt, und dem in der betreffenden Verordnung kundgemachten normalen Wert der Ware, oder dem festgestellten Weltmarktpreis, oder dem festgesetzten Richt- bzw. Mindestpreis, erhoben.

Titel 524 Verbrauchsteuern

Tabaksteuer

Der Tabaksteuer [31]) unterliegen Tabakwaren, d. s. Zigarren, Zigaretten und anderer verarbeiteter Tabak. Die Tabaksteuer wird vom Verkaufspreis der Tabakwaren berechnet und beträgt für Zigarren (auch Stumpen und Zigarillos) 40%, für Zigaretten 62%, für Feinschnitt und Rauchtabak, der mehr als 50 Gewichtsprozent Feinschnitt enthält, 50% und für anderen verarbeiteten Tabak (Pfeifentabak, Kautabak, Schnupftabak) 40%.

Biersteuer [32])

Steuergegenstand ist Bier. Die Biersteuer beträgt pro Hektoliter für Normalbier (Bier mit einem Stammwürzegehalt bis einschließlich 14 v. H.) 83 S, für Starkbier (Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 14 v. H. bis einschließlich 20 v. H.) 166 S und für Sonderbier (Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 20 v. H.) 11 S für jede angefangene Einheit im Hundertsatz des Stammwürzegehaltes. Für im Inland hergestelltes Normalbier ermäßigt sich die Biersteuer für die ersten 3500 hl, für welche die Steuerschuld innerhalb eines Kalenderjahres bei der einzelnen Brauerei entstanden ist, um 40 v. H. und unter der jeweils gleichen Bedingung für die zweiten 3500 hl um 30 v. H., für die dritten 3500 hl um 20 v. H. und für die vierten 3500 hl um 10 v. H.

Weinsteuer

Der Weinsteuer [33]) unterliegen Traubenmost, Wein, Malzwein, Beerenwein, vergorener und halbvergorener Met, andere weinähnliche Getränke, ferner weinhaltige Getränke. Ausgenommen sind Tresterwein und Traubenmost, dessen Gärung gehemmt wurde und der nicht mehr als 0·5 Vol.-% Alkohol enthält. Die Weinsteuer beträgt 50 S für 1 hl. Als pauschaler Ersatz für die Kosten der amtlichen Überwachung der Gegenstände, die der Weinsteuer unterliegen, wird eine Kontrollgebühr [34]) erhoben, die bei dem Ansatz 52704 vereinnahmt wird. Die Kontrollgebühr beträgt 3 S je Hektoliter, für das die Weinsteuer zu entrichten ist, und 1·50 S je Hektoliter, das nach den Weinsteuervorschriften unversteuert eingeführt oder aus einer Erzeugungsstätte oder einem Freilager unversteuert weggebracht werden darf.

Mineralölsteuer

Gegenstand der Mineralölsteuer [35]) sind jene flüssigen Kohlenwasserstoffe, Kohlenwasserstoffgemische und kohlenwasserstoffhaltigen Produkte, die sich allein oder in Verbindung mit anderen Stoffen zum Antrieb von Motoren eignen. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Mineralöle, die zum Antrieb von Motoren, zum Heizen oder zum Beleuchten verwendet werden. Die Steuer beträgt für Petroläther, Benzine, Benzol, Toluol und Xylole sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 51 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (z. B. für Petroleum oder Dieselöl) 22 S für 100 kg Eigengewicht.

Bundesmineralölsteuer

Die Bundesmineralölsteuer [36]), welche ab 1. Juni 1966 an die Stelle des früheren Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer getreten ist, ist eine zweite Verbrauchsteuer auf Mineralöle, deren Ertrag zur Gänze dem Bund zufließt und für die Bedeckung der Erfordernisse des Ausbaues und der Erhaltung der Bundesstraßen zweckgebunden ist. Der Bundesmineralölsteuer unterliegen alle Mineralöle, die Gegenstand der Mineralölsteuer sind. Sie beträgt für Mineralöle, die dem höheren Mineralölsteuersatz unterliegen, 231 S und für Mineralöle, die dem niedrigeren Mineralölsteuersatz unterliegen, 111 S für 100 kg Eigengewicht.

Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Bundesmineralölsteuer auf 35 S für 100 kg ermäßigt.[36a])

[30d]) Bundesgesetz zur Vermeidung von Schädigungen der österreichischen Wirtschaft durch Dumpingeinfuhren oder marktstörende Einfuhren (Antidumpinggesetz 1967), BGBl. Nr. 227.

[30e]) Gemäß § 18 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Bundesministeriums für Bauten und Technik und Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien, BGBl. Nr. 70/1966.

[31]) Tabaksteuergesetz 1962, BGBl. Nr. 107, in der Fassung der Tabaksteuergesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 000, und des Abgabenänderungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000.

[32]) Biersteuergesetz 1956, BGBl. Nr. 264/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 83/1963, Artikel IV.

[33]) StGBl. Nr. 125/1919 in der Fassung BGBl. Nr. 165/1946, BGBl. Nr. 12/1951, BGBl. Nr. 3/1952, BGBl. Nr. 155/1952 und BGBl. Nr. 169/1963.

[34]) § 315 Abs. 3 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961.

[35]) Mineralölsteuergesetz 1959, BGBl. Nr. 2/1960, in der Fassung der Mineralölsteuernovelle 1960, BGBl. Nr. 248.

[36]) Bundesmineralölsteuergesetz, BGBl. Nr. 67/1966.

[36a]) Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz, BGBl. Nr. 259/1966.

Branntweinaufschlag

Ablieferungspflichtiger Branntwein wird zu einem vom Bundesministerium für Finanzen jährlich festgesetzten Übernahmepreis von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols übernommen. Für ablieferungspflichtigen Branntwein, der nicht abgeliefert wurde, und für ablieferungsfreien Branntwein (hauptsächlich in Obstbrennereien aus Obststoffen hergestellter Trinkbranntwein) ist eine Verbrauchsabgabe, der Branntweinaufschlag zu entrichten [37]). Der Branntweinaufschlag entspricht im allgemeinen dem regelmäßigen Verkaufspreis vermindert um einen besonderen Abschlag, der sich nach der Art der Brennerei (zum Beispiel Abfindungsbrennerei, Brennerei mit Brennrecht) und der verarbeiteten Stoffe (Steinobst, Beeren, Enzianwurzeln einerseits, andere Obststoffe anderseits) richtet.

Monopolausgleich (Branntwein)

Bei der Einfuhr aus dem Ausland unterliegen Branntwein, weingeisthaltige Erzeugnisse, Äther und ätherhaltige Erzeugnisse außer den sonstigen Eingangsabgaben dem Monopolausgleich, einer der Belastung des inländischen Branntweins entsprechenden Abgabe [37]).

Monopolabgabe (Salz)

Für aus dem Ausland eingeführtes Salz ist neben den sonstigen Eingangsabgaben eine Monopolabgabe [38]) zu entrichten, die für feinstes Tafelsalz 3200 S, für sonstiges Speisesalz 1900 S, für Viehsalz 700 S und für anderes Salz 380 S je Tonne Eigengewicht beträgt.

Schaumweinsteuer

Der Schaumweinsteuer [39]) unterliegen Traubenschaumwein (dieser ist außerdem Gegenstand der Weinsteuer) und Obstschaumwein. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 12 S und für Obstschaumwein 6 S pro Liter.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 [40]) erschöpfend aufgezählten Schriften (zum Beispiel Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zum Beispiel Bestandverträge, Darlehensverträge, Dienstverträge, Gesellschaftsverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anläßlich sportlicher Veranstaltungen (zum Beispiel der Sporttoto, Pferdetoto, die Totalisateurwette) und Ausspielungen (zum Beispiel Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (0·50 Schilling bis 4800 Schilling) oder Hundertsatzgebühren ($^1/_{16}$ v. H. bis 2 v. H. vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Die letzteren sind bis zu einem Betrag von 100 S in der Regel in Stempelmarken, darüber hinaus durch Einzahlung zu entrichten. Die Gewinstgebühren bei Sportwetten, Ausspielungen und Zahlenlotto betragen 1 v. H. bis 25 v. H. und sind ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG., BGBl. Nr. 172/1950) [41]) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken zu entrichten [42]) und werden im Bundeshaushalt beim Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren" verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

Als Kapitalverkehrsteuern [43]) werden die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Gesellschaftsteuer

Der Gesellschaftsteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer in-

[37]) Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922, DRGBl. I S. 405, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 265/1955. Über die Höhe des Branntweinaufschlages siehe BGBl. Nr. 248/1963.

[38]) BGBl. Nr. 189/1965.

[39]) Schaumweinsteuergesetz 1960, BGBl. Nr. 247/1960.

[40]) BGBl. Nr. 267/1957, abgeändert durch das Finanzstrafgesetz, BGBl. Nr. 129/1958, durch das Handelsstatistische Gesetz 1958, BGBl. Nr. 137, durch das Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 111/1960, durch die Gebührennovelle 1962, BGBl. Nr. 106, durch die Gebührengesetz-Novelle 1963, BGBl. Nr. 115, und durch die Gebührengesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 87.

[41]) Siehe auch Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1957, BGBl. Nr. 48, in der Fassung BGBl. Nr. 227/1957 und BGBl. Nr. 202/1967.

[42]) Siehe „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung", Jahrgang 1950, 2. Stück, lfd. Nr. 8.

[43]) Kapitalverkehrsteuergesetz vom 16. Oktober 1934, DRGBl. I S. 1058, abgeändert durch die Verkehrsteuernovelle 1948, BGBl. Nr. 57 und BGBl. Nr. 158/1966.

ländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden. Die Steuer beträgt 2 v. H. und ermäßigt sich in begünstigten Fällen auf 1 v. H.

Wertpapiersteuer

Der Wertpapiersteuer unterliegt der erste Erwerb verzinslicher, in Schuldverschreibungen verbriefter Forderungsrechte gegen einen ausländischen Schuldner, wenn der Erwerb im Inlande erfolgt und sich die Wertpapiere im Inlande befinden. Die Steuer beträgt 2 v. H. Für den ersten Erwerb verzinslicher, in Schuldverschreibungen verbriefter Forderungsrechte gegen einen inländischen Schuldner wird die Steuer nach dem 31. Dezember 1967 nicht mehr erhoben.

Börsenumsatzsteuer

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inlande oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Auslande abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren, der der Wertpapiersteuer unterliegt. Die Steuer beträgt 0·02 v. H. bis 0·5 v. H., wobei Händlergeschäfte und gewisse Wertpapiere begünstigt sind.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer[44]) eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 v. H. bis 15 v. H. und für die übrigen Steuerklassen 4 v. H. bis 60 v. H. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Erbschaftssteueräquivalent

Das Erbschaftssteueräquivalent[45]) ist eine Abgabe zum Ausgleich der erbschaftssteuerlichen Belastung natürlicher Personen. Abgabepflichtig sind juristische Personen, die nach dem Vermögensteuergesetz 1954, BGBl. Nr. 192, in der geltenden Fassung unbeschränkt oder beschränkt vermögensteuerpflichtig sind. Von der Abgabe ausgenommen sind unter anderem die nach § 3 des Vermögensteuergesetzes befreiten juristischen Personen. Gegenstand der Abgabe ist bei unbeschränkter Vermögensteuerpflicht das Gesamtvermögen der abgabepflichtigen juristischen Personen. Das Gesamtvermögen (Inlandsvermögen) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Agrargemeinschaften unterliegt nur insoweit der Abgabe, als nicht unmittelbar oder mittelbar im Wege einer Gesellschaft, bei der die Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen sind, physische Personen beteiligt sind, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben. Dies gilt nur, wenn auf die Beteiligungen dieser physischen Personen mehr als 10 v. H. des Gesamtvermögens (Inlandsvermögens) entfallen. Die Abgabe beträgt jährlich 5 v. T. des auf 1000 Schilling abgerundeten abgabepflichtigen Gesamtvermögens (Inlandsvermögens).

Grunderwerbsteuer

Gegenstand der Grunderwerbsteuer[46]) ist der entgeltliche Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte, Erbpachtrechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Die Steuer beträgt 2 v. H. bis 8 v. H. vom Werte der Gegenleistung, zum Beispiel bei einem Kauf vom Kaufpreis. Zur Gänze steuerfrei ist der Erwerb von Grundstücken für gewisse Siedlungszwecke.

Versicherungssteuer

Der Versicherungssteuer[47]) unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes (Leistung an den Versicherer) auf Grund eines Versicherungsverhältnisses, wenn der Versicherungsnehmer seinen Aufenthalt im Inlande hat oder eine im Inlande gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 v. H., bei anderen 7 v. H. des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen und ähnlichen 20 Groschen für je 1000 S Versicherungssumme.

---

[44]) Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141.

[45]) Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286.

[46]) Grunderwerbsteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 140, in der Fassung der Grunderwerbsteuernovelle 1956, BGBl. Nr. 178, der Grunderwerbsteuernovelle 1962, BGBl. Nr. 225, und der Kundmachung BGBl. Nr. 175/1964.

[47]) Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, in der Fassung der Versicherungssteuernovelle 1954, BGBl. Nr. 180, des Versicherungsförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 181/1954, Art. III, und des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 159/1966.

Beförderungssteuer

Der Beförderungssteuer[48]) unterliegt die gewerbsmäßige entgeltliche Beförderung von Personen, Gepäck und Gütern im Inland auf Schienen oder Seilbahnen sowie mit Kraftfahrzeugen oder mit Pferdefuhrwerken, ferner die Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen im Werkverkehr. Ausgenommen sind z. B. der Brief- und Paketverkehr der Post, die gewerbsmäßige entgeltliche Beförderung von Kohlen, der von einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb durchgeführte Werkverkehr. Die Steuer wird bei gewerbsmäßigen entgeltlichen Beförderungen, ausgenommen dem Güterfernverkehr, vom Beförderungsentgelt berechnet und beträgt im allgemeinen 6 v. H., bei der Personenbeförderung 2 v. H bis 8 v. H., bei der Güterbeförderung 5 v. H und 6 v. H. Im Werkverkehr berechnet die Steuer sich nach der Nutzlast der Kraftfahrzeuge. Im Güterfernverkehr beträgt sie je nach der Entfernung 35 Schilling bis 55 Schilling für jede Tonne Nutzlast und für jede Fahrt des verwendeten Kraftfahrzeuges (Anhängers). Güterfernverkehr liegt vor, wenn ein Gut in einer Entfernung von mehr als 65 km vom Mittelpunkt der Ortsgemeinde der Betriebsstätte des Beförderers aus, in der Luftlinie gemessen, befördert wird. Für bestimmte Relationen sind Ausnahmen vorgesehen.

Kraftfahrzeugsteuer

Der Kraftfahrzeugsteuer[49]) unterliegen die in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge sowie die nicht in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge, die auf öffentlichen Straßen im Inland benützt werden. Die Steuer ist eine Jahressteuer. Zu entrichten ist sie jedoch monatlich durch Aufkleben von Stempelmarken auf die Steuerkarte. Von der Steuer befreit sind Kraftfahrzeuge der Exekutive, der Feuerwehren und des Rettungsdienstes, Arbeitsmaschinen und landwirtschaftliche Zugmaschinen, Autotaxi, Motorräder bis 100 cm³ sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärungen oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt. Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei den Personenkraftfahrzeugen in der Regel nach dem Hubraum berechnet und beträgt 444 bis 2700 Schilling für das Kraftfahrzeug. Bei Lastkraftwagen richtet sich die Steuer nach der Nutzlast und beträgt 60 bis 900 Schilling. Auch eine Pauschalierung der Steuer ist vorgesehen.

Spielbankabgabe

Die Spielbankabgabe[50]), die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Außenhandelsförderungsbeitrag

Für Zwecke der Förderung des Warenverkehrs mit dem Ausland ist auf Grund des Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetzes[51]) ein Außenhandelsförderungsbeitrag von 3 v. T. vom Wert der aus- oder eingeführten Waren zu entrichten. Beitragspflichtig sind die Absender und Empfänger der Waren. Befreiungen sind vorgesehen für den Vormerkverkehr, Lohnveredlungsverkehr und für Durchfuhrsendungen. Der Beitrag ist anläßlich der zollamtlichen Abfertigung zu entrichten.

Bodenwertabgabe

Gegenstand der Bodenwertabgabe[52]) sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 v. H. des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 100.000 S übersteigt.

Die Bodenwertabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe.

Durch das Bundesgesetz über die Bodenwertabgabe wird auch § 23 des Einkommensteuergesetzes 1953 insofern abgeändert, als der für die Erfassung von Spekulationsgewinnen maßgebende Zeitraum von bisher zwei Jahren auf fünf Jahre erstreckt wurde.

Sühne- und Vermögensabgaben

Hinsichtlich der Sühneabgaben, von denen nur mehr Restzahlungen eingehen, sowie der Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe siehe die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1958, Seite 87.

---

[48]) Beförderungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 22, in der Fassung der Beförderungssteuergesetz-Novelle 1960, BGBl. Nr. 249, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 189/1964, der Beförderungssteuergesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 58, der Durchführungsverordnung 1965, BGBl. Nr. 114, und der Beförderungssteuergesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 51.

[49]) Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952, BGBl. Nr. 110, in der Fassung der Kraftfahrzeugsteuernovelle 1954, BGBl. Nr. 179, des Heereskraftfahrgesetzes 1958, BGBl. Nr. 52, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 83/1963, Artikel V, und des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 227/1965 und der Kraftfahrzeugsteuergesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 223.

[50]) Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, in der Fassung der Glücksspielgesetz-Novelle 1964, BGBl. Nr. 288.

[51]) BGBl. Nr. 214/1954 in der Fassung des Handelsstatistischen Gesetzes 1958, BGBl. Nr. 137. Verordnung: BGBl. Nr. 263/1960.

[52]) BGBl. Nr. 285/1960, 4/1962, 226/1962 und 183/1965.

Allgemeine und Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine und Verfahrens-Vorschriften maßgebend:

1. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO.), BGBl. Nr. 194/1961, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 201/1965. Die BAO. trat mit 1. Jänner 1962 in Kraft. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, z. B. Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die örtliche Zuständigkeit, das Zustellungswesen, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabenfestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

2. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes, BGBl. Nr. 149/1954, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 12/1955. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

3. Abgabenexekutionsordnung

Abgabenexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, in der Fassung der Gesetze BGBl. Nr. 1/1952, 159/1961 und 53/1963. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Die Ahndung von Finanzvergehen ist für die Zeit ab 1. Jänner 1959 im Bundesgesetz vom 26. Juni 1958, betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958 (in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 21/1959 und der Bundesgesetze BGBl. Nr. 92/1959, 111/1960 und 194/1961), geregelt.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögenschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148.

Dieses Gesetz enthält gemeinsame Bewertungsvorschriften für die bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge, insbesondere für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

Mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 145/1963 wurden insbesondere die Vorschriften über die Bewertung der bebauten Grundstücke für Bewertungszeitpunkte ab 1. Jänner 1963 neu geregelt. Weitere Änderungen haben sich durch die Bewertungsgesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 181, ergeben.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz vom 16. Oktober 1934, Deutsches RGBl. I S. 1050.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1955), BGBl. Nr. 129/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 142/1957 und 68/1959, sowie Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen zur Durchführung des Zollgesetzes 1955 (Zollgesetz-Durchführungsverordnung), BGBl. Nr. 181/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 146/1959, BGBl. Nr. 118/1962, BGBl. Nr. 204/1962, BGBl. Nr. 140/1963 und BGBl. Nr. 94/1965.

Das Zollgesetz 1955 enthält neben allgemeinen Bestimmungen, die sich u. a. mit dem Zollgebiet, den Arten der Zölle, den neben diesen zu erhebenden Abgaben und den Ermittlungsgrundsätzen für die Zölle befassen, die Organisation, die Rechte und Pflichten der Zollverwaltung, die Zollbefreiungen und Zollbegünstigungen, allgemeine und besondere Bestimmungen über das Zollverfahren sowie das Zollschuldrecht.

Die Zollgesetz-Durchführungsverordnung enthält Ausführungsbestimmungen auf Grund von Verordnungsermächtigungen im Zollgesetz 1955.

Allgemeines zur Veranschlagung

Zur Veranschlagung der öffentlichen Abgaben des Bundes — Einnahmen-Kapitel 52 — für das Jahr 1968 ist an Wesentlichem zu sagen:

Die Wachstumsverhältnisse innerhalb der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1966 waren stark unterschiedlich, führten aber, nachdem sich vor allem witterungsabhängige Wirtschaftszweige von den Rückschlägen des Vorjahres erholt hatten, zu einer Steigerung des Bruttonationalproduktes von real 4·2%. Allerdings zeigten die Zuwachsraten in den einzelnen Quartalen gegen Jahresende einen starken Rückgang (I. Quartal: 5·8% gegen IV. Quartal: 3·7%), der fast ausschließlich darauf zurückzuführen ist, daß die österreichische Wirtschaft ebenfalls in den Sog der Konjunkturabschwächung der westeuropäischen Länder geriet. Trotzdem blieben die Einnahmen bei den öffentlichen Abgaben nur geringfügig hinter dem Voranschlag 1966 zurück. Bei den Bruttoeinnahmen beträgt die Abweichung 0·8% und bei den Nettoeinnahmen nur 0·4%.

Der Budgetierung der öffentlichen Abgaben für das Jahr 1968 liegt nun die Annahme zugrunde, daß der Tiefpunkt der Konjunkturabschwächung gegen Ende des Jahres 1967 überwunden wird und eine Zunahme des Bruttonationalproduktes von real 3% erreicht werden kann, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß das Aufkommen an öffentlichen Abgaben gegenüber den Ansätzen des Voranschlages 1967 um etwa 2·3 Milliarden Schilling zurückbleiben wird. Diese Mindereinnahmen sind auf die wirtschaftliche Stagnation, aber auch auf die Vorverlegung des Wirksamkeitsbeginnes des Einkommensteuergesetzes 1967, BGBl. Nr. 268, auf den 1. Oktober 1967 zurückzuführen.

Der Budgetierung der öffentlichen Abgaben für 1968 wurde eine reale Zuwachsrate des Bruttonationalproduktes von 3% unterstellt.

Diese Mehreinnahmen gegenüber dem voraussichtlichen Aufkommen 1967 sowie die in Auswirkung des Abgabenänderungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000, zu erwartenden Mehreinnahmen werden jedoch durch die Ausfälle auf Grund des Einkommensteuergesetzes 1967, BGBl. Nr. 268, erheblich geschmälert.

Die Bruttoeinnahmen bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" betragen rund 67·6 Milliarden Schilling. Die Steigerung gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 beträgt 2·7%, gegenüber dem voraussichtlichen Erfolg 1967 jedoch 8·9%.

Die nachfolgende Übersicht zeigt verschiedene Daten über die Einnahmen des Bundes aus den öffentlichen Abgaben in den Jahren 1966 bis 1968 (weitere Vergleichsziffern siehe Seite 177 bis 181):

	1966*)	1967 **)	1968 **)
Bruttogesamteinnahmen in Mlld. S	59·1	65·8	67·6
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	11·2	11·4	2·7
Überweisungen in Mlld. S	20·3	24·1	24·0
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	11·2	18·7	— 0·6
Nettogesamteinnahmen in Mlld. S	38·8	41·7	43·6
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	11·2	7·5	4·6

Gesamtgebarung

Die Gesamtausgaben und -einnahmen des Kapitels 52 betragen:

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	62·1	38.788·6
1967 **)	72·0	41.704·1
1968 **)	72·0	43.634·7

Ausgaben

Bei Ausgaben-Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten **des Einbringungs- und Strafverfahrens).**

Der Personal- und Sachaufwand aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung" veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titelweise Gliederung der Einnahmen

Titel	Bezeichnung	1966 *)	1967 **)	1968 **)
			Mill. S	
0	Direkte Steuern	21.544	24.639	22.953
1	Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge)	3.576	4.567	4.290
2	Umsatzsteuer samt Zuschlag	14.910	16.050	17.655
3	Einfuhrabgaben	4.825	5.100	4.900
4	Verbrauchsteuern	7.727	8.438	9.330
5	Stempel- und Rechtsgebühren	3.333	3.655	4.782
6	Verkehrsteuern	3.022	3.196	3.482
7	Nebenansprüche usw.	190	200	240
	Brutto-Gesamteinnahmen	59.127	65.845	67.632
8	Überweisungen	—20.338	—24.141	—23.997
	Netto-Gesamteinnahmen	38.789	41.704	43.635
	Steigerung gegenüber Vorjahr in %	11·2	7·5	4·6

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 520 Direkte Steuern

	1966 *)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Veranlagte Einkommensteuer	6.357	7.200	7.600
Lohnsteuer	7.079	8.000	6.500
Kapitalertragsteuer	106	110	110
Körperschaftsteuer	2.550	3.200	2.640
Gewerbesteuer	2.728	2.570	2.500
Bundesgewerbesteuer	1.818	2.570	2.500
Vermögensteuer	743	836	900
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	128	120	170
Aufsichtsratsabgabe	32	33	33
Sondersteuer vom Vermögen	3	—	—
Summe	21.544	24.639	22.953
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	11·5	14·4	— 6·9

Ansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Bei der veranlagten Einkommensteuer wird im Jahre 1967 mit Einnahmen von 6800 Millionen Schilling (Voranschlag 7200 Millionen Schilling) gerechnet. Da sich die Tarifänderung auf Grund des Einkommensteuergesetzes 1967, BGBl. Nr. 268, im Jahre 1968 nur in sehr geringem Umfang auswirken kann, ist mit einem, wenn auch geringen Zuwachs auf Grund der durch das Abflauen der Konjunktur geschmälerten Gewinne der Jahre 1966 und 1967 zu rechnen. Der Ansatz wurde mit 7600 Millionen Schilling, das sind 5·6% über dem Bundesvoranschlag 1967, veranschlagt.

Ansatz 2/52014 Lohnsteuer

Bei der Veranschlagung der Lohnsteuer wurde einerseits eine Ausdehnung des Lohnvolumens und der daraus zu erwartende Einnahmenzuwachs, andererseits der erhebliche Einnahmenausfall auf Grund des Einkommensteuergesetzes 1967, BGBl. Nr. 268, berücksichtigt.

Ansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer

Hier wurde analog dem Vorjahr eine weitere geringe Zunahme der Gewinnausschüttungen angenommen.

Ansatz 2/52034 Körperschaftsteuer

Das Aufkommen an Körperschaftsteuer wird im Jahre 1967 voraussichtlich 2600 Millionen Schilling betragen. Für das Jahr 1968 wurde die Körperschaftsteuer geringfügig höher veranschlagt, wobei auf die Auswirkung der Wachstumsgesetze sowie des Abgabenänderungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000, Bedacht genommen wurde.

Ansatz 2/52044, 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer

Bei der Veranschlagung dieser Abgaben wurde auf die Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer Bedacht genommen.

Ansatz 2/52064 Vermögensteuer

Bei der Vermögensteuer ist im Jahre 1967 mit einem Aufkommen von 870 Millionen Schilling zu rechnen. Gegenüber 1966 ist das eine Zunahme um 17%, welche vor allem auf die erst jetzt voll zur Auswirkung kommende Hauptveranlagung zum 1. Jänner 1965 und auf die Auswirkung der letzten Hauptfeststellung der Einheitswerte zurückzuführen ist. Im Jahre 1968 kann nur noch mit wenigen Nachzahlungen für Vorjahre gerechnet werden, weshalb eine Veranschlagung von 900 Millionen Schilling vertretbar ist.

Ansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Bei dieser Abgabe ist zufolge der Erhöhung des Hebesatzes von 245% im Jahre 1967 auf 310% im Jahre 1968 mit einem wesentlich höheren Aufkommen als 1967 zu rechnen.

Ansatz 2/52084 Aufsichtsratsabgabe

Die Aufsichtsratsabgabe wurde in gleicher Höhe wie in den Vorjahren veranschlagt.

Sondersteuer vom Vermögen

Diese Abgabe wird ab 1965 nicht mehr erhoben; es ist lediglich noch die Einbringung von Resteingängen aus Rückständen in geringem Umfang zu erwarten. Ab 1967 wird sie bei dem Ansatz 2/52704 mitveranschlagt.

Titel 521 Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge)

	1966 *)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Beitrag vom Einkommen	2.897	3.332	3.033
Wohnbauförderungsbeitrag	635	645	675
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	44	50	48
Beitrag für den Katastrophenfonds	—	540	534
Summe	3.576	4.567	4.290
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	58·7	27·7	— 6·1

Ansatz 2/52120 Beitrag vom Einkommen

Dieser Ansatz ist in Höhe von 18% des Gesamtbetrages der Ansätze der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 2/52140 Wohnbauförderungsbeitrag

Der Ansatz basiert auf einer weiteren Zunahme des Lohnvolumens jener Lohnempfänger, die die Höchstbeitragsgrenze noch nicht erreicht hatten.

Ansatz 2/52160 Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz

Auf Grund der derzeitigen Gesetzeslage ist mit einem annähernd gleich hohen Aufkommen wie in den abgelaufenen Jahren zu rechnen.

Ansatz 2/52190 Beitrag für den Katastrophenfonds

Neben dem Beitrag vom Einkommen wird für die Kalenderjahre 1967 bis 1970 ein Beitrag vom Einkommen und vom Vermögen zur Schaffung der Mittel für den Katastrophenfonds (Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/66) von allen einkommensteuerpflichtigen, körperschaftsteuerpflichtigen und vermögensteuerpflichtigen Personen durch die Finanzämter erhoben.

Er beträgt 3% des Gesamtbetrages der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer und Vermögensteuer zuzüglich eines 3%igen Beitrages von den Entschädigungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziffer 9 bis 11 des Einkommensteuergesetzes 1963, BGBl. Nr. 1/1954.

Titel 522 Umsatzsteuer samt Zuschlag

	1966 *)	1967**) Mill. S	1968 **)
Umsatzsteuer	9.940	10.700	11.770
Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer	4.970	5.350	5.885
Summe...	14.910	16.050	17.655
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	8·8	7·6	10·0

Die im Voranschlag 1967 für die Umsatzsteuer samt Zuschlag angenommene Steigerungsrate von 7·6% wird infolge der wirtschaftlichen Stagnation nicht erreicht werden und höchstens 3% betragen. Für 1968 sind einerseits Mindereinnahmen auf Grund der Abschwächung der Wirtschaftskonjunktur, andererseits Mehreinnahmen infolge einer verstärkten Investitionstätigkeit durch die Wachstumsgesetze und einer Konsumbelebung durch die verminderte Steuerlast auf Grund des Einkommensteuergesetzes 1967, BGBl. Nr. 268, zu erwarten. Die Steigerungsrate gegenüber dem Voranschlag 1967 beträgt 10%.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 523 Einfuhrabgaben

	1966 *)	1967**) Mill. S	1968 **)
Zölle	4.825	5.100	4.900
Lizenzabgabe	—	—	—
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz	—	—	—
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz	—	—	—
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgsbegesetz	—	—	—
Abgabe gem. Antidumpinggesetz	—	—	—
Summe...	4.825	5.100	4.900
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	13·1	5·7	— 3·9

Ansatz 2/52304 Zölle

Bei den Zöllen für 1968 ist mit einem geringen Rückgang zu rechnen, da verschiedene Zollbegünstigungen und der Zollabbau im EFTA-Bereich sich vermindernd auswirken.

Ansatz 2/52310 Lizenzabgabe

Im Verordnungswege ist das Bundesministerium für Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrates gemäß Bundesgesetz vom 16. Dezember 1958, BGBl. Nr. 283, zu bestimmen, daß anläßlich der Einfuhr **bestimmter eiweißhältiger Futtermittel eine Lizenzabgabe zu erheben ist. Eine diesbezügliche Verordnung ist bisher noch nicht ergangen.**

Ansatz 2/52324, 2/52334, 2/52344 und 2/52354 Abschöpfungsbeträge und Ausgleichsabgaben

Die gesetzlichen Grundlagen für die Abschöpfungsbeträge nach dem Zuckergesetz, die Abschöpfungsbeträge und Ausgleichsabgaben gemäß Stärkegesetz, die Ausgleichsabgaben nach dem Ausgleichsabgabegesetz und die Abgabe nach dem Antidumpinggesetz wurden erst im Jahre 1967 geschaffen, sodaß für die Veranschlagung für das Jahr 1968 noch keine Erfahrungsziffern vorliegen.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
Tabaksteuer	2.844	3.000	3.380
Biersteuer	581	600	610
Weinsteuer	89	96	96
Mineralölsteuer	773	830	930
Bundesmineralölsteuer	3.333	3.810	4.200
Branntweinaufschlag	62	60	66
Monopolausgleich (Branntwein)	25	24	27
Monopolabgabe Salz	0	—	—
Schaumweinsteuer	20	18	21
Summe...	7.727	8.438	9.330
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	14·1	9·2	10·6

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 2/52404 Tabaksteuer

Bei der Veranschlagung der Tabaksteuer wurde die Erhöhung der Tabaksteuer auf Grund der Tabaksteuergesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 000, die Auswirkung des Abgabenänderungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000, sowie eine geringe Konsumausweitung berücksichtigt.

Ansatz 2/52434 und 52440 Mineralölsteuer und Bundesmineralölsteuer

Der Veranschlagung liegt eine weitere starke Zunahme der Motorisierung und des Massentourismus zugrunde. Die Ermäßigung für Heizöl wurde berücksichtigt.

Übrige Verbrauchsteuern des Titel 524

Bei den übrigen Ansätzen der Verbrauchsteuern sind keine wesentlichen Änderungen in der Einnahmenentwicklung zu erwarten, weshalb diese Abgaben entweder in gleicher Höhe wie im Vorjahr oder nur noch mit einer geringen Zuwachsrate veranschlagt wurden.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
Sachaufwand	60	69	69
Einnahmen:			
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	645	660	700
Rechnungsstempel	2.450	2.725	3·762
Übrige Gebühren	238	270	320
Summe...	3.333	3.655	4·782
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	8·6	9·7	30·8

Ansatz 1/525

Als Ausgaben sind die mit dem Druck und der Verteilung der Stempelmarken [1]) in Zusammenhang stehenden Kosten veranschlagt. Entsprechend den höheren Stempelmarkenumsätzen steigen diese Ausgaben von Jahr zu Jahr.

Ansatz 2/52504 und 52524 In Stempelmarken entrichtete Gebühren bzw. Übrige Gebühren

Die Veranschlagung stützt sich auf ein weiteres, wenn auch geringes Wirtschaftswachstum.

Ansatz 2/52514 Rechnungsstempel

Bei der Veranschlagung wurden die für die Budgetierung der Umsatzsteuer maßgebenden Faktoren sowie die Erhöhung des Rechnungsstempelpauschales durch das Abgabenänderungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 000, berücksichtigt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Stempelmarkengesetz siehe BGBl. Nr. 24/1964.

Titel 526 Verkehrsteuern

	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
Kapitalverkehrsteuern	108	78	90
Erbschafts(Schenkungs)steuer	258	280	300
Erbschaftssteueräquivalent	288	360	340
Grunderwerbsteuer	471	500	480
Versicherungssteuer	384	420	500
Beförderungssteuer	663	660	810
Kraftfahrzeugsteuer	534	570	630
Spielbankabgabe	32	36	40
Außenhandelsförderungsbeibeitrag (Zweckgebundene Einnahmen)	268	269	269
Außenhandelsförderungsbeitrag		11	11
Bodenwertabgabe	16	12	12
Summe...	3.022	3.196	3.482
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	13·5	5·8	8·9

Ansatz 2/52614 Erbschafts(Schenkungs)steuer

Durch die aufkommensmindernde Auswirkung der Erbschafts(Schenkungs)steuergesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 000, kann im Jahre 1968 nur mit einer geringen Steigerung des Aufkommens gegenüber 1967 gerechnet werden.

Ansatz 2/52644 Versicherungssteuer

Mehreinnahmen sind einerseits auf Grund einer weiteren Zunahme der Versicherungsfälle, andererseits aber auch durch Erhöhungen der Versicherungssummen zu erwarten.

Ansatz 2/52654 Beförderungssteuer

Die Mehreinnahmen sind im wesentlichen auf die Auswirkung des Abgabenänderungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 000, zurückzuführen.

Ansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer

Die Veranschlagung berücksichtigt einerseits eine weitere starke Zunahme der Motorisierung, andererseits die aufkommensmindernde Auswirkung der Kraftfahrzeugsteuergesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 223.

Übrige Verkehrsteuern aus Titel 526

Die Veranschlagung der übrigen Verkehrsteuern erfolgte entsprechend dem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum.

Titel 527 Kosten im Abgaben/Devisen-Straf- und Einbringungsverfahren bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	1·8	190·1
1967 **)	3·0	200·0
1968 **)	3·0	240·0

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen auch Geldstrafen, Wertersätze und Verfallserlöse.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 2/528 Ab Überweisungen

	Mill. S
1966 *)	20.337·8
1967 **)	24.140·7
1968 **)	23.997·3

Überweisungen:

1. der Ertragsanteile der Länder und der Gemeinden,
2. der Gewerbesteuer an die Gemeinden,
3. des Beitrages an die Länder zur Wohnbauförderung:
   a) 89 v. H. von 15/21 des Beitrages vom Einkommen,
   b) 99 v. H. der Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz,
   zu a) und b): vermindert um die Bundesleistung an den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gemäß § 36 Abs. 5 Wohnbauförderungsgesetz 1968,
   c) 89 v. H. des Wohnbauförderungsbeitrages, vermindert um die Bundesleistung an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gemäß § 36 Abs. 5 Wohnbauförderungsgesetz 1968,
4. von Bundesleistungen an den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gemäß § 36 Abs. 5 Wohnbauförderungsgesetz 1968,
5. von Bundesleistungen an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gemäß § 36 Abs. 5 Wohnbauförderungsgesetz 1968,
6. an das Bundesministerium für Bauten und Technik für Wohnbauforschung,
7. an den Wasserwirtschaftsfonds:
   a) 10 v. H. von 15/21 des Beitrages vom Einkommen,
   b) 10 v. H. des Wohnbauförderungsbeitrages,
8. des Beitrages vom Einkommen:
   3/21 für den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen [2]),
9. eines Anteiles des Außenhandelsförderungsbeitrages (zweckgebundene Einnahmen) an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft,
10. der Beiträge an den Katastrophenfonds:
    a) 3/21 des Beitrages vom Einkommen,
    b) des Beitrages der Empfänger von Entschädigungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Z. 9 bis 11 des Einkommensteuergesetzes,
    c) des Beitrages vom Vermögen.

Gesetzliche Grundlagen:

Zu 1 und 2: Finanzausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 2 in der Fassung BGBl. Nr. 221/1967.
Zu 3: BGBl. Nr. 152/1954; Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967; BGBl. Nr. 13/1952 in der Fassung BGBl. Nr. 155/1954, Nr. 164/1956, Nr. 91/1960 und Nr. 285/1963.
Zu 4 bis 6: Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967.
Zu 7: BGBl. Nr. 295/1958 und BGBl. Nr. 310/1964; Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967.
Zu 8: BGBl. Nr. 152/1954.
Zu 9: Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetz, BGBl. Nr. 214/1954.
Zu 10: Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966; Einkommensteuergesetz 1967, BGBl. Nr. 268/1967.

Den Gemeinden fließen 50% der Gewerbesteuereingänge (Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital sowie Bundesgewerbesteuer) zu. Da jedoch diese Steuer weiter vom Bund eingehoben wird, ist die Überweisung an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Verrechnet im Bundeshaushalt bei dem Ansatz 2/56100.

Veranschlagte Ertragsanteile

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluß:

Abgaben	Ansatz des Bundesvoranschlages 1968	Teilungsverhältnis			Anteile des/der			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes	Länder	Gemeinden	Länder und Gemeinden
	in Mill. S	in %			in Mill. S			
Veranlagte Einkommensteuer	7.600·000	40	30	30	3.040·000	2.280·000	2.280·000	4.560·000
Lohnsteuer	6.500·000	55	25	20	3.575·000	1.625·000	1.300·000	2.925·000
Kapitalertragsteuer	110·000	50	15	35	55·000	16·500	38·500	55·000
Umsatzsteuer	11.770·000	40	37	23	4.708·000	4.354·900	2.707·100	7.062·000
Biersteuer	610·000	17	57	26	103·700	347·700	158·600	506·300
Weinsteuer	96·000	40	30	30	38·400	28·800	28·800	57·600
Mineralölsteuer	930·000	6	74	20	55·800	688·200	186·000	874·200
Erbschafts- und Schenkungssteuer	300·000	70	30	—	210·000	90·000	—	90·000
Grunderwerbsteuer	480·000	20	—	80	96·000	—	384·000	384·000
Kraftfahrzeugsteuer	630·000	50	47	3	315·000	296·100	18·900	315·000
Summe	29.026·000				12.196·900	9.727·200	7.101·900	16.829·100
Hiezu:								
Spielbankabgabe (Anteile von Ländern und Gemeinden)								5·900
Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1967								310·000
Zusammen								17.145·000

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

a) bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder nach dem örtlichen Aufkommen, auf die Gemeinden zu drei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital;

b) bei der Lohnsteuer auf die Länder nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;

c) bei der Kapitalertragsteuer, der Erbschafts- und Schenkungssteuer (BGBl. Nr. 141/1955), der Grunderwerbsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer nach dem örtlichen Aufkommen;

d) bei der Umsatzsteuer auf die Länder 33 Hundertteile nach der Volkszahl und 4 Hundertteile zu einem Sechstel auf Wien als Land und zu fünf Sechstel auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl; auf die Gemeinden 9 Hundertteile nach der Volkszahl, 11·5 Hundertteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 2·5 Hundertteile nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital);

e) bei der Weinsteuer auf die Länder zu einem Sechstel nach dem örtlichen Aufkommen und zu fünf Sechsteln nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach der Volkszahl;

f) bei der Spielbankabgabe nach dem örtlichen Aufkommen. Die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ist ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken, in denen eine Spielbank ganzjährig oder wenigstens saisonmäßig betrieben wird;

g) bei der Biersteuer nach dem länderweisen Verbrauch von Bier;

h) Bei der Mineralölsteuer wird zunächst hinsichtlich von 50 Hundertteilen ein Vorzugsanteil von einem Viertel zugunsten der Länder Burgenland, Niederösterreich und Steiermark ausgeschieden. Der diesbezügliche restliche Länderanteil wird auf alle Länder zu je einem Viertel nach der Volkszahl und der Gebietsfläche und zu je einem Sechstel

   α) nach dem länderweisen Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer,

   β) nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital) und schließlich

   γ) unter Zugrundelegung folgender Straßenkilometer des befestigten und unbefestigten Straßennetzes — ohne Bundesstraßen und ohne Geh- und Wanderwege — und zwar: Burgenland 3436, Kärnten 5398, Niederösterreich 22.278, Oberösterreich 14.215, Salzburg 3051, Steiermark 11.472, Tirol 5022, Vorarlberg 1862 und Wien 2068, sohin zusammen 68.802 Kilometer, aufgeteilt; der Vorzugsanteil von einem Viertel ist auf die Länder Burgenland, Niederösterreich und Steiermark im Verhältnis ihrer Anteile an den restlichen drei Vierteln aufzuteilen. Die übrigen 24 Hundertteile der Länder und die 20 Hundertteile der Gemeinden werden nach dem vorstehenden Schlüssel — jedoch ohne Ausscheidung eines Vorzugsanteiles — aufgeteilt.

Übersicht über Abgabenerfolge 1937, 1958 bis 1968

Die Übersicht auf den Seiten 177 bis 181 zeigt die Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes in den Jahren 1937 sowie 1958 bis 1968.

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß										Bundesvoranschlag	
	1937	1958 *)	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	Millionen Schilling											
Direkte Steuern:												
Veranlagte Einkommensteuer	[1] 61·3	2.751·9	2.779·7	2.908·3	3.679·4	4.252·1	4.768·3	5.171·8	5.704·8	6.357·1	7.200·0	7.600·0
Lohnsteuer	[2] 47·8	2.077·3	2.226·8	2.613·7	3.196·4	3.644·5	3.809·1	4.636·3	5.732·4	7.078·8	8.000·0	6.500·0
Kapitalertragsteuer	. . . .	52·9	48·2	64·6	73·9	80·0	80·0	100·4	100·1	106·2	110·0	110·0
Körperschaftsteuer	68·0	1.720·9	1.601·8	1.675·7	2.135·3	2.320·8	2.181·5	2.408·0	2.677·1	2.549·9	3.200·0	2.640·0
Gewerbesteuer [3]	[4] 35·5	2.373·8	1.367·9	1.501·5	1.779·0	1.985·9	2.182·5	2.386·9	2.545·7	2.727·8	2.570·0	2.500·0
Bundesgewerbesteuer [3]	. . . .	. . . .	912·0	1.001·0	1.186·0	1.323·9	1.455·0	1.591·3	1.697·1	1.818·5	2.570·0	2.500·0
Vermögensteuer und Aufbringungsumlage [5]	10·3	425·9	501·1	523·0	538·8	590·8	648·9	612·1	671·2	743·6	836·0	900·0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	. . . .	. . . .	. . . .	75·6	79·9	96·3	96·7	121·4	118·7	127·7	120·0	170·0
Aufsichtsratsabgabe	. . . .	16·0	16·6	20·2	21·7	23·8	24·9	28·6	29·9	31·9	33·0	33·0
Rentensteuer, Besoldungssteuer, Tantiemensteuer	[6] 30·3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Zinsgroschensteuer	19·1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Krisensteuer und Sonderabgabe	76·0	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Nebeneinnahmen (Verzugszinsen und Strafen)	4·3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Besatzungskostenbeiträge [7]	. . . .	44·3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Sondersteuer vom Vermögen [7a]	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	246·7	300·5	41·8	2·6	. . . .	. . . .
Direkte Steuern (Summe)	352·6	9.463·0	9.454·1	10.383·6	12.690·4	14.318·1	15.493·6	17.357·3	19.318·8	21.544·1	24.639·0	22.953·0
Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge):												
Beitrag vom Einkommen	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3.033·0
Wohnbauförderungsbeitrag	. . . .	379·0	395·8	419·9	450·5	476·5	483·9	562·2	603·6	635·3	645·0	675·0
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	. . . .	49·8	50·2	51·4	52·5	53·4	54·5	52·1	50·4	44·4	50·0	48·0
Beitrag für den Katastrophenfonds	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	540·0	534·0
Anteil für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds	. . . .	660·3	665·6	726·2	908·5	1.029·7	1.083·9	1.231·7	1.421·4	1.609·2	1.851·0	. . . .
Anteil für die Länder zur Wohnbauförderung	. . . .	314·2	332·8	363·1	454·3	514·9	541·9	615·8	710·7	724·1	833·0	. . . .
Anteil für den Ausgleichfonds für Familienbeihilfen	. . . .	188·5	199·7	217·9	272·5	308·9	325·2	369·5	426·4	482·8	555·3	. . . .
Anteil für den Wasserwirtschaftsfonds	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	80·5	92·5	. . . .
Direkte Steuern (Zweckgebundene Beiträge) (Summe)	. . . .	1.591·8	1.644·1	1.778·5	2.138·3	2.383·4	2.489·4	2.831·3	3.212·5	3.576·3	4.566·8	4.290·0

*) 1952 bis 1957 siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1962, Seite 137ff.

[1]) „Bekenntniseinkommensteuer" genannt.

[2]) „Abzugseinkommensteuer" genannt.

[3]) Ab 1. Jänner 1959 betrug die Gewerbesteuer 60% und die Bundesgewerbesteuer 40% des Gesamtaufkommens. Ab 1. Jänner 1967 beträgt der Anteil der beiden Abgaben je 50 % des Gesamtaufkommens.

[4]) Im Jahre 1937 „Allgemeine Erwerbsteuer (einschließlich der Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben)" genannt.

[5]) 1937 und ab 1956 nur Vermögensteuer.

[6]) Rentensteuer 13·7, Besoldungssteuer 15·7, Tantiemensteuer 0·9.

[7]) Diese Beiträge wurden ab 1. Jänner 1955 nicht mehr erhoben. Die nach diesem Zeitpunkt ausgewiesenen Beträge sind Restzahlungen.

[7a]) Diese Abgabe wurde nur für die Jahre 1963 und 1964 erhoben. Die nach diesem Zeitpunkt ausgewiesenen Beträge sind Restzahlungen. Ab 1967 bei dem Ansatz 2/52704 „Nebenansprüche und Resteingänge usw." mitverrechnet.

www.parlament.gv.at

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß										Bundesvoranschlag	
	1937	1958 *)	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	Millionen Schilling											
Umsatzsteuer samt Zuschlag:												
Umsatzsteuer	[1]) 303·9	4.822·2	5.221·5	5.712·2	6.314·5	6.894·2	7.416·0	8.553·1	9.133·3	9.939·5	10.700·0	11.770·0
Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer	. . . .	2.411·1	2.610·8	2.856·1	3.157·2	3.447·1	3.708·0	4.276·5	4.566·7	4.969·7	5.350·0	5.885·0
Umsatzsteuer usw. (Summe)	303·9	7.233·3	7·832·3	8·568·3	9.471·7	10.341·3	11.124·0	12.829·6	13·700·0	14.909·2	16.050·0	17.655·0
Einfuhrabgaben:												
Zölle	[2]) 208·3	1.836·3	2.170·5	2.803·2	3.297·3	3.423·8	3.599·0	3.962·6	4.266·0	4.825·1	5.100·0	4.900·0
Lizenzabgabe [3])	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gemäß Stärkegesetz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Abgabe gemäß Antidumpinggesetz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Einfuhrabgaben (Summe)	208·3	1.836·3	2.170·5	2.803·2	3.297·3	3.423·8	3.599·0	3.962·6	4.266·0	4.825·1	5.100·0	4.900·0

*) Siehe Fußnote *) auf Seite 177.

[1]) Im Jahre 1937 wie folgt verrechnet:
Effektenumsatzsteuer . 0·5 Bankenumsatzsteuer . 0·1 Krisenzuschlag zur Warenumsatzsteuer . 148·6
Valutenumsatzsteuer . 0·0 Warenumsatzsteuer . 154·7

[2]) Im Jahre 1937 wie folgt verrechnet:
Nebeneinnahmen (Verzugszinsen und Spesen) . 0·0 Zölle . . . . . 172·8
Lizenzgebühren für Futtermittel . . . . . 34·8 Ausfuhrabgaben . . 0·7

[3]) Mit BGBl. Nr. 283/1958 wurden die Voraussetzungen zur Einhebung dieser Abgabe geschaffen. Die hiezu erforderliche Verordnung ist aber noch nicht ergangen.

www.parlament.gv.at

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß										Bundesvoranschlag	
	1937	1958 *)	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	Millionen Schilling											
Verbrauchsteuern:												
Tabaksteuer (und Aufbauzuschlag sowie Monopolabgabe) [1]	[2] *174·0*	1.456·0	1.643·2	1.616·2	1.800·7	2.018·8	2.178·3	2.293·0	2.590·8	2.844·6	3.000·0	3.380·0
Biersteuer	33·2	347·3	332·6	359·2	388·4	401·1	484·0	523·3	532·2	581·1	600·0	610·0
Weinsteuer	14·6	57·1	61·7	63·0	64·5	68·8	74·7	84·1	92·3	89·5	96·0	96·0
Mineralölsteuer	[3] 48·6	274·8	318·2	343·9	449·1	515·1	562·1	631·4	693·2	772·9	830·0	930·0
Bundesmineralölsteuer [4]	. . . .	1.099·2	1.272·6	1.375·8	1.796·6	2.060·6	2.248·3	2.525·7	2.772·8	3.332·7	3.810·0	4.200·0
Branntweinaufschlag	[5] . . .	27·3	29·1	35·0	42·4	45·2	48·2	52·1	51·5	61·8	60·0	66·0
Monopolausgleich (Branntwein)	[5] . . .	4·1	3·7	5·7	10·8	9·4	15·6	19·8	22·7	24·7	24·0	27·0
Monopolabgabe Salz	[6] . . .	0·0	0·0	0·0	0·0	0·0	0·0	0·0	0·0	0·0	**) . .	**) . .
Schaumweinsteuer [7]	0·2	. . . .	. . . .	. . . .	4·9	12·9	15·3	14·3	16·8	19·8	18·0	21·0
Zuckersteuer	55·0	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Sonderabgabe vom Bier	[8] 9·0	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Zündmittelsteuer	2·8	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Essigsäuresteuer	0·2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Süßstoffsteuer	1·2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Branntweinsteuer [9]	[10] 19·2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Mineralwassersteuer, Hefeabgabe usw. [11]	11·3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Verschiedene Einnahmen	0·6	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Verbrauchsteuern (Summe)	195·9	3.265·8	3.661·1	3.798·8	4.557·4	5.131·9	5.626·5	6.143·7	6.772·3	7.727·1	8.438·0	9.330·0

*) Siehe Fußnote *) auf Seite 177.

**) Verrechnungsansatz.

[1]) Gemäß BGBl. Nr. 107/1962 gibt es nur mehr eine Tabaksteuer.

[2]) 1937 wurde die Gebarung aus dem Tabakmonopol gesondert bruttomäßig im Bundeshaushalt verrechnet. Der kassamäßige Monopolertrag betrug 174·0 Millionen Schilling.

[3]) Im Jahre 1937 „Benzinsteuer" genannt.

[4]) Gemäß BGBl. Nr. 67/1966, wird ab 1. Juni 1966 an Stelle des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer eine Bundesmineralölsteuer eingehoben.

[5]) Im Jahre 1937 gab es diese Abgaben nicht.

[6]) Bei Kapitel 27 Titel 2 „Salz" mitveranschlagt. Der Erfolg 1958 beträgt 24.336 S, 1959 . 41.475 S, 1960 . 48.480 S, 1961 . 42.166 S, 1962 . 18.031 S, 1963 . 25.326 S, 1964 . 15.525 S, 1965 . 33.471 S, 1966 . 4.865 S.

[7]) Gemäß BGBl. Nr. 247/1960 wieder erhoben.

[8]) Im Jahre 1937 „Außerordentlicher Zuschlag zur Biersteuer" genannt.

[9]) Ab 1945 wird die Gebarung aus dem Branntweinmonopol bruttomäßig im Bundeshaushalt verrechnet.

[10]) Außerdem wurden als Gewinnabfuhr der Österreichischen Spiritusstelle 1·6 Mill. S verrechnet.

Die kassamäßigen Monopolerträge betragen in Mill. S:

1958 . . 253·5 1959 . . 212·3 1960 . . 281·6 1961 . . 310·5 1962 . . 337·4 1963 . . 382·5
1964 . . 511·8 1965 . . 416·1 1966 . 438·7 1967 . . 447·6 1968 . . 452·5.

[11]) Mineralwassersteuer 0·5, Hefeabgabe 0·3, Zigarettenhüllenabgabe 3·4, Vieh- und Fleischabgabe 7·1.

www.parlament.gv.at

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß										Bundesvoranschlag	
	1937	1958 *)	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	Millionen Schilling											
Stempel und Rechtsgebühren:												
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	110·2	225·2	242·2	274·0	322·1	349·2	458·5	482·8	580·0	644·8	660·0	700·0
Rechnungsstempel		1.240·8	1.340·9	1.468·6	1.624·3	1.772·2	1.860·9	2.111·3	2.257·6	2.450·5	2.725·0	3.762·0
Übrige Gebühren		122·9	163·7	171·2	178·7	189·5	198·2	217·6	231·3	237·7	270·0	320·0
Gebühren aus dem Glücksspielmonopol		24·0	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .	[1] . . .
Stempel- und Rechtsgebühren (Summe)	110·2	1.612·9	1.746·8	1.913·8	2.125·1	2.310·9	2.517·6	2.811·7	3.068·9	3.333·0	3.655·0	4.782·0
Verkehrsteuern:												
Kapitalverkehrsteuern	. . . .	54·0	29·8	23·2	52·5	54·2	44·6	145·6	72·8	108·5	78·0	90·0
Erbschafts(Schenkungs)steuer	. . . .	90·1	113·2	117·2	142·0	170·7	167·3	192·1	220·9	257·8	280·0	300·0
Erbschaftssteueräquivalent	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	158·8	204·6	235·4	252·9	280·1	287·7	360·0	340·0
Grunderwerbsteuer	. . . .	215·3	265·1	334·1	345·1	347·3	336·5	374·8	410·6	471·4	500·0	480·0
Versicherungssteuer	. . . .	145·6	159·1	187·6	213·2	239·2	263·7	292·6	343·6	383·7	420·0	500·0
Beförderungssteuer	. . . .	317·3	353·2	371·4	450·3	497·6	521·6	536·0	567·9	663·0	660·0	810·0
Kraftfahrzeugsteuer [2]	0·0	139·9	158·9	180·8	205·6	232·1	315·7	428·8	475·5	534·2	570·0	630·0
Spielbankabgabe [3]	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	18·8	40·2	31·3	30·6	31·7	36·0	40·0
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	. . . .	93·5	99·4	119·8	180·7	197·3	204·9	231·1	249·2	268·1	268·8	268·8
Außenhandelsförderungsbeitrag	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[9] 11·2	11·2
Bodenwertabgabe	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	38·4	28·1	24·3	26·5	11·9	15·5	12·0	[9] 12·0
Bundesmonopol-Abgabe der Spielbanken:												
Stammabgabe	[4] *2·4*	33·0	38·8	33·1	35·7	16·9	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .
Bundeszusatzabgabe	[4] *0·6*	6·3	7·2	6·3	6·9	3·6	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .	[3] . . .
Sonderabgabe der Spielbanken	[4] *0·7*	8·6	9·7	[5] 4·7	[5] . . .	[5] . . .	[5] . . .	[5] . . .	[5] . . .	[5] . . .	[5] . . .	[5] . . .
Feuerschutzsteuer	. . . .	41·4	43·2	45·7	50·4	[6] . . .	[6] . . .	[6] . . .	[6] . . .	[6] . . .	[6] . . .	[6] . . .
Patentgebühren [7]	2·0	*10·4*	*13·5*	*20·3*	*23·0*	*26·0*	*29·5*	*33·3*	*37·3*	*41·6*	*37·8*	*55·0*
Eisenbahnverkehrssteuer	21·2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Kraftwagenverkehrssteuer	0·7	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Nebeneinnahmen	4·3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Verkehrsteuern (Summe)	28·2	1.145·0	1.277·6	1.423·9	1.879·6	2.010·4	2.154·2	2.511·7	2.663·1	3.021·6	3.196·0	3.482·0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben [8]	2·8	121·1	125·2	112·4	114·8	158·4	173·2	178·8	177·4	190·1	200·0	240·0
Öffentliche Abgaben (Summe)	1.201·9	26.269·2	27.911·7	30.782·5	36.274·6	40.078·2	43.177·5	48.626·7	53.179·0	59.126·5	65.844·8	67.632·0

*) Siehe Fußnote *) auf Seite 177.

[1]) Ab 1959 bei den „Übrige Gebühren (usw.)" mitveranschlagt.

[2]) Im Jahre 1937 „Kraftwagenabgabe" genannt.

[3]) Gemäß BGBl. Nr. 169/1962 wird ab 13. Juli 1962 eine Spielbankabgabe eingehoben [siehe Fußnote [4]) auf Seite 181].

[4]) Im Jahre 1937 bei Kapitel 27 Titel 3 verrechnet.

[5]) Ab 21. Juni 1960 gemäß BGBl. Nr. 111/1960 nicht mehr eingehoben.

[6]) Ausschließliche Landesabgabe, die im Bundeshaushalt nicht zu verrechnen ist.

[7]) Seit 1945 bei Kapitel 20 Titel 7 „Patentwesen" (ab 1967 Ansatz 2/63204) mitverrechnet. Die Vergleichsziffern sind in Kursivschrift beigesetzt.

[8]) Die Bezeichnung dieses Ansatzes lautete: 1937 „Eintreibungsgebühren und Ersätze an Verfahrenskosten der Abgabeneintreibung"; 1956 bis 1958 „Nebengebühren, Abgabenstrafen, Kostenersätze und Resteingänge weggefallener Abgaben"; 1959 bis 1962 „Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben"; 1963 bis 1967 „Nebenansprüche einschl. Geldstrafen, Wertersätze und Verfallserlöse sowie Resteingänge weggefallener Abgaben", ab 1968 „Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben".

[9]) Der 4 %ige Unkostenbeitrag wird ab 1967 getrennt ausgewiesen.

www.parlament.gv.at

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß										Bundesvoranschlag	
	1937	1958[1]	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968
	Millionen Schilling											
Ab Überweisungen:												
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	220·4	5.709·1	6.033·4	6.775·6	7.946·3	9.133·9	9.794·3	11.157·0	12.379·3	14.015·4	16.766·0	17.145·0
hievon ab Bundespräzipuum[2]	. . . .	685·0	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Notopfer der Länder und Gemeinden	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	350·0	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Verbleiben	220·4	5.024·1	6.033·4	6.775·6	7.946·3	9.133·9	9.444·3	11.157·0	12.379·3	14.015·4	16.766·0	17.145·0
Gewerbesteuer an die Gemeinden	. . . .	2.337·7	1.474·8	1.493·0	1.772·4	1.952·1	2.214·7	2.381·7	2.537·7	2.736·2	2.570·0	2.500·0
Beiträge an die Länder für die Wohnbauförderung	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	929·7
An Wohnhaus-Wiederaufbaufonds	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1.587·6
An Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	273·0
Für Wohnbauforschung	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	24·4
An Wasserwirtschaftsfonds[3]	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	51·4	78·3	92·5	260·2
Für Familienlastenausgleich	. . . .	188·6	199·7	217·8	272·6	308·9	325·1	369·5	426·4	482·8	555·3	505·5
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer	. . . .	74·8	79·1	94·3	148·8	164·7	173·6	192·9	210·1	228·9	237·9	237·9
Beitrag an den Katastrophenfonds	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	540·0	534·0
Beitrag v. Einkommen:												
Anteil für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds	. . . .	661·5	656·7	698·5	887·8	1.007·4	1.075·7	1.202·6	1.398·8	1.409·6	1.851·0	. . . .
Anteil für die Länder zur Wohnbauförderung	. . . .	316·9	322·0	340·8	430·0	511·7	531·2	595·2	634·4	705·0	833·0	. . . .
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz an den WW-Fonds	. . . .	50·4	50·4	50·5	52·6	53·4	54·4	52·8	50·4	46·4	50·0	. . . .
Wohnbauförderungsbeitrag an den Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds	. . . .	379·0	395·8	419·9	450·5	476·5	483·9	562·2	603·6	635·3	645·0	. . . .
Feuerschutzsteuer an Länder (Stadt Wien)[3]	. . . .	40·5	51·0	45·3	59·8	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Bundeszusatzabgabe der Spielbanken für Länder und Gemeinden[4]	[5] *0·6*	6·3	7·2	5·9	6·6	4·3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
eines Beitrages gemäß § 27 (1) GSPVG. in Verbindung mit Art. IV (2) FAG. 1959[6]	. . . .	. . . .	. . . .	202·7	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
Überweisungen (Summe)	220·4	9.079·8	9.270·1	10.344·3	12.027·4	13.612·9	14.302·9	16.513·9	18.292·1	20.337·9	24.140·7	23.997·3
Verbleiben Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (Kapitel 52 - Summe)[7]	981·5	17.189·4	18.641·6	20.438·2	24.247·2	26.465·3	28.874·6	32.112·8	34.886·9	38.788·6	41.704·1	43.634·7
Gesamteinnahmen - Summe[8]	*1.158·6*	*17.199·8*	*18.655·1*	*20.458·5*	*24.270·2*	*26.491·3*	*28.904·1*	*32.146·1*	*34.924·2*	*38.830·2*	*41.741·9*	*43.689·7*

[1]) Siehe Fußnote *) auf Seite 177.
[2]) Gemäß BGBl. Nr. 97/1959 kam das Bundespräzipuum in Wegfall.
[3]) Siehe Fußnote [6]) auf Seite 180.
[4]) Gemäß BGBl. Nr. 169/1962 wird ab 13. Juli 1962 eine Spielbankabgabe eingehoben. Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an dieser Abgabe werden zu Lasten des Ansatzes 2/528 an diese überwiesen.
[5]) Im Jahre 1937 bei Kapitel 27 Titel 3 verrechnet.
[6]) Dieser Beitrag wurde erst ab 1. 1. 1958 geleistet und 1958 bei Kapitel 18 Titel 21 a mit 142·6 Mill. S in Ausgabe und Einnahme errechnet. 1959/1960 erfolgt die Verrechnung bei Kapitel 17 Titel 7 § 9. Die Überweisung für das Jahr 1959 wurde im Jahr 1960 geleistet. Ab 1961 ist der Beitrag bei Kapitel 15 Titel 2 § 8 (ab 1967 Ansatz 1/16067) veranschlagt.
[7]) Die bei einzelnen Abgaben in Kursivschrift angegebenen Vergleichsziffern sind in dieser Schlußsumme nicht mitaddiert.
[8]) Einschließlich der bei einzelnen Abgaben in Kursivschrift angegebenen Abgabenbeiträge.

www.parlament.gv.at

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das sogenannte Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz vom 21. Jänner 1948, BGBl. Nr. 45, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften (Finanz-Verfassungsgesetz 1948[1]) in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt zurzeit das Finanzausgleichsgesetz 1967 (FAG. 1967), BGBl. Nr. 2, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 221/1967, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1967 bis 1972 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden. Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebarungsübersichten

Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur österreichischen Statistik" in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Derzeit liegen bereits 11 Jahrgänge in lückenloser Folge vor.

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge von Ländern und Gemeinden

Gebarung 1966 bis 1968

Beim Titel 530 werden folgende Gebarungen verrechnet:

	1966*)	1967**) Mill. S	1968**)
Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder	280·4	317·0	320·0
Grundsteuerbeihilfen	0·1	0·4	0·1
Salinen-Betriebsstättengemeinden	1·4	2·0	2·0
Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden	—	17·0	17·0
Theatergemeinden	3·0	3·0	3·0
Finanzzuweisung an Länder gemäß § 3 (2) FAG. 1967	—	—	0·1
Finanzzuweisungen an Bundesbahn- und Post-Betriebsgemeinden	16·8	—	—
Finanzzuweisungen für Straßenzwecke an Länder und Gemeinden	75·0	[2]) —	[2]) —
Ausgaben (Summe)	376·7	339·4	342·2

Beiträge von Ländern	1966*)	1967**) Mill. S	1968**)
zu den Besoldungskosten an allgemeinbildenden Pflichtschulen	—	241·2	338·9
zu den Besoldungskosten an berufsbildenden Pflichtschulen	—	—	136·6
zu den Besoldungskosten an landwirtschaftlichen Schulen	—	—	40·7
zum Personalaufwand des Allgemeinbildenden Pflichtschulwesens (§ 13 Abs. 1 lit. a FAG)	41·7	—	—
zum Personalaufwand des Allgemeinbildenden Pflichtschulwesens (§ 13 Abs. 1 lit. b FAG)	0·1	—	—
Beiträge von Gemeinden zum Polizeiaufwand	153·4	232·5	205·0
Einnahmen (Summe)	195·2	473·7	721·2

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/53004 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG. sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der um

[1]) Gemäß § 3 (1) dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 (2) dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Einmalig im Jahre 1966 vorgesehen gewesen.

2 Schilling verminderten, auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1968 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1967 im Jahre 1968 anfällt, ist mit 320 Millionen Schilling anzunehmen.

Die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten zeigt die nachstehende Übersicht:

Ertragsanteile-kopfquote für nebenstehende Jahre:	1961	1962	1963	1964	1965	1966 3)	1967 4)
				Schilling			
niedrigste	540	611	663	773	857	962	1.121
höchste	781	868	943	1.100	1.215	1.340	1.543
im Durchschnitt 5) ..	675	754	818	933	1.030	1.157	1.332

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1961 bis 1968 für das jeweils vorhergegangene Jahr beträgt:

	Mill. S		Mill. S
1961	189·031	1965	282·176
1962	214·950	1966	280·412
1963	251·253	1967	286·300 3)
1964	263·472	1968	320·000 4)

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1968 — ebenso wie für 1967 — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe Ansatz 2/52804).

Ansatz 1/53017 Grundsteuerbeihilfen

Die sogenannten Grundsteuerbeihilfen bestehen darin, daß der Bund gemäß § 31 Abs. 4 Grundsteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 149, in der derzeitigen Fassung, für Arbeiterwohnstätten die Grundsteuer an Stelle der Eigentümer an die Gemeinden entrichtet. Dadurch werden die Mietzinse in diesen Arbeiterwohnstätten verbilligt, ohne bei den Gemeinden einen Steuerausfall zu verursachen.

Ansatz 1/53027 Salinen-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen an Gemeinden mit Salinenbetrieben werden gemäß Art. III § 17 Abs. 2 FAG. in gleichartiger Weise wie bis 1966 gewährt, jedoch ab 1967 unter Aufstockung des Betrages je Beschäftigten und Jahr in den in Betracht kommenden Gemeinden von 1200 Schilling auf 1800 Schilling.

Nachstehende Gemeinden erhalten solche Zuweisungen:

Altaussee, Bad Aussee, Bad Ischl, Ebensee, Hallein, Hallstatt und Solbad Hall in Tirol.

Ansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrage von 17 Millionen Schilling jährlich werden gemäß Art. III § 17 Abs. 4 FAG. gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettelung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1967 sieht eine Grenze von 12.000 Schilling jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen ist dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung entlehnt. Im Jahre 1967 wurden solche Finanzzuweisungen an 107 Gemeinden gewährt.

Ansatz 1/53044 Theatergemeinden 6)

Nach der Regelung im Art. III § 17 Abs. 3 FAG. sind Finanzzuweisungen an Theatergemeinden im Gesamtausmaß von 3 Millionen Schilling vorgesehen. Nachstehende Gemeinden erhielten im Jahre 1967 solche Zuweisungen: Bad Hall, Baden bei Wien, Bregenz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg.

Ansatz 1/53057 Finanzzuweisung an Länder gemäß § 3 (2) FAG. 1967

Gemäß Art. I § 3 (2) FAG. hat der Bundesminister für Finanzen länderweise auf den Stichtag 1. Jänner 1968 festzustellen, ob 10 v. H. des tatsächlichen Besoldungsaufwandes (der Aktivitätsbezüge) des Kalenderjahres 1967 für Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 3 v. H. der Beteiligung der einzelnen Länder (ein Sechstel Wien, fünf Sechstel Länder ohne Wien nach der Volkszahl gemäß § 9 Abs. 2 lit. d) an den Umsatzsteuereingängen des Kalenderjahres 1967 entsprechen. Verneinendenfalls ist die Finanzausgleichsleistung des Bundes an die Länder in einem solchen Ausmaß zu erhöhen, daß sich die beiden vorstehend bezeichneten Beträge gegeneinander ausgleichen. Für diesen Zweck sind im Jahr 1968 vorläufig 100.000 Schilling vorgesehen. Die endgültige Höhe kann erst aus dem Bundesrechnungsabschluß für das Jahr

---

3) Vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung.
4) Schätzung.
5) Länder mit Wien, vermindert um 2 Schilling.

6) Außerdem sind Zuschüsse gemäß Art. III § 18 Z. 2 FAG. bei dem Ansatz 1/53226 veranschlagt.

1967 festgestellt werden. Diese Leistung an die Länder ist eine Finanzzuweisung im Sinne des § 12 (1) des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 (BGBl. Nr. 45) zum Ausgleich von Härten, die sich durch den vorerwähnten Besoldungsaufwand in einzelnen Ländern ergeben könnten.

Ansatz 2/53004 Beiträge der Länder zu den Besoldungskosten an allgemeinbildenden Pflichtschulen

Die Länder haben zu den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen nach Art. I § 3 FAG., in Zusammenhalt mit Art IV Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 215/1962, betreffend Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens einen 10%igen Beitrag zu leisten.

Ansatz 2/53014 und 2/53024 Beiträge von Ländern zu den Besoldungskosten an berufsbildenden Pflichtschulen und an landwirtschaftlichen Schulen

Die Länder haben zu den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen im Sinne des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 142/1962, in der jeweiligen Fassung, sowie an landwirtschaftlichen Schulen (landwirtschaftliche Fortbildungsschulen und landwirtschaftliche und gartenbauliche Fachschulen) nach Art. I § 3 FAG. im Zusammenhalt mit § 5 des Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetzes, BGBl. Nr. 88/1948, einen 50%igen Beitrag zu leisten.

Ansatz 2/53034 Beiträge von Gemeinden zum Polizeiaufwand

In den nachfolgend angeführten Städten wird die an sich den Gemeinden zustehende örtliche Sicherheitspolizei von Bundespolizeibehörden wahrgenommen. Diese Gemeinden haben dafür dem Bund gemäß Art. I § 4 FAG. Beiträge zu entrichten.

Die zu leistenden Beiträge errechnen sich unter Zugrundelegung des Einheitssatzes von 80 Schilling je Jahr und Einwohner der in Betracht kommenden Gemeinden. Die Aufstockung von 60 Schilling bis zum Jahre 1966 auf 80 Schilling ab dem Jahre 1967 ist gerechtfertigt, weil sich die Bezüge der Bundesbediensteten seit 1. Jänner 1959 um mehr als 50 v. H. erhöht, die Wachdienst- bzw. Bereitschaftsdienstzulagen aber annähernd verdoppelt haben.

Gemeinde	Volkszahl (Stichtag 21. 3. 1961)
Eisenstadt	7.167
Graz	237.080
Innsbruck	100.695
Klagenfurt	69.218
Leoben	36.257
Linz	195.978
Rust	1.690
Salzburg	108.114
Steyr	38.306
St. Pölten	40.112
Villach	32.971
Wels	41.060
Wien	1,627.566
Wiener Neustadt	33.845

Titel 531 Mittel für den Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds bzw. Rückzahlungen von Ländern

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	120·0	0·8
1967 **)	1·0	0·3
1968 **)	20·0	0·3

Ansatz 1/53107 Mittel für den Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds

Im Jahre 1966 wurden zu den veranschlagten 10 Millionen Schilling durch die Novelle zum Bundesfinanzgesetz, BGBl. Nr. 209/1966, zusätzlich weitere 110 Millionen Schilling bereitgestellt, um dem Bund ausreichende Mittel zur Förderung der Behebung der außergewöhnlichen Katastrophenschäden des Jahres 1966 zu erschließen. Dies war insbesondere erforderlich, weil das Hochwasserhilfegesetz 1966, BGBl. Nr. 208, die Leistung von Vorschußzahlungen des Bundes an die in Betracht kommenden Länder ermöglicht hat.

Für das Jahr 1967 wurde lediglich ein Stammbetrag von 1 Million Schilling veranschlagt.

Zwecks endgültiger Abwicklung der vorläufig bevorschußten Förderungsmaßnahmen bedarf es einer größeren finanziellen Mittelvorsorge, weshalb für 1968 ein Betrag von 20 Millionen Schilling veranschlagt wird.

Die Gebarung des Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds ist bruttomäßig im Titel 533 (Ansatz 1/53306 und 2/53300) besonders dargestellt.

Ansatz 2/53104 Rückzahlungen von Ländern

Auf Grund der mit den Bundesländern abgeschlossenen Vereinbarungen fließen aus den nach dem Hochwasserschädengesetz 1954 [7]) zur Verfügung gestellten Bundesmitteln Beträge in ausgewiesenem Ausmaß zurück.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[7]) BGBl. Nr. 148.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes

Beim Titel 532 werden folgende Ausgaben verrechnet:

	1966 *)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete	36·0	45·9	37·1
Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand	[8]) —	50·0	50·0
Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden	[9]) 19·0	19·0	15·6
Zweckzuschüsse für die Behebung von Hochwasserschäden im Vermögen der Länder und Gemeinden	50·0	—	—
Ausgaben (Summe)	105·0	114·9	102·7

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/53206 Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete

Die Förderung wirtschaftlich entwicklungsbedürftiger Gebiete Österreichs fällt gemäß Artikel 15 Abs. 1 B.-VG. in der Fassung von 1929 in den Zuständigkeitsbereich der Länder. Die auf Artikel III § 18 Abs. 1 Z. 1 FAG. gestützte Zuschußgewährung des Bundes zur Förderung solcher Gebiete ist eine Ermessensleistung. Die für diese Zwecke vorzusehenden Mittel werden im jeweiligen Bundesfinanzgesetz unter Festsetzung eines Höchstausmaßes bereitgestellt.

In den Jahren 1960 bis 1966 erfolgte die Zuschußverteilung auf die Bundesländer nach Richtlinien, die einvernehmlich mit den Ländern erstellt worden sind. Hiefür wurden der Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder, ein fiktiver Kopfquoten-Ausgleich der Gemeinden, die der Land- und Forstwirtschaft zugehörige Wohnbevölkerung, die Arbeitslosenrate und eine Durchschnittszahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden herangezogen.

Als vom Bund im Einvernehmen mit den Ländern anerkannte Förderungszwecke kamen die Verkehrserschließung, die Förderung der Ansiedlung (Erweiterung) von industriellen und gewerblichen Betrieben, der Ausbau des Fremdenverkehrs, schließlich die Besitzfestigung von kleinen Landwirten und Kleingewerbetreibenden als Maßnahme der Produktivität, Sicherung bestehender und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und ab 1962 zusätzlich die Förderung notleidender Kohlen- und Buntmetallbergbau-Gemeinden (und Umgebungsgemeinden) in Betracht.

Außer den im Jahre 1968 veranschlagten Zuschüssen im Betrag von 37·1 Millionen Schilling sind im Eventualvoranschlag zusätzlich 8·8 Millionen Schilling vorgesehen. Die Summe dieser Beträge entspricht dem Voranschlagsbetrag im Bundesfinanzgesetz 1967.

Ein Teilbetrag von 8·775 Millionen Schilling der im Jahre 1967 vorgesehenen Mittel wurde durch Beschluß des Nationalrates mit dem 3. Budgetüberschreitungsgesetz, BGBl. Nr. 000/1967, zur Deckung von Erfordernissen des Bundeshaushaltes herangezogen.

Ansatz 1/53217 Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand

Auf Grund des FAG. gewährt der Bund ab 1967 Gemeinden und Gemeindeverbänden, die gesetzliche Schulerhalter sind, zur Erleichterung des ihnen aus der Beseitigung der Schulraumnot auf dem Gebiet der öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen erwachsenden Bauaufwandes finanzielle Hilfe, die auch in Form von Zinsenzuschüssen gewährt werden kann.

Der für 1967 und 1968 mit je 50 Millionen Schilling veranschlagte Betrag ist an die einzelnen Bundesländer auf Grund der Schülerzahlen an den oben genannten Schulen zu verteilen.

Die Verteilung an die in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgt durch das zuständige Land, insbesondere unter Bedachtnahme auf das Schulraumerfordernis im Verhältnis zu den Pflichtschülern an diesen Schulen.

Ansatz 1/53226 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden

Der Bund kann gemäß Art. III § 18 Z. 2 FAG. Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, u. zw. zur teilweisen Deckung eines solchen Betriebsabganges sowie der erforderlichen Baukosten, Zweckzuschüsse gewähren.

Titel 533 Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds (Zweckgebundene Gebarung)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	192·1	120·0
1967 **)	1·0	1·0
1968 **)	20·0	20·0

Ansatz 1/53306 Überweisungen an Länder

Ansatz 2/53300 Dotierung des Fonds

Der vom Bund jährlich vorgesehene Betrag wird aus dem Ansatz 1/53107 zur Verfügung gestellt und dem Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds zugeführt. Die Einnahmen dieses Fonds sind zweckgebunden und können im Bedarfsfalle auch erst im Nachjahr in Anspruch genommen werden. Nach Maßgabe der Bestimmungen des FAG. können aus dem Fonds Zweckzuschüsse an

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[8]) Erstmalig im Jahre 1967 veranschlagt.
[9]) Im Bundesrechnungsabschluß 1966 beim ehemaligen Kapitel 13 Titel 2 UT 4 Post 32 verrechnet gewesen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

die Länder zu der von ihnen durchzuführenden Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer Personen zugeteilt werden. Mit Beginn des Jahres 1966 war aus dem zweckgebundenen Zuschuß des Bundes noch eine Rücklage von 73,469.422'80 Schilling verfügbar, die gemeinsam mit den für 1966 veranschlagten Beträgen zur Förderung der Behebung von Katastrophenschäden herangezogen und zur Gänze verbraucht wurde. Mit Ende des Jahres 1966 waren aus dem zweckgebundenen Zuschuß des Bundes noch 1,382.679 Schilling verfügbar, die auf Grund einer Ermächtigung an den Bundesminister für Finanzen im Wege einer Rücklagenzuführung zwecks Verwendung im nächstfolgenden Finanzjahr reserviert wurden.

Titel 534 Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S.	
1967 **)	540·0	540·0
1968 **)	534·0	534·0

Ansätze 1/53406 bis 1/53446

Ansatz 2/53400

Die Mittel des Katastrophenfonds nach dem Bundesgesetz, BGBl. Nr. 207/1966, sind ausschließlich für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von außergewöhnlichen Hochwasser-, Erdrutsch-, Vermurungs- und Lawinenschäden im Vermögen des Bundes, der Länder und Gemeinden, sowie als Zuschüsse an die Länder zur Förderung der Behebung solcher Schäden im Vermögen physischer Personen und juristischer Personen mit Ausnahme von Gebietskörperschaften und zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasserschäden bestimmt.

Der im jeweiligen Bundesvoranschlag vorgesehene Betrag wird aus dem Ansatz 2/52890 zur Verfügung gestellt.

**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 54 Bundesvermögen

Titel 1/540 Kapitalbeteiligung und Titel 2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

	Sachaufwand		Einnahmen
	Ordentliche Gebarung	Ao. Gebarung	Summe	
	Mill. S			
1966 *)	266·1	374·8	640·9	491·7
1967 **)	204·8	555·1	759·9	489·5
1968 **)	269·9	642·1	912·0	558·1

Beim Titel 540 werden folgende Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1966*)	1967**)	1968 **
		Mill. S	
Kapitalbeteiligungen an verstaatlichte			
Industrieunternehmungen [1] [2]	67·7	80·0	199·0
Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft [2]	371·9	368·0	354·4
Quotenanteile an internationalen Finanzinstitutionen	115·2	187·6	255·3
Kapitalbeteiligungen an sonstigen Unternehmungen [2]	48·7	69·5	88·3
Miteigentumsanteile (Flughafenbetriebsgesellschaften)	37·4	39·8	0·0
Barentschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen	0·0	15·0	15·0
Ausgaben (Summe) [3]	640·9	759·9	912·0

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[1]) Hievon aus Mitteln des Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen:

1966 ..... 43·0 Mill. S
1967 ..... —
1968 ..... 54·0 Mill. S

[2]) Hievon Umwandlungen von Bundesdarlehen, Haftungsbeträgen und Gewinnausschüttungen in Beteiligungen:

	Verst. Ind.	Ges. Elektr.	Sonstige Ges.
		Mill. S	
1966	4·0	0·1	0·4
1967	—	—	2·0
1968	54·0	—	1·5

[3]) Hievon außerordentliche Gebarung:

	1966*)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Verstaatlichte Industrieunternehmungen	24·7	—	—
Gesellschaften der E-Wirtschaft	299·8	300·0	300·0
Internationale Finanzinstitutionen	48·4	187·6	255·3
Sonstige Gesellschaften	1·9	67·5	86·8
	374·8	555·1	642·1

Einnahmen	1966 *)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Erträge der Anteilsrechte des Bundes an verstaatlichten Banken	50·0	50·0	50·0
Industrieunternehmungen [4]	32·9	61·2	48·8
Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft	10·6	10·4	10·4
Erträge aus Quotenanteilen bei internationalen Finanzinstitutionen	0·4	0·6	0·6
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	288·0	290·0	330·0
Dividende der Austria-Tabakwerke AG.	36·0	36·0	36·0
Erträge der Anteilsrechte des Bundes von sonstigen Unternehmungen	6·1	6·6	3·0
Überweisung vom Investitionsfonds für verstaatl. Unternehmungen:			
für Kapitalbeteiligungen	43·0	—	54·0
als Ersätze	24·7	34·7	25·3
Einnahmen (Summe)	491·7	489·5	558·1

Im einzelnen ist zu bemerken:

Erwerb von Beteiligungen

Für den Erwerb von Beteiligungen an Unternehmungen (Kapitalgesellschaften u. dgl.) ist in allen Fällen das Bundesministerium für Finanzen zuständig. Ausgaben für derartige Beteiligungen **werden daher ausschließlich beim Ansatz 540 verrechnet.**

Elektrizitätsförderungsgesetz

Das Elektrizitätsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 194/1963, bestimmt, daß die Unternehmungen der Elektrizitätswirtschaft in den Jahren 1964 bis einschließlich 1968 durch Bundesmittel im Betrage von 300 Millionen Schilling jährlich gefördert werden.

Im Bundesvoranschlag 1968 sind diese 300 Millionen Schilling beim Ansatz 5/54032 veranschlagt.

Beteiligungen im Jahre 1968

Der im Jahre 1968 für Beteiligungen veranschlagte Betrag dient vor allem der Erhöhung und Abrundung des Gesellschaftskapitals von bereits bestehenden verstaatlichten Unternehmungen und von sonstigen Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, weiters der Beteiligung an neuen Gesellschaften, deren Gründung im Jahre 1968 vorgesehen ist.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

	1966	1967	1968
		Mill. S	
[4]) Erträge	131·5	200·0	150·0
ab Überweisungen	98·6	138·8	101·2
Verbleiben ...	32·9	61·2	48·8

Folgende Beträge sind für Beteiligungen im Voranschlag 1968 vorgesehen:

Gemäß Elektrizitätsförderungsgesetz sind die bereits aufgezeigten 300 Millionen Schilling bereitgestellt.

Für den Bau der 2. Schleuse des Kraftwerkes Wallsee der Österreichischen Donaukraftwerke AG. wird der Gesellschaft ein Betrag von 200 Millionen Schilling in Form einer Kapitaleinzahlung zur Verfügung gestellt. Als weitere Rate wurden 54·4 Millionen Schilling in den Voranschlag 1968 aufgenommen.

Weiters wurden für diverse, noch zu bestimmende verstaatlichte Unternehmungen nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz (ohne Banken) 145 Millionen Schilling veranschlagt, sowie die Umwandlung von 54 Millionen Schilling Investitionsfonds-Darlehen in Kapitalbeteiligungen vorgesehen.

An sonstigen Kapitalbeteiligungen sind 86·8 Millionen Schilling für Unternehmungen, bei denen bereits Kapitalerhöhungsbeschlüsse vorliegen (wie bei der Flughafen Wien Betriebs-GesmbH. und landwirtschaftlichen Genossenschaften) bzw. zu erwarten sind (wie insbesondere bei der Österreichischen Exportfonds Ges. m. b. H., AUA, GROHAG, Austria Wochenschau GesmbH.) vorgesehen.

Überdies wurde für die zu gründende Tauernschnellstraßen-Gesellschaft vorgesorgt.

Schließlich werden bei einigen Gesellschaften wie z. B. der Lagereibetriebe GesmbH. und verschiedenen Wohnbaugesellschaften Bundesdarlehen oder Gewinnausschüttungen von insgesamt 1·5 Millionen Schilling in Neubeteiligungen umgewandelt.

Im Eventualvoranschlag sind für die verstaatlichten Unternehmungen 116 Millionen Schilling und für die sonstigen Kapitalgesellschaften mit Bundesbeteiligung 65 Millionen Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzinstitutionen

Aus der Beteiligung des Bundes an internationalen Finanzinstitutionen ergibt sich folgende Gebarung:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Internationaler Währungsfonds...	48·4	0·0	—
Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung	22·5[6])	67·6	135·3
Internationale Entwicklungsorganisation	31·4[6])	55·0	55·0
Asiatische Entwicklungsbank	12·9[6])	13·0	13·0
Europäischer Fonds	—	52·0	52·0
Summe.	115·2	187·6	255·3

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[5]) (frei).
[6]) Ordentliche Gebarung.

Im Jahre 1968 ist seitens der internationalen Finanzinstitutionen mit Aufrufen zur Beitragsleistung in der veranschlagten Höhe zu rechnen.

Beitragsleistungen an die Internationale Entwicklungsorganisation werden jedoch auf Grund eines vom Nationalrat mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 51/1963, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 109/1964, genehmigten, zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Oesterreichischen Nationalbank am 22. März 1963 geschlossenen Übereinkommens wegen Gewährung eines Kredites an die Republik Österreich zwecks Einlösung der zugunsten des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Entwicklungsorganisation gemäß § 1 des 3. Schatzscheingesetzes in der jeweiligen Fassung begebenen Bundesschatzscheine von der Oesterreichischen Nationalbank refinanziert.[7])

Im einzelnen ist über die Institutionen zu bemerken:

Internationaler Währungsfonds [8])

Anläßlich des Beitrittes zu dem Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden.

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Die Quote der Republik Österreich beträgt unter Berücksichtigung der im Jahre 1959 erfolgten Erhöhung der Quote um 50% 75 Millionen US-Dollar.

Die Republik Österreich hat rund 3/4 ihrer Quote in Form von unverzinslichen, auf Sicht fälligen Bundesschatzscheinen (begeben auf Grund der Bundesgesetze BGBl. Nr. 159/1948 und BGBl. Nr. 92/1953, bzw. BGBl. Nr. 75/1959) erlegt. Wenn an die genannte Organisation Barzahlungen zu leisten waren, wurden die Bundesschatzscheine zu Lasten des obgenannten finanzgesetzlichen Ansatzes eingelöst.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1966 wurde auf Vorschlag des Internationalen Währungsfonds die Quote Österreichs um 100 Millionen US-Dollar auf 175 Millionen US-Dollar erhöht. Zur Erfüllung dieser Quotenerhöhung wurde die Oesterreichische Nationalbank durch § 2 des Bundesgesetzes, betreffend die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 203/1965, ermächtigt, alle sich aus dieser Quotenerhöhung ergebenden finanziellen Verpflichtungen zu übernehmen. Gemäß § 3 leg. cit. hat der Bund der Oesterreichischen National-

[7]) Die Kredit(Refinanzierungs)beträge werden in der Anlehensgebarung des Bundes, nach den österreichischen Haushaltsvorschriften eine hauptsächlich für Anleiheerlöse bestimmte Sonderverrechnung, vereinnahmt.

[8]) Sonderorganisation der Vereinten Nationen, „Weltbank".

bank lediglich eine Vergütung in Höhe von 2% pro Jahr für die von ihr dem Internationalen Währungsfonds zur Verfügung gestellten Goldmengen und Schillingbeträge zu gewähren. Die **Vergütung ist beim Ansatz 50117 veranschlagt.**

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich hat am 31. Jänner 1966 das Abkommen über die Asiatische Entwicklungsbank **unterzeichnet und sich am Kapital der Bank mit einem Betrag von 5 Millionen US-Dollar beteiligt.**

Die Asiatische Entwicklungsbank wurde zu dem Zweck gegründet, das wirtschaftliche Wachstum und die Zusammenarbeit der Länder Asiens und des Fernen Ostens zu unterstützen und zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung der zu den Entwicklungsländern zählenden Mitglieder beizutragen.

Das Abkommen über die Asiatische Entwicklungsbank tritt in Kraft, sobald 15 Signatarstaaten, darunter 10 regionale Staaten, deren Kapitalzeichnung mindestens 65% des gesamten Kapitals beträgt, ihre Ratifikationsurkunde hinterlegt haben. Für die Ratifikation durch die Signatarstaaten ist eine Frist bis 30. September 1966 gesetzt. Österreich hat laut BGBl. Nr. 13/1967 das Abkommen mit Wirkung vom 29. September 1966 ratifiziert.

Von dem gezeichneten Kapital sind 50% einzuzahlen und 50% nur abrufbar. Die einzuzahlende Quote ist zur Hälfte in Gold oder konvertierbaren Währungen und zur Hälfte in Landeswährung zu entrichten, wobei an Stelle der Landeswährung unverzinsliche, bei Sicht fällige Schuldscheine erlegt werden können. Die Einzahlung der ersten Hälfte der Kapitalzeichnung ist in fünf gleichen Jahresraten vorzunehmen, wobei die erste Rate 30 Tage nach Inkrafttreten des Abkommens fällig ist. Die abrufbare Quote darf zur Zahlung nur abberufen werden, wenn sie von der Bank benötigt wird, um Verpflichtungen zu erfüllen, die aus der Gewährung von Anleihen mit Hilfe von aufgenommenem Kapital oder aus der Garantieübernahme für Anleihen entstanden sind.

Nach diesem Einzahlungsmodus hat Österreich 2·5 Millionen US-Dollar, d. s. 65 Millionen Schilling, ab 1966 in fünf Jahresraten à 500.000 US-Dollar, d. s. 13 Millionen Schilling, zu leisten, und zwar zur Hälfte in Gold oder konvertierbarer Währung und zur Hälfte in Landeswährung oder in Bundesschatzscheinen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung [9])

Nähere Einzelheiten über den Beitritt Österreichs zum Abkommen von Bretton Woods können den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958, Seite 106, und für das Jahr 1959, Seite 124, entnommen werden.

Die letzten Bundesschatzscheine zur Erfüllung des überwiegenden Teiles des zur Bezahlung aufgerufenen Quotenanteiles von 20. v. H. wurden im Jahre 1959 eingelöst. Seit dem Jahre 1953 wurden aus dieser Verpflichtung insgesamt 231,225.543 S eingelöst.

Die Mitglieder der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung haben am 2. Feber 1959 einstimmig eine Aufstockung des Kapitals der Bank um 10 Milliarden Dollar beschlossen. Zur effektiven Durchführung dieser Kapitalaufstockung haben die einzelnen Mitgliedstaaten eine 100%ige Erhöhung ihrer Quote vorzunehmen. Für die Republik Österreich bedeutet dies eine Erhöhung um 50 Millionen Dollar. Diese zusätzliche Quote wird jedoch nicht zur Einzahlung aufgerufen, sondern es gilt für sie dieselbe Regelung wie für die 80 v. H. der ursprünglichen Quote. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Kapitalserhöhung wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 211/1959 geschaffen.

Als Folge der von Österreich vorgenommenen Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds wurde auch eine Erhöhung des österreichischen Kapitalanteiles bei der Weltbank notwendig. Diese Erhöhung beträgt 86·7 Millionen Dollar. Von der Hälfte dieses Betrages sind 2%, das sind 867.000 Dollar, in Gold oder US-Dollar und 18%, das sind 7,803.000 Dollar, in Landeswährung zu zahlen. Die gesetzliche Voraussetzung für diese Kapitalerhöhung wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 204/1965 geschaffen.

Die Inanspruchnahme der auf die Quotenerhöhung zu zahlenden Beträge erfolgt derart, daß im Jahre 1966 die Dollar-Quote von 867.000 Dollar, das sind 22,542.000 Schilling, bar zu erlegen war, während für die Quote in Landeswährung von 7,803.000 Dollar Schatzscheine begeben werden können, die zu einem Drittel im Jahre 1967 und zu zwei Drittel im Jahre 1968 von der Weltbank eingelöst werden. Die budgetäre Belastung für 1967 wird sich somit auf 2,601.000 Dollar, das sind 67,626.000 Schilling, und für 1968 auf 5,202.000 Dollar, das sind 135,252.000 Schilling, belaufen.

Internationale Entwicklungsorganisation

Anläßlich des Beitrittes zu dem Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961, hat die Republik Österreich die Mitgliedschaft bei der genannten Organisation erworben. Aufgabe der Organisation ist es, in den in die Mitgliedschaft einbezogenen Entwicklungsländern die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die Produktivität zu steigern und auf diese Weise den Lebensstandard zu heben. Zur Erfüllung dieser Aufgabe haben

[9]) Sonderorganisation der Vereinten Nationen „Weltbank".

die Mitglieder dieser Organisation bestimmte Quoten (Zeichnungsanteile) einzuzahlen. Die Quote der Republik Österreich beträgt 5·04 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag war in Gold oder frei konvertierbarer Währung in den Jahren 1961 bis einschließlich 1964 einzuzahlen, jedoch ist in dem Abkommen auch vorgesehen, daß bis zu 90% der einzuzahlenden Quote in Form von unverzinslichen Schatzscheinen erlegt werden, die auf Verlangen der Organisation einzulösen sind. Von dieser Möglichkeit wurde Gebrauch gemacht und die Quotenanteile 1961, 1962, 1963 und 1964 größtenteils in Form von unverzinslichen, auf Sicht fälligen Bundesschatzscheinen (begeben auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 159/1948, in der Fassung BGBl. Nr. 134/1961, erlegt. Damit hat Österreich seine Quote zur Gänze eingezahlt.

Die der Internationalen Entwicklungsorganisation angehörenden Industriestaaten (Part-I-Länder), zu denen auch Österreich zählt, haben beschlossen, der Organisation zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 750 Millionen US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Österreich leistet, ebenso wie die meisten kleineren Industriestaaten, einen Beitrag in Höhe seiner Erstzeichnung, d. s. 5·04 Millionen US-Dollar. Der Beitrag ist in frei konvertierbarer Währung in drei gleichen Raten in den Jahren 1965, 1966 und 1967 zu erfüllen und kann, ebenso wie die 90%-Quote der Erstzeichnung, durch Übergabe unverzinslicher Schatzscheine geleistet werden. Die gesetzliche Voraussetzung für diese Beitragsleistung wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 25/1964 geschaffen. Das Erfordernis für die von der IDA zur Einlösung aufgerufenen Bundesschatzscheine wird auf Grund einer dem Bundesministerium für Finanzen erteilten Ermächtigung durch die Oesterreichische Nationalbank refinanziert.

Bis zum 30. Juni 1967 wurden Bundesschatzscheine im Nominalbetrag von 138,116.000 Schilling eingelöst.

Europäischer Fonds

Das mit der Einführung der Ausländerkonvertibilität zur Jahreswende 1958/59 in Kraft getretene Europäische Währungsabkommen (BGBl. Nr. 75/1960) [10]), das an die Stelle der Europäischen Zahlungsunion getreten ist, sieht gleichzeitig die Errichtung eines EUROPÄISCHEN FONDS vor. Der Fonds hat zur Aufgabe, seinen Mitgliedern zwecks Überbrückung vorübergehender Zahlungsbilanzschwierigkeiten Hilfe zu gewähren und damit auch gleichzeitig das Funktionieren des multilateralen Zahlungssystems zu erleichtern. Der österreichische Beitrag zum Fonds beträgt höchstens 5 Millionen US-Dollar, die nach Bedarf aufgerufen werden. Die Ermächtigung zur Beitragsleistung leitet sich aus § 3 des Bundesgesetzes, betreffend Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 74/1959, ab.

Der in Gold im Gegenwert von Verrechnungseinheiten (US-Dollar) zu erlegende Beitrag ist jeweils nach Aufruf zur Beitragsleistung durch den Europäischen Fonds diesem zur Verfügung zu stellen. In den Jahren 1959/1960 wurden Beiträge in der Höhe von 16·5 Millionen Schilling geleistet. In den Jahren 1961 bis 1966 erfolgte kein Aufruf zur Beitragsleistung. Für das Jahr 1968 wird mit einem Aufruf zur Beitragsleistung, in der veranschlagten Höhe, gerechnet.

Der Artikel 6 des Europäischen Währungsabkommens sieht eine Verzinsung der Beitragsleistungen an den Europäischen Fonds vor. Der Prozentsatz der Zinsen wurde durch die Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit 2% p. a. festgelegt.

Bei der Berechnung des Zinsenertrages wurden die seit 1959 über Aufruf vollzogenen Beitragsleistungen berücksichtigt.[11])

Entschädigungen

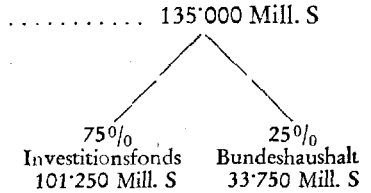
§ 1 Abs. 2 des 1. Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 168/1946, und § 2 des 2. Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 81/1947, besagen, daß für die nach diesen Gesetzen verstaatlichten Unternehmen, Betriebe und Anlagen eine angemessene Entschädigung zu leisten ist (siehe Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1945, und Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960, die sich beide nur auf das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, beziehen).

Für die noch nicht abgewickelten Fälle wurden 15 Millionen Schilling veranschlagt.

Erträge der Anteilsrechte

Gemäß § 4 des Bundesgesetzes vom 22. Juli 1959, BGBl. Nr. 173, fließen dem Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmen 75 von 100 der Ausschüttungen der im § 1 genannten Unternehmungen und Betriebe [12]) zu, soweit die Ausschüttungen nicht nach bundesgesetzlichen Bestimmungen zur Verstaatlichungsentschädigung verwendet werden. Die gesamten Erträge von ..... 150·000 Mill. S werden daher wie folgt verwendet:

für Entschädigungen beim Ansatz 1/54022 ..... 15·000 Mill. S
verbleiben ..... 135·000 Mill. S



Der auf den Investitionsfonds entfallende Anteil von 101·250 Millionen Schilling wird im Voranschlag 1968 zu Lasten des Ansatzes 2/54014

[10]) Änderungen: BGBl. Nr. 238/1960 in der Fassung BGBl. Nr. 156 und 157/1962, sowie 165/1966.

[11]) Verrechnung der Erträge beim Ansatz 2/54054.

[12]) Also ohne verstaatlichte Banken und verstaatlichte Gesellschaften der Elekrizitätswirtschaft.

an den Investitionsfonds (siehe Kapitel 66) überwiesen.

Zahlungen des Investitionsfonds an den Bund

Im Voranschlag 1968 sind unter den Einnahmen 25·312 Millionen Schilling als besondere Überweisung aus dem auf Grund des Kompetenzgesetzes, BGBl. Nr. 173/1959, errichteten Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen an die Bundesvermögensverwaltung des Bundes vorgesehen. Bei diesem Betrag handelt es sich um die im Ressortübereinkommen vom 14. November 1961 für 1966 vereinbarte Rückzahlung von einzelnen Gesellschaften nachgelassenen Darlehen und Erstattung von Regreßforderungen des Bundes gegen verstaatlichte Unternehmungen.

Von den im vorgenannten Übereinkommen vereinbarten Überweisungen von insgesamt 630·5 Millionen Schilling wurden in den Jahren 1962 bis 1966 insgesamt 163·2 Millionen Schilling gezahlt. In den Voranschlägen 1967/68 sind 34·687 bzw. 25·312 Millionen Schilling vorgesehen.

Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1955, BGBl. Nr. 184, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Dividende der Austria Tabakwerke A.G.

Die gute Verschleißentwicklung der Austria Tabakwerke A.G. im Jahre 1967 läßt erwarten, daß 1968 neben den Einnahmen aus der Verbrauchsbesteuerung des Tabakkonsums, die beim Ansatz 2/524 „Verbrauchsteuern" veranschlagt sind, wieder eine Dividende in Höhe von 36 Millionen Schilling zur Ausschüttung gelangt. Dieser Betrag ist beim Ansatz 2/54094 veranschlagt. Von dieser Dividende aus den Anteilsrechten des Bundes ist vom Bund gemäß § 85 Einkommensteuergesetz die Kapitalertragsteuer im Betrage von 6·5 Millionen Schilling zu zahlen, die beim Ansatz 1/50007 Post 7101 als Ausgabe veranschlagt wird.

Austria Tabakwerke A.G.

Tabak ist gemäß § 1 des Bundesgesetzes vom 13. Juli 1949, BGBl. Nr. 186, Gegenstand eines Staatsmonopols, dessen Verwaltung gemäß § 7 des zitierten Gesetzes der Austria Tabakwerke A. G., vorm. Österreichische Tabakregie obliegt. Die Tabakregie besteht seit 1784, in der Rechtsform der A. G. seit 1939. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft wurde 1967 aus Gesellschaftsmitteln von 600 auf 1200 Millionen Schilling erhöht und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Der Generaldirektion der Austria Tabakwerke A. G. mit dem Sitz in Wien unterstehen sechs Tabakfabriken, eine in Wien, zwei in Niederösterreich (Hainburg und Stein), eine in Oberösterreich (Linz), eine in der Steiermark (Fürstenfeld) und eine in Tirol (Schwaz). Der Einlagerung der Rohtabake dient neben den in den Tabakfabriken bestehenden Lagern das Tabakmagazin in Klagenfurt.

Verschleiß der Tabakwaren

Bisher (Stand 30. September 1967) wurden die Zigarettensorte „DAMES FILTER" und die Lizenzsorten „L & M", „CHESTERFIELD" sowie die Pfeifentabaksorten „BOBBY'S DREAM", „OLD MASTER" und die Lizenzsorte „CLAN" in den Verkauf gebracht. Von der Erzeugung von Tabakwaren entfällt der größte Anteil auf die Zigaretten.

Das Erzeugungsprogramm umfaßt derzeit 28 Zigarettensorten, 23 Zigarrensorten, 3 Sorten Zigarettentabak (Feinschnitt), 11 Sorten Pfeifentabak, 2 Sorten Kautabak und eine Sorte Schnupftabak.

Für den Verschleiß der Tabakwaren bestehen vier selbständige Tabakverschleißmagazine, die sich in Wien, Leoben, Salzburg und Klagenfurt (vereinigt mit dem dortigen Tabakmagazin) befinden. Außerdem sind den Tabakfabriken in Stein, Linz, Fürstenfeld und Schwaz Verschleißmagazine angegliedert.

Von den Tabakverschleißmagazinen erfolgt die Belieferung der insgesamt 241 Tabakverläge, von denen die Tabaktrafiken die Tabakwaren beziehen. Für den Verkauf an die Konsumenten bestehen im ganzen Bundesgebiet derzeit 15.185 Tabaktrafiken. Hievon sind 5.063 selbständige Tabaktrafiken, 220 in Verbindung mit einem Verlag geführte Tabaktrafiken, 9.503 Tabaktrafiken in Verbindung mit einem Gewerbe und 399 Saison- und Schutzhüttentrafiken.

Kapitalsbeteiligungen des Bundes im Jahre 1966

Im Jahre 1966 erfolgten bei nachstehenden Unternehmungen Kapitalsbeteiligungen des Bundes:

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 2: [13] [14]	
Schoeller Bleckmann Stahlwerke AG.	35·3
G. Rumpel AG., Wien.....	4·0
Simmering-Graz-Pauker AG. für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau, Wien	3·7
Summe...	43·0

[13]) Verstaatlichte Unternehmungen.

[14]) Für diese Beteiligungen wurden aus dem bei Kapitel 7 a Titel 1 (neuer Ansatz: Kapitel 66) verrechneten Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen der Bundesvermögensverwaltung des Bundes Mittel zur Verfügung gestellt.

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 3: [15])

Schoeller Bleckmann Stahlwerke AG.	24·7

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 b Unterteilung 1: [15])

Österreichische Donaukraftwerke A. G., Wien	200·0
Öst. Draukraftwerke AG., Klagenfurt	60·0
Tauernkraftwerke AG., Salzburg	20·0
Österreichische Elektrizitätswirtschafts-A. G., Wien	19·8
Summe	299·8

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 b Unterteilung 2:

Österreichische Donaukraftwerke A. G., Wien	72·0

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 b Unterteilung 3: [16])

Tauernkraftwerke AG., Salzburg	0·1

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 c Unterteilung 1:

Internationaler Währungsfonds	48·4

aus Kapitel 18 Titel 1 § 1 c Unterteilung 2:

Internationale Entwicklungs-Association (IDA), Washington	31·4
Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, Washington	22·5
Asiatische Entwicklungsbank, Manila	12·9
Summe	66·8

aus Kapitel 18 Titel 1 § 2 Unterteilung 1:

Europäische Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (EUROCHEMIC) Mol/Belgien	2·0

[15]) Verstaatlichte Unternehmungen.
[16]) Umwandlung von gewährten Bundesdarlehen.

aus Kapitel 18 Titel 1 § 2 Unterteilung 3: [17])

Erste gemeinnützige Wohnungsges. „Heimstätte Ges. m. b. H.", Wien	0·2
Gem. Eisenbahnsiedl. Ges. in Villach GmbH., Villach	0·0
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Linz	0·1
Wohnbauges. der ÖBB, gemeinn. Ges. m. b. H., Wien	0·1
Summe	0·4

aus Kapitel 18 Titel 1 § 2 Unterteilung 4:

Flughafen Wien, Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien	38·8
Bürgschaftsfonds der Kleingewerbekreditaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, Ges. m. b. H., Wien	5·0
Neusiedlersee Planungsgesellschaft m. b. H., Eisenstadt	1·6
Olympia-Stadion-Betriebsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·8
Verschiedene Genossenschaften	0·1
Österreichische HIAG-Werke AG., Wien	0·0
Summe	46·3
Gesamtsumme	603·5

[17]) Umwandlung von Gewinnausschüttungen.

Erträge von Anteilsrechten des Bundes im Jahre 1966

An Erträgen von Anteilsrechten des Bundes gingen im Jahre 1966 ein:

bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 1: [18])	Dividende in %	für die Jahre	Mill. S
Österreichische Mineralölverwaltung A. G., Wien	6·5	1964	[19]) 25·0
	6·5	1965	65·0
Österreichische Stickstoffwerke A. G., Linz	6	1965	23·1
Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf, Ranshofen/Berndorf	3	1965	12·3
Wiener Schwachstromwerke Ges. m. b. H., Wien	5	1965	3·5
Montanwerke Brixlegg GmbH., Brixlegg	6	1965	2·6
Zwischensumme			131·5
ab: Anteil des Investitionsfonds			98·6
Nettosumme			32·9
bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 2: [18])			
Creditanstalt-Bankverein, Wien	10	1965	30·0
Österreichische Länderbank A. G., Wien	10	1965	15·0
Österreichisches Creditinstitut A. G., Wien	10	1965	5·0
Summe			50·0
bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 3:			
Österreichisch-Bayerische Kraftwerke A. G., Simbach	3·75	1965	9·7
Donaukraftwerk Jochenstein A. G., Passau	zirka 0·35	1965	0·9
Summe			10·6

[18]) Verstaatlichte Unternehmungen.
[19]) Restzahlung.

	Dividende in %	für die Jahre	Mill. S
bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 4:			
Alpenländische Heimstätte, gemeinn. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	—	1960—1965	0·7
„Kärntner Heimstätte", gemeinn. Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung, Ges. m. b. H., Klagenfurt	4 4	1963 1964	0·3
Erste gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Heimstätte Ges. m. b. H.", Wien	1 Rest	1964 1962 1963	0·2
Heimstätte Graz, gemeinn. Wohnbau- und Siedlungsges. m. b. H., Graz	4	1964	0·1
Österreichische gemeinn. Siedlungsges. m. b. H., Wien	2	1965	0·1
Wohnbaugesellschaft der Österr. Bundesbahnen, gem. Ges. m. b. H., Wien	2	1965	0·1
Gemeinn. Eisenbahnsiedlungsges. Linz, Ges. m. b. H., Linz	4	1965	0·1
Gemeinn. Eisenbahnsiedlungsges., Ges. m. b. H. in Villach	4	1964	0·0
Summe...			**1·6**
bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 5:			
Österreichische Sprengmittel-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Wien	14	1965	0·1
Lagereibetriebe Ges. m. b. H., Wien	100	1965	0·2
Österreichisches Verkehrsbüro Ges. m. b. H., Wien	7	1965	0·1
„Eurofima", Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel	4	1965	0·1
Alpenländische Heimstätte, gemeinn. Wohnungsbau- u. Siedlungsges. m. b. H., Innsbruck	Rest	1960—1965	0·0
Verschiedene Kleinbeteiligungen nach dem Reststückegesetz			0·1
Verschiedene landwirtschaftliche Genossenschaften			0·0
Summe...			0·6
bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 Unterteilung 6:			
Kärntner Flughafen Betriebsgesellschaft m. b. H., Klagenfurt		1957—1966	1·2
Salzburger Flughafen Betriebsgesellschaft m. b. H., Salzburg		1956, 1964—1966	1·0
Tiroler Flughafen Betriebsgesellschaft m. b. H., Innsbruck		1964—1966	0·8
Flughafen Graz, Betriebsgesellschaft m. b. H., Graz		1958—1965	0·8
Flughafen Linz, Betriebsgesellschaft m. b. H., Linz		1964—1966	0·1
Summe...			3·9
bei Kapitel 18 Titel 1 § 1 c:			
Europäischer Fonds, Paris			0·4
Gesamtsumme...			100·0
Von der Oesterreichischen Nationalbank wurden abgeführt als:			
Ertrag der Anteilsrechte [20]			4·5
Gewinn			283·5
Zusammen...			288·0
Von der Austria-Tabakwerke A. G. (Tabakmonopol) wurden abgeführt: [20]			
bei Kapitel 27 Titel 1 § 1			36·0

[20]) 6% für das Jahr 1965.

Beteiligungen Nominalwert

Laut Beilage N in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1967 beträgt der Nominalwert der Bundesbeteiligungen:

	Mill. S
Verstaatlichte Unternehmungen	11.089
Sonstige inländische Unternehmungen	1.954
Ausländische Unternehmungen	10.482
Summe	23.525
Weitere zwischenzeitliche Beteiligungen [22])	329
Im Bundesvoranschlag 1967 vorgesehene weitere Beträge für Beteiligungen, deren Aufteilung im Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht möglich ist	572
Zusammen	24.426

Reinvermögen

Das den Bundesbeteiligungen entsprechende Reinvermögen der einzelnen Unternehmungen entspricht laut Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1967, soweit es erfaßbar war, folgenden Beträgen:

	Mill. S
Verstaatlichte Unternehmungen	rd. 22.706
Sonstige inländische Unternehmen	rd. 5.724
Ausländische Unternehmungen	rd. 5.957
Zusammen	rd. 34.387

Titel 541 Kapitalbeteiligung (Erlöse)

	Einnahmen Mill. S
1966 *)	48·8
1967 **)	22·4
1968 **)	12·9

Verfügung über Beteiligungen des Bundes

Gemäß Artikel X des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist es nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[21]) (frei).
[22]) Siehe Seite 438 der Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1967.

Unterschiede der Gebarung

Die Einnahmen im Jahre 1966 und 1967 sind im wesentlichen durch Liquidationserlöse und Reststückeverkäufe [siehe Abschnitt II d) der Beilage N] bedingt.

Veräußerungserlöse

Durch die beabsichtigte Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes sind Einnahmen von rund 12·5 Millionen Schilling zu erwarten.

Titel 542 Bundesdarlehen

	Sachaufwand Ordentliche Gebarung	Sachaufwand Ao. Gebarung	Sachaufwand Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	218·4	124·7	343·7	139·1
1967 **)	16·0	263·3	279·3	120·5
1968 **)	107·9	52·5	160·4	102·1

Beim Titel 2 werden folgende Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist:			
Verstaatlichte Industrieunternehmungen und DDSG [23])	124·7	116·6 [23])	31·7
Wohnungsbau für Flüchtlinge	35·1	45·0	15·0
Sonstige Unternehmungen [24])	144·9	91·2	92·5
Übrige Bundesdarlehen	39·0 [23])	26·5 [24a])	21·2 [24a])
Ausgaben (Summe)	343·7	279·3	160·4

Einnahmen	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Verstaatlichte Industrieunternehmungen:			
Zinsen	0·3	0·1	0·1
Sonstige Darlehensrückzahlungen	8·4	8·4	4·3
Verstaatlichte Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft:			
Umwandlung von Darlehen [25])	0·1	—	—
Sonstige Darlehensrückzahlungen	5·5	—	—

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[23]) Außerordentliche Gebarung.
[24]) Hievon buchmäßige Umwandlung von Zinsen oder Gewinnausschüttungen in Darlehen:

	Unternehmungen Bund beteiligt	Unternehmungen Sonstige	Zusammen
	Mill. S		
1966 *)	19·1	0·3	19·4
1967 **)	15·5	0·5	16·0
1968 **)	16·9	0·4	17·3

[24a]) Hievon 26·0 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung im Jahre 1967 und 20·8 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung im Jahre 1968.
[25]) Umwandlung in Kapitalsbeteiligungen.

Einnahmen	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
SAC-Kredite: [26])			
Zinsen	17·8	14·7	10·6
Darlehensrückzahlungen	54·2	55·5	52·7
Sonstige Bundesdarlehen:			
Zinsen	6·6	7·5	9·7
Umwandlungen [27])	18·1	15·2	16·4
Sonstige Darlehensrückzahlungen	17·6	19·1	8·3
Rückersätze von Treugaben für das Lagerauflösungsprogramm	10·5	—	—
Einnahmen (Summe)	139·1	120·5	102·1

Darlehen an verstaatlichte Unternehmungen

Für die verstaatlichten Unternehmungen nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz (ohne Banken) ist ein Betrag von 31·7 Millionen Schilling veranschlagt. Außerdem sind im Eventualvoranschlag für diesen Zweck weitere 40 Millionen Schilling vorgesehen.

Wohnungsbau für Flüchtlinge

Programm

Im Rahmen des Lagerauflösungsprogramms des Bundesministeriums für Inneres, das die Errichtung von 3186 Wohnungen vorsieht, konnten bisher rund 3150 Wohnungen fertiggestellt und bezogen werden, die restlichen 36 Wohnungen befinden sich im Bau.

Österreichischer Beitrag

Die für die Lagerauflösung vorgesehenen Finanzierungsbeiträge des Bundes im Gesamtbetrage von etwa 250 Millionen Schilling werden in Form von Bundesdarlehen weitergegeben, mit denen die BUWOG die für diesen Zweck aufgenommenen Baukredite abdeckt. Die achte Rate des österreichischen Finanzierungsbeitrages, der in zehn Jahresraten geleistet werden soll, konnte im Bundesvoranschlag 1968 infolge der Budgetsituation nicht veranschlagt werden. Bis Ende des Jahres 1968 werden die Finanzierungsbeiträge des Bundes voraussichtlich 150 Millionen Schilling betragen.

BRD-Beitrag

An der Finanzierung des Wohnbauprogrammes für Flüchtlinge mit deutscher Staatsangehörigkeit beteiligt sich auch die Bundesrepublik Deutschland mit einem unverzinslichen Rahmenkredit in der Gesamthöhe von 13 Millionen DM und einer Laufzeit von 15 Jahren [28]). Im Jahre 1968 wird hievon voraussichtlich ein Betrag von 15 Millionen Schilling in Anspruch genommen werden. Bis Ende des Jahres 1966 wurden rund 54 Millionen Schilling in Anspruch genommen.

Darlehen an sonstige Unternehmungen

Für sonstige Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, wurden zum Teil auf Grund bereits in den Vorjahren eingegangener Verpflichtungen Darlehen vorgesehen, so insbesondere für die Österreichische Rundfunk GesmbH. und diverser Verkehrsprojekte (Dachstein Fremdenverkehrs AG, Axamer Lizum Aufschließungs AG.) sowie für die BUWOG-Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete GesmbH. und andere gemeinnützige Wohnungsgesellschaften.

Weiters werden auf Grund bestehender vertraglicher Verpflichtungen bei diversen Bundesdarlehen die auflaufenden Zinsen dem Kapital als neues Darlehen zugeschlagen. Den hiebei entstehenden buchgemäßen Ausgaben stehen gleichhohe zweckgebundene Einnahmen gegenüber.

Übrige Bundesdarlehen

Österreich ist Mitglied verschiedener Konsortien der OECD. Für die Gewährung eines Bundesdarlehens im Rahmen der Programme dieser Konsortien wurden 20·8 Millionen Schilling vorgesehen.

Einnahmen

Unterschiede

Die Ursache der unterschiedlichen Höhe der Einnahmen in den Jahren 1966 bis 1968 ist aus nachstehender Übersicht zu ersehen:

	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
Umwandlungen:			
Zinsen in Darlehen	18·1	14·7	15·7
Kapitalrückzahlungen in Beteiligungen	—	0·5	0·7
Rückersätze von Treugaben	10·5	—	—
Übrige Gebarung	110·5	105·3	85·7
Zusammen	139·1	120·5	102·1

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[26]) Hievon von verstaatlichten Unternehmungen:

	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
E-Wirtschaft:			
Zinsen	3·8	4·0	3·7
Darlehensrückzahlungen	3·4	2·0	3·5
Industrie:			
Zinsen	3·2	3·9	3·0
Darlehensrückzahlungen	16·4	17·3	17·0

[27]) Umwandlung von Zinsen in Darlehen und von Darlehensrückzahlungen in Kapitalsbeteiligungen.

[28]) Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, BGBl. Nr. 283/1962 (Anlage 2).

Allgemeines

Gemäß dem „Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den österreichischen Beitrag zur jugoslawischen Währungsreform" gewährte Österreich Jugoslawien ein Darlehen in Höhe von 52 Millionen Schilling. Die Rückzahlung erfolgte in fünf gleichen Jahresraten, jeweils am 31. März der Jahre 1963 bis 1967, sodaß die geringeren Einnahmen im Voranschlag 1968 u. a. auch durch den Fortfall dieser Rate bedingt ist.

Bundesdarlehen im Jahre 1966

Im Jahre 1966 wurden folgende Bundesdarlehen gewährt:

	Mill. S
aus Kapitel 18 Titel 3 § 2 Unterteilung 1 a: [29])	
Simmering-Graz-Pauker A. G. für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau, Wien	124·7
aus Kapitel 18 Titel 3 § 2 Unterteilung 2:	
BUWOG—Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wien	102·6
Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, reg. Gen. m. b. H., Wien V	27·9
Österreichischer Rundfunk, Ges. m. b. H., Wien	6·4
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Ges. m. b. H. in Villach	5·1
Wohnbaugesellschaft der Österr. Bundesbahnen, gemeinn. Ges. m. b. H., Wien	4·6
Alpenländische Heimstätte, gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	3·1
Großglockner-Hochalpenstraßen-AG. Salzburg	2·5
Villacher Alpenstraßen-Fremdenverkehrsgesellschaft m. b. H., Villach	2·4
Dachstein Fremdenverkehrs-AG., Linz	2·0
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Linz	1·7
Erste gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Heimstätte Ges. m. b. H.", Wien	0·6
Heimstätte Graz, gemeinn. Wohnbau- und Siedlungsges. m. b. H., Graz	0·5
„Kärntner Heimstätte", gemeinn. Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung, Ges. m. b. H., Klagenfurt	0·5
Österreichische gemeinnützige Siedlungsges. m. b. H., Wien	0·5
Kongreß-Veranstaltungsges. m. b. H. i. L., Wien	0·5
Summe...	160·9

	Mill. S
aus Kapitel 18 Titel 3 § 3: [30])	
BUWOG—Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wien	12·6
Großglockner-Hochalpenstraßen-AG., Salzburg	3·5
Dachstein Fremdenverkehrs-AG., Linz	1·1
Alpenländische Heimstätte, gemeinn. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·7
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach	0·4
„Kärntner Heimstätte", Gemeinn. Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung, Ges. m. b. H., Klagenfurt	0·3
„Heimstätte Graz", gemeinn. Wohnbau- und Siedlungsges. m. b. H., Graz	0·2
Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, reg. Gen. m. b. H., Wien V	0·1
Wohnbaugesellschaft der Österr. Bundesbahnen, gemeinn. Ges. m. b. H., Wien	0·1
Gemeinnützige OÖ. Wohn- u. Siedlergemeinschaft, reg. Gen. m. b. H., Linz	0·1
Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m. b. H., Salzburg	0·1
GEBÖS Gemeinnützige Baugenossenschaft österreichischer Siedler und Mieter, eingetr. Gen. m. b. H., Wien	0·1
Österreichische gemeinn. Siedlungsgesellschaft m. b. H., Wien Allgemeine Heimstättengenossenschaft Gemeinn. reg. Gen. m. b. H., Graz und Wien Gemeinn. Eisenbahnsiedlungsges. Linz, Ges. m. b. H., Linz Österreichische Wohnbaugenossenschaft gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Graz Allgemeine Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft, e. Gen. m. b. H., St. Pölten Tiroler gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck Lichtgenossenschaft St. Jakob in Defereggen Österreichisches Volkswohnungswerk Gemeinnützige Ges. m. b. H., Wien „Neue Heimat", Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Wien, Ges. m. b. H., Wien	0·1
Summe...	19·4
aus Kapitel 18 Titel 3 § 4:	
Finanzhilfe an die Türkei 1966	26·0
Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft in Wien XIII, reg. Gen. m. b. H., Wien	3·2
Österreichische Wohnbaugenossenschaft gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Graz	1·6
Tiroler gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	1·5
Allgemeine Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft, e. Gen. m. b. H., St. Pölten	1·4
GEBÖS Gemeinnützige Baugenossenschaft österreichischer Siedler und Mieter, e. Gen. m. b. H., Wien	1·2
Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m. b. H., Salzburg	1·1
Fürtrag...	36·0

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[29]) Verstaatlichte Unternehmungen.

[30]) Buchmäßige Umwandlung von Zinsen oder Gewinnausschüttungen in Darlehen.

	Mill. S
Übertrag...	36·0
Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Dornbirn.....	0·8
Allgemeine Heimstättengenossenschaft Gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Graz	0·7
„Österreichisches Heimwerk", Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m. b. H., Wien VI	0·6
Gemeinnützige OÖ. Wohn- und Siedlergemeinschaft, reg. Gen. m. b. H., Linz	0·3
Wohnbau-Genossenschaft Bergland, gemeinn. reg. Gen. m. b. H., Zell am See	0·1
Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft der Post- und Telegraphenbediensteten für Kärnten in Villach, reg. Gen. m. b. H., Villach	0·2
Gemeinnützige Hauptgenossenschaft des Siedlerbundes, reg. Gen. m. b. H., Salzburg.....	
Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft der Post- und Telegraphenbediensteten im Lande Salzburg, reg. Gen. m. b. H., Salzburg	
„Neue Heimat", Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Wien, Ges. m. b. H., Wien	
Summe...	38·7
Gesamtsumme...	343·7

Darlehensrückflüsse und -abschreibungen im Jahre 1966

Im Jahre 1966 sind folgende Rückzahlungen von Bundesdarlehen erfolgt:

1. Durch Umwandlung in Kapitalsbeteiligungen:	Mill S
Sonstige Unternehmungen: [31])	
Tauernkraftwerke AG., Salzburg.....	0·1
2. Durch Umwandlung in Zuschuß für Zwischenkreditzinsen für das Lagerauflösungsprogramm: [32])	
BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Gesellschaft m. b. H., Wien	10·4
3. Durch Kompensation mit Entschädigungsforderungen der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG.: [33])	
Österreichische Donaukraftwerke AG., Wien..	5·5

[31]) Einnahmenkapitel 18 Titel 3 § 2 Unterteilung 2.
[32]) Einnahmenkapitel 18 Titel 3 § 3 Unterteilung 4.
[33]) Einnahmenkapitel 18 Titel 3 § 2 Unterteilung 4.

4. Übrige Rückzahlungen:	Mill. S
a) Verstaatlichte Unternehmungen und Wohnungsgesellschaften verstaatlichter Unternehmungen: [34])	
Elin-Union A. G. für elektrische Industrie, Wien	4·0
Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf A. G.....	3·0
Gebrüder Böhler & Co. A. G.....	1·0
G. Rumpel A. G.....	0·3
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft m. b. H., „Alpine Montan", Wien	0·1
Summe a...	8·4
b) Sonstige Unternehmen und Rechtsträger: [35])	
Verschiedene Kapitalsrückzahlungen aus SAC-Krediten	54·2
Föderative Volksrepublik Jugoslawien	10·4
Verschiedene Wohnbaudarlehen	3·6
BUWOG—Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Gesellschaft m. b. H., Wien	1·1
Dorotheum, Wien	1·0
Bausparkasse der Österr. Sparkassen, Abt. d. Girozentralen d. Österr. Sparkassen AG., Wien	0·5
Verschiedene Kapitalrückzahlungen von Darlehen aus staatlichen Mitteln in den Jahren 1938 bis 1945	0·4
Allgemeine Bausparkasse der Volksbanken reg. Gen. m. b. H., Wien.....	0·3
Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Salzburg	0·2
Internationales Studentenhaus, gemeinn. Ges. m. b. H., Innsbruck	0·1
Waffenfabrikstiftung, Wien	0·0
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz, Ges. m. b. H., Linz	0·0
Verschiedene landwirtschaftliche Genossenschaften	0·0
Summe b...	71·8
Summe 4 (a—b)...	80·2
Gesamtsumme...	96·2

Weiters sind im Jahre 1966 fällige Darlehenszinsen im Betrage von 18·1 Millionen Schilling in Bundesdarlehen umgewandelt worden. Diese Zinsen sind bei Kapitel 18 Titel 3 § 3 Unterteilung 3 vereinnahmt worden und entsprechen den bei Ausgabenkapitel 18 Titel 3 § 3 ausgewiesenen gleichhohen Darlehensbeträgen.

Außerdem ist die bei Kapitel 18 Titel 3 vorgemerkte Darlehensforderung des Bundes gegen die Flughafen Wien, Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien-Schwechat in der Höhe von 26·7 Millionen Schilling infolge Einbringung in das Vermögen der Gesellschaft gemäß BGBl. Nr. 125/1966 erloschen.

[34]) Einnahmenkapitel 18 Titel 3 § 1 Unterteilung 2.
[35]) Einnahmenkapitel 18 Titel 3 § 3 Unterteilung 2.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1968**)	41·2	2·5

Leistungen für Miteigentumsanteile bei Flughafenbetriebsgesellschaften

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung werden in der Form finanziert, daß der Bund und das jeweils beteiligte Bundesland bzw. die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen und Abfertigungsgebäude) errichten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Sobald die Flughafenbetriebsgesellschaften finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, wird dieses sogenannte Treuhandvermögen von ihnen zum Teil oder zur Gänze erworben oder wie bei der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft in das Betriebsvermögen eingebracht.

Die Einnahmen resultieren aus Zinsen, die durch die nicht sofortige Verwendung einzelner Teilbeträge infolge langsameren Baufortschrittes auf den Bankkonten der Gesellschaften auflaufen. Diese Zinsen reduzieren die jeweiligen Einzahlungsverpflichtungen der drei Mitgesellschafter.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	0·4	15·6
1967 **)	1·1	51·5
1968 **)	1·2	48·5

Ansatz 2/5450 Verwertung verfallener Vermögenschaften

Ehem. NS-Vermögen

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes, StGBl. Nr. 13/1945, in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser zum größten Teil bereits liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu und werden wie folgt verrechnet: Erlöse aus unbeweglichem Vermögen beim Ansatz 2/54607 Post 0011/002 und 0012/002, Erlöse aus beweglichem Vermögen beim Ansatz 2/54507. Ebenso werden die Erträgnisse aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Das noch zu liquidierende ehemalige NS-Vermögen besteht derzeit im wesentlichen aus elf Liegenschaften.

Im Voranschlag 1968 ist weiters die Abfuhr von rund 40 Millionen Schilling aus dem endgültigen Liquidationserlös des ehemaligen DAF-Vermögens enthalten.

Einnahmen gemäß § 25 WSchG.

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1956, BGBl. Nr. 275, lebten gewisse Forderungen des Bundes gegen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmungen wieder auf.

Aus Restforderungen wird im Jahre 1968 wie im Vorjahr mit Einnahmen in der Höhe von 1 Million Schilling gerechnet.

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB., von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Im Zusammenhang damit fallen Ausgaben aus der Rückzahlung von bereits zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen und aus der Abdeckung von Nachlaßpassiven bei der Naturalübernahme erbloser Grundstücke an, deren genaue Höhe sich nur schwer abschätzen läßt.

Titel 546 Unbewegliches Bundeseigentum

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	0·2	89·4
1967 **)	7·7	59·2
1968 **)	4·2	63·0

Unterschiede der Gebarung

Über die unterschiedliche Höhe der Einnahmen in den Jahren 1966 bis 1968 gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Veräußerungen mit Zweckwidmung der Erlöse:			
Militärische Liegenschaften	—	27·0	27·0
Sonstige Liegenschaften .	39·6	0·1	0·1
Liegenschaftstausch	35·7	22·0	25·0
Sonstige Veräußerungen .	9·7	5·5	5·5
Sonstige Einnahmen . . .	4·4	4·6	5·4
Summe .	89·4	59·2	63·0

Einnahmen

Alle Rechtsgeschäfte über Verfügungen (Veräußerung und Belastung) über unbewegliches Bundesvermögen bedürfen nach der derzeitigen Rechtslage, sofern nicht eine gesetzliche Ver-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

fügungsermächtigung erforderlich ist, im Sinne des Art. IX des Bundesfinanzgesetzes der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

Gemäß Art. IX Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen über unbewegliches Bundesvermögen sowohl an bestimmte Wertgrenzen als auch an bestimmte Verwendungszwecke gebunden. Bei dem für die Wertgrenzen im Sinne des Art. IX Abs. 2 maßgebenden Schätzwert können allfällige Aufwendungen des Erwerbers oder hypothekarische Belastungen berücksichtigt werden. Die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen nach Art. IX Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes umfaßt das Recht zu entgeltlichen und unentgeltlichen Verfügungen.

Weitere Ermächtigungen für die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen enthalten das Vermögensverfallsgesetz, BGBl. Nr. 213/1947 in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955, und die Vermögensverfallsamnestie, BGBl. Nr. 155/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 45/1958, 7/1962 und 173/1962.

Die Einnahmen aus unbeweglichem Bundesvermögen ergeben sich aus Veräußerungen, aus Vergütungen gemäß § 30 Abs. 3 der Bundeshaushaltsverordnung (BGBl. Nr. 118/1926) sowie aus im Bereich des Finanzressorts anfallenden [36]) Entgelten für Belastungen von Grundstücken und Bestandzinsen (Nutzungen usw.).

Bei dem Ansatz „Belastungen" sind nachstehende Einnahmen aus bundeseigenen Liegenschaften zu verrechnen: [37])

Bauzinse infolge Belastung unbeweglichen Bundeseigentums mit Baurechten;

Einnahmen aus der Belastung mit Dienstbarkeiten.

Bei dem Ansatz „Nutzungen" sind Einnahmen aus bundeseigenen Grundstücken ohne Gebäudezugehörigkeit zu verrechnen: [37])

Bestandzinse ohne Rücksicht auf die Vertragsdauer (Miet- und Pachtzinse, Benützungszinse, Anerkennungszinse);

Erlöse aus dem Verkauf von Gras, Obst, Holz, Flußkies u. dgl.;

Inanspruchnahme von Bundesstraßengrund durch Dritte.

Ausgaben

Bei diesem Titel sind die mit der Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum zusammenhängenden Kosten (z. B. Schätzkosten, Abgaben) sowie Rückersätze für Veräußerungen aus den Vorjahren veranschlagt.

Weiters sind bei diesem Titel Vergütungen gemäß § 30 (3) BHV. zu veranschlagen, d. s. Zahlungen für Übertragungen von unbeweglichem Bundesvermögen aus der Benützung und Verwaltung der Bundesbetriebe in jene der Hoheitsverwaltung, mit Ausnahme der Übertragung in die Benützung und Verwaltung der Bundesstraßenverwaltung.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	63·0	55·9
1967 **)	105·7	30·5
1968 **)	157·6	35·3

Für eine Haftungsübernahme durch den Bund ist jeweils eine sondergesetzliche Grundlage erforderlich, soweit nicht das jeweilige Bundesfinanzgesetz für bestimmte Haftungsübernahmen (z. B. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966, BGBl. Nr. 87, Artikel VII) eine entsprechende Regelung trifft.

Mit Stichtag 31. Dezember 1966 ergibt sich folgendes Bild:

	Mill. S
Gültiger Rahmen (auf Grund diverser gesetzlicher Ermächtigungen)	34.765
Übernommene Haftungen	28.640
Für weitere Haftungsübernahmen noch zur Verfügung	6.125
Der Gesamt-Haftungsbetrag von	28.640
hat sich durch Teilrückzahlungen der Kredite um	5.850
vermindert, sodaß das Haftungsobligo des Bundes	22.780

beträgt.

Gesetzliche Grundlagen

Haftungen des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen der Elektrizitätswirtschaft (Energieanleihen):

BGBl. Nr.	Nominale Mill. S	BGBl. Nr.	Nominale Mill. S
50/1953	662	273/1961	780
58/1955	1.000	197/1962	600
75/1957 [41])	594	287/1963	500
48/1958	546	291/1964	400
176/1959 } 269/1959 }	[42]) 1.026	168/1965	600
		93/1966	1.500
223/1960	1.000	153/1967	1.700

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1965 insgesamt: 4.959,241.870·41 S;

[36]) Ab Voranschlag 1968 werden der institutionellen Gliederung des Budgets entsprechend Einnahmen aus Nutzungen bei den die zugehörigen Liegenschaften verwaltenden Ressorts (Bundesbetrieben) veranschlagt.

[37]) Diese Zuordnungen gelten sinngemäß auch für alle anderen Ressorts und für alle Bundesbetriebe.

[38]) bis [40]): (frei).

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[41]) In der Fassung 175/1957.

[42]) Hievon für die 5¼% ige Energie-Konversionsanleihe 1959 126 Millionen Schilling.

BGBl. Nr. 87/1955, betreffend die Übernahme von Ausfallshaftungen durch den Bund für Kredite zur Errichtung von Zollfreizonen, und zwar als Bürge gemäß § 1346 ABGB. (Haftungslimit 200,000.000 S. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 63,552.688·42 S;

BGBl. Nr. 159/1955 (Garantiegesetz 1955), betreffend Ausfallshaftung des Bundes als Bürge gemäß § 1346 ABGB. (Haftungslimit 800,000.000 S. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 145,382.322·50 S;

Haftungen für die von der „Österreichischer Rundfunk, Gesellschaft m. b. H." aufgenommenen Darlehen:

BGBl. Nr.	Mill. S	BGBl. Nr.	Mill. S
1/1960	85	1/1962	25
1/1961	30	94/1963	15

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 104,934.668 S;

BGBl. Nr. 239/1958 für Haftungen des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. (Gesetzliches Limit gemäß BGBl. Nr. 66/1959 350,000.000 US-Dollar. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 143,066.077·29 US-Dollar = 3.693,966.115·66 S);

BGBl. Nr. 283/1958, betreffend die Haftung des Bundes für ein Darlehen bis zur Höhe von 40 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten (derzeit noch nicht in Anspruch genommen);

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Ausmaß von 50 bzw. 60% des aushaftenden Kreditbetrages:

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S	BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
1/1959	300	1/1964	700
1/1960	600	1/1965	800
1/1961	900	87/1966	800
1/1962	700	1/1967	800
94/1963	700	0/1968	800

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 1.245,645.479·23 S;

BGBl. Nr. 210/1959, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen, die der Hochwasserschäden-Fonds begeben hat, und zwar in den Jahren 1959 in der Höhe von 100, 1960 in der Höhe von 200, 1961 bis 1963 in der Höhe von je 300 Millionen Schilling; (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 1.121,049.000 S);

BGBl. Nr. 1/1960, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. bis zur Höhe von 500 Millionen Schilling für Darlehen, die von verstaatlichten Unternehmen und Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, aufgenommen werden (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 139,649.466·38 S);

Haftungen für Darlehen, die von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, aufgenommen wurden:

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S	BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
1/1961	200	94/1963	150
1/1962	150	1/1964	150

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 154,194.378·76 S);

Haftungen des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Darlehen, die von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Gesellschaft m. b. H. zur Vorfinanzierung von Wohnungsbauten aufgenommen werden, um die vom Bundesministerium für Inneres verwalteten Flüchtlingslager freizumachen:

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen
1/1961	200,000.000 S

(Die Ermächtigungen in den Bundesfinanzgesetzen 1962, 1963, 1964, 1965 und 1966 wurden nicht in Anspruch genommen.)

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 97,000.000 S);

Haftungen des Bundes für Anleihen der Wohnbaufonds:

BGBl. Nr.	Nominale Mill. S	BGBl. Nr.	Nominale Mill. S
1/1962	240	87/1966	700
1/1964	400	1/1967	700
1/1965	600	0/1968 ....[42a]	400

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 1.540,000.000 S;

BGBl. Nr. 74/1962, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. (Gesetzliches Limit 120,000.000 US-Dollar. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 27,267.234·72 US-Dollar = 704,040.000 S);

BGBl. Nr. 143/1962, betreffend die Ausfallsbürgschaft für Kredite, die einem Sparer gemäß §§ 7 und 8 des obigen Gesetzes von Kreditunternehmungen gewährt werden; Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 306.600 S);

[42a]) In Art. VII Abs. 1 Z. 3 und 4 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1968 sind für die beiden Wohnbaufonds Haftungsermächtigungen von zusammen 800 Millionen Schilling enthalten, wovon 400 Millionen Schilling auf das Kapital und 400 Millionen Schilling auf Zinsen und Kosten entfallen.

BGBl. Nr. 158/1963 (§ 2), betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für eine Anleihe an die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke im Betrage von 10,000.000 US-Dollar (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1965: 10,000.000 US-Dollar = 258,200.000 S);

BGBl. Nr. 159/1963 (§ 1), betreffend die Rückbürgschaft des Bundes gegenüber dem Land Baden-Württemberg für ein Darlehen an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts A. G. (Verbundgesellschaft) bis zu einem Höchstbetrag von 25,000.000 Deutsche Mark (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 24,750.000 Deutsche Mark = 159,885.000 S);

BGBl. Nr. 159/1963 (§ 2), betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für eine Anleihe an die Tauernkraftwerke AG. bis zu einem Höchstbetrag von 50,000.000 Schweizer Franken, sowie für einen von der gleichen Gesellschaft zur Vorfinanzierung dieser Anleihe aufzunehmenden Kredit bis zur Höhe von 30,000.000 Schweizer Franken (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 238,400.000 S);

BGBl. Nr. 117/1964 (Atomhaftpflichtgesetz), betreffend die Schadloshaltung des Haftpflichtigen durch den Bund (Schadloshaltung bis 500 Millionen Schilling);

BGBl. Nr. 135/1964 in der Fassung BGBl. Nr. 224/1967, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für von der Brennerautobahn AG, aufzunehmende Kredite bis zu einem Betrag von 2.400,000.000 S (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 862,300.000 S);

BGBl. Nr. 168/1964 (§ 1), betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen oder Kredite an die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft bis zu einem Gegenwert von insgesamt 600,000.000 Schilling in fremder Währung; (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1965: 309,840.000 S);

BGBl. Nr. 168/1964 (§ 2), betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen oder Kredite an die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke bis zu einem Gegenwert von insgesamt 265,000.000 Schilling in fremder Währung;

BGBl. Nr. 200/1964 (Ausfuhrförderungsgesetz 1964), in der Fassung BGBl. Nr. 195/1967, betreffend die Haftung des Bundes für Ausfuhrgeschäfte von Erzeugungs- und Handelsunternehmungen bzw. als Bürge für den Akzeptanten für Wechselkredite von Kreditinstituten (Haftungslimit 13 Milliarden Schilling. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 4.712,232.531·60 S);

BGBl. Nr. 196/1967 (Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1967), betreffend die Haftung des Bundes in Form von Garantien für von der Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft durchzuführende Kreditoperationen zur Erleichterung der Finanzierung mittel- und langfristiger Ausfuhrgeschäfte, für die eine Haftung des Bundes gemäß Ausfuhrförderungsgesetz 1964, BGBl. Nr. 200, in der Fassung BGBl. Nr. 195/1967, übernommne wurde (Haftungslimit: 7 Milliarden Schilling).

Haftungen des Bundes für Darlehen der „Austrian Airlines — Österreichische Luftverkehrs-AG":

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
1/1965	50
87/1966	50
82/1967	300

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 93,569.200 S;

Haftungen des Bundes für Darlehen der „1. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft":

BGBl. Nr.	Dahrlehensrahmen Mill. S
1/1965	50
87/1966	50
1/1967	50

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966 insgesamt: 61,500.000 S;

BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 81 und 206/1967, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für von der Felbertauernstraße AG. aufzunehmende Kredite bis zu einem Betrag von 354,000.000 Schilling (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1966: 177,000.000 S);

BGBl. Nr. 83/1967, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie bis zu einem Betrag von 390,000.000 Schilling;

BGBl. Nr. 252/1967, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Finanzoperationen der Österreichischen Stickstoffwerke Aktiengesellschaft bis zu einem Betrag von 1.400,000.000 Schilling.

Haftungen des Bundes für Finanzoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten) des „Wasserwirtschaftsfonds":

BGBl. Nr.	Haftungssumme Mill. S
0/1968	300 [43]

[43]) In die Haftungssumme sind die Zinsen und Kosten einzurechnen; auf die ausgewiesene Haftungssumme entfällt sohin die Hälfte auf das Kapital und die Hälfte auf Zinsen und Kosten.

Unterschiede der Gebarung

Für Inanspruchnahmen auf Grund der übernommenen Haftungen wurden gegenüber 1967 um 51·9 Millionen Schilling mehr veranschlagt.

Die Vorsorge für etwaige Haftungsinanspruchnahmen mußte sowohl auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes — Erhöhung des Haftungsrahmens von 6·6 Milliarden Schilling auf 13 Milliarden Schilling — als auch für Inanspruchnahmen aus Krediten an verstaatlichte Unternehmungen und Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, auf Grund vermehrter Haftungsübernahmen auf diesem Sektor, erhöht werden.

Die Einnahmen, die im Zusammenhang mit Bundeshaftungen anfallen, sind gegenüber dem Voranschlag 1967 um rund 5·0 Millionen Schilling höher veranschlagt, weil auf Grund der Erhöhung des Haftungsrahmens des Ausfuhrförderungsgesetzes höhere Einnahmen an Entgelten für Haftungsübernahmen sowie an Bearbeitungsgebühren zu erwarten sind.

Gebarung 1966 bis 1968

Haftungsinanspruchnahmen für	1966 *) Ausgaben	1966 *) Einnahmen	1967 **) Ausgaben	1967 **) Einnahmen	1968 **) Ausgaben	1968 **) Einnahmen
	Mill. S		Mill. S		Mill. S	
Ausfuhrförderungsgesetze	15·6	38·3	50·3	28·0	90·6	35·0
Garantiegesetz 1955 †)	2·1	0·5	30·0	0·6	15·0	0·3
Verstaatlichte Unternehmungen	2·6	—	6·5	—	15·0	—
Sonstige Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist	12·2	3·1	6·0	1·9	27·5	—
Agrarinvestitionskredite	—	—	1·0	—	1·0	—
AUA	27·8	—	3·2	—	—	—
Übrige	—	14·0	5·7	—	5·5	—
Bearbeitungsgebühren	2·7	—	3·0	—	3·0	—
Summe ...	63·0	55·9	105·7	30·5	157·6	35·3

†) Für ehemalige USIA-Betriebe.

Abschreibungen

Gemäß BGBl. Nr. 194/1967 wurden Regreßansprüche des Bundes aus Haftungsübernahmen des Bundes an die Simmering-Graz-Pauker A. G. im Betrage von 2,094.559·15 Schilling und an die Rax-Werk GmbH. im Betrage von 22,334.255·80 Schilling abgeschrieben.

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	273·0	87·7
1967 **)	402·2	38·3
1968 **)	248·4	36·2

Unterschiede der Gebarung

Die Ursachen der unterschiedlichen Höhe der Ausgaben in den Jahren 1966 bis 1968 können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

	1966*)	1967**)	1968**)
An ERP-Fonds	0·3	120·3	2·2
An Hochwasserschädenfonds	137·4	194·2	246·2
Buchschuld an das ÖPSA	80·0	85·0	—
Sonstige Gebarung	55·3	2·7	—
Summe...	273·0	402·2	248·4

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Im Jahre 1966 ging neben der Abfuhr des Hochwasserschädenfonds im Betrage von 38·2 Millionen Schilling noch eine Forderung im Betrage von 49·5 Millionen Schilling von der Elektrizitätswirtschaft ein.

Übergabe des ERP-Vermögens an ERP-Fonds

Nach der gemäß BGBl. Nr. 207/1962 erfolgten Übergabe des ERP-Sondervermögens an den ERP-Fonds verblieb aus der vorhergegangenen Abwicklung der ERP-Hilfe durch den Bund eine noch offene Verwaltungsschuld des Bundes in Höhe von 261·9 Millionen Schilling. Von dieser Schuld wurden bisher 110 Millionen Schilling an den Fonds rückerstattet. Weitere Rückzahlungen bis zur völligen Abstattung dieser Verwaltungsschuld sind ab dem Jahre 1968 vorgesehen.

Zahlungen gemäß BGBl. Nr. 237/1965 an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Diese betrugen nach Auflösung der Steinkohlenbergbau Grünbach GmbH. rund 13·1 Millionen Schilling und sind in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu tilgen. Als dritte Rate wurden für 1968 wie in den Vorjahren 262.000 Schilling veranschlagt.

Hochwasserschädenfonds

Mit Bundesgesetz vom 18. September 1959, BGBl. Nr. 210, wurde ein Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur beschleunigten Beseitigung von Hochwasser- und Lawinenschäden und zur Vorbeugung gegen derartige Schäden gegründet. Im Jahre 1959 und 1960 hat der Fonds Anleihen von 100 beziehungsweise 200 Millionen Schilling, in den Jahren 1961 bis 1963 Anleihen von je 300 Millionen Schilling aufgenommen.

Der Hochwasserschädenfonds wird vom Bundesministerium für Finanzen verwaltet. Die für die Bedeckung der Anleihen erforderlichen Mittel werden vom Bund dem Fonds zugewiesen. Im Jahre 1968 beträgt der zu Lasten des Ansatzes 1/54827 Post 7331 zur Verfügung zu stellende **Verzinsungsaufwand der fünf begebenen Hochwasserschädenfondsanleihen** 66·2 Millionen Schilling; hiezu kommen noch 180 Millionen Schilling **als Tilgungen, hievon 20 Millionen Schilling als Tilgung für die Hochwasserschädenfondsanleihe 1959, 40 Millionen Schilling als Tilgung für die** Hochwasserschädenfondsanleihe 1960 und je 60 Millionen Schilling als Tilgung für die Hochwasserschädenfondsanleihe 1961 und 1962, so daß sich der Gesamtaufwand auf 246·2 Millionen Schilling beläuft.

Mit der Begebung der letzten Anleihe im Jahre 1963 und Verteilung der Anleihen-Erlöse hat der Fonds seine gesetzlichen Aufgaben erfüllt. Die weitere, abschließende Tätigkeit des Fonds besteht nur mehr in der Abwicklung der Rückflußgebarung aus den gewährten Darlehen.

Sämtliche Kapitalrückflüsse und Zinseneingänge aus den gewährten Darlehen werden vom Fonds, nach Abzug seiner Verwaltungskosten, an den Bund als Beitrag zum „Aufwand für den Hochwasserschädenfonds" abgeführt. Diese Abfuhren werden bei dem Ansatz 2/54824 Post 8531 vereinnahmt. Für das Jahr 1968 ist hiefür ein Betrag von 36·2 Millionen Schilling vorgesehen.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Kapitalrückflüsse und Zinseneingänge	36·2
Beiträge des Bundes zum Schuldendienst der Fondsanleihen gemäß § 6 (1) des Fondsgesetzes	246·2
Sonstiges	0·1
Zusammen ...	282·5

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt veranschlagt:

Ersätze an den Bund für dessen Beiträge gemäß § 6 (1) des Fondsgesetzes	36·2
Anleihenaufwand	246·2
Fondsaufwand	0·1
Zusammen ...	282·5

Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Ausgaben	Personalaufwand 1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Titel			
1/550: Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	2.070·3	2.229·3	2.430·2
1/551: Pflichtschul- und Landesmittelschullehrer	916·6	989·2	1.067·7
1/552: Sonstige Bedienstete [1]	272·8	300·9	299·5
Summe	3.259·7	3.519·4	3.797·4

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Der Unterschied (Mehrerfordernis) des Voranschlages 1968 gegenüber dem Voranschlag 1967 ist durch die gemäß BGBl. Nr. 109/1966 ab 1. Jänner 1967 wirksam gewordene Bezugserhöhung von 2·5 v. H. sowie durch die gemäß BGBl. Nr. 236/1967 ab 1. August 1967 bedingte Bezugserhöhung von 7 v. H. verursacht.

Der Unterschied des Voranschlages 1968 gegenüber dem Erfolg 1966 ist auf die gemäß BGBl. Nr. 109/1966 ab 1. Juni 1966 wirksam gewordene Bezugserhöhung von 6 v. H. sowie auf die Auswirkungen, die sich durch das Inkrafttreten des Pensionsgesetzes 1965 ergeben, zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Erstellung des Pensionsaufwandes [2]) sind die Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340, des Pensionsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 187/1949, sowie des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 [3]), maßgebend. Überdies sind die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Anrechnung von Vordienstzeiten der Heimatvertriebenen, Südtiroler und Kanaltaler und sonstiger im Ausland zurückgelegter Zeiten für die Bemessung des Ruhegenusses, BGBl. Nr. 208/1962, berücksichtigt.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung [4]) mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz [4]) geregelt.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

Dienstgeberbeitrag

Der Dienstgeberbeitrag zur Krankenversicherung der Pensionsparteien beträgt nach § 22 Abs. 1 und 3 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 200/1967, 2·6 v. H. der Pensionsleistung — ohne Hilflosenzulage — unter Berücksichtigung einer Mindestbemessungsgrundlage von 1000 S [5]) und einer Höchstbemessungsgrundlage von 4800 S monatlich.

Anzahl der Pensionsempfänger

Über die Pensions- und Provisionsempfänger, die der Veranschlagung bei Kapitel 55 zugrunde liegen, sowie deren Anzahl mit Ende der Jahre 1962 bis 1966 gibt die Übersicht auf Seite 206 Auskunft.

Titel 1/553 Vorschüsse

	Sachaufwand Mill. S
1966 *)	1·1
1967 **)	3·5
1968 **)	3·8

Vorschüsse können an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 gewährt werden. Sie sind längstens binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Die Inanspruchnahme war im Jahre 1966 geringer als angenommen worden ist.

Titel 1/554 Geldaushilfen

	Personalaufwand Mill. S
1966 *)	2·1
1967 **)	3·5
1968 **)	3·8

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Absatz 4 des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340, auf Antrag eine Geldaushilfe gewährt werden.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Bei diesem Ansatz ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanbeamte, Montanrentner, Theresianische Militärakademie, Mozarteum, Krankenpflegerinnen, Taubstummeninstitut, Hofzahlamt, Hofmarschallamt, Heeresarbeiter, Südtiroler, Kanaltaler, Bahningenieure, Donauregulierungskommission, Kartographisches Institut, Kriegsgeschädigtenfonds, Pensionen der gemeinsamen Ministerien, Burgenländische Pensionen, Bosnische Pensionen, Landwirtschaftliche Betriebe, Stadtschutzwache, Vertragspensionen, Pensionisten und Provisionisten der „Austria" Tabakwerke AG. sowie außerordentliche Versorgungsgenüsse für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.
[2]) Todesfallbeiträge sind beim Pensionsaufwand mitveranschlagt.
[3]) In der Fassung BGBl. Nr. 236/1967.
[4]) BGBl. Nr. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960 und 120/1963.
[5]) § 19 Abs. 5 des B.-KUVG., BGBl. Nr. 200/1967.

Titel 2/550 Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete

	Einnahmen Mill.S
1966 *)	0·7
1967 **)	0·8
1968 **)	0·8

Bei dem Ansatz 2/55004 sind jene Einnahmen zu verrechnen, die sich aus der anteilsmäßigen Tragung der Pensionslast auf Grund von Verbundlichungsübereinkommen in Ansehung jener Personen ergeben, die aus dem städtischen Polizeidienst in den Bundespolizeidienst übernommen worden waren. Im Jahre 1968 werden Beiträge von folgenden Gemeinden eingehen: Leoben und Wiener Neustadt.

Titel 2/552 Sonstige Beiträge

	Einnahmen Mill. S
1966 *)	76·5
1967 **)	76·0
1968 **)	76·0

Ansatz 2/55204 Beitragsleistung auf Grund des Bonner Regierungsabkommens

Die Bundesrepublik Deutschland leistet an die Republik Österreich nach dem Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 zur Versorgung bestimmter Gruppen von Heimatvertriebenen einen jährlichen Beitrag in der im vorhinein festgesetzten Höhe von höchstens 5·6 Millionen DM.

Darüber hinaus leistet die Bundesrepublik Deutschland nach Feststellung des Gesamtjahresaufwandes im nachhinein gegebenenfalls einen weiteren Beitrag, der jeweils im Verhandlungswege festgesetzt wird.

Gebarung

Für das Jahr 1968 ist wie in den Vorjahren mit dem festen Beitrag von 5·6 Millionen DM, das sind 36 Millionen Schilling, zu rechnen. Darüber hinaus wird sich auf Grund der Abrechnung für das Jahr 1967 ein Nachzahlungsbetrag von rund 40 Millionen Schilling ergeben.

Im Jahre 1966 sind über den festen Beitrag hinaus rund 40·5 Millionen Schilling, im Jahre 1967 rund 41·9 Millionen Schilling für die Jahre 1965 bzw. 1966 eingegangen.

Ansatz 2/55214 Beitrag auf Grund des österreichisch-italienischen gemeinsamen Protokolls

Die diesbezüglichen Verhandlungen auf Grund des Protokolls vom 25. Juli 1953 sind noch nicht endgültig abgeschlossen, so daß bisher noch kein Betrag eingegangen ist und nur Verrechnungsansätze vorgesehen werden.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 2/553 Vorschußersätze

	Einnahmen Mill. S
1966 *)	1·7
1967 **)	1·8
1968 **)	1·7

Die Vorschußersätze werden im Wege der Aufrechnung abgestattet.

Titel 2/554 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen Mill. S
1966 *)	413·5
1967 **)	412·0
1968 **)	478·9

Ansatz 2/55404 Pensionsbeiträge

Gesetzliche Grundlagen

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Jänner 1960 nach § 22 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 3. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 297/1959, in der Höhe von 5 v. H. vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben.

Außerdem werden bei diesem Ansatz die besonderen Pensionsbeiträge verrechnet, die nach § 56 des Pensionsgesetzes 1965 zu leisten sind.

Gebarung

Die steigende Tendenz der Einnahmen (1966: 323·0, 1967: 339·7, 1968: 389·0 Millionen Schilling) ist durch die Erhöhung des Standes an pragmatischen Bediensteten sowie durch Bezugserhöhungen bedingt.

Ansatz 2/55414 Überweisungen von Pensionsträgern

Gesetzliche Grundlagen

Die Beiträge der Pensionsversicherungsträger und sonstigen öffentlich-rechtlichen Dienstgeber werden nach § 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 177/1948 sowie nach den §§ 308, 311 und 529 ASVG., BGBl. Nr. 189/1955, geleistet.

Gebarung

Die Einnahmen betragen:

	Mill. S
1966 *)	90·5
1967 **)	72·2
1968 **)	89·8

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Finanzgesetzliche Ansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1968			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1962	1963	1964	1965	1966
		Anzahl							
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			[1]					
55007	Ruhebezüge	21.723	. . .	21.723	23.566	23.100	22.145	21.747	21.571
55017	Versorgungsbezüge	27.169	. . .	27.169	24.999	24.886	25.273	25.080	26.735
55027	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	881	. . .	881	1.377	1.312	1.306	1.260	939
	Titel 550 (Summe)	49.773	. . .	49.773	49.942	49.298	48.724	48.087	49.245
551	Pflichtschul- und Landesmittelschullehrer:								
55107	Ruhebezüge	11.799	. . .	11.799	11.720	11.659	11.647	11.518	11.556
55117	Versorgungsbezüge	5.323	. . .	5.323	4.904	4.928	4.997	5.006	5.243
55127	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	230	. . .	230	171	165	171	175	153
	Titel 551 (Summe)	17.352	. . .	17.352	16.795	16.752	16.815	16.699	16.952
552	Sonstige Bedienstete: [2]								
55207	Ruhebezüge	427	4.627	5.054	[3] 653	[3]6.055	[3]5.709	[3] 5.420	[3] 5.160
55217	Versorgungsbezüge	509	789	1.298	[3] 703	[3]1.469	[3]1.414	[3] 1.364	[3] 1.334
55227	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	4.453	35	4.488	[3] 5.387	[3]5.212	[3]5.106	[3] 4.722	[3] 4.632
	Titel 552 (Summe)	5.389	5.451	10.840	[3] 6.743	[3]12.736	[3]12.229	[3]11.506	[3] 11.126
	Kapitel 55 (Summe)	72.514	5.451	77.965	73.480	78.786	77.768	76.292	77.323

[1] Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar bei Ruhebezüge.....101
Versorgungsbezüge 193

[2] Bei diesem Ansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die ab 1. Jänner 1963 übernommenen Pensionisten und Provisionisten der „Austria" Tabakwerke A. G. (Stand anfangs des Jahres 1963: 6723) enthalten.

[3] Hievon Provisionsparteien:	1962	1963	1964	1965	1966
Ruhebezüge	207	5.471	5.370	4.849	4.670
Versorgungsbezüge	255	860	847	796	792
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	46	66	61	60	56
Summe	508	6.397	6.278	5.705	5.518

Kapitel 56 Familienlastenausgleich

Titel 560/562 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Titel 563 Rückzahlung an den Reservefonds

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	5.323·6	5.641·5
1967 **)	5.660·0	6.370·1
1968 **)	6.514·0	7.082·3

Gesetzliche Grundlagen

Die Veranschlagung der Ausgaben und der Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen gründet sich auf die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 00. Oktober 1967, betreffend den Familienlastenausgleich durch Beihilfen (Familienlastenausgleichsgesetz 1967 = FLAG. 1967), BGBl. 000.

Gebarungsansätze

Die finanzgesetzlichen Ansätze weisen gegenüber dem früheren Ansatzschema Unterschiede auf.

Die Beihilfengebarung wurde bisher über zwei Verwaltungsfonds ohne Rechtspersönlichkeit abgewickelt. Vom 1. Jänner 1968 an ist die Beihilfengebarung nur über einen einzigen Verwaltungsfonds ohne Rechtspersönlichkeit zu führen. Dieser Fonds trägt die Bezeichnung „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen." Nach Art der Flüssigmachung der Beihilfen bzw. nach Art der Einhebung der Beiträge gliedert sich der Fonds in zwei Sektionen (Sektion A und B).

Ausgaben

Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:

	Mill. S
Sektion A (Titel 560)	
Familienbeihilfen	4.200·0
Sektion B (Titel 561)	
Familienbeihilfen	2.091·0
Geburtenbeihilfen	223·0
Sektion B (Summe) ...	2.314·0
Überschuß an den Reservefonds (Titel 562)	—
Summe 560/562 ...	6.514·0
Rückzahlung an den Reservefonds (Titel 563)	—
Gesamtausgaben 56 ...	6.514·0

In der Sektion A sind die Beihilfen auszuweisen, die von den Dienstgebern und Stellen auszuzahlen und gemäß § 22 des zit. Bundesgesetzes aus Fondsmitteln zu ersetzen sind.

In der Sektion B ist der Aufwand jener Beihilfen aufzunehmen, die die Finanzverwaltung den Anspruchsberechtigten über das Österreichische Postsparkassenamt überweisen oder auf dem Abgabenkonto des Steuerpflichtigen beim Finanzamt gutbuchen läßt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Familienbeihilfe

An Stelle der bisherigen Kinderbeihilfen und der Ergänzungsbeträge einerseits und der Familienbeihilfe andererseits sowie der zu diesen Beihilfen gewährten Mütterbeihilfe tritt vom 1. Jänner 1968 an eine einzige Beihilfe mit der Bezeichnung „Familienbeihilfe".

Ausmaß der Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe beträgt monatlich

für ein Kind	200 S,
für zwei Kinder	460 S,
für drei Kinder	855 S,
für vier Kinder	1.145 S,
und für jedes weitere Kind	320 S

mehr.

Die Familienbeihilfe wird vierzehnmal im Jahr gewährt.

Bedeckung des Aufwandes

Der Aufwand an Familienbeihilfen wird in der Regel für die Mehrzahl der Anspruchsberechtigten aus Mitteln des Ausgleichsfonds gedeckt. Soweit aber Bedienstete des Bundes, der Länder und der Gemeinden, sofern bei letzteren deren Einwohnerzahl 2000 übersteigt, mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, der Österreichischen Bundesbahn, der Post- und Telegraphenanstalt, weiters Empfängern wiederkehrender Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung, aus der Opferfürsorge sowie Kleinrentnern Familienbeihilfe gebührt, wird der Aufwand gemäß § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen und daher auch nicht im Kapitel 56 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Anzahl der Anspruchsberechtigten auf Familienbeihilfe

Aus nachstehender Übersicht sind die Verrechnungspositionen des Aufwandes an Familienbeihilfe sowie die Anzahl der anspruchsberechtigten Personen zu ersehen:

Verrechnungspositionen	Anzahl der Anspruchsberechtigten mit einem Kind	zwei	drei Kindern	vier	fünf und weiteren	zusammen
1. Titel 560 des Bundeshaushaltes (Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion A) [1]	361.000	191.900	69.260	6.240	44.320	672.720 [1]
Titel 561 des Bundeshaushaltes (Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B)	104.600	79.500	40.200	6.200	28.300	258.800
Fondsverwaltung (Summe)	465.600	271.400	109.460	12.440	72.620	931.520
2. Kapitel 01 bis 65, 78 bis 80 des Bundeshaushaltes (Hoheitsverwaltung, Post und Bahn)	58.520	33.880	13.960	2.160	5.760	114.280
Haushalte der Länder und der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern	17.880	9.720	3.480	600	1.920	33.600
Kapitel 15 des Bundeshaushaltes (betr. Kleinrentnerentschädigung und Opferfürsorge bzw. Kriegsopfer- und Heeresversorgung	3.400	1.220	940	430	220	6.210
Selbstträger (Summe)	79.800	44.820	18.380	3.190	7.900	154.090
Gesamtsumme	545.400	316.220	127.840	15.630	80.520	1,085.610

Geburtenbeihilfe

An Stelle der bisherigen Geburtenbeihilfe und Säuglingsbeihilfe tritt eine einzige Beihilfe. Diese trägt die Bezeichnung „Geburtenbeihilfe".

Höhe der Geburtenbeihilfe

Die Geburtenbeihilfe beträgt
für jedes Kind ..... 1.700 S,
im Falle einer Totgeburt ..... 500 S.

Anzahl der Geburten

Die Anzahl der Geburten kann nur annähernd geschätzt werden.

Die Durchschnittszahlen der in den letzten fünf Jahren statistisch erfaßten Geburten sind:
132.081 lebendgeborene Kinder,
1.674 totgeborene Kinder.

Träger des Aufwandes

In 99 von Hundert der Geburtenfälle trägt der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen den Aufwand an Geburtenbeihilfen; nur 1 Prozent des Gesamtaufwandes wird von den Gebietskörperschaften getragen.

Reservefonds

Die aus der gesamten laufenden Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Sektion A und B) zukünftig anfallenden Überschüsse sollen gemäß § 40 des FLAG. 1967 einem Reservefonds mit eigener Rechtspersönlichkeit zugeführt werden. Aus dem Reservefonds sollen aber auch allfällige künftige Abgänge des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bedeckt werden.

Zur Ausweisung der Überschußabfuhr an den Reservefonds und der Einnahmen vom Reservefonds bei Abgängen wurden die Verrechnungsansätze 1/562 und 2/562 in den Bundeshaushalt aufgenommen.

Voraussichtlich wird es erst im Jahre 1969 zu einer Gebarung auf diesen Verrechnungsansätzen kommen, da der Bund gemäß § 40 Abs. 4 FLAG. 1967 erst ab 1. Juli 1969 Leistungen zu erbringen hat.

In dem Ansatz 1/563 wird für den Fall Vorsorge getroffen, daß der Bund bei einer — wider Erwarten — defizitären Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds zur Abdeckung seiner Verbindlichkeiten Leistungen zu erbringen hat (§ 40 Abs. 6 FLAG. 1967).

Einnahmen

Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Zweckgebundene Einnahmen):

	Mill. S
Sektion A (Titel 560)	
Dienstgeberbeiträge	6.382·0
Sektion B (Titel 561)	
Beiträge vom Einkommen	505·5
Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	70·0
Beiträge der Länder	124·8
Sektion B (Summe)	700·3
Ersatz vom Reservefonds (Titel 562) .	—
Gesamteinnahmen 56 ...	7.082·3

In der Sektion A wird das Aufkommen an Dienstgeberbeiträgen ausgewiesen.

In der Sektion B werden die übrigen Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen aufgenommen.

Dienstgeberbeiträge

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds — Sektion A — beträgt 6 v. H. der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 des FLAG. 1967).

Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

[1] Hiezu kommt noch die Anzahl der anspruchsberechtigten Gastarbeiter (gemäß § 3 des FLAG. 1967) mit ihren Kindern. Der Aufwand für diese kann nur global geschätzt werden.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

a) der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegraphenanstalt,
b) die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von ihnen verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2000 übersteigt. Die Einwohnerzahl der Gemeinden bestimmt sich nach dem Ergebnis der jeweilig letzten Volkszählung. Dieses Ergebnis wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag der Volkszählung nächstfolgenden Kalenderjahres. (§ 42 des FLAG. 1967.)

Beiträge vom Einkommen

Die Beiträge vom Einkommen werden gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 7. Juli 1954, BGBl. Nr. 152, eingehoben. Sie betragen 3 v. H. der Einkommen-, der Lohnsteuer-, der Kapitalertrag- und der Körperschaftsteuer. Diese Beiträge vom Einkommen werden beim Ansatz 2/52140 in Einnahme und beim Ansatz 2/52840 in Ausgabe und schließlich beim Ansatz 2/56100 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B, verrechnet.

Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Die Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben betragen 125 v. H. der Beitragsgrundlage.

Die Beitragsgrundlage ist der von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z. 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149, für Zwecke der Grundsteuer ermittelte Meßbetrag.

Von den Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z. 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, bildet die Beitragsgrundlage ein besonderer Meßbetrag, der sich nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes 1955 ergeben würde, wenn das Grundstück als land- und forstwirtschaftliches Vermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes bewertet worden wäre.

Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 Schilling pro Jahr und Landeseinwohner im Alter von über 18 Jahren. Die Höhe der einzelnen Beiträge der Bundesländer kann der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen, BGBl. Nr. 126/1964, entnommen werden.

www.parlament.gv.at

Kapitel 57 Staatsvertrag

Titel 571 Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	13·0	0·2
1967 **)	15·1	0·0
1968 **)	3·1	0·0

Gesetzliche Grundlagen

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 571 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen angeführt.

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgabenziffern 1966 bis 1968 setzen sich aus folgenden Erfolgs- bzw. Voranschlagsbeträgen zusammen:

	1966 *)	1967**)	1968**)
	Mill. S		
Besatzungskosten (Besatzungsschädengesetz, BSG.)	5·0	2·5	0·7
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, KVSG.	8·0	10·1	1·4
Sonstiges (Sonstige Zahlungen, Zahlungen auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen)	0·0	2·5	1·0

Das außerordentlich starke Absinken des Voranschlages 1968 gegenüber dem Erfordernis der Vorjahre ist darauf zurückzuführen, daß die Entschädigungsaktionen nach dem Besatzungsschädengesetz und nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz im wesentlichen abgeschlossen sind und sich nur noch Erfordernisse für die bei der Bundesentschädigungskommission anhängigen Fälle ergeben.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/57107 Besatzungsschädengesetz

Gesetzliche Grundlagen

Besatzungsschädengesetz (BSG.), BGBl. Nr. 126/1958, in der Fassung BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG., BGBl. Nr. 317/1961.

Gebarung 1968

Der veranschlagte Betrag von 0·7 Millionen Schilling stellt ein Eventualerfordernis für die Regelung von Entschädigungsansprüchen nach dem Besatzungsschädengesetz im Jahre 1968 dar, da das erwähnte Gesetz keine Präklusivfrist für die Annahme von Entschädigungsanboten vorsieht. Auf diese und etwaige von der Bundesentschädigungskommission geregelte Fälle bezieht sich das gegenständliche Eventualerfordernis.

Gesamtgebarung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 420 Millionen Schilling.

Ansatz 1/57117 Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz

Gesetzliche Grundlagen

BGBl. Nr. 127/1958 in der Fassung BGBl. Nr. 99 und 305/1959.

Gebarung 1968

Das veranschlagte Erfordernis von 1·4 Millionen Schilling stellt ebenso wie das Erfordernis beim Ansatz 1/57107 ein Eventualerfordernis dar.

Gesamtgebarung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 1445 Millionen Schilling.

Ansatz 1/57127 Sonstiges

Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;

Reichsleistungsgesetz, Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939. Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 53/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 168/1957.

Gebarung 1968

Bei dem mit 1·0 Millionen Schilling dotierten Ansatz ist für alle Zahlungsverpflichtungen vorgesorgt, für die keine speziellen Ansätze vorgesehen sind. Außerdem ist der Voranschlagsbetrag für die Regelung offener Ansprüche nach dem Reichsleistungsgesetz bestimmt.

Titel 572 Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	68·5	15·6
1967 **)	113·3	21·4
1968 **)	129·4	11·3

Gesetzliche Grundlagen

11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 195/1962 und BGBl. Nr. 292/1964;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Bulgarien zur Regelung offener

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

finanzieller Fragen, BGBl. Nr. 128/1964, Verteilungsgesetz Bulgarien, BGBl. Nr. 129/1964;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Rumänischen Volksrepublik zur Regelung offener finanzieller Fragen, BGBl. Nr. 70/1965, Verteilungsgesetz Rumänien, BGBl. Nr. 71/1965 in der Fassung BGBl. Nr. 78/1966;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland zur Regelung gewisser finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 110/1967, Verteilungsgesetz Finnland, BGBl. Nr. 111/1967;

Verteilungsgesetz Niederlande, BGBl. Nr. 160/1967;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung offener finanzieller Fragen, BGBl. Nr. 293/1967;

Verteilungsgesetz Ungarn, BGBl. Nr. 294/1967.

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgabenziffern 1966 bis 1968 setzen sich aus folgenden Erfolgs- bzw. Voranschlagsbeträgen zusammen:

	1966 *)	1967**)	1968**)
	Mill. S		
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	61·7	60·1	56·0
Rumänien	2·0	22·0	32·8
Ungarn	—	25·0	35·0
Niederlande	—	3·5	5·5
Bulgarien	4·8	2·2	—
Finnland	—	0·5	—
Sonstige Zahlungen	—	—	0·1
Ausgaben (Summe)	68·5	113·3	129·4

Im einzelnen ist zu bemerken:

Vom Voranschlagsbetrag für das 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz sind im Jahre 1968 38 Millionen Schilling für Entschädigungen für eingezogenes österreichisches Vermögen in Jugoslawien und 18 Millionen Schilling für damit im Zusammenhang stehende Zinsen veranschlagt.

Die von der Volksrepublik Bulgarien zur Verfügung gestellten Mittel wurden bis zum Jahre 1967 zur Gänze ausbezahlt.

Die für Rumänien vorgesehenen Mittel (32·8 Millionen Schilling) stellen die von der Volksrepublik Rumänien für Entschädigungszahlungen zur Verfügung gestellte Pauschalsumme dar, die im Jahre 1968 zur Erfüllung des Verteilungsplanes notwendig ist.

Im Jahre 1967 gelangen keine Beträge zur Verteilung, da der Vertrag erst Ende 1967 ratifiziert wurde. Der Voranschlagsbetrag für Ungarn (35·0 Millionen Schilling) ist ungefähr die Hälfte der für Entschädigungen zur Verfügung stehenden Pauschalsumme und wird vor allem zur Auszahlung von Vorschüssen auf die nach dem Verteilungsgesetz zustehenden Entschädigungen benötigt werden.

Der für die Niederlande vorgesehene Ausgabenansatz (5·5 Millionen Schilling) entspricht den Restmitteln, die nach dem Verteilungsgesetz Niederlande zur Verteilung bestimmt sind.

Die von der Republik Finnland zur Verfügung gestellten Mittel sollen im Jahre 1967 verteilt werden.

Einnahmen

Die veranschlagten Einnahmen sind jeweils Leistungen aus den Vermögensverträgen. Die Einnahmen des Voranschlages 1968 von 11·3 Millionen Schilling ergeben sich größtenteils aus dem Vermögensvertrag mit Ungarn.

Gesamtgebarung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten des 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes werden derzeit mit 510 Millionen Schilling angenommen. Die auf Grund der Verteilungsgesetze insgesamt zur Verteilung gelangenden Mittel betragen bei Bulgarien rund 8·6 Millionen Schilling, bei Rumänien rund 34·7 Millionen Schilling, bei Ungarn rund 87·5 Millionen Schilling, bei den Niederlanden rund 5·5 Millionen Schilling, bei Finnland rund 0·5 Millionen Schilling.

Titel 573 Finanz- und Ausgleichsvertrag

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	281·1	295·7
1967 **)	109·3	—
1968 **)	48·0	—

Allgemeines

Die Veranschlagung der Ausgaben und Einnahmen aus dem Finanz- und Ausgleichsvertrag erfolgt auf Grund der Mitte 1961 in Bad Kreuznach zustande gekommenen Einigung über Art und Höhe der Leistungen, welche die Republik Österreich erbringt und die Beiträge, welche die Bundesrepublik Deutschland geleistet hat. Bei Titel 573 ist nur jener Teil dieser Ausgaben ver-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

anschlagt [1]), der die gemäß Teil I und Teil II zu verrechnenden Entschädigungsleistungen für Sachschäden der Vertriebenen und Umsiedler sowie der Verfolgten betrifft.

Gesetzliche Grundlagen

Österreichisch-Deutscher Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG.), BGBl. Nr. 177/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 13. Juni 1962, mit dem das Hilfsfondsgesetz ergänzt wird, BGBl. Nr. 178.

Gebarung

Die Ausgaben betragen:

	1966 *)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Für Umsiedler und Vertriebene ..	192·3	109·2	47·7
Für Verfolgte (Hilfsfonds)	80·0	—	—
Sonstige Zahlungen	8·8	0·1	0·3

Der Veranschlagung der Ausgaben liegt das voraussichtliche Erfordernis zur Regelung der im Jahre 1968 fällig werdenden restlichen Entschädigungszahlungen auf Grund des Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetzes sowie des Bundesgesetzes, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, zugrunde.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[1]) Weitere Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit dem Österreichisch-Deutschen Finanz- und Ausgleichsvertrag sind bei folgenden Ansätzen zu verzeichnen gewesen:

Ausgabenansatz†) Kap.	Tit.	§		1963 *)	1964 *)	1965 *)	1966 *)
					Mill. S		
15	2	5	.....	26·536	26·536	26·536	—
	6	2	.....	70·686	25·877	19·531	13·467
			.....	38·151	32·018	12·310	8·234
			.....	33·800	28·386	18·454	13·911
18	17	—	.....	13·514	0·592	0·627	0·020
				182·687	113·409	77·458	35·632
Einnahmenansatz†) Kap.	Tit.	§					
15	6	1	.....	—	58·013	57·960	57·436
8	22	—	.....	—	102·211	102·064	101·121
				—	160·224	160·024	158·557

†) Ansätze vor der Umstellung auf das dekadische Ansatzsystem im Voranschlag 1967.

Im Voranschlag ist mit 30 Millionen Schilling für die Kosten einer etwaigen Novellierung der Ausschlußfristen des Anmeldegesetzes vorgesorgt.

Der Voranschlagsbetrag von 0·3 Millionen Schilling für „Sonstige Zahlungen" stellt eine Vorsorge für etwaige Zahlungsverpflichtungen der Republik Österreich auf Grund der Empfehlungen der Ständigen Kommission und gemäß Artikel 4 des Finanz- und Ausgleichsvertrages, betreffend den Wohnungsbau für die Unterbringung von deutschen Angehörigen, dar.

Gesamtgebarung

Die Gesamtkosten auf Grund des Artikels 2 des Finanz- und Ausgleichsvertrages werden mit 1·1 Milliarden Schilling, die Gesamtkosten auf Grund des Artikels 8 mit 80·1 Millionen Schilling und die sonstigen Zahlungen im Zusammenhang mit dem Finanz- und Ausgleichsvertrag mit 32·3 Millionen Schilling angenommen.

Einnahmen

Die Bundesrepublik Deutschland hat die letzte Beitragsrate auf Grund des Finanz- und Ausgleichsvertrages im April 1966 bezahlt. Der Schillinggegenwert des gemäß Artikel 2 des Finanz- und Ausgleichsvertrages von der Bundesrepublik Deutschland zu leistenden Beitrages von 125 Millionen DM beträgt 807 Millionen Schilling. Für die Entschädigung deutscher Personen, die für in Österreich erlittene Vertreibungsschäden Entschädigung nach den Lastenausgleichsgesetzen geltend machen können, hat sich die Bundesrepublik Deutschland wegen Übernahme dieser Leistungen 12 Millionen DM gleich 77·5 Millionen Schilling von dem oben angegebenen Bruttobeitrag einbehalten (Artikel 8 des Finanz- und Ausgleichsvertrages). Der tatsächlich überwiesene Beitrag betrug daher 113 Millionen DM oder 729·5 Millionen Schilling.

Der deutsche Beitrag gemäß Teil II zur Aufstockung des Hilfsfonds zum Abgeltungsfonds und für die Sammelstellen von 65·2 Millionen DM entspricht rund 421 Millionen Schilling.

Titel 574 Sonstige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag

	Sachaufwand Mill. S
1966 *)	24·7
1967 **)	1·5
1968 **)	10·1

Gebarung 1968

Bei dem mit 10·1 Millionen Schilling veranschlagten Erfordernis für 1968 handelt es sich um die Vorsorge für die vergleichsweise Regelung einer Forderung gemäß Artikel 25 Staatsvertrag.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

Gebarung 1966/67

Im Jahre 1966 wurden hier die Ausgaben aus dem Sammelstellenvergleich gemäß BGBl. Nr. 150/1966 in der Höhe von 22·7 Millionen Schilling verrechnet. In beiden Jahren wurden an die Histadrut in Tel Aviv gemäß BGBl. Nr. 151/1966 3·5 Millionen Schilling überwiesen.

Titel 575 Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

	Sachaufwand		Einnahmen
	Ordentl. Gebarung	Außerordentl. Gebarung	
	Mill. S		
1966 *)	2·8	—	131·8
1967**)	5·8	—	179·3
1968**)	5·9	3·4	236·9

Gesetzliche Grundlagen und Gebarung

Die Sachaufwendungen, welche sich im Zusammenhang mit der Verwaltung der ehemaligen deutschen Vermögenswerte ergeben, sind durch das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz (BGBl. Nr. 165/1956) bedingt.

Durch den Abschluß des Staatsvertrages (BGBl. Nr. 152/1955) und des österreichisch-deutschen Vermögensvertrages (BGBl. Nr. 119/1958) ist ein Großteil der in Österreich befindlichen ehemals deutschen Vermögenswerte (z. B. Liegenschaften, Unternehmungen, Geschäftsanteile von Kapitalgesellschaften, sonstige Wertpapiere, Forderungen) in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Soweit eine Verwertung solcher Vermögen vorgenommen wird, werden die Erlöse bei diesem Ansatz vereinnahmt. Mit der Einziehung der Forderungen ist die Österreichische Kontrollbank AG. Wien und mit der Veräußerung der gegenständlichen Vermögenswerte neben Bundesdienststellen wesentlich die Österreichische Vermögensschutzgesellschaft m. b. H. Wien betraut.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgaben von 9·3 Millionen Schilling sind wesentlich höher veranschlagt als für das Jahr 1967, weil der Hauptanteil an den veranschlagten Ausgaben 1968 auf die bruttomäßige Darstellung der Gebarung der Liegenschaftsverwaltungen in den Bundesländern zurückzuführen ist und der Erhaltungsaufwand für die Wohnhäuser steigt. Deshalb ist erstmalig im Betrag von 3·4 Millionen Schilling in den außerordentlichen Haushalt aufgenommen worden, der zur Durchführung von Instandsetzungsarbeiten gemäß § 7 Mietengesetz [2]) vorgesehen ist.

Die Einnahmen werden mit 236·9 Millionen Schilling veranschlagt, weil damit gerechnet wird, daß ein Teil der bereits für 1967 vorgesehen gewesenen Veräußerung der Großobjekte erst im Jahre 1968 durchgeführt werden kann.

Gesamteingänge

Im Bundeshaushalt wurden seit dem Jahre 1955 bis einschließlich 1966 Bareingänge aus ehemals deutschen Vermögenswerten von rund 2·3 Milliarden Schilling verrechnet, denen weitaus höhere Barausgabenbeträge für die Ablöse des Deutschen Eigentums gemäß Artikel 22 Staatsvertrag sowie des Französischen und Wiener Memorandums gegenüberstehen.

[2]) BGBl. Nr. 872/1922 in der geltenden Fassung.

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	30·3	60·9	91·2	6·1
1967 **)	32·9	70·7	103·6	3·4
1968 **)	36·6	68·6	105·2	7·4

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung beim Personalaufwand ist vor allem durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Trotz höherer Mittelbeistellung für die Erstellung agrarpolitischer Unterlagen ergibt sich eine Verminderung beim Sachaufwand infolge geringerer Verpflichtungen für die Entwicklungshilfe im Jahre 1968. Für die Schaffung von Pegeleinrichtungen für den hydrographischen Dienst sind im Eventualvoranschlag 0·9 Millionen Schilling vorgesehen.

Höhere Einnahmen durch Erlöse für abverkaufte Baumaschinen für Forstaufschließungswege bzw. durch die Ablösung der Maschinen und Geräte der Bundesforstgärten in Steiermark seitens des Landes. Außerdem sind erstmalig die bei der Qualitätskontrolle im Sinne des Qualitätsklassengesetzes 1967 zu entrichtenden Gebühren veranschlagt.

Ansatz 6000 Zentralleitung

Gebarung

Der Ansatz 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat [1]), für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen [2]), für die Staubeckenkommission [3]) und die Forstkommission [4]) vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über den Milchwirtschaftsfonds, den Getreideausgleichsfonds und den Viehverkehrsfonds wird auf Grund der Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes, BGBl. Nr. 276/1958 [5]), vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Internationale Institutionen

Weiters ist bei diesem Ansatz für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, so vor allem für die FAO = Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), für das Internationale Weinamt, Internationale Tierseuchenamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation u. a. m.

Allgemeines

Am 12. Feber 1868 wurde das „Ackerbauministerium" errichtet, das alle Agenden der Landeskultur umfaßte. Die Verwaltung der Staatsforste, der Staatsdomänen und verschiedene andere wichtige Belange wurden jedoch erst im Jahre 1872 in den Ressortbereich dieses Ministeriums einbezogen.

Ansatz 1/60018 Futtermittelwesen

Die Budgetmittel dienen zur Bestreitung der Aufwendungen für die Fachkommission (§ 5 des Futtermittelgesetzes, BGBl. Nr. 97/1952 und Nr. 42/1957) einschließlich der Anschaffung der erforderlichen Formulare.

Ansatz 1/60028 Saatgutwesen

Der Zweck des Saatgutgesetzes (BGBl. Nr. 236/1937 beziehungsweise 34/1947, 114/1953, 195/1964, 180/1965) ist in erster Linie, die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut an die Landwirte zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur laufende Kontrollen, sondern auch eine Koordinierung der Kontrolltätigkeit und der Untersuchungsmethoden der einzelnen Anstalten unerläßlich.

Im Jahre 1966 wurden im Zuge der Kontrolltätigkeit von den untersuchungsberechtigten Bundes- und Landesanstalten 2027 Firmen kontrolliert und 4510 Saatgut-Kontrollmuster untersucht. Des weiteren wurden 9071 Saatgutanerkennungsmuster und 2652 Plombierungsmuster in Ausübung der Kontrolltätigkeit geprüft.

Ansatz 1/60038 Agrarpolitische Unterlagen

Aus diesem Ansatz werden Kosten für die betriebsstatistische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Führung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebskarte (bei den Landwirtschaftskammern) getragen. Außerdem werden die Mittel für die Buchführung landwirtschaftlicher Betriebe, deren Ergebnisse in der Hauptsache zur Erstellung des Lageberichtes (Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960, notwendig sind, verwendet. Weiters wird hier der Aufwand für die land-

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Gemäß BGBl. Nr. 1/1951.
[2]) Gemäß BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947.
[3]) Errichtet gemäß BGBl. Nr. 82/1948.
[4]) Die Forstkommission wurde zur Beratung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft errichtet und soll ihn besonders in Fragen der Forstpolitik und Programmgestaltung mit Vorschlägen unterstützen.
[5]) In der Fassung BGBl. Nr. 282/1959, 85 und 156/1960, 168/1961, 220/1962 sowie 81 und 182/1963.

technischen Grundlagenarbeiten verrechnet. Die hiefür vorgesehenen Mittel dienen zur Untersuchung von Problemen, die im Zusammenhang mit der zunehmenden Motorisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft auftreten, sowie zur Prüfung neuzeitlicher, arbeitssparender Methoden und zur Durchführung arbeitsteiliger Versuchsprogramme. Ferner werden damit die Sammlung und der Austausch landtechnischer Informationen und Forschungsergebnisse mit dem Ausland finanziert. Ferner werden die Kosten für die Aufstellung des Wasserwirtschaftskatasters gemäß § 59 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215, bestritten. Schließlich sollen die Kosten der Vorarbeiten für ein land- und forstwirtschaftliches Rechenzentrum aus diesem Ansatz getragen werden.

Ansatz 6004 Epizootie

Aus dem Epizootieansatz werden die auf Grund der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes, RGBl. Nr. 177/1909, in der geltenden Fassung, gewährten staatlichen Entschädigungen beziehungsweise Unterstützungen, die Kosten der auf Grund dieser Bestimmungen amtlich angeordneten Schutzimpfungen und der sonstige Aufwand bestritten, der dem Bunde durch die Vorkehrungen gegen Tierseuchen erwächst. Außerdem werden aus diesen Mitteln auch die Kosten getragen, die im Zuge der Untersuchungs- und Feststellungsverfahren auf Grund der Bestimmungen des Deckseuchengesetzes, BGBl. Nr. 22/1949, sowie jene Kosten, die auf Grund der Bestimmungen des Bangseuchengesetzes, BGBl. Nr. 147/1957 [6]), entstehen.

Ansatz 6005 Hydrographischer Dienst

Allgemeines

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Artikel 10 Absatz 1 Ziffer 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache.

Gebarung

Für das im Rahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft geführte Hydrographische Zentralbüro (Organisationsstatut vom Dezember 1894) sind die Ausgaben für dessen Veröffentlichungen hier veranschlagt. Besonders zu erwähnen ist das Hydrographische Jahrbuch.

Darüber hinaus sind hier auch Beträge für die Anschaffung und Instandhaltung bundeseigener hydrographischer Geräte, für Beobachtervergütungen und für den hydrographischen Nachrichten- und Meßdienst vorgesehen. Außerdem ist für die Durchführung der Internationalen hydrologischen Dekade (1965 bis 1974) 6 [a]), zu der die UNESCO ihre Mitgliedsländer aufgerufen hat, ein Betrag vorgesehen, um die gewässerkundliche Grundlagenforschung zu intensivieren.

Aufgaben

Der hydrographische Dienst der Länder als mittelbare Bundesverwaltung besorgt nach den Richtlinien des Hydrographischen Zentralbüros Grundlagen für die Wasserbau-, Wasserkraft- und für die land- und forstwirtschaftlichen Planungen, Bodenverbesserungen, Grundwassernutzung und Trinkwasserversorgung sowie für sonstige hydrographische Untersuchungen zum Zwecke der zusammenfassenden Bearbeitung durch das Hydrographische Zentralbüro für das gesamte Bundesgebiet.

Ferner führt der hydrographische Dienst den nationalen und internationalen Nachrichten- und Vorhersagedienst durch.

Ansatz 1/60068 Land- und forstwirtschaftliche Sonderaufgaben

Der gegenständliche finanzgesetzliche Ansatz sieht sowohl Ausgaben für Sonderaufgaben auf dem Gebiete des land- und forstwirtschaftlichen Versuchswesens auf arbeitsteiliger Grundlage, auf dem Gebiete des Wasserbaues und der Wasserwirtschaft, der Marktforschung, für Lehrfahrten zu Versuchsstellen und Ausstellungen, für Vorträge, für Informationstätigkeit, Aufklärungs- und Beratungstätigkeit einschließlich der Anschaffung von Beratungsmaterial und der Veranstaltung von Ausstellungen sowie für Honorare und für Druckkosten einschlägiger wissenschaftlicher und statistischer Arbeiten als auch Aufwendungen für den Berghöfekataster vor.

Ansatz 1/6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes vom 17. Mai 1967, BGBl. Nr. 161, durchzuführen. Vorerst ist die Qualitätskontrolle bei Äpfeln, Birnen, Tomaten und Blumenkohl vorgesehen. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl an den Grenzstationen als auch auf dem Inlandmarkt durchzuführen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	361·9	3·1
1967 **)	381·0	2·6
1968 **)	346·6	2·2

[6]) In der Fassung BGBl. Nr. 115/1960.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[6a]) Für die hydrologische Dekade sind weitere Mittel beim Ansatz 1/12308 vorgesehen.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Aufwandes im Bundesvoranschlag 1967 ist überwiegend auf die Mehrvorsorge für die Treibstoffverbilligung zurückzuführen. Für das Jahr 1968 sind außer den veranschlagten Mitteln noch 56 Millionen Schilling im Eventualvoranschlag vorgesehen.

Die sinkende Tendenz der Einnahmen ist auf das Auslaufen der seinerzeit aus Bundesmitteln gewährten Darlehen zurückzuführen. Seit 1960 werden nur mehr Zinsenzuschüsse zu Agrarkrediten gewährt.

Allgemeines

Die der österreichischen Landwirtschaft zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel dienen der im allgemeinen Interesse gelegenen Steigerung der Produktivität und der Qualitätsverbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung und damit der Sicherung der Ernährung des österreichischen Volkes sowie auch der Vorbereitung der österreichischen Landwirtschaft auf die kommende europäische Integration. Im Rahmen der marktgerechten Orientierung der landwirtschaftlichen Erzeugung gewinnt die Förderung des Absatzes zunehmende Bedeutung.

Die Mittel zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft sind von den die Förderung durchführenden Stellen grundsätzlich den zu fördernden Betrieben der land- und forstwirtschaftlichen Urproduktion unmittelbar zuzuwenden.

Muß sich der Land- und Forstwirt zur Erreichung des Förderungszieles zum Bezug oder Absatz einer Ware oder bei Inanspruchnahme einer Dienstleistung einer Unternehmung bedienen, so darf er hiebei in der freien Wahl seiner Geschäftspartner nur dann eingeschränkt werden, wenn dies zur Erreichung des betreffenden Förderungszieles unbedingt notwendig ist.

In den Sonderfällen einer mittelbaren Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe durch Bereitstellung von Mitteln an Betriebe einer anderen Wirtschaftsstufe ist die Auswahl unter den fachlich und örtlich in Betracht kommenden Betrieben ohne Rücksicht auf ihre handelsrechtliche Rechtsform zu treffen.

Die Maßnahmen dienen im wesentlichen nachstehenden Zwecken:

Ansatz 1/60146 Verbesserung der Produktionsgrundlagen

Unter diesem Ansatz sind neben den Zuwendungen für das landwirtschaftliche Bildungswesen, für Lernbeihilfen und für Beiträge zu kammereigenen Schulen [7]) hauptsächlich die Mittel für die nachstehenden Maßnahmen vorgesehen:

[7]) Die Beiträge des Bundes zu den kammereigenen landwirtschaftlichen Schulen dienen zur Bestreitung bis zu 50 v. H. des Personalaufwandes für die Lehrpersonen.

Beratungswesen

Gebarung 1968

Die veranschlagten Bundesmittel sind für die Gewährung von Beihilfen an die Landwirtschaftskammern zu dem für die Durchführung der Beratung erforderlichen Personal- und Sachaufwand vorgesehen. Im einzelnen handelt es sich hiebei um:

1. Zuschüsse zu den Personal- und Reisekosten der Wirtschaftsberater (Betriebsberater) und der an den Bezirksbauern(-landwirtschafts)kammern tätigen Spezialberater;

2. Zuschüsse zu den Reisekosten der im Beratungsdienst tätigen Fach- und Berufsschullehrkräfte;

3. Zuschüsse zu den Aufwendungen für Abhaltung von Fachkursen, Vorträgen, Vorführungen, Begehungen und dergleichen, Durchführung von land- und hauswirtschaftlichen Lehrfahrten, Herstellung und Anschaffung von Beratungsmitteln, -behelfen und -geräten;

4. Zuschüsse zu den Aufwendungen der Landwirtschaftskammern im Interesse der fachlichen Weiterbildung ihrer im Förderungsdienst eingesetzten Fachkräfte;

5. Zuschüsse zu den Kosten der Errichtung, des Ausbaues und der Ausgestaltung von Beratungsstützpunkten;

6. Zuschüsse zu den vom Österreichischen Raiffeisenverband und den einzelnen Landesverbänden bzw. Landeszentralen durchgeführten Schulungs- und Fortbildungskursen für Geschäftsführer, Funktionäre und das Verkaufspersonal der Genossenschaften;

7. Zuschüsse an landwirtschaftliche Organisationen (Verbände, Vereine) für Maßnahmen zur Information und Beratung der Landwirte, für die Anschaffung von Beratungsmitteln, -behelfen und -geräten sowie für Maßnahmen zur Fortbildung der Fach- und Förderungskräfte dieser Organisationen sowie für Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Förderungskräften für Maßnahmen zur fachlichen Fortbildung ihrer Mitglieder.

Gebarung 1966

Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden gewährt:

1. Zuschüsse zu den Personal- und Reisekosten von 809 Beratungskräften;

2. Beitrag für die Durchführung von 26.739 Beratungsveranstaltungen mit insgesamt 796.567 Teilnehmern;

3. Zuschuß zu den Kosten der Fortbildung der Fachkräfte für das landwirtschaftliche Beratungswesen (43 Fortbildungsveranstaltungen mit 1502 Teilnehmern;

4. Zuschuß zu den Kosten von Errichtung, Ausbau und Ausgestaltung von 52 Beratungsstützpunkten;

5. Beitrag zu den Kosten von 205 fachlichen Weiterbildungskursen mit 6407 Teilnehmern, die vom Österreichischen Raiffeisenverband und den Landesverbänden durchgeführt worden waren.

Förderung der Düngerwirtschaft
Gebarung 1968

Die Mittel dienen zur Beschleunigung der Rationalisierung der Düngerwirtschaft und Verbesserung der Futterwirtschaft, insbesondere bei Durchführung von Umstellungs- und Schwerpunktmaßnahmen. Hiezu gehören auch die Verbilligung von Handelsdünger und Düngekalken, die Anschaffung rationeller Einlagerungs- und Ausbringungseinrichtungen für Handelsdünger und Düngekalk.

Gebarung 1966

Von den Maßnahmen des Jahres 1966 werden folgende Aktionen hervorgehoben:

Es wurden insgesamt rund 14.900 Betriebe der Umstellungsgebiete, vorwiegend in den extremen Bergbauernlagen und in den Umstellungsgebieten, in die Aktion zur Verbesserung der Düngerwirtschaft einbezogen. An diese Betriebe wurden insgesamt 90.464 t Handelsdünger zu gestaffelten Beitragssätzen verbilligt abgegeben. Mit der Düngermenge wurden 88.584 ha, vorwiegend Futterflächen, aufgedüngt.

Neben der Handelsdüngerverbilligungsaktion wurden im Jahre 1966 7 Streuaggregate für Düngekalk bezuschußt. Durch die Anschaffung der Kalkstreugeräte wurde einem dringenden Bedürfnis zur Mechanisierung der Düngekalkausbringung Folge geleistet und so die Möglichkeit geschaffen, die erforderlichen Kalkdüngermengen rechtzeitig zu streuen.

Pflanzen- und Futterbau

Gebarung 1968

Der für den Pflanzen- und Futterbau veranschlagte Betrag ist vor allem vorgesehen für Förderungsmaßnahmen zur Zucht, Vermehrung und Aufbereitung von Saat- und Pflanzgut, für die Einführung neuer Produktionsmittel, für Förderungsmaßnahmen zur Lagerung und Konservierung bzw. Haltbarmachung des Erntegutes einschließlich der Anschaffung von diesbezüglich erforderlichen Einrichtungen, für betriebswirtschaftliche Maßnahmen und für Maßnahmen, die eine Steigerung der Erträge, eine Verbesserung der Qualität sowie der Absatzmöglichkeiten bzw. eine Senkung der Gestehungskosten sowohl auf dem Gebiet des feldmäßigen Pflanzenbaues als auch der Grünlandwirtschaft erwarten lassen. Weiters sollen die erforderliche Versuchstätigkeit, Schulungs-, Aufklärungs- und betriebswirtschaftliche Maßnahmen und die Durchführung von Bodenuntersuchungen gefördert werden. Bei verschiedenen Investitionen wird die Inanspruchnahme von Agrarinvestitionskrediten [8]) bzw. ihre Kombination mit Zuschüssen in Aussicht genommen.

Gebarung 1966

Von den Maßnahmen des Jahres 1966 werden folgende Aktionen hervorgehoben:

Pflanzenbauliche Förderung:

Verbilligte Abgabe von rund 2500 t ausländischem Kartoffelsaatgut und von rund 22 t ausländischem Zuchtgetreide für den kontrollierten Vermehrungsanbau bei insgesamt 1300 Betrieben sowie die Bezuschussung von 103 Pflanzkartoffellagerkellern mit einer Belagfläche von 6760 m², 171 Maistrocknungshütten, 15 Tabaktrockenscheunen und 1 Hopfentrocknungsanlage.

Futterbauliche Förderung:

Errichtung von 1275 Beispielsanlagen auf Dauergrünland und rund 890 Beispielsanlagen im Feldfutterbau mit zusammen 1681 ha, Errichtung von 195 Kartoffelsilos mit einem Fassungsraum von rund 2200 m³ und von 1032 Grünfuttersilos mit rund 36.000 m³ sowie Förderung von diversen Zusatzgeräten für die Silowirtschaft.

Schulungs- und Aufklärungsmaßnahmen:

Untersuchung von 330 Silo- und rund 38.000 Bodenproben sowie Anlage von 400 Schau- und Ertragsversuchen auf Acker- und Grünland.

Gemüse- und Gartenbau

Gebarung 1968

Mit den für den Gemüse- und Gartenbau veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse für die marktgerechte Orientierung der Produktion, zur Verbesserung der Marktstruktur und für absatzfördernde Maßnahmen sowie für die Schulung und Aufklärung der Gärtner gewährt.

Insbesondere sind diese Förderungsmaßnahmen vorgesehen für den Bau und die technische Einrichtung von Gewächshäusern, Arbeitshallen, Kühlräumen, Lager- und Verkaufsräumen, zur Rationalisierung der Betriebe sowie für die Einführung neuer Produktionsmittel und Kulturformen. Die Spezialisierung und Modernisierung der Produktion und des Marktes erfordern großes Fachwissen; das gärtnerische Schulungs- und Versuchswesen und die Betriebsberatung muß daher intensiviert werden. Zur Verbesserung des Absatzes und zur Verhinderung von Marktschwemmen sollen geeignete Maßnahmen ergriffen und der Bau und die Einrichtung gemeinschaftlicher Einkaufs-, Absatz- und Verwertungsorganisationen sowie die Durchführung von Werbemaßnahmen unterstützt werden.

---

[8]) Zinsenzuschüsse für Agrarinvestitionskredite siehe Ansatz 1/60186, 1/60386 und 5/60386.

Bei den oben angeführten Investitionen werden Agrarinvestitionskredite [9]) und zur Verbesserung der Wirkung auch Agrarinvestitionskredite in Kombination mit Zuschüssen bzw. Zuschüsse allein in Aussicht genommen.

Gebarung 1966

Von den Maßnahmen des Jahres 1966 seien folgende hervorgehoben:

Mit Hilfe zinsbegünstigter Darlehen und solcher in Kombination mit Beiträgen wurden 184 Gewächshäuser mit einer Gesamtfläche von rund 82.000 m², 12 Verkaufslokale, 32 Arbeits- und Lagerhallen gebaut sowie 230 Heizanlagen in bestehenden Glashäusern und 99 Beregnungsanlagen errichtet. 154 Spezialmaschinen konnten bezuschußt und durch deren Anschaffung in zahlreichen Betrieben die Einführung von Spezialkulturen erreicht werden. 27.700 Teilnehmer wurden in Kursen und Vorträgen mit den Grundsätzen eines modernen Gartenbaues bekannt gemacht sowie zahlreiche Spezialberatungen durchgeführt. Zur Verbesserung der Absatzstruktur wurde bei 6 gemeinschaftlichen Absatzeinrichtungen vor allem der Lagerraum erweitert bzw. als Kühllager ausgebaut, Sortiereinrichtungen gefördert und durch die Anschaffung moderner Gemüseverarbeitungsmaschinen die Voraussetzungen für eine marktgerechte Verarbeitung der Qualitätsprodukte geschaffen.

Obstbau

Gebarung 1968

Der für den Obstbau veranschlagte Betrag ist für Förderungsmaßnahmen vorgesehen, die eine Verbesserung der Qualität eine Herabsetzung der Gestehungskosten sowie eine Begünstigung des Absatzes erwarten lassen, um die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte gegenüber Konkurrenzprodukten anderer Länder zu gewährleisten. Insbesondere ist vorgesehen, die schwerpunktmäßige Konzentration von Intensivobstgärten unter Berücksichtigung einer Sortenvereinfachung, um ein marktkonformes Angebot zu sichern. Für die verstärkte fachliche Ausbildung, Schulung, Aufklärung, für das Versuchswesen und die Betriebsberatung (auch durch speziell herangebildete Obstbaumwärter), sind Beiträge vorgesehen. Zur Sicherung des Absatzes sind Förderungsmaßnahmen für den Bau und die technische Einrichtung von Obstsammelstellen, Lagerkellern, Kühlhäusern, Arbeitshallen und für den Ausbau von Obstverwertungs- und Absatzeinrichtungen zur Verbesserung des Obstabsatzes vorgesehen. Die Verbesserung der Absatzorganisation soll durch eine intensive Werbung zur Wirkung gebracht werden.

Bei diesen Maßnahmen, insbesondere bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur, wird die Inanspruchnahme von Agrarinvestitionskrediten [10]) bzw. ihre Kombination mit Zuschüssen oder auch Zuschüsse allein in Aussicht genommen.

Gebarung 1966

Mit Hilfe der Zuwendungen konnten im Jahre 1966 400 Intensivobstanlagen mit einer Gesamtfläche von 353·5 ha angelegt werden. In rund 1300 Kursen und Versammlungen sowie 140 Demonstrationsübungen wurden 44.000 Teilnehmer geschult.

Zur Steigerung der Kapazität der gemeinschaftlichen Obstverwertungsbetriebe wurde der Lagerraum erhöht und die technische Einrichtung verbessert. Die drei größten Obstverwertungsunternehmen haben nunmehr eine Lagerkapazität von 49.000 hl erreicht. Zur marktkonformen Orientierung der Produktion, insbesondere zur Sortenbereinigung und Rationalisierung, waren 86 Obstbauberater eingesetzt.

Weinbau

Gebarung 1968

Mit den für den Weinbau veranschlagten Mitteln sind Beihilfen zur Förderung der Rationalisierung der Betriebe, der Qualitätsweinerzeugung sowie des Absatzes vorgesehen. Die Schulung und Aufklärung, insbesondere die Betriebsberatung, weiters die Versuchstätigkeit sollen eine marktgerechte Orientierung der Erzeugung gewährleisten. Außerdem sind Maßnahmen zur Verbesserung der Lagerung durch Schaffung zusätzlichen Lagerraumes sowie Maßnahmen zur Verarbeitung des Lesegutes und Verbesserung des Absatzes der Produkte aus dem Weinbau vorgesehen. Insbesondere soll durch geeignete Maßnahmen die Absatzstruktur verbessert und durch geeignete Werbemaßnahmen der Markt aufgeschlossen werden. Für die genannten Maßnahmen sind insbesondere die Inanspruchnahme von Agrarinvestitionskrediten in Kombination mit Zuschüssen oder auch Zuschüssen allein in Aussicht genommen.

Gebarung 1966

Durch die Rebenselektion konnte sichergestellt werden, daß fast ausschließlich Qualitätssorten zur Herstellung von Pflanzreben Verwendung

[9]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

[10]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

finden. Damit konnte eine wesentliche Voraussetzung für den Qualitätsweinbau geschaffen werden. Um den Kleinbetrieben eine entsprechende Rationalisierung im Weingarten zu ermöglichen, wurden an 103 Weinbauvereine für die Anschaffung von 103 Untergrundlockerern, 2 Planiergeräten, 5 Erdbohrgeräten sowie 12 Spezialmaschinen in Gebieten mit Terassenweinbau Beiträge gewährt.

In Kursen, Lehrfahrten, Weingartenbegehungen und zahlreichen Einzelberatungen wurden 20.000 Weinhauer geschult und in 22 Winzergenossenschaften die technische Einrichtung modernisiert. Es wurden 8 Traubenübernahmsstellen ausgebaut und neu eingerichtet, so daß nun in den meisten Genossenschaften für eine klaglose Übernahme des Lesegutes in Form von Trauben Vorsorge getroffen ist. 39 weitere Kellereimaschinen wurden angeschafft, die zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Winzergenossenschaften wesentlich beitragen.

Die Lagerkapazität der gemeinschaftlichen Verwertungseinrichtungen wurde auf 596.518 hl vergrößert.

Für Werbemaßnahmen wurden im Jahre 1966 Zuschüsse gewährt. Mit diesen Mitteln wurden Weinausstellungen, Weinmessen und Auslandswerbemaßnahmen unterstützt, die das Erschließen neuer Märkte zum Ziele hatten.

Pflanzenschutz

Gebarung 1968

Mit den vorgesehenen Bundesmitteln sollen durch die Gewährung von Beihilfen Maßnahmen zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturen und Vorratslager vor Schädlingen, Krankheiten, sowie vor Frost und Hagel durchgeführt werden. Hiezu ist der weitere Ausbau und die Einrichtung von Warndienststationen, Bekämpfungsstationen, die Bildung von Spritzgemeinschaften und die Durchführung eines Pflanzenschutzmelde- und -warndienstes für den Garten-, Obst-, Wein- und Feldbau zu fördern, um das Auftreten von ernteverminderndem oder -vernichtenden Schädlingen möglichst durch vorbeugende Maßnahmen hintanzuhalten. Unter Anleitung der Bundesanstalt für Pflanzenschutz soll in den Schwerpunktgebieten das epidemische Auftreten jener Krankheiten und Schädlinge bekämpft werden, die erfahrungsgemäß große Ernteverluste verursachen. Zur Unterstützung aller Maßnahmen soll insbesondere die Einstellung und die Arbeit von Pflanzenschutzwarten gefördert werden. Weiters ist eine Intensivierung der Schulung und Aufklärung sowie der Betriebsberatung, insbesondere hinsichtlich der Anwendung neuer Schädlingsbekämpfungsmittel und Bekämpfungsverfahren sowie technischer Einrichtungen vorgesehen. Für die Förderung der Pflanzenschutzstationen und Spritzgemeinschaften sind auch Agrarinvestitionskredite [11]) vorgesehen.

Für den Ausbau der Bekämpfungsstationen, der Spritzbrühanlagen, der Spritzgemeinschaften sowie zur Errichtung von Frostschutzanlagen sind vornehmlich Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten [11]) oder deren Kombination mit Beihilfen vorgesehen.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurde im Rahmen der Pflanzenschutzmaßnahmen das Hauptgewicht auf die Förderung technischer Einrichtungen gerichtet und insgesamt rund 1200 Pflanzenschutzgeräte für Schädlingsbekämpfungsstationen und Spritzgemeinschaften angeschafft und die Ausstattung für Warndienststationen modernisiert. In rund 500 Kursen, in Demonstrationsübungen und Einzelberatungen wurden rund 20.500 Teilnehmer in die neuen Methoden eines rationellen Pflanzenschutzes praktisch eingeführt. Rund 2500 ha Kartoffeln wurden gegen Viruskrankheiten behandelt, 5950 Bodenproben auf Nematoden untersucht und in den Obstbauschwerpunktgebieten Bäume und Sträucher einer Spezialbehandlung unterzogen. 138 Warndienststationen sind nunmehr im Einsatz, um auf Grund der Biologie der Schädlinge sowie der Witterungsverhältnisse die Bekämpfungstermine zu ermitteln und somit einen gezielten Pflanzenschutz auf rationeller Basis zu ermöglichen.

Landwirtschaftliches Maschinenwesen

Gebarung 1968

Mit dem für das landwirtschaftliche Maschinenwesen bestimmten Betrag werden allgemeine Förderungsmaßnahmen, wie die Abhaltung von Landmaschinenpflege- und Traktorenführerkursen, Maschinenvorführungen, sowie die Anschaffung von Kursmaterial und die Einrichtung von Kursstätten unterstützt. Weiters wird die Einführung neuzeitlicher Arbeitsmethoden und die Anschaffung bestimmter produktionsfördernder und arbeitserleichternder Maschinen für Bergbauernbetriebe durch Gewährung von Beihilfen erleichtert. Ferner soll mit Hilfe dieser Mittel die überbetriebliche Maschinennutzung gefördert werden.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 konnte die Anschaffung von rund 300 Bergbauernmaschinen, 168 Heubelüftungsanlagen und weiteren rund 1800 selbst-

---

[11]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

fahrenden Heuerntemaschinen zur leichteren Bewirtschaftung von Steilhangflächen gefördert werden. Des weiteren wurden 263 Maschinenkurse und 110 Maschinenvorführungen durch Beiträge finanziert.

Landwirtschaftliche Kultivierung

Gebarung 1968

Die für die landwirtschaftliche Kultivierung vorgesehenen Beträge dienen zur Gewährung von Beiträgen zur Kultivierung von Grundstücken nach Grundstückzusammenlegungen und Entwässerungen, zu Ödlandkultivierungen und zur Beseitigung von Vermurungen, Findlingssteinen und jener Geländehindernisse auf Kulturflächen, die eine maschinelle Bewirtschaftung erschweren. Weiters soll die Anschaffung von Kultivierungsmaschinen und die Errichtung von Unterkünften hiefür aus diesen Mitteln unterstützt werden.

Gebarung 1966

Durch diese Förderungsmaßnahme, zu deren Durchführung auch Mittel des Grünen Planes verwendet wurden, konnte im Jahre 1966 eine Fläche von rund 7850 ha einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden. In dieser Ziffer ist die im Wald- und Mühlviertel durch Findlingssteinsprengung entsteinte Fläche von rund 1020 ha inbegriffen. Diese Maßnahme dient vor allem der Verbesserung der Agrarstruktur und der inneren Besitzaufstockung. Ferner wird damit ein teilweiser Ersatz für die durch den Bau öffentlicher Verkehrswege sowie Hoch- und Tiefbauten der landwirtschaftlichen Nutzung entzogenen Flächen geschaffen.

Alm- und Weidewirtschaft

Gebarung 1968

Die vorgesehenen Mittel dienen zur Förderung von Maßnahmen, die eine Ertragsteigerung und eine nachhaltige Verbesserung und Rationalisierung der Alm- und Weidewirtschaft erwarten lassen. Insbesondere soll die Ordnung von Wald und Weide, (Raumordnung in der Almregion) die Intensivierung kleinerer, aber gut geeigneter Almflächen, die Erschließung der Almen durch Wege, Seilwege und Milchleitungen, die bestmögliche Mechanisierung der Arbeiten auf den Almen und die Einführung neuzeitlicher Wirtschaftsmethoden vorangetrieben werden. Außerdem sollen mit diesen Mitteln Arbeiten gefördert werden, die für die Sicherung des Bestandes der Almen und ihrer Einrichtungen erforderlich sind.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurde mit den zur Verfügung gestellten Bundesbeiträgen einschließlich der Mittel für Maßnahmen gemäß § 10 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan) die Durchführung von Verbesserungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand von rund 34 Millionen Schilling auf 1015 Almen ermöglicht.

Viehwirtschaft

a) Pferdezucht

Gebarung 1968

Die vorgesehenen Mittel werden für Schwerpunktmaßnahmen in der Pferdezucht zur Hebung der Qualitäts- und Leistungszucht verwendet, u. zw. für: Haltezuschüsse für staatliche Zuchthengste in der Privatpflege, Beihilfen für Hengstaufzuchthöfe, Fohlen- und Jungstuten-Fesselungsaktion und für die Förderung des ländlichen Reit- und Fahrwesens.

Gebarung 1966

In der Pferdezucht hat die Fohlen- und Jungstuten-Fesselungsaktion weiterhin zur Hebung der Qualitäts- und Leistungszucht beigetragen. Der Ankauf von erstklassigem Hengstmaterial und die Beihilfen für die Hengstaufzuchthöfe wirken sich auf die gute Qualität der österreichischen Pferdezucht aus. Dies kam im Jahre 1966 wieder im Export zum Ausdruck, bei dem 6570 Pferde im Werte von 47,770.000 Schilling ausgeführt werden konnten.

b) Rinderzucht und übrige Viehwirtschaft

Gebarung 1968

Die vorgesehenen Mittel sind für die weitere Verbesserung der Qualität und Steigerung der Produktivität bei den einzelnen Zweigen der Tierzucht (Rinderzucht, Schweinezucht, Geflügelzucht und übrige Kleintierzucht) bestimmt. Als wichtigste Förderungsmaßnahmen sind vor allem die Schulung und Aufklärung, ferner die Durchführung der Leistungsprüfungen, die genetische Verbesserung, wichtige Investitionen zur Förderung von Züchtung, Haltung und Fütterung sowie Maßnahmen für Werbung und Markterschließung anzuführen.

Bei diesen Maßnahmen kommen vor allem in Betracht: Der weitere Ausbau der Schulung und Aufklärung durch den viehwirtschaftlichen Beratungsdienst sowie Lehrschauen, Tierzucht- und Fütterungsversuche und die Förderung von züchterischen Vereinigungen. Der weitere Ausbau der Leistungsprüfungen als Grundlage für die Selektion und Fütterungsberatung sowie deren Auswertung. Zu den genetischen Verbesserungsmaßnahmen gehören vor allem der weitere Ausbau der künstlichen Besamung und die Aufstellung hochwertiger Vatertiere. Der Ausbau und die

technische Ausgestaltung von Besamungs- und Leistungsprüfstationen, von Aufzuchthöfen in der Rinderzucht sowie Anschaffungen für die Durchführung von Tierzucht- und Fütterungsversuchen. Fallweise absatzfördernde Maßnahmen bei den Kleintiersparten.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung der Tierhaltung erforderlichen Einrichtungen Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten zur Verfügung.

Gebarung 1966

Die im Jahre 1966 bewilligten Förderungsmittel wurden für die Qualitätsverbesserung und Produktivitätssteigerung in der Tierzucht verwendet, insbesondere konnten die Schulung und Aufklärung, Fütterungsberatung und die Leistungsprüfungen bei den einzelnen Zweigen der Tierzucht weiter intensiviert werden (Ausbau des zentralen Abschlusses der Milchleistungsergebnisse, Ausbau der Schweine- und Geflügelprüfanstalten sowie Förderung der künstlichen Besamung durch die Umstellung auf das Stickstoff-Tiefkühlverfahren und diverse züchterische Maßnahmen in der Bienenzucht).

Milchwirtschaft

Gebarung 1968

Die für die Förderung der Milchwirtschaft veranschlagten Mittel sollen schwerpunktmäßig für die weitere Qualitätsverbesserung der Rohmilch und der aus ihr erzeugten Produkte eingesetzt werden. Dieses Programm umfaßt Investitionszuschüsse zur Verbesserung der Organisation der Milchsammlung, d. h. Errichtung und technische Ausstattung von Gemeinschaftsanlagen mit Tiefkühleinrichtungen, von Milchkammern am Bauernhof sowie von Milchsammelstellen ferner für die Errichtung und Instandsetzung von genossenschaftlichen Käsereien — unter besonderer Berücksichtigung von Zusammenlegungen (Betriebsstrukturverbesserung) — und Melkerschulen. Darüber hinaus werden Förderungszuwendungen für die Kurstätigkeit zwecks Heranbildung und Schulung von milchwirtschaftlichen Lehr- und Beratungsorganen, Melkern sowie Molkerei- und Käsereifachpersonal und schließlich Beihilfen für bedürftige Teilnehmer an den Ausbildungslehrgängen der beiden milchwirtschaftlichen Bundesanstalten gewährt.

Die Förderung erstreckt sich ferner auf die Konsumentenwerbung (Absatzförderung über die Österreichische Milchpropaganda-Gesellschaft) sowie auf die Forschung im Rahmen des Aufgabenbereiches der milchwirtschaftlichen Höhenversuchsstation Rotholz.

Für größere Vorhaben im Zuge der Verbesserung der Molkereistruktur, d. s. Neu-, Zu- und Umbauten von Molkereien, Käsereien, Trockenmilchwerken und Verbandszentrallagern stehen im kleineren Umfang Agrarinvestitions-[12]), im größeren Ausmaß ERP-Kredite zur Verfügung.

Gebarung 1966

Die im Jahre 1966 veranschlagten Förderungsmittel wurden für Investitionsmaßnahmen baulicher und technischer Art sowie für die Ausbildung von milchwirtschaftlichen Lehr- und Beratungsorganen, für Kursbeihilfen sowie für die Beratungs- und Aufklärungstätigkeit eingesetzt. Unter die baulichen Maßnahmen fielen 17 Sennerei-, Käserei- und Milchgenossenschaften; mit technischen Einrichtungen wurden 683 Sennerei-, Käserei- und Milchgenossenschaften sowie Milchkammern ausgestattet; eine gute fachliche Ausbildung wurde in 32 Kursen 626 Teilnehmern zuteil.

Landwirtschaftlicher Wasserbau

Gebarung 1968

Zur Steigerung der Produktivität und zur Ermöglichung des Einsatzes von Landmaschinen auf landwirtschaftlichen Kulturflächen mit gestörtem Wasserhaushalt werden aus den Mitteln für den landwirtschaftlichen Wasserbau Bundesbeiträge zu den Kosten von Bodenent- und Bodenbewässerungen nach den Bestimmungen des Wasserbautenbeförderungsgesetzes [13]) gewährt.

Außerdem werden für landwirtschaftliche Wasserbauten, für die nach dem Wasserbautenförderungsgesetz auch Beiträge gegeben werden können, Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten [14]) bewilligt.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurden aus den Mitteln dieses Ansatzes und den für den landwirtschaftlichen Wasserbau im Grünen Plan zur Verfügung gestandenen Beträgen rund 25·8 Millionen Schilling verausgabt und damit ein Bauaufwand von rund 166 Millionen Schilling finanziert. Mit diesen Mitteln wurden 102 km Vorflutgräben für Entwässerungsanlagen reguliert, rund 767 ha gegen Hochwasser geschützt, rund 5779 ha entwässert und rund 4177 ha zur Bewässerung eingerichtet, sohin insgesamt rund 10.723 ha landwirtschaftliche Kulturfläche einer rationellen landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt.

Forstliche Maßnahmen

Gebarung 1968

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Zuschüssen zur Durchführung von Aufforstungen auf Katastrophenflächen bzw. Grenzertragsböden sowie

[12]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.
[13]) BGBl. Nr. 34/1948 in der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964 und 170/1965.
[14]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

für Maßnahmen der Bestandespflege und Bestandesumwandlung, weiters zur Gewährung von Beiträgen für die Erstellung von Einrichtungsplänen, Forstschutzmaßnahmen und für forstliche Aufklärung und Beratungstätigkeit.

Gebarung 1966

Mit Hilfe der im Jahre 1966 zur Verfügung gestandenen Mittel einschließlich der Mittel aus dem Grünen Plan wurden rund 2100 ha alte Kahlschläge, weiters rund 4580 ha Grenzertragsböden und im Zuge der Trennung von Alm und Weide rund 200 ha aufgeforstet. Auf einer Fläche von 2400 ha wurden Bestandesumwandlungen durchgeführt und für rund 16.000 ha Bauernwald Forsteinrichtungspläne erstellt. Die auf einer Fläche von 16.000 ha notwendig gewordenen Forstschutzmaßnahmen (Schädlingsbekämpfung und Wildschadensbehebung) wurden durch Bereitstellung der Bekämpfungsmittel unterstützt.

Im Rahmen der forstlichen Aufklärung, Beratung und Betreuung wurden bäuerliche Waldbesitzer, Forstarbeiter, Landjugend und sonstige forstlich interessierte Kreise mit den forstlichen Grundfragen vertraut gemacht und in zahlreichen mehrtägigen Kursen, Lehrgängen, Exkursionen und diversen sonstigen Veranstaltungen rund 24.000 Teilnehmer geschult. Für die freiwilligen bäuerlichen Waldgemeinschaften wurden Zuschüsse für das forstliche Fachpersonal gewährt.

Ansatz 1/60156 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Besitzfestigung

Gebarung 1968

Die hiefür im Jahre 1968 ausschließlich im Grünen Plan vorgesehenen Mittel werden im Sinne einer echten Existenzförderung zur Durchführung umfassender Förderungsmaßnahmen bei Bergbauernbetrieben verwendet. Hiebei stehen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Grundlagen der Gebirgslandwirtschaft (Weg, Wasser, Strom), der Wirtschafts- und Wohngebäude, der Bodennutzung und der darauf aufgebauten Zweige der Veredlungswirtschaft sowie der arbeitswirtschaftlichen Verhältnisse zum Ziele haben, ferner Maßnahmen zur Schaffung von Zuerwerbsmöglichkeiten im Vordergrund.

Die Besitzfestigungsaktion stellt somit einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der notwendigen Funktionsfähigkeit des Alpenraumes dar.

Gebarung 1966

Im Rahmen der Besitzfestigungsaktion 1966 einschließlich Besitzfestigung-Grüner Plan und Besitzfestigung-Sonderprogramm wurden bei 2621 Betrieben vor allem der Um- und Neubau sowie die Verbesserung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, die Qualitätsverbesserung in der Viehwirtschaft und der Bodennutzung gefördert.

Umstellungsmaßnahmen

Gebarung 1968

Im Rahmen der Umstellungsaktion für die im Jahre 1968 die Mittel nur im Grünen Plan veranschlagt sind, werden in wirtschaftlich rückständigen Gebieten in denen die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe existenzgefährdet ist, Maßnahmen gefördert, die vor allem eine Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, die Anpassung der Produktionsrichtung der Betriebe an die betriebs- und marktwirtschaftlichen Gegebenheiten und eine Verbesserung der Betriebsweise und der Produktionsmethoden herbeiführen sollen. Hiebei ist entscheidend, daß alle laufenden Förderungsmaßnahmen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt und daß durch eine intensive Betreuung der einbezogenen Betriebe durch die verschiedenen Organe der landwirtschaftlichen Betriebsberatung mit den eingeleiteten Maßnahmen der größtmögliche Effekt im Hinblick auf die Existenzsicherung der Betriebe erreicht wird.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurden einschließlich Umstellung-Grüner Plan und Umstellungs-Sonderprogramm in die Umstellungsaktion 22.149 landwirtschaftliche Betriebe einbezogen.

Landwirtschaftliches Bauwesen

Gebarung 1968

Die hiefür vorgesehenen Mittel sollen zur Förderung des landwirtschaftlichen Bauwesens, insbesondere zur Erstellung von Beispielsanlagen, zur Ausarbeitung von Normen und Musterplänen, zur Erprobung von neuen Baumaterialien, zur Abhaltung von Kursen, für Vorträge, zur Durchführung von Lehrfahrten, zur Anschaffung von Filmen, Bildmaterial und von Modellen aufgewendet werden.

Gebarung 1966

Die Mittel des Jahres 1966 dienten zur Gewährung von Beiträgen für die Erarbeitung von Merkblättern, die Anfertigung von Modellen und für die Erstellung einer ständigen landwirtschaftlichen Baulehrschau.

Güterwege und Seilaufzüge

Gebarung 1968

Die für den Bau von Güterwegen und landwirtschaftlichen Materialseilbahnen im Grünen Plan vorgesehenen Mitte dienen der dringend

notwendigen Verkehrserschließung bäuerlicher Betriebe. Diese Maßnahme wird auch durch Agrarinvestitionskredite [15]) gefördert.

Die Verkehrserschließung bäuerlicher Betriebe und deren Wirtschaftsflächen ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung.

Die rechtlichen Grundlagen für die Verkehrserschließung wurden durch das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz vom 9. Juni 1967, BGBl. Nr. 198, geschaffen. Die Durchführungsgesetze werden von den Ländern erlassen.

Gebarung 1966

Mit den im Jahre 1966 zur Verfügung gestandenen Mitteln einschließlich der Mittel aus dem Grünen Plan wurden 1453 km Güterwege und Hofzufahrten und 272 Brücken gebaut und damit die ordentliche Zufahrt für 4315 bäuerliche Betriebe hergestellt. Weiters wurden 57 km landwirtschaftliche Materialseilbahnen errichtet, welche der besseren Bewirtschaftung von 179 Betrieben dienen.

Mit Stand vom 31. Dezember 1966 sind noch 29.657 landwirtschaftliche Betriebe ohne geeignete Zufahrt.

Elektrifizierung und Netzverstärkung

Gebarung 1968

Durch die für die Restelektrifizierung und Netzverstärkung vorgesehenen Mittel wird erst die Grundlage für die dringend notwendige Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe geschaffen. Diese Maßnahme wird auch durch Agrarinvestitionskredite gefördert. Die Mittel hiefür sind im Grünen Plan veranschlagt.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurden 833 km elektrische Leitungen und 137 Trafostationen gebaut. Es konnte dadurch für 5408 ländliche Anwesen, davon 3017 bäuerliche Betriebe die ausreichende Stromversorgung hergestellt werden.

Mit Stand vom 31. Dezember 1966 waren noch 6370 landwirtschaftliche Betriebe ohne Stromversorgung und rund 69.300 landwirtschaftliche Betriebe nicht ausreichend mit Strom versorgt.

Agrarische Operationen

Gebarung 1968

Die für die Förderung agrarischer Operationen im Grünen Plan vorgesehenen Mittel sind für die Gewährung von Beiträgen zu den Kosten der technischen Arbeiten im Zuge der Verfahren bestimmt, die im Flurverfassungs-Grundsatzgesetz, BGBl. Nr. 103/Nr. 78, und den darauf bezüglichen Landesgesetzen z w i n g e n d vorgeschrieben sind, wie Vermessung und Vermarkung, Herstellung der gemeinsamen Anlagen, Vereinödung und Dorfauflockerung u. dgl. soweit diese Kosten die Leistungsfähigkeit der Beteiligten übersteigen und nicht durch Beiträge des Landes gedeckt sind. Weiters stehen diese Mittel für die Grundlagenerhebung einer gezielten agrarischen Bodenreform, die Verbesserung ihrer Verfahren und für aufklärende Maßnahmen zur Verfügung. Diese Maßnahmen werden auch durch zinsverbilligte Darehen (Agrarinvestitionskredite) [16]) gefördert.

Die Durchführung der agrarischen Operationen, besonders der Zusammenlegung und Flurbereinigung, ist die wertvollste Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur und Voraussetzung für jede Melioration.

Gebarung 1966

Mit Hilfe der im Jahre 1966 hiefür verfügbaren Mittel einschließlich der Mittel aus dem Grünen Plan, wurden gefördert:

	a) technisch durchgeführt		b) bearbeitet	
	ha	Beteiligte	ha	Beteiligte
Zusammenlegungen und Flurbereinigungen	26.473	13.719	56.694	19.318
Teilungen agrargemeinschaftlichen Besitzes	2.049	749	2.987	1.406
Regulierungen agrargemeinschaftlichen Besitzes	24.571	2.653	76.524	11.054
Servitutenbehandlungen	1.592	2.094	37.537	2.970

Außerdem wurden damit zur Herstellung von 339 km Wirtschaftswegen, 47 km Gräben, 33 Brücken und zur Vereinödung von 41 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in den neu eingeteilten Fluren Zuschüsse geleistet.

Siedlungswesen

Gebarung 1968

Die für die Förderung von Siedlungsmaßnahmen im Jahre 1968 ausschließlich im Grünen Plan vorgesehenen Bundesmittel sind zur Gewährung von Beiträgen zu den Kosten landwirtschaftlicher Hochbauten im Zuge von Siedlungsmaßnahmen, die im landwirtschaftlichen Siedlungs-Grundsatzgesetz vom 7. März 1967, BGBl. Nr. 79, angeführt sind, wie Neusiedlung, Aussiedlung, Auflösung materieller Teilungen u. a. erforderlich.

Neben der Förderung mit Beiträgen ist auch die Gewährung eines Zinsenzuschusses zu Agrarinvestitionskrediten [16]) für die angeführten Baumaßnahmen als auch insbesondere für die Aufstockung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe durch Ankauf von Grundstücken, Anteils- und Nutzungsrechten, zur Umwandlung von Pacht in Eigentum und zum Erwerb von auslaufenden Betrieben vor allem durch weichende Bauernkinder oder Land- und Forstarbeiter notwendig.

Gebarung 1966

Mit Hilfe der im Jahre 1966 verfügbaren Mittel einschließlich der Mittel aus dem Grünen

[15]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

[16]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

Plan wurden 348 Siedlungsfälle mit Beihilfen gefördert. Der Ankauf von 159 auslaufenden Betrieben, von 14 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden sowie die Grundaufstockung mit einer Fläche von 403 ha durch Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten unterstützt.

Forstliche Bringungsanlagen
Holzwirtschaftliche Maßnahmen

Gebarung 1968

Die vorgesehenen Mittel sind zur Förderung der Holzbringung aus unaufgeschlossenen oder nicht nach modernen forsttechnischen Gesichtspunkten erschlossenen Waldgebieten veranschlagt, bzw. dienen zur Durchführung geeigneter Forstbenutzungs- und Forstverwertungsmaßnahmen.

Gebarung 1966

Mit Hilfe der im Jahre 1966 zur Verfügung gestandenen Mittel einschließlich der Mittel aus dem Grünen Plan wurden rund 576 km Forstwege gebaut, wodurch ein jährlicher Holzanfall von 59.800 fm ohne besondere Qualitätsverluste zur Abfuhr gebracht werden konnte. Bei diesen Wegebauten handelt es sich größerenteils um Aufschließungen in Hochlagen.

Ansatz 1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen

Für die Förderung der Absatz- und Verwertungsmaßnahmen von Produkten des Wein-, Obst- und Gartenbaues, und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten sowie für Maßnahmen der Werbung und Markterschließung sind im Jahre 1968 lediglich beim Grünen Plan (Ansatz 60366) Mittel vorgesehen.

Die unter dem Ansatz 1/60166 veranschlagten Mittel dienen folgenden Zwecken:

Ausstellungswesen
Gebarung 1968

Die veranschlagten Mittel sind für Beiträge zu den wichtigsten land- und forstwirtschaftlichen Sonderschauen (z. B. auf der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, Welser Zentrallandwirtschaftsmesse, Grazer Messe, Kärntner Holzmesse) vorgesehen. Durch diese Sonderschauen sollen die Landwirte auf breiter Basis Anregungen für betriebliche und hauswirtschaftliche Belange erhalten. Zugleich besteht auch die Möglichkeit, die breite Öffentlichkeit mit den Problemen der Land- und Forstwirtschaft vertraut zu machen und einen Beitrag zur Werbung für den Absatz land- und forstwirtschaftlicher Produkte zu leisten.

Gebarung 1966

Die Bundesbeiträge des Jahres 1966 wurden verwendet zur finanziellen Unterstützung land- und forstwirtschaftlicher Sonderschauen auf der Dornbirner Export- und Mustermesse, der Grazer Frühjahrsmesse, der Kärntner Holzmesse, der Welser Zentrallandwirtschaftsmesse und der Wiener Herbstmesse.

Bekämpfung der Rinder-Tbc

Gebarung 1968

Mit den für die Bekämpfung der Rinder-Tbc vorgesehenen Mitteln werden die Kosten des Feststellungsverfahrens, d. h. die Kosten der Untersuchung von Rinder- und Ziegenbeständen bestritten und Beihilfen für die Abschaffung von Reagenten gewährt. Die Bekämpfung der Rindertuberkulose ist für die Gesunderhaltung der heimischen Tierbestände und somit auch vom volksgesundheitlichen Standpunkt von großer Bedeutung.

Gebarung 1950 bis 1966

Seit Beginn der Aktion im Jahre 1950 wurden bis 31. Dezember 1966 sämtliche rinderhaltende Betriebe mit rund 2,371.960 untersuchungspflichtigen Rindern und rund 85.700 untersuchungspflichtigen Ziegen erfaßt. Hiebei wurden bisher bei Rindern rund 509.200, d. s. 21 v. H., und bei Ziegen rund 3650, d. s. 3·5 v. H., Reagenten festgestellt. Insgesamt wurden bisher 330.120 Betriebe untersucht und davon bei der Erstuntersuchung 211.586 als tbc-frei und 118.534 als verseucht befunden. Von den Letztgenannten wurden bisher 115.570 tbc-frei gemacht und zusammen mit den tbc-frei befundenen amtlich anerkannt.

Viehabsatz und Viehverkehr

Gebarung 1968

Durch die in Österreich natürlich gegebene Produktionsteilung ist eine entsprechende Absatzförderung durch Gewährung von Frachtkostenbeihilfen notwendig. Weiters wird ebenfalls die Produktion und der Absatz von Mastvieh (Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und Fohlen) gefördert. Ferner werden Zuschüsse für die Durchführung von Versuchen für die Produktionsverbesserung und schließlich für die Durchführung von Kontrollen und Werbemaßnahmen für Vieh und Viehprodukte aller Art gewährt. Die Gewährung von Zinsenzuschüssen zu Agrarinvestitionskrediten [16]) ist insbesondere für die Nachschaffung von Vieh nach durchgeführter Tbc- und Bangbereinigung und für die Verbesserung der Zuchtviehbestände in qualitativer Hinsicht vorgesehen. Ferner sind Bundesbeiträge für den Neu- und Ausbau von Anlagen vorgesehen, die den Viehabsatz erleichtern bzw. überhaupt ermöglichen sollen.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurden aus Österreich rund 80.000 Rinder, 6600 Pferde und 52.400 q Rind-

[16]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 217.

fleisch mit einem Gesamtwert von rund 900 Millionen Schilling ausgeführt, während sich der Schlachtviehumsatz im Inland auf rund 440.000 Rinder, 400.000 Kälber, 2·4 Millionen Schweine, 9000 Pferde und 18.000 Schafe belief.

Ansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Gebarung 1968

Mit den veranschlagten Mitteln werden sozialpolitische Maßnahmen gefördert. Sie dienen der Erhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte und damit der Sicherung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion. So werden zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer Baukostenzuschüsse für die Errichtung oder Erwerbung von Eigenheimen und für die Herstellung oder Ausgestaltung von Dienstwohnungen gewährt. Auch die Inanspruchnahme von Agrarinvestitionskrediten ist vorgesehen. Schließlich können Land- und Forstarbeiter zur Erleichterung der Familiengründung Beihilfen für die Anschaffung von Hausratsgegenständen und anläßlich von Berufsjubiläen Treueprämien für langjährige Dienstleistung erhalten. Ferner wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung der Land- und Forstarbeiter durch Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

Gebarung 1966

Für die Durchführung dieser Förderungsmaßnahmen wurden im Jahre 1966 Bundesmittel in der Höhe von 6 Millionen Schilling verausgabt, wovon rund 2·6 Millionen Schilling auf den Landarbeiterwohnungsbau entfallen. Mit diesem Bundesbeitrag wurde der Bau von 80 Eigenheimen und die Errichtung von Dienstwohnungen in 140 Fällen gefördert. Ferner wurden 354 Familiengründungsbeihilfen, 3416 Treueprämien und rund 13.000 Ausbildungsbeihilfen im Gesamtbetrag von rund 3·4 Millionen Schilling gewährt. Weiters wurden für den Landarbeiterwohnungsbau aus den im Jahre 1966 beim Grünen Plan veranschlagten Mitteln 27 Millionen Schilling verausgabt. Mit diesem Betrag konnte der Bau von 826 Eigenheimen und die Errichtung und Verbesserung von Dienstwohnungen in 1097 Fällen gefördert werden. Das Bauvolumen betrug für sämtliche im Jahre 1966 geförderten Eigenheime und Dienstwohnungen rund 240 Millionen Schilling.

Ansatz 1/60186 Kreditpolitische Maßnahmen

Zinsenzuschüsse

Gebarung 1968

Seit dem Jahre 1954 werden für bestimmte vordringliche Investitionsmaßnahmen Kredite zu einem verbilligten, für die Land- und Forstwirtschaft tragbaren Zinsfuß über die Raiffeisenkreditinstitute, die Landes-Hypothekenanstalten, die Sparkassen und in Tirol auch über den Landeskulturfonds für Tirol, verfügbar gemacht.

Aus diesem Ansatz sollen die Zinsenzuschüsse für die Agrarsonderkredite, die Bergbauern- und Flachlandkreditaktion, Grundaufstockungskredite, die Kredite zur Errichtung nichtkommunaler Abwasserreinigungsanlagen, sowie für die bis einschließlich 1960 vergebenen Agrarinvestitionskredite bestritten werden. Der Zinsenzuschuß betrug bis 31. Dezember 1966 bei den Agrarinvestitionskrediten 4½% (6½% bei Aufforstung). Für die im Jahre 1966 bewilligten Kredite betrug er 4% (6% bei Aufforstung). Für 1967 beträgt der Zinsfuß für Agrarinvestitionskredite 4¼% (6¼% Aufforstung). Der Zinsenzuschuß ist bei den Agrarsonderkrediten nach wie vor mit 2% festgesetzt.

Die Mittel für Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten, die seit dem Jahre 1961 vergeben werden, sind beim Grünen Plan (Titel 603) mitveranschlagt.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurden für zinsverbilligte Agrarkredite Zinsenzuschüsse in der Höhe von insgesamt 152 Millionen Schilling verausgabt, wovon 126 Millionen Schilling aus Mitteln des Grünen Planes (Titel 603) zur Verfügung standen. Mit diesen Beträgen wurde das Zinsenzuschußerfordernis für die per 31. Dezember 1965 aushaftenden Agrarkredite in der Gesamthöhe von 3.430 Millionen Schilling, sowie für die im Jahre 1966 neu bewilligten Darlehen im Betrag von rund 1.199 Millionen Schilling befriedigt.

Ansatz 1/60196 Sonstige Maßnahmen

Unter diesem Ansatz ist neben den Mitteln für die Treibstoffverbilligung noch ein Bundesbeitrag zum Bergbauernhilfsfonds vorgesehen.

Der Bergbauernhilfsfonds wurde als juristische Person durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 233/1937 geschaffen. Er wird von einer Verwaltungskommission verwaltet. Der Fonds und seine Organe unterstehen der unmittelbaren Aufsicht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (§ 2 lit. c).

Der Bergbauernhilfsfonds ist Mittlerstelle im Sinne der Grundverkehrsgesetze; er hat bei Liegenschaftsversteigerungen im Entsiedlungsgebiet ordnend mitzuwirken und soll drohende Zwangsversteigerungen von bergbäuerlichen Betrieben, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind, durch helfendes Eingreifen verhindern. Weiters ist ein Beitrag für die Arbeiten der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung vorgesehen. Den mit der Raumordnung zusammenhängenden

Problemen und deren Lösung wird von landwirtschaftlicher Seite deshalb größte Bedeutung beigemessen, da sie — soweit sie den ländlichen Raum betreffen — mit der Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in engem Zusammenhang stehen. Außerdem ist ein Beitrag für die Förderung des Naturschutzes und für das Österreichische Nationalkomitee des Internationalen Wasserversorgungsverbandes veranschlagt.

Schließlich ist für die Durchführung des CEA-Kongresses und des Europa-Kongresses der Fleckviehzüchter ein Beitrag vorgesehen.

Treibstoffverbilligung

Gebarung 1968

Die hiefür veranschlagten Mittel dienen zur Verbilligung von Treibstoffkosten für Landmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Damit soll die Verwendung von motorisch betriebenen Maschinen wirtschaftlicher gestaltet und die Umstellung auf neuzeitliche Arbeitsmethoden erleichtert werden. Gleichzeitig ist damit beabsichtigt, den für die landwirtschaftliche Produktion benötigten Dieseltreibstoff kostenmäßig dem Niveau der übrigen Länder in Europa anzugleichen und auf diesem Gebiet der Betriebsmittel annähernd gleiche Wettbewerbsverhältnisse zu schaffen.

Die Treibstoffverbilligung für 1968 wird in Form eines Pauschalbetrages nach einem bundeseinheitlich festgelegten Punktesystem auf Grund des im Jahre 1967 erhobenen Bestandes an treibstoffverbrauchenden Maschinen gewährt.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurde ein Betrag von rund 190 Millionen Schilling aufgewendet, womit für rund 234.500 Betriebe eine Verbilligung der Treibstoffkosten gewährt werden konnte. Der Punktewert betrug 80 Schilling.

Titel 603 Bundesministerium (Grüner Plan)

	Sachaufwand			
	Ordentliche Gebarung	Ao. Gebarung Mill. S	Summe	Einnahmen
1966 *)	211·9	360·0	571·9	0·0
1967 **)	320·0	410·0	730 0	—
1968 **)	320·0	410·0	730·0	—

Unterschiede der Gebarung

1961 wurden auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes erstmals 200 Millionen Schilling veranschlagt. Für das Jahr 1968 konnten die Mittel für den Grünen Plan in gleicher Höhe wie im Vorjahr veranschlagt werden. Außerdem sind 170 Millionen Schilling im Eventualvoranschlag vorgesehen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

Die unter diesem Titel veranschlagten zusätzlichen Mittel haben den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 [17]), zu dienen.

Im Sinne des von der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes erstatteten „Berichtes über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft" sollen die Mittel für die nachstehenden Schwerpunktmaßnahmen insbesondere auch dazu dienen, die Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unter dem Gesichtspunkt des Überganges zu einer europäischen Großraumwirtschaft zu heben.

Gebarung 1966

Im Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960, der am 00. Oktober 1967 dem Nationalrat übermittelt wurde, wird nachgewiesen, wie die gemäß § 10 Abs. 1 dieses Gesetzes beim Grünen Plan (Titel 603) bereitgestellten Mittel verwendet wurden.

Ansatz 1/60346 Verbesserung der Produktionsgrundlagen

Ansatz 5/60346 Verbesserung der Produktionsgrundlagen (ao)

Bei diesen Ansätzen sind u. a. Mittel für landwirtschaftliche Kultivierungen, für die Viehwirtschaft, für den landwirtschaftlichen Wasserbau und für forstliche Maßnahmen vorgesehen. Nähere Erläuterung über die einzelnen Maßnahmen siehe Ansatz 1/60146 (Verbesserung der Produktionsgrundlagen im Rahmen der örderung der Land- und Forstwirtschaft).

Ansatz 1/60356 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Ansatz 5/60356 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft (ao)

Bei diesen Ansätzen sind u. a. Mittel vor allem zur Steigerung des Güterwegbaues und der Errichtung von Seilaufzügen, zur Elektrifizierung und Netzverstärkung, für Besitzfestigungs- und Umstellungsmaßnahmen, für Agrarische Operationen und forstliche Bringungsanlagen vorgesehen. Nähere Erläuterung über die einzelnen Maßnahmen siehe Ansatz 1/60156 (Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft im Rahmen der Förderung der Land- und Forstwirtschaft).

[17]) In der Fassung BGBl. Nr. 79/1963 und 215/1964.

Ansatz 1/60366 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen

Ansatz 5/60366 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (ao)

Bei diesen Ansätzen sind vor allem Mittel sowohl für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für Produkte des Weinbaues, des Obst- und Gartenbaues und sonstiger landwirtschaftlicher Produkte als auch für den Export von Lebendvieh veranschlagt. Außerdem sind Beiträge für die weitere Bekämpfung der Rinder-Tbc und für die Reagentenverwertung vorgesehen.

Ansatz 5/60376 Sozialpolitische Maßnahmen (ao)

Unter dem Ansatz 5/60376 sind weitere Mittel zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues vorgesehen. Nähere Erläuterung hierüber siehe Ansatz 1/60176 (Sozialpolitische Maßnahmen im Rahmen der Förderung der Land- und Forstwirtschaft).

Ansatz 1/60386 Kreditpolitische Maßnahmen

Ansatz 5/60386 Kreditpolitische Maßnahmen (ao)

Bei diesen Ansätzen sind die Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten veranschlagt, die seit dem Jahre 1961 vergeben werden. Die Besicherung dieser Darlehen soll in tunlichst einfacher Form erfolgen, damit auch wirtschaftlich schwächere Darlehensnehmer sowie Pächter an den Darlehensaktionen teilnehmen können. Aus diesem Grund übernimmt der Bund zufolge entsprechender Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes erforderlichenfalls für Agrarinvestitionskredite eine Ausfallshaftung bis zur Höhe von 50 bzw. 60%. Nähere Angaben hinsichtlich Zinsfuß und Kreditinstitute siehe Ansatz 1/60186 (Kreditpolitische Maßnahmen im Rahmen der Förderung der Land- und Forstwirtschaft).

Ansatz 1/6039 Sonstige Maßnahmen

Ansatz 1/60397 Bekämpfung der Rinder-Brucellose

Die Bekämpfung der Rinder-Brucellose, auch als Abortus-Bang bezeichnet, wird in allen Kulturstaaten durchgeführt. Bei Importrindern muß der Nachweis der Bangfreiheit erbracht werden. Es besteht daher auch für Österreich die Verpflichtung zur staatlichen Bekämpfung der Rinder-Brucellose, um einerseits den Rinderexport nicht zu gefährden und andererseits der Landwirtschaft finanzielle Verluste durch den Ausfall von Kälbern und Milch sowie durch die Wertverminderung erkrankter Tiere zu ersparen.

Die vorgesehenen Mittel dienen zur Gewährung von Entschädigungen an die Tierhalter bei der Ausmerzung erkrankter Rinder (Reagenten).

Die rechtlichen Grundlagen der seit dem Jahre 1958 laufenden Bekämpfungsmaßnahme bilden das Bangseuchengesetz [18]) und die Bangseuchenverordnung [19]).

Ansatz 1/60398 Forschungs- und Versuchswesen

Die hiefür vorgesehenen Mittel dienen dazu, die landwirtschaftliche Forschungs- und Versuchstätigkeit auf eine breitere Basis zu stellen und die notwendige Intensivierung derselben zu ermöglichen. Besondere Berücksichtigung wird hiebei praxisnahen Forschungsarbeiten und dem angewandten Forschungs- und Versuchswesen eingeräumt.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten [19a])

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	110·8	109·8	220·6	81·2
1967**)	125·0	118·2	243·2	83·4
1968**)	137·7	122·8	260·5	92·1

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben im Personalaufwand ab 1967 sind vorwiegend auf Bezugserhöhungen, in geringerem Maße auf Personalvermehrungen zurückzuführen.

Die Steigerung der sachlichen Ausgaben und Einnahmen ergibt sich in erster Linie durch die vermehrte Milchanlieferung an die Molkereibetriebe der milchwirtschaftlichen Lehranstalten.

Im Eventualvoranschlag sind für Investitionen 4·3 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 1/6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Anstalten

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen und die Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Bienenkunde.

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau.

In Niederösterreich:

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[18]) BGBl. Nr. 147/1957 in der Fassung BGBl. Nr. 115/1960.
[19]) BGBl. Nr. 280/1957 in der Fassung BGBl. Nr. 22/1961.
[19a]) Siehe auch land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966.

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum" in Weinzierl, die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian (im Bau).

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Die Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten weisen im Schuljahr 1967/68 insgesamt 56 Klassen auf und werden von 1591 Schülern besucht (1966/67 53 Klassen mit 1477 Schülern).

Gesetzliche Grundlagen

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966.

Ansatz 1/6051 Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten

Aufgaben

Die landwirtschaftlichen Bundesversuchsanstalten haben die Aufgabe, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, landwirtschaftliches Maschinenwesen, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Desgleichen ist ihnen durch gesetzliche Vorschriften die Untersuchung von Saatgut [20]), Futter-, Dünge- [21]) und Pflanzenschutzmitteln [22]) übertragen.

[20]) Gemäß BGBl. Nr. 236/1937 bzw. 34/1947 und 114/1953.
[21]) Gemäß BGBl. Nr. 97/1952 und 42/1957.
[22]) Gemäß BGBl. Nr. 124/1948 und 147/1949.

Anstalten

Diesen Zwecken dienen folgende Anstalten:

Die Bundesanstalt für Pflanzenbau und Samenprüfung, die Bundesanstalt für Pflanzenschutz, die landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt mit dem Institut für Bodenkartierung und Bodenwirtschaft in Wien, die landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt in Linz, die Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg (Niederösterreich) und die Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft mit eigenem Landwirtschaftsbetrieb in Gumpenstein (Steiermark).

Ansatz 1/6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten [23])

Bei diesem Ansatz ist der Aufwand für die Försterschulen in Bruck an der Mur, in Ort bei Gmunden [24]), in Waidhofen an der Ybbs und in Gainfarn vorgesehen.

Sie haben die Aufgabe, die für die Verwaltung der staatlichen und privaten Forste sowie die für die Forstbehörde notwendigen Förster heranzubilden. An der Bundesförsterschule Gainfarn werden auch Kurse für Forstschutzorgane — Kursdauer 4 bis 5 Monate — abgehalten.

Ansatz 1/6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt [25])

Aufgaben

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Versuche und Untersuchungen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung für die forstwirtschaftliche Praxis auszuwerten und zu vermitteln, damit diese in ihrem Bestreben, die Leistungen der Forstwirtschaft zu steigern und zu verbessern und den Wald gegen schädigende Einwirkungen zu schützen, unterstützt wird.

Diesen Aufgaben dienen die Forstliche Bundesversuchsanstalt Mariabrunn in Schönbrunn mit der zugeordneten Außenstelle für subalpine Waldforschung (früher Forschungsstelle für Lawinenvorbeugung) in Innsbruck. In ihren Aufgabenbereich fällt auch die Untersuchung der Ursachen des Waldrückganges im Gebirge und seine Auswirkungen.

Forstinventur, Standortskartierung

Weiters ist im besonderen auch der Aufwand für die Forstinventur und für die forstliche Standortskartierung mitveranschlagt. Die forstliche Standortskartierung erfaßt kartenmäßig die ursächlichen Unterlagen für die auf Grund der

[23]) Gemäß BGBl. Nr. 222/1962. Tarif: BGBl. Nr. 182/1966.
[24]) Siehe BGBl. Nr. 321/1965.
[25]) Gemäß BGBl. Nr. 222/1962.

Waldstandsaufnahme so dringend anzustrebende Holzzuwachs- und Ertragssteigerung. Die Aufgabe der Forstinventur ist die Erfassung der jährlichen tatsächlichen Holznutzungen für den gesamten Wald des Bundesgebietes und die Ermittlung von Holzvorrat und Zuwachs sowie der nachhaltigen Nutzungsmöglichkeiten als Grundlage für die Forst- und Handelspolitik. Die Durchführung ist als laufende Stichprobeninventur vorgesehen, die bereits in kurzen Perioden Ergebnisse liefert.

Auf Grund des Forstsaatgutgesetzes, BGBl. Nr. 114/1960, hat die Forstliche Bundesversuchsanstalt Mariabrunn in Schönbrunn als begutachtende Stelle der Forstbehörden mitzuwirken, insbesondere bei der Erfassung und Anerkennung von geeigneten Beständen für die generative Saatgutgewinnung und von Ausgangsbäumen für die vegetative Vermehrung, sowie forstliche Klenganstalten und Samenhandlungen zu überwachen.

Ansatz 1/6054 Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben für das Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft in Scharfling am Mondsee und die Anlagen in Kreuzstein veranschlagt. Das Institut hat die Aufgabe, wissenschaftliche Grundlagen für eine intensive und rationelle Fischereiwirtschaft in Österreich zu schaffen, beziehungsweise dieser durch theoretische und praktische Schulung, fachliche Beratung von Fischern und Fischzuchtbetrieben, durch Auswahl entsprechender Fischarten, Weiterbildung der Fangtechnik, Entwicklung neuer züchterischer Verfahren, Bereitstellung von Besatzmaterial usw. zu dienen.

Ansatz 1/6055 Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft

Gebarung

Unter diesem Ansatz sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Milchwirtschaft mit Molkerei- und Wirtschaftsbetrieb in Wolfpassing (Niederösterreich) und die Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Hartkäserei in Rotholz (Tirol) mit Sennerei- und Molkereibetrieb veranschlagt.

Aufgaben

Den Anstalten obliegt die Ausbildung milchwirtschaftlichen Personals, die Veranstaltung von Kursen, die Durchführung bakteriologischer, chemischer, maschinentechnischer Untersuchungen, Überprüfungen und Forschungen sowie die Herstellung und der Vertrieb von einschlägigen Reinkulturen.

Ansatz 1/6056 Pferdezuchtanstalten

Anstalten

Es bestehen zwei Pferdezuchtanstalten:

1. Bundeshengstenstallamt Stadl bei Lambach (Oberösterreich):

Das Bundeshengstenstallamt Stadl, das einzige staatliche Hengstendepot in Österreich, hat die Aufgabe, die Junghengste aus der eigenen Gestütszucht und die auf Hengstmärkten angekauften Zuchthengste zu übernehmen und nach entsprechender Vorbereitung auf die staatlichen Deckstationen zu verteilen. Der überwiegende Teil der Zuchthengste ist auf Grund von Halteverträgen ganzjährig in Pflege bei bäuerlichen Hengsthaltern untergebracht. Der restliche Teil der Hengste ist während der Deckzeit auf den staatlichen Beschälstationen und außerhalb dieser Zeit im Stallamte stationiert. Mit der Überwachung der Haltung und Zuchtverwendung der staatlichen Deckhengste sind die Landstallmeister betraut. Bei diesem Ansatz ist auch das Gelderfordernis für den Ankauf von Zuchthengsten zur Versorgung der staatlichen Deckstationen veranschlagt.

2. Bundesgestüt Piber bei Köflach (Steiermark):

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, ist das Lipizzanergestüt, ein Warmblutgestüt und eine Aufzuchtstation für Zuchthengste der Warmblutrasse untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Das Warmblutgestüt und die Warmbluthengste dienen der österreichischen Landespferdezucht.

Ansatz 1/6057 Veterinär-Medizinische Bundesanstalten

Anstalten

Unter diesem Ansatz ist der Aufwand für die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling, die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf, für die Seuchenschlachtstätten und für die Bundesanstalten für veterinär-medizinische Untersuchungen in Linz, Graz und Innsbruck sowie für die Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere in Wels veranschlagt.

1. Die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling umfaßt eine Abteilung für Tierimpfstoffgewinnung sowie eine diagnostische Station. An der Abteilung für Tierimpfstoffgewinnung werden die für die Verhütung von bakteriell bedingten Tierseuchen notwendigen Impfstoffe hergestellt. Die diagnostische Station befaßt sich mit der Untersuchung von eingesandtem Material auf das Vorliegen von Tierkrankheiten, insbesondere von anzeigepflichtigen Tierseuchen sowie mit bakteriologischen Fleischuntersuchun-

gen. Schließlich werden an der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Forschungsarbeiten im Interesse der Tierseuchenbekämpfung durchgeführt.

2. Die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren erzeugt vor allem Impfstoff zur Verhütung virusbedingter Tierseuchen. Weiters fallen in den Aufgabenbereich dieser Anstalt Untersuchungen von eingesandtem Material auf das Vorliegen bestimmter Tierseuchen. Außerdem ist die Anstalt mit Forschungen auf dem Gebiet der Virusseuchen betraut.

3. Die Seuchenschlachtstätten dienen der Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen. Durch die Tötung von seuchenkranken und seuchenverdächtigen Tieren in diesen Schlachtstätten soll einerseits die Weiterverbreitung der Tierseuchen weitgehend verhindert und andererseits die bestmögliche Verwertung der getöteten Tiere gewährleistet werden. Die veranschlagten Mittel dienen zur Miete und zur Ausgestaltung derartiger Einrichtungen.

4. Die Bundesanstalten für veterinär-medizinische Untersuchungen haben neben der Bearbeitung veterinär-wissenschaftlicher Fragen die Aufgabe, eingesandtes Material auf das Vorliegen von Tierkrankheiten, insbesondere anzeigepflichtigen Tierseuchen, zu untersuchen und bakteriologische Fleischuntersuchungen durchzuführen.

5. An der Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere in Wels-Thalheim werden die Tierärzte und Besamungstechniker für die Durchführung der künstlichen Besamung bei Haustieren ausgebildet und die wissenschaftlichen Fragen auf dem Gebiete der künstlichen Besamung der Haustiere bearbeitet. Weiters wird an der Anstalt Tiersamen produziert.

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der veterinär-medizinischen Bundesanstalten bildet der § 3 a des Tierseuchengesetzes, RGBl. Nr. 177/1909, in der Fassung des Gesetzes vom 12. Mai 1949, BGBl. Nr. 122/1949.

Ansatz 1/6058 Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten

Unter diesem Ansatz sind die Ausgaben für die drei wasserbaulichen Versuchsanstalten und für das Speläologische Institut veranschlagt.

1. Die Bundes-Versuchsanstalt für Wasserbau in Wien.

Diese untersucht durch Modellversuche die zweckmäßige Gestaltung projektierter Wasserbauwerke sowie Absturz- und Rampenbauwerke für den Flußbau. Ferner obliegt ihr die Prüfung und Eichung der zur Bestimmung der Abflußmengen unentbehrlichen hydrometrischen Meßgeräte.

2. Die Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung in Wien.

Sie führt den die Wassergüte betreffenden Teil des Wasserwirtschaftskatasters und bearbeitet die damit zusammenhängenden Fragen zur Beseitigung der Gefahren in den durch die Abwässer verunreinigten Wasserläufen. Hiebei wird den Untersuchungen der Radioaktivität der Oberflächengewässer ein besonderes Augenmerk zugewendet.

Insbesondere wird sie in diesem Zusammenhang über Auftrag der Wasserrechtsbehörde gutachtlich tätig.

3. Das Bundesversuchsinstitut für Kulturtechnik und technische Bodenkunde in Petzenkirchen (Niederösterreich).

Dieses Institut hat die Aufgabe, durch Bodenuntersuchungen und Forschungen die bodenkundlichen Grundlagen für eine sparsame und rationelle Projektierung und Bauausführung von Ent- und Bewässerungsanlagen zu beschaffen, Untersuchungen für eine zweckmäßige Gestaltung des Wasserhaushaltes im Boden anzustellen und kulturtechnische Arbeitsgeräte und Apparate zu überprüfen und zu verbessern.

4. Speläologisches Institut.

Diesem Institut obliegt gemäß § 14 Abs. 4 des Naturhöhlengesetzes vom 26. Juni 1928, BGBl. Nr. 169, die wissenschaftliche und technische Begutachtung der sich aus diesem Gesetze ergebenden Einzelfragen sowie die wissenschaftliche und technische Bearbeitung des Karstproblems im Interesse der Erhaltung und des Schutzes der heimischen Landeskultur, Wasserwirtschaft usw., beziehungsweise zur Verhütung drohender und fortschreitender Verkarstung.

Titel 606 Internate (Betriebsähnliche Verwaltungszweige, Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	3·5	7·9	11·4	11·5
1967 **)	4·1	9·0	13·1	13·1
1968 **)	4·7	8·9	13·6	13·6

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ab 1967 ist durch Bezugserhöhungen für die Bundesbediensteten bedingt.

Die Steigerung der Einnahmen ergibt sich durch größere Schülerzahlen und durch die Erhöhung der Internatsgebühren für die Schüler an den landwirtschaftlichen und milchwirtschaftlichen Lehranstalten.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/6060 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate bestimmt, die den beim Ansatz 1/6050 veranschlagten höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten und dem Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen angeschlossen sind.

Ansatz 1/6062 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate bestimmt, die den beim Ansatz 1/6052 angeführten Försterschulen angeschlossen sind.

Ansatz 1/6064 Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft

Bei diesem Ansatz wird die Gebarung des Internates verrechnet, das dem Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft angeschlossen ist.

Ansatz 1/6065 Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate vorgesehen, die den beim Ansatz 1/6055 angeführten milchwirtschaftlichen Lehranstalten angeschlossen sind.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *).....	65·7	6·0	71·7	32·5
1967**).....	82·1	5·9	88·0	42·0
1968**).....	80·7	6·7	87·4	0·7

Unterschiede der Gebarung

Die Verminderung beim Personalaufwand ist auf ein voraussichtlich vorübergehendes Absinken der Schüler- und Klassenzahl an den land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen zurückzuführen. Beim Sachaufwand wirkt sich die Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955 gemäß Bundesgesetz vom 21. April 1967, BGBl. Nr. 158, erhöhend aus. Im Eventualvoranschlag ist für Investitionen bei den forstlichen Ausbildungsstätten ein Betrag von 0·2 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Mehreinnahmen des Voranschlages 1967 ergeben sich aus den mit den Bezugserhöhungen korrespondierenden höheren Beiträgen der Länder zum Personalaufwand.

Ab 1968 sind diese Einnahmen beim Kapitel 53 „Finanzausgleich" veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/6070 Schulaufsicht

Die Aufsicht über die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen und die landwirtschaftlichen Fachschulen wird durch Landes- bzw. Berufsschulinspektoren, sowie durch Lehrer, die mit der Fachinspektion einzelner Gegenstände betraut sind, ausgeübt. Diese haben ihren Sitz beim jeweiligen Amte der Landesregierung (Abteilung Landwirtschaft). Die Aufsicht über die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unmittelbar wahrgenommen.

Für die bestehenden 123 Fachschulen (öffentliche und private) und die 1140 Berufsschulklassen ist die Verwendung von 3 Landesschulinspektoren (S 1), 8 Berufsschulinspektoren (S 2) und von 12 Lehrern, welche mit der Fachinspektion einzelner Gegenstände betraut sind, vorgesehen.

Die Schulaufsichtsbeamten sind gemäß Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948, BGBl. Nr. 88 (Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz), Beamte des Bundes.

Ansatz 1/6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen [26])

Der Personalaufwand sowie die Reisekosten für die bei diesem Ansatz veranschlagten Lehrkräfte wird gemäß Bundes-Verfassungsgesetz vom 21. April 1948, BGBl. Nr. 88 (Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz), vom Bund bestritten, von den Ländern jedoch gemäß § 3 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 2, zu 50 v. H. ersetzt. Der Personalaufwand der Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen. Der zu leistende Beitrag zum Personalaufwand der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen ist beim Kapitel Finanzausgleich beim Titel 2/530 „Beiträge von Ländern und Gemeinden" veranschlagt.

Außerdem ist im Sachaufwand ein Betrag von 630.000 Schilling für Subventionen an konfessionelle landwirtschaftliche Fachschulen auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Republik Österreich mit dem Heiligen Stuhl [27]) vorgesehen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufs-

[26]) Siehe auch land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 176/1966.
[27]) BGBl. Nr. 273/1962.

schulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Im Schuljahr 1965/1966 wurden 68 landwirtschaftliche Fachschulen der Länder von 4049 Schülern und Schülerinnen besucht; in 1140 landwirtschaftlichen Berufsschulklassen wurden 18.936 Schüler und Schülerinnen unterrichtet.

Ansatz 1/6072 Forstliche Ausbildungsstätten [31])

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, in erster Linie bäuerliche Waldbesitzer, Landjugend, Forstarbeiter und Pecher sowie Waldaufseher, Heger, Forstwarte und sonstiges Forstpersonal des Forstverwaltungs- und des politischen Forstdienstes in entsprechenden Fachkursen auszubilden und mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut zu machen. Die Kursdauer beträgt eine bis drei Wochen, die Teilnehmeranzahl pro Kurs rund 25 bis 30 Personen. Derartige Ausbildungsstätten bestehen derzeit in Waidhofen a. d. Ybbs, Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Ansatz 1/6073 Internat Ossiach (Zweckgebundene Gebarung) [31])

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung des der Forstlichen Ausbildungsstätte in Ossiach angeschlossenen Internates vorgesehen. Für die Ausbildungsstätte in Waidhofen a. d. Ybbs und in Ort bei Gmunden wird das Internat gemeinsam mit den dort befindlichen Försterschulen geführt. Diese Internate werden als betriebsähnliche Verwaltungszweige geführt.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	37·7	560·8	598·5	42·7
1967 **) [32])	38·6	466·1	504·7	270·2
1968 **)	39·2	564·6	603·8	319·3

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[28]) [29]) [30]) (frei).

[31]) Betreffend Försterschulen siehe §§ 60 uff. des Forstrechtsbereinigungsgesetzes, BGBl. Nr. 222/1962.

[32]) Außerdem gemäß Art. III (5) lit. a des Bundesfinanzgesetzes 1967, BGBl. Nr. 1, weitere 180 Millionen Schilling.

[33]) (frei).

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung beim Personalaufwand ist auf die Bezugserhöhungen für die Bediensteten der Wildbach- und Lawinenverbauung zurückzuführen.

Zu den im Jahre 1967 für den Schutzwasserbau veranschlagten 505 Millionen Schilling ist noch die Überschreitungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen mit 180 Millionen Schilling zu zählen. Zu dem im Jahre 1968 vorgesehenen Betrag kommen noch 250·3 Millionen Schilling aus dem Eventualvoranschlag.

Die Steigerung der Einnahmen in den Jahren 1967 und 1968 gegenüber 1966 beruht in erster Linie auf dem Zufließen der Mittel des Katastrophenfonds [34]), im Jahre 1968 auch auf höhere Interessentenleistungen (50 Millionen Schilling für die Zillerregulierung).

Ansatz 1/6080 Wildbachverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbachverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Arbeit dieses Dienstzweiges ist das Gesetz, betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. Nr. 117/1884, in der Fassung BGBl. Nr. 54/1959 grundlegend.

Aufgaben und Organisation

Der Wildbachverbauungsdienst hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft technisch und kostenmäßig überprüft und nach ihrer Ausführung kommissioniert werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch durchzuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Sektionen der Forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung. Für Wien, Niederösterreich und das Burgenland besteht eine gemeinsame Sektion mit dem Sitze in Wien.

Die Sektionen verwalten auch die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, d. s. die auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 34/1948 in der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964 und 170/1965) jeweils bewilligten, bei dem Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

[34]) Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966.

Ansatz 1/6081 Klausenkofelbach-Verwaltung (Zweckgebundene Gebarung)

Der im Einzugsgebiet des Klausenkofelbaches liegende Aurewald wurde seinerzeit dem Bund zur Deckung der laufenden Instandhaltungskosten des genannten Baches übereignet. Den voraussichtlichen Kosten für diese Instandhaltung stehen gleichhohe zweckgebundene Einnahmen gegenüber.

Ansatz 1/6082 Wildbach- und Lawinenverbauung

Ansatz 1/60826 Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen

Gebarung 1968

Mit den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge zu den Kosten der im § 7 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948 [35]), an geführten Maßnahmen gewährt, um Kulturböden, Verkehrswege, Produktionsstätten und Siedlungen vor Wildbach- und Lawinenschäden zu schützen bzw. derartigen Schäden vorzubeugen.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 standen aus diesem Ansatz einschließlich der zur Behebung der Hochwasserschäden 1965 und 1966 durch Bundesgesetze [36]) zusätzlich bewilligten Mittel insgesamt rund 223 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit wurde ein Bauaufwand von rund 348·3 Millionen Schilling finanziert. Mit diesen Mitteln wurde u. a. 1677 Querwerke und Längswerke im Ausmaß von rund 31 km gebaut bzw. instandgesetzt, Bachgerinne von rund 16 km reguliert, Lawinenstützwerke von rund 17·8 km Länge errichtet und Verwehungsverbauungen durchgeführt. Außerdem wurden rund 358 ha Hochgebirgskahlflächen neu aufgeforstet.

Ansatz 1/60828 Verbauung der Rheinwildbäche

Der Bundesbeitrag zur Verbauung der Rheinwildbäche (Staatsvertrag vom 10. April 1954, BGBl. Nr. 178/1955) wird gesondert ausgewiesen.

Die Durchführung der Verbauungen obliegt dem Wildbachverbauungsdienst.

Ansatz 1/6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1967 110 Millionen Schilling und im Voranschlag 1968 109·5 Millionen Schilling veranschlagt.

[35]) In der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964 und 170/1965.

[36]) BGBl. Nr. 206/1965, 286/1965 und 207/1966.

Ansatz 1/6084 Bundesflüsse

Gebarung 1968

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Regulierungs- und Instandhaltungskosten für die im § 6 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948 [37]), angeführten Gewässer bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya bis km 19·0, die zufolge Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien (BGBl. Nr. 70/1966) in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik fallen.

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurde durch Bundesleistung und den Beiträgen der Nutznießer nach § 44 des Wasserrechtsgesetzes 1959 [38]) ein Bauaufwand von 242·4 Millionen Schilling erreicht. Mit diesen Mitteln wurden Gewässerstrecken im Ausmaße von rund 34 km reguliert, rund 146 km instandgesetzt und damit rund 3240 ha Siedlungs-, Verkehrs- und Kulturflächen vor Hochwasserschäden geschützt bzw. die Vorflut für eine rund 120 ha große Kulturfläche verbessert und damit ihre Entwässerung vorbereitet.

Einnahmen

Ab Voranschlag 1968 werden auch die Einnahmen aus Nutzungen der Bundesflüsse bei diesem Ansatz mitverrechnet, die bis 1967 beim Kapitel „Bundesvermögen" mitveranschlagt waren.

Ansatz 1/6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Baumaßnahmen. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1967 80 und im Voranschlag 1968 80·5 Millionen Schilling veranschlagt.

Ansatz 1/6086 Konkurrenzgewässer

Gebarung 1968

Aus den bei diesem Ansatz vorgesehenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu Uferschutz- und Regulierungsbauten an Flüssen und Bächen gewährt, soweit es sich nicht um Grenzgewässer und sonstige vom Bunde betreute Gewässer handelt und jener, deren Aufwand nach wie vor beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagt ist. Die Baumaßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrs- und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig. Die Höhe dieser Bundesbei-

[37]) In der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964 und 170/1965.

[38]) BGBl. Nr. 215/1959.

träge richtet sich nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948 [37]).

Gebarung 1966

Im Jahre 1966 wurde mit den Mitteln dieses Ansatzes ein Bauaufwand von 293·7 Millionen Schilling finanziert. Mit diesen Mitteln wurden Gewässerstrecken im Ausmaße von rund 90 km reguliert, 185 km instandgesetzt und damit zirka 2520 ha Siedlungs-, Verkehrs- und Kulturflächen vor Hochwasserschäden geschützt bzw. die Vorflut für eine rund 1047 ha große Kulturfläche verbessert und damit ihre Entwässerung vorbereitet.

Ansatz 1/6087 Konkurrenzgewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1967 60 und im Voranschlag 1968 58 Millionen Schilling veranschlagt.

Ansatz 1/60887 Internationale wasserwirtschaftliche Vereinbarungen

Der hier veranschlagte Betrag ist für Schadensvergütungen des Bundes an das Ausland und für Leistungsersätze für wasserbauliche Maßnahmen eines fremden Staates vorgesehen, soweit zwischenstaatliche Verpflichtungen bestehen [39]).

Ansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Ansätzen 1/60836, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	52·4	75·3	127·7	100·9
1967 **)	51·5	68·4	119·9	99·5
1968 **)	54·9	68·8	123·7	104·6

Unterschiede der Gebarung

Das Absinken des Personal- und Sachaufwandes im Jahre 1967 ist auf die Übergabe von Bundesforstgärten in die Verwaltung der Länder zurückzuführen. Für die noch verbliebenen Forstgärten konnte auch für das Jahr 1968 der Aufwand reduziert werden. Die sichbeim Personalaufwand im Jahre 1968 trotzdem ergebende Erhöhung beruht auf Bezugserhöhungen.

Die Steigerung beim Sachaufwand und bei den Einnahmen ist auf die Gebührenerhöhung bei der Ein- und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und -produkten im Jahre 1968 zurückzuführen. Die durch die erhöhten Gebühren erzielten Mehreinnahmen bedingen jedoch durch den den Tierärzten zukommenden Anteil auch höhere Ausgaben.

Im Eventualvoranschlag sind 350.000 Schilling für Investitionen vorgesehen.

Ansatz 6090 Grenzbeschaudienst [40])

Der bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz veranschlagte Betrag dient zur Deckung des Aufwandes, der durch die Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten entsteht. Die gesetzliche Regelung des Grenzbeschaudienstes ist im RGBl. Nr. 177/1909 in der geltenden Fassung enthalten.

Weiters ist bei diesem Ansatz für die Auslagen bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenteilen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, bzw. von Holz auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anläßlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962, vorgesorgt.

Ansatz 6091 Weinaufsicht

Der Weinaufsicht obliegt die Kontrolle des Weinverkehrs auf Grund des Weingesetzes [41]) und die fachliche Beratung der Weinbautreibenden. Die Kellereiinspektoren fungieren auch als gerichtliche Sachverständige.

Ansatz 6093 Bundesgärten

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn, Belvedere, Augarten und Hetzendorf, weiters der Burggarten, der Volksgarten und die kleinen Bundesgärten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras.

Der Bundesgarten Schönbrunn dient überdies der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau als Lehr- und Demonstrationsbetrieb.

Ansatz 6094 Spanische Reitschule

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte, einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[37]) In der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964 und 170/1965.
[39]) Z. B. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Regelung der wasserwirtschaftlichen Fragen im Grenzgebiet, BGBl. Nr. 225/1959.
[40]) Gebühren für die veterinärbehördliche Grenzkontrolle: BGBl. Nr. 275/1963.
[41]) BGBl. Nr. 187/1961 in der Fassung BGBl. Nr. 198/1964.

Ansatz 6095 Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)

Die Bundesversuchswirtschaften Wieselburg a. d. Erlauf und Fuchsenbigl im Marchfeld sowie die Bundesgüter Königshof und Fohlenhof haben neben ihren eigenen Betriebsaufgaben die Bestimmung, in Zusammenarbeit mit den Bundesanstalten für Pflanzenbau und Samenprüfung, für Pflanzenschutz sowie der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt in Wien, Großversuche auf allen Gebieten der Landwirtschaft durchzuführen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis zu erproben.

Sie haben weiters durch Zurverfügungstellung von Feldparzellen den genannten Anstalten die Durchführung von Parzellenversuchen sowie die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notwendigen Prüfungen von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln usw. zu ermöglichen. Ebenso müssen die Felder und Höfe der vier Betriebe der Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zur Prüfung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung stehen.

Mangels einer anderen Institution ergibt sich die dringende Notwendigkeit, die Versuchs- und Forschungstätigkeit auf dem Gebiete der Tierzucht und Tierproduktion zu intensivieren und innerhalb der vier Betriebe durch eine zentrale Lenkung im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu koordinieren.

Die Bundesgüter Königshof und Fohlenhof stehen darüber hinaus dem Bundesheer zum Teil als Übungsplätze zur Verfügung, so daß diese Betriebe in einer sehr zweckmäßigen Weise wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Interessen des Bundes gleichzeitig dienen.

Ansatz 6096 Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)

Bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz ist der Aufwand für die Forstverwaltung Merkenstein und die Forstgüter Ulmerfeld, Lahnhube und Kollerhube veranschlagt. Die Forstverwaltung Merkenstein dient gleichzeitig der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Mariabrunn in Schönbrunn als Versuchsforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Bundesförsterschule Waidhofen a. d. Y., das Forstgut Lahnhube Lehrforst der Bundesförsterschule Bruck a. d. M. ist und das Forstgut Kollerhube Lehrforst der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach ist.

Ansatz 6097 Bundesforstgärten (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)

Die bei diesem Ansatz veranschlagten Mittel sind zur Bestreitung der Kosten für die Einrichtung und den Betrieb der Bundesforstgärten bestimmt. Diese dienen der Versorgung vor allem des bäuerlichen Waldbesitzes mit guten und standortsgemäßen Forstpflanzen. Im Jahre 1967 wurde bereits ein großer Teil der Bundesforstgärten in die Verwaltung der Länder überführt.

Ansatz 6098 Bauhöfe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig) und
Ansatz 6099 Bauhöfe (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig) (Zweckgebundene Gebarung)

Beim Ausbau gemeinsamer Anlagen in Zusammenlegungsgebieten, bei Forstaufschließungsbauten sowie insbesondere bei den Schutz- und Regulierungsbauten an Flüssen und Bächen und bei der Wildbach- und Lawinenverbauung werden großteils bundeseigene Maschinen und Kraftfahrzeuge verwendet, die vornehmlich in bundeseigenen Bauhöfen untergebracht sind. Ferner sind für die Verbesserung und Beschleunigung des Verfahrens bei agrarischen Operationen bei den Agrarbehörden der Bundesländer bundeseigene Instrumente, Geräte und Kraftfahrzeuge eingesetzt. Die Kosten für die Anschaffung von Baumaschinen, Großgeräten und Kraftfahrzeugen sowie der Aufwand für die Errichtung und Instandhaltung der Bauhöfe sind bei den gegenständlichen finanzgesetzlichen Ansätzen veranschlagt. Die beim Ansatz 1/6099 angeführten Kosten werden aus den eingehenden Amortisationsquoten bestritten.

Kapitel 62 Preisausgleiche

Titel 620 Brotgetreidepreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	620·2	11·6
1967 **)	381·0	220·0
1968 **)	381·0	90·0

Unterschiede der Gebarung

Die wesentlichsten Unterschiede gehen aus folgender Übersicht hervor:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Brotgetreidestützung .	489·5	160·0	136·1
Kosten für Lagerung und Verwertung	130·2	218·0	241·9
Sonstiges	0·5	3·0	3·0
	620·2	381·0	381·0

Das Erfordernis 1967 an Stützung war gegenüber 1966 bedeutend geringer, weil im Interesse einer Einsparung von Budgetmitteln der Stützungsbetrag je Mengeneinheit herabgesetzt wurde. Der Unterschiedsbetrag zur bisherigen Stützung wurde auf die Verbraucherpreise überwälzt.

Für 1968 sind im Bereiche der Getreidewirtschaft Maßnahmen in Aussicht genommen, die ein weiteres Ansteigen des Stützungsbedarfes verhindern sollen. Insbesondere ist eine Senkung der Stützung bei Normalweizen um 70 S/t und bei Kontraktweizen aus der Qualitätsprämie um 30 S/t vorgesehen, deren Erträgnis zur Bestreitung der Kosten der Überschußverwertung von Brotgetreide bestimmt ist. Aus diesem Grunde konnte das Gesamterfordernis 1968 gegenüber 1967 gleichgehalten werden.

Unter der Post Kosten für Lagerung und Verwertung werden Maßnahmen verrechnet, die zur Aufrechterhaltung der wesentlichsten Merkmale der Getreidemarktordnung notwendig sind. Diese Maßnahmen werden beispielsweise in der Fortführung von marktentlastenden Aktionen bestehen, weiters in der Gewährung von Preisausgleichen für Weizen und Roggen sowie in der Stützung allenfalls notwendiger Exporte. Die Erhöhung gegenüber 1967 ist bedingt durch die Heranziehung eingesparter Stützungsmittel für die Überschußverwertung.

Im Jahre 1966 sind an Rückersätzen von Stützungsbeträgen rund 5·4 Millionen Schilling und an Importausgleichsbeträgen 5·3 Millionen Schilling eingegangen.

Bei den Einnahmen des Jahres 1968 handelt es sich um zweckgebundene Importausgleiche bei Brotgetreide und Mahlerzeugnissen gemäß § 28 Marktordnungsgesetz und Rückersätze von Stützungsbeträgen. Die Rückersätze betreffen jene Beträge, die anläßlich des zum 1. Jänner 1967 erfolgten Stützungsabbaues als Mehrerlöse zur Abschöpfung bestimmt waren. Gegen diese Regelung wurde eine große Anzahl von Beschwerden vor dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof erhoben. Es wird angenommen, daß nach Beendigung dieser Verfahren im Jahre 1968 aus dem Titel der Abschöpfung noch ein Betrag von rund 90 Millionen Schilling einfließen wird. Die Importausgleichsbeträge werden hauptsächlich für die Deckung von Lagerungskosten sowie zur Überbrückung von Preisdifferenzen verwendet.

Unter „Verschiedene Einnahmen" werden Abfuhren des Getreideausgleichsfonds und Qualitätsweizenzuschläge verrechnet.

Für das Jahr 1968 wird zufolge der Ausgaben für den Transportausgleich, weiters wegen vermehrter Sondervermahlungen zur Deckung des Brotmehlbedarfes eine Abfuhr von Geldmitteln des Getreideausgleichsfonds gemäß Bundesgesetz vom 28. Mai 1953, BGBl. Nr. 73, nicht erwartet.

Ebenso ist kein Betrag veranschlagt für die gemäß den Bestimmungen der Kundmachung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 8. Mai 1966, Zl. 48.107-16/66 („Wiener Zeitung" Nr. 111 vom 13. Mai 1966), in der geltenden Fassung, bei eingeführtem Qualitätsweizen an den Bund abzuführenden Qualitätszuschläge, da deren Höhe im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht abschätzbar ist (Erfolg 1966: 0·9 Millionen Schilling).

Gebarung 1968

Die für 1968 vorgesehenen Ausgaben-Beträge umfassen folgende Preisausgleichsmaßnahmen:

	Mill. S
1. Stützung für Brotgetreide:	
160.000 t Kontraktweizen (0·17 per kg) .	27·2
480.000 t Normalweizen (S 0·13 per kg) .	62·4
10.000 t Durumweizen (S 0·20 per kg) .	2·0
650.000 t Weizen	91·6
190·000 t Roggen (S 0·20 per kg)	38·0
Fracht für Importe von Durumweizen und Roggen	6·5
Summe:	136·1
2. Kosten für Lagerung und Verwertung .	241·9
3. Transportausgleich für inländischen Qualitätsweizen	3·0
	381·0

Titel 621 Milchpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	1.909·7	295·1
1967 **)	1.344·0	297·0
1968 **)	1.655·8	300·0

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) (frei).

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die wesentlichsten Unterschiede gehen aus folgender Übersicht hervor:

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch	1.489·4	860·0	1.082·2
Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds	294·9	300·0	397·3
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	125·4	184·0	176·3
Summe...	1.909·7	1.344·0	1.655·8

Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch

Seit dem Jahre 1956 erhielten die landwirtschaftlichen Milchproduzenten je Liter abgelieferte Milch eine Stützung von 50 g. Dieser Stützungsbetrag wurde im Jahre 1963 durch einen Zuschlag von 20 Groschen auf 70 Groschen und im Jahre 1965 durch einen weiteren Zuschlag gleichen Ausmaßes auf insgesamt 90 Groschen erhöht. Für diese auszuzahlende Stützung war im Jahr 1966 ein Betrag von 1222 Millionen Schilling veranschlagt, der allerdings durch zweckgebundene Mittel aus den Eingängen gemäß § 7 b Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1963 sowie durch Beiträge der Verbraucherschaft zu ergänzen war. Zufolge der ab 1. Jänner 1967 wirksam gewordenen Neufestsetzung der Verbraucherpreise für Trinkmilch, Hartkäse und sonstige Käsesorten konnte unter der Annahme einer 2·6%igen Steigerung der Milchanlieferung die Budgetpost für den Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch für das Jahr 1967 auf 747 Millionen Schilling begrenzt werden.

Zweck der Milchpreisstützung ist, wie dies bereits in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz des Jahres 1966 und der vorangegangenen Jahre zum Ausdruck gebracht wurde, die Erhaltung eines kostendeckenden Erzeugerpreises einschließlich allfälliger Maßnahmen zur Verhinderung eines Preiszusammenbruches, wofür für das Jahr 1968 unter Zugrundelegung eines Zuschlages zum Erzeugerpreis der Milch von 90 Groschen je Liter ein Betrag von 958·5 Millionen Schilling vorgesehen ist.

Dieser Betrag wird einerseits aus zweckgebundenen Mitteln gemäß § 7 b Marktordnungsgesetz, andererseits durch zusätzliche zweckgebundene Ausgleichsbeiträge, die dem Milchwirtschaftsfonds über die Verbraucherpreise zufließen, zu ergänzen sein. Von den insgesamt für die Milchpreisstützung zur Verfügung stehenden Beträgen werden ab 1. Jänner 1968 zusätzlich zu dem bereits derzeit eingehobenen Betrag von 2 g je Kilogramm angelieferter Milch ein weiterer Betrag von 3 g je Kilogramm einbehalten und für marktentlastende Maßnahmen verwendet werden, sodaß für diese Maßnahme neben den budgetierten Beträgen im Jahre 1968 ein weiterer Betrag von 100 Millionen Schilling zur Verfügung stehen wird.

Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds

Die vom Milchwirtschaftsfonds im Rahmen der zu seinem Aufgabenkreis zählenden Ausgleichsverfahren von den milchwirtschaftlichen Betrieben eingehobenen Ausgleichsbeiträge sind seit Jahren infolge von Lohnerhöhungen und der Verteuerung der Betriebsmittel unzureichend. Da diese Beiträge aber ohne Erhöhung der gesetzlich festgesetzten Verbraucherpreise für Milch und Erzeugnisse aus Milch nicht erhöht werden können, ergeben sich jährlich Abgänge in der Ausgleichsgebarung, die seit dem Jahre 1954 aus Bundesmitteln im Wege sondergesetzlicher Regelung abgedeckt worden sind.

Als Zuschuß an den Milchwirtschaftsfonds zur Abdeckung des Gebarungsabganges im Jahre 1967 wurden im Bundesvoranschlag 1967 gemäß BGBl. Nr. 254/1967 300 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Durch weitere Mengen- und Kostensteigerungen ist im Jahre 1968 ein bedeutend höheres Erfordernis für den Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds zu erwarten, das unter Berücksichtigung von Einsparungsmöglichkeiten, insbesondere durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen, wesentlich gesenkt und mit 397·3 Millionen Schilling veranschlagt wurde. Damit würde die Arbeitsfähigkeit des Fonds im Jahre 1968 auch unter Berücksichtigung der bisherigen Maßnahmen gemäß § 6 Abs. 5 Marktordnungsgesetz sichergestellt sein.

Die Entwicklung der Milchmarktleistung zeigt die nachstehende Übersicht:

	Mill. t		Mill. t
1956 ...	1·212	1963 ...	1·788
1957 ...	1·410	1964 ...	1·822
1958 ...	1·431	1965 ...	1·912
1959 ...	1·431	1966 ...	1·964
1960 ...	1·486	1967 [2]) . .	2·085
1961 ...	1·651	1968 [2]) . .	2·150
1962 ...	1·739		

Milchwirtschaftsfonds

Zweck des mit BGBl. Nr. 276/1958 errichteten und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Milchwirtschaftsfonds ist die Sicherung einheitlicher Preise für Milch und deren Erzeugnisse und gleichmäßiger, qualitativ einwandfreier Marktbelieferung.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[2]) Schätzung.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Transportausgleichsbeiträge gemäß § 7 Marktordnungsgesetz	200·0
Preisausgleichsbeiträge gemäß § 4 Marktordnungsgesetz	348·0
Zuschuß des Bundes	397·3
Zusammen	945·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill S.
Verarbeitungs- und Preisausgleichszuschüsse gemäß § 6 Abs. 2 Marktordnungsgesetz	622·3
Transportausgleichszuschüsse gemäß § 7 Abs. 3 Marktordnungsgesetz	284·0
Zuschüsse gemäß § 6 Abs. 5 Marktordnungsgesetz	39·0
Fondsaufwand	—
Zusammen	945·3

Sonstige Verbilligungsmaßnahmen bei Milchprodukten

Die gemäß § 7 b Abs. 4 Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 276/1958 in der geltenden Fassung, an den Bund abzuführenden Beträge werden mit 288 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon sind schätzungsweise 164 Millionen Schilling für marktentlastende Maßnahmen und 124 Millionen Schilling für die Aufbesserung des Erzeugerpreises für Milch vorgesehen.

Die Einnahmen gemäß § 7 b Abs. 4 Marktordnungsgesetz stammen aus Abfuhren der Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe sowie Milchgenossenschaften und -sammelstellen, die für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1963 für jedes Liter Milch 20 Groschen abzuführen hatten und für die Zeit ab 1. Mai 1963 für jedes Liter Vollmilch, auf einen bestimmten Fettgehalt eingestellte Milch oder Sauermilch einen Betrag von 40 Groschen, für jedes Liter Schlagobers 2·20 Schilling, für jedes Liter Kaffeeobers und Sauerrahm 1 Schilling und für jedes Kilogramm Butter 1·60 Schilling an den Bund abzuführen haben, wobei alle diese Beträge ab 1. Mai 1963 um die Umsatzsteuer zu vermindern sind.

Im Jahre 1968 wird auf die bisher gewährte Stützung von Futtermagermilchpulver verzichtet werden, was eine Ersparnis von rund 40 Millionen Schilling im Jahre 1968 bringen wird.

Einnahmen

Die auf der Einnahmenseite vorgesehenen Beträge gründen sich auf Importausgleiche gemäß §§ 15 bis 19 sowie auf Einnahmen gemäß § 7 b Abs. 4 des Marktordnungsgesetzes, BGBl. Nr. 276/1958, in der geltenden Fassung [3]); sie sind zweckgebundene Einnahmen.

Titel 622 Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	41·6	29·1
1967 **)	25·3	19·0
1968 **)	82·6	21·5

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Höhe der Ausgaben in den Jahren 1966 bis 1968 ist bedingt durch die großen Schwankungen der jeweiligen Anlieferungen von Schlachtschweinen im Inland sowie durch die hohen Abschöpfungen, welche bei der Lieferung in den EWG-Raum überwunden werden müssen.

Gebarung

Für Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Sektor für Schlachtvieh und Fleisch sind zur Aufrechterhaltung einer gleichmäßigen Versorgung mit Fleisch sowie zum Ausgleich der saisonbedingten Schwankungen im Laufe eines Jahres verschiedene Maßnahmen erforderlich, z. B. Interventionskäufe, Einlagerungen, Absatzwerbung und Exportförderung. Diese Ausgaben werden teils aus zweckgebundenen Einnahmen (siehe nachfolgende Übersicht über den Viehverkehrsfonds), teils aus Haushaltsmitteln bestritten. Aus Haushaltsmitteln werden 61·1 Millionen Schilling für Lagerungskosten sowie für Exportförderung für Fleisch und tierische Produkte aufgewendet. An zweckgebundenen Einnahmen gemäß § 36 Marktordnungsgesetz sind für diese Zwecke im Jahre 1968 21·5 Millionen Schilling veranschlagt.

Viehverkehrsfonds

Zweck des gemäß BGBl. Nr. 276/1958 errichteten und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Viehverkehrsfonds ist der Schutz der inländischen Viehwirtschaft und die Stabilisierung der Preise für Schlachttiere und deren Produkte.

---

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[3]) In der Fassung BGBl. Nr. 282/1959, 85 und 156/1960, 168/1961, 220/1962 sowie 81/1963, 182/1963, 327/1965 und 307/1966.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Verwaltungskostenbeiträge und sonstiges	2·0
Aus dem Bundeshaushalt	31·6
Zusammen	33·6

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Ausgaben gemäß § 37 Marktordnungsgesetz	31·6
Fondsaufwand	2·0
Zusammen	33·6

Einnahmen

Die auf der Einnahmenseite vorgesehenen Ausgleichsbeträge gründen sich auf Importausgleiche gemäß § 36 Marktordnungsgesetz.

Titel 623 Zuckerpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	37·0	38.2
1967 **)	37·8	37·8
1968 **)	37·8	37·8

Die Ausgaben für Frachtenausgleich bei Zucker dienen zum Ausgleich unterschiedlicher Frachtbelastungen bei verkauftem Weißzucker. Sie können nur nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen getätigt werden. Die Einnahmen aus dem Frachtenausgleich bei Zucker stammen aus einem im Zuckerpreis eingebauten Frachtenausgleichsbetrag von 13·20 S je 100 kg. Für die Errechnung des Zuckerfrachtenausgleiches für das Jahr 1968 ist ein Zuckerverbrauch von rund 2,860.000 q zugrunde zu legen. Für diese Menge wären Einnahmen in Höhe von 37·8 Millionen Schilling zu veranschlagen, die zur Deckung der tatsächlichen Zuckerfrachten zur Verfügung stehen.

Die Einnahmen und Ausgaben des Zuckerfrachtenausgleiches werden von der Zuckerindustrie monatlich mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abgerechnet.

Titel 625 Futtermittelpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	294·8	266·2
1967 **)	222·2	202·0
1968 **)	191·5	160·5

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Beim Titel 625 werden folgende Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **
		Mill. S	
Transportausgleich für importiertes Futtergetreide	149·9	85·0	68·0
Gebarung aus Importausgleichen:			
Preisausgleichsmaßnahmen	12·3	—	40·0
Verbesserung der Produktionsgrundlagen	101·5	117·0	20·0
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen			17·5
Sonstige Maßnahmen			15·0
Stützung und Lagerungskosten .	31·1	20·2 [4])	31·0
Ausgaben (Summe)...	294·8	222·2	191·5

Einnahmen	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Transportausgleich für importiertes Futtergetreide	149·9	85·0	68·0
Importausgleiche	112·8	117·0	92·5
Rückersätze von Stützungsbeträgen	—	—	—
Einnahmen (Summe)...	262·7	202·0	160·5

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Unterschiede in den Einnahmen und den davon abhängigen Ausgaben der Jahre 1966, 1967 und 1968 sind in unterschiedlichen Weltmarktpreisen, Frachten und Anlieferungsmengen begründet.

Gebarung 1968

Der Transportausgleich [5]) für importiertes Futtergetreide dient der Einhaltung eines einheitlichen Verbraucherpreises für das gesamte Bundesgebiet. Dieser Transportausgleich ist durch die ab 1. Juni 1961 eingetretene Preisänderung bei importiertem Futtergetreide notwendig geworden.

Über die aus den Importausgleichen durchzuführenden Verbilligungsmaßnahmen und Förderungen wird jeweils nach Bedarf während des Jahres entschieden.

Für die notwendige Sperrlagerhaltung von Futtergetreide sind 31·0 Millionen Schilling veranschlagt. Auch Stützungen für Zuschläge bis Ende 1966 können zu Lasten dieses Betrages verrechnet werden.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[4]) Vorwiegend Lagerungskosten und Reststützungen für Zuschläge bis Ende 1966.
[5]) Vorgesehen im Marktordnungsgesetz und Preisregelungsgesetz 1957 in den geltenden Fassungen.

Gebarung 1966

An Ausgleichsbeträgen aus Futtermittelimporten (Importausgleiche) gemäß § 28 des Marktordnungsgesetzes, BGBl. Nr. 276/1958 [6]), gingen im Jahre 1966 112·8 Millionen Schilling ein. Mit Jahresende 1965 standen noch zweckgebundene Importausgleichseinnahmen von 41·1 Millionen Schilling zur Verfügung. Aus diesen Gesamtmitteln von 153·9 Millionen Schilling wurden im Jahre 1966 Ausgaben von 113·8 Millionen Schilling [7]) finanziert. 40 Millionen Schilling wurden im Wege eines finanziellen Ausgleiches für die Förderung von Güterwegebauten und der Errichtung von Seilaufzügen in Anspruch genommen.

Die nicht verbrauchten restlichen Mittel von 0·1 Millionen Schilling wurden am 31. Dezember 1966 als zweckgebundene Einnahmen vorgetragen.

Titel 626 Düngemittelpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	297·6	—
1967 **)	327·6	—
1968 **)	163·8	—

Unterschiede der Gebarung

Die Vermehrung der Stützungsbeträge im Jahre 1967 gegenüber 1966 ist vor allem bedingt durch die Erhöhung der Bahnfrachten im Sommer 1966 im In- und Ausland. Die für 1968 vorgesehenen Stützungsbeträge wurden um rund die Hälfte abgebaut und dadurch die verbilligten Abgabepreise an die Landwirtschaft im selben Ausmaß erhöht.

Gebarung 1968

Die für 1968 vorgesehenen Ausgabenbeträge umfassen folgende Stützungen:

a) Stützung für Düngemittel:

			Mill. S
340.000 t	Thomasmehl	à 155·00 S/t	52·700
280.000 t	Superphosphat	à 144·00 S/t	40·320
24.000 t	Triplephosphat	à 360·00 S/t	8·640
40.000 t	Hyperphosphat	à 290·00 S/t	11·600
40.000 t	Patentkali	à 125·00 S/t	5·000
100.000 t	Kali (40%)	à 100·00 S/t	10·000
5.000 t	Kali (50%).....	à 199·00 S/t	0·995
100·000 t	Kali (60%)	à 120·00 S/t	12·000
22.000 t	Triplephosphat f. MD	à 497·00 S/t	10·938
20·000 t	Kali (50%) f. MD..	à 138·00 S/t	2·756
60.000 t	Kali (60%) f. MD..	à 80·00 S/t	4·800
70.000 t	Kohlensaurer Kalk ..	à 20·00 S/t	1·341
70.000 t	Mischkalk	à 38·00 S/t	2·660
1,171.000 t			163·750

Die für Superphosphat- bzw. Triplephosphatimporte vorgesehenen Stützungsmittel können auch für Superphosphat und Triplephosphat inländischer Erzeugung, das zum Verbrauch der Landwirtschaft im Inland bestimmt ist, verwendet werden. Die Stützung je Mengeneinheit darf jedoch nicht höher sein als die durchschnittliche Stützung der Importware.

Gebarung 1966

Im Rahmen der Düngemittelstützungen wurden im Jahre 1966 1·3 Millionen t Düngemittel mit einem Gesamterfordernis von 297·6 Millionen Schilling gestützt.

Titel 628 Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	11·0	8·8
1967 **)	9·5	9·5
1968 **)	13·5	13·5

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[6]) In der Fassung BGBl. Nr. 282/1959, 85 und 156/1960, 168/1961, 220/1962 sowie 81/1963, 182/1963, 327/1965 und 307/1966.

[7])

Kapitel	Titel	§	Mill. S	Verwendungszweck
18	11	1	21·0	Hofzufahrten
			15·0	Transportkostenzuschuß an Bergbauern
			13·9	Futterweizenaktion
			13·3	Umstellungsaktion
			12·9	Besitzfestigungsaktion
			12·3	Transportausgleich bei inländischem Futtergetreide
			11·0	Futterverbilligung für Kontrollkühe
			7·3	Strohaktion
			7·0	Zuschüsse zur Anschaffung von Kartoffeldämpfkolonnen
			0·1	Sonstige Maßnahmen
			113·8	

Zur Erzielung von bundeseinheitlichen Gasöl- bzw. Petroleumpreisen für Letztverbraucher wird ein Transportkostenausgleich zwischen lieferfernen und liefernahen Konsumgebieten durchgeführt.

Die Gebarung bei diesem Ansatz wird ausschließlich nach Maßgabe der Einnahmen aus dem Preisausgleich und nichtverbrauchten derartigen Einnahmen der Vorjahre abgewickelt.

Da für 1968 eine wesentliche Ausweitung des Konsums an Gasöl zu erwarten ist, wurde der für 1967 mit 9,500.000 Schilling dotierte Ansatz für 1968 auf 13,500.000 Schilling erhöht. Die höheren Ausgaben im Jahre 1966 erfolgten aus Vorjahrsrücklagen.

Titel 629 Abschöpfungsbeträge gemäß § 3 a Preisregelungsgesetz 1957 [8])

	Einnahmen Mill. S
1966 *)	—
1967 **)	—
1968 **)	—

Im Jahre 1968 werden wie in den Vorjahren durch die Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise voraussichtlich keine Einnahmen aus Abschöpfungsbeträgen anfallen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[8]) BGBl. Nr. 151/1957 in der Fassung BGBl. Nr. 278/1958, 280/1959, 300/1960, 310/1961, 103/1962, 77/1963, 325/1965, 17/1966 und 305/1966.

www.parlament.gv.at

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie

Titel 630 Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	68·3	20·6	88·9	0·5
1967 **)	56·2	28·6	84·8	0·3
1968 **)	56·7	29·6	86·3	0·3

Gebarung 1966 bis 1968

Die Gebarung 1966 bis 1968 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Zentralleitung	78·0	69 2	76·3
Außenstelle	9·9	10·2	9·9
(Wirtschaftliche Landesverteidigung)	1·0	5·4	0·1
Ausgaben (Summe)	88·9	84·8	86·3
Einnahmen			
Zentralleitung	0·4	0·2	0·2
Außenstelle	0·1	0·1	0·1
Einnahmen (Summe)	0·5	0·3	0·3

Unterschiede der Gebarung

Der Personal- und Sachaufwand bezog sich im ersten Halbjahr 1966 noch auf das ehemalige Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau. Erst nach Inkrafttreten der Kompetenzänderungen gemäß BGBl. Nr. 70/1966 trat eine Trennung der Aufwendungen für die Zentralleitungen der Bundesministerien für Handel, Gewerbe und Industrie und Bauten und Technik ein. Hiedurch erscheint im Jahre 1966 gegenüber den Nachjahren ein erhöhter Personalaufwand.

Die Steigerung des Personalaufwandes gegenüber 1967 beruht im wesentlichen auf der Bezugsregelung für die Bundesbediensteten und auf der Vorsorge für Vorrückungen.

Die Vermehrung des Sachaufwandes im Jahre 1967 war auf die Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, auf die Erhöhung des EFTA-Beitrages, auf die Auswirkungen des UN-Kakao-Abkommens, auf die weitere, erhöhte Vorsorge für den Druck von Bezugsberechtigungen und Ausgabedrucksorten für die wirtschaftliche Landesverteidigung und schließlich auf Preissteigerungen zurückzuführen.

Obwohl der vorerwähnte Druck für Zwecke der wirtschaftlichen Landesverteidigung als abgeschlossen angesehen werden kann, ergibt sich im Jahre 1968 eine weitere Steigerung des Sachaufwandes infolge Vorsorge für die Ausstellung „50. Wiederkehr der Erstehung der Republik Österreich", für die UN-Straßenverkehrskonferenz 1968 sowie für die bisher beim Ansatz 1/54849 verrechneten „Zahlungen im Zusammenhang mit BGBl. Nr. 151/1960". Der Verwaltungsaufwand der Zentralleitung hat eine Senkung erfahren, da die Aufwendungen der Hausverwaltung im Regierungsgebäude ab 1968 beim Ansatz 1/6453 veranschlagt sind.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Außenstelle

Der Außenstelle obliegt in erster Linie die Entscheidung über die Ein- und Ausfuhranträge in Vollziehung des Bundesgesetzes über die Durchführung des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsgesetz), BGBl. Nr. 226/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 163/1958, 284/1959, 313/1961, 198/1962, 80/1963, 332/1965 und 69/1966.

Zur Bedeckung ihres Aufwandes dient gemäß § 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 7. Juli 1954, BGBl. Nr. 214, ein Teil der beim Ansatz 2/52680 als zweckgebundene Einnahmen veranschlagten Außenhandelsförderungsbeiträge.

Wirtschaftliche Landesverteidigung

Bei diesem Ansatz ist für Restzahlungen aus den Drucksortenbestellungen des Vorjahres vorgesorgt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	229·7	43·9
1967 **)	244·4	38·5
1968 **)	220·3	28·2

Unterschiede der Gebarung

Die Senkung des Sachaufwandes um rund 10% gegenüber 1967, aber auch um rund 5 Millionen Schilling gegenüber 1966 zeigt die Umstrukturierung, die auf dem Gebiete des Förderungswesens im Gange ist.

Die Senkung der Einnahmen beruht hauptsächlich darauf, daß die Beiträge der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Länder zum Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung" nicht mehr im Bundesbudget, also weder auf der Ausgaben- noch auf der Einnahmenseite aufscheinen.

Gebarung 1966 bis 1968

Die Gebarung 1966 bis 1968 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung"	31·2	32·0	37·2
Fremdenverkehr	32·8	49·3	27·5
Export	0·8	0·8	0·7
Messen und Ausstellungen	26·1	18·6	0·0
Bergbau	48·9	43·9	80·0
Gewerbliche/industrielle Wirtschaft einschließlich Zweckforschung	85·6	98·7	73·7
Sonstige Förderungsmaßnahmen	4·3	1·1	1·2
Ausgaben (Summe)	229·7	244·4	220·3

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
Beiträge an den Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“	13·5	14·3	—
Fremdenverkehr	7·2	4·8	7·5
Export	0·1	—	—
Messen und Ausstellungen	0·0	—	—
Bergbau	—	—	—
Gewerbliche/industrielle Wirtschaft einschließlich Zweckforschung	20·1	19·0	20·1
Bezugsvorschußersätze	3·0	0·4	0·6
Einnahmen (Summe)	43·9	38·5	28·2

Ansatz 6310 Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ [1])

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ obliegt satzungsgemäß die Auslandswerbung für den gesamt-österreichischen Fremdenverkehr. Der beim Ansatz 63106 ausgewiesene Kredit stellt eine Verpflichtung aus dem Syndikatsvertrag vom 1. Juli 1954 dar.

Einleitend wird auf folgendes statistische Material im Bereich des österreichischen Fremdenverkehrs hingewiesen:

Deviseneingänge:

	Mill. S		Mill. S
1937	235·0	1965	14.574·1
1950	392·4	1966	15.464·0
1953	1.574·4	1967 [2])[3])	15.809·0

Ausländernächtigungen:

	Personen		Personen
1937	6,831.400	1965	42,182.307
1950	4,571.250	1966	44,517.000
1953	7,686.349	1967 [2])	45,500.000

Ausländermeldungen:

	Personen		Personen
1937	1,222.900	1965	6,414.876
1950	865.055	1966	6,750.000
1953	1,601.079	1967 [2])	6,950.000

Die Bedeutung, die der weiteren Intensivierung dieses Wirtschaftszweiges zukommt, kann daraus ermessen werden, daß es durch die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr möglich ist, das österreichische Handelsbilanzpassivum fast zur Gänze auszugleichen. 1966 deckten die Fremdenverkehrsdevisen 65·8% des Handelsbilanzpassivums. Werden die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr den Exporterlösen der wichtigsten Ausfuhrgüter Österreichs gegenübergestellt, so nahmen diese 1966 die erste Stelle ein.

Wenn es Österreich in den vergangenen Jahren gelungen ist, innerhalb des internationalen Fremdenverkehrs eine außergewöhnlich gute Rufbildung zu erwerben, so zielt das Werbeprogramm für 1968 dahin, diesen Ruf der touristischen Nachfrage immer wieder vor Augen zu führen und diese durch intensivste Werbung zu verbreitern.

Zu bemerken ist, daß dem Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ weiters noch rund 14 Millionen Schilling aus den Beiträgen der Bundesländer und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zufließen, die erstmalig im Jahre 1968 nicht mehr im Bundesvoranschlag aufscheinen. Dem Verein sind bisher auch aus den allgemeinen Budgetmitteln für den Fremdenverkehr des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie Beträge zugeflossen. Im Bundesvoranschlag 1968 sind diese genannten Beträge beim Ansatz 1/63106 mitberücksichtigt. Dagegen wurden die Ansätze 1/63116 und 1/63118 entsprechend reduziert.

Innerhalb der Werbung durch die Österreichische Fremdenverkehrswerbung kommt dem Pressedienst besondere Bedeutung zu. Unmittelbaren Kontakt mit der In- und Auslandspresse stellt die Österreichische Fremdenverkehrswerbung durch wöchentliche Mitteilungen an die Presse sowie durch die monatlich erscheinenden „Reisenachrichten aus Österreich“ mit dem beigefügten Veranstaltungskalender her. Dem Pressedienst obliegt weiter die Betreuung und Versorgung von Journalisten, Reiseschriftstellern, Rundfunkleuten mit Informationsmaterial.

Die für das Jahr 1968 beabsichtigte Teilnahme an 20 ausländischen Messen und Ausstellungen ergibt die Möglichkeit, durch Einrichtungen von Kojen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung einen großen Personenkreis direkt anzusprechen.

Eines der wichtigsten Gebiete der modernen Werbung ist die Insertion. Als weitere Werbemaßnahme ist die Beteiligung an der gemeinsamen Alpenraumwerbung vorgesehen.

Die Auslandsstellen des Vereines „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ erfüllen die wichtigsten Funktionen der Fremdenverkehrswerbung im Ausland. Ihnen fällt die Aufgabe zu, den Kontakt mit dem reiselustigen Publikum herzustellen und die Reisebüros in jeder Hinsicht über den Reiseverkehr zu informieren.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[1]) Institution auf Vereinsbasis.

[2]) Die Ziffer für 1967 stellt eine Schätzung auf Grund durchgeführter Trendberechnungen unter gleichbleibenden Bedingungen dar.

[3]) Zu den Deviseneingängen ist zu bemerken, daß in der berechneten Ziffer die bereits im Ausland im Rahmen der Freigrenze umgewechselten Schillingbeträge nicht enthalten sind.

Ansatz 6311 Fremdenverkehr

Förderungsausgaben

Bei diesem Ansatz sind Zinsenzuschüsse für Kreditaktionen vorgesehen, die in erster Linie Bergbauern-, Grenzland-, Erschließungs- und Notstandsgebieten zugute kommen sollen und nicht nur dem Gedanken einer lärmfreien Erholungsmöglichkeit Rechnung tragen, sondern auch der Bevölkerung notwendige Arbeits- und Verdienstmöglichkeit schaffen.

Im Rahmen dieser Förderung werden Stützungsaktionen durchgeführt, die unter Heranziehung von Bankenkapital eine Kreditkostensenkung für Fremdenverkehrsvorhaben bewirken soll, welche für eine Fremdenverkehrsgemeinde oder ein Fremdenverkehrsgebiet von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind (Schwimmbäder, Schlepplifte, Kuranlagen, Ortsverschönerungsmaßnahmen, Rationalisierungsmaßnahmen im Gast- und Hotelgewerbe sowie Neu- und Erweiterungsbauten).

Außerdem sollen durch Gewährung von Druckkostenbeiträgen für die Herstellung von geeigneten Broschüren, Prospekten usw. Bestrebungen unterstützt werden, die in Österreich für den Besuch österreichischer Sehenswürdigkeiten werben wollen.

Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz ist im wesentlichen Vorsorge zur Begleichung von Dienstleistungsgebühren im Rahmen der vorhin erwähnten Kreditaktionen sowie für die Herstellung mehrerer Werbefilme getroffen.

Einnahmen

Hier sind im wesentlichen die Rückzahlungen der im Rahmen der Ausgaben gegebenen Darlehen sowie die Eingänge aus der Vermietung bundeseigener Werbefilme veranschlagt.

Ansatz 6312 Export

Förderungsausgaben

Dieser Ansatz dient zur finanziellen Unterstützung förderungswürdiger Institutionen und Einrichtungen im Interesse der österreichischen Exportwirtschaft.

Aufwandskredite

Der ausgewiesene Ausgabenbetrag ist für Exportwerbemaßnahmen bestimmt. Diese Maßnahmen werden zum Teil von den Bundesorganen selbst, zum Teil aus Förderungsausgaben durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen an Dritte durchgeführt. Insertionen in ausländischen Zeitungen und Zeitschriften sollen der Propagierung österreichischer Qualitätserzeugnisse dienen. Daneben sollen auch andere Werbemittel, wie Film, Rundfunk und Fernsehen, zum Zwecke der Exportwerbung herangezogen werden.

Außenhandelsstellen

Neben dem Betrag dieses Ansatzes fließen aus dem beim Ansatz 2/52680 veranschlagten Außenhandelsförderungsbeitrag [4]) der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu Lasten des Einnahmenansatzes 2/52880 rund 238 Millionen Schilling für die Exportförderung zu. Diese Überweisung stützt sich auf § 5 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Einhebung eines Beitrages für die Außenhandelsförderung (Außenhandelsförderungsbeitragsgesetzes), BGBl. Nr. 214/1954, in der Fassung BGBl. Nr. 137/1958; auf Grund dieses Gesetzes ist ein Teil des Gesamtjahresaufkommens an Außenhandelsförderungsbeiträgen (siehe erläuternde Bemerkungen zu Titel 630, betreffend Außenstelle) der Bundeskammer zur Deckung der Kosten ihrer im Interesse der Außenhandelsförderung entfalteten Tätigkeit, insbesondere der zu diesem Zweck im Auslande unterhaltenen Einrichtungen [89 Außenstützpunkte am 1. Jänner 1967 [5])] zur Verfügung zu stellen.

Ansatz 6313 Messen und Ausstellungen

Dieser Ansatz bleibt im Jahre 1968 nur mit einer Erinnerungspost dotiert, da Zuschüsse für Messen nicht mehr vorgesehen sind. Die für Ausstellungen des Handwerks veranschlagten Beträge werden nunmehr beim Ansatz 1/6315 mit ausgewiesen.

Ansatz 6314 Bergbau

Der ausgewiesene Betrag ist zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben und zur Deckung von Aufwendungen für Betriebsstillegungen vorgesehen.

Ansatz 6315 Gewerbliche/industrielle Wirtschaft einschließlich Zweckforschung

Dieser Ansatz umfaßt Ausgaben und Einnahmen für Wirtschaftsförderung, Wirtschaftswerbung, angewandte Forschung und technische Entwicklung, friedliche Anwendung der Atomkernenergie und Standortforschung.

Zu bemerken wäre, daß der Eventualvoranschlag bei diesem Ansatz zusätzlich 17 Millionen Schilling vorsieht. Davon sind 9 Millionen Schilling für Zuschußaktionen und 8 Millionen Schilling für die Forschungsförderung bestimmt.

---

[4]) Nähere Einzelheiten siehe Seite 169.

[5]) Laut Österreichischem Amtskalender für das Jahr 1967 67 Außenhandelsstellen, 17 Exposituren und 5 Ehrenamtliche Korrespondenzstellen.

[6]) (frei).

Förderungsausgaben

Die vorgesehenen Beträge dienen der Fortsetzung der seit 1952 durchgeführten Kreditaktionen (z. B. Kleingewerbekreditaktion) für gewerbliche Betriebe und auch zur Gewährung von Einzelkrediten. Es werden insbesondere solche Betriebe berücksichtigt, für die eine Kreditbeschaffung im Wege der Banken nicht möglich, trotzdem aber aus wirtschaftspolitischen Gründen erwünscht ist. Gerade diese kleingewerblichen Betriebe sind in volkswirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung und bedürfen der Kredithilfe. Bei diesen Kreditaktionen werden in erster Linie exportintensive Klein- und Mittelbetriebe berücksichtigt, wobei Gebiete, die einen Überschuß an Arbeitskräften aufweisen, bevorzugt werden. Durch die vergebenen Betriebsmittelkredite werden weiters an und für sich leistungsfähige Betriebe in die Lage versetzt, durch Gewährung von Krediten ihr Produktionsprogramm rationeller zu gestalten und auszubauen, um bei der kommenden Integration für den bevorstehenden Wettstreit gerüstet zu sein.

Die Zuschüsse dienen der Finanzierung der Zinsenzuschüsse für die Bürges.

Diese Haushaltsmittel werden auch zur besonderen Förderung des österreichischen Kunsthandwerkes verwendet, da dieses auf Grund der Marktbeobachtungen von besonderer Bedeutung für die Exportwirtschaft ist.

Die Mittel dienen aber auch der Förderung der Produktion und des Absatzes österreichischer Erzeugnisse; sie sind insbesondere für die Entwicklung österreichischer Qualitätserzeugnisse, für die Aufgabengebiete der Verpackung, der Marktforschung und Markterschließung bestimmt.

Der rasante Fortschritt der Technik, der in aller Welt gegenwärtig in Erscheinung tritt, bedingt eine Förderung der Forschung auf allen Gebieten. Der gesteigerte Konkurrenzkampf, dem Österreich in nächster Zukunft ausgesetzt sein wird, verlangt dringend eine staatliche Unterstützung auf dem Gebiete der Forschung und Entwicklung. Die technische Leistungssteigerung ist auch eine Voraussetzung für eine Fortsetzung des gegenwärtigen Sozialstrebens. Unser Land verfügt über ein noch ungenütztes geistiges Potential, das unbedingt gefördert werden muß. Auch die fortschreitende Integration Europas sowie die zunehmende Industrialisierung selbst der unterentwickelten Gebiete zwingt alle Industrieländer, entsprechend dem Fortschritt der Technik, immer wieder neue und bessere Produkte herzustellen und ökonomischere Fabrikationsmethoden zu entwickeln.

Im Reaktorzentrum Seibersdorf, das vor allem der angewandten und industriellen Forschung dienen soll, wurde der österreichischen Industrie die Möglichkeit gegeben, Bestrahlungsversuche im Reaktor durchzuführen. Dies ist aber nur ein Teil der wesentlichen Aufgabe, sich mit den neuartigen Anforderungen der Kernforschung und Kernenergieentwicklung vertraut zu machen. Viele Produktionsverfahren, wie beispielsweise jene für kerntechnisch reine Werkstoffe, sind auf diesem Gebiet vollkommenes Neuland. Von besonderer Wichtigkeit ist die Entwicklung und Testung von speziellen Brennstoffelementen. Weiters soll der Einsatz von Radioisotopen gefördert werden, weil der österreichischen Volkswirtschaft im ganzen, wie den anwendenden Stellen im einzelnen damit geholfen wird, in neue technische Verfahren Eingang zu finden oder bereits bestehende besser oder wirtschaftlicher durchzuführen.

Der veranschlagte Betrag ist für bestimmte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vorgesehen, die von technischen Versuchsanstalten, Produktionsbetrieben oder Einzelforschern geplant sind. Es handelt sich hiebei um wichtige Arbeiten im allgemeinen Interesse der österreichischen Wirtschaft, die ohne Förderung durch den Bund nicht durchgeführt werden könnten. Weiters ist vorgesehen, Entwicklungsbetrieben, die Wirtschaftsunternehmen angegliedert sind, durch die Gewährung von Zuschüssen und fallweise auch durch die Gewährung von Krediten Forschungsarbeiten größeren Stils auf ihrem Fachgebiet zu ermöglichen.

Schließlich ist auf die Förderung aussichtsreicher Erfindungen, auf die Mitwirkung bei internationalen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie auf die Förderung von Studienreisen und Ausbildungsaufenthalten im Ausland Bedacht genommen. Letztere sollen dem Fachpersonal der Versuchsanstalten den Kontakt und Erfahrungsaustausch mit gleichartigen Instituten im Ausland ermöglichen.

Auch auf dem Gebiet der Kernenergieforschung und -entwicklung sollen staatliche Zuschüsse und zweckbestimmte Forschungsaufträge die Grundlage für die Durchführung von oft sehr schwierigen und kostspieligen Forschungsarbeiten schaffen.

Den von der Wirtschaft geforderten Maßnahmen für die Zweckforschung wurde dadurch teilweise Rechnung getragen, daß für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die im allgemeinen Interesse der österreichischen Wirtschaft gelegen sind, gegenüber 2·9 Millionen Schilling im Jahre 1964, 10·6 Millionen Schilling im Jahre 1965, 12 Millionen Schilling in den Jahren 1966 und 1967 bereitgestellt, sowie im Voranschlag nunmehr 15·55 Millionen Schilling veranschlagt wurden.

Das Ziel soll sein, die Forschungsförderung an das internationale Niveau heranzuführen.

Aufwandskredite

Aus diesem Ansatz werden Dienstleistungsgebühren an Bankinstitute im Rahmen der oben erwähnten Kreditaktionen bestritten. Ferner werden auch die Aufwendungen für direkte Forschungsaufträge an Institute oder Industriefirmen auf dem Gebiet der angewandten Forschung und technischen Entwicklung (einschließlich Atomkernenergie) sowie die Kosten für den Fachausschuß „Forschungsförderung" verrechnet.

Einnahmen

Die veranschlagten Einnahmen ergeben sich aus den zu erwartenden Rückzahlungen auf Grund der bisher abgeschlossenen Darlehensverträge.

Ansatz 6316 Sonstige Förderungsmaßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die Bezugsvorschüsse für die Bediensteten im Bereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie sowie die Bezugsvorschußersätze veranschlagt.

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden. Für die Wohnraumbeschaffung werden im Einzelfall Vorschüsse bis zum Betrage von 30.000 S gewährt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	18·8	11·0	29·8	47·0
1967 **)	20·8	12·4	33·2	51·5
1968 **)	21·2	12·6	33·8	56·4

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete.

Beim Sachaufwand verursacht die teilweise Unterbringung des Amtes in privateigenen Gebäuden erhebliche Kosten, ferner ergibt sich aus der für die Vorprüfung lebenswichtigen Notwendigkeit, die in- und ausländische Fachliteratur stets auf dem neuesten Stand zu halten, sowie aus der gesetzlichen Verpflichtung der Patentschriftendrucklegung ein ständig steigender Aufwand.

Die Steigerung der Einnahmen beruht auf der mit 1. April 1967 wirksam gewordenen Erhöhung der Patentgebühren.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Gesetzliche Grundlagen

Patentgesetz 1950, BGBl. Nr. 128, in der Fassung BGBl. Nr. 210/1951, 50/1959, 225/1965 und 74/1967.

Markenschutzgesetz 1953, BGBl. Nr. 38, in der Fassung BGBl. Nr. 51/1959, 209/1962, 226/1965 und 75/1967.

Musterschutzgesetz 1953, BGBl. Nr. 39, in der Fassung BGBl. Nr. 52/1959 und 76/1967.

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967.

Patentangelegenheiten

Die Zahl der Patentanmeldungen ist von 11.102 im Jahre 1964 über 11.832 im Jahre 1965 auf 12.061 im Jahre 1966 angestiegen, wobei der Anteil des Auslandes von 76 v. H. über 77 v. H. auf 79 v. H. angewachsen ist.

Diese Entwicklung ist dem hohen Ansehen zu verdanken, welches das österreichische Vorprüfungsverfahren in aller Welt genießt. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß diese Vorprüfung in Anbetracht der immer rascher fortschreitenden technischen Entwicklung von Jahr zu Jahr schwieriger und zeitraubender wird, weil die zu berücksichtigenden Patentbeschreibungen und die ergänzende Fachliteratur entsprechend an Umfang zunehmen. Allein im Jahre 1966 sind im Tausch mit österreichischen Patentschriften 682.000 Patentschriften aus dem Ausland eingelangt.

Ein deutliches Bild der günstigen Entwicklung zeigt auch die Zunahme der im Patentregister als „aufrecht" eingetragenen österreichischen Patente, deren Zahl von 42.575 im Jahre 1964 über 45.223 im Jahre 1965 auf 47.955 im Jahre 1966 angewachsen ist.

Markenangelegenheiten

Im Jahre 1966 langten beim Österreichischen Patentamt 2940 Markenanmeldungen ein (1964: 2905, 1965: 2873 Markenanmeldungen).

Mit 31. Dezember 1966 betrug die Anzahl der im Markenregister eingetragenen österreichischen Marken 41.245.

Die Zahl der Registrierungen internationaler Marken ist von 14.423 im Jahre 1964 über 14.596 im Jahre 1965 auf 24.259 im Jahre 1966 gestiegen.

Musterangelegenheiten

Bis 31. Dezember 1966 wurden insgesamt 137.805 Muster mit je einem Doppel bei den zuständigen Kammern der gewerblichen Wirtschaft und beim Zentralmusterarchiv des Österreichischen Patentamtes hinterlegt.

Oberster Patent- und Markensenat

Während im Jahre 1966 die Zahl der von der Nichtigkeitsabteilung des Österreichischen Patentamtes zu behandelnden Fälle in Patentangelegen-

heiten 21 (1965: 16) und in Markenangelegenheiten 92 (1965: 107) betrug, wurde in Patentangelegenheiten in 6 Fällen (1965: 19) Berufung an den Obersten Patent- und Markensenat ergriffen.

Titel 633 Bergbehörden

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	3·3	1·0	4·3	249·1
1967 **).....	3·9	1·1	5·0	250·3
1968 **).....	4·0	1·1	5·1	240·9

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete.

Die geringeren Einnahmen sind durch verminderte Eingänge an Flächen-, Feld- und Förderzinsen verursacht.

Montangebühren

Die Einnahmen an Montangebühren betrugen 1966 249 Millionen Schilling, im Voranschlag 1967 sind 250 Millionen Schilling und 1968 241 Millionen Schilling vorgesehen.

Die beim Ansatz 2/63304 „Montangebühren" [7] veranschlagten Einnahmen werden auf Grund des Maßen- und Freischurfgebührengesetzes [8] für verliehene Grubenmaße und angemeldete Freischürfe eingehoben. Die Entrichtung der Förder-, Flächen- und Feldzinse erfolgt auf Grund von Vereinbarungen mit den Erdölgesellschaften.

Organisation

Der Obersten Bergbehörde im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie unterstehen die Berghauptmannschaften Wien I, Wien II, Leoben, Graz, Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck. Diese sieben Berghauptmannschaften beaufsichtigen rund 103 in Betrieb befindliche und rund 300 außer Betrieb befindliche Bergbaue und 5 Erdölunternehmungen.

Aufgaben

Der Bergbau, dessen wirtschaftliche Pflege den Bergbehörden obliegt, stellt mit einer Wertschätzung von rund 6·3 Milliarden Schilling (Wert der Bergbauproduktion) im Jahre 1966 (rund 2·75% des Brutto-Nationalproduktes) bei einer Beschäftigtenzahl von 24.000 Arbeitern und Angestellten einen der bedeutendsten Wirtschaftszweige auf dem Gebiete der Urproduktion dar.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze (Blei, Zink, Kupfer, Antimon und Wolfram) sowie Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen nordöstlich Wiens und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Voitsdorf gefördert. Die Produktion betrug im Jahre 1966 2·76 Millionen Tonnen Erdöl und 1874 Millionen Normalkubikmeter verwertetes Erdgas. An Steinkohle und Braunkohle wurden insgesamt 5·3 Millionen Tonnen gefördert, wobei die Schwerpunktbetriebe in Fohnsdorf, Köflach, Thomasroith-Ampflwang in Oberösterreich, Trimmelkam an der Salzach und Wolkersdorf im Lavanttal liegen. An Magnesit konnte Österreich seine Weltgeltung behalten. Die Förderung betrug 1·6 Millionen Tonnen. Die wichtigsten österreichischen Magnesitbergbaue liegen in Radenthein, Veitsch, Hohentauern, Breitenau und Hochfilzen. Die Eisenerzförderung betrug im Jahre 1966 3·48 Millonen Tonnen. Die Soleerzeugung bei den Österreichischen Salinen betrug im Jahre 1966 1·42 Millionen Kubikmeter.

Die Oberste Bergbehörde hat im Hinblick auf die Bedeutung des Bergbaues für die österreichische Volkswirtschaft große Aufgaben zu bewältigen. Abgesehen von den Aufgaben der Hoheitsverwaltung und der volkswirtschaftlichen Pflege des Bergbaues obliegt ihr auch die Bergwerksinspektion und damit die Überwachung der Einhaltung der sicherheitspolizeilichen Vorschriften, schließlich die Lenkung der Einfuhr von festen und flüssigen Brennstoffen.

Die Hauptaufgabe der Berghauptmannschaften besteht darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen. Im Jahre 1966 ereigneten sich im österreichischen Bergbau bei einer Gesamtbelegung von rund 24.000 Arbeitern und Angestellten insgesamt 4042 Unfälle. Von diesen Unfällen hatten 19 einen tödlichen Ausgang, u. zw. 7 im Kohlenbergbau, 5 im Erzbergbau, 4 im Bergbau auf grundeigene Mineralien, 2 im Erdölbergbau und 1 im Salzbergbau.

Gesetzliche Grundlagen

Die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen sind: Berggesetz vom 10. März 1954, BGBl. Nr. 73, in der Fassung der Berggesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 162, Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 125/1961.

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[7]) Siehe BGBl. Nr. 90/1948.
[8]) BGBl. Nr. 28/1947 in der Fassung BGBl. Nr. 90/1948.

Titel 634 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *).....	2·1	0·5	2·6	0·2
1967 **).....	2·5	0·6	3·1	0·2
1968 **).....	2·7	0·8	3·5	4·0

Unterschiede der Gebarung

Der Personalaufwand wurde gegenüber 1967 infolge der Bezugsregelung für Bundesbedienstete und wegen der Vorsorge für Vorrückungen erhöht.

Der Sachaufwand erfuhr eine geringfügige Steigerung, weil die Anschaffung von für das Prüfwesen wichtigen Apparaten unbedingt erforderlich ist.

Arbeitsgebiete

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge untersteht nach dem Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, als Anstalt ohne Rechtspersönlichkeit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie. Sie erfüllt auf dem Gebiet des Kraftfahrwesens mehrere bedeutungsvolle Aufgaben, insbesondere für die Sicherheit des Straßenverkehrs.

Ihre wesentlichen Arbeitsgebiete sind:

1. Das kraftfahrtechnische Prüf- und Versuchswesen.
2. Die Erstellung der technischen Unterlagen für die Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugzubehör- und Ausrüstungsteilen und für die Genehmigung von Motorfahrrädern.
3. Die Überprüfung der Kraftfahrzeuge der Bundeshauptstadt auf ihre Verkehrssicherheit (täglich werden zirka 300 Kraftfahrzeuge überprüft).
4. Auswertung der dabei gewonnenen Erfahrungen bei der Entstehung und fallweisen Änderung der Straßenverkehrsvorschriften.
5. Beistellung von Sachverständigen und Instrumenten bei der Begutachtung von Verkehrsunfällen.
6. Überprüfung von Kraftfahrzeug-Zubehörteilen auf ihre vorschriftsmäßige Ausführung und sichere Funktion.
7. Überprüfung von Straßenverkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen, insbesondere auf ihre Rückstrahlfähigkeit.
8. Betreuung der Kraftfahrzeuge der Zentralstellen der Bundesverwaltung.
9. Aufrechterhaltung der Verbindung mit ausländischen Kraftfahrzeugprüfstellen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Titel 640 Bundesministerium für Bauten und Technik

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	36·1	31·6	67·7	33·9
1967 **)	61·5	43·6	105·1	39·1
1968 **)	66·5	38·4	104·9	42·9

Gebarung 1966 bis 1968

Die Gebarung 1966 bis 1968 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1966*)	1967**)	1968**)
Zentralleitung	20·2	49·7	51·9
Bundesmobilienverwaltung	3·3	3·6	3·8
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	36·7	42·8	42·7
Beschußämter	0·8	0·9	1·0
Technisches Museum	4·0	4·9	5·4
Zivilschutzmaßnahmen	0·1	0·1	0·1
Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge	2·6	3·1	—[1]
Ausgaben (Summe)	67·7	105·1	104·9
Einnahmen			
Zentralleitung	10·2	9·1	12·6
Bundesmobilienverwaltung	0·4	0·4	0·4
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	22·7	29·0	29·5
Beschußämter	0·2	0·2	0·2
Technisches Museum	0·2	0·2	0·2
Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge	0·2	0·2	—[1]
Einnahmen (Summe)	33·9	39·1	42·9

Unterschiede der Gebarung

Gemäß Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, wurde das Bundesministerium für Bauten und Technik errichtet. Die Zentralleitung dieses Bundesministeriums wurde daher praktisch erst im zweiten Halbjahr 1966 tätig, weshalb ihr Personal- und Sachaufwand im Jahre 1966 gegenüber den Nachjahren geringer erscheint.

Die Steigerung des Personalaufwandes gegenüber 1967 ist auf die Bezugsregelung für die Bundesbediensteten und auf die Vorsorge für Vorrückungen sowie auf die Personalvermehrung bei der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal zurückzuführen.

Die im Sachaufwand veranschlagten Ausgaben erscheinen wegen der Überstellung der Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge als „Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge" in das Kapitel 63 gegenüber 1967 geringfügig gesenkt. Tatsächlich erfuhr der Sachaufwand für alle übrigen Dienststellen insgesamt eine bescheidene Erhöhung, die im wesentlichen auf allgemeinen Preiserhöhungen beruht. Der Verwaltungsaufwand der Zentralleitung hat eine Senkung erfahren, da die Aufwendungen der Hausverwaltung im Regierungsgebäude ab 1968 beim Ansatz 1/6453 veranschlagt sind.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Im Bundesvoranschlag 1968 beim Ansatz 1/634 als „Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge" veranschlagt.

Ansatz 6401 Bundesmobilienverwaltung

Aufgaben

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;

2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilien bei Staatsbesuchen und Regierungsveranstaltungen.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Residenz Salzburg, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien, VII., Mariahilfer Straße 88, wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Weiters ist die Bundesmobilienverwaltung berechtigt, Möbel an Bundesbeamte, Filmgesellschaften und Theater sowie an sonstige, fallweise sich um Gegenstände bewerbende Leihteilnehmer (Bälle und Messen) zu verleihen.

Gebarung 1968

Die vorgesehenen Budgetmittel werden zur Erhaltung der in eigenen Inventaren festgehaltenen rund 154.000 Gegenstände verwendet.

Ansatz 6402 Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal

Aufgabengebiet

Aufgabe der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal ist es, in den einschlägigen Fachgebieten

für Auftraggeber spezielle Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsaufträge durchzuführen;

für Auftraggeber als unparteiische Anstalt Erzeugnisse zu überprüfen und Gutachten abzugeben;

Forschungsarbeiten durchzuführen und diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;

im Normenwesen mitzuarbeiten;

bei Hoheitsaufgaben, insbesondere auch bei legislatorischen Maßnahmen mitzuwirken und bei Sicherheitsfragen mitzuarbeiten.

Es ist heute allgemein bekannt, daß der rasche Fortschritt in allen Zweigen der Technik das Ergebnis intensiver wissenschaftlicher Forschung

ist und daß die Gewährleistung der Zuverlässigkeit der technischen Einrichtungen bedeutende Aufwendungen für deren Erprobung erfordert. Der Reichtum aller Länder und die Sicherung ihres Wirtschaftswachstums hängen heutzutage im wesentlichen von den personellen und materiellen Mitteln ab, die sie der Forschung zur Verfügung stellen. In der Regierungserklärung wurde daher zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft neben der wissenschaftlichen Forschung auch der gesamtwirtschaftlichen wie der innerbetrieblichen Forschungsarbeit eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Auch in bezug auf die wachstumspolitischen Aspekte muß den Forschungs- und Bildungsinvestitionen ein sehr hoher Rang eingeräumt werden.

Eine besondere Aufgabe fällt in der Zweckforschung und im Versuchswesen den staatlichen Instituten und Anstalten zu, die auf bestimmten Gebieten der Forschung und des Versuchswesens spezialisiert sind und engen Kontakt zur Industrie und zur gewerblichen Wirtschaft halten.

Daß Österreich in der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung einen ernsten Rückstand aufweist, der Gefahren für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes in sich birgt, ist unbestreitbar. Die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal war vom Anfang an bestimmt, den für die industrielle Geltung des Landes wichtigsten Industriezweigen, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik, zu dienen (Elektrotechnikgesetz, BGBl. Nr. 57/1965). Obwohl Österreich bedeutende Beiträge zum technischen Fortschritt auf diesem Gebiet geleistet hat, sind dennoch diese Industriezweige nicht genügend entwickelt und weisen Strukturschwächen auf, die eine staatliche Förderung der Forschungstätigkeit geboten erscheinen lassen. Im Voranschlag mußte daher der mehrfach bekundeten Absicht der Bundesregierung, die Versuchs- und Forschungstätigkeit zu fördern und damit das Wirtschaftswachstum zu erhöhen, Rechnung getragen werden.

Erwähnt muß auch noch werden, daß die Versuchsanstalt einen Teil ihres Arbeitsaufwandes für die Mitarbeit an Normen, technischen Vorschriften für Gutachten u. dgl. im öffentlichen Interesse zu leisten hat, der nicht honoriert wird.

In jeder technischen Versuchsanstalt ist es außerdem notwendig, neben der Auftragsforschung auch eigene Forschungsarbeiten durchzuführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal ein wichtiges Forschungs- und Versuchszentrum der angewandten Technik in Österreich bildet, daß deren Ausbau notwendig und gerechtfertigt ist und daß die aufgewendeten Mittel als äußerst produktiv anzusehen sind.

Gliederung

Die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (BVFA) gliedert sich in
das Grundlageninstitut (GI),
die Elektrotechnische Versuchsanstalt (ETVA),
die Maschinenbautechnische Versuchsanstalt (MBVA) und
das Fernheizkraftwerk Arsenal (FHKW).
Der MBVA ist auch die Fahrzeugversuchsanlage Wien-Arsenal (FVA) angeschlossen.

Fernheizkraftwerk

Das Fernheizkraftwerk Arsenal beliefert nicht nur viele Objekte im Arsenalgelände mit Wärme, sondern gibt diese auch an Industriebetriebe, den Wiener Südbahnhof, ein Postamt und an Wohnhausanlagen ab. In der Heizperiode liefert es auch Spitzenstrom an das Netz der Wiener Stadtwerke.

Fahrzeugversuchsanlage

Die Fahrzeugversuchsanlage wurde auf Grund eines mit dem Internationalen Eisenbahnverband (UIC) abgeschlossenen Vertrages errichtet. Sie besteht aus einer Fahrversuchs- und einer Standversuchskammer und dient zur Lösung von jenen Problemen, die mit dem Betrieb von Fahrzeugen, insbesondere von Eisenbahnwaggons, zusammenhängen, wobei die zu prüfenden Fahrzeuge extremen Temperaturen, Wind- und Strahlungsverhältnissen ausgesetzt werden.

Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist in erster Linie auf die Vermehrung des Personalstandes bzw. auf die Erhöhung der Dienstbezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der Sachaufwand erfordert bei jenen Posten eine Erhöhung, bei denen sich Preissteigerungen gegenüber 1967 bereits ergeben haben oder noch zu erwarten sind.

Die Ansätze bei den Anlagen wurden gegenüber 1967 um 20% gesenkt. Allerdings sieht der Eventualvoranschlag einen Ansatz von 2,600.000 Schilling vor, der dieser Senkung entspricht und somit Ausgaben in gleicher Höhe wie 1967 zur Beschaffung von Maschinen und Apparaten erhoffen läßt.

Da die Versuchsanstalt Umsatz- und Gewerbesteuer entrichtet, wurde bei den Aufwandskrediten (Gesetzliche Verpflichtungen) der gleiche Betrag wie 1967 veranschlagt.

Die übrigen Aufwandskredite haben sich im Vergleich zu 1967 nicht wesentlich erhöht.

Einnahmen

Der Erfolg 1966 blieb gegenüber dem Voranschlag um rund 5 Millionen Schilling zurück. Die Einnahmen für 1968 wurden dem tatsächlich erreichbaren Ausmaß angeglichen.

Eine geringe Erhöhung der Einnahmen wird bei den Wärme- und Stromlieferungen durch den Neuanschluß von Wärmeabnehmern erwartet.

Weitere Einnahmen ergeben sich aus den Rückvergütungen, sowohl des Personal- als auch des Sachaufwandes seitens des Internationalen Eisenbahnverbandes (UIC) für die Fahrzeugversuchsanlage Wien-Arsenal.

Ansatz 6403 Beschußämter

Gesetzliche Grundlagen, Tätigkeit

Die Beschußämter Wien und Ferlach üben ihre Tätigkeit auf Grund des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1951 über die obligatorische Erprobung aller Handfeuerwaffen und Patronen aus (Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/51). Die zugehörigen Verordnungen (BGBl. Nr. 224/51, BGBl. Nr. 58/1958 und BGBl. Nr. 59/62) regeln die nähere Vorgangsweise bei der Erprobung und amtlichen Kennzeichnung der Waffen nach bestandener Probe. Militärwaffen sind von der Erprobung ausgenommen.

Die obligatorischen Erprobungen werden aus Sicherheitsgründen in den meisten Staaten durchgeführt und eine internationale Vereinbarung, die Brüsseler Konvention, der auch Österreich angehört, ermöglicht die gegenseitige Anerkennung von Beschußzeichen. Hiedurch wird der Export österreichischer Waffen sehr erleichtert.

Neben der amtlichen Beschußtätigkeit führen die beiden Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten auf ihrem Fachgebiet durch. Weiters betreiben sie je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen, sowie Schußerprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Beschußgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr zu ziehen.

Ausgaben

Die Sachausgaben beim Verwaltungsaufwand haben sich gegenüber 1967 unwesentlich erhöht. Hingegen mußten die Ansätze für Anschaffungen von Prüf- und Meßgeräten gedrosselt werden.

Einnahmen

Die Beschußämter heben für ihre beschußamtliche Tätigkeit Taxen ein, die jedoch zum größten Teil als Verwaltungsabgabe gemäß der Bundesverwaltungsabgabenverordnung 1957, BGBl. Nr. 48/1957, an die Finanzverwaltung abgeführt und beim Ansatz 2/525 „Stempel- und Rechtsgebühren" verrechnet werden.

Falls der beantragten Erhöhung der Verwaltungsabgabe zugestimmt wird, werden sich auch die Einnahmen bei diesem Ansatz wesentlich erhöhen.

Ansatz 6404 Technisches Museum

Das Technische Museum, eines der größten Museen seiner Art in Europa, nahm seinen Anfang im k. u. k. Fabriksproduktenkabinett im Jahre 1816 und umfaßt heute 30 Abteilungen aus allen Zweigen der Industrie und des Gewerbes.

Durch Schaustellungen, Vorträge und die reichgegliederte Bibliothek sowie durch Herausgabe der Blätter für die Technikgeschichte ist es eine wichtige Stätte der Belehrung der technisch interessierten Besucher des In- und Auslandes.

Im Jahre 1966 besuchten rund 72.000 (Vorjahr 91.000) Personen das Museum.

Ansatz 64098 Zivilschutzmaßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die Kosten für die Ausarbeitung bundeseinheitlicher Richtlinien für den Schutzraumbau, für Forschungsaufträge, Untersuchungen, Veröffentlichungen, Ausstellungen u. dgl. auf dem Gebiet der bautechnischen Angelegenheiten des Zivilschutzes sowie für die Überprüfung von bestehenden Schutzräumen veranschlagt.

Titel 641 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	105·7	4·6
1967 **)	181·8	17·9
1968 **)	270·0	42·9

Gebarung 1966 bis 1968

Die Gebarung 1966 bis 1968 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1966*)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Wohnungsbau	76·7	132·0	194·2
Sonstige Wohnungsfürsorge ...	0·3	0·8	0·8
Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds	27·6	20·0	20·0
Bauforschung	—	0·5	25·4
Wasserbau	1·0	15·0	14·4
Technisches Versuchswesen	—	7·5	9·1
Energiewirtschaft und Elektrotechnik	0·1	0·1	0·1
Sonstige Förderungsmaßnahmen	—	5·9	6·0
Ausgaben (Summe) ...	105·7	181·8	270·0

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen	1966*)	1967**)	1968**)
		Mill. S	
Wohnungsfürsorge	4·6	3·8	4·1
Bauforschung	—	—	24·4
Wasserbau	—	12·0	12·0
Bezugsvorschußersätze	—	2·1	2·4
Einnahmen (Summe)	4·6	17·9	42·9

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Sachaufwandes ab 1966 beruht im wesentlichen auf der Vorsorge für den Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds, für das Technische Versuchswesen und für Bezugsvorschüsse sowie auf der höheren Dotierung des Wasserbaues. Im Jahre 1968 tritt eine weitere Erhöhung des Sachaufwandes insbesondere infolge einer besseren Dotierung der Ansätze „Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds", „Bauforschung" und „Technisches Versuchswesen" ein.

Außerdem sieht der Eventualvoranschlag noch Ausgaben in Höhe von 39,406.000 Schilling vor.

Die höheren Einnahmen gegenüber dem Jahre 1967 beruhen auf der Veranschlagung der zweckgebundenen Beiträge für die Wohnbauforschung gemäß Bundesgesetz vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968).

Gemäß § 5 Abs. 4 leg. cit. ist 1 v. H. der Wohnbauförderungsmittel beim Bundesministerium für Bauten und Technik ab dem Jahre 1968 für Zwecke der Wohnbauforschung zu binden. In Berücksichtigung des Umstandes, daß auf Grund der bestehenden Abfuhrmodalitäten für die betreffenden Bundesabgaben, welche für Zwecke der Wohnbauförderung zu verwenden sind (§ 4 Abs. 1 lit. b bis e Wohnbauförderungsgesetz 1968), rund 25 v. H. dieser im Jahre 1968 eingehenden Abgaben noch das Jahr 1967 betreffen, im Jahre 1968 also die Wohnbauförderungsmittel im Sinne des § 5 Abs. 1 Wohnbauförderungsgesetz 1968 lediglich mit rund 75 v. H. der diesbezüglichen Eingänge des Jahres 1968 zu beziffern sind, entspricht auch der gemäß § 5 Abs. 4 Wohnbauförderungsgesetz 1968 für Zwecke der Wohnbauforschung veranschlagte Betrag von 24·4 Millionen Schilling lediglich dem Ausmaß der Wohnbauförderungsmittel im zuletzt genannten Sinne.

Ansatz 1/64104 und 1/64114 Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds

Auf Grund der Ermächtigung des Artikels V Absatz 1 Ziffer 15 des Bundesfinanzgesetzes 1962, des Artikels VI Absatz 3 Ziffer 1 und 2 des Bundesfinanzgesetzes 1964, des Artikels VI Absatz 2 Ziffer 1 und 2 des Bundesfinanzgesetzes 1965 bzw. Artikel VII Absatz 2 Ziffer 1 und 2 des Bundesfinanzgesetzes 1967 hat das Bundesministerium für Finanzen die Verpflichtung übernommen, dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds jene Beträge zu ersetzen, die die Fonds für den Zinsen- und teilweise auch für den Tilgungsdienst für aufgenommene Anleihen leisten müssen.

Der Aufwand im Jahre 1968 beträgt 194,232.000 Schilling, wovon 129,232.000 Schilling den Zinsendienst und 65 Millionen Schilling den Tilgungsdienst betreffen.

Insgesamt wurden bzw. werden einschließlich 1967 Anleihen der Wohnbaufonds vom Nominale 2.340,000.000 Schilling begeben werden, wovon je die Hälfte auf den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds entfällt. Der Zinsenbeitrag des Bundes erstreckt sich auf den gesamten begebenen Betrag; die Tilgung betrifft ein begebenes Volumen von 900 Millionen Schilling.

Wohnhaus-Wiederaufbaufonds

Der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gründet sich auf nachstehende gesetzliche und administrative Maßnahmen:

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130, in der Fassung der Bundesgesetze vom 15. Dezember 1950, BGBl. Nr. 26/1951, vom 27. Mai 1952, BGBl. Nr. 106, vom 9. Juli 1953, BGBl. Nr. 117, vom 7. Juli 1954, BGBl. Nr. 154, vom 13. Juli 1955, BGBl. Nr. 156, vom 9. Juli 1958, BGBl. Nr. 154, vom 25. Jänner 1967, BGBl. Nr. 54 und vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280.

Gemäß § 36 Abs. 8 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), ist der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds vom Bundesministerium für Bauten und Technik im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen durch eine mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates zu erlassende Verordnung aufzulösen, wenn nach Durchführung seiner Aufgaben die Abrechnung ergibt, daß alle Verpflichtungen des Fonds berichtigt sind.

Die Verpflichtungen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind gemäß § 36 Abs. 5 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), zunächst aus dem Vermögen des Fonds und den Tilgungen zu decken. Reichen diese Mittel nicht aus, so sind die hiefür benötigten Mittel vom Bundesministerium für Finanzen aus den Eingängen gemäß § 4 Abs. 1 lit. b bis e leg. cit. bereitzustellen.

Der Zweck des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds war die Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkung beschädigten oder zerstörten Wohnhäuser und der Ersatz des durch Kriegseinwirkung zerstörten Hausrates.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Der Fonds besitzt Rechtspersönlichkeit und hat seinen Sitz in Wien. Er wird gemäß Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, vom Bundesministerium für Bauten und Technik verwaltet und nach außen durch den Bundesminister für Bauten und Technik vertreten.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Beitrag des Bundes zum Anleihedienst des WWF	81·4 [2])
Restbeiträge an den WWF	1150·6
Rückflüsse aus Darlehen, die der Fonds gewährte, und Zinsenerträgnisse	200·0
Zusammen...	1432·0

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Verpflichtungen aus Darlehensgewährungen (die vor 1968 zugesagt wurden, mit der Maßgabe, daß diese Darlehen erst 1968 ausbezahlt werden)	1100·0
Anleihedienst und Darlehensrückzahlungen	272·0
Fondsaufwand	10·0
Tilgung in Anleihepapieren und Sonstiges	50·0
Zusammen...	1432·0

Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds

Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat seine rechtlichen Grundlagen in dem Bundesgesetz vom 15. April 1921, BGBl. Nr. 252, bzw. in dem Statut, Kundmachung BGBl. Nr. 187/1925, BGBl. Nr. 55/1967, und in dem Bundesgesetz vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280. Er besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und wird gemäß Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, vom Bundesministerium für Bauten und Technik verwaltet.

Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hatte die Aufgabe, an Gebietskörperschaften und gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsvereinigungen zur Errichtung von Wohnhäusern mit Kleinwohnungen Fondshilfe durch Gewährung von Darlehen, durch Übernahme von Bürgschaften und Zusicherung von Zinsen- und Annuitätenzuschüssen für aufgenommene normal verzinsliche Hypothekardarlehen, insbesondere von Geld- und Kreditinstituten, zu leisten.

Gemäß § 36 Abs. 8 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), ist der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds vom Bundesministerium für Bauten und Technik im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen durch eine mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates zu erlassende Verordnung aufzulösen, wenn nach Durchführung seiner Aufgaben die Abrechnung ergibt, daß alle Verpflichtungen des Fonds berichtigt sind.

Die Verpflichtungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind gemäß § 36 Abs. 5 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), zunächst aus dem Vermögen des Fonds und den Tilgungen zu decken. Reichen diese Mittel nicht aus, so sind die hiefür benötigten Mittel vom Bundesministerium für Finanzen aus den Eingängen gemäß § 4 Abs. 1 lit. b bis e leg. cit. bereitzustellen.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 vermutlich zufließen:

	Mill. S
Beitrag des Bundes zum Anleihedienst des BWSF	112·8 [6])
Restbeiträge an den BWSF	273·0
Rückflüsse aus gewährten Fondsdarlehen und Erträgnisse	180·0
Rückflüsse aus Konversionsdarlehen	0·5 [7])
Zusammen ...	566·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Bereits zugesagte Zinsen- und Annuitätenzuschüsse	123·0
Darlehensrückzahlungen	1·8
Anleihedienst	129·7
Verpflichtungen aus Darlehensgewährungen (die vor 1968 mit der Maßgabe zugesagt wurden, daß diese Darlehen erst 1968 ausbezahlt werden)	180·0
Fondsaufwand	6·8
Tilgung in Anleihepapieren und Sonstiges	125·0
Zusammen ...	566·3

Ansatz 1/64116 Beiträge gemäß § 4 Abs. 1 a Wohnbauförderungsgesetz 1968

Für diese Ausgabe ist lediglich ein Verrechnungsansatz vorgesehen.

Ansatz 6412 Sonstige Wohnungsfürsorge

Die unter Förderungsausgaben veranschlagten Kredite betreffen die unter Einnahmenansatz 6412 vereinnahmten Rückflüsse aus Konversionsdarlehen (Zinsen und Tilgung) in der Höhe von 50 v. H., die an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Sinne der zwischen dem Bundesministerium für Finanzen (Zl. 12.964-4/1954) und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung (Zl. IV-169.095-13/1953) getroffenen Vereinbarung zu überweisen sind.

---

[2]) Siehe Ausgabenansatz 1/64104 und 1/64114.
[3]) [4]) (frei).
[5]) (frei).
[6]) Siehe Ausgabenansatz 1/64104 und 1/64114.
[7]) Siehe Ausgabenansatz 1/64126.

Die Bundeszuschüsse für Wohnbauförderung betreffen einen gemäß den Bestimmungen des § 7 Absatz 1 I. Abschnitt des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes, BGBl. Nr. 200/1929, begründeten Anspruch auf Leistung von laufenden Regiebeiträgen als Entgelt für die laufende Kontrolle der Wohnbauförderungsbauten an die in Betracht kommenden Hypothekenanstalten.

Die Verpflichtung zur Einlösung der Anleihereste der Wohnbauanleihe-Emission 1931 und 1936 ist begründet in der V. Wohnbauförderungsverordnung, BGBl. Nr. 81/1931, und der VII. Wohnbauförderungsverordnung, BGBl. Nr. 78/1936.

Der öffentliche Verwalter für das in Österreich befindliche Vermögen der „Deutschen Bau- und Bodenbank A. G., Berlin" in Wien hat zur verstärkten Tilgung der von der Republik Österreich an verschiedene gemeinnützige Wohnungsunternehmen gewährten Konversionsdarlehen Tilgungsraten von an diese Unternehmen seinerzeit vergebene Reichsdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum Ausgleich für den hiedurch bedingten Zinsenentgang wurde auf Grund des im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen ergangenen Erlasses vom 4. Feber 1954, Zl. IV-169.095-13/1953, eine Vergütung in der Höhe von 1 v. H. der zur Verfügung gestellten Reichsdarlehenstilgungsraten gewährt. Der im Jahre 1968 fällige Betrag betrifft den Abrechnungszeitraum 1. Jänner 1965 bis 31. Dezember 1967.

Die Einnahmenansätze betreffen Eingänge an Tilgungsbeiträgen nach den Bestimmungen des I. Abschnittes des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes 1929, die sich aus Zinsen, ordentlichen und außerordentlichen Kapitalstilgungszahlungen ergeben. Weiters Rückflüsse aus Konversionsdarlehen, das sind Annuitätenzahlungen aus Darlehen der Republik Österreich, die verschiedenen gemeinnützigen Bauvereinigungen am 1. Jänner 1954 zur Konversion von zur Fertigstellung ehemals reichsgeförderter sozialer Wohnhausbauten aufgenommenen Fertigstellungs(Restfinanzierungs)darlehen gewährt wurden.

Ansatz 1/6413 Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds

Wasserwirtschaftsfonds

Mit Bundesgesetz vom 17. Dezember 1958, BGBl. Nr. 295, wurde ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und dem Sitz in Wien zum Zwecke der Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen geschaffen. Er wird gemäß Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, vom Bundesministerium für Bauten und Technik verwaltet und nach außen durch den Bundesminister für Bauten und Technik vertreten.

Die Mittel des Fonds werden nunmehr nach Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes 1958 durch das Bundesgesetz vom 25. November 1964, BGBl. Nr. 310, durch Zuwendungen aus dem laufenden Budget, durch Zuwendungen aus den Eingängen an Wohnbauförderungsmitteln im Sinne des § 4 Abs. 1 lit. b und c des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), durch Rückzahlung aus Darlehen, durch Zinsen von gewährten Darlehen, durch Aufnahme von Anleihen und durch sonstige Zuwendungen aufgebracht.

Dem Fonds werden im Jahre 1968 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Bundesbeitrag	20·0
Bundesbeitrag (Eventualvoranschlag)	34·0
Beitrag aus Wohnbauförderungsmitteln	260·2
Darlehenstilgung einschließlich Zinsenertrag und Sonstiges	43·9
Zusammen	358·1

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Vorgriffe auf verzinsliche Darlehen für 1968	306·6
Noch zu vergebende verzinsliche Darlehen	10·5
Noch zu vergebende verzinsliche Darlehen (Eventualvoranschlag)	34·0
Reserve	5·0
Fondsaufwand	2·0
Zusammen	358·1

Ansatz 6414 Bauforschung

Die unter Wohnbauforschung veranschlagten Mittel dienen zur Förderung von Einrichtungen, die sich mit der Forschung auf dem Gebiet des Wohnungswesens befassen, Untersuchungen, Ausstellungen, Veröffentlichungen, Demonstrativbauten, Dokumentationen, Beteiligungen an internationalen Organisationen u. dgl. auf dem Gebiet des Wohnungswesens, des Städtebaues, der Erneuerung der Städte, Märkte und Dörfer sowie der Raumordnung; Erteilung von Forschungsaufträgen.

Die übrigen bei diesem Ansatz veranschlagten Mittel dienen zur Förderung von Einrichtungen auf dem Gebiet der Bauforschung, zur Forschungsförderung auf dem Sektor des Bauwesens, des Städtebaues sowie der Raumordnung und schließlich zur Förderung der Bauwirtschaft und der Bauforschung durch Untersuchungen, Gutachten, Bauausstellungen usw.

Die zweckgebundenen Beiträge für die Wohnbauforschung sind beim Ansatz 2/64140 veranschlagt.

Ansatz 6415 und 6416 Wasserbau

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes 1959 kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau und

[8]) [9]) (frei).

zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen leisten. Im Jahre 1968 sind solche Beiträge für den Ausbau des Hafens Linz sowie für Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich von Linz, von Wien und entlang der Marchgrenzstrecke vorgesehen. Für die Hochwasserschutzmaßnahmen wird ein Teil der Mittel des Katastrophenfonds für vorbeugende Maßnahmen herangezogen.

Ansatz 1/6417 Technisches Versuchswesen

Nach dem Kompetenzänderungsgesetz, BGBl. Nr. 70/1966, ressortieren die Angelegenheiten des technischen Versuchswesens und damit auch die Förderung des technischen Versuchswesens zum Bundesministerium für Bauten und Technik. Im Bundesvoranschlag 1967 wurde daher bei Kapitel 64 ein eigener finanzgesetzlicher Ansatz für die Förderung des technischen Versuchswesens vorgesehen. Bis zum Jahre 1966 war die Förderung des technischen Versuchswesens beim ehemaligen Kapitel 20 Titel 6 § 5 (nunmehr Ansatz 1/6315) mitveranschlagt gewesen.

Um das Handelsbilanzpassivum, das bereits die Milliardengrenze überschritten hat, zu beseitigen oder zumindest zu senken, ist ein Ausbau des technischen Versuchswesens unbedingt erforderlich.

Die Verstärkung der Lizenzabhängigkeit Österreichs gegenüber dem Ausland nimmt ständig zu, dagegen die inländischen Patentanmeldungen ab. Diese Tatsachen erfordern einen verstärkten Ausbau in apparativer und ganz besonders in räumlicher Hinsicht. Auch auf dem Personalsektor sind Erweiterungen notwendig.

Bei der Aufstellung des Voranschlages 1968 wurde berücksichtigt, daß die Versuchs- und Forschungstätigkeit eines Landes nur schrittweise vergrößert werden kann. Neues Forschungspersonal kann nur so weit eingestellt werden, als die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten ausreichen. Da die gegenwärtigen räumlichen Verhältnisse in fast allen Bereichen sehr beengt sind, wird sich die Förderung des technischen Versuchswesens in den nächsten Jahren auf eine Intensivierung der Tätigkeit bei den bereits bestehenden Instituten und weiters auf den Bau von Laboratorien und die Anschaffung von Apparaturen konzentrieren müssen.

Ferner sind bei der Post 7660 die Ausgaben für Zuschüsse für die Verbreitung technischer Erkenntnisse, seien es Veröffentlichungen, Tagungen, Ausstellungen, Konferenzen usw. enthalten. Der wirtschaftliche Effekt der Förderung des technischen Versuchswesens ist nämlich nur dann in vollem Umfang gewährleistet, wenn sichergestellt wird, daß die gewonnenen Erkenntnisse den für deren Verwertung zuständigen Betrieben und Institutionen zugänglich gemacht werden.

Ansatz 1/6418 Energiewirtschaft und Elektrotechnik

Förderungsausgaben

Die veranschlagten Mittel dienen für die Unterstützung des elektrotechnischen Forschungswesens auch im Zusammenhang mit internationalen Tagungen, für das gemäß BGBl. Nr. 24/1950 und BGBl. Nr. 70/1966 die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bauten und Technik gegeben ist und soweit es über den Bereich der Grundlagenforschung der Hochschulen hinausgeht.

Aufwandskredite

Außerdem sind Mittel bereitgestellt für energiewirtschaftliche und elektrotechnische Studien und Begutachtungen sowie Forschungsarbeiten.

Ansatz 6419 Sonstige Förderungsmaßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die Bezugsvorschüsse für die Bediensteten im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik sowie die Bezugsvorschußersätze veranschlagt. Außerdem ist ein kleiner Betrag für Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Erläuterungen bezüglich der Bezugsvorschußersätze siehe beim Ansatz 6316 auf Seite 236.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung

	Personal-	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)....	204·7	2.100·9	2.305·6	81·2
1967 **)....	210·0	2.479·0	2.689·0	83·5
1968 **)....	—	2.967·3	2.967·3	86·9

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesgesetz vom 18. Feber 1948, BGBl. Nr. 59, betreffend die Bundesstraßen (Bundesstraßengesetz) in der Fassung BGBl. Nr. 127/1954, BGBl. Nr. 56/1958, BGBl. Nr. 100/1959, BGBl. Nr. 135/1961, BGBl. Nr. 11/1962 und BGBl. Nr. 134/1964 sowie die Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 27. März 1963, BGBl. Nr. 65, und die Verordnung vom 27. Mai 1963, BGBl. Nr. 131, legen die Grundsätze für die Ausführung und die Erhaltung von Bundesstraßen und der in ihrem Zuge befindlichen Brücken und sonstigen zur Straße gehörigen Anlagen fest. Im Bundesstraßengesetz sind auch jene Straßenzüge angeführt, welche zu Bundesstraßen erklärt wurden.

Das Bundesgesetz vom 24. Mai 1966, BGBl. Nr. 67, Bundesmineralölsteuergesetz, bildet die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung des Ausbaues und der Erhaltung der Bundesstraßen und der Autobahnen.

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Bundesstraßennetz

Das Bundesstraßennetz (ohne Autobahnen) umfaßt derzeit eine Länge von 9237 km.

Die Länge der Bundesstraßen [10]) in den einzelnen Bundesländern beträgt:

Burgenland	510 km
Kärnten	1106 km
Niederösterreich	3056 km
Oberösterreich	1464 km
Salzburg	553 km
Steiermark	1293 km
Tirol	999 km
Vorarlberg	225 km
Wien	31 km
Zusammen ...	9237 km

Die Übernahme weiterer Straßen durch den Bund, die eine Bedeutung für den Durchzugsverkehr erlangen, ist ebenso wie der Bau neuer Bundesstraßen nur auf Grund eines Bundesgesetzes möglich.

Der Bau und die Erhaltung der Bundesstraßen erfolgt aus Bundesmitteln, insoweit nicht durch das Bundesstraßengesetz oder auf Grund eines besonderen Rechtstitels andere verpflichtet sind, Leistungen für diese Zwecke zu erbringen.

Organisation

Bundesstraßenbehörden sind nach dem Bundesstraßengesetz der Landeshauptmann (mittelbare Bundesverwaltung) und das Bundesministerium für Bauten und Technik als oberste Bundesstraßenbehörde.

Die Verwaltung und den Ausbau der Bundesstraßen besorgt der Landeshauptmann des betreffenden Bundeslandes, der seine Befugnisse ganz oder teilweise auf die ihm nachgeordneten Dienststellen (Bauämter) übertragen kann. Bei Durchführung dieser Aufgaben sind die vom Bundesministerium für Bauten und Technik gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes aufgestellten Grundsätze und erteilten Dienstanweisungen zu beachten [11]).

Gebarung

Die für Bundesstraßen aufzuwendenden Mittel der ordentlichen Gebarung sind abhängig von den zweckgebundenen Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer und verschiedenen zweckgebundenen [12]) mit der Gebarung der Bundesstraßenverwaltung zusammenhängenden Verwaltungseinnahmen (zum Beispiel Geldstrafen, Beiträge) sowie den zweckgebundenen Einnahmen aus Mitteln des Katastrophenfonds zur Beseitigung von Schäden [12]).

Allgemeines

Der motorisierte Verkehr in Österreich steigt weiterhin sprunghaft an. So hat sich beispielsweise die Anzahl der österreichischen Kraftfahrzeuge seit 1937 fast verzehnfacht; daneben spielt auf den österreichischen Straßen aber auch der internationale Verkehr eine hervorragende Rolle. Den Bundesstraßen kommt dabei ähnlich wie den Hauptstrecken der Bahn in der Hauptsache die Aufgabe zu, den Fern- und Durchgangsverkehr leicht und sicher durch mehrere Bundesländer zu leiten und den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten.

Über den Stand der Fahrbahnbefestigung der Bundesstraßen (ohne Autobahnen) im Jänner 1966 bzw. Jänner 1967 gibt folgende Übersicht Auskunft:

	Jänner 1966 Länge	Jänner 1967 Länge
ungeschützte Schotterdecken [13])	385 km (4 v. H.)	296 km (3 v. H.)
geschützte Fahrbahndecken:		
leichte Beläge	1978 km (21 v. H.)	1795 km (19 v. H.)
mittelschwere Beläge	4590 km (50 v. H.)	4656 km (51 v. H.)
schwere Beläge	2288 km (25 v. H.)	2490 km (27 v. H.)

Ansatz 1/64218 Erhaltung

Die für die Erhaltung der Bundesstraßen erwachsenden Lohnkosten, die gemäß Finanzausgleichsgesetz 1967 § 1 Abs. 2 dem Lande rückzuvergüten sind, wurden in der Post 7300 als Überweisung an die Länder zusammengefaßt.

Der übrige Erhaltungsaufwand wurde in Materialaufwand und Aufwand für Fremdleistungen eingeteilt, wobei darauf geachtet wurde, daß die Aufwendungen für den Betrieb und die Instandhaltung der Geräte und Fahrzeuge sowie für die einzelnen Erhaltungssparten wie:

[10]) Die Länge der Landesstraßen beträgt zirka 25.000 km und die der Gemeindestraßen zirka 150.000 km.

[11]) Die Verordnung BGBl. Nr. 131/1963 lautet: „Gemäß Artikel 104 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wird die Besorgung der Geschäfte der Bundesstraßenverwaltung in den Bundesländern nach Maßgabe der gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau aufgestellten Grundsätze und erteilten Dienstanweisungen dem Landeshauptmann und den ihm unterstellten Behörden im Land übertragen."

[12]) Siehe Einnahmen-Ansatz 2/64200, 2/64201 und 2/64202 auf Seite 257.

[13]) Noch nicht staubfreie Bundesstraßen.

Erhaltung der Straßen und Brücken
Winterdienst
Straßenausrüstung
Behebung von Katastrophenschäden
Erhaltung der Hochbauten
in Ansatzgruppen beisammen bleiben.

Ansatz 1/64228 Erhaltung - Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

Die Höhe des Ansatzes bleibt gegenüber 1967 unverändert.

Ansatz 1/64233 Ausbau (Anlagen) und 1/64238 Ausbau (Aufwendungen)

Aus den bei diesem Ansatz zur Verfügung stehenden Mitteln werden die Kosten für die Baumaßnahmen [14]) wie auch die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben und die Aufwendungen für den notwendigen Liegenschaftserwerb bedeckt.

Die „Baumaßnahmen" sind unterteilt in „Vollausbau", „Belagsarbeiten", „Ausbaumaßnahmen", „Brückenbauten" und „Hochbauten".

Unter den Begriff „Vollausbau" fallen alle jene Baumaßnahmen, die auf lange Sicht entsprechende Anlageverhältnisse der Straße mit einem tragfähigen und frostsicheren Oberbau schaffen.

Zu den „Belagsarbeiten" zählen alle jene Baumaßnahmen, die der ausschließlichen Herstellung oder Verbesserung eines Fahrbahnbelages dienen, wobei fallweise auch Profilberichtigungen notwendig sein können.

Als „Ausbaumaßnahmen" gelten sämtliche Arbeiten zur Verbesserung der Anlage- und Sichtverhältnisse, zur Verbesserung schienengleicher Bahnübergänge, zur Frostsanierung, Verbesserung der Wasserabflußverhältnisse, zur Böschungssicherung und Rutschungssicherung sowie Mauerungsarbeiten, Objektausbesserungen und dergleichen.

Im Zuge der Bundesstraßen liegen rund 5078 Brücken, die hinsichtlich ihrer Breite, Tragfähigkeit und ihres Zustandes vielfach dem heutigen Verkehr nicht mehr entsprechen. Der Verkehr verlangt, je nach der Bedeutung des Straßenzuges, Brücken mit einer Fahrbahnbreite von 6·60 m, 7·60 m oder 8·50 m. Wenn Leitplanken angeordnet werden, erhöhen sich diese Maße auf 8·00 m, 9·00 m und 9·50 m. Weiters wird im allgemeinen eine Tragfähigkeit von 60 Tonnen gefordert.

Derzeit weisen jedoch viele Brücken eine unzureichende Breite und noch rund 1500 Brücken eine Tragfähigkeit von weniger als 18 Tonnen auf. Die vorgesehenen Budgetmittel werden dazu aufgewendet, möglichst viele der nicht mehr entsprechenden Objekte ehest den heutigen Verkehrserfordernissen anzupassen.

[14]) Die größeren Vorhaben sind in den Teilheften einzeln mit ihren Gesamtkosten und den auf die einzelnen Jahre entfallenden Teilbeträgen dargestellt.

Zu den „Hochbauten" zählt der Neu- oder Umbau von Bauhöfen, Winterstützpunkten, Einstellhallen und anderen Gebäuden, die zur Betreuung der Bundesstraßen dienen.

Die in den Jahren 1965 bis 1968 auf die einzelnen Bundesstraßen entfallenden Teilbeträge für den Ausbau einschließlich größerer Instandsetzungen können der Übersicht auf den Seiten 249 bis 255 entnommen werden.

Ansatz 64253 Geräte, Fahrzeuge und Amtsausstattung

Der dauernd zunehmende Kraftfahrzeugverkehr erfordert immer mehr eine Mechanisierung der Straßenerhaltung, um trotz Personalmangels die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Außerdem gestattet eine Mechanisierung Gruppenarbeit, wodurch das Personal im Straßenverkehr besser geschützt werden kann. Aus diesen Gründen werden laufend geeignete Straßenerhaltungsgeräte angekauft.

Der moderne Straßenverkehr erfordert auch eine gute Befahrbarkeit der Straßen im Winter. Deshalb werden jährlich Winterdienstfahrzeuge mit Geräten sowohl zur Schneeräumung als auch zur Streuung von Sand und Salz angekauft. Für besonders gefährdete Straßenabschnitte werden Spezialschneeräummaschinen, wie Schneefräsen und Schneeschleudern, angeschafft.

Ansatz 1/64267 Bundesbeiträge

Im Rahmen der Bundesbeiträge sind auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen (zum Beispiel nach dem Wasserrechtsgesetz vom 8. September 1959, BGBl. Nr. 215) oder von freiwilligen, im besonderen Interesse der Bundesstraßenverwaltung gelegenen Vereinbarungen Beiträge für Gewässerregulierungen, Wildbach- und Lawinenverbauungen, Bodenentwässerungen und -bewässerungen, Wasserversorgungen und Kanalisationen von der Bundesstraßenverwaltung zu leisten.

Ansatz 2/64200, 2/64201, 2/64202 Zweckgebundene Einnahmen

Die ausgewiesenen Zweckgebundenen Einnahmen sind im wesentlichen:

Beiträge, die gemäß §§ 6 und 7 des Bundesstraßengesetzes (BGBl. Nr. 59/1948 in der Fassung BGBl. Nr. 127/1954, 56/1958, 100/1959 und 135/1961) zum Aufwand für die Bundesstraßen zu leisten sind, und zwar von den Gemeinden für bestimmte Kosten bei Ortsdurchfahrten und von den Unternehmungen für die Mehrkosten, die infolge der besonderen Art der Benützung von Bundesstraßen durch diese Unternehmungen der Bundesstraßenverwaltung erwachsen.

Geldstrafen gemäß § 30 des Bundesstraßengesetzes und § 100 der Straßenverkehrsordnung (BGBl. Nr. 159/1960).

Mittel des Katastrophenfonds zur Beseitigung von Schäden.

Ansatz 2/64204, 2/64207 Sonstige Einnahmen

Bei diesen Ansätzen gelangen nicht zweckgebundene Einnahmen aus Erlösen aus der Veräußerung beweglichen Bundesvermögens, Miet- und Pachtzinsen, Vergütungen sowie Miet- und Pachtzinsersätze zur Verrechnung.

Titel 643 Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen)

	Ordentliche Gebarung			Außerordentliche Gebarung	Ausgabensumme	Einnahmen
	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe			
			Mill. S			
1966 *)	—	948·1	948·1	175·0	1.123·1	3·6
1967**)	42·8	1.160·0	1.202·8	200·0	1.402·8	1·5
1968**)	—	1.316·4	1.316·4	0·0	1.316·4	2·6

Unterschiede der Gebarung

Im Jahre 1968 erfolgt die Dotierung des gesamten Autobahnbaues aus einem Anteil an den Erträgnissen der Bundesmineralölsteuer, eine Vorsorge für diesen Zweck im außerordentlichen Haushalt unterblieb. Der Eventualvoranschlag sieht eine Ausgabe von 300 Millionen Schilling vor.

Ausbau

Die in den Bundesstraßengesetz-Novellen (BGBl. Nr. 56/1958, BGBl. Nr. 127/1964 und BGBl. Nr. 134/1964) festgelegten Autobahnen werden nach und nach geplant und jeweils abschnittweise gebaut.

Das gesetzlich festgelegte Autobahnnetz hat derzeit eine Gesamtlänge von rund 1090 km. Davon entfallen 36 km auf die „Brenner-Autobahn" (Innsbruck/Ost—Brenner), deren Finanzierung, Bau und Erhaltung durch die „Brenner-Autobahn A. G." auf Grund eines eigenen Finanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 135/1964, erfolgt.

Auf der Westautobahn (Wien—Salzburg) stehen am 1. Jänner 1968 dem Verkehr zur Verfügung:

Mit definitiver Fahrbahndecke die Teilstrecken	km	km
Preßbaum—Kottingburgstall ..	85·9	
Ennsdorf—Salzburg—Staatsgrenze	149·5	
Autobahnast Salzburg/Niederalm	7·8	
Autobahnast Linz	4·6	247·8
Mit provisorischer Fahrbahndecke die Teilstrecken		
Wien/Auhof—Preßbaum	13·8	
Kottingburgstall—Ennsdorf ...	42·8	56·6
Zusammen ...		304·4

Auf der Südautobahn (Wien—Graz—Klagenfurt—Villach) stehen am 1. Jänner 1968 dem Verkehr zur Verfügung:

	km
Wien/Inzersdorf—Neunkirchner Allee mit Einbindung Triester Straße in Wien und Ast Vösendorf—Brunn	48·1
Auf der Nordautobahn (Wien/Donaukanal—Stammersdorf) ist die Teilstrecke Gürtelbrücke—Prager Straße	3·6
Auf der Brenner-Autobahn ist die Teilstrecke Innsbruck/Süd—Schönberg	7·0
insgesamt ...	363·1

in Betrieb.

Das Tempo des weiteren Baues der Autobahnen und der Zeitpunkt der Fertigstellung der einzelnen Strecken und Bauabschnitte sind durch die jährlich zur Verfügung stehenden Geldmittel bestimmt.

Die beim Titel 643 für die Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen) im Jahre 1968 vorgesehenen Mittel sollen auf den nachfolgenden Autobahnstrecken verwendet werden:

A. Auf der Westautobahn (Wien—Salzburg) für Restarbeiten in den dem Verkehr übergebenen Strecken und für Restzahlungen (304·4 km), den Bau der definitiven Fahrbahndecke (56·6 km), in den Teilstrecken Wien/Auhof und Kottingburgstall/Ennsdorf,
Restarbeiten und Herstellung des provisorischen Fahrbahnbelages zwischen Steinhäusl und Klausenleopoldsdorf (10·1 km),
das Aufstellen von etwa 120 km Mittelstreifenleitschienen.

B. Auf der Südautobahn (Wien—Villach) für Restarbeiten in der dem Verkehr übergebenen Strecke Wien—Wiener Neustadt (46·0 km) einschließlich Ast Brunn (2·1 km), Restzahlungen,
Restarbeiten an den Autobahnknoten Inzersdorf und Vösendorf und Brückenbauten in der Teilstrecke Wien/Inzersdorf—Favoritenstraße (4·7 km),
Erdarbeiten und Brückenbauten in der Strecke Gleisdorf—Graz—Mooskirchen (39·9 km),

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Erdarbeiten und Brückenbauten in der Strecke Klagenfurt/West—Wernberg (28·1 km), das Aufstellen von etwa 40 km Mittelstreifenleitschienen in der Strecke Wien—Wiener Neustadt.

C. **Auf der Nordautobahn (Wien/Donaukanal—Stammersdorf) für Restarbeiten in der dem Verkehr übergebenen Teilstrecke Gürtelbrücke—Prager Straße** (3·6 km).

D. Auf der Nordostautobahn für Bauvorbereitungsmaßnahmen und für die Weiterführung des Baues der vierten Donaubrücke in Wien.

E. **Auf der Inntal-Autobahn (Innsbruck/Ost—Kufstein) für Erdarbeiten und Brückenbauten** in der Teilstrecke „Umfahrung Kufstein" und Fertigstellung der Kufsteiner Innbrücke (6·3 km), Erd- und Brückenbauten in den Teilstrecken Wattens—Hall (6·5 km) und Hall—Innsbruck/Ost (5·9 km) sowie auch Bauvorbereitungsmaßnahmen in der Teilstrecke Schwaz—Wattens (12·0 km).

F. **Auf der Rheintal-Autobahn (Bregenz—Feldkirch) für Erdarbeiten und Brückenbauten in** der Strecke Dornbirn—Götzis (15·5 km).

G. **Auf der Salzachtal-Autobahn für Erdarbeiten** und Brückenbauten in der Strecke Salzburg/Niederalm—Vigaun (12·0 km) und im Zubringer Hallein.

Restarbeiten an den Hochbauten für den Straßendienst (Autobahnmeistereien, Gendarmeriestützpunkte u. ä.) in den dem Verkehr übergebenen Strecken.

Planung- und Projektierungsarbeiten sind durchzuführen bzw. fortzusetzen für die Strecken

Wien/Favoritenstraße—St. Marx,
Wien/Altmannsdorf—Inzersdorf,
Wr. Neustadt—Hartberg—Gleisdorf,
Mooskirchen—Pack—Klagenfurt,
Kufstein—Wattens,
Wels—Schärding,
Tauernschnellstraße Golling—Villach.

Für die Lohnkosten, die gemäß Finanzausgleichsgesetz 1967 § 1 Abs. 2 den Ländern rückzuvergüten sind, sowie für die Erhaltung der dem Verkehr übergebenen Autobahnstrecken und für die hiezu erforderlichen Geräte und Kraftfahrzeuge ist ebenfalls bei diesem Titel vorgesorgt.

Ansatz 1/6437 Autobahneigene Wohngebäude

Die ausgewiesenen Aufwendungen enthalten im wesentlichen Betriebskosten und Hauserfordernisse (wie gesetzliche Verpflichtungen, Instandhaltung u. ä.) sowie Herstellungen am Baubestand (wie Aufholaufwand, Instandsetzungsarbeiten u. dgl.) für autobahneigene Wohngebäude samt den dazugehörigen Grundstücken.

Aufwendungen für den Ausbau der Bundesstraßen in den Jahren 1965 bis 1968.

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Bauprogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
			Bundesstraßen (ausschließlich Autobahnen).[15])				
1	Wiener	646·6	von Straße Nr. 17 in Wien/Neuerlaa—Linz—Salzburg—(Reichenhall)—Innsbruck—Staatsgrenze Lindau	121·573	153·388	145·350	176·000
	Rechtsufrige Wiener	7·0	von Völser Landesstraße bei Völs zur Straße Nr. 1 bei Zirl	0·323	0·008	2·800	. . . .
1a	Obere Lindauer	3·0	von Straße Nr. 1 in Lochau zur Staatsgrenze bei Oberhochsteg	0·496	0·007	. . . .	. . . .
1b	Liechtensteiner	3·3	von Straße Nr. 1 in Feldkirch zur Staatsgrenze bei Tisis	0·317	0·121	0·200	0·500
2	Znaimer	65·2	Wiener Stadtgrenze bei Langenzersdorf—Korneuburg—Stockerau—Hollabrunn—Staatsgrenze bei Klein Haugsdorf	5·633	33·343	37·710	45·900
2a	Guntersdorf-Retzer	14·5	von Znaimer Straße bei Guntersdorf bis zur Retzer Straße bei Retz	1·044	0·298	. . .	1·400
3	Stockerau-Kremser	46·5	von Straße Nr. 4 bei Stockerau zur Straße Nr. 34 in Krems a. d. Donau	4·392	1·607	12·850	24·650
4	Horner	112·3	von Straße Nr. 2 in Stockerau zur Staatsgrenze bei Nagelberg	20·278	15·743	28·000	68·400
5	Waidhofener	41·9	von Straße Nr. 4 nächst Göpfritz zur Staatsgrenze bei Grametten	6·347	11·411	11·230	6·600
6	Laaer	49·9	von Straße Nr. 2 in Korneuburg zum Thaya-Mühlbach (Richtung Höflein a. d. Thaya)	3·980	7·398	2·900	3·200
7	Brünner	62·9	von Stadtgrenze bei Stammersdorf zur Staatsgrenze gegen Drasenhofen	12·959	9·820	7·260	17·600
8	Angerner	31·1	vom Brückenkopf der Reichsbrücke 1·225 km bis Schüttaustraße und Stadtgrenze bei Süßenbrunn bis Staatsgrenze bei Angern	3·617	2·951	6·100	13·000
9	Preßburger	48·3	von Stadtgrenze bei Schwechat bis Staatsgrenze gegen Preßburg	2·660	9·916	3·500	3·600
9a	Kittseer	6·1	von Straße Nr. 9 nächst Wolfsthal zur Staatsgrenze gegen Karlburg	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
10	Budapester	57·6	von Straße Nr. 9 in Schwechat zur Staatsgrenze bei Nickelsdorf	4·144	8·835	4·700	10·000
16	Ödenburger	50·6	ehem. Stadtgrenze bei Rothneusiedl—Ebreichsdorf—Staatsgrenze bei Klingenbach	11·749	8·017	8·000	16·000
17	Triester	363·5	Wiener Stadtgrenze bei Inzersdorf—Semmering—Leoben—Klagenfurt—Staatsgrenze bei Thörl	77·573	52·688	91·670	82·000
18	Hainfelder	55·8	von Straße Nr. 17 in Günselsdorf zur Straße Nr. 20 in Scheiblmühl	23·786	29·034	21·000	18·950
19	Hainfelder-Göllersdorfer	68·0	von Straße Nr. 18 bei Hainfeld zur Straße Nr. 2 in Göllersdorf	1·197	2·189	8·610	10·100
20	Mariazeller	135·1	von Straße Nr. 1 in St. Pölten—Mariazell—zur Straße Nr. 17 in Kapfenberg	27·912	27·206	36·560	32·000
21	Gutensteiner	66·0	von Straße Nr. 17 in Sollenau—Gutenstein—zur Straße Nr. 22 nächst Haidenhof	4·141	11·062	15·200	15·700
22	Kernhofer	37·1	von Straße Nr. 20 in Freiland—Kernhof—zur Straße Nr. 23 in Terz	0·130	4·388	2·870	1·000
23	Lahnsattel	51·1	von Straße Nr. 17 in Mürzzuschlag zur Straße Nr. 20 in Mariazell	3·348	3·223	4·850	16·000
24	Dreimärkter	52·1	von Straße Nr. 20 in Gußwerk zur Straße Nr. 25 bei Palfau	6·538	9·907	12·300	17·300
25	Erlauftal	83·8	von Straße Nr. 1 in Kolm bei Erlauf zur Straße Nr. 115 in Lainbach	11·598	23·135	25·700	29·000
25a	Persenbeug-Wieselburger	9·9	von Mauthausener Straße bei Persenbeug zur Erlauftalstraße bei Wieselburg	3·040	0·351	. . . .	. . . .
26	Puchberg	33·4	von Straße Nr. 21 bei Oed—Puchberg am Schneeberg—Straße Nr. 17	0·109	0·881	. . . .	3·000
27	Höllental	38·8	von Straße Nr. 21 in Richtung Schwarzau zur Straße Nr. 17 bei Gloggnitz	11·957	13·626	8·500	1·700

[15]) Die Verrechnung erfolgt beim Ansatz 1/642.

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Bauprogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
28	Neubruck-Wienerbrucker	28·0	von Straße Nr. 25 bei Neubruck zur Straße Nr. 20 bei Wienerbruck	0·818	2·192	. . . .	1·500
29	Wachauer (früher Stein-Emmersdorfer)	32·9	von Straße Nr. 32 in Stein a. d. Donau zur Mauthausener Straße nächst Emmersdorf	. . . .	. . . .	0·710	. . . .
30	Horn-Drosendorfer	35·8	von Straße Nr. 4 bei Horn zur Staatsgrenze bei Drosendorf	2·358	5·149	0·950	4·040
31	Ybbstal	45·2	von Straße Nr. 121 in Waidhofen a. d. Ybbs zur Straße Nr. 25 in Göstling	13·987	13·798	22·060	26·450
32	St. Pölten-Kremser	28·1	von Straße Nr. 1 in St. Pölten zur Straße Nr. 34 in Krems a. d. Donau	. . . .	0·166	. . . .	12·000
33	Aggsteiner (früher Wachauer)	32·0	von Straße Nr. 1 in Melk a. d. Donau zur Straße Nr. 32 in Mautern	0·224	. . . .	1·000	2·500
34	Kamptal	34·5	von Straße Nr. 4 bei Horn nach Langenlois	7·072	11·390	9·510	. . . .
35	Retzer	33·8	von Straße Nr. 4 in Horn zur Staatsgrenze bei Mitter-Retzbach	0·407	. . . .	2·300	12·400
36	Weitenegg-Zwettler	58·3	von Straße Nr. 123 in Weitenegg zur Straße Nr. 38 in Zwettl	6·978	5·841	3·400	4·800
37	Krems-Waidhofener	80·8	von Straße Nr. 32 in Krems a. d. Donau zur Straße Nr. 5 in Waidhofen a. d. Thaya	5·299	9·069	17·730	13·500
38	Horn-Freistädter	92·1	von Straße Nr. 4 in Horn zur Straße Nr. 125 in Freistadt	37·339	26·802	20·100	8·000
39	Eggenburger	32·2	von Straße Nr. 2 in Schöngrabern—Eggenburg—Straße Nr. 4 nächst Horn	0·095	. . . .	. . . .	2·000
40	Mistelbacher	74·0	von Straße Nr. 2 in Hollabrunn—Mistelbach—Dürnkrut	11·660	1·656	1·200	. . . .
41	Schrems-Karlstifter	39·1	von Straße Nr. 4 bei Schrems zur Freistädter Straße bei Karlstift	2·377	1·014	4·330	8·300
46	Staatzer	31·7	von Straße Nr. 7 in Schrick zur Straße Nr. 6 in Laa a. d. Thaya	0·103	. . . .	4·600	7·800
47	Lundenburger	22·4	von Straße Nr. 40 in Wilfersdorf zur Staatsgrenze bei Unter-Themenau	0·105	. . . .	. . . .	. . . .
48	Erdöl	19·3	von Straße Nr. 47 bei Bullendorf bis Hohenau	0·352	2·798	2·500	1·500
49	Bernstein	43·7	von Straße Nr. 8 in Angern zur Staatsgrenze bei Unter-Themenau	2·271	4·061	2·800	. . . .
50	Eisenstädter	217·8	von der Staatsgrenze gegen Preßburg—Eisenstadt—Straße Nr. 66 bei Feldbach	43·519	48·726	61·700	54·000
50a	Abzweigung von der Eisenstädter Straße	4·8	von Straße Nr. 50 in Eisenstadt zur Straße Nr. 16 bei Großhöflein (Länge bei Straße Nr. 50 enthalten)	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
51	Neusiedler	19·4	von Straße Nr. 50 nächst Parndorf—Neusiedl a. See—Staatsgrenze nächst Halbthurn	2·933	4·797	6·000	8·500
51a	Abzweigung von der Neusiedler Straße	2·5	von Straße Nr. 51 in Neusiedl a. See zur Straße Nr. 50 bei Jois	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
52	Frauenkirchener	23·6	von Straße Nr. 51 in Mönchhof—Frauenkirchen—Staatsgrenze bei Pamhagen	0·075	0·920	0·500	1·400
53	Wiener Neustädter	27·2	von Straße Nr. 17 in Wr. Neustadt zur Staatsgrenze bei Baumgarten	5·807	8·577	10·000	2·800
54	Wechsel	108·7	von Straße Nr. 17 in Wr. Neustadt—Aspang—Straße Nr. 65 in Gleisdorf	43·188	47·831	42·200	42·000
55	Kirchschlager	62·8	von Straße Nr. 54 bei Edlitz—Kirchschlag—Straße Nr. 63 bei Schachendorf	10·363	13·895	6·150	3·250
61	Rabnitztal	31·4	von Straße Nr. 55 in Kirchschlag zur Staatsgrenze bei Lutzmannsburg	3·103	2·536	6·000	8·000
62	Günser	34·0	von der Staatsgrenze bei Neckenmarkt—Unterpullendorf—Mannersdorf—Liebing zur Straße Nr. 55 in Lockenhaus	0·352	3·788	4·500	3·500
62a	Abzweigung von der Günser	0·9	von Straße Nr. 62 in Liebing zur Staatsgrenze	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
62b	Abzweigung von der Günser	2·4	von Straße Nr. 62 in Mannersdorf zur Staatsgrenze	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Baupogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
63	Steinamangerer	46·5	von Straße Nr. 54 bei Friedberg zur Staatsgrenze bei Schacheldorf	1·725	1·073	. . . .	1·400
64	Großpetersdorfer	18·9	von Straße Nr. 63 in Großpetersdorf zur Straße Nr. 50 in St. Michael	5·618	2·979	3·000	8·800
65	Fürstenfelder	74·3	von Straße Nr. 67 in Graz—Fürstenfeld—Staatsgrenze bei Heiligenkreuz im Lafnitztal	0·651	1·640	8·720	9·000
66	Gleichenberger	54·4	von Straße Nr. 65 in Gleisdorf—Bad Gleichenberg—Straße Nr. 68 bei Halbenrain	5·180	6·793	11·630	11·100
67	Grazer	101·3	von Straße Nr. 17 nächst Bruck a. d Mur—Graz—Staatsgrenze bei Spielfeld	43·860	46·366	36·680	36·700
67a	Abzweigung von der Grazer Straße	0·1	von Straße Nr. 67 nächst Bruck a. d. Mur zur Straße Nr. 17	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
68	Untere Murtal	34·5	von Straße Nr. 67 in Straß zur Staatsgrenze bei Radkersburg	3·818	5·175	1·150	8·300
69	Südsteirische Grenz	36·0	von Straße Nr. 67 in Straß zur Straße Nr. 76 in Eibiswald	0·726	10·151	10·100	8·200
70	Packer	151·1	von Straße Nr. 67 in Graz zur Straße Nr. 17 in Klagenfurt	9·165	11·512	19·260	22·000
76	Radlpaß	49·3	von Straße Nr. 70 bei Lieboch zur Staatsgrenze auf dem Radlpaß	0·470	4·474	10·590	14·480
77	Sobother	41·3	von Straße Nr. 76 bei Eibiswald—St. Oswald—St. Jakob in der Soboth—St. Magdalena—zur Straße Nr. 80 bei Lavamünd	16·657	15·529	15·100	21·700
78	Obdacher	40·1	von Straße Nr. 17 in Judenburg—Obdach—Straße Nr. 70 in Twimberg	2·215	1·601	1·000	1·000
79	St. Pauler	16·2	von Straße Nr. 70 bei St. Andrä—St. Paul i. Lavanttal—Straße Nr. 80 bei Lavamünd	0·549	0·889	. . . .	1·500
80	Unterdrauburger	32·6	von Straße Nr. 70 bei Völkermarkt zur Staatsgrenze bei Rabenstein	2·307	2·330	2·000	4·300
81	Eberndorf-Lavamünder	32·1	von Straße Nr. 82 in Eberndorf zur Straße Nr. 80 in Lavamünd	4·490	1·228	5·000	8·000
82	Eisenkappler	39·1	von Straße Nr. 70 in Völkermarkt—Eisenkappel—Staatsgrenze auf dem Seebergsattel	1·856	5·140	8·400	6·000
83	St. Veit-Völkermarkter	27·2	von Straße Nr. 17 in St. Veit zur Straße Nr. 70 in Völkermarkt	3·597	0·827	1·400	. . . .
84	Grafensteiner	21·5	von Straße Nr. 70 bei Rain—Grafenstein—Straße Nr. 82 bei Miklauzhof	3·470	1·840	0·800	0·800
85	Rosental	64·5	von Straße Nr. 17 bei Fürnitz—Rosental—zur Straße Nr. 84 bei Wildenstein	1·089	4·393	5·300	6·400
85a	Abzweigung von der Rosentalstraße	1·0	von Straße Nr. 85 bei Fürnitz zur Straße Nr. 17 in Federaun	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
85b	Abzweigung von der Rosentalstraße	1·7	von Straße Nr. 85 über Abriach zur Straße Nr. 84 in Gallizien	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
91	Loiblpaß	28·4	von Straße Nr. 17 in Klagenfurt zur Staatsgrenze am Loibltunnel	10·217	21·872	11·700	10·500
91a	Abzweigung von der Loiblpaßstraße	3·0	von Straße Nr. 91 auf den Loiblpaß	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
92	Görtschitztal	67·5	von Straße Nr. 17 bei Neumarkt zur Straße Nr. 7 in Klagenfurt	6·146	10·052	8·300	19·000
93	Gurktal	47·3	von Straße Nr. 17 in Zwischenwässern—Gurk—Straße Nr. 95 in Feldkirchen	4·011	3·989	4·800	8·400
94	Ossiacher	52·1	von Straße Nr. 17 in St. Veit a. d. Glan zur Straße Nr. 98 in Seebach bei Villach	5·961	5·768	4·150	0·500
94a	Abzweigung von der Ossiacher Straße	0·5	von Straße Nr. 94 bei Seebach zur Straße Nr. 17	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
95	Turracher	78·8	von Straße Nr. 17 in Klagenfurt—Turrach—Straße Nr. 96 in Predlitz	10·667	10·763	13·300	15·000
96	Obere Murtal	70·3	von Straße Nr. 17 über Murau zur Straße Nr. 99 in Mauterndorf	4·088	0·697	3·600	14·000
97	Mooshamer	11·2	von Straße Nr. 96 bei Tamsweg zur Straße Nr. 99 bei St. Michael	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Bauprogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
98	Millstätter	47·4	von Straße Nr. 99 in Seebach bei Spittal a. d. Drau—Millstatt—Straße Nr. 17 in Seebach bei Villach	19·701	6·686	4·300	0·300
99	Katschberg	90·6	von Straße Nr. 112 in Radstadt—Katschberghöhe—zur Straße Nr. 100 in Spittal a. d. Drau	26·042	52·293	55·018	53·000
100	Drautal	145·4	von Straße Nr. 17 in Villach zur Staatsgrenze bei Sillian	49·747	58·552	41·050	22·000
106	Mölltal	51·4	von Straße Nr. 100 in Möllbrücke zur Straße Nr. 107 in Winklern	. . . .	0·407	2·400	2·400
106a	Mallnitzer	7·9	von Straße Nr. 106 in Obervellach zum Bahnhof in Mallnitz	. . . .	. . . .	0·250	. . . .
107	Großglockner	35·0	von Heiligenblut über Winklern—Iselsberg zur Straße Nr. 100 bei Dölsach	0·605	1·616	6·750	7·400
107a	Abzweigung von der Großglocknerstraße	2·0	von Straße Nr. 107 in Dölsach zur Straße Nr. 100 bei Lienz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
108	Iseltal	27·1	von Straße Nr. 100 in Lienz nach Matrei in Osttirol	10·418	11·794	11·200	2·000
109	Wurzenpaß	8·5	von Straße Nr. 17 in Riegersdorf zur Staatsgrenze auf dem Wurzenpaß	0·411	1·771	3·000	1·100
110	Plöckenpaß	27·7	von Straße Nr. 100 in Oberdrauburg zur Staatsgrenze auf dem Plöckenpaß	0·356	1·833	1·400	1·800
111	Gailtal	115·9	von Straße Nr. 17 bei Thörl—St. Jakob—Straße Nr. 100 bei Sillian	11·448	11·038	20·150	28·000
111a	Abzweigung von der Gailtalstraße	0·8	von Straße Nr. 111 zur Straße Nr. 17 bei Thörl	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
112	Ennstal	135·4	von Straße Nr. 159 bei Bischofshofen zur Straße Nr. 115 in Hieflau	13·404	6·547	24·490	42·000
113	Schoberpaß	70·3	von Straße Nr. 17 in St. Michael in Steiermark zur Straße Nr. 112 in Liezen	16·554	4·688	24·800	43·000
114	Tauern	46·1	von Straße Nr. 113 in Trieben—Hohentauern—zur Straße Nr. 17 in St. Georgen	13·070	12·651	10·350	5·900
114a	Abzweigung von der Tauernstraße	4·6	von Straße Nr. 114 bei Pölshals zur Straße Nr. 17 bei Furth	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
115	Eisen	149·4	von Straße Nr. 1 in Enns zur Straße Nr. 17 in Leoben	28·483	22·060	39·920	46·000
121	Amstetten-Weyer	43·7	von Straße Nr. 1 in Amstetten zur Straße Nr. 115 in Weyer	6·855	7·684	17·480	9·600
122	Voralpen	99·9	von Straße Nr. 121 bei Aschbach zur Straße Nr. 145 in Gmunden	13·390	15·135	11·200	3·500
122a	Aschbach-Oeder	6·2	von Straße Nr. 122 in Aschbach zur Straße Nr. 1 in Oed	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
123	Mauthausener	94·0	von der Melker Donaufähre zur Straße Nr. 125 in Katzbach	4·465	34·970	20·900	27·000
124	Königswiesener	75·7	von Straße Nr. 125 in Unterweitersdorf zur Straße Nr. 38 in Merzenstein	2·754	6·283	2·900	2·900
125	Prager	56·7	von Straße Nr. 129 in Linz zur Staatsgrenze bei Wullowitz	1·507	2·644	13·200	15·800
126	Leonfeldener	33·2	von Straße Nr. 125 in Urfahr zur Staatsgrenze bei Weigetschlag	3·456	4·522	7·500	7·700
127	Krumauer	64·1	von Straße Nr. 125 in Urfahr zur Staatsgrenze bei Aigen im Mühlkreis	4·242	2·134	11·500	18·600
128	Sternwald	65·4	von der Staatsgrenze bei Kollerschlag zur Straße Nr. 125 in Freistadt	14·118	11·232	8·500	4·000
129	Passauer	96·8	von Straße Nr. 1 in Linz zur Staatsgrenze gegen Passau	6·319	3·474	3·700	2·400
129a	Abzweigung von der Passauer Straße	0·5	von Straße Nr. 129 in Schärding zur Staatsgrenze	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
130	Nibelungen	55·4	von Straße Nr. 129 in Eferding zur Staatsgrenze gegen Passau	7·588	6·341	2·400	1·300
136	Sauwald	31·3	von Straße Nr. 129 bei Schärding zur Straße Nr. 130 in Engelhartszell	2·231	4·570	1·200	0·400
137	Pramtal (früher Schallerbacher)	23·3	von Straße Nr. 141 bei Stritzing zur Straße Nr. 129 bei Weeg	23·131	19·397	16·700	6·800
138	Pyhrnpaß	90·0	von Straße Nr. 1 in Wels zur Straße Nr. 112 in Liezen	16·817	23·934	35·300	37·900
139	Kremstal	33·0	von Straße Nr. 129 in Linz zur Straße Nr. 122 in Kremsmünster	1·986	2·035	2·600	1·400
140	Steyrtal	28·4	von Straße Nr. 122 in Sierninghofen zur Straße Nr. 138 bei Klaus	0·005	. . . .	1·700	4·800

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Bauprogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
141	Innviertler (früher Braunauer)	85·8	von Straße Nr. 1 bei Wels zur Staatsgrenze bei Braunau a. Inn	12·742	21·963	21·600	34·400
142	Obernberger	40·3	von Straße Nr. 157 bei Uttendorf zur Straße Nr. 129 nächst Suben	0·917	0·507	0·300	0·200
143	Hausruck	70·2	von Straße Nr. 142 nächst Antiesenhofen zur Straße Nr. 145 in Gmunden	7·483	11·994	16·100	10·200
144	Sattledter	20·0	von Straße Nr. 122 in Kremsmünster zur Straße Nr. 1 in Lambach	0·054	1·261	1·100	1·300
145	Salzkammergut	114·3	von Straße Nr. 1 in Lambach—Bad Ischl—Straße Nr. 112 bei Neuhaus	31·921	45·471	31·520	28·000
151	Attersee	58·6	von Straße Nr. 1 in Oberthalheim über Attersee zur Straße Nr. 158 bei Hof	10·433	15·216	17·950	7·000
152	Seeleiten	24·8	von Straße Nr. 151 in Seewalchen zur Straße Nr. 151 in Unterach a. Attersee	9·415	11·249	9·800	4·900
153	Weißenbach-Mitterweißenbach	13·7	von Straße Nr. 152 in Weißenbach zur Straße Nr. 145 in Mitterweißenbach	0·582	....	....	....
154	Mondsee	31·7	von Straße Nr. 1 bei Straßwalchen—Mondsee—Straße Nr. 158 in St. Gilgen	5·202	5·645	6·700	10·000
155	Münchener	4·2	von Straße Nr. 1 in Salzburg zur Staatsgrenze bei Freilassing	....	....	....	....
156	Lamprechtshausener	59·5	von Straße Nr. 1 in Salzburg—Lamprechtshausen—Straße Nr. 157 bei Braunau a. Inn	5·439	5·174	4·150	7·000
157	Mattighofener	38·7	von Straße Nr. 1 in Straßwalchen—Mattighofen—Straße Nr. 141 in Braunau am Inn	2·612	1·743	2·300	3·200
158	Wolfgangsee	52·5	von Straße Nr. 1 in Salzburg zur Straße Nr. 145 bei Bad Ischl	16·399	15·754	13·670	10·000
159	Salzachtal-Paß Thurn	161·1	von Straße Nr. 1 in Salzburg—Paß Thurn—Straße Nr. 1 in St. Johann i. Tirol	29·158	33·688	75·670	41·000
159a	Berchtesgadener	4·5	von Straße Nr. 159 bei Anif zur Staatsgrenze gegen Berchtesgaden beim Hangenden Stein	....	....	....	....
166	Paß Gschütt	50·7	von Straße Nr. 159 bei Golling—Paß Gschütt zur Straße Nr. 145 bei Goisern	....	0·532	5·800	14·000
167	Gasteiner	28·5	von Straße Nr. 159 in Lend—Badgastein—Bahnhof Böckstein	1·032	2·745	9·135	10·900
168	Mittelpinzgauer	40·7	von Straße Nr. 1 in Lofer zur Straße Nr. 159 in Bruckberg	7·452	7·124	10·717	32·200
169	Gerlos	81·6	von Straße Nr. 1 in Straß zur Straße Nr. 159 nächst Mittersill	23·388	18·494	17·100	24·000
170	Brixental	30·4	von Straße Nr. 1 in Wörgl zur Straße Nr. 159 in Kitzbühel	10·433	8·957	22·672	13·400
171	Kössener	31·3	von Straße Nr. 1 bei Erpfendorf—Kössen—Staatsgrenze bei Niederndorf	0·042	0·266	0·115	0·550
171a	Abzweigung von der Kössener Straße	3·3	von Straße Nr. 171 in Kössen zur Staatsgrenze bei Reith im Winkel	....	....	....	....
171b	Abzweigung von der Kössener Straße	3·7	von Straße Nr. 171 in Kössen zur Staatsgrenze bei Klobenstein	....	....	....	....
172	Kufsteiner	14·8	von Straße Nr. 1 nächst Wörgl—Kufstein—Staatsgrenze bei Kiefersfelden	0·558	6·216	5·900	6·500
173	Eiberg	10·1	von Straße Nr. 1 in Bocking—Eiberg—Straße Nr. 172 bei Kufstein	0·355	2·208	3·850	1·400
174	Thiersee	17·5	von Straße Nr. 172 in Kufstein—Thiersee—Staatsgrenze auf dem Ursprungpaß	1·000	0·114	2·000	5·000
175	Wildbichler	17·1	von Straße Nr. 172 in Kufstein—Wildbichl—Staatsgrenze gegen Sachrang	....	0·273	0·127	9·000
181	Achensee	33·6	von Straße Nr. 1 in Jenbach zur Staatsgrenze auf dem Achenpaß	0·026	....	....	7·000
182	Brenner	37·9	von Straße Nr. 1 in Innsbruck zur Staatsgrenze auf dem Brennerpaß	17·494	8·248	3·100	2·100
183	Stubaital	14·1	von Straße Nr. 182 in Schönberg nach Neustift i. Stubaital	0·702	0·787	6·300	6·800
184	Ellbögener	24·4	von Straße Nr. 1 in Hall i. Tirol zur Straße Nr. 182 in Matrei a. Brenner	1·261	1·437	0·980	6·600
185	Scharnitzer	19·4	von Straße Nr. 1 in Zirl zur Staatsgrenze bei Scharnitz	7·850	3·135	4·450	9·500

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Bauprogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
186	Ötztal	41·8	von Straße Nr. 1 bei Ötz nach Zwieselstein	5·778	6·173	3·715	6·000
187	Vintschgauer	47·0	von Straße Nr. 1 in Landeck zur Staatsgrenze bei Reschenscheideck	9·946	9·878	6·650	29·890
187 a	Abzweigung von der Vintschgauer Straße	2·8	von Straße Nr. 187 in Stuben zur Staatsgrenze bei Schalklhof	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
187 b	Abzweigung von der Vintschgauer Straße	7·7	von Straße Nr. 187 in Nauders zur Staatsgrenze bei Martinsbruck	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
188	Paznauntal	34·8	von Straße Nr. 1 in Pians nach Galtür	16·340	18·227	14·640	8·000
189	Reuttener	72·5	von Straße Nr. 1 in Telfs—Reutte—Staatsgrenze bei Füssen	4·931	10·271	16·160	31·400
189 a	Abzweigung von der Reuttener Straße	2·4	von Straße Nr. 189 in Lermoos zur Straße Nr. 190	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
190	Ehrwalder	11·8	von Straße Nr. 189 in Biberwier—Ehrwald—Staatsgrenze bei Griesen	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
196	Vilser	5·8	von Straße Nr. 189—Vils—Staatsgrenze bei Schönbichl	. . . .	. . . .	. . . .	2·900
197	Imst-Nassereither	12·5	von Straße Nr. 1 in Imst zur Straße Nr. 189 in Nassereith	0·530	1·087	. . . .	1·900
198	Lechtal	77·4	von Straße Nr. 1 nächst Stuben a. Arlberg zur Straße Nr. 189 in Reutte	6·051	1·459	2·700	3·500
199	Tannheimer	22·8	von Straße Nr. 198 in Weißenbach—Tannheim—Staatsgrenze bei Schattwald	3·507	2·131	0·550	. . . .
200	Bregenzerwald	66·9	von Straße Nr. 1 nächst Dornbirn zur Straße Nr. 198 in Warth	6·065	4·365	8·750	15·750
201	Kleinwalsertal	13·6	von Straße Nr. 200 in Hochkrummbach zur Staatsgrenze bei Walserschanz	13·989	7·905	3·750	3·250
202	Schweizer	11·2	von Straße Nr. 1 in Bregenz zur Staatsgrenze gegen St. Margrethen	0·005	1·441	3·000	0·600
203	Rhein	15·4	von Straße Nr. 1 nächst Götzis zur Straße Nr. 202 in Höchst	5·087	4·584	9·000	10·100
210	Marchegger	56·4	von Groß Enzersdorf—Orth—Marchegg—Straße Nr. 8 bei Angern	5·593	5·728	0·860	3·500
211	Gänserndorfer	41·4	von der Marchegger Straße in Orth—Gänserndorf—Straße Nr. 7 in Kollnbrunn	3·951	4·624	1·200	0·200
212	Pulkautal	40·3	von Straße Nr. 35—Rohrendorf—Straße Nr. 6 bei Laa an der Thaya	2·353	2·483	. . . .	. . . .
213	Ziersdorf-Hohenwarther	30·3	von der Pulkautalstraße in Straß—Ziersdorf—Straße Nr. 3 in Hollabrunn	1·153	0·248	. . . .	1·000
214	Eggenburg-Hadersdorfer	34·4	von Straße Nr. 35—Eggenburg—Straße Nr. 3 bei Hadersdorf	5·205	7·211	2·700	1·500
215	Geras-Retzer	31·0	von Straße Nr. 30 in Geras zur Straße Nr. 35 in Retz	1·859	0·043	. . . .	1·500
216	Thayatal	61·2	von Straße Nr. 30 in Drosendorf—Heidenreichstein—Straße Nr. 4 in Schrems	8·831	11·354	6·500	3·700
217	Gföhler	24·7	von Straße Nr. 38 in Neu Pölla—Gföhl—Straße Nr. 37 in Königsalm	3·911	6·619	6·340	3·000
218	Ottenstein-Allentsteiger	18·0	von Straße Nr. 38 bei Ottenstein—Allentsteig—Straße Nr. 5 nächst Göpfritz	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
218 a	Zwettler	13·2	von Straße Nr. 37 in Rudmanns—Rastenfeld—Straße Nr. 37 nächst Marbach	2·976	0·338	. . . .	. . . .
219	Yspertal	25·2	von Straße Nr. 36 in Würnsdorf—Altenmarkt—Straße Nr. 123 in Ysperdorf	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .
220	Wr. Neustadt-Schwadorfer	42·4	von Straße Nr. 17 bei Wr. Neustadt—Pottendorf—Reisenberg—Straße Nr. 10 östlich Schwadorf	0·030	. . . .	4·000	5·800
221	Wr. Neustadt-Grünbacher	26·0	von Straße Nr. 17 in Wr. Neustadt zur Straße Nr. 26 bei Puchberg (Bruck)	0·148	2·349	3·840	3·100
222	Berndorf-Hernsteiner	46·9	von Straße Nr. 1—Baden—Hernstein—Wr. Neustadt—Grünbacher Straße	3·036	4·760	2·000	5·500
223	Badener	31·3	von der Mödling—Altenmarkter Straße in Alland—Baden—Straße Nr. 16 in Ebreichsdorf	0·864	0·158	. . . .	. . . .

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1965	Bundesrechnungsabschluß 1966	Geändertes Bauprogramm 1967	Voraussichtliches Bauprogramm 1968
				Millionen Schilling			
224	Mödling-Altenmarkter	35·5	von Straße Nr. 16—Mödling—Heiligenkreuz—Straße Nr. 18 bei Altenmarkt	4·050	11·449	13·970	20·900
225	Klosterneuburg-Tullner	28·5	von Wien/Heiligenstadt—Klosterneuburg—Gugging—Straße Nr. 19 in Tulln	11·377	5·533	12·700	16·000
226	Tulln-Mauterner	37·1	von Straße Nr. 19—Asparn—Traismauer—Straße Nr. 32 bei Mautern	0·067	. . . .	. . . .	0·500
227	Purkersdorf-St.-Pöltener	44·8	von Straße Nr. 1 in Purkersdorf—Neulengbach—Straße Nr. 20 in St. Pölten	1·473	0·386	. . . .	2.300
228	Herzogenburg-Böheimkirchener	40·2	von Straße Nr. 32—Herzogenburg—Böheimkirchen—Straße Nr. 19 in Laaben	8·281	4·855	0·520	1·400
229	Aggsbacher	23·4	von Straße Nr. 1 in St. Pölten—Weyersdorf—Gansbach—Straße Nr. 33 bei Dorf Aggsbach	4·782	1·450	5·000	4·000
230	Spratzern-Manker	43·2	von Straße Nr. 20 in Spratzern—Mank—Matzleinsdorf—Straße Nr. 1	5·206	0·891	1·000	0·900
231	Pielachtal	39·1	von der Spratzern-Manker-Straße in Obergrafendorf zur Straße Nr. 28 bei Winterbach	1·305	7·436	7·140	5·300
232	Melktal	17·9	von der Spratzern-Manker-Straße in St. Leonhard am Forst zur Straße Nr. 25 in Purgstall	5·047	0·701	2·420	. . . .
233	Grestener	29·8	von Straße Nr. 25 in Saffen—Gresten—Straße Nr. 31 in Gstadt	10·933	24·452	7·000	5·400
234	Ardagger	12·8	von Straße Nr. 1 in Amstetten—Ardagger—Donauufer bei Tiefenbach	12·783	0·814	1·500	4·900
235	Strengberg-Steyr	22·2	von Straße Nr. 1 bei Strengberg—Haag—Straße Nr. 22 bei Steyr	7·970	3·166	8·100	8·600
235a	Haag-Weistracher	8·1	von der Strengberg-Steyr-Straße bei Haag—Weistrach—Straße Nr. 22	8·339	12·032	8·700	0·200
		9.237·4	Allgemeine Ausgaben	87·005	177·284	295·551	162·540
			Bundesstraßen (ausschließlich Autobahnen) (Summe)	1.503·969	1.763·017	2.069·000	2.159·100
			Autobahnen.[16])				
A	West-Autobahn [17])	343·3	Wien/Auhof—Salzburg/Staatsgrenze einschließlich Äste	477·206	332·213	302·800	300·001
A	Süd-Autobahn [18])	49·5	Wien/Favoritenstraße—Wr. Neustadt	417·419	100·222	133·000	20·000
		39·6	Gleisdorf—Graz—Mooskirchen	61·729	119·395	230·000	220·000
		28·3	Klagenfurt/West—Wernberg	92·825	240·977	230·000	220·000
A	Inntal-Autobahn [19])	73·0	Kufstein—Innsbruck/Ost	67·100	132·060	230·000	220·000
A	Salzachtal-Autobahn [20])	12·7	Salzburg/Niederalm—Vigaun	10·183	55·572	65·300	70·000
A	Rheintal-Autobahn [21])	15·5	Dornbirn—Götzis	11·629	28·776	80·000	75·000
A	Nordost-Autobahn [21a])	1·0	Wien, 4. Donaubrücke einschl. Brückenkopfanschlüsse	. . . .	2·312	45·000	45·000
A	Andere Autobahnstrecken [21b])	527·1	Laut Bundesstraßengesetznovellen 1958 und 1964	22·515	66·341	. . . .	. . . .
		1.090·0	Autobahnen (Summe)	1.160·606	1.077·868	1.316·100	1.170·001
		10.327·4	Gesamtsumme [21c])	2.664·575	2.840·885	3.385·100	3.329·101

[16]) Die Verrechnung erfolgt bei den Ansätzen 1/643 und 5/643.

[17]) Fahrbahndecke Wien/Auhof—Preßbaum und Kottingburgstall—Ennsdorf, Leitschienen, Notrufanlagen, Restarbeiten und Restzahlungen.

[18]) Bau der Strecken Inzersdorf—Favoriten, Gleisdorf—Mooskirchen und Klagenfurt—Wernberg.

[19]) Bau der Strecke Innsbruck/Ost—Schwaz und Umfahrung Kufstein.

[20]) Bau der Strecke Salzburg/Niederalm—Vigaun.

[21]) Bau der Strecke Dornbirn—Götzis.

[21a]) Bau der 4. Donaubrücke einschließlich Brückenkopfanschlüsse.

[21b]) Planung von Autobahnstrecken in allen Bundesländern, Baueinleitung und Bauweiterführung in den anderen Autobahnstrecken.

[21c]) Im BVA 1967, 1966 und 1965 waren in der Gesamtsumme auch die Aufwendungen für Nebenkosten und Steuern beim Liegenschaftserwerb, Rechts- und Beratungskosten und Vergütungen gemäß § 30 BHV. enthalten. Diese Aufwendungen sind im BVA 1968 unter eigenen Ansätzen vorgesehen, und zwar 1/64238 ... 119,500.000 S, 1/64338 ... 90,520.000 S.

www.parlament.gv.at

Titel 644 Wasserbauverwaltung

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	48·0	92·8	140·8	14·1
1967 **)	50·8	49·7	100·5	16·3
1968 **)	55·0	36·5	91·5	19·6

Gebarung 1966 bis 1968

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Bundesstrombauamt	52·6	55·6	60·0
Wasserbauten	31·1	22·9	24·5
Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	4·0	8·0	7·0
Kostenersatz an die Donaukraftwerke A.G.	53·1	14·0	—
Ausgaben (Summe)	140·8	100·5	91·5
Einnahmen			
Bundesstrombauamt	0·8	1·0	1·0
Wasserbauten	13·3	15·3	18·6
Einnahmen (Summe)	14·1	16·3	19·6

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 **beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, für Dienstjubiläen, Vorrückungen u. dgl.**

Beim Sachaufwand ergaben sich im Jahre 1966 **erhöhte Aufwendungen bei den Wasserbauten** zur Beseitigung aufgetretener Hochwasserschäden, ferner durch Leistung einer großen Zahlung für den Kostenersatz an die Donaukraftwerke A.G. Die Entwicklung im Jahre 1967 hängt zum Teil mit Preiserhöhungen, hauptsächlich jedoch mit der Durchführung vorbeugender Maßnahmen bei Wasserbauten und bei Bauten der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz zusammen, die aus den beim Ansatz 2/64421 veranschlagten zweckgebundenen Mitteln des Katastrophenfonds finanziert werden. Für die weitere Durchführung dieser Maßnahmen konnte 1968 nur ein etwas geringerer Betrag veranschlagt werden. Hiedurch und infolge Wegfalls des Kostenersatzes an die Donaukraftwerke A. G. ergibt sich im Jahre 1968 eine Senkung des Sachaufwandes.

Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber 1967 hängt mit der Veranschlagung der zweckgebundenen Mittel des Katastrophenfonds sowie von Entschädigungen für Arbeiten für die Donaukraftwerke A. G. zusammen.

Im Eventualvoranschlag ist eine Ausgabe in Höhe von 2·588 Millionen Schilling für Anlagen vorgesehen.

Ansatz 6440 Bundesstrombauamt

Ansatz 6441 und 6442 Wasserbauten

Dem Bundesstrombauamt obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schiffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donaustrecke.

Neben den normalen Bauvorhaben im Rahmen dieser aufgezeigten Aufgabenbereiche wird das Bundesstrombauamt im Jahre 1968 weitere Arbeiten im Zusammenhang mit den Kraftwerkbauten an der Donau, darunter insbesondere große Baggerungen durchführen, da in Österreich nur das Bundesstrombauamt über die erforderlichen Großgeräte verfügt. Dem Aufwand für diese Arbeiten stehen entsprechende Einnahmen gegenüber.

Dem Bundesstrombauamt stehen die Strombauleitungen in Aschach, Linz, Grein, Ybbs, Krems, Greifenstein, Wien, Bad Deutsch-Altenburg und die Marchbauleitung sowie die Betriebsbauleitung zur Verfügung.

Die Bauarbeiten an der Marchgrenzstrecke werden auf Grund des Staatsvertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Republik vom Jahre 1928, BGBl. Nr. 277/1930, ausgeführt.

Ansatz 1/64437 und 1/64447 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz

Das Bundesstrombauamt ist geschäftsführende Stelle der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz entsprechend dem Bundesgesetz vom 16. Dezember 1927, BGBl. Nr. 372, und dem Bundesgesetz vom 15. Juni 1934, BGBl. Nr. 95/II.

Der Bauaufwand der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Hochwasserschutzanlagen von Krems, Greifenstein, Wien und Bad Deutsch-Altenburg, Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen, Baggerungsarbeiten sowie Arbeiten an der Alten Donau.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und verschiedene Einrichtungen)

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	166·1	33·4	199·5	22·5
1967 **)	188·1	37·3	225·4	26·5
1968 **)	196·2	50·4	246·6	37·6

Gebarung 1966 bis 1968

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung	187·6	210·9	222·0
Tiergarten Schönbrunn	8·1	8·7	9·2
Kurheime und Bäder	3·8	5·8	5·8
Regierungsgebäude	—	—	9·6
Ausgaben (Summe)	199·5	225·4	246·6

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung	12·9	12·8	23·2
Tiergarten Schönbrunn	5·5	7·9	6·8
Kurheime und Bäder	4·1	5·8	5·8
Einnahmen (Summe)...	22·5	26·5	37·6

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, für Dienstjubiläen, Vorrückungen u. dgl.

Beim Sachaufwand ergibt sich im Jahre 1968 insbesondere dadurch eine Steigerung, daß die Kosten für die Hausverwaltung Regierungsgebäude, welche bislang von den benützenden Ressorts getragen wurden, erstmalig unter diesem Titel zusammengefaßt verrechnet werden.

Die Steigerung der Einnahmen beruht auf der erstmaligen Verrechnung der Eintrittsgelder für Besichtigungen unter diesem Titel und weiters auf der Erhöhung der Eintrittsgebühren für den Tiergarten Schönbrunn.

Der Eventualvoranschlag sieht bei diesem Ansatz eine Ausgabe von 0'556 Millionen Schilling für Anlagen vor.

Gebarung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltungen I und II, für die betriebsähnlichen Verwaltungszweige (Tiergarten Schönbrunn, Kurheime und Bäder) und für die Hausverwaltung Regierungsgebäude veranschlagt.

Ansatz 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung I sind in Wien die Bundesgebäudeverwaltung I Wien, die Burghauptmannschaft (einschließlich Fernheizwerk und Kongreßzentrum), die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn mit der Tiergartenverwaltung und in Innsbruck die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung II sind in Wien die Bundesgebäudeverwaltung II Wien für Wien, Niederösterreich und Burgenland, in den übrigen Bundesländern die Bundesgebäudeverwaltungen Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz.

Ansatz 6451 Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnlicher Verwaltungszweig)

Die Einnahmen erfahren durch die im Jahre 1967 vorgenommene Erhöhung der Eintrittsgebühren für Tiergartenbesucher eine wesentliche Steigerung.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Da sowohl das Niveau des Tierbestandes erhalten werden muß als auch eine entsprechende Besetzung der fertigwerdenden Tierhäuser und Freigehege im Erweiterungsbau notwendig ist, sind Tierankäufe unerläßlich.

Nur ein attraktiver Tierbestand wird den internationalen Ruf des Tiergartens Schönbrunn erhalten und Voraussetzung für einen entsprechenden Besuch sein.

Ansatz 6452 Kurheime und Bäder (Betriebsähnliche Verwaltungszweige)

Badeschloß Badgastein

Der Aufwand für das Badeschloß Badgastein, ein Kurheim für Bundesbedienstete, betrifft die Kosten des Betriebspersonals, die Auslagen für den Betrieb und die Verpflegung der Heimgäste. Die vorgesehenen Einnahmen decken den Gesamtaufwand.

Kurhaus Semmering

Das Kurhaus Semmering dient ausschließlich zur Unterbringung von Bundesbediensteten. Der Gesamtaufwand findet in den veranschlagten Einnahmen seine Bedeckung.

Bäder

Von der Bundesgebäudeverwaltung betriebene Bäder gibt es in Wien (Alte Donau und Schönbrunn), Wr. Neustadt und Graz. Der präliminierte Aufwand für das Betriebspersonal und die Betriebsauslagen ist ebenfalls durch die Einnahmen gedeckt.

Ansatz 1/6453 Regierungsgebäude

Unter diesem Paragraph wird erstmalig der Aufwand für die Hausverwaltung Regierungsgebäude, welcher bislang von den benützenden Ressorts getragen wurde, gesondert veranschlagt.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)

	Personalaufwand	Sachaufwand [21d])	Summe	Einn.
		Mill. S		
1966 *).....	3'1	232'8	235'9	—
1967 **).....	5'3	269'5	274'8	—
1968 **).....	5'6	277'7	283'3	51'9

Gebarung 1966 bis 1968

	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Betriebskosten und Hauserfordernisse	78·4	89·1	93·4
Liegenschaftserwerb	157·5	185·7	189·9
Summe...	235·9	274·8	283·3

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[21 d]) Hievon außerordentliche Gebarung:
1966 ..... 118'8 Mill. S
1967 ..... 163'7 Mill. S
1968 ..... 164'9 Mill. S

Unterschiede der Gebarung

Die höhere Dotierung bei Betriebskosten und Hauserfordernissen (Ansatz 6460) gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Steigerung der gesetzlichen Verpflichtungen (Grundsteuer, Stromkosten, Kanalgebühren usw.) sowie auf den gesteigerten Aufwand für Reparaturen durch die allgemeinen Preiserhöhungen zurückzuführen.

Die höhere Dotierung für Liegenschaftsankäufe beruht vor allem auf der gesteigerten Vorsorge für Liegenschaftsankäufe für Unterrichtsanstalten und Flugplätze.

Der Eventualvoranschlag sieht bei diesem Ansatz insgesamt eine Ausgabe von 112·0 Millionen Schilling für verschiedene Liegenschaftsankäufe vor.

Die zur Liegenschaftsverwaltung gehörigen Einnahmen, insbesondere Miet- und Pachtzinse, werden erstmalig unter diesem Titel verrechnet.

Verwaltungsdienststellen

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung I wird in erster Instanz von 31 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen.

Hievon sind 23 bundesunmittelbare und 8 bundesmittelbare Gebäudeverwaltungsdienststellen.

Die bundesunmittelbaren Gebäudeverwaltungsdienststellen sind:

Die Bundesgebäudeverwaltung I Wien, die Burghauptmannschaft in Wien, die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn, die Schloßverwaltung Innsbruck und Ambras, die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

Acht Landesregierungen (ohne Wien) üben die Funktion von bundesmittelbaren Gebäudeverwaltungsdienststellen aus (Landesbauämter, Referate für Bundesgebäude I).

Sämtliche 31 Gebäudeverwaltungsdienststellen verwalten Bundesgebäude in folgenden Bereichen:

Die Bundesgebäudeverwaltung I Wien:
Sämtliche in die Verwaltung der Bundesgebäudeverwaltung I fallenden Bundesgebäude in Wien, ohne die Bereiche der Burg- und Schloßhauptmannschaft in Wien.

Die Burghauptmannschaft in Wien:
Die Bereiche der Hofburg in Wien, des Schlosses Belvedere, des Schlosses Augarten und der Museen am Ring.

Die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn:
Die Bereiche der Schlösser Schönbrunn und Hetzendorf.

Die Schloßverwaltung Innsbruck und Ambras:
Die Hofburg in Innsbruck und das Schloß Ambras.

Die Finanzlandesdirektionen:
Die von der Finanzverwaltung benützten Bundesgebäude.

Die Oberlandesgerichtspräsidien:
Die von der Justizverwaltung benützten Bundesgebäude (ohne Strafanstalten).

Die Landesschulräte:
Die von den höheren und mittleren Bundeslehranstalten benützten Bundesgebäude, sofern der Landesschulrat dort schuldienstliche Instanz ist.

Die Ämter der Landesregierungen (ohne Wien):
Alle übrigen in die Verwaltung der Bundesgebäudeverwaltung I fallenden Bundesgebäude (Polizei, Gendarmerie, Arbeitsämter usw.).

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung II wird von den beim Ansatz 645 genannten Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung II wahrgenommen.

Aufgaben

Der Bundesgebäudeverwaltung I obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von rund 2700 staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften (Einlagezahlen), dazu kommen weitere 2600 Einmietungen, die demselben Zweck dienen, aber, weil sie von den Mietern verwaltet werden, von der Bundesgebäudeverwaltung I nur baulich zu betreuen sind. Maßgebend sind hier neben den speziellen Ressortbedürfnissen die Verpflichtungen des Bundes aus den Mietverträgen, auf die die Bundesgebäudeverwaltung keinen Einfluß hat.

Für die von ihr verwalteten Liegenschaften trägt die Bundesgebäudeverwaltung I neben allen sogenannten „Hauserfordernissen" alle Betriebskosten, wie Grundsteuern, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw. Den Ausgaben für die „Betriebskosten und Hauserfordernisse" und für die sonst auflaufenden Kosten der baulichen Erhaltung der Objekte stehen, wie sich aus der Natur der Aufgabe ergibt, die Behörden-, Amts- und Anstaltsgebäude der Bundesverwaltung zu betreuen, naturgemäß relativ nur geringe Einnahmen aus Miet- und Pachtzinsen und Eintrittsgeldern gegenüber.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung, deren Aufwendungen bei Titel 647 veranschlagt werden, umfaßt alle Regierungs- und Ministerialgebäude, alle Hochschulgebäude, alle Gebäude für höhere Schulen und alle Mittel- und Gewerbeschulgebäude, ferner alle sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich aller bundeseigenen Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Bau-

denkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien, Salzburg und Innsbruck, alle Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner alle Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen, alle Arbeits- und Invalidenämter und alle Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Bauten der beiden zuletzt genannten Verwaltungen belasten allerdings deren Budget (Kapitel 71 beziehungsweise Ansatz 12403). Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung I auch die Bauleitung der Staatsbetriebe Österreichische Staatsdruckerei und Österreichisches Branntweinmonopol nicht zu Lasten der Baukredite des hier erläuterten Kapitels 64, sondern auf Rechnung dieser Bundesbetriebe.

Der Bundesgebäudeverwaltung II obliegt die Verwaltung und bauliche Betreuung (deren Aufwendungen ebenfalls bei Titel 647 veranschlagt werden) aller militärischen und auch ehemals militärischen Anlagen und Liegenschaften, die heute anderen Zwecken dienen, das sind rund 200 Liegenschaften mit ungefähr 3000 großen Objekten, darunter die Kaserne Siezenheim mit 200 Objekten und der Truppenübungsplatz Döllersheim.

Gesetzliche Grundlagen für das Bestehen der Bundesgebäudeverwaltung

Das Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 in seiner gegenwärtigen Fassung (unter Berücksichtigung des Bundesverfassungsgesetzes vom 7. Dezember 1929): Art. 15 Abs. 5, Art. 17 Abs. 1 und 2, Art. 103 Abs. 1, Art. 104 Abs. 2.

Behörden-Überleitungsgesetz vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94/1945: § 3 Abs. 1 und 2 Ziffer 5, § 29 Abs. 2, § 65.

Gesetzliche (Gesetze, Verordnungen) und sonstige (Ministerratsbeschlüsse) Bestimmungen über den Aufgabenbereich der Bundesgebäudeverwaltung und sonstige wesentliche Umstände:

Gesetz vom 27. Juni 1908, RGBl. Nr. 123; Kundmachung des Gesamtministeriums vom 6. Juli 1908; hiezu: RGBl. Nr. 124.

Allerhöchste Entschließung vom 16. März 1835, Hofkammerdekret vom 19. März 1835, Zl. 12.117/1027.

Finanzministerialerlaß vom 7. Oktober 1865, Zl. 47.258.

Ferner:

Gesetz vom 14. März 1919, StGBl. Nr. 180.

Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBl. Nr. 451, betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung.

Verordnung der Bundesregierung vom 9. April 1923, BGBl. Nr. 199.

Gesetz vom 25. Juli 1946 über die Geschäfte der obersten Bundesverwaltung, BGBl. Nr. 120.

Gehaltsüberleitungsgesetz 1946, BGBl. Nr. 22/1947, § 23 beziehungsweise Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54/1956, § 24 (Dienst- und Naturalwohnungen).

„Grundzüge der Bundesgebäudeverwaltung" (Ministerratsbeschluß), niedergelegt in Zl. 121.185/R aus 1932 des Bundesministeriums für Handel und Verkehr.

„Dienstvorschrift für die Gebäudeverwalter der Bundesgebäudeverwaltung", niedergelegt in Zl. 121.185/R aus 1932 des Bundesministeriums für Handel und Verkehr.

Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70 (Kompetenzgesetz 1966).

Liegenschaftsankauf und Liegenschaftserwerbung im Tauschwege

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen finanzgesetzlichen Ansätzen vorgesehen sind, bei den Ansätzen 6461 bis 6468 zusammengefaßt.

Nur für den Erwerb von Liegenschaften für die Kulturinstitute und österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, für die Bauhöfe nach Maßgabe des Einganges zweckgebundener Einnahmen sowie für die Bundesstraßenverwaltung (einschließlich für Autobahnzwecke) ist weiterhin bei Kapitel 13, 20 und 60 bzw. Titel 642/643 vorgesorgt (1968: 331·7, 1967: 509·1 Millionen Schilling). Der Erfolg 1966 betrug 439·3 Millionen Schilling.

Für die Erstellung von Neubauten ist naturgemäß die Bereitstellung ausreichend großer und zweckentsprechender Baugründe erforderlich. Sofern solche nicht von den Gemeinden kostenlos gewidmet werden, müssen sie käuflich erworben werden. Weiters erfolgt die Unterbringung von Dienststellen häufig in angekauften Gebäuden, sofern günstige Ankaufsangebote vorliegen und die Zweckadaptierung keine zu großen Kosten erfordert.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesem Ansatz auch noch Freimachungskosten und die mit der Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum zusammenhängenden Kosten (zum Beispiel Schätzkosten, Abgaben) sowie Rückersätze für Veräußerungen aus den Vorjahren, die sich durch Rückstellungsentscheidungen usw. ergeben können, veranschlagt.

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bauten und Technik für Liegenschaftsankäufe gründet sich auf § 3 Abs. 2 Z. 5 lit. a Behördenüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 94/1945, und auf das Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Bauten und Technik und Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung)

	Sachaufwand [21e)]	Einnahmen Mill. S
1966 *)	544·9	57·6
1967 **)	585·0	58·1
1968 **)	533·5	1·4

Unterschiede der Gebarung

Unter diesem Titel wird der Bedarf für Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz 1967, für Schulen der Unterrichtsverwaltung, Schlösser, Museen, Palais usw., Bauten für die Landesverteidigung, sonstige Bundesgebäude, Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal, entsprechende Zivilschutzmaßnahmen und erstmalig ein Verrechnungsansatz für Einmietungen von Bundesdienststellen zusammengefaßt. Es handelt sich dabei um Gebäudeerhaltungsarbeiten, somit um die laufende Instandhaltung und den Nachholbedarf für die Schulen, Kulturbauten, Militärobjekte und alle sonstigen Bundesgebäude.

Die geringere Höhe der Ausgabenansätze gegenüber 1967 ist im wesentlichen auf eine Ausgabenumstellung zugunsten des Hochbaues bei den Schulen der Unterrichtsverwaltung zurückzuführen.

Der Eventualvoranschlag sieht bei diesem Ansatz insgesamt eine Ausgabe von 57·0 Millionen Schilling für die Erhaltung vor.

Die Reduzierung der Einnahmen im Jahre 1968 beruht auf einer entsprechenden Umstellung. Die Eintrittsgelder für Besichtigungen wurden unter dem Titel 645, die Miet- und Pachtzinse unter dem Titel 646 veranschlagt.

Bautechnische Betreuung

Die bautechnische Betreuung der Bundesgebäude wird im Rahmen der Bundesgebäudeverwaltung I von der Bundesgebäudeverwaltung I Wien, der Burghauptmannschaft in Wien, der Schloßhauptmannschaft Schönbrunn und der Schloßverwaltung Innsbruck und Ambras für die in ihren Verwaltungsbereich fallenden Bundesgebäude wahrgenommen.

Die Ämter der Landesregierungen (ohne Wien) betreuen bautechnisch die Bundesgebäude ihres Verwaltungsbereiches und diejenigen Bundesgebäude, welche im jeweiligen Bundesland von einer Finanzlandesdirektion, einem Oberlandesgerichtspräsidium (einschließlich der nicht verwalteten Strafanstalten) oder einem Landesschulrat verwaltet werden.

Die bautechnische Betreuung der Bundesgebäude im Rahmen der Bundesgebäudeverwaltung II wird von den beim Ansatz 645 genannten Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung II wahrgenommen.

Aufgaben

Ansatz 1/6470 Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 3 FAG. 1967

Unter diesem Paragraph werden 4 v. H. des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG.) 1967 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Ansatz 1/6471 Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die laufende Instandhaltung der Schulen der Unterrichtsverwaltung sowie für den zur Erhaltung dieser Gebäude notwendigen Nachholbedarf, insbesondere für Adaptierungen und Modernisierungen, vorgesehen.

Ansatz 1/6472 Museen, Schlösser, Palais und ähnliche Kulturbauten

Unter diesem Paragraph wird der Bedarf für die Instandhaltung und den Aufholbedarf von Museen, Schlössern, Palais und ähnlichen kulturell wertvollen Gebäuden gesondert von der Instandhaltung der Amtsgebäude veranschlagt.

Ansatz 1/6473 Bauten für die Landesverteidigung

Die Ausgaben betreffen entsprechende und angemessene Vorsorgen für die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen sowie Zweckadaptierungen an denselben.

Die nach Abschluß des Staatsvertrages von den Besatzungsmächten übernommenen Objekte befinden sich zum Teil noch in beschädigtem Zustande. Diese Gebäude sind für Zwecke des Bundesheeres instandzusetzen beziehungsweise instandzuhalten und dienen zur Unterbringung von Truppen und Kommandostellen, Übungs- und Schießplätzen, Anstalten und Werkstätten. Einige Objekte wurden auch für Wohnzwecke adaptiert.

Insgesamt sind 110 Unterkunftskomplexe, 40 Schießplätze, 30 Anstalten und 400 Woh-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[21 e)] Hievon außerordentliche Gebarung:
1966 ..... 211·3 Mill. S
1967 ..... 232·4 Mill. S
1968 ..... 178·3 Mill. S

nungen auszubauen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kasernen hinsichtlich der sanitären Verhältnisse und der wirtschaftsbetrieblichen Notwendigkeiten nicht immer den Anforderungen ganz entsprechen. Weiters sind zahlreiche Baumaßnahmen notwendig, um behördlichen Vorschreibungen nachzukommen.

Ansatz 1/6475 Sonstige Bundesgebäude (BGV I)

Im Voranschlag 1967 waren bei diesem Ansatz sowohl die Ausgaben der BGV I als auch der BGV II veranschlagt. Durch die gesonderte Veranschlagung der BGV II im Voranschlag 1968 beim Ansatz 1/6476 ergibt sich gegenüber dem Jahr 1967 ein verringerter Aufwand.

Ansatz 1/6476 Sonstige Bundesgebäude (BGV II)

Der veranschlagte Betrag ist für die laufende Instandhaltung der in Verwaltung der Bundesgebäudeverwaltung II befindlichen Objekte bestimmt, insbesondere für den weiteren Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal.

Ansatz 1/6477 Baumaßnahmen für Einmietungen der Bundesdienststellen

Unter diesem Paragraph wird erstmalig der Bedarf für die bautechnische Betreuung der von den Ressorts gemieteten Objekte allerdings nur mit einem Erinnerungsbetrag veranschlagt.

Titel 648 Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten)

	Sachaufwand [21f)]	Einnahmen Mill. S
1966 *)	569·4	7·8
1967 **)	571·0	0·5
1968 **)	657·5	25·3

Unterschiede der Gebarung

Bei diesem Ansatz werden — von geringen Ausnahmen bei einigen Ressortansätzen abgesehen — die Ausgaben für den Hochbau der Hoheitsverwaltung des Bundes (Schulen und sonstige Bundesbauten) veranschlagt.

Die Steigerung der Ausgaben entspringt dem wachsenden Schulraumbedarf, der Veranschlagung für den Neubau der Polizeidirektion Wien und der Vorsorge für die Unterbringung internationaler Organisationen.

Außerdem sieht der Eventualvoranschlag bei diesem Ansatz noch insgesamt 105·0 Millionen Schilling für den Bundeshochbau vor.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[21 f)] Hievon außerordentliche Gebarung:
1966 ..... 550·6 Mill. S
1967 ..... 571·0 Mill. S
1968 ..... 657·5 Mill. S

Gebarung

Aus den Beträgen dieses Titels sind die Kosten der Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten zu bedecken, die von zehn Ressorts als erforderlich beansprucht werden.

Es wurden veranschlagt:

Beim Ansatz 5/6480 Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 3 FAG. 1967

Unter diesem Paragraph werden 4 v. H. des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG.) 1967 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Beim Ansatz 5/6481 Schulen der Unterrichtsverwaltung

Unter Schulen der Unterrichtsverwaltung sind zu verstehen:

A. Hochschulen:

Hochschulen, Kunstakademien, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

B. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (z. B. Bundesschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeninstitut Wien.

C. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere technische und gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen);

Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen);

die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein;

Alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Beim Ansatz 5/6483 Bauten für die Landesverteidigung

Bauten der Landesverteidigung sind alle militärischen Objekte (z. B. Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen).

Beim Ansatz 5/6484 Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten.

Beim Ansatz 1/6485 Sonstige Bundesbauten

Bundeskanzleramt: für Dienststellen des Bundeskanzleramtes.

Finanzen: für Finanzlandesdirektionen, Finanzämter und Zolldienst- und Wohngebäude.

Justiz: für Gerichtsgebäude und Strafanstalten.

Soziale Verwaltung: für Arbeits- und Invalidenämter.

Inneres: für Polizei- und Gendarmeriedienststellen.

Land- und Forstwirtschaft: für Bundesversuchsgüter.

Handel, Gewerbe und Industrie: für Patentamt, Berghauptmannschaft, Dienstgebäude der Vertretungen im Ausland und andere Dienststellen.

Bauten und Technik: für Dienstgebäude des Eich- und Vermessungswesens, Beschußamt und sonstige Dienststellen.

Bei diesem Paragraph wird auch für die Bauten für die UNIDO sowie für den Neubau von Wohnobjekten in Wien 3 und Wien 16 vorgesorgt.

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1966 *)	133·4	37·8	171·2	38·9
1967 **)	145·2	41·7	186·9	45·2
1968 **)	159·8	45·5	205·3	46·7

Gebarung 1966 bis 1968

Die Gebarung 1966 bis 1968 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Einrichtungen des Eichwesens.	23·4	24·7	29·2
Einrichtungen des Vermessungswesens	147·8	162·2	176·1
Ausgaben (Summe)	171·2	186·9	205·3
Einnahmen			
Einrichtungen des Eichwesens.	24·4	30·0	31·5
Einrichtungen des Vermessungswesens	14·5	15·2	15·2
Einnahmen (Summe)	38·9	45·2	46·7

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf die Vorsorge für die fälligen Vorrückungen und Beförderungen sowie für Dienstjubiläen und für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes beruht auf der Zunahme der Tätigkeit des Amtes.

Außerdem sieht der Eventualvoranschlag noch Ausgaben in Höhe von einer Million Schilling für Anlagen vor.

Die Steigerung der Einnahmen ist durch die Erhöhung der Eichgebühren bedingt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 6490 Einrichtungen des Eichwesens

Aufgaben

Die Öffentlichkeit hat das Recht, zu verlangen, daß im öffentlichen Verkehr, im Gesundheits- und im Sicherheitswesen nur richtige Meßgeräte verwendet werden. Das Maß- und Eichgesetz schafft die Grundlagen zur Erfüllung dieser Forderung; die Gruppe Eichwesen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen ist beauftragt, für Ordnung im Maß- und Eichwesen und damit für die Schaffung der nötigen Vertrauensgrundlage für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft Österreichs zu sorgen.

Der Gruppe Eichwesen obliegt es daher:

1. die Etalons der gesetzlichen Einheiten zu verwahren und zu überwachen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festzulegen;
2. die einschlägigen Vorschriften dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt anzupassen und auch den Fortschritt im Prüfungs- und Normungswesen zu berücksichtigen;
3. für die eichpflichtigen Meßgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen auszuarbeiten und zu erlassen;
4. neue Meßgerätebauarten zur Eichung zuzulassen;
5. Meßgeräte zu eichen;
6. die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen zu überwachen;
7. im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes Meßgeräte zu prüfen, zu beglaubigen sowie entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten zu fördern; desgleichen, die Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte zu erlassen;
8. die Eichämter Österreichs einheitlich auszurüsten sowie die Normalgeräte der Eichämter und der Abfertigungsstellen zu prüfen und zu beglaubigen.

Organisation

Die Gruppe Eichwesen gliedert sich in vier Abteilungen, die im bundeseigenen Gebäude, Wien 16, Arltgasse 35, untergebracht sind.

Die Abteilung „Technisch-administrative Angelegenheiten" besorgt insbesondere die Ausrüstung und Überwachung der Eichämter in den Bundesländern im Wege der drei Inspektoren der Eichaufsichtsbezirke [22]); es gibt derzeit vorbehaltlich der gesetzlichen Regelung 15 Stammeichämter und 58 Nebeneichämter (einschließlich Faßeichstellen). Ferner stehen 4 „fahrbare Eichämter", d. s. Sattelschlepper mit Anhänger, in denen die Meßgeräte eines Eichamtes eingebaut sind, für Eichungen zur Verfügung.

Die Tätigkeiten der übrigen Abteilungen der Gruppe Eichwesen, und zwar „Allgemeines Meßwesen", „Elektrisches Meßwesen" und „Industrielles Meßwesen" sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964, Seite 218, näher beschrieben.

Gesetzliche Grundlagen [23])

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950.

Verordnung über den Sitz der Eichämter und den Umfang ihrer fachlichen Befugnisse, BGBl. Nr. 230/1965.

Eich-Zulassungsordnung, BGBl. Nr. 162/1953.

Eichstempelverordnung, BGBl. Nr. 239/1950.

Eichgebührenordnung 1967, BGBl. Nr. 266.

Schankgefäßeverordnung, BGBl. Nr. 122/1953 in der Fassung des BGBl. Nr. 139/1958 und des BGBl. Nr. 296/1961.

Flaschenverordnung, BGBl. Nr. 123/1953.

Verordnung betreffend eichpflichtige Meßgeräte, die nur geeicht in den Handel gebracht werden dürfen, BGBl. Nr. 47/1953.

Verordnung betreffend die wissenschaftlich-technische Untersuchung des Dauerverhaltens von Gaszählern, BGBl. Nr. 35/1954.

Ansatz 6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Organisation

Unter diesem Kreditansatz wird der Aufwand des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen für die Gruppe „Grundkataster und Grundlagen des Vermessungswesens" und die Gruppe „Landesaufnahme" veranschlagt.

Die Gruppe „Grundkataster und Grundlagen des Vermessungswesens" umfaßt alle technischen, administrativen und wissenschaftlichen Aufgaben hinsichtlich der Katastralvermessung und der Grundlagen des Vermessungswesens.

Diese Aufgaben werden von zehn Abteilungen ausgeführt.

Die Gruppe „Landesaufnahme" führt alle Arbeiten hinsichtlich Herstellung, Evidenthaltung und Vervielfältigung der österreichischen Landkartenwerke durch. An diesem Arbeitsprogramm sind sechs Abteilungen beteiligt.

Die Dienststellen sind in Wien in neun örtlich getrennten Objekten untergebracht [24]).

Die Fortführung des Grundkatasters obliegt 69 Vermessungsämtern und zwei Zweigstellen, welche den vier Inspektoren für das Vermessungswesen unterstellt sind. Die Aufgaben dieser Inspektoren erstrecken sich auf die allgemeinen Angelegenheiten der Fortführung des Grundkatasters, auf die Überwachung der Vermessungsämter, den Verbindungsdienst zu den Behörden und auf die Angelegenheiten der Bodenschätzung. Die Vermessungsämter haben in der allgemein vom Mai bis Oktober währenden Feldarbeitszeit alle Veränderungen zu erheben und zu vermessen, die in der Natur gegenüber dem Stand in der Katastralmappe eingetreten sind. Es handelt sich um Veränderungen der Gemeindegrenzen, Übertragung von Grundbesitz, Kulturänderungen, Richtigstellung der Mappen usw. Während der nachfolgenden Kanzleiperiode sind die festgestellten Veränderungen in den Operaten durchzuführen, desgleichen auch Grundteilungspläne fremder Behörden und der Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen zu bearbeiten.

Obliegenheiten

Die den einzelnen Abteilungen der beiden Gruppen obliegenden Arbeiten sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964, Seiten 219 bis 222, näher ausgeführt.

Aufgaben im Jahre 1968

Die den vorgenannten Abteilungen im Jahre 1968 obliegenden wichtigsten Aufgaben sind nachstehend aufgezeigt.

Gruppe „Grundkataster und Grundlagen des Vermessungswesens"

Erdmessung

In der Abteilung Erdmessung ist für geodätisch-astronomische Messungen der Einsatz auf zirka acht Stationen von zwei Feldarbeitspartien durch fünf Monate, für Basismessungen und Maßstabsbestimmungen im Dreiecksnetz 1. Ordnung der Einsatz des Geodimeters für drei Monate, für Schwerkraftmessungen der Einsatz eines Meßtrupps durch fünf Monate, für Präzisionsnivellements der Einsatz über eine Strecke von rund 1100 km von vier Arbeitspartien zum Teil bis zu sechs Monaten und für nachgeordnete Nivellements in der Länge von 600 km der Einsatz von drei Nivellementpartien für fünf Monate geplant.

[22]) Näheres über den Bereich dieser Aufsichtsbezirke siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1961, Seite 182.

[23]) Siehe auch das „Übereinkommen über die Gründung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (Eichwesen)", BGBl. Nr. 171/1958.

[24]) Siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1961, Seite 183.

Triangulierung

Zur Neubestimmung von zirka 1300 Triangulierungspunkten und zirka 4000 Einschaltpunkten sind wie im Vorjahr rund 32 Feldarbeitsgruppen für etwa sechs Monate vorgesehen.

Photogrammetrische Auswertung

Für die über Antrag der Vermessungsämter bzw. der Abteilung K 1 vorgesehenen 10.000 Neupunkte des Festpunktfeldes ist im Jahre 1968 der Einsatz von mindestens zehn Arbeitspartien auf die Dauer von zirka sieben Monaten vorgesehen.

Für das Jahr 1968 ist vorgesehen: Reambulierung der Katastralmappen auf Grund von Luftbildaufnahmen zirka 20.000 ha, Durchführung des Feldvergleichs aus Luftbildern zirka 120.000 ha.

Lochkartentechnik

Für das Jahr 1968 ist in der Abteilung Lochkartentechnik geplant: Die Beendigung der Umstellung des Schriftoperates auf Lochkarten bei den restlichen noch nicht umgestellten Katastralgemeinden. Die maschinenmäßige Fortführung der Lochkartenoperate aller 7877 Katastralgemeinden mit zirka 550.000 geänderten Karten und zirka 180.000 geänderten Grundbesitzbogen.

An geodätischen Rechenarbeiten ist für das Jahr 1968 folgender Arbeitsanfall zu erwarten: die Berechnung von 340.000 aufgenommenen Punkten, die Berechnung von 150.000 Sperrmaßen, 10.000 Triangulierungs- und Einschaltpunkten im Netzausgleich, 30.000 Flächen mit 500.000 Grenzpunkten und an Auswertungsarbeiten der Luftbildaufnahme zirka 10.000 Einschaltpunkte und zirka fünf Blätter der „Österreichischen Karte 1 : 50.000", rund 900.000 Punktauftragungen und Kartierungen auf den beiden automatischen Kartiergeräten.

Katastrale Neuvermessung

Für das Jahr 1968 sind in der Abteilung Katastrale Neuvermessung für die Durchführung folgender Arbeiten 57 Arbeitspartien vorgesehen: Fertigstellung der katastralen Neuvermessung in 12 Katastralgemeinden der Bezirke Jennersdorf und Oberwart und damit Abschluß der Burgenland-Neuvermessung. Fortsetzung der Neuvermessungsarbeiten in Graz, Linz und Kufstein. Schaffung von Einschaltpunkt-Netzen in Graz, Linz, Ried im Innkreis (Süd), Schärding (Ost), Wels, Gmunden und Kufstein.

Agrarische Operationen

Die Abteilung Katastrale Bearbeitung agrarischer Operationen (mit den vier unterstellten Katasterdienststellen für agrarische Operationen in Wien, Linz, Graz und Innsbruck) hat die von den Agrarbehörden vollzogenen agrarischen Operationen, wie Zusammenlegungen, Teilungen und Regulierungen, im Grundkataster durchzuführen.

In den von Zusammenlegungen betroffenen Katastralgemeinden hat sie außerdem für die Neuvermessung der Restgebiete und die Erstellung des Festpunktfeldes zu sorgen.

Zurzeit sind in rund 1300 Katastralgemeinden agrarische Operationen seitens der Agrarbehörden anhängig. Für 1968 ist der Einsatz von rund 35 Feldarbeitspartien während durchschnittlich 4·5 Monaten geplant, die in zirka 65 Katastralgemeinden Restgebiete im Gesamtausmaß von zirka 15.000 Grundstücken und zirka 5000 ha bearbeiten werden. Weiters ist die Erstellung von zirka 2000 Einschaltpunkten vorgesehen.

Plankammer

Für das Jahr 1968 ist die Einberufung von 800 Fortführungsmappenblättern mit 230.000 Grundstücken aus den Vermessungsämtern und die Übernahme von 2000 Zahlenplanblättern von den Abteilungen „Katastrale Neuvermessung" und „Katastrale Bearbeitung agrarischer Operationen" zum Zwecke ihrer Reproduktion vorgesehen. Es gelangen zirka 460.000 Grundstücke zur Revision.

Vermarkung und Vermessung von Grenzen

Für 1968 sind in der Abteilung Vermarkung und Vermessung der Bundes- und Landesgrenzen abschließende Verhandlungen über die österreichisch-deutsche Staatsgrenze vorgesehen.

Außerdem sind noch nachstehende Arbeiten an den Bundesgrenzen vorzunehmen:

Österreichisch - liechtensteinische Staatsgrenze: Instandsetzung beschädigter bzw. Wiedererrichtung verlorengegangener Grenzzeichen.

Österreichisch - schweizerische Staatsgrenze: Wiederherstellung und Vermarkung in der Rheinebene und in den Hochgebirgsabschnitten.

Österreichisch-ungarische Staatsgrenze: Fortsetzung der periodischen Revision auf Grund des Staatsvertrages vom 31. Oktober 1964.

Österreichisch-italienische Staatsgrenze: Voraussichtlich kleinere örtliche Wiederherstellungsarbeiten auf Antrag österreichischer Behörden (Landesregierungen, Finanzlandesdirektionen).

Österreichisch-jugoslawische Staatsgrenze: Fortsetzung der periodischen Revision auf Grund des Übereinkommens vom 19. März 1958.

Bodenschätzungsergebnisse

Die Abteilung Katastrale Bearbeitung der Bodenschätzungsergebnisse wird im Jahre 1968 folgende Aufgaben durchführen:

Einsatz von 70 Schätzungsausschüssen, welche zirka 300 Katastralgemeinden mit rund 300.000 ha zu bearbeiten haben.

Feldvergleichsarbeiten in rund 360 Katastralgemeinden mit 320.000 ha. Von diesen Gemeinden werden unter der Voraussetzung des Einsatzes von vier Auswertegeräten rund drei Viertel auf photogrammetrischem Wege feldverglichen.

Herstellung bzw. Rektifizierung und Neubeschriftung von Mutterpausen von rund 400 Katastralgemeinden. Weiters sind für den Feldvergleich die Luftbilder von rund 300 Katastralgemeinden herzustellen und von rund 100 Katastralgemeinden die Mutterpausen nach dem photogrammetrischen Feldvergleich zu berichtigen. Außerdem sind von rund 12.000 Mappenblättern Lichtpausen anzufertigen.

Übernahme der Ergebnisse der Bodenschätzung in den Kataster von rund 440 Katastralgemeinden mit rund 165.000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Hiebei werden zirka 1,300.000 Ertragsmeßzahlen zu berechnen sein.

Umarbeitung der Schätzungsoperate nach erfolgter Kommassierung bzw. Neuvermessung von 60 Katastralgemeinden.

Gruppe „Landesaufnahme"

Photogrammetrie

Flugplanung und Befliegung für die topographische Neuaufnahme und Kartenrevision von Österreich; Aerotriangulierung, Beschaffung der Unterlagen für Auswertung und Entzerrung von Luftbildern; Luftbildaufnahmen für Bodenschätzung, Neuvermessung, Katasterfortführung, agrarische Zwecke sowie für diverse technische Projekte mit amtseigenem Vermessungsflugzeug, Type „Aero-Commander", und dem mitbenützten Flugzeug des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, Type „Do 27", im Umfang von zusammen zirka 12.000 Photokilometern. Numerisch-photogrammetrische Koordinatenbestimmung von 10.000 Punkten des E.P.-Netzes.

Topographie

Stereoskopische Auswertung der von der Abteilung Photogrammetrie aufgenommenen Luftbilder für die topographischen staatlichen Karten und für Arbeiten an den Bundesgrenzen.

Topographische Neuaufnahme für die Karte 1 : 50.000 im Ausmaß von 3200 km² und Luftbildkrokierung im Ausmaß von 1000 km². Der topographischen Neuaufnahme kommt im Jahre 1968 mit Rücksicht auf den Bedarf des Bundesministeriums für Landesverteidigung erhöhte Bedeutung und besondere Dringlichkeit zu.

Kartographie und Kartenrevision

Der Abteilung Kartographie und Kartenrevision obliegt die kartographische Bearbeitung aller staatlichen Kartenwerke der Maßstäbe 1 : 50.000, 1 : 200.000 und 1 : 500.000 sowie deren Evidenthaltung. Darüber hinaus werden jährlich etwa sieben Kartenblätter (3640 km²) im Gelände revidiert, wobei in erster Linie auf die Bedürfnisse der Landesverteidigung Rücksicht zu nehmen ist. Durch die starke Bautätigkeit und die damit verbundene rasche Veränderung des Karteninhaltes ist ein ständig steigender Arbeitsanfall in der Laufendhaltung der Karten festzustellen.

Reproduktion und Druck

Herstellung von Kontaktkopien, Diapositiven und Luftbildvergrößerungen für Luftbildauswertung, für Anfertigung von Luftbildskizzen und Luftbildplänen. Der Umfang dieser Arbeiten wird durch Intensivierung des Einsatzes der Photogrammetrie immer größer. Außerdem ist durch die verstärkte Kartenrevision der Neu- und Nachdruck von Karten für das Bundesheer im Jahre 1968 wesentlich zu beschleunigen. Hiezu kommen noch die Reproduktionen für den Kataster, die sich insbesondere durch die Einführung des Zahlenplanes und die Anforderungen öffentlicher Stellen für Planungsaufgaben, Flächenwidmungspläne und Ingenieurbauten bedeutend vermehrt haben.

Anzahl der vorgesehenen Photoarbeiten: 110.000 Reproduktionen und 9 Millionen Drucke. Mit diesen Arbeiten sind auch umfangreiche Buchbinderarbeiten verbunden.

Gesetzliche Grundlagen

1. das Evidenzhaltungsgesetz, RGBl. Nr. 83/1883, und die Vollzugsverordnung, RGBl. Nr. 91/1883, hiezu;
2. Gesetz über die Revision des Grundsteuerkatasters, RGBl. Nr. 121/1896;
3. die Vollzugsanweisung der Staatsregierung, StGBl. Nr. 380/1919, betreffend einheitliche Regelung des gesamten staatlichen Vermessungswesens (neuerlich in Geltung getreten laut BGBl. Nr. 85/1946);
4. die Verordnung BGBl. Nr. 613/1923, betreffend das Statut des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (neuerlich in Geltung getreten laut BGBl. Nr. 85/1946);
5. die Verordnung der Bundesregierung, BGBl. Nr. 106/1927, womit die Geltung von Vorschriften betreffend die Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters auf das Burgenland erstreckt wird;
6. die Gebührennovelle 1962, BGBl. Nr. 106/1962.

Kapitel 65 Verkehr

Aufgaben

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen umfaßt die Angelegenheiten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt, der See- und Flußschiffahrt, des zivilen Luftverkehrs, die Angelegenheiten der Fremdenverkehrsförderung, soweit sie sich auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe beziehen, Angelegenheiten des Personen-Kraftfahrlinienwesens, die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen) und der Post- und Telegraphenanstalt sowie die Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft (Atomenergie) und deren Planung, die Förderung der Elektrifizierung und die Angelegenheiten der Bewirtschaftung von elektrischer Energie. Außerdem werden seit Inkrafttreten der Kompetenzänderungen gemäß BGBl. Nr. 70/1966 die Angelegenheiten der verstaatlichten Unternehmungen wahrgenommen.

Titel 650 Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	133·5	20·2	153·7	0·6
1967 **)	145·5	25·5	171·0	0·6
1968 **)	152·9	22·2	175·1	1·3

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten sowie auf die Eingliederung der bisher im Sachaufwand veranschlagt gewesenen Entschädigungen für Nebentätigkeit zurückzuführen.

Das Anwachsen des Sachaufwandes gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 beruht insbesondere auf der Zusammenfassung von Beträgen, die bis zum Jahre 1966 bei verschiedenen Ansätzen veranschlagt waren, nunmehr aber bei der Zentralsektion gemeinsam verwaltet und verrechnet werden. Der Gebarungsrückgang gegenüber dem Jahre 1967 steht im Zusammenhang mit der Gründung der Österreichischen Industrieverwaltungs-Gesellschaft (ÖIG) [1a]) und der damit verbundenen Übertragung von verschiedenen Verwaltungsaufgaben der Sektion V „Verstaatlichte Unternehmungen" an diese Gesellschaft.

Gebarung

Veranschlagt ist unter Titel 650 neben der Zentralsektion die Gebarung der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen samt den Generalvertretungen der Österreichischen Bundesbahnen in Frankfurt am Main und in Mailand sowie die Gebarungen der Sektionen IV (Elektrizitätswirtschaft) und V (Verstaatlichte Unternehmungen) soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen. Unter den sachlichen Ausgaben sind an gesetzlichen Verpflichtungen für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, ECAC-Paris, ITA-Paris, AIPCN-Brüssel, CIGRE-Paris sowie an die OECD-Paris für die CEMT insgesamt 1·020 Millionen Schilling, für Aufwendungen in Durchführung des Luftfahrtgesetzes insgesamt 0·440 Millionen Schilling und für jene Entschädigungen, die im Zuge von Flugunfall-Untersuchungen für Prüfungs- und Gutachterarbeiten zu leisten sind, 0·72 Millionen Schilling vorgesehen. Weiters wurden für die verkehrspolitische Bundesaufsicht 0·071 Millionen Schilling beim Personalaufwand veranschlagt.

Außerdem werden die Kosten der Lastverteilung [1b]) (nach Maßgabe der Einnahmen) bzw. die Liquidationssteuer für die Wien—Pottendorf—Wiener Neustädterbahn i. L. bei entsprechenden Posten (Verrechnungsposten) verrechnet.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	26·6	0·1
1967 **)	26·4	0·0
1968 **)	95·4	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung im Jahre 1968 ergibt sich insbesondere daraus, daß die Forderung der Österreichischen Donaukraftwerke AG. gegen den Bund aus dem Titel der Refundierung, der Kosten für die 2. Schiffahrtsschleuse in Aschach unter Berücksichtigung der Zinsen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren abgestattet werden soll. Ferner wurde für den finanziellen Aufwand in Zusammenhang mit den Veranstaltungen aus Anlaß der fünfzigsten Wiederkehr des Tages des Entstehens der Republik Österreich Vorsorge getroffen.

Österreichische Donaukraftwerke A.G.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Verbundgesellschaft sind der Österreichischen Donaukraftwerke A. G. unter anderem die Aufwendungen für die Errichtung der 2. Schleuse des Kraftwerkes Aschach zu ersetzen. Wegen der Höhe des Betrages erfolgt die Zahlung in mehreren Jahresraten. Die Rate für 1968 wurde mit 85 Millionen Schilling veranschlagt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1a]) BGBl. Nr. 23/1967.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1b]) Siehe BGBl. Nr. 207/1952 (Lastverteilungsgesetz) in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 131/1954, 108/1955, 279/1955, 258/1956, 278/1957, 280/1958, 285/1959, 303/1960, 314/1961, 121/1963, 328/1965 und 309/1966.

Allgemeiner Verkehr

Die veranschlagten Kosten für allgemeine Werbemaßnahmen für Verkehrseinrichtungen im Wege der Österreichischen Verkehrswerbung Ges. m. b. H. sind bei den Ansätzen 65118, 78368 und 79368 mit entsprechenden Teilbeträgen vorgesehen und sollen folgenden Zwecken zugeführt werden:

Die bisher mit Erfolg eingeführten Werbeaktionen und Standardwerbemittel sollen wegen der Kontinuität des Werbeerfolges und unter Bedachtnahme auf den wirtschaftlich bestmöglichen Einsatz der Geldmittel beibehalten werden. Aus Gründen des Wettbewerbs mit anderen weitaus werbeintensiveren westeuropäischen Ländern ist es aber auch notwendig, neue Werbemaßnahmen zu ergreifen, die zu einer weiteren Frequenzsteigerung bei den öffentlichen Verkehrseinrichtungen und damit zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses führen sollen. Neben der Bestreitung der Kosten für die Abhaltung der alljährlich stattfindenden Verkehrstagung, der im Interesse einer gesamtösterreichischen Zusammenarbeit auf dem Verkehrssektor größte Bedeutung zukommt, dient der Aufwandskredit weiters der Beteiligung an Kongressen sowie für den Ankauf von Werbepublikationen und für verschiedene der Werbung in allen Sparten des Verkehrssektors dienende Maßnahmen. Ferner ist der Aufwand anläßlich der Veranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag der Errichtung der Republik Österreich hier mitveranschlagt.

Elektrizitätswirtschaft

Die hier veranschlagten Aufwandskredite dienen der Finanzierung von Versuchsarbeiten, von Studien über die Entwicklung des Strombedarfes und sonstige wirtschaftliche, technische und rechtliche Fragen, zur Herstellung von Dokumentarfilmen über die österreichische Elektrizitätswirtschaft sowie zur Herausgabe von Veröffentlichungen über die österreichische Elektrizitätswirtschaft (Bauprogramm, Bundesstatistik, Schriftenreihe „Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen" und ähnliches). Ferner sollen Untersuchungen über Rationalisierungsmaßnahmen an Kraftwerks- und Leitungsbaustellen, Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Unfallsverhütung auf Baustellen und Anlagen von Kraftwerken, Untersuchungen für die Elektrifizierung der Landwirtschaft, Rahmenplanungen und Beteiligungen an Ausstellungen finanziert werden. Insbesondere sind Untersuchungen über die Verwendung der Atomenergie in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft finanziell zu unterstützen.

Unter diesen Ausgaben ist ferner auch ein einer gesetzlichen Verpflichtung gleichzuhaltender Betrag von 10.000 Schilling für die auf Grund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung geschaffene gemischte österreichisch-jugoslawische Draukommission mitveranschlagt.

Außerdem werden nach Maßgabe der Einnahmen die Aufwendungen im Vorprüfungsverfahren, betreffend Anträge auf Neufestsetzung von Strompreisen, bei einer Verrechnungspost verausgabt.

Zivilschutz (Elektrizitätswirtschaft)

Bei diesem „Verrechnungsansatz" ist die Verrechnung der Kosten für Flutwellenberechnung und sonstige Untersuchungen sowie für den Aufbau eines Warn- und Alarmschutzes für die auf Grund der Flutwellenberechnungen als gefährdet anzusehenden Gebiete vorgesehen. Die Veranschlagung der hiezu notwendigen Kredite erfolgt beim Bundesministerium für Inneres (Ansatz 1111), während die Verrechnung beim Ressortansatz vorgenommen wird.

Zivilschutz (Post- und Telegraphenverwaltung)
Zivilschutz (Österreichische Bundesbahnen)

Für den Zivilschutz ist im Bundesvoranschlag 1968 wie im Vorjahr beim Bundesministerium für Inneres (Ansatz 1111) vorgesorgt. Die Verrechnung der Zivilschutzgebarung erfolgt jedoch nach Genehmigung der erforderlichen Ausgaben im Wege eines finanziellen Ausgleiches bei der Ressortgebarung.

Verstaatlichte Unternehmungen

Die veranschlagten Beträge dienen überwiegend der Finanzierung von Forschungsarbeiten im Bereiche der verstaatlichten Unternehmungen sowie zur Bestreitung diverser Aufwendungen für die Dokumentation und die Herausgabe von Veröffentlichungen über die verstaatlichten Unternehmungen.

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	44·1	4·0
1967 **)	61·2	5·0
1968 **)	77·4	5·2

Unterschiede der Gebarung

Das Ansteigen der Förderungsansätze ist dadurch bedingt, daß auf allen Gebieten der Verwaltung in immer stärkerem Maße Unterstützungsmaßnahmen, teils zum Ausbau wichtiger Wirtschaftszweige, teils für defizitäre Betriebe notwendig werden.

Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten

Der Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten ist durch Statut vom 13. Dezember 1947 eingerichtet worden. An freiwilligen För-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

derungsausgaben sind 0·70 Millionen Schilling, denen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüberstehen, vorgesehen. Dem Fonds fließen Anteile von Zuschlägen zu Sonderpostmarken [2]) zu. Diese werden gemäß den Bestimmungen des Statuts zur Gewährung von zinsenlosen Darlehen und Unterstützungen an sozial bedürftige Post- und Telegraphenbedienstete verwendet.

Länden- und Hafeneinrichtungen

Als Beitragsleistung des Bundes zur verkehrstechnischen Ausgestaltung der Häfen Linz, Wien und Krems sind 2·954 Millionen Schilling vorgesehen. Die Rechtsgrundlage für diese Beitragsleistung bildet das Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955.

Sonstige Schiffahrt

Die für die Förderung der Schiffahrt (freiwillige Förderungsausgaben) veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung des Bestandes der Schiffbautechnischen Versuchsanstalt [3]).

Zivilluftfahrt

Der ständige technische Fortschritt auf allen Gebieten der internationalen Zivilluftfahrt erfordert es, daß sich auch Österreich diesem Trend anschließt und alle Anstrengungen unternimmt, um gegenüber anderen hochentwickelten luftfahrttreibenden Staaten nicht zurückzufallen.

Der vielfältige Einsatz von Luftfahrzeugen erfordert eine erhöhte Bedachtnahme auf die Sicherheit in der Luftfahrt. Dabei ist das Hauptaugenmerk auf die mit den geographischen Gegebenheiten Österreichs ursächlich im Zusammenhang stehende Errichtung bestausgestatteter Zivilflugplätze nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten zu richten. Desgleichen muß danach getrachtet werden, den Funksprechverkehr und dessen Ausbildung zur Sicherheit der Piloten besonders bei auftretenden Gefahren weiter auszubauen.

Ebenso ist jener Personenkreis, dem die Heranbildung eines erstklassigen fliegerischen Nachwuchses übertragen ist, aber auch dem Bodenpersonal durch zweckentsprechende Maßnahmen eine geeignete Fortbildungsmöglichkeit zu bieten. Wie in all diesen Fällen ist eine Förderung auch dort angebracht, wo durch den freiwilligen Einsatz von Organisationen der Rettungsflugwacht die Allgemeinheit in Flugnot- und Katastrophenfällen Hilfeleistungen erwarten kann.

Schließlich soll durch die Bereitstellung von Zuschüssen der Erfahrungsaustausch mit anderen luftfahrttreibenden Ländern, wie auch die Durchführung eigener Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im nationalen Interesse gefördert werden.

Allgemeiner Verkehr

Gesetzliche Grundlagen

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 25. Juli 1946, BGBl. Nr. 120/1946, ist das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen für Angelegenheiten der Fremdenverkehrsförderung, soweit sie sich auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe beziehen, zuständig.

Gebarung

Entsprechend der besonderen Bedeutung, die der indirekten Fremdenverkehrsförderung durch die österreichischen öffentlichen Verkehrsträger zukommt, sollen jene bisher mit Erfolg durchgeführten Maßnahmen, darunter verschiedene Prämiierungen von Bediensteten für freiwillige, auf das gefällige Aussehen der Verkehrseinrichtungen abzielende Leistungen, Subventionierung der fremdsprachigen Ausbildung der im dienstlichen Kontakt mit dem ausländischen Reisepublikum stehenden Bediensteten, Ermöglichung von Schul- und Lehrfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖBB, Post) sowie Leistung von Zuschüssen zu örtlichen Werbemaßnahmen in Fremdenverkehrsgebieten, insbesondere für die Wintersaison, ergriffen werden. Weiters erfolgt die Gewährung von Zuschüssen für Filme mit verkehrsförderndem Inhalt. Auch wird danach zu trachten sein, daß wie bisher die der Verkehrswirtschaft direkt oder indirekt zugute kommenden Einrichtungen sowie diese selbst im Hinblick auf die verschärfte Konkurrenzbildung im Ausland entsprechend gefördert werden. Ferner sind zur laufenden Verbesserung der Infrastruktur der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft für die Finanzierung von Verkehrsinvestitionen Zuschüsse vorgesehen.

Elektrizitätswirtschaft

Bei diesem Ansatz sind, um die Stromversorgung auch in abgelegenen Gebieten sicherzustellen, Beträge für die Darlehensgewährung an kleinere private und kommunale Elektrizitätswerke sowie die bis zum Jahre 1971 jährlich vorgesehenen Zinsenzuschüsse an die Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. mitveranschlagt.

Diesen Unternehmungen, die der öffentlichen Stromversorgung von begrenzten Versorgungsgebieten dienen, soll die Erfüllung der elektrizitätswirtschaftlichen Aufgaben erleichtert bzw. sogar erst ermöglicht werden.

Ferner ist beabsichtigt, Fachleuten der Elektrizitätswirtschaft die Durchführung von Exkur-

[2]) Sonderpostmarken mit oder ohne Zuschlag werden gemäß § 20 des Postgesetzes vom 13. Feber 1957, BGBl. Nr. 58, hergestellt und herausgegeben. Bei Sonderpostmarken mit Zuschlag (§ 24 der Postordnung) fließen aus dem Zuschlagserlös gemäß einer Entscheidung des nach der Bundesverfassung hiezu berufenen Bundesministers für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft 10% dem Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten zu.

[3]) Verein „Schiffsbautechnische Versuchsanstalt in Wien".

sionen zu Kraftwerks- und Leitungsanlagen durch Gewährung von Subventionen zu ermöglichen.

Unterstützung nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen

Dieser Kredit dient der Gewährung von Unterstützungen an nicht bundeseigene Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben gemäß Privatbahnunterstützungsgesetz 1959, in der Fassung BGBl. Nr. 330/1963, sowie gemeinsam mit den interessierten Bundesländern zur Gewährung von Subventionen zwecks Durchführung notwendiger Investitionen der Privatbahnen.

Verstaatlichte Unternehmungen

Der Bund ersetzt der Ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) nach Möglichkeit den Abgang aus der Personenschiffahrt und den Aufwand für einen Teil der sogenannten „Altpensionen". Hiefür ist ein Betrag von 10·6 Millionen Schilling veranschlagt.

Für gemeinnützige Einrichtungen im Bereiche der verstaatlichten Unternehmungen sind 0·3 Millionen Schilling bestimmt.

Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden. Für die Wohnraumbeschaffung werden im Einzelfall Vorschüsse bis zum Betrage von 30.000 S gewährt.

Titel 653 Zivilluftfahrteinrichtungen

	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	40·6	60·5	101·1	0·4
1967 **)	58·3	100·5	158·8	0·8
1968 **)	72·9	100·5	173·4	0·9

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ist einerseits auf die notwendige etappenweise Vermehrung des Personalstandes des Bundesamtes für Zivilluftfahrt und anderseits auf die Bezugs- und Nebengebührenerhöhungen der Bundesbediensteten sowie auf die Eingliederung der bisher im Sachaufwand veranschlagt gewesenen Entschädigungen für Nebentätigkeit zurückzuführen.

Die Ausgaben beim Anlagenansatz im Rahmen des Sachaufwandes resultieren aus der Errichtung von Mittelbereichsradaranlagen sowie der Vorsorge für Flugsicherungsanlagen zur Sicherung von Abflug und Landung angesichts des Ausbaues der österreichischen Flughäfen und der Intensivierung des Inlandflugverkehrs.

Außerdem ist im Eventualvoranschlag ein Betrag von 10 Millionen Schilling für Anlagenbeschaffungen vorgesehen.

Bundesamt für Zivilluftfahrt

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt übt seine Tätigkeit auf Grund des am 2. Dezember 1957 im BGBl. Nr. 253 kundgemachten Luftfahrt-Gesetzes aus.

Die Erfordernisse des internationalen Luftverkehrs haben in den letzten Jahren infolge der Ausweitung und Verdichtung des Luftverkehrsnetzes in Europa eine Vermehrung der nach und von Österreich führenden Fluglinien und Linienflüge mit sich gebracht. Zu dieser Verdichtung kommt eine sprunghafte Erweiterung des allgemeinen Luftverkehrs (Privat- und Sportflieger). Zur sicheren Lenkung dieses extrem rasch ansteigenden Luftverkehrs sind die vorhandenen Flugsicherungsanlagen und Einrichtungen weiter auszubauen und durch moderne technische Mittel zu ergänzen.

Für das Jahr 1968 ist gegenüber 1967 eine weitere Steigerung (20—25%) des von der Flugsicherung gelenkten Instrumentenflugverkehrs zu erwarten. Die anhaltende Steigerung erzwingt eine Reorganisation des Flugverkehrskontrollsystems. Der Betriebsbeginn, der in diesem Zusammenhang geplanten kombinierten Bezirks- und Anflugkontrolleinheit, wird in die erste Hälfte des Jahres 1968 fallen. Das neue System bedarf nicht nur einer verbesserten technischen Ausrüstung, sondern auch einer entsprechenden Ausbildung und Weiterbildung der Blindflug- und Radarkontrollore bei den betroffenen Flugverkehrskontrollstellen. Einen wesentlichen Bestandteil des neuen Kontrollsytems werden die Mittelbereichsradaranlagen Buschberg und Kohlberg darstellen, die ebenfalls 1968 in Betrieb zu nehmen sind, weil die konventionelle Flugverkehrskontrolle dem Erfordernis einer geordneten und beschleunigten Verkehrslenkung nicht mehr genügen kann.

Anläßlich der in jüngster Zeit stattgefundenen internationalen Konferenzen wurden in der ICAO an die österreichische Flugsicherung weitgehende Forderungen gestellt, welche die Anpassung an den internationalen Standard verlangen.

Im Bundesvoranschlag 1968 werden daher Mittel vorgesehen, um den begonnenen Ausbau fortzusetzen.

Auf dem Personalsektor ist der Ausbildung besonderes Augenmerk zuzuwenden. Es muß alles getan werden, um die in den Anfängen befindliche Flugsicherungsschule weiter auszustatten. Weiters ist auf dem Personalsektor der Flugsicherung eine Personalaufstockung über dem mini-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

mal notwendigen Stand (Sommer- und Winterbedarf etwa gleich groß) im Bereich der Flugsicherungsstelle Wien vorgesehen, während der Personalstand in den Bundesländern sich auf den Minimalpersonalstand für den Winterbetrieb beschränken soll. Die Aufstockung in Wien soll dazu dienen, während der Sommermonate Personal den Flughäfen in den Bundesländern zuweisen zu können. Während der Wintermonate wird diese Personalreserve als Ersatz für das zu schulende (Neu- und Weiterschulung) Personal eingesetzt werden.

Gesetzliche Grundlagen

Als gesetzliche Grundlage, nach der Österreich verpflichtet ist, sich gewissen Normen anzupassen, ist das Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt anzusehen, dem auch Österreich als Mitglied beigetreten ist (BGBl. Nr. 97/1949).

In Durchführung des Luftfahrtgesetzes (BGBl. Nr. 253/1957) wurden Verordnungen erlassen, und zwar BGBl. Nr. 66/1958 (Luftfahrzeugregister- und Kennzeichenverordnung), 67/1958 (betr. Nachweis der Lufttüchtigkeit durch ausländische Lufttüchtigkeitszeugnisse), 68/1958 und 216/1965 (Flugunfalluntersuchung-Verordnung), 111/1958 (betr. Überfliegen der Bundesgrenze), 219/1958 (Zivilluftfahrt-Personalverordnung), 74/1960 und 217/1965 (Zivilluftfahrt-, Such- und Rettungsdienstverordnung), 106/1961 (betr. Zivile Segelflugzeug-Erprobungsbereiche), 257/1964 (betr. Flugbeschränkungsgebiete), 11/1966 und 57/1967 (betr. Überwachte Lufträume), 13/1966 (betr. Festlegung von Flugbeschränkungsgebieten und von Gebieten, auf die sich die Flugsicherung nicht erstreckt) und 56/1967 (betr. Luftverkehrsregeln).

Zivilschutz

Für den Zivilschutz ist im Bundesvoranschlag 1967 wie im Vorjahr beim Bundesministerium für Inneres (Ansatz 1111) vorgesorgt. Die Verrechnung der Zivilschutzgebarung erfolgt jedoch nach Genehmigung der erforderlichen Ausgaben im Wege eines finanziellen Ausgleiches bei der Ressortgebarung.

Titel 654 Dienststellen der Schiffahrtspolizei

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)..	2·8	5·6	8·4	0·3
1967 **)..	3·1	5·6	8·7	0·1
1968 **)..	3·4	5·6	9·7	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ist auf die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten zurückzuführen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[4]) Verordnung: BGBl. Nr. 243/1964.

Aufgaben

Die schiffahrtspolizeiliche Überwachung wird gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Regelung und Sicherung des Schiffsverkehrs auf der Donau, dem Inn und der March, BGBl. Nr. 42/1964 [4]) und des Binnenschiffahrtsverwaltungsgesetzes, BGBl. Nr. 550/1935, samt den dazu ergangenen Durchführungsverordnungen ausgeübt. Ihre Aufgabe besteht u. a. in der Unterhaltung der Fahrwasserbezeichnung, dem Signal- und Schleusenbetriebsdienst und in der Überwachung der Einhaltung der schiffahrtspolizeilichen Vorschriften. Die Schiffahrtpolizeidienststellen (Stromaufsichten) befinden sich in Wien, Hainburg, Wildungsmauer, Höflein, Tulln, Zwentendorf, Krems/Donau, Spitz/Donau, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Mauthausen, Linz, Aschach, Obermühl und Engelhartszell.

Gebarung

Der Anlagenkredit ist überwiegend für die Beschaffung von Wasserfahrzeugen und Beifahrzeugen, für die Errichtung öffentlicher Länden zwecks Unterstützung der Schiffahrt sowie für die Anschaffung und Aufstellung von Signalanlagen entsprechend den Empfehlungen der Donaukommission vorgesehen.

Die unter den Aufwandskrediten (Ermessenskredite) vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schiffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffahrtspolizeidienststellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für die Bedürfnisse der Schiffseichung, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Jochenstein und Aschach sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Schleuse Ybbs-Persenbeug

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Verbundgesellschaft werden die Betriebskosten der Schleusen Ybbs-Persenbeug je zur Hälfte vom Bund und der Österreichischen Donaukraftwerke A. G. getragen.

Schleuse Jochenstein

Auf Grund des Regierungsübereinkommens über das Kraftwerk Jochenstein sind die Kosten des Betriebes und der Erhaltung für die auf österreichischem Staatsgebiet liegenden Schifffahrtsanlagen von der Republik Österreich zu tragen.

Schleuse Aschach

Für die erst Ende 1964 in Betrieb genommene Schleuse ist eine Vereinbarung hinsichtlich der Tragung der Verwaltungs- und Betriebskosten erst in Ausarbeitung, weshalb im Voranschlag nur ein dem bisherigen Erfolg entsprechender Ansatz erstellt wurde.

Kapitel 66 Verstaatlichte Unternehmungen

Die äußere und innere Zwangslage der österreichischen Wirtschaft und die wirtschaftlichen Folgen der Besetzung des Landes führten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1946 und 1947 zur Verstaatlichung von etwa einem Fünftel des österreichischen Industriepotentials, nahezu der gesamten Energiewirtschaft und der drei größten Kommerzbanken.

1. Gesetzliche Grundlagen der Verstaatlichung

Durch das Erste Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 168 [4]), wurde die Eisenerzgewinnung, die Roheisen- und Rohstahlerzeugung, die Erdöl- und Erdgasförderung, die Buntmetallerzgewinnung, fast die gesamte Kohlenförderung, die Donauschiffahrt, ferner bedeutende Teile der Aluminiumproduktion, der Elektro- und Stickstoffindustrie, des Maschinen- und Schiffsbaues sowie des Erdölvertriebes verstaatlicht. Neben diesen rund 70 Unternehmungen wurden auch die Anteilsrechte der drei größten österreichischen Kreditinstitute — nämlich der Creditanstalt-Bankverein, der Österreichischen Länderbank AG. und der Österreichischen Credit-Institut AG. — gegen spätere Entschädigung der bisherigen Besitzer in das Eigentum der Republik Österreich übergeführt.

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1956 betreffend den Verkauf von Aktien verstaatlichter Banken, BGBl. Nr. 274, veräußerte der Bund 40% der Aktien der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank AG. Von den Volksaktien wurde der größte Teil (je 30% des Gesamtkapitals) als stimmrechtlose Vorzugsaktien ausgegeben. Die Stammaktien (10%) wurden fast zur Gänze von Instituten übernommen, die den beiden großen politischen Parteien Österreichs nahestehen.

Das 2. Verstaatlichungsgesetz vom 26. März 1947, BGBl. Nr. 81 [5]), bot die gesetzliche Grundlage für die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, wobei die kleinen Stromlieferungsunternehmungen mit einer Nennleistung bis zu 200 kW und die industriellen Eigenversorgungsanlagen, die im Jahr nicht mehr als 100.000 kWh an betriebsfremde Verbraucher abgeben, ausgenommen sind. Die Stromversorgung in den Bundesländern wurde Landesgesellschaften übertragen. Außerdem wurden zu 50% im Bundeseigentum stehende Sondergesellschaften gegründet. Als Dachorganisation fungiert die „Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG." (Verbundgesellschaft), deren Anteile zu 100% dem Bund gehören.

Im Laufe der Jahre hat die Zahl der verstaatlichten Unternehmungen durch Verschmelzungen, Rückstellungen in Durchführung des Wiener Memorandums und Maßnahmen des Rekonzernierungsgesetzes, BGBl. Nr. 112/1960 sowie des 1. Verstaatlichungs-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 208/1963 [6]), Veränderungen erfahren.

Der Schwerpunkt des Sektors der verstaatlichten Industrie liegt in der Grundindustrie, reicht aber auch weit in den Bereich der Investitionsgüterindustrie und sogar in geringem Ausmaß in jenen der Konsumgüterindustrie hinein.

Das 1. und 2. Verstaatlichungsgesetz sehen eine angemessene Entschädigung für die verstaatlichten Unternehmungen vor. Nähere Bestimmungen sind im 1. und 2. Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz (BGBl. Nr. 189/1954 und BGBl. Nr. 3/1960) enthalten. Der Großteil dieser Entschädigungen ist bereits durch die Ausgabe von Bundesschuldverschreibungen geleistet worden, wobei für den Schuldendienst letztmalig im Jahre 1965 Zahlungen angefallen sind. Für Barentschädigungen ist im Bundesvoranschlag 1968 letztmalig Vorsorge getroffen [7]).

2. Aufbau und Struktur der verstaatlichten Unternehmungen

Durch das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 24/1950, wurde die Verwaltung der Anteilsrechte an den verstaatlichten Unternehmungen dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und jene der Anteilsrechte der verstaatlichten Banken dem Bundesministerium für Finanzen übertragen. Die ressortmäßige Zuständigkeit bezüglich der verstaatlichten Banken und der verstaatlichten Elektrizitätsunternehmungen hat bis heute im wesentlichen keine Veränderung erfahren.

Mit der Verwaltung der verstaatlichten Industrieunternehmungen wurde hingegen gemäß Bundesgesetz vom 11. Juli 1956, BGBl. Nr. 134, die Bundesregierung betraut. Das Bundesgesetz vom 22. Juli 1959, BGBl. Nr. 173, regelte die Kompetenzen neu: Die Verwaltung der verstaatlichten Unternehmungen wurde dem Vizekanzler übertragen und gleichzeitig im Bundeskanzleramt die Sektion IV „Verstaatlichte Unternehmungen" errichtet.

Eine neuerliche Kompetenzänderung erfolgte mit Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70. Die Verwaltung der gesamten verstaatlichten Industrieunternehmungen wurde dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zugewiesen [8]).

[1]) bis [3]): (frei).

[4]) Siehe auch die zugehörige Verordnung BGBl. Nr. 199/1946.

[5]) Abänderung, betreffend Burgenländische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft: BGBl. Nr. 43/1964.

[6]) In der Fassung BGBl. Nr. 329/1963.

[7]) Siehe Ausgabenansatz 1/54022 „Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen".

[8]) Der Aufwand wird beim Ansatz 1/6501 mit verrechnet.

Durch das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1966 über die Ausübung der Anteilsrechte des Bundes an verstaatlichten Unternehmungen, BGBl. Nr. 23/1967 („Österreichische Industrie-Verwaltungsgesellschaft"-Gesetz), wurden die gesetzlichen Voraussetzungen zur Realisierung der in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 angekündigten dauerhaften Lösung der Neuordnung der verstaatlichten Unternehmungen geschaffen.

Im ÖIG-Gesetz wird die Ausübung der Anteilsrechte nicht an allen verstaatlichten Unternehmungen, sondern nur an den in der Anlage zum ÖIG-Gesetz genannten 20 verstaatlichten Unternehmungen und 7 für diese errichtete gemeinnützige Wohnungsgesellschaften geregelt. regelt.

Bei den verstaatlichten Industrieunternehmungen handelt es sich namentlich um folgende: Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, VÖEST, Gebr. Böhler und Co. AG., Schöller-Bleckmann AG., Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG., Lavantaler Kohlenbergbau GesmbH., ELIN-Union-AG., Wiener Schwachstromwerke-GesmbH., Bleiberger-Bergwerksunion, Kupferbergbau Mitterberg GesmbH., Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG., Montanwerke Brixlegg GesmbH., Simmering-Graz-Pauker AG., Schiffswerft Linz AG., Hofherr-Schrantz-AG., Trauzl-Werke AG., G. Rumpel AG., Österreichische Stickstoffwerke AG., Österreichische Mineralölverwaltungs-AG. Die DDSG als reines Verkehrsunternehmen bleibt in der unmittelbaren Verwaltung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen. Die Regelungen des ÖIG-Gesetzes beschränken sich auf die Bildung einer neuen Leitungsspitze für die der ÖIG unterstellten verstaatlichten Unternehmungen. Die Rechtsform und die Organisation der einzelnen verstaatlichten Unternehmungen selbst wird durch diese Konstruktion nicht tangiert.

Obwohl auf betriebswirtschaftliche Probleme einzelner verstaatlichter Unternehmungen in diesem Rahmen nicht eingegangen werden kann, so muß in diesem Zusammenhang doch auf die schon lange bestehenden Strukturprobleme in diesem Zweig der österreichischen Wirtschaft — hier besonders im Kohlenbergbau — hingewiesen werden. Vom Standpunkt des Bundeshaushaltes her gesehen, können sich struktur- und regionalpolitische Maßnahmen, wie z. B. auf dem Gebiet der verstaatlichten Unternehmungen, zweckmäßigerweise nicht auf den relativ kurzen Zeitraum eines Haushaltsjahres allein beschränken. Es wäre verfehlt, ohne Gesamtkonzept für die Zukunft hohe finanzielle Mittel in den jeweiligen Bundesvoranschlägen isoliert zur Verfügung zu stellen. Dies würde nämlich bedeuten, daß finanzielle Mittel zumindest nicht optimal eingesetzt werden würden und damit später weit höhere Beträge im Rahmen des Budgets für strukturpolitische Maßnahmen aufgewendet werden müßten.

3. Die wirtschaftliche Bedeutung der verstaatlichten Unternehmungen

Das Reinvermögen der verstaatlichten Unternehmungen beträgt per 1. Jänner 1967 bei den Banken 1·8 Milliarden Schilling, bei den Industrieunternehmungen 13·1 Milliarden Schilling und bei den Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft 8·1 Milliarden Schilling, zusammen also 23 Milliarden Schilling. Der Nominalwert des Gesellschaftskapitals der verstaatlichten Industrieunternehmungen betrug per 1. Jänner 1966 6·3 Milliarden Schilling, die Gewinnausschüttungen im Jahre 1965 189·5 Millionen Schilling.

Der Gesamtumsatz der verstaatlichten Unternehmungen (ohne Banken und Elektrizitäts-Unternehmungen) erreichte im Jahre 1965 28·6 Milliarden Schilling (1964: 27·3). Im Jahre 1965 umfaßte der Bruttoproduktionswert dieser Unternehmungen 21·5% der Gesamtindustrie. Exporte in Höhe von 9·9 Milliarden Schilling entsprachen einem Anteil von 23·8% des österreichischen gesamten Exportes. Im gleichen Zeitraum erreichten die Investitionen der verstaatlichten Industrie 2·0 Milliarden Schilling gegenüber 58·6 Milliarden Schilling an Bruttoinvestitionen der österreichischen Volkswirtschaft. Die Umsätze der verstaatlichten Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft betrugen 1965 2·583 Miliarden Schilling (1964: 2·523).

Umsätze und Exporte der verstaatlichten Unternehmungen im Jahre 1965

Sektor	Umsätze		Exporte		Beschäftigte	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Anzahl	%
Eisen- und Stahlindustrie (ohne VÖEST-Maschinenbau)	12·4	43·36	6·9	69·69	58.600	47·60
Kohlenbergbau	1·1	3·85	—	—	9.900	8·04
Elektroindustrie	3·0	10·49	0·7	7·07	18.100	14·70
NE-Metallindustrie	1·9	6·65	0·9	9·09	7.400	6·01
Maschinen- und Schiffsbau	2·6	9·09	0·4	4·05	12.100	9·81
Chemie	1·9	6·65	0·8	8·08	6.000	4·86
Verkehr	0·3	1·04	—	—	2.900	2·34
Erdöl und Erdgas	4·2	14·86	0·2	2·02	7.600	6·17
Ölvertrieb	1·2	4·19	—	—	500	0·47
Summe ...	28·6	100·00	9·9	100·00	123.100	100·00

Umsätze und Exporte der verstaatlichten Unternehmungen im Jahre 1966

Sektor	Umsätze		Exporte		Beschäftigte	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Anzahl	%
Eisen- und Stahlindustrie (ohne VÖEST-Maschinenbau)	12·7	41·50	7·3	71·57	57.300	47·99
Kohlenbergbau	0·9	2·94	—	—	8.400	7·04
Elektroindustrie	3·3	10·78	0·6	5·88	18.000	15·08
NE-Metallindustrie	2·2	7·19	1·0	9·80	7.300	6·11
Maschinen- und Schiffsbau	2·9	9·48	0·2	1·97	11.500	9·63
Chemie	2·2	7·19	1·0	9·80	6.400	5·36
Verkehr	0·3	0·98	—	—	2.700	2·26
Erdöl und Erdgas	4·8	15·69	0·1	0·98	7.300	6·11
Ölvertrieb	1·3	4·25	—	—	500	0·42
Summe ...	30·6	100·00	10·2	100·00	119.400	100·00

Die Beschäftigten der Tochtergesellschaften sind in diesen Übersichten dabei nicht berücksichtigt.

Die verstaatlichte Wirtschaft, also Industrie, Elektrizitätswirtschaft und Banken, beschäftigte 1966 insgesamt rund 150.000 Personen, davon also rund 123.000 in der verstaatlichten Industrie. Dies sind rund 20% der Gesamtzahl der in der österreichischen Industrie Beschäftigten. Im folgenden werden die wichtigsten Bereiche der verstaatlichten Industrie dargestellt.

4. Der verstaatlichte Kohlenbergbau

Im Vergleich zu anderen europäischen Kohlenrevieren sind die österreichischen Vorkommen gering und auch geologisch ungünstig gelagert. Neben der unbedeutenden Steinkohle besitzt die Braunkohle nur geringen Heizwert und ist daher transportkostenempfindlich. Rationalisierungsmaßnahmen können diese naturbedingten Nachteile nicht kompensieren. Zwischen den beiden Weltkriegen wurde die Braunkohlenförderung auf einen Stand von rund 3 Millionen t jährlich gehalten. Die Kriegswirtschaft brachte für den Kohlenbergbau keine Veränderungen. Die Betriebe waren voll ausgelastet, führten aber keine Erweiterungen oder Modernisierungen durch. Die Energieknappheit der ersten Nachkriegsjahre war die Ursache, daß Überlegungen strukturpolitischer Art unbedeutend erschienen. In dieser Situation, in der Probleme wettbewerbs- und absatzpolitischer Art nicht bestanden, wurde der Kohlenbergbau mit Ausnahme einiger weniger Betriebe verstaatlicht. 1948 wurde der sogenannte „Konstitutionsplan" fertiggestellt: In diesem wurden die Entwicklungschancen des österreichischen Kohlenbergbaues vorsichtig beurteilt. Auf strukturelle und wettbewerbliche Fragen nicht eingehend, hielt dieser Plan eine Förderung von 4 bis 4·5 Millionen t für optimal. Außerdem wurde ein umfangreiches Investitionsprogramm zur Modernisierung der Grubenanlagen ausgearbeitet. Erst durch ERP-Mittel konnte die Investitionstätigkeit intensiviert werden, doch konnten die Bergbaubetriebe, größtenteils bedingt durch die amtliche Preisfestsetzung, keine wesentlichen Erträge erwirtschaften. Neben Rationalisierungen und Erweiterung schon vorhandener Kohlengruben wurden neue angelegt. Von 1945 bis 1962 wurden nominell rund 1·2 Milliarden Schilling im Kohlenbergbau investiert. Rund 50% davon wurden durch Aufbaukredite und Bundeszuschüsse finanziert.

Der andauernde Verkäufermarkt überdeckte eine vorsichtige Einschätzung der Absatzchancen auf lange Sicht. 1957 erreichte die Kohlenförderung mit 7 Millionen t den höchsten Stand in der Geschichte des österreichischen Bergbaues. In der Periode 1957/1958 zeigte sich ein gründlicher Marktumschwung und das plötzliche Ende des Verkäufermarktes. Die Förderung von Braunkohle ist, der internationalen Entwicklung folgend, seither Schritt für Schritt der realen Marktlage angepaßt worden: 1963 waren es noch 5,846.000 t, 1964: 5,565.000 t und 1965 nur mehr 5,259.000 t. Die Absatzschwierigkeiten waren nicht zeitlicher, sondern struktureller Art (Übergang zu flüssigen Brennstoffen). Dieser technisch und kostenmäßig bedingte Umschichtungsprozeß ist weltweit und macht auch nicht bei streng planwirtschaftlich geführten Ländern Halt. Der verhältnismäßig niedrige Heizwert der österreichischen Kohle und die überwiegend geologisch bedingten hohen Förderkosten der inländischen Kohlenbergbaubetriebe erschweren das Strukturproblem Kohle. Der Kohlenbergbau war damit zum ersten Fall eines schwierigen Anpassungsproblems der verstaatlichten Industrie geworden. Der Energieplan wird in Bälde fertiggestellt sein und wird allen Energieträgern den Rang zuweisen, der ihnen im Rahmen einer ausgewogenen Energiepolitik zukommt.

Seit dem Jahre 1963 wurden aus dem Budget beträchtliche Mittel im Rahmen der Bergbauförderung ausgeschüttet. Auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes 1963, BGBl. Nr. 179, wurden bis 1967 insgesamt 291·6 Millionen Schilling (davon allein 1967 104·9) dem verstaatlichten und privaten Kohlenbergbau zur Verfügung gestellt, wobei ein erheblicher Teil der Bergbauförderungsmittel, nämlich 57·9 Millionen Schilling für die Stillegung bzw. Betriebseinschränkung unrentabler Gruben verwendet

wurde. Außerdem wurden dem verstaatlichten Kohlenbergbau insgesamt bis 1966 270·6 Millionen Schilling Bundesdarlehen und sonstige Mittel zur Verfügung gestellt, wovon ein Großteil (141·6 Millionen Schilling) mangels entsprechender Liquidität und Rentabilität abgeschrieben wurde. Insgesamt erhielt der verstaatlichte Kohlenbergbau 1945 bis 1966 aus Budgetmitteln 425·9 Millionen Schilling und aus dem ERP-Fonds weitere 636·2 Millionen Schilling.

Trotz dieser enormen Zufuhr öffentlicher Mittel hat sich die wirtschaftliche Lage des inländischen Kohlenbergbaues in den letzten Jahren rapid verschlechtert. Die Schließung unrentabler Gruben muß daher energisch betrieben werden. Die damit zusammenhängenden regionalen Probleme, insbesondere die Beschaffung neuer Dauerarbeitsplätze für die freiwerdenden Bergarbeiter, sind schwierig und können nur im Zusammenwirken mit den Bundesländern, Gemeinden, Kammern und Sozialpartnern gelöst werden. Im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden vor allem Umschulungen bei Bergarbeitern mit gutem Erfolg durchgeführt. Aus Mitteln des ERP-Fonds wurden 1967 100 Millionen Schilling zur Finanzierung von Ersatzarbeitsplätzen in den hauptsächlich betroffenen Bundesländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich und Steiermark ausgegeben.

5. Eisen- und Stahlindustrie

Die Ursache für die Expansion der österreichischen Stahlindustrie lag in der strukturellen Umschichtung in der europäischen Stahlindustrie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Durch Demontagen gingen große Produktionskapazitäten verloren. Die dadurch bedingten Engpässe konnten im Gefolge des forcierten Wiederaufbaues nicht überwunden werden. Das Kapazitätswachstum konnte bis zum Ende der Fünfzigerjahre mit der Nachfrage nicht Schritt halten.

Die Verstaatlichung der österreichischen Stahlindustrie bot weiters die Möglichkeit der bevorzugten Zuerkennung von Investitionsmitteln. Kreditgewährungen sowie Sachkapital aus amerikanischen Hilfsquellen vesetzte die österreichischen Unternehmungen in die Lage, frühzeitig ihre Erzeugung zu erhöhen und damit den Bedarf der ausländischen Märkte zu decken.

Von 1950 bis 1960 stieg die gesamte Produktion der eisenerzeugenden Industrie um 236%, d. h. mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 13%, und damit schneller als in den übrigen europäischen Ländern. Im Verlaufe der Jahre erhöhte sich die Stahl- und Walzmaterialerzeugung stärker als die Roheisenerzeugung, damit ergab sich eine normale Relation zwischen diesen Produktionsstufen.

Die österreichische Stahlindustrie hat praktisch ab dem Jahre 1960 nicht mehr expandiert. Die Ursache lag darin, daß der Weltmarkt zu einem Käufermarkt wurde, wobei auch noch strukturelle Schwächen nicht vergessen werden dürfen. Die großen Produktionsländer wurden von der Normalisierung der Marktbedingungen nicht in dem Maße betroffen wie Österreich, da ihre Exportanteile niedriger sind. Die Ertragslage der österreichischen Stahlindustrie wurde zusehends ungünstiger, da sie vor allem auf hohen Exportgewinn ihre Grundlage fand. Die heutige Situation erfordert daher eine Konzentration und Aufteilung des Produktionsprogramms auf die bestehenden Unternehmungen der Stahlindustrie, dies im Hinblick sowohl des heimischen als auch des ausländischen Marktes und hier vor allem unter Berücksichtigung des Gemeinsamen Marktes.

6. Elektro- und Maschinenindustrie

In der verstaatlichten Industrie ist der Verarbeitungszweig naturgegebenermaßen wesentlich schwächer vertreten als die Grundindustrien, 25·5% der Beschäftigten der verstaatlichten Industrie sind in den Verarbeitungssektoren der Elektro- und Maschinenindustrie tätig.

In der Maschinenindustrie wurden sowohl Groß- als auch Mittelunternehmungen verstaatlicht, die den verschiedensten Erzeugungszweigen angehörten. Sie galten alle als Deutsches Eigentum. Das Verstaatlichungsgesetz konnte allerdings nur bei der Simmering-Graz-Pauker AG. und der Schiffswerft Linz AG. wirksam werden. Erst nach dem Staatsvertrag konnte bei den restlichen fünf Gesellschaften die Verstaatlichung tatsächlich realisiert werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war in der Maschinenindustrie und auch in anderen Industrien ein Abgehen von der schon im gewissen Ausmaß vorhandenen Rationalisierung der Erzeugungsprogramme zu bemerken. Damit wurden die im Laufe der Kriegsereignisse notwendig gewordenen Produktionskonzentrationen und Typenbereinigungen wieder aufgehoben. Die Nachteile dieser Entwicklung wurden evident als die Liberalisierung der Importe weitgehend ausgeweitet wurde und die Investitionsgüternachfrage Anlagegüter von immer höherer technischer Vollkommenheit verlangte, die aber im Inland nur vereinzelt produziert werden. Der Wettbewerb verstärkte sich und das Handicap der aufgesplitterten Produktionsprogramme wurde immer mehr erkennbar.

Die Erzeugung der österreichischen Industrie umfaßt auch heute noch im hohen Ausmaß Investitionsgüter, deren Absatzmarkt in Ländern mit relativ niedriger Entwicklungsstufe liegt. Damit verliert die heimische Wirtschaft jene starken Auftriebskräfte, in denen der technische Fortschritt besonders ausgeprägt ist.

Eine Verstaatlichung wurde in diesen beiden Industriezweigen nur teilweise durchgeführt: In

der Elektroindustrie waren es lediglich Großunternehmungen, in der Maschinenindustrie auch Mittelbetriebe. Es handelt sich vorwiegend um Erzeuger von Investitionsgütern, wobei nur vereinzelt, vorwiegend in der Elektroindustrie, auch Konsumgüter produziert werden. Im Gegensatz zu den verstaatlichten Grundindustrien nehmen sie keine Monopol- oder monopolartige Stellung im Inland ein, vielmehr sind sie weitgehend privatem Wettbewerb ausgesetzt.

Das Hauptproblem der verstaatlichten verarbeitenden Industrien sind die ehemaligen USIA-Betriebe, die bisher noch nicht in befriedigender Weise in den Rahmen der verstaatlichten Unternehmungen eingebaut werden konnten.

Nach dem Jahre 1955 wurde eine Reihe von Fusionen durchgeführt, um damit Voraussetzungen für eine zweckmäßige Produktionsteilung und Investitionspolitik zu schaffen. Dazu wären aber ausreichende finanzielle Mittel notwendig gewesen. Dieses Problem konnte aus politischen Gründen nicht gelöst werden. Dadurch bedingt, konnten die Reorganisationen nicht in einem vertretbaren Zeitraum verwirklicht werden. Die wirtschaftliche Expansion der verstaatlichten Elektro- und Maschinenindustrie bleibt daher hinter jener der entsprechenden privaten Unternehmer zurück.

Die drei (früher vier) verstaatlichten Unternehmungen beschäftigten rund ein Drittel der Arbeitnehmer der Elektrobranche: Mit der Eingliederung der AEG-Union in die ELIN im Jahre 1959 war e i n e Voraussetzung für die Reorganisation der verstaatlichten Industrie geschaffen worden. Die Zusammenlegung der beiden großen Unternehmungen bot die Möglichkeit zur zweckmäßigen Aufteilung der Arbeitsprogramme und zu einer Produktionsspezialisierung.

Mitte 1967 waren weitere Verhandlungen über Fusionierungen auf dem Sektor der Starkstromindustrie (Wiener Starkstromwerke und ELIN-Union) in die Wege geleitet worden, die im Laufe des Jahres verwirklicht werden konnten.

7. Buntmetallerzeugung

Die wirtschaftliche Lage der inländischen Buntmetallindustrie wird durch die außergewöhnlich hohen Schwankungen der Weltmarktpreise entscheidend beeinflußt. Der inländische Verbrauch an Buntmetallen, so vor allem bei Kupfer, ist wesentlich größer als das Produktionsvolumen der inländischen Erzeugungsbetriebe. Österreich muß daher im erheblichen Ausmaß Rohstoffe und Halbfabrikate importieren. Je nach der Weltmarktpreisentwicklung ergibt sich für die inländischen Buntmetallerzeuger ein Vorteil oder ein erheblicher Verlust.

Der österreichische Blei- und Zinkerzbergbau, der sich nach langjährigem Preisdruck in den Vorjahren infolge steigender Blei-Zinkpreise etwas erholen konnte, wurde im Jahre 1966 durch rückläufige Preise wieder in Mitleidenschaft gezogen.

Die Förderung an Buntmetallerzen betrug 1966 bei Blei und Zink 190.298 t, bei Kupfer 143.563 t, zusammen also 333.861 t. Der Gehalt an reinem Metall betrug 5685 t Blei, 10.483 t Zink und 1902 t Kupfer. Aus 6730 t Kupferkonzentrat wurden 1853 t Kupfer gewonnen.

8. Erdöl- und Erdgasgewinnung — Petrochemie

Der größte Teil der inländischen Rohölgewinnung und Erdgasförderung wird von der ÖMV-AG. erbracht. Lediglich im Raum von Zistersdorf und in Oberösterreich fördern private Unternehmungen, die im ausschließlichen Eigentum internationaler Erdölkonzerne stehen, Rohöl.

Nach der Übernahme der Erdöllagerstätten und der Erdgasfelder durch die ÖMV-AG., bemühte sich diese, eine möglichst wirtschaftliche und langfristige Förderung von Erdöl und Erdgas sicherzustellen. Die ÖMV-AG. trachtete daher, die vorhandenen inländischen Reserven an Rohöl und Erdgas möglichst wirtschaftlich auszubeuten. Während im Jahre 1956 die gesamte Rohölförderung 3,438.000 t betragen hatte, erreichte sie 1966 2,757.000 t. Dieses Absinken war auch auf das Auslaufen der Reparationslieferungen an die Sowjetunion zurückzuführen. Die Erdgasförderung stieg dagegen von 744 Mill. m³ im Jahre 1956 auf 1874 Mill. m³ im Jahre 1966.

Um eine optimale wirtschaftliche Nutzung des inländischen Erdgases zu erzielen, wurden seit 1957 Erdgasleitungen in die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark geführt. Dabei wurde nicht nur auf die Versorgung der privaten Haushalte mit diesem wichtigen Energieträger Bedacht genommen, sondern auch auf die Belieferung von großen industriellen Unternehmungen.

Neben der Erdgas- und Erdölförderung obliegt der ÖMV-AG. im wesentlichen die Verarbeitung des im Inland anfallenden Rohöles. Die von den beiden inländischen, nicht verstaatlichten Erdölfirmen verarbeiteten Rohölmengen sind bescheiden und erreichen knapp 15% der Gesamtmenge.

Durch die Errichtung der modernen Großraffinerie in Schwechat konnte die ÖMV-AG. entsprechend dem ständig steigenden Verbrauchszuwachs an Erdölderivaten eine weitgehende Inlandsversorgung an flüssigen mineralischen Brennstoffen sicherstellen. Die ÖMV-AG.

muß jedoch neben dem inländischen Rohöl erhebliche Mengen von Rohöl und Grundbenzin einführen.

Die ÖMV-AG. verfügt über einen eigenen Vertriebsapparat, der sich im wesentlichen jedoch auf die östlichen Bundesländer erstreckt. In ständiger Zusammenarbeit mit den internationalen Erdölkonzernen hat die ÖMV-AG. im Juli 1967 einen Vertrag über die Errichtung der Adria-Wien-Pipeline und die Schaffung einer neuen Raffinerie im Raume von Graz abgeschlossen.

Um eine möglichst hohe Wertschöpfung aus der Rohölverarbeitung im Inland zu gewährleisten, wurde in den letzten Jahren schrittweise eine petrochemische Industrie aufgebaut. Dabei bedient man sich der Erfahrungen und der geschäftlichen Erfolge im Ausland (Danubia Petrochemie AG.). So hat die Österreichische Stickstoffwerke AG., die neben der Düngemittelproduktion und Erzeugung von Medikamenten und Heilmitteln in letzter Zeit immer mehr auf die petrochemische Erzeugung übergeht, mit führenden ausländischen Firmen eine enge Zusammenarbeit gesucht und gefunden.

Durch diese im Zeichen der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration stehende wissenschaftliche, technische und ökonomische Zusammenarbeit konnte eine für die österreichische Volkswirtschaft günstige Entwicklung in einem der wichtigsten Bereiche der österreichischen Wachstumsindustrie erreicht werden.

Titel 660 Investitionsfonds

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1966 *)	55·3	40·3
1967 **)	105·8	105·8
1968 **)	81·6	81·6

Gesetzliche Grundlagen

Der Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen wurde auf Grund des Bundesgesetzes, mit dem der Wirkungsbereich der Bundesregierung und der Bundesministerien hinsichtlich verstaatlichter Unternehmungen neu bestimmt wird und sonstige organisatorische Maßnahmen im Bereich der Bundesverwaltung getroffen werden, BGBl. Nr. 173/1959, errichtet.

Gemäß § 4 Abs. 1 dieses Gesetzes fließen dem Fonds 75 v. H. der Ausschüttungen der im § 1 dieses Gesetzes genannten Unternehmungen zu, soweit die Ausschüttungen nicht nach bundesgesetzlichen Bestimmungen zur Verstaatlichungsentschädigung verwendet werden. Die restlichen 25 v. H. der Ausschüttungen verbleiben dem Bund [9]).

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Höhe der Jahresgebarungen ist aus folgender Aufstellung zu ersehen:

Ausgaben	1966 *)	1967 **) Mill. S	1968 **)
Darlehen	49·0	102·0	81·6
Zuschüsse	6·3	3·8	—
Summe	55·3	105·8	81·6
Einnahmen			
Dividendenanteile [10])	30·9	104·1	21·9
Zinsen und Kapitalsrückzahlungen	9·4	1·7	59·7
Summe	40·3	105·8	81·6

Gebarung

Das Anweisungsrecht steht dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zu.

Die Mittel des Fonds werden zur Durchführung von Investitionsvorhaben verwendet. Sie werden in der Form von verzinslichen bzw. unverzinslichen Darlehen gegeben, die in besonderen Fällen später in Beteiligungen des Bundes umgewandelt werden. Verwaltungsaufwendungen des Investitionsfonds sind aus diesem zu decken.

Durch die Nettoveranschlagung von Durchlauferposten bedingt, werden die Überweisungen an die Kassenverwaltung des Bundes, d. s. die auf Grund einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Finanzen aus dem Jahre 1961

---

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[9]) Die gesamten Erträge von 150·000 Millionen Schilling werden wie folgt verwendet:
für Entschädigungen:
bei Ansatz 1/54022 ..... 15·000 Mill. S
verbleiben ... 135·000 Mill. S davon
75 % Investitionsfonds ..... 101·250 Mill. S
25 % Bundeshaushalt ..... 33·750 Mill. S

[10]) Die dem Fonds zufließenden Dividendenanteile werden auf der Einnahmenseite des Kapitels 66 nur netto ausgewiesen.

	1966	1967 Mill. S	1968
Dividendenanteile	98·5	138·8	101·2
ab: für Kapitalaufstockungen	43·0	—	54·0
für Kassenverwaltung [10])	24·6	34·7	25·3
Verbleibt (netto)	30·9	104·1	21·9

[11]) Vereinbarte Rückzahlung von Darlehen und Erstattung für Haftungsforderungen des Bundes gegen verstaatlichte Unternehmungen.

vorgesehenen Refundierungen für realisierte Bundeshaftungen und nachgelassene Bundesdarlehen sogleich von den dem Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen zustehenden Dividendenanteilen auf der Einnahmenseite in Abzug gebracht.

Die Einnahmen des Fonds sind im Voranschlag mit rund 81·6 Millionen Schilling (netto) veranschlagt, davon werden voraussichtlich 21·9 Millionen Schilling dem Fonds aus den Erträgen der Anteilsrechte des Bundes (siehe Erläuterungen zu Einnahmen-Ansatz 2/54004) und 59·7 Millionen Schilling aus Zinsen und Rückzahlungen für bereits gewährte Investitionsfondsdarlehen zufließen.

Einzelne Daten

Weitere Einzelheiten über die verstaatlichten Industrieunternehmungen und über die voraussichtliche Gebarungsentwicklung des Investitionsfonds in den Jahren 1966 bis 1968 können den nachstehenden Ausführungen entnommen werden.

Produktionsziffern	1965	1966
Eisenerzgewinnung:		
Eisenerz in t	3,540.820	3,475.530
Roheisen- und Rohstahlerzeugung:		
Roheisen in t	2,200.079	2,200.079
Rohstahl in t	3,080.581	3,080.581
Kohlenförderung		
Braunkohle in t	5,258.931	5,119.241
Steinkohle in t	42.571	—
Elektroindustrie:		
Werksausstoß in 1000 S	1,337.078	1,554.628
Buntmetallerzgewinnung:		
Blei-Zink-Erz in t	185.773	180.643
S-Cu-Erz in t	112.541	135.453
NE-Metallindustrie:		
Rohaluminium in t	66.782	66.801
Maschinenbau:		
Produktionswert in 1000 S	1,705.933	1,788.606
Schiffsbau:		
Produktionswert in 1000 S	198.223	224.190
Stickstoffindustrie:		
Stickstoffdünger in t	741.266	810.053
Verkehr (DDSG):		
Anzahl der beförderten Personen	357.953	422.868
Beförderte Güter in t	1,315.963	1,497.452
Erdöl- und Erdgasförderung:		
Erdöl in t	2,459.518	2,337.929
Erdgas in 1000 m³	1,669.804	1,782.369
Ölvertrieb:		
Umsatz in 1000 S	1,168.122	1,319.790

Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen

Über die Gebarung und den Stand des Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen (Industrie ohne Banken und Elektrizitätswirtschaft) nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz gibt die nachstehende Übersicht Auskunft:

	Bundesrechnungsabschluß 1966	1967 Bundesvoranschlag	1968 Bundesvoranschlag
	Millionen Schilling		
Erträge aus den Anteilsrechten des Bundes an verstaatlichten Unternehmungen (ohne Banken) nach dem 1. Verstaatlichungsgesetz	131·480	200·000	150·000
ab: Entschädigungen bei Ansatz 1/54022	0·041	15·000	15·000
Verbleibt	131·439	185·000	135·000
hievon 75% an Investitionsfonds	98·579	138·750	101·250
weitere Einnahmen des Investitionsfonds (netto)	5·346	1·740	59·685
Fondsmittelreste aus dem Vorjahr	102·829	87·772	87·772
Einnahmen des Investitionsfonds (Summe)	206·749	228·262	248·707
Ausgaben des Investitionsfonds:			
Darlehen	49·000	102·000	81·623
Zuschüsse	6·332	3·803	—
Kapitalbeteiligungen	39·000	—	54·000
Sonstiges	—	—	—
Überweisung an den Bund als Rückzahlung für in den Vorjahren vom Bund getragene Darlehen und Haftungsbeträge [12])	24·645	34·687	25·312
Am Jahresende verbleibende Fondsmittel	87·772	87·772	87·772

[12]) Laut Ministerratsbeschluß vom 14. November 1961 werden insgesamt 630·5 Mill. S (330·5 Mill. S für Ablösung von Regreßforderungen des Bundes auf Grund von Haftungsübernahmen, 300 Mill. S für Refundierung von Darlehensforderungen des Bundes) überwiesen werden, und zwar 1962 ... 130 Mill. S, 1963 und 1964 je 15%, ab 1965 ... 25% der aus Dividendenausschüttungen der verstaatlichten Unternehmungen in den Investitionsfonds fließenden Beträge, wobei zuerst die für die Verstaatlichungsentschädigung zu leistenden Beträge und sodann die vorgenannten Anteile in Abzug zu bringen sind.

Darlehensgewährungen

Im Jahre 1966 wurden aus Mitteln des Investitionsfonds folgende Darlehen gewährt:

	Mill. S
Bleiberger Bergwerks-Union	2·0
Trauzl-Werke Aktiengesellschaft	2·0
Simmering-Graz-Pauker A. G. für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau	40·0
Schiffswerft Korneuburg A. G.	3·0
G. Rumpel A. G.	2·0
Summe ...	49·0

Darlehensrückzahlungen

Im Jahre 1966 sind folgende Rückzahlungen von I-Fondsdarlehen erfolgt:

1. Durch Umwandlung in Kapitalsbeteiligungen des Bundes:

	Mill. S
G. Rumpel A. G.	4·0
2. Übrige Rückzahlungen:	
Montanwerke Brixlegg Ges. m. b. H.	0·3
Übrige	0·0
Summe ...	4·3

Abschreibung von Darlehensforderungen

Im Jahre 1966 wurden keine bei Kapitel 7 a Titel 1 (nunmehr Kapitel 66) in Vormerk gestandene Darlehensforderungen des Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen abgeschrieben.

www.parlament.gv.at

Kapitel 70 Staatsdruckerei

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	87·5	89·7	177·2	146·7
1967**)	85·7	84·2	169·9	165·8
1968**)	98·9	105·3	204·2	197·7

Allgemeines

Die Staatsdruckerei, gegründet 1804, ist seit mehr als 150 Jahren die führende graphische Anstalt des Staates. Sie ist ein dem Bundeskanzleramt unmittelbar unterstellter Bundesbetrieb.

Unterschiede der Gebarung

Der Mehraufwand beim Personalaufwand gegenüber den vergangenen Jahren ist vor allem auf die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne der graphischen Arbeiter ab 15. Mai 1967 sowie auf die Bezugsregulierung der öffentlich Bediensteten ab 1. August 1967 zurückzuführen. Die Auswirkungen der am 1. Feber 1966 in Kraft getretenen Erhöhung der Kollektivvertragslöhne im graphischen Gewerbe konnten bei Erstellung des Voranschlages 1967 noch nicht zur Gänze abgeschätzt werden, weshalb obige Gegenüberstellung des Personalaufwandes ein verzerrtes Bild wiedergibt. Der tatsächliche Personalaufwand im Jahre 1967 wird rund 94·7 Millionen Schilling betragen. Beim Pensionsaufwand mußte die Gewährung von Hilflosenzuschüssen an angelobte Arbeiter der Staatsdruckerei im voraussichtlichen Gesamtbetrag von 1·5 Millionen Schilling ab 1968 mitveranschlagt werden. Bei den Dienstgeberbeiträgen zur Sozialversicherung wurde die ab 1. Juli 1968 vorgesehene Erhöhung um 0·25% berücksichtigt.

Im Sachaufwand ergibt sich bei den „Aufwandskrediten (Gesetzliche Verpflichtungen)" eine Erhöhung von 12 Millionen Schilling infolge zu erwartender Steuernachzahlungen für das Jahr 1966. Im Zuge der Umstellung der Verrechnung des Bundes auf elektronische Datenverarbeitung wurden die früher unter „Regieaufwand" zusammengefaßten Posten zu den „Aufwandskrediten" verlagert, weil die Ausgaben der Staatsdruckerei durchwegs betriebsgebunden sind und die Teilung zwischen Regieaufwand und sonstigen Aufwendungen zum Großteil auf theoretischen Grundlagen basierte. Bei den „Aufwandskrediten" beruht die Steigerung hauptsächlich auf erhöhte Ausgaben für Betriebswerkstoffe, was einesteils auf die gute Beschäftigungslage des Betriebes und anderenteils auf den Wunsch verschiedener Auftraggeber nach modernerer Ausführung oder Verpackung einzelner Druckerzeugnisse zurückzuführen ist. Außerdem werden ab 1968 die in direktem Zusammenhang mit dem Verkauf von Staatsdruckerei-Erzeugnissen stehenden Ausgaben, wie Provisionen und Beteiligungshonorare, nicht mehr von den Einnahmen abgesetzt, sondern unter „Aufwandskredite" verrechnet, wodurch eine ziffernmäßige Erhöhung der Ausgaben und Einnahmen eintritt.

Die Einnahmen konnten auf Grund der sehr günstigen Beschäftigungslage des Betriebes und der Erhöhung der Produktionskosten, welche bei den Verkaufspreisen einkalkuliert werden, um rund 32 Millionen Schilling erhöht werden, wobei auch die Bruttodarstellung ab 1968 zu berücksichtigen war.

Betriebswirtschaftliche Situation

Unter Berücksichtigung der Pensionslasten (1966 ..... 19·5 Millionen Schilling), welche die Staatsdruckerei zu tragen hat und der Steuerleistungen (1966 ..... 18·7 Millionen Schilling) infolge der vollen Steuerpflicht, kann das Bilanzergebnis der letzten Jahre sehr günstig beurteilt werden. Diese Entwicklung hängt vor allem mit der Durchführung des im Jahre 1965 ausgearbeiteten Investitionsprogramms zusammen, wodurch mit der seit langem erforderlichen Modernisierung und Rationalisierung des Betriebes begonnen werden konnte. Auf Grund der in den letzten zwei Jahren eingetretenen Preissteigerungen und der weiteren technischen Entwicklung im graphischen Gewerbe ist es notwendig, die für drei Jahre vorgesehenen Investitionen auch im Jahre 1968 noch in ungefähr gleicher Höhe wie in den vergangenen Jahren fortzusetzen, hiedurch wird es möglich sein, die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes gegenüber der Privatwirtschaft zu erhalten, das Produktionsvolumen zu steigern und dem noch immer herrschenden Personalmangel zu begegnen.

Aufgabenbereich

Den Großteil der Produktion bilden die von den einzelnen Zweigen der Bundesverwaltung benötigten Druckarbeiten der verschiedensten Art. Bei der Staatsdruckerei wird auch das Publikationsorgan der Österreichischen Bundesregierung, die „Wiener Zeitung" [1]), hergestellt, weiters das Bundesgesetzblatt der Republik Österreich und die verschiedenen Verordnungsblätter sowie alle Vorschriften und Dienstbehelfe der Ämter und Behörden. Eine wichtige Gruppe des Arbeitsgebietes dieses Bundesbetriebes bilden die dem staatlichen und privaten Zahlungsverkehr dienenden Druckarbeiten für die Postverwaltung und das Postsparkassenamt. Ein eigener Verlag sorgt für das Erscheinen kommentierter Gesetzesausgaben und sonstiger Dienstvorschriften. Eine Monopolstellung in der graphischen Industrie Österreichs nimmt die Staatsdruckerei durch die Herstellung von geldwerten Drucken, das sind Stempel- und Briefmarken, Obligationen, Aktien und sonstige Wertzeichen, ein.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

[1]) Gegründet im Jahre 1703.

Kapitel 71 Bundestheater

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	298·0	85·0	383·0	115·4
1967**)	330·0	106·6	436·6	113·6
1968**)	357·8	83·7	441·5	126·8

Allgemeines

Das Burgtheater, als Nachfolgerin des k. k. Hofburgtheaters, kann auf einen 187jährigen Bestand zurücksehen. Die Staatsoper wurde in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet. Das Akademietheater, das gleichzeitig der Akademie für Musik und darstellende Kunst [1]) für Unterrichtszwecke dient, begann seine Spielzeit im Jahre 1923. Die Volksoper wird von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1967 ist auf die Auswirkungen der genehmigten Forderungen der künstlerischen Gruppen und die allgemeine Bezugserhöhung zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand im Voranschlag 1967 war vor allem durch das Gastspiel der Staatsoper bei der Weltausstellung in Montreal bedingt. Im Eventualvoranschlag für 1968 wurden 10,576.000 Schilling für zusätzliche Baumaßnahmen und Betriebseinrichtungserneuerungen berücksichtigt.

Die Veranschlagung der Einnahmen erscheint durch den anhaltend guten Theaterbesuch der Abendvorstellungen gerechtfertigt.

Ermäßigungen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde berücksichtigt, daß an das Theater der Jugend, den Kulturring der Stadt Wien, den Österreichischen Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben werden.

Organisation

Die Bundestheater unterstehen dem Bundesministerium für Unterricht.

Auf Grund des Additionales zur Dienstinstruktion für die Bundestheater ist die Bundestheaterverwaltung für einen Teil der administrativen Angelegenheiten zuständig, während für die künstlerischen Belange je ein Direktor für das Burgtheater (einschließlich Akademietheater), für die Staatsoper (Redoutensaal) und für die Volksoper die alleinige Verantwortung trägt.

Spielordnung

Es bestehen vier ständig bespielte Bundestheater: das Burgtheater, das Akademietheater, die Staatsoper und die Volksoper. Die Staatsoper bespielt auch gelegentlich den Redoutensaal. Außerdem werden Gastspiele im In- und Ausland absolviert.

Stellenplan

Im Stellenplan 1968 sind im Burgtheater 184, bei der Staatsoper 540 und bei der Volksoper 292, im ganzen 1016 Bühnendienstvertragsposten vorgesehen. Diese Stellen gliedern sich wie folgt:

	Burgtheater	Staatsoper	Volksoper
Direktor	1	2	1
Regie und szenischer Dienst	61 [2])	97 [3])	57
Solisten	86	72	37
Tanzsolisten	—	14	7
Ballett	—	69	31
Chor	6	107	72
Orchester	—	154	86
Bühnenmusik	30	25	—
Statistenführer	—	—	1
	184	540	292

Besucherzahlen

In den Jahren 1963 bis 1966 wiesen die Bundestheater folgende Besucherzahlen auf:

	1963	1964	1965	1966
Burgtheater	442.717	435.703	434.909	405·687
Akademietheater	151.488	145.197	146.200	143.940
Staatsoper	629.659	619.856	624.575	620.927
Volksoper	[4])332.603	446.156	460.452	455.933
Redoutensaal [5])	61.482	12.310	6.540	5.265
Theater a. d. W.[6])	54.228	17.193	—	—

Durch die 45-Stunden-Wochen-Regelung mußte die Zahl der Nachmittagsvorstellungen verringert werden.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Siehe Ansatz 136.

[2]) Davon 2 Kapellmeister.
[3]) Davon 3 Kapellmeister.
[4]) Die Volksoper war vom 1. September 1963 bis 3. Dezember 1963 wegen Renovierungsarbeiten geschlossen.
[5]) Die Besucherzahlen des Redoutensaales sind von der Anzahl der Vorstellungen abhängig, da dieser nur fallweise bespielt wird.
[6]) Das Theater an der Wien wurde vom Jahre 1962 bis zum Jahre 1964 fallweise bespielt.

Kapitel 72 Bundesapotheken

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *).....	2·3	4·1	6·4	6·9
1967 **).....	2·5	4·4	6·9	7·3
1968 **).....	2·8	4·4	7·2	7·5

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist auf Bezugserhöhungen und auf eine weitere Erhöhung der Gehaltskassenumlage zurückzuführen.

Die Unterschiede gegenüber der Gebarung 1967 bzw. 1966 beim Sachaufwand und den Einnahmen erklären sich aus der Preis- bzw. Umsatzentwicklung.

---

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

An Bundesapotheken bestehen in Wien die Alte Hofapotheke, die Schönbrunner und die Mariahilfer Apotheke. Die ehemalige „Hof-Apotheke", die mit Unterbrechungen seit dem Jahre 1564 und ununterbrochen seit 1797 als im Hof- bzw. hofärarischen Besitz befindlich anzusehen war, ist samt ihren damaligen Filialen am 10. April 1919 in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen.

Gesetzliche Grundlagen

An einschlägigen gesetzlichen Grundlagen sind zu erwähnen:

Gesetz, betreffend die Regelung des Apothekenwesens, RGBl. Nr. 5/1907, in der Fassung der Apothekengesetznovelle 1965, BGBl. Nr. 56;

Gesetz, betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, StGBl. Nr. 209/1919.

Kapitel 73 Salz (Monopol)

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1966 *)	105·4	103·4	208·8	213·1
1967 **)	110·2	108·4	218·6	210·3
1968 **)	117·1	104·5	221·6	212·5

Allgemeines

Schon im Mittelalter zog der Staatsschatz in Österreich aus der Erzeugung und dem Umsatz von Salz auf Grund des „Salzregales", eines Staatshoheitsrechtes, ein Einkommen, das sogenannte „Salzgefälle". Später übernahm der Staat die Erzeugung von Salz in eigener Regie und errichtete zur Verwaltung der Betriebe „Kammerhöfe". Da zum Sudbetrieb Holz der umliegenden Wälder als Feuerungsmaterial verwendet wurde, standen Forste und Salzerzeugung unter gemeinsamer Verwaltung. Gemäß der Zoll- und Staatsmonopolordnung vom 11. Juli 1835 bildet Salz in Österreich einen Gegenstand der Staatsmonopole.

Unterschiede der Gebarung

Der Personalaufwand mußte gegenüber dem Jahr 1966 im Jahr 1968 trotz Verminderung des Personalstandes erhöht angesetzt werden, um die den öffentlich Bediensteten allgemein ab 1. August 1967 gewährte 7%ige Bezugserhöhung im kommenden Jahr bedecken zu können. Eine entsprechende Regelung mußte auch beim Pensionsaufwand vorgesehen werden.

Der Sachaufwand 1968 ist gegenüber dem Bundesrechnungsabschluß 1966 um 1·1% höher angesetzt. Die Erhöhung ist durch die Ende 1966 voll wirksam gewordenen Preiserhöhungen bei fast allen Roh- und Hilfsstoffen bedingt. Die Erhöhung der Ansätze für Sanitätskosten im Jahre 1968 ist erforderlich, um den in letzter Zeit erheblich gestiegenen Kosten für Pflegegebühren der Krankenhäuser und für Medikamente Rechnung zu tragen.

Die gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 geringfügig verringert veranschlagten Einnahmen 1968 werden durch einen voraussichtlichen Bedarfsrückgang beim Industriesalz erwartet.

Anlagen

Die Ausgaben für Anlagen sind mit 21·48 Millionen Schilling gegenüber dem Bundesrechnungsabschluß 1966 um 4·7% geringer angesetzt.

Von dem angesetzten Betrag sollen 6·75 Millionen Schilling für Produktionsbohrungen im Rahmen des Versuchsprogrammes für Bohrlochsolegewinnung Verwendung finden, während der Restbetrag für Ersatzinvestitionen bei den Betriebsanlagen der Saline Ebensee sowie für Ersatz- und Neuanschaffungen von Maschinen für die Betriebe Aussee, Hallein und Hallstatt vorgesehen ist.

Die Ersatzinvestitionen und Neuanschaffungen dienen nur der Aufrechterhaltung der derzeitigen Erzeugungskapazität der Österreichischen Salinen und der Rationalisierung des Produktionsprozesses, führen jedoch zu keiner Erhöhung der Erzeugungskapazität.

Organisation

Zufolge Ministerratsbeschlusses vom 21. August 1925 wurde die Verwaltung des Salzmonopols ab 1. Jänner 1926 neu organisiert und die Generaldirektion der Österreichischen Salinen errichtet. Der Generaldirektion der Österreichischen Salinen unterstehen sechs Salinen, wovon drei in Oberösterreich (Ebensee, Hallstatt und Bad Ischl) sowie je eine in der Steiermark (Bad Aussee), in Salzburg (Hallein) und in Tirol (Solbad Hall) liegen.

Aufgaben

Die Verwaltung des Salzmonopols obliegt der Generaldirektion der Österreichischen Salinen, die dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellt ist. Die Verwaltung umfaßt im wesentlichen den Betrieb der Österreichischen Salinen und den Absatz des erzeugten Salzes an Wiederverkäufer. Die Monopolverwaltung ist ermächtigt, Salz an einzelne Verarbeitungsbetriebe und Sole für Badezwecke auch unmittelbar an die Verbraucher abzugeben.

Verschleißpreise

Die Verschleißpreise für die aus den staatlichen Salinen zum Verkauf gelangenden Produkte (Salz, Sole) sind in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 16. Juli 1965, BGBl. Nr. 189, festgesetzt.

Förderungsausgaben

Im Rahmen der Förderungsausgaben ist auch ein Betrag von 400.000 S für freiwillige soziale Aufwendungen für die Bediensteten nach Maßgabe der Eingänge aus Berg- und Hüttenbesuchen vorgesehen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 74 Glücksspiele (Monopol)

	Personal-aufwand	Sach-	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	7·5	371·1	378·6	440·2
1967 **)	7·9	354·7	362·6	416·6
1968 **)	8·9	418·8	427·7	492·0

Allgemeines

Die Glücksspiele standen ursprünglich nur unter staatlicher Aufsicht. Der Gedanke einer Verstaatlichung der Glücksspiele war bereits um 1770 gefaßt, aber erst im Jahre 1787 durch Errichtung der Lottogefällsdirektion verwirklicht worden. Mit dem Lottopatent vom 13. März 1813 wurde das Lottoregal erstmalig gesetzlich verankert.

Die „k.k. Lotto-Gefälls-Direktion" umfaßte eine Abteilung „Staatslotterie" in Wien, der etliche Lottoämter in den Kronländern unterstanden.

Im Laufe der Zeit wurde aus der Lottogefällsdirektion die „Generaldirektion der Staatslotterien" (1913 bis 1925), die „Dienststelle für Staatslotterien" (bis 1960) und schließlich die „Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung", die mit dem Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 111/1960, errichtet wurde.

Unterschiede der Gebarung

Die Mehraufwendung beim Personalaufwand ist auf Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Größere Wetteinsätze beim Sporttoto durch Wegfall der Sommerpause sowie die Erhöhung des Lospreises bei der Klassenlotterie und eine steigende Tendenz beim Zahlenlotto ergeben höhere Voranschlagsbeträge im Voranschlag 1968 gegenüber dem Voranschlag 1967 und dem Jahre 1966. Die voraussichtliche Gebarung bei den einzelnen Glücksspielen von 1966 bis 1968 kann der nachstehenden Übersicht entnommen werden.

Die Nebeneinanderstellung der Gebarung 1966 bis 1968 zeigt folgendes Bild:

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Sachaufwand	1966 *)	1967 **)	1968 **)
		Mill. S	
Zahlenlotto [1]	50·2	48·4	55·3
Klassenlotterie [1]	176·9	164·5	198·2
Sporttoto [1]	121·6	119·5	137·3
Pferdetoto [1]	1·2	0·9	0·0
Übrige Gebarung	21·2	21·4	28·0
Summe	371·1	354·7	418·8
Einnahmen			
Zahlenlotto	76·5	71·2	81·1
Klassenlotterie	207·3	193·5	232·2
Sporttoto	149·1	145·7	172·3
Pferdetoto	1·6	1·1	0·0
Übrige Gebarung	5·7	5·1	6·4
Summe	440·2	416·6	492·0

Aufgaben

Die Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung ist dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellt und verwaltet die für Rechnung des Bundes betriebenen Glücksspiele:

a) Zahlenlotto;
b) Klassenlotterie;
c) Sporttoto;
d) Pferdetoto.

Außerdem übt sie aufsichtsbehördliche Kontrollrechte aus über:

a) Spielbanken [2];
b) alle Arten von Ausspielungen [3].

Organisation

Ihre Aufgabe erfüllt sie für das gesamte Bundesgebiet mit einer Expositur in Graz sowie mit Hilfe der Lottokollekturen, Geschäftsstellen der Klassenlotterie sowie der Toto-Annahmestellen. Bei der betriebsmäßigen Abwicklung des Sport- und Pferdetotos bedient sich die Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung der Mithilfe von Einrichtungen des Österreichischen Postsparkassenamtes.

Gesetzliche Grundlagen

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, 288/1963 und 171/1965.
Sporttotogesetz, BGBl. Nr. 55/1949, 52/1963.
Pferdetotogesetz, BGBl. Nr. 129/1952.

Förderungsausgaben

Bei diesem Ansatz ist für die an die Bediensteten zu gewährenden Bezugsvorschüsse vorgesorgt.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Der Regieaufwand ist in den nebenstehenden Ausgabenbeträgen nicht enthalten.
[2]) Spielbanken bestehen derzeit: Ganzjährig geöffnet in Wien („cercle privé"), Baden bei Wien, Velden am Wörther See und Salzburg; Saisonbetrieb in Badgastein, Kitzbühel und Seeboden am Millstätter See.
[3]) Z. B. Tombolas, Lotterien von privaten Institutionen.

Kapitel 75 Branntwein (Monopol)

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	3·5	175·8	179·3	617·9
1967**)	3·8	187·7	191·5	639·1
1968**)	4·0	230·8	234·8	687·3

Allgemeines

Das in Österreich derzeit in Geltung stehende Gesetz über das Branntweinmonopol wurde in Österreich erst durch die Verordnung vom 20. August 1939 eingeführt. Bis dahin war der Branntwein zwar auch in Österreich Gegenstand der Besteuerung, jedoch erfolgte diese nicht in Form eines Fiskalmonopols. Seit dem ersten Weltkrieg bestand wohl auch in Österreich eine staatliche Spiritusbewirtschaftung, die zwar faktisch aber nicht formell den Charakter eines Monopols hatte und die Erhebung einer Verbrauchsabgabe von Branntwein nicht berührte. Die Überschüsse der Österreichischen Spiritusstelle wurden seinerzeit an den Bundeshaushalt abgeführt.

Unterschiede der Gebarung

Der Personalaufwand weist im Voranschlag 1968 durch die ab 1. August 1967 wirksam werdende Bezugsregelung der öffentlich Bediensteten, durch teilweise Überleitung Vertragsbediensteter A und B Entlohnungsschema II in die aus der 12. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle (BGBl. Nr. 18/1967) Artikel II sich ergebenden Entlohnungsgruppen und durch die ab 1. Juli 1968 vorgesehene Erhöhung der Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, eine Steigerung auf.

Der höhere Sachaufwand im Voranschlag 1968 gegenüber 1967 ist vornehmlich in der Veranschlagung der Umsatzvergütungen an Großabnehmer als Ausgabepost, durch vermehrte Zahlungen an Übernahmegeldern und Reinigungsentgelten für eine höhere Spirituserzeugung, in dem erhöhten Aufwand für Betriebsfrachten und durch größere Umsatzsteuerzahlungen wegen des veranschlagten höheren Spiritusabsatzes, begründet.

Die höheren Einnahmen im Voranschlag 1968 gegenüber 1967 sind auf die Veranschlagung eines höheren Absatzes an Extraprimasprit zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Monopolverwaltung ist durch das aus dem Deutschen Reichsrecht stammende Branntweinmonopolgesetz 1922 geregelt. Im Jahre 1945 sind durch das Gesetz vom 16. November 1945, StGBl. Nr. 236, für das Gebiet der Republik Österreich die dem Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein und die dem Reichsmonopolamte zustehenden Aufgaben auf das Bundesministerium für Finanzen, die der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein obliegenden Aufgaben auf die neu geschaffene „Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols" übergegangen. Die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols ist eine dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellte, zur Führung der kaufmännischen Geschäfte der Monopolverwaltung bestimmte Dienststelle; sie hat sich hiebei nach den grundsätzlichen Weisungen des Bundesministeriums für Finanzen zu richten.

Aufgaben

Die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols übernimmt den in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien sowie in den Monopolbrennereien (Sulfitlaugenbrennereien) erzeugten Branntwein, veranlaßt dessen Reinigung, trifft die Dispositionen bezüglich Versand und Lagerung der Raffinadeprodukte und verwertet die letzteren durch Verkauf. Das Bundesministerium für Finanzen setzt die Übernahmepreise für den von den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien abgelieferten Rohspiritus fest und regelt die Übernahmspreise für Rohspiritus aus den Monopolbrennereien, die Reinigungslöhne sowie die Entgelte für den Lagerverkehr und für den Vertrieb des Branntweins durch Vereinbarungen mit den in die Spirituswirtschaft eingeschalteten Unternehmen.

Brennereien

Die Eigenbrennereien (§ 20 des Branntweinmonopolgesetzes) werden gemäß §§ 24 bis 28 leg. cit. in landwirtschaftliche, gewerbliche und Obstbrennereien eingeteilt. In den nicht abgefundenen landwirtschaftlichen Brennereien werden nur Kartoffel und Getreide, in den gewerblichen Brennereien hauptsächlich Melasse zu hochprozentigem Rohspiritus verarbeitet, der an die Monopolverwaltung gegen Bezahlung des Übernahmegeldes abzuliefern ist. Daneben bestehen sechs Monopolbrennereien, die auf Grund einer von der Monopolverwaltung für jedes Betriebsjahr erteilten „Gestattung" die Ablaugen aus der Zellstoffgewinnung zu Rohspiritus verarbeiten. In den Obstbrennereien wird aus Obststoffen Trinkbranntwein erzeugt. Letztere Brennereien sind von der Ablieferung des Brannt-

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

weins befreit, dafür haben sie für den gewonnenen Branntwein eine Verbrauchsabgabe, den Branntweinaufschlag, zu entrichten, der beim Ansatz 2/52454 veranschlagt wird.

Brennrechte

Den landwirtschaftlichen, gewerblichen und den Obstbrennereien (letztere nur insoweit, als sie unter Verschluß stehen) sind gemäß Art. IV §§ 1 bis 3 der Verordnung zur Einführung des Gesetzes über das Branntweinmonopol in der Ostmark vom 20. August 1939, RGBl. I S. 1449, sogenannte „Brennrechte" zugewiesen, das heißt, es wird für jede einzelne Brennerei die Erzeugung einer bestimmten Spiritus- beziehungsweise Branntweinmenge festgesetzt. Die regelmäßigen Brennrechte können für die jährliche Betriebsperiode unter Berücksichtigung der angesammelten Bestände und des voraussichtlichen Verbrauches an Branntwein von der Monopolverwaltung erhöht oder verkürzt werden (Jahresbrennrecht). Wird Branntwein über die Brennrechtsmenge hinaus abgeliefert, wird nicht der volle Übernahmspreis bezahlt, sondern ein Überbrandabzug in Rechnung gestellt. Bei Obstverschlußbrennereien wird in diesem Falle ein höherer Branntweinaufschlagsatz erhoben.

Verkaufspreise

Die Verkaufspreise für unverarbeiteten Branntwein (Spiritus) werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind in den Kundmachungen vom 30. November 1959, BGBl. Nr. 263, 9. April 1963, BGBl. Nr. 74, und vom 30. Oktober 1963, BGBl. Nr. 248, verlautbart.

Die ab 1. November 1963 geltenden Kleinverkaufspreise des von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols abgegebenen Branntweins (Spiritus) enthalten die Kundmachungen des Bundesministeriums für Finanzen, die im Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung vom 23. Dezember 1959, laufende Nummer 295, 30. April 1963, laufende Nummer 97, und vom 8. November 1963, laufende Nummer 229, verlautbart sind.

Die gemäß § 315 Abs. 4 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, eingehobene Überwachungsgebühr für die monopolabgabefreie Branntweinerzeugung zum Hausbedarf wird beim Ansatz 2/52704 vereinnahmt.

Kapitel 76 Hauptmünzamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *)	14·0	125·1	139·1	164·8
1967 **)	15·6	151·2	166·8	187·9
1968 **)	16·5	135·9	152·4	181·0

Allgemeines

Die Münze wurde im Jahre 1194 gegründet. Die heutige Münzstätte befindet sich seit dem Jahre 1837 am derzeitigen Standort. Die Tätigkeit des Hauptmünzamtes wurde seinerzeit im Finanzministerial-Erlaß Z. 55.734 ex 1896 festgelegt. Die Wiederaufnahme des österreichischen münzämtlichen Betriebes im Jahre 1945 erfolgte auf Grund der Bestimmungen des § 38 des Behörden-Überleitungsgesetzes vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Zunahme des Personalaufwandes ist durch die Gehaltserhöhungen bei Beamten und Vertragsbediensteten A und B bedingt.

Die Minderausgaben beim Sachaufwand sind im wesentlichen auf die Auswirkungen des Prägeprogramms auf den Bedarf an Münzmaterial zurückzuführen.

Die Mindereinnahmen gehen in der Hauptsache auf geringere Ersätze für Ausmünzungen für Rechnung des Bundes und geringere Prägegebühren aus Handelsgoldmünzenprägeaufträgen zurück.

Gesetzliche Grundlagen

Die Ausprägung der Scheidemünzen erfolgt auf Grund des § 1 des Scheidemünzengesetzes, BGBl. Nr. 178/1963 in der Fassung BGBl. Nr. 154/1967. Die Ausprägung der Goldmünzen (einfache und vierfache Dukaten, 4 fl., 8 fl., 10 K, 20 K und 100 K) wird gemäß dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 133/1964 durchgeführt.

Daneben befaßt sich das Hauptmünzamt noch mit anderen Prägearbeiten.

Kapitel 77 Bundesforste

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1966 *)	405·0	261·0	666·0	700·7
1967 **)	420·8	217·0	637·8	658·8
1968 **)	455·3	259·3	714·6	680·3

Allgemeines

Die Staatsgüterverwaltung für die sogenannten Kameralgüter, deren Einkünfte in die allgemeinen Staatseinnahmen einbezogen wurden, sowie die Salinen- und Montanforste, die ausschließlich für den Betrieb beziehungsweise zur Deckung des Holzbedarfes der Salinen und Staatsbergwerke dienten, war ab 1848 in den Ressortbereich des Ministeriums für Landeskultur und Bergwesen, ab 1853 in den des Finanzministeriums und ab 1872 in den des Ackerbauministeriums einbezogen. Im Jahre 1873 wurden unter der obersten Verwaltung des Ackerbauministeriums stehende Forst- und Domänendirektionen gegründet, denen die einzelnen Forst- und Domänenverwaltungen unterstellt waren.

Auf Grund des Wiederaufbaugesetzes aus dem Jahre 1922 waren staatliche Betriebe von der Hoheitsverwaltung zu trennen und in eigene Wirtschaftskörper umzuwandeln. Daraufhin wurde im Jahre 1925 unter der Bezeichnung „Österreichische Bundesforste" ein eigener Wirtschaftskörper gebildet. Dieser wurde mit der Führung des Betriebes der bisher vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im Wege der Bundesforstverwaltung verwalteten bundeseigenen Forste und Domänen sowie jener der Religionsfonds beauftragt, wobei die Bewirtschaftung bei strengster Wahrung und Sicherung der mit der Forstwirtschaft verbundenen allgemeinen öffentlichen Interessen unter Erhaltung der Waldsubstanz und der Bodenkraft zu erfolgen hat. Hingegen sind bei der Verwertung der Forstprodukte und sonstigen Erträgnisse bei voller Erfüllung der öffentlichen Verpflichtungen die Grundsätze kaufmännischer Betriebsführung zu beobachten.

Laut § 3 (2) des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 282/1925 sind im Bundesvoranschlag der kassamäßige Betriebsüberschuß als Bundeseinnahme, der kassamäßige Betriebsabgang, sowie die Anlagen als Bundesausgaben vorzusehen. Die Gebarung der Österreichischen Bundesforste ist überdies in einem eigenen Betriebsvoranschlag darzustellen. Bei Kapitel 77 sind veranschlagt:

Ausgaben	1966 *)	1967 **)	1968 **)
Forstbetriebe	658·6	629·3	705·5
Kurhaus Goisern	7·4	8·5	9·1
Summe	666·0	637·8	714·6

Einnahmen	1966 *)	1967 **)	1968 **
Forstbetriebe	693·5	650·9	672·6
Kurhaus Goisern	7·2	7·9	7·7
Summe	700·7	658·8	680·3

Unterschiede der Gebarung

Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 sind **Mehrausgaben für Gehälter und Löhne bei den** Forstbetrieben von 44·5 Millionen Schilling, beim **Kurhaus Goisern 0·3 Millionen Schilling, sowie** für Ruhe- und Versorgungsbezüge von 5·4 Millionen Schilling, ferner für den Sachaufwand (unter Ausklammerung der Rundholzankäufe der Sägen von 44·9 Millionen Schilling im Jahre 1966) bei den Forstbetrieben 41·8 Millionen Schilling und beim Kurhaus Goisern 1·4 Millionen Schilling vorgesehen, so daß sich die Gesamtausgaben um 93·4 Millionen Schilling erhöhen.

Die Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlag 1967 von 76·9 Millionen Schilling sind auf Lohn- und Bezugserhöhungen (34·5 Millionen Schilling) sowie auf die durch die Windwurfkatastrophe im November 1966 und Feber 1967 bedingte unumgänglich nötige Ausweitung des Sachaufwandes (42·4 Millionen Schilling) zurückzuführen. Hiezu muß noch erwähnt werden, daß von den sachlichen Mehraufwendungen von 42·4 Millionen Schilling durch genehmigte zusätzliche Vorbelastungen bereits 20 Millionen Schilling für dringendste Betriebserfordernisse im Jahre 1967 gebunden sind.

Personalaufwand

Die Steigerung von 1966 auf 1968 ist durch die Erhöhung der kollektivvertraglich geregelten Löhne sowie durch die allgemeine Bezugserhöhung bedingt. Die Erhöhung des Personalaufwandes 1968 gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 beträgt 50·3 Millionen Schilling. Von diesen Mehrausgaben entfallen auf Gehälter 15·3 Millionen Schilling, auf Arbeiterlöhne 28·4 Millionen Schilling (hierin sind 11·7 Millionen Schilling Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung enthalten, die im Jahre 1968 vom Sachaufwand in den Personalaufwand überstellt wurden), auf Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe 1·2 Millionen Schilling und auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse 5·4 Millionen Schilling.

Im Vergleich zum Voranschlag 1967 sind auf Grund der Bezugsregelungen die Ausgaben für den Aktivitätsaufwand um 31·0 Millionen Schilling (hierin sind 11·7 Millionen Schilling Beiträge für die landwirtschaftliche Unfallversicherung enthalten, die im Jahre 1968 vom Sachaufwand in den Personalaufwand überstellt wurden) und für den Pensionsaufwand um 3·5 Millionen Schilling höher vorgesehen.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Sachaufwand

Der Anfall von rund 700.000 fm Windwurfholz (davon allein rund 500.000 fm im Gebiet der Obersteiermark) und die auf Grund des Forstrechtsbereinigungsgesetzes auferlegte rasche Aufarbeitung (1967, 1968) zwingen zu forcierten Investitionen, zu verstärktem Betriebsmitteleinsatz und infolge der jahrelangen Unterdotation an Investitionsmitteln zu erhöhtem Einsatz an Fremdleistungen. Als Folge dieser Maßnahmen mußte der Sachaufwand im Jahre 1968 um 42·4 Millionen Schilling höher als im Jahre 1967 veranschlagt werden.

Einnahmen

Unter Ausklammerung der im Jahre 1966 noch budgetwirksam verrechneten Rundholzankäufe der bundesforsteigenen Sägewerke von 44·9 Millionen Schilling konnte trotz empfindlichem Preisverfall auf Grund des außerordentlich hohen Schadholzanfalles ein um 24·4 Millionen Schilling höheres Ergebnis veranschlagt werden. Der Voranschlag 1968 liegt auch noch um 21·5 Millionen Schilling höher als der Voranschlag 1967.

Im Jahre 1968 ist der Verkauf einer Holzmenge vorgesehen, die rund 200.000 fm über dem frei verfügbaren nachhaltigen Jahreseinschlag liegt. Die zu erbringende Einnahmenhöhe stellt auf Grund der derzeitigen Holzmarktlage einen Höchstansatz dar.

Organisation

Der mit dem Bundesgesetz vom 28. Juli 1925, BGBl. Nr. 282, geschaffene Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste" wurde durch das Gesetz vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94, wieder errichtet. Die Leitung der Österreichischen Bundesforste obliegt der Generaldirektion, die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist. Unter ihrer Leitung wird die Betriebsführung von 96 Forstverwaltungen besorgt. Von diesen liegen in Niederösterreich 20, Oberösterreich 18, Salzburg 23, Tirol 18, Vorarlberg 1, Steiermark 11, Kärnten 4 und im Burgenland 1 Forstverwaltung.

Zu den Bundesforsten gehören ferner die Baumaschinenhöfe in Wien-Hütteldorf und in Ebensee, die Sägeverwaltungen in Gußwerk, in Neuberg und in Waidhofen a. d. Ybbs sowie das Jodschwefelbad Goisern, das Kurhaus Gastein und das verpachtete Stiftshotel Ossiach.

Liegenschaften

Das Flächenausmaß der von den Bundesforsten verwalteten Liegenschaften beträgt nach dem letzten Stande:

Waldfläche	483.227	ha,
(hievon Schutzwald 107.496 ha)		
Produktive Gründe	41.575	ha,
Unproduktive Gründe	295.544	ha,
zusammen ...	820.346	ha.

Betrieb

Der Hauptbetrieb — die Forstwirtschaft — wird grundsätzlich in Eigenregie geführt. Die Land- und Almwirtschaft ist fast durchwegs, die Jagd so weit wie möglich und die Fischerei größtenteils verpachtet. Vier Seen und eine Reihe größerer Bäche und Flußfischereien werden selbst bewirtschaftet. Außerdem werden als Nebenbetriebe die Sägewerke Gußwerk, Neuberg und Waidhofen a. d. Ybbs sowie das Jodschwefelbad Goisern, das Kurhaus Gastein und das verpachtete Stiftshotel Ossiach geführt.

Gebarung

Personalaufwand

Als persönliche Ausgaben sind die Bezüge aller aktiven Bediensteten einschließlich sämtlicher Arbeiter und der Provisions- und Pensionsparteien sowie die Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe und die Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung veranschlagt.

Anlagen

Bei den Anlagen der Forstbetriebe sind 74·0 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 10·0 Millionen Schilling, für Aufschließungsbauten 20·4 Millionen Schilling, für Grundankäufe 0·8 Millionen Schilling, für Maschinen und sonstige Anlagen 17·6 Millionen Schilling, für Hochbauten 10·9 Millionen Schilling, für die Erneuerung des Fahrparks 13·0 Millionen Schilling und für sonstige wertvermehrende Vorhaben 1·3 Millionen Schilling. Für die weitere Ausgestaltung des Kurhotels Goisern sind 1·5 Millionen Schilling veranschlagt.

Zusätzlich zu diesen Mitteln sind im Eventualvoranschlag 1968 10 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon sollen 6 Millionen Schilling zur Erweiterung des Maschinenparks und 4 Millionen Schilling für Aufschließungsbauten verwendet werden.

Um die Bringung der riesigen Schadholzmengen zu ermöglichen, muß ein Großteil der Investitionsmittel für die außerplanmäßige Aufschließung des Katastrophengebietes herangezogen werden. Der größte Teil der diesjährigen Investitionen aber dient der Mechanisierung des Betriebsgeschehens, um den andauernd steigenden Lohnkostenanteil der Produktion entsprechend herabsetzen zu können.

Bei den in Eigenregie geführten Sägewerken soll die notwendige Erneuerung der Anlagen fortgesetzt werden.

Die meist kurze günstige Bauzeit im Gebirge erfordert eine Erweiterung des Baumaschineneinsatzes, wodurch auch teure Handarbeit eingespart werden kann; der Ankauf der dringend benötigten Maschinen und Geräte sowie die Haltung und der Ausbau der Bauhöfe und Gerätschaftslager in Hütteldorf, Ebensee, Reichraming und Klausen-Leopoldsdorf, ist daher notwendig.

Förderungsausgaben

Zu den Förderungsausgaben zählen die Bezugs- und Pensionsvorschüsse, Beiträge für kulturelle beziehungsweise wirtschaftliche Zwecke und die Darlehen für Siedlungsbauten und Patronatsleistungen.

Aufwandskredite

Bei den Aufwandskrediten sind veranschlagt: Die gesetzlichen Verpflichtungen, und zwar die Grundsteuer, Vermögensabgabe, landwirtschaftliche Kammerbeiträge, Umsatzsteuer, sonstige Abgaben, die Beiträge zum Ausgleichsfonds zur Familienbeihilfe und die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gemäß BGBl. Nr. 166/1960, weiters beim Regieaufwand vornehmlich die Verwaltungserfordernisse, Reisekosten und die sonstigen für die ordnungsgemäße Führung des Gesamtbetriebes erforderlichen Ausgaben.

Holzeinschlag

Vom vorgesehenen Holzeinschlag der Bundesforste in der Höhe von rund 1,695.000 fm werden als Servitutsholz rund 246.000 fm abgegeben, so daß 1,449.000 fm frei verfügbar bleiben. Hiezu kommen im Jahre 1968 noch rund 200.000 fm an Katastrophenholz.

Der tatsächliche Einschlag im Jahre 1966 betrug 1,686.189 fm, hievon in der Endnutzung 1,422.231 fm und in der Vornutzung 263.958 fm.

Im Jahre 1967 wurden vom geplanten Einschlag 400.000 fm eingespart, um 400.000 fm Katastrophenholz aufarbeiten zu können; im Jahre 1968 beträgt die Einsparung 100.000 fm zwecks Verwertung der restlichen 300.000 fm Windwurfholz (Mehreinschlag von rund 200.000 fm).

Vom freien Einschlag mit rund 1,706.000 fm sollen im Jahre 1968 rund 1,160.000 fm (893.000 fm Nutzholz und 267.000 fm Brennholz) in Regie genutzt werden. Für Eigenbedarf sind hievon 62.000 fm (40.000 fm Nutzholz und 22.000 fm Brennholz) vorgesehen. Als Stockverkäufe, vornehmlich an zahlreiche örtliche Sägewerke, sind 546.000 fm (481.000 fm Nutzholz und 65.000 fm Brennholz) geplant, damit diesen wie bisher die Vollbeschäftigung ihres Arbeiterstandes ermöglicht wird. Diese Schlägerungen werden hauptsächlich in Waldorten zugewiesen, wo besonders ungünstige Verhältnisse eine Nutzung in Regie als nicht rentabel ausschließen.

Bei den drei Sägewerken ist ein Verschnitt von rund 118.000 fm Rundholz vorgesehen.

Einnahmen

Die Betriebseinnahmen ergeben sich mit rund 89 v. H. durch Erlöse aus der Holzverwertung.

Die Erträgnisse der Land- und Almwirtschaft bestehen aus den Pachtschillingen für die verpachteten Grundstücke und den Einnahmen der in Eigenregie bewirtschafteten Meierhöfe.

Die Einnahmen aus der Jagd und Fischerei durch Verpachtungen, Abschußvergebungen, Verkauf von Wildbret und ähnlichen können um 1·3 Millionen Schilling gesteigert werden. Die Verpachtung von Großjagdgebieten bereitet trotz aller Bemühungen (hauptsächlich wegen der hohen Jägerkosten) infolge des Fehlens von kapitalkräftigen Interessenten des Inlandes weiterhin Schwierigkeiten.

Bei den anderen Nebenwirtschaften ergeben sich die Einnahmen aus dem Kurhausbetrieb Gastein sowie aus den Verpachtungen und Vermietungen verschiedener Objekte.

Bei den Sägewerken ergibt sich der Großteil der Einnahmen aus den Schnittholzerlösen sowie der Kistenfertigung.

Beim Kurhaus Goisern fallen neben den Einnahmen aus dem Kurhausbetrieb jene aus dem Bergliftbetrieb an.

Grundverkäufe

Bei der Abwicklung der Grundverkäufe werden auf Grund der den Bundesforsten grundsätzlich erteilten Ermächtigung die einfließenden Erlöse für Grundankäufe und fallweise auch für sonstige wertvermehrende Vorhaben im Rahmen der bestehenden Bestimmungen verwendet.

Servitutsleistungen

Außer den normalen Betriebsaufwendungen haben die Bundesforste noch Pensionslasten zu tragen und Servitutsleistungen zu erbringen, die sich auf den Gebarungserfolg auswirken. Der Wert der nachstehenden Servitutsleistungen im Jahre 1966 stellte sich auf folgende Höhe:

Laufende Servitutsleistungen:

			Schilling
Nutzholz	152.358 fm	im Werte von	54,261.907
Brennholz	60.885 fm	„ „ „	3,860.756
Zusammen	213.243 fm	„ „ „	58,122.663
Elementarholz	1.461 fm	„ „ „	643.956
Streu	20.973 fm	„ „ „	221.515
Weide	57.498 Rindergräser		
		im Werte von	4,247.177
		Gesamtwert	63,235.311

Das Auftreten der bereits vorerwähnten Naturkatastrophe, die einen unerhört intensiven Einsatz aller Betriebsmittel erfordert, das stetige Ansteigen der Personalkosten bei rapidem Preisverfall auf dem Holzsektor (Preisdruck aus Deutschland, Skandinavien und Kanada) und das Fehlen entsprechender Investitionsrücklagen haben dazu geführt, daß die Bundesforste im Jahre 1968 die betriebsnotwendigen Investitionen aus den Betriebseinnahmen nicht mehr im vollen Umfange decken können und daher einen Betriebsabgang zu verzeichnen haben.

Kapitel 78 Post- und Telegraphenanstalt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1966 *).....	3.621·8	2.439·5	6.061·3	5.692·2
1967 **).....	3.715·7	3.239·1	6.954·8	7.230·6
1968 **).....	4.070·1	2.761·5	6.831·6	7.000·1

Allgemeines

Das gesamte Post-, Telegraphen- und Telephonwesen unterstand als Regal ursprünglich dem Finanzministerium. Im Jahre 1862 wurden diese Agenden auf das Handelsministerium, im Jahre 1919 auf das Staatsamt für Verkehrswesen [1]) übertragen. Im Sinne der Entschließung der Nationalversammlung vom 20. Mai 1920 wurde für staatliche Wirtschaftsbetriebe die kaufmännische Buchführung mit 1. Jänner 1922 vorübergehend eingeführt, worauf sich die derzeitige Darstellung der gegenständlichen Betriebsgebarung im Bundeshaushalt zurückführen läßt.

Unterschiede der Gebarung

Personalaufwand

Die Steigerung des Personalaufwandes gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 ist auf die Auswirkungen der 16. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 17/1967, der 12. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 18/1967, der 17. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 236/1967, der 13. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 237/1967, der Änderungen des Familienlastenausgleichsgesetzes, BGBl. Nr. 3/1967, der Einführung der Beamtenunfallversicherung, des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965 (Erhöhung der Beitragsleistungen zur Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten ab 1. Juli 1968), der Durchführung der Art. IV und V des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1966, BGBl. Nr. 16/1967, und auf die Auswirkungen des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340/1965, zurückzuführen.

Sachaufwand

Die Dotierung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze zeigt folgendes Bild:

Die Steigerung bei den Fernmeldeanlagen ist auf eine Änderung in der Veranschlagung zurückzuführen. Die Mittel für die Errichtung kostenpflichtiger Fernmeldeanlagen, die bis einschließlich 1967 beim Ansatz Sonstige Aufwandskredite veranschlagt wurden, werden nunmehr beim Ansatz Fernmeldeanlagen veranschlagt.

Im Rahmen des Eventualvoranschlages erscheint der Ansatz Fernmeldeanlagen mit 20·4 Millionen Schilling dotiert.

Bei den Sonstigen Anlagen sollen die Investitionen für den Post- und für den Postautosektor fortgesetzt werden.

Im Eventualvoranschlag sind für diesen Ansatz 59·5 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Förderungsausgaben (D), mit denen dringliche Bezugs- und Pensionsvorschüsse sowie Darlehen für Wohnbauförderung bestritten werden, weisen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 auf Grund der erhöhten Bezugsansätze eine leichte Steigerung auf.

Die Förderungsausgaben, mit denen die Postsportvereine und die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg" unterstützt werden, wurden gegenüber 1967 verringert.

Die geringere Dotierung der Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) ergibt sich aus der ab 1968 vorgesehenen Verrechnung der Rundfunk- und Fernsehrundfunkentgelte im Rahmen der durchlaufenden Gebarung.

Die Steigerung beim Regierungsaufwand ergibt sich im wesentlichen aus der Abänderung der Reisegebührenvorschrift 1955 und aus der Neufestsetzung einzelner Nebengebühren.

Die Dotierung der Sonstigen Aufwandskredite erfolgte nominell nahezu in gleicher Höhe wie 1967. Da jedoch die Mittel für die Errichtung kostenpflichtiger Fernmeldeanlagen, die bis 1967 beim Ansatz Sonstige Aufwandskredite veranschlagt wurden, nunmehr beim Ansatz Fernmeldeanlagen veranschlagt werden, erscheinen die für Instandhaltungen und für den Betriebsbedarf (Beheizung, Beleuchtung, Treibstoffe usw.) vorgesehenen Ausgabenbeträge gegenüber 1967 leicht erhöht.

Die Dotierung der Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren beruht auf dem Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 225/1967. Die gemäß § 2 des zitierten Gesetzes in den Jahren 1965 bis 1967 über den Betrag von 1.680 Millionen Schilling und ab dem Jahre 1968 über den Betrag von 2.000 Millionen Schilling sich ergebenden Mehreinnahmen aus Fernsprechgebühren sind zur Begleichung der von den Unternehmungen vorgelegten Rechnungen zu verwenden. Zu diesem Zweck wird in Höhe dieser Mehreinnahmen ein gleichhoher, getrennt dargestellter zweckgebundener Ausgabenansatz vorgesehen, der die Bezeichnung Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren führt.

Die Dotierung der Aufwandskredite — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung) erfolgte im Sinne des Katastrophenfondsgesetzes, BGBl. Nr. 207/1966.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Siehe StGBl. Nr. 378/1919.

Einnahmen

Die Verminderung bei den Betriebseinnahmen ergibt sich aus der Überstellung der Rundfunk- und Fernsehrundfunkentgelte in die durchlaufende Gebarung. Dieser Verminderung steht auf der Ausgabenseite eine gleichhohe Verminderung beim Ansatz Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) gegenüber.

Bei Außerachtlassung der Überstellung der Rundfunk- und Fernsehrundfunkentgelte beträgt die Einnahmenerhöhung gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 338 Millionen Schilling. Hievon entfallen 30 Millionen Schilling auf die Postgebühren und 215 Millionen Schilling auf die Fernsprechgebühren.

Bei den Fernsprechgebühren ist der über den Betrag von 2.000 Millionen Schilling hinausgehende Teilbetrag von 1058 Millionen Schilling im Sinne des § 2 des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 225/1967, zweckgebunden.

Organisation

Die oberste Leitung obliegt der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die als Sektion III dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen eingegliedert ist.

Der Generaldirektion unterstehen die Post- und Telegraphendirektionen mit dem Sitz in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz (mit dem Post- und Telegrapheninspektorat in Salzburg) und Wien.

Den Post- und Telegraphendirektionen unterstehen die Dienststellen des ausübenden Dienstes, u. zw. 2295 Post- und Telegraphenämter, 403 Posthilfsstellen, 12 Telegraphenbauämter, 6 Fernmeldebetriebsämter, 5 Rundfunkämter, 6 Postautobetriebsleitungen und 2 Postverkehrsbüros (Stand 1. Juni 1967).

Im Bereich der Post- und Telegraphendirektion Wien gibt es ferner das Fernsprechbetriebsamt, das Fernamt Wien (selbständige Dienststelle), die Telegraphenzentralstation, das Kabelbauamt und das Fernsprechgebührenamt.

Für das gesamte Bundesgebiet zuständig und daher der Generaldirektion unmittelbar unterstellt sind das Fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Postautohauptwerkstätte, die Postzeugverwaltung, die Telegraphenzeugverwaltung und das Post- und Telegraphenmuseum.

Anschlüsse

Die Zunahme der Hauptanschlüsse an das öffentliche Fernsprechnetz und der Fernschreibanschlüsse in den vergangenen Jahren zeigen die folgenden Aufstellungen:

a) Hauptanschlüsse an das öffentliche Fernsprechnetz:

Jahresende	Zahl der Fernsprech-Hauptanschlüsse	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr Zahl	%
1955	300.006	12.690	4·42
1960	428.807	32.833	8·29
1961	462.851	34.044	7·94
1962	501.687	38.836	8·39
1963	547.728	46.041	9·18
1964	597.118	49.390	9·02
1965	654.771	57.653	9·66
1966	711.748	56.977	8·70

b) Fernschreibanschlüsse:

Jahresende	Zahl der Fernschreib-anschlüsse	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr Zahl	%
1955	2.312	378	19·54
1960	4.389	530	13·73
1961	4.897	508	11·57
1962	5.247	350	7·15
1963	5.522	275	5·24
1964	5.993	471	8·53
1965	6.378	385	6·42
1966	6.854	476	7·46

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung bilden:

a) Auf dem Inlandspostsektor:
das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 36/1964.
Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957 [2]), erlassen. Diese setzt die Bedingungen für die Beförderung von Postsendungen und für den Geldverkehr der Post fest. Die ziffernmäßige Festsetzung der Postgebühren erfolgte mit der Postgebührenordnung, BGBl. Nr. 270/1966.

b) Auf dem Auslandspostsektor:
die Urkunden des Weltpostvereines (Wien 1964), BGBl. Nr. 350/1965, BGBl. Nr. 351/1965 und BGBl. Nr. 352/1965; die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Feber 1950 [3]) erlassene Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen vom 14. November

[2]) Abänderung BGBl. Nr. 6/1960 und 278/1963.

[3]) § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, BGBl. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen, ferner der Fernsprechteilnehmer-, Aufnahms- und Sprechgebühren innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.

1966 über die Neufestsetzung der Auslandspostgebühren mit Wirkung vom 1. Jänner 1967, BGBl. Nr. 269/1966; die Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen vom 6. Juni 1966, BGBl. Nr. 92/1966, über die Einführung der Flugbeförderung zuschlagfreier Post nach allen europäischen Ländern und nach Zypern.

c) Auf dem Inlandsfernmeldesektor:

das Fernmeldegesetz, BGBl. Nr. 170/1949, auf Grund dessen die nachfolgend angeführten Verordnungen erlassen wurden:

die Fernsprechordnung, BGBl. Nr. 276/1966; die Telegraphenordnung, BGBl. Nr. 83/1964; die Amateurfunkverordnung, BGBl. Nr. 30/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 326/1962; die Bildübertragungsordnung, BGBl. Nr. 247/1964, die Funknachrichtenverordnung, BGBl. Nr. 132/1955, die Fernschreibverordnung, BGBl. Nr. 216/1955, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 113/1958 und BGBl. Nr. 111/1965, die Verordnung über Privatfernmeldeanlagen, BGBl. Nr. 239/1961, die Funker-Zeugnisverordnung, BGBl. Nr. 139/1967, und die Fernmeldegebührenverordnung 1966, BGBl. Nr. 277/1966; die Rundfunkverordnung, BGBl. Nr. 333/1965;

das Telegraphenwegegesetz, BGBl. Nr. 435/1929.

d) Auf dem Auslandsfernmeldesektor:

der Internationale Fernmeldevertrag (Genf 1959), BGBl. Nr. 253/1962, samt Schluß- und Zusatzprotokollen, die Vollzugsordnungen für den internationalen Fernsprechdienst, den internationalen Telegraphendienst und den internationalen Telexdienst, die Vollzugsordnung und die Zusatzvollzugsordnung für den Funkdienst sowie die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Juni 1947 [4]) erlassene „Kundmachung der Gesamtgebühren im Fernmeldeverkehr mit dem Ausland", PuTVBl. Nr. 13/1967, in der jeweils geltenden Fassung.

e) Bei der Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen auf Straßen (Postautoverkehr):

für den Kraftfahrlinienverkehr das Kraftfahrliniengesetz, BGBl. Nr. 84/1952, sowie die auf Grund dieses Gesetzes kundgemachte 1. Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 206/1954, und
für den Gelegenheitsverkehr das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl. Nr. 85/1952.

Aufgaben

Der Post- und Telegraphenverwaltung obliegen postbehördliche und gebührenrechtliche Angelegenheiten des Inlandsdienstes sowie die vollzugsdienstlichen Angelegenheiten des Postverkehrs, wie die Annahme, Weiterleitung und Abgabe von Briefsendungen und Paketen, die Übermittlung und Einziehung von Geldbeträgen, Einzahlung und Auszahlung im Spar- und Scheckverkehr des Österreichischen Postsparkassenamtes sowie sonstige Leistungen im Sinne des § 14 des Postgesetzes, BGBl. Nr. 58/1957; die Auslegung und Vollziehung der Urkunden des Weltpostvereines; die Abrechnung über den gesamten Auslandspostverkehr einschließlich der Flugpost; der Abschluß, die Auslegung und Vollziehung der Sonderübereinkommen mit fremden Postverwaltungen; die Festsetzung der Auslandspostgebühren; die Verbindung mit dem internationalen Büro des Weltpostvereines in Bern; das Postkurswesen und die Postverbindungen mit dem Ausland einschließlich des Flugpostverkehrs; die Anwendung der Zollvorschriften im Auslandspostdienst; die Wahrung der Fernmeldehoheit des Bundes; die Bewilligung von Fernmeldeanlagen; die Aufsicht über sämtliche Fernmeldeanlagen; Regelung des Dienstes und Betriebes der Funkanlagen und der dem öffentlichen Verkehr dienenden sonstigen Fernmeldeanlagen; Ahndung der Verletzungen des Fernmeldehoheitsrechtes; Festsetzung der Fernmeldegebühren; Bereitstellung und Betrieb des öffentlichen Fernmeldenetzes; Abschluß und Durchführung der internationalen Verträge auf dem Gebiete des Fernmeldewesens; Geltendmachung des Leitungsrechtes für Fernmeldeanlagen; die Beförderung von Personen und Sachen im Rahmen des Postautoverkehrs.

---

[4]) § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, BGBl. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen, ferner der Fernsprechteilnehmer-, Aufnahms- und Sprechgebühren innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.

Verkehrsabwicklung

Post- und Fernmeldedienst

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966
				Anzahl in Tausend			
a) Postsendungen (Inland, Ausland und Flugpostverkehr) [5]	1,310.729	1,382.841	1,445.672	1,506.403	1,549.306	1,592.089	1,625.144
b) Ein- und Auszahlungen im Spar- und Scheckverkehr [6]	107.832	110.251	112.181	114.957	118.211	119.255	117.696
c) Telegraph:							
Inland:							
Telegramme	2.297	2.338	2.459	2.549	2.607	2.672	2.646
Wörter	36.345	37.539	40.271	42.331	43.379	45.746	45.446
Ausland:							
Telegramme	2.276	2.281	2.382	2.418	2.484	2.514	2.419
Wörter	40.999	41.448	43.113	44.355	46.593	47.424	46.425
d) Fernschreiber:							
Inland:							
Gebühreneinheiten zu S 0·65	42.327	44.593	47.131	52.248	54.515	58.065	59.819
Ausland:							
Minuten	8.057	9.032	9.910	11.606	13.813	15.582	16.450
e) Fernsprecher:							
Inland:							
Ferngespräche — handvermittelt	18.858	19.382	19.272	19.802	20.299	19.846	18.678
Minuten	67.750	69.971	69.830	71.867	73.602	72.230	68.227
Ferngespräche — Selbstwählfernverkehr	56.794	67.697	81.643	95.460	108.679 [6]	129.911 [6]	154.754 [6]
Gebührenstunden	24.418	29.647	35.529	41.286	48.634	60.749	74.196
Ortsgespräche, Gebührenstunden	22.850	24.496	28.003	29.765	32.194	33.935	35.030
Ausland:							
Minuten	16.034	19.487	23.558	28.046	40.709	49.366	— [7]

[5]) Stückzahl.

[6]) Einschließlich des Grenznah- und Weitverkehrs nach der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland.

[7]) Aus Gründen der internationalen Abrechnung noch nicht erfaßbar.

Postautodienst

Der Postautodienst dient der Personen- und Sachbeförderung im Überlandverkehr, der Postbeförderung und Postvermittlung zwischen den Postdienststellen, dem Einsammel-, Abhol- und Zustelldienst von Postsendungen sowie dem Materialtransport für den Bau- und Erhaltungsdienst im Post- und Fernmeldesektor.

Derzeit werden im Inland 548 Postautolinien, davon 37 Saisonlinien, betrieben. Hiezu kommen noch 43 zwischenstaatliche Linien (20 nach Deutschland, 8 nach Italien, 10 nach Jugoslawien, 2 nach der Schweiz, 2 nach der ČSSR und 1 nach Ungarn), so daß die Gesamtzahl der Linien 591 beträgt.

Auf diesen Linien mit einer einfachen Streckenlänge von rund 26.900 km werden jährlich bei einer Leistung von rund 47·6 Millionen Kilometern rund 75 Millionen Personen befördert. In dieser Zahl sind die vielen in- und ausländischen Reisenden enthalten, die auf den Fremdenverkehrslinien befördert werden. Rund 47·7% der Zahl der beförderten Personen entfällt auf Arbeiter und Schüler, die eine 50%ige oder 75%ige Fahrpreisermäßigung genießen. Die Zahl der ausgegebenen Arbeiter- und Schülerwochenkarten zeigt weiterhin eine steigende Tendenz.

Neben den erwähnten Leistungsziffern in der Personenbeförderung weist der Postautodienst im Regiedienst für den Post- und Fernmeldesektor eine Leistung von jährlich rund 45·7 Millionen Kilometer auf. Die Gesamtverkehrsleistung beträgt somit rund 93 Millionen Kilometer.

Verwendung des Sachaufwandes

Fernmeldeanlagen

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
100·7	51·0	95·0	+ 49·7	+ 5·7

Übertragungstechnische Fernmeldeanlagen

Die Ausgaben werden für die durch umfangreiche Straßenbauarbeiten der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden) bedingten Umlegungen von Kabel- und Freileitungslinien und für die Errichtung kostenpflichtiger Fernmeldeanlagen verwendet werden. Sofern Mittel aus dem Eventualvoranschlag zur Verfügung stehen, werden diese insbesondere für den Ausbau des Richtfunknetzes im Interesse des Österreichi-

schen Rundfunks und für Maßnahmen, die der Sicherung des Fernmeldenetzes in Katastrophenfällen und in den Fällen der Elektrifizierung von ÖBB-Strecken dienen, verwendet werden. Ein Teil der Mittel wäre für Vorhaben bestimmt, die den Ausbau des internationalen Weitverkehrsnetzes betreffen.

Vermittlungstechnische Fernmeldeanlagen

Die vorgesehenen Ausgaben dienen zur Erweiterung von Fernschreibämtern, um den jährlichen Zuwachs an neuen Anschlüssen und die daraus bedingte Verkehrssteigerung aufnehmen zu können. Beschafft werden sowohl Amtseinrichtungen als auch Teilnehmereinrichtungen. Ferner werden die Kredite für Restzahlungen für Bestellungen aus dem Vorjahr und zur Fertigstellung begonnener Bauvorhaben benötigt.

Sonstige Anlagen

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
119·0	148·8	121·2	—29·8	—2·2

Postautobetrieb

Zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrparkes ist auch für das Jahr 1968 die Beschaffung neuer Fahrzeuge vorgesehen. Dadurch wird das Ausscheiden alter und unwirtschaftlicher Fahrzeuge ermöglicht. Alle Omnibusse werden bei österreichischen Firmen in Auftrag gegeben. Der Stand an Fahrzeugen aller Art, die älter als zehn Jahre sind, beträgt derzeit 2864, davon 1186 Omnibusse (gegenüber 1140 Omnibussen im Vorjahr).

Für die Beschaffung von Omnibussen sind im Eventualvoranschlag zusätzliche Mittel vorgesehen.

Hochbauwesen

Mit den für das Jahr 1968 vorgesehenen Beträgen sollen zunächst Restzahlungen für die in den Vorjahren fertiggestellten Hochbauten geleistet sowie laufende Bauvorhaben weitergeführt und zum Teil fertiggestellt werden.

Für die fertiggestellten Neubauten und für eine Anzahl in neue Mieträume zu verlegende Dienststellen sind die notwendigen Einrichtungsgegenstände und Betriebseinrichtungen zu beschaffen.

Weiters sollen für bereits durchgeführte Grundkäufe Restzahlungen geleistet und eine Anzahl schon eingeleiteter Grundkäufe für künftig notwendige Betriebsgebäude abgeschlossen werden.

Sofern Mittel aus dem Eventualvoranschlag zur Verfügung gestellt werden, sollen zunächst laufende Bauvorhaben in verstärktem Maße weitergeführt und sodann allenfalls einzelne betriebsdienstlich besonders dringende Bauvorhaben neu begonnen werden.

Maschinen und sonstige Betriebseinrichtungen

In Weiterführung der für den Zustelldienst in Angriff genommenen Rationalisierungsmaßnahmen sind für das Budgetjahr 1968 Anschaffungen von Hausbrieffachanlagen in Summe von rund 10 Millionen Schilling vorgesehen. Hiezu kommen noch die Sonderanfertigungen von Anlagen in Großobjekten.

Außerdem wird in Berücksichtigung der Beschleunigung des Reisezugsverkehrs die Umstellung der Bahnpostwagen auf schnellaufende Fahrzeuge fortgesetzt sowie die Bestellung von drei vierachsigen Bahnpostwagen vergeben werden.

Förderungsausgaben (D)

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
57·2	53·6	28·1[8])	+ 3·6	+ 29·1[8])

Bezugs- und Pensionsvorschüsse

Für dringliche Bezugs- und Pensionsvorschüsse sind die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Darlehen für Wohnbauförderung

Von dem zur Förderung des Baues von Wohnungen für Post- und Telegraphenbedienstete vorgesehenen Kredit ist ein Teilbetrag von etwa 11,200.000 Schilling für Darlehenszahlungen aus vertraglichen Verpflichtungen für begonnene Wohnbauvorhaben mit 498 Wohnungen vorgesehen. Mit dem Restbetrag soll der Bau von weiteren rund 240 Wohnungen für Post- und Telegraphenbedienstete gefördert werden.

Förderungsausgaben

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
0·1	0·1	0·1	—	—

Die der Freizeitgestaltung und der körperlichen Ertüchtigung der Post- und Telegraphenbediensteten dienenden Postsportvereine werden

[8]) Der Jahresaufwand an Darlehen für Wohnbauförderung wird jeweils mit Jahresschluß auf die Ansätze 1/54255 und 5/54275 „Bundesdarlehen" überstellt.

in bescheidener Höhe finanziell unterstützt. Des weiteren ist ein Förderungsbeitrag für die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg" vorgesehen.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
345·5	869·4	833·6	— 523·9	— 488·1

Die vorgesehenen Aufwendungen enthalten unter anderem Ausgaben von 94·5 Millionen Schilling für die Weitergabe von Gebührenanteilen bzw. von Einnahmen aus dem Post-, Fernmelde- und Postautodienst, öffentliche Abgaben mit 26·2 Millionen Schilling, die Vergütung an die Österreichischen Bundesbahnen für die Postbeförderung mit 126·7 Millionen Schilling, die Vergütung an das Postsparkassenamt mit 10·2 Millionen Schilling und 80·0 Millionen Schilling für den Zinsendienst der Finanzschulden des Bundes.

Regieaufwand

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
573·8	444·9	368·3	+ 128·9	+ 205·5

Von den vorgesehenen Beträgen entfallen rund 354·4 Millionen Schilling auf Reisegebühren und Aufwandsentschädigungen. Die restlichen Kredite werden zur Bestreitung des Amtsaufwandes, der Kosten für Beleuchtung, Beheizung, Herstellung von Briefmarken, Druck von amtlichen Vordrucken sowie der Amtlichen Telephonbücher, ferner für die Beschaffung von Uniformtuch und -stoffen für die Dienstkleiderbeistellung verwendet. Die Ausgaben an Miet- und Pachtzinsen werden ebenfalls mit diesen Mitteln bestritten.

Sonstige Aufwandskredite

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
506·2	507·3	431·7	— 1·1	+ 74·5

Postautobetrieb

Die zur Verfügung stehenden Aufwandskredite sind für die Instandhaltung der Fahrzeuge, für die Ersatzteilbeschaffung, für die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen und Bereifung, für Ladestromkosten, für die Deckung des Aufwandes für die Verkehrsabwicklung und den sonstigen Betriebsaufwand bestimmt. Außerdem ergeben sich Aufwendungen für Kraftwagenmieten und Fahrkonzessionen.

Übertragungstechnische Fernmeldeanlagen

Mit diesen Beträgen ist die Beschaffung jenes Telegraphenbauzeuges (Kabel samt Zubehör, blanke und isolierte Drähte, Leitungsmaste, Träger, Isolatoren, Reserveröhren u. dgl.) sowie jener Werkzeuge, Geräte und Ersatzteile vorgesehen, welche zur Aufrechterhaltung des betriebssicheren Zustandes der gesamten Koaxial-, Fern- und Netzgruppenkabelanlagen, der oberirdischen Fernleitungsanlagen, sämtlicher Ortsnetze, sämtlicher Verstärker-, Trägerfrequenz-, Richtfunk- und Drahtrundfunkanlagen benötigt werden.

Ferner dienen die Kredite zur Deckung des laufenden Aufwandes für die Benützung zwischenstaatlicher kommerzieller Nachrichten-Satellitensysteme.

Vermittlungstechnische Fernmeldeanlagen

Bei den vermittlungstechnischen Fernmeldeanlagen sollen mit den vorgesehenen Beträgen jene Anschaffungen und Reparaturen durchgeführt werden, die für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprech-, Telegraphie- und Fernschreibanlagen sowie für die Funküberwachungsdienste erforderlich sind.

Hochbauwesen

Die vorgesehenen Beträge dienen der Instandhaltung des umfangreichen Gebäudebestandes der Post- und Telegraphenverwaltung, dem betriebsbedingten Umbau posteigener Objekte, der Durchführung von Generalreparaturen und der Adaptierung von angemieteten Räumen zwecks Verlegung derzeit unzureichend untergebrachter Dienststellen.

Betriebsmittel

Außer den normalmäßig erforderlichen Nachschaffungen von Betriebsmitteln für den Post- und Fernmeldedienst wurde auch der Aufwand, der sich aus der Zumietung einer Datenverarbeitungs-Duplexanlage ergibt, veranschlagt.

Sonstige Beiträge

Mit den vorgesehenen Beträgen sollen insbesondere die Provisionen für Werbungen im Rahmen der Postreklame und die Aufwendungen für die Stromkreisanmietungen in den Transatlantikkabeln beglichen werden.

Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
1058·0	1163·0	561·5	—105·0	+496·5

Ab dem Jahre 1965 wird die Weiterführung der Vollautomatisierung des österreichischen Fernsprechnetzes ausschließlich und die der Erweiterung des österreichischen Fernsprechnetzes zum allergrößten Teil gemäß dem Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 225/1967, finanziert. Die im Jahre 1968 gegenüber einem Betrag von 2000 Millionen Schilling sich ergebenden Mehreinnahmen aus Fernsprechgebühren sind als zweckgebunden veranschlagt. Ein gleichhoher zweckgebundener Ausgabenansatz dient zur Begleichung der sich im Zusammenhang mit der Vollautomatisierung und Erweiterung des österreichischen Fernsprechnetzes ergebenden Aufwendungen.

Aufwandskredite — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

Voranschlag 1968	Voranschlag 1967	Erfolg 1966	Unterschied gegenüber Voranschlag 1967	Unterschied gegenüber Erfolg 1966
		Mill. S		
1·0	1·0	—	—	+1·0

Die vorgesehenen Mittel dienen der zusätzlichen Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden im Sinne des Katastrophenfondsgesetzes, BGBl. Nr. 207/1966.

Kapitel 79 Österreichische Bundesbahnen

	Betriebsausgaben Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen	Ausgaben Ao. Gebarung
		aufwand	Mill. S		
1966 *)	6.915·7	3.073·2	9.988·9	7.530·6	626·5
1967**)	7.377·5	3.607·7	10.985·2	8.463·0	907·5
1968**)	7.932·4	3.461·5	11.393·9	8.215·0	938.5

Allgemeines

Das Hofkanzleidekret vom 23. Dezember 1841 stellte das erste großangelegte Eisenbahnprogramm auf. Ein Jahr später wurde die „Generaldirektion der Staatseisenbahnen" gegründet. Nachdem schon 1896 ein eigenes Eisenbahnministerium errichtet worden war, begann 1906 die umfassende Verstaatlichung der großen Privatbahnen.

Unterschiede der Gebarung

Ein Vergleich des Voranschlages der Österreichischen Bundesbahnen für 1968 gegenüber dem Voranschlag 1967 bzw. gegenüber dem Rechnungsabschluß 1966 zeigt hinsichtlich der ordentlichen Gebarung folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1968	Voranschlag 1967 Mill. S	Unterschied
Aufwand für aktive Bedienstete	4.838·7	4.511·4	+ 327·3
Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse.....	3.093·7	2.866·1	+ 227·6
Sachaufwand.....	3.461·5	3.607·7	— 146·2
Betriebsausgaben.	11.393·9	10.985·2	+ 408·7
Betriebseinnahmen ...	8.215·0	8.463·0	— 248·0
Betriebsabgang ..	3.178·9	2.522·2	+ 656·7

	Voranschlag 1968	Rechnungsabschluß 1966 Mill. S	Unterschied
Aufwand für aktive Bedienstete.....	4.838·7	4.298·3	+ 540·4
Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse.....	3.093·7	2.617·4	+ 476·3
Sachaufwand.....	3.461·5	3.073·2	+ 388·3
Betriebsausgaben.	11.393·9	9.988·9	+ 1.405·0
Betriebseinnahmen ...	8.215·0	7.530·6	+ 684·4
Betriebsabgang ..	3.178·9	2.458·3	+ 720·6

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Personalaufwand

Der Personalstand der Österreichischen Bundesbahnen wurde gegenüber dem Dienstpostenplan des Jahres 1967 um 808 Köpfe niedriger präliminiert.

Gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1967 sind beim Aktivitätsaufwand um rund 327·3 Millionen Schilling mehr präliminiert. Für die Bezugserhöhungen per 1. August 1967 und für die Erhöhung der Kinderbeihilfen mußten rund 320·8 Millionen Schilling zusätzlich präliminiert werden. Ferner waren für Nebengebührenregelung 1967 rund 55·6 Millionen Schilling mehr zu veranschlagen.

Den vorgenannten Erhöhungen steht eine generelle 1%ige Kürzung des Aktivitätsaufwandes mit einer Auswirkung von 49·1 Millionen Schilling gegenüber.

Im Pensionsaufwand sind gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1967 um rund 227·6 Millionen Schilling mehr veranschlagt.

Für die Bezugserhöhungen per 1. August 1967, für die Erhöhung der Kinderbeihilfen sowie für die Auswirkung der neuen Bundesbahn-Pensionsordnung 1966 wurden rund 227·6 Millionen Schilling mehr veranschlagt.

Sachaufwand

Beim Sachaufwand wurde gegenüber dem Voranschlag 1967 um 498·3 Millionen Schilling mehr präliminiert; er gliedert sich wie folgt:

	Voranschlag 1968	Voranschlag 1967 Mill. S	Unterschied
a) Anlagen	699·0	849·3	—150·3
b) Förderungsausgaben	91·8	87·7	+ 4·1
c) Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)....	931·6	1.000·3	— 68·7
Regieaufwand und sonstige Aufwandskredite....	1.689·1	1.620·4	+ 68·7
Aufwandskredite— Mittel des Katastrophenfonds ...	50·0	50·0	—
Zusammen ...	3.461·5	3.607·7	—146·2

Anlagen

Für die Erneuerung der Anlagen der Österreichischen Bundesbahnen stehen im Bundesvoranschlag 1968 rund 699·0 Millionen Schil-

ling und damit um 150·3 Millionen Schilling weniger als im Bundesfinanzgesetz 1967 zur Verfügung. Außerdem sind im Eventualvoranschlag 338·0 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Ausgaben für Anlagen gliedern sich in:

	Voranschlag 1968	Voranschlag 1967 Mill. S	Unterschied
1. Materialmagazin Linz	—	1·0	— 1·0
2. Kesselwagenankauf ..	—	18·0	— 18·0
3. Sonstige Anlagen:			
a) Geräte und maschinelle Anlagen .	18·0	29·0	— 11·0
b) Bauliche Anlagen.	394·0	551·3	— 157·3
c) Fahrpark	287·0	250·0	+ 37·0
Zusammen.	699·0	849·3	— 150·3

Aus dem Betrag für Geräte und maschinelle Anlagen werden im wesentlichen Geräte für den Transportdienst (Wagendecken, Paletten, Gabelstapler, Krane u. ä.) und den Oberbau sowie maschinelle Einrichtungen und Werkzeuge für den Zugförderungs- und Werkstättendienst beschafft. Die Ansätze für bauliche Anlagen finden vor allem Verwendung für die Erneuerung des Oberbaues, des Unterbaues und der Brücken sowie der Sicherungs- und Fernmeldeanlagen.

Mit den für den Fahrpark vorgesehenen Mitteln werden unter anderem vierachsige Reisezugwagen sowie Omnibusse für den Kraftwagendienst beschafft werden.

Förderungsausgaben

Unter diesem finanzgesetzlichen Ansatz sind im wesentlichen Ausgaben für die Finanzierung von Wohnungsbauten gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften, für Bezugs- und Pensionsvorschüsse und für Sport- und Kultureinrichtungen des Personals veranschlagt.

Aufwandskredite

Bei den Gesetzlichen Verpflichtungen ergibt sich per Saldo ein Mindererfordernis von 68·7 Millionen Schilling.

Weitere Mehrausgaben in Höhe von 17·1 Millionen Schilling betreffen die Ausgaben für die Benützung fremder Bahnhöfe und Strecken zufolge höherer Anschlußkosten, höherer Traktionsleistungen der fremden Triebfahrzeuge und durch Benützung der Strecke Salzburg—Rosenheim—Kufstein für die Einrichtung des Städteschnellverkehres Wien—Bregenz sowie die Entschädigungen nach dem Haftpflichtgesetz zufolge höherer Ratenleistungen und die Entgelte an Bahnfremde für Fahrkartenausgaben als Folge der Absatzsteigerung.

Dagegen wurden Minderausgaben von 55·8 Millionen Schilling für die öffentlichen Abgaben veranschlagt. Das geringere Erfordernis resultiert sowohl aus der niedrigeren Veranschlagung der Verkehrseinnahmen als auch aus dem Entfall einer Vorsorge für Steuernachzahlungen. Im Bundesfinanzgesetz 1967 waren für Steuernachzahlungen 47 Millionen Schilling vorgesehen. Ein weiterer Minderaufwand von 30 Millionen Schilling ergibt sich bei den Wagenmieten durch geringere Inanspruchnahme der fremden Wagen im Auslandsgüterverkehr.

Der Regieaufwand wurde gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 zufolge der Erhöhung der Nebengebührensätze um 68·7 Millionen Schilling höher präliminiert.

Die übrigen Aufwandskredite wurden in gleicher Höhe wie im Bundesvoranschlag 1967 veranschlagt.

Einnahmen

Bei den für 1968 veranschlagten Betriebseinnahmen ergeben sich gegenüber dem Voranschlag der Österreichischen Bundesbahnen im Bundesfinanzgesetz 1967 bzw. gegenüber dem Erfolg 1966 folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1968	Voranschlag 1967 Mill. S	Unterschied
Allgemeine Betriebseinnahmen ...	775·0	753·6	+ 21·4
Personenverkehrseinnahmen ...	2.110·0	2.280·0	— 170·0
Güterverkehrseinnahmen ...	5.250·0	5.329·4	— 79·4
Verminderung der Materialvorräte	30·0	50·0	— 20·0
Mittel des Katastrophenfonds.	50·0	50·0	—
Summe ...	8.215·0	8.463·0	— 248·0

	Voranschlag 1968	Rechnungsabschluß 1966 Mill. S	Unterschied
Allgemeine Betriebseinnahmen ...	775·0	725·5	+ 49·5
Personenverkehrseinnahmen ...	2.110·0	1.894·0	+ 216·0
Güterverkehrseinnahmen ...	5.250·0	4.911·1	+ 338·9
Verminderung der Materialvorräte	30·0	—	30·0
Mittel des Katastrophenfonds.	50·0	—	+ 50·0
Summe ...	8.215·0	7.530·6	+ 684·4

Die Allgemeinen Betriebseinnahmen wurden gegenüber dem Voranschlag 1967 um 21·4 Millionen Schilling höher veranschlagt.

Die Mehreinnahmen betreffen mit 15·8 Millionen Schilling die Pensionsbeiträge der Beamten und mit 5·6 Millionen Schilling verschiedene kleinere Posten.

Die Personenverkehrseinnahmen wurden gegenüber dem Voranschlag 1967 um 170·0 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Ursache hiefür ist der anhaltende Frequenzrückgang im Reiseverkehr. Die Zahl der im reinen Bahnverkehr beförderten Personen ging von 1963 bis 1966 um 15·3 Millionen oder 9·6% zurück. Der Rückgang betrifft überwiegend den Binnenverkehr, der in zunehmendem Maße durch den Individualverkehr konkurrenziert wird.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr wurden gegenüber dem Voranschlag 1967 um 79·4 Millionen Schilling niedriger präliminiert. Maßgebend für die Mindereinnahmen ist das geringere Frachtaufkommen als Folge der gegenwärtigen Wirtschaftslage.

Beim Ansatz „Verminderung der Materialvorräte" ergeben sich ziffernmäßig Mindereinnahmen, da eine weitere Senkung des Dienstgütervorrates nicht mehr möglich ist.

Auf Grund des Katastrophenfondsgesetzes (BGBl. 207 vom 9. September 1966) erhalten die Österreichischen Bundesbahnen Fondsmittel von 50·0 Millionen Schilling. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim Ansatz „Aufwandskredite-Mittel des Katastrophenfonds" veranschlagt.

Außerordentliche Gebarung

Für die „Elektrifizierung" ist im Bundesvoranschlag 1968 ein Betrag von rund 360·0 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Elektrifizierungsvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1968 umfassen die Fortsetzung der Arbeiten in den Strecken Sankt Valentin—Klein Reifling, Amstetten—Kastenreith und Klein Reifling—Selzthal sowie den Bau von Energieversorgungsanlagen (Kraftwerke und Unterwerke). Weiters werden elektrische Lokomotiven und Triebwagenzüge beschafft.

Von den für „Fahrpark und sonstige Investitionen" veranschlagten Beträgen von rund 578·5 Millionen Schilling werden 400 Millionen Schilling für das Güterwagenprogramm der Österreichischen Bundesbahnen verwendet. Die restlichen 178·5 Millionen Schilling sind vor allem für den Bau von Sicherungsanlagen (Induktive Zugbeeinflussung, Mittelstellwerke, Streckenblockanlagen), für den Um- bzw. Ausbau von Bahnhöfen, für den Bau von Strecken bestimmt.

Organisation

Auf Grund des Gesetzes vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94 (Behördenüberleitungsgesetz), obliegt der dem Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft als Sektion II eingegliederten Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen die Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen.

Gliederung der Generaldirektion:

Generaldirektor,
Generaldirektor-Stellvertreter,
Generalsekretariat,
Erfolgsprüfer,
Personal- und Sozialverwaltung,
Chef des Rechtsdienstes,
Sanitätschef,
Direktion I: Betriebsdirektion,
Direktion II: Finanzielle Direktion,
Direktion III: Kommerzielle Direktion,
Direktion IV: Maschinendirektion,
Direktion V: Baudirektion,
Beschaffungsdienst,
Elektrodienst,
Kraftwagendienst.

Der Generaldirektion sind zwölf Ämter und Zentralstellen (Zentrale Personalstelle, Pensionsstelle, Zentralstelle für signal- und fernmeldetechnische Angelegenheiten, Zentrale Rechnungsstelle, Zentrale Reklamations- und Ausforschungsstelle, Verkehrseinnahmenamt, Hauptwagenamt, Zentralstelle für maschinentechnische Konstruktionen und Werkstättenbetriebe, Zentralstelle für Großbauvorhaben, Zentralstelle für Materialbeschaffung und Materialverwaltung, Starkstromtechnische Zentralstelle und Kraftwerk-Zentralstelle) und vier Bundesbahndirektionen in Wien, Linz, Innsbruck und Villach nachgeordnet.

Rechtsgrundlagen

Für die Tätigkeit der Österreichischen Bundesbahnen sind insbesondere nachstehende Rechtsvorschriften von Bedeutung:

Behördenüberleitungsgesetz [1]),
Eisenbahngesetz [2]),
Eisenbahnverkehrsordnung (EVO) [3]),
Internationale Berner Übereinkommen (CIM und CIV) *) [5]),

---

*) CIM = Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, CIV = Internationales Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr.

[1]) StGBl. Nr. 94/1945.

[2]) BGBl. Nr. 60/1957, 113/1963.

[3]) BGBl. Nr. 170/1967.

[4]) (frei).

[5]) BGBl. Nr. 266/1964, 267/1964, 268/1964, 269/1964, 270/1964, 170/1967;
Anlage I in BGBl. Nr. 137/1967;
Anlage VII in BGBl. Nr. 35/1956, 138/1960 und 22/1962;
Anlage VIII in BGBl. Nr. 36/1956 und 139/1960.

Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 19. Feber 1951, BGBl. Nr. 56, über den Beitritt der Republik Österreich zur „Technischen Einheit im Eisenbahnwesen, Fassung 1938",

Gesetz vom 13. April 1920, StGBl. Nr. 180, über die Mitwirkung des Nationalrates (Hauptausschusses) an der Regelung von Eisenbahntarifen,

Kundmachungen gemäß §§ 3 [6]) und 4 [7]) des vorzitierten Gesetzes über die Festlegung der Grundlagen des Personen-, Gepäck- und Expreßguttarifes, der allgemeinen Gütertarifklassen der ÖBB und der vom Bund für eigene Rechnung betriebenen Privatbahnen, ferner über die Neufestsetzung der nicht durch Gesetz zu regelnden Bezüge von Betriebsangehörigen,

Internationales Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Reisende, Gepäck und Waren im Eisenbahnverkehr [8]),

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung einerseits und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anderseits über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch das Staatsgebiet der Republik Österreich [9]),

Eisenbahn-Kreuzungs-Verordnung, EGBl. Nr. 2/1961 und 288/1964,

Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz — EKHG, BGBl. Nr. 48/1959.

Betriebliche Daten

Die Österreichischen Bundesbahnen verfügen über folgendes Schienennetz (Stand Ende 1966):

Vollspur:	
viergleisig	6·0 km
zweigleisig	1.484·9 km
eingleisig	3.943·5 km
Schmalspur:	
eingleisig	505·5 km
Summe	5.939·9 km
hievon elektrifiziert	2.212·7 km

Der Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen betreibt Kraftwagenlinien mit einer Netzlänge von 9676 km. Außerdem betreiben die Österreichischen Bundesbahnen Schiffahrtslinien am Bodensee und am Wolfgangsee sowie die Seilbahn zum Weißsee.

[6]) BGBl. Nr. 98/1966, 101/1966, 103/1966 und 286/1966.
[7]) BGBl. Nr. 132/1951 und 99/1966.
[8]) BGBl. Nr. 188/1956.
[9]) BGBl. Nr. 63/1958.

Betriebsleistungen

Dem Voranschlag 1968 liegen folgende Leistungen der Schienenfahrzeuge zugrunde:

	Personenverkehr	Güterverkehr	Summe
1000 Zug-km	52.787	30.920	83.707
Mio-Bruttotonnen-km	10.743	19.210	29.953

Gegenüber dem Voranschlag 1967 beziehungsweise dem Erfolg 1966 ergeben sich folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1968 gegenüber Voranschlag 1967	Voranschlag 1968 gegenüber Erfolg 1966
	1000 Zug-km	
Personenverkehr	+ 492	+ 1.719
Güterverkehr	— 125	— 79
Summe	+ 367	+ 1.640
	Mio-Bruttotonnen-km	
Personenverkehr	+ 194	+ 466
Güterverkehr	— 207	— 246
Summe	— 13	+ 220

Im Reisezugsverkehr wurde gegenüber dem Vorjahr eine um rund 0·5 Millionen Zug-km geringere Leistung veranschlagt.

Die Leistungen des Güterverkehrs wurden unter Berücksichtigung des derzeitigen Frachtaufkommens präliminiert.

Für den Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen werden für 1968 im Personenverkehr 28·1 Millionen Wagen-km veranschlagt; die Güterverkehrsleistungen wurden mit 732.000 Wagen-km angenommen.

Personalstand

Entwicklung des Personalstandes:

	Erfolg 1966	Voranschlag 1967	Voranschlag 1968
	Stand im Jahresdurchschnitt	Jahresanfangsstände	
Beamte	63.170	65.198	65.098
Angestellte	215	320	320
Ständige Arbeiter	618	1.631	577
Ständiges Personal (Summe)	64.003	67.149	65.995
Hiezu außerhalb des Personalstandes (= Aushilfsarbeiter)[10])	9.300	9.952	10.508
Zusammen	73.303	77.101	76.503
Außerdem im Jahresdurchschnitt:			
Bahnärzte[10])	62	65	26
Pauschalbedienstete[10])	2.023	2.070	1.833
Lehrlinge	896	780	310
Zusammen	2.981	2.915	2.705
Stand an Ruhe- und Versorgungsgenußempfängern im Jahresdurchschnitt:			
Ruhebezugempfänger	41.181	41.370	41.840
Ordentliche Versorgungsbezugempfänger	37.348	37.080	40.560
Außerordentliche Versorgungsgenußempfänger	712	715	310
Zusammen	79.241	79.165	82.710

[10]) Umgelegt auf ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete.

Kapitel 80 Postsparkassenamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen	Überschuß
			Mill. S		
1966 *)	137·1	352·7	489·8	565·2	75·4
1967**)	150·6	400·9	551·5	571·4	19·9
1968**)	171·7	434·8	606·5	637·7	31·2

Allgemeines

Mit Gesetz vom 28. Mai 1882, RGBl. Nr. 56, wurde das Postsparkassenamt errichtet. Am 12. Jänner 1883 eröffnete die Sparkasse ihre Amtsräume. Ihr erster Direktor, Dr. Georg Coch, war der Urheber des von ihm noch im selben Jahr (ab 6. November 1883) eingerichteten Postscheckverkehrs, mit dessen Hilfe ein bargeldloser Zahlungsverkehr auf breiter Basis möglich wurde. Auf Grund des Bundesgesetzes vom 28. Dezember 1926, BGBl. Nr. 9 [1]), wurde die „Österreichische Postsparkasse" errichtet, die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet war. Ihr Vermögen bildete ein vom Bundesvermögen verschiedenes, selbständiges Vermögen.

Gesetzliche Grundlage

Derzeit führt das Österreichische Postsparkassenamt in Wien seine Geschäfte auf Grund des § 33 des Behörden-Überleitungsgesetzes vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94. Der Bund haftet für alle Verbindlichkeiten des Österreichischen Postsparkassenamtes.

Organisation

Das Postsparkassenamt untersteht dem Bundesministerium für Finanzen. Alle Postämter sind Sammelstellen des Postsparkassenamtes.

Aufgabenbereich

Der Aufgabenbereich des Österreichischen Postsparkassenamtes umfaßt:

1. den Postscheckverkehr;

2. den Postsparverkehr und Entgegennahme sowie Rückzahlung von Einlagen auf Überbringersparbücher;

3. die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie Führung laufender Rechnungen;

4. die Durchführung des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande;

5. die Übernahme von Schatzscheinen des Bundes sowie den Erwerb von Offenmarkt- und Geldmarktpapieren und anderen kurzfristigen Werten;

6. den Erwerb von inländischen Wertpapieren mit Ausnahme von Aktien;

7. die Beteiligung an der Ausgabe und dem Vertrieb von Anleihen des Bundes und seiner Betriebe, der Bundesländer, der Gemeinden und solcher öffentlicher Fonds, die vom Bund verwaltet werden, ferner von sonstigen Anleihen, die auf Grund eines Bundesgesetzes zu öffentlichen Zwecken aufgenommen werden;

8. die Beteiligung an Kurs- und Marktregulierungssyndikaten und anderen Konsortialvereinbarungen;

9. die Veranlagung von Geldern durch Einlagen bei österreichischen Kreditunternehmungen;

10. die Verwaltung der grundbücherlich für das Postsparkassenamt eingetragenen Liegenschaften;

11. die Vermietung von Kassenfächern;

12. den Vertrieb von Losen der Klassenlotterie;

13. den Betrieb einer Totoannahmestelle und die Durchführung der Teilnahme- und Gewinnermittlung sowie Gewinnkontrolle und Gewinnanweisung für den Österreichischen Sport- und Pferdetoto.

Den Umfang des Aufgabenbereiches kennzeichnen folgende Daten:

	Stand am 30. Juni 1967 Anzahl	Guthaben in Mill. S
Sparkonten(einlagen) . . . . . rd.	774.000	rd. 4.290
Scheckkonten(einlagen) . . . . rd.	136.000	rd. 5.860
Wertpapierdepots . . . . . rd.	13.000	
Erlagscheineinzahlungen im Tagesdurchschnitt . . . . . rd.	363.000	
nach dem Monatsersten täglich . . . . . rd.	4—600.000	

Jahresumsatz 1966 im Scheckverkehr rd. 1150 Milliarden Schilling, hievon etwa 82% bargeldloser Überweisungsverkehr.

Unterschiede der Gebarung

Beim Personalaufwand ist der vom Postsparkassenamt getragene Pensionsaufwand mitenthalten. Im Voranschlag 1967 erhöhte sich der Aktivitätsaufwand gegenüber 1966 wegen der ab 1. Jänner 1967 eingetretenen Bezugserhöhung um insgesamt 8·5%. Das Ansteigen der Voranschlagsziffern 1968 gegenüber 1967 ist im wesentlichen auf die ab 1. August 1967 wirksam gewordene Bezugserhöhung um 7% zurückzuführen. Die mit Wirkung vom 1. Juli 1968 eintretende Erhöhung der Dienstgeberbeiträge zur

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) In der Fassung BGBl. Nr. 42/1927 und der 1. Novelle zum Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 104/1931.

Sozialversicherung (Vertragsbedienstete I und II: 0·25%) wurde einbezogen. Auch auf die laufenden Biennalvorrückungen und Beförderungen wurde Rücksicht genommen. Der Personalstand hat sich durch Verminderung der Vertragsbediensteten der Kategorie A um 33 Dienstposten und Erhöhung der Vertragsbediensteten der Kategorie B um 25 Dienstposten netto um 8 Dienstposten verringert. Die Ausgaben an Entschädigungen für die Nebentätigkeit von Bundesbediensteten im Postsparkassenamt sind zufolge der Kontenumstellung erstmalig beim Aktivitätsaufwand mitveranschlagt, wobei — im Zusammenhang mit dem Beginn der automatischen Bearbeitung der Zahlungsanweisungen — für die Bezahlung derartiger Nebentätigkeiten nur noch für ein halbes Jahr vorgesorgt wurde. Das Erfordernis für Mehrleistungsvergütungen ist als neuerlich steigend angenommen. Der Gesamtpersonalaufwand 1968 ist gegenüber 1967 um 21·1 Millionen Schilling höher veranschlagt. Auf den Aktivitätsaufwand entfällt eine Steigerung von 13·5 Millionen Schilling. Der Pensionsaufwand wurde wegen der Bezugsregelung um 7·6 Millionen Schilling erhöht, obwohl der Stand der Ruhegenußempfänger infolge natürlichen Abfalles zurückgegangen ist.

Der Sachaufwand ist gegenüber dem Vorjahre insgesamt um 33·9 Millionen Schilling höher veranschlagt. So hat sich die mit den Geldumsätzen steigende Postvergütung um 5·5 Millionen Schilling erhöht. Die Vergütung für Rückzahlungen aus Postsparbüchern der Deutschen Bundespost wurde in der Erwartung, daß durch die steigenden Umsätze der veranschlagte Betrag erreicht werden wird, gegenüber dem Vorjahr unverändert belassen. In der Annahme, daß die Spareinlagen ebenso wie in den letztvorangegangenen Jahren einen wenngleich geringeren Zuwachs erfahren werden, wurde das Zinsenerfordernis um 6·3 Millionen Schilling höher eingesetzt. Für Druckaufträge ist u. a. durch Preiserhöhungen und den Umfang der Kundenaufträge bedingt, mit einem um 7·2 Millionen Schilling höheren Erfordernis zu rechnen. Die Ausgaben für Postgebühren sind insbesondere im Zusammenhang mit der ab 1. Jänner 1967 wirksam gewordenen Erhöhung der Portogebühren gestiegen. Bei beiden vorgenannten Ausgabenposten sind Teilbeträge für werbliche Aufwendungen mitenthalten. Für Miet- und Pachtzinse sind um 3 Millionen Schilling höhere Ausgaben veranschlagt worden. Es ist für die Miete einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage (IBM 360), der Kodiergeräte und Magnetschriftsortierer vorgesorgt. Die Anlagenkredite sind gegenüber dem Vorjahre um netto 2·8 Millionen Schilling niedriger ausgewiesen. Der im Vorjahre geplante Ankauf von Buchungsautomaten für den Scheckverkehr ist unterblieben, weil mit diesen neuen Maschinen nicht einmal das Arbeitstempo der alten Buchungsmaschinen erreichbar wäre. Hiedurch sind die Ausgaben niedriger als im Vorjahre, obwohl für den Ausbau der Zahlstellen ein Betrag von rund 3·7 Millionen Schilling mitveranschlagt ist. Dagegen ist mit steigenden Kosten für Instandsetzungen im Amtsgebäude und die üblichen Aufwendungen für die Erhaltung der sonstigen Gebäude zu rechnen.

Bei den Einnahmen sind Mehrbeträge von 66·3 Millionen Schilling veranschlagt, wobei allein auf die Zinseneinnahmen 56·6 Millionen Schilling, auf die Erlöse aus Dienstleistungen 2·7 Millionen Schilling entfallen. Die Zinsenmehreinnahmen können insbesondere aus den gestiegenen Bundesschatzscheinbeständen und durch Veranlagungen in Geldmarktschatzscheinen erwartet werden. Weiters wird mit einer Fortdauer der Zwischenbankveranlagungen und Einnahmen aus der Erhöhung der Wertpapierveranlagungsstände gerechnet. Zusätzliche Einnahmen werden aus der Übernahme von fallweise begebenen Bundesschatzscheinen zur vorübergehenden Kassenstärkung erhofft. Die Erreichbarkeit der veranschlagten Zinseneinnahmen ist aber von künftigen Entwicklungen am Geld- und Kapitalmarkt abhängig, also von Gegebenheiten, die im Zeitpunkt der Veranschlagung nicht absehbar sind, weshalb der Voranschlag mit Unsicherheitsfaktoren belastet ist. Der Ansatz für Gebühren und Drucksortenerlöse wurde wegen des Zurückbleibens der Steigerung gegenüber den in den Vorjahren erhofften Beträgen nur geringfügig erhöht; ebenso die Gebühren aus anderen Geschäftszweigen.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind nur Kredite für Bezugs- und Pensionsvorschüsse veranschlagt.

Mitgliedschaften

Das Österreichische Postsparkassenamt ist Mitglied des Internationalen Institutes der Sparkassen in Amsterdam.

Gruppe 9 Finanzschuld

Zuständigkeit

Für den Dienst der Finanzschuld ist ausschließlich das Bundesministerium für Finanzen anweisende Stelle im Sinne des Verwaltungsentlastungsgesetzes vom 21. Juli 1925, BGBl. Nr. 277.

Gesetzliche Grundlagen

Die Ermächtigungen des Bundesministeriums für Finanzen zur Durchführung von Kreditoperationen sind im jeweiligen Bundesfinanzgesetz [1]) enthalten oder werden in Sondergesetzen, die in den nachstehenden Erläuterungen in Fußnoten festgehalten sind, ausgesprochen.

Außerdem ist laut Bundesgesetz vom 7. März 1962, BGBl. Nr. 74, die Bundesregierung ermächtigt, bis zum Höchstbetrag von 120 Millionen US-Dollar oder deren Gegenwert in ausländischer Währung Anleihen, Darlehen oder Kredite aufzunehmen oder bis zu diesem Höchstausmaß Garantien oder die Ausfallshaftung oder die Haftung als Bürge und Zahler für Anleihen, Darlehen oder Kredite an österreichische Unternehmen zu übernehmen, die kreditwürdig und kreditfähig sind und deren zu fördernde Vorhaben im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen sind. Die Erlöse aus solchen Bundesanleihen und der unter Bundeshaftung aufgenommenen Kredite sind zur teilweisen Deckung des österreichischen Import- oder Investitionsbedarfes zu verwenden.

Gemäß 3. Schatzscheingesetz 1948, BGBl. Nr. 159, in der Fassung BGBl. Nr. 134/1961, wird das Bundesministerium für Finanzen ermächtigt, zum Zwecke des Erlags der österreichischen Quote für den Internationalen Währungsfonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung und die Internationale Entwicklungsorganisation (unverzinsliche) Bundesschatzscheine bis zu einem Nennbetrag von 2 Milliarden Schilling zu begeben.

Das Geldmarkt-Schatzscheingesetz, BGBl. Nr. 29/1965, ermächtigt das Bundesministerium für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank zur Erfüllung der ihr nach dem Nationalbankgesetz 1955, BGBl. Nr. 184, übertragenen währungspolitischen Aufgaben 2%ige Bundesschatzscheine bis zu einem Nennbetrag von drei Milliarden Schilling, die aus der Umwandlung von der bei der Oesterreichischen Nationalbank bestehenden Bundesschuld stammen, zur Verfügung zu stellen.

Organisation

Im Verband des Bundesministeriums für Finanzen besteht als besondere Dienststelle für die Bearbeitung der mit dem Dienst der Finanzschuld im Zusammenhang stehenden Agenden die „Finanzschuldbuchhaltung des Bundesministeriums für Finanzen“ [2]). Dieser obliegt auch die Führung des Hauptbuches für die Finanzschuld und des mit Verordnung der Bundesregierung vom 13. Juli 1948, BGBl. Nr. 162, geschaffenen Bundesschuldbuches.

Zinsen- und Tilgungsaufwand

Der Gesamtaufwand der Gruppe 9 dient folgenden Zwecken:

	1959*)	1960*)	1961*)	1962*)	1963*)
			Mill. S		
Zinsen	715·9	886·4	1.013·6	1.092·9	1.163·7
Kapitalsrückzahlung	858·4	682·0	1.411·3	1.180·4	1.479·8
Sonstiges	81·7	54·3	47·5	31·5	93·2
Summe	1.656·0	1.622·7	2.472·4	2.304·8	2.736·7

	1964*)	1965*)	1966*)	1967**)	1968**)
			Mill. S		
Zinsen	1.229·7	1.383·1	1.435·9	1.634·1	2.091·8
Kapitalsrückzahlung	1.811·2	2.719·9	2.569·1	2.786·1	3.029·4
Sonstiges	153·5	91·9	96·2	135·4	322·1
Summe	3.194·4	4.194·9	4.101·2	4.555·6	5.443·3

Kapitel 90 Schulden aus Anleihen Österreichs vor 1938

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	52·6	0·0
1967**)	56·3	0·0
1968**)	49·7	0·0

Schuldenregelungen ab 1954

Gemäß den Beschlüssen der internationalen Konferenz von Rom zur Regelung der österreichischen Vorkriegs-Auslandsschulden im Dezember 1952 (siehe BGBl. Nr. 182/1956) hat Österreich den Dienst für die Schuldverpflichtungen aus der Zeit vor 1938 im Jahre 1954 wieder aufgenommen. Ferner wird der im Jahre 1956 wieder aufgenommene Dienst der Vorkriegs-Inlandsschulden fortgeführt.

Unterschiede der Gebarung

Im einzelnen zeigen die Erfordernisse für 1968 nur bei nachfolgenden Ansätzen Unterschiede gegenüber 1966 bzw. 1967:

Titel 900 4½%-Internationale Bundesanleihe 1930

Minderaufwand bei Verzinsung infolge Verminderung des Schuldenstandes. Der Mehraufwand bei Tilgung und Prämie in den Vorjahren ergab sich durch die zusätzliche Tilgung aller in den Vorjahren rückgekauften Obligationen.

---

[1]) Z. B. Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1967, BGBl. Nr. 1 in der Fassung der Bundesfinanzgesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 80.

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[2]) Der Verwaltungsaufwand dieser Stelle ist beim Ansatz 500 mitveranschlagt.

Titel 902 4½%-Garantierte österreichische Konversionsanleihe 1934

Gegenüber den Vorjahren ergibt sich der Minderaufwand bei Verzinsung infolge Verminderung des Schuldenstandes. Die planmäßigen Tilgungsquoten sind höher als 1966, aber geringer als 1967.

Titel 903 Sonstige Auslandschulden

Für Tilgung ergibt sich gegenüber 1966 eine Erhöhung wegen vermutlich höherer Einlösung von DOSAG-Obligationen.

Kapitel 91/92 Finanzschulden seit 1945 (Ausland)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	882·1	71·3
1967**)	764·3	14·9
1968**)	921·9	14·9

Ausgaben
Unterschiede der Gebarung

Die Unterschiede gegenüber 1966 sind im wesentlichen:

1. Mehrerfordernis für Verzinsung: US-Kredite 1962/II.
2. Mindererfordernis für Verzinsung: $-Anleihe 1958, US-Kredite 1961/II.
3. Mindererfordernis für Tilgung: US-Kredite 1961/II.
4. Neuerfordernis: $-Anleihe 1967, Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite und Sonstige Kredite.
5. Wegfall des Aufwands: Surplus-Kredit, Italien. Warenkredit 1962, US-Kredite 1962/I und 1963, US-Kommerzbank-Kredite 1963 und 1964.

Die Unterschiede gegenüber 1967 sind im wesentlichen:

1. Mehrerfordernis für Verzinsung und Tilgung: Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite.
2. Mindererfordernis für Verzinsung: US-Kredite 1962/II.
3. Neuerfordernis: $-Anleihe 1967 und Sonstige Kredite.
4. Wegfall des Aufwands: Surplus-Kredit, Italienischer Warenkredit 1962, US-Kredite 1962/I, Konvertierter US-Kredit 1963 und US-Kommerzbank-Kredit 1964.

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

Im einzelnen zeigen die Erfordernisse für 1968 nur bei folgenden Ansätzen Unterschiede gegenüber 1966 bzw. 1967:

Titel 910 3% (4%) - 1. Kredit der Export-Import-Bank [3])

Für Verzinsung ergibt sich gegenüber 1966 ein Mehraufwand, weil die Veranschlagung zum ungünstigeren Zinsfuß erfolgen muß (4% bei Zahlung in Schilling), gegenüber 1967 ein Minderaufwand wegen Verminderung des Schuldenstandes. Der höhere Tilgungsaufwand ergibt sich aus den jährlich steigenden Tilgungsquoten.

Titel 911 3% (4%) - 2. Kredit der Export-Import-Bank [3])

Für Verzinsung ergibt sich gegenüber 1966 ein Mehraufwand, weil die Veranschlagung zum ungünstigeren Zinsfuß erfolgen muß (4% bei Zahlung in Schilling), gegenüber 1967 ein Minderaufwand wegen Verminderung des Schuldenstandes. Der höhere Tilgungsaufwand ergibt sich aus den jährlich steigenden Tilgungsquoten.

Titel 912 3% (4%) - 3. Kredit der Export-Import-Bank [3])

Für Verzinsung ergibt sich gegenüber 1966 ein Mehraufwand, weil die Veranschlagung zum ungünstigeren Zinsfuß erfolgen muß (4% bei Zahlung in Schilling), gegenüber 1967 ein Minderaufwand wegen Verminderung des Schuldenstandes. Der höhere Tilgungsaufwand ergibt sich aus den jährlich steigenden Tilgungsquoten.

Titel 913 4⅞%-Schweizer Regierungskredit 1957 [4])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verminderung des Schuldenstandes durch planmäßige Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung infolge Steigerung der planmäßigen Tilgungsquote.

Titel 914 5½%-Dollar-Anleihe 1958 [5])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verminderung des Schuldenstandes.

Titel 915 5¼% (6%)-US-Kredite 1961/II [6])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen Verminderung des Schuldenstandes. Geringere planmäßige Tilgungsquote gegenüber 1966.

Titel 917 Darlehen der Bundesrepublik Deutschland 1961 [7])

Mehrerfordernis für Tilgung wegen steigender planmäßiger Tilgungsquoten.

[3]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 154/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 47/1958.
[4]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1957.
[5]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 239/1958.
[6]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1961, BGBl. Nr. 1.
[7]) Gemäß Finanz- und Ausgleichsvertrag vom 27. November 1961, BGBl. Nr. 283/1962.

Titel 918 US-Kredite 1962/II [8] [9] [10] [11] [12])

Der verzinsliche Schuldenstand wird 1968 höher als 1966, aber niedriger als 1967 sein.

Titel 920 6¾%-Dollar-Anleihe 1967 [12])

Neuerfordernis wegen Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1967.

Titel 928 Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite [11] [12])

Neu-, bzw. Mehrerfordernis wegen Neuaufnahme der Kredite in den Jahren 1966 und 1967.

Titel 929 Sonstige Kredite [12])

Neuerfordernis wegen Neuaufnahme der Kredite im Jahre 1967.

5%-US-Kredite 1963

Die Kredite wurden im Jahre 1966 getilgt.

US-Kommerzbank-Kredit 1963

Der Kredit wurde im Jahre 1966 getilgt.

2⅜%-Surplus-Kredit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Der Kredit wurde im Jahre 1967 getilgt.

5¼%-US-Kredite 1962/I

Die Kredite wurden im Jahre 1967 getilgt.

2·8%-Italienischer Warenkredit 1962

Der Kredit wurde im Jahre 1967 getilgt.

6½%-Konvertierter US-Kredit 1963

Der Kredit wurde im Jahre 1966 getilgt.

5%-US-Kommerzbank-Kredit 1964

Der Kredit wurde im Jahre 1966 getilgt.

Einnahmen

US-Kredite 1962/II

Die Treuhandzahlungen wurden im Jahre 1966 zur Gänze rückverrechnet.

Kapitel 93/98 Finanzschulden seit 1945 (Inland)

	Sachliche Ausgaben	Einnahmen
	Mill. S	
1966 *)	2.940·5	298·5
1967**)	3.557·1	382·8
1968 **)	3.989·5	380·5

*) Bundesrechnungsabschluß.

**) Bundesvoranschlag.

[8]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1962, BGBl. Nr. 1.

[9]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1964, BGBl. Nr. 1.

[10]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1965, BGBl. Nr. 1.

[11]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1966, BGBl. Nr. 87.

[12]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1967, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 80.

Unterschiede der Gebarung

Mehrerfordernisse aus diesem Titel gegenüber dem Voranschlag 1967 sowie Bundesrechnungsabschluß 1966 sind im wesentlichen:

a) Erhöhtes Erfordernis für die Tilgung der Restforderungen gemäß § 14 WSchG. gegenüber 1966, der 5%-Aufbauanleihe 1949, des Anteiles des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953 gegenüber 1966, der 7%-Bundesanleihe 1961 gegenüber 1966, der 6½%-Bundesanleihe 1963 (A + B) gegenüber 1966, des Darlehens für bahneigene Wohnhausanlagen gegenüber 1966 sowie für Bundesschatzscheine gegenüber 1966;

b) erstmalig veranschlagtes Tilgungserfordernis für die Bundes-Losanleihe 1958, die 7%-Bundesanleihe 1962, die 6%-Bundesanleihe 1964, die 6%-Konversionsanleihe 1964, die 6%-Bundesanleihe 1964/II, die 6%-Bundesanleihe 1966/II sowie für die 6%-Investitionsanleihe 1967;

c) erstmalig veranschlagte Zinsenerfordernisse für die 6%-Investitionsanleihe 1967, die 6%-Bundesanleihe 1967 sowie für das 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967;

d) erhöhter Aufwand an Verzinsung für die Restforderungen gemäß § 14 WSchG., den 2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I, den 2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II, die 2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank gegenüber 1966 und 1967 für verschiedene Baukredite gegenüber 1966, für Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten gegenüber 1966, die 6%-Bundesanleihe 1966 gegenüber 1966, die 6%-Bundesanleihe 1966/II gegenüber 1966, die 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966 gegenüber 1966, den sonstigen Zinsenaufwand sowie für Bundesschatzscheine gegenüber 1966 und 1967.

Diesen Mehrerfordernissen stehen im wesentlichen Minderausgaben bei nachstehenden Ansätzen gegenüber:

a) Minderaufwand bei Tilgung der 2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank gegenüber 1967, der 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen gegenüber 1966, der 4%-Bundesschuldverschreibungen (Versicherungswiederaufbau) gegenüber 1966 und 1967, der 2%-Verpflichtungen des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank gegenüber 1966, der Schnellbahnkredite, der verschiedenen Baukredite sowie für Bundesschatzscheine und sonstige Verpflichtungen gegenüber 1967;

b) Mindererfordernisse für Verzinsung der 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen, der 4%-Bundesschuldverschreibungen (Ver-

sicherungs-Wiederaufbau), des Anteiles des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953, der 5%-Aufbauanleihe 1949, der 2%-Verpflichtungen des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank gegenüber 1966, der 6½%-Investitionsanleihe 1956, der 6½%-Salzburger Festspielhausanleihe, der 7%-Verkehrsanleihe 1957, der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B), der 6%-Trefferanleihe 1958, der Schnellbahnkredite, der 7%-Investitionsanleihe 1958/II, der 7%-Bundesanleihe 1959, der 6%-Bundesanleihe 1959, der 6¼%-Bundesanleihe 1959, der 7%-Bundesanleihe 1960, der verschiedenen Baukredite gegenüber 1967, der 7%-Bundesanleihe 1961, der Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten gegenüber 1967, der 7%-Bundesanleihe 1962, der 6¾%-Schnellbahnanleihe 1962, der 6%-Bundesobligationen 1962, der 6½%-Bundesanleihe 1963 (A + B), der 6¼%-Bundesobligationen 1963, der 6%-Bundesanleihe 1964, der 6%-Konversionsanleihe 1964, der 6%-Bundesanleihe 1965/II gegenüber 1966 sowie der 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966 gegenüber 1967.

Im einzelnen zeigen die Erfordernisse für 1968 nur bei den nachfolgenden Ansätzen Unterschiede gegenüber dem Bundesvoranschlag 1967 sowie dem Bundesrechnungsabschluß 1966:

Titel 930 Restforderungen gemäß § 14 WSchG. [13])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 und für Tilgung gegenüber 1966 für die nicht durch 2%-Bundesschuldverschreibungen 1947 abgegoltenen Forderungen aus dem Währungsschutzgesetz.

Titel 931 2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I [14]) [15])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Zunahme der Kredithöhe gegenüber 1966 und 1967.

Titel 932 2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II [16]) [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 infolge Erhöhung des Kredites.

Titel 933 2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank [18]) [19])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 infolge Erhöhung des Schuldenstandes. Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1967 infolge Aussetzens der planmäßigen Tilgung.

2%-Verpflichtungen des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank (BGBl. Nr. 245/1948 und 67/1950) Mindererfordernis für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1966 infolge Rückzahlung des Kredites im Jahre 1966.

Titel 934 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen [20])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes. Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1966 infolge höherer Abfuhren im Jahre 1966 nach § 7 und § 8 Abs. 1 des Rekonstruktionsgesetzes.

Titel 935 4%-Bundesschuldverschreibungen (Versicherungswiederaufbau) [21])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.
Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Inanspruchnahme eines geringeren Begebungsnominales sowie außerplanmäßiger Tilgung im Jahre 1966.

Titel 940 5%-Aufbauanleihe 1949 [22])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes durch planmäßige Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung infolge planmäßiger Steigerung der Tilgungsquote.

Titel 941 Anteil des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953 [23])

Minderaufwand an Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 infolge Verlosung eines geringen Tilgungsnominales im Jahre 1966. Mindererfordernis für Treffer infolge Verringerung des Schuldenstandes.

---

[13]) Gemäß § 14 Abs. 1 WSchG. 1947, BGBl. Nr. 250.

[14]) Kredit für Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[15]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 74/1959 können auch Zahlungen zum „Europäischen Währungsabkommen" geleistet werden.

[16]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 51/1963 und Bundesgesetz BGBl. Nr. 109/1964.

[17]) Kredit zur Einlösung der zugunsten internationaler Finanzinstitutionen begebenen Bundesschatzscheine, einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[18]) Gemäß Notenbanküberleitungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 122/1946.

[19]) Einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[20]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 183/1955.

[21]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 185/1955.

[22]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1949.

[23]) Bezüglich der Energieanleihe 1953 siehe das Bundesgesetz über Begünstigungen einer Anleihe der Verbundgesellschaft, BGBl. Nr. 50/1953.

Titel 942 6%-Investitionsanleihe 1956 [24])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Titel 943 6½%-Salzburger Festspielhaus-Anleihe [25])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Titel 944 7%-Verkehrsanleihe 1957 [25])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Titel 945 7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B) [26])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Titel 946 6%-Trefferanleihe 1958 [26])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Titel 947 Schnellbahn-Kredite [26])

Post Nummer 6500: Kredit der Gemeinde Wien 1958:

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 1961: Mindererfordernis für Verzinsung und Tilgung infolge Auslaufen des Kredites im Jahre 1967.

Titel 948 7%-Investitionsanleihe 1958/II [26])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Titel 949 Bundes-Losanleihe 1958 [26])

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Tilgung der Anleihe.

Titel 950 7%-Bundesanleihe 1959 [27])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Titel 951 6%-Bundesanleihe 1959 [27])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Titel 952 6¼%-Bundesanleihe 1959 [27])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Titel 953 7%-Bundesanleihe 1960 [28])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Titel 954 Verschiedene Baukredite

Post Nummer 6500: Baukredit der Tauernkraftwerke AG [29]):

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1967 infolge planmäßiger Tilgung.
Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und für Tilgung gegenüber 1966 infolge Inkrafttretens des neuen Tilgungsplanes.

Baukredit der Tiroler Wasserkraftwerke AG.: Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1966 infolge Rückzahlung des Kredites im Jahre 1966.
Baukredit der Studiengesellschaft Osttirol Ges. m. b. H.: Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Rückzahlung des Kredites im Jahre 1967.

Titel 955 7%-Bundesanleihe 1961 [30])

Mindererfordernis für Verzinsung und Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

Titel 956 Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten [31])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 infolge Erhöhung der Kredite. Mindererfordernis gegenüber 1967 infolge geringerer Erhöhung als vorgesehen.

Titel 957 7%-Bundesanleihe 1962 [29])

Mindererfordernis für Verzinsung und Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Verringerung des Schuldenstandes durch Einsetzen der planmäßigen Tilgung.

Titel 958 6¾%-Schnellbahnanleihe 1962 [29])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes durch planmäßige Tilgung.

Titel 959 6%-Bundesobligationen 1962 [29])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes durch planmäßige Tilgung.

---

[24]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 12/1956.
[25]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 6/1957.
[26]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1958.
[27]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1959.
[28]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1960.
[29]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1962.
[30]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1961.
[31]) Gemäß Artikel V der Bundesfinanzgesetze, BGBl. Nr. 1/1960, 1/1961, 1/1962, 1/1963, 1/1964, 1/1965 und Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1966, BGBl. Nr. 87/1966.

Titel 961 6½%-Bundesanleihe 1963 (A+B) [32])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 infolge Verringerung des Schuldenstandes durch planmäßige Tilgung.
Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

Titel 962 6¼%-Bundesobligationen 1963 [32])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Titel 964 6%-Bundesanleihe 1964 [34])

Mindererfordernis für Verzinsung und Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Verringerung des Schuldenstandes durch Einsetzen der planmäßigen Tilgung.

Titel 965 6%-Konversionsanleihe 1964 [34])

Mindererfordernis für Verzinsung und Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Verringerung des Schuldenstandes durch Einsetzen der planmäßigen Tilgung.

Titel 966 6%-Bundesanleihe 1964/II [34])

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

Titel 967 Darlehen für bahneigene Wohnhausanlagen [34])

Post Nummer 3580: Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds:

Mehrerfordernis für Tilgung infolge Erhöhung der Schuld gegenüber 1966 und 1967.
Post Nummer 3582: Darlehen der Gemeinde Wien:
Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 infolge Übernahme des Darlehens als Finanzschuld.

Titel 969 6%-Bundesanleihe 1965/II [35])

Mindererfordernis gegenüber 1966 infolge längerer Laufzeit des ersten Coupons.

Titel 970 6%-Bundesanleihe 1966 [36])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 infolge Neuaufnahme der Anleihe.

Titel 971 6%-Bundesanleihe 1966/II [37])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 infolge Neuaufnahme der Anleihe.
Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

[32]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 94/1963.
[33]) Frei.
[34]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1964.
[35]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 1/1965.
[36]) Gemäß § 2 Ziffer 4 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 307/1965.
[37]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes, BGBl. Nr. 87/1966.

Titel 972 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966 [37])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1967 infolge geringerer Höhe der Darlehen als vorgesehen sowie Mehrerfordernis gegenüber 1966 infolge Neuaufnahme der Darlehen im Jahre 1966.

Titel 973 6%-Investitionsanleihe 1967 [37a])

Mehrerfordernis für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1966 und 1967 infolge Neuaufnahme der Anleihe sowie Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

Titel 974 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967 [37a])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 infolge Neuaufnahme der Anleihe.

Titel 975 6%-Bundesanleihe 1967 [37a])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 infolge Neuaufnahme der Anleihe.

Titel 987 Einlösung fälliger Schuldverschreibungen vor Verjährung

2%-Bundesschuldverschreibungen 1947 [38]):

Keine Veränderung.

4%-Bundesschuldverschreibungen 1955 [39]):

Keine Veränderung.

Titel 988 Sonstiger Zinsenaufwand

Vorsorge für Zinsenzahlungen, die über die Gebühr aus verlosten Effekten anfallen (Rückverrechnung anläßlich der Einlösung des Kapitals beim Einnahmen-Ansatz 2/98824).

Titel 989 Bundesschatzscheine und sonstige Verpflichtungen [40])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1966 und 1967 infolge Erhöhung des Schuldenstandes durch Begebung von Kassenstärkerschatzscheinen in den Jahren 1967 und 1968.
Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1966 und Mindererfordernis gegenüber 1967 infolge wechselnder Höhe der Tilgungsfälligkeiten.

[37a]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1967, BGBl. Nr. 1/1967 in der Fassung der Bundesfinanzgesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 80/1967.
[38]) Gemäß § 14 Abs. 1 WSchG., BGBl. Nr. 250/1947, begeben auf Grund der Verordnung der Bundesregierung, BGBl. Nr. 163/1948.
[39]) Gemäß § 4 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 189/1954 als Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmen.
[40]) Schatzscheine zur Kassenstärkung gemäß jeweiligem Bundesfinanzgesetz. Die Besatzungskosten-Schatzscheine gemäß BGBl. Nr. 122/1946 und 24/1947 wurden im Jahre 1964 in die Schuld des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank umgewandelt.

Unterschiede der Einnahmen

Im Bundesvoranschlag 1968 sind Mehreinnahmen gegenüber 1966 und Mindereinnahmen gegenüber 1967 zu verzeichnen. Diese Unterschiede setzen sich zusammen einerseits aus geringeren Beitragsleistungen gegenüber 1966 und 1967, der Salzburger Stellen für Verzinsung der 6½%-Salzburger Festspielhausanleihe, der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (B) und der 7%-Bundesanleihe 1959, der Gemeinde Wien für den Schnellbahnkredit 1961 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, der Gemeinde Wien für den Dienst der 6¾%-Schnellbahnanleihe 1962, der 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen gegenüber 1966 sowie der Post- und Telegraphenanstalt gegenüber 1966.

Die Beiträge werden im einzelnen von folgenden Stellen geleistet:

	Mill. S	Mill. S
I. Post- und Telegraphenanstalt		80·0
II. Österreichische Bundesbahnen ....[41])		260·0
III. Kreditinstitute:		
für den Dienst der 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen:		
a) Beiträge gemäß § 6 (4)	20·0	
b) Abfuhren gemäß § 7	25·0	
c) Abfuhren gemäß § 8 (1)	0·5	
d) Abfuhren gemäß § 8 (2)	1·0	
e) Abfuhren gemäß § 8 (4)	0·2	46·7
IV. Versicherungsanstalten:		
für den Dienst der 4%-Bundesschuldverschreibungen, begeben auf Grund des Versicherungswiederaufbaugesetzes:		
Beiträge gemäß § 24 (2)	0·9	0·9
V. Salzburger Stellen:		
1. für den Dienst der Festspielhausanleihe:		
a) Land Salzburg	0·9	
b) Stadt Salzburg	0·5	
c) Fremdenverkehrsförderungsfonds	0·1	1·5
2. für den Dienst der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (B):		
a) Land Salzburg	1·1	
b) Stadt Salzburg	0·6	
c) Fremdenverkehrsförderungsfonds	0·1	1·8
3. für den Dienst der 7%-Bundesanleihe 1959:		
a) Land Salzburg	1·1	
b) Stadt Salzburg	0·6	
c) Fremdenverkehrsförderungsfonds	0·2	1·9
VI. Gemeinde Wien:		
für den Dienst der 6¾%-Schnellbahnanleihe 1962	2·5	2·5
VII. Sonstige Zinsenrückersätze	0·1	0·1

[41]) Hievon werden 14·9 Millionen Schilling beim Ansatz 2/914 verrechnet.

Kapitel 99 Sonstige Ausgaben

	Sachaufwand Mill. S
1966 *)	226·0
1967 **)	177·9
1968 **)	482·2

Gebarung

Bei diesem Ansatz wird u. a. der Aufwand (Spesen, Schuldendienst) für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlages noch durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen verrechnet, da für diese neuen Kreditoperationen im Voranschlag keine gesonderten Ansätze vorgesehen werden können.

Bei allfälliger Inanspruchnahme des Eventualvoranschlages im Jahre 1968 wird sich der Sachaufwand für Pauschalvorsorge um 120 Millionen Schilling erhöhen. Von diesem Betrag sind 60 Millionen Schilling für Verzinsung und 60 Millionen Schilling für Begebungskosten vorgesehen.

Unterschiede

Der Mehraufwand im Voranschlag 1968 ist bedingt durch ein angenommenes höheres Kreditoperations-Volumen.

Kapitel 99 Sonstige Einnahmen

	Mill. S
1966 *)	3·0
1967 **)	0·0
1968 **)	91·3

Ins Gewicht fallende Beiträge Dritter zum Verwaltungsaufwand des Bundes bzw. Verwaltungseinnahmen aus Formularverkauf u. ä. gehen nicht ein.

Übersicht über die Finanzschulden

Über den Stand der Finanzschulden der Republik Österreich mit Ende der Jahre 1956 bis 1967 gibt die nachstehende Übersicht ein Bild:

*) Bundesrechnungsabschluß.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

Stand der Finanzschulden der Republik Österreich mit 31. Dezember der Jahre 1956 bis 1967[42])

Schuldgattung	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Schulden aus Anleihen Österreichs vor 1938												
4 1/2 %-Internationale Bundesanleihe der Republik Österreich 1930	222·0	215·4	187·0	179·5	166·3	153·6	144·0	139·0	133·5	122·6	111·2	[43]) 104·3
Schuld an die Garantiestaaten der Bundesanleihen 1933 und 1934	150·0	145·0	140·0	135·0	130·0	125·0	120·0	115·0	108·0	101·0	94·0	[43]) 87·0
4 1/2 %-Garantierte österreichische Konversionsanleihe 1934	453·1	448·7	433·0	427·6	406·0	389·3	377·0	358·5	345·1	320·1	306·4	[43]) 285·2
Schuldverpflichtung an die Caisse Commune	154·6	156·0	124·8	93·1	62·1	31·0	—	—	—	—	—	—
Schuld gegenüber der Schweiz gemäß Abkommen vom 30. April 1953	35·4	30·4	25·3	20·4	15·3	10·2	5·1	—	—	—	—	—
Verschiedene	0·1	0·1	0·1	—	—	13·5	—	—	—	—	—	—
Auslandschulden												
2 3/8 %-Surplus-Kredit der Regierung der USA	101·9	41·7	33·2	24·9	17·1	13·2	11·9	10·0	9·2	8·5	6·0	—
3 %-War-Assets-Kredit der Regierung der USA	26·6	22·8	19·0	15·1	11·3	7·5	3·7	—	—	—	—	—
Britische Reliefkredite (Regierungsabkommen vom 24. November 1953)	117·4	78·2	39·1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3 % (4 %)-Kredite der Export-Import-Bank:												
1. Kredit	—	—	38·9	38·5	38·1	38·3	37·3	36·1	34·6	32·6	30·6	[44]) 28·2
2. Kredit	—	118·9	276·4	300·2	369·4	371·4	374·6	373·0	371·7	370·0	367·9	[44]) 365·3
3. Kredit	—	—	—	3·5	132·9	186·1	233·0	244·5	244·2	243·6	242·7	[44]) 241·5
4 7/8 %-Schweizer Regierungskredit 1957	—	327·3	327·3	329·5	329·5	308·6	286·8	263·4	239·4	214·2	187·2	[44]) 160·1
Schweizer Schatzwechselkredit 1958	—	—	149·9	43·1	—	—	—	—	—	—	—	—
5 1/2 %-Dollar-Anleihe 1958	—	—	650·0	650·0	650·0	650·0	592·9	538·1	484·4	430·7	377·0	[44]) 323·3
5 1/4 % (6 %)-US-Kredite 1961/I	—	—	—	—	—	310·4	310·4	154·9	—	—	—	—
5 1/4 % (6 %)-US-Kredite 1961/II	—	—	—	—	—	310·4	310·4	309·8	241·1	172·5	103·3	[44]) 69·4
5 %-Schweizer-Franken-Anleihe 1961	—	—	—	—	—	299·5	299·5	299·0	299·0	299·0	298·0	[44]) 299·0

Fußnoten siehe Seite 328.

Schuldgattung	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Darlehen der Bundesrepublik Deutschland 1961	—	—	—	—	—	—	14·1	28·4	39·1	48·8	55·7	[44] 70·1
5 1/4 %-US-Kredite 1962/I	—	—	—	—	—	—	310·5	309·8	309·8	207·6	105·3	—
US-Kredite 1962/II	—	—	—	—	—	—	—	—	766·8	595·1	570·5	[44] 546·0
5 %-Schweizer Schatzwechselkredit 1962 (DOSAG-Regelung)	—	—	—	—	—	—	251·6	188·4	—	—	—	—
2·8 %-Italienischer Warenkredit 1962	—	—	—	—	—	—	—	14·4	23·9	28·9	14·4	—
5 %-US-Kredite 1963	—	—	—	—	—	—	—	516·4	490·6	438·9	—	—
US-Kommerzbank-Kredit 1963	—	—	—	—	—	—	—	258·2	258·2	129·1	—	—
6 %-Dollar-Anleihe 1964	—	—	—	—	—	—	—	—	464·8	464·8	464·8	[44] 464·8
5 %-US-Kommerzbank-Kredit 1964	—	—	—	—	—	—	—	—	129·1	129·1	—	—
6 3/4 %-Dollar-Anleihe 1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[44] 580·9
Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite *)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	345·3	[44] 2.048·8
Sonstige Kredite	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[44] 787·3
Auslandsschulden (Summe)	1.261·1	1.584·5	2.444·0	2.260·4	2.328·0	3.218·0	3.682·8	4.156·9	4.992·5	4.357·1	3.680·3	6.461·2

Fußnoten siehe Seite 328.

*) Im BVA 1967 als „Warenkredite 1966" bezeichnet gewesen.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Inlandschulden												
2 %-Bundesschuldverschreibungen 1947 . .	986·2	893·1	771·2	657·0	554·4	428·0	290·4	147·3	—	—	—	—
5 %-Aufbauanleihe 1949	269·2	259·6	249·7	239·0	228·0	216·3	204·1	191·3	177·8	163·7	148·9	[45] 133·3
4 %-Bundesschuldverschreibungen 1953 (BGBl. Nr. 219/1952)	36·0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kredit der Creditanstalt-Bankverein (Postkredit 1) (BGBl. Nr. 219/1952)	106·8	64·1	21·4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Anleihe der Republik Österreich zum Wiederaufbau der Staatsoper in Wien	80·0	80·0	60·0	40·0	20·0	—	—	—	—	—	—	—
Anteil des Bundes an der 5 %- und 7 % Energieanleihe 1953 (Schuld des Bundes an die Österreichische Elektrizitätswirtschafts A. G.)	211·7	249·9	259·9	253·0	246·0	239·0	232·1	104·3	97·3	96·1	88·7	[45] 81·3
6 %-Bundesanleihe zum Wiederaufbau von Bahnhöfen und zur Elektrifizierung der Bundesbahnen	600·0	600·0	480·0	360·0	240·0	120·0	—	—	—	—	—	—
4 %-Bundesanleihe der Republik Österreich zum Ausbau der Vollautomatisierung des österreichischen Telephonnetzes (Postkredit 2)	200·0	200·0	160·0	120·0	80·0	40·0	—	—	—	—	—	—
4 %-Bundesschuldverschreibungen 1955 (Entschädigungen für verstaatlichte Betriebe) .	188·7	151·3	130·1	115·9	121·8	202·5	105·4	38·2	27·0	—	—	—
2 %-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I [47]	352·5	352·5	352·5	529·1	531·4	531·4	530·9	530·9	530·9	530·9	530·9	[45] 569·9
2 %-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II [48]	—	—	—	—	—	—	—	497·1	1.412·9	1.455·1	1.534·9	[45] 1.590·3
2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank [49]	1.358·6	1.342·1	1.164·2	1.161·0	1.159·2	1.156·7	1.145·6	1.144·4	3.126·2	3.080·6	3.059·1	[45] 2.954·8
Verpflichtung des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank (betr. die amerikanischen Hilfslieferungen)	3.155·5	193·9	193·9	193·9	185·1	185·1	148·1	111·1	74·1	37·1	—	—
3 %-Rekonstruktionsschuldverschreibungen .	154·8	192·2	174·4	408·3	389·9	371·9	351·4	318·4	292·4	263·3	229·1	[45] 201·4

Fußnoten siehe Seite 328.

www.parlament.gv.at

630 der Beilagen und Zu 630 der Beilagen XI. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original) 695 von 699

Schuldgattung	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
4 %-Bundesschuldverschreibungen (Versicherungswiederaufbau)	35·3	100·3	106·1	99·3	90·5	71·2	59·8	47·5	33·7	24·7	14·5	[45] 7·1
Investitionskredite verschiedener Kreditunternehmungen	70·0	70·0	52·5	35·0	17·5	—	—	—	—	—	—	—
6½ %-Investitionsanleihe 1956	400·0	400·0	400·0	400·0	400·0	400·0	360·0	320·0	280·0	240·0	200·0	[45] 160·0
6½ %-Salzburger Festspielhaus-Anleihe	—	35·0	35·0	35·0	35·0	35·0	35·0	31·5	28·0	24·5	21·0	[45] 17·5
7 %-Verkehrsanleihe 1957	—	210·0	210·0	210·0	210·0	192·5	175·0	157·5	140·0	122·5	105·0	[45] 87·5
7 %-Investitionsanleihe 1958/I(A+B)	—	—	495·0	495·0	495·0	495·0	495·0	495·0	445·0	395·0	345·0	[45] 295·0
6 %-Trefferanleihe 1958	—	—	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	90·0	80·0	70·0	[45] 60·0
Autobahn-Kredit 1958	—	—	312·0	310·4	155·2	—	—	—	—	—	—	—
Schnellbahn-Kredite: Kredit der Gemeinde Wien 1958	—	—	65·0	310·0	370·0	420·0	420·0	350·0	280·0	210·0	140·0	[45] 70·0
Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 1961	—	—	—	—	—	100·0	100·0	100·0	75·0	50·0	25·0	—
7 %-Investitionsanleihe 1958/II	—	—	450·0	450·0	450·0	450·0	450·0	450·0	405·0	360·0	315·0	[45] 270·0
Bundes-Losanleihe 1958	—	—	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	[45] 50·0
Bankenkredit 1958 (Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG)	—	—	544·7	472·0	472·0	477·4	291·1	—	—	—	—	—
Verbundkredit 1958	—	—	300·0	300·0	—	—	—	—	—	—	—	—
Kredit der Gemeinde Wien 1958 für Hotel AG.	—	—	83·4	60·0	60·0	30·0	—	—	—	—	—	—
Salinen-Kredit	—	—	6·7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7 %-Bundesanleihe 1959	—	—	—	1.800·0	1.800·0	1.800·0	1.800·0	1.800·0	1.800·0	1.680·0	1.560·0	[45] 1.440·0
6 %-Bundesanleihe 1959	—	—	—	200·0	200·0	200·0	200·0	200·0	200·0	160·0	120·0	[45] 80·0
6¼ %-Bundesanleihe 1959	—	—	—	1.200·0	1.200·0	1.200·0	1.200·0	1.200·0	1.200·0	1.080·0	960·0	[45] 840·0
7 %-Bundesanleihe 1960	—	—	—	—	1.500·0	1.500·0	1.500·0	1.500·0	1.375·0	1.250·0	1.125·0	[45] 1.000·0
5¾ %-Bankkredit 1960	—	—	—	—	490·0	—	—	—	—	—	—	—
Baukredit der Studienges. Osttirol, Ges. m. H.	—	—	—	—	6·6	12·1	10·1	7·8	5·9	3·9	2·0	—
Baukredit der TIWAG	—	—	—	—	1·5	2·3	1·9	1·4	1·0	0·5	—	—
Baukredit der Tauernkraftwerke A. G.	—	—	—	—	—	—	15·0	22·9	28·0	27·0	24·4	[45] 25·8
7 %-Darlehen der Verbundgesellschaft 1960	—	—	—	—	150·0	150·0	150·0	150·0	—	—	—	—
7 %-Bundesanleihe 1961	—	—	—	—	—	500·0	500·0	500·0	500·0	500·0	500·0	[45] 450·0
Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten [6]	—	—	—	—	—	62·6	148·6	208·4	268·9	341·0	347·0	[45] 347·0

Fußnoten siehe Seite 328.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
7 %-Bundesanleihe 1962	—	—	—	—	—	—	600·0	600·0	600·0	600·0	600·0	[45] 600·0
6¾ %-Schnellbahnanleihe 1962	—	—	—	—	—	—	150·0	150·0	150·0	125·0	100·0	[45] 75·0
6 %-Bundesobligationen 1962	—	—	—	—	—	—	400·0	400·0	400·0	360·0	320·0	[45] 280·0
6¾ %-Bundesanleihe 1963	—	—	—	—	—	—	—	750·0	750·0	750·0	750·0	[45] 750·0
6½ %-Bundesanleihe 1963 (A + B)	—	—	—	—	—	—	—	1.250·0	1.250 0	1.250·0	1.250·0	[45] 1.145·8
6¼ %-Bundesobligationen 1963	—	—	—	—	—	—	—	350·0	350·0	350·0	315·0	[45] 280·0
6¼ %-Darlehen der Verbundgesellschaft 1963	—	—	—	—	—	—	—	150·0	150·0	150·0	150·0	[45] 150·0
6 %-Bundesanleihe 1964	—	—	—	—	—	—	—	—	1.300·0	1.300·0	1.300·0	[45] 1.300·0
6 %-Konversionsanleihe 1964	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000·0	1.000·0	1.000·0	[45] 1.000·0
6 %-Bundesanleihe 1964/II	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000·0	1.000·0	1.000·0	[45] 1.000·0
Darlehen für bahneigene Wohnhausanlagen:												
Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds	—	—	—	—	—	—	—	—	88·7	98·6	99·7	[45] 105·7
Darlehen der Gemeinde Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2·4	2·9	[45] 3·2
6 %-Bundesanleihe 1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.500·0	1.500·0	[45] 1.500·0
6 %-Bundesanleihe 1965/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800·0	800·0	[45] 800·0
6 %-Bundesanleihe 1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	800·0	[45] 800·0
6 %-Bundesanleihe 1966/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	700·0	[45] 700·0
6¾ %-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	154·9	[45] 154·9
6 %-Investitionsanleihe 1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[45] 800·0
6¾ %-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[45] 250·0
6 %-Bundesanleihe 1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[45] 1.000·0
Bundesschatzscheine [46]	3.553·7	3.978·9	5.960·8	6.919·4	7.977·3	7.391·5	7.115·1	6.480·2	2.282·2	2.356·8	3.189·2	[45] 3.104·6
Restforderungen gemäß § 14 WSchG.	—	—	—	—	—	—	—	—	51·5	50·9	49·4	[45] 49·2
Inlandsschulden (Summe)	11.436·6	8.513·4	13.372·1	17.455·7	19.096·4	18.665·7	18.860·5	20.069·6	22.951·9	24.348·5	25.596·6	26.579·3
Gesamtsumme	13.020·1	10.957·4	15.632·5	19.783·7	22.314·4	22.348·5	23.017·4	25.062·1	27.309·0	28.276·7	29.276·9	33.040·5

Fußnoten siehe Seite 328.

www.parlament.gv.at

Die Unterschiede im Schuldenstand vom 31. Dezember 1967 gegenüber dem im Bundesrechnungsabschluß 1966 ausgewiesenen Schuldenstand vom 31. Dezember 1966 erklären sich hauptsächlich wie folgt:

Titel	Schuldgattung	Mill. S
90	**Schulden aus Anleihen Österreichs vor 1938:**	
900	4½%-Internationale Bundesanleihe 1930 Verminderung durch plan- und außerplanmäßige Tilgung.	— 6·9
901	Schuld an die Garantiestaaten der Bundesanleihen 1933 und 1934 Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 7·0
902	4½%-Garantierte österreichische Konversionsanleihe 1934 Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 21·2
91/92	**Finanzschulden seit 1945 (Ausland):**	
910	3%(4%)-1. Kredit der Export-Import-Bank Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 2·4
911	3%(4%)-2. Kredit der Export-Import-Bank Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 2·6
912	3%(4%)-3. Kredit der Export-Import-Bank Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 1·2
913	4⅞%-Schweizer Regierungskredit 1957 Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 27·1
914	5½%-Dollar-Anleihe 1958 Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 53·7
915	5¼%(6%)-US-Kredite 1961/II Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 33·9
916	5%-Schweizer-Franken-Anleihe 1961 Erhöhung infolge Kassenwertänderung.	+ 1·0
917	Darlehen der Bundesrepublik Deutschland 1961 Zuwachs infolge Inanspruchnahme des Darlehens.	+ 14·4
918	US-Kredite 1962/II Verminderung durch planmäßige Tilgung.	— 24·5
920	6¾%-Dollar-Anleihe 1967 Erhöhung infolge Neuaufnahme.	+ 580·9
928	Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite Erhöhung infolge Neuaufnahme.	+ 1.703·5
929	Sonstige Kredite Erhöhung infolge Neuaufnahme.	+ 787·3
	2⅜%-Surplus-Kredit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika *Verminderung durch außerplanmäßige Tilgung.*	— 6·0
	5¼%-US-Kredite 1962/I *Verminderung durch planmäßige Tilgung.*	— 105·3
	2·8%-Italienischer Warenkredit 1962 *Verminderung durch planmäßige Tilgung.*	— 14·4
93/98	**Finanzschulden seit 1945 (Inland):**	
930	Restforderungen gemäß § 14 WSchG. Verminderung durch Tilgung im Jahre 1967.	— 0·2
931	2% Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I[47]) Zuwachs infolge Erhöhung des Kredites im Jahre 1967.	+ 39·0
932	2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II[48]) Zuwachs infolge Erhöhung des Kredites im Jahre 1967.	+ 55·4
933	2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank[49]) Verminderung infolge Tilgung im Jahre 1967.	— 104·3
934	3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen Verminderung durch Tilgungen im Jahre 1967.	— 27·7
935	4%-Bundesschuldverschreibungen (Versicherungswiederaufbau) Verminderung durch Tilgung im Jahre 1967.	— 7·4
940	5%-Aufbauanleihe 1949 Verminderung durch planmäßige Tilgung	— 15·6
941	Anteil des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953 Verminderung infolge Tilgung im Jahre 1967.	— 7·4
942	6½%-Investitionsanleihe 1956 Verminderung infolge planmäßiger Tilgung im Jahre 1967.	— 40·0
943	6½%-Salzburger Festspielhaus-Anleihe Verminderung infolge Tilgung im Jahre 1967.	— 3·5
944	7%-Verkehrsanleihe 1957 Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 17·5
945	7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B) Verminderung infolge planmäßiger Tilgung im Jahre 1967.	— 50·0
946	6%-Trefferanleihe 1958 Verminderung infolge planmäßiger Tilgung im Jahre 1967.	— 10·0

Gruppe 9 — Veränderungen der Finanzschulden im Jahre 1967

Titel	Schuldgattung	Mill. S
947	Schnellbahnkredit der Gemeinde Wien 1958 . . . . . Verminderung infolge Tilgung im Jahre 1967.	— 70·0
	Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 1961 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung im Jahre 1967.	— 25·0
948	7 %-Investitionsanleihe 1958/II . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung im Jahre 1967.	— 45·0
950	7 %-Bundesanleihe 1959 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 120·0
951	6 %-Bundesanleihe 1959 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 40·0
952	6 1/4 %-Bundesanleihe 1959 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 120·0
953	7 %-Bundesanleihe 1960 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung im Jahre 1967.	— 125·0
954	Verschiedene Baukredite . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 0·6
955	7 %-Bundesanleihe 1961 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 50·0
958	6 3/4 %-Schnellbahnanleihe 1962 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 25·0
959	6 %-Bundesobligationen 1962 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 40·0
961	6 1/2 %-Bundesanleihe 1963 (A+B) . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 104·2
962	6 1/4 % Bundesobligationen 1963 . . . . . Verminderung infolge planmäßiger Tilgung.	— 35·0
967	Darlehen für bahneigene Wohnhausanlagen . . . . . Zuwachs infolge Erhöhung der Darlehen im Jahre 1967.	+ 6·3
973	6 %-Investitionsanleihe 1967 . . . . . Erhöhung infolge Neuaufnahme der Anleihe.	+ 800·0
974	6 3/4 %-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967 . . . . . Erhöhung infolge Neuaufnahme der Darlehen.	+ 250·0
975	6 %-Bundesanleihe 1967 . . . . . Erhöhung infolge Neuaufnahme der Anleihe.	+ 1.000·0
989	Bundesschatzscheine und sonstige Verpflichtungen . . . . . Verminderung infolge Tilgung im Jahre 1967.	— 84·6

Fußnoten zu Seiten 322 bis 327:

[42]) 1954 bis 1965 laut Bundesrechnungsabschluß, 1966 Schätzung auf Grund der Vorsorge im Bundesvoranschlag. Finanzschulden der Jahre 1937 sowie 1945 bis 1954 siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1958, Seite 32 bis 35.

[43]) Schuldendienstaufwand verrechnet bei 90.

[44]) Schuldendienstaufwand verrechnet bei 91/92.

[45]) Schuldendienstaufwand verrechnet bei 93/98.

[46]) Jeweils am 31. Dezember begebene Bundesschatzscheine:

Gesetzliche Grundlage, Begebungszweck	1966	1967	
	Nominale Schilling		
BGBl. Nr. 159/1948: Kapitaleinzahlungen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, beim Internationalen Währungsfonds sowie der IDA	298,445·200	175,432·000	(unverzinslich)
BGBl. Nr. 1/1959, 1/1960, 1/1961, 1/1964, 1/1965, 307/1965, 87/1966, 1/1967: Kassenstärkung des Bundes	2.890,800·000	2.929,200·000	(verzinslich)
Summe .	3.189,245·200	3.104,632·000	
Außerdem Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965 aus der Umwandlung der Nationalbankschuld	3.000,000.000	3.000,000.000	

[47]) Kredit für Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[48]) Kredit zur Einlösung der zugunsten internationaler Finanzinstitutionen begebenen Bundesschatzscheine, einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.

[49]) Einschließlich Geldmarktschatzscheine gemäß BGBl. Nr. 29/1965.